3 2044 010 638 930

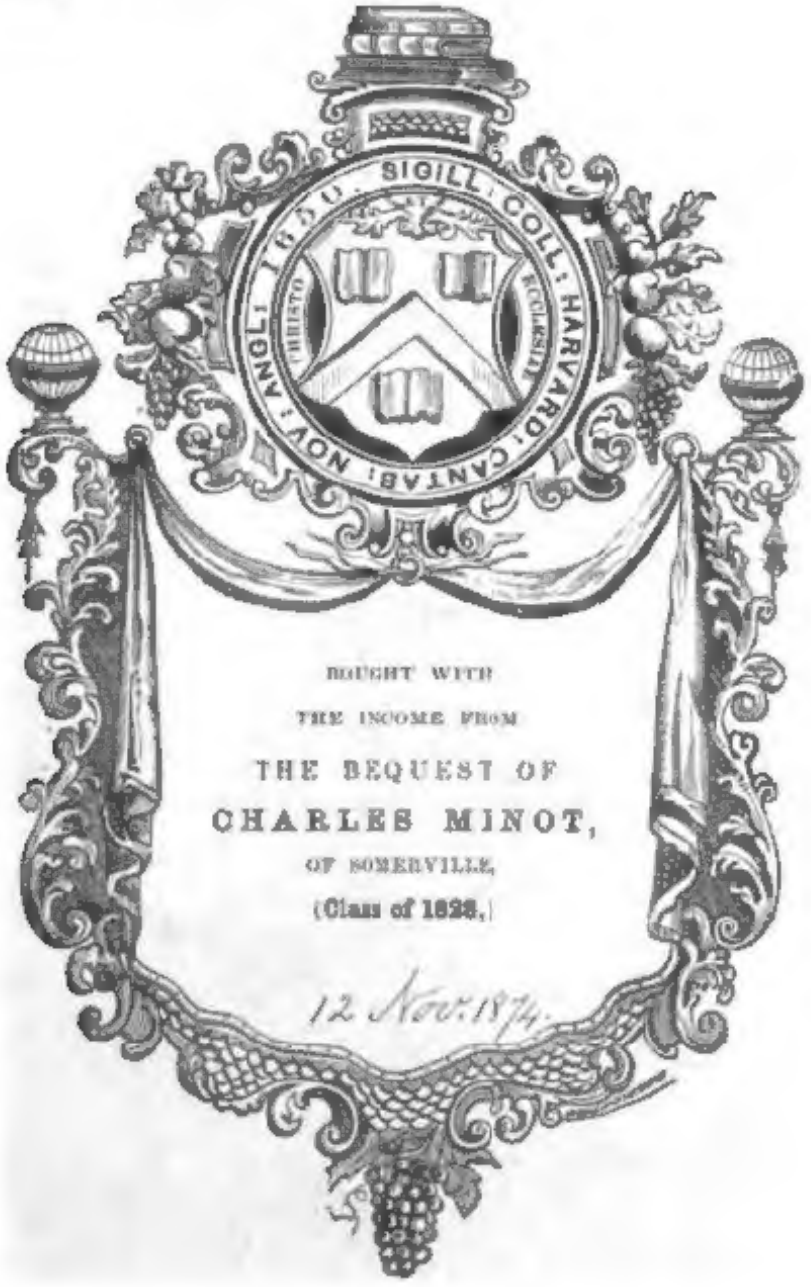
Digitized by Google

Original from
HARVARD UNIVERSITY

37.115

[redacted]

Aus 2231.1



BOUGHT WITH
THE INCOME FROM
THE BEQUEST OF
CHARLES MINOT,
OF SOMERVILLE,
(Class of 1828,)

12 Nov. 1874.

Digitized by Google

Original from
HARVARD UNIVERSITY

Digitized by Google

Original from
HARVARD UNIVERSITY

Digitized by Google

Original from
HARVARD UNIVERSITY

Rudolf II und seine Zeit.

1600—1612.

Von

Anton Gindely.

Band I.

Zweiter durchgesehener Abdruck.

Prag 1868.
Verlag von Friedrich Tempsky.

Digitized by Google
Original from HARVARD UNIVERSITY

-14502.9-

Aus 2231.1

1874, Nov. 12.
Minot Fund.
(Bd. I., II.)

Das Recht der Uebersetzung wird vorbehalten.

Druck des Ritter von Heinr. Mercy in Prag.

Digitized by Google

Original from HARVARD UNIVERSITY

Vorrede.

Hiermit übergebe ich der Oeffentlichkeit ein Werk, welches auf Grundlage faſt durchwegs unbekannter Quellen erſter Bedeutung verfaßt worden iſt. Die letzten zwölf Jahre der Regierung Rudolfs II und ſeiner Zeit, welche ich zum Gegenſtande meiner Erzählung machte, ſind durch die ſtändiſchen Bewegungen in Oeſterreich und durch die Vorbereitungen Heinrichs IV, das Verderben der Habsburger herbeizuführen, ausgefüllt. Mehr oder weniger iſt der Gang der Ereigniſſe bereits bekannt und wenn es mir bei dem Studium einiger noch nie für dieſe Zeit durchforſchter Archive möglich war, eine ununterbrochene Kette neuer Thatſachen dem Leſer zu bieten, ſo will ich darauf weiter kein beſonderes Gewicht legen. Worauf ich allein ein Gewicht lege, das iſt, daß es mir vielleicht gelang von der Lage der öſterreichiſchen Länder, von ihrem Verhältniß zu Deutſchland und zu den wichtigſten Reichen Europa's ein Bild zu liefern, welches keineswegs willkürliche Kombinationen, ſondern die Kenntniß von den politiſchen Beſtrebungen der handelnden Fürſten und ſtändiſchen Korporationen zur Grundlage hat. — Mit der Geſchichte „Rudolfs II und ſeiner Zeit“ iſt zugleich auch die Vorgeſchichte des dreißigjährigen Krieges geliefert. Ich will nicht zum Beweiſe in einzelnes eingehen, ſondern nur auf eine Begebenheit: die

Digitized by Google Original from HARVARD UNIVERSITY

Gründung der Union und auf eine Perſon: den Fürſten von Anhalt hinweiſen. Man kennt die Bedeutung und den Einfluß beider auf den Beginn des dreißigjährigen Krieges, um ſie aber nach ihren Tendenzen richtig zu würdigen, muß man ſie im Zenith ihrer Wirkſamkeit beobachten, der weniger in die Zeit von 1618—1620 als in die Jahre 1608—1611 hineinfällt. Die Union trat in's Leben einzig und allein im Hinblick auf die Zerſetzung der Rudolfiniſchen Monarchie und hatte damals durch ihr bloßes Daſein faſt ſo viel bewirkt, als die Stände von Ungarn, Böhmen und Oeſterreich durch ihr bewaffnetes Auftreten gegen Rudolf und Mathias. Sie war ganz und gar die Schöpfung eines Mannes, der zwar nicht an Charakter aber an ſtaatsmänniſchem Talent alle ſeine Zeitgenoſſen überſtrahlt. Nicht etwa Heinrich IV ſondern Chriſtian von Anhalt iſt es, den wir meinen. Eine ſolche Betonung ſeiner Wirkſamkeit neben und trotz des ſo hochgeſtellten Heinrich IV mag wohl überraſchen, allein wo wir immer die Geſchichte der Ereigniſſe der erſten zwanzig Jahre des 17. Jahrhunderts beginnen wollen, ob wir in Böhmen, Ungarn, Deutſchland oder Frankreich weilen, überall tritt uns dieſer Mann entgegen als das eigentlich die Ereigniſſe bewegende Rad. Heinrich IV trug ſich mit großen Plänen, ihm ſtanden aber auch große Mittel zu Gebote, und nie würde er ohne Anhalt ihrer Verwirklichung ſo nahe gekommen ſein. Anhalt war durch eine wunderbare Geſchicklichkeit in der Benützung günſtiger Verhältniſſe dreimal im Laufe dreier Jahre (1608—1611) nahe daran, allein das zu bewirken, wozu Heinrich ſo langjähriger Vorbereitung und ſo großer Anhäufung von Mitteln bedurfte und doch erſt kurz vor ſeinem plötzlichen Tode erreichte, nämlich die ernſteſte Gefährdung der rieſigen Herrſchaft der Habsburger.

Die ältere Geſchichte der Länder des heutigen Kaiſerſtaates

Digitized by Google Original from HARVARD UNIVERSITY

bis zum Jahre 1526 ist durch bedeutende Männer unter den Deutschen, Ungarn und Böhmen mit Rücksicht auf deren nationale Entwicklung erzählt worden. Die neuere Geschichte dagegen fand so wenig Bearbeiter, daß man sie beinahe an den Fingern einer Hand abzählen könnte, nicht weil ihre Bedeutung eine geringere wäre, sondern weil ihre Bearbeitung, wenigstens in gewisser Beziehung, größeren Schwierigkeiten unterliegt. Im ganzen genommen scheint es eine starre Masse zu sein, mit der man es zu thun hat, wenigstens seit mit dem dreißigjährigen Krieg das politische Leben im Innern auf lange Zeit erstorben ist. Alles bekommt aber durch die Gegenwart wieder neues Leben und neue Wärme und zeigt sich von einer immer interessanteren Seite, denn für die verwickelten Verhältnisse unserer Tage bietet die Geschichte der letzten drei Jahrhunderte die einzige Erklärung und wenn auch nicht momentan, so doch für die Zukunft den Fingerzeig für eine friedliche Ausgleichung. Das Ziel, welches ein Geschichtsschreiber dieser Zeit in Oesterreich stets anstreben muß, ist die rückhaltsloseste Wahrheit; sie mag schmerzen, aber sie muß doch wieder versöhnen. Ich hatte bei meiner Arbeit unverrückt dies Ziel vor Augen.

Die Geschichte „Rudolfs II und seiner Zeit" wird mit dem zweiten Band, welcher im Anfang des nächsten Jahres erscheinen wird, vollendet sein. Ich bemerke noch, daß alle Zeitbestimmungen, sowohl im Text wie in den Noten, nach dem neuen Stil berechnet sind, wofern nicht ausdrücklich das Gegentheil angedeutet ist.

Prag am 19. Juli 1862.

Digitized by Google Original from HARVARD UNIVERSITY

Digitized by Google

Original from
HARVARD UNIVERSITY

Inhalt.

Seite

Vorrede III

Kapitel I.

I. Die Heirat Philipps von Oesterreich mit der Prinzessin Johanna von Spanien. Die spanische Herrschaft in Italien. Karl V und seine Kämpfe mit Frankreich. Seine Stellung zu den Päpsten; Klemens VII. Paul III. Philipp II und Paul IV. Philipps II Anschläge auf die französische Krone, seine Einmischung in die Papstwahlen, die Streitigkeiten wegen der geistlichen Jurisdiktion in Mailand. Charakteristik der Herrschaft Philipps, sein Tod, Folgen seiner Regierung 1

II. Die deutschen Habsburger; Ferdinand I und Maximilian II. Rudolf II, seine Persönlichkeit, sein Charakter und seine Beschäftigung. Die vier Reichsbehörden. Das Gesandtschaftswesen. Die Hofämter. Kaiserliche Finanzen. Die deutschen Habsburger außer Rudolf um 1600 23

Kapitel II.

I. Rudolfs geistige Krankheit. Vergebliche Anstrengungen den Kaiser zur Bestimmung der Nachfolge zu vermögen. Die geheimen Räthe. Philipp III und Lerma. Klemens VIII 44

II. Der Türkenkrieg in Ungarn. Charakter der Magnaten. Rudolfs kühne Pläne in Ungarn. Der Reichstag von Preßburg. Der 22. Artikel. Aufstand der Ungarn und Siebenbürger. Bocskay. Die Erzherzoge in Prag. Heiratspläne des Kaisers. Der Friede von Wien. Vertrag der Erzherzoge. Friede von Zsitwa-Torok. Des Kaisers Opposition 58

III. Zustand der Finanzen im Jahre 1607 86

Kapitel III.

I. Heinrich IV, Beschaffenheit seiner Regierung. Seine politische Stellung. Die ersten Versuche zur Gründung der deutschen Union 93

II. Heinrichs Stellung zu den italienischen Fürsten. Vorgänge in den Konklaven bei

Google HARVARD

Seite

der Wahl Leo's XI und Pauls V. Paul V, seine Beschaffenheit, seine Bestrebungen. Der venetianische Interdiktstreit. Die Versuche zur Protestantisirung Venedigs. Heinrichs Verhandlungen mit Savoyen und Venedig wegen Abschluß einer Liga 102

III. Christian von Anhalt, seine Pläne. Erzherzog Maximilian für den Kaiserthron designirt. Anhalts Reise nach Paris. Die Verhandlungen in Deutschland zur Gründung der Union 124

IV. Anhalts Verbindung mit Wok von Rosenberg. Weitere Verhandlungen mit Erzherzog Maximilian 140

Kapitel IV.

I. Berufung des Reichstags von Regensburg. Seine Mitglieder. Die kaiserlichen Propositionen. Opposition der Protestanten. Die Verhandlungen wegen Bestätigung eines erweiterten Religionsfriedens. Die Protestanten verlassen den Reichstag 149

II. Rudolfs unvorsichtiges Auftreten gegen die Ungarn. Die mächtigsten Parteihäupter in Ungarn, Oesterreich, Mähren und Böhmen 164

III. Die Rossitzer Zusammenkunft. Der Preßburger Reichstag. Das Bündniß der Oesterreicher und Ungarn mit Mathias. Mathias' Gesandtschaften. Ferdinands feindliche Stellung 183

IV. Des Kaisers schwankende Politik. Khlesl in Prag. Aufregung in Mähren. Revolutionäre Auftritte in Brünn. Der Tag von Austerlitz. Der Landtag in Prag. Der Landtag in Ebendorf. Die Mährer treten dem ungarisch-österreichischen Bündnisse bei 190

Kapitel V.

I. Mathias' kriegerisches Auftreten, sein Zug nach Mähren. Rudolfs Rüstungen. Dietrichsteins diplomatische Sendungen. Eigenthümliche Haltung der Böhmen. Rosenbergs und Anhalts Absichten. Rudolfs Entschluß zur Nachgiebigkeit. Die böhmischen Kronbeamten. Der Nuncius und Pedro von Montenana in Časlau. Weitermarsch des Erzherzogs. Streit des Kaisers mit den böhmischen Kronbeamten 204

II. Mathias in Böhmisch-Brod. Eröffnung des böhmischen Landtags. Haltung der Böhmen. Ihre Forderungen. Theilweise Nachgiebigkeit des Kaisers. Mathias' Forderungen bei dem böhmischen Landtag. Konferenz in Dubeč und Lieben 232

III. Das Vermittlungsprojekt Maximilians. Anhalts Stellung zu demselben. Seine Pläne. Die Gründung der Union. Anhalts Absicht mit ihrer Hilfe in Böhmen zu intervenieren. Vereitelung derselben 236

IV. Der päpstliche Legat Kardinal Melino, Balthasar von Zuñiga; ihre Botschaft in Prag. Pedro's von Toledo Sendung zu Heinrich IV. Vorschlag zu einer spanisch-französischen Allianz. Der Kurfürstentag von Fulda. Hennot der Gesandte der geistlichen Kurfürsten in Prag 249

Kapitel VI.

I. Mathias' Haltung nach seinem Siege. Beginn seines Zerwürfnisses mit den Oesterreichern. Huldigung in Mähren. Prätensionen der Oesterreicher. Krönung in Ungarn . . . . . 26.

Google Original f HARVARD UN

Seite

II. Anhalts Verhältniß zu den neuen Wirren in Oeſterreich. Seine Abſicht die Union über Oeſterreich, Ungarn und Mähren auszudehnen. Heinrichs IV Stellung zur Union. Verſuch Venedig der Union zu gewinnen. Dohna in Venedig, Sedan und Paris. Die Zuſammenkunft in Wittingau. Zerotins Verhalten 269

III. Anhalts Plan, Mathias mit Hülfe Rudolfs zu ſtürzen. Illesházy. Beginn der Verhandlungen Anhalts mit Rudolf. Des Kaiſers Hoffnungen auf den Wiedergewinn des Verlorenen. Erzherzog Leopolds Sendung nach Wien. Anhalts weiterer Verkehr mit dem Kaiſer. Seine und Tſchernembls Entwürfe einer Befriedigung der Oeſterreicher. Geſandtſchaft der Herrn nach Mähren und Ungarn 284

IV Anhalts ſtetes Bemühen die Verhandlungen mit Mathias reſultatlos zu machen. Er wird von Zerotin und von der Union ſelbſt durchkreuzt. Geſandtſchaft der Union nach Oeſterreich. Des Kaiſers Ungeduld wegen der Zögerungen Anhalts. Mathias entſchließt ſich zur Nachgiebigkeit. Beginn der Verhandlungen in Wien. Tſchernembls und Anhalts Verſuche ſie zu nichte zu machen. Zerotin bringt glücklich den Vergleich zwiſchen Mathias und den Herrn zuwege. Schlußbetrachtungen 295

Kapitel VII.

I. Eröffnung des böhmiſchen Landtags. Stellung der Lutheraner und Calviner zu einander. Verhalten des Kaiſers gegen die Forderungen der Stände. Lobkowitz und Attems ſind für die gewaltſame Abweiſung der Proteſtanten. Rudolfs Bitten an den Kurfürſten von Köln. Verhandlungen mit Liechtenſtein. Auflöſung des Landtags 309

II. Die Proteſtanten verſammeln ſich am Neuſtädter Rathhaus. Aufregung in Prag. Neue Forderungen der Proteſtanten. Zuſage. Rudolfs geiſtige und leibliche Beſchaffenheit. Hannewalds Auftreten für die Proteſtanten 322

III. Leopold und ſeine Pläne. Seine Verbindung mit Sulz, Arban und Ramée. Wenzel von Kinsky, ſeine Verhandlungen mit Bilcher, ſein Reformplan . . . 333

IV. Abermaliger Widerſtand des Kaiſers. Aufregung unter den Proteſtanten. Sie faſſen den Beſchluß ſich zu bewaffnen und verlaſſen den Landtag. Die ſächſiſche Vermittlung. Der Kaiſer entſchließt ſich zur Nachgiebigkeit. Verhandlungen mit den Direktoren. Der Kaiſer unterzeichnet den Majeſtätsbrief. Der Vertrag zwiſchen den Katholiken und Proteſtanten. Tragweite des Vertrags und des Majeſtätsbriefes 342

Google

Digitized by Google

Original from
HARVARD UNIVERSITY

Erſtes Kapitel.

I. Die Heirat Philipps von Oeſterreich mit der Prinzeſſin Johanna von Spanien. Die ſpaniſche Herrſchaft in Italien. Karl V und ſeine Kämpfe mit Frankreich. Seine Stellung zu den Päpſten; Clemens VII Paul III. Philipp II und Paul IV. Philipps II Anſchläge auf die franzöſiſche Krone, ſeine Einmiſchung in die Papſtwahlen, die Streitigkeiten wegen der geiſtlichen Jurisdiction in Mailand. Charakteriſtik der Herrſchaft Philipps, ſein Tod, Folgen ſeiner Regierung. — II. Die deutſchen Habsburger: Ferdinand I und Maximilian II. Rudolf II, ſeine Perſönlichkeit, ſein Charakter und ſeine Beſchäftigung. Die vier Reichsbehörden. Das Geſandtſchaftsweſen. Die Hofämter. Kaiſerliche Finanzen. Die deutſchen Habsburger außer Rudolf um 1600.

—

I.

Unter den ehelichen Verbindungen, durch die während des Mittelalters Ländergebiete zu einem einzigen Reiche verbunden wurden, welche von der Natur nicht dazu beſtimmt waren, nimmt vor allem die Heirat des Erzherzogs Philipp von Oeſterreich mit der ſpaniſchen Infantin Johanna den erſten Platz als die bedeutſamſte und folgenreichſte ein. Unvorhergeſehene Ereigniſſe, welche eine Reihe legitimer Erben in frühem Tode wegrafften, bewirkten, daß der Sprößling der Ehe zwiſchen dem deutſchen Prinzen und ſeiner ſpaniſchen Frau der Erbe der verſchiedenſten Länder werden konnte. Kaum daß der Infant Don Carlos das Licht der Welt erblickte, war es gewiß, daß ihm dereinſt der Beſitz von Spanien, Neapel, den Niederlanden und Oeſterreich zufallen mußte und durch ihn ſonach eine Monarchie begründet werden würde, die bis dahin ihres Gleichen nicht gehabt hatte. Denn alle älteren großen Monarchien waren zuſammenhängende Gebiete, in denen ſtets ein Volk die Herrſchaft ausübte; nun ſollten aber ſo viele und verſchiedene und ſo weit von einander entlegene Völker zu einem Reiche vereint werden, ohne daß eines von ihnen mit Recht die Herrſchaft über alle übrigen anſprechen konnte, weil für ihre Vereinigung

Google HARVARD

kein anderer Grund vorlag, als zufällige Erbverhältniſſe, die einem Prinzen zu Gute kamen.

Den wichtigſten Theil der großen Monarchie, die einſt Karl beherrſchen ſollte, bildete Spanien, welches eben durch die Anſtrengung Ferdinands von Aragonien und ſeiner Gemahlin von dem letzten Reſt der Maurenherrſchaft befreit worden war und nun in jugendlichem Uebermuth die erprobte Kraft in auswärtigen Unternehmungen zu verwerthen begann. Italien, das damals im Innern zerriſſener wie je war und um deſſen Theile mit raſch wechſelndem Glück einheimiſche Abenteurer und auswärtige Herrſcher rangen, lockte auch die Aufmerkſamkeit und Herrſchgier Ferdinands an. Er ſtürzte ſich mit überlegener Schlauheit in das Gewebe der Intriguen, welche wider dies Land geſponnen wurden und an dem ſich mit einer bis dahin noch nicht gekannten Uebereinſtimmung die bedeutendſten Fürſten Europas, voran Heinrich VII von England, Ludwig XII von Frankreich und Kaiſer Maximilian I betheiligten. Vor allem waren es Ludwig, Maximilian und Ferdinand, denen es ſich um die Erwerbung von italieniſchen Provinzen handelte, und da jeder von ihnen zu ſeinem Ziele nur gelangen konnte, wenn er die andern von der Mitbewerbung ausſchließen und doch zeitweiſe als Freunde benützen konnte, ſo ſahen ſie ſich genöthigt in der Abſchließung mannigfacher Allianzen, welche jeden Augenblick wiederum den entgegengeſetzten Platz machten, und im Bruch der feierlichſten Eide, eine ſolche Kunſtfertigkeit zu entwickeln, daß mit Recht der Urſprung der ränkevollſten Art von Diplomatie in dieſen Kämpfen um Italien geſucht wird. Für die Päpſte war es, abgeſehen von der Perſönlichkeit eines Mannes wie Alexander VI, eine unendlich ſchwere Sache mitten unter dieſen Fürſten eine ehrenhafte Selbſtſtändigkeit zu behaupten. Von dem doppelten Wunſche geleitet den Kirchenſtaat möglichſt zu vergrößern und keine Fremdherrſchaft in Italien aufkommen zu laſſen, verbanden ſie ſich heute mit Ferdinand um Ludwig zu bekämpfen und morgen ſchon wandten ſie alle Macht gegen ihren Freund von geſtern wie gegen einen verruchten Gegner an. Aber bei dieſem Spiel der Herrſchſüchtigen, die noch heftiger die Größe eines Rivalen fürchten, wie die eigene Vergrößerung wünſchen, geſchieht es doch, daß Zufall oder Liſt einem unter ihnen allein zum Siegespreis verhilft. So geſchah es, daß Ferdinand zuletzt gegen alle ſeine Freunde und Gegner Neapel gewann und ſo den Preis eines langjährigen diplomatiſchen und zuletzt auch militäriſchen Feldzugs davon trug.

Einige Zeit dachte Ferdinand der Katholiſche daran die gewonnenen italieniſchen Beſitzungen, mit denen er bald auch Mailand vereinen zu können hoffte, nicht ſeinem älteſten Enkel Karl, ſondern dem Bruder

Google Digitized by HARVARD

deſſelben dem Infanten Ferdinand zu hinterlaſſen*). Zum Unglück ſeines Hauſes that er es nicht, ſondern kettete das Loos deſſelben an den „verfluchten" italieniſchen Boden, wie er in unſerer Zeit von ſpaniſchen Oeſterreichern, die das Unglück ihres Vaterlandes aus den ewigen Kriegen in Italien herleiten, genannt wird. Karl V übernahm die Herrſchaft von Spanien, den Niederlanden und Neapel, ein Reich, dem er durch den Beſitz der deutſchen Krone eine noch weit höhere Bedeutung beilegte. An ſeinen Bruder Ferdinand trat er die deutſchen Beſitzungen ab und verhalf ihm dadurch zur Krone von Ungarn und Böhmen, deſſen Einwohner unter dem betäubenden Eindruck der Schlacht von Mohacz den Erzherzog um ſeines mächtigen Bruders willen zum Könige wählten. So hatte ſich das Haus Habsburg in zwei Aeſte abgetheilt, aber ſelbſt dadurch bei dem anfänglichen Zuſammenwirken der Brüder an Kraft nur gewannen Darf es uns Wunder nehmen, wenn Karl im Vollgefühl ſeiner Macht nicht genug an ſeinem Beſitze hatte, ſondern mit kritiſcher Genauigkeit ſtreitige Anſprüche ſeiner Vorfahren wieder zu erheben gedachte und wenn er vor allem Burgunds nicht vergaß daß ſeiner Großmutter von den franzöſiſchen Königen entriſſen worden war? Zwiſchen Ferdinand dem Katholiſchen einerſeits und Ludwig XII und Franz I anderſeits hat es noch Momente gegeben, in denen ſie an die Verſöhnung ihrer ſtreitenden Intereſſen zu glauben vorgaben, wenigſtens verſicherten ſie zeitweiſe einander ihrer aufrichtigen und innigen Freundſchaft; ſeit Karl V aber machte dies wechſelvolle Verhältniß einer dauernden Feindſeligkeit Platz. Die franzöſiſchen Könige vielleicht die länderſüchtigſten, welche es je in Europa gegeben, ſahen mit dem tiefſten Unwillen der Bildung der ſpaniſchen Monarchie zu und dieſer Unwille verwandelte ſich in einen unauslöſchlichen Haß, ſeit Karl durch ſeine Anſprüche auf Burgund die franzöſiſchen Intereſſen auf das empfindlichſte gefährdete und die Könige von Frankreich ſogar genöthigt waren, von ihren Eroberungsplänen abzulaſſen und ſich ſelbſt zu vertheidigen. Karl gelangte zwar nicht zu ſeinem Zweck, er eroberte nicht Burgund, aber er gewann während ſeiner langen Kriege mit Franz I Mailand und verband es unauflöslich mit ſeinem Reiche. So zeigte die Erfahrung, daß ſeine Macht groß genug ſei, um ſeinen Gegner fürchten zu müſſen und daß trotz aller ihrer Wachſamkeit ſich ihm bald da bald dort Gelegenheit zu neuem Gewinne biete, was zuletzt ſelbſt zur Niederwerfung der ſtärkſten Gegner führen müſſe. Es iſt begreiflich, daß das Mißtrauen, ja ſelbſt der Haß gegen einen ſo mächtigen Herr-

*) Archiv von Simancas. Korrespondenz mit Deutſchland. Erſter Heftzirkel.

Google

ſcher bald auch außer Frankreich reichliche Nahrung und fruchtbaren Boden fand.

Als die zwei wichtigſten Aufgaben, die ſich Karl V in ſeinem Leben geſtellt hatte, kann man die Aufrechthaltung der ſpaniſchen Macht in Italien und die Niederwerfung ſeines franzöſiſchen Gegners anſehen; alles übrige wünſchte er im Statusquo zu erhalten. Um Franz I allein zum Gegner zu haben, that er in Deutſchland nichts zur Vermehrung der kaiſerlichen Rechte und deshalb ſuchte er auch mit England um jeden Preis allen Streit zu vermeiden; nach ſeiner Meinung konnte ein König von Spanien im Kriege mit England nichts gewinnen ſondern nur verlieren*). Seinem Glückſtern gelang es, ſich lange alle Fürſten vom Halſe zu halten, denen er kein unmittelbarer Gegner war. Nur einen dieſer Fürſten, dem er noch ſchonender begegnete als Heinrich VIII von England, deſſen Zufriedenſtellung ſeine unabläſſige Sorge war, den er weder mit einem gegenwärtigen noch künftigen Angriffe bedrohte, konnte er doch nicht zum Stillſchweigen bringen und dies waren die Päpſte, die nach Adrian VI im Vatican reſidirten.

Seit Ferdinand der Katholiſche Neapel erworben hatte, waren die Päpſte aus ihrer Ruhe aufgeſcheucht worden und ſie betrachteten das Gleichgewicht in Italien, welches an die unabhängige Exiſtenz von Venedig, Mailand, Savoyen, Florenz und Neapel geknüpft war, als auf das nachdrücklichſte geſtört. Einen Augenblick zwar konnte man meinen, daß die geiſtige Bewegung in Deutſchland ihre Aufmerkſamkeit von Italien abziehen würde, dann ſchien auch der Einfluß, den Karl V auf Adrians VI Wahl geübt hatte, gleichſam den Beweis zu liefern, daß das Kardinalskollegium ſeine Unabhängigkeit eingebüßt habe und der Papſt nunmehr ein „ſpaniſcher Kaplan“ ſei. Aber dieſe momentane Allgewalt Karls in Rom war nicht von langer Dauer. Nach Adrians Tode ward der Kardinal Medici zum Papſte unter dem Namen Clemens' VII gewählt und mit ihm begann eine lange Reihe von Päpſten, welche mit nur kurzen Unterbrechungen einen dauernden Kampf mit Spanien begannen, aus dem zuletzt die kämpfenden Theile, wie das zu geſchehen pflegt, als zum Tode verletzt hervorgingen. Wohl hätte man denken ſollen, daß, wenngleich dem Papſt die Intereſſen von Italien heilig waren und er alſo eine Fremdherrſchaft daſelbſt nicht ſehen mochte, ihm doch als Oberhaupt

*) Rathe von Simancas. Dieſe Aeußerung eines Diplomaten, als es ſich im ſpaniſchen Staatsrath darum handelte, ob man den vertriebenen Kurfürſten von der Pfalz wieder einſetzen ſollte, um England zu bekriegen. Um wie vieles hätte Philipp II klüger gehandelt, wenn er ſich daſſelbe vorgehalten hätte.

Google Original HARVARD

der Kirche die Interessen der letztern in Deutschland noch tausendmal heiliger sein müßten und daß ihm keine andere Wahl übrig blieb, als sich Karl V, der allein im Stande war das Ansehen des päpstlichen Stuhles in Deutschland herzustellen, unbedingt und rückhaltslos anzuschließen. Aber theils übten seit der Erweiterung des Kirchenstaates durch Julius II die weltlichen Interessen mehr als je einen bedeutenden Einfluß auf die kirchliche Politik der Päpste aus, theils schlug ihr Herz warm für ihre Landsleute und theilte den allgemeinen Haß derselben gegen die fremden Eindringlinge. Clemens VII legte seine Interessen als italienischer Fürst in die eine Wagschale und seine Rücksicht für die deutsche Kirche in die andere; die letztere mag in seiner Seele weniger. Was man auch den Päpsten des Mittelalters nachsagen mag, Gutes oder Böses, Eines kann ihnen nicht Schuld gegeben werden, daß sie je die Bekämpfung von Sekten anderen Rücksichten untergeordnet hätten; ihre Stellung übte auf ihre Anschauung einen bewältigenden Einfluß aus. Erst Clemens VII verband sich mit Franz I, um die Spanier aus Italien zu vertreiben und sah mit Befriedigung die Opposition der protestantischen Fürsten in Deutschland erstarken, weil sie Karls Macht schwächte.

Karls Glück und Macht siegte über die Coalition seiner Gegner, er bereicherte sich sogar, wie erwähnt wurde, mit Mailand, und der Tod befreite ihn bald auch von Clemens VII. Der Nachfolger desselben, Paul III, war im Innern seiner Seele den Spaniern ebenso abhold wie sein Vorgänger, aber das mißlungene Auftreten des letztern und die immer größere Erstarkung des Protestantismus in Deutschland hielten ihn von einem feindlichen Vorgehen zurück. Einige Zeit lang suchte er sogar bei Karl auf friedlichem Wege zu erreichen, daß er selbst seine Macht in Italien mäßige. Es wurde darüber unterhandelt, daß der Kaiser sich mit Neapel begnüge und Mailand an einen Verwandten abtrete; ein Mittel wenigstens in etwas das Gleichgewicht in Italien herzustellen. Diese Verhandlungen führten jedoch zu nichts, weil Karl, wie es scheint, zu große Gegenforderungen machte. Als nun kurz darauf der schmalkaldische Krieg ausbrach, geberdete sich Paul III wie ein Freund Karls, aber kaum nahm derselbe für letztern einen günstigen Verlauf, so machte auch die Freundschaft des Papstes einer entschiedenen Feindseligkeit Platz. Er mahnte den König von Frankreich, „in Deutschland die zu unterstützen, die noch nicht geschlagen seien“, und hoffte auf eine schließliche Niederlage des Kaisers, weil, wie der französische Gesandte berichtet, „er diese Niederlage wünschte“*). Die Ereignisse machten

*) Dumortier an den König von Frankr. Raynal 1537 S. b. Ranke Päpste 1, 254 u. f.

Google

die Berechnung zu Schanden, Karl V ging bei Mühlberg als Sieger hervor; aber war nun zu erwarten, daß er den günstigsten Moment zur Unterdrückung der Protestanten benützen würde, nachdem er sich überzeugt hatte, daß Paul III dieselbe Politik verfolge wie Clemens VII? „Die Absicht des Papstes ist von Anfang an gewesen, uns in diese Unternehmung (den schmalkaldischen Krieg) zu verwickeln und dann zu verlassen," so schrieb Karl an seinen Gesandten in Rom. Es ist doch merkwürdig, daß der Besitz von einem Stück italienischen Bodens auf das Sein und Nichtsein des Protestantismus einen entscheidenden Einfluß ausüben sollte. Ist es nicht, als hätte die Vorsehung den Verstand der großen Gegner verwirrt?

Karl V trat vom Schauplatz der Ereignisse ab und überließ seinem Sohne die Behauptung einer Macht, gegen welche sich jetzt weit mehr Gegner als zur Zeit ihrer Begründung erhoben, denn die fruchtlosen Versuche Franz des I und der Päpste die Kette zu zerreißen, die sie umschlang, hatten alle Welt aufgereizt. In Rom war indessen nach zwei unbedeutenden Pontifikaten der Kardinal Caraffa als Paul IV auf den päpstlichen Stuhl gestiegen. Die Kardinäle hatten ihn gewählt, weil sie ihn für den fähigsten zur Durchführung der allgemein gewünschten kirchlichen Reform hielten, denn er war ein Mann voll glühender Energie und diese schien nothwendig. Dennoch sollte die Erwartung, die man sich von seiner Thätigkeit machte, vorerst getäuscht werden. Trotz seiner 79 Jahre, die er zur Zeit seiner Wahl zählte, fühlte er wie ein Jüngling, vergaß auf sein in den stärksten Ausdrücken gegebenes Versprechen sich mit der Reform zu befassen, und dachte an nichts anderes wie auf die Leiden seines Vaterlandes und auf die Uebel der Fremdherrschaft. Die Verbindung der deutschen Protestanten mit Heinrich II schien ihm eine Bürgschaft, daß die Niederlage, welche Karl V von Moriz von Sachsen erlitten hatte, auch Philipp II treffen und seiner Herrschaft in Italien vollends ein Ende machen könnte. Aufgeregt von diesen Erwartungen und Hoffnungen pflegte er stundenlang von nichts anderem zu sprechen als von der Nothwendigkeit die Spanier aus Italien zu vertreiben; er nannte sie Ketzer, Schismatiker, Vermaledeite Gottes, Samen von Juden und Maranen, Pest der Welt und bemeinte dabei das Unglück Italiens, welches ihnen in die Hände gefallen sei. Er erklärte Italien von ihnen befreien zu wollen und würde er auch in diesem heiligen Unternehmen allein gelassen werden, so werde man in der Zukunft doch sagen können, daß es wenigstens einen alten Italiener gegeben habe, der, obwohl nahe dem Tode, statt sich Ruhe zu gönnen, so erhabene Pläne gefaßt habe. Bei solchen Gesinnungen darf es nicht Wunder nehmen, daß

Google Original HARVARD

er ſich mit Heinrich II verband, und daß ihre vereinten Heere in Italien auf die Eroberung von Neapel und Mailand ausgingen. Aber das Geſchick ſchien jedes Unternehmen, an dem ſich die päpſtlichen Waffen betheiligten, verderben zu wollen. Trotz zahlreicher Heere und guter Verbindungen wurden die Franzoſen und die päpſtlichen Truppen überall in Italien geſchlagen und Rom fiel zuletzt dem Herzog von Alba in die Hände. In Frankreich ſiegte Philipp II entſcheidend bei St. Quentin und Paul IV mußte mit ſeinem Bundesgenoſſen froh ſein, daß ihnen der Sieger Frieden gewährte (1559), ſtatt daß ſie, wie ſie geträumt hatten, Italien unter ſich getheilt hätten.

Dieſe totale Niederlage verfehlte nicht auf Paul IV einen tiefen Eindruck zu machen. Wie ein Gottesurtheil nahm er die Ereigniſſe auf, und vergaß von nun an völlig auf die Spanier, um ſich nur einem einzigen Gegenſtande, der kirchlichen Reform, zu widmen. Die ſpaniſche Herrſchaft in Italien wurde zwar noch immer von andern gehaßt und Pauls IV Nachfolger ſahen ſie keineswegs mit günſtigen Augen an, aber auf alle drückte die Reſignation, welcher ſich ein ſo kühner Mann, wie Paul IV, ſo vollſtändig hingegeben hatte. Dennoch würden vielleicht ſelbſt heilige Männer, wie Pius V und Gregor XIII, mehr als einmal die Anwandlung gefühlt haben, in die Fußſtapfen ihrer kriegeriſchen Vorgänger zu treten, wenn nicht Frankreich indeſſen durch innere Kriege eine Beute der Anarchie geworden wäre, was deſſen Beherrſcher hinderte ihren Blick nach außen zu kehren und wenn nicht Philipp II wegen der Beſchäftigung, die er nachgerade an den rebelliſchen Niederländern fand, an Furchtbarkeit verloren und an Berückſichtigung als katholiſcher Herrſcher gewonnen hätte. So wirkten mehrere Urſachen zuſammen, in Italien Ruhe zu erhalten: die fromme, ja heilige Gemüthsart einiger Nachfolger Pauls IV, die inneren Unruhen Frankreichs und der Aufſtand in den Niederlanden.

Karls V perſönliche und gewinnende Eigenſchaften hatten ihm manche Freunde erworben und gewiß bot ſeine eigene Perſönlichkeit nirgends dazu Veranlaſſung den Widerwillen, welcher gegen die bedrohliche Größe der ſpaniſchen Herrſchaft entſtand, noch zu vergrößern. Anders war es der Fall mit dem Sohne. Das kalte und ſchroffe Weſen dieſes Fürſten und ein nicht zu läugnender Zug von Grauſamkeit und Bösartigkeit des Gemüthes machten ſeine Herrſchaft zu einem harten Joch; mit der vollen Entfaltung ſeines Weſens begann der Zeitpunkt, von dem an Spanien und alles, was daran erinnerte, in Europa allgemein verwünſcht wurde. Wir fühlen uns genöthigt das, was wir über Philipps Gemüthsbeſchaffenheit hier ſagen, durch ein Beiſpiel zu illuſtriren.

Google

Philipp II hatte an Antonio Perez einen gewandten Diener und Miniſter gefunden; er hatte denſelben ſtets vorgezogen, bis er entdeckte, daß dieſer von der Prinzeſſin Eboli, mit welcher er ſelbſt ein vertrautes Verhältniß unterhielt, begünſtigt werde. Viele Fürſten haben bei ſolchen Entdeckungen das Leben der untreuen Diener nicht geſchont, und würde Perez durch den Dolch irgend eines Meuchelmörders geendigt haben, ſo wäre dies weiter nicht auffallend. Nicht ſo aber Philipp. Länger als zehn Jahre ängſtigte er ſeinen Miniſter mit der Anklage wegen eines Mordes, den dieſer doch im Geheimen auf des Königs eigenen Befehl (!) vollführt hatte, hielt ihn bald gefangen, bald gewährte er ihm Freiheit und Hoffnung auf Verzeihung, um ihn zuletzt ſogar auf die Folter ſpannen zu laſſen. Endlich ſchien er ſich an der Angſt ſeines Opfers hinreichend geſättigt zu haben und dasſelbe durch den Tod weitern Qualen entziehen zu wollen, als es Perez gelang nach Frankreich zu entfliehen. Wie erwähnt, es gab viele Fürſten, die ihre Rache nur in dem Blute derjenigen kühlen konnten, von denen ſie ſich beleidigt wähnten, andere auch verurtheilten ihre Opfer zu lang dauernden Qualen; es iſt uns aber kein Fall bekannt, daß irgend einer ſein Opfer während ſo vieler Jahre bald durch Qualen, bald durch Verſprechungen und thatſächliche Erfüllung derſelben, zwiſchen Furcht und Hoffnung ein zehnfach grauſameres Schickſal als den Tod hätte erleiden laſſen. Wir haben dies Ereigniß nur angeführt, um die kalte Klugheit und Vorſorge anzudeuten, mit der Philipp ſtets darauf bedacht war, zu ſeinem Zwecke zu gelangen. Er wollte Rache im vollſten Maße nehmen, und das war nur der Fall, wenn er ſich dieſen Genuß durch eine lange Zeit verſchaffen konnte*).

---

*) Die Geſchichte mit Perez iſt ein ſkandalöſer Flecken auf dem Andenken Philipps, noch ſkandalöſer als die heimliche Ermordung Montigny's. Es iſt derſelbe Montigny, welchen die Holländer nach Spanien als Geſandten abgeſchickt hatten, der daſelbſt von Philipp II feſtgenommen und heimlich hingerichtet wurde. Auf des Königs Anordnung mußte die Hinrichtung ſo vorgenommen werden, daß am Körper keine Spuren davon ſichtbar waren. Es wurde dann verbreitet, Montigny ſei geſtorben und erſt in unſern Tagen fand man den Beweis vom Gegentheil im Archiv von Simancas, wo ſich der detaillirte Befehl zu Montigny's Hinrichtung vorfand. — Bei dem Vorgehen Philipps gegen Perez ſpielte überhaupt die Inquiſition eine unerquickliche Rolle. Vor ſeiner ſchließlichen Flucht nach Frankreich war Perez nach Aragonien geflohen, um ſich der fanatiſchen Juſtiz, die ganz in des Königs Gewalt ſtand, zu entziehen. Das gefügige Tribunal der Inquiſition in Saragoſſa citirte Perez vor ſeine Schranken und klagte ihn der Häreſie an. Im Schmerz ſeiner langen Haft und ausgeſtandenen Folterqualen hatte Perez ausgerufen, Gott müſſe ſchlafen, weil er ihm nicht helfe. Dieſe Redensart ſei Blasphemie, rufe nach

Google

Doch kehren wir zur politischen Thätigkeit Philipps II zurück und sehen wir, wie er, lange vorausberechnend, die Ereignisse nach seinem Willen zu lenken suchte.

Die Vorgänge unter seinem Vater und die eigenen Erfahrungen hatten ihn genugsam belehrt, wessen er sich zu versehen habe, wenn der König von Frankreich frei über seine Macht disponiren konnte und wenn in dem Papst weltliche Herrschsucht und schrankenlose Vaterlandsliebe über eine kirchliche Gesinnung die Oberhand erlangte. Seine Aufmerksamkeit kehrte sich also keinen Augenblick weder von Frankreich noch von Rom ab; er begrüßte mit Genugthuung die reformatorische Thätigkeit der Päpste, weil sie ihm eine Garantie gegen ihre kriegerischen Gelüste schien und unterstützte bei den Wahlen seine Kardinäle, von denen er sich eine Abkehr vom weltlichen Treiben versprechen konnte. Die Kunst, im Kardinalskollegium Einfluß zu gewinnen, um die Papstwahl nach seinem Belieben zu lenken, brachte er in ein förmliches System, dessen Theile einen interessanten Beitrag zur Geschichte menschlicher Selbsttäuschung liefern. Von Paul IV war unter den strengsten Kirchenstrafen jede Einflußnahme auf die Papstwahl und namentlich jede Verhandlung über dieselbe bei Lebzeiten des Papstes verboten worden; dennoch glaubte Philipp ohne Gefahr den angedrohten Censuren zu verfallen, Kardinäle mit Pensionen bedenken und den so bedachten in den Konklaven die Wahl der von ihm bezeichneten Kandidaten zur Pflicht machen zu dürfen. Um billig zu sein, muß man auch sagen, daß er hierin vielleicht unter dem Einflusse der allgemeinen Ereignisse handelte, die darnach angethan waren, ihm eine hohe Meinung von sich selbst beizubringen. Er durfte von sich behaupten, daß kein Fürst in Europa seine Länder mit solchem Eifer und Erfolge vom Protestantismus freizuhalten wisse wie er, und die Vorgänge in den Niederlanden selbst zeugten mindestens für seinen unbeugsamen Willen. Er konnte ohne weiters sich den einzigen Fürsten von Bedeutung in Europa nennen, welcher der Kirche treu geblieben war, denn sowohl die deutschen Kaiser, wie die letzten Valois waren machtlose Herrscher. Diese Betrachtung, welcher er sich unausgesetzt hingab, und welche unter

---

der Ketzerei der Waldenser, so urtheilte das Tribunal und verurtheilte ihn zu hoher Buße und wegen des Verdachts der Flucht zu nie mit Ketzern angefülltes Land zum Tod. Glücklicherweise war Perez bereits nach Frankreich entflohen, als dieser Spruch gefällt wurde, aber an seinem hinterlassenen Eigenthum wurde er mit aller Strenge erfüllt und dieselben bis zum Tode Philipps mit ihrer Mutter im harten Gefängnisse gehalten. — Der Sohn der Prinzessin Eboli, der Herzog von Pastrana wurde für einen Sohn Philipps II angesehen. Siehe Mignet: Antonio Perez et Philippe II.

Google

bewundernden Ausdrücken von seinen Untergebenen ihm unablässig nahe gelegt wurde, erzeugte schließlich in ihm einen Hochmuth eigener Art. Er hielt sich alles Ernstes für eine Säule der Kirche und darnach auch berechtigt, in ihr Regiment einzugreifen. Es wurde offen vor ihm der Satz erörtert und mit den mannigfachsten Bibelstellen bewiesen, daß nur jener Papst der Kirche frommen könne, welcher dem spanischen Könige genehm sei, seine Rathgeber und Beichtväter hielten es für ausgemacht, daß die Interessen der spanischen Krone und die der Kirche identisch seien. Unter dem Eindruck dieser Vorstellungen hielt er es zuletzt für ein löbliches Werk, wenn er mit Außerachtlassung von Bullen und Censuren die Wahl der Päpste in seine Hand nehme. Was er that, trägt nicht den Stempel jener frivolen Bestechung, welche sich später Heinrich IV bei den Papstwahlen, unbekümmert um eine theologische Billigung und Mißbilligung seiner That, erlaubte; Philipp kalkulirte Jahre lang bedächtig über seine Einflußnahme und seine Pensionen und überzeugte sich zuletzt, daß er in beiden tadellos handle*).

Den päpstlichen Stuhl von sich abhängig zu erhalten, war indessen nur ein Theil seines politischen Systems, von seinem Vater hatte er noch den glühenden Wunsch ererbt, Frankreich zu demüthigen. Nach der Schlacht bei St. Quentin, welche gleich in den Beginn seiner Regierung fiel, verfolgte er nicht seine Siegeslaufbahn, dem er fand Heinrich II doch noch zu mächtig. Aber als die Parteien Frankreich unter den letzten Valois ohnmächtig machten, begann ihm eine neue Hoffnung zu leuchten. Die Grundsätze der legitimen Succession, für welche er in England gar sehr ins Feuer gegangen war, schienen ihm in Frankreich einer Verbesserung von seiner Hand bedürftig. Denn da mit dem Aussterben der Valois Frankreich daran war einem protestantischen Fürsten, seinem Gegner Heinrich IV, in die Hand zu fallen, so zögerte er keinen Augenblick, sich den französischen Katholiken, die dies verhindern wollten, anzuschließen und die vielleicht nimmer wiederkehrende Gelegenheit zu ergreifen, das Land an seine Familie zu ketten und dessen feindlichem Antagonismus ein Ende zu machen. Aber in nichts tritt so wie in den Ereignissen der Geschichte die regelnde Hand einer überirdischen Macht an den Tag, welche alle Vorsicht und Berechnung der Menschen zu Schanden macht. Ein Jahr vor dem Tode Heinrichs III hatte sich Philipp in die unglückliche Unternehmung gegen England eingelassen und damit seine

*) Wir haben über Spaniens Einflußnahme auf die Papstwahlen nach den Papieren von Simancas einen Aufsatz in den Sitzungsberichten der kaiserlichen Akademie Jahrgang 1861 veröffentlicht.

Google

Finanzen bis zur vollen Erſchöpfung angegriffen. Was wäre wohl geſchehen, wenn die Nachricht von Heinrichs III Ermordung den König von Spanien noch vor der Ausrüſtung der unüberwindlichen Flotte erreicht hätte? Wie die Dinge in Frankreich ſtanden, wäre Heinrich IV wahrſcheinlich unterlegen, wenn ſein Gegner nicht ebenfalls banquerot geweſen wäre, wie er.

Wie oft mag wohl Philipp bedauert haben, daß er ſeinen langſam vorbereiteten Rachezug gegen England nicht noch um einige Jahre verſchoben hatte; was wäre aus dem engliſchen Reiche, was aus dem Anglikanismus geworden, wenn eine franzöſiſche und ſpaniſche Flotte vereint an den Ufern der Themſe gelandet wäre? Dennoch gab Philipp das Spiel auch mit ſeinen geſchwächten Kräften nicht verloren. Nicht bloß verband er ſich auf das engſte mit der franzöſiſchen Liga, um mit Beſeitigung Heinrichs IV die eigene Tochter, die Infantin Iſabella, als Nachkommin und Erbin der Valois auf den franzöſiſchen Thron zu bringen, ſondern er ſuchte auch durch die innigſte Verbindung mit dem Papſte dieſes Unternehmen als im Intereſſe des Glaubens gelegen hinzuſtellen und durch geiſtliche Mittel und päpſtliches Geld zu erſetzen, was ihm am eigenen Vermögen gebrach. Gerade ſaß Sixtus V auf dem päpſtlichen Stuhl und obwohl dieſer ſparſame und kluge Kirchenfürſt keine Vorliebe für Spanien beſaß und die Traditionen ſeiner letzten Vorgänger nichts von Bündniſſen mit dieſem Lande wußten, ſo nahm er doch die Forderungen, welche Philipp jetzt an ſeine Willigung und, was noch mehr ſagen will, an ſeinen Schatz ſtellte, gnädig auf. Kaum war jedoch dieſes römiſch-ſpaniſche Bündniß zu Stande gekommen, ſo ſtarb Sixtus V, und es war für Philipp eine Frage von höchſter Bedeutung, wer wohl deſſen Nachfolger werden würde.

Vertreter Spaniens am römiſchen Hofe war im J. 1590 der Graf von Olivarez, Vater des ſpäter ſo berühmten Herzog-Grafen. Dieſer beſaß die gemeſſenſten Weiſungen, die Wahl eines Kardinals zu unterſtützen, welcher in die Fußſtapfen ſtrenggläubiger Vorfahrer tretend, alles thun würde, um die Herrſchaft eines proteſtantiſchen Königs in Frankreich zu verhindern. Die Ausſichten für Philipp II waren die beſten, denn um dieſe Zeit war vielleicht das halbe Kardinalskollegium durch Penſionen an das Intereſſe von Spanien geknüpft, und auch die franzöſiſche Partei, welche ſonſt in den Konklaven die gefährlichſte Gegnerin war, ſtand diesmal auf ſeiner Seite, da ſie von der katholiſchen Liga abhängig war. Dennoch machten kleinliche Intereſſen, wie ſo oft, die klügſten Berechnungen zu Schanden. Ein paar italieniſche Dynaſtenfürſten ſahen mit Schrecken den Moment kommen, wo Philipp im Vatikan und in Paris allmächtig

Google

ſein ſollte; ihre Beſitzungen ſchienen ihnen unaufhaltſam von ſpaniſcher Uebermacht keinen Tag mehr ſicher. Auch ſie geboten über einige, zwar nur wenige, aber deſto ergebenere Anhänger im Konklave. Ihrer Ueberredungsgabe und ihren Einflüſterungen gelang es eine Wahl durchzuſetzen, von der ſich Philipp für ſeine Anſchläge auf Frankreich nicht viel verſprechen konnte.

Allein Urban VII, ſo hieß der neue Papſt, lebte nur 13 Tage und das Konklave trat von neuem zuſammen. Dieſelben Intriguen kleiner Fürſten und ihrer Anhänger, dieſelben Manöver im Konklave, um die Häupter der Parteien von Spanien abzuziehen, wiederholten ſich auch diesmal. Aber Philipp II war jetzt nicht gewillt, ſo leichten Kaufes ſich verloren zu geben. Welcher Eigenart auch immer ſeiner Handlungsweiſe anklieben mochte, er durfte mit Wahrheit von ſich behaupten, daß er mit ſeinem Krieg in Frankreich zugleich die Alleinherrſchaft der katholiſchen Kirche bezwecke. Wenn ein Kardinal gewählt wurde, der ſeine Unterſtützung im Kampfe gegen Heinrich IV verweigerte, ſo konnte dies Philipp mit Recht als einen Sieg der Intrigue und Inkonſequenz bezeichnen. Seit Jahrhunderten hatten die Päpſte zum Kampf gegen die chriſtlichen Sekten aufgefordert: gegen die Albigenſer in Frankreich, gegen die Waldenſer in Italien, gegen die Huſiten in Böhmen war das Kreuz gepredigt worden; gegen die Proteſtanten in Deutſchland war Karl V zur Exekution gemahnt worden. Es iſt wahr, Clemens VII hatte es mit der Vernichtung der deutſchen Proteſtanten nicht ſo ernſtlich gemeint und für Paul III und IV waren ſie ſogar willkommene Werkzeuge gegen Karl V. Allein dieſe ganz eigenthümliche Verweltlichung der päpſtlichen Politik, welche ſchließlich in Deutſchland den Nachfolgern des hl. Petrus keine guten Früchte trug, ſollte ſie verewigt und nunmehr auch auf Frankreich angewendet werden, weil man deſſen in Italien gegen die weltlichen Uebergriffe Spaniens für nöthig hielt? Wenn ſolche Betrachtungen unter den Kardinälen maßgebend waren, ſo war Philipp in der Lage mit ihnen eine Sprache zu führen, auf die ſie kaum anders als mit Ausflüchten antworten konnten. In der That, er war entſchloſſen, es auf das äußerſte ankommen zu laſſen; aus der Liſte ſeiner Anhänger wählte er ſieben Kardinäle, zu deren Treue er beſonderes Vertrauen hegte und bezeichnete ſie durch den Grafen Olivarez dem Kardinalskollegium als diejenigen, deren Wahl allein ihm genehm wäre. Ueber einen ſolchen Eingriff in die Wahlfreiheit wurde bitter geſcholten, zwei Monate lang wehrten ſich die Gegner Spaniens nachzugeben, bis endlich die Anhänger Philipps ſiegten. Er hatte einen Papſt verlangt, der ihn im Kampfe gegen Heinrich IV mit allen geiſtlichen und weltlichen Waffen unterſtützen ſollte, und er war mit ſeiner Forderung im Recht, wenn die Kardinäle nicht

Google

auf eigene Gefahr die alten Traditionen Roms mit Füßen treten wollten. Gregor XIV, so hieß der neue Papst, war der Mann nach dem Sinne Philipps. „Wir sind jetzt Herren in Rom", so ungefähr äußerte sich Olivarez an seinen Gebieter über diese Wahl.

Allein kein Sterblicher konnte sich weniger auf die Beständigkeit des Glücks verlassen, wie Philipp II. Kaum hatte Gregor XIV durch den innigsten Anschluß ihm in Frankreich bedeutende Dienste geleistet, so starb er auch schon und sein Nachfolger Clemens VIII, von Spanien nicht mit Mißtrauen betrachtet und deshalb bei der Wahl auch nicht angefeindet, hatte weniger darauf Bedacht, Heinrich IV für immer von dem französischen Thron auszuschließen, als vielmehr durch dessen Erhaltung auf demselben jenes Gleichgewicht in Europa zu stützen, dessen Verschwinden in Italien ein Gegenstand bekümmernden Grames für die Päpste abgab. Das französische Volk und der niedere Adel ohnedies den Fremden abgeneigt, ergriffen mit Freuden die Gelegenheit, sich völlig Heinrich IV anzuschließen, als dieser katholisch wurde und der Papst ihm die Hand zur Versöhnung bot. Durch diese zwei unerwarteten Ereignisse: den unvorhergesehenen Uebertritt Heinrichs und die nachsichtsvolle Milde des Papstes sah Philipp seinen Anschlag auf die französische Krone mit einemmale vereitelt. Er stand jetzt im hohen Alter, zwischen 60 und 70 Jahren, das Schwinden seiner körperlichen Kräfte stand im Einklang mit dem Verfall, der sich seiner Länder, Spaniens ohnean, bemächtigte. Seine Feinde dagegen triumphirten nach einander alle über ihn und waren in eben dem Grade mächtiger geworden, in welchem er schwächer geworden war. Frankreich eilte unter Heinrich IV einer Blüthe entgegen, welche die Macht seiner Könige über die Franz I erhöhen mußte, England hob sich zusehends unter Elisabethe Regierung und die Generalstaaten konnte man nicht mehr bettelhafte Rebellen nennen, denn sie hatten ein geordneteres Regierungswesen als das von Altcastilien selbst, und ihre Finanzen waren besser bestellt, als es die von Spanien je gewesen waren.

Bei diesem völligen Mißlingen aller seiner Pläne auf Frankreich, Holland und England war es schließlich auch Philipp II nicht erspart in Italien den Beginn eines neuen Kampfes zu erleben, gerade als er sich wahrhaft nach allseitiger Ruhe sehnte. Zwar kam es bei diesem Kampfe nicht auf die Entscheidung der Waffen an, aber nur um desto gefährlicher konnte der Verlauf desselben für den spanischen Besitz in Italien sein. Der Gegenstand, um den es sich handelte, betraf die Ausdehnung der geistlichen Jurisdiktion. In Spanien hatte der König auch in dieser Beziehung seine Gewalt zu erweitern gesucht und war mit der geistlichen Gerichtsbarkeit in eine beharrliche Opposition getreten. Corre-

Google

giboren, welche von den bischöflichen Gerichten wegen Schmälerung kirchlicher Rechte am öftesten excommunicirt worden waren, erfreuten sich bei ihm als tapfere und unerschrockene Diener seines Willens besonderer Berücksichtigung, während ein Beamte, der nicht mindestens zehn Monate excommunicirt war, für minder eifrig in der Pflichterfüllung galt*). In Italien würde sich Philipp gern mit den alten Rechten begnügt und nicht nach ihrer Erweiterung getrachtet haben, aber hier sah er sich hinwiederum aus der Rolle eines Angreifers in die eines Vertheidigers versetzt. In Neapel und Mailand waren in jedem Bisthum nach altem Gebrauch bischöfliche Gerichte etablirt, welche vor ihr Forum nicht bloß Gegenstände geistlicher Natur zogen, sondern ihre Kompetenz zeitweise derart zu erweitern suchten, daß neben ihren Ansprüchen, die wir bald näher kennen lernen werden, nur schwer noch ein weltliches Regiment bestehen konnte. Schon Ferdinand der Katholische hatte in dieser Beziehung große Kämpfe in Neapel zu bestehen, aber seine im Kampfe mit den Mauren und in der Erfindung und Benützung der Inquisition zum schroffen Despotismus ausgebildete Natur wußte sich durch die gewagtesten Mittel Ruhe zu schaffen. Seinem Vicekönig in Neapel Don Juan von Aragon befahl er einmal jeden päpstlichen Boten aufzuhängen (), der Schreiben nach Neapel brächte, die seinen Rechten widerstritten, und dem Papste drohte er augenblicklich mit der Versagung der Obedienz, wenn er ein Breve, um dessentwillen der Streit entstanden war, nicht zurücknehmen würde**). Solche Entschiedenheit erreichte ihren Zweck, und weder Ferdinand noch Karl V hatten

*) Alberi, Relationen I. 5. S. 483. Relation des Agostino Nani vom J. 1536: In quanti modi contrarii il re all' autorità ecclesiastica parte lunghissima. La religione e la giustizia si stimano a ragion di stato. Nei dispareri che nascono tra il nunzio, ovvero il collettore, e il consiglio reale il re spesso s'intromette per ecclarli. Non è tenuto per buon ministro quell' alcalde o corregidor, che non sia stato almeno dieci mesi scomunicato: e quello è tenuto per miglior ministro che fa maggior forza contra la giurisdizione ecclesiastica.

**) Das Original des Schreibens Ferdinands befand sich seiner Zeit im Archiv von Neapel und befindet sich wohl noch dort. Abschriften davon kursirten in Spanien mehrere. Es heißt darin unter anderm: Nos (Ferdinand) escrivimos sobre este caso a Geronimo de Vico nuestro Embaxador en Corte de Roma lo que vereys por las copias, que van con la presente y estamos muy determinado, si Su Santidad no revoca luego el Breve y los autos por virtud de fechos de le quitar la obediencia de todos los reynos de la corona de Castilla y de Aragon y de hazer otras provisiones convenientes a caso tan grave y de tanta importancia. 22. Mai 1508.

Google Digitized from HARVARD UNIVE

ſpäter Urſache wider die Uebergriffe geiſtlicher Jurisdiction auf weltliches Gebiet viel zu klagen. Anders geſtaltete ſich aber unter Philipp II die Sache. Die katholiſche Kirche nahm durch den Feuereifer frommer Päpſte einen neuen Aufſchwung, der vor allem ſich darin kundthat, daß die Bisthümer frommen und gelehrten Männern wiederum übertragen wurden. Dieſe thaten nun alles, um die geiſtliche Jurisdiction zu ihrer früheren Höhe zu bringen, und da ſie dabei von reinen Motiven geleitet waren, ſo konnte ihnen Philipp nicht vom Anfang an jenen Widerſtand entgegenſetzen, den er ihnen ſonſt gern entgegengeſetzt hätte. Als Pius IV (1559–1565) in Rom reſidirte, ernannte er ſeinen Neffen, den Kardinal Karl Borromeo, zum Erzbiſchof von Mailand. Unter dieſem ſpäter von der Kirche heilig geſprochenen Mann nahm das kirchliche Leben in Mailand einen Aufſchwung, der an die Zeiten des heiligen Ambroſius erinnerte; dem König von Spanien war aber dabei nicht ganz wohl zu Muthe. Sein Statthalter, der Herzog von Albuquerque hatte gerade ſo viel Macht, als ihm der Erzbiſchof zu belaſſen beliebte, und die übrigen Biſchöfe des Herzogthums richteten ſich nach dem Beiſpiele, welches ihnen ihr Metropolit gab. Der Streit, welcher wegen einer ſo ungemeſſenen Ausdehnung der geiſtlichen Jurisdiction zwiſchen dem Erzbiſchof und dem Herzog von Albuquerque ausbrach, wurde durch die Intervention des Papſtes zwar geſchlichtet, allein, wie ſich leicht denken läßt, nicht eben zum Vortheile Spaniens. Nach dem Tode Karl Borromeo's trat eine Art von Waffenſtillſtand zwiſchen den geiſtlichen und weltlichen Behörden ein, jede überließ der andern, was ihr unbeſtritten nach dem Herkommen und dem Beiſpiel anderer Länder gebührte, und ſo vertrug man ſich leichter bei den weniger zahlreichen Kompetenzkonflikten. Anders war es jedoch, als Friedrich Borromeo, ein Neffe Karls, von Papſt Klemens VIII mit dem Purpur bekleidet das Erzbisthum Mailand gleicherweiſe durch päpſtliche Verleihung überkam. Jetzt ward der Kampf von neuem aufgenommen und ſein Verlauf zeigt nur zu deutlich, daß man weniger die Erweiterung der geiſtlichen Jurisdiction als das Verderben der ſpaniſchen Herrſchaft beabſichtigte. Seine Amtsthätigkeit leitete der neue Erzbiſchof damit ein, daß er dem königlichen Statthalter und Konnetable Don Juan de Velasco den Ehrenſitz in der Kirche verſagte, der ſeit langem den Vertretern des Königs eingeräumt worden war; dann wurde auf den geiſtlichen Gebäuden hie und da das königliche Wappen nicht ohne Oſtentation entfernt und ihm ein Platz unter dem des Erzbiſchofs angewieſen. Nach dieſen vorausgegangenen Reibereien beanſpruchte der Erzbiſchof, daß die geiſtlichen Gerichte ungeſchmälert ihre Jurisdiktion ausüben dürften. Nach ſeinen Anſichten gehörten aber nicht bloß Glaubens-

Google

und Diöcesanſachen, Ehangelegenheiten und endlich der Clerus vor das biſchöfliche Gericht; es ſollten auch von demſelben alle Prozeſſe entſchieden werden, die zwiſchen Clerikern und Laien entſtehen konnten, ferner alle Prozeſſe, gleichviel zwiſchen wem geführt, welche auch nur entfernt wucheriſche Geſchäfte betrafen, es ſollten dem geiſtlichen Gerichte weiter alle Pächter geiſtlicher Güter und alle Arbeiter (!) auf denſelben in Civil- und Perſonalangelegenheiten unterſtehen, daſſelbe ſollte ſchließlich mit allen ſogenannten Laien-Brüderſchaften, deren es damals eine große Menge gab, der Fall ſein. Auf dieſe Art gab es nahezu Niemand im Mailändiſchen, der nicht auf irgend eine Weiſe vor das geiſtliche Forum hätte gezogen werden können. Hiezu kam noch, daß der Erzbiſchof nach und nach auch die Kriminalgerichtsbarkeit über das ganze Land unter denſelben Vorwänden an ſich zu reißen ſuchte und ſchließlich den Satz aufſtellte, jedes Vergehen, mit dem zugleich eine Todſünde verbunden ſei, gehöre zur Aburtheilung allein vor das geiſtliche Forum. Die geiſtlichen Gerichte ſchritten überall ohne Benachrichtigung der weltlichen zur Verhaftung aller Perſonen ohne Unterſchied, auf die ſie ihre Hand legen wollten, ja ſie griffen ſelbſt an ihre Güter, beſtimmten willkürliche Geldſtrafen und ſprachen ſogar Konfiskationen aus *) Da der Statthalter des Königs gegen dieſe Prätenſionen endlich mit Macht auftrat und in einem Bande mit ſchwerer Strafe alle jene bedrohte, welche in Angelegenheiten, die vor das Civilgericht gehörten, ſich an das geiſtliche wenden würden, ſo kam es zum Bruche. Der Erzbiſchof exkommunizirte den Statthalter und den königlichen Rath in Mailand, ließ in allen Kirchen die Gebete wiederholen, mit denen die verfolgte Chriſtenheit zu Diocletians Zeiten um Schutz bat und rief überhaupt eine Aufregung hervor, welche in jedem Augenblicke einen allgemeinen Aufſtand erregen konnte; Mailand ſelbſt füllte ſich mit Tauſenden von Wegelagerern und Räubern, die ihre Gelegenheit abwarteten und indeſſen ſich das Aſylrecht der Kirchen zu Nutzen machten. Endlich legten ſich der Papſt und Philipp II ins Mittel, der Streit wurde in etwas ausgeglichen, Friedrich Borromeo ermäßigte ſeine Forderungen, aber immerhin unbedeutend genug, ſo daß die Streitigkeiten auch noch Philipps II Tode immer von neuem entbrannten. Gegen 30 Jahre verwaltete Friedrich die Diöceſe von Mailand und konnte ruhig drei

*) Die Geſchichte ſämmtlicher Streitigkeiten zwiſchen den weltlichen und geiſtlichen Gerichten in Mailand fand ich in einer höchſt merkwürdigen und weitläufigen Relation des Connetable Don Juan de Velasco d. d. 1. Juli 1597 gerichtet an Philipp II. Eine Kopie dieſer Relation findet ſich in der Fideicommiß-Bibliothek in Prag.

Google Original HARVARD

Königen von Spanien in derſelben Trotz bieten. Es iſt bekannt, welch ein geſegnetes Andenken er in Italien hinterlaſſen, wie er ſein Lebelang über den Bedrückten Troſt und Hilfe geweſen und wie er zur Zeit der furchtbaren Peſt in Mailand den Gipfel der Tugend erreichte; ob er ſich aber immer daran erinnerte, daß er dem verhaßten Könige von Spanien mindeſtens dieſelbe Rückſicht ſchulde, wie ſie die erſten Chriſten nicht einmal Nero vorenthielten, möchten wir nicht behaupten wollen. So lang er lebte, ließ er die Spanier ſeinen Haß fühlen und theilte ſo die Stimmung ſeiner Päpſte, in deren Seele neben dem feurigſten Eifer für die Kirche doch noch Raum blieb, um gegen die Spanier wenn nicht Haß doch die tiefſte Abneigung zu fühlen. Konnte es ſich doch ſeiner Zeit ſelbſt der heilig geſprochene Pius V (1566—1572), der Inbegriff von Frömmigkeit nicht verſagen, Philipp II wenigſtens den Rath zu geben, das Königreich Neapel als ein unrechtmäßig erworbenes Gut abzutreten*).

Nach ſo herben Erfahrungen ſtürzte ſich Philipp in kein großes Unternehmen mehr, ſondern war nur noch auf die Herbeiführung eines allgemeinen Friedens bedacht. Bei der hohen Meinung, welche er von ſeiner eigenen Thätigkeit hegte, mußte ſich ſeiner Betrachtung oft genug in quälender Weiſe das Mißverhältniß aufdrängen, das zwiſchen ſeinen Beſtrebungen und den erlangten Erfolgen beſtand, bei ſolchen Erwägungen erinnerte er ſich des Erben, der nach ihm die weite Monarchie beherrſchen ſollte und der trotz ſeines noch jugendlichen Alters apathiſchen Geiſtes dahinlebte; er konnte ſich dann nicht enthalten, bedauernde Worte darüber zu äußern, daß ihm das Geſchick einen ſolchen Sohn gegeben habe**). Aus dieſem Grunde wollte er demſelben die Monarchie im Friedensſtande hinterlaſſen, denn wie ſollte dieſer ſchwache Jüngling dem Anprall der Feinde widerſtehen? Mit England, Holland und Frankreich wurden Friedensunterhandlungen angeknüpft, doch hatten nur die mit Heinrich IV Erfolg und führten zum Frieden von Vervins (1598). Mit England kam kein Vergleich zu Stande, denn die Engländer wollten den Krieg, da er ihnen Vortheil brachte. Mit Holland auf der Grundlage zu unterhandeln, welche nicht weiter zu umgehen war, nämlich auf Grund der Anerkennung der Unabhängigkeit der Republik, dagegen empörte ſich der kaſtiliſche Stolz, und ſo ſollte Spanien noch ferner an dieſer

*) Lehre von Finanzen. Römiſche Korreſpondenz unter Pius V. Paul V führte erſtmal im Gegenſatz mit dem ſpaniſchen Gesandten dieſes Factum ſelbſt an als die Spanier die Verdammung des Werkes von Botusius über die ſicilianiſche Monarchie verlangten.

**) Don Modesto Lafuente: Historia de España.

Google Original HARVARD

Wunde eiterte. Gleichwohl verfiel Philipp II auf ein Auskunftsmittel, welches mindestens geeignet schien, sein und seines Nachfolgers Budget von der Last des holländischen Krieges zu befreien und einen faktischen Friedenszustand herbeizuführen. So lange ein Theil der Niederlande im spanischen Besitz blieb, sahen sich die Generalstaaten bedroht und glaubten nicht an einen dauernden Frieden, rüsteten und zwangen Spanien zu Gegenrüstungen. Wie nun, wenn Philipp den noch unterworfenen Theil der Niederlande von seiner Monarchie trennte, und durch dieses unzweifelhafte Unterpfand seine friedlichen Gesinnungen verbürgte? In der That bestimmte er, daß seine Lieblingstochter, die Infantin Isabella, Belgien im Verein mit der Franche Comté erben und beides ihrem künftigen Gemahl als Mitgift zubringen sollte, sie und ihre Nachkommen sollten unter spanischer Oberhoheit diese Länder beherrschen. Dieser Ausweg leistete zwar nicht, was Philipp sich davon versprach, aber er konnte sich doch für Spanien günstiger gestalten, als die Fortdauer des früheren Verhältnisses.

Nach diesen Bestimmungen verordnete er noch, daß seine Tochter den Erzherzog Albrecht zum Gemahl nehmen solle, entschied sich für die Heirat seines Sohnes mit der Erzherzogin Margaretha und knüpfte so beide Linien des Hauses Habsburg wieder enger an einander. Alles dies geschah in den Tagen seiner Anwesenheit in Madrid, wenige Monate vor seinem Hinscheiden. Am letzten Juni 1598 reiste er hierauf nach dem Escurial, in der Hoffnung, durch diesen veränderten Aufenthaltsort seine zerrüttete Gesundheit wieder etwas herzustellen. Aber schon der Weg verschlimmerte sein Leiden und er konnte wegen furchtbarer Gichtschmerzen nur langsam von Ort zu Ort in einem Tragsessel fortgeschafft werden. Im Escurial angelangt nahm seine Krankheit jenen bösartigen Charakter an, in dem nicht wenige seiner Gegner eine besondere Heimsuchung Gottes erkennen wollten; der ganze Körper bedeckte sich mit Eiterbeulen, von denen eine nach der andern aufbrach und um ihn herum einen unerträglichen Gestank verbreitete, dazu kam noch, daß sich die eiternden Wunden mit Ungeziefer anfüllten, das nicht mehr entfernt werden konnte. Trotzdem, daß er augenscheinlich der Auflösung entgegenging, selbst nicht die geringste Bewegung im Bett aus eigener Kraft mehr ausführen konnte, sondern unbeweglich auf derselben Seite liegen mußte, bekümmerte er sich noch um die Leitung des Staates und da er nicht dem Urtheile seines Sohnes in der Auswahl der Diener vertraute, so ordnete er noch einige Veränderungen im Staatsrathe an, von denen er hoffte, daß sie der Erbe respektiren würde. Letzte Täuschung des Sterbenden, der Infant hatte im Geiste bereits anders über die hohen Aemter verfügt. Nach

Google Digitized by HARVARD

dieſem letzten Eingriff in die Regierung wandte Philipp ſeine alleinige Sorgfalt nur noch ſeinem Seelenheile zu. Vielleicht haben wenige Sterbliche ſolche Martern überſtanden, wie er, vielleicht haben aber auch noch wenigere mit einer ſolchen Reſignation dem letzten Momente entgegengeſehen, wie er. Ohne eine Klage im Munde ließ er die ſchmerzlichſten Operationen mit ſich vornehmen; ſein einziger Troſt dabei beſtand darin, daß er ſich die Geſchichte der Leiden Chriſti vorleſen ließ, um bei deren Anhörung ſein eigenes Schickſal erträglicher zu finden. Beſchäftigt mit ſeinem Seelenheile duldete er um ſich herum faſt nur noch Geiſtliche, obenan ſeinen eigenen Beichtvater Fray Diego de Yepes; ab und zu frug er ſie in der Angſt vor dem kommenden Gerichte, was er noch zu thun habe um ſich zu entſündigen, und auf ihr Anrathen bedachte er Arme und Kirchen mit ebenſo zahlreichen als königlichen Geſchenken, die augenblicklich verabfolgt wurden. In den letzten Tagen ſeiner Krankheit ſprach er nur noch von ſeinem Tode, ordnete auf das genaueſte die Art und Weiſe an, wie er eingeſargt werden wollte und verlangte endlich am 1. September, daß man ihm die letzte Oelung reiche. Bevor ſeinem Wunſche noch willfahrt wurde, ließ er ſeinen Sohn an ſein Krankenlager herankommen und ſagte ihm: Ich wünſchte, mein Sohn, deine Gegenwart, damit du ſiehſt, was es um die Königreiche und Herrſchaften dieſer Welt für ein Bewandtniß habe, und damit du den Tod ſelbſt kennen lerneſt. Mache dir die Erfahrung zu Nutzen, denn morgen haſt du ſelbſt zu regieren. Am Tage nach dem Empfang der Sterbſakramente ließ er ſich das Crucifix bringen, mit dem ſein Vater in der Hand dem letzten Augenblick in San Yuſte entgegengeſehen und das als eine theure Familienreliquie im königlichen Schatze aufbewahrt wurde. Als man daſſelbe herbeigebracht hatte, bemerkte er, daß in einer Lade des Crucifixes zwei Disciplinen verborgen ſeien, eine, die gebrauchte, rühre von ſeinem Vater her, der ſie fleißig benützt habe, die ungebrauchte gehöre ihm. Er wollte nicht aus der Welt mit einem falſchen Schein von Frömmigkeit ſcheiden. Am 13. September 1598 ſtarb er *).

Philipp II hat in der Geſchichte ein Andenken hinterlaſſen, welches ihn wie eine Art von Fluch belaſtet. Hat ſein unläugbar finſterer Charakter und ſeine harte Gemüthsart den bedeutendſten Einfluß auf die

*) Die Nachrichten über ſeinen Tod entnehme ich einer handſchriftlichen Relation de algunas cosas particulares y notables que pasaron y dixo el Rey (Philipp II) en el discurso de la enfermedad, de que murió. Das MS. iſt in der Lobkowitzſchen Bibliothek in Prag. Die Erzählung rührt von einem unterrichteten Zeugenoſſen her.

Google Digitized by HARVARD

Unleutſeligkeit ſeiner ganzen Regierung gehabt, ſo iſt wohl ihr Verlauf nur um deſſentwillen ſo traurig geworden, weil er ein Reich zu beherrſchen hatte, deſſen Theile nun und nimmermehr zuſammenpaßten. Die Niederländer hatten trotz der Leutſeligkeit Karls V, den ſie doch einen Sohn ihres Landes nennen konnten, den Verluſt ihrer früheren Selbſtſtändigkeit und das Geſettetſein an ein ſo fernes, wie das ſpaniſche Intereſſe nimmer gern ertragen mögen, und als nun unter Philipp ſpaniſcher Abſolutismus und ſpaniſche Inquiſition ihrer Exiſtenz den Todesſtoß geben wollte und ſie zugleich auch nur noch von Spaniern regiert werden ſollten, hielten ſie nicht länger an ſich. Die Italiener, von Anfang her ſchon Gegner der minder gebildeten und von ihnen verachteten Spanier, wurden in ihrem Haß gegen die Fremdherrſchaft durch alle Erinnerungen der Heimat vor allem aber durch das entreizende Beiſpiel der Päpſte ſelbſt immer mehr beſtärkt. Wo ſolche Gegenſätze in einem Reiche ſich finden, da iſt die Trennung das einzige Auskunftsmittel oder es bleibt ſchließlich nichts übrig, wie das Schwert, um die Widerſpänſtigen niederzuhalten. Da nun Fürſten die Herrſchaft über einzelne Theile ihrer Gebiete um des Haſſes der Einwohner willen nicht niederzulegen pflegen, ſo darf man Philipp nicht darüber beſondere Vorwürfe machen, was er zur Behauptung der Niederlande gethan und ihm nicht das Unrecht anthun, in dieſer Beziehung ihn ſeinen fürſtlichen Zeitgenoſſen, die in ihren Kreiſen dasſelbe thaten, nachzuſetzen. Das wahre Maß zu ſeiner Beurtheilung liefert Spanien allein, hier konnte ſich die Individualität des Herrſchers frei ausprägen, da er hier nur Sympathien begegnete, und hier iſt auch ſchließlich die Verurtheilung ſeiner Regierung beſiegelt. Die letzten Reſte von Freiheit auf dem Boden dieſes Landes vertilgte er mit tyranniſcher Wuth in Aragonien, und mit Hilfe der Inquiſition, welche die ihr eigenthümliche Stufe der Vollkommenheit unter ihm erreichte, vervollſtändigte er jenes abſolute Regierungsſyſtem, welches die geiſtige und materielle Entwicklung der Spanier auf faſt zwei Jahrhunderte hinaus vernichtete*). Philipp II war nicht eroberungsſüchtig; nach dem einſtimmigen Zeugniſſe ſämmtlicher

*) Nani's Relation 1598 bei Alberi I, 5. S. 484. Daß die Inquiſition ganz und gar ein Inſtrument der ſpaniſchen Könige geweſen ſei, darin ſind alle venetianiſchen Geſandten einig. So ſagt Nani an der dritten Stelle: Il re si può dir capo dell' officio dell' inquisizione, denominando esso gl' inquisitori e ministri. Adopra quest' officio per tener in freno i sudditi e castigarli con la segretezza e severità con che si procede in esso, dove non può farlo con l'autorità ordinaria secolare, e ben spesso, dal consiglio reale. L' inquisizione e il consiglio reale si danno mano insieme e s' aiutano in servizio del re per rispetto di stato.

Google

venetianiſcher Geſandten liebte er den Frieden und dachte nur an die Behauptung ſeines ererbten Beſitzes, erſt als ihm dies durch England in den Niederlanden erſchwert wurde, und als er gleiche Gefahr von Seite Frankreichs, wenn es erſtarken würde, befürchten mußte, erſt da ließ er ſich in ſeine gewaltigen Kriegsunternehmungen und Eroberungspläne ein und hielt dann ſeinem Charakter gemäß an ihnen ſo feſt, daß ihn erſt der abſolute Mangel an Mitteln zur Ruhe bringen konnte. Weil er bei ſeinen Beſtrebungen auch von dem Wunſche geleitet war, die katholiſche Kirche überall in ihrer Herrſchaft zu erhalten, ſo hielt er ſich für ein Werkzeug Gottes und für berechtigt ſich ſeine eigene Theologie zu bilden*). Beim Antritt ſeiner Regierung, heißt es, ſei er religiös, gerecht, ſparſam und friedlich geweſen. Aber im Laufe der Zeit habe ſich alles an ihm verſchlechtert, ſeine Religioſität wich ſtaatlichen Rückſichten, ſeine Gerechtigkeit machte grauſamer Strenge Platz, die Sparſamkeit ſchlug in Geiz um und ſeine Friedfertigkeit konnte mit dem Verlangen, Schiedsrichter der Chriſtenheit zu ſein, nicht weiter beſtehen**).

Philipp war mit einer außerordentlich ſeltenen Arbeitskraft ausgerüſtet. Von ſeinem Palaſt in Madrid, welches er zur Hauptſtadt erhoben hatte und vom Escurial aus, welchen er in einer unwirthbaren und traurigen Gegend der Quadarama erbaut hatte, lenkte er die geſammte äußere Politik und die Verwaltung ſeiner Länder. Zu den Hunderttauſenden von Aktenſtücken, die ihm in ſeinem Leben in die Hand kamen und welche er mit Sorgfalt las, ſchrieb er regelmäßig ſeine Bemerkungen am Rande nieder, und hat hiedurch der Nachwelt die beſte Gelegenheit gegeben, in die geheimſten Falten ſeiner Seele einzudringen***). Während ſeiner Regierung war der Einfluß ſeiner Räthe und Miniſter auf ein kleines Maß herabgedrückt, denn ſeine eigene Geſchäftskenntniß enthob ihn in den meiſten Fällen der Mühe, ſich bei Andern Raths er-

---

*) Serenzo's Relation von 1602 bei Alberi: Spagna, 158: Il re passato nelle cose ecclesiastiche con lungo uso e con l'aver formato una coscienza secondo il parere de'suoi teologhi, che forse non sempre ardivano di contrariare alla sua inclinazione, parve che avesse fatto un abito un poco libero.

**) Nani's Relation von 1598 bei Alberi I Vol. S. 485: Il già re era religioso, giusto parco e pacifico. Ma la prima qualità si convertiva in ragion di stato, la seconda in severità crudele, la terza in avarizia, la quarta in voler esser arbitro della cristianità.

***) Diese koſtbaren Randgloſſen finden ſich in den Korreſpondenzen, welche im Archiv von Simancas aufbewahrt werden.

Google

holen zu müſſen. Einige Sekretäre und ſeine Tochter Iſabella waren ſchließlich die einzigen, deren Hilfe er ſich bediente*).

Von Philipp II datirt es her, daß der ſpaniſche Name in Europa wie mit einem Brandmal befleckt war. Der Abſcheu gegen ſpaniſchen Einfluß und ſpaniſches Weſen ging von den Niederlanden und zum Theil auch von Italien aus und theilte ſich allmälig den angrenzenden Völkern, Katholiken wie Proteſtanten mit. Auf dieſe Weiſe bekam alles, was mit Spanien verbunden war oder es ſchien, eine gewiſſe unheimliche und geradezu finſtere Bedeutung, welche überdies noch künſtlich von den Gegnern Spaniens genährt wurde. Ein Theil des allgemeinen Haſſes gegen Spanien traf deſſen Beherrſcher und dieſe verwickelten durch ihre Verwandtſchaft auch die deutſche Linie der Habsburger in die allgemeine Anfeindung. Aber merkwürdig, die Beſchuldigung, daß das Haus Habsburg die Herrſchaft über Europa anſtrebe und gegen die Freiheit der Fürſten und Völker unabläſſig konſpirire, wurde am heftigſten nach Philipps II Tode erhoben, alſo zu einer Zeit, wo eigentlich die Kraft dieſes Hauſes gebrochen war und die zwei Vertreter deſſelben Philipp III und Rudolf II auch nicht im allerentfernteſten mit ehrgeizigen Plänen ſich trugen. Die Auflöſung dieſes Räthſels ruht darin, daß andere Mächte nach der Herrſchaft rangen, welche noch vor kurzem die Habsburger eingenommen hatten, und daß die Durchführung ihrer Pläne nur möglich war, wenn die öffentliche Aufmerkſamkeit noch immer auf den früheren, wenn gleich erſchöpften Gegner gerichtet blieb. Heinrich IV in Frankreich war es vor allem, der die Eroberungspläne ſeines Vorfahren Franz des I wieder aufnahm, aber um ihr Gelingen zu ſichern, benützte er den auf Spanien laſtenden Haß und bereitete eine gemeinſame europäiſche Coalition vor, in die er alle Gegner des Hauſes Habsburg aufnehmen wollte. Die Geſchichte von 1600–1648 iſt eigentlich nichts anderes, als die eines ununterbrochenen diplomatiſchen und militäriſchen Kreuzzugs gegen die Habsburger, an dem ſich unter Frankreichs Anführung nach und nach die meiſten Staaten Europa's betheiligten. Als mit dem weſtphäliſchen Frieden das Ziel erreicht ſchien, ſtand Frankreich mit einemmale ſo mächtig da, daß es im Stande war, die Rolle Spaniens einzunehmen. Die

*) Gerarzo's Relation 1602 bei Alberi S. 135. Il re passato aveva il consiglio di stato, si può dire, tutto nella sua propria testa. diceva egli stesso, che non poteva valersi del consiglio di persone che avesse maggiore esperienza nè che avesse più lungamente trattato e maneggiato le cose di stato che lui medesimo; perciò a lui si riservano tutte le consultazioni e dall' esperienza e dalla prudenza del solo suo consiglio dipendevano tutte le risoluzioni

Google

frühere Wuth gegen die Habsburger wich rasch einer nüchternen Anschauung und der spanische Name verlor wieder seine finstere Bedeutung, denn man fand heraus, daß die tugendhafte Entrüstung so vieler Fürsten gegen das „Haus Oesterreich" doch nichts als Neid und Herrschsucht gewesen sei, und daß sie mit denselben Mitteln ausgerüstet wie einst Karl V und Philipp II für die öffentliche Freiheit nicht minder gefährlich geworden wären.

In welchem Verhältnisse stand nun die deutsche Linie der Habsburger zu der spanischen seit Ferdinand I bis Rudolf II?

II.

Während die spanische Linie des Hauses Habsburg durch ihre großen und zerstreuten Besitzungen zu einer hervorragenden Theilnahme an allen Welterereignissen und zu einer schroffen Parteistellung, namentlich dem Protestantismus gegenüber, hingedrängt wurde, entwickelte sich die österreichische Linie in einer mehr vermittelnden Weise. Erzherzog Ferdinand, dem sein Bruder die deutschen Besitzungen abgetreten hatte, wurde bald darauf auch von den Böhmen und Ungarn zu ihrem Könige gewählt, da der traurige Ausgang der Schlacht von Mohacz diese Länder nöthigte, sich nach einem Prinzen umzusehen, dessen eigene Macht und dessen Familienverbindungen ihre Widerstandskraft gegen die Türkengefahr erhöhen konnte. In beiden Königreichen hatte sich indessen der Protestantismus bedeutend Bahn gebrochen und Ferdinand konnte, ein so eifriger Katholik er selbst auch immer sein mochte, seine Regierung nicht füglich mit einer Verfolgung desselben beginnen, um so weniger, da der protestantische Adel zum Theil seine Wahl mitbefördert hatte. Vom Anfange also seiner Regierung sah sich Ferdinand den Protestanten gegenüber zu einer versöhnlichern Haltung genöthigt; er konnte es wohl versuchen, ihre Rückkehr auf friedlichem Wege anbahnen zu wollen, mehr durfte er aber nicht thun, da die Nähe der Türken ihm die Nothwendigkeit klar machte, mit seinen Unterthanen in erträglichem Einvernehmen zu stehen. Eine solche maßvolle Haltung, seine tüchtige Persönlichkeit und die schönen Familienverhältnisse an seinem Hofe bewirkten, daß die Theile des neuerstandenen österreichischen Großreiches in ein innigeres Verhältniß traten, dessen Fortdauer nicht besondern Gefahren preisgegeben schien. Der schmalkaldische Krieg, welcher in Deutschland mit dem Siege Karls V endigte, verfehlte indessen nicht die Leidenschaften auch in den Besitzungen Ferdinands wachzurufen und namentlich war es Böhmen, dessen Einwohner ihre Sache mit der des Protestantismus identificirten und gegen Ferdinand eine

Google

freundliche Haltung annahmen. Doch glich sich dieselbe wieder aus und auch Ferdinand kehrte nach einer mehrere Jahre andauernden schroffen Haltung gegen gewisse protestantische Sekten wie z. B. die böhmischen Brüder und die Wiedertäufer, wieder zur früheren Mäßigung zurück. Der augsburger Religionsfriede, obwohl für die Länder Ferdinands ohne Giltigkeit, übte doch auf dieselben eine Rückwirkung aus. Denn in der Behandlung der religiösen Angelegenheiten hatte sich unter diesen schwankenden Verhältnissen der Grundsatz ausgebildet, daß der Adel frei seine Religion bekennen dürfe, während die Bauern und Bürger in ihrem Glauben der beliebig wechselnden Willkür ihrer Herrn preisgegeben wären.

Zwischen Karl V und Ferdinand I gab es mancherlei Aehnlichkeit im Charakter und in der Handlungsweise, beide erkannten die Macht der Verhältnisse an und regelten darnach ihren Glaubenseifer; zwischen ihren Erben dagegen macht sich bereits eine ungeheure Kluft geltend. Philipp II und Maximilian II, welchen verschiedenen Klang haben ihre Namen! Der erstere durch die Verhältnisse zur Unterdrückung der Protestanten gezwungen, weil sie gegen ihn rebellirten, unterzog sich dieser Aufgabe mit Lust; er würde zur Unterdrückung der Protestanten geschritten sein, auch wenn sie sich nicht gegen ihn aufgelehnt hätten. Maximilian II war dagegen ein durch und durch weicher Charakter. In seiner Jugend kümmerte er sich mehr um schöne Frauen, als um den Glaubenszwiespalt und verfiel in seinem männlichen Alter in eine gewisse Schlaffheit, welche vielleicht die Folge allzuvieler Hingabe an das Vergnügen war. Verschieden von den meisten seiner Zeitgenossen, die entweder feurige Freunde oder grimmige Hasser des Katholicismus zu sein pflegten, konnte er sich sein Lebelang aus vollem Herzen weder für die eine noch für die andere Richtung entscheiden. So lange sein Vater lebte, spielte er die Rolle eines grollenden Sohnes, opponirte demselben, umgab sich mit Personen, die der katholischen Kirche feind waren, und mied die Theilnahme an den Gebräuchen der letztern, so daß die Protestanten überall die größten Hoffnungen auf seinen Regierungsantritt bauten. Als er aber seinen Vater beerbte, hielt er auf der betretenen Bahn inne; er neigte sich wieder mehr den Katholiken zu und bekannte sich auch äußerlich zu ihnen. Doch auch die Protestanten konnten sich nicht über ihn beklagen, denn nicht bloß, daß er nichts zu ihrer Unterdrückung that, bereitete er sogar ihre Einigung vor, indem er bei ihnen die Errichtung eines förmlichen Kirchenregiments, namentlich in Böhmen und Oesterreich, förderte. Und gerade so wie Maximilian in den religiösen Angelegenheiten sich benahm, gewährend, vermittelnd und stets

Google

verſöhnlich, ſo benahm er ſich auch in den politiſchen. Die Stände ſeiner Länder konnten ſich eines freien Zuwachſes ihrer Freiheiten und einer faſt unabhängigen Stellung von ihrem Herrſcher rühmen, und daß der Kaiſer auch in Deutſchland nichts that, um ſeine Auctorität zu erhöhen und die der Reichsſtände zu beſchränken, iſt bekannt genug. Wenn er mit ſeinen Unterthanen in Frieden lebte und die türkiſchen Angriffe nur leidlich abwerfen konnte, ſo war Maximilian zufrieden geſtellt; weiter gingen weder ſeine Sorgen noch ſeine Wünſche. Was erfolgt wäre, wenn ihn Philipps II Geiſt beſeelt hätte und wenn er deſſen Kampf mit den Niederländern von Deutſchland aus hätte unterſtützen wollen, läßt ſich ſchwer ſagen. Unzweifelhaft waren die Verhältniſſe in den öſterreichiſchen Ländern günſtiger für ihn, als dies ſpäter unter Ferdinand II der Fall war. Aber dieſer Vereinigung Philipps und Maximilians ſtand nicht blos ihre verſchiedene geiſtige Richtung entgegen, ſondern zugleich eine tiefe Abneigung, welche ſeit Jahren bei Maximilian ſich gegen ſeinen Vetter feſtgewurzelt hatte, und von der man ſogar einige Zeit befürchtete, ſie könne zum Kriege zwiſchen ihnen führen. Sie hatte ihren Grund in den Prätenſionen, welche ſeiner Zeit Philipp II auf den deutſchen Kaiſerthron erhoben hatte, und in der Annahme der jüngeren Linie der Habsburger, daß ſie bei der Theilung des Erbes der Königin Johanna verkürzt worden ſei*). Man ſpricht wohl häufig von einem habsburgiſchen Familienintereſſe und wie daſſelbe unabläſſig verfolgt wurde. Dies iſt eine Behauptung, welche von der Geſchichte faſt ununterbrochen widerlegt wird; beide Linien des Hauſes Habsburg ſtanden einander in Wirklichkeit beinahe vom Anfang an ziemlich fremd gegenüber, verfolgten ihre eigenen Zwecke und nur hierin zeigten ſie ſich einander befreundet, als man mit Sicherheit annehmen konnte, daß ſie einander nie bekriegen würden. Erſt unter Ferdinand II, der ſeine Rettung den Spaniern allein zu danken hat, machte ſich durch längere Zeit wirklich eine gemeinſame Familienpolitik geltend.

Maximilians Widerwille gegen Philipp II minderte ſich, als ihm die Hoffnung auf die Beerbung ſeines Vetters zu winken begann. Philipp hatte damals nur einen einzigen Sohn Don Carlos, deſſen

*) Relation Tiepolo's vom J. 1563 bei Alberi I. Vol. V S. 49. Massimiliano chiamandosi quanto si possa credere mal satisfatto ed ingannato dal re cattolico, nel parlar con diversi e con me ancora, mostra ch'io sia a questa corte, si lascia chiaramente intender dell'odio grandissimo ch'egli portava a' spagnuoli ed al re, in modo tale che pareva che non gli mancasse altro a scoprirsi contro di lui che occasione o forsità di farlo.

Google Original HARVARD

ſchwächliche Geſundheit nach der allgemeinen Annahme keine lange Lebensdauer erwarten ließ, und er hatte ſich deshalb die Zuſendung zweier Söhne des Kaiſers erbeten, um ſie in Spanien zu erziehen und damit für den Thron dieſes Landes fähiger zu machen. So kam es, daß die Erzherzoge Rudolf und Ernſt aus dem väterlichen Hauſe gegeben wurden*), ein verhängnißvolles Ereigniß für die Folgezeit, denn man darf wohl annehmen, daß die Eindrücke, welche Rudolf in Spanien empfing, jene geiſtige Krankheit vorbereiteten, welche ihn in ſeinem Alter zum unglücklichſten Mann machen ſollte.

Ferdinand I hatte bei ſeinem Tode nicht ſein ganzes Reich dem älteſten Sohne hinterlaſſen, ſondern auch die zwei jüngern, Ferdinand und Karl, mit Ländern ausgeſtattet und dadurch ſein Haus in drei Linien, die öſterreichiſche, tiroler und ſteieriſche abgetheilt; Maximilian ſetzte die Theilung nicht weiter fort, ſondern hinterließ ſeinen ganzen Beſitz dem älteſten Sohn. So trat Rudolf in einem Alter von 24 Jahren die Regierung von Ungarn, Böhmen und Oeſterreich an und verband damit auch die deutſche Kaiſerkrone, nachdem er ſchon zu Lebzeiten ſeines Vaters zum römiſchen König gewählt worden war. Gleich im Anfang ſeiner Regierung ließ er ſich in Prag nieder, richtete ſich die Burg daſelbſt wohnlicher ein und gab ſich einer ruhigen durch Kunſtgenüſſe aller Art angenehm erheiterten Lebensweiſe hin. Obwohl ein Liebhaber der Jagd und dadurch zu öfteren Ausflügen auf das Land genöthigt, liebte er doch gleich im früheſten Mannesalter ſo wenig die Bewegung, daß er es lange nach dem Tode ſeines Vaters aufſchob, ſich von der Markgrafſchaft Mähren huldigen zu laſſen, ein Akt, der ihm erſt die Regierung des Landes geſetzlich in die Hände gab und der ſonſt von Souveränen am wenigſten verſäumt wird; erſt dringende Mahnungen konnten ihn zu der unliebſamen Reiſe vermögen. Aus Spanien brachte er wohl ſtrengere kirchliche Anſchauungen mit, als man ſie an ſeinem Vater kennen gelernt hatte, aber die Ereigniſſe in ſeinen letzten Lebensjahren ſo wie ſein lauer Eifer in ſeinen jüngeren Jahren berechtigen zu der Annahme, daß dieſe Anſchauungen viel zu wenig auf ſein Gemüth einwirkten, als daß er die Neigung empfunden hätte, dem von ſeinem Erzieher gegebenen Beiſpiel auf freien Stücken nachzukommen. Die Proteſtanten waren nicht ohne mannigfache Beſorgniſſe, als Rudolf ſeinem Vater auf dem Throne folgte, aber wenige Jahre ſeiner Regierung beruhigten ſie vollſtändig, denn hatten ſie auch nicht bei ihm auf die Freundlichkeit des Vaters zu hoffen, ſo brauchte

*) Albert Relationen Serie I Vol. V S. 90.

Google

ihnen auch nicht vor der Strenge des Sohnes bange zu sein. Die ganze Regierung Rudolfs nahm nach allen ihren Beziehungen den Charakter einer friedlichen an, der Kaiser liebte die Ruhe, überließ die Geschäfte so weit es möglich war, seinen Räthen, bahnte zwar damit Intriguen und einer unlautern Ministerwirthschaft den Weg, aber blieb dabei doch im Ganzen in den von seinem Vater betretenen Geleisen. Unter solchen Umständen wäre es bald dahin gekommen, daß der Katholicismus dem aggressiven Protestantismus überall unterlegen wäre, hätte sich nicht Rudolf in einem Punkte, aber dies in einem sehr wesentlichen, von seinem Vater unterschieden. Ungleich diesem und offenbar hierin beherrscht von seinen spanischen Erinnerungen ertheilte er die wichtigsten Posten der Regierung nur Katholiken und zwar von der strengern Richtung. Diese im Verein mit den unter dem Einflusse des Tridentiner Konzils reformirten Bischöfen, den Jesuiten und dem gleichgesinnten Klerus hielten den weitern Verfall des Katholicismus ab und bereiteten eine Wiederbelebung desselben, wofür wir noch viele Belege anzuführen haben werden.

So wäre über Rudolfs Regierung oder genauer gesagt, über sein persönliches Eingreifen in die Ereignisse nahezu nichts zu berichten, wenn er im männlichen Alter dahin geschieden wäre. Was in Deutschland, was in Oesterreich vor sich ging, begann ohne seine Anregung und ging ohne seine Theilnahme vorüber; er lebte in einer Welt für sich, hatte nur seine Sorgen und seine Vergnügungen. Aber die Krankheit, welche sich seines Geistes in den letzten Lebensjahren bemächtigte und denselben verdüsterte, stürzte ihn in die gewaltsamsten Bewegungen, nöthigte ihn an denselben einen steten und persönlichen Antheil zu nehmen und damit trat er mitten auf den Schauplatz der Ereignisse, dem er sonst so ferne gestanden war. Seine Krankheit begann ungefähr um das J. 1600 und dauerte bis zu seinem im J. 1612 erfolgten Tode. Es ist unsere Absicht, theils die innern theils die äußern Bewegungen zu schildern, welche in Oesterreich und in den wichtigsten Ländern Europa's durch diese Krankheit entweder veranlaßt oder von ihr begleitet wurden.

Die Berichte, die wir über Rudolf aus einer Zeit besitzen, wo er im reifen männlichen Alter stand, und unter denen die venetianischen den ersten Platz behaupten, schildern seine persönliche Erscheinung als einnehmend. Er war von kleiner Gestalt, nicht unschönem Wuchs und in seinen Bewegungen ziemlich behend. Seine blasse Gesichtsfarbe, seine edel geformte Stirn, sein fein gekräuseltes Bart- und Haupthaar und seine großen Augen, mit einer gewissen Milde um sich blickend, verfehlten nicht auf Alle, die ihm begegneten, einen tiefern Eindruck auszuüben. Die habsburgische Familienähnlichkeit verriet er durch größere und nach rechts hin etwas

Google

verdrehte Lippen. In ſeinem Auftreten lag nichts von einem herriſchen Weſen; er benahm ſich vielmehr ſcheu und etwas furchtſam, mied jede lärmende Geſellſchaft und ſchien überhaupt keinen Theil an gewöhnlichen Vergnügungen nehmen zu können; Scherze waren ihm unlieb und lachen ſah man ihn nur äußerſt ſelten, eine Eigenthümlichkeit, welche er mit ſeinem Bruder Ernſt und mit Philipp II und III gemein hatte. Neben der Jagd unterhielt er ſich auch noch mit Ballſpiel und Reiten, aber je mehr er in den Jahren vorſchritt, deſto mehr zeigte er, daß es ſich ihm bei dieſen Unterhaltungen nicht um Vergnügen, ſondern nur um die nöthige körperliche Bewegung handle. Bei Audienzen zeigte er ſich geduldig, auch ſonſt war er gegen ſeine Umgebung wohlwollend, zugänglich im Geſpräch, wenn er gleich ſelbſt nur wenig ſprach und dies wenige mit auffallender Bequemlichkeit. Er verſtand mehrere Sprachen, die deutſche, lateiniſche, italieniſche, franzöſiſche und einigermaßen die böhmiſche, namentlich war ihm aber auch das Spaniſche als die Sprache ſeiner Erziehung ſehr geläufig, nichts deſto weniger zeigte er für das Deutſche eine beſondere Vorliebe und bediente ſich desſelben faſt ausſchließlich *).

Dem Charakter nach war der Kaiſer ein Phlegmatiker, doch machte das Phlegma bei zunehmendem Alter einer immer ausgeſprocheneren Melancholie Platz. Seine geiſtige Begabung kann nicht gering geweſen ſein, denn ſelbſt ſo feine Beobachter wie die venetianiſchen Geſandten ſetzte er durch die Schärfe ſeines Urtheils in Verwunderung und mehr als ein Geſandte war über die Kenntniſſe und treffenden Bemerkungen erſtaunt, welche der Kaiſer bei den Verhandlungen entwickelte. Allein nicht auf die Regierung war die Leidenſchaft des Kaiſers gerichtet, ſondern auf Beſchäftigungen, die einem reichen Privatmanne allenfalls zum Ruhme gereichen mögen, von einem Kaiſer aber nur auf Koſten der ihm obliegenden Aufgabe betrieben werden können. Von früheſter Zeit an ent-

*) Ha li capelli e la barba ricciuta et di colore fra il bianco et l'argentato. gli occhi grossi et bianchi, ma di guardatura benigna. le labbra grosse et verso la parte destra al quanto distorta, il volto di colore tra il bianco et il pallido ma tutto pituitoso. È più tosto di natura flemmatico et melenconico che colerico, più tosto timido che molto ardito et sopra tutto malinconico tanto, che pochissime volte si vede ridere ne si diletta molto d'altri spassi, che della caccia del gioco della palla et del maneggiar cavalli pigliandosi questi esercitii più tosto per conservarsi, che per diletto essendo S. Mtà in questa parte come anco nel bere et mangiare molto temperata. È di costumi assai piacevole benigno et affabile . . . . MS der kaiſerlichen Hofbibliothek in Wien N. 6371. S. auch die Relation des Serenzo vom J. 1607 MS der Marciana.

Google

wickelte Rudolf große Neigung zu den Künsten, zur Malerei, Bildhauerei, Mosaikarbeit und unter den Wissenschaften selbst beschäftigte ihn sehr viel die Chemie und Astronomie. Während die Regierungsgeschäfte eine unverweilte Erledigung heischten, dauerte es oft Monate und Jahre, bevor er in dringenden Angelegenheiten einen Entschluß faßte; den Besuch der Sitzungen des geheimen Rathes kürzte er je weiter je mehr ab, alles nur, um sich seinen Lieblingsneigungen allein hingeben zu können. Zurückgezogen in der Burg, unterhielt er sich entweder damit, den Künstlern, welche er um sich versammelt hatte, zuzusehen, oder er zog sich in seinen Arbeitssaal zurück und beschäftigte sich daselbst in Gesellschaft eines Dieners und eines Gehilfen mit Malerei, Schnitzarbeiten, chemischen Untersuchungen oder mit dem Stellen des Horoskops. Personen, welche Gemälde und Schauwerke von seiner eigenen Hand gefertigt zu Gesicht bekamen, behaupteten, er habe darin eine immerhin bemerkenswerthe Geschicklichkeit an den Tag gelegt. Bei dieser Beschäftigung kann es nicht Wunder nehmen, wenn der Kaiser auch mit Leidenschaft eine Sammlung von Kunstgegenständen aller Art anlegte; kostbare Gemälde, Statuen, Juwelen, Schmucksachen, Mosaikarbeiten und Kuriositäten aus fernen Ländern wurden von ihm um jeden Preis angekauft und aus allen Gegenden strömten Kunsthändler herbei, um seinen Geschmack zu befriedigen. Selbst in den Tagen bitterer Finanznoth hatte Rudolf immer noch so viel Geld übrig, als nöthig war, um keine Gelegenheit zur Befriedigung seiner Leidenschaft vorübergehen zu lassen. Wir können hier nicht unerwähnt lassen, daß diese mit so viel Ausdauer, Geld und feinem Kunstsinn angelegten Sammlungen sich nicht des besten Schicksals erfreuten. Ein Theil kam später nach Wien und dieser hat sich erhalten; alles das aber, was in Prag zurückblieb, wurde in den stürmischen Zeiten der J. 1618—1620 eine Beute der mannigfachsten Angreifer und die Kostbarkeiten der verschiedensten Länder zerstreuten sich in dieselben noch schneller als sie in denselben gesammelt worden waren. — Mit dem Geschmack an den Künsten vereinigte sich bei Rudolf leider noch der an der Alchymie und Astrologie, diesen traurigen Auswüchsen edler Wissenschaften, worin er an einer seiner Zeit eigenthümlichen Krankheit litt. Kaum trat eine bedeutendere Person in seine Nähe und in Geschäftsverbindung mit ihm, so verlangte sie nur eine Audienz, so wurde ihr das Horoskop gestellt und von den Resultaten desselben hing das Benehmen Rudolfs ab. Aus diesem Grunde fehlte es am Prager Hofe nie an Sternkundigen und Chemikern, denn Rudolf bedurfte ihrer bei seinen Untersuchungen. Von den erstern waren Tycho de Brahe und Kepler ehrliche Männer und erlangten unsterblichen Ruhm in ihrer Wissenschaft, während die letztern Abenteurer waren, die

Google

ſich bald der Goldmacherkunſt rühmten, bald wunderbare Wirkungen durch ſympathiſche Mittel verhießen.

Rudolf war nicht verheiratet. Bald nach ſeiner Thronbeſteigung hieß es, er werde die Infantin Iſabella, die älteſte Tochter Philipps II, zur Frau nehmen und Unterhandlungen würden bezüglich deſſen in Spanien gepflogen, die aber durchaus zu keinem Abſchluß führen wollten, obwohl ſich die Kaiſerin Marie, die Witwe Maximilians, ſelbſt ins Mittel legte. Theils mag Philipp ſich nicht von ſeiner Lieblingstochter haben trennen wollen, theils mochten die Forderungen, welche Rudolf bezüglich der Mitgift erhob und die auf nichts weniger als eines der Länder Philipps hinzielten, die Urſache geweſen ſein, daß zuletzt die Unterhandlungen ganz abgebrochen wurden. Es geſchah dies nicht ohne bei beiden Theilen eine feindſelige Stimmung geweckt zu haben *), die ſogar ſo weit ging, daß Philipp ſeinen Neffen im Verdachte geheimen Einverſtändniſſes mit den Niederländern hielt und Rudolf ſelbſt einiges that, um dieſen Verdacht noch zu beſtärken. Einige Zeit darauf trat der Kaiſer in ein vertrautes Verhältniß zu der natürlichen Tochter eines Kavaliers an ſeinem Hofe, aus welcher Verbindung ſeine natürlichen Kinder, ſechs an der Zahl, drei Söhne und drei Töchter, ihr Daſein herleiten **). Ihr Schickſal wird uns ſpäter noch beſchäftigen.

Als Ferdinand I mit ſeinen deutſchen Beſitzungen die Königreiche Ungarn und Böhmen vereinte, dachte er nicht entfernt an die Möglichkeit, daß damit ein neues Großreich geſchaffen werden könnte, welches der politiſchen Selbſtſtändigkeit der einzelnen Theile ein Ende machen würde. In ſeiner Perſon vereinte ſich die Herrſchaft über drei durch Sprache, Verfaſſung und Geſchichte geſchiedene Ländergebiete, er allein gab das vermittelnde Element zwiſchen ihnen ab, denn in Böhmen, Ungarn und Oeſterreich trat in der Verfaſſung nicht die geringſte Aenderung ein und jedes einzelne dieſer Länder regierte ſich in ſo exclusiv nationaler Weiſe wie früher. Bei dieſem Charakter der erſten „öſterreichiſchen" Regierung iſt es begreiflich, daß Ferdinand bei ſeinem Ableben den größten Theil der deutſchen Beſitzungen ſeinen jüngern Söhnen vermachte, während der älteſte vorzüglich auf Ungarn und Böhmen angewieſen war. Eben ſo wenig wie Ferdinand dachte Maximilian II an eine Amalgamirung

*) Albers Relationen I. 5. S. 369, 431, 467.

**) Ancel an Villeroy ddo. 25. Februar 1602. MS in der kaiſerlichen Bibliothek in Paris Collection Harlay. Ancel nennt den Vater der jungen Dame Monſieur Strada ein Name, der uns nicht weiter bekannt iſt. Strada muß eine bevorzugte Stellung am Prager Hofe eingenommen haben.

Google

der ihm unterthanen Länder und würde er dies auch gewollt haben, so wäre er gewiß durch die Einsprache der Stände daran gehindert worden. Denn Ungarn und Böhmen wachten mit strenger Sorgfalt darüber, daß keine Angelegenheit der ungarischen oder böhmischen Krone von Jemandem andern entschieden oder auch nur mitberathen werde, als wer nach der Verfassung dazu berechtigt war, also von den Ständen und Räthen der betreffenden Krone allein. Aber die Macht der Dinge ist größer als alle Vorsicht der Menschen, wenn sie gegen die Natur der Verhältnisse ankämpft. Die Staatsgewalt war in den Zeiten des feudalen Staates nicht so von der Person des Herrschers getrennt, wie dies heutzutage der Fall ist, wo jede Aeußerung derselben nur durch verfassungsmäßig bestimmte Behörden vor sich geht. Die Staatsgewalt ist jetzt zu einer künstlichen Maschinerie geworden, welche der Regent nur leiten kann, wenn er sich den durch die Beschaffenheit derselben gegebenen Bedingungen fügt. Im 16. Jahrhundert war die königliche Gewalt selbst in den Staaten, wo die Stände eine große Bedeutung hatten, ein persönliches Recht, zu dessen Handhabung dem Könige ein weiter Spielraum gelassen wurde. Weder Böhmen noch Ungarn noch Oesterreich wollten eine Amalgamirung ihrer Verhältnisse, jedes wahrte eifersüchtig seine Selbstständigkeit und doch brachte der Umstand, daß sie vereint unter demselben Herrscher standen, Einrichtungen zu Wege, die sie anfangs gar nicht bekämpften, weil sie deren Tragweite nicht begriffen, die unmerklich, aber nur um desto sicherer, ihre staatliche Selbstständigkeit untergruben und eine Auflösung des neugeschaffenen Reiches unmöglich machten. Das Folgende wird dies erklären*).

Bei den steten Kriegen gegen die Türken sahen sich die österreichischen Herrscher dauernd genöthigt, auf die Organisirung des Heerwesens bedacht zu sein. Die ständischen Aufgebote reichten nicht mehr hin, seit die Einübung der Truppen und die Kriegführung selbst zu einer Wissenschaft geworden war, seit das Festungswesen eine große Rolle spielte und eine tüchtige Artillerie etwas mehr als einige in der Eile ausgehobene Ackerknechte erforderte.

*) Wir bemerken hier, daß die nachfolgende Schilderung des kaiserlichen Hofstaats und namentlich der finanziellen Verhältnisse der Zeit von 1580 angehört ist. Die Quelle ist uns hiebei eine venetianische Relation, MS der Hofbibliothek in Wien Nr. 6371. — Sämmtliche Hofämter, wie sie unten werden aufgezählt werden, bestanden schon unter Ferdinand I, von den vier Kanzlern oder Rathskollegien, die wir hier gewissermaßen als Reichsämter aufführen, bestanden die Hofkammer, der Hofkriegsrath und der Reichshofrath auch zu Ferdinands I Zeiten, der geheime Rath oder Staatsrath hatte aber noch nicht die Ausbildung wie unter Rudolf II. Siehe die venetianischen Relationen bei Albèri I Serie Bd. 2 und 3.

Google

Die Türken ſelbſt waren in dieſer Beziehung ganz trefflich eingeſchult und es blieb ſonach ſelbſt für ſo friedliche Herrſcher, wie Ferdinand, Maximilian und Rudolf nichts übrig, als es ihnen wo möglich gleichzuthun. Mit Hilfe der Einkünfte aus ihren Gütern, der Geldbeiträge der Stände und ſonſtiger in der Fremde erlangter Geldunterſtützungen konnten dieſe Kaiſer eine Anzahl Regimenter anwerben und im Stand halten, welche den Kern eines Heeres abgaben, das ſich, wenn es Noth that, auch aus den Hilfstruppen und Aufgeboten der einzelnen Provinzen ergänzte. Die Grenzfeſtungen in Ungarn gegen die Türken wurden nachgerade nicht mit ungariſchen ſondern mit kaiſerlichen Truppen beſetzt und bildeten ſo die Wiege und Schule für eine Armee, welche weder ungariſch, noch böhmiſch, noch öſterreichiſch, ſondern im ſtrengſten Sinne des Wortes kaiſerlich war. Die gemeinſamen Angelegenheiten des kaiſerlichen Heerweſens wurden von einem Hofkriegsrath geleitet, der in der Reſidenz des Kaiſers, alſo bei Rudolf in Prag, ſeinen Sitz hatte. Die Hofkriegsräthe waren im Anfang nichts anderes als Gehilfen des Kaiſers, die Verhältniſſe machten aber aus ihnen eine öſterreichiſche Reichsbehörde, lange bevor man noch an die Möglichkeit eines öſterreichiſchen Staates dachte. Gegen das Ende des 16. Jahrhunderts zählte der Hofkriegsrath ſechs Mitglieder, einer von ihnen, welcher 1500 fl. Gehalt hatte, ſcheint, wenn auch nicht den Titel eines Präſidenten geführt, doch deſſen Funktionen verſehen zu haben, die übrigen bekamen einen Gehalt von 600 fl.

Mehr noch als der Hofkriegsrath dehnte die Hofkammer ihre Thätigkeit über das ganze Reich aus. Sie beſtand aus einem Präſidenten mit 1200 fl. Gehalt und neun Mitgliedern mit 800 fl. Gehalt. Ihre Aufgabe war die Berechnung ſämmtlicher Einkünfte des Kaiſers, die ihm, da als König, dort als Markgrafen, da wieder als Erzherzog gehörten und an ihn von den königlichen Kammern von Ungarn, Böhmen, Mähren und überhaupt aller ihm unterthanen Länder abgeführt wurden. Neben der kaiſerlichen Hofkammer hatten die einzelnen Länder ihre beſonderen Rechnungskammern, welche die Finanzen derſelben verwalteten; die Hofkammer war allein für den Kaiſer und ſein Finanzweſen da. Ihre Bedeutung tritt dadurch noch mehr zu den Tag, daß ſie nicht blos die Einkünfte des Kaiſers einſammelte, ſondern auch ſeine Ausgaben zu berechnen und zugleich die Mittel anzugeben hatte, durch welche die Mehrausgaben gedeckt werden ſollten. Auch berief ſie zuerſt über die finanziellen Vorlagen, welche der Kaiſer den einzelnen Landtagen machte oder über die Steuerforderungen, welche er da erhob. Da Rudolf um dieſe Zeit nicht allein ſeine Einkünfte aus ſeinen Beſitzungen bezog, ſondern Beträchtliches aus Deutſchland an ſtändigen Einnahmen oder an

Google

periodischen Reichssteuern erhielt, da endlich die Bezüge aus Italien noch nicht ganz erloschen waren, schließlich auch der Papst und Spanien dem Kaiser beträchtliche Geldsummen schenkten, welche alle in die Kasse der Hofkammer flossen, so ergibt sich daraus der weite Umfang ihres Geschäftskreises*). Endlich gehörte auch noch die Ordnung und Bezahlung der kaiserlichen Schulden in ihr Ressort.

Der Reichshofrath war eine Behörde, deren Ursprung bereits in die Zeiten Kaiser Maximilians I zurückreicht. Es war dies anfangs ein Gericht, welches er für seine Erblande errichtet hatte, dessen er sich aber später als eines deutschen Reichsgerichts bediente, das auch als solches in Deutschland anerkannt wurde. Der Reichshofrath blieb nicht eine bloße Justizbehörde, sondern diente nachgerade auch den Kaisern als ein berathendes Kollegium, vor welches die gesammten deutschen und später auch die italienischen Angelegenheiten gewiesen waren. Da in Ungarn der Reichshofrath keine Jurisdiktion ausüben konnte und in Böhmen faktisch keine ausübte, außer in den Fällen, wo es sich um Reichslehensachen handelte, so stand er verhältnißmäßig den früher genannten Rathskollegien an allgemeiner Bedeutung für Oesterreich nach. Er war sehr stark besetzt; um 1580 zählte er 31 Mitglieder, deren Gehalt verschieden nach dem Rang war, den sie darin einnahmen und zwischen 800—2000 Gulden schwankte. Präsident des Reichshofrathes war eigentlich der Kurfürst von Mainz als Reichserzkanzler, aber da er nicht selbst fungirte, hatte er das Recht einen Stellvertreter, den Vicekanzler, zu ernennen und dieser leitete dann die Geschäfte.

Das vierte Rathskollegium, das dem Kaiser zur Seite stand und welches an Wichtigkeit alle andern überragte, war der geheime Rath, gewissermaßen die älteste Form des österreichischen Ministeriums. In denselben wurden die wichtigsten Personen am kaiserlichen Hofe berufen: der Oberstlhofmeister, der gewöhnlich die Stelle des Präsidenten versah, der Reichsvicekanzler und einige wenige Personen von Rang, die das besondere Vertrauen des Kaisers genoßen. Seine Mitglieder waren meistens Deutsche, nur äußerst selten wurden Böhmen oder Ungarn in denselben gezogen, doch fehlten sie nie darin. Unter Rudolf gehörten nach einander in denselben die Kanzler von Böhmen Wratislaw von Pernstein und später Zdenko Popel von Lobkowitz. In den Geschäftskreis des Geheimrathes gehörte alles, was der Kaiser demselben zuzuweisen beliebte, na-

*) Im weitern Verlauf der Erzählung werden wir einen genauen Nachweis über diese verschiedenen Einkünfte des Kaisers, namentlich was Deutschland betrifft, liefern; die ständigen Einkünfte von daher waren sehr gering, dafür bedeutender aber der Ertrag der Kirchenhilfen von 1591—1608.

Google

türlich vor allem die Leitung der auswärtigen Politik und alle Angelegenheiten, zu deren Entscheidung die Initiative des Kaisers gehörte. In den bessern Jahren seiner Regierung wohnte Rudolf den Sitzungen des geheimen Raths regelmäßig bei, ohne es jedoch auch zu unterlassen, bei denen der übrigen Rathskollegien häufig genug zu erscheinen; später beschränkte er seine Theilnahme an den Staatsgeschäften fast nur auf einen unregelmäßigen Besuch des Geheimraths. Die Gehalte der Mitglieder des Geheimraths waren verschieden und nur eine Ergänzung zu den Bezügen, welche dieselben von den ihnen sonst eigenthümlichen Aemtern bezogen; im Ganzen entschied dabei kaiserliche Gunst, die Einzelne mitunter mit großen Geldsummen bedachte.

Als Ergänzung der durch die vier Rathskollegien repräsentirten gewissermaßen allgemeinen Verwaltung von Oesterreich kann man noch das kaiserliche Gesandtschaftswesen ansehen, denn mit dem Moment, wo ein und derselbe Herrscher in Pest, Wien und Prag gebot, hörte die Entwicklung einer selbstständigen ungarischen und böhmischen Politik auf und machte einer persönlichen Politik seiner Herrscher Platz, die sich nach und nach zu einer dynastischen ausbildete.

Rudolf unterhielt nur wenige Gesandtschaftsposten und zwar dort, wo sie wegen des täglichen Geschäftsverkehrs unumgänglich nothwendig waren, nämlich in Madrid, Rom, Venedig und Konstantinopel. Die Gesandten in Rom und Madrid bekamen jährlich 9000 fl, der in Venedig 6000 und der in Konstantinopel 12000. Weder in Polen noch in Frankreich und England, noch auch an den kleinen deutschen und italienischen Höfen hielt Rudolf die Unterhaltung von Gesandtschaftsposten für nöthig, wogegen es in Prag, namentlich um das J. 1600, an diplomatischen Agenten aller nur irgendwie bedeutendern Fürsten wimmelte. Während Rom, Venedig, Spanien und Frankreich um diese Zeit und namentlich seit Heinrich IV auf gute diplomatische Verbindungen das sorgsamste Auge hatten, stand man am kaiserlichen Hofe weit hinter dem Bedürfnisse der Zeit zurück und sah in einem Theil der Gesandten nur Spione, welche mit den malcontenten Ständen dieser oder jener Provinz Verbindungen anzuknüpfen suchten. Diese Anschauung war wohl völlig richtig, aber die österreichischen Herrscher gaben nicht unwichtige Vortheile aus der Hand, daß sie nicht frühzeitig genug dieselben Waffen gegen ihre Gegner zu gebrauchen wußten.

Während die genannten Rathskollegien und das Gesandtschaftswesen zur Leitung der öffentlichen Angelegenheiten bestimmt waren, besorgten fünf oberste Hofwürdenträger den kaiserlichen Haushalt. Der erste unter ihnen, der oberste Hofmeister, war die bedeutendste Person am Hofe, neben

Google Original HARVARD UN

dem Präſidium des geheimen Rathes hatte er die Leitung des wichtigſten Theiles des Haushaltes. In ſein Reſſort gehörte die kaiſerliche Küche, das Jagdweſen, die Leibgarde und die Kapelle. Die Ausgaben für alle in der Küche, im Keller und bei der kaiſerlichen Tafel als Aufwärter angeſtellten Perſonen, von denen die meiſten Edelleute waren, beliefen ſich jährlich auf 33272 Gulden. — Die Leibwache beſtand aus 130 Bogenſchützen zu Pferde und 120 Hellebardieren und der Sold für dieſelben betrug, die Kapitäne mit eingeſchloſſen, jährlich 36720 Gulden. — Die kaiſerliche Kapelle zählte einen Prediger, zwei Almoſeniere, ſechs Kapläne und für die Verherrlichung des Gottesdienſtes eine Anzahl von Sängern und Muſikern; die Auslagen für ſie betrugen jährlich 9976 fl. — Mit den Ausgaben für das Jagdperſonale, welche ſich im Jahre auf 5684 fl. beliefen, betrugen die vom Oberſthofmeiſteramt ausgezahlten Gehalte jährlich 85552 fl. ungerechnet die Bezüge des Oberſthofmeiſters ſelbſt.

Die Auslagen für die kaiſerliche Kanzlei *), welche unter einem Kanzler ſtand und von welcher neben anderem auch die diplomatiſche Korreſpondenz beſorgt wurde, betrugen jährlich 17496 fl.

Der Oberſthofmarſchall hatte die Gerichtsbarkeit am kaiſerlichen Hoflager unter ſeiner Obſorge, er hatte über den Burgfrieden zu wachen und Streitigkeiten zu entſcheiden, welche am Hofe vorkamen. Die Ausgaben für ihn und ſein Dienſtperſonal betrugen jährlich über 16000 fl.

Der Oberſtkämmerer, die ihm unterſtehenden Kämmerer und das ſonſt ihm zugehörige Dienſtperſonale hatten die Wache in den kaiſerlichen Gemächern. Sie führten die Audienzſuchenden beim Kaiſer ein. Die jährliche Ausgabe für das Oberſtkämmereramt iſt uns nicht genau bekannt, ſie dürfte aber keineswegs die für das Oberſtmarſchallamt überſtiegen haben.

Die Dienſtleiſtungen des Oberſtſtallmeiſters ſind zunächſt durch ſeine Benennung bezeichnet; neben der Obhut über den kaiſerlichen Stall hatte er aber noch die Aufſicht über die kaiſerliche Rüſtkammer, über die Pagen und Trompeter zu führen. Die Ausgaben für dieſes Hofamt betrugen jährlich 11544 fl.

In dem Hofſtaate des Kaiſers prägte ſich am meiſten der gemiſchte

*) Ich geſtehe, daß ich mir die Stellung der kaiſerlichen Kanzlei nicht deutlich genug machen kann. Nach dem italieniſchen Berichterſtatter, dem wir in der Schilderung des Hofweſens folgen, ſcheint es, als ob die geſammte Expedition des geheimen Raths, des Reichshofraths u. ſ. w. von dieſer kaiſerl. Kanzlei aus beſorgt worden wäre und als ob der Reichsvicekanzler zugleich der Vorſtand oder Kanzler der kaiſerlichen Kanzlei geweſen wäre.

Google

Charakter des Reiches aus, welches er beherrſchte. Es fanden ſich in demſelben Ungarn, Böhmen, Deutſche und Italiener vor, vorherrſchend jedoch waren die beiden letztern Nationalitäten vertreten.

Alle Ausgaben des Kaiſers für die hier angedeuteten Aemter, weiter die Auslagen für Getränke und Lebensmittel im kaiſerlichen Haushalte, einige Gehalte für das Perſonal der Statthalterſchaft in Ungarn und Oeſterreich, der Tribut und die Geſchenke, welche jährlich nach Konſtantinopel zu zahlen waren, endlich die Koſten für die Artilleriearſenale wurden um das Jahr 1580 mit 313,380 fl. berechnet. Die Koſten des in den ungariſchen Grenzfeſtungen untergebrachten Heeres, welches man auf 30.000 Mann berechnete, wurden mit 1,500.000 fl. angeſchlagen. Schließlich hatte der Kaiſer noch die Intereſſen der von ſeinem Vater hinterlaſſenen Schuldenlaſt, die ſich auf 12 Millionen Gulden belief und mit 5—15 Procent verzinſt wurde, zu zahlen. Die Verwaltung der einzelnen Länder ſelbſt verurſachte dem Kaiſer nicht die geringſten Auslagen, denn dieſe wurden von den Landesherrn ſelbſt beſtritten. Die Einkünfte, welche Rudolf von ſeinen Ländern aus den gewöhnlichen Steuern bezog, berechnete man im J. 1607 auf 3 Millionen Gulden, ſie dürften alſo im J. 1580 kaum geringer geweſen ſein*). Sie reichten gerade hin, um die Koſten des Hofſtaates und der kaiſerlichen Verwaltung und dann die Intereſſen für die Schulden zu decken; jede andere Ausgabe, namentlich für das Heerweſen, konnte nur durch Kontrahirung neuer Schulden und durch außerordentliche Hülfsmittel, die wir im Detail ſpäter kennen lernen werden, gedeckt werden. Aber wir müſſen ſchon hier erwähnen, daß das Finanzweſen des neuen Großſtaates die traurigſte Seite darbieten war, denn das öſterreichiſche Reichsbudget kannte vom J. 1591 an bis 1607 zu ſeiner größern Hälfte keine andere als zufällige Deckungen, Ungarn, Böhmen und das Erzherzogthum Oeſterreich ſonderten ihre Finanzen ſtreng von den, man kann ſagen, an die alleinige Perſon des Kaiſers geketteten Reichsfinanzen. Man glaube aber nicht, daß es dieſen Ländern darum beſſer erging. Sie waren eine Vereinigung eingegangen, welcher ſie mit Unrecht auch dann noch fremd bleiben wollten, als ſie unvermeidliche Konſequenzen bereits im Gefolge hatte. Die eiferſüchtige Hutung der einzelnen Landesverfaſſungen reichte nicht mehr zu dem gewünſchten Zwecke aus; ſollten dieſelben in der That unverletzt erhalten bleiben, ſo war es nothwendig, daß man daran dachte, dem geſammten Reiche auch eine eigene Verfaſſung zu geben, an der die Kaiſer zwar eine Schranke aber auch eine Stütze gefunden hätten. Wir werden ſehen, wie dieſer Gedanke von

*) Contarini, Relation vom Jahre 1607, MS der Marciana

Google

einigen der edelſten Männer aufgegriffen wurde und wer Schuld daran geweſen, daß er nicht durchgeführt ward.

Werfen wir noch einen Blick auf die drei Linien der deutſchen Habsburger, die öſterreichiſche, tiroler und ſteiriſche, wie ſie durch Ferdinands I Ländertheilung begründet worden waren.

Maximilian II, der älteſte Sohn Ferdinands und der Stammvater der öſterreichiſchen Linie, hinterließ nach ſeinem Tode eine Wittwe 1576
mit ſechs Söhnen und drei Töchtern. Alle Zeitgenoſſen ſind darin einig, die eingezogene Lebensweiſe der Kaiſerin-Wittwe Marie, ihre Frömmigkeit und ihre Freigebigkeit gegen die Armen, welche ſie ſogar oft in Geldverlegenheit ſtürzte, zu bewundern. Nichtsdeſtoweniger war ſelbſt dieſe fromme Dame nicht frei von weltlichem Ehrgeiz. Nach dem Tode ihres Gemahls wollte ſie nach dem Beiſpiele franzöſiſcher Königswittwen einen Antheil an der Regierung der öſterreichiſchen Länder haben, aber die Unfreundlichkeit ihres älteſten Sohnes vernichtete ſchnell alle Illuſionen, die ſie gefaßt hatte. Theils in der Erwartung, daß es ihr in Spanien, wo ihr Bruder herrſchte, beſſer gehen dürfte, theils in der Abſicht dort die Intereſſen ihrer Söhne zu vertreten, vertauſchte ſie im Geleite ihrer Tochter Margarethe den Aufenthalt in Wien mit dem in Madrid und ließ ſich da in einem Karmelitenkloſter nieder. Allein welche Erwartungen und Abſichten ſie auch immer hegen mochte, ſie ſah ſich in allem getäuſcht, denn Philipp II war nicht der Mann, der mit irgend einem Sterblichen freiwillig ſeine Gewalt theilen mochte oder ſich in ſeinen Entſchlüſſen von Verwandten, mochten ſie ihm noch ſo nahe ſtehen, beſtimmen ließ. Die Kaiſerin wurde wohl in Spanien mit aller Courtoiſie behandelt, aber ihr Einfluß reichte nie viel weiter als die Kloſtermauern, in die ſie ſich eingeſchloſſen hatte *). Sie lebte da bis zu ihrem im J. 1603 erfolgten Tode.

Maximilians II älteſten Sohn Rudolf haben wir kennen gelernt. Ernſt, der zweite, war frühzeitig nach Spanien zur Erziehung geſchickt worden und konnte ſich nach dem Tode des Don Carlos Hoffnung machen mit der Hand der Prinzeſſin Iſabella dereinſt die ſpaniſche Monarchie zur Mitgift zu erhalten. Philipp II war dem Erzherzog nicht ungeneigt, bediente ſich ſeiner in mancherlei Angelegenheiten und übertrug ihm zuletzt die Statthalterſchaft in den Niederlanden, auf

*) Relationen von Alberi, Spagna 1, 5 S. 366 und 426, dann die Relationen des 17. Jahrhunderts Spagna S. 163.

Google

welchem Posten Ernſt nach kurzer und nicht beſonders erfolgreicher Thä-
1595 tigkeit ſtarb. Einige Zeit hatte er auch ſeinem Bruder als Statthalter von Oeſterreich gedient.

Mathias, der dritte Sohn, war in Deutſchland unter den Augen ſeines Vaters aufgewachſen und zeichnete ſich durch dieſelbe Leutſeligkeit wie dieſer aus. Ueberdrüſſig einer thatenloſen Zurückgezogenheit, von ſeinem Ehrgeiz und einigen falſchen Freunden übel berathen, war er als junger Mann ohne Vorwiſſen ſeines Bruders nach den Niederlanden entwichen und hoffte durch ſeine perſönlichen Eigenſchaften daſelbſt zu erreichen, was Philipp II durch Waffengewalt nicht erreichen konnte, nämlich die Pacification der Niederlande und vielleicht auch die Herrſchaft über dieſelben. Nach kurzer Zeit ſah er jedoch ein, daß diejenigen Niederländer, welche ihn zu dieſem abenteuerlichen Schritte beredet hatten, ſich ſeiner nur als Deckmantel für ihre eigenen Beſtrebungen bedienen wollten, und er zog ſich (1590) beſchämt über ſein unreifes Unternehmen, bei dem er zwei unvereinbare Dinge, nämlich die Billigung Philipps und die Gunſt der Niederlande zu vereinen gehofft hatte, wieder in die Heimat zurück. Seine Mutter verhalf ihm nach einiger Zeit zu einem freundlichen Verhältniß mit Rudolf, den er durch ſein eigenmächtiges Vorgehen beleidigt hatte, und dieſer ernannte ihn ſpäter zum Statthalter von Oeſterreich und ertheilte ihm auch zeitweiſe den Befehl über die kaiſerlichen Truppen in Ungarn.

Maximilian, der vierte Sohn, war ebenfalls in Deutſchland erzogen worden und hatte ſich ſeiner Zeit um den polniſchen Thron beworben, war aber dabei von den Anhängern des ſchwediſchen Prinzen Sigismund überſtimmt und im Kampfe gegen dieſelben geſchlagen worden. Von da an leiſtete er bald als Anführer kaiſerlicher Truppen gegen die Türken bald als Vormund der minderjährigen ſteiriſchen Prinzen ſeinem Hauſe wichtige Dienſte, bis er endlich im J. 1595 nach dem Erliſchen der tiroler Linie die Verwaltung von Tirol übernahm und mit derſer ſpäter noch die des Elſaſſes vereinte. Er war zugleich Hoch- und Deutſchmeiſter. Ohne perſönlichen Ehrgeiz wachte er ſein ganzes Leben über für die Intereſſen ſeiner Familie und trug vielleicht durch ſeine Uneigennützigkeit, mit der er ſpäter auf ſeine Erbanſprüche zu Gunſten Ferdinands von Gratz verzichtete, mehr zu deſſen endlichem Siege bei als Spanien mit ſeinen großartigen Subſidien.

Erzherzog Albrecht, der fünfte Sohn, war urſprünglich zum geiſtlichen Stand beſtimmt und erlangte auch bereits in ſeinem 18. Lebensjahre den Kardinalshut. Philipp II, bei dem der Prinz einen Theil ſeiner Jugend verbracht hatte, gewann ihn beſonders lieb, übertrug ihm

Google

durch einige Zeit die Statthalterschaft von Portugal und verlieh ihm zuletzt auch das Erzbisthum Toledo mit seinem fürstlichen Einkommen. Als hierauf der König die Trennung der Niederlande von Spanien zur Erreichung eines allgemeinen Friedens für nothwendig hielt und mit denselben seine älteste Tochter ausstatten wollte, gab er dieselbe dem Erzherzog, der auf seine geistlichen Würden verzichtete, zur Frau*). Die Infantin hatte unter diesen ewigen Zögerungen bereits ein Alter von 32 Jahren erreicht. Albrecht war ein friedliebender Herr und ohne persönlichen Ehrgeiz; vielleicht rührte beides von seiner schwachen körperlichen Beschaffenheit her, die ihn häufigen Krankheitsanfällen aussetzte. In den Niederlanden bemühte er sich redlich, wenn auch mit geringem Erfolge, um die Herbeiführung eines dauernden Friedensstandes.

Erzherzog Wenzel, der sechste Sohn, starb bereits zwei Jahre nach seinem Vater in einem Alter von 17 Jahren. — Von diesen sechs Prinzen der österreichischen Linie lebten im J. 1600 nur noch vier, und da alle sich in einem höhern Alter befanden, so lag bereits die Vermuthung nahe, daß die Herrschaft über alle Länder der deutschen Habsburger über kurz oder lang an die steirische Linie kommen würde.

Von den Töchtern war die älteste Anna im Alter von 21 Jahren 1570
mit Philipp II, ihrem Oheim, verheiratet worden und gebar ihm den spätern Erben Philipp III. Diese Heirat erlangte für die weitern Schicksale der österreichischen Monarchie eine nicht geringe Bedeutung, denn der Sprosse derselben machte, da sämmtliche männliche Nachkommen Maximilians kinderlos waren, Ansprüche auf die Königreiche Ungarn und Böhmen und trat so als Rival Ferdinands von Gratz auf. So wenig er für seine Forderungen eine rechtliche Grundlage hatte, da Anna feierlich vor der Ehe auf alle Erbansprüche verzichtet hatte, Ungarn eine Wahlkrone war und in Böhmen seit jeher die Frauen allen männlichen Nachkommen der regierenden Dynastie nachstanden, so mußte doch Ferdinand die Ansprüche Philipps III durch mancherlei Versprechungen und durch die Abtretung des Elsasses abkaufen**).

---

*) Die Heirat fand jedoch erst 1599 einige Monate nach Philipps II Tode statt.

**) Die Verhandlung, welche wegen der Ansprüche Philipps III auf die Kronen von Ungarn und Böhmen geführt wurden, begannen im Jahre 1613 zwischen Mathias und Ferdinand einerseits und den Gesandten Philipps III anderseits. Einige Andeutungen darüber gab schon Khevenhiller und sie haben mit Recht in neuerer Zeit Aufsehen erregt. Erst Hurter brachte aus dem Wiener Staatsarchiv nähere Details bei, aber alles dies wird durch die im Archiv von Simancas befindlichen Korrespondenzen überboten. Fer-

Google Original from HARVARD UNIVERSITY

Die zweite Tochter Isabella, eine Dame von großer Schönheit, war mit Karl IX von Frankreich verheiratet worden, der sie die tugendhafteste Frau der ganzen Welt nannte. Es ist natürlich, daß sie bei einer solchen Beschaffenheit völlig vereinsamt an dem galanten französischen Hofe stand und auch nicht den leisesten Antheil an den Gräueln der Bartholomäusnacht hatte. Nach dem Tode ihres Gemahls fühlte sie sich unheimlich in Frankreich und zog sich nach Oesterreich zurück, wo sie von ihren Einkünften dem Wohlthun lebte. Philipp II bot ihr nach dem Tode seiner vierten Gemahlin, ihrer Schwester Anna, die Hand an, aber sie verschmähte dieselbe trotz des Zurathens ihrer Mutter und ihrer Brüder und erklärte, sie wüßte kein Beispiel, daß eine Königliche Wittwe von Frankreich geheiratet hätte und wolle auch nicht die erste dasselbe geben. Sie starb im J. 1592. In ihrem Gefolge befand sich ein unscheinbarer burgundischer Edelmann, Saint-Hilaire mit Namen, der nach ihrem Tode auch ferner seiner neuen Heimat treu blieb und in die Dienste des Kaisers trat, um später an der Spitze eines Reiterregiments Ferdinands II Retter zu werden, als dieser in der Wiener Burg den Angriffen der Protestanten zu unterliegen in Gefahr war. So sonderbare Zufälle

---

dinand hatte sich nach dorten verpflichtet, seiner Zeit den Eidam zu Spanien abzutreten, und wenn er Kaiser werden würde, Philipp III und seine Nachfolger mit allen Reichslehen in Italien, welche erledigt werden würden, zu belehnen und endlich hatte er, mit Ausschluß seiner eigenen Brüder und ihrer männlichen Nachkommen, das Erbrecht auf ganz Oesterreich der männlichen spanischen Linie vor der eigenen weiblichen (falls seine männliche Nachkommenschaft erlöschen würde), zugestanden. Dieser geheime Vertrag wurde im J. 1617 ohne Matthias' Vorwissen abgeschlossen und sollte, sobald Ferdinand zur Regierung in Ungarn und Böhmen gelangt sein würde, bezüglich des Theils, welcher der Erbfolge bestimmte, als Staatsgrundgesetz publiziert und in die Landtagsabschiede dieser Länder aufgenommen werden. Wer nur einige Einsicht in die ungarischen und böhmischen Verhältnisse hat, wird begreifen, daß Spanien von Ferdinand sich Zugeständnisse abgerungen hatte, welche dieser weder zu thun berechtigt war, noch auch erfüllen konnte. Waren Böhmen und Ungarn Wahlreiche, so war der Vertrag an und für sich ungiltig, waren sie Erbreiche, so hatte unbedingt der deutsche männliche und weibliche Stamm der Habsburger den Vorzug vor der spanischen. Wir können uns über diesen Gegenstand hier nicht weiter auslassen und bemerken nur noch, daß Philipp IV später selbst das Unannehmbare dieses Vertrags einsah, von einem Theil der Verpflichtung Ferdinand ausdrücklich dispensirte und den andern Theil an Braunschweig überging. Die von uns zu diesem Vertrage benützten Korrespondenzen aus Simancas aus den Jahren 1613–1617 und 1624–1628 werden darüber alles nähere Licht verbreiten.

Google

müſſen oft walten, um den weiter Ferne einen Mann zu holen, der für eine That gleichſam prädeſtinirt erſcheint *).

Margaretha, die dritte Tochter und ſtete Gefährtin ihrer Mutter, verbrachte ihr Leben in einem Karmeliterkloſter in Madrid und ſtarb da im J. 1633.

Die tiroler Linie war durch Ferdinand, den zweiten Sohn Kaiſer Ferdinands, begründet worden, erloſch aber bereits mit ihrem Be- 1591
gründer, da die zwei Söhne des Erzherzogs, welche ihm ſeine erſte Gemahlin Philippine Welſer geboren hatte, nicht ſucceſſionsfähig waren. Es waren dies der Kardinal Andreas von Oeſterreich, welcher im J. 1600 ſtarb und der Markgraf von Burgau, der trotz ſeiner zweifachen Ehe auch keine Nachkommen hinterließ. In der zweiten Ehe wurden dem Erzherzog zwei Töchter geboren, Anna, die ſpätere Gemahlin Kaiſer Mathias' und Anna Katharina, welche ihr Leben im Kloſter zubrachte und beſchloß.

Die ſteiriſche Linie, welche mit Ferdinand II wieder den geſammten Beſitz der deutſchen Habsburger vereinen ſollte, leitete ihren Urſprung von Karl, dem dritten Sohne Ferdinands I her. Erzherzog Karl war mit Marie einer Schweſter Herzog Albrechts V von Bayern vermählt, einer Dame von großem kirchlichen Eifer und bewunderungswürdiger Lebenserfahrung und Klugheit. Nach dem frühzeitigen Tod ihres Gatten leitete ſie die Erziehung ihrer Kinder, von denen der älteſte Sohn geb.
Ferdinand, ſpäter als Kaiſer der zweite dieſes Namens, eine ſo be- 1578
deutende Rolle in den allgemeinen Ereigniſſen ſpielte. In ſeiner Bildung und ſeinen Lebensanſichten ſchloß er ſich in vielfacher Beziehung an ſeinen Zeitgenoſſen und Vetter, den Herzog Maximilian von Bayern an. Beide

*) Hurter hat in ſeiner Geſchichte Ferdinands II die Behauptung aufgeſtellt, Saint-Hilaire ſei kein Franzoſe ſondern ein Deutſcher, Namens Sanhiller, geweſen, deſſen Name zu der falſchen Vermuthung über ſeinen Urſprung Veranlaſſung gegeben habe. Dem iſt nun nicht ſo und Saint-Hilaire iſt thatſächlich ein Franzoſe burgundiſcher Abſtammung geweſen. Wir erfahren dies aus zwei Briefen des franzöſiſchen Agenten in Wien Grafen Wahlenberg (1624 - 1628), welche ſich beide im Original im Archiv des franzöſiſchen Miniſteriums der auswärtigen Angelegenheiten befinden Autriche Vol. 13. In dieſen Briefen erzählt Wahlenberg, Saint-Hilaire, der um der Königin Eliſabeth in Oeſterreich eingewendet ſei, ſei geſtorben und habe zwei Söhne hinterlaſſen, von denen der eine in Frankreich der andere aber bereits in Oeſterreich geboren ſei. Da nun der letztere nicht nach franzöſiſchen Geſetzen in Burgund die Güter des Vaters miterben könne, ſo erſuche er (Wahlenberg), der König möge für ihn eine Vergünſtigung eintreten laſſen, für welche derſelbe in Oeſterreich auf mancherlei Weiſe dankbar ſein könnte.

Google

waren Zöglinge der Jesuiten, beide vertraten mit dem Eifer eines Philipp II aber mit mehr Klugheit und Schonung die katholische Kirche und beide entwickelten in der Beurtheilung der allgemeinen Verhältnisse, so weit ihr Vortheil damit in Zusammenhang stand, einen bewunderungswürdigen Scharfblick. Maximilian von Bayern war entschieden der an Geist begabtere, aber bei ihm treten alle die bezeichneten Eigenschaften weniger hervor, denn seine Bedeutung war durch die engern Grenzen seines Gebietes beschränkt, desto mehr aber bei Ferdinand. Schon als junger Mann und dies war er in der Zeit, von welcher wir reden, sah er die Sache des Protestantismus katholisch als eine politische Angelegenheit an, und weil er von dem Erstarken desselben das Verderben seines Hauses befürchtete, so verfolgte er ihn unnachsichtlich überall, wo er ihm begegnete, vermied es jedoch immer, daß der Kampf eine wilde Härte annehme. Die Protestanten haben diesem Prinzen vom Anfang an nicht getraut, sie haben ihn gehaßt und frühzeitig mit dem Rufe eines zweiten Philipp bedacht. Ferdinand vergalt es ihnen mit zehnfachem Maße. Gegen Männer wie Heinrich IV, den Fürsten Christian von Anhalt und den Prinzen von Oranien, welche lange voraus den Kriegsplan gegen das Haus Habsburg erwogen, bevor sie ihn in Ausführung brachten, war Ferdinand der einzig ebenbürtige Gegner, weil er eben so lange voraus schon auf die Vertheidigung bedacht war. Doch wir dürfen den Ereignissen nicht vorgreifen, die diesen Prinzen am besten charakterisiren werden. — Von den Brüdern Ferdinands spielte nur Erzherzog Leopold eine bedeutendere Rolle; wir werden ihn tief in die Schicksale Rudolfs verflochten sehen. Von den Schwestern war eine, Margaretha, an Philipp III verheiratet, eine andere, Christine, an den Fürsten von Siebenbürgen; Anna und Constantia folgten einander als Gemahlinnen Sigismunds III von Polen, Maria Magdalena endlich wurde später mit dem Großherzog von Toskana vermählt.

Sieht man von der politischen Thätigkeit der Habsburger ab und vergleicht ihr Privatleben mit dem ihrer Antagonisten der Valois und Bourbons, so ergibt sich ein interessanter Unterschied. In Frankreich übersprudelnde Fröhlichkeit, Genußsucht, ein Leben voller Liebesintriguen, sowohl bei den Prinzen wie bei den Prinzessinnen, Uneinigkeit im königlichen Haus und häufiger Kampf der Parteien, an deren Spitze sich die Mitglieder desselben mit den Waffen in der Hand bekämpfen. Von allem diesem zeigt das Hofleben in Madrid, Wien, Gratz und Prag nichts. Wirkte vielleicht noch die düstere Gemüthsanlage der Infantin Juana in ihren Nachkommen nach, oder war es der fortdauernde Kampf mit den Protestanten und Türken, der die Habsburger ununterbrochen in

Google

ſo große Gefahren verſetzte, daß die Heiterkeit an ihren Höfen keine rechte Stätte finden konnte? Von je zwei Prinzen dieſes Hauſes konnte man regelmäßig annehmen, daß einer das Lachen nur vom Hörenſagen kannte. Von dem Leben habsburgiſcher Kaiſerinnen, Königinnen und Prinzeſſinnen läßt ſich mit Ausnahme der ſtaatsklugen Marie von Ungarn faſt nichts erzählen; ſie waren als Frauen treu, bewahrten die Ehre des Hauſes und lebten zurückgezogen, als Wittwen und als ledige Damen ſuchten ſie regelmäßig die Kloſtermauern auf, um hinter denſelben der Frömmigkeit zu leben; ein Karmelitenkloſter in Madrid und das Kloſter Hall in Tirol pflegten dieſe Zufluchtsſtätten zu ſein. Von offenen Zwiſtigkeiten unter den Habsburgern kann man auch nichts berichten, Mathias machte die erſte Ausnahme. Und ſelbſt dieſem läßt ſich, wenn man von ſeinem kindiſchen Zug nach den Niederlanden abſieht, wegen ſeines Auftretens gegen Rudolf kein gegründeter Vorwurf machen. Dieſe bürgerliche Zurückgezogenheit und Einfachheit der Habsburger, ſo rühmlich ſie an ſich ſelbſt iſt, iſt gleichwohl einer der Gründe geweſen, weshalb dies Haus ſo iſolirt ſtand und auf die kleinen Höfe, deren politiſche Richtung oft nur Geſchmacksſache iſt, einen ſo geringen Einfluß ausübte.

Google

Zweites Kapitel.

I. Rudolfs geiſtige Krankheit. Vergebliche Anſtrengungen des Kaiſer zur Beſtimmung der Nachfolge zu vermögen. Die geheimen Räthe. Matthias. Philipp III und Lerma. Clemens VIII. II. Der Türkenkrieg in Ungarn. Charakter der Magnaten. Rudolfs Ohne Pläne in Ungarn. Der Reichstag von Preßburg. Der 22. Artikel. Aufſtand der Ungarn und Siebenbürger. Bocskay. Die Erzherzoge in Prag. Betrugspläne des Kaiſers. Der Frieden von Wien. Vertrag der Erzherzoge. Friede von Zſitva — Torok. Des Kaiſers Oppoſition. III. Zuſtand der Finanzen im J. 1607.

I.

Um das J. 1600 nahm zum erſtenmale Rudolfs melancholiſche Gemüthsſtimmung eine ſo krankhafte Wendung, daß ſie nahe an Verrücktheit grenzte. Die Geſchäfte, ſchon früher vernachläſſigt, ruhten zeitweiſe vollſtändig und Audienzen wurden faſt gar nicht ertheilt, denn ſonderbare Vorſtellungen trübten den Verſtand des Kaiſers und erhitzten ſeine Phantaſie derart, daß er ſich den mannigfachſten Befürchtungen hingab. Geſtützt auf eine Prophezeiung Tycho Brahe's glaubte er ſteif und feſt daran, daß ihm das Schickſal Heinrichs III von Frankreich bevorſtehe und er alſo von einem Mönche würde ermordet werden. Nicht nur daß er von da an jede Erſcheinung in der Oeffentlichkeit vermied, ſelbſt in ſeiner Burg glaubte er ſich nicht ſicher genug und wendete auch da beſondere Vorſichtsmaßregeln an. In dem Garten, der an die Burg ſtieß und von allen Seiten eingeſchloſſen war, ließ er gedeckte Gänge aufführen, um bei ſeinen Spaziergängen weder von einem neugierigen noch von einem feindlichen Auge geſehen zu werden. Von den frühern Unterhaltungen dem Ballſpiel und Reiten, ſo nothwendig bei ſeiner eingeſchloſſenen Lebensweiſe, war nun vollends keine Rede mehr; dann und wann ließ er ſich noch ſeine prachtvollen ſpaniſchen und italieniſchen Roſſe, zum Theil Geſchenke des Königs von Spanien, unter die Fenſter ſeines Zimmers führen

Google

und erfreute ſich an ihrem Anblick, aber dies war auch alles, was ſeinen Zuſammenhang mit der Außenwelt anzudeuten ſchien *). Uebrigens beherrſchten ihn ſeine alchymiſtiſchen und aſtrologiſchen Träumereien mehr denn je.

Es konnte nicht fehlen, daß dieſe Furcht vor eingebildeten Gefahren bald genug weitere Folgen nach ſich zog. Zuerſt ſetzte der Kaiſer einen Widerwillen gegen das religiöſe Leben; man ſah ihn nicht mehr die Kirche beſuchen und merkte ihm eine ausgeſprochene Abneigung gegen die Geiſtlichkeit und alles, was mit ihr zuſammenhing an, natürlich, da ja ein Mönch ſein Mörder werden ſollte. Denn und wann rief er wohl auch den Teufel herbei und bat ihn, er möge ſich doch ſeiner bemächtigen. Zur ſelben Zeit lebte in Prag der in der Geſchichte des Kapuzinerordens bekannte Laurenz von Brindiſi, ein Mann von einer damals weit berühmten Frömmigkeit, der ſich auf Veranlaſſung einiger katholiſchen Herren mit mehreren italieniſchen Mönchen ſeines Ordens an Hradſchin angeſiedelt hatte und dadurch Begründer des noch heute daſelbſt exiſtirenden Kloſters geworden war. Um von dem Kaiſer den Einfluß böſer Geiſter, denen man die krankhaften Symptome zuſchrieb, fernzuhalten, bekam er den Auftrag mit ſeinen Brüdern für ihn zu beten, doch umſonſt, denn das Uebel ward nur noch ſchlimmer und der Kaiſer behauptete geradezu, daß er durch dieſe Gebete erſt recht gepeinigt werde. Die zeitweilige Einſicht in ſeine Lage mußte ihm natürlich ſelbſt die Ueberzeugung beibringen, daß er nicht weiter für die Regierung tauglich ſei, deshalb quälte ihn neben der Furcht vor dem Tode auch die Angſt, man wolle ihn vom Throne ſtürzen. Niemanden und am allerwenigſten Perſonen von Einſicht trauend, fing er an ganz untergeordneten Leuten Einfluß zu geſtatten, und entfernte aus ſeinem Dienſte Jeden, der ihm irgendwie verdächtig ward. Seine Umgebung mußte ſich ſogar Mißhandlungen von ihm gefallen laſſen; kam die Stunde ſeiner wahnſinnigen Anfälle, ſo tobte er wie ein Raſender und ſchlug, was ihm in den Weg kam. Er ſelbſt hielt ſich für verzaubert **).

Man kann leicht begreifen, welches Aufſehen dieſer Zuſtand des Kaiſers verurſachte und wie namentlich ſeine Verwandten dadurch auf das äußerſte aufgeregt wurden. Mathias, welchem als dem älteſten Bruder des Kaiſers zunächſt die Pflicht oblag, ſich von deſſen Befinden perſönlich zu unterrichten, eilte von Wien, wo er als Statthalter

*) Relation von Francesco Soranzo. MS in der Marciana in Venedig Klaſſe VIII Codex 696.

**) Hurter V 74, Soranzo in den gleichen Relationen.

Google

1600 von Oeſterreich lebte, nach Prag, und gewann da alsbald die Ueberzeugung von der dringenden Nothwendigkeit, seinem Bruder einen Gehilfen in der Perſon eines vorausbeſtimmten Nachfolgers zu geben. Der Erzherzog konnte bill gerweiſe annehmen, daß es ihm in Verein mit den andern Prinzen des Hauſes gelingen dürfte, den Kaiſer zu überreden in die Wahl eines Nachfolgers zu willigen, da er doch ſelbſt ohne legitime Erben war. Der ſo beſtimmte Nachfolger konnte dann unter dem Titel eines römiſchen Königs als Coadjutor einen Theil der Reichsgeſchäfte verſehen, wenn dies die Kränklichkeit des Kaiſers weiter nöthig machte. Es war dies ein Ausweg, durch welchen Rudolf, dem alle Ehrenrechte, die meiſten Einkünfte und von der Regierung ſo viel, als er verſehen wollte und konnte, bleiben ſollte, ſich keineswegs gekränkt fühlen durfte, ein Ausweg, welchen zu wählen er nicht bloß ſeiner eigenen Geſundheit ſondern auch ſeinem Hauſe ſchuldig war. Seit mehreren Generationen hatte ſich das Haus Habsburg die deutſche Krone dadurch geſichert, daß der regierende Kaiſer die Wahl des Nachfolgers noch bei ſeinen Lebzeiten in die Hand nahm und ſo dieſelbe nach Belieben lenkte. Eine gleich kluge Vorſicht hatten Ferdinand I und Maximilian II auch in Böhmen und Ungarn beobachtet und keiner von dieſen Fürſten ſchied aus der Welt, ohne daß ſein Erbe in den unangefochtenen Beſitz aller Kronen trat, die er ſelbſt beſeſſen hatte. Wenn aber dieſe Vorſicht je nöthig war, ſo war ſie es gewiß jetzt, wo innere und äußere Feinde ſich zum Angriff gegen die Habsburger bereit machten.

Daß die Nachfolge ſchon jetzt beſtimmt werden müſſe, war übrigens auch die Meinung, welche die wichtigſten Perſonen am Hofe Rudolfs theilten, voran die zwei bedeutendſten Mitglieder des geheimen Rathes Rumpf und Trautſon, in deren Händen bisher die meiſten Regierungsgeſchäfte gelegen waren. Wir beſitzen keine Nachrichten über den Einfluß, welchen Mathias auf dieſe beiden Herren ausübte, wir werden aber gewiß nicht fehl gehen, wenn wir annehmen, daß der Eifer, mit dem ſie ſeit des Erzherzogs Anweſenheit in Prag dem Kaiſer die Nothwendigkeit eines Coadjutors ans Herz zu legen begannen, von Mathias und wahrſcheinlich auch von dem Geſandten Philipps III angefacht und durch beſondere Verſprechungen warm gehalten wurde. Allein es zeigte ſich bald, daß ſie ſich eine ſchwierigere Aufgabe geſtellt hatten, als anzunehmen war, und daß der Widerwille gegen die Wahl eines Nachfolgers, welchen der Kaiſer ſchon in ſeinen geſunden Tagen oft genug gezeigt hatte, mit ſeiner Krankheit nicht ab- ſondern zugenommen hatte. Es ſcheint, als habe Rudolf längere Zeit dem Andringen ſeiner Miniſter nur einen paſſiven Widerſtand entgegengeſetzt, indem er ſich auf ihre Vorſtellungen

Google

nicht weiter einließ, aber eines Tages bemächtigte sich seiner die Wuth gegen die Dränger und er befahl einem seiner Kämmerer beiden, Rumpf und Trautsen, den Befehl zu überbringen, von seinem Hofe abzureisen. „Ich werde so lange nicht Ruhe haben, so lange diese Leute um mich herum sind, geht und sagt ihnen, sie sollen sich entfernen, damit ich sie nicht mehr sehe," rief er im höchsten Zorn aus. Rumpf hatte diese Worte selbst im Nebenzimmer vernommen, fiel in Folge des Schreckens in Ohnmacht und mußte in seine Wohnung getragen werden. Des Kaisers Unwille war nicht zu besänftigen, beide vor kurzem noch allmächtige Minister verloren ihre Stellen, reisten vom Hofe ab und ihre Herrlichkeit war zu Ende *). So lautete Rudolfs Antwort auf die ersten Rathschläge bezüglich der Wahl eines Coadjutors. Ende Sept. 1600

Dieser mißliche Erfolg konnte natürlich diejenigen, welche an der Bestimmung der Nachfolge ein Interesse hatten, nicht zurückschrecken, sondern mußte sie bei des Kaisers dauernder und zunehmender Krankheit nur noch mehr zur Eile mahnen. Mit Hilfe der Geheimräthe war aber nichts mehr auszurichten, denn diese, gewarnt durch das Schicksal zweier ihrer ehemaligen Collegen, waren für lange Zeit abgeschreckt; auch war der Geheimrath selbst nicht mehr aus so homogenen Elementen zusammengesetzt wie früher, denn der Kaiser berief bald darauf in denselben Herrn Karl von Liechtenstein, einen mährischen Kavalier**), den er zugleich zum Oberstkämmerer ernannte und dem er damit auch das Präsidium im Geheimrath übertrug. Liechtenstein war ein Mann, der mit unglaublicher Volubilität den verschiedensten Parteien sich anzuschließen und mit noch größerem Scharfblicke bei seinem Anschluß diejenige zu errathen wußte, welcher für die nächste Zeit die Herrschaft beschieden war. Als Präsident des Geheimraths hatte er also die Umstände, die seine Berufung veranlaßt hatten, vor Augen und erklärte sich zum Gegner der spanischen Politik, welcher Rudolf die Pläne wegen Bestimmung der Nachfolge vor allem zur Last legte. Der Geheimrath Barvitius, neben Liechtenstein die angesehenste Persönlichkeit, und zugleich am meisten in den Geschäften bewandert, stellte sich jetzt an die Spitze der spanischen Partei, welche noch

*) Der französische Gesandte Ancel an Heinrich IV dto. 30. September. Kaiserliche Bibliothek in Paris. Collection Harlay Fol. 471. Die Worte Rudolfs waren nach dem Berichte des Gesandten: Enfin, je n'aurai repos en mon esprit, tant que ces gens auront procho de moi, allez leur dire, qu' ils aient à déloger et que je ne les voie plus.

**) Wir sind nicht im Stande genau den Tag der Berufung anzugeben, jedenfalls geschah diese spätestens im Jahre 1601.

Google

immer die zahlreichſten Anhänger unter den wichtigſten Perſonen am Hofe zählte, denn der Kaiſer hatte ſie wohl durch ſeinen Zorn zum Schweigen aber nicht zum Wechſel ihrer Sympathien, die ſie ſich übrigens gut bezahlen ließen, bringen können*).

Es mußten alſo die Perſonen, deren Intereſſe an der Beſtimmung der Nachfolge ein unmittelbares und dauerndes war, aus ihrer bisherigen reſervirten Haltung hervortreten; es waren dies außer Erzherzog Mathias noch Philipp III und der Papſt. Mathias' Stellung war die ſchwierigſte, da er Rudolf gegenüber nicht unabhängig war und ſein Drängen leicht ſo ausgelegt werden konnte, als handle es ſich ihm vor allem um perſönliche Zwecke. Dies ſelbſt einſehend beſchloß er ſich an die Reichsfürſten zu wenden und durch dieſe einen Druck auf ſeinen Bruder, wenigſtens was die Nachfolge im Reich betraf, auszuüben. Vor allem erſuchte er deshalb den Kurfürſten von Sachſen um ſeine Intervention**), allein dieſer, welcher mit dem Kaiſer auf einem guten Fuß ſtand, lehnte es ab in einer Angelegenheit zu vermitteln, welche ihm allenfalls Unannehmlichkeiten aber keinesfalls einen Vortheil bringen konnte. Die weltlichen deutſchen Fürſten hatten kein Intereſſe daran, einen kranken und geiſtesſchwachen Kaiſer durch einen tüchtigen zu erſetzen, und deshalb war es in vornherein ein verfehlter Weg, ſie für die wichtigſte Angelegenheit der Habsburger intereſſiren zu wollen. Gleich die erſten Schritte Mathias' das Wohl ſeines Hauſes ſicherzuſtellen ſcheiterten alſo vollſtändig und er ſah ſich in die Nothwendigkeit verſetzt, es anders zu überlaſſen, das Gemüth des Kaiſers und vielleicht nicht zu ſeinen als des nächſten Erben Gunſten umzuſtimmen.

Den wichtigſten Antheil an der Beſtimmung der Nachfolge im Reich und überhaupt an dem Beſtand der habsburgiſchen Herrſchaft in Oeſterreich und Deutſchland nahm nach Mathias der König von Spanien Philipp III. Es war zwei Jahre her, daß dieſer Fürſt ſeinem Vater auf dem Throne gefolgt war und ſchon gab ſich ſowohl in der innern als in der äußern Politik Spaniens ein mannigfacher Unterſchied gegen frühere Zeiten zu erkennen. Was die veränderte Richtung in der äußern Politik betrifft, ſo machte ſie ſich vor allem darin geltend, daß Spanien in die

*) Der ſpaniſche Geſandte in Prag ſchreibt an Philipp III bei den mannigfachſten Gelegenheiten, man könne in Prag nur unterhandeln, wenn man die Hände in den Taſchen habe. Man habe es da nicht mit Miniſtern ſondern mit Kaufleuten zu thun.

**) Mathias an den Kurfürſten v. Sachſen, dto. 16. Oktober 1600. Sächſiſches Staatsarchiv, Kurfürſtenzuſammenkunft 10675.

Google

Schicksale Oesterreichs unmittelbar einzugreifen begann, weil es, wie wir bald näher erfahren werden von einem unter seinem Einflusse gewählten Kaiser eine günstige Diversion in den Niederlanden erwartete; in der innern Verwaltung traten die durch Philipp II in den Hintergrund gedrängten Granden wieder mehr hervor und gaben der Regierung einen aristokratischen Anstrich. Was die Persönlichkeit des jungen spanischen Herrschers betrifft, so war er ein gutmüthiger und frommer aber ein sehr schwacher Fürst. Er war gelehrt worden, seinen Willen unbedingt und durchwegs seinem Vater unterzuordnen und seine Unselbstständigkeit, eine Folge solcher Erziehung, artete hie und da in Willenlosigkeit aus. Als Philipp II ihn verheiraten wollte, gab er ihm die Wahl zwischen drei Prinzessinnen frei, aber der gehorsame Sohn konnte sich nicht zu einer Willensäußerung entschließen, sondern überließ seinem Vater allein die Entscheidung. Bei einem solchen schwachen Charakter stand zu erwarten, daß er die Regierung schnell seinen Günstlingen überlassen werde. In der That berief er nach dem Tode seines Vaters den Grafen von Lerma an die Spitze der Geschäfte und gab später auch den unerhörten und an asiatische Zustände mahnenden Befehl, daß die Unterschrift dieses Ministers die Geltung der königlichen haben solle. Was er an Gnaden und Würden auf seinen Günstling häufen konnte, das häufte er, und der in kurzem zum Herzog erhobene Lerma ward bald nicht nur der mächtigste, sondern auch der reichste Kavalier von Spanien. Philipp II hatte es vorgezogen, seine Diener und Räthe nicht einer einzigen Partei zu entnehmen, damit unter ihnen kein Einverständniß möglich sei und ihm als König stets die Entscheidung zwischen den sich streitenden Interessen freistehe, auch wählte er größtentheils seine Staatssekretäre unter Personen von geringer Bedeutung und nicht unter den Granden seines Reiches, weil er das Ansehen der letzteren nicht noch durch einflußreiche Stellungen erhöhen mochte. Von allem diesem war die Regierung seines Sohnes das Gegentheil. Mit dem Herzog von Lerma bekam die Aristokratie die Regierung des Staates vollständig in die Hand, und von zwei Parteien am Hofe, wie ehedem unter Philipp II, war jetzt so wenig die Rede, daß eigentlich alle hohen Posten in die Hände zweier verschwägerter Familien, der Lerma's und der Zuñiga's, gelangten, die natürlich nur ein gemeinschaftliches Interesse kannten. Die Diener des verstorbenen Königs wurden unter mannigfachen Vorwänden entfernt und von den Staatssekretären nur Don Juan de Idiaquez wegen seiner genauen Geschäftskenntniß, deren man nicht entrathen konnte, beibehalten *). — Der Herzog von Lerma selbst, der in allem

*) Relazion über Spanien von Soranzo 1602. Bei Albert. S. 153.

Google

und jedem die Regierung leitete, war ein Kavalier mit mancherlei glänzenden Außenseiten ausgestattet und scheinbar begabt mit den verschiedensten Fähigkeiten. Die Gunst seines Herrn hatte er sich dadurch erworben, daß er ihm als Prinzen mehrere Aufmerksamkeiten erwies, welche in dem dankbaren Gemüth desselben um so mehr haften blieben, als die Diener Philipps II gegen den Erben dieses Monarchen nichts weniger wie zuvorkommend sein durften. Den Südländern ist nächst Gastfreundschaft die Freigebigkeit eine der hervorragendsten Eigenschaften, die sie an ihren Königen und Staatsmännern nicht vermissen können und mehr wie andere Tugenden mit Lob erwähnen. So hatte sich auch Lerma durch eine passend hie und da angebrachte Freigebigkeit und durch besondere Freundlichkeit in seinem Benehmen Freunde und Lobredner erworben und es fehlte zuletzt nicht an Schmeichlern, die ihn groß finden wollten *). Sieht man aber auf seine Verwaltung, so merkt man, daß er nichts weniger wie ein Staatsmann gewesen und nichts besser kannte, als durch eigene Bereicherung und durch die luxuriöseste Lebensweise die Finanzen seines Landes noch tiefer herabzubringen, als dies schon ohnehin der Fall war. Um den König bei guter Laune zu erhalten, unternahm er mit demselben zahlreiche und nutzlose Reisen von einem Orte in Spanien zum andern, was fabelhafte Ausgaben zur Folge hatte. An dem Beispiele Heinrichs IV von Frankreich hätte er lernen können, worin die Größe eines Staatsmannes beruhe, in der Hebung nämlich des Wohlstandes seines Landes und daß dieser zugleich auch die unerläßliche Grundlage aller auswärtigen Erfolge sei. Für solche Betrachtungen mangelte es aber in Spanien absolut an Verständniß. Da also Lerma's Macht über Philipp auf keinen großen staatsmännischen Diensten, sondern allein auf der persönlichen Zuneigung des letztern beruhte, so war er besorgt, durch alle Mittel sich dieselbe zu bewahren und jene Personen fernzuhalten, die ihm gefährlich werden konnten. Vor allem war die junge Königin für ihn ein Gegenstand steter Angst und steten Argwohns. Der König liebte seine Gemahlin, so weit

*) Relazion über Spanien von Contarini 1605 Bel. Albéri 229: Il duca di Lerma tanto rinomato negli affari della Spagna è un gentilhuomo di buone intenzioni, grande di Spagna e molto ricco; ma volta invece era povero, benchè la sua casa sia antica e vanti illustri natali, ora poi è ancor più nobilmente dopo li seguiti matrimoni di suoi figli e figlie dimodochè tiene dalla Spagna tutto quello che ha di meglio, è buon cristiano e molto amabilissimo nel parlare, e della sua morale sono tutti contenti e ne fanno molto calcolo; è per altro un uomo pieno d'ambizione, invidioso e geloso di tutto, mutabile come veruna cristiana molto impetuoso ed anche furioso e non mostra di essere uomo d'ordine, sicchè io ho mai creduto un grand' uomo, ma presentemente lo fanno gli adulatori.

Google

er überhaupt eines ſtarken Gefühles fähig war, und dieſe, eine fröhliche und aufgeweckte Dame, ſuchte nach einem Antheil an der königlichen Macht, da ihr Gemahl ſelbſt von derſelben keinen Gebrauch zu machen wußte. Dies war es, was Lerma vor allem zu verhindern ſuchte und auch verhinderte, denn bis in das königliche Schlafgemach hinein wußte er ſeinen Willen geltend zu machen und jede Vertraulichkeit, die ſich auf Staatsgeſchäfte bezog, zu verhindern. Die Königin war über die Schwäche ihres Gemahls ſo aufgebracht, daß ſie oft dem kaiſerlichen Geſandten Grafen Khevenhiller verſicherte, ſie zöge es vor, Kloſterfrau in Graz als Königin in Spanien zu ſein*). Da Lerma weder alle müßigen Augenblicke Philipps III auszufüllen vermochte, noch dazu die Luſt beſaß, endlich auch nicht Zeit gewann, um die wichtigſten Staatsgeſchäfte allein zu verſehen, ſo ſorgte er durch ganz ergebene Stellvertreter, welche er in des Königs Nähe brachte, ſeine Macht auch für die Zukunft ungeſchmälert zu erhalten. Zum Geſellſchafter des Königs wählte er deshalb ſeinen eigenen Sohn den Herzog von Uzeda, nach des kaiſerlichen Geſandten Urtheil einen „ungehobelten und leeren Menſchen", an deſſen Unterhaltung nichtsdeſtoweniger der König bald das höchſte Behagen gewann, und zu ſeinem Gehülfen in der Regierung ſuchte er ſich Don Rodrigo Calderon aus, einen Mann von niedriger Herkunft, deſſen er ſich früher ſelbſt in ſeinen Privatgeſchäften bedient hatte und auf den er ſich als auf ſein Geſchöpf verlaſſen konnte**). Die Kaiſerin Marie***), welche noch immer in

*) Khing: Europäiſche Staatskanzlei 609. Khevenhiller an Rudolf II dto. 10. Jänner 1608. „Die Königin iſt zum höchſten betrübt, ja ſo ſehr, daß ſie mir oft geſagt, ſie wollte lieber zu Grätz eine Stiftsfloſter-Frau, als alſo Königin in Spanien ſein, denn dieſe Leute thun ihrem Gemahl von ihr auf alle Weiſe zu verführen gedenken und wenn der König nicht ſo chriſtlich, es ſchon längſt geſchehen wäre: Sie ſeyn alle Hände gebunden, was man ihr zuwider thun kann. Das thut man, wenn ſie recht heimlich redt, ſo habe man ſie in Argwohn, ob ſie werbet der Herzogen Lerma und Uceda, oder der Ihrigen angeſehen, ihrem Gemahl etwas für, was ſie mit ihme im Bette redet und haben ihr verboten, bey dem König um keine Sachen zu intercediren, noch im Bette oder allein mit ihm Negotia zu tractiren, was ſie nach Teutſchland ſchreibt will man wiſſen und fangen." – Khevenhiller machte einmal über zwei Stunden dem Herzog Vorſtellungen über ſeine Regierungsweiſe die dieſer zwar freundlich aufnahm aber nicht weiter beachtete. Khevenhiller nennt ihn inconstante, mospechoso, sollicitassem y para esso tu gusto e interesse suyo no miraua esso ningunu.

**) Calderon erlitt das traurige Schickſal mancher Günſtlinge. Nachdem er vom König zum Marquis von Siete Iglesias ernannt worden war, wurde er ſpäter geſtürzt und beim Regierungsantritte Philipps IV hingerichtet.

***) Maximiliane II Witwe.

Google Original from HARVARD UNIVE

Madrid in einem Karmeliterkloſter lebte und mit dem Regierungsantritt Philipps III auf beſſere Tage für ihre Familie gehofft hatte, ſtatt deſſen aber die Allmacht Lerma's erſtehen ſah, konnte ſich nicht enthalten, ihrem Neffen ſelbſt Vorwürfe zu machen, daß er ſo weit aus den Geleiſen des Vaters trete*). Die Antwort Lerma's auf ſolche an ſeinen Herrn gerichtete Vorwürfe war die Verlegung des königlichen Hofes nach Valladolid, das wieder zur Hauptſtadt von Spanien auserſehen ward. Man glaubte nicht anders, als daß Lerma durch Zauberei ſeine Macht über den König erhalten habe; gewiß iſt, daß der letztere nicht ohne ihn leben und vor ihm auch nicht das geringſte verheimlichen konnte.

Die äußere Politik Lerma's war durch ſeine perſönlichen Tendenzen beſtimmt. Bei ſeiner Sucht ſich zu bereichern und ſeinem Hange nach Verſchwendung war er natürlich nicht im Stande, ſich in koſtſpielige auswärtige Unternehmungen einzulaſſen. Hatte doch Philipp II ſelbſt für vieles die Mittel nur durch ſeine an Geiz grenzende Sparſamkeit beizuſchaffen vermocht. Lerma's Politik war alſo eine friedliche und dies harmonirte auch mit der alle Anſtrengung und Unruhe fliehenden Gemüthsart des Königs. Aber bei der Zuſammenſetzung des ſpaniſchen Staates und bei den Nachwirkungen der Politik Philipps II hing es nicht ſo ganz von den Wünſchen des Königs und ſeines Miniſters ab, ob ihre friedlichen Intentionen auch ſtets realiſirbar ſein würden. Denn ſchon das Auskunftsmittel, durch welches Philipp II Spanien von den Koſten des niederländiſchen Krieges befreien wollte, bewährte ſich nicht; Albrecht und ſeine Gemahlin Iſabella wurden ebenſo betrogen, wie früher die ſpaniſchen Statthalter und da die Holländer ununterbrochen von Eliſabeth und Heinrich IV unterſtützt wurden, ſo mußte Philipp III nach wie vor die Koſten der Vertheidigung tragen, wenn er nicht zuſehen wollte, wie Belgien in feindliche Hände überging. Der niederländiſche Krieg war alſo trotz aller Vorſicht Philipps II in die Erbſchaft ſeines Nachkommen übergegangen. Raſch einen Frieden mit den Niederländern unter Anerkennung ihrer Souverainität zu ſchließen, dazu vermochte ſich noch immer nicht der ſpaniſche Stolz zu entſchließen. Zudem machte ſich noch eine andere Urſache geltend. Die Heirat zwiſchen Albrecht und Iſabella war kaum vollzogen, als man auch ſchon an der Fruchtbarkeit dieſer Ehe zu zweifeln begann, wenn aber Iſabella kinderlos ſtarb, fiel ihr Beſitz wieder an die ſpaniſche Krone und dies war mit ein Grund, daß das friedfertige Kabinet Philipps III ſo zähe in ſeiner Feindſchaft gegen die Holländer verharrte.

*) Khevenhiller in dem oben citirten Schreiben.

Google

Aber nicht bloß die Niederlande waren der Punkt, wo die Angelegenheiten Spaniens trübe verwickelt waren, auch von Frankreich aus begann Gefahr zu drohen. Heinrich IV hatte zwar mit Philipp II den Frieden von Vervins geschlossen, aber mit diesem Friedensschlusse es nicht so gemeint, als ob er sich Ruhe gönnen wolle; er beabsichtigte vielmehr damit nichts weiter, als seinem erschöpften Volke einige Erholung zu gönnen, um bald möglichst mit den frischen Kräften desselben die Pläne Franz I wieder aufzunehmen und einen neuen Kampf gegen das Haus Habsburg auf Leben und Tod zu beginnen. Trotz des vorläufigen Friedens mit Spanien unterstützte er also die Hellüner auf das nachdrücklichste mit Geld, um sich ihre Kraft ungeschmälert zu erhalten. Sully sagte geradezu dem spanischen Gesandten Balthasar von Zuñiga, der ihn wegen dieser Unterstützung zur Rede stellte, sein Herr könne aus Staatsraison nicht anders handeln und dürfe die Herrschaft Spaniens in den Niederlanden nicht dulden, weil er sonst in Paris nicht sicher wäre*). Man wußte aber auch noch in Spanien, daß es sich bei Heinrich IV nicht bloß um Vertheidigung, sondern um einen kühnen Angriff handle, daß er mit einer Emsigkeit ohne Gleichen nach Allianzen in der Fremde strebe, daß er in Deutschland und Italien gegen Oesterreich mit Spanien die Fürsten aufwiegle und zu einem gemeinschaftlichen Kreuzzuge zu bereden suche. Daß der Angriff von Frankreich kommen würde, das wußte man also in Spanien und machte sich darauf gefaßt und da Heinrich dem militärischen Feldzug einen diplomatischen vorausschickte, so trat man ihm auch zuerst auf diesem Gebiete entgegen.

Mit allen diesen Betrachtungen und Besorgnissen traf nun auf Prag die Nachricht von Rudolfs Krankheit zusammen und Lerma konnte nicht die Gefahr voraussehen, welche der Tod des Kaisers oder seine dauernde Gemüthszerrüttung im Gefolge haben konnte, wenn die Nachfolge im Reiche unbestimmt gelassen wurde. Die Berathungen darüber begannen also sogleich im spanischen Kabinet und drehten sich zugleich auch um die Person, auf welche die Aufmerksamkeit des Kaisers gelenkt werden sollte. Das dynastische Interesse würde wohl erheischt haben, daß man nur die Kandidatur des Erzherzogs Mathias als des nächsten Erben stütze, allein diese Betrachtung war in Valladolid nicht die maßgebende.

*) Zuñiga's Instruction für Peter von Toledo zu seiner Reise nach Frankreich. 1608. MS der Lobkowitzschen Bibliothek in Prag: A mi (Zuñiga) me dixo (Sully) una vez claro, que su amo (Heinrich IV) no podia en ninguna de Estado dexar de contentar los Olandeses, porque su conservacion dependia su seguridad, pues si el Rey de Espaňa los sangrientase, no estaria seguro el Rey de Francia en Paris. Y esta maxima corre entrenos por muy averiguada, aunque los otros ministros suyos hablavan tan claro.

Google

Gegen Frankreich und gegen die Holländer glaubte man nur dann ſicher zu ſein, wenn man auf irgend eine Art Deutſchland in den bevorſtehenden Kampf verwickeln konnte. Unter Maximilian II und Rudolf II war das nicht der Fall geweſen, wie nun, wenn es gelang den Beſitzer von Belgien und der Franche Comté auf den deutſchen Thron zu bringen, wenn alſo Erzherzog Albrecht Rudolfs Nachfolger wurde? Konnte Deutſchland dann nicht zur Vertheidigung des Privatbeſitzes ſeines Kaiſers verpflichtet werden, ſo konnte man es nicht zu einem Angriff gegen die rebelliſchen Niederländer vermögen und dadurch erreichen, was Philipp II mit allen ſeinen Schätzen nicht erreichen konnte? Und wenn einmal Iſabella und Albrecht kinderlos ſtarben, pflückte nicht Philipp III als ihr Erbe alle die Früchte einer ſo klugen Politik? In der That entſchied ſich der König nach einer Staatsrathsſitzung für die Kandidatur des Erz-
Okt. herzogs Albrecht und befahl ſeinem Geſandten in Prag, Don Guillen
1601 de San Clemente, um jeden Preis und mit Zuhilfenahme aller Mittel den Kaiſer zu bewegen, die Wahl eines Nachfolgers zuzulaſſen*). Erzherzog Albrecht wurde vorerſt nicht als der von Spanien gewünſchte Nachfolger bezeichnet; man mußte des Erfolges beim Kaiſer gewiß ſein, bevor man mit dieſem Kandidaten hervortrat.

Während nun San Clemente in Prag diejenigen Mittel in Bewegung ſetzte, durch die er den Kaiſer gewinnen wollte — Mittel, welche in nichts anderem als in der Beſtechung aller Perſonen beſtanden, die auf Rudolf einen Einfluß hatten oder haben konnten — trotzdem aber bald nach Hauſe berichten mußte, daß es ihm nicht beſſer als dem Erzherzog Mathias ergehe und daß der Kaiſer einen ſtarren Widerſtand allen auf die Nachfolge bezüglichen Rathſchlägen entgegenſetze, that auch der Papſt in dieſer Angelegenheit einen Schritt. Noch immer ſaß Clemens VIII auf dem päpſtlichen Stuhl, derſelbe, deſſen bereitwilliges Entgegenkommen gegen Heinrich IV einſt Philipp II ſo bitter enttäuſcht hatte und der auch jetzt keine beſonders freundlichen Geſinnungen für Spanien hegte. Dennoch war dieſer Papſt kein Gegner des Hauſes Habsburg, ſobald es ſich vornehmlich um deutſche Angelegenheiten handelte, und ſo gern er der Herrſchaft dieſes Hauſes in Italien ein Ende gemacht hätte, ſo wenig wollte er in Deutſchland die Hand dazu bieten. Nach ſeiner Meinung, welche er konſequent in ſeiner Politik vertrat, war

*) Archiv von Simancas 707. Pedro Franquesa an Guillen de San Clemente, bdo. 6. Oktober 1601. Der Geſandte ſoll nach dem Befehl des Königs por todos los medios que pudiere procurar, ganar los que mas pueden aprovechar, para reduzir la voluntad del emperador a lo que se dessea, en lo de la eleccion de Rey de Romanos.

Google

die deutſche Kirche nur ſicher, wenn die Kaiſerkrone bei den Habsburgern verblieb; jeder Uebertragung derſelben auf ein anderes Haus, und wurde ſie ſelbſt von ſeinem Schützling Heinrich IV verſucht, mußte er ſich als einer gefährlichen Intrigue widerſetzen. Theils alſo eigene Ueberzeugung, theils wohl auch die Inſinuationen des ſpaniſchen Geſandten in Rom, endlich Vorſtellungen, welche von deutſchen Biſchöfen ſelbſt an ihn gerichtet wurden, veranlaßten ihn zu einer Parteiergreifung in der Succeſſionsfrage. In einem völlig von ſeiner Hand geſchriebenen Briefe — bei Päpſten eine große Seltenheit — mahnte er den Kaiſer in Nov.
ſcharfer Weiſe an ſeine Pflicht für die Sicherheit ſeiner Länder und 1601
das Wohl ſeines Hauſes Sorge zu tragen. Weder Worte noch Vorſtellungen ſparend ſuchte er dem Kaiſer das Unangenehme des Gegenſtandes durch die Erklärung erträglicher zu machen, daß er nichts anderes wünſche als die Beſtimmung der Nachfolge im Reich, gleichviel zu weſſen Gunſten, wenn dies nur ein Prinz des habsburgiſchen Hauſes ſei. Wen immer alſo der Kaiſer aus ſeinen Brüdern und Vettern zum Nachfolger ernennen wolle, der ſei ihm genehm*). — Aber ſelbſt dieſe Aufforderung, welche ſo wenig wie möglich Rudolf verletzen wollte, erreichte nicht ihren Zweck, denn die nun von allen Seiten an den Kaiſer ergehenden Mahnungen regten vollends ſeinen Argwohn, und ſein kranker Geiſt hineinirte ſich in den Entſchluß, unter keiner Bedingung eine Herrſchaft aus der Hand zu geben, zu der man ihn nicht für fähig hielt. Ueber ein Jahr war es nun her, daß er ſich wegen der Succeſſion bedrängt ſah, und da er ſowohl Philipp III wie dem Papſt ſeinen Unwillen auf die markirteſte Weiſe an den Tag legen wollte, ſo empfing er ſeit dieſer Zeit ihre Vertreter in keiner Audienz mehr, trotzdem daß dieſe in ſchriftlichen Eingaben ihn unabläſſig darum baten und trotz der Schreiben ihrer Gebieter ſelbſt, welche ihm den verhaßten Gegenſtand nahelegten. Lange Zeit hatte auch der franzöſiſche Geſandte Ancel umſonſt um eine Audienz angeſucht, jetzt gewährte Rudolf eine ſolche nicht nur ihm, ſondern auch deſſen Nach- 3 Aug.
folger Bongy, unterhielt ſich gnädig mit ihnen und machte Miene, als 1602
ob er die franzöſiſche Politik ſelbſt gegen ſeinen Vetter in Spanien unterſtützen wolle**). Es war eine ſonderbare Lage, in der ſich Rudolf befand. Zu gleicher Zeit war er, wie wir bald erzählen werden, in einen Krieg mit den Türken verwickelt und nur dann im Stande denſelben

*) Wiener Staatsarchiv Wahl- und Krönungsakten des Königs Mathias f. 22. November 1601. Clemens VIII an den Kaiſer.

**) Ancel an Heinrich IV ddo. 20. April 1602 und an Villeroy ddo. 3. Auguſt. Aus der kaiſerlichen Bibliothek in Paris. Collection Harlay 2383/3 fol. 303 und 383.

Google

fortzuführen, wenn Spanien und der Papst ihn mit bedeutenden Subsidien unterstützten. Seine Gesandten in Rom und Valladolid erfüllten die Lüfte mit ihrem Geschrei und mit Schilderung der Gefahren, welche der Christenheit von den Türken drohten, wenn ihr Herr verlassen würde. Und doch antwortete dieser selbst auf die Gegenbitten der Fürsten, deren Subsidien er erflehte, mit verächtlichem Schweigen. Er kannte nur zu gut, dem Papst und seinem Vetter gegenüber, die Vortheile seiner Lage; er wußte, daß sie ihn gegen die Türken nicht verlassen konnten, wenn er sich auch keine Mühe gab, ihre Wünsche zu erfüllen, und nach dieser Einsicht handelte er.

Mittlerweile hatte auch der Kurfürst Ernst von Köln, ein Bruder Herzog Wilhelms V von Bayern, an den Kaiser geschrieben und ihn ersucht, sowohl die Nachfolge im Reiche wie die Herstellung des Friedens in den Niederlanden und zwar beides mit Hilfe eines zu berufenden Reichstags sich angelegen sein zu lassen *). Die Fortdauer des niederländischen Krieges war vor allem den rheinischen Kurfürsten unangenehm, theils wegen des Schadens, den sie auf die mannigfachste Weise erlitten, theils wegen des noch größeren, den sie unausgesetzt befürchten mußten, wenn der Krieg weitere Dimensionen annahm und sich vielleicht nach Deutschland erstrecke. Auch an den Papst schrieb der Kurfürst und ersuchte ihn um seine Intervention. Clemens VIII kam dieser Aufforderung nach und erwog offen und umständlich mit dem spanischen Gesandten in Rom, dem Herzog von Sessa, was zu thun und wie der Kaiser denn doch würde gemacht werden könne **). Das Resultat ihrer Besprechung war, man müsse dem Kaiser große Subsidien gegen die Türken gewähren, ohne dabei jedoch die kaiserlichen Räthe zu übersehen, die, weil sie kein anderes Interesse als ihren Eigennutz hätten, vor allem durch Bestechung gewonnen werden müßten. San Clemente aber, der vermöge seines steten Aufenthaltes in Prag die Sachlage besser zu beurtheilen wußte, verzweifelte schon um diese Zeit, daß es überhaupt ein Mittel gebe, den Kaiser zur Nachgiebigkeit zu bringen, ob man es nun versuche ihn selbst und seine Diener oder gar beide zu bestechen. Indem er mit Bestimmtheit die Meinung aussprach, der Kaiser würde sterben, ohne für die Nachfolge vorgesorgt zu haben, erklärte er zugleich mit überraschender Kühnheit, daß man allein dann zum Ziele gelangen könne, wenn man Rudolf ab-

*) Archiv von Simancas. Cartas de San Clemente an Philipp III dto. 7. April und 22. Juni 1602 Prag

**) Simancas 707. Der Herzog von Sessa an Philipp III dto. Rom 10. September 1602.

Google

ſetzte. Doch, fügte er hinzu, ſei ſelbſt dieſes ſchwer, denn die Krankheit des Kaiſers, ſo vielen Schaden ſie auch verurſache, ſei nicht der Art um einen vollſtändigen Beweis für ſeine völlige Unfähigkeit zum Regieren zu liefern*).

Während ſo San Clemente an dem Erfolge diplomatiſcher Beſtrebungen, um den Kaiſer in der Succeſſionsfrage zur Nachgiebigkeit zu ſtimmen, verzweifelte, kam Erzherzog Mathias ſelbſt nach Prag, anſcheinend um ſich daſelbſt Inſtructionen für den Reichstag, wohin er als kaiſerlicher Kommiſſär reiſen wollte, zu holen, in der That aber, um als Bruder zum Bruder eindringlich wegen der Succeſſion zu reden. Aber auch er mußte unverrichteter Dinge abreiſen, denn die kaiſerlichen Räthe bedrohten ihn mit der höchſten Ungnade Rudolfs, wenn er mit dieſem von einem ſo verhaßten Gegenſtande reden wollte, ja einige von ihnen warfen ſich ihm geradezu zu Füßen und flehten dringend, er möchte doch ihren Rath befolgen und nicht ſich ſelbſt und ſie bei dem Kaiſer verderben**). Mathias reiſte alſo eben ſo unverrichteter Dinge ab, wie er gekommen. Statt ſeiner kam wohl Erzherzog Maximilian nach Prag, um ebenfalls mit dem Kaiſer über alle Uebelſtände im Reiche und in den kaiſerlichen Ländern zu reden und eine Abhilfe zu begehren, die ſelbſtverſtändlich nur dann eintreten konnte, wenn Rudolf ſich zur Annahme eines Coadjutors verſtand; doch auch dieſer Erzherzog war nicht glücklicher wie ſein Vorgänger. Zwar verſprach ihm der Kaiſer eine entſcheidende Antwort aber erſt nach drei Monaten, offenbar nur um den läſtigen Mahner von Prag zu entfernen***).

Jän. 1603

Juni 1603

---

*) Simancas, San Clemente an Philipp III dto. 31. Jänner 1603... porque las enfermedades del Emperador hasta aqui, aunque causen el daño presente no son de manera, que le hagan incapaz de ninguna cosa, si el quisiese atender a ellas y para deponelle y tratar de dalle un sucessor seria menester de provarle incapacidad.

**) Archiv von Simancas 707. Don Guillen de San Clemente an Philipp III dto. Prag 31. Jänner 1603. . . . Los ministros le (den Erzherzog Mathias) estan amenaçando, que si habla con su hermano sobre esta materia (der Nachfolge) que perdera con el la graca y voluntad que tiene de nombrarle, — Derſelbe an Philipp III dto. 24. Februar 1603: Un dia antes de partirse el S. Archiduque Matias para Ratisbona, que fue a los 19 deste me afirmò que en todo el tiempo que ha estado aqui, que han sido sies o semanas, se le han hechado muchas veces a los pies algunos ministros a pedirle, que no hablasse palabra al emperador sobre esta materia, porque la alteraria y hecharia a perder todos los demas negocios.

***) Archiv von Simancas. Gzillen de San Clemente an den König dto. Prag 28. Juni 1603.

Google

Es verfloſſen drei Monate, es verging das ganze Jahr 1603 und 1604 und der Kaiſer begnügte ſich allen Mahnungen wegen der Succeſſion einen ſteten Widerſtand entgegenzuſetzen. Er würde unzweifelhaft ſeinen Zweck erreicht und bis an ſeinen Tod die Zügel der Regierung feſtgehalten haben, da ſeine Brüder nicht von Ehrgeiz ſondern nur von berechtigten Motiven geleitet ihn drängten und zu einem Aufſtand nicht fähig waren, wenn ſein getrübter Verſtand ihm nicht ſelbſt den Fall bereitet hätte. Seine ganze Handlungsweiſe fing an eine Richtung einzuſchlagen, in der er nicht bloß alle Intereſſen ſeines Hauſes, ſondern auch der ſeiner Völker verletzte; er ſtürzte ſich in die gefährlichſten Unternehmungen, nur weil ſie ihm ein Schutz gegen die verhaßte Beſtimmung der Nachfolge ſchienen, bis er zuletzt alle Welt gegen ſich zu ſeinem Verderben einte. Den Ausſchlag gaben die Ereigniſſe in Ungarn.

II.

Der Türkenkrieg hatte in Ungarn im J. 1591 wieder ſeinen Anfang genommen, hauptſächlich hervorgerufen durch die ſteten Streifereien der Partelgänger an der türkiſch-ungariſchen Grenze. Die erſten Erfolge waren für den Kaiſer ſo günſtig, daß Sultan Mohammed III, um den allſeitigen Verluſten zu begegnen und den geſunkenen Muth der Seinen wieder zu beleben, ſich genöthigt ſah ſelbſt ins Feld zu ziehen. Es gelang ihm
1593 auch, die Chriſten in der Schlacht bei Keresztes zu ſchlagen, allein die Reſultate dieſer Niederlage, welche ſich übrigens die Geſchlagenen durch ihre unmäßige Beutelust ſelbſt zugezogen hatten, waren nicht derart, um die Wagſchale des Krieges zu Gunſten der Türken ſinken zu machen. Zudem entfernte ſich der Sultan nach dieſer Schlacht wieder vom Heere, das nun ſowohl durch ſeine minder regelmäßige Verpflegung wie durch die Abnahme ſeiner Stärke eine nicht geringe Einbuße erlitt und dadurch den Chriſten, für die nicht beſſer vorgeſorgt war, minder überlegen wurde. Auf beiden Seiten war darauf jedes folgende Jahr mit dem Verluſt oder der Einnahme einzelner Plätze, mit einem gewonnenen oder verlorenen Gefechte bezeichnet, doch ſo daß die Kühnheit der Unternehmungen, welche einen völligen künftigen Sieg prophezeite, auf Seite der Ungarn und der kaiſerlichen Heere war.

Seit jeher mußte ſich der Kaiſer allein mit ſeinen Hilfsmitteln und mit denen der Ungarn, ſo weit ſie ihm zu Gebote ſtanden, gegen die Türken wehren. Siebenbürgen hatte ſeit des erſten Zapolya Zeiten zu den Türken und nicht zu dem Könige von Ungarn gehalten und dadurch eben ſo ſehr die Vertheidigung Ungarns erſchwert, wie die Türken zu

Google

Angriffen ermuthigt. Jetzt aber eröffnete sich die Aussicht auf eine völlige Veränderung dieses Verhältnisses, denn Sigismund Bathory, der Großfürst von Siebenbürgen, welcher nach erreichter Großjährigkeit selbst die Zügel der Regierung ergriff, verließ die Bahn der türkischen Allianz, an die sich seine Vorfahren gelehnt hatten, um ihre Selbstständigkeit den Kaisern gegenüber zu behaupten. Er that dies unter dem Einflusse seines Erziehers, des spanischen Jesuiten Alphons Carillo, welcher ihm natürlich einen engen Anschluß an den christlichen Kaiser gegen die Türken als erste Pflicht eines katholischen Herrschers empfahl. Ein Vertrag zwischen dem Kaiser und dem Großfürsten besiegelte diesen Umschwung in 1595
der Politik Siebenbürgens und gewann noch dadurch an Festigkeit, daß Bathory sich mit der Erzherzogin Christine vermählte und so in ein verwandtschaftliches Verhältniß zu den Habsburgern trat. Bald jedoch der Regierung und seiner Gemahlin überdrüssig, reiste er nach Prag und trat an den Kaiser Siebenbürgen gegen die Fürstenthümer Oppeln und 1597
Ratibor und einen Jahresgehalt ab. Wenn der Kaiser im Besitze der nöthigen Mittel gewesen wäre, um der Abtretung, gegen welche im Lande selbst Niemand einen wesentlichen Widerstand erheben konnte, Nachdruck zu geben, so wäre Siebenbürgen sein unbestrittenes Eigenthum geworden, aber er vermochte nichts anderes als Kommissäre zur Besitzergreifung abzusenden, was einen chaotischen Zustand unter den unbotmäßigen Einwohnern des Landes herbeiführte. Mittlerweile bereute Sigismund die Abtretung seines Erbes, und eben so wie er früher den Kaiser durch dieselbe überrascht hatte, überraschte er ihn jetzt dadurch, daß er plötzlich von Oppeln, wohin er sich zurückgezogen hatte, nach Siebenbürgen entfloh und dessen Einwohnern erklärte, daß er die Regierung wieder über- 1598
nehmen wolle. So verlor sich für den Kaiser in demselben Momente die Aussicht Siebenbürgen zu gewinnen, in welchem sie sich ihm eröffnet hatte. Allein kaum war Bathory wieder im unbestrittenen Besitz der Regierung, so trug er sie auch schon seinem Vetter dem Kardinal Andreas Bathory an und nöthigte ihn sogar durch Drohungen zu ihrer Uebernahme, als dieser in der ersten Ueberraschung dieselbe anzunehmen sich 1599
weigerte. Auch dieser neue Großfürst blieb nicht lange im Besitz seiner Würde, sondern verlor sie mit seinem Leben an den Wajwoden der Walachei, Michael, einen listigen und grausamen Menschen, der sich durch Kühnheit und Ausdauer eine große Macht erworben und selbst den Türken furchtbar gemacht hatte und nun auch gegen den schwach gerüsteten Kardinal Siebenbürgen gewann. Sein barbarisches Benehmen in dem eroberten Lande verfehlte indessen nicht, ihm überall Feinde zu erwecken, und als Rudolf, der vermöge des mit Sigismund Bathory im J. 1567 geschlossenen

Google

Vertrags Anſprüche auf das Land machte, ſeinen General Baſta mit einem Heere zu deſſen Eroberung abſchickte, ward letzteres nicht unbeträchtlich mit unzufriedenen Siebenbürgern verſtärkt. Die Schlacht bei
1600 Dés entſchied gegen Michael und zwang ihn zur Räumung des Landes.

Kaum daß Baſta ſich anſchickte Siebenbürgen in Beſitz zu nehmen, trat der faſt verſchollene Sigismund Bathory aus ſeiner Zurückgezogenheit wieder hervor. Es iſt ſchwer zu ſagen, worüber man mehr ſtaunen ſoll, ob über die Charakterloſigkeit dieſes elenden Mannes, der im Beſitz der Herrſchaft ſich nach der Zurückgezogenheit und in der Zurückgezogenheit nach der Herrſchaft ſehnte, oder über die Siebenbürger, die ihn immer von neuem zu ihrem Fürſten annahmen. Auch jetzt ſtellten ſie ſich an ſeine Seite und Rudolf konnte nur durch vielfache Anſtrengung und eigenthümliche Bündniſſe ſo weit ſiegen, daß Sigismund ſich zu neuen Unterhandlungen herbeiließ, in denen er Siebenbürgen gegen einen
1602 Jahresgehalt von 50000 Dukaten abermals an den Kaiſer abtrat und darauf in Böhmen ſeinen Wohnſitz aufſchlug. Allein wenn Baſta's Klugheit zu dieſem Erfolge der kaiſerlichen Waffen beigetragen hatte, ſo reizte ſeine noch heute in ſchrecklichem Andenken ſtehende Grauſamkeit die Einwohner zu neuer Erhebung. Moſes Székely ſtellte ſich an ihre Spitze und wie mit Blitzesſchnelle machte er ſich das ganze Land unterthan. Doch war der Verluſt für den Kaiſer nur ein kurz vorübergehender, denn Baſta wandte ſich an die Walachen um Hilfe und mit ihnen gelang es ihm Székely, der bereits den Titel eines
1603 Großfürſten angenommen hatte, zu ſchlagen und zu tödten. Das Land ward abermals völlig unterworfen und kaiſerliche Kommiſſäre erſchienen, um neben Baſta die Verwaltung zu leiten. Auf wie ſchwachen Füßen jedoch dieſe ganze Eroberung ruhte, ergibt ſich ſchon aus dem raſchen Wechſel der einander folgenden Fürſten während der letzten zehn Jahre. Die fortdauernden Kriege hatten die Mehrzahl der ſiebenbürgiſchen Häuptlinge zu Freibeutern gemacht, für die Eid, Gehorſam und Treue nur noch leere Worte waren. Das Unglück wollte, daß jene, welche fähig und würdig waren zu herrſchen, keinen Anhang fanden und die welche Anhang hatten, der Herrſchaft nicht würdig waren.

Am Ende des Jahres 1603 ſtand Rudolf in Ungarn im Zenith ſeiner Macht*), denn die, wie er hoffen mochte, dauernde Erwerbung von

*) In dieſem Jahre nahmen auch die Friedensverhandlungen zwiſchen dem Kaiſer und der Pforte eine ernſte Richtung. Vanay der franzöſiſche Geſandte in Prag berichtet an Villeroy ddo 20. Dezember 1603, daß der Kaiſer den Krieg um noch zwei Jahre fortführen könne, pendant lequel on pourra traicter.

Google

Siebenbürgen war nicht bloß wegen der Vergrößerung seines Besitzes sondern auch dadurch wichtig, daß ungarische Malkontenten an Siebenbürgen keine Stütze mehr fanden, sondern genöthigt mit den Türken sich verbinden mußten, was doch immer eine schlimmere und auch gefährliche Seite für sie hatte. Aber weder Rudolf noch seine Rathgeber konnten sich verhehlen, daß ihre ganze Herrschaft nur auf dem Heere beruhe und in der Bevölkerung, oder besser gesagt, in den Häuptlingen derselben keine Stütze habe. Von der Größe des Heeres also und seiner Verläßlichkeit hing allein die kaiserliche Herrschaft in Ungarn ab.

Man könnte wohl dies Verhältniß sonderbar finden, wenn man bedenkt, wie die Ungarn unablässig von den Türken bedroht wurden und den letzten Rest ihrer Unabhängigkeit allein der Unterstützung der Kaiser dankten. Aber wenn man auf die staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse Ungarns einen Blick wirft, so wird man diese Anomalie wohl begreiflich finden. Die Anläufe, welche die Magyaren unter ihren bedeutendsten Königen Ludwig dem Großen und Mathias Corvinus gemacht haben, um ihr Staatswesen dem des westlichen Europa näher zu bringen, waren allein dadurch möglich geworden, daß die genannten Könige mit eiserner Faust die öffentliche Ordnung aufrecht erhalten und dadurch zur Blüthe der untern Stände, namentlich der Städte beigetragen hatten. Unter der Herrschaft der schwachen Jagellonen legte die Anmaßung des Adels und seine unbändige Herrschsucht die kaum sichtbaren Blüthen einer höhern Civilisation wie ein Sturmwind hinweg und statt daß der Adel wenigstens seine Aufmerksamkeit gegen die näherrückende Türkengefahr gerichtet hätte, beschäftigte er sich mit Erweiterung seiner Rechte und erlaubte sich eine solche Bedrückung der einheimischen Bauernschaft, daß dieser selbst das Türkenjoch eine Erleichterung sein mußte. Ehedem war Ungarn das Land, von dem die benachbarten Völker namentlich die Italiener eine große Menge Schlachtvieh, Massen von Getreide und große Quantitäten von Metallen bezogen, alles dies nahm im 16. Jahrhunderte ein Ende und das Land erzeugte selbst kaum so viel, als es brauchte. „Dahin, heißt es, gelangte es durch die Nachlässigkeit und allzu große Schwächlichkeit der Könige Wladislaw und Ludwig, das müßige Leben, den Ehrgeiz und Uebermuth, die Raubsucht und Feindseligkeit seiner Magnaten, Ursachen, von denen jede einzelne hingereicht hätte, um ein mächtiges Reich zu Grunde zu richten, und gar erst,

---

se pourrait obtenir une paix avec les avantages, qu'elle donne de faire un effort pour chasser entièrement les Turcs de Hongrie. Kaiserliche Bibliothek in Paris Collection Harley 2363 Fol. 655.

Google Digitized by HARVARD

wenn alle zuſammentrafen *)." Wie bei mongoliſchen Chanaten, die ſich aufzulöſen begannen, ging die Herrſchaft von den Königen in Ungarn auf eine Anzahl adeliger Häuptlinge über, welche keinen Herrn mehr über ſich ertragen wollten und das Land zu einem immerwährenden Kampfplatz ihrer ehrgeizigen Leidenſchaften machten.

Venetianiſche Berichterſtatter, denen an der habsburgiſchen Herrſchaft in Ungarn nichts gelegen war und die ſonach keinen Grund hatten, die Magyaren und ihr Treiben anders als mit Unparteilichkeit zu betrachten, ſind einſtimmig in ihrer Beurtheilung und finden den wahren Grund ihrer Oppoſition gegen die habsburgiſchen Könige in dem Umſtand, daß ſie keine geordnete Regierung ertragen mochten. Sie erkennen mit übereinſtimmendem Lob die Tapferkeit der Ungarn und manche damit zuſammenhängende glänzende Außenſeite an, aber ihr Aergerniß, das ſie an den öffentlichen Verhältniſſen in Ungarn nahmen, war darum nicht geringer. Die Magnaten kannten nach ihnen keine Grenze für ihre Raubſucht; Kleriker und Laien, ſobald ſie minder mächtig waren, wurden von ihnen ohne Unterſchied bedrückt und um ihr Eigenthum gebracht **). Ferdinand I ordnete ſeiner Zeit unter dem Beifall aller Rechtlichdenkenden ein außerordentliches Gericht in Preßburg an, um ſolchen Willkürlichkeiten ein Ende zu machen und die größten Uebelthäter zu beſtrafen, aber da ihm die nöthige Macht fehlte die Urtheilsſprüche wirklich auszuführen,

---

*) Marino Cavalli: A questa condizione (daß nämlich das Land ruinirt ſei) ha ridotto quel regno la negligenza e la troppa delicatezza di quei re, la vita ociosa, l'ambizione la superbia, la rapina e inimicizia di quei Baroni; della quali causa ciascuna da sè sola averia bastato a rovinare ogni potente imperio, nonchè tutte insieme. Bei Albèri I. 3. Serie 132.

**) Marino Cavalli: Fu in Possonia a petizione quasi di tutto il regno ordinato un consiglio, come una Rota, per reprimere la rapacità delli grandi, quali si fingevano lecito pigliar il possesso de' beni ecclesiastici e temporali de signori men potenti di loro, e il principal consultore di questo fu il quondam Vescovo d'Agria, il quale affermava ad ognuno e principalmente alla maestà del re, che bisognava domar li regni e massime il Ungheri con severa giustizia e castigo; e certo se questa cosa fusse stata fatta un poco più opportunamente, cioè in tempo che il re fusse stato un poco più padrone dell' Ungheria, che non era, avrebbe prodotto mirabil effetto, perchè li popoli e li offesi, che erano i più, sariano restati soddisfattissimi, e la giustizia avaria avuto il suo luogo. Ma interveniva il contrario, perchè li autori delle sentenze che erano state fatte contro li grandi diventivano inimici, e per la poca forza che erano in Ungheria, le restituzioni alli poveri non si poteron eseguire, onde molti vi persero e pochi vi guadagnarono: dal che si vede, che le cose sono buone, quando non sono opportunamente fatte, riescono poco meno che le cattive. Bei Albèri I. 3. S. 132.

Google

ſo ſchlug der Verſuch fehl den Verbrechen Recht zu ſchaffen, deſſen Gelingen ſonſt „wunderbare Wirkungen“ hervorgebracht hätte. Lorenzo Contarini, welcher im J. 1548 Geſandter bei Ferdinand I war, ſchließt ſich den obigen Anſchauungen vollſtändig an und meint die Ungarn ſeien Menſchen von böſer Naturanlage, hochmüthig und treulos und hätten einen König nöthig, der das Schwert über ihrem Rücken unausgeſetzt geſchwungen halte. Auch er berichtet, daß die Magnaten als Räuber den Beſitz ihrer Nachbarn unſicher machten, ja für ihre Frechheit bilde nicht einmal die eigene Macht eine Grenze, ſondern ſie wagten es ſelbſt die Güter des Königs ſich anzueignen *). Berichterſtatter aus der Zeit um 1580 ſagen, man könne die Herrſchaft, welche der Adel in Ungarn über das Volk ausübe, nicht mit dieſem Namen bezeichnen, man müſſe ſie Tyrannei nennen. Es ſei eine ſolche Verwilderung der Sitten in Ungarn eingetreten, daß man zwiſchen den Chriſten und den türkiſchen Eroberern kaum einen Unterſchied bemerke, ſie ſeien einander gleich in Tracht, Lebensweiſe und Gebräuchen. An und für ſich, meint Soranzo, welcher in der Zeit, deren Geſchichte wir hier erzählen, über Ungarn berichtet, wären die Magyaren im Stande den Türken allein zu widerſtehen, aber ſie ſeien gegen frühere Zeiten gewaltig geſunken; innere Kriege, allgemeine Verſchlechterung und die „Inſolenz“ der Magnaten hätten das Land zu einer Ruine gemacht. Auch Soranzo bemerkt, daß zwiſchen den Magyaren und den Türken in Sitte und Lebensweiſe kaum ein Unterſchied zu finden ſei und daß die allgemeine Herrſchaft der letztern das Ende aller der Bewegungen ſein würde, von denen Ungarn unabläſſig in Unruhe verſetzt werde **).

Daß Ferdinand I im Jahre 1526 auf den ungariſchen Thron gewählt wurde, hatte ſeinen Grund in der Angſt der Magnaten vor der Aggreſſion der Türken, die überall tapfer mit ihrer Herrſchaft auf-

*) Lorenzo Contarini. Sono gli Ungari uomini di mala natura, feroci, ed hanno fama di mancatori di fede; hanno bisogno di un re, che sempre gli tenga una spada addosso, il che non si facendo è causa di molti inconvenienti; perchè molti baroni, anchè nè luoghi che ora tiene il re vedendo le cose di quel regno andare ogni dì peggiorando, si sono dati ad usurpare i beni da quel che può meno di loro; e molti hanno ancora tolti di quelli che s' appartenno a sua maestà. Albèri's Relationi I. 1. S. 399.

**) Die Ungarn sind poco differenti nella barbarie dalla maniera de Turchi, come lo sono anco negli abiti; odiano naturalmente la casa d'Austria, perchè lor pare d'esser stati tenuti non solo soggetti ma spregiati assai, avendoli essa sempre sottoposti al governo de Tedeschi loro naturali inimici. Soranzo Relation MS. der Marciana Klasse III, Codice 696. Dann venetianiſche Relation (aus 1580), MS der kaiſerlichen Hofbibliothek in Wien N. 6371.

Google

räumten. Aber diese Wahl war weder eine einstimmige, wie die Gegenwahl Zapolya's beweist, noch von den Wählern selbst eine aufrichtig gemeinte. Ungarn zerfiel alsbald in drei Theile, den von den Türken, den von Zapolya und den von Ferdinand beherrschten. Ferdinand, als er die Regierung antrat, verstand sie in der Weise, wie man sie unter allen gebildeten Völkern versteht, eben deshalb rief er eine ununterbrochene Aufregung gegen sich hervor, welche schließlich in eine tiefe Abneigung gegen sein Haus umschlug und unablässig nur der Gelegenheit lauerte, um ohne Gefahr vor den Türken die habsburgische Herrschaft abzuschütteln. Eine der wichtigsten Ursache dieser Opposition war auch darin begründet, daß Ferdinand kein einheimischer sondern ein deutscher Herrscher war. Die Ungarn sahen es mit Unlust und mit steigendem Groll an, daß sie in der neuen Monarchie nur eine Nebenrolle spielten, daß ihre Könige sich vornehmlich mit deutschen Räthen umgaben und diese selbst in den Angelegenheiten des Krieges gegen die Türken die entscheidende Stimme hatten. Dazu kam noch, daß schon Ferdinand I genöthigt war, wegen der Unzuverlässigkeit der ungarischen Truppen, wegen ihres Mangels an Disciplin und ihrer geringen militärischen Ausbildung in die ungarischen Grenzfestungen fremde Söldner, meistens Deutsche, zu legen und das Kommando über dieselben ebenfalls Fremden anzuvertrauen. Die Folge davon war die allerdings nicht ungerechtfertigte Besorgniß der ungarischen Magnaten, ihre Herrschaft werde über kurz oder lang in die Hände der Deutschen übergehen, und daß sich zu dieser Besorgniß auch ein grimmiger Haß gegen die Deutschen selbst gesellte, ist wohl nur zu begreiflich. In Wahrheit trugen sich die Habsburger bei diesen Maßregeln mit keinen tiefern Plänen, sondern sie sahen sich zu denselben ihrer eigenen Sicherheit wegen genöthigt; um sich der Türken zu erwehren mußten sie sich Ungarns als des Zwischengebietes versichern, da die Ungarn selbst ihre Selbstständigkeit nicht aufrechthalten konnten. Die letztern mögen ihr Geschick anklagen, allenfalls auch die Türken, aber nicht die Habsburger, denn gerade so wie diese würden die Böhmen oder Polen gehandelt haben, wenn sie zu Ungarn in das Verhältniß der österreichischen Herrscher gerathen wären. Seit der Schlacht von Mohacz war Ungarn kein Reich sondern ein Schlachtfeld: wer am Kampfe theilnehmen muß, frägt nicht nach dem Rechte anderer, sondern nach seiner eigenen Sicherheit. Fassen wir zusammen, was uns die Geschichte und aufmerksame Beobachter an Stoff zur Beurtheilung des ungarisch-österreichischen Verhältnisses am Schlusse des 16. Jahrhunderts liefern, so ergibt sich darauf folgendes: das Schicksal von Ungarn lag in den Händen einiger Hundert adeliger Häuptlinge, welche vor allem von einem dauernden Haß gegen geordnete Re-

Google

gerungszustände beseelt waren, ungeduldig den Augenblick erwarteten, die habsburgische Herrschaft abzuschütteln und nur aus Furcht vor der noch gefährlichern der Türken davon zurückgehalten wurden. Die österreichischen Herrscher dagegen hatten vor allem bei ihrer Herrschaft in Ungarn die Vertheidigung gegen die Türken vor Augen und suchten sich gegen die Unbeständigkeit der Magyaren sicherzustellen. Die Magnaten beklagten sich bei ihrer Opposition, daß ihre Verfassung verletzt werde und nicht mit Unrecht, allein es gab Verfassungen, wie z. B. die schwedische und dänische des 18. Jahrhunderts, deren Verletzung durch den König als eine Wohlthat für das Gemeinwesen angesehen wurde, und daß zu diesen vor allem auch die ungarische gehörte, dies kann billig nicht bezweifelt werden.

Indessen war dennoch im Laufe des 16. Jahrhunderts eine Trennung unter den Magnaten eingetreten, welche einen Theil derselben zu einem nachgiebigern Benehmen gegen den König drängte. Die Ursache lag in der religiösen Spaltung, welche wie überall so auch in Ungarn von großem Einfluße war. Fast ganz Ungarn warf sich mit Hast der Glaubenserneuerung in die Arme und kleidete nun seine politische Opposition auch in ein religiöses Gewand. Die Bischöfe aber und jener kleine Theil des Adels, welcher bei der katholischen Kirche verharrte, sahen jetzt mit ungewohnter Ehrerbietung nach ihrem König, weil dieser ihren einzigen Schutz gegen die feindliche Aggression bildete.

Als nun im J. 1603 in Folge glücklich geführter Kriege Rudolf über einen größern Theil von Ungarn herrschte, als je einer seiner Vorfahren, sein Heer Achtung gebietend auch in Siebenbürgen dastand und die Türken nicht ungeneigt waren, ihm einen günstigen Frieden zu bewilligen, bemächtigte sich seiner ein förmlicher Rausch und er beschloß seine Lage in einer Weise auszubeuten, die nach seiner Meinung zu seiner Sicherheit führen sollte, in der That aber nur sein Verderben herbeiführte. In seinen Gedanken beschäftigte er sich unablässig mit den Forderungen, welche von allen Seiten wegen Bestimmung der Nachfolge an ihn gerichtet worden waren; wie nun wenn er die Zügel der Regierung fester an sich zog, sich in allen seinen Ländern zu einem mächtigern Herrscher als irgend einer seiner Vorfahren erhob und dadurch faktisch den Beweis lieferte, daß er zur Regierung tauglicher sei, als man dies allgemein verbreitete? Trotz seines Trübsinnes wußte er, daß er keinen bewaffneten Angriff weder von seinen Brüdern noch von dem katholischen Theil seiner Unterthanen zu befürchten habe, nur die Protestanten und die an sie sich knüpfende ständische Opposition konnten ihm gefährlich werden, und deshalb war seine Ruhe für die Zukunft gesichert, wenn er diesen gegenüber eine drohende Haltung annahm und sie wo möglich für immer zu einem strikten Ge-

Google Original from HARVARD UN

horſam verpflichtete. Während ſeiner ganzen Regierung hatte er nie über ein ſo ſtarkes Heer geboten wie im Augenblicke, und nie hatte daſſelbe den äußern Feind ſo ſiegreich abgewehrt. Es ſchien ihm der Moment gekommen, wo er daſſelbe gegen den innern Feind verwenden und die Stellung eines Herrſchers von Oeſterreich der eines Königs von Frankreich oder England in ihrer Machtfülle näherbringen konnte. Offenbar mußte der Kampf da eröffnet werden, wo die Armee ſtand, alſo in Ungarn, und hier der Hand in Hand gehenden proteſtantiſchen und ſtändiſchen Oppoſition der erſte Schlag verſetzt werden.

Es iſt leicht einzuſehen, daß das Gelingen einer ſo herausfordernden Politik, welche neben dem noch immer dauernden äußern Krieg zugleich einen innern nicht ſcheute, vor allem von der Stärke des Heeres abhing, über das Rudolf gebot. Was dieſes betrifft, ſo wurde es durch Werbung zuſammengeſetzt und es bot keine Schwierigkeit, daſſelbe bei der Maſſe jener Leute, welche ſich dem Kriegshandwerk in Deutſchland hingaben, auf einer beliebigen Höhe zu erhalten, alles kam nur darauf an, ob dazu die nöthigen Geldmittel vorhanden waren. Wir haben früher erwähnt, daß die Einkünfte des Kaiſers aus ſeinen Erbländern etwa drei Millionen Gulden betrugen, welche gerade zur Erhaltung ſeines Hofſtaates und zur Zahlung der Intereſſen ſeiner Schulden hinreichten, und daß die Erhaltung des Heeres im Kriege mehr oder weniger Sache außerordentlicher Zuflüſſe war. Seit dem J. 1591, ſeit der Türkenkrieg wieder ausgebrochen war, war die Armee in Ungarn förmlich wie durch ein fortgeſetztes Wunder erhalten worden und im J. 1603 war der Kaiſer nahezu auf der Neige mit allen finanziellen Operationen, welche ihn bis dahin erhalten hatten und welche wir bald detaillirt kennen lernen werden. Wenn der Sieg beharrlich bei ſeinen Fahnen blieb, ſo konnte er vielleicht noch ein Jahr die nöthigen Auslagen beſtreiten, länger aber gewiß nicht. Eine nüchterne Erwägung der Verhältniſſe hätte ihm wohl leicht die Ueberzeugung beibringen können, daß ein Kampf mit der ſtändiſchen Macht etwas länger wie ein Jahr währen dürfte, aber dieſe Betrachtung ſtellte er, der nur für den nächſten Augenblick lebte, nicht weiter an.

Man iſt gewöhnt, alle Maßnahmen der öſterreichiſchen Herrſcher zu Gunſten der katholiſchen Religion direkten Einflüſſen aus Rom oder der Einflußnahme der Jeſuiten und ihrer Freunde zuzuſchreiben. So wahr dies in vielen Fällen auch ſein mag, die Maßregeln, welche jetzt Rudolf gegen den Proteſtantismus zu ergreifen beſchloß, waren gewiß nicht das Reſultat kirchlicher Einwirkung. Erinnern wir uns, daß der Kaiſer vom J. 1600 an, in dem ſeine geiſtige Geſundheit der früher geſchilderten Zerrüttung anheimfiel, eine pronencirte Abneigung gegen das kirchliche

Google

Weſen und namentlich gegen die Geiſtlichkeit an den Tag legte, und daß er in den Tagen ſeiner Geſundheit durch eine apathiſche Gleichgiltigkeit den Proteſtanten von ſich ſelbſt aus keinen Widerſtand entgegengeſetzt hatte. Es war alſo mit ſeiner Krankheit gewiß nicht der Moment gekommen, wo er ein offeneres Ohr für die Rathſchläge ſtrenger Katholiken gehabt hätte. Auch läßt ſich aus dem geſammten diplomatiſchen Briefwechſel nach 1600 kein einziger Fall konſtatiren, daß Rudolf eifrige Geiſtliche in einer Privataudienz empfangen oder daß er mit dem Nuncius und dem ſpaniſchen Geſandten einen vertrauten Verkehr gehabt hätte. Beide vielmehr wurden, wie ſie ſelbſt an ihre Herren mit ſteten Klagen berichten, im Laufe mehrerer Jahre höchſtens ein- bis zweimal und nur während der Dauer einiger Minuten vor den Kaiſer gelaſſen und hiebei war der alleinige Gegenſtand des Geſpräches entweder die Succeſſionsfrage oder die Türkenhilfe.

Alles berechtigt uns alſo anzunehmen, daß die ſtrengen Maßregeln, welche Rudolf gegen die Proteſtanten zu ergreifen ſich entſchloß, das Reſultat ſeines eigenſten Entſchluſſes geweſen ſeien, von Spanien und Rom ſo wenig beeinflußt, daß dieſe nicht einmal um ihre Entſtehung wußten*). Philipp III und Clemens VIII hatten übrigens beide eine zu ungünſtige Meinung von Rudolf, als daß ſie denſelben nach dem J. 1600 noch mit einem Unternehmen betraut hätten, welches ſo eben in Steiermark trotz der Ueberzeugungstreue und eiſernen Zähigkeit Ferdinands mit den gewaltigſten Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Den Schlag, welchen Rudolf gegen die Ungarn im J. 1604 zu führen ſich entſchloß, mag er aber lang, mindeſtens zwei Jahre lang, bei ſich überdacht haben. Denn nicht allein in Ungarn wollte er mit dem Proteſtantismus aufräumen ſondern auch in Böhmen und Mähren. Anknüpfend an ein Mandat König Wladiſlaws II vom J. 1508, welches damals gegen die böhmiſche Brüderunität erlaſſen wurde und alle ihre Anhänger mit dem Tode bedrohte, ließ er daſſelbe plötzlich zur Ueberraſchung aller Welt im J. 1602 in Prag unter feierlichem Trompetenſchall an allen Plätzen der Stadt verkünden, in der Meinung dadurch alle jene zu erſchrecken, welche von dem

*) Hefele in ſeiner Geſchichte der Ungern iſt zwar nicht verlegen, den Kapuzinern und Jeſuiten einen ſolchen Einfluß auf das Gemüth des Kaiſers zuzuſchreiben, allein wir müſſen die Richtigkeit dieſer Behauptung vollſtändig in Abrede ſtellen, da uns die Kenntniß der ſpaniſchen Korreſpondenz über die herrſchenden Einflüſſe am Prager Hofe nicht in Zweifel läßt. Aus dieſem Grunde müſſen wir auch die bei Hefele in jedem Augenblick betonte Einflußnahme Gan Clemente's und des Nuncius in das Gebiet bloßer Faſeleien verweiſen.

Google Original HARVARD UN

katholischen Glauben eher von dem alten Utraquismus abgewichen waren *). Es war dies für Prag und Böhmen ein so unerwartetes Ereigniß, daß man darüber mehr verwundert als erschrocken war, denn von Vorbereitungen, das Mandat zur Geltung zu bringen, sah man nichts, und es gegen neun Zehntel der Einwohnerschaft von Böhmen ohne solche Vorbereitungen und Gewaltmittel zu exequiren, davon konnte doch keine Rede sein. In Mähren geschah nichts ähnliches, denn dort konnte kein altes Gesetz gegen die Protestanten zu Hilfe gerufen und reproducirt werden, aber desto gewaltsamer war der Druck, welchen der Kaiser dort auf die Verfassung durch seine Beamten ausübte. Die mächtigsten von ihnen, der spanisch-römischen Schule angehörend, machten es sich zum Geschäft durch stete Verletzung der Gesetze des Landes dem Absolutismus Bahn zu brechen, um so den Weg für alle andern Ziele zu ebnen **). Diese Periode der Reaction trat mit aller Wucht um das J. 1602 auf und erschütterte die auf die Vorrechte des Adels begründete Verfassung bis in ihre Fundamente.

Jetzt kam endlich die Reihe an Ungarn. Die gewöhnlichen Klagen wegen Verfassungsverletzung hatten daselbst neue und vielfache Nahrung gefunden. Zunächst hatte Rudolf bereits seit Jahrzehenden die Stelle eines Palatins unbesetzt gelassen, die Gewalt der Bane von Kroatien und Slavonien beschränkt und durch Besetzung der Grenzfestungen mit deutschem Militär unter deutschen Befehlshabern das Beispiel seines Vaters und Großvaters befolgt. Er hatte sich wie diese in den ungarischen Angelegenheiten wenig um den Rath geborner Ungarn umgesehen und selbst einzelne Reichswürden mit Ausländern besetzt, denen, um der gesetzlichen Form zu genügen, wie zum Spotte der Eingebornen das ungarische Indigenat verliehen wurde. Die einzelnen Gespanschaften blieben Jahre lang ohne einen Obergespan, Bisthümer ohne Bischöfe, eine Unzahl von Gegenständen, die des Königs Entscheidung erheischten, konnten keine Entscheidung finden und bei allem, wo eine Initiative seitens des Regenten nöthig war, wurde diese vergeblich erwartet. Daß die Mehrzahl von jenen, welche in Ungarn, sei es ein Militär- sei es ein Civilamt bekleideten, fern von der Kontrolle eines strengen Herrn willkürlich schalteten, konnte man bei Rudolfs Zurückgezogenheit von vornherein annehmen, wenn nicht auch dafür haarsträubende Berichte vorlägen. Unter solchen Umständen bekamen die Klagen der Ungarn eine ganz andere Bedeutung als früher; nicht die Magnaten, das Volk selbst, litt unter dem kaiserlichen Regiment und nichts konnte demnach leichter

*) Neue Geschichte der böhmischen Brüder, Band II.

**) Ehlmeck. Karl von Zierotin.

Google Original HARVARD

ſein, als dasſelbe im günſtigen Momente zu einem allgemeinen Aufſtand zu vermögen. Und bei dieſer Beſchaffenheit der Gemüther war es, daß Rudolf ſich zum Angriff gegen etwas rüſtete, was nicht allein die Magnaten betraf, ſondern was bereits auch dem Volke theuer geworden war, nämlich ſein neuer Glaube.

Als demnach Baſta Siebenbürgen abermals unterworfen hatte und in Ungarn der General Graf Belgiojoſo das kaiſerliche Anſehen, nicht ohne Härte, überall aufrecht hielt, glaubte Rudolf den rechten Moment gekommen, in welchem er der Oppoſition des Landes durch einen offenen Angriff auf die Proteſtanten den kräftigſten Schlag verſetzen könnte. Den Anfang machte er mit den Lutheranern in Kaſchau. Vor kurzem war Erlau an die Türken verloren worden, und Biſchof und Kapitel dieſer Stadt ſahen ſich plötzlich ohne Kirche. Rudolf befahl nun den Lutheranern in Kaſchau ihre Kirche, ein ſchönes Denkmal gothiſcher Baukunſt, zu räumen und dem Kapitel abzutreten, und Belgiojoſo ward beauftragt jeden etwaigen Widerſtand niederzuſchlagen. Ganz Ungarn widerhallte natürlich von dieſem Ereigniß, das man als den Anfang einer langen Reihe wohl durchdachter und auf das Verderben der Proteſtanten abzielender Maßregeln anſah. Auf dem Reichstag, der kurz darauf in Preßburg ſich verſammelte, forderten die Proteſtanten Genugthuung und eine ſolche Umänderung der Verfaſſung, durch welche die Freiheit ihres Bekenntniſſes und der Beſitz ihrer Kirchen fortan geſetzlich geſichert werden ſollte, während Erzherzog Mathias als königlicher Kommiſſär im Auftrag ſeines kaiſerlichen Bruders dem Reichstag wiederum die Verbannung aller lutheriſchen und kalviniſchen Prediger, die Auflöſung aller proteſtantiſchen Gemeinden und überhaupt die völlige Reſtitution der katholiſchen Kirche verlangte. Natürlich erhoben die Proteſtanten gegen dieſe Forderungen die heftigſte Oppoſition, und da ſie mit ihren eigenen Wünſchen nicht durchdringen konnten, ſich aber doch gegen ähnliche Angriffe wie die in Kaſchau wo möglich ſicher ſtellen wollten, proteſtirten ſie vor ihrer Abreiſe gegen jeden Befehl des Königs und jede Maßregel, durch welche ihrem Bekenntniſſe und ihren Kirchen nahegetreten würde. Da griff Rudolf, um ſeinen Willen durchzuſetzen, zu einem Mittel einzig in der ungariſchen Geſchichte daſtehend; die 21 Artikel, welche über die verſchiedenen Angelegenheiten des Landes auf dem Preßburger Reichstage von den Ständen mit dem Erzherzog vereinbart worden waren und dadurch Geſetzeskraft erhielten, vermehrte der Kaiſer eigenmächtig mit einem zweiundzwanzigſten und publizirte denſelben im Verein mit den übrigen. Durch dieſen 22. Artikel beſtätigte er alle Geſetze und Verordnungen, welche ſeit des erſten Königs Stephan Zeiten zum Schutze der katholiſchen Religion

Google

erlaſſen worden waren und bedrohte alle jene mit den ſtrengſten Strafen, die fortan religiöſe Gegenſtände, unter was immer für einem Vorwande, in öffentliche Verhandlungen verflechten würden.

Es war ein Glück für die Magnaten, daß ſie in dem Krieg, welcher ihrer politiſchen Stellung damit angeſagt wurde, in voraus auf Bundesgenoſſen zählen konnten, denn die Städte und Bauern waren gleichmäßig durch die königlichen Erläſſe aufgeregt; es bedurfte nur eines kühnen Hauptes um ſich an die Spitze der Unzufriedenen zu ſtellen, ſo flammte der Aufruhr in Ungarn an allen Ecken und Enden auf. Dieſes Haupt fand ſich in Stephan Bocskay. Derſelbe, ein reich begüterter ſiebenbürgiſcher Edelmann, war während des mannigfachen Wechſels der Herrſchaft in ſeiner Heimat um ſeine Güter gekommen und war nach Prag gereiſt, um durch Vermittlung des kaiſerlichen Hofes wieder in den Beſitz des verlornen zu kommen. Er hatte ſich daſelbſt längere Zeit aufgehalten, aber trotz aller Anſtrengung nichts erlangt und zuletzt ſogar eine ſchnöde Behandlung in den kaiſerlichen Vorzimmern erfahren müſſen *). Von Durſt nach Rache beſeelt war er in ſeine Heimat zurückgekehrt, fand da bereite Freunde, die ſich mit ihm zum Kampfe gegen den Kaiſer um ſo eher verbanden als die letzten Ereigniſſe in Ungarn ſie einen allgemeinen Anſchluß der Magnaten hoffen ließen. Dieſe Berechnung täuſchte ſie nicht und in kurzem galt in Siebenbürgen und in den angrenzenden Theilen Ungarns allein die Autorität Bocskay's. Nichtsdeſtoweniger würde die weitere Ausdehnung des Aufſtandes über Ungarn an der ſtarken kaiſerlichen Armee geſcheitert ſein, wenn nicht in dieſen entſcheidenden Augenblicken die Leere der kaiſerlichen Kaſſen die Treue der Truppen und ihre Ausdauer zum Schwanken gebracht hätte. So kam es, daß der anfangs ſiegreiche Widerſtand des kaiſerlichen Heeres gegen das Umſichgreifen des Aufſtandes zuletzt mit einer völligen Niederlage endigte und Bocskay mit den Ungarn bald bis nach Preßburg gebot, während Rudolfs Autorität nur noch in jenen Plätzen anerkannt wurde, welche er mit deutſchen Truppen angefüllt hatte.

Groß war die Befriedigung, mit welcher die Türken dieſen Ereigniſſen zuſahen. So eben waren ſie nicht mehr im Stande den Kaiſer mit Erfolg anzugreifen, als die Ungarn durch ihr Auftreten ihnen gleichſam den Sieg in die Hände ſpielten. So ſtark waren ſie indeſſen doch nicht, um gegen die kaiſerlichen Feſtungen und gegen die Ungarn zugleich aufzutreten; ſie zogen es deshalb vor, mit dieſen ein Bündniß abzuſchließen und ſo den letzten Reſten der kaiſerlichen Herrſchaft ein Ende zu machen. Gelangten ſie in den Beſitz der bedeutendſten Feſtungen, und um das han-

*) Relazion von Francesco Corraro. MS der Marciana.

Google

wie es ſich ihnen, ſo kam ſeiner Zeit auch die Reihe an die Ungern und dieſelben Magnaten, welche ſich jetzt gegen Rudolf erhoben hatten, konnten es einſt noch bedauern, daß ſie nicht die Herrſchaft des Kaiſers einem kurzen Traum von Selbſtſtändigkeit vorgezogen hatten.

Das Bündniß der Ungern und Türken begann alſobald ſeine Wirkung zu äußern. Die Türken begaben ſich ungeſäumt an die Belagerung der Grenzfeſtungen und Bocskay in ſeinem Rücken geſichert, rückte mit ſeinen wilden Schaaren gegen die mähriſch-öſterreichiſche Grenze, um den Krieg in des Kaiſers erbliche Beſitzungen zu tragen. Es iſt ſchwer zu ſagen, wodurch die unglücklichen Einwohner von Oeſterreich, Steiermark und Mähren jetzt ärger heimgeſucht wurden, ob durch die Truppen Rudolfs, welche überall herausgedrängt in die benachbarten Länder ſich zurückzogen oder durch die räuberiſchen Horden der Tartaren, Heiduken und Rumänen, welche den Ungern als Avantgarde überall plündernd voraneilten. 1605
Zwiſchen der Publikation des 22 Artikels und dem Einfall der plündernden Feinde in den genannten Grenzländern lag nur die kurze Friſt eines Jahres, aber bezeichnet für den Kaiſer mit Niederlagen ohne Gleichen. Ein Schrei der Entrüſtung und des Jammers erhob ſich durch alle Provinzen, und mit ſtummen und lauten Vorwürfen kehrte alles die Blicke nach Prag erwartend, wie denn der Kaiſer dem Elend des Reiches wenigſtens in den Erbländern abhelfen würde. Von Prag aber kam weniger Hilfe als je, der Kaiſer, unzugänglicher wie ſonſt, lebte, als wüßte er nicht einmal um die Leiden ſeiner Völker, weder gewillt energiſch ſich ihrer anzunehmen und ſeinen letzten Schatz hinzuopfern noch geneigt einen Frieden zu ſchließen, ſei es auch um welchen Preis es wolle.

Man kann ſich denken, welche Bitterkeit ſich der Erzherzoge bei dem Gedanken bemächtigen mußte, daß durch ihres Hauptes theils abſichtliches Thun theils ſchuldvolle Unthätigkeit der Familienbeſitz einem ſichern Ruin entgegengeführt werde; ſie mußten ſich geſtehen, daß kein Opfer an Geld und Gut etwas nützen könnte, ſo lange die oberſte Leitung der Dinge ſich in ſolchen Händen befand wie bisher. Im Momente des bevorſtehenden Ausbruches der Ungarn aus ihren Grenzen, alſo im Momente der größten Gefahr, kamen die Prinzen, getrieben von dem Wunſche Rath und Hilfe zu ſchaffen, in Linz zuſammen und zwar die zwei Brüderpaare, Mathias mit Maximilian und Ferdinand mit Maximilian Ernſt. Was früher Mathias vom Kaiſer wegen der Krankheit des letztern erbeten hatte, nämlich die Beſtimmung der Nachfolge und die Wahl eines Coadjutors, dies lag jetzt auch im Intereſſe aller öſterreichiſchen Länder, die nur durch eine kräftige Hand der ſchlimmen Lage entriſſen werden konnten, in die ſie Rudolfs unſelige Politik geſtürzt hatte. Die ver-

Google

sammelten Prinzen einigten sich alle nach kurzer Berathung in dem Entschlusse den Kaiser zu ersuchen, er möge Mathias die Leitung der ungarischen Angelegenheiten übergeben und allen Ernstes die Nachfolge, da er nun doch selbst ohne Erben sei, regeln. Kaum jedoch von ihrem Vorhaben in Kenntniß gesetzt, schickte ihnen der Kaiser den Hofmarschall Breuner entgegen und verbot ihnen die Reise nach Prag, zu der sie sich in Gemeinschaft entschlossen hatten, um ihrem Ansuchen mehr Gewicht zu geben.
Anfang Juni 1611. Als trotz dieses formellen Verbotes die Erzherzoge in Prag eintrafen, ließ sich wohl der Kaiser ihre Ankunft gefallen, wenn gleich er auf alle Weise kundgab, daß sie nicht willkommene Gäste seien, ertheilte ihnen auch einzeln und insgesammt eine Audienz und nahm eine Schrift entgegen, welche ihre Beschwerden und Forderungen enthielt; allein hiemit war auch das Maß seiner Willfährigkeit erschöpft. Alles wozu er sich herbeiließ, war das Versprechen, daß er durch Auszahlung des Soldes an die Truppen Basta's, welche hauptsächlich durch die stete Noth so rasch aus Ungarn verdrängt worden waren, das Heer wieder in bessere Verfassung setzen wolle. Von einem Eingehen auf die wichtigsten Forderungen der Erzherzoge, seinem Bruder Mathias die Verwaltung von Ungarn unter dem Titel eines Vicekönigs zu übergeben und die Nachfolge zu regeln, war keine Rede*).

Der Plan des Kaisers Ungarn zu seinen Füßen zu legen und darauf das Fundament seiner Macht zu bilden, von dem aus er ruhig den Forderungen seiner Verwandten Trotz bieten konnte, war vollständig gescheitert und eine Pacification Ungarns um jeden Preis wäre wohl für ihn die vernünftigste Politik gewesen. Allein da diese Politik ein Eingehen auf Mathias' Wünsche nöthig gemacht hätte, so wurde sie ohne Zögern verworfen und der Kaiser setzte den drauenden Gefahren eine Unthätigkeit entgegen, als wünsche er lehrmal lieber das Verderben seiner eigenen Macht als den Uebergang derselben in die Hände des ihm von der Natur bestimmten Nachfolgers. Und in der That waren seine nächsten Handlungen mehr darauf berechnet, sich die Brüder als die Ungarn vom Halse zu schaffen. Gegen Erzherzog Maximilian nämlich, der nach der Abreise der übrigen Erzherzoge in Prag zurückgeblieben war, nahm er plötzlich die Rolle eines lebensüberdrüssigen Mannes an, der sich tief von Melancholie gedrückt fühle und für den es sonach am ersprießlichsten sei, in die Berge von Tirol sich zurückzuziehen, wie einst Karl V nach San Yuste sich zurückgezogen hatte. Konnte man wohl etwas anderes als tiefes Mit-

*) Bericht des Zuanantonio Venieri de San Clemente an den König Dr. prag den 17 Juni 1611. Khlesl's Leben IV. Beilagen S. 345. Khlesl's Briefe an Karl von Zierotin S. 345.

Google

leben mit dem höchſten Würdenträger der Erde fühlen, wenn er ſo herrſcht ſprach, und mußten nicht die kaiſerlichen Prinzen Gewiſſensbiſſe fühlen, wenn ſie weiter ihrem Haupte zur Laſt fielen und nicht erwarten wollten, bis die Natur ſelbſt die Löſung der hängenden Schwierigkeiten übernahm? Aber die Maske, welche Rudolf vornahm, war zu wenig dicht und ließ zu ſehr ſeine Herrſchſucht blicken, als daß ſie Jemanden getäuſcht hätte. Es iſt nichts wie Betrug oder Angſt, die den Kaiſer ſo ſprechen läßt, ſagte geradezu San Clemente*). Kaum merkte aber Rudolf, daß er damit nichts gewonnen habe und ſich keine Ruhe verſchaffen würde, ſo griff er nach einem andern Auskunftsmittel, er drohte nämlich mit einer Heirat. Nach den langjährigen Verhandlungen, die er ehedem wegen der Infantin Iſabella geführt, konnte man allerdings nicht annehmen, daß er jetzt in ſeinen Bewerbungen eifriger ſein würde allein da dieſe nur ein Abſchreckungsmittel für Mathias ſein ſollten, ſo durften ſie auch nicht enden und begleiteten den Kaiſer bis zu ſeinen letzten Augenblicken. Statt alſo Tag und Nacht auf nichts anderes als auf die Beſchützung von Mähren und Oeſterreich und auf die Beſiegung der ungariſchen Rebellen zu denken, ſchickte er nach Tirol in aller Eile einen Maler, damit dieſer das Bildniß zweier dort lebenden Erzherzoginnen aufnehme, von denen hatte ſich derſelbe nach Würtemberg zu begeben und gleicherweiſe die Tochter des Herzogs, von deren Schönheit man ſich viel erzählte, zu portraitiren. Die Sache wurde plötzlich mit ſolcher Eile betrieben, als ob die Hochzeit alſogleich vollzogen werden ſollte. Da nicht zufrieden mit dieſer Auswahl ließ Rudolf auch noch den Herzog von Savoyen um die Portraite ſeiner Töchter erſuchen, zählte auch die Prinzeſſin von Toskana in die Zahl ſeiner möglichen Bräute ein, und als wollte er wirklich Ernſt machen, ließ er zuletzt dem Herzog von Würtemberg entbieten, er möchte ſeine Tochter nicht verheiraten, da er ſelbſt Abſichten auf ſie hege. Unglückliche Prinzeſſinnen, wenn ihnen das Geſchick der Infantin, um die 16 Jahre lang geworben wurde, auch zu Theil werden ſollte*).

Das war alſo die Antwort des Kaiſers auf die Hilferufe der Länder und der Erzherzoge. Während ein Theil von Mähren in eine Wüſtenei verwandelt wurde, unterhielt ſich der Kaiſer mit Heiratsprojekten, während Ungarn, wenn es nicht für immer verloren ſein ſollte, eine eben ſo kluge Politik wie die äußerſte Kraftanſtrengung erheiſchte, wehrte ſich der Kaiſer mit aller Macht und allem Eigenſinn ſeinem Bruder eine Gewalt zu überlaſſen, die in ſeinen Händen nur verderblich wirkte. Es iſt faſt ſo, als habe Rudolf gehofft, die Welt müſſe ſtille ſtehen, wenn er ſelbſt nicht vor-

*) 1603, 18. Okt., Simancas 2492/98 und 12. Jän. 1605, Simancas 2492/99.

Google

wirrt ging. Die Mährer vom Kaiſer verlaſſen, halfen ſich zuletzt ſo gut ſie konnten, und nicht im Stande den Feind zu bewältigen, ſchloſſen
1605 ſie endlich mit demſelben einen mehrmonatlichen Waffenſtillſtand. In ähnlicher Weiſe ſorgten auch die Oeſterreicher für ſich*).

Trotz des allgemeinen Anſchluſſes der Ungarn an Bocskay und des letztern an die Türken, die ihn ſogar als Großfürſten von Siebenbürgen und König von Ungarn unter des Sultans Oberhoheit anerkannten, war für den Kaiſer nicht alles verloren, wenn er den Umſtänden ſich fügte und das Unrettbare aufgab. Trotz ihres raſchen Sieges fühlten die Ungarn nur zu wohl, daß ſie für ſich allein nicht im Stande ſein würden, künftig die Feindſchaft des Kaiſers und die ſelbſtſüchtige Freundſchaft der Türken zu ertragen, ohne zu Grunde zu gehen. Schon der Umſtand, daß ſie für ſich weder zur Bemannung noch zur Unterhaltung der Grenzfeſtungen gegen die Türken die nöthigen Mittel beſaßen und ſomit fortan nur eine offene Grenze gegen die immer wiederkehrenden Raubzüge der Paſchas beſitzen ſollten, daß weiter die Türken durch die in aller Eile betriebene Belagerung der mit kaiſerlicher Beſatzung verſehenen Feſtungen zu deutlich ihre ſchließliche Abſicht verriethen, alles das mußte ſie mit Beſorgniß erfüllen. Nicht etwa unter den katholiſchen ſondern unter den proteſtantiſchen Magnaten ſelbſt brach ſich dieſe Anſchauung Bahn und machte ſie geneigt auf Friedensunterhandlungen einzugehen, welche eine vollſtändige Reſtauration ihrer Verfaſſung zur Grundlage haben und Ungarn wie früher in drei verſchiedene Gebiete theilen ſollten, ein Zuſtand, der ihnen die beſte Garantie für ihre Freiheiten ſchien. Siebenbürgen und ein Theil von Ungarn ſollte unter einem unabhängigen chriſtlichen Fürſten ſtehen, der nach Umſtänden ſich entweder an die Türken oder an den Kaiſer anſchließen konnte, je nachdem die Gefahr der Unterjochung von da oder dort drohen würde; das übrige Ungarn ſollte zwiſchen dem Kaiſer und den Türken getheilt ſein, wodurch der erſtere auch weiterhin ein Intereſſe an der Vertheidigung des Landes hatte, ohne doch ferner im Stande zu ſein, dem zu ſchaden, was die Magnaten für ihre Freiheit hielten. Uebrigens erheiſchte die ſeit 14 Jahren durch den Türkenkrieg und die Regierungswechſel in Siebenbürgen bis zum Entſetzen geſteigerte Verwüſtung des Landes gebieteriſch einige Nachgiebigkeit; denn wenn auch die Ungarn im Stande waren die benachbarten Provinzen noch ferner zu verwüſten, ihr eigenes Land konnte doch erſt wieder durch den Frieden gewinnen. Dieſe Betrachtungen machten ſich auf dem Landtag von Kör-
Dez. 1605 pes geltend, wo neben Bocskay die bedeutendſten Magnaten von Ungarn

*) Chlumecky: Karl von Zierotin

Google

wie Stephan Illeshazy, Valentin Druget de Homonna, Christoph Thurzo, Michael Czobor und viele Komitatsvertreter anwesend waren. Nach Bocskay genoß Stephan Illeshazy in dieser Versammlung theils um seiner persönlichen Eigenschaften theils um seiner Vergangenheit willen das größte Ansehen. Er war nämlich kurz vor dem Ausbruche der Bocskayischen Unruhen in einen Prozeß von den königlichen Beamten verwickelt worden, in dem er verurtheilt und aller seiner großen Güter beraubt wurde. Ob nun, wie die Ungarn lange behaupteten, an ihm ein Justizmord verübt worden oder wie neuere den Ungarn selbst ausgehende Forschungen nachzuweisen suchen, sein Verbrechen unläugbar war, so viel ist gewiß, daß an ihm die Ferm verletzt und er nicht von ungarischen Richtern verurtheilt worden. Je mehr also Illeshazy Grund haben mochte, sich einem natürlichen Rachegefühl hinzugeben, desto wirksamer mußte sein Auftreten sein, wenn er selbst der Versöhnung das Wort führte und die Versammlung zum Einschlagen friedlicher Wege mahnte. Da jedoch Sigmund Forgacs der Gesandte des Erzherzogs Mathias dem Kärpfner Landtag von Seite des Kaisers keine befriedigenden Anerbietungen zu machen im Stande war, so kam es zu keinem andern Beschluß, als daß die Versammlung eine doppelte Botschaft abordnete, die eine an Mathias, um mit diesem über die Friedensbedingungen zu unterhandeln, die andere nach Deutschland an die weltlichen Kurfürsten, vor allem an den Pfalzgrafen, um sie von jeder Unterstützung des Kaisers abzuhalten. Stephan Illeshazy und Mladosewics übernahmen die Gesandtschaft nach Wien, der gelehrte Dichter Decatz aus Kaschau die nach Deutschland *).

An den Ereignissen in Ungarn hatte Mathias bis jetzt keinen andern Antheil genommen, als daß er, soweit sein persönlicher Einfluß reichte, einzelne Magnaten in Ungarn durch geheime Unterhändler zur Versöhnung mit dem Kaiser mahnte. Insbesondere war er bereits vor dem Kärpfner Landtag mit Illeshazy in Verhandlungen getreten und suchte denselben zu bestimmen, den in einzelnen Festungen von den Türken allzuhart bedrängten kaiserlichen Truppen geheime Verstärkungen zukommen zu lassen, weil dies die Interessen Ungarns selbst erheischten **). Illes-

*) Ueber die ungarischen Angelegenheiten geben folgende Schriftstücke, welche sich in der pfälzischen Abtheilung des Münchner Staatsarchivs befinden, wichtige und entscheidende Aufschlüsse: Decatz an einen Freund ddo. 26. November 1605 Münchner Staatsarchiv 546/11 fol. 319—332, die ungarischen Stände an den Kurfürsten von der Pfalz ddo. Kärpfen 10. Dezember 1605, fol. 340. Stephan Bocskay an Kurpfalz ddo. Kaschau 30. Dezember 1605 fol. 367.

**) Relation des Gesandten Mathias'. MS. der kaiserlichen Bibliothek in Prag.

Google

Hatz hatte zwar eine solche offene Parteinahme abgelehnt, aber seine friedliche Sprache in Kärpfen war die Folge dieser Unterhandlungen und veranlaßte auch seine Absendung nach Wien. Was Mathias betrifft, so beurtheilte er die Sachlage richtig, er wußte die Mittel abzuschätzen, die seinem Bruder zu Gebote standen und sah ein, daß diesmal mehr von dem guten Willen der Ungarn als von Waffengewalt zu erlangen war, und daß die wichtigsten Forderungen derselben, religiöse Freiheit und Befriedigung Bocskay's weiter nicht zu umgehen waren. Nun hatte aber Rudolf noch durch nichts an den Tag gelegt, daß er ernstlich sich in Unterhandlungen begeben und den Frieden wieder herstellen wolle. Kam Illeshazy nach Wien und konnte ihm der Erzherzog mit keinen Vollmachten entgegentreten, so war es nur zu wahrscheinlich, daß derselbe, statt nach Prag zu reisen, nach Hause zurückkehren, und die Ungarn überhaupt jede Versöhnung mit Oesterreich ablehnen würden, so gefährlich auch für ihre Zukunft ein solches Vorgehen war. Um nun die Dinge nicht auf das äußerste kommen zu lassen, wollte Mathias noch den letzten Versuch bei seinem Bruder wagen, ehe er sich dann vielleicht entschloß auf eigene Faust zu retten, was zu retten war, und was Rudolf aller Welt zum Trotz verlieren wollte. Begleitet von den Erzherzogen Maximilian und Ferdinand, die mit ihm hierin eines Sinnes waren, reiste er
10 Dez. nochmals nach Prag und übergab im Verein mit ihnen dem Kaiser eine
1606 Denkschrift*). Aehnlich der vom Monat Juni desselben Jahres schilderte sie die Gefahren in Ungarn und verlangte zu deren Abwendung, daß dem Erzherzog Mathias die Leitung der Regierung von Ungarn und Oesterreich überlassen, überdies aber auch noch die Nachfolge bestimmt werde. Der Kaiser wußte jedoch diesmal so wenig wie früher das zu wählen, was seine Pflicht war; ungnädig alle Vorstellungen aufnehmend, entließ er die Erzherzoge ohne jeden Trost für die Zukunft.

Jetzt war Mathias bei dem Wendepunkt seines Lebens angelangt. Schuldlos zurückgestoßen von seinem Bruder, der — es ist peinlich zu sagen — wieder mit seinen Heirathsprojekten Geräusch machte, ging er nach Wien, entschlossen den Forderungen der Ungarn die Hand zu bieten, wenn es ihm dadurch gelingen konnte, sie zu gewinnen. Da übrigens die Türken, mit denen der Kaiser gern einen Frieden geschlossen hätte, um Bocskay und seinen Anhang zu isoliren, wiederholt erklärt hatten, ohne vorgängige Befriedigung ihrer Bundesgenossen in keine Unterhandlungen sich einlassen zu wollen, so mußte es Rudolf endlich doch zugeben, daß die Vertreter Bocskay's und der Ungarn nach Wien kamen, um da über die Bedingungen

*) Chlumecky Zierotin, S. 346.

Google

des Ausgleichs zu verhandeln. Mathias schloß mit denselben unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Wien einen Waffenstillstand, der am 24. Juni 1606 enden sollte, wenn innerhalb dieser Zeit der Abschluß eines definitiven Friedens nicht bewerkstelligt werden konnte. Zu den Berathungen in Wien waren von Seite Bocskay's und der Ungarn vier Abgeordnete, darunter Illeshazy und Paul Apponyi, erschienen, im Namen des Erzherzogs und des Kaisers verhandelten mit ihnen Franz Forgacs, Bischof von Neutra und Kanzler von Ungarn, Trautson, Karl von Liechtenstein, Molart, Brenner, Georg und Stephan Thurzo und andere, die meisten von ihnen kaiserliche Räthe. Unter den 16 Artikeln, über welche sich beide Parteien nach langen und heftigen Debatten einigten, waren die hervorragendsten: der erste, welcher den Protestanten gesetzliche Freiheit ihres Bekenntnisses gewährte; der dritte, welcher die Wahl eines Palatins anordnete und mit derselben den nächsten Landtag betraute; der vierte, welcher verordnete, daß die ungarische Krone ins Land selbst oder wenigstens näher an die Grenze gebracht werde; der eilfte, welcher bestimmte, daß, da der König selbst außer Stande sei in Ungarn Hof zu halten, er den Erzherzog Mathias mit den ausgedehntesten Vollmachten (cum omni plenipotentia) zu seinem Stellvertreter ernennen solle; der sechzehnte endlich, durch welchen Bocskay mittelst Abtretung Siebenbürgens und jener Theile von Ungarn, welche Sigmund Bathory besessen, befriedigt werden sollte. Durch die übrigen Artikel suchten sich die Ungarn auch noch gegen die fernere Verleihung von Reichsämtern an Fremde und gegen die Verletzung des ordentlichen Rechtsganges zu wahren *). 9. Feb. 1606

Dieser vorläufige Vertrag bedurfte nun einer doppelten Genehmigung, der des Kaisers in Prag und der Bocskay's und seiner Verbündeten. Erzherzog Mathias hatte sich während der Verhandlungen den Ungarn entschieden genähert und der Ausdruck dieser Annäherung war der eilfte Artikel, durch welchen Mathias zum Stellvertreter des Königs in Ungarn ernannt werden sollte. Wenn ihm Rudolf die Hand bot, so konnte dies vertrautere Verhältniß sowohl zum Heile des Hauses als auch zur Herstellung eines Friedenszustandes, wie ihn eben die erlittenen Niederlagen möglich machten, beitragen. Zwar gab der Kaiser in diesem einem Hauptpunkte gleich nach und ernannte den Erzherzog zu seinem Statthalter **), allein in den übrigen Friedenspunkten war wenig Aussicht zur Nachgiebigkeit, da er überhaupt keinen Frieden wollte. Zu seiner 11. März 1606

*) Katona t. 28. p. 496.
**) Katona t. 29. p. 511.

Google

eigenen Sicherung hielt es alſo Mathias für nothwendig, daß ein Familienrath zuſammentrete, der die Sachlage erwäge und ihn mit der nöthigen Vollmacht bekleide, den außerordentlichen Verhältniſſen entſprechend zu handeln. Da übrigens der Kaiſer ein neues freies Spiel begann, ſo mochte Mathias ſich in ſeinem Innern jeder Schonung überhoben fühlen. Mit einemmale verlautete es nämlich von Prag, der Kaiſer gedenke die Nachfolge dem jungen Erzherzog Leopold, einem Bruder Ferdinands von Steiermark, zuzuwenden und hiedurch ſeinen älteſten Bruder zu zwingen von ſeinem Drängen abzulaſſen. Aber die Frage ſtand in Oeſterreich nicht mehr ſo wie vor zwei Jahren, wo allerdings der Kaiſer durch ein ſolches Manöver ſich Ruhe verſchaffen konnte. Die ungariſchen Angelegenheiten verlangten ihre Löſung und zwar unabhängig von jeder andern Angelegenheit und ließen ſich am wenigſten durch das Vorſchieben des jungen Erzherzogs, von dem bisher Niemand etwas erfahren hatte, zur Ruhe bringen. Zu der ſkandalöſen Unthätigkeit allen äußern Gefahren gegenüber wollte nun Rudolf mit Verletzung aller Familienrechte, denen er doch allein ſeine Stellung zu danken hatte, Zwietracht unter ſeine Verwandten ſäen, in der trügeriſchen Meinung ſich dadurch Ruhe zu ſchaffen. Solchem frevelhaften Treiben gegenüber, das jede entſchuldigende Stimme zum Schweigen bringen mußte, fühlten ſich auch die Erzherzoge zu außerordentlichen Maßregeln befugt. Ueber Aufforderung des Erzherzogs Mathias kamen alſo Maximilian, Ferdinand und Maximilian Ernſt nach Wien und entſchloſſen ſich nach vorläufiger Berathung zu dem berühmten Vertrag vom 25. April 1606.

In dieſem Vertrag erklärten ſie gemeinſchaftlich: Da es durch den beweinenswerthen Zuſtand des faſt ganz verlornen Ungarn und der durch die Rebellen verwüſteten öſterreichiſchen Länder leider offen am Tag liege, daß Se. Majeſtät aus Krankheit und Gemüthsverſtimmung in gefährlichen Zwiſchenräumen zur Regierung der Reiche und Länder minder fähig und tauglich ſei, ſo daß er ihr nicht in dem Grade, wie es erforderlich, vorſtehen könne, ſo hätten die Erzherzoge aus dieſen und andern augenſcheinlichen Gründen von ungeheurem Schmerz bewegt ihre Zuſammenkunft in Wien beſchleunigt, und hier nach reiflicher Ueberlegung kein anderes Mittel gefunden, als in Kraft der beſtehenden Familienverträge und nach bisherigem alten Herkommen ſo wie auch vermöge Kaiſer Ferdinands I. Hausordnung, den Erzherzog Mathias als den Erſtgebornen zum Haupte und zur Stütze des Hauſes im eigenen und aller übrigen minderjährigen Erzherzoge Namen zu erwählen. Das, was hierüber mit Spanien, dem Erzherzoge Albrecht, dem Papſte und

Google

andern Fürſten zu verhandeln ſein würde, dies beſtätigen ſie in vorauß und wollen dabei den Erzherzog Mathias mit Rath und That unterſtützen. Wenn es dann aus gleichen Urſachen zur Kaiſerwahl kommen ſollte, ſo würden ſie alle ihre Anſtrengungen vereinen, dem Erzherzog Mathias zu dieſer Würde zu verhelfen*).

Betrachtet man unter welchen Umſtänden dieſer Vertrag abgeſchloſſen wurde und erwägt man, daß er den Erzherzog Mathias bevollmächtigte mit dem Papſt und dem König von Spanien zu unterhandeln, ſo frägt man unwillkürlich, was eigentlich verhandelt werden ſolle. Offenbar konnte Mathias nichts anders verhandeln oder wiſſen wollen, als ob im äußerſten Falle der Papſt und der König in die Abſetzung Rudolfs willigen oder ſonſt ihm zu einem ſelbſtſtändigen Vorgehen die Zuſtimmung geben wollten. Da der Vertrag beiden in ſeiner Vollſtändigkeit mitgetheilt werden ſollte, ſonach auch der Punkt wegen der Kaiſerwahl zu Spaniens Kenntniß gelangen mußte, ſo konnte allerdings ein Zweifel entſtehen, ob dieſes ſo ſchnell die Hand zur Beſtätigung des Vertrags bieten würde, weil ja dadurch die Erhebung des Erzherzogs Albrecht vereitelt werden mußte. Dies Hinderniß beſtand jedoch gegen Mathias nicht mehr, denn die Anſichten im ſpaniſchen Kabinet über die Nachfolge im Reich hatten indeſſen eine andere Wendung genommen. Während man früher die Erhebung des Erzherzogs Albrecht gewünſcht hatte, weil die Niederlande am eheſten durch einen Kaiſer pacificirt werden konnten, der in Brüſſel reſidirte und ein perſönliches Intereſſe daran hatte, fiel es den ſpaniſchen Staatsräthen jetzt wieder ein, daß gerade durch Albrecht die Niederlande völlig der ſpaniſchen Krone entfremdet werden konnten, weil Deutſchland auf ſeinen Nachlaß, falls er ohne legitime Erben wie wahrſcheinlich ſtarb, einen ſchwer zurückzuweiſenden Anſpruch erheben konnte. Dieſe Meinung gewann bereits im Beginn des J. 1606 im ſpaniſchen Kabinet die Oberhand und führte dahin, daß die Geſandten alsbald inſtruirt wurden, auf geſchickte Weiſe ſchon jetzt einer möglichen Erhebung Albrechts entgegenzuwirken, ohne daß der Erzherzog es merken ſollte, woher der Schlag gegen ihn komme**).

---

*) Dieſer Vertrag iſt abgedruckt bei Hammer: Leben des Kardinals Khlesl.

**) Archiv von Simancas 709. Der Staatsrath an den König ddo. 29. April 1606. Der Herzog von Feria ſoll nach Deutſchland reiſen, um den Kaiſer zur römiſchen Königswahl zu vermögen. Pero antes hien advertir al duque, que se viene, que se procure diestramente, que se excluya al S. Archiduque Alberto, porque si consejo entiendo, que si le tocase la suerte, no se le rodificultaria la devolucion de los estados de Flandes a esta corona pero que quedarian perpetuamente unidos con el imperio, y porque serian desinconvenientes, que en Alemana entendiesse el fin, que en esto se lleva,

Google

Mit dem Moment, wo Philipp III seine Augen von Albrecht abwandte, richtete er seine Aufmerksamkeit, und fast möchte man sagen, seine Gunst auf Mathias. Diese Aenderung der Gesinnung, wenigstens so weit sie die Person des Erzherzogs betraf, darf ganz und gar den Berichten San Clemente's zugeschrieben werden. Durch ein Viertel Jahrhundert hatte derselbe als Gesandte am Prager Hof gelebt und während dieser Zeit eine so gründliche Kenntniß von den österreichischen Zuständen gewonnen, daß seine Voraussagungen gewöhnlich eintrafen, was seinen Kredit am Hofe von Valladolid nicht wenig erhöhte. In jedem seiner Briefe an Philipp fügte er einige charakteristische Züge von Rudolfs Unthätigkeit und Unzuverlässlichkeit, von der zunehmenden Verwirrung und dem dabei sichern Ruine des Hauses bei, kehrte immer wieder zu der anfangs behutsam später immer kühner ausgesprochenen Nothwendigkeit von Rudolfs Absetzung zurück, empfahl die Unterstützung Mathias' als das einzig vernünftige Auskunftsmittel unablässig an, so daß zuletzt weder der König noch irgend ein Mitglied des spanischen Staatsrathes ein Bedenken gegen die Erhebung dieses Erzherzogs hegten*).

Der Boden in Spanien war also bereits für Mathias geebnet, ehe er es noch wußte und ahnte, denn er war einige Zeit sehr in Zweifel, wen er an Philipp mit so wichtigen Mittheilungen absenden sollte. Endlich entschloß er sich, nachdem er auch schon früher vertragsmäßig dem Erzherzog Albrecht Nachricht von allem gegeben hatte, dem spanischen Gesandten in Prag die erforderlichen Mittheilungen zu machen und diesem es zu überlassen, an seinen Herrn zu berichten; Philipp III selbst sollte dann

---

sara bien advertir al Duque, que lo tenga para sy no trate dello sino que en caso de necesidad, y solo lo comunique con Don Guillen de San Clemente. — Es ist interessant, daß man zu selber Zeit, in welcher Spanien der Kandidatur Albrechts aufgab, in Deutschland und Frankreich fest glaubte, daß Spanien die Erhebung Albrechts beabsichtige. Noch interessanter ist, daß im Jahre 1609 im Rathe des Königs von Spanien darüber Rath gepflogen wurde, ob Philipp III nicht Belgien wieder an sich ziehen und seinen Schwager von der Verwaltung entfernen sollte. Der Admiral von Aragon rieth dem König diesen Schritt als einen höchst unbesonnenen ab. — Schreiben des Admirals an den König ddo. 16. September 1609. Mss. der Lobkowitzischen Bibliothek in Prag.

*) Archiv von Simancas, legajo 2492/115. Guillen de San Clemente an den König ddo. Prag 24. November 1605; 2492/115 derselbe an den König ddo. 12. Jänner 1606; 2492/146 derselbe an den König ddo. 30. September 1606. San Clemente sagt da geradezu, der einzige Helfer aus den österreichischen Wirren herauszukommen sei, den Kaiser abzusetzen, wozu es genug Ursachen gebe.

Google Original HARVARD

in einer Weiſe, wie er es für gut fände, den Papſt ins Geheimniß ziehen. Als dieſe Nachrichten vor den ſpaniſchen Staatsrath kamen, erſchraken die Räthe über den Vertrag, da ſich deſſen Folgen gar nicht überſehen ließen, aber überzeugt von der Unmöglichkeit mit Rudolf weiter zu regieren, riethen ſie dem König den Dingen ihren Lauf zu laſſen und Mathias zwar nicht aufzumuntern aber auch nicht zu hindern. Philipp entſchied ſich für dieſe Politik, die trotz ihrer anſcheinenden Neutralität ſchon einer Entſcheidung zu Mathias' Gunſten gleichkam*). — Erzherzog Albrecht trat dem Apridvertrage durch Ausfertigung einer Zuſtimmungsurkunde vollſtändig und förmlich bei**).

Mathias hatte nicht unrichtig vorausgeſehen, daß der in Wien mit den Ungarn vereinbarte Friede auf Hinderniſſe ſtoßen würde, deren Ueberwindung er nur auf ſich nehmen konnte, wenn er des Beifalls der übrigen Erzherzoge ſicher war. In Prag und in Kaſchau machte man an denſelben Ausſtellungen, weder war Bocskay mit dem zufrieden, was ihm von Ungarn abgetreten werden ſollte, noch begnügten ſich die Magnaten mit den gemachten Zugeſtändniſſen. Daß Rudolf, der den Frieden mehr wie den Krieg ſcheute, nichts von Zugeſtändniſſen wiſſen wollte, die ihn in Ungarn um alle Macht bringen und das Gebiet von 3300 Quadratmeilen, über welches er vordem dort geherrſcht hatte, mit einem Federſtrich auf 1200 alſo um zwei Drittheile reduciren ſollten, iſt begreiflich. Mathias hörte jedoch mehr auf die Ungarn als auf ſeinen Bruder, und als daher Illésházy nebſt drei andern Abgeordneten zum zweitenmale nach Wien mit dem nach den Wünſchen Bocskay's und der Ungarn modificirten Vertragsentwurfe kam, fand er den Erzherzog ſelbſt zur Annahme dieſer härteren Bedingungen bereit. So geſchah es, daß am 23. Juni die Verhandlungen mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages ihr Ende nahmen. Der Wiener Friede, ſo hieß dieſer mit Bocskay und den Ungarn geſchloſſene Vergleich, gewährte dem erſtern außer Siebenbürgen und dem Lande auf dem linken Theiß-ufer auch das, was er am rechten Theißufer anſprach; den Ungarn ward volle Autonomie in der Verwaltung ihres Landes, geſetzliche Freiheit für ihren Glauben und Rückgabe der konfiscirten Güter gewährt und überhaupt die nationale Herrſchaft des magyariſchen Weſens in ihrem vollen alten Umfange reſtaurirt. Neben der Ratification durch den Kaiſer verlangten die Ungarn auch die Beſtätigung des Friedens von Seite der öſterreichiſchen, mähriſchen und böhmiſchen Stände, die dadurch zu einer Art

*) 1606, 5. Auguſt Simancas 709.
**) Hammer, Khleſl II, Urkunde 189.

Google

Garantien erhoben wurden. Die Bestätigung der Stände lief ohne Schwierigkeit ein, da sie sich ohnedies nach Frieden sehnten und dasselbe zu erreichen wünschten, was die Ungarn jetzt erreicht hatten. Länger dauerte es mit der Ratification des Kaisers, bis auch diese am 6. August erfolgte und von dem Herrn von Strahlendorf nach Wien überbracht wurde. Ueber dieser Ratification schwebt indessen ein Dunkel; Erzherzog Mathias stellte sie so hin, als ob sie den Vertrag vom 23. Juni vollständig gutheiße, von Seite des Kaisers wurde jedoch später behauptet, sie habe sich nicht auf alle Punkte dieses Vertrages bezogen, sondern einige derselben späterer Vereinbarung auf dem Landtage vorbehalten und namentlich jede Benachtheiligung der katholischen Kirche abgewiesen. Es trägt den Stempel innerer Wahrscheinlichkeit an sich, daß Rudolf mit seinen Behauptungen Recht hatte, und daß Mathias sich eigenmächtig über die ihm gezogene Schranke hinwegsetzte*).

Nun nahmen auch die Verhandlungen über den Türkenfrieden zwischen den Kommissären des Erzherzogs, Bocskay's und des Sultans ihren Anfang und da auf der Grundlage des status quo im Besitzthum verhandelt wurde, kam er bald auf die Dauer von 20 Jahren zum Ab-
11. Nov. 1606 schluß. Er bekam von dem Sitze der kaiserlichen Kommissäre, dem Dorfe Zerok, welches bei dem Ausflusse der Zsitwa in die Donau liegt, den Namen des Friedens von Zsitwa-Torok. Durch denselben wurden Verfehrungen getroffen, um die Grenzstreitigkeiten fortan auf friedlichem Wege beizulegen, der Bau neuer Festungen wurde verboten, dagegen die Ausbesserung alter gestattet und endlich bestimmt, daß der Kaiser dem Sultan ein für allemal 200.000 Dukaten als Geschenk bei der Auswechslung der Friedensurkunden zu geben habe. An orientalischen Phrasen fehlte es im Vertrage nicht, denn der Kaiser nahm den Sultan darin zum Sohne an, dieser jenen zum Vater. Wenn man den Umfang Ungarns und seiner Nebenländer mit 5163 Quadratmeilen veranschlägt, so gehörten davon jetzt den Türken 1859 Quadratmeilen, dem Bocskay 2082 und demjenigen, der allein den Titel eines Königs von Ungarn führte, also dem Kaiser nur 1222. - Achtundvierzig Tage nach diesem Friedensschlusse starb Bocskay, wahrscheinlich an Gift, das ihm sein Kanzler Katay beigebracht haben soll.

Wie wenig dieser Friede dem Kaiser genehm war, zeigte sich schon darin, daß Altham, der ursprünglich in seinem Namen zu den Verhandlungen abgeordnet worden war, alle möglichen Hindernisse anregte, um die Verhandlungen in die Länge zu ziehen**). Als nichtsdestoweniger der

*) Hurter Ferd. II, V, 150. **) 1606, 3. Okt. Wiener Staatsarchiv Hungarica N. 63.

Google

Friede geſchloſſen und die Urkunde deſſelben zur Ratification nach Prag geſchickt wurde, konnte man hoffen, ſie treffe den Kaiſer in einer günſtigern Geiſtesverfaſſung, als dies ſein Jahren der Fall war. Im Monat Oktober gewann es nämlich den Anſchein, als wolle er einen gewaltſamen Verſuch machen, ſich aus ſeiner Melancholie herauszureißen und wieder unter Menſchen gehen, was er ſeit ſechs Jahren nicht mehr gethan hatte; wenigſtens äußerte er die Abſicht, wieder öffentlich der Meſſe beywohnen zu wollen. Als um dieſelbe Zeit eine wüthende Peſt in Prag ausbrach, welche den Aufenthalt daſelbſt gefährlich machte, entſchloß er ſich ſogar nach dem drei Meilen entfernten Brandeis zu überſiedeln und wohnte daſelbſt zum allgemeinen Erſtaunen ſeiner Umgebung einer Jagd bei. Die Hoffnungen, die man auf die Veränderung der Luft und Beſchäftigung geſetzt hatte, wurden aber bald zu nichte, und es zeigte ſich, daß Rudolf keine anderen Wünſche und Gedanken mehr hatte als ſeinen Bruder zu überleben, daß er ihn haßte, weil die Natur ihn zu ſeinem Nachfolger beſtimmt hatte*). Nachdem er ſich nämlich zu einer ſeiner unberechenbaren Geiſtesſtimmungen entſchloſſen hatte den türkiſchen Frieden zu ratificiren, reute ihn unmittelbar darauf die vollzogene Handlung, und er befahl die Urkunde zurückzubehalten. Da er zugleich die ſtipulirte Räumung einiger Feſtungen an der ungariſchen Grenze verweigerte, die dem Illésházy in Mähren gehörigen und konfiscirten Güter noch immer nicht herausgab, ſo ſchwand jede Hoffnung auf Nachgiebigkeit von ſeiner Seite und alles ging einer immer ſtürmiſcheren Zukunft entgegen.

In eben dem Grade, als nun Rudolfs Widerwille gegen den Frieden zunahm, in eben demſelben Grade wuchs auch ſein Haß gegen Mathias und jene Räthe, welche er im Verdacht hatte, ſeines Bruders Ehrgeiz aufzuſtacheln. Der Gedanke, ſein Bruder trachte auf gewaltſame Weiſe in den Beſitz der ungariſchen Krone zu kommen, verließ ihn keinen Augenblick mehr, aber anſtatt durch klares und brüderliches Benehmen deſſen ſchwach auflodernden Ehrgeiz zur Ruhe zu bringen, reizte er ihn durch Mißtrauen und Lieblosigkeit und nöthigte ihn zuletzt zum offenen Aufſtand. Von Brandeis aus ſchickte er gegen das Ende des Jahres 16. Dez. den Kardinal Dietrichſtein und Herrn von Lamberg an Mathias 1608. mit mehreren Fragen und Begehren ab, die nur im Stande waren, den Bruch zu erweitern. Die kaiſerlichen Geſandten hatten vom Erzherzog zu fordern, daß er Herrn von Krenberg, Ottavio Cauriani und

*) Brüſſeler Staatsarchiv. Bedenken an Erz. Albrecht dto. 21. Oktober 1608. — Münchner Reichsarchiv. Bedenken an Max von Bayern dto 28. Oktober. Archiv von Simancas, San Clemente an den König dto. 21. Oktober.

Google

Khlesl alsogleich aus seinem Rathe entferne, und falls er es zu thun sich weigern sollte, dieselben gegen Handschlag zu verpflichten, sich auf Befehl in Prag zu stellen. Dem Erzherzog selbst sollten sie des Kaisers entschiedenes Mißfallen über den Türkenfrieden kundgeben, denn er habe ihn eigenmächtig abgeschlossen und nicht, wie er gesollt, die einzelnen Punkte der Verhandlung von Zeit zu Zeit nach Prag berichtet; er habe auch „ohne irgend welche Schwierigkeit und ohne Einholung einer Zustimmung dem Bocskay ganz liederlich Siebenbürgen bewilligt." Auch wünschte der Kaiser zu wissen, ob Mathias sich mit den Ungarn zu verbinden gedenke, um sich des Landes zu bemächtigen, und was seine Gesandtschaften nach Spanien und an den Großherzog von Toskana bedeuteten, ob er sich etwa verheiraten wolle und ob er nicht wisse, daß er dies nicht ohne seine Zustimmung zu thun habe*). Der Erzherzog empfing die Gesandten freundlich aber entschlossen und las ihnen als Antwort an seinen Bruder eine längere Schrift vor, in welcher er insbesondere sich in Bezug auf den eiligen Abschluß des ungarischen und türkischen Friedens mit den dringenden Umständen entschuldigte, statt weiterer Rechtfertigung aber den Kaiser selbst anklagte, daß er gegen ihn alle brüderlichen Rücksichten außer Acht gelassen und sogar bei Tisch seinen Gästen gegenüber ihn einen Geheim gescholten habe. Er gab zu, daß die Ungarn ihm die Krone angeboten hätten und setzte noch bei, daß selbst mehrere Räthe des Kaisers ihm zu ihrer Annahme gerathen, er aber habe uneigennützig gehandelt und diese Anerbietungen und Verlockungen von sich gewiesen. — Da er auch seine Räthe Khlesl, Cavriani und Krenberg von sich zu entfernen ablehnte, nahmen Dietrichstein und Lamberg den selben durch Handschlag das Versprechen ab, sich in Prag zu stellen, wenn sie dazu aufgefordert würden.

Daß eine solche Antwort den Kaiser eben so wenig befriedigte, wie die Absendung der beiden Inquisitoren dem Erzherzog genehm war, ist leicht begreiflich und der Riß zwischen Prag und Wien nahm eine immer größere Bedeutung an. In Erzherzog Mathias' Benehmen läßt sich nicht verkennen, daß er, gestützt auf die Zustimmung der Erzherzoge und vertrauend auf den Beifall von Spanien und Rom, seinem Bruder gegenüber jetzt eine festere Sprache führte; dennoch überschritt er nie gewisse Grenzen, um eine Versöhnung noch immer möglich zu machen, wenn Rudolf dieselbe auf einer vernünftigen Grundlage wollte und mit Rücksicht auf den Zustand seiner Gesundheit sich Opfer unterzog, welche die Natur selbst gebieterisch erheischte, so die billig erwogen selbst keine Opfer waren.

*) Hammer, Khlesl II, Urkundensammlung S. 31 — Simancas 1(0)X 2491/92 n. 22.

Google

Allein der Kaiſer ſtatt in dieſe Bahn einzulenken, ſchlug, um ſeinem Bruder wehzuthun, jetzt doppelt gefährliche Wege ein. Zuerſt war von der Ratification des Wiener und Zſitwa-Toroker Friedens in Prag nun gar keine Rede mehr; man unterhielt ſich daſelbſt nur von der Wiederaufnahme des Krieges, gerade ſo als hätte man über die Schätze von Potoſi zu gebieten. Dann aber, um Mathias nicht im Zweifel zu laſſen, auf welche Seite er ſich zu ſchlagen habe, ſprach Rudolf bei den mannigfachſten Gelegenheiten die Abſicht aus, dem Erzherzog Leopold die Nachfolge zuzuwenden.

Erzherzog Leopold, ein Bruder Ferdinands von Steiermark, war im J. 1586 geboren, alſo um dieſe Zeit kaum 21 Jahre alt. Seine Mutter, die kluge und ſorgſame Marie von Baiern, hatte ihn als jüngern Sohn zum geiſtlichen Stand beſtimmt und der Einfluß ſeines Hauſes verhalf ihm ſchon in früher Jugend zu dem Bisthum von Paſſau. Seine perſönliche Neigung traf jedoch nicht mit dieſer Beſtimmung zuſammen; er war ein lebensluſtiger Kavalier, der ſich eben ſo wenig um theologiſche Studien wie biſchöfliche Pflichten kümmerte, und bei jeder Gelegenheit eine entſchiedene Anhänglichkeit an den Soldatenſtand und das dieſem eigenthümliche freie Leben verriet. Auf dieſen Prinzen warf Rudolf ſeine Augen und beſchloß ſich ſeiner als Werkzeug zu bedienen. Unreif an Jahren und an Charakter konnte Leopold in der Hand eines liſtigen Greiſes, der ſeinen noch ſchlummernden Ehrgeiz wachrief, ein bequemes Werkzeug werden, denn, ſelbſt ohne jeden eigenen Länderbeſitz und ohne legitime Ausſicht dazu zu gelangen, mußte er ſich willenlos zu den Plänen des Kaiſers hergeben. Erzherzogin Marie nahm mit Betrübniß das Spiel wahr, welches der letztere mit ihrem Sohne beginnen wollte, und ließ es an nichts ermangeln, was Rudolfs Aufmerkſamkeit von Leopold entfernen konnte *). Aber dieſer ward bald durch die Gewalt der Umſtände dahin gedrängt, daß, was er anfangs nur zum Trotz und Spott ſeines Bruders betrieb, jetzt, wenn nicht mit Ernſt doch mit beharrlichem Schein zu wollen.

Da nun der Kaiſer trotz aller Bitten von Seite Mathias' und der am meiſten betheiligten Länder, nämlich Mährens und Oeſterreichs, die Ratification des Türkenfriedens herauszugeben ſich weigerte, wendeten ſich die Stände derſelben an Philipp Lang, den durch ſeine Habſucht und Niederträchtigkeit jeder Art berüchtigten Kammerdiener Rudolfs und es gelang ihnen durch deſſen Beſtechung die Abſendung der Friedensratification an Mathias zu bewirken. Vier Monate waren alſo ſeit der 21. April 1607

*) Simancas 2193/16 und 45, ddo. 7. März und 23. Jänner 1607.

Google

Unterschrift des Kaisers verflossen, und was keine Bitten der Völker und der höchstgestellten Personen vermocht hatten, gelang jetzt einem Kammerdiener, den man für einige Gulden gewonnen hatte*). Doch auch diese Genugthuung sollte nur von ganz kurzer Dauer sein, denn kaum war Mathias im Besitz der ersehnten Urkunde, so langte auch schon ein Befehl des Kaisers an, dieselbe nicht an die Türken auszuliefern. Vergebens reiste jetzt Erzherzog Mathias selbst nach Prag und bot Caviani's Entlassung an, vergebens beschwor er den Kaiser in drei persönlichen Unterredungen die Friedensbestätigung ausfolgen zu lassen, es war alles umsonst und Rudolf hart wie ein Stein. Mathias reiste unverrichteter Dinge zurück und Rudolf fing an, sich zum Kriege zu rüsten.

III.

Nach dem Abschlusse des Wiener und Zsitwa-Toroker Friedens hatte die Hofkammer wiederholt dem Kaiser Vorstellungen über den gänzlichen Mangel an Geld zur Bestreitung der dringendsten Bedürfnisse gemacht und ihm auf das Nachdrücklichste die Abdankung alles Kriegsvolkes, dessen man nicht mehr bedürfe, empfohlen**). Sie sah sich zu diesen Vorstellungen um so mehr gedrängt, als die Kriegsauslagen der letzten Jahre des Kaisers Schuldenlast bis auf 16 Millionen Gulden gesteigert hatten***), so daß die jährlichen Einkünfte aus den Kammergütern und aus den Steuern der einzelnen Länder, welche drei Millionen Gulden betrugen und früher zur Bezahlung der Interessen und zur Unterhaltung des kaiserlichen Hofes und der Regierung hinreichten, nunmehr nicht einmal für diese Zwecke genügten. Ihre Gutachten sprachen es unverholen aus, daß, wenn nicht schnell auf die Eröffnung neuer Einnahmsquellen Bedacht genommen würde, der Dienst des Kaisers unberechenbaren Benachtheiligungen ausgesetzt sein würde. In der That fanden mancherlei Berathungen am Hofe statt, wie der Noth abgeholfen werden könnte, und unter den Finanzprojekten, welche zur Sprache kamen, schlug eines derselben die Erhebung einiger Prozente vom gesammten Werthe sowohl der liegenden Gründe wie der fahrenden Habe in den Ländern des Kaisers vor und berechnete, daß das Erträgniß hinreichen würde, um alsogleich an die Tilgung der Schuldenlast zu denken und jedes Unternehmen zu ermöglichen. Über dieses

*) Khlesmedy: Karl von Zrenstin 267.

**) Wiener Staatsarchiv Bohemica Fasc. III. Die Hofkammer an den Kaiser dto. 20. November 1606 und dto. 22. Dezember 1606.

***) Gorenzo's Relation. MS.

Google

Projekt wurde so wie viele anderen bei Seite gelegt, da man wenig Wahrscheinlichkeit hatte, die Stände dafür zu gewinnen, und selbst auch die Zeit mangelte, um sie fruchtbringend zu machen*).

Wir haben früher erwähnt, daß die gewöhnlichen Einkünfte des Kaisers nur hinreichten, um die Ausgaben in Friedenszeiten zu decken und daß in außerordentlichen Fällen, wie namentlich in Kriegszeiten, es bloßen Zufälligkeiten überlassen war, ob der Kaiser den vermehrten Anforderungen würde genügen können. Seit dem Ausbruch des Türkenkrieges, also seit 1591, waren diese Zeiten eingetreten und seit 16 Jahren war es, man möchte sagen, ein fortgesetztes Wunder, daß der Kaiser, ohne um mehr wie um 4 Millionen die ererbte Schuldenlast zu häufen, allen an ihn gestellten Anforderungen genügen konnte. Da wo er nach modernen Staatsprinzipien die nächste und ausreichende Unterstützung hätte finden sollen, nämlich bei seinen Unterthanen selbst, ward sie ihm nicht zu Theil. Ungern, Böhmen und Oesterreich betrachteten ihren Herrscher zugleich als deutschen Kaiser, die Deutschen also als Mitunterthanen und mitverpflichtet an den Kriegslasten sich zu betheiligen. Aus diesem Grunde ging es nie ohne heftige Kämpfe her, wenn der Kaiser von einzelnen Landtagen außerordentliche Hülfeleistungen verlangte, doch wurden sie ihm stets unter dem Titel „zur Unterhaltung der Grenzfestungen" bewilligt; ihr Ertrag belief sich in ganz Oesterreich mit Ausnahme Ungarns jährlich auf 536.000 fl.**). Neben dieser Geldhilfe nahmen die Stände auch noch regelmäßig die Unterhaltung von einigen Tausend Mann zu Roß und zu Fuß auf sich, deren Kosten die erwähnte Summe manchmal selbst um das doppelte überschritten***). Mag auch die Angabe, daß der Kaiser jedes Jahr für den Krieg 6 Millionen Gulden verwendete †), zu hoch gegriffen sein, jedenfalls reichten die eben erwähnten Beiträge nicht für die wirklichen Ausgaben aus und der Kaiser sah sich genöthigt in der Fremde aufzutreiben, was ihm noch fehlte. Es war ein Glück für ihn, daß der Türkenkrieg damals noch nicht die Bedeutung eines bloßen politischen hatte, sondern als eine Abwehr gegen Angriffe auf Christenthum und Civilisation galt, und dieser Anschauung gemäß der Angegriffene berechtigt war, bei der gesammten Christenheit um Hülfe zu bitten. Unter diesen Umständen war es möglich, daß Rudolf nicht bloß beim Papste, als seinem natürlichen Beschützer in diesem Falle,

*) Wiener Staatsarchiv. Bohemica III. Gutachten für den Kaiser ddo. 3. Februar 1606.

**) Wiener Staatsarchiv. Reichstagsakten 69/23. Gutachten der Hofkammer.

***) Die Nachweise hierüber finden sich in den Landtagsverhandlungen der einzelnen Provinzen.

†) Relation bei Serano 1607, MS. der Marciana.

Google

und bei dem Könige von Spanien, als seinem Verwandten, sondern auch bei den deutschen und italienischen Fürsten, ja selbst bei dem Könige von Frankreich um Unterstützung ansuchen konnte. Was den Papst betrifft, so hatte Clemens VIII Jahr aus Jahr ein beträchtliche Hilfen theils an Geld dem Kaiser bewilligt, theils hatte er bei wichtigen Expeditionen die Unterhaltung einer gewissen Truppenzahl auf sich genommen. Als Clemens VIII starb, ward in den zwei schnell auf einander folgenden Konklaven die Unterstützung des Kaisers als Pflicht des künftigen Papstes anerkannt, und Paul V war ernstlich gewillt derselben nachhaltiger wie seine Vorgänger zu genügen. — Weit bedeutender waren die Geldsummen, welche Rudolf von Spanien bezog; schon Philipp II ließ ihn in dieser Beziehung nicht leer ausgehen, sein Nachfolger Philipp III unterhielt ununterbrochen in Ungarn einige Tausend Mann auf eigene Kosten und fast gewinnt es den Anschein, als ob Spanien in allen Fällen da ausgeholfen habe, wo der Kaiser mit seinen Hilfsquellen auf der Neige war *). Die Rechnungen über diese Unterstützungen haben sich in ihrer Vollständigkeit nicht erhalten und so können wir nur annäherungsweise vermuthen, daß der jährliche Betrag dessen, was von Spanien einlief, gewiß nicht unter 200.000 fl. war, zeitweise sich aber vielleicht auf die doppelte ja selbst noch eine höhere Summe belaufen mochte. — Es bedarf wohl nicht einer näheren Erwähnung, daß die Versuche, welche von Prag aus gemacht wurden, um auch Heinrich IV zu einer Geldhilfe zu vermögen, vollständig scheiterten **).

Am ausgiebigsten war jedoch die Unterstützung, welche Rudolf von Deutschland aus empfing und welche ihm eigentlich allein in den

---

*) Archiv von Simancas 2492/161 und an anderen Orten. Die Korrespondenz des spanischen Gesandten in Prag, San Clemente, mit Philipp ist ein Beweis für diese ununterbrochene Unterstützung.

**) Man wäre wirklich versucht, an der Wahrhaftigkeit solcher Versuche zu zweifeln, wenn nicht die wiederholten Berichte des französischen Gesandten von Prag vorlägen. So schreibt Ancel an Heinrich IV ddo. Prag, 8. Februar 1608: Du secours pour la guerre de Hongrie, Sire, je les ay toujours renvoyés si loin, quand ils m'en ont mis en propos par deçà, que je conjecture ce point là comme avoir esté rayé de la minute de son instruction (des kaiserlichen Gesandten nämlich, der bei Heinrich neben andern Geschäften auch die Hilfeleistung betreiben sollte). Kaiserliche Bibliothek in Paris, Collection Harlay 2363 fol. 484 In demselben Briefe erzählt auch Ancel: L'on dépesche aussi un autre courrier à Rome pour entendre ce que le Pape voudra contribuer toute année en Hongrie, mais d'autant que l'on a prouvé au Nonce de lui faire avoir audience devant le partement dudit courrier, je ne say, quand ce sera.

Google

Stand ſetzte, den Krieg in Ungarn fortzuführen. Da die ordentlichen Einkünfte aus Deutſchland nur einige Tauſend Gulden betrugen, ſo hatte er gleich im Anfang des Krieges von den Reichstagen die Bewilligung eines außerordentlichen Beitrags verlangt. Es ging damit jedoch nicht ohne Schwierigkeit ab. Schon ſeit Ferdinand I hatte man in Deutſchland geltend gemacht, daß die Kriege in Ungarn das Reich durchaus nicht zu Beiträgen verpflichteten, weil ſie nicht deutſches Gebiet beträfen, nichtsdeſtoweniger ließen ſich die Stände, nachdem ſie ſo das Prinzip gewahrt hatten, zu freiwilligen Beiſteuern vermögen. Aber unter Rudolf II waren ſelbſt dieſe allen jenen Fürſten läſtig, welche der Unterordnung des deutſchen Reiches unter ein Haupt überdrüſſig waren und die ſich nach Gelegenheit ſehnten, durch Verbindung mit dem Auslande dem Reſte der kaiſerlichen Hoheit ein Ende zu machen. Kurpfalz, welches ſich zum Dolmetſcher ihrer Geſinnungen machte, wollte ſich alſo nicht einmal zu einer freiwilligen Unterſtützung bequemen, mußte ſich aber der entgegenſtehenden Majorität fügen, da ſelbſt Sachſen ſich zu Gunſten des Kaiſers ausſprach. Auf dieſe Weiſe kam es, daß alle ſeit dem Ausbruche des Türkenkrieges gehaltenen Reichstage dem Kaiſer eine Unterſtützung gewährten, nur waren die vor dem J. 1600 abgehaltenen freigebiger wie die darauffolgenden. Berechnet man dieſelben nach ihrem Werthe und fügt man noch die auf einzelnen Kreistagen beſonders bewilligten Beiſteuern hinzu, ſo ſtellt ſich bis zum J. 1600 der durchſchnittliche Betrag, den Rudolf erhielt, auf jährlich dreißig einfache Römermonate d. i. ungefähr 1,600.000 Gulden heraus, nach dem J. 1600 dagegen er durchſchnittlich nur vierundzwanzig und einen halben Römermonat, d. i. ungefähr 1,300.000 Gulden. Indeſſen ging dieſe allerdings bedeutende Summe nicht ordentlich ein und hatte alſo in der Wirklichkeit einen geringern als den angedeuteten Werth; viele Reichsſtände weigerten ſich nämlich durch Monate und Jahre ihren Beitrag zu leiſten, andere verwendeten ſogar das von ihren Unterthanen erhobene Geld zu wucheriſchen Geſchäften und ließen ſorglos jahrelange Mahnungen über ſich ergehen. Der Kaiſer war deshalb genöthigt, Anlehen auf dieſe ſpäter einlaufenden Steuern zu machen und zahlte für die auf Wechſel geliehenen Summen anfangs 10 Procent Intereſſen, nach dem J. 1600 aber, als ſeine Geldnoth ſtieg und ſein Kredit abnahm, ſogar 20 bis 30 Procent, ſo daß ſich ſein jährlicher Verluſt an den bewilligten Reichsſteuern beinahe auf vier Römermonate belief, da er ſo viel an Intereſſen für die anderweitig aufgetriebenen Kapitalien bezahlen mußte *).

*) Wiener Staatsarchiv. Reichstagsakten, vol. 23. Gutachten der Hofkammer vom

Google

Auch Italien hatte der Kaiser in den Kreis seiner finanziellen Operationen hineinzuziehen gesucht. Nachdem faktisch längst die deutsche Herrschaft daselbst ein Ende genommen hatte, blieben gleichwohl ihre rechtlichen Ansprüche noch immer aufrecht und wurden auch, was nahezu unbekannt ist, in gewisser Beziehung respectirt. In Ober- und Mittelitalien galten außer dem Herzogthum Mailand nicht weniger als etwa 200 Güter von verschiedenem Umfange und Erträgnissen als kaiserliche Lehen, und ihre Besitzer erkannten noch am Anfange des 17. Jahrhunderts ihre Pflichten gegen den Kaiser um so mehr an, je weniger Leistungen damit verbunden waren, ja selbst der Papst, Savoyen, Toskana und Genua gaben die Lehensbeschaffenheit einzelner ihrer Besitzungen zu. Es kam wohl auch häufig vor, daß die Besitzer der Lehen dieselben in ein völlig unabhängiges Eigenthum verwandeln wollten und daß es ihnen damit glückte; daß andere wieder sich in den Besitz erledigter Lehen setzten, ohne viel nach den Obereigenthumsrechten des deutschen Kaisers zu fragen; im Ganzen wurde aber seine Autorität dennoch respectirt und sein Ausspruch gab erst jeder Besitzveränderung die unantastbare Sanction. Als nun der Türkenkrieg die Hofkammer nöthigte an die Eröffnung neuer Hilfsquellen zu denken, erinnerte man sich auch in Prag der italienischen Lehen und be-
1602 schloß dieselben zu besteuern. Anfangs verlangte man von den Vasallen freiwillige Beiträge und in der That liefen im Laufe des folgenden Jahres Zusagen am kaiserlichen Hofe ein, nach denen man den Ertrag auf mehr wie 100 000 Kronen hätte veranschlagen können, wenn alle Lehensbesitzer pünktlich gezahlt hätten. Da dies aber nicht der Fall war, so hielt man es darauf für zweckmäßiger die Vasallen nach ihrem Jahreseinkommen direkt zu besteuern, doch auch diese Besteuerungsart hatte nicht den gewünschten Erfolg. Es wurde also für das passendste angesehen, mit Bewilligung der Vasallen unmittelbar von ihren Unterthanen eine Steuer zu erheben und zwar von jeder Feuerstätte den Betrag einer Krone. Der Reichshofrath Sorzweiler reiste im J. 1603 selbst nach Italien, um diesen Besteuerungsmodus durchzuführen und erlangte im Ganzen einen Erfolg, den man einen glänzenden nennen muß, wenn man die absolute Ohnmacht des Kaisers in Italien berücksichtigt. Er unterhandelte mit den einzelnen Lehensbesitzern, erhielt von einem Theile Abschlagszahlungen auf den anzuhoffenden Steuerertrag, bei andern wurde der ganze Ertrag nach den Feuerstellen wirklich erhoben und nur eine verhältnißmäßig geringe Zahl suchte unter Angabe verschiedener Ursachen um den ganzen Steuernachlaß an.

---

8. Oktober 1607. Dieses Gutachten enthält die detaillirten Angaben über die Reichssteuern, welche wir hier angeführt haben.

Google

Zu was am meiſten Beachtung verdient, ſogar der Herzog von Savoyen war geneigt zu zahlen und ſchloß einen Vertrag, vermöge deſſen er für alle bis zum J. 1603 fälligen Steuern 50.000 Kronen in vier Jahresraten zu erlegen ſich verpflichtete. Man kann ſonach annehmen, daß Italien während der J. 1603 und 1604 an 200.000 Kronen in die kaiſerliche Kammer theils wirklich ablieferte, theils eine formelle Verpflichtung zur Zahlung derſelben einging *).

Noch haben wir die Beiträge Ungarns zu den allgemeinen Kriegslaſten anzuführen. Auf dem Reichstage von Preßburg im J. 1602 bewilligten die Stände dem Kaiſer die Unterhaltung von 2000 Mann zu Fuß und 2000 Mann zu Roß **), was nach den ungariſchen Soldverhältniſſen und bei dem Umſtand, daß die Truppen ſechs Monate lang im Feld gehalten und nur eben ſo lang gezahlt wurden, einer Ausgabe von etwas über 200 000 Gulden gleichkömmt. Um dieſe Grenze bewegten ſich denn auch mehr oder weniger regelmäßig Ungarns vertragsmäßig beſtimmte Beiträge zur allgemeinen Kriegslaſt; falſch hat das Land wohl weit größern Opfern ſich unterziehen müſſen, denn das fremde Kriegsvolk wirthſchaftete unmenſchlich, die Befehlshaber erhoben willkürliche Kontributionen und Baſta's und Belgiojoſo's Gewaltſamkeit in dieſer Beziehung war zu einer der hauptſächlichſten Gründe der eben geſchilderten Empörung.

Man wird uns alſo in Erwägung der verſchiedenen Quellen, aus denen Rudolf die Mittel für den Krieg ſchöpfte, gewiß ohne Zögerung beſtimmen, daß die Menge der Schwierigkeiten und unberechenbaren Zufälle groß genug war, durch welche eine oder die andere Quelle plötzlich ins Stocken gerathen und den Kaiſer einer furchtbaren finanziellen Kalamität preisgeben konnte. In dieſe Kalamität war nicht einmal erſt zu befürchten, ſie war bereits vorhanden, denn während der Verhandlungen von Zſitwa-Torok konnte den Hofdienern in Prag nicht mehr ihr Gehalt ausbezahlt werden, und kaum war der Friede mit den Türken geſchloſſen, ſo erklärte die Hofkammer, wie bereits erwähnt, daß keine Mittel vorhanden ſeien, um den noch nicht entlaſſenen Regimentern den Sold auszubezahlen. Konnte Rudolf erwarten, daß diejenigen, welche ihm bisher hilfreich die Hand geboten hatten, weil die Vertheidigung gegen die Türken ihn ihrer Unterſtützung empfahl, ihm auch in einem Angriffskriege gegen die Ungarn beſtehen würden; konnte er erwarten, daß das wahre Motiv ſeiner krie-

*) Sächſiſches Staatsarchiv, loc. 7398 fol. 70—15. Kurfürſtentagsacten. Extract des heiligen römiſchen Reichs-Lehen in Italien u. ſ. w. Es iſt dies eine umſtändliche Schilderung der kaiſerlichen Lehen in Italien.

**) Hahler, Geſchichte der Ungarn Bd. VII S. 479.

Google

gerischen Gelüste, Haß gegen die berechtigten Ansprüche seiner Familie, auf die Dauer der Welt verborgen bleiben dürfte? Er konnte, wenn er kaltblütig die Verhältnisse erwog, auf Niemanden mit Sicherheit bauen. Paul V hatte wohl bei seinem Regierungsantritte viel Eifer an den Tag gelegt, um seine Vorgänger in der Unterstützung des Kaisers zu beschämen und sogar eine Koalition der katholischen Fürsten gegen die Türken wieder ins Leben rufen wollen; seit jedoch seine Streitigkeiten mit Venedig beglichen waren, hatte er eine Seite des Charakters hervorgekehrt, die ihm den Vorwurf einer an Geiz grenzenden Sparsamkeit zuzog, für den Kaiser also traurige Aussichten eröffnete. Und hatte nicht der Kaiser selbst während des venetianischen Interdiktstreites sich der Republik geneigt gezeigt, weil er den Papst dafür strafen wollte, daß derselbe sich in die Successionsangelegenheit einmenge*), und mußte dies nicht die Sympathien des Papstes für Rudolf erkalten machen? Spanien hatte bis jetzt den Kaiser so viel als möglich unterstützt, aber der letztere kannte nur zu gut die Stellung, welche Philipp III in der Successionsfrage einnahm und konnte sich also keine vernünftige Hoffnung machen, daß er ihn in einem Kampfe unterstützen werde, der geradezu gegen die Interessen des Hauses unternommen würde. In Italien neue Steuern aufzutreiben, dazu war die Aussicht sehr gering, denn mit den Beiträgen im J. 1603 und 1604 glaubten sich die Italiener wenigstens für ein Menschenalter, wo nicht für immer, von weitern Leistungen entbunden; es blieben also nur noch Oesterreich selbst und Deutschland. Was nun die einzelnen Länder Oesterreichs betrifft, so war es gewiß, daß Ungarn bei jedem Angriffskriege des Kaisers sich alsogleich den Türken oder dem Erzherzog Mathias in die Arme werfen würde, und mindestens fraglich waren dann die Leistungen der Erbländer bei einem durch und durch willkürlichen und in seinem unglücklichen Ende leicht vorauszusehenden Kriege. Die Geldbeiträge, welche Deutschland auf dem Reichstage von 1603 bewilligt hatte, waren bereits völlig erschöpft und weitere Unterstützungen konnten nur durch die Berufung eines neuen Reichstages erlangt werden. Konnte man sich bei der Beschaffenheit seiner protestantischen Mitglieder noch Rechnung machen, daß dieselben Geld zu einem Unternehmen hergeben würden, welches mit der Bekämpfung ihrer Glaubensgenossen begonnen hatte und im besten Falle mit ihrer Unterdrückung enden mußte? Und selbst wenn alle früheren Bundesgenossen Rudolf nach wie vor unterstützt hätten, so würden doch diese Hilfen, da es eine lange Zeit bedurft hätte, um sie festzusetzen und flüssig zu

*) Soranzo's Relation vom Jahre 1607. MS der Marciana.

Google Original HARVARD UN

machen, zu ſpät gekommen ſein, denn alle Gefahren einer kriegeriſchen Politik brachen ſchon jetzt über den Kaiſer herein, während er erſt in einer unbeſtimmbaren Zukunft im Stande geweſen wäre, denſelben zu begegnen.

Nachdem ſich aber einmal der Kaiſer für den Krieg entſchloſſen hatte, obwohl er nicht die leiſeſte Gewißheit beſaß, daß ihm die allgemeine Unterſtützung zu Theil wurde, verlangte er ſowohl von ſeinem Hofkriegsrath wie von der Hofkammer ein Gutachten über deſſen Führung. Es ſcheint, als ob zu allen Zeiten die Männer vom Schwerte ihre Aufgabe vorzugsweiſe in Vermehrung der Streitkräfte und in Herbeiführung eines Krieges geſucht hätten, denn auch unſer Hofkriegsrath im J. 1607 vermochte ſich nicht zur kaltblütigen Erwägung der allgemeinen politiſchen und finanziellen Verhältniſſe zu erheben und billigte, in die Wünſche des Kaiſers eingehend, deſſen Entſchluß zur Kriegführung, indem er zugleich auch dabei die Anſicht ausſprach, daß der Krieg die beſte Gelegenheit bieten würde, „um die Unterthanen in größerer Devotion zu erhalten, die rebelliſchen Ungarn zum Gehorſam zu bringen und zugleich die Dispoſition (d. i. Verfaſſung) des Landes nach Gefallen und Billigkeit fürzunehmen (d. i. umzuändern)*). Der Hofkammer hatte durch ihre vorangegangenen Berichte über den Mangel an Geld am beſten die Situation charakteriſirt; auf die nunmehrige Aufforderung des Kaiſers über die Herbeiſchaffung der nöthigen Mittel zu berathen, ging ſie ohne weiteres Abmahnen ein, indem ſie demſelben in Form eines Gutachtens eine doppelte Rechnung zuſchickte; die eine beſtimmte die Auslagen, welche bei vollem Frieden mit den Türken und Ungarn die Unterhaltung der Grenzfeſtungen verurſachen würde, die andere nahm den Kriegsfall in Ausſicht und berechnete alſo auch die Koſten einer Operationsarmee. Am Schluſſe erging ſich die Hofkammer in der Bezeichnung der Wege, auf denen die nöthigen Geldmittel beigeſchafft werden könnten. Wir zweifeln, daß ſie ſelbſt an die Möglichkeit eines günſtigen Erfolgs beim Einſchlagen derſelben glaubte, allein ihre Pflicht war es, einen Plan vorzulegen, und dieſer Pflicht ſuchte ſie zu genügen.

30. Sept. 1607

K. Ob.

Nach dieſem Gutachten**), welches uns als Ariadnenfaden in dem Irrgarten der damaligen finanziellen Verhältniſſe dient, ſtellte es ſich heraus, daß die ſämmtlichen Grenzhäuſer, von Kroatien angefangen bis Siebenbürgen, eine ſtändige Garniſon von mindeſtens 25.744 Mann er-

*) Wiener Staatsarchiv. Reichstagsakten 68 Nr 23. Gutachten des Hofkriegsrathes ddo. 30. September 1607.

**) Wiener Staatsarchiv. Reichstagsakten 68 Nr 22. Hofkammer-Intervention und Gutachten den künftigen Reichstag betreffend. 6. Oktober 1607.

Google

forderten, von denen die größere Hälfte Deutsche sein mußten und nur der Rest aus Ungarn bestehen durfte, weil sonst auf die Treue der Besatzung kein Verlaß war. Nach den bisherigen Soldverhältnissen, welche sich für ungarische Truppen niedriger als für die deutschen stellten, konnte man die jährlichen Kosten für die gesammten 26.744 Mann auf 2,641.018 Gulden veranschlagen; hiezu kamen noch die Auslagen für Zeughäuser, Pulver, Blei, Brückenwesen, Baumeister, der Gehalt für die hohen Offiziere und die Kriegsräthe, was nicht mit weniger als 325.061 fl. im Jahre bestritten werden konnte, so daß die Gesammtauslage auf 2,966.079 fl. sich belaufen mußte. Nun waren durch die lange Dauer des Krieges und die wiederholten Niederlagen der letzten Jahre die Grenzhäuser in einen so elenden Zustand gerathen, daß zu ihrer theilweisen oder vollständigen Wiederherstellung mindestens eine Baarauslage von 1,000.000 fl. nöthig war; dann mußten anstatt der in den letzten Jahren an die Türken verlorenen Festungen von Canisa, Gran und Erlau — und dies nach dem Gutachten des Hofkriegsrathes — mindestens zwei neue gebaut werden, um den Verlust weniger empfindlich zu machen, ein Bau, der füglich nicht mit weniger als mit ein bis anderthalb Millionen bestritten werden konnte. Die Bezahlung der Schulden an Lieferanten und des rückständigen Soldes konnte auch nicht länger aufgeschoben werden, so daß also nach der Berechnung der Hofkammer im Fall des Friedens die Besatzung der Grenzfestungen eine jährliche Auslage von 2,966.079 fl. erforderte, ein für allemal aber noch die Summe von drei Millionen Gulden zum Bau der Festungen, zur Befriedigung der Lieferanten und zur Berichtigung des noch rückständigen Soldes zu erlegen war. — Im Fall der Krieg ausbrach, konnte die Operationsarmee nicht weniger als etwa 4000 Mann zu Roß und 24.000 Mann zu Fuß betragen. Wenn man dieselben nach dem damaligen Kriegsgebrauche fünf Monate im Felde ließ und dann mit einem Solde von anderthalb Monaten abdankte, so betrugen die Ausgaben für die Reiter in einem Jahre 546.000 fl., für das Fußvolk 2,289.000, im Ganzen also 2,834,000 fl. Berechnete man hiebei die Auslagen für die hohen Aemter, für Pulver und Blei, für Brückenwesen und dergleichen mehr mit 898.465 fl., so beliefen sich die Kosten einer Operationsarmee von 28.000 Mann, durch fünf Monate im Felde gehalten, in einem Jahre auf 3,732.465 fl. Rudolf bedurfte also, wenn er Krieg führen wollte, für die Grenzfestungen und für die Operationsarmee jährlich wenigstens 6,698.544 fl. und außerdem für vorläufige und nicht wiederkehrende Auslagen die Summe von drei Millionen Gulden *).

*) Dies entspricht auch Borgo's Berechnung, der behauptet, der Kaiser habe

Google

Bezüglich der Deckung dieſer Summen berechnete die Hofkammer, daß es möglich ſei, von den öſterreichiſchen Erbländern und von Böhmen einen größern Betrag als bisher zu erzielen, im Falle der Krieg ausbräche, und zwar ſei zu hoffen, daß dieſe Länder ihren Beitrag auf die Grenzfeſtungen, welcher ſich auf 536.000 fl. belaufe, auf 1,800.000 fl. erhöhen würden. Bezüglich der noch fehlenden Summe von 4,898.544 fl., welche der Ausbruch des Krieges erheiſchte, und der drei Millionen einmaliger Auslagen, alſo im Ganzen bezüglich der Summe von 7,898.544 fl. wußte ſie zur Deckung kein anderes Mittel als die Berufung eines Reichstags vorzuſchlagen, an welchen der Kaiſer das Anſuchen um Unterſtützung ſtellen ſolle. Vergleicht man die angeführten Zahlen, welche die geringſte Summe des Bedarfs repräſentiren, mit dem, was die Reichstage früher geleiſtet hatten, ſo iſt uns damit jeder weitere Nachweis erſpart, daß die Pläne des Kaiſers Ausgeburten einer kranken Phantaſie waren und daß ſein Regiment ſchon aus finanziellen Gründen einem ſchnellen Sturze entgegenging. Nichtsdeſtoweniger beſchloß der Kaiſer auf dem eingeſchlagenen Wege auszuharren und einen Reichstag nach Regensburg zu berufen. Um die Gefahren, in welche er ſich ſelbſt und ſeine Familie damit ſtürzte, zu begreifen, müſſen wir auf die Pläne der antihabsburgiſchen Koalition, die ſich unter Heinrichs IV Anführung ſeit Jahren organiſirte, eingehen und ſehen, wie ſie Schritt für Schritt die Zerſetzung in Oeſterreich beobachtete, um in dieſelbe einzugreifen und endlich ihren Hauptſchlag auszuführen.

---

in den Jahren 1600—1606 jährlich ſechs Millionen für den Krieg verbraucht. Es ſcheint uns nichtsdeſtoweniger, daß dieſe Summe etwas zu hoch gegriffen ſei, da wir nicht wiſſen, woher der Kaiſer ſo viel Geld genommen hätte. — Erwähnenswerth iſt noch, daß der Kaiſer (nach Häberlin, neueſte deutſche Reichsgeſchichte, Bd. 21 S. 625) im Jahre 1599 das Haus Würtemberg aus der Afterlehnſchaft, in welcher es bis dahin geſtanden hatte, entließ, wofür der Herzog von Würtemberg ſich zur Zahlung von 400.000 Gulden innerhalb 16 Monaten verpflichtete, was er auch mit Hilfe ſeiner Stände zu Wege brachte.

Google

Drittes Kapitel.

I. Heinrich IV, Beschaffenheit seiner Regierung. Seine politische Stellung. Die ersten Versuche zur Gründung der deutschen Union. — II. Heinrichs Stellung zu den italienischen Fürsten. Vorgänger in den Konklaven bei der Wahl Leo's XI und Pauls V. Paul V, seine Beschaffenheit, seine Bestrebungen. Der venetianische Interdiktstreit. Die Versuche zur Protestantisirung Venedigs. Heinrichs Verhandlungen mit Savoyen und Venedig wegen Abschluß einer Liga. — III. Christian von Anhalt, seine Pläne. Erzherzog Maximilian für den Kaiserthron designirt. Anhalts Reise nach Paris. Die Verhandlungen in Deutschland zur Gründung der Union. — IV. Anhalts Verbindung mit Wok von Rosenberg. Weitere Verhandlungen mit Erzherzog Maximilian.

I.

Mit steigendem Interesse hatte man in den übrigen Ländern Europa's den österreichischen Ereignissen der letzten Jahre zugesehen, zuerst dem Ausbruch der Bocskay'schen Rebellion, ihrem siegreichen Fortgang und nunmehr den unzweifelhaften Anzeichen eines tiefen Zerwürfnisses des Kaisers mit seiner Familie und je nach der Parteistellung hoffte oder fürchtete man den unvermeidlichen Zusammenstoß. Denn gewiß war es, daß der Kampf zwischen Rudolf und Mathias nicht lange mehr ausbleiben konnte und daß der Ausbruch desselben nur von dem Momente abhing, in welchem entweder Rudolf über neue Kriegsmittel gebot oder Mathias sich vollends in die Arme jener Länder warf, denen Rudolfs Mißregierung nicht weiter erträglich war. Der Papst und die geistlichen Kurfürsten in Deutschland hatten Rudolf zu einer vernünftigen Handlungsweise zu bewegen getrachtet, nachdem sie aber in diesem Bestreben gescheitert waren, harrten sie, so zu sagen die Hände im Schoß, der Dinge, die da kommen sollten. Nicht so passiv sahen aber diejenigen, denen das österreichische Zerwürfniß erwünscht kam, dessen weiterer Entwicklung entgegen, im Gegentheil sie bereiteten sich vor, dasselbe in einer ihnen

Google Original f HARVARD UN

pfiegenden Weiſe auszubeuten, nachdem ſie ſchon lange auf eine paſſende Gelegenheit zu einem erfolgreichen Kampfe gegen die Habsburger gewartet hatten. Es waren dies Heinrich IV von Frankreich und ſeine Verbündeten in Deutſchland, den Niederlanden und Italien, unter welchen vor allem dem Fürſten Chriſtian von Anhalt der erſte Platz gebührt; ſie alle traten als natürliche Bundesgenoſſen zuſammen, da ihr Streben entweder auf den Ruin der Habsburger oder des Papſtthums oder auf beides gerichtet war.

Heinrich war ein Fürſt, welcher von der Natur mit den ausgezeichnetſten Talenten zu ſeinem hohen Poſten ausgeſtattet war. Obwohl er ſein Leben größtentheils im Kriege zugebracht hatte und keine wiſſenſchaftliche Bildung beſaß, hatte er doch ein geſundes Verſtändniß für alle Beſchäftigungen des Friedens und wußte ſich in der Leitung des Staates einer ſo klugen Politik zu bedienen, als hätte er ſich in ſeinem Leben mit nichts anderem als mit den Staatswiſſenſchaften beſchäftigt. Gleich nach der Beendigung des Krieges führte er mit Hilfe Sully's im Staatshaushalt die ſtrengſte Sparſamkeit ein, zahlte alte Schulden, baute Brücken und Straßen, um den Handel zu heben, und trachtete den Ackerbau auf alle Weiſe wieder in Flor zu bringen. Paris wurde durch die Anlage neuer Straßen und durch monumentale Bauten verſchönert. Stets bedacht auf ſeine künftigen Unternehmungen ſuchte ſich Heinrich zu Land wie zu Waſſer in einen tüchtigen Vertheidigungszuſtand zu ſetzen; die Kriegsmarine wurde vergrößert, die Artilleriearſenale in dauernde Thätigkeit geſetzt und die Feſtungen aus ihrem Schutte gehoben und für ihren Zweck tauglich gemacht *). Den innern Frieden in ſeinem Reiche hatte Heinrich vor allem neben ſeinen ruhmvollen Kriegsthaten ſeiner anziehenden Perſönlichkeit und ſeinem verſöhnlichen Gemüth zu danken. Er hatte einen durchdringenden Scharfblick in der Beurtheilung der Menſchen, entdeckte leicht die Beſchaffenheit ihres Herzens und obwohl er bei den Erfahrungen, die er gemacht, von einem dauernden Argwohn gegen die Treue ſeiner Unterthanen beherrſcht war, benahm er ſich doch ſo, daß er gleichſam nur die Beſtätigung ſeines Argwohnes ſuchte, um verzeihen zu können. „Dieſe große Herzensgüte und ſeine Sparſamkeit", welche von manchen ſelbſt als Geiz bezeichnet wurde, haben ihm nach dem Urtheile eines ſpaniſchen Staatsmannes **) die Krone verſchafft. Großen Regenten war Heinrich IV auch darin ähnlich, daß er in der Wahl ſeiner Diener von einem bewunderungswürdigen Inſtinkt geleitet wurde. Obwohl ihn alle Erinne-

*) Badoers Relation vom J. 1603. Bei Albert S. 105.
**) Zuniga's.

Google

rungen ſeiner Jugend und perſönliche Dankbarkeit an die Proteſtanten hätten binden ſollen, ſo berief er gleichwohl die ausgezeichnetſten Katholiken in ſeinen Rath, wenn anders ihre Geſchäftskenntniß hervorragend war, und machte ſie durch ſein Vertrauen zu ebenſo entſchiedenen Anhängern ſeiner Regierung, als ſie früher erbitterte Gegner derſelben waren *). Seine Macht theilte er mit drei Perſonen, welche ihm in der oberſten Leitung der Staatsangelegenheiten hilfreich zur Seite ſtanden, mit dem Hugenotten Sully und den Katholiken Villeroy und Sillery. Der erſte von ihnen hatte perſönlich den größten Einfluß und maßte allein um die Geheimniſſe und Intentionen des Königs **); in ſein Reſſort gehörten vor allem die Finanzen. Villeroy hatte die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, Sillery war zuerſt Großſiegelbewahrer und nahm ſpäter den Poſten eines Kanzlers ein.

Den Katholiken gab Heinrich die ausreichendſten Garantien, daß er ihre Rechte und ihre Herrſchaft nicht ſchmälern wolle; er bewies dies durch ſein fortdauernd gutes Einvernehmen mit dem päpſtlichen Stuhle, für deſſen Erhaltung er nicht leicht ein Opfer ſcheute, er machte den ſtrenggeſinnten unter ihnen Hoffnung auf die Wiedereinführung der Jeſuiten und erfüllte ſpäter in der That dieſe Erwartungen, er begegnete endlich den Ausſchreitungen der Hugenotten überall, wo die Katholiken ein Recht zur Klage hatten. Dieſes Benehmen ward von manchen Eiferern wohl durchſchaut und deshalb noch immer nicht für genügend befunden, befriedigte aber dennoch die Geſammtheit der franzöſiſchen Katholiken und gewann ſie für das Königthum der Bourbonen. Die Hugenotten ſelbſt, obwohl durch den Uebertritt des Königs arg verletzt, waren doch durch das Edikt von Nantes in ihren legitimen Wünſchen zufriedengeſtellt,

*) Saboero Relation über Frankreich 1603. Bei Albert 102. È in Massetà suo principe di vivacissimo ingegno, sicchè da congetture esteriori, penetra facilmente ne' cuori degli uomini scoprendo il disegni e fini di tutti, e per la prova fatta a suo costo della volubilità de' suoi sudditi, vive con continua gelosia della fede d' ognuno, ma è suo di natura così ingegnoso ch'ella stessa publicherà il suo sospetto a quelli medesimi, dei quali dubita, presupponendo con quella maniera di trattare, di ritirarli da ogni perverso disegno. — Zuñiga's Relation über den franzöſiſchen Hof. MS. der Lobkowitzer Bibliothek zu Prag. Tiene (Heinrich) una excelente virtúd, que es grandissima clemencia, que como asienta sobre grande opinion de valor, lo hace muy estimado. S. auch Priuli's Relation von 1608 bei Albert.

**) Zuñiga's Relation in der Lobkowitzischen Bibliothek M. de Rosni, Duque de Sully . . . es hombre astuto y mal acondicionado en los negociantes, pero que profesa sinceridad y verdad en su trato y realmente si Nuncio y yo nos hallavamos mejor a negociar con el, que con otro.

Google Original HARVARD UN

und Heinrichs Perſönlichkeit war ihnen eine Bürgſchaft, daß das Edikt zur Wahrheit werden würde. Dann und wann mochte der König mit ihren Häuptern in alter Vertraulichkeit der Katholiken ſpotten und zeigen, daß er im Herzen ihnen noch immer ſo nahe ſtehe, wie früher*), und wenn auch ein ſolches Betragen ihn in den Augen ſtrenger Hugenotten nicht hob, ſo verſcherzte er damit gewiß nicht ihr Zutrauen in ſeine Behandlung der religiöſen Angelegenheiten. Seinen perſönlichen Wünſchen hätte es am meiſten zugeſagt, wenn ſein Uebertritt zugleich den aller bedeutenden Hugenottenchefs mitveranlaßt hätte und thatſächlich fanden manche derartige Bekehrungen nicht ohne ſeine Einflußnahme ſtatt, ſo Sully ſelbſt, der Stolz der Hugenotten, wäre unter ſolcher Einwirkung katholiſch geworden, wenn nicht perſönliche Verhältniſſe ihm zuletzt das Gegentheil gerathen hätten **). Heinrich wußte aus eigener Erfahrung, wie leicht die religiöſen Gegenſätze zu politiſchen Intriguen und namentlich zu innern Zwiſtigkeiten ausgebeutet werden konnten; bei ſeiner zeitweiſe auftauchenden Hinneigung zum Proteſtantismus hatten ſonach ſeine auf Schwächung desſelben abzielenden Beſtrebungen keine andere als eine politiſche Urſache zur Grundlage.

Dieſer Fürſt war es nun, welcher, nachdem er Frankreich aus langer Ohnmacht gehoben und einer innern Blüthe entgegengeführt hatte, ſeine Blicke nach auswärts ſchweifen ließ. Das raſche Aufblühen ſeines Reiches hatte in Europa nicht geringes Aufſehen erregt und jene, welche mit den beſtehenden Verhältniſſen nicht zufrieden waren, ſtützten bereits ihre Hoff-

*) Bei einem Beſuch, den der Landgraf Moritz von Heſſen dem Könige im Jahre 1602 machte, äußerte ſich der letztere ſehr zu Gunſten des Proteſtantismus. Moritz erzählt bezüglich der gehabten Unterredung: Quant à la religion réformée, le Roi s' ouvrit dans cette occasion très amplement, m' assurant plusieurs fois avec grandes protestations: qu' il etait encore dévoué à la religion reformée et que même il avait le dessein d' en faire de nouveau, avant sa fin, une confession publique. Rommel: Correspondance de Henri IV avec Maurice S. 79. Dieſe Angabe iſt wohl von entſcheidendem Gewicht in der Beurtheilung von Heinrichs religiöſer Geſinnung. Seine Pläne, ſeine Allianzen und ſolche Reden ſind ein ſchlagender Beweis, daß er weder Katholik noch Proteſtant war, ſondern in den religiöſen Verhältniſſen je nach dem perſönlichen Vortheile ſich entſchied.

**) Badoero Relation vom 3. 1603. Bei Ranke S. 117 M. de Rosni (Sully) è calvinista, ma credo che no, di quelli che vogliano esser tali per interessi temporali e però parve che una volta a persuasione del re egli si volesse far cattolico, ma dopo l' accidente che gli occorse con il conte di Soissons, si è formato più ostinato che mai nella sua perfida eresia . . . weil nämlich Sully nach Heinrichs Tode die Rache des Grafen von Soiſſons fürchtete und deßhalb den Schutz der Hugenotten ſicher bleiben wollte.

Google

nungen auf Heinrich. In Italien, in Deutſchland und ſelbſt in den Niederlanden hatten lange Zeit theils Patrioten, theils ehrgeizige Häupter ſchmerzlich der Ohnmacht Frankreichs zugeſehen, deſto freudiger begrüßten ſie das Ende derſelben. Es kam hiebei Heinrich ſeine religiöſe Doppelfertigkeit zu ſtatten. Die Katholiken Italiens konnten ſich mit dem Freunde des Papſtes ganz ruhig verbinden, während ſeine proteſtantiſche Vergangenheit ihm bei den Gegnern der katholiſchen Kirche, die ſich ihm nie innerlich entfremdet glaubten, Vertrauen erwarb. Wollte er alſo aktiv in ſeiner äußern Politik auftreten, ſo hatte er die ſichere Ausſicht überall Verbündete zu finden, wollte er ſich ruhig verhalten, ſo war das Haus Habsburg und namentlich die ſpaniſche Linie deſſelben, gegen welche ſich ſeine Thätigkeit richten mußte, gern erbötig, ſeine Ruhe mit einem hohen Preiſe zu bezahlen. Er allein beſaß in Europa die Mittel für große Unternehmungen; er hatte alſo zu wählen, ob er ſich in dieſe ſtürzen oder ſich ſeine Friedfertigkeit abkaufen laſſen wolle. Bei der Beſchaffenheit ſeines Geiſtes und Charakters muß man es natürlich finden, daß er ſich für die aktive Rolle entſchied.

Man ſchreibt Heinrich IV in Bezug auf die Umgeſtaltung Europa's weitgehende und abenteuerliche Projekte zu; eine Anzahl neuzubegründender Erb- und Wahlreiche ſollten für immer der habsburgiſchen Doppelmonarchie und Uebermacht ein Ende machen und das Gleichgewicht in Europa auf dauernden Grundlagen herſtellen. Möglich, daß ſich Heinrich mit ſeinen Vertrauten über derlei Projekte unterhielt, möglich auch, daß ſie das Endziel ſeiner Politik gebildet hätten, wenn es ihm vergönnt geweſen wäre, ein Jahrhundert lang zu regieren; gewiß iſt nur dies eine, daß ſeine Pläne, wenn ſie aus der nebelhaften Unbeſtimmtheit des bloßen Erwägens hervortraten, ſich als ſcharf und engbegrenzt erwieſen und nur nach einem mit hoher Wahrſcheinlichkeit erreichbaren Ziele hinſtrebten. Es iſt daſſelbe Ziel, welches vor ihm Franz I, nach ihm Richelieu, Mazarin und Ludwig XIV unabläſſig anſtrebten, und das in der Vernichtung oder wenigſtens in der andauernden Schwächung der habsburgiſchen Macht beſtand. Frankreich war in der That beinahe überall von Ländern begrenzt, welche dem unmittelbaren oder mittelbaren Einfluße der Habsburger unterlagen, und bei jedem gewaltſamen oder friedlichen Verſuche nach Vergrößerung fühlte es ſich daran von dieſem Hauſe gehindert. Um dieſe Schranke zu durchbrechen, gab es nur ein Mittel, Heinrich IV mußte es verſuchen, ob er den Habsburgern nicht Italien und Deutſchland, in welchem ihre Herrſchaft und ihr Einfluß auf ſchwachen Füßen ruhten, entwinden könnte. Es hatten dies Franz I und Heinrich II verſucht,

Google Original from HARVARD UN

aber beide waren dabei verunglückt, eine Mahnung für Heinrich IV die äußerste Vorsicht walten zu lassen.

Für Heinrich, der sich durch das Schicksal seiner Vorgänger nicht abschrecken, sondern nur belehren ließ, handelte es sich also darum, die Sympathien, welchen er in Deutschland und Italien begegnete, auf eine entsprechende Weise auszubeuten. Es gab hiezu keinen bessern Weg, als die Begründung einer Verbindung unter allen Fürsten, welche sich ihm für das eine oder andere Ziel seiner Politik anschließen wollten. Eine Union der deutschen und eine andere der italienischen Fürsten, an welche sich gewiß die freien Niederlande, vielleicht auch die schweizer Konföderation und einer von den nordischen Staaten anschloß, dies und nichts weniger hielt Heinrich für nothwendig, wenn er sich in einen Kampf mit der sichern Aussicht auf den Sieg stürzen sollte, und dies war auch das Ziel aller seiner Politik von dem Momente an, seitdem er seine Aufmerksamkeit dem Auslande zuwandte.

Die ersten Versuche zur Verwirklichung dieser Idee machte Heinrich in Deutschland im J. 1602, weil er den Boden zur Begründung einer Union daselbst für den am besten vorbereiteten hielt, die deutsche Union zugleich seine mächtigste Verbündete sein sollte und seine Pläne vor allem gegen die östliche Grenze gerichtet waren. Die deutschen Fürsten des 17. Jahrhunderts waren, so wie ihre Vorfahren seit Jahrhunderten, müde über sich ein Oberhaupt zu haben, jetzt aber erbitterter wie sonst, weil ein und dasselbe Haus seit mehreren Generationen die kaiserliche Würde inne hatte und ihr bei seiner sonstigen Macht unter günstigen Umständen eine Bedeutung geben konnte, welche den Souveränitätsgelüsten der Fürsten einen wirksamen Schlag versetzen konnte. Sie alle waren mehr oder weniger geneigt, ihrer Besorgniß wenigstens dadurch ein Ende zu machen, daß sie die Kaiserkrone auf ein anderes Haus, dessen Schwäche mit keiner Gefahr drohte, zu übertragen gewillt waren. Heinrich konnte also mit Grund auf das schnelle Zustandekommen einer deutschen Union hoffen, wenn er sich den Bestrebungen jener Fürsten anschloß, deren Ziel es war, das Haus Habsburg bei der nächsten Kaiserwahl dem deutschen Throne auszuschließen; dies und nichts anderes waren aber auch seine eigenen Wünsche in Bezug auf Deutschland und deshalb säumte er nicht, sich zum Vorkämpfer jener Bestrebungen aufzuwerfen. Gelegenheit bot sich ihm hiezu leicht. Seit vielen Jahren her war er mit den deutschen Fürsten in mannigfache Verbindungen getreten, da diese ihm nicht unbedeutende Dienste während seiner Kämpfe mit der Liga geleistet hatten und konnte sie also ohne Aufsehen durch Gesandte von seinen Absichten benachrichtigen; gleichwohl zog er es in dieser wichtigen Angelegenheit vor,

Google

die erſten Verhandlungen perſönlich zu beginnen und benützte hiezu die Gelegenheit, als ihn der Landgraf Moriz von Heſſen auf einer Reiſe nach Frankreich beſuchte. Er ſelbſt drückte ſeinem Gaſt den Wunſch nach einer Verbindung mit den deutſchen Fürſten aus, die Union ſollte im allgemeinen das Intereſſe der Verbündeten wahren, insbeſondere aber das Haus Oeſterreich bei der künftigen Kaiſerwahl ausſchließen und wo möglich Baiern an deſſen Stelle ſetzen. Der Landgraf erklärte, nach ſeiner Kenntniß der deutſchen Verhältniſſe zweifle er nicht, daß für ein ſolches Bündniß Pfalz, Brandenburg, Braunſchweig, Heſſen, Baden und Anhalt in voraus gewonnen wären und daß der Zutritt anderer Mitglieder mit Grund zu hoffen ſei*). Die franzöſiſchen Geſandten arbeiteten nun emſig daran, dem Gedanken der Union in Deutſchland feſten Boden zu bereiten und dieſelbe zum Abſchluße zu bringen. Nichtsdeſtoweniger ging es damit in den nächſten drei Jahren nicht recht vorwärts; theils ſahen ſich die deutſchen Fürſten zu einem ſchnellen Abſchluße nicht gedrängt, da Rudolf in die Verhältniſſe von Deutſchland nahezu gar nicht eingriff und eine Kaiſerwahl noch immer auf ſich warten ließ, theils mahnten ſie inzwiſchen eingetretene Ereigniſſe in Frankreich zu einiger Vorſicht. Zwiſchen Heinrich IV und einigen der vornehmſten Hugenottenführer, darunter dem Herzog von Bouillon, waren indeſſen Zerwürfniſſe eingetreten, die mit dem Ausbruch eines Krieges drohten. In einem ſolchen Fall waren aber jene deutſchen Fürſten, die ſonſt am eifrigſten zu Heinrich hielten, wie Pfalz und Heſſen, nicht geneigt, ihn in ſeinen Plänen zu unterſtützen, da ihnen vor allem daran lag, daß die Hugenotten in Frankreich in ihrer politiſchen Bedeutung nicht vernichtet würden. Die Unionsverhandlungen ruhten alſo in Deutſchland und wurden erſt wieder aufgenommen, nachdem Heinrich die ausgebrochenen Unruhen durch ſeine gewöhnliche kluge Verſöhnlichkeit gedämpft und in Italien ſelbſt die vorbereitenden Schritte zu einer gleichartigen Verbindung gemacht hatte. Werfen wir einen Blick auf ſeine italieniſche Politik.

II.

Heinrichs IV Politik unterſcheidet ſich weſentlich von der ſeiner Vorfahren Franz' I und Heinrichs II, daß er Italien im Bereiche ſeiner politiſchen Kombinationen Deutſchland nachſetzte und ſeinen Angriff gegen die Habsburger zuerſt von Deutſchland aus durchzuführen ge-

*) Rommel, Correspondance inedite de Henri IV et du Landgrave de Hesse. S. 67

Google

dachte. Nichtsdestoweniger war Italien der stete Gegenstand seiner Beschäftigung und die Allianz mit den antispanisch gesinnten Fürsten die Bedingung, unter welcher er das Endziel seiner Politik erreichen zu können hoffte. Für eine solche Allianz fand Heinrich auch in Italien einen wohlvorbereiteten Boden. Die einheimischen Fürsten und ihre Unterthanen hatten ihren Widerwillen gegen die Spanier ungeschwächt erhalten und hofften von jeder Veränderung, die ein gewaltsamer Zusammenstoß zwischen Frankreich und Spanien herbeiführen konnte, für sich das beste. So war es in Toskana, so in Modena, so in Mantua, so selbst auch in Venedig der Fall. Nur die Herzoge von Savoyen, so unruhig sie auch an sich selbst waren und den Krieg als ein Mittel zur Vergrößerung herbeisehnten, waren gegen Spanien und Frankreich gleichmäßig auf der Hut, da sie zu klug waren, um nicht die Konsequenzen von Heinrichs erhöhter Macht einzusehen. — Zu den alten nie vergessenen Ursachen der in Italien herrschenden Abneigung gegen Spanien kamen von Zeit zu Zeit wieder neue hinzu. Wir haben gesehen, eine wie große Anzahl von Besitzungen in diesen Gebieten für deutsche Reichslehen angesehen wurden, wie selbst die bedeutendsten Fürsten ihre Abhängigkeit vom deutschen Kaiser durch wenn auch schwache Geldzahlungen anerkannten. Wenn nun, was häufig genug geschah, ein Lehen erledigt war, so entschied der Kaiser allein rechtmäßig, in wessen Hände es zu übergehen habe. Spanien deutete nun sein Verhältniß zu demselben in der Art aus, daß es alle erledigten Lehen in Besitz nehmen wollte und gab dadurch stets neue Veranlassung zum Haß gegen seine Uebermacht. Uebrigens suchte sich Philipp III in Italien dadurch Ruhe zu erhalten, daß er alle wichtigeren Fürsten mit Pensionen betheilte*), und ein gleiches that er bezüglich des Kardinalskollegiums, in welchem sich beinahe ein Drittheil spanischer Pensionäre befand. Dies würde ihm jedoch nur wenig gegen Angriffe genützt haben, wenn seine Macht nicht an und für sich Achtung gebietend gewesen wäre, denn man sprach in Italien laut davon **), daß alle Fürsten trotz der erlangten Pensionen doch zu einer

*) Der Herzog von Savoyen erhielt jährlich an 200.000 Scudi, für welche er zugleich eine Anzahl Truppen in Bereitschaft halten sollte.

**) Französische Relation von Badoer 1605. Bei Alberi S. 163: Delli sopranominati principi (Savoyen, Parma, Modena, Urbin), ancorchè stipendiati dal re di Spagna si promettono i Francesi, che si mostreriano più obligati a procurare la libertà d' Italia sempre che si presentasse l' occasione, e con questo si consolano. — Die Natürlichkeit eines Anschlusses Venedigs an Frankreich betont Badoer mit den stärksten Worten. Er sagt, che uno possa essere nella cristianità una amicizia fra principi più conveniente, che fra la corona di Francia e questa serenissima Repubblica.

Google

Verbindung mit Frankreich ſtets geneigt ſeien und von einzelnen Kardinälen, welche Philipp gewonnen zu haben glaubte, erfuhr er nachgerade, daß ſie ſich mit beſonderer Vorliebe über die Möglichkeit verbreiteten, die Spanier wieder aus Italien zu vertreiben*).

Wollte Heinrich in Italien vorwärts kommen und nöthigenfalls eine antihabsburgiſche Union zu Wege bringen, wie er ſie in Deutſchland beabſichtigte, ſo war ihm die Zuſtimmung des Papſtes nöthig und dieſe zu gewinnen, mußte der Anfang und das Ende ſeiner Politik ſein. Von Clemens VIII hatte er unendlich viel erlangt, der Papſt hatte ihn in Frankreich anerkannt und dadurch ſeine Krone mehr befeſtigt als einige gewonnene Schlachten. Bei alledem war Clemens weniger auf eine Schwächung Spaniens als auf die Stärkung Frankreichs bedacht; er wünſchte die Herbeiführung freundſchaftlicher Verhältniſſe unter den katholiſchen Regenten, um ſie ſowohl zum Widerſtande gegen die Türken wie gegen die Proteſtanten ſtärker zu machen. Solche Geſinnungen konnten natürlich Heinrich nicht genügen, und ſeine Beſtrebungen waren alſo darauf gerichtet, auf den päpſtlichen Stuhl einen Mann zu bringen, der bereit war, die Rolle eines Clemens VII oder eines Paul IV wieder aufzunehmen.

Es war im Beginn des J. 1605 gerade in der Zeit, in welcher Heinrich IV wieder in Deutſchland energiſch die Begründung der Union in Angriff nehmen wollte, als Clemens VIII nach einem kurzen Krankenlager verſchied. Schon lange hatten ſich ſowohl Spanien wie Frankreich auf dieſen Fall vorbereitet und alle Mittel angewendet, um die Häupter des Kardinalskollegiums ſich geneigt zu machen. Seit faſt einem Jahrhunderte pflegte ſich daſſelbe in drei bis vier Parteien zu theilen, deren Häupter regelmäßig Nepoten vorangegangener Päpſte waren. Die Gnaden und Ernennungen eines Papſtes hingen nämlich mehr oder weniger von einem ſeiner Verwandten ab, den er mit dem Purpur bekleidet hatte; je nach der längern oder kürzern Regierungsdauer eines Papſtes war demnach auch die Zahl der Kardinäle größer oder kleiner, über welche ſein Nepote einen ziemlich entſcheidenden Einfluß ausübte. In dem Konklave, welches ſich nach Clemens' VIII Tode verſammelte, gebot der Kardinal Aldobrandini, der Neffe des verſtorbenen Papſtes, über nicht weniger als 28 Stimmen, während dem Kardinal Montalto, Nepoten Sixtus' V, nur noch eine kleine durch den Tod vielfach gelichtete Schaar folgte. Die Kardinäle, deren Ernennung von Päpſten mit ſehr kurzer Regierungsdauer herdatirte oder die bereits von ihren Ver-

*) Archiv von Simancas, Römiſche Korreſpondenz unter Paul V.

Google

pflichtungen gegen die Nepoten ſich losgeſagt hatten, ohne ſich an eine der weltlichen Mächte zu verkaufen, nahmen die unabhängigſte Stellung ein. Eine eigene Gruppe bildeten die ausländiſchen Kardinäle, welche auf Erſuchen ihrer Fürſten ernannt worden waren; dieſe bildeten im Verein mit jenen Kardinälen, welche durch Annahme von Penſionen ſich fremden Gouvernen dienſtbar gemacht hatten, eine kompakte Maſſe, welche der Papſtwahl eine politiſche Richtung geben wollten, während die Nepotenparteien mehr für die Fortdauer von Familienintereſſen und die daraus entſtandenen Verbindungen kämpften. Nur Frankreich und Spanien hatten im Kardinalkollegium förmliche Parteien; der Kaiſer, obwohl das erlauchteſte Haupt der katholiſchen Welt, zählte in demſelben weniger Anhänger als der unbedeutendſte Fürſt Italiens. Spanien mußte bedeutende Penſionen zahlen, um eine Schaar von Kardinälen zu gewinnen, während Frankreich eine ſolche um einen billigern Preis gewann, da die Verbindung mit letzterer Macht für einen patriotiſchen Akt galt, zu dem ſich mehrere drängten, als Heinrich ſelbſt bezahlen wollte*).

Da man mit Sicherheit annehmen konnte, daß Aldobrandini bei der Papſtwahl den Ausſchlag geben würde, ſo war er ſchon bei Lebzeiten ſeines Oheims Gegenſtand der mannigfachſten Aufmerkſamkeiten von Seite Philipps III und Heinrichs IV geweſen, bis es endlich erſterem gelang, ihn völlig für ſich zu gewinnen. Aldobrandini verpflichtete ſich durch einen feierlichen Eid, er werde bei der künftigen Papſtwahl jeden Kardinal ausſchließen, welcher Spanien nicht genehm ſein ſollte, und jenen bei der Wahl unterſtützen, welchen ihm Philipp bezeichnen würde**). Dieſer Vertrag, obwohl eine der flagranteſten Verletzungen der bezüglichen Kirchengeſetze, erregte in Spanien nicht geringe Befriedigung und man gab ſich daſelbſt den beſten Hoffnungen hin. Allein kaum war das Konklave zuſammengetreten, ſo zeigte ſich gleich im Beginn eine ſolche Gruppirung der Par-

*) Barberos franzöſiſche Relation von 1605. Bei Alberi S. 150 . . . è cosa difficile ai Francesi l' avanzare ogni giorno più di autorità in quella corte, perchè siccome molti cardinali s' obbligano al re di Spagna per pochi scudi di pensione, non si trova cardinale italiano, che non avrebbe sempre stimato più integro ed obligarsi piuttosto al re di Francia, che al re di Spagna, perchè gli Spagnuoli non vogliono portarsi se non quelli che facciano a modo loro, ed i Francesi non dimandano, se non che siano buoni italiani ed che ognuno può accomodare molte meglio la sua coscienza. — Es waren indeß nicht wenige Scudi, für welche Spanien die Kardinäle gewann, wie die Rechnungen in Simancas entweiſen.

**) Archiv von Simancas 1870/117. Bericht des Staatsrathes an den König 1605. Xbr. Lerd, sobre las cartas del Duque de Zeciana y otros papeles sobre todo, que ha pasado en la Eleccion de sumno Pontifice.

Google

teien, welche mit den Verheißungen Aldobrandini's im Widerſpruche ſtand; ſtatt nämlich ſich den Anhängern Spaniens anzuſchließen, vereinigte er ſich mit allen jenen Kardinälen, welche als Gegner Philipps galten und unter denen natürlich die franzöſiſchen den erſten Platz einnahmen. Dieſer Treubruch hatte darin ſeine Urſache, daß es inzwiſchen Heinrich IV gelungen war, durch Geſchenke, welche die des Königs von Spanien überboten und die man auf nicht weniger als 300.000 Thaler veranſchlägt, die Zahl ſeiner Anhänger zu vermehren und namentlich Aldobrandini ſelbſt zu gewinnen*). — Philipp III hatte dem Kardinal Avila, welcher im Konklave das Haupt der ſpaniſchen Partei war, diejenigen Kardinäle bezeichnet, deren Wahl er um jeden Preis verhindert wiſſen wollte, es waren dies Medici, Verona, Arigone, Baronius, Bellarmin und Borromeo. Gewiß wird man nicht wenig ſtaunen unter der Zahl der Ausgeſchloſſenen drei Namen zu begegnen, welche zu ihrer Zeit die Zierde der katholiſchen Welt ausmachten, wir meinen Baronius, Bellarmin und Borromeo. Allein wenn wir uns erinnern, daß der letzte jener Erzbiſchof von Mailand war, der mit den Spaniern unabläſſig wegen der Jurisdiktion im Streite war, und wenn wir nicht überſehen, daß Baronius in ſeinen hiſtoriſchen Werken die Rechtmäßigkeit des ſpaniſchen Beſitzes in Unteritalien angriff**), und daß Bellarmin als der eifrigſte Vertheidiger der kirchlichen Immunitäten neue Jurisdiktionskämpfe in Ausſicht ſtellte, ſo wird man ihre Ausſchließung begreifen. Medici wurde für einen Anhänger Frankreichs gehalten und man vergeß nie in Spanien, daß er und Baronius es geweſen, welche Clemens VIII zur Verſöhnung

*) Henri Martin, histoire de France. tome X p. 545.

**) Unmittelbar vor der Eröffnung des Konklave ereignete ſich eine Szene im Kardinalskollegium, die aller Welt kundgab, wie man in Spanien gegen Baronius geſinnt war. Man las nämlich in einer gemeinſchaftlichen Sitzung die Schreiben vor, welche an das Kollegium eingelaufen waren, eines derſelben war vom Vicekönig von Neapel, in welchem derſelbe Beſchwerde über das erwähnte Werk des Baronius und die in demſelben bezüglich der ſpaniſchen Herrſchaft gebrauchten Ausdrücke führte. Baronius ungeduldig über dieſe Vorwürfe unterbrach die Lektüre des Briefes mit den Worten: Os peccatoris et os dolosi super me aperuit est und vertheidigte ſein Werk mit aller Wärme, berief ſich auf Clemens VIII, der daſſelbe gebilligt habe, und auf die Beſtimmung zweier Kardinäle, die es geleſen hätten. Avila dagegen billigte das Schreiben des Vicekönigs und die darin enthaltenen Vorwürfe, was eine tumultuariſche Szene zur Folge hatte, indem nach und nach alle Kardinäle für oder wider und faſt gleichzeitig an der Debatte theilnahmen. So erzählt der Kardinal Sarocchini in einem Schreiben an Rudolf dto. Rom 12. März 1603. Wiener Archivarchiv 248. 28/238.

Google

mit Heinrich IV gerathen hatten. Verona hielt man für einen verkappten Venetianer und Arigone für einen allzu strengen Mann, der in Borromeo's Fußstapfen treten könnte.

Indem wir hier jene Personen bezeichnet haben, welche Spanien nicht mochte, haben wir zugleich einige von jenen genannt, welche Frankreich sehr zusagten, es waren dies vor allem Baronius und Medici. Für Baronius sprach seine erwiesene Parteinahme für Frankreich und sein unverhohlener Abscheu gegen die spanische Herrschaft in Italien, dem er in seinen Schriften mannigfachen Ausdruck verlieh. Uebrigens war er ein Mann von eben so exemplarischer Frömmigkeit wie Gelehrsamkeit, gutmüthig obwohl nicht ohne einen Anflug von Spottsucht, die er auch an sich selbst übte, so oft er auf seine Erhebung zum Kardinalat zu sprechen kam*). In seinem Hause lebte er nicht anders, als wie ein armer Priester und verwendete seinen ganzen Ueberfluß zu dem kein Fürst mit einer Pension versteuerte, auf Arme oder auf den Ausbau von Kirchen. Wenn Heinrich den Kardinal Baronius unterstützte, so konnte er sich mit Recht seiner Handlung rühmen, denn er schaffte der Kirche kein unwürdiges Haupt. Die eigentliche Gunst Frankreichs konzentrirte sich aber auf den Kardinal von Medici. Derselbe hatte lange Zeit in Paris als Nuncius gelebt, hatte sich da mit dem französischen Wesen innig befreundet, war fein in seinen Manieren, besaß Geschmack an schönen Wissenschaften und hatte mehr Neigung zu weltlichen Intriguen als zur Fortsetzung des kirchlichen Reformwerkes. Ein solcher Mann, welchen man in das Getriebe der Politik hineinziehen und für die Wiederaufnahme der Rolle Clemens' VII und Pauls IV gewonnen konnte, war offenbar ein unvergleichlich wünschenswertherer Papst als Baronius mit seiner mehr theoretischen Antipathie gegen Spanien und mit seiner allzugroßen Frömmigkeit, die ihn nur zu einem unverläßlichen Freunde für Heinrich machen mußte. Heinrich IV unterstützte demnach Baronius, wünschte aber den Kardinal von Medici.

Aldobrandini, indem er sich der französischen Politik anschloß, entschied sich vorerst für die Unterstützung des Baronius, da er lieber die Wahl eines solchen Kandidaten sah, welcher die Ernennung zum Kardinal seinem Oheim dankte, als die eines Mannes, der wie Medici bereits von Gregor XIII zum Kardinalat berufen worden war und ihm

*) Relation für den Kardinal von Este. MS. der Wiener Bibl. Codex Foscar. n. 166. Daselbst heißt es von Baronius, er sei molto amato per la dottrina, bontà e semplicità sua: si dimostra tutto spirito, tutto ringuato in dio: si burla del mondo e della propria esaltatione di se stesso.

Google

1605 jenach seinen persönlichen Dank schuldete. Vom 14. März also angefangen, an welchem Tage die erste Abstimmung stattgefunden hatte, betrug bei den täglichen Scrutinien Baronius gewöhnlich die meiste Stimmenzahl, bis sich schließlich der ganze Anhang Aldobrandini's für ihn erklärte. Da aber das Konklave genau 60 Mitglieder zählte, reichte ihre selbst durch die französischen Kardinäle verstärkte Anzahl nicht aus, um eine Wahl zu bewerkstelligen, zu welcher mindestens 40 Stimmen nöthig waren. Es wurden nun die gewaltigsten Anstrengungen gemacht, um aus der gegenüberstehenden Partei, welche sich unter die Leitung des Kardinals Avila gestellt hatte, einige Personen zu gewinnen und sie von der weitern Unterstützung des spanischen Interesses abwendig zu machen. Besonders ließ man sich die Gewinnung des Kardinals von Dietrichstein, der eigens von Mähren nach Rom gereist war, angelegen sein; man erinnerte ihn an die Gnaden, die ihm Clemens VIII erwiesen und bemerkte in Bezug auf die Persönlichkeit des Baronius, daß er ja selbst für ihn die höchste Achtung hegen müsse*). Dietrichstein begann zwischen seiner eigenen Neigung und zwischen der Verpflichtung, die ihn an das Haus Habsburg kettete, zu schwanken; einige Stunden lang bemächtigte sich eine fieberhafte Aufregung des Konklaves, denn man hielt ihn für Baronius gewonnen und da mit ihm zugleich auch der Uebertritt noch einiger anderer Kardinäle gesichert war, so hing die Entscheidung vollständig von ihm ab. Es bedurfte eines langen Zuredens von Seite der Kardinäle Madrucci, Doria und Farnese, welche alle auf spanischer Seite standen, bevor Dietrichstein schließlich die Unterstützung des Baronius ablehnte. Avila gebot darauf sicher über 23 Stimmen, welche die Wahl des genannten Kardinals nicht zugeben wollten. Nachdem das Konklave bereits 18 Tage gedauert hatte, mußte sich Aldobrandini gestehen, daß er mit der Kandidatur des Baronius nicht durchdringen werde, und so entschloß er sich endlich dieselbe fallen zu lassen.

Es war Mittags den ersten April, als Aldobrandini diesen Entschluß faßte, da das am Vormittage abgehaltene Scrutinium für Baronius nur 28 Stimmen ergeben hatte. Während der Mittagsstunden legten die französisch gesinnten Freunde des Kardinals von Medici eine außerordentliche Thätigkeit an den Tag; nicht nur suchten sie Aldobran-

*) Die Erzählung über diese und andere Vorgänge im Konklave entnehmen wir theils der Korrespondenz des Herzogs von Urbino mit Philipp III im Archiv von Simancas, theils einer daselbst befindlichen anonymen Relation: Conclave por la muerte de Papa Clemente y Eleccion de Alexandro de Medicis llamado Leon XI. Römische Korrespondenz in Simancas 1870/113.

Google

dini zu überreden, ſich nunmehr die Kandidatur Medici's gefallen zu laſſen, ſondern ſie gewannen ſelbſt einige von den bisherigen Anhängern Avila's, welche für Medici freundſchaftliche Geſinnungen hegten, da dieſer ein freigebiges und liberales Regiment verhieß. Aldobrandini war perſönlich nicht zur Unterſtützung Medici's geneigt, konnte ſich aber nach den mit den Franzoſen getroffenen Verabredungen nicht leicht demſelben entgegenſetzen und ließ ſich alſo gefallen, daß im Konklave nunmehr für Medici allſeitig geworben wurde. Er ſelbſt begab ſich in die Zelle des Kardinals und verhandelte da anderthalb Stunden mit ihm. Inzwiſchen wurde Avila von allen Seiten benachrichtigt, was im Werke ſei, und er aufgefordert, ſeine Anhänger gehörig beiſammen zu halten, um die Exclu-ſion auch dieſes neuen Kandidaten zu ſichern, aber er gab ſich für den Augenblick einer ſorgloſen Ruhe hin und dachte wohl, daß die Wahl nicht anders als ordnungsmäßig mit Vornahme neuer Scrutinien vor ſich gehen werde. Darin täuſchte er ſich jedoch; Dietrichſtein ſelbſt folgte dem Beiſpiele einiger bisheriger Anhänger Spaniens und zeigte ſich ernſtlich gewillt, Medici's Wahl zu unterſtützen, wenn dieſer über ſeine Regierungsmaximen eine beruhigende Erklärung abgeben wollte. Mit Baronicini, dem Protector der katholiſchen Kirche von Deutſchland, ging er deshalb in die Zelle Medici's, der nicht zögerte ihnen beiden die beruhigendſten Verſicherungen zu geben: den Kaiſer Rudolf und den König Philipp werde er ſtets wie ein Vater lieben und als zwei Säulen der Kirche achten und beſchützen *). Dieſe Worte, welche einer feierlichen Ablehnung aller Projekte eines Paul IV gleichkamen und auch ſo aufgefaßt wurden, beruhigten die beiden Kardinäle und verbanden ſie innig mit der Schaar der übrigen Freunde Medici's. Noch zögerte Aldobrandini das Zeichen zur Anerkennung des letztern zu geben, und ſchien den Spaniern Zeit gönnen zu wollen, ſich in hinreichender Anzahl zum Proceſſe zu vereinigen, allein er wurde jetzt von ſeinem Anhange gedrängt, eine augenblickliche Entſcheidung zu fällen und Baronius ſelbſt, der erſt vor wenigen Stunden nahe der höchſten chriſtlichen Würde geſtanden war, machte ſich zum Dolmetſcher dieſer Wünſche und ſprach gleichfalls für Medici und deſſen unverweilte Anerkennung. So gedrängt leiſtete Aldobrandini keinen Widerſtand mehr, trieb ſich der Schaar der Kardinäle an, welche für die Erhebung Medici's waren, und begab ſich zur Zelle des letztern, wo ſich bereits mehr wie zwei Drittheile der Wähler eingefunden hatten, und auf dieſe Weiſe ohne jedes vorangegangene Scruti-

*) Wiener Archivarchiv MS. 39/248, Kardinal Baronicini an Rudolf II dto. Rom 2. April 1605.

Google

nium den Kardinal zum Papſte wählten. In dieſem letzten Stadium erwachte erſt Avila aus ſeiner Sorgloſigkeit, ſuchte ſeine Anhänger um ſich zu ſchaaren und proteſtirte, als er deren Reihen gelichtet ſah, geradezu im Namen Spaniens gegen die Erhebung Medici's auf den päpſtlichen Stuhl. Allein dieſe Anſtrengung diente zu nichts mehr; man entgegnete ihm: es ſei nicht mehr Zeit zu einem Proteſte, nachdem der Papſt bereits gewählt ſei, und als er nichtsdeſtoweniger auch in der paulinischen Kapelle, wo die Kardinäle zur Adoration des neuen Papſtes ſich verſammelten, ſeinen Proteſt erneuerte und mehrmals wiederholte, daß Philipp III den Kardinal von Medici nicht zum Papſte haben wolle, mahnten ihn ſelbſt die eifrigſten Anhänger Spaniens zum Schweigen, denn es handle ſich nicht mehr um die Wahl ſondern um die Adoration des allgemein anerkannten Papſtes. So ward der Kardinal von Medici am Abend
1605 des 1. Aprils nach einer Verhandlung von kaum zwei Stunden ohne alle Stimmenabgabe zum Papſte gewählt*).

Man kann ſich denken, welche Genugthuung die franzöſiſche Partei in dieſem Ereigniſſe fand und wie nahe man die Zeit mächtiger Veränderungen in Italien glaubte, da Leo XI, ſo hieß der neue Papſt, als ein naher Anverwandter der Großherzoge von Toskana gleichſam von ſelbſt ſich genöthigt fühlen mußte, den italieniſchen Fürſten durch Verminderung der ſpaniſchen Macht mehr Sicherheit zu bieten. In der That begannen unmittelbar nach ſeiner Wahl Verhandlungen mit Toskana und Savoyen, welche beide den Königstitel haben wollten, ein Begehren, zu deſſen Befriedigung ſich der Papſt gegen eine gewiſſe Geldentſchädigung geneigt zeigte und für welche er auch die Zuſtimmung des Kaiſers ſelbſt gewinnen wollte. Da weiter um eben dieſe Zeit über einer Heirat zwiſchen dem Sohne des Großherzogs von Toskana und der Schweſter Ferdinands von Graz verhandelt wurde, ſo ſuchte der Papſt dieſe Verhandlungen, weil dem ſpaniſchen Intereſſe günſtig, rückgängig zu machen, empfahl eine Heirat zwiſchen Savoyen und Toskana, und trug ſich ſogar an, ſelbſt zur Mitgift beizuſteuern. Dieſe durchwegs gegen Philipp III gerichteten Unterhandlungen und die allſeitig in Ausſicht geſtellte Liga der italieniſchen Fürſten mit Frankreich und dem Papſte rechtfertigen nur zu ſehr die Sorge, welche man vor Leo's Wahl in Spanien gehabt hatte. Daß der Papſt ungeachtet des den Kardinälen Dietrichſtein und Paravicini gegebenen Verſprechens das habsburgiſche Intereſſe ſo wenig berückſichtigte, dazu mögen nicht wenig die wiederholten Proteſte Avila's beigetragen haben, welche der ſonſt einer allgemeinen Zuſtimmung ſich er-

*) Alles hier nach der cit. Relation von Sanuto 187 f. 119.

Google

freuenden Wahl einen unliebſamen Makel anhängten; wenigſtens beklagte ſich Leo zu ſeinen Vertrauten häufig darüber und zeigte ſich perſönlich verletzt*). Allein es war ihm nicht vergönnt ſeiner antiſpaniſchen Politik, wenn er dies überhaupt je thun wollte, eine folgenreiche Wirkſamkeit zu geben; 26 Tage nach ſeiner Wahl ſtarb er bereits, und Heinrichs Pläne und ihre Erfüllung waren abermals den unberechenbaren Schwankungen einer neuen Papſtwahl preisgegeben.

In dem Konklave, welches neuerdings zuſammentrat, waren in Folge der letzten Vorgänge die Parteien einigermaßen desorganiſirt. Aldobrandini hatte ſich noch immer nicht ganz mit der Wahl Medici's verſöhnt und war jetzt entſchloſſener als je, keine andere Wahl zuzugeben, als die eines Kardinals ſeiner Partei, und um dieſen Preis war er ſelbſt geneigt, eine Allianz mit den Spaniern einzugehen. Dagegen ſträubte ſich Baronius, welchem Spaniens Abneigung die Hoffnung auf die eigene Erhebung vollſtändig abſchnitt, mit dem ganzen Gewichte ſeines Anſehens gegen die Wahl ſolcher Perſonen, welche nicht den Anforderungen der Kirche entſprechen, ſondern nur dem Familienintereſſe der Aldobrandini dienen ſollten. Da viele andere Kardinäle ebenſo dachten, ſo neigten ſich anfangs die meiſten Stimmen dem Kardinal Gault zu, welcher für den größten Staatsmann des ganzen Kollegiums galt und auch ſonſt eines trefflichen Rufes ſich erfreute; weil er jedoch ſeine Ernennung zum Kardinal Sixtus dem V dankte, ſetzte ſich Aldobrandini mit aller Macht ſeiner Wahl entgegen, obwohl ſich die Franzoſen ſelbſt für ihn verwendeten**). Bei dieſer Gelegenheit waren die Spanier mit Aldobrandini, die Franzoſen mit Montalto und ſeiner von Sixtus V herrührenden Schaar verbündet. Nachdem ſechs Tage in vergeblichen Scrutinien verfloſſen waren, lenkte ſich die Aufmerkſamkeit auf den Kardinal Tosco, der gleichfalls ſowohl von den Spaniern wie von Aldobrandini unterſtützt wurde. Der letztere ſuchte nun Montalto, mit dem auch diesmal die Franzoſen ſich verbunden hatten, für Tosco zu gewinnen und ſchon ſchienen die Verhandlungen ein günſtiges Reſultat zu verſprechen, als Baronius in dieſem kritiſchen Augenblicke ſich gegen die Wahl erklärte und das ganze Gewicht ſeines Anſehens geltend

*) Ueber das ganze antiſpaniſche Gebahren Leo's berichtet der Marquis von Villena an Philipp ddo. 14., 15. und 16. Mai 1605; Bericht des Staatsrathes an den König ddo 10 Juni 1605 im Archiv von Simancas 1870/128.

**) Bericht des ſpaniſchen Staatsraths an den König ddo. 10 Juni 1605. Archiv von Simancas 1870/128.

Google

machte, um die Chriſtenheit vor einem Oberhaupt zu bewahren, deſſen Manieren und Redeweiſe beſſer für einen Landsknecht als für einen Nachfolger des h. Petrus paßten. Tosco, ein Lombarde von Geburt und nunmehr ein Greis von 70 Jahren, hatte in ſeinem Leben ſo wenig Mühe auf die Erlernung der italieniſchen Sprache verwendet, daß er ſich keines andern Dialekts als desjenigen zu bedienen wußte, mit welchem das Volk im Mailändiſchen das feine Ohr eines gebildeten Italieners zerreißt. Und nicht bloß in der Grammatik und Ausſprache, ſelbſt in der Ausdrucksweiſe verläugnete der Kardinal nie ſeinen Urſprung, denn ſeine Reden würzte er mit den Bruzzen aber deſto öfter nur um ſo ſchmutzigeren Ausdrücken des Volks und liebte es auch, ſie mit Schwüren und Betheuerungen zu untermiſchen, welche an Blasphemie grenzten. In dem Momente alſo, wo das geſammte Kardinalskollegium ſchon im Begriffe ſtand, Tosco die Adoration zu leiſten, trat Baronius mit einem Eifer auf, den man ſeit langem nicht mehr im Konklave bemerkt hatte, und proteſtirte gegen die Wahl Tosco's, welche er ein Skandal nannte, das ſelbſt in den entfernteſten Ländern Europa's Aergerniß erregen würde und fügte ſchließlich hinzu, daß er für ſeine Perſon gewiß der letzte ſein werde, welcher Tosco die einem Papſte ſchuldige Adoration leiſten würde. Dieſe muthigen Worte waren im rechten Augenblick geſprochen, denn Montalto trat jetzt entſchieden von Tosco's Unterſtützung zurück; aus der Mitte ſeiner Anhänger erhob ſich der einſtimmige Ruf, man möge Baronius ſelbſt als den würdigſten Kandidaten zum Papſte wählen und thatſächlich beugten ſich alle vor ihm nieder und erwieſen ihm die einem Papſte übliche Verehrung. Tosco's Anhänger ließen ſich durch dieſen Vorgang nicht außer Faſſung bringen, ſondern thaten ihrerſeits daſſelbe und man hatte nun im Konklave das an die Schismen des 15. Jahrhunderts mahnende Schauſpiel einer doppelten Papſtwahl. Sieben Stunden dauerte dieſer befremdende Vorgang, da die Parteien hartnäckig an ihren angeblichen Wahlen feſthielten. Nachdem jedoch die eine wie die andere von der Unmöglichkeit, mit ihrem Kandidaten durchzudringen, ſich überzeugt hatte, ließ ſie dieſelben fallen und es begannen am Abend neue Unterhandlungen zwiſchen Aldobrandini und der Gegenpartei, welche endlich dahin führten, daß ſich die letztere verpflichtete, einen von drei Kardinälen, welche ihr derſelbe vorſchlagen würde, zum Papſte zu wählen. Er ſchlug die Kardinäle San Clemente, Borghese und Arigone vor, Männer von durchweg gutem Rufe und in politiſcher Beziehung den Großmächten nicht beſonders verdächtig. Montalto's Anhang erklärte ſich für Borghese, und ſo ward derſelbe im Verlauf von einer halben Stunde — ſo lange hatten dieſe letzten Unterhandlungen gedauert — vom geſammten Konklave als

Google

Papſt anerkannt*). Er beſtieg unter dem Namen Paul V den päpſt- 16. Mai
lichen Stuhl. 1605

Der neue Papſt, der in einer ſo kritiſchen Zeit wie die, in welcher Heinrich IV regierte, die Chriſtenheit leiten ſollte, hatte ſich als Cardinal des beſten Rufes erfreut. Er war im J. 1552 in Rom geboren worden, trat frühzeitig in die Dienſte der Kirche, wurde unter Gregor XIV Auditor der päpſtlichen Kammer und darauf von Clemens VIII unter allgemeiner Billigung mit dem Purpur bekleidet. Seine ſanfte und freundliche Art im Umgang und ſein gutes Herz erwarben ihm eine ſolche Anerkennung, daß die „Gutmüthigkeit des Cardinals Borgheſe" zu einer ſprichwörtlichen Redensart in Rom wurde. Einige Zeit hatte er auch in Spanien als Nuncius zugebracht und genoß ſeitdem eine Penſion von 3000 Scudi, welche ihm Philipp II aus Dankbarkeit für ein Gutachten anwies, das ſein Rath, ein berühmter Rechtsgelehrte, über die Anſprüche Spaniens auf Portugal ausgearbeitet hatte. Im Geſpräche war Paul gelaſſen und zurückhaltend, in ſeiner Lebensweiſe zeichnete er ſich durch außerordentliche Sittenreinheit aus, ſo daß auch nicht der leiſeſte Makel ſeinen Ruf verunglimpfte, in der Erfüllung ſeiner Pflichten war er von ſtrenger Pünktlichkeit. Seine äußere Erſcheinung war majeſtätiſch aber gemildert durch einen Zug von Gutmüthigkeit, der ſein ganzes Weſen belebte. Da ſeine Wahl ohne jedes Zuthun ſeinerſeits erfolgt war, hielt er dieſelbe für eine ganz beſondere Fügung der Vorſehung und ſich demnach um ſo mehr verpflichtet, in die Fußſtapfen reformfreundlicher Päpſte zu treten, den Decreten des Tridentiner Concils Eingang zu verſchaffen, die geiſtliche Gerichtsbarkeit wieder auf ihre durch die Canonen beſtimmte Höhe zu bringen und überhaupt jener vermittelnden und nachgiebigen

*) Die Nachrichten über dieſe eigenthümlichen Vorkommniſſe im Conclave ſchöpfte ich aus den authentiſchſten Dokumenten, nämlich aus den Berichten des toscaniſchen Geſandten in Rom (Archiv von Simancas 1870/128) und aus einem Briefe des Cardinals Baronius an Rudolf II (Wiener Reichsarchiv MS. 39/248) dto. Rom 21. Mai 1605. Baronius erzählt. Baronio diceva, esser lì comparse nulli passi lontani; dalle parole dette da Baronio come erano in moto per elevar Tosco s' alzo voce da Montalto et suoi seguaci: facciamo Baronio, finirà questa discussione sino al vicino à fatti notte. – Nach dem Bericht des venetianiſchen Geſandten (bei Battarelli Storia arcana e aneddotica d' Italia (Bd. III S. 97.) ſagte Baronius zu Aldobrandini bezüglich der verſuchten Wahl Tosco's: Monsignor Illustrissimo volete far papa chi non merita et chi ha molte imperfettioni: io, concorrendovi gli altri, farò l' istesso, ma voglio esser l' ultimo, et lo scriverò nelli miei Annali. Dovereste fare un huomo da bene, et che voglia, nè parla per mio interesse perchè sono vecchio.

Google

Weiſe, welche er an Clemens VIII tadeln zu müſſen glaubte, ein Ende zu machen. Er ſah demnach ſowohl bei Prieſtern wie bei Biſchöfen auf eine exemplariſche Erfüllung ihrer Pflichten und duldete nicht, ſo weit es an ihm lag, daß Kardinäle unter was immer für einem Vorwande entfernt von ihren Diözeſen lebten. Seine Art des Vorgehens dabei war ſehr milde und erreichte dadurch um ſo ſicherer ihren Zweck. So oft er nämlich einen der Kardinäle in Rom erblickte, deſſen biſchöfliches Amt ihm einen andern Aufenthalt anwies, befahl er ihm nicht nach dem Beiſpiel anderer Päpſte die Abreiſe, ſondern ſagte ihm ruhig, er könne ihn von der Todſünde, deren er ſich nach den Kanonen durch ein ſolches Betragen ſchuldig mache, nicht losſprechen, ſo daß der Angeſprochene beſchämt und der Mißachtung preisgegeben ſelbſt ſo ſchnell als möglich ſich entfernte*). — In Italien war man durch Pauls V Wahl zufriedengeſtellt und namentlich in Venedig glaubte man, an dem neuen Papſte einen beſonderen Freund der Republik gefunden zu haben; in Spanien befriedigte ſeine Perſönlichkeit um ſo mehr, als man in ihm eine gewiſſe Vorliebe für dies Land bemerkt zu haben glaubte und er ſogar als Papſt ſich bereit zeigte, die von ihm als Kardinal bezogene Penſion noch weiter zu erheben**). Dieſer letzte etwas ſonderbare Umſtand ſtimmt allerdings zu der weitgehenden Sparſamkeit dieſes Papſtes, welche einige ſeiner Gegner minder lobenswerth an ihm fanden. Auch in Frankreich erregte Pauls V Perſönlichkeit keinen Anſtoß, im Gegentheile erſieht man aus der diplomatiſchen Korreſpondenz Heinrichs IV, daß ſich der letztere mindeſtens auf eine Spanien feindliche Neutralität des Papſtes, wo nicht gar auf einen noch intimeren Anſchluß Hoffnung machte.

Als Paul V die Regierung der Kirche antrat, glaubte man allgemein, daß er in Bezug auf die auswärtigen Verhältniſſe einen von den beiden Wegen betreten werde, auf denen eine ganze Reihe ſeiner Vorfahren gewandelt war, daß er entweder nach einigem Schwanken Spanien begünſtigen und ſo die Ruhe in Italien aufrecht zu erhalten ſuchen werde, oder daß er Frankreich die Hand reichen würde. Aber ſolche Annahmen waren eben nur möglich, ſo lange man noch nicht wußte, wie feſt ſein Entſchluß war, ſich mit kirchlichen Reformen zu befaſſen. Gegen alle Vermuthung kehrte er alſo den politiſchen Händeln der Zeit den Rücken und vertiefte ſich in den Gedanken, auf welche Weiſe das Anſehen der Kirche in ihrem mittelalterlichen Glanze reſtaurirt werden könnte. Als

*) Relaz. Relation an den venetianiſchen Senat. Ranke, Geſchichte der Päpſte, III, S. 366.

**) Archiv d. Simancas 1b70|79, der Staatsrath an den Marq. dde. 30 Juni 1609.

Google

ehemaliger Jurist und Kanonist beschäftigte er sich mit nichts geringerem, als mit der strengsten Durchführung der Kirchengesetze in allen katholischen Staaten und namentlich wollte er die Befreiung der Geistlichkeit und ihrer Einkünfte von allen den Fesseln herbeiführen, in welche sie die fortgeschrittene Staatsentwicklung im Laufe einiger Jahrhunderte eingeschlossen hatte. Von Spanien verlangte er zuerst mit aller Heftigkeit die Befreiung der Jesuiten von dem Zehnten, der auf ihnen lastete, von den Herzogen von Parma und Savoyen und von der Republik Genua die Abstellung gewisser Benachtheiligungen der kirchlichen Regierung und da keiner dieser Staaten zuerst einen Kampf mit ihm heraufbeschwören mochte, so glückte es dem Papste überall mit seinen Forderungen *). Diese Erfolge berauschten ihn und er träumte bereits davon, den Glanz des Papstthums auf eine höhere Stufe als irgend einer seiner Vorfahren zu erheben. Erinnerte man ihn daran, daß selbst die ausgezeichnetsten Päpste in gewissen strittigen Fällen nicht die Strenge geübt hatten, welche er beliebe, so ließ er sich dadurch nicht beirren, sondern erklärte, jene seien entweder getäuscht worden oder müßten nun Rechenschaft für ihr Betragen vor Gott ablegen, er aber wolle nicht nach ihrem Beispiel sein Gewissen belasten **). Der Großherzog von Toskana, indem er sich jenen beigesellte, welche des Papstes Strenge tadelten, schrieb dieselbe seiner Unerfahrenheit zu und meinte, derselbe wisse noch nicht, welch ein Unterschied es sei, eine bloße Stadt wie Rom und die Welt zu regieren ***).

Die großen Streitigkeiten, in welche der Papst mit Venedig noch im Laufe des J. 1605 gerieth, sind bekannt; sie hatten ihren Grund darin, daß die Republik ihr Kirchenwesen so viel wie möglich von Rom unabhängig machen wollte. Aus diesem Grunde beabsichtigte sie den Besitz der Geistlichkeit ihrer Besteuerung zu unterwerfen und gestattete nicht, daß päpstliche Exemtionen davon auch ferner giltig sein sollten; sie trat der

*) Cornet: Paolo V e la republica Veneta.

**) Molino, Relation vom Jahre 1605: non admettendo (der Papst) con mestitini, ch' egli chiama abusi, nè esempj da conseguo de' pontefici passati, si quali non solamente dice che non saperia accomodar la sua conscientia, ma che possono aver fatto male et potriano render conto a dio o che saranno stati ingannati, o che la cosa sarà stata diversa da quella che a lui viene portata, il lascia per il più malcontenti.

***) Cornet: Paolo V e la republica Veneta S. VIII: Il Granduca di Toscana così parlava al Molin del Borghese: che il Pontefice era novo, che non era uso a governar come principe grandissimo, perchè haver havuto qualche governo di città della chiesa, dove si procede col rigor ecclesiastico et da preti, non basta per saper governar come capo supremo.

Google

Vermehrung des Kirchenvermögens direkt entgegen, indem sie die Veräußerung liegender Gründe an geistliche Corporationen verbot, und zuletzt suchte sie den römischen Einfluß noch dadurch zu verringern, daß sie sämmtliche Pfründen und das wichtige Amt der Inquisition nur mit Einheimischen besetzt wissen wollte. Diese Anordnungen waren theils alten Gesetzen entnommen, theils waren sie erst beschlossen worden, alle aber standen mehr oder weniger mit den Kanonen des Kirchenrechts im Widerspruch. Die Verhaftung zweier Geistlichen von Seite der republikanischen Magistrate brachte die bittere Stimmung, welche zwischen Rom und Venedig herrschte, endlich zum Ausbruch; der Papst drohte der Republik mit der Exkommunikation aller Magistrate und mit der Verhängung des Interdikts, wofern sie jene Gesetze, welche mit dem Kirchenrecht im Widerspruch standen, nicht aufgebe und die verhafteten Geistlichen ihm nicht ausliefere. Eine Reihe außerordentlicher Umstände, welche gerade jetzt bei der Neuwahl der Magistrate Personen an die Spitze der Republik brachten, die entschieden kirchenfeindlich gesinnt waren, darunter vor allem der Doge Donato, machten eine friedliche Beilegung des Streites unmöglich, und führten endlich dahin, daß der Papst in einem Konsistorium feierlich die angedrohte Exkommunikation und das Interdikt aussprach. Die bedeutendsten Kardinäle, darunter Baronius und Bellarmin, hatten ihre volle Zustimmung zu diesem Schritt gegeben, und vertheidigten in Schrift und Wort die Maßnahmen zur Aufrechthaltung der kirchlichen Jurisdiktion.

17. April 1606

Das war nun allerdings ein Vorgehen, welches Heinrich IV auf die unangenehmste Weise in seinen Berechnungen störte; er träumte von nichts anderem, als von einer Verbindung der kleinen italienischen Staaten mit dem Papste, um sie allesammt gegen Spanien zu hetzen und nun brach ein Streit zwischen Rom und Venedig aus, der sich so bitter anließ, daß selbst, wenn er wieder geschlichtet war, seine Nachwehen noch lange fühlbar sein mußten. Der Papst fing allen Ernstes an zu rüsten, um die Republik zum Gehorsam zu bringen; diese säumte nicht mit ihren Gegenrüstungen und so schien der Ausbruch des Krieges in Italien unvermeidlich. Die Rollen für Frankreich und Spanien waren bei einem solchen Kampfe im voraus angewiesen; das letztere konnte nichts lieber sehen, als die Zertrümmerung der Republik und mußte deshalb den Papst begünstigen, Heinrich dagegen durfte unter keiner Bedingung Venedigs Schwächung zugeben, um nicht Philipp in Oberitalien allmächtig werden zu lassen. Frankreich bot also seinen Beistand in Venedig an, Spanien in Rom.

Dennoch kam es nicht zum Kriege. Philipp III und Lerma sahen wohl gern weitgreifende Entzweiungen zwischen italienischen Fürsten, aber

Google

einen Krieg mochten ſie doch nicht; die ſpaniſche Staatskaſſe war zu leer, um ihnen zu erlauben einen Kampf zu wagen, von dem vorauszuſehen war, daß ſich auch Frankreich an ihm betheiligen würde. Ihre Verſicherungen in Rom, mit allen Mitteln dem Papſte zu Hilfe zu eilen, waren zwar ernſtlich gemeint, es war aber fraglich, ob dieſe Hilfe auch ausgiebig ſein würde und Paul V war nicht der Mann, um ſich einer ſolchen Erwägung zu entſchlagen. Unterdeſſen boten die Franzoſen alle ihre diplomatiſche Gewandtheit auf, um den Streit mit Venedig auf eine anſtändige Weiſe auszugleichen; Heinrich IV ſandte ſelbſt den Kardinal Joyeuſe als Vermittler nach Italien, und ſo bekam die ſowohl in Rom als in Venedig vorhandene Geneigtheit zum Frieden wieder die Oberhand. Venedig machte die erſten entgegenkommenden Schritte, um dem Papſte die Aufhebung der Cenſuren zu ermöglichen und ließ in den folgenden Unterhandlungen von einem Theile jener geſetzlichen Beſtimmungen ab, welche denſelben ſo ſehr verletzt hatten; andererſeits begnügte ſich dieſer mit der geringſten Summe von Nachgiebigkeit, um einer Entzweiung ein Ende zu machen, die allzuſchlimme politiſche und kirchliche Konſequenzen im Gefolge hatte. Am 9. Juni 1607 machte der Geſandte Venedigs wieder in Rom dem Papſte ſeine Aufwartung und erfreute ſich einer zuvorkommenden Aufnahme. Paul V verſicherte ihn beſonderer Achtung und Liebe für die Republik, erklärte, daß von dem guten Einvernehmen zwiſchen dem römiſchen Stuhle und Venedig die Freiheit Italiens abhänge und verſprach nicht weiter ſich der Vergangenheit zu erinnern; „Alles ſei neu, das alte ſei vergeſſen", fügte er am Ende hinzu*).

Aber trotz dieſer freundlichen Worte des Papſtes und trotz der theilweiſen Nachgiebigkeit der Republik war der Streit doch nicht ohne ganz bedenkliche Folgen geblieben. In der Aufregung des Kampfes hatten ſich in Venedig Lehren Bahn gebrochen, welche einem dauernden Bruche mit Rom das Wort redeten. Neben den Erörterungen Paolo Sarpi's welcher die weltlichen Rechte der Republik gegen den Papſt vertheidigte und welcher wie ein zündender Funke Italien in Brand ſetzten, hatten ſich nicht wenige auch mit der Frage befaßt, ob man nicht verſuchen ſolle, Venedig völlig von der römiſchen Kirche abwendig zu machen und dem Pro-

*) Contarini an den venetianiſchen Senat dde. 7. Juni 1607 . . . che Sua Santitudine li ha risposto, . . che dalla buona intelligenza tra la Santità sua et la Santa Sede et la Republica dipende la conservatione della libertà d'Italia, che non voleva ricordarsi le cose passate, ma che nova sint omnia et vetera recedant. Bei Cornet: Paolo V e la republica Veneta.

Google

teſtantismus in den Schoeß zu führen. Zum Verſtändniß dieſes Erfolges iſt es nöthig, auf deſſen Urheber zurückzugehen.

Am Schluſſe des 16. Jahrhunderts gab es unter den Vertretern des Proteſtantismus in Europa einige halb geiſtliche halb politiſche Häupter, von denen die einen mit einem fanatiſchen Haß gegen den Katholicismus als Lehre, die anderen wieder gegen die politiſche Gewalt ſeiner Vertreter erfüllt waren. Es war nicht ihre Abſicht, blos auf friedlichem Wege ihrer Ueberzeugung Bahn zu brechen, ſondern es drängte ſie, ſelbſt mit der Macht des Schwertes jene anzugreifen, welche ihnen als das vorzüglichſte Hinderniß gegen den Erfolg ihrer Beſtrebungen galten. Da dies vor allem das Haus Habsburg und der Papſt waren, ſo erblicken wir ſie bei allen politiſchen Verwicklungen unter den Gegnern dieſer zwei Mächte und ſehen ſie allen ihren Einfluß gegen dieſelben aufbieten. So lange Heinrich IV noch proteſtantiſch war, galt er ihnen natürlich als der auserwählte Streiter Gottes und ſie waren ſeine treueſten Verbündeten, doch auch nach ſeinem Uebertritt fielen ſie nicht von ihm ab, weil, wenn auch nicht ſeine Wege die ihrigen waren, doch die Reſultate ſeiner Politik, ſelbſt gegen ſeine Abſicht, ihre Zwecke fördern mußten. Das Haupt dieſer, nicht durch förmliche Verabredungen ſondern durch eine Art geiſtigen Bandes zuſammengehaltenen Verbindung war der berühmte Hugenottenführer Duplеſſis-Mornay, der durch lange Jahre Heinrich IV große Dienſte geleiſtet hatte und der ſein ganzes Leben beharrlich einem Ziele widmete, dem nämlich, durch Gewalt oder auf friedlichem Wege ſeiner Ueberzeugung Bahn zu brechen. In Deutſchland, in Oeſterreich, in Italien, in den Niederlanden, vor allem aber in Genf, dem kalviniſchen Rom, hatte er ſeine Agenten und ſuchte mit ihrer Hilfe um kirchlicher Zwecke willen daſſelbe allgemeine Bündniß gegen den Papſt und die Habsburger zu Wege zu bringen, welches Heinrich IV um politiſcher Zwecke willen gegen die letztern allein abſchließen wollte. Er war es, der die Staatsmänner der Niederlande wie Olden-Barneveldt und Kerſſens auf die Nothwendigkeit einer innigen Verbindung mit den deutſchen Proteſtanten und mit Venedig aufmerkſam machte und der wiederum bei dieſen den Anſchluß an die Niederlande empfahl. In Deutſchland begegnete er auf halbem Wege dem Kurfürſten von der Pfalz und dem Fürſten Chriſtian von Anhalt, in Oeſterreich baute er auf Karl von Zerotin*) große Stücke, in Italien hoffte er von Venedig aus den Sturm auf Rom eröffnen zu können. Er erwartete daſelbſt

*) Die Perſönlichkeit dieſes mähriſchen Magnaten wird in der weiteren Erzählung klar hervortreten.

Google

viel von Paolo Sarpi und Fra Fulgentio, das meiſte aber von Diodati. Dieſer, ein Venetianer von Geburt, war proteſtantiſch geworden, hatte ſich nach Genf zurückgezogen und wirkte von da aus nach Venedig hin im Sinne des Kalvinismus mit einer an Wuth grenzenden Beharrlichkeit, eine Eigenſchaft, welche ihn übrigens zu einem geiſtigen Verwandten Duplefſis' machte, welcher ebenfalls in der Bekämpfung und Beurtheilung des Katholicismus zeitweiſe eine verrückte Exaltation an den Tag legte. Dieſen antikatholiſchen Beſtrebungen geſellten ſich überall die diplomatiſchen Agenten Englands als eifrige Förderer bei; man kann ſagen, daß die Agitation gegen die katholiſche Kirche einen Theil ihrer amtlichen Beſchäftigung ausmachte.

Der Beginn des Streites zwiſchen Venedig und Rom verſetzte Duplefſis-Mornay in eine außerordentlich freudige Aufregung, denn er hoffte von jetzt ab theils auf den Ausbruch eines Krieges, der gegen den Papſt gerichtet war, theils auf die Erſtarkung des proteſtantiſchen Elements, das bereits ſeinen Weg nach Venedig gefunden hatte. In der That war neben dem Dogen Donato eine große Anzahl der Mitglieder der Staatsinquiſition antipäpſtlich geſinnt und ſonach nicht weiter der Eingang von Meinungen gehemmt, zu denen man vor kurzem nur mit großer Gefahr ſich bekennen durfte. Auf Veranlaſſung des engliſchen Geſandten in Venedig, Wotton, ließ Diodati eine große Auflage des neuen Teſtamentes in handlicher Ausgabe drucken, um ſie ſammt und ſonders nach Venedig einzuſchmuggeln; bewährtern Anhängern wurden ganze Bibeln zugeſchickt. Der engliſche Geſandte bot ſein Haus für einen Prediger zum Aufenthalte an, wenn ein ſolcher es unternehmen wollte, der noch durch keine äußern Abzeichen geeinigten Gemeinde eine feſte Begründung zu geben*), und beides Diodati ſelbſt ein, da dieſer, als Italiener von Geburt und nur um ſeines Glaubens willen in Genf lebend, die bedeutendſte Wirkung hätte ausüben können. Als Diodati für den Augenblick dieſe Aufforderung als zu gefährlich ablehnte, wurde es als das beſte Mittel für die Organiſirung der proteſtantiſchen Gemeinde in Venedig angeſehen, wenn fremde Geſandte in möglichſt großer Anzahl in dieſer Stadt ihren Sitz aufſchlügen und wenn in ihrem Gefolge Prediger ſich befänden, die we-

*) Correspondance de Duplessis-Mornay. Diodati an Duplessis-Mornay 22. April 1605. Bd. X. S. 90. . . . le ministre dudict sieur ambassadeur m' escrit en ces termes: Ecclesiam Venetam reformatiorem brevi speramus. Un autre de là mesme escrit que la liberté y sera dans peu de temps plus grande qu' elle n' est en France, composée des plus grands et notables personnages dudict lieu et espris de très bonne part, que le dict monsieur a grande entrée en la seigneurie de vostre

Google

ngſtens vorläufig in lateiniſcher Sprache ihrem Glauben Eingang zu verſchaffen wüßten*). Dies war auch der Grund, weshalb Duplefſis den Kurfürſten von der Pfalz mehrmals mahnte, einen Agenten zu dieſem Zwecke in Venedig zu unterhalten. Indeſſen kam es dennoch im Laufe der nächſten Jahre nicht weiter, als daß der Kaplan des engliſchen Geſandten die vorgeſchrittenſten Geſinnungsgenoſſen bei ſich in geheimen Verſammlungen empfing, ein allerdings unzureichendes Auskunftsmittel, da man rechnete, daß nicht weniger als 300 Edelleute und 15.000 Perſonen aus dem Volke den neuen Lehren anhingen**).

Eigenthümlich und merkwürdig iſt die Stellung, welche die Venetianer ſelbſt dieſer Bewegung gegenüber einhielten und namentlich jener Mann, deſſen Name in der geiſtigen Entwicklung jener Zeiten immer wiederthut, Paolo Sarpi. Noch bevor derſelbe im Streite gegen Paul V den hervorragendſten Platz einnahm und in ſeinen Entgegnungen auf Bellarmin und ſeiner Freunde Behauptungen ſich als den grimmigſten Gegner der mittelalterlichen Autorität des Papſtes bewährte, war er in Venedig als ein Anhänger der Neuerungen bekannt und alle jene, welche deren Einführung wünſchten, wendeten ſich mit vollem Vertrauen an ihn***).

---

*) Mémoires et correspondance de Duplessis-Mornay, tome X, p. 141. Mémoire des affaires de Venise par le retour de M. de Liques, qui fut à la fin de Novembre 1608. . . . Quant à ce qu'on peult demander s' il s' en trouve au moins quelques uns bien instruicts et qui avec zele desirent une réformation entiere; le pere Paole (Sarpi) bien que selon l' humeur de la nation avec beaucoup de retenuë, m' asseura, que du Peuple pourroit faire estat de plus de douze ou quinze mille personnes, qui, des la premiere occasion, feroient corps pour se retirer en tout et partout de l' Eglise romaine. . . . — Nachdem Lucca erzählt, daß man trotz aller günſtigen Verhältniſſe ſich zu einem öffentlichen proteſtantiſchen Gottesdienſte nicht verſammle, ſagt er weiter: Semble donc pour le present de donner ouverture à ces assemblées secrettes, et ne se peult que par deux voies; ou que les Flamands ou Grisons qui sont là en grand nombre commencent tout doucement à faire corps, et soubs couleur de quelques communications d' affaires ou de marchandises, accoustument le peuple à les voir assembler ordinairement; ou que remonstrans, qu' estans si grand nombre et si long temps chassés des lieux de leur liberté ils demandent de s' asseurer en leur religion, chose non tant esloignée d' esperance, si on les y peult resoudre veu la permission obtenuë par l' Ambassadeur de faire prescher chés soi . . . Mais rien ne faciliteroit tant cest ouvre, que si on pouvoit persuader les princes protestans de tenir à Venise chacun un gentilhomme . . .

**) Des Unterhändlers Lord Relation dto. Nov. 1610. Archiv von Simancas, MS. 91. — Münchner Staatsarchiv 648/7 250. Lord an den Kurfürſten von der Pfalz dto. 15/25. Sept. 1609.

***) Wie dies unter anderm bei dem erwähnten Memoire Liques' bis ſiegreich nachweiſt.

Google

Als nun der Streit ausbrach, billigte er alle Versuche, welche von dem englischen Gesandten und von der Genfer Propaganda in Venedig für die Einführung des Protestantismus geschahen, ohne doch gleichwohl selbst offen für denselben aufzutreten. Die mannigfachen und vertrauten Unterredungen, welche er mit Protestanten über diesen Gegenstand hatte, machen sein Benehmen einigermaßen begreiflich. Zu allen Zeiten erklärte er, daß es sich ihm um den Sturz des Papstthums handle und daß er hiezu das gewaltsamste Mittel, einen Krieg in Italien allen andern vorziehe, weil dieser allein zum Ziele führe. Ueber dies hinaus scheint Sarpi den confessionellen Bestrebungen fremd, wo nicht gar feindlich gegenüber gestanden zu haben. Als ihm der Gesandte des Pfalzgrafen von Neuburg ein Exemplar der augsburgischen Confession überreichte, erklärte er ihm, er sehe keinen wesentlichen Unterschied zwischen dem Lutherthum und Calvinismus und hoffe, daß, wenn das „Evangelium" einmal in Italien zum Durchbruch käme, es zu keinen derartigen Streitigkeiten wie in Deutschland kommen würde *). Er wollte vor der Hand nur jene Lehren vertilgen, welche ihm als Anhängsel des Papstthums galten, also die Anrufung der Heiligen, den Glauben an das Fegfeuer, an die Rechtfertigung durch die Werke, auch wünschte er in der Ausspendung der Sakramente eine vollständige Reform; um diesen Preis war er gerne die katholischen Ceremonien im ganzen beizubehalten. Da er außerdem auf das vielfache Andrängen der Ausländer, sich doch offen zum Protestantismus zu bekennen, immer entgegnete, es sei dies gerade nicht nöthig, Gott sehe auf das Innere und darnach urtheile er, so dürften wir vielleicht in der Annahme nicht fehl gehen, daß es sich ihm um die allgemeine Verbreitung eines protestantischen Bekenntnisses, selbst gegen Rebellion, nicht handelte, sondern daß er bloß jenen Lehren, welche dem Papstthum als Grundlage dienten, den Boden entziehen, und nur dieses allein, wo möglich, vernichten wollte, unbekümmert vor der Hand darum, welche Wege die geistige und kirchliche Entwicklung dann einschlagen würde. Damit ist es vereinbar, daß er selbst täglich mit vielem Anstand die Messe las, die Ordensregeln beobachtete, die Beichte hörte und andererseits alle Bestrebungen der protestantischen Propaganda, mochten sie calvinischer oder lutherischer Natur sein, willkommen hieß, die Einwanderung von Predigern und Erziehern aus Deutschland billigte und in allen Verhandlungen mit ausländischen Diplomaten, deutschen, niederländischen und englischen, einen Krieg in Italien als das einzige Mittel anpries, die an-

*) Münchner Staatsarchiv 5487, 754. Paul an den Kurfürsten von der Pfalz 1/10. Dez. 1606.

Google

gestrebte Reform rascher durchzuführen, und daß er endlich den Schutz der Protestanten in Kärnthen, Krain und Steiermark dringend empfahl, damit auch von dort aus auf das Festland von Venedig eingewirkt werden könnte *). Er bezeichnete als das Ziel seiner Bestrebungen die Zurückführung der „entarteten Kirche" auf den apostolischen Standpunkt; da er aber dem Konfessionalismus so wenig das Wort redete, mag er wohl dem modernen Rationalismus näher gestanden haben, als den alten Kirchenlehrern, die ja, abgesehen von ihrer Orthodoxie, ausschließlich auf dem Boden eines artikulirten und nach allen Seiten hin streng begrenzten Bekenntnisses wurzeln. Mit dieser Zurückhaltung ermüdete und reizte er aber nachgerade seine Freunde; Diodati und Duplessis mißbilligten dieselbe und der Fürst von Anhalt schalt ihn sogar deshalb einen „inflitzanten" Menschen **); er selbst ließ jedoch bis zu seinem Tode nicht von dem eingeschlagenen Benehmen ab. Hätte Heinrich IV seine politischen Pläne durchgeführt, würde vielleicht auch Sarpi eine andere Entwicklung durchgemacht haben. So aber wirkte sein Einfluß und sein Beispiel verzögernd auch auf jene Venetianer ein, welche sich mit aller Kraft in die antirömische Bewegung stürzen wollten, wie dies besonders bei Fra Fulgentio***), Sarpi's Genossen und Freund, der Fall war. Gleich letzterem trat Fulgentio mit der ausländischen Propaganda in den regsten Verkehr, wirkte mit seinem ganzen

*) Münchner Staatsarchiv 549/7-256. Sarpi an den Kurfürsten von der Pfalz ddo. Venedig 19/29. Okt. 1609.

**) Archiv von Bernburg, Reg. F. 1, 23/152. Anhalt an Scheidemann den Erzieher seines Sohnes. Il me semble que ce bon fra Paolo soyt un très excellent personnage et qu'il commence fort bien qu'on le doybt fort bien garder affin qu'le cest Embrion d'Eglise ne soyt estouffé dans son premier et très tendre mouvement. C'est pourquoy, que le S. Diodati n'en doubte meritement de cette Maxime non un pareil que fra Paolo en doybt tenir à honneur, que Dieu regarde seulement l'interieure et par consequent, que ne puisse dire encores mesme. — Mémoires et correspondances de Duplessis-Mornay t. X p. 268. Diodati an Duplessis-Mornay ddo. 8. Jänner 1608. Diodati berichtet, er sei in Geschäften nach Venedig gereist und habe da über die Sache des Protestantismus mehrere Konferenzen mit Sarpi gehabt; bei dieser Gelegenheit beklagt er sich über des letzteren Mangel an klarer Entschlossenheit, wodurch er auf andere einen hemmenden Einfluß ausübe. Darum sagt er: Mais j'ai découvert plus avant le fonds de sa pensée; c'est qu'il ne pense point que la profession soit du tout necessaire, que Dieu regarde au cœur et à sa bonne inclination.

***) Fra Fulgentio war nach Diodati's und des englischen Gesandten Wotton Zeugniß kühner und offener in seinen Angriffen gegen den Papst. Man sehe in der citirten Korrespondenz Duplessis' Bd. I. S. 294 Wottons Brief an Duplessis ddo. 17. März 1609.

Google

Einfluß gegen den Papſt und ſchonte ihn ſelbſt nicht in ſeinen Predigten, aber von einem formellen Abfall hielt ihn die zaudernde Hand des Meiſters ab. Es iſt in dieſem ganzen venetianiſchen Proteſtantismus etwas Gemachtes und Erſtiges; Doge, Senat, Hunderte von Edelleuten, Tauſende aus dem Volk ſcheinen bereit, ſich ihm in die Arme zu ſtürzen und werden nur durch Rückſichten, welche mehr ihre Einbildung als die Wirklichkeit zur Grundlage hatten, davon zurückgehalten. Die ganze Oppoſition gegen Rom hatte doch nur in Fremdlingen und Politikern ihren Halt und ging mit derſelben politiſchen Strömung wieder unter, welche ſie emporgehoben hatte.

Die Heimlichkeit, mit welcher auf dieſe Art das Werk der Glaubenserneuerung betrieben wurde, machte, daß weder der Papſt noch Heinrich IV den ganzen Umfang der geiſtigen Bewegung kannten, welche ſich in Venedig vorbereitete. Es war und blieb dieſe ein Geheimniß, welches neben Duplesſis wohl auch Sully kannte, das man dem Könige aber verbarg, weil man wußte, wie wenig derſelbe Ereigniſſe herbeiſehnte, welche einen neuen Konflikt zwiſchen dem Papſt und der Republik herbeiführen und ſeine italieniſchen Pläne nur durchkreuzen konnten. Unmittelbar nach der Beilegung des Interdiktſtreites nahm Heinrich die Begründung der Union in Italien mit aller Energie in Angriff und er hatte in der That keine Zeit zu verlieren, denn in Deutſchland war dieſelbe ihrem ſichern Abſchluße ganz nahe, und die Ereigniſſe in Oeſterreich forderten das gleiche dringend in Italien. Toskana, auf welches Frankreich ſonſt ſicher rechnen konnte, mußte ſeit der Heirat zwiſchen dem Sohne des Großherzogs und der Schweſter Ferdinands von Steiermark, welche indeſſen glücklich zu Stande gekommen war, vor der Hand außer Acht gelaſſen werden; es blieben nur Venedig und Savoyen, deren Beiſpiel gewiß die kleinern Fürſten und ſchließlich vielleicht auch der Papſt befolgte. Schon während des Interdikts hatte der franzöſiſche Geſandte wie aus eigenem Antriebe dem Senate in Venedig eine Liga mit Frankreich proponirt, allein da dieſer Antrag etwas kalt aufgenommen wurde, deſavouirte Heinrich den Schritt ſeines Geſandten und erklärte, daß ſo lange die Streitigkeiten mit dem Papſte nicht ausgeglichen ſeien, er an keine Verbindung mit Venedig denke, um nicht dem Papſte Grund zur Vermuthung zu geben, als ſei ſie gegen ihn gerichtet. Kaum war aber der Friede zwiſchen Rom und Venedig hergeſtellt, ſo machte Heinrich ſowohl dem venetianiſchen Geſandten in Paris als auch dem Senate in Venedig ſelbſt den Antrag zu einem Bündniß. Der Senat, dem damals die Streitigkeiten in Graubünden am Herzen lagen und der in keine Verbindungen mit Frankreich ſich einlaſſen wollte, deren Ziel er nicht genau vorausſehen

Google

konnte, zog die Verhandlungen darüber in die Länge, so daß auch das J. 1607 vorüberging, ohne daß Heinrich seinem Ziele näher gekommen wäre*). Er bediente sich nun Savoyens als eines Treibers. Der Herzog Karl-Emmanuel war die ganze Zeit, in welcher Philipp II Aussicht hatte, den Sieg über Heinrich IV davonzutragen, mit Spanien verbündet und hatte von daher große Subsidien bezogen, mit deren Hilfe er sich nach der französischen Grenze hin auszubreiten gesucht hatte. Kaum war jedoch Heinrich IV Sieger geworden und kaum hatte er seine Regierung in dem Grade konsolidirt, um auf auswärtige Unternehmungen denken zu können, so war für Karl Emmanuel auch die Zeit zum Wechsel seiner Allianz gekommen. Begierig nach Vergrößerung jetzt wie früher, sah er größere Gelegenheit hiezu nach der italienischen als nach der französischen Seite und der Gewinn von Mailand schien ihm schließlich nicht unmöglich. Während er von Spanien noch Subsidien bezog, die jährlich etwa 200.000 Scudi **) betrugen, begann er bereits mit Heinrich IV Verhandlungen über ein gegen Spanien selbst gerichtetes Bündniß. Offenbar nach vorläufiger Verabredung mit dem Könige machte er wie von freien Stücken dem venetianischen Gesandten in Frankreich, Foscarini, bei seiner Durchreise durch Turin den Vorschlag zu einer gemeinschaftlichen Union der italienischen Staaten mit Heinrich IV***), und auch der letztere forderte, mit Beziehung auf den Vorschlag des Herzogs von Savoyen, Venedig abermals zu einer gemeinschaftlichen Liga auf. Nichtsdestoweniger verflossen noch das J. 1608 und ein guter Theil des folgenden, ohne daß es zwischen Frankreich und Italien zu festen Verabredungen gekommen wäre. Desto mehr hatten indessen die Verhandlungen, welche Heinrich IV mit Deutschland durch Vermittlung des Fürsten von Anhalt geführt hatte, einem bedeutenden Resultate entgegengeführt.

III.

Während der venetianische Interdiktstreit Heinrich IV nöthigte, die Rolle eines Vermittlers in Italien aufzunehmen und den Abschluß einer Union daselbst spätern Zeiten zu überlassen, ging es ihm in Deutschland nach Herzenswunsch. Zwar waren bereits drei Jahre verflossen, seit er mit dem Landgrafen Moriz von Hessen zuerst die Mög-

*) Informazione fatta dall' ambasciatore Pietro Priuli sullo stato della trattative per una lega tra la Francia ed i Principi d' Italia 1608. Bei Alberi.

**) Contarini, Relation von Savoyen 1601.

***) Priuli in der oben citirten Information bei Alberi.

Google

lichkeit einer deutschen Union erörtert hatte*) und noch immer war kein entscheidender Schritt zu ihrer Realisirung geschehen, aber daran waren mehr die protestantischen Bewegungen in Frankreich als der Mangel an Geneigtheit bei den deutschen Fürsten Schuld. Er bedurfte übrigens in Deutschland selbst eines Mannes, der im Stande war, durch seine diplomatische Geschicklichkeit und seine Stellung alle die Bedenken wegzuräumen, welche sich immer stemmend neuen Verbindungen selbst bei jenen entgegenstellen, welche gern bereit sind, sich ihnen anzuschließen. Dieser Mann fand sich in dem Fürsten Christian von Anhalt-Bernburg vor, einem der größten diplomatischen Talente und Intriganten seines Jahrhunderts.

Christian von Anhalt war im J. 1568 geboren und hatte in seiner Jugend alle die Bildung erhalten, welche man zu seiner Zeit jungen Fürsten zu geben pflegte; man erzog ihn im Kriegshandwerk und brachte ihm die Kenntniß mehrerer Sprachen, vor allem des französischen bei, dessen er sich mit gleicher Gewandtheit wie seiner Muttersprache bediente. Als Heinrich am meisten von Spanien und der Liga bedrängt wurde, zog er ihm, erst 23 Jahre alt, an der Spitze eines Heeres, zu dessen Ausrüstung mehrere deutsche Fürsten das ihrige gethan hatten, und das man auf nicht weniger als 16.000 Mann anschlug, zu Hilfe. Bei der Belagerung von Rouen ward er am rechten Fuße an der Seite des Königs verwundet; auf des letztern Frage, ob dem so sei, erwiederte er mit einer etwas theatralischen Gleichgültigkeit: Vielleicht Sire. Da Heinrich dem deutschen Hilfsheere den Sold auszuzahlen nicht im Stande war, so zog sich dasselbe wieder in die Heimat zurück und auch Anhalt gab den Dienst in Frankreich auf, weil er sich dabei allzugroßen Vermögensverlusten aussetzte. Einige Zeit lebte er nun unthätig zu Hause, bis er von Seite des Kaisers aufgefordert wurde, in seinen Dienst zu treten und sich im Kriege gegen die Türken verwenden zu lassen. Die Verhandlungen zerschlugen sich jedoch und Anhalt trat darauf in die Dienste des Kurfürsten Friedrichs IV von der Pfalz, welcher ihn zum Statthalter 1595
über die Oberpfalz machte, worauf er seinen Sitz in Amberg aufschlug. Trotz seiner verhältnißmäßigen Jugend hatte sich Anhalt tüchtig in Europa umgesehen, er hatte auch den Hof Rudolfs besucht, war selbst bis nach Konstantinopel gekommen und hatte sich auf diese Weise bei seiner scharfen Beobachtungsgabe eine genauere Kenntniß der allgemeinen Verhältnisse erworben, als Tausende seiner Zeitgenossen. Die abseitige Lage Ambergs — fern von den Centralpunkten deutschen Lebens und nahe

*) Im J. 1602.

Google

an der böhmiſchen Grenze — übte auf ihn keineswegs diejenige Wirkung aus, die ſie ſonſt auf die meiſten Perſonen ſeiner Stellung auszuüben pflegt; ſtatt ſich nämlich einem müſſigen Genußleben daſelbſt hinzugeben, lauſchte er mit aller Aufmerkſamkeit den Bewegungen der Zeit, bekümmerte ſich ebenſo um die innern Angelegenheiten von Oeſterreich und Deutſchland als um die von Frankreich und erwartete die Gelegenheit, welche ſich ihm zur vollen Entwicklung ſeiner Fähigkeiten bieten würde. Einige Zeit hieß es, er werde die Schweſter Heinrichs IV heirathen — wir wiſſen nicht, ob dieſes Gerücht eine tiefere Grundlage hatte — als er ſich in Amberg niederließ, heirathete er die Gräfin Anna von Oettingen, mit welcher er in langer und glücklicher Ehe lebte*).

Chriſtian von Anhalt gehörte zu jenen Politikern, welche nicht erſt die Ereigniſſe an ſich herankommen laſſen, um durch ſie beſtimmt zu werden, ſondern welche dieſelben entweder hervorrufen oder voraus trachten ihnen eine beſtimmte Direktion zu geben. Er war das, was man einen aktiven Politiker nennen könnte, und in dieſer Beziehung hatte er unter ſeinen Zeitgenoſſen nur einen einzigen ebenbürtigen Geiſt, Heinrich IV von Frankreich. Die Staatsmänner der Niederlande, wie der Prinz von Oranien ſelbſt, Olden Barneveldt, van Aerſſens, die Politiker Venedigs, ſo ſehr auch ihre Vorausſicht und Weisheit zu rühmen iſt, können doch nicht mit Heinrich IV oder mit Anhalt in eine Parallele geſtellt werden, denn jene vertheidigten nur mit Genialität ihren Beſitz, während dieſe darnach ſtrebten, eine vollſtändige Aenderung der europäiſchen Staatenverhältniſſe herbeizuführen. Wäre der Fürſt von Anhalt ein eben ſo großer Feldherr geweſen, wie er ein großer Politiker und Intrigant war, ſo hätten die Reſultate ſeiner Bemühungen noch heute Beſtand unter den Staaten Europa's und ſeine Bedeutung käme der eines Ludwigs XIV und Friedrichs II gleich oder nahe**).

Das Ziel von Anhalts Streben, das er ſein ganzes Leben lang unverrückt im Auge behielt, war der Ruin des Hauſes Habsburg und ſo weit dies dazu nöthig war, der der katholiſchen Religion. Seine Beſtrebungen lagen nicht die Ideen zu Grunde, welche den Aufſtand in

*) Mehrere der obigen Daten aus Seckmann Hiſtorie des Fürſtenthums Anhalt. P. V, VI und VII.

**) Eine ſolche Betonung von Anhalts Verdienſten dürfte vielleicht manchem übertrieben erſcheinen, allein wir fügen zu unſerer Rechtfertigung nur bei, daß die Geſchichtsforſchung in Bezug auf die Zeit von 1600—1620 noch ſehr im Argen liege und daß man über Anhalt nur gründlich urtheilen könne, wenn man ſein Wirken in den Jahren 1606—1612 vor allem aber in den Jahren 1618—1620 kennt.

Google

den Niederlanden entzündet und ſtets brennend erhalten haben; er war nur, wie ſo viele anderen Fürſten in Deutſchland, vom Gefühle des Haſſes gegen ein Haus geleitet, welches durch ſeine Macht unabläſſig drohte, ſie in den Zuſtand einer Abhängigkeit zu verſetzen, welche der des engliſchen oder franzöſiſchen Adels von ihren Herrſchern gleichkam. Von der Schwärmerei Duplefſis-Mornay's und gleichgeſinnter Freunde, welchen trotz ihrer politiſchen Pläne das religiöſe Moment die Richtſchnur ihrer Handlungen war und die für ihre Perſon offen und ehrlich genug waren, die Katholiken nie über ihre letzten Zwecke im Zweifel zu laſſen, hatte er keine Spur in ſich; ſein Kalvinismus war in ſeinen politiſchen Beſtrebungen konzentrirt und damit auch erſchöpft. Eben ſo wenig hatte er eine Aehnlichkeit mit den niederländiſchen Rebellen, ſo wenig, daß er ſogar dieſe ganze Bewegung wegen ihrer bürgerlichen Tendenzen mit mißfälligen Augen betrachtet hätte, wenn ſie nicht gegen Spanien gerichtet geweſen wäre. So klein auch ſein Land war, daß er beherrſchte und ſo geringfügig für uns der Unterſchied zwiſchen ihm und einem Magnaten von Ungarn oder Böhmen erſcheinen mag, ſo fühlte und dachte er doch nicht anders wie die größten Könige; für ihn waren alle Ereigniſſe nur inſofern von Bedeutung, als ſie ſeine Macht zu vergrößern und die des Gegners zu verringern vermochten. Es hieße ſeine ganze Natur und Wirkſamkeit verkennen, wenn man in ihm etwas von einem deutſchen Patrioten ſehen wollte; der damals in Europa allgemein geltenden dynaſtiſchen Politik ſetzte er nur eine ſolche entgegen, die von ähnlichen Triebfedern geleitet war; das Wohl aber das Intereſſe des Ganzen hatte für ihn nur eine höchſt ſekundäre Bedeutung. Seine Geſchicklichkeit in der Auffaſſung politiſcher Kombinationen, in der Hervorrufung von Verwicklungen und in ihrer Benützung war von ſeltener Vollendung, machte es aber auch allein möglich, daß er durch ſo viele Jahre den Mittelpunkt der Ereigniſſe in einem guten Theile Europa's bildete.

Bei der Beſchaffenheit ſeines Charakters und bei ſeinen Tendenzen hatte Anhalt die glücklichſte Wahl getroffen, daß er ſich in die Dienſte des Kurfürſten von der Pfalz begab, denn nirgends ſonſt hätte er ſo viel Gelegenheit zu einer Thätigkeit gehabt, welche ſeinem Weſen am meiſten zuſagte. Seit dem Beginn ſeiner Regierung hatte Friedrich IV von der Pfalz nach dem althergebrachten Beiſpiele deutſcher Fürſten die kaiſerliche Autorität zu untergraben geſucht und nach der Beſchaffenheit ſeiner Mittel in der That das Möglichſte geleiſtet. Seine Politik verfolgte ein doppeltes Ziel, ein partikuläres und ein auf ganz Deutſchland gerichtetes. Die partikuläre, wir möchten ſagen, pfälziſche Politik hatte vor allem die Machtverhältniſſe im weſtlichen Deutſchland vor Augen. Bei der Lage des

Google

wichtigſten Theiles ſeiner Beſitzungen am Rhein hatte er auch hier die meiſten Intereſſen zu verfechten und deshalb die offene Theilnahme für den günſtigen Verlauf des niederländiſchen Aufſtandes, da die Schwächung Spaniens am Niederrhein ihn von allen Sorgen befreite, welche ihm dieſe Macht als natürliche Verbündete der Kaiſer einflößte. Er hoffte zugleich in einer mehr oder minder fernen Zeit, daß ſeine und der Niederländer Beſitzungen die geiſtlichen Kurfürſten umklammern und dem Schickſale ſo vieler anderer deutſchen Bisthümer entgegenführen würden. Seine verwandtſchaftlichen Verhältniſſe knüpften ihn übrigens ſo recht an die Gegner der Habsburger und der Katholiken, ſeine Gemahlin war eine Prinzeſſin von Naſſau-Oranien und auch der Herzog von Bouillon, eines der bedeutendſten Häupter der franzöſiſchen Hugenotten, gehörte in den Kreis ſeiner Sippſchaft. Zu einer Zeit, wo allein die Intereſſen der Machthaber über den Gang der Politik entſcheiden, pflegen Heiraten und Schwägerſchaften dieſelbe überwiegend zu beſtimmen und wir werden es begreiflich finden, daß ſich Friedrich IV mehr oder weniger mit ſeinen Verwandten identifizirte — In ſeiner auf ganz Deutſchland gerichteten Politik ſuchte der Kurfürſt eine wo möglich vollſtändige Trennung und Iſolirung des Kaiſers zu Stande zu bringen; auf den Reichstagen hatte er ſich deshalb, wiewohl erfolglos, an die Spitze jener geſtellt, welche dem Kaiſer alle Geldhilfen verweigern wollten. In dem religiöſen Zwieſpalt ſtand er auf Seite der Kalviniſten und hatte dadurch um ſo mehr Grund an dem Bau der Reichsverfaſſung zu rütteln, da dieſelbe wohl dem Lutherthum aber nicht dem Kalvinismus eine berechtigte Exiſtenz zuerkannte. Für ſich ſelbſt trachtete er begierig nach Vergrößerung ſeiner Macht, da er aber für ſich allein in einer weit ungünſtigeren Poſition als Sachſen und Brandenburg, ja ſelbſt als Baiern war, ſo konnte er nur durch Bündniſſe ſein Ziel erreichen und inſofern kam er auf halbem Wege Heinrich IV entgegen, wenn dieſer ſich nach Bundesgenoſſen umſehen wollte. Ohne Zweifel wäre zwiſchen beiden noch im J. 1602 oder wenig ſpäter eine Verſtändigung erfolgt, wenn nicht die Irrungen zwiſchen Heinrich IV und dem Herzog von Bouillon dazwiſchen getreten wären, während andererſeits die Milde des Königs gegen das aufrühreriſche Benehmen Bouillons ihre Erklärung in der Rückſicht findet, welche er in Bezug auf die deutſchen Fürſten namentlich Kurpfalz üben mußte*).

Es geſchah nun im J. 1605, daß der Kurfürſt von der Pfalz auf uns unbekanntem Wege in Erfahrung brachte, Spanien wolle den Erz-

*) In Rommels: Correspondance de Henri IV avec le Landgrave Maurice de Hesse finden ſich viele Briefe hierüber, unter andern S. 315.

Google

Herzog Albrecht auf den deutschen Thron bringen. Wir wissen bereits, daß, obwohl diese Nachricht ursprünglich richtig gewesen, dies doch bereits um diese Zeit nicht mehr der Fall war, da sich in Spanien andere Anschauungen Bahn gebrochen hatten. Für Friedrich IV war diese Nachricht das Signal zu neuer Thätigkeit, denn wenn er die Vernichtung der kaiserlichen Macht anstrebte, so lange sie auf Böhmen und Ungarn begründet war, so mußte er gegen dieselbe auch die letzten Mittel aufbieten, wenn sie in Belgien und den Rheinlanden ihren Sitz aufzuschlagen drohte. Alle bisherigen Anstrengungen, im Norden von Seite der Niederlande, im Süden von Seite der Pfalz, den geistlichen und katholischen Besitz in Belgien und den Rheinlanden zu umklammern, zu schwächen und wo möglich zu zertrümmern konnten sonst zu nichte gemacht werden und die Reihe der Niederlagen auf die frühern Angreifer kommen.

Die Kandidatur Erzherzog Albrechts mußte also unmöglich gemacht werden. Im Auftrage des Pfalzgrafen ging der Graf Johann von Nov. Nassau zum Landgrafen Moriz von Hessen, um diesem die Gefahr vor- 1605
zustellen und ihn zu einer Reise zum Könige von Frankreich zu vermögen, damit derselbe durch seinen Einfluß auf die geistlichen Kurfürsten oder auf andere Weise gegen Albrecht Partei ergreife. Als bei dieser Gelegenheit der Gesandte erklärte, man würde schon viel gewonnen haben, wenn Mathias statt Albrechts den Kaiserthron bestiege, erwiederte Moriz, daß man unter solchen Bedingungen auf Heinrichs Beistand nicht rechnen möge. Was der König wolle, sei nichts mehr und nichts weniger als die völlige Ausschließung des Hauses Habsburg; dies habe er ihm bereits vor drei Jahren erklärt und nur den Herzog Maximilian von Bayern als den ihm genehmen Kandidaten bezeichnet *).

Christian von Anhalt, welcher gleich anfangs in diese Verhandlungen eingeweiht worden war, mißbilligte ein so entschiedenes Auftreten gegen das Haus Habsburg, denn es entsprach nicht der Einsicht, welche er inzwischen von den bestehenden Verhältnissen gewonnen hatte. Die Wahl eines fremden Fürsten war nicht eher möglich, als nach Rudolfs Tode, denn ohne dessen Zustimmung war eine Berufung der Kurfürsten zur Wahl nicht denkbar und diese Zustimmung war vom Kaiser, wie die Erfahrung lehrte, nicht einmal für einen Prinzen seines Hauses zu erlangen, noch weniger also, wenn man die Erhebung eines andern Hauses im Sinne hatte. Zudem war die Kaiserkrone ein zu ernstliches Flitterwerk geworden, das nur in der Hand des Mächtigen Be-

*) Münchner Staatsarchiv 565/11, 311, Johann von Nassau an Kurpfalz, ddo. 15/25. Nov. 1605.

Google Original f HARVARD UN

deutung gewinnen konnte. Das Haus Habsburg, von der Krone ausgeschlossen, blieb doch im Besitz seiner Länder und konnte vielleicht einen schwachen Gegner zermalmen. Es konnte sonach geschehen, daß der Herzog von Bayern oder wem sonst man die Krone anbot, dies gefährliche Geschenk ausschlug, eine Eventualität, welcher sich ein Politiker wie Anhalt nicht aussetzen wollte.

Seit es Könige und Königsgeschlechter gibt, seit dem lehrt die Geschichte, daß der Ehrgeiz nachgeborner Prinzen größer sei, als mit dem Wohle ihres Hauses verträglich. Sollte sich Niemand im Hause Habsburg finden, der geschickt aufgereizt und geleitet, seine Hand nicht nach höherem ausstrecken würde, als worauf ihn die Versehung angewiesen? Diese Frage legte sich auch der Fürst von Anhalt vor und keineswegs war er lange um eine Antwort verlegen. Daß Heinrich weder an Albrecht noch an Mathias Geschmack fand, begriff er ganz wohl, denn mit der Wahl des einen und des andern konnte dem Hause Habsburg nur gedient sein. Aber wenn man unter den Prinzen des Hauses einen kinderlosen aufsuchte, diesen unter allerlei Vorspiegelungen gewann und gegen den Willen aller übrigen als Kandidaten für die Kaiserwürde verschlug, dann konnte es zu einem Zusammenstoß kommen, der für die Habsburger verderblich werden mußte.

Anhalt hatte sein Augenmerk auf den Erzherzog Maximilian, den damaligen Statthalter von Tirol, geworfen. Von diesem Prinzen, welcher als Hoch- und Deutschmeister eine sehr bedeutende Stellung in der katholischen Kirche einnahm, ging das Gerücht, er sei den Spaniern nichts weniger als heldgesinnt, und was gleichbedeutend schien, gegen die Protestanten von billiger Gesinnung. Thatsache ist, daß Maximilian bei vielen Gelegenheiten einen gewissen Haß gegen die Spanier zur Schau trug, ihr Mißtrauen und ihre Steifheit verspottete und selbst von sich erzählte, daß, als er einmal in Spanien seine Schwester, die Gemahlin Philipps II, besucht habe, er mit ihr nicht anders als in des Königs Gegenwart und nur in einer demselben verständlichen Sprache, also nicht deutsch, reden durfte. Anhalt glaubte in ihm einen nicht bloß klugen sondern auch listigen und verschlagenen Mann entdeckt zu haben; was Wunder, wenn er Zutrauen zu ihm faßte und in ihm den gewünschten Prätendenten gefunden zu haben glaubte. Wenn Maximilians Ehrgeiz aufgestachelt war und wenn Heinrich IV, und was dann gleichbedeutend schien, die Mehrzahl der Kurfürsten für seine Erhebung gewonnen werden konnten, dann dachte sich Anhalt die weitere Entwicklung der Ereignisse in folgender Weise. Maximilian sollte die Königreiche Ungarn und Böhmen nach Rudolfs Tode an sich bringen, indem er die Stände

Google

dieſer Länder zur freien Wahl aufforderte. Die Stände ſchon vorher gehörig bearbeitet, würden natürlich nichts eiligeres zu thun gehabt haben, als dieſer Forderung nachzukommen und mit Uebergehung Mathias' dem Erbrechte der Habsburger den tödtlichſten Stoß verſetzt haben. Nach Maximilians Tode war dann ſowohl in der Succeſſion der Königreiche, als auch in der der Kaiſerkrone völlig freie Bahn. Seine Ehelosigkeit und ſein nicht unbedeutendes Alter konnten ihm natürlich bei allen denen, welche Anhalts Pläne unterſtützten, nur zur Empfehlung dienen. Deshalb war der Fürſt mit einemmale dafür, daß die Wahl des kaiſerlichen Nachfolgers ſchon bei Lebzeiten Rudolfs vor ſich gehe, damit Maximilian im Beſitz der deutſchen Krone nach dem Ableben des Kaiſers deſto erfolgreicher den Erbanſprüchen Mathias' begegnen könnte.

Der Kurfürſt von der Pfalz wurde für dieſen Plan gewonnen, und Anhalt, nie mäßig in der Durchführung ſeiner Conceptionen, ſuchte im Beginn des Jahres 1606 den Erzherzog Maximilian auf, als dieſer Feb. zufälligerweiſe auf einer Reiſe in ſeine Nähe kam. Ueberraſcht von den Eröff- 1606
nungen und Anerbietungen wies der Erzherzog jeden ehrgeizigen Gedanken von ſich ab, aber wie es ſchien mit ſolcher Unentſchiedenheit, daß Anhalt noch weiter in ihn dringen zu dürfen glaubte, bis er zuletzt die Ueberzeugung gewann, es mißfalle Maximilian keineswegs eine glänzende Erhebung*). Um ſeine Bedenken vollends niederzuſchlagen fügte er deshalb bei, es ſei hier der einzige Weg, Böhmen und Ungarn — beide Wahlreiche — dem Hauſe Oeſterreich zu erhalten. Anhalt ſprach bei dieſer Gelegenheit im Namen des Kurfürſten von der Pfalz, und gab zu verſtehen, daß dieſer die Erhebung des Erzherzogs als ſeine Aufgabe betrachten

*) Münchner Staatsarchiv 3171, 58, Relation churfürſtlich geheimen Raths des von der Grün zu Hof in praesentia Großhofmeiſters, Pleſſen und Secretarii Vdo. 20. Hebr./2. März 1607. In dem Zwiegeſpräch, welches ſich zwiſchen Erzherzog Maximilian und Anhalt entwickelte, hieß es . . . Maximilian ſagte), es ermangle aber ihm am patrimonio. Anhalt hoffte, wann die Brüder der Churfürſten Inclination ſehen, das ſie gern von dem ihrigen etwas thun würden, würde Böheim auch deſto eher bei dem hauß Oeſterreich verbleiben, welchen Vorſchlag Maximilianus ſich gefallen laſſen mit alienatus ab hoc opere vermerkt worden. — So viel ich weiß, iſt der deutſchen Geſchichtsforſchung dieſe eigenthümlichen Verhandlungen mit Maximilian bisher unbekannt geblieben. — In dem Schreiben Anhalts an Kurpfalz Vdo. März 1606, Münchner Staatsarchiv 3471, 129 empfiehlt der erſtere auf das dringendſte das Eingehen in die Intrigue mit Maximilian und meint: Hierdurch brechen E. L. nicht allein unſerer wiederwertigen ſchedliche intentiones, ſondern machten ſich für Andern zum haupt dieſer Allgemeinen negotiation und consequenter des Teutſchlands zu ihrem beneficiarium.

Google

würde. Alle Ereigniſſe der Folgezeit berechtigen indeſſen zu der Annahme, daß Anhalt diesmal auf einen Mann ſtieß, der ihn überſah und überliſtete. Um die ſeinem Hauſe gelegte Schlinge in ſeiner Hand zu haben und wenn möglich den Gegner ſelbſt darin zu fangen, hatte Maximilian die Eröffnungen nicht in der Weiſe beantwortet, wie ihm ſeine Wünſche und ſeine Ueberzeugung wohl geboten haben. Genug, daß er von nun an gleichſam den Genius ſeines Hauſes vorſtellend allein für den Glanz deſſelben arbeitete und ſorgte und nichts für ſich ſelbſt begehrte.

Nachdem ſo der Erzherzog gewonnen ſchien, war es Zeit, daß man ſich mit Frankreich verſtändigte*). Faſt gleichzeitig mit den Eröffnungen an
27 Jän. 1606 Maximilian war der franzöſiſche Agent Bongars auf Anſuchen des Kurfürſten von der Pfalz nach Heidelberg gekommen, und es waren ihm da Mittheilungen über die Lage der Dinge in Deutſchland und über den Plan Spaniens, Albrecht auf den Kaiſerthron zu bringen, gemacht worden**). Jetzt wurde beſchloſſen, Anhalt ſelbſt ſolle nach Paris reiſen, nicht ſowohl um Heinrich IV über die bisherigen Verhandlungen mit Maximilian zu berichten und ſonſt die Abſichten des Kurfürſten auseinanderzuſetzen, als vielmehr die des Königs ſelbſt zu erforſchen***). Kaum war aber Anhalt abgereiſt, ſo lief in Heidelberg ein Schreiben des Herzogs von Bouillon ein, welches dazu beſtimmt war, jeder Zurückhaltung von Seite des Pfalzgrafen ein Ende zu machen†). Bouillon, mit den Abſichten des Heidelberger Kabinets theilweiſe bekannt, hatte mit

---

*) Münchner Staatsarchiv 546/11, 335. Anhalt an Kurpfalz ddo. Ansbach. Ebendaſelbſt 547/1, 9. Entwurff, was abgeſchr bei der Kön. Mt. in Frankreich Pfalz unſeres gnedigſten herrn wegen im Vertrauen vor Bongarsium anzubringen. ddo. 17/27 Jänner 1606. Ebendaſelbſt 547/1, 14. Extrakt aus dem Heidelberger Protokoll ddo. 5/15. März 1605.

**) Aus den Korreſpondenzen Heinrichs bei Berger de Xivrey iſt erſichtlich, daß er um dieſen Plan Spaniens von ſeinem eigenen Agenten hörte und daß auch er an ihn noch glaubte, als ihn Spanien bereits aufgegeben hatte.

***) Münchner Staatsarchiv 547/1, 350. Nebenmemorial des Churfürſten von der Pfalz für Chriſtian von Anhalt zu ſeiner Reiſe nach Frankreich ddo. 28. Juni/8. Juli 1606. Ebendaſelbſt Kurpfalz an Anhalt ddo. Heidelberg 5/15. Juli 1606.

†) Münchner Staatsarchiv 547/1, 362. Der Herzog von Bouillon an Kurpfalz ddo. Juli 1606 . . . Je ne puis rien adjouster a ce que dessus si non que a de vos parts vous nous faictes bien et asseurement esperer vos volontés, unions et moyens, et qu'ils soient capables de faire juger au Roy qu'il y doibt joindre les siennes, qu'il le fera y ayant ses affections et interests joincts en sorte, que vous y pertins ce que vous y peut compter, j'espere, que vous laisrez a vous et aux vostres une liberté et seureté en la religion et police plus grande, que vos predecesseurs ne la vous ont acquise.

Google Orgina from HARVARD UNIVER

Heinrich über dieſelben geſprochen und dieſer ſich zu einem entſchiedenen Eingreifen in die deutſchen Angelegenheiten erbötig erklärt, wenn er von den Abſichten, Mitteln und Verbindungen der deutſchen Fürſten, namentlich aber des Pfalzgrafen und des Kurfürſten von Brandenburg, genauen Bericht bekäme. Bouillon theilte dies mit und fügte hinzu, jetzt ſei die Gelegenheit gekommen, alles zu erreichen, aber man müſſe zugleich alles Zögern und alles Verheimlichen aufgeben und dem Könige ſagen, was man wolle und über welche Mittel man gebiete.

Anhalt, von dem Schreiben Bouillons in Kenntniß geſetzt, konnte nach ſeiner Ankunft in Paris bald genug merken, daß es ihm nicht leicht möglich ſein würde nach der erhaltenen Inſtruktion den König nur auszuforſchen, ohne ſelbſt Mittheilungen zu machen. Zwar beſitzen wir keine ins Detail gehenden Nachrichten darüber, wie weit der Geſandte und wie weit Heinrich in ihren bei derſelben Mittheilungen gingen, nichtsdeſtoweniger geben ſpätere Schreiben Anhalts hinreichenden Aufſchluß über den Gegenſtand derſelben. Von der Succeſſionsfrage im Reich aus 3 Aug
gehend gab Heinrich zu, daß wenn das Kaiſerthum den Habsbur- 16 N.
gern nicht genommen werden könne, Erzherzog Maximilian in dieſem Falle der „bequemſte“ Kandidat ſein würde; nur wollte der König von der Beſtimmung der Nachfolge bei Lebzeiten Rudolfs nichts wiſſen *), gewiß mit dem Hintergedanken, daß bei Erledigung des Thrones es ihm vielleicht doch gelingen könnte, ein anderes Geſchlecht auf denſelben zu bringen; Anhalt dagegen wollte durchaus nicht dieſen Zeitpunkt abwarten, weil dann Mathias vor Maximilian einen unendlichen Vorſprung haben mußte. Wichtiger aber als dieſe Berathungen über die Succeſſion waren die Beſprechungen über den in Deutſchland abzuſchließenden Bund, welcher ſich binnen kurzem zu der ſo viel genannten Union entwickelte. Ob Heinrich ob Anhalt ſchärfer die Nothwendigkeit dieſes Bundes betonten, läßt ſich nicht ſagen, gewiß iſt jedoch dies, daß derſelbe beiden als ein unumgängliches Mittel zum Zwecke galt. Der König erbot ſich bei dieſer Gelegenheit in die künftige Bundeskaſſe für die Durchführung gemeinſchaftlicher Zwecke zwei Drittel von dem zu zahlen, was die übrigen Bundesmitglieder zuſammen beiſteuern würden **).

*) Rommel Correspondance de Henri IV avec Maurice de Hesse, S 319. In dem bezeichneten befindlichen Briefe Heinrichs an den Landgrafen vom 14. August 1606 berichtet erſterer über die Verhandlungen mit Anhalt wegen Abſchluß einer deutſchen Union und bittet den Landgrafen das ſeine dabei zu thun. In dieſem Brief erwähnt Heinrich nichts von den Plänen bezüglich der Erzherzogs Maximilian.

**) Münchner Staatsarchiv 547/1 330. Anhalt an Kurpfalz vom 29. Juli/8. Aug.

Google

Der Bund, oder, wie man ihn gleich von allem Anfang an nannte, die Union sollte vor allem die beiden Kurfürsten von Brandenburg und der Pfalz, den Herzog von Würtemberg, den Landgrafen von Hessen und sonst so viel Fürsten umfassen, als zu gewinnen waren, und als sich mit den gegen das Haus Habsburg gerichteten Zwecken vertrug. Deshalb hatte man den Kurfürsten von Sachsen zuerst nicht in Rechnung gezogen, weil er mit dem Kaiser auf einem guten Fuße stand und weil er nur durch Konzessionen zu gewinnen war, durch deren Zugeständniß man nothwendig Kurbrandenburg verlieren mußte. Daß die Union bloß Protestanten zu umfassen habe, verstand sich gewissermaßen von selbst.

Das Resultat der Pariser Reise bestand also darin, daß Heinrich sich vorläufig die Kandidatur Maximilians gefallen ließ und daß die Abschließung der Union unter französischem Schutz der Gegenstand der nächsten Bestrebungen in Deutschland sein sollte. Der Anfang der Verhandlungen wurde in Heidelberg, wohin deshalb der Rath des Herzogs von Würtemberg, Bwinkhausen, gekommen war, gemacht*). Der Kurfürst selbst wollte sich an den Sitzungen betheiligen, da er sich aber bei den Mahlzeiten stets so vollsoff, daß er während der anberaumten Tage nie nüchtern war, wohnten den Konferenzen nur seine Räthe, Anhalt an der Spitze, und Bwinkhausen bei. Anhalt entwickelte in denselben mit einem großen Aufwande von Phrasen Plan und Zwecke der Union; der König von Frankreich beabsichtige mit derselben nichts anderes als das Wohl der deutschen Fürsten, wolle aus freien Stücken zwei Drittel der künftigen Geldanlagen beisteuern und wünsche vor allem des Herzogs von Würtemberg, den er über die Maßen hochachte, gewiß zu sein. Bwinkhausen, welcher diese Sprache zu gut kannte, um sich durch sie verlocken zu lassen, hörte mit einer gewissen ungläubigen Miene allen diesen Versicherungen zu und meinte am Schluße, es scheine ihm doch, daß hinter der ganzen Angelegenheit etwas mehr stecke, als man sage, daß man weniger damit das allgemeine Beste als „private Interessen" vor Augen habe, und daß es „kaum glaublich sei, daß Ihre Königlichen Würden von Frankreich so gar umsonst Geld weggeben wollte, ohne dafür starke Gegenleistungen zu fordern". Indessen nahm er es über

f. Sep. 1606

1606. Ebendaselbst 547/1, 666. Anhalt an den Kurfürsten von der Pfalz ddo. 28. Dezember 1606/7. Jänner 1607. Ebendaselbst 547 1, 669. Anhalt an Kurpfalz ddo. Darmstadt 26. September 6. Oktober 1606. Ebendaselbst 547 1, 682. Kurpfalz an Anhalt ddo. 7/17. Okt. 1606.

*) Münchner Staatsarchiv 117/4, 74. Extrakt Protokolli, was von den pfälzischen Räthen in Betreff Anhalts mit dem würtembergischen Rath Bwinkhausen wegen der Union gehandelt worden am 7. und 8. Sept 1606.

Google

ſich, dem Herzog über die erhaltenen Mittheilungen Bericht zu erſtatten*), nachdem Anhalt mit diplomatiſcher Geſchmeidigkeit dieſe Beſorgniſſe ſich zu zerſtreuen bemüht hatte. Das vorſichtige und mißtrauiſche Auftreten Würtembergs darf nicht ſo aufgefaßt werden, als hätten da andere Prinzipien in der auswärtigen Politik gegolten als bei Kurpfalz; es war nur die Folge der Beſorgniß, daß die rührige pfälziſche Partei von den Vortheilen der künftigen Union ſich den Löwenantheil zueignen könnte. — Auch die weitern Verhandlungen mit jenen deutſchen Fürſten, auf deren Geneigtheit zur Bildung der Union man zunächſt hoffte, übernahm Anhalt in eigener Perſon. Zuerſt reiſte er nach Kaſſel zu dem Landgrafen Moriz, dem alten Freunde Heinrichs IV, aber auch hier begegnete er unerwarteten Schwierigkeiten, denn der Landgraf hatte allerlei Ausflüchte, weshalb er nicht alſogleich der Union beitreten konnte, und als Anhalt nach Berlin kam, fand er daſelbſt den Boden 30 Okt.
noch unebener. Der Kurfürſt von Brandenburg hatte ſeine ganze Auf- 1606
merkſamkeit auf die jülichiſche Erbſchaft gerichtet; da er nun noch nicht im Klaren war, ob des Kaiſers oder Frankreichs Gunſt ihm hiezu leichter verhelfen würde, ſo zögerte er in eine Verbindung einzutreten, die ihm eine ſichere Feindſchaft zuziehen mußte, während ſie ihm doch nur eine noch nicht erprobte Freundſchaft in Ausſicht ſtellte**). Mit einem Worte, als am Ende des J. 1606 Anhalt über ſeine Bemühungen, der Sache der Union in Deutſchland feſten Boden zu verſchaffen, Rechenſchaft ablegte, mußte er bekennen, daß faſt nichts zu ihrer Realiſirung geſchehen ſei. Nach ſeiner jetzt gewonnenen Erfahrung mußte ſich der König von Frankreich ſelbſt dieſes Werkes annehmen, ſelbſt durch Geſandte den Boden in Brandenburg, Würtemberg und Heſſen ebnen; ohne Frankreichs entſchiedenes Eingreifen hielt Anhalt die Sache der Union für verloren***) — Beſſeres war allerdings von den kleinen Reichsfürſten und Grafen, die ſeit langem zur Klientel des Kurfürſten von der Pfalz gehörten, zu erwarten; auch auf die Reichsſtädte und namentlich Nürnberg warf jetzt Anhalt ſein Augenmerk und ſetzte

*) Wiener Reichsarchiv MS. 42. Relation Winwinhauſens ddo. 10/20. Sept. 1606.

**) Münchner Staatsarchiv 117/4, 70. Anhalt an Kurpfalz ddo. Deſſau 17/27. Okt. 1606. Ebendaſelbſt 117/4 64, Anhalt an Kurpfalz ddo. Zerbſt 4. Nov./25. Okt.

***) Münchner Staatsarchiv 117/4, 56, Anhalt an Kurpfalz ddo. 3. Jän. 1607/24. Dez. 1606 „Für Anderſt bleibe ich auch in der Meynung, es werde dieſe Union durch eine Zuſammenſchreybung derjenigen, mit denen ſchon gehandelt worden, ſehr mal befurdert werden. Solche conventus aber bei weyttem nicht einen ſo guten außgang erreychen wurde, wo nicht zuvor Frankreych ſeye entherent interponirt und bei Keyßer allerley Nothdrifftige unterhandlungen und Annehmungen gethan hette.

Google

auf sie einige Hoffnung. Nicht mit Unrecht, denn während die deutschen Fürsten einen scharfen Einblick in das Getriebe der Politik hatten und sich nicht so leicht von religiösen Vorspiegelungen fangen ließen, waren die Städte viel kurzsichtiger und ehrlicher, weil sie meistens noch immer so eifrige Anhänger des Protestantismus waren, als 60 Jahre vorher.

Auf Anhalts Vorschlag ordnete also Friedrich IV einen neuen Gesandten nach Paris in der Person des Geheimrathes Plessen ab*), und auch der Herzog vom Würtemberg schickte, um sich über die Zwecke der Union an der eigentlichen Stelle Licht zu verschaffen, seinen Rath Buwinkhausen nach Paris. Heinrich mag nicht wenig erstaunt gewesen sein, daß er so unerwartet auf Hindernisse stoße und deshalb hielt er es für angezeigt, Buwinkhausen gegenüber auf das Entschiedenste in Abrede zu stellen, als beabsichtige er mit Hilfe der Union eine herausfordernde Politik zu beobachten und dadurch die deutschen Fürsten in allzu große Auslagen zu stürzen, oder als wolle er sein Verhältniß zur Union auch nur entfernt so ausbeuten, um sich eine Art Oberherrlichkeit über ihre Mitglieder anzueignen. In der überzeugendsten Weise von der Welt suchte er auf sein eigenes Alter und auf die Jugend seiner Kinder als auf einen Umstand hinzuweisen, der es ihm wünschenswerth mache, mit Jedermann im Frieden zu leben und überall Verbündete zu haben. Die Union solle also einen wahrhaft defensiven Charakter haben, sie solle die deutschen Fürsten wider alle Angriffe von Seite des Kaisers, wider alle Hofprozesse, Exekutionen, Achtserklärungen, feindliche Einquartirungen und Durchzüge schützen, mit einem Worte, sie solle „die Reichskonstitutionen" aufrechthalten; dagegen solle sie auch ihm selbst (dem Könige) zu Gute kommen, falls er in seinem Reiche angegriffen würde. Da anzunehmen war, daß der letztere Fall nicht so leicht eintreten konnte, wie die angebliche Verletzung der Reichskonstitutionen, so schien die Union hauptsächlich auf den Vortheil der deutschen Fürsten gerichtet zu sein; Heinrich selbst stellte dies so dar und säumte nicht die wahre Ursache seines Edelmuthes anzugeben. Er fühle sich niedergedrückt von dem Vorwurf der Undankbarkeit, mit welcher er die ihm früher erwiesenen Dienste deutscher Fürsten bisher gelohnt habe, da er noch immer nicht die schuldigen Geldsummen bezahlt habe; er wisse, „diese Offension sei so groß, daß nicht nur seine auswärtigen Freunde sondern auch seine Unterthanen der Meinung wären,

*) Münchner Staatsarchiv 117/4, 62. Memorandum Anhalts für Kurpfalz über das, was mit Frankreich verhandelt werden solle dto. 25. Okt./4. Nov. 1606 und das schon citirte Schreiben Anhalts an Kurpfalz dto. 24. Dezember 1606/3. Januar 1607.

Google

er kann ſich ſelbſt im äußerſten Nothfall ſeiner Hilfe aus Deutſchland getröſten"*). Um alſo den Vorwurf der Undankbarkeit von ſich abzuwälzen und zugleich ſeinen Unterthanen die „Opinion" zu beibringen, als ob er von ſeinen früheren Freunden verlaſſen ſei, wünſche er den Beiſtand der Union**).

*) Dieſe Angelegenheit iſt ein alter Schandfleck auf dem Andenken Heinrichs. Wir haben erwähnt, daß Anhalt im J. 1591 mit 16,000 Mann ihm zu Hilfe gezogen ſei, nachdem ſich der letztere durch Turenne verpflichtet hatte, den Sold der Truppen in einem beſtimmten Betrage zu zahlen. Die vorläufigen Ausgaben wurden von mehreren deutſchen Fürſten und von Chriſtian von Anhalt ſelbſt getragen. Das deutſche Hülfsheer diente hierauf ein Jahr in Frankreich, bekam aber während dieſer Zeit nicht einen Kreuzer Sold ausgezahlt und wurde ſchließlich von den Führern, welche die Koſten nicht mehr erſchwingen konnten, zurückgeführt und entlaſſen. Bei ihrem Abzuge ſtellte Heinrich dem Fürſten von Anhalt einen Schuldſchein auf 1,073,449 Kronen oder 2,146,898 Gulden aus, welcher er bei beſſerer Gelegenheit zu zahlen ſich verpflichtete. Der Schuldſchein befindet ſich heute im Archive im Schloß von Bernburg, iſt alſo bis auf den heutigen Tag noch nicht bezahlt worden, obwohl für Heinrich bald genug ſo günſtige Zeiten eintraten, daß er ſelbſt Schätze aufhäufen konnte. Es iſt dies gewiß eine ſchmutzige Undankbarkeit und ein Beweis des Geizes den ihm ſo viele ſeiner Zeitgenoſſen vorwarfen. Als Moritz von Heſſen im J. 1612 Frankreich beſuchte, äußerte er ſich gegenüber Villeroy über das Benehmen Heinrichs in dieſer Angelegenheit (Rommel, Correspondance de Henri IV avec Maurice de Hesse, S. 73) und ſprach die Befürchtung aus, daß es ein Hinderniß für die Union abgeben dürfte. Wolle Heinrich die deutſchen Fürſten gewinnen, müſſe er ſie zuerſt bezahlen, er ſagte, que c'est toujours que nous vinsmes en France doucement que le monde de nos parties exempté nous voulu, afin au pouvoir produire un bon effet mit ſtellt der deutſchen Fürſten zu einer Allianz mit Oeſterreich vermögen. Villeroy malgré son désir de trouver quelque excuse pour le Roi, ne pouvant plus résister à ces arguments, rejeta enfin toute la faute sur les autres conseillers du Roi, qui craignaient toute dépense. A quoi je répartis Monsieur, je vous prie, le différence de cette que le Roi fasse pour deux années contre les grands bâtiments, car nous l'argent épargné, nous lui construirons un palais tout propre à ses intentions, à son agrandissement et à sa gloire. — Nichtsdeſtoweniger zahlte weder Heinrich IV noch Ludwig XIII und XIV dieſe Schuld, eine wahre Ehrenſchuld der Bourbonischen Monarchie. Als im J. 1815 bei Gelegenheit des zweiten Pariſer Friedens die ſiegenden Mächte ältere und neuere Anſprüche auf Schadenerſatz erhoben, kam auch Anhalt-Bernburg und verlangte die Bezahlung des ſeit 200 Jahren fälligen Schuldſcheins, wurde aber auch jetzt abgewieſen. S. Bauchelle' Histoire de deux révolutions. — Fürſt Chriſtian von Anhalt, der am hervorragendſten bei der ganzen Angelegenheit betroffen wurde, benahm ſich in derſelben ſehr mäßig und zurückhaltend, in hohen Ziele, welche er verfolgte, erlaubten ihm nicht wegen einer Geldſumme mit Frankreich zu brechen, ſo ſehr er auch ſonſt das Geld nöthig hatte.

**) Wiener Reichsarchiv Mſ. 41. Relation Gonzalvo's dto. 28. Mai/8. Juni 1607.

Google

Obwohl der Herzog von Würtemberg klug genug gewesen sein mag, um diese Sprache ihres diplomatischen Gewandes zu entkleiden, so zeigte er sich nichtsdestoweniger von nun an dem Gedanken der Union befreundet und begann deshalb mit dem Kurfürsten von der Pfalz die zu ihrer Begründung nöthigen Verhandlungen. Dieselben betrafen die Art und Weise, wie für die Union die nöthige Zahl von Mitgliedern gewonnen werden könnte, vor allem aber die Festsetzung der Prinzipien, welche die Union in ihrer deutschen Politik zu befolgen haben würde. Bezüglich der Anwerbung neuer Mitglieder vertheilte der Kurfürst von der Pfalz die Rollen so, daß er abermals die Gewinnung von Kurbrandenburg und Hessen versuchen, außerdem aber noch bei Braunschweig eine Anfrage stellen wollte; der Herzog von Würtemberg sollte sich dagegen angelegen sein lassen Pfalzneuburg und die Reichsstädte Ulm, Straßburg und Nürnberg zu gewinnen. Die Herbeiziehung der Reichsstädte wurde als eine schwierige aber nothwendig zu lösende Aufgabe angesehen. Die deutschen Fürsten wußten, daß die Reichsstädte nicht gern mit ihnen Bündnisse abschlössen, weil die Erfahrung lehrte, daß die Bürger stets übel dabei wegkamen; nichtsdestoweniger mußte dieser Widerwille um jeden Preis überwunden werden, da man das Geld der Reichsstädte für die Union brauchte. Der Kurfürst von der Pfalz war deshalb dafür, daß man die Städte mit gebundenen Augen in die Union einführe, ohne sie den ganzen Umfang dieser Verbindung merken zu lassen, und riet, man solle „anfangs Frankreichs gar nicht gedenken" und wenn man später doch Frankreichs erwähnen müßte, so habe dies nur nebenbei mit der Behauptung zu geschehen, dasselbe habe „die Union keineswegs angefangen, sondern sei nur ein Accessorium zu ihrer Stärkung." Man müsse vornehmlich auf das religiöse Gefühl der Städte einzuwirken suchen und hiezu böten die Ereignisse in Donauwörth gerade die beste Gelegenheit. Habe man so die wichtigsten Reichsstädte gewonnen, so sei nicht zu zweifeln, daß die übrigen sich ihrem Beispiele anschließen würden*).

Ende Mai 1606

Würtemberg schloß sich diesen Ansichten an, und so erörterte man weiter, was der Gegenstand der Berathung bei einer etwa in Weihnachten abzuhaltenden Versammlung sein sollte, denn bis dahin hoffte man, von Fürsten und Städten so viele, als nöthig schien, gewonnen zu haben. Schon hatte Rudolf seine Einladungen an die deutschen Fürsten ergehen lassen, sich bei einem Reichstage in Regensburg einzufinden und zugleich bekannt gegeben, daß er sie um Subsidien gegen die Türken ersuchen wolle. Der Kurfürst von der Pfalz hatte für diesen Fall bereits ein Programm fertig,

1607

*) Wiener Reichsarchiv, MS. 42. Gumpenhausens Relation ddo. 29. Mai 8. Juni 1607.

Google

deſſen Durchführung die erſte Aufgabe der Union ſein ſollte. Bei dem Reichstage ſollten nämlich die Mitglieder derſelben in allen Berathungen und Beſchlüſſen als eine Körperſchaft auftreten, um ſo den durchzuführenden Bruch in der Reichsverfaſſung auch mit Erfolg verſuchen zu können. Auf die Forderung Rudolfs um Subſidien habe man einſtimmig zu entgegnen, daß man dieſelben bewilligen wolle, im Falle der Kaiſer der Kompetenz des Reichshofrathes über Deutſchland ein Ende machen und folglich das Kammergericht als alleinige Reichsbehörde beſtehen laſſen wolle. Was dies zu bedeuten hatte, ergibt ſchon die einfache Betrachtung der Beſchaffenheit und Wirkſamkeit des Reichskammergerichts und des Reichshofraths. Das Kammergericht wurde vom Kaiſer und von den Reichsſtänden gemeinſchaftlich beſetzt, hatte ſeine ungbegrenzte Wirkſamkeit und hing in der Exekution der gefällten Urtheile vom guten und ſchlechten Willen der Reichsſtände ab. Der Hofrath dagegen hing allein vom Kaiſer ab, konnte ſeine Wirkſamkeit je nach den Umſtänden erweitern oder verengern und war deshalb den auf den Zerfall Deutſchlands bedachten Reichsſtänden als eine drohende wenn auch jetzt minder wirkſame Drohung verhaßt. Mit der Vernichtung des Reichshofrathes ſollte alſo eine der letzten Inſtitutionen fallen, welche die Stände daran mahnen konnte, daß ſie doch nichts anderes als Unterthanen eines wenn auch morſchen Reiches ſeien *). Da vorauszuſehen war, daß der Kaiſer auf die Abſchaffung des Hofrathes oder auf eine gleichbedeutende Suspenſion ſeiner Wirkſamkeit während einer beträchtlichen Anzahl von Jahren nicht eingehen werde, ſo ſchlug Kurpfalz für dieſen Fall die Verweigerung jeder Reichshilfe im Türkenkriege vor und zwar ſelbſt auch dann, wenn die Majorität des Reichstages ſich für die Bewilligung einer ſolchen ausſprechen würde. Der Kurfürſt betonte ausdrücklich, daß die zu begründende Union ſich Majoritätsbeſchlüſſen nicht unterordnen dürfe, ſondern in geſchloſſener Reihe den Reichstag verlaſſen müſſe, ſobald die Verhandlungen eine ihr ungünſtige Wendung nehmen würden. Friedrich IV, welcher unter dem Einfluße Anhalts ſo vermegenen Abſichten das Wort lieh, drückte doch nichts weiter aus, als was die proteſtantiſche Hälfte Deutſchlands mehr oder weniger klar dachte und wollte, und begegnete alſo in voraus der Zuſtimmung Würtembergs. Man ſieht, der angeblich defenſive

*) Die Abſchaffung der Jurisdiktion des Reichshofraths war beinahe ſeit einem Jahrzehend der ſtete Gegenſtand der Verhandlung auf mehreren von den Proteſtanten beſonders gehaltenen Verſammlungen. Man ſiehe Häberlins Neueſte deutſche Reichsgeſchichte, 21 und 22. Band. Der Kurfürſt von der Pfalz nahm alſo in das Unionsprogramm einen Punkt auf, für welchen er einer ziemlich allgemeinen Zuſtimmung gewiß war.

Google

Charakter der Union zeigte ſich in Wirklichkeit als ein ſehr offenſiver, ſtatt die Reichsverfaſſung zu erhalten, bezweckte ſie geradezu ihre Zertrümmerung und wir werden bald genug finden, daß ſie weit entfernt die Vertheidigung des eigenen Beſitzes zu bezwecken, geradezu auf Eroberungen bedacht war. So ſchnell theilte ſich der Geiſt Heinrichs IV den vorſichtigen deutſchen Fürſten mit.

IV.

Während der Kurfürſt von der Pfalz im Verein mit dem Herzoge von Würtemberg die Begründung der Union feſt ins Auge faßte, vergaß er, oder beſſer geſagt, der Fürſt von Anhalt, keinen Augenblick auf die mit dem Erzherzog Maximilian eingeleitete Intrigue, ſondern ſuchte dieſelbe dem gewünſchten Abſchluße nahe zu bringen. Heinrich war für dieſelbe gewonnen oder trat ihr wenigſtens nicht entgegen, es kam alſo jetzt darauf an, daß ſowohl in Oeſterreich als auch in Deutſchland der Boden für dieſelbe vorbereitet werde. In Oeſterreich konnte dies durch geheime Verhandlungen mit den Ständen, namentlich dem proteſtantiſchen Theile derſelben, in Deutſchland durch Gewinnung der Kurfürſten geſchehen.

Für die Verhandlungen mit den Ständen war Niemand beſſer geeignet als Anhalt, der gerade in dieſer Art von Geſchäften eine unerreichbare Meiſterſchaft beſaß. Schon ſeit mehreren Jahren hatte er ſich bemüht mit einem Theile des proteſtantiſchen Adels in Oeſterreich in Verbindung zu treten, um bei Gelegenheit daraus Nutzen zu ziehen. Jene Kavaliere, welche ihrer Ausbildung oder ihrer Luſt wegen Deutſchland bereiſten, fanden nirgends eine ſo zuvorkommende Aufmerkſamkeit und Theilnahme als gerade in ſeiner Reſidenz zu Amberg, wo er als Statthalter lebte, oder in Heidelberg bei dem Kurfürſten von der Pfalz; die Unterhaltung drehte ſich da faſt ausſchließlich um die Verhältniſſe ihrer Heimat und die Bemerkungen und Antworten des Wirthes ließen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die öſterreichiſchen Stände in ihren antidynaſtiſchen Beſtrebungen ſtets an dem Kurfürſten von der Pfalz und an dem Fürſten von Anhalt die ausdauerndſten und opferwilligſten Freunde finden würden. So glaubt man auch in den öſterreichiſchen Ländern ſelbſt und die rebelliſchen Ungarn gaben ſonach im J. 1605, als ſie einen Geſandten an den Kurfürſten von der Pfalz abordneten, dieſer allgemeinen Annahme nur einen paſſenden Ausdruck. Bocay, der Geſandte des Kärpfner Landtags und Bocskay's kam nach Deutſchland im Beginn des J. 1606 und verlangte im Namen ſeiner Auftraggeber, der Kurfürſt ſolle mit allen ihm zu Gebote ſtehenden Mitteln verhindern, daß der Kaiſer von den Reichsſtän-

Google

den um Hilfe gegen Ungarn erlange und zugleich seinen ganzen Einfluß aufbieten, damit den Ungarn in ihren Forderungen genügt werde*).

Bei dieser Gelegenheit wurde Anhalt von dem Kurfürsten um Rath befragt, wie weit man sich mit den Ungarn einlassen solle, und kam nun zum erstenmale in die Lage, sich über die österreichischen Verhältnisse in entscheidender und folgenreicher Weise auszusprechen. Er riet dem Pfalzgrafen, die Verbindung nicht von sich zu weisen, doch auch nicht mit zu großer Hast sich in dieselbe zu stürzen, denn der Geist der ungarischen Nation sei „listig" und es sei deshalb um so schwerer mit ihnen sich in ein Bündniß einzulassen, da ihre Verbindung mit den Türken notorisch sei. Nichtsdestoweniger riet er den angeknüpften Faden nicht abzuschneiden, sondern den Ungarn so weit thunlich den Boden zu ebnen, sie etwa an den Prinzen Moriz von Oranien zu weisen und mit ihm in ein Bündniß zu bringen, welchem man auch die Böhmen auf eine geschickte Weise nahe bringen müßte, weil für die evangelischen Stände im Reich mit der Zeit daraus „allerhand gute Gelegenheiten und Vortheile" entstehen könnten. Ja er meinte sogar, man müßte dahin trachten, daß das deutsche Reich in Ungarn selbst intervenire und zwischen den Aufständischen und dem Kaiser einen Frieden herstelle, was natürlich nichts anderes als die Vernichtung aller Auktorität Rudolfs zur Folge gehabt hätte**). Da Mathias selbst mit den Ungarn sich verband und dadurch den Wiener und Türkenfrieden herbeiführte, so hatte dieser Versuch einer Einmischung in die ungarischen Angelegenheiten vorerst keine Folgen, aber man hatte sich doch kennen gelernt, und in allen Ländern Oesterreichs galt es nunmehr als eine erwiesene Thatsache, daß die Protestanten auf die Pfalz unter allen Umständen rechnen konnten.

Christian von Anhalt that darauf einen Schritt weiter. Von Amberg aus, welches der böhmischen Grenze sehr nahe liegt, trat er in einen vertraulichen Briefwechsel mit dem letzten Stammhalter der berühmten Familie der Rosenberge. Peter Wok von Rosenberg lebte, um diese Zeit an der Schwelle des Greisenalters stehend, in Wittingau und vertrieb sich daselbst nach einem wechselvollen theils am kaiserlichen Hofe theils im Kriege zugebrachten Leben die Langeweile mit den alchy-

*) Münchner Staatsarchiv 547/ 27. Vortrag des Gesandten Buchlay's und der ungarischen Stände zu Schwepnitz dds. 7/17. Febr. Ebend. Fol. 47, Kurpfalz zu Bocsay dds. 11/23. Febr 1606.

**) Münchner Staatsarchiv 547/130. Unvorgreiflich Bedenken, was bey herrn Botschkay und der Oberhungarischen Stende Abgesandten anzubringen zu acht zu nehmen und ferner zu deliberiren sein möchte dds. 10/20. Febry 1606. Das Gutachten ist von Anhalt.

Google

mistischen Träumereien seines Jahrhunderts, mit höfischen Weibchen und mit politischer Korrespondenz. Seine Vorfahren hatten einst als glühende Vertheidiger der katholischen Kirche deren Bestand vor völligem Ruin in Böhmen gesichert, er dagegen hatte sich dem Protestantismus in die Arme geworfen und war zuletzt der Unart der böhmischen Brüder beigetreten. Anhaltende körperliche Schwäche, ob nun eine Folge erduldeter Strapazen oder seiner Unterhaltungen, hinderte ihn seinen Wohnort zu wechseln, er hatte deshalb Wittingau zu seinem beständigen Aufenthalt gewählt und aus seinem Schloß eine wohlverwahrte Festung gemacht, wie es damals keine zweite in Böhmen gab. Für seine Umgebung wurde er bald durch seine sonderbare Lebensweise, die in mehr als einer Beziehung an das orientalische streifte und durch seine Launen, in welchen Grausamkeit mit Wohlwollen abwechselnd das Glück oder Unglück jener, die ihm nahe kamen, begründete, eine Art mythischer Person. Zur Besorgung seiner Korrespondenzen hatte er sich in der Person eines gewissen Theobald Hock, der aus der Pfalz gebürtig war und mehrere Sprachen geläufig sprach, einen habsüchtigen und intriganten Mann gewählt, der wahrscheinlich die erste Veranlassung zu einem vertrauteren Verkehr zwischen Herrn von Rosenberg, dem Pfalzgrafen und dem Fürsten von Anhalt bot. Thatsache ist, daß der letztere im Anfang des J. 1607 seinem „Oheim und Vater" Peter Wok, einen in der Chemie erfahrenen Arzt zuschickte*), und zu gleicher Zeit in vertraulicher Weise alle wichtigen Vorfälle mit ihm brieflich erörterte. Gerade um diese Zeit nahmen die ungarischen Ereignisse bereits eine solche Wendung, daß der Zusammenstoß zwischen Mathias und Rudolf zu erwarten stand. Sowohl die Ungarn selbst als auch diejenigen österreichischen Herren, welche sich dem Auftreten derselben anschließen wollten, darunter Erasmus von Tschernembl obenan, hatten ein großes Interesse daran, den mächtigsten und reichsten Kavalier von Böhmen in ihre Verbindung zu ziehen. Rosenberg, welcher sich in seiner Zurückgezogenheit mit einemmale auf das schmeichelhafteste von zwei deutschen Fürsten behandelt sah, jetzt auch bei den mannigfachsten Veranlassungen Zuschriften aus Ungarn und Oesterreich bekam, hielt sich nachgerade für berufen, selbstständiger in die Politik mit dem Gewicht seiner Person und seines Vermögens einzugreifen, während er doch nur dem Impulse folgte, welchen seine auswärtigen Freunde auf ihn ausübten. Anhalt legte ihm durch Hock seinen Plan einer Verbindung der Protestanten, wie er sich später in der Union verwirklichte, nahe und Rosenberg, diese Idee als eine eigene auffassend, schickte bald darauf seinen Sekretär als Unter-

*) Bernburger Archiv F. 1. 226, Fol. 29.

Google

händler an den pfälzischen Hof den Kurfürsten zu mahnen, eine Vereinigung aller Protestanten zu einem Bündnisse anzubahnen. Auf diese Weise sah sich Friedrich IV förmlich zu etwas gedrängt, was er ohnedies auf das heftigste wünschte, und was er selbst Herrn von Rosenberg nahe gelegt hatte, ohne daß dieser davon eine Ahnung besaß *). Den ungerischen und österreichischen Freunden machte der letztere Hoffnung auf seine Unterstützung, die nach der Lage der Dinge vorerst nur in Geld bestehen konnte. Der Fürst von Anhalt versuchte selbst schon frühzeitig, wie weit die Opferwilligkeit Rosenbergs reichen würde, und bat ihn um ein Anlehen von 10.000 Thalern, wahrscheinlich unter dem Vorwande, daß sie zur Erreichung großer Zwecke dienen sollten. Rosenberg kam nicht nur dieser Aufforderung auf das bereitwilligste nach, indem er das Geld in Fässern im geheimen nach Amberg bringen ließ, sondern er gab auch Hoffnung auf fernern Beistand mit seinem Reichthum, so daß Anhalt nicht genug mit seiner neuen Freundschaft zufrieden sein konnte und nicht lange zögerte, dieselbe durch die Bitte um ein zweites Anlehen von 30.000 Thalern zu erproben. Er schämte sich nicht, bei dieser Gelegenheit zugleich auch als Erbschleicher aufzutreten, denn da Rosenberg als der letzte des Stammes sein Vermögen lachenden Erben hinterlassen mußte, behauptete er steif und fest, die Familien Anhalt und Rosenberg seien mit den römischen Orsini's einer und derselben Abstammung und versprach zuletzt seinem Verbündeten Hock zehn Prozent von der Erbschaft zu geben, welche er ihm bei Rosenberg zu Wege bringen würde **). 12 Sh. 1607

Dieser Anschluß an den böhmischen Magnaten, welchem Anhalt so schnell eine einträgliche Seite abzugewinnen wußte, war zugleich auch von einem regen Austausch von Wünschen und Ansichten zwischen Ungarn,

*) Bernburger Archiv Reg. I. F. 1 225. Schmid an Anhalt ddo. 9/19. August 1607. Sa demande (des Hock im Namen Rosenbergs) entoit, que Son Altesse (der Kurfürst) comme directeur entre les Evangeliques connoissant de ce rien rapport l'estat present des eglises voisines le debvroit prendre au coeur et y travailler à vive force, qu' une Union et meilleur correspondance se peuse former entre les Estats protestans pour tant mieux pouvoir obvier aux dangereuses pratiques et desseigns de nos ennemis communs.

**) Das Interessanteste an der Sache ist, daß Anhalt nach Rosenbergs Tode dem Theobald Hock die versprochenen 10 pCt. zu zahlen sich weigerte und sich ein Gutachten von seinen eigenen Beamten ausstellen ließ, welche ihn von seinem Versprechen lossbanden. Ihr wichtigster Grund war, daß Hock die Hoffnungen, welche man sich von seiner Bemühung versprach, bei weitem nicht erfüllt habe und Rosenbergs Vermächtniß an Anhalt nur unbedeutend sei. Es betrug 30.000 Thaler. Hock sah sich so in seinen Erwartungen betrogen. Die Akten sind im Bernburger Archiv.

Google Original from HARVARD UNIVERSITY

Oeſterreich und Böhmen einerſeits und Amberg andererſeits, welche alle ihren Weg über Wittingau machten, begleitet. Theils ſandte Roſenberg nach Amberg detaillirte Nachrichten von dem, was ihm ſelbſt zur Kenntniß gelangte, theils ſchickte er geradezu Hock zu Anhalt, um ihm durch dieſen ſolche Mittheilungen zukommen zu laſſen, welche am ſicherſten mündlich zu machen ſind. Durch Roſenberg und Hock ertheilte wiederum Anhalt den Häuptern des öſterreichiſchen Adels namentlich Herrn von Tſchernembl ſeine Rathſchläge. Abermals vertrat er die Meinung, daß das deutſche Reich ſelbſt in Ungarn intervenire und gegen den Kaiſer Ruhe ſchaffen müſſe, ja er ging noch weiter und empfahl eine Einverleibung Ungarns ins deutſche Reich, eine Maßregel, welche natürlich nur darauf berechnet war, das Land den Habsburgern ſo zu entwinden, wie ſich ihnen Deutſchland ſelbſt ſchon entwunden hatte. Dabei blieb es ihm jedoch nicht verborgen, daß ſich zwiſchen Mathias und ſeinen Ländern, welche Rudolfs Herrſchaft abſchütteln wollten, ein gutes Einvernehmen anbahne und daß vielleicht der Vortheil der Revolution, deren Ausbruch er ſelbſt beſchleunigte, dem Erzherzog zu Gute kommen könnte. Allein er rechnete, daß, wenn Mathias mit Hülfe der proteſtantiſchen Stände ſiegte, dieſer Sieg auch der ſtändiſchen Macht und dem Proteſtantismus zu Gute kommen müßte und daß ſich damit genug Gelegenheit bieten würde, gegen die Habsburger weiter zu intriguiren, im entſcheidenden Moment an Mathias' Stelle den Erzherzog Maximilian zu bringen oder ganz und gar mit dem verhaßten Hauſe aufzuräumen. Anhalt machte ſich auf einen längern Kampf in Oeſterreich gefaßt, deſſen Chancen er lenken zu können hoffte. So viel iſt gewiß, er wußte um die Kataſtrophe, welche ſich in Oeſterreich vorbereitete, ſchürte die Unzufriedenheit daſelbſt und fand es den Intereſſen, welche er vertrat, entſprechend, daß der Kaiſer ohne Rettung ſeinem Ruin entgegengehe*).

So wie Anhalt den öſterreichiſchen Ständen ſo nahe als möglich trat, um ſich einen Einfluß auf ſie zu ſichern, ſo trachtete er auch gleichzeitig in Deutſchland den Boden für die künftigen Operationen zu ebnen. Hier mußte er mit ſeinem Plane, den Erzherzog Maximilian auf den deutſchen Thron zu erheben, offener hervortreten,

*) Bernburger Archiv F. 1. 226 Fol. 47 Roſenberg an Anhalt ddo. 5. April 1607; Fol. 74 Roſenberg an Anhalt ddo. 10. Mai, Fol. 85 Hock an Dr. Creß ddo. 22. Mai, Fol. 80 Anhalt an Roſenberg ddo. 2/12. Juli; Fol. 85 Memorial Anhalts niedergeſchrieben anfangs Auguſt; Fol. 99 und 104 Roſenberg an Anhalt und Hock an Anhalt. — Münchner Staatsarchiv 547/3. 175. Memorial Anhalts für den Kurfürſten von der Pfalz ddo. 2/12. Oktober 1607.

Google

um die Anschlag gebenden Personen zu gewinnen, während es in Oesterreich hinreichte, wenn man die Stände daran gewöhnte, ihr Heil von pfälzischer Einwirkung zu erwarten. Da nun die Kurfürsten in der Besetzung des deutschen Thrones die schließliche Entscheidung in den Händen hatten, so trachtete Anhalt, sie zuerst zu gewinnen. Man sollte wohl erwarten, daß er die Verhandlungen mit dem protestantischen Theil derselben begonnen habe, aber dieser kluge und scharfsichtige Politiker sah vielmehr Gedeihen für seine Unternehmung, wenn er sich unmittelbar an die geistlichen Kurfürsten wagen würde, sobald es ihm nur gelingen könnte, einen derselben zu gewinnen. Den ersten Versuch machte also der Pfalzgraf auf sein Ansuchen und Anrathen bei dem Erzbischof Schweikhart von Mainz und die Gelegenheit hiezu boten die Berathungen des Kurfürstentages von Fulda. Die völlige Apathie des Kaisers in den deutschen Reichs-Angelegenheiten hatte nämlich den Kurfürsten von Mainz veranlaßt, einen Konvent nach Fulda zu berufen, welcher von den Gesandten sämmtlicher Kurfürsten beschickt und 1606
in dem unter andern berathen wurde, wie dem Kriege in den Nieder- Aug.
landen ein Ende gemacht und wie für das Reich durch die Wahl eines Königs gesorgt werden könne. Die geistlichen Kurfürsten hatten ein großes Interesse daran, daß das Reichsoberhaupt einigermaßen seine Pflicht thue und deshalb waren ihre Wünsche nach einem Vertreter Rudolfs ziemlich aufrichtig. Pfalz bei seinen auf Maximilian gerichteten Intentionen war damit zufrieden, daß die Königswahl in Antrag gebracht werde; Sachsen und Brandenburg schlossen sich der Mehrheit ohne tiefer gehende Absichten an. Es wurde beschlossen, sämmtliche Kurfürsten sollten sich in einem gemeinsamen Schreiben an den Kaiser wenden, damit dieser zur eigenen Erleichterung die Wahl eines Königs gestatte, der ihm bei der Regierung als eine Art Coadjutor behilflich sein solle. Die drei geistlichen Kurfürsten unterzeichneten das Schreiben, als aber der Pfalzgraf dies thun sollte, besann er sich plötzlich eines andern, denn er fand, daß eine solche Aufforderung an den Kaiser, für die Nachfolge zu sorgen, allzusehr der Wahlfreiheit „präjudizirlich" sei*). Das Schreiben ward sonach nicht abgeschickt, da auch Brandenburg und Sachsen nicht unterzeichneten, die Succeſſionsfrage aber, um derentwegen der Tag von Fulda vornehmlich ausgeschrieben worden, war in weitere Ferne als je gerückt.

*) Sächs. Staatsa. Kurfürstenzusammenkunft 7887/13. Kursächs. Instruktion für den Tag von Fulda ddo. 28. July/ 7. Aug. 1606. Münchner Staatsa. 547, 1, 419 Kurpfälzische Instruktion für den Tag von Fulda ddo. 11/21. Aug. 1606. Ebendaselbst 547/3, 15. Antrag an Kurpfalz ddo. Amberg, 22. Jänner/1. Hebr. 1607.

Google

Auch erinnerte ſich jetzt Anhalt, daß der Pfalzgraf dem Kaiſer erſt vor einigen Jahren ein Verſprechen gegeben habe, er werde die Wahl eines römiſchen Königs auf keine Weiſe in Anregung bringen. Die Wahl eines Tages von Fulda wäre nicht nur ein Bruch dieſes Verſprechens geweſen, ſondern ſie hätte auch den Kaiſer in gleicher Weiſe gegen Kurpfalz wie gegen andere Kurfürſten eingenommen. Anhalt riet deshalb andere Wege einzuſchlagen. Durch einen vertrauten Agenten könnte nach ſeiner Meinung dem Kaiſer in Prag nahegelegt werden, daß ſich das allgemeine Verlangen nach der Beſtimmung der Nachfolge auch im Reiche nicht weiter unterdrücken laſſe, und daß es deshalb für den Kaiſer viel beſſer ſei, wenn er dieſe Angelegenheit ſelbſt in die Hand nehme und im Verein mit Kurpfalz und andern Wählern einen Prinzen erhebe, der ihm keinesfalls gefährlich werden könne*). Aber um dieſen Vorſtellungen den gehörigen Nachdruck zu geben, dazu war es nöthig, daß Pfalz nicht blos im eigenen Namen auftrat, ſondern zum voraus mit einem der mächtigſten Kurfürſten ſich verſtändigte.

Als daher der Pfalzgraf dem Erzbiſchof von Mainz erklärte, er könne das Schreiben an den Kaiſer nicht unterzeichnen, erſuchte er ihn auch zugleich um eine Zuſammenkunft, in der ſie beide im engſten Vertrauen die Succeſſionsfrage beſprechen könnten**). Dieſe Zuſammenkunft fand wirklich in Neuenſchloß, wo Kurmainz und Kurpfalz, begleitet
27 von ihren vertrauteſten Räthen ſich einfanden***), ſtatt. Hier beſpre-
März chen ſie umſtändlich die öffentlichen Verhältniſſe und nachdem ihre An-
1607 ſichten in einigen wichtigen Punkten ſich begegneten, beſchloßen ſie

*) Münchner Staatsa. 547/1, 598. Anhalt an Kurpfalz dda. Lautern 20/30. Sept. 1606. Ebendaſelbſt 547/1, 603. Anhalt an Kurpfalz dto. 21/31. Nov. 1606. Ebendaſelbſt 547/1, 666. Anhalt an Kurpfalz dto. 28. Dez. 1606/7 Jänner 1607.

**) Münchner Staatsa. 547/3, 58. Kurpfalz an Anhalt dto. 7/17. Hebr. 1607.

***) Münchner Staatsa. 547/3, 113. Memorial für Kurpfalz, was bei der Zuſammenkunft in Neuenſchloß verhandelt werden ſolle. „Beim Punctum in omni successionis möchte von Mentz defectus patrimonii Erzherzogs Maximiliani erregt werden. Darauf aber geantwortet werden, obwohl pacta familiae in leidigem hauß, daß der Aelteſte nur die Lande haben ſolle, vorhanden ſein möchten, daß doch noch zweifelich, ob die ſich mit diſputirten laſſen ſtudiren. Contrarium ſtehe ſich daß practicirt worden, indem Grätz denen zuſammen durch theilung. Wann derwegen hierzegſt Maximilian etwas mindts beſchäme, werden J. F. D. auch ſelbſt alßdan bedacht ſein von den Erblanden waß zu erlangen oder auch ſonſten mittel vorſchlagen. So möcht ſich Behaim und Ungarn uff ſolchen fall auch beſte hilfer an J. F. D. ergeben. — Ebendaſelbſt fol. 107 und 112 ſind die Reverſe, durch welche ſich Pfalz und Mainz gegenſeitig ihre Verſchwiegenheit garantirten.

Google

einander mitzutheilen, wem sie bei der künftigen Wahl ihre Stimme geben würden und leisteten zugleich einen Eid, das Geheimniß „bis in die Grube“ bewahren zu wollen, wofern sie sich nicht für eine und dieselbe Person entscheiden könnten. Nachdem diese Vorberentungen zu Ende waren, bezeichneten sowohl Schweickhart als Friedrich IV den Erzherzog Maximilian als die Person, deren Erhebung sie wünschten. Ob durch die vorangegangenen Verhandlungen oder durch eigene Ueberzeugung der Erzbischof zu Maximilians Gunsten gestimmt worden war, ist uns nicht bekannt. Die beiden Kurfürsten beschlossen dann, nachdem sie in so trefflicher Uebereinstimmung sich befanden, ihre übrigen Kollegen zu gewinnen; Mainz sollte dies Geschäft bei den geistlichen, Pfalz bei den weltlichen übernehmen und beide das Geheimniß durch ähnliche Vorsichtsmaßregeln wie Eidesleistung und Revers schützen. Fügen wir gleich jetzt hinzu, daß bald darauf auch Köln und Trier für Maximilian gewonnen wurden*), so ergibt sich daraus, wie nahe Anhalt an seinem Ziele angelangt schien.

Vor allem war nun nöthig, sich der Zustimmung Maximilians vollständig zu versichern. Ducker, der vertraute Rath des Erzherzogs, wurde aufgefordert, nach Mainz und Heidelberg zu kommen, wo ihm wichtige Mittheilungen gemacht werden würden. Er wurde daselbst in Kenntniß gesetzt, daß bereits vier Kurfürsten für seinen Herrn gewonnen seien und deshalb ersucht, sich zu erklären, ob derselbe die Wahl annehmen würde, und welche Hoffnungen er in diesem Falle habe, durch freiwillige Zustimmung der Brüder einen Theil des Familienbesitzes oder das Ganze in seine Macht zu bekommen. Bezüglich des letztern konnte Ducker keine positiven Erklärungen abgeben, bezüglich der Wahl dagegen meinte er, daß obwohl Erzherzog Maximilian durchaus sich nicht in den Vordergrund dränge und andere nicht benachtheiligen wolle, er gleichwohl von sich eine Krone nicht abweisen werde, die ihm durch „besondere Schickung Gottes“**) ange-

*) Münchner Staatsa. 547/3, 134, Kurpfalz an den Grafen Joh. Albrecht zu Solms dto. 6/10. April 1607. Ebendaselbst Fol. 142, Solms an Kurpfalz ddo. 23. April/3 Mai 1607. Ebend. fol. 144, Kurmainz an Kurpfalz dto. 2. Mai 1607. Ebend. Fol. 146, Zusammenkunft von Kurmainz, Kurpfalz und Anhalt in Ladenburg ddo. 20/30. Mai. Ebend. fol. 170. Bericht des Grafen von Solms dto. 5/15. Juli 1607.

**) Münchner Staatsa. 547/3, 170. Relation des Grafen Solms ddo. 7/17. Juli 1607: Ducker bemerkte nachmahls, daß J. D. Erzherzog Maximilianus darnach (nach der deutschen Krone) nicht trachtete vor ihre Person. . . da es aber Gott also gefallen sollte, daß J. D. von denen, so es gebüret, hierzu sehr erfordert und berufen werden, wolte sie es vor eine sonderbahre Schickung Gottes halten und den herren Churfürsten nit aus den augen gehen.

Google Original from HARVARD UN

tragen werde. Anhalt wollte nun, daß der Erzherzog mit dem Pfalzgrafen und dem Erzbischof von Mainz zusammenkomme, damit bei dieser Gelegenheit genau die weitern Schritte berathen und namentlich bestimmt würde, wie der Kaiser für die gewünschte Wahl gewonnen werden könnte*). Während der Kurfürst von Mainz mit der Zustimmung zu dieser Zusammenkunft zögerte und sie bis zu dem künftigen Reichstag, um Aufsehen zu vermeiden, verschieben wollte, lief ein Schreiben Duckers ein, worin dieser im Namen seines Herrn ersuchte, Kurmainz möge durch Gewinnung des Grafen Sixt Trautson, eines der wichtigsten Räthe des Erzherzogs Mathias, diesen letztern selbst zur Abtretung der Erbländer an Maximilian bewegen**). Auch in dieser Beziehung mag der Kurfürst von Mainz nicht das Gewünschte gethan haben; dagegen einigte er sich in einer abermaligen Zusammenkunft mit dem Pfalzgrafen, daß nunmehr auch Kurbrandenburg ins Geheimniß gezogen werde, und Anhalt selbst übernahm die Reise nach Berlin***). Bei diesem Punkte blieben aber die Verhandlungen und überhaupt der ganze Versuch, Maximilian auf den deutschen Thron zu bringen, stehen. Die nun plötzlich eintretenden Ereignisse, welche Mathias in den Vordergrund brachten, machten die Kandidatur Maximilians unmöglich. Anhalt aber, wenn er seine Absicht den Habsburgern zu schaden, nicht aufgeben wollte, mußte einen andern Weg einschlagen, und hiezu schaffte er sich, wie wir bald sehen werden, durch seine ans geniale streifende Anlage zur Intrigue unverweilt neue Gelegenheit.

*) Münchner Staatsa. 547/3, 188. Anhalt an Kurpfalz ddo. Amberg 16/26. Juli 1607. Ebend. Fol. 207 Kurmainz an Kurpfalz ddo Aschaffenburg 10. August 1607. Ebend. Fol. 210. Anhalt an Kurpfalz ddo. 10/20. August. 1607.

**) Münchner Staatsa. 547/3, 213. Vorschlag Duckers wegen der römischen Königswahl. Beilage von Anhalts Schreiben an Kurpfalz ddo. 10/20. Aug. 1607.

***) Münchner Staatsa. 547/3, 237. Kurpfälzische Instruktion für Anhalt zu seiner Reise zum Kurfürsten von Brandenburg ddo. 29. Sept./9. Okt. 1607.

Google

Viertes Kapitel.

I. Berufung des Reichstags von Regensburg. Seine Mitglieder. Die kaiserlichen Propositionen. Opposition der Protestanten. Die Verhandlungen wegen Bestätigung eines erweiterten Religionsfriedens. Die Protestanten verlassen den Reichstag. — II. Rudolfs unentschlossenes Auftreten gegen die Ungarn. Die wichtigsten Parteihäupter in Ungarn, Oesterreich, Mähren und Böhmen. — III. Die Kassiger Zusammenkunft. Der Preßburger Reichstag. Das Bündniß der Oesterreicher und Ungarn mit Mathias. Mathias' Gesandtschaften. Ferdinands feindliche Stellung. — IV. Des Kaisers schwankende Politik. Absetzung in Prag. Aufregung in Mähren. Revolutionäre Auftritte in Brünn. Der Tag von Austerlitz. Der Landtag in Prag. Der Landtag in Eibenschitz. Die Mähren treten dem ungarisch-österreichischen Bündnisse bei.

I.

Nachdem der Kaiser seine letzte Hoffnung auf die Unterstützung eines deutschen Reichstags gesetzt hatte, ließ er sich dessen Zustandekommen mit allem dem Eifer angelegen sein, dessen er bei seiner kranken und in der Wahl der Mittel ewig unschlüssigen Gemüthsart überhaupt fähig war. Um den Willen der bedeutendsten Fürsten in voraus sich geneigt zu machen, ordnete er an sie im Laufe des J. 1607 Gesandte ab, welche sie über den Charakter der ungarischen Bewegung in einer ihm günstigen Weise unterrichten sollten, und suchte selbst durch eine mehr als gewöhnliche Zuvorkommenheit gegen jene, welche zum Besuche nach Prag kamen, sich seine fürstlichen Unterthanen zu verbinden. So benahm er sich gegen den Kurfürsten von Sachsen, mit welchem er seit Jahren auf einem guten Fuße stand, bei seiner Anwesenheit in Prag als ein höchst artiger und gastfreundlicher Wirth, gestattete, daß dessen Kaplan Policarp Leiser öffentlich predigen durfte, was nicht geringes Aergerniß bei allen Katholiken erregte, und fetirte den Kurfürsten, dessen unflätige Sprache, Gefräßigkeit und Trunksucht weit berüchtigt war, in solcher Juli 1607

Google

Weiſe, daß dieſer ſelbſt den Tag vor der Abreiſe bei der Tafel bekannte: „Ihre Majeſtät halten mich ſo wohl, daß ich faſt keine Stunde zu Prag nüchtern gelebt *)“ — Als ſeinen Geſandten nach Deutſchland ſchickte Rudolf den Landgrafen von Leuchtenberg mit dem Auftrage, ſowohl das Vorgehen der Ungarn als auch das des Erzherzogs Mathias in entſchiedener Weiſe zu verdammen und alle Hilfe der Fürſten anzuſprechen, ſo weit ſie zur Herſtellung der kaiſerlichen Auctorität nöthig ſei. Es macht auf uns einen eigenthümlichen Eindruck, wenn wir den Landgrafen auf ſeiner Rundreiſe durch Deutſchland am Hofe von Heidelberg gerade in dem Momente Halt machen ſehen, in welchem der Kurfürſt mit dem Geſandten des Herzogs von Würtemberg über die künftige Sprengung
Nov des Reichstags verhandelte **) und wenn wir vollends auf die Sprache
1607 hören, welche Rudolf daſelbſt führen ließ. Er ergoß ſich in den heftigſten Klagen wider den Erzherzog Mathias, beſchuldigte ihn, daß er bloß auf den Rath von Ausländern und Weibern höre, daß er ſeine Befehle verachtet, abſichtlich den Verluſt von Gran herbeigeführt, den ungariſchen Aufſtand geſchürt und darauf eigenmächtig einen „ſchändlichen Frieden“ mit den Türken und Ungarn abgeſchloſſen habe. In ſeiner geſtörten Auffaſſungsweiſe führte er ſogar noch Klage über alle jene Erzherzoge, welche vor zwei Jahren von Linz aus die Reiſe nach Prag unternommen hatten, um ihn an ſeine Pflicht zu mahnen; er beſchwerte ſich über ſie, daß ſie damals mit „ſpöttiſchen Vorſchlägen zum Frieden“ und nur um ihn zu quälen nach Prag gekommen ſeien. An dieſe Beſchuldigungen knüpfte der Kaiſer die Hoffnung, der Pfalzgraf werde mit allen Mitteln und ſelbſt mit gewaffneter Hand ihm zur Wiederherſtellung ſeiner Auctorität behilflich ſein. Wie kläglich nehmen ſich Bitten und Klagen aus, wenn man ſie an einen Feind richtet, welcher derſelben offen ſpottet, und wie ſehr war dies da der Fall! Die Antwort, welche der Landgraf bekam, war mehr höhniſch als nichtsſagend; der Pfalzgraf ſprach nämlich die Hoffnung aus, Erzherzog Mathias werde, wenn ihm der Kaiſer das vorhalten werde, weſſen ihn der Graf von Leuchtenberg hier be-

*) Münchner Reichsarchiv XXI/13, 22, Bobenius an Max von Bayern. ddo. Prag 13. Juli 1607: De ipsius (des Kurfürſten) obscoenis verbis vix unum scribere. — Archiv von Simancas 2433/68, Gulden de San Clemente an Philipp III ddo. 28. Juli 1607: Ordinariamente esta bebiendo, a sido buena suerte la del Emperador que este hombre aya venido a esta corte, porque los Bohemios, que le tenian en gran veneracion y quiça puestos los ojos en el, algunos dellos con su presencia se an desengañado.

**) Die beiden Geſandten waren gleichzeitig in Heidelberg.

Google

ſchuldigt habe, gewiß zur Nachgiebigkeit ſich bequemen*). Dieſe Gewißheit von Mathias' Nachgiebigkeit war eben ſo ſicher, als die Aufrichtigkeit des Pfalzgrafen, mit welcher er dieſelbe zu wünſchen vorgab.

Der Reichstag ſelbſt war nach Regensburg ausgeſchrieben worden. Da der Kaiſer demſelben nicht beiwohnen wollte, ſo mußte er nach der Gewohnheit früherer Zeiten eine fürſtliche Perſon als ſeinen Stellvertreter abſenden, welcher den Titel Prinzipalkommiſſär führte. Bei den letzten Reichstagen hatte er ſich hiebei ſeines Bruders Mathias bedient, wovon natürlich diesmal keine Rede war; ſeine Wahl traf jetzt keinen ſeiner Brüder, ſondern ſeinen Vetter Ferdinand von Gratz. Die Ernennung dieſes Erzherzogs zum Prinzipalkommiſſär ſtieß in Deutſchland auf allgemeine Mißbilligung, denn ſelbſt den geiſtlichen Kurfürſten wäre es genehmer geweſen, wenn eine den Proteſtanten minder verhaßte Perſönlichkeit gewählt worden wäre. Rudolf nahm jedoch die Ernennung nicht zurück, obwohl er darum ſogar erſucht wurde, und Ferdinand machte ſich im November des J. 1607 auf den Weg nach Regensburg. Schon der Umſtand, daß der Kaiſer den Reichstag nicht ſelbſt eröffnete, reichte hin, daß auch die Kurfürſten und die angeſehenſten Fürſten wegblieben und nur ihre Geſandten abſchickten, aber auch dieſe, ſo wie diejenigen Reichsſtände, welche in eigener Machtvollkommenheit erſchienen, ſäumten mit ihrer Ankunft ſo lange, daß Ferdinand bereits im zweiten Monat in Regensburg weilte, bevor er den Reichstag eröffnen konnte, was endlich am 12. Jänner geſchah. 1608

Es iſt für das Verſtändniß der folgenden Verhandlungen nöthig zu wiſſen, daß der deutſche Reichstag nicht in einer einzigen Verſammlung berief, ſondern altem Herkommen nach aus drei Abtheilungen beſtand: dem Kurfürſtenrath, dem Fürſtenrath und den Städten. Zu dem Kurfürſtenrath gehörten die drei geiſtlichen und drei weltlichen Kurfürſten; der König von Böhmen übte bei keiner von ihren Verſammlungen mit Ausnahme der Kaiſerwahlen irgend welche Rechte aus, wozu theils die ſeit den Huſitentagen ſtets geſteigerte Entfremdung Böhmens von Deutſchland, theils der Umſtand beigetragen hatte, daß ſeit langem die Krone Böhmens regelmäßig mit der Kaiſerkrone verbunden war. Die Ausſchließung des Königs von Böhmen von allen Verhandlungen des kurfürſtlichen Collegiums ging ſo weit, daß ſich weder Maximilian II noch Rudolf II

*) Münchner Staatsa. 547/3, 284, Rudolf an den Pfalzgrafen ddo. 2. November Ebendaſelbſt Fol. 287. Verzeichniß was des herren Landtgrafen zu Leuchtenberg F. G. neben der ordinari Werbung ferner wegen der Kay. Mt. Pfalz vorbracht.

Google

noch auch ſpäter Mathias und Ferdinand II, die alle vor ihrer Wahl auf den deutſchen Thron bereits die böhmiſche Königskrone trugen, an den Berathungen betheiligen durften, welche unmittelbar vor der Wahl über die kaiſerliche Capitulation, alſo über einen ganz beſonderen Gegenſtand des öffentlichen Rechtes geführet wurden. — Der Fürſtenrath war in zwei Bänke getheilt, auf der erſten Bank, der „geiſtlichen“, ſaßen die Herrſcher von Oeſterreich, die Erzbiſchöfe, darunter der von Salzburg obenan, der Deutſchmeiſter, die Biſchöfe, die gefürſteten Aebte und die Vertreter der Abteien. Auf der weltlichen Bank ſaßen Bayern, Pfalz-Neuburg, Sachſenweimar, Braunſchweig, Pommern, Mecklenburg, Baden, Jülich, Würtemberg und andere Fürſten, außerdem noch die Vertreter des ſchwäbiſchen und wetterauiſchen Reichsadels. Während die Fürſten und Biſchöfe Vollſtimmen hatten, waren die Prälaten, Grafen und Reichsritter nur durch je zwei Stimmen im Fürſtenrath vertreten, doch war es den einzelnen unbenommen, perſönlich den Verhandlungen als Zuhörer beizuwohnen. Im Kurfürſtenrathe hatte ſtets Mainz den Vorſitz, im Fürſtenrathe wurde er ſonſt von Salzburg und Magdeburg angeſprochen; jetzt trat an Magdeburgs Stelle Oeſterreich, denn ſeit dieſes Erzbisthum in proteſtantiſche Hände gekommen, war es wie viele andere ſäkulariſirte Kirchengüter nicht mehr am Reichstage vertreten. Auch der Städterath zerfiel in zwei Bänke, die rheiniſche und ſchwäbiſche; jede der Reichsſtädte hatte in dieſem Rathe Sitz und Stimme. Wenn es nothwendig war, daß der geſammte Reichstag in einen engeren Körper als Reichsdeputation oder Ausſchuß zuſammentrat, war für jeden der einzelnen Räthe die Stimmenzahl geſetzlich beſtimmt. In dieſem Fall hatten die Kurfürſten ſechs Stimmen, eben ſo viele der Fürſtenrath und die Städte zwei. Es war ſonach möglich, daß die Kurfürſten in den Ausſchüſſen überſtimmt werden konnten, was zur Folge hatte, daß ſie nur höchſt ungern zur Bildung derſelben die Hand boten; nichtsdeſtoweniger traten ſie faſt regelmäßig bei den Reichstagen zur Schlichtung minder wichtiger Angelegenheiten oder ſolcher, die keinen Aufſchub duldeten, zuſammen. Die Zerfahrenheit, welche in die deutſche Verfaſſung durch die Religionsverſchiedenheit und den nach voller Souveränität ringenden Geiſt der Reichsſtände gekommen war, bewirkte indeſſen, daß die Verhandlungen der Ausſchüſſe ebenſo ſchleppend und von baldiger Uebereinſtimmung ebenſo entfernt waren, als der vollſtändige Reichstag ſelbſt. Sobald es ſich um eine Religionsangelegenheit handelte, war im Kurfürſtenrath kein Beſchluß zu erzielen, da ſich konſtant die geiſtlichen und weltlichen Kurfürſten gegenüberſtanden. Dagegen war der Fürſtenrath um ſo entſchiedener auf katholiſcher Seite, weil nicht alle Beſitzer der ſäkulariſirten Bisthümer und Erzbisthümer, ſo ſehr ſie dies auch anſtrebten, einen Sitz darin erlangen

Google

konnten, alſo die übrig gebliebenen kirchlichen Würdenträger mit den weltlichen katholiſchen Fürſten die Majorität bildeten. Der Städterath war proteſtantiſch, da ſich faſt ausnahmslos die Reichsſtädte der Glaubensneuerung zugekehrt hatten*).

Längere Zeit hatte man ſich in Prag berathen, welche Gegenſtände man auf dem Reichstage zur Verhandlung kommen laſſen ſolle; der Kaiſer wollte zwar nichts anderes als Geld erhalten, aber mit dieſem nackten Verlangen konnte er denſelben nicht ohne weiteres entgegentreten. Es mußten alſo in das kaiſerliche Programm mehrere Punkte, deren Entſcheidung in Deutſchland mehr oder weniger allgemein gewünſcht wurde, aufgenommen werden; ſchon lange forderte nämlich der Fortſchritt der Zeit und mancherlei Beſitzänderungen eine durchgehende Verbeſſerung der Reichsmatrikel, nach welcher die Steuern bemeſſen wurden; das Münzweſen bedurfte einiger allgemein bindender Anordnungen; der langſame Gang aller Prozeſſe bei dem Reichskammergerichte erheiſchte eine Vermehrung, wo nicht Verdoppelung ſeiner Beiſitzer und eine Verbeſſerung ſeiner Gerichtsordnung und endlich hatte man auch vielfach angeregt, daß das Reich nicht theilnahmslos dem Kriege in den Niederlanden zuſehe, ſondern ſeine Autorität zur Herſtellung des Friedens geltend mache. Dies waren Punkte, welche ſeit vielen Jahren fortwährend beſprochen wurden und zu deren Entſcheidung der Kaiſer ſich bereitwillig erklären mußte, wenn er andererſeits die Befriedigung ſeiner Bedürfniſſe erwarten wollte**). Als demnach Erzherzog Ferdinand dem Reichstag die kaiſerliche Propoſition, welche den Gegenſtand ſeiner Berathungen ausmachen ſollte, vorlegte, beſtand dieſelbe aus fünf Punkten. Der erſte betraf die Geldhilfe, welche der Kaiſer dringend gegen die Türken bedürfe, der zweite die Aenderungen am Reichskammergericht, welche als eine „Reform des Juſtizweſens“ bezeichnet wurden, der dritte den niederländiſchen Krieg, bei welchem das Reich ſeine Autorität wahren ſolle, der vierte das Münzweſen und der fünfte die Reichsmatrikel.

Der wichtigſte unter dieſen Punkten war jener, welcher die „Reform des Juſtizweſens“ betraf. Der Kaiſer verſtand darunter theils eine ſolche Reform des Reichskammergerichtes, wodurch daſſelbe in die Lage

*) Wiener Reichsarchiv. Vom Ausſchreiben eines Reichstages MS 94. Es iſt dies ein langer Aufſatz über die Beſchaffenheit der Reichstage, deſſen man ſich in der kaiſerl. Kanzlei vor dem Regensburger Reichstag von 1613 bediente.

**) Wiener Staatsa. Reichstagsakten Nr. 68. Dr. Roths Bedenken über den Reichstag. Es iſt dies ein ausführliches Gutachten für den Kaiſer, welche Propoſitionen er dem Reichstage vorlegen ſolle.

Google

käme, ſchneller Recht zu ſprechen, theils die Beſeitigung aller Hinderniſſe, welche ſich der Exekution der reichskammergerichtlichen Urtheile entgegenſtellten. Dies war nun aber nicht der Sinn, welchen die deutſche Aktionspartei, den Pfalzgrafen an der Spitze, mit der Reform des Juſtizweſens verband. Lieſt man die Schriften dieſer meiſtens kalviniſchen Partei, ſo begegnet man in denſelben ununterbrochenen Klagen über den üblen Zuſtand der Juſtiz im Reiche und ununterbrochenen Beſchuldigungen des Kaiſers, daß er ſeine Pflicht vernachläſſige; alle dieſe Klagen beabſichtigten jedoch nichts anderes als geradezu die Vernichtung jeder Reichsjuſtiz. Die Wortführer der Juſtizreform in Deutſchland verſtanden unter derſelben vor allem die Aufhebung der Gerichtsbarkeit des Reichshofrathes, die Siſtirung aller Exekutionen gegen jene, welche die vom Reichstage bewilligten Steuern dem Kaiſer nicht zahlten und endlich die Ungiltigkeitserklärung aller kammergerichtlichen Urtheile, welche Gegenſtände betrafen, die ihrer Behauptung nach religiöſer Natur waren und ſonach nur von Kaiſer und Reich d. i. eigentlich nie oder nur nach der Willkür des Mächtigern entſchieden werden ſollten. Nicht eine Reform ward alſo beabſichtigt, welche eine ſchnelle Juſtiz herbeiführen ſollte und welche alle ſtreitigen Angelegenheiten in Deutſchland vor ein allgemein giltiges Forum zöge, es ward vielmehr verſucht, den Umfang deſſen, was durch Geſetze und richterliches Erkennen der Willkür der einzelnen Fürſten entrückt werden ſollte, auf das geringſte Maß herabzudrücken; nicht deshalb wurde die Unterdrückung des Reichshofrathes gewünſcht, weil eine einheitliche Juſtiz zwei konkurrirende Gerichtshöfe nicht vertrage, ſondern deshalb, weil der Kaiſer durch den Reichshofrath Rechte ausübte, deren Vernichtung man anſtrebte. Erinnern wir uns noch, daß der Pfalzgraf als das Ziel der Union hinſtellte, man dürfe ſich den Majeſtätsbeſchlüſſen des Reichstages nicht fügen, ſo wird man den richtigen Standpunkt gewinnen, von dem aus man die Politik ſeiner Partei, ihre Juſtiz- und Verfaſſungsreformen würdigen kann.

Der wichtigſte Punkt in der Juſtizreform, wie ſie von der Partei des Pfalzgrafen verſtanden wurde, betraf die Siſtirung der Kompetenz des Kammergerichtes in Gegenſtänden religiöſer Natur und die Ungiltigkeitserklärung der in dieſer Beziehung erfloſſenen Urtheile. Es iſt bekannt, daß es in Deutſchland ſeit dem Augsburger Religionsfrieden zu keiner Einigung über den „geiſtlichen Vorbehalt“ gekommen war; Proteſtanten und Katholiken ſtanden einander mit ihren Forderungen ſchnurſtraks gegenüber. Nichtsdeſtoweniger riſſen die erſtern nach wie vor überall, wo ſie konnten, geiſtliche Güter an ſich, und faſt bei jedem Reichstag konnten die Katholiken über den abermaligen Verluſt eines Bisthums oder

Google Digitized by HARVARD

einer Viel Klage führen. Vom Kammergerichte erfolgte während langer Zeit auf die deshalb anhängigen Klagen keine Entscheidung, bis endlich unter Rudolf die Beschwerden der Katholiken daselbst wieder Gehör fanden und dasselbe die Protestanten auf Grundlage des Augsburger Religionsfriedens in vier Fällen, welche Klöster betrafen, zur Restitution verurtheilte *). Diese Entscheidungen waren von großer prinzipieller Bedeutung, denn wenn sie exequirt wurden, wer schützte dann die Protestanten vor dem Versuche, ihnen auf dem Rechtswege alles das zu entreißen, dessen sie sich seit dem J. 1555 faktisch bemächtigt hatten? Theils aus eigenem Antriebe theils aufgefordert von ihren Glaubensgenossen suchten also die Verurtheilten die Gültigkeit der reichskammergerichtlichen Erkenntnisse an und verlangten eine Revision derselben. Zur Vornahme dieser und anderer seit dem J. 1586 zur Revision angemeldeten Prozesse hatte der Reichstag von 1598 angeordnet, daß eine Deputation in Speier zusammentreten und dieselbe vernehmen solle. Da sich schon an dem Urtheil des Kammergerichtes in der „Vierklosterfrage" mehrere protestantische Assessoren zu Gunsten der Katholiken entschieden hatten, und Rechtsgelehrte, welche der Kurfürst von der Pfalz nachträglich befragte, gleichfalls in einer den Katholiken günstigen Weise über die Rechtsfrage sich aussprachen **), so fürchtete der Kurfürst von der Pfalz, daß möglicherweise in der vom Reichstage angeordneten Deputation sich ein oder der andere Protestant auf die Seite der Katholiken schlagen und hierdurch den letzteren zum Siege verhelfen könnte. Sein Bestreben war es demnach, die Deputation durchaus zu keiner Revision kommen zu lassen oder wenn schon eine solche vorgenommen werde, wenigstens die Vierklosterfrage davon auszuschließen, denn nach seiner Behauptung gehörten Entscheidungen über Religionsangelegenheiten nicht zur Kompetenz des Kammergerichtes, das an und für sich nicht berechtigt sei, die Tragweite des Religionsfriedens zu interpretiren; der Kaiser und der Reichstag allein seien zum Eingreifen in solche Angelegenheiten befugt. Da der Kurfürst nicht allein stand, sondern von einer großen Anzahl der Reichsstände in seiner Opposition eifrig unterstützt und von andern wenigstens nicht gehindert wurde, so kam es in der That zu keiner Revision der Prozesse und bei dem Reichstage von 1608 mußte, wenn man die „Justizreform" in Angriff nahm, die Vierklosterfrage prinzipiell entschieden werden, d. h. man mußte über die Gültigkeit oder Ungültigkeit des Augsburger Religionsfriedens oder über seine Interpretation einen Beschluß fassen. Welches gefährliche

*) Häberlin. Neueste deutsche Reichsgeschichte. Bd. 21 S. 676.

**) Londorp, S. 545. Gutachten des Visitationsgesandten Reinhardt Scheck.

Google

Thema demnach, wenn der Reichstag die Verhandlungen über die Juſtizreform wirklich in Angriff nahm; der ganze Gegenſatz zwiſchen den katholiſchen und proteſtantiſchen, zwiſchen den kaiſerlichen und den fürſtlichen Intereſſen trat hierin offen an den Tag und ließ, wie die Dinge nun einmal ſtanden, keine Ausgleichung mehr hoffen. Für den Kaiſer war es alſo eine Angelegenheit von höchſter Bedeutung, daß die Geldbewilligung nicht in irgend einer Weiſe mit dem gordiſchen Knoten der Juſtizreform in Verbindung gebracht werde, für die Proteſtanten und alle jene, welche eine Sprengung des Reichstages beabſichtigten und dem Kaiſer kein Geld mehr geben wollten, war es dagegen vor allem nöthig, daß die Berathung über die Juſtizreform zum Ausgangspunkt der Verhandlungen genommen werde, weil ſie dann ſicher ſein konnten, daß der Reichstag nie über dieſen erſten Punkt hinauskommen würde.

Gleich nach der Vorlage der kaiſerlichen Propoſitionen durch den Prinzipalkommiſſär erhoben alſo die Proteſtanten ihre Einwendung gegen die Reihenfolge derſelben, beſtritten dem Kaiſer das Recht, daß er die Ordnung der Berathungen zu beſtimmen habe und verlangten deshalb, daß zuerſt die Juſtizreform erwogen werde. Indeſſen war dieſe Oppoſition nur inſofern ernſtlich gemeint, als dadurch viele Tage in unnützen Debatten hingingen, denn die Proteſtanten ließen ſich zuletzt zum „Beweiſe ihrer freundlichen Nachgiebigkeit“ die Berathungen in der vom Kaiſer beſtimmten Ordnung gefallen, aber nur um, wie wir gleich ſehen werden, auf einem Seitenwege zu ihrer urſprünglichen Abſicht zurückzukehren. Es ward nun in allen drei Räthen die ungariſche Angelegenheit und die Berathung über die dem Kaiſer zu leiſtende Geldhilfe an die Tagesordnung geſetzt.

Bei dieſer Gelegenheit wurde der Stand der Angelegenheiten in Ungarn von allen Seiten unterſucht und ſchon in der Auffaſſung derſelben zeigte ſich ein prinzipieller Unterſchied, der natürlich in der Frage über Bewilligung und Nichtbewilligung der Geldhilfe von Entſcheidung ſein mußte. Die katholiſchen Kurfürſten und die katholiſche Mehrheit des Fürſtenrathes riethen dem Kaiſer zur möglichſten Nachgiebigkeit gegen die Ungarn, damit ſo der Friede mit ihnen und den Türken *zu Stande käme*, die proteſtantiſchen Kurfürſten dagegen, die proteſtantiſche Minorität des Fürſtenrathes und die Städte glaubten dem Kaiſer nicht erſt zum *Abſchluß* des Friedens, ſondern zur *Einhaltung des bereits geſchloſſenen* rathen zu müſſen. Es ſei nämlich bekannt, ſagten die letztern, daß im J. 1606 ſowohl mit den Ungarn als mit den Türken ein Friede geſchloſſen worden ſei, und leicht würde derſelbe Dauer und Geltung finden, wenn der *Kaiſer ſelbſt* die Bedingungen deſſelben, näm-

Google

ſich die Aufrechthaltung der Privilegien und der religiöſen Freiheit der Ungarn ſo wie die Abſendung eines Geſandten mit Geſchenken an die Pforte einholte. — Die Katholiken auf dem Reichstage wußten alſo von einem wirklich abgeſchloſſenen Frieden nichts, und demgemäß erklärten ſie ſich zu einer Geldhilfe bereit, wenn der Krieg trotz aller Nachgiebigkeit des Kaiſers, zu welcher ſie ihm dringend riethen, ſeinen Fortgang nehmen ſollte. Die Proteſtanten dagegen, welche auf den Abſchluß des Wiener und Zſitva-Toroker Friedens hinwieſen, legten es dem Kaiſer allein zur Laſt, wenn er deſſen ungeachtet ſich wieder in einen Krieg verwickeln würde; in ihrer Oppoſition gegen jede Geldbewilligung betraten ſie jedoch nicht alle denſelben Weg. Ein Theil von ihnen, der ſchroffere, an deſſen Spitze ſelbſtverſtändlich allemal der Kurfürſt von der Pfalz ſtand, wollte abſolut von keinem Geldbetrag etwas wiſſen und erklärte, daß bei dem offenbaren Nothſtand im deutſchen Reich die Erhebung einer Steuer unmöglich und daß es zugleich auch vergeblich ſei, an eine äußere Sicherſtellung des Reiches zu denken, wenn es an der innern Sicherheit gebreche und wenn nicht ſowohl in der Reform des Juſtizweſens und des Reichshofraths, vor allem aber in der Sicherſtellung des Religionsfriedens alles Nöthige geſchehe. Der andere Theil, die Mehrzahl der Proteſtanten umfaſſend, ſchloß ſich einer ſo abſoluten Weigerung nicht an, verlangte aber als Grundbedingung für jede Geldbewilligung, daß ihren eben bezeichneten Forderungen Genüge geſchehe und ſo kehrten alle, nachdem ſie ihre anfänglichen Bedenken gegen die Reihenfolge der kaiſerlichen Propoſitionen „zu Ehren des Kaiſers und ſeines Kommiſſärs“ fallen gelaſſen hatten, auf dieſem Seitenwege zu ihrer urſprünglichen Abſicht zurück, durch Vorſchiebung anderer Berathungsgegenſtände, über die man ſich nie einigen konnte, den Reichstag überhaupt zu keinem Beſchluſſe kommen zu laſſen *).

Wir haben ſchon auseinandergeſetzt, wie weit umfaſſend der Begriff war, welchen die Proteſtanten mit dem Worte der Juſtizreform verbanden, daß ſich derſelbe nicht bloß auf die Reform des Kammergerichtes, ſondern auch auf die Aufhebung des Reichshofrathes und auf die Anerkennung jener Interpretation bezog, welche ſie dem Augsburger Religionsfrieden gaben. Indem jetzt ein Theil die Unterſtützung des Kaiſers davon abhängig machte, daß derſelbe die Juſtizreform in ihrem Sinne durchführe, legten ſie doch nicht auf alle Punkte derſelben ein gleich großes Gewicht, ſondern betonten vor allem jenen, welcher die Sicherſtellung des Religions-

*) Londorp und Hübertin ſind hier zum Theile auch als Quellen anzuſehen. — Wiener Staatsa. Reichstagsakten 66. Graf von Zollern an den Kaiſer. ddo. Regensburg 2. Heber 1608.

Google

friedens betraf. Sie formulirten ihre dahinzielenden Wünsche in dem Verlangen nach erneuerter Bestätigung des Religionsfriedens mit der Interpretation, welche sie ihm gaben, und nach dem Gewicht, welches sie auf eine Befriedigung in dieser Beziehung legten, konnte man annehmen, daß sie sich wenigstens auf dem gegenwärtigen Reichstage mit ihren übrigen Forderungen zufrieden geben und denselben in seiner Kompetenz nicht weiter anfechten würden. Da es sich nicht darum handelte, den Protestanten etwas zu bewilligen, was sie noch nicht hatten, sondern nur zu sanktioniren, was faktisch Geltung hatte und was, weil im Widerspruch mit den Reichsgesetzen, nicht wenig zur Mißachtung des öffentlichen Rechtes beigetragen hatte, so war es in der That für ihre Gegner an der Zeit zu erwägen, ob die Nachgiebigkeit besser am Platze sei, als starrer und fruchtloser Widerstand.

Diejenigen, welchen vor allem an dem Bestande Deutschlands, selbst mit seiner verfaulten Verfassung, lag, waren die geistlichen Reichsstände und der Kaiser. Für die Bischöfe und Aebte war es keines weitern Beweises bedürftig, daß ihr weltlicher Besitz am gesichertsten bei dem Bestande der Reichsverfassung sei, mochte sie auch immerhin in sehr vielen Fällen ihnen nicht mehr ausreichenden Schutz geboten haben. Die Kaiser selbst besaßen zwar nur eine sehr geringe Macht in Deutschland, die vielleicht in keinem Verhältniß zu den Beschwerden der deutschen Krone stand, aber es war für sie als Besitzer der österreichischen Monarchie von großer Wichtigkeit, daß das benachbarte Land weder unter ein fremdes Oberhaupt kam, noch auch in Länderatome zerfiel, welche auf die kaum geschaffene Monarchie einen ähnlich auflösenden Einfluß ausgeübt hätten. Die Kaiser und die geistlichen Würdenträger waren es bisher vornehmlich, welche den Fortschritten des Protestantismus den meisten Widerstand entgegensetzt hatten, denn den Habsburgern mußte um ihre Krone, den Bischöfen um den Rest ihres Besitzes bange sein und deshalb suchten sie ihn wenigstens in die Schranken des Augsburger Religionsfriedens zurückzuweisen. Aber da dies eine baare Unmöglichkeit war, weil an eine Durchführung der Exekution gegen die seitherigen Uebertreter nicht zu denken war, sollte es nicht ihr eigenes Interesse erheischt haben, auch die späten Verluste sich gefallen zu lassen, die Usurpation der neuen Besitzer zu sanktioniren und demnach den Augsburger Religionsfrieden so zu erweitern, als die Umstände es erheischten, vorausgesetzt natürlich, daß mit diesem großen Opfer ein für allemal jedem weitern Angriffe auf katholisches Kirchengut ein unübersteiglicher Damm entgegengesetzt würde?

Wir müssen indessen hier in Abrede stellen, daß durch ein solches Opfer irgend ein Vortheil für die Katholiken erzielt worden wäre. Als

Google

die Protestanten auf dem Reichstage zu Regensburg die Forderung einer neuerlichen Bestätigung des Augsburger Religionsfriedens erhoben, meinten es ihre Wortführer damit keineswegs aufrichtig; es genügte ihnen weder die Sanktionirung aller von ihnen vorgenommenen Säkularisationen noch auch eine Anerkennung des in den Augsburger Religionsfrieden nicht eingeschlossenen Kalvinismus. Was sie unter erneuerter Bestätigung des Augsburger Religionsfriedens verstanden, war nichts anderes als die Macht, auch in Zukunft die Katholiken unter dem Schutze des Gesetzes überall da zu unterdrücken, wo sich die Gelegenheit bot.

Für die hier behauptete Tendenz der Protestanten bietet das Auftreten des Kurfürsten von der Pfalz einen eben so vollgiltigen als merkwürdigen Beweis. Seinen Gesandten, welche er nach Regensburg schickte, befahl er vor allem den Grundsatz anzufechten, daß der Reichstag Majoritätsbeschlüsse fassen könne, welche die Gesammtheit verpflichten; sie sollten vielmehr mit Entschiedenheit das Recht jedes einzelnen Reichsstandes, den Beschlüssen beizutreten oder sie abzulehnen, vertheidigen. An dieses schlossen sich seine Weisungen, welche die den Verhältnissen entsprechende Bestätigung eines erweiterten Religionsfriedens betrafen. Anknüpfend nämlich an die Klosterfrage gab er seinen Gesandten den Befehl, in derselben unnachgiebig zu sein, weil von ihrer Entscheidung die Existenz des Protestantismus abhänge und fügte hinzu: da es denn doch geschehen dürfte, daß auf dem Reichstage vermittelnde Vorschläge von Seite der Katholiken auf die Bahn gebracht werden könnten, derart nämlich, daß die Katholiken auf alles das, was seit dem Augsburger Frieden in den Besitz der Protestanten gekommen sei, Verzicht leisten wollten, wofern die letztern ihnen andererseits die Versicherung geben würden, fortan ihren Besitzstand in keiner Weise zu verletzen, so wolle es ihm doch bedünken, daß dies nicht blos ein nicht rathsamer, sondern sogar ein gefährlicher Ausweg sei. Denn da die Erfahrung zeige, daß sich die Katholiken nicht gescheut hätten, den Augsburger Religionsfrieden als ungiltig hinzustellen, wer sichere die Protestanten in der Zukunft, daß nicht von ihren Gegnern auch in dem neuen Vertrage Lücken aufgefunden würden, welche Handhaben genug böten, ihn nicht einzuhalten? Nur in dem Falle, wenn die Katholiken als Grundsatz zugeben wollten, daß auch fernerhin jeder evangelische Reichsstand seinen jetzigen Besitz oder was ihm künftig durch Erbschaft oder „auf einem andern Weg“ zufallen könnte, reformiren, d. i. die Klöster und Stifter darin aufheben und die Einwohner zu seiner Religion nöthigen dürfe, und daß auch katholische Reichsstände, sobald sie protestantisch würden, mit gleicher Vollgewalt ihre Besitzungen reformiren könnten, nur dann könne man einen neuen Vertrag mit den Katholiken, denen man übrigens

Google

gleiche Rechte zu einer Reformation in ihrem Sinne zugestehen wolle, abschließen. Wollten die Katholiken nicht auf diese Vorschläge eingehen, so sei es vorzuziehen, bei dem „alten Herkommen" zu bleiben*).

Es kann wohl kaum Jemand so unbillig sein, um in Abrede zu stellen, daß diese Erklärungen des Pfalzgrafen auch eine genügende Rechtfertigung für die Katholiken seien, wenn sie nicht auf eine Erweiterung des Augsburger Religionsfriedens, auf eine friedliche Herausgabe der seit 1555 entrissenen Kirchengüter eingingen. Wozu konnte ihnen ein Vertrag dienen, wenn ihre Gegner in einem Athem erklären: was wir euch genommen haben, behalten wir und was wir euch noch nehmen können, das werden wir nehmen. In vorhinein erweitern diese ihr Reformationsrecht nicht bloß auf ihren gegenwärtigen Besitz, nicht bloß auf das, was ihnen durch Erbschaft zufallen könnte, sondern auch auf das, was ihnen auf „andere Weise" zu Theil werden würde. Diese „andere Weise" war es, welche ihnen zum Besitz so vieler reichsunmittelbarer Bisthümer verholfen hatte, dieselbe „andere Weise" war es, welche sie erst vor kurzem in der Säkularisirung von Kurköln versucht hatten, und die nackt herausgesagt, nichts als Gewalt war. Und nun bedenke man, daß die Urheber und Vertreter der pfälzischen Instruktion, Männer wie Camerarius, Pfeffen, vor allem aber der Fürst von Anhalt, sich nicht entblödeten, gegen Jesuitismus, papistischen Despotismus, gegen den gewaltsamen Unterdrücker der „evangelischen Wahrheit" Ferdinand von Gratz zu donnern, sie, die doch Grundsätze aufstellten, in denen der Gewissensfreiheit des Volkes mindestens eben so wenig Rechnung getragen wurde, als dies bei jenen der Fall war, welche sie nicht müde wurden zu verlästern und auf den Pranger zu stellen. Und diese Männer, welche um ein unbeschränktes Reformationsrecht ausüben zu dürfen, dasselbe, wenigstens in der angeführten Instruktion, auch den Katholiken zugestehen wollten, sonach also nicht einmal den Schein einer tieferen eigenen Ueberzeugung besaßen, diese Männer konnten dennoch ihrer Zeit die öffentliche Meinung in Oesterreich und Deutschland für sich haben und bei der Mehrheit als Vertheidiger der „evangelischen Wahrheit" gegen papistische Tyrannei gelten! Wenn wir aber berücksichtigen, daß in Oesterreich, Ungarn und Böhmen einige Hundert Adelshäupter, in Deutschland einige Dutzend Fürsten und

*) Münchner Staatsa. 547/3, 336. Instruktion für den kurpfälzischen Gesandten. 5. Januar 1608/26. Dez. 1607. — Auch Erzh. Ferdinand drückt die Absichten der Protestanten klar genug in einem Schreiben an seine Mutter aus dto. 18. April 1608. Hurter, Ferdinand II, V. S. 501.

Google

Grafen mit Hilfe ſolcher Grundſätze ihre Herrſchaft in den ihnen unterworfenen Gebieten ſchrankenlos über die Leiber und Geiſter erweitert haben, ſo daß Niemand vorhanden war, welcher dem von ihnen auf die öffentliche Meinung ausgeübten Druck wirkſam begegnet wäre und wenn wir nicht vergeſſen, daß auch katholiſche Herrſcher, zwar nicht theoretiſch aber doch praktiſch, in ähnlich abſoluter Weiſe die kirchlichen Verhältniſſe ihrer Unterthanen zu beſtimmen trachteten, ſo begreifen wir, daß ſolche Männer wie der Pfalzgraf und ſein geſammter Anhang nicht in ihrem wahren Werthe von Jedermann erkannt wurden.

Es iſt nicht im entfernteſten unſere Abſicht, mit dieſer Polemik gegen das religiöſe Element des Proteſtantismus aufzutreten. Wir haben es hier nur mit den weltlichen Häuptern der Katholiken und Proteſtanten zu thun, und nur zu erzählen, was ſie gethan und durch welche Mittel und Grundſätze die einen über die andern den Sieg errungen haben. Unſere Abſicht war es, an einem der wichtigſten Falle nachzuweiſen, daß deutſche Fürſten in einer conſequenten Bedrückung des Gewiſſens ihrer Unterthanen Philipp II nicht nachſtanden, und wenn letzterer durch die Härte ſeiner Maßregeln ſie weit überbot, ſo hat er doch wieder andererſeits ihre Anmaſſung nicht erreicht, mit welcher ſie ſich in der Beſtimmung des Glaubens ihrer Unterthanen höhere Rechte beilegten, als ſelbſt Päpſte und Concilien. Und doch wie wenig hat man dies bei der Auffaſſung der Vergangenheit berückſichtigt und wie falſch hat man namentlich die Urheber des tödtlichen Kampfes beurtheilt, welcher dreißig Jahre lang Mitteleuropa zerfleiſchte. Die Proteſtanten, ſchließlich die Sieger auf dem Schlachtfelde, ſind bisher auch die Sieger auf dem literariſchen Kampfplatze geweſen; ſie haben die Geſchichte des 17. Jahrhunderts geſchrieben und darin liegt der Grund der üblichen Beurtheilung der pfälziſchen Partei. Indem wir auf Grundlage von Quellen, welche entſcheidender ſind, als die Sympathien geiſtiger Geſinnungsgenoſſen, Männern wie Anhalt, nicht ihre bedeutenden Anlagen und ihre Regſamkeit, wohl aber die höhere Weihe eines edlen Strebens abſprechen, gedenken wir gleichwohl nicht, zu anderer Gunſten, in einen ähnlichen Fehler zu verfallen.

Die Geſinnungen des Pfalzgrafen waren für die Proteſtanten am Regensburger Reichstag maßgebend. Gleich dem Beginne der Verhandlungen an bildeten ſeine Geſandten das Centrum der Oppoſition und wurden als Directoren der befreundeten Reichsſtände ſowohl von den Proteſtanten als von den Katholiken anerkannt. Der Anſchluß der kleineren deutſchen Fürſten an die Pfalz war diesmal enger als je, denn zu gleicher Zeit wurden ja zwiſchen ihnen die Verhandlungen weiter geführt, welche

Google

den Abſchluß der Union zum Zwecke hatten und die alſo ſchon jetzt eine gleichartige Politik anbahnten. Brandenburg und Sachſen waren zwar nicht zu einer ſolchen Oppoſition gegen den Kaiſer wie Kurpfalz aufgelegt, allein da die Geldfrage mit ihrem günſtigen Fortgang im Zuſammenhang ſtand, ſo ließen ſie ſich dieſelbe gefallen und unterſtützten ſie, wenn auch mit maßvoller Zurückhaltung*). Die Einigkeit machte ſich übrigens durch eine äußere Einrichtung geltend; die Verſammlung der proteſtantiſchen Geſandten legte ſich den Titel „evangeliſcher Correſpondenzrath" bei und regelte unter dem Vorſitz der kurpfälziſchen Geſandten ſowohl die Ordnung wie den Inhalt der Debatten und das gemeinſchaftliche Auftreten. Während nun in Regensburg die Proteſtanten erörterten, weſſen Inhalts der Vertrag ſein ſolle, welcher zwiſchen den Katholiken und Proteſtanten einen neuen Religionsfrieden herſtellen ſolle, die Katholiken dagegen die Nothwendigkeit eines ſolchen neuen Vertrags nicht zugeben wollten, verſtrichen nicht weniger als drei Monate, und noch immer war nicht die leiſeſte Hoffnung für den Kaiſer vorhanden, zu irgendwelcher Geldhilfe zu gelangen. Der Verſuch einer Vermittlung von Seite des Erzherzogs Ferdinand führte zu keinem Ziele, da er den Standpunkt der katholiſchen Reichsſtände einnahm und nichts anderes beabſichtigte, als die Entſcheidung über die Kirchengüterfrage der Zukunft vorzubehalten. Der Kaiſer, von allen dieſen Vorgängen benachrichtigt und jetzt erſt die volle Wucht der Gefahren einſehend, in welche er ſich geſtürzt hatte, ließ dem Reichstage die Erklärung zukommen, daß er ſich entſchloſſen habe, ſowohl den Wiener als den Zſit a-Toroker Frieden zu ratificiren und daß er ſowohl die Unterſtützung der Stände nur in einem geringern Maße für ſeine unabweisbaren Bedürfniſſe in Anſpruch nehmen wolle. Aber auch 21. Apr. dieſe Mittheilung machte auf die proteſtantiſchen Stände keinen Eindruck und ſie entgegneten endlich, daß, nachdem ſie ſo lange und ohne jeden Erfolg in Regensburg verweilt hätten, ſie entſchloſſen ſeien, den Reichstag zu verlaſſen. Die Bitte des Erzherzogs Ferdinand, doch noch auf die Entſcheidung des Kaiſers, dem er von ihrem Beſchluße Nachricht geben wolle, zu warten, hatte weiter keine Folge; am 23. April erklärten die pfälziſchen Geſandten, daß ſie am folgenden Tage Regensburg verlaſſen würden, erfüllten auch in der That ihre Drohung und gaben damit das Signal zum allgemeinen Ausbruche. Erzherzog Ferdinand verlangte nun von

*) Wiener Staatsarchiv, Reichstagsakten 66. Hannwaldt an den Kaiſer ddo. Dresden, 27. April 1613. Zu ſolchen allen war gerade der Regensburger Reichstag fortzuſetzen, auch wenn der Kaiſer die reſignirten Forderungen nicht befriedigte. Gleichwohl war auch Kurſachſen zur Geldhilfe nicht geneigt.

Google

den katholischen Gesandten, daß sie wenigstens für ihren Theil dem Kaiser eine Steuer bewilligen möchten, allein diese, welche wohl noch energischer als der kaiserliche Prinzipalkommissär selbst, gegen jede Benachtheiligung der katholischen Kirche greifen und viel von der Nothwendigkeit gesprochen hatten, die seit dem J. 1555 säkularisirten Güter wieder ihrer ursprünglichen Bestimmung zurückzugeben, wahrten nun keinen Anstand den Kaiser hilflos zu lassen. Sie meinten, eine hier von den Katholiken ausgehende Geldbewilligung würde den Protestanten Veranlassung geben, auch ihrerseits unter sich Sammlungen anzustellen und der Bürgerkrieg könnte die Folge der Trennung sein. Es bleibe nichts übrig, als den Reichstag zu vertagen und inzwischen durch bessere Vorbereitungen eine Wiederholung seines gegenwärtigen Verlaufes zu verhüten*). — Dies war das Ende des Reichstages, von welchem der Kaiser Unterstützungen im Betrage von einigen Millionen Gulden erwartet hatte, um seinen Bruder, die Ungarn und die Türken zu bekämpfen.

---

*) Wiener Staatsarchiv. Reichstagsakten 65 Schriftliche Relation des Erzh. Ferdinand an Ihre Kaiserliche Majestät die zwischen den Gesandten beider Religion entstandene Differenz wegen der neuen Bestettigung und confirmation deß im anno 1555 aufgerichteten Religionsfriedens betreffend, ddo. 24. April 1608. Wir sehen uns noch genöthigt, gegen die Richtigkeit einer Mittheilung Ranke's über den Regensburger Reichstag, welche sich in seiner Geschichte der Päpste (Bd. II, S. 412) befindet, Einsprache zu thun. Ranke erzählt, Rudolf habe sich entschlossen, auf die Wünsche der Protestanten in Betreff auf den Religionsfrieden einzugehen und habe einen darauf bezüglichen Erlaß an Erzherzog Ferdinand abgehen lassen. Ihn hetzte Minucci, Generalvikar des Augustinerordens, welcher dem Reichstage an der Stelle des Nuncius beiwohnte, habe kaum Nachricht von dieser Entschließung Rudolfs erhalten, als er zu dem Erzherzog geeilt sei und ihn beschworen habe, die kaiserliche Concession nicht zu publiciren, um der katholischen Kirche keinen tödtlichen Schlag zu versetzen. Ferdinand habe diesen Worten Gehör gegeben und so habe ein einfacher Augustinermönch auf das Schicksal Deutschlands und auf den Verlauf des Reichstages einen entscheidenden Einfluß gehabt. — Wir können nicht umhin, die Richtigkeit dieser Angaben zu bezweifeln und müssen annehmen, daß Minucci sich ein Verdienst zugeschrieben habe, welches er nicht besaß. Das Wiener Staatsarchiv ist in Bezug auf die Geschichte des J. 1608 von Hammer, Hurter und uns wiederholt durchforscht worden und Keinem gelang es, auch nur einer einzigen Nachricht auf die Spur zu kommen, welche Minucci's Bericht bestätigen könnte. Dagegen bieten die aufgefundenen Korrespondenzen den Beweis vom Gegentheil. Wir erlauben übrigens den alle wichtigen und minder wichtigen Ereignisse berichtenden Briefwechsel Erzherzog Ferdinands mit seiner Mutter während des Regensburger Reichstags, wie er sich in seiner Vollständigkeit bei Hurter (Geschichte Ferdinands II, Bd. V, Urkunden) vorfindet, durchzulesen und fragen, ob es wahrscheinlich, daß Ferdinand versäumt hätte, seiner Mutter eine so wichtige Nach-

Google

II.

Es läßt ſich leicht denken, wie ſehr man in Oeſterreich auf den Verlauf des Regensburger Reichstags geſpannt war, da von deſſen Nichteingehen auf die Wünſche des Kaiſers allein das Gedeihen der Pläne abhing, deren Durchführung indeſſen eine Anzahl Parteihäupter in Ungarn, Oeſterreich und Mähren zu ihrer Aufgabe machten. Die fortgeſetzte Weigerung des Kaiſers, dem Wiener und Zſitwa-Toroker Frieden ſeine volle Zuſtimmung zu geben, ſeine Verhandlungen mit den deutſchen Reichsſtänden, um mit ihrem Gelde den Krieg von neuem zu beginnen, erfüllte die ruhigen und dem Hauſe Habsburg ergebenen Leute mit Schrecken und Widerwillen, da ſie ſich auf alle Gräuel eines innern Krieges gefaßt machen mußten, alle unruhigen und der Dynaſtie feindlich geſinnten Köpfe aber mit Freude, weil ihnen die Gelegenheit winkte, das, was ſie im J. 1606 unvollendet gelaſſen hatten, nunmehr zu Ende zu bringen, denn jetzt konnten ſie ſicher ſein, daß ſie ſich bei jedem Schritt gegen den Kaiſer einer allgemeinen Zuſtimmung erfreuen würden und daß dem letztern auch noch die Freunde fehlen würden, welche er zwei Jahre zuvor gehabt hatte. Was Ungern durch den Wiener Frieden erlangt hatte, religiöſe Gleichberechtigung und Reſtauration der alten Adelsverfaſſung, das ſchien auch den übrigen Ländern, Böhmen, Mähren und Oeſterreich eines Kampfpreiſes werth und wir werden bald ſehen, daß in eben dem Grade, in welchem Rudolfs Abſicht klar wurde, von neuem den Krieg zu beginnen, auch die Annäherung zwiſchen den Parteihäuptern der einzelnen Provinzen eine innigere wurde und daß auf geheimen Wegen Beſprechungen und Berathungen ſtattfanden, wie dem kommenden Kampfe gerüſtet entgegenzutreten. Stellte ſich Erzherzog Mathias an ihre Spitze, ſo konnte er die Bewegung inſofern meiſtern, als ſie keine antidynaſtiſche Richtung

---

nicht mitzutheilen. In den Korreſpondenzen, welche wir aufgefunden haben und welche ſich auf den Verkehr Ferdinands mit dem Kaiſer während des Regensburger Reichstags beziehen, findet ſich nicht die leiſeſte Andeutung über den angeblichen Beſchluß des Kaiſers. Ja, als Ferdinand in ſeiner am Eingang dieſer Note citirten und an den Kaiſer gerichteten Relation (dto. 28. April 1608) alle Vorgänge am Regensburger Reichstage über die religiöſe Frage umſtändlich erzählt, erwähnt er auch da mit keinem Worte eines Beſchluſſes, wie ihn Rebell nach ſeiner Willkür gefaßt haben ſoll. Iſt dieſes Schweigen nicht entſcheidend? Beifügen wollen wir noch, ohne darauf weiter ein Gewicht zu legen, daß auch der ſpaniſche Geſandte, welcher doch im regen Verkehr mit allen hervorragenden Perſonen in Prag, mit dem Nuntius und mit Erzherzog Ferdinand ſelbſt ſtand, nichts von der mehr erwähnten Entſcheidung des Kaiſers weiß.

Google

nahm, im Uebrigen jedoch durfte er kaum mehr hoffen, ihr Ziel und Maß zu geben, da die letzten drei Jahre die Feinde allzusehr erbittert, die Freunde aber mißtrauisch und zaghaft gemacht hatten.

Rudolf selbst handelte in der Zeit, welche dem Regensburger Reichstage vorausging, mit all' der Unbesonnenheit, welche wir an ihm gewöhnt sind und die durch seine geistige Krankheit sich allerdings erklärt. Statt Maß zu halten und Niemanden weiter zu reizen, so lange er nicht die Mittel zu einem neuen Kampfe in den Händen hatte, benahm er sich gegen die Ungarn rücksichtslos und suchte nicht einmal den Schein zu wahren. Es unterblieb also, wie wir bereits erzählt haben, nicht bloß die Uebergabe einiger noch immer mit deutschen Truppen besetzten Festungen an die Ungarn, auch die Konfiskation der Illeshazy'schen Güter wurde aufrecht gehalten. Von allen Seiten wurde er zur Berufung eines Reichstages gedrängt, statt aber einfach diesem Drängen einen starren Widerstand entgegenzusetzen, wie das seinem Plane entsprach, reizte er nur noch mehr durch scheinbare Nachgiebigkeit. Er schrieb nämlich in der That auf den Monat Juli 1607 einen Reichstag nach Preßburg aus, als aber die Magnaten daselbst zusammenkamen, warteten sie vergeblich zwei Monate auf die Eröffnung desselben und auf die Mittheilung der königlichen Propositionen. War dies Benehmen schon unerhört, so war es vollends empörend, daß der Kaiser den Reichstag, welchen er sodann auf den Monat November berief, abermals vertagte. Die Gährung erreichte darüber den höchsten Grad; die Haiduken waren die ersten, welche zu offener Empörung Zuflucht nahmen, mit den Türken ins Einvernehmen traten, Ungarn von neuem zu verheeren begannen und mit gleich barbarischen Einfällen in die benachbarten Länder, wie zwei Jahre vorher, drohten. In Oesterreich und Mähren stieg bereits die Angst bis zur Verzweiflung, und zu der Furcht vor dem Feinde gesellte sich der bitterste Groll über das Treiben des Prager Hofes. Mathias mitten in diesen Ereignissen und Befürchtungen lebend, eilte nach der zweiten Vertagung des Preßburger Reichstags nach Prag, um den Kaiser nochmals zu bitten, den Frieden einzuhalten und ihn auf die Empörung aller Gemüther über sein Benehmen aufmerksam zu machen. Es war das letztemal, daß sich die kaiserlichen Brüder in ihrem Leben sprachen. Mathias' letzte Anstrengung mißglückte vollständig; er mußte sich von Prag entfernen, ohne den Kaiser zu vermögen, von seiner wahnsinnigen Politik abzulassen. Zurückgekehrt nach Wien war es ihm klar, daß, wenn je der Moment da gewesen, selbstständig aufzutreten, er jetzt für ihn gekommen sei. Er berief deshalb auf eigene Gefahr den ungarischen Reichstag nach Preßburg, um mit ihm zu berathen, was für den Frieden zu thun wäre. Dem Kaiser selbst gab er

Google

von dieſem Schritte Nachricht und bat ihn, ſeine Sanktion dazu zu geben, 1608. weil die Empörung der Haiduken und der Untergang Ungarns nicht anders zu verhindern ſeien*). Statt aller Antwort ließ Rudolf durch Erzherzog Ferdinand den deutſchen Reichstag in Regensburg eröffnen, ſo daß alſo die ungariſchen und deutſchen Stände beinahe zu gleicher Zeit ihre Sitzungen begannen.

Der Aprilvertrag von 1606 war ein Verſuch, durch eine Art von Familiengericht, Rudolf als zur Regierung untauglich zu beſeitigen; er leiſtete aber nicht das, wozu er doch beſtimmt war. Alle Prinzen des Hauſes, den König von Spanien mit eingeſchloſſen, erkannten zwar, daß Rudolf zur Regierung nicht fähig ſei; ſie ſcheuten ſich aber doch vor einem Schritt, der, mit welcher Rückſicht er auch immer gethan wurde, zur Verringerung der königlichen Autorität beizutragen ſchien. Als nun die höchſte Gefahr herangekommen war, der Aufſtand in Ungarn zum Theil bereits ſeinen Anfang genommen hatte und den übrigen Provinzen ſich mitzutheilen drohte, ſah ſich Mathias von ſeinen Vätern und Vettern nur wenig unterſtützt und deshalb genöthigt, die unter allen Umſtänden unbedingt nothwendige Entfernung ſeines kranken Bruders mit Hilfe einer Revolution zu verſuchen, welche er vergeblich durch eine Art Familiengericht zu bewirken gehofft hatte. Aus dieſem Grunde ſehen wir den friedlichen Erzherzog, und zwar unter der Einwirkung ſolcher Rathgeber, deren katholiſche Geſinnung über allen Verdacht erhaben war und welche ſich ſonſt keineswegs als Freunde der ſtändiſchen Macht bewegen, den ungariſchen Parteihäuptern die Hand bieten und dadurch dem Bündniſſe beitreten, welches ſich zwiſchen ihnen und einigen Freunden in Mähren und Oeſterreich ſeit lange vorbereitet hatte und endlich im Dezember 1607 in Neſtitz**) zum Abſchluß gediehen war.

Zum Verſtändniß dieſer folgenden Ereigniſſe iſt es nöthig, jene Männer, welche in den einzelnen Ländern Oeſterreichs eine bedeutende Stellung einnahmen und von denen die meiſten die Urheber und Theilnehmer des Neſtitzer Bündniſſes waren, umſtändlicher zu charakteriſiren.

Dieſelben Männer, welche in Ungarn im J. 1605 ſich mit Bocskay gegen Rudolf verbunden hatten, waren es auch jetzt, welche Mathias aufforderten, ſich an ihre Spitze zu ſtellen, um dem Regiment des Kaiſers ein Ende zu machen. Es waren dies Illeshazy, Homonnai, Thurzo, Revay und andere, theils Proteſtanten, theils Katho-

*) Hurter, Ferdinand II, V, 417. Mathias an Rudolf dto. 23. Dez. 1607. — Chlumecky, Zerotin.

**) In Mähren gelegen, eine Veſtung Karls von Zerotin.

Google

ſten, denn jetzt kämpfte man nicht wie bei der Bocskay'ſchen Rebellion blos um die Glaubensfreiheit, nicht bloß um ſtändiſche und nationale Privilegien ſondern um Hab' und Gut, welches der Wiederausbruch eines Krieges auf das ernſtlichſte gefährdete. Die Katholiken, welche ehedem treu zu Rudolf gehalten, hatten ſich ſeitdem in die unvermeidliche Anerkennung des Proteſtantismus gefügt und wußten es einem Manne wie Rudolf keinen Dank mehr, wenn er unter falſchen Vorwänden oder unerfüllbaren Vorſpiegelungen einen neuen Kampf heraufbeſchwor und ſie einem gewiſſen Untergange preisgab. Mit einem Worte, Ungarn war völlig einig der Herrſchaft des Kaiſers ein Ende zu machen, weil ſein Thun und Treiben ſeit dem Abſchluße des Wiener und Zſitwa-Toroker Friedens nur darauf gerichtet war, die Verwirrung ins Endloſe zu unterhalten und weil er nur die Macht hatte, Böſes zu thun, aber weder Willen noch Kraft etwas in Ordnung zu bringen.

Oeſterreich, ein altes Beſitzthum des Hauſes Habsburg, hatte zeitweiſe Kämpfe mit ſeinen Fürſten; dieſelben waren aber immer ſo beigelegt worden, daß zwiſchen dieſen und ihren Unterthanen wieder ein herzliches Einvernehmen eintrat. Die Reformation, die auch nach Oeſterreich gedrungen war, hatte da, wie überall zur Aufregung und Zwietracht zwiſchen den Herrſchern und Beherrſchten beigetragen, aber doch keine ſo tiefe Spaltung herbeigeführt, weil Ferdinand I und Maximilian II der geiſtigen Bewegung nicht barbariſche Gewalt, ſondern nur einen mäßigen Widerſtand entgegengeſetzt hatten. Maximilian II hatte ſich ſogar ſoweit dem proteſtantiſchen Adel genähert, daß er ihm die freie Glaubensübung zwar nicht durch ein Staatsgrundgeſetz oder Privilegium, wie man dies damals nannte, aber doch auf eine bindende Weiſe gewährte. Unter Rudolf dauerte dieſer Zuſtand fort, die Reformation fand auch in den Städten, wohin ſie nur theilweiſe vorgedrungen war, ſo allgemeinen Eingang, daß an eine Unterdrückung derſelben vernünftigerweiſe nicht gedacht werden konnte. Nichtsdeſtoweniger machte ſich während der Statthalterſchaft des Erzherzogs Mathias der Biſchof von Wiener-Neuſtadt, Khleſl, an dieſe Aufgabe. Mit hervorragendem Talent, eben ſo viel Willensſtärke und Ausdauer begabt, um ſeines Zweckes willen zur Intrigue eben ſo geneigt, wie zum geraden entſchloſſenen Handeln, hatte ſich dieſer Mann trotz niederer Herkunft*) durch ſeinen kirchlichen Eifer, ſeine Gelehrſamkeit und ſeine tadelloſe Lebensweiſe zu einer hohen kirchlichen Würde emporgeſchwungen. In dieſer Stellung hatte er

*) Er war eines Bäckers Sohn, in ſeiner Jugend ein Proteſtant, aber frühzeitig zur katholiſchen Kirche übergetreten.

Google

den Protestanten überall den größten Abbruch gethan, ohne dabei zu einem andern Mittel zu greifen als besonders Widerspänstige zur Auswanderung zu nöthigen; immer bedacht durch geistliche Zusprache zu bekehren und die neue Ueberzeugung zu befestigen, war er selbst am thätigsten, wo es galt den Protestanten zu predigen, den Gewonnenen zum erstenmal das Abendmal zu reichen und hatte dadurch auch Erfolge erzielt, deren sich begreiflicherweise nicht viele Bischöfe rühmen konnten. Die Magistrate der Städte füllten sich wieder mit Katholiken, die Klöster und Ordensgeistlichen bequemten sich wieder zu strengerer Einhaltung der Regel, die Pfarrgeistlichkeit entschied sich zwischen dem Weibe oder dem Verlust des Amtes, kurz überall, wohin des Kaisers Macht reichte, da reichten auch Khlesls Thätigkeit und Erfolge. Nur der Adel setzte ihm auf seinen Gütern eine unübersteigliche Schranke entgegen. — Erzherzog Mathias war bald nach der Uebernahme der Statthalterschaft in Oesterreich mit Khlesl bekannt geworden, nahm ihn in seinen Rath auf, und von da an spielte der Bischof vermöge seines Talentes und seiner unermüdeten Thätigkeit in demselben die bedeutendste Rolle. Auch an dem sich entwickelnden Bruderzwist nahm Khlesl keinen geringen Antheil, indeß läßt sein gesammtes Benehmen nicht den Verdacht aufkommen, als habe er den Erzherzog Mathias aus Uebelwollen oder Ehrgeiz gegen seinen Bruder gehetzt; er that nichts mehr, als daß er Mathias zum entschlossenern Handeln da aufforderte, wo Zögern nur Verderben der Dynastie bringen konnte. Aller Wahrscheinlichkeit nach war er auch der vorzüglichste Urheber des Vertrages unter den Erzherzogen im J. 1606*). Ihm, als einem scharfsichtigen Gegner der Protestanten in kirchlicher und staatlicher Beziehung, mußte es klar sein, daß eine Erhebung Mathias' gegen den Kaiser denselben nur zum Nutzen gereichen könne, wenn die gesammte kaiserliche Familie nicht einig gegen Rudolf stand; daher sein Bestreben diese Einigkeit herbeizuführen. Als jedoch der Aprilvertrag seine Dienste nicht leistete, hielt er die Verbindung mit den Protestanten für minder schlimm, als die längere Regierung des Kaisers.

Neben Khlesl standen wohl noch mehrere Katholiken im Dienste des Erzherzogs, ihre Bedeutung ragte jedoch nicht über die Mittelmäßigkeit hinaus, wenngleich Rudolf durch die spezielle Aussendung Cavriani's und Kreuberg's diesen beiden eine höhere Bedeutung zuzuerkennen schien.

Unter den protestantischen Häuptern in Oesterreich stand Erasmus Freiherr von Tschernembl als ein Mann von hoher Begabung, tiefer Einsicht und unermüdeter Thätigkeit obenan. Er gehörte der calvinistischen

*) Hammer weist dies in seiner Biographie Khlesls nach.

Google

Partei an, welche bis dahin in Oeſterreich nur ſehr wenige Mitglieder zählte, aber gerade dieſe wenigen überflügelten an Thätigkeit und politiſchem Scharfſinn alle übrigen. Tſchernembl hatte auf weiten Reiſen ſich eine große Weltkenntniß erworben; er ſprach und ſchrieb geläufig mehrere Sprachen, namentlich das Franzöſiſche, welches damals das gemeinſchaftliche Band des Calvinismus abgab. Unter den gleichzeitigen öſterreichiſchen Staatsmännern ſowohl der katholiſchen als der proteſtantiſchen Richtung iſt er, wo nicht der hervorragendſte, ſo doch unbedingt den hervorragendſten an die Seite zu ſtellen. Zwei Ziele verfolgte er unverwandt in ſeinem Leben; die abſolute Freigebung des Proteſtantismus in Oeſterreich beim Adel und in den Städten war das eine, das andere die Umgeſtaltung der öſterreichiſchen Monarchie zu einer föderativen Republik mit einem monarchiſchen Haupte. Der Föderation ſollte die dreifache Staatengruppe der deutſchen, böhmiſchen und ungariſchen Länder zu Grunde liegen; eine um ſo merkwürdigere Thatſache, wenn man bedenkt, daß er die ideale Grundlage für einen Staat zu ſchaffen ſuchte, den ſeine eigenen Beſitzer, die habsburgiſche Dynaſtie, noch nicht für ein unauflösbares Ganze anſahen. Gewandt in der Rede und in der Feder nicht bloß wie wenige ſeiner Standesgenoſſen, ſondern ſelbſt wie wenige in der gleichzeitigen Gelehrtenrepublik, ward ihm von ſeinen Geſinnungsgenoſſen überall, wo er auftrat, der erſte Platz eingeräumt. Er war nicht darauf bedacht, ſeine Abſichten langſam und auf friedlichen Wegen zu erreichen, ſondern hatte etwas von der Ueberſtürztheit und Ungeduldigkeit moderner Revolutionäre an ſich, daher wohl auch der Beiname eines Tribuns, welchen man ihm gab. Das, was er in dieſem Augenblick vor allem anſtrebte, war, ſeinem Glauben eine durch die Verfaſſung ſelbſt garantirte Berechtigung zu verſchaffen und das Recht des freien Bekenntniſſes Jedermann zu vindiciren. Deshalb unterhielt er heimliche Verbindungen mit Ungarn und mit Deutſchland, in letzterem namentlich mit dem Fürſten von Anhalt, um, wenn die Verhältniſſe günſtig ſein ſollten, durch fremde Hilfe zu erreichen, wozu es ſeinen Landsleuten vielleicht an Muth oder Ausdauer gebrach.

Am nächſten zu Tſchernembl ſtanden die Brüder Gottfried und Richard von Starhemberg, beide hochangeſehene Mitglieder des öſterreichiſchen Adels, Calviner, und geneigt, mit Gewalt das zu erreichen, was die Zeit im friedlichen Wege nur langſam herbeiführt. Mit Tſchernembl ſehen wir ſie ſtetig an allen folgenden Umwälzungen und Ereigniſſen einen hervorragenden Antheil nehmen; ſie ſtanden ihm nur an Gelehrſamkeit und Feſtigkeit nach, an Ausdauer waren ſie kaum zu überbieten. Ein geſchickter Unterhändler und eifriger Vertreter des Proteſtantismus war auch Erasmus von Elzing.

Google Original f HARVARD UN

Die Motive, welche die Oesterreicher jetzt als Feinde Rudolfs auftreten ließen, waren doppelter Art, religiöser und politischer. Das religiöse betraf allein die Protestanten, denen es sich um eine gesetzliche Bestimmung ihrer Glaubensfreiheit handelte. Merkwürdig ist in dieser Beziehung, daß sie eigentlich mehr Grund hatten, sich gegen Erzherzog Mathias zu beschweren als gegen den Kaiser, denn seit der Erzherzog Statthalter und Khlesl sein Rathgeber war, seitdem war ihnen in den Städten der meiste Abbruch geschehen. Wenn sie sich nichtsdestoweniger mit Mathias verbinden wollten, so thaten sie dies in einer doppelten Hoffnung, erstens daß es ihnen gelingen werde, Khlesl aus dem Rathe seines Herrn zu entfernen und zweitens, daß ein Bündniß mit den protestantischen Ungarn zuletzt ihren Wünschen einen mächtigen Vorschub geben müsse. Der politische Grund, welcher alle Oesterreicher ohne Rücksicht auf das Glaubensbekenntniß einigte, beruhte theils auf der Unsicherheit, der die österreichischen Länder seit dem Bocskay'schen Aufstand preisgegeben waren und die neuerdings durch des Kaisers Vornehmen in einen verheerenden Krieg umzuschlagen drohte, theils auf den fortdauernden Bedrückungen, denen sie durch die Rotte der kaiserlichen Truppen, welche auf ihr Gebiet verlegt waren und daselbst von Plünderung lebten, preisgegeben waren. Eine solche Behandlung von Seite ihres Souverains erschütterte bei dem katholischen Adel und selbst bei dem Prälatenstand die Treue zu dem Kaiser und machte sie nicht ungeneigt, sich auf Mathias' Seite zu schlagen.

Auf Ungarn und Oesterreich hatte der Erzherzog als ihr Statthalter den meisten Einfluß und es konnte ihm also keine Schwierigkeiten machen, sie völlig geeint gegen den Kaiser ins Feld zu führen, wenn er wollte. Anders und zweifelhafter stand es mit Mähren, das er gleichwohl zu gewinnen trachten mußte, wofern er einen sichern Schlag führen wollte. Nicht als ob der Zunder der Unzufriedenheit in Mähren ein geringerer gewesen wäre, im Gegentheil, keine Provinz hatte seit Jahren so viel Mißhandlungen erlitten als gerade diese, aber es schien, als ob diese Mißhandlungen die Kraft zum Widerstande oder zu einer Erhebung gebrochen hätten. In keinem Lande der österreichischen Monarchie war sonst die Herrschaft des Adels eine so stark befestigte als daselbst, und nirgends hatte zugleich die religiöse Freiheit so feste Wurzeln geschlagen als ebenda. Auf dem kleinen Gebiet von etwa 400 Quadratmeilen lebten Katholiken, Utraquisten, Lutheraner, Kalviner, Brüder und Wiedertäufer ungehindert neben einander, und es war dieser Zustand kein neuer, sondern er hatte sich seit den Zeiten Wladislaws II von Böhmen († 1516) von selbst so gestaltet und keiner der habsburgischen Regenten hatte darin eine Aenderung her-

Google

vorbringen können*). Während zu Maximilians II Zeiten alle Provinzen, namentlich Böhmen und Oesterreich nach einem Privilegium verlangten, welches ihre religiöse Freiheit garantiren sollte, verschmähte es Mähren allein, eine gleiche Forderung aufzustellen, denn es besaß die religiöse Freiheit als ein Vermächtniß der Altvordern, als etwas, was dem Boden des Landes eigenthümlich schien und durch kein Gesetz eine größere Befestigung erlangen konnte. Eben so mächtig aber, als die religiöse Freiheit in Mähren aufgeblüht war, eben so mächtig hatte sich auch da die Adelsherrschaft gestaltet; in der Verwaltung und im Gerichtswesen war sie so vollständig organisirt, daß der Markgraf von dem Lande kaum mehr als den Titel und die jährlichen Steuern hatte. Gegen diese Adelsherrschaft hatte nun Rudolf ungefähr am Schlusse des 16. Jahrhunderts einen hartnäckigen ununterbrochenen und rücksichtslosen Kampf eröffnet, indem er theils mit Verletzung der Verfassung in die Gerichte und Landesämter Personen seiner Wahl brachte, theils gegen jene Personen, welche Widerstand leisteten, ungerechte Prozesse anhängig und sie dadurch unschädlich machte. Mit diesem politischen Absolutismus ging eine religiöse Restauration, vornehmlich geleitet von den Bischöfen von Olmütz und den mährischen Jesuitenkollegien, Hand in Hand. Vielleicht würde mancher tüchtige Herrscher es für seine Pflicht gehalten haben, der oligarchischen Adelsregierung Mährens eine Schranke zu setzen und dem bürgerlichen Element mehr Geltung zu verschaffen, gewiß ist aber, daß Rudolf zu dieser Reform nicht berufen war und an die Stelle des Angefeindeten nur noch etwas viel schlimmeres setzen konnte. Die traurigsten Dinge gingen in Mähren in der Zeit von 1605—1608 vor sich. Vier Jahre lang — eben während der erwähnten Zeit — trat ein vollständiger Gerichtsstillstand im Lande ein, theils weil der Kaiser keinen Oberstlandrichter ernannte, welcher den Sitzungen zu präsidiren hatte, theils weil ämtersüchtige Leute es auch nach der Ernennung zu keiner Sitzung kommen ließen**). Könnte sich wohl heutzutage nur eine Regierung in der Welt halten, die solche Dinge triebe? So wie Oesterreich, litt auch Mähren Unsägliches durch die kaiserlichen Truppen, die sich dahin nach dem ungarischen Aufstande gezogen hatten. Zwar hatten, um von der Plage frei zu werden, mehrere Städte große Summen dem Kaiser gegeben, damit er Mittel zur Abdankung der Soldaten hätte, aber das Geld wurde zu anderen Zwecken verwendet und dieselben Soldaten plünderten nach wie vor dieselben Bürger. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß Männer, welche ehedem dem

*) Chlumecky, Karl von Zierotin. — Reine Geschichte der böhmischen Brüder.
**) Chlumecky, Karl von Zierotin.

Google

Kaiſer bei ſeinem abſolutiſtiſchen Treiben aus Ehrgeiz behülflich waren, nunmehr doch Anſtand nahmen, ihm zu dienen. So kam endlich die Regierung von Mähren in die Hände nichtswürdiger Perſonen, welche die öffentlichen Gelder auf noch ſchmählichere Weiſe als das Geſetz angriffen. Zuletzt ging der Kaiſer ſo weit, daß er im J. 1607 in der Perſon Ladislaus von Berka, einen des Unterſchleifs notoriſch bezüchtigten Mann, zum Landeshauptmann von Mähren, alſo zum Haupt dieſer Provinz machte.

Niemand war in Mähren durch dieſe Aenderungen ſo hart getroffen worden, als Herr Karl von Zerotin, der Sproſſe eines alten Geſchlechtes. Von früheſter Jugend an hatte dieſer Kavalier an der Ausbildung ſeines Geiſtes und Charakters mit allem Eifer und ſtrenger Selbſtkritik gearbeitet und nicht bloß das eigene, ſondern auch des Vaterlandes Wohl zu fördern für die Aufgabe ſeines Lebens erkannt. Geboren und erzogen in den ſtrengen Grundſätzen der Brüderunität verläugnete er ſie keinen Augenblick ſeines Lebens, aber vor allen feurigen Anhängern ihres Glaubens erſcheint er unter ſeinen Zeitgenoſſen dadurch wahrhaft bedeutend, daß er den Glauben zu einer Angelegenheit des innern Menſchen und nicht zum Gegenſtande der Politik machen wollte, alſo vor einer Verfolgung oder Unterdrückung Andersgläubiger zurückſchauderte, ſelbſt wenn er im Siege war. Vielleicht hatte dieſe evangeliſche Toleranz nicht immer eine Stätte in ſeinem Herzen aufgeſchlagen gehabt; in ſeinem früheſten Mannesalter war er mit einem Theile ſeines Vermögens Heinrich IV zu Hülfe geeilt, als dieſer in der größten Gefahr war, der Liga und den Spaniern zu unterliegen. Aber wenn er vielleicht damals von einem andern Geiſte getrieben war, als dem, einem ungerecht Verfolgten zu helfen, ſo wurde er gründlich davon geheilt durch ſeine Wahrnehmungen in Frankreich und durch den unter ſeinen Augen vollzogenen Uebertritt Heinrichs IV zur katholiſchen Kirche. Dieſer Uebertritt, der ſich ihm als der ſchändlichſte und von den unreinſten Gelüſten verurſachte Abfall vom Glauben darſtellte, war für ihn maßgebend in dem, was man von Fürſten erwarten könne und was nicht. Fortan ſonderte er ſtreng die Sache der Religion von der der Politik und bot in ſeiner öffentlichen Wirkſamkeit das Schauſpiel eines unwandelbar konſequenten Mannes, der weder durch die Beſtürmungen ſeiner Freunde, noch durch die Verlockungen oder Verfolgungen ſeiner Gegner ſich in ſeiner Handlungsweiſe irre machen ließ; noch einander geſucht und hochverehrt von den Gegnern des kaiſerlichen Hauſes und von den Prinzen dieſes Hauſes ſelbſt, von ſeinen Glaubensgenoſſen und von den höchſten katholiſchen Würdenträgern und von allen dieſen wieder verlaſſen und preisgegeben. Er allein hatte ſich nicht geändert, aber ſeine wandelbaren Schickſale lieferten den Beweis, daß ein

Google

Mann seiner Ueberzeugung für die Zeit nicht paßte, weil er zu isolirt da stand und daß der Grundsatz, die Politik von der Religion zu trennen, sich plattterdings noch nicht durchführen ließ. Für seine großen Dienste in der Zeit von 1608—1611 erntete er nicht einmal von seinen Glaubensgenossen so viel Dank, daß sie ihn im Jahre 1619 in Ruhe ließen, als er der Ferdinand II aus Ueberzeugung verharrte, er ward vielmehr — es ist fast unglaublich zu hören, aber leider wahr — mit dem Schicksale Slawata's und Martinitz's bedroht*). Nichtsdestoweniger zog er es vor, später das Schicksal seiner Landsleute zu theilen, welche um des Glaubens willen von Ferdinand II zur Auswanderung genöthigt wurden, obwohl ihm für seine Person das Verbleiben in der Heimat gestattet war; er ging nach Breslau und kehrte von da erst wenige Tage vor seinem Tode nach Mähren zurück.

Zerotin hatte nach seiner Rückkehr aus Frankreich an dem öffentlichen Leben in seinem Vaterlande Antheil genommen, gerade zu der Zeit, als Rudolf gegen die mährische Verfassung seinen traurigen Kampf begann. Gleich im Anfang stellte sich Zerotin in die vorderste Reihen ihrer Vertheidiger und trat mit gleicher Entschiedenheit in die Schranken für seine Nationalität, denn auch diese sah er durch die in der spanischen Schule der Politik geübten Diener Rudolfs gefährdet. Der ganze Haß der letztern konzentrirte sich alsobald gegen ihn, denn es war klar, daß so lange Zerotin nicht aus dem Landrechte und Landtage entfernt und zum Schweigen verurtheilt sein würde, ihre Angriffe gegen die mährische Verfassung kaum von einem Erfolge begleitet sein dürften. Aus diesem Grunde wurde durch Bestechung und durch offenbare Verletzung alles Rechtes ein Prozeß wegen beleidigter Majestät gegen Zerotin anhängig gemacht, und dieser durch fortwährende Beängstigung und Drohung mehrere Jahre lang zu einer qualvollen Zurückgezogenheit verurtheilt. Dies war es aber, was man wollte, und von da an nahmen denn auch die Mißhandlungen der Mährer auf alle Weise zu, bis sie endlich in der Zeit von 1605—1607 den Höhepunkt erreichten. Die Einfälle der Ungarn, die kaiserlichen Soldaten und endlich Herr von Berka selbst plünderten das Land um die Wette, so daß, wo ehedem Wohlstand und eine frische männliche Gesinnung lebte, jetzt nur noch Armuth und Verzweiflung ihre Hütten aufgeschlagen hatten. Das ganze Land war eines Sinnes in der Verurthei-

*) Im J. 1619 ward Zerotin mit dem Kardinal Dietrichstein von den aufrührerischen Grafen in Brünn aus Fenster des Landtagssaales geschleppt und wenig fehlte, so wären sie beide auf die Gasse herunter geworfen worden. Siehe zur Geschichte des J. 1619 MS im böhmischen Museum.

Google

lung des Rudolfinischen Regiments, und Aller Augen waren auf Zerotin gerichtet, ob er nicht das Zeichen zur Erhebung geben würde, aber die Gegner standen auf ihrer Hut und sonach war ein Auftreten gegen dieselben nur möglich, wenn auswärtige Hilfe kam.

Neben Karl von Zerotin, dem anerkannten Haupt der Protestanten und sonach der weitaus größeren Mehrzahl der Bevölkerung, beherbergte Mähren noch zwei andere nach einer andern Seite hin nicht minder einflußreiche Magnaten, welche in den meisten Beziehungen das gerade Gegentheil zu ihm boten, aber doch durch mannigfache Verkettung der Verhältnisse im J. 1619 seine einzigen Freunde wurden, während jetzt ihre Ziele und Wege weit auseinandergingen. Es waren dies der Bischof von Olmütz, Kardinal Franz von Dietrichstein und Herr Karl von Liechtenstein, der erste aus seinem Hause, welcher später den Fürstentitel erlangte. Der Kardinal stammte aus einer Familie, welche seit mehreren Generationen der habsburgischen Dynastie treu ergeben und von ihr mit Vermögen und Würden ausgestattet worden war. Adam von Dietrichstein war seiner Zeit Gesandter Maximilians II am spanischen Hofe und hatte sich da mit einer Spanierin Margarite von Cardona vermählt*); ein Sprößling dieser Ehe war der Kardinal, welcher in Madrid das Licht der Welt erblickte und sowohl durch seine Umgebung als durch seine Erziehung sich jenen unter allen Umständen thätigen und rücksichtslosen Glaubenseifer aneignete, der damals die hervorragendste Eigenschaft aller aus Philipps II Schule hervorgegangenen Staatsmänner war. Den Papst Clemens VIII, welcher als Kardinal bei seiner Durchreise durch Mähren den jungen Dietrichstein kennen gelernt und wegen seiner geistigen und körperlichen Vorzüge lieb gewonnen hatte, wurde er nach Rom als Kämmerer berufen, wie ein vertrauter Freund behandelt, bei jeder Gelegenheit ausgezeichnet und stieg im Alter von 29 Jahren zur Würde eines Kardinals erhoben, mit welcher er unmittelbar darauf durch die doppelte Gunst des Papstes und des Kaisers die eines Bischofs von Olmütz verband. Kaum hatte er von dem bischöflichen Stuhle Besitz genommen, als er mit Benützung aller Vorrechte desselben sich an das Werk der kirchlichen Reform in Mähren begab, eine Unternehmung, welche bei der unabhängigen Stellung des Adels und bei der ins Blut des Volkes übergegangenen Hinneigung zum Protestantismus geradezu undurchführbar erschien. Zu ihrer Erschwerung gesellte sich noch dies bei, daß der Kardinal, welcher vermöge seines fast ununterbrochenen Aufenthaltes in der Fremde der böhmischen Sprache nicht mächtig war, gleich im Anfang seiner Thätigkeit gegen das wichtigste

*) Richter, Series Episcoporum Olomucensium.

Google

und natürlichſte Recht ſeines Landes und deſſen Sympathien verſtieß, indem er ſich bei den Sitzungen des Landrechts, denen er als Biſchof beizuwohnen berechtigt war, einer fremden Sprache bedienen wollte. Karl von Zerotin war es damals, der gegen dieſe beiſpielloſe Anmaſſung proteſtirte und den Kardinal nöthigte, ſich eines Dolmetſchers ſo lange zu bedienen, bis ihm ſelbſt das Böhmiſche geläufig ſein würde. Der Kardinal nahm zwar dieſe Behandlung als eine der ſtärkſten Beleidigungen auf, widmete ſich aber nichtsdeſtoweniger mit allem Eifer dem Studium der Landesſprache und bediente ſich ihrer in kurzer Zeit mit der nöthigen Sicherheit und Geläufigkeit. Es geräſtet nahm er mit allem Eifer die kirchliche Reſtauration in ſeinem Vaterlande in Angriff, indem er theils ſelbſt theils durch vertraute Gehilfen, vor allem aber durch die Jeſuiten, auf die religiöſe Umkehr des Volkes und Adels hinarbeitete. Man kann nicht verkennen, daß er ſich dieſer Unternehmung mit aller Kraft ſeiner Jugend, aller Hingebung ſeines Amtes und allem Eifer eines Südländers hingab. Während er für ſeine Perſon mit ſeinen Bemühungen nur den Pflichten ſeines Standes entſprach und keinen politiſchen Zwecken dabei dienen wollte, arbeitete er aber doch auch jener abſolutiſtiſchen Politik in die Hände, welche mit der religiöſen Reſtauration zugleich der ſtändiſchen Freiheit ein Ende zu machen ſuchte, um wo möglich die muſtergiltigen ſpaniſchen Zuſtände einzuführen. Es iſt nicht erweisbar, daß der Proteſtantismus in den erſten Jahrzehenden ſeines Beſtehens in allen Ländern, in welche er eindrang, einen Rückſchritt in der Lage des Volkes herbeiführte*) und die Macht der Fürſten und des Adels demſelben gegenüber erhöhte, aber eben ſo wenig läßt ſich in Abrede ſtellen, daß die Wiederherſtellung der katholiſchen Kirche überall von ſolchen politiſchen Maßregeln begleitet erſcheint, bei welchen weder die ſtändiſche Freiheit noch das Gemeinwohl einen Gewinn davon trugen.

Herr Karl von Liechtenſtein war der reichſte und folglich mächtigſte Kavalier in Mähren; ſeine jährlichen Einkünfte beliefen ſich auf mehr als 40000 Thaler und ſein Bruder beſaß nicht weniger**). Seine Verfahren nehmen in der Geſchichte der mähriſchen Wiedertäufer, denen ſie lange Zeit Beſchützer und Freunde waren, eine hervorragende Stelle ein, und er ſelbſt war urſprünglich mit Karl von Zerotin in einer Brüderſchule erzogen worden und gehörte bis in ſein männliches Alter den Proteſtanten an. Durch welche Verkettung von Umſtänden und welche Motive er katholiſch geworden, iſt uns nicht bekannt; nur ſo viel iſt gewiß, daß

*) Döllinger in ſeinem neueſten Werke: Kirche und Kirchen führt den Beweis durch.
**) Kardin von Dietrichſt. Es hat gibt Gar Einnahme über Einkünfte an.

Google

er gleich anfangs einen großen Eifer in ſeinem neuen Glauben an den Tag legte und mit den vorzüglichſten Vertretern des Katholicismus, Fürſten und Mönchen, in einen engen Verkehr trat, der ihn jedoch nicht hinderte, mit ſeinen ehemaligen Glaubensgenoſſen ein gewiſſes vertrautes Verhältniß zu unterhalten. Der Grundzug ſeines Charakters war flammender Ehrgeiz, der ſogar bis zur Hoffart ausartete; träumte er doch wenige Jahre ſpäter, nachdem er bereits in den Fürſtenſtand erhoben worden war, von nichts geringerem, als wie er ſpäter bei dem erwarteten Zerfalle Oeſterreichs nach Mathias' Tode Markgraf von Mähren werden könnte, und manche Zweideutigkeit ſeines Charakters erklärt ſich durch einen ſolchen Wunſch am beſten*). Nachdem er in die Dienſte Kaiſer Rudolfs getreten war, ſtieg er raſch zu den höchſten Würden, ward Landeshauptmann von Mähren, Oberſthofmeiſter des Kaiſers und damit Präſident des geheimen Rathes, damals die höchſte Würde in Oeſterreich. Schon um dieſe Zeit ſtanden die Angelegenheiten des Kaiſers ſchlecht, und ein ſo kluger und vorſichtiger Mann, als Liechtenſtein ſtets geweſen, mußte eigene Motive haben, wenn er in eine Stellung trat, in welcher die Vorgänger keineswegs an Ehre und Anſehen gewonnen hatten, und welche bei des Kaiſers unglücklicher Gemüthsart ihm ſelbſt noch zu größerem Nachtheil ausſchlagen konnte. In der That ſoll er gehofft haben, die Bezahlung eines bedeutenden Anlehens, auf welche er bisher vergeblich gedrungen hatte, leichter zu erlangen. Kaum hatte er aber das Amt eines Oberſthofmeiſters angetreten und kaum war er mit den Einrichtungen des Prager Hofes beſſer bekannt, als er ſowohl die Hoffnung aufgab, zu ſeinem Gelde zu kommen, als in der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten einen ſchnelleren Gang herbeizuführen. Zum Kaiſer zu gelangen war ihm unmöglich, wenn er ſich nicht deshalb an den Kammerdiener wenden und deſſen Gunſt den Zutritt verdanken wollte, und daß er ſtolz genug war, dies Mittel zu verſchmähen, kann ihm gewiß nicht verargt werden. Den Sitzungen des geheimen Rathes wohnte er nur eine Stunde am Vormittag bei; am Nachmittag ging er täglich in das neugegründete Kapuzinerkloſter am Hradſchin und brachte da regelmäßig gegen drei Stunden zu, gewöhnlich im Zwiegeſpräche mit dem Guardian P. Laurentius von Brindiſi, einem Italiener von weit gerühmter

*) Erzherzog Ferdinand von Gratz, der gewiß eher zu Gunſten als zum Nachtheil Liechtenſteins urtheilte, nannte ihn ſelbſt beſtätigt. Brüſſeler Staatsarchiv, Secretario d' Etat allem. Carton 163. Peter von Biſchof an den Sekretär des Erzherzogs Albrecht, ddo. Regensburg 8. März 1608.

**) Brüſſel, Secret d'Etat allem. Carton 166. Biſchof an Erzherzog Albrecht ddo. 7. März 1606.

Google

frömmigkeit. Da man ihm zuletzt Vorwürfe über seine Saumseligkeit im Besuche des geheimen Rathes machte, entgegnete er barsch, was er da thun solle; es sei kein Geld vorhanden und keine Mittel dasselbe herbeizuschaffen. Es währte nicht lange, so wurden diese Worte dem Kaiser hinterbracht und es kam zu einem heftigen Despute zwischen diesem und Liechtenstein, welcher einen Bruch herbeiführte. Liechtenstein, wohl merkend, daß die ungarischen Angelegenheiten den Untergang Rudolfs herbeiführen würden, resignirte schriftlich auf seinen Posten und zog sich, ohne vom Kaiser persönlich Abschied zu nehmen, weil der Zutritt nicht zu erreichen war, auf seine Güter in Mähren zurück. Ende 1607

Mit der Abreise von Prag und mit dem trotzigen Rückzug auf das Land war jedoch diese Angelegenheit nicht abgethan. Liechtenstein war eine zu wichtige Person, als daß der Kaiser sich nicht weiter um ihn gekümmert hätte, aber die Art und Weise, wie er es that, war nicht darnach angethan, den Bruch zu mildern oder zu heilen. Rudolf zeigte jetzt einen ausgesprochenen Unwillen gegen den gewesenen Oberstlehenmeister; er machte dem geheimen Rath Berwitius mehrmals Vorwürfe, weil er die veranlassende Ursache von Liechtensteins Berufung nach Prag gewesen war, so daß man dies zuletzt als den Anfang weiterer und direkt feindseliger Schritte ansehen konnte. In der That wurden Kommissäre ernannt, welche nach Mähren gehen und Liechtensteins amtliche Thätigkeit, ja seine Reden und sein gesammtes Thun und Lassen untersuchen sollten; es fehlte bereits nicht an solchen, welche den Kaiser überreden wollten, derselbe sei ihm mit Leib und Gut verfallen. Dies alles ging gegen Ende des J. 1607 und im Anfang des folgenden vor sich, gerade also zur Zeit, als Mathias mit seinem Bruder brechen wollte. Die tendentiösen Prozesse, welche dann und wann vom Prager Hofe angestrengt worden waren und für die Betreffenden nie ein gutes Ende nahmen, das traurige Schicksal, dem kaum vor einem Jahre Georg Popel von Lobkowitz*) nach langer Haft zum Opfer gefallen war, eröffneten Herrn von Liechtenstein keine angenehme Perspektive und trieben ihn, so zu sagen, gewaltsam in die Arme des Erzherzogs, von dem er sich, weil er für ihn ein unschätzbarer Gewinn war, der ausgezeichnetsten Aufnahme versehen konnte. Karl von Liechtenstein, der Konvertit und eifrige Katholik, zog den ganzen katholischen

*) Münchner Archiv XXI/14 Sobervint an Max v. Bayern ddo 4. Nov 1606 berichtet, daß Georg von Lobkowitz in Eibogen soeben hingerichtet worden sei. Die Nachricht des Münchner Archivs ist die einzige, welche über Lobkowitz' bisher ins Dunkel gehüllte Ende Aufschluß gibt.

Google Original from HARVARD UN

Adel Mährens nach ſich; der katholiſche Adel Oeſterreichs mußte darin eine glänzende Rechtfertigung für den eigenen Anſchluß an Mathias finden und der Welt war damit zum unberechenbaren Schaden Rudolfs klar, daß nicht bloß Proteſtanten ſondern bewährte Katholiken, wenn in nichts anderem, ſo doch in der Verdammung des kaiſerlichen Regiments einig waren. So kam es, daß die beiden Häupter Zerotin und Liechtenſtein bereit waren, Mathias die hilfreiche Hand zu bieten wenn er ihrer bedurfte, Zerotin um ſeine ſtaatlichen Ideale zu verwirklichen, Liechtenſtein um ſich vor dem Kaiſer zu ſichern und von dem neuaufgehenden Glücke des Erzherzogs einen Theil für ſich zu gewinnen. Nur der Kardinal Dietrichſtein nahm an dieſer Kombination keinen Antheil, ſondern verflocht ſeit feſter als je ſein Schickſal mit dem des Kaiſers, da ihn dieſer nach Liechtenſteins Abgang zum Präſidenten des geheimen Rathes ernannt hatte. — Wir dürfen am Schluſſe nicht unerwähnt laſſen, daß in den Städten Mährens die Neigung zu einem Aufſtande ſich nicht ſo offen kundgab, als bei dem Adel, theils weil die durch kaiſerliche Einflüſſe ernannten Magiſtrate gegen den Kaiſer keine Agitation betrieben, theils weil die Städte dem Adel mißtrauten und nicht gewohnt waren, ſeine Wege zu gehen.

Es blieb noch Böhmen, auf welches begreiflicherweiſe beim Ausbruch dieſes Streites außerordentlich viel ankam, denn vermochte ſich Rudolf auf dieß Land zu ſtützen, ſo konnte das Ende des ſich vorbereitenden Kampfes nicht ſo leicht abgeſehen werden, wogegen die Entſcheidung in vornhinein ausgeſprochen war, wenn ſich dasſelbe an Mathias anſchloß. Zunder zur Unzufriedenheit, inſoweit ihn die religiöſen Zwiſtigkeiten bieten konnten, lag auch hier angehäuft vor, weniger fühlte man ſich in politiſcher Beziehung beſchwert. Die Landtage wurden regelmäßig berufen, ihre Entſcheidungen nicht umgangen, über die Beiſitzer der Gerichte und ihre Ausſprüche kamen nur ſporadiſche Klagen vor, wie ſie wohl zu allen Zeiten wiederkehren werden. Zwar trat auch hier durch langjährige Nichtbeſetzung des Poſtens eines Oberſtburggrafen, deſſen Bedeutung der eines Palatins von Ungarn nicht ganz unähnlich war, das Streben des Kaiſers an den Tag, ein autokratiſches Regiment einzuführen; indeſſen wurden die Klagen darüber ſchon um des willen nicht lauter, weil die Proteſtanten keine Ausſicht hatten, zu den höchſten Landesämtern zu gelangen. Seit vielen Jahren nämlich hatte der Kaiſer nur Katholiken und ihnen gleichgeſinnte Utraquiſten zu den hohen Würden befördert, eine durch den Buchſtaben der Verfaſſung noch immer begründete Verkürzung des proteſtantiſchen Elements; man empfand alſo des Kaiſers Gebahren in der Beſetzung und Nichtbeſetzung der Landesämter mehr als eine religiöſe denn

Google

als eine politische Beeinträchtigung. Zudem hatte Böhmen nicht von den Einfällen der Ungarn und den gleich gefährlichen Einquartierungen kaiserlicher Truppen während der letzten Jahre zu leiden gehabt, etwas, wodurch Mähren und Oesterreich am meisten aufgereizt worden waren. Wenn also in politischer Beziehung die böhmischen Verhältnisse nicht gerade besorgnißerregend scheinen mochten, so waren sie es in religiöser Beziehung desto mehr. Maximilian II hatte auf dem Landtage von 1575 den Ständen Böhmens — die Städte nicht ausgeschlossen — nach langen Debatten die Erklärung abgegeben, er werde die Anhänger der ihm von denselben überreichten Konfession ruhig bei ihrem Glauben belassen. Diese Konfession war ein Gemisch von Glaubensartikeln, welche theils dem Lutherthum, theils der böhmischen Brüdermität entnommen waren und die in ihrer Vereinigung das Kompromiß darstellten, welches die Lutheraner und Brüder in Böhmen eingegangen waren, um den Vorwurf abzulehnen, als sei ihr Glaube verschieden. Zwar vereinigten sich auch jetzt nicht die Lutheraner und Brüder zu einer kirchlichen Gemeinde, sondern lebten nach wie vor getrennt unter verschiedenen kirchlichen Obern, aber dies hinderte nicht, daß sie sich vermöge Maximilians Zusage auch in den ersten Jahrzehenden der Regierung Rudolfs einer wohl in einzelnen Fällen geschmälerten im ganzen aber doch nicht viel beanstandeten Freiheit erfreuten. Von dem böhmischen Adel war gewiß nicht einmal der zehnte Theil katholisch, von dem Volke ein noch geringerer Bruchtheil. Erst als im J. 1602 Rudolf mit der Unterdrückung des protestantischen Elementes zugleich seinen Bruder zu treffen dachte, schien eine systematische Verfolgung der Unität beginnen zu wollen. Der Kaiser publizirte alte Strafgesetze gegen sie und bedrückte sie thatsächlich in den Städten. Aber da sich diese Verfolgung nicht auf den Adel und seine Unterthanen bezog, that sie den Brüdern nur geringen Abbruch und die religiösen Verhältnisse blieben in Böhmen, so wie sie waren. Nichtsdestoweniger war die Erbitterung über das eigenmächtige Einschreiten des Kaisers grenzenlos; die Lutheraner*) sahen den gegen die Brüder geführten Schlag mit

*) Wenn von Lutheranern in Böhmen die Rede ist, so darf man sich keine Anhänger der Augsburger Konfession darunter vorstellen, sondern nur Anhänger der Maximilian II im Jahre 1575 überreichten Konfession, deren Beschaffenheit wir eben angedeutet haben und zu der sich auch die böhmischen Brüder bekannten. Deutsche Schriften aus dem 17. Jahrhundert bedienen sich wohl des Namens Lutheraner bezüglich der Anhänger der Konfession von 1575, böhmische Schriften jener Zeit aber nie, sie haben nur die Bezeichnung „Utraquisten". Wir bedienen uns deshalb der letztern nicht, weil wir dieselbe für die noch sporadisch vorkommenden Anhänger des einst im 15. und 16. Jahrhundert gültigen Utraquismus beibehalten.

Google

Recht auch als gegen ſich gerichtet an, und auf dem Landtage von 1608 erhob ſich eine kompakte Oppoſition gegen die kaiſerliche Regierung, zu welcher Herr Wenzel Budowec das Signal gab, und ſeitdem gährte es ununterbrochen. Man fing an im Lande davon zu ſprechen, daß die Krone von Böhmen doch eigentlich keine Erb- ſondern eine Wahlkrone ſei*), und oft erging man ſich in der Betrachtung des Glückes, welches ein proteſtantiſcher Herrſcher dem Lande verſchaffen würde, ja viele wieſen auf den Nachbar, den Kurfürſten von Sachſen, hin und ſprachen viel von ſeinen trefflichen Eigenſchaften, die ihn für den Thron befähigten, bis ſein Beſuch in Prag ihre Illuſion auf unangenehme Weiſe zerſtörte.

Die bedeutendſten Perſönlichkeiten, welche um dieſe Zeit in Böhmen lebten, waren auf katholiſcher Seite, der oberſte Kanzler Popel von Lobkowitz, auf proteſtantiſcher, Wenzel Budowec von Budowa, Peter Wok von Roſenberg, Wenzel von Ruzky und Graf Mathias von Thurn. Auch hier alſo wie in den übrigen Ländern durchwegs Mitglieder des Adels und zwar des älteſten und reichſten im Lande. Kein Bürger, kein proteſtantiſcher Theolog, kein hervorragender Gelehrte nahm an den Kämpfen in erſter Linie Antheil. Schon dieſer eine im hohen Grade auffallende Umſtand bezeugt, daß doch die Bewegung vor allem in den nach oligarchiſcher Macht ſtrebenden Reichshäuptern ihren letzten Grund hatte. Die Bewegungen in Oeſterreich, Ungarn und Böhmen waren im kleinern Maßſtabe das, was die der deutſchen Reichsſtände gegen den Kaiſer; immer daſſelbe Streben, die Macht des Souverains zu vernichten, nicht um das Gemeinweſen beſſer zu organiſiren, ſondern um es in eine große Anzahl einzelner Herrſchaften aufzulöſen. Gleichwohl bildeten die gegenwärtigen Verhältniſſe eine Ausnahme, denn Rudolfs Mißregierung reizte mehr oder weniger alle Stände der Bevölkerung und der Adel kam nur einem allgemeinen Wunſche nach, wenn er ſich an die Spitze der Bewegung ſtellte; allerdings ſtand zu befürchten, daß er den Sieg ganz in ſeinem Intereſſe ausbeuten würde.

Es iſt ein ebenſo eigenthümlicher als intereſſanter Umſtand, daß diejenigen, welche um dieſe Zeit der katholiſchen Reſtauration große Dienſte leiſteten, entweder in der Heimat bei den Jeſuiten oder in Spanien und Italien ihre Erziehung genoſſen hatten oder wenigſtens mit ſpaniſchen

*) Was es mit dem böhmiſchen Wahl- oder Erbrecht für ein Bewandtniß habe, werden wir im Verlaufe der Erzählung noch näher andeuten. Wer jedoch mit dieſem Gegenſtand beſſer bekannt ſein will, findet darüber Genaues in meiner Abhandlung: Beiträge zur Geſchichte des dreißigjährigen Krieges im XXXI Band der Sitzungsberichte der philoſoph.-philol. Claſſe der kaiſerlichen Akademie der Wiſſenſchaften in Wien, Jahrgang 1859.

Google

oder italienischen Familien durch Heirat verschwägert waren. Der Kanzler Popel von Lobkowitz gehörte durch seine Heirat in die berühmte spanische Familie der Mendriquez de Lara und zeichnete sich als der feurigste Vertreter jener spanisch römischen Staatsmänner aus, welche die kirchliche Reform in Oesterreich durch Vernichtung der hergebrachten religiösen und politischen Zustände anstrebten. Streng den Uebungen seines Glaubens ergeben, überall bei Begründung von Klöstern und bei Erleichterung der Bekehrungen thätig, zeigte er, daß ihm seine Bestrebungen nicht bloß eine Sache des Verstandes, sondern auch des Herzens waren. Seit dreißig Jahren, welche Rudolf in Prag residirte, hatten sich intime Verhältnisse zwischen einem Theil des Adels und den jeweilig in Prag residirenden Vertretern der katholischen Mächte entsponnen; man wird also leicht begreifen, daß der Verkehr zwischen der spanischen und römischen Gesandtschaft einerseits und der Familie Lobkowitz andererseits von gleich innigen Beziehungen begleitet war und daß diese auf die Politik des Kanzlers keinen geringen Einfluß ausübten*). Welchen Antheil er an den verschiedenen Entschließungen des Kaisers hatte, welche nicht böhmische Angelegenheiten betrafen, ist nicht nachzuweisen, in den böhmischen hatte er einen entscheidenden, da er an staatsmännischen Fähigkeiten alle seine Landsleute überragte**); übrigens besaß er eine zähe Hartnäckigkeit und einen seltenen Muth; den Protestanten hat er nicht bloß in den Tagen des Glückes, sondern auch in denen der Gefahr muthig die Stirn geboten. Er war dem Kaiser auf das unbedingteste ergeben.

Unter den Protestanten hatte um diese Zeit Wenzel Budowec den bedeutendsten Namen und erfreute sich auch zugleich eines größeren Anhanges unter dem Volke, als alle übrigen Parteihäupter. Dies hatte seinen Grund in der persönlichen Tüchtigkeit dieses Mannes, in seiner Gelehrsamkeit und in seiner Leutseligkeit. Durch langen Aufenthalt in den meisten Ländern Europa's gebildet, mit vielen Sprachen vertraut, war er nach seiner Rückkehr theils als Schriftsteller, theils als Parteiführer im Landtage beschäftigt. Indem er der Unität der böhmischen Brüder als eines der eifrigsten Mitglieder anhing, trat er dadurch dem Volke um vieles näher, denn diejenigen Adeligen, welche der Unität angehörten, waren die einzigen in Böhmen, welche dem Gewissen ihrer Unterthanen nicht Gewalt anthaten und billige Rechnung den verschiedenen Konfessionen

*) Archiv von Simancas. Der Sohn des Kanzlers hatte keinen geringeren Taufpathen als den König von Spanien selbst, der sich durch seinen Gesandten vertreten ließ.

**) Guillen de San Clemente äußerte sich stets in diesem Sinne in seinen Briefen an Philipp III.

Google

trugen, ein Benehmen, das nicht verfehlen konnte Eindruck auf die Menge zu machen. Mit Karl von Zerotin ſtand Budowec in engem Verkehr und die gegenſeitige Achtung und Theilnahme dieſer Männer hatte wohl zunächſt ihren Grund in der Uebereinſtimmung des Zieles, welches ſie verfolgten, und in der Gleichheit der Mittel, deren ſie ſich bedienten. Obwohl Budowec einen großen Antheil an allen folgenden politiſchen Bewegungen genommen hat, ſo kann man gleichwohl ſagen, daß er nie von andern als von religiöſen Motiven dabei geleitet wurde und daß er nicht zu jenen Perſonen gehörte, welche unter dem Vorgeben für den Proteſtantismus zu kämpfen, eigentlich politiſche Zwecke verfolgten.

Neben Lobkowitz und Budowec war nur noch Wok von Roſenberg eine allgemein gekannte Perſönlichkeit, deren politiſch-religiöſe Tendenzen wir unſern Leſern bereits vorgeführt haben. Graf Mathias von Thurn und Wenzel von Kinsky, welche im J. 1609 in dem Rufe aller Böhmen lebten, hatten ein Jahr zuvor noch keineswegs eine größere Aufmerkſamkeit auf ſich gezogen. Den Ereigniſſen, welche ſich jetzt entwickelten, traten ſie mit keinem fertigen Programm entgegen; beide ehrgeizig und eigennützig, waren bereit, ſich in den Strom der Bewegung zu werfen, aber da ſie nach Beute für ſich haſchten, ſo ließ ſich nicht leicht die Richtung ihrer Thätigkeit beſtimmen. Wir überlaſſen es den folgenden Ereigniſſen, den Charakter und die Thätigkeit dieſer in Böhmens Schickſale ſo tief verflochtenen Männer zu ſchildern, denn das ehrgeizige und herrſchſüchtige Treiben Thurns, die Zweideutigkeit und Schlechtigkeit Kinsky's und ihrer Beider Stellung zu den religiöſen und politiſchen Bewegungen des Tages vermögen wir kaum deutlich mit einigen Strichen zu zeichnen, ſo lange wir uns noch nicht auf einen Theil ihrer öffentlichen Wirkſamkeit berufen können.

Bei dieſer Schilderung der wichtigſten Perſönlichkeiten in den öſterreichiſchen Ländern haben wir Schleſien und die Lauſitz ſo wie auch die von den Erzherzogen Maximilian und Ferdinand beherrſchten Provinzen übergangen. Der Grund liegt darin, daß in denſelben die Regierung ununterbrochen einen geregelten Gang nahm und die Unzufriedenheit, wo ſie ſich überhaupt verſpürt, keinen ſo hohen Grad erreichte, um daß ſie einzelnen Perſonen theils als Anhängern des Beſtehenden theils als deſſen Angreifern zu einer hervorragenden Stellung verholfen hätte. In Tirol herrſchten die Katholiken ohne Widerrede, in Steiermark waren die Proteſtanten bereits unterdrückt, in Schleſien und in der Lauſitz dagegen ließ die Stellung der letztern nicht viel zu wünſchen übrig.

Google

III.

Der Entſchluß, Rudolfs Herrſchaft ein Ende zu machen, reifte zuerſt in Ungarn und fand beifälligen Anklang in Mähren und Oeſterreich. In den gewichtigſten und entſcheidendſten Augenblicken waren es vor allem Illeshazy, Zerotin und Tſchernembl, welche alle Transaktionen verwarfen und auf eine gewaltſame Löſung der ſeit zwei Jahren unerträglichen, weil zwiſchen Krieg und Frieden ſchwebenden Situation drangen. „Wir ſind alle," ſchrieb Zerotin in dieſer Zeit, „durch ein gemeinſames Joch der Sklaverei verbunden, an einer Kette werden wir alle ins Gefängniß geführt .... nicht durch Bitten und Ermahnungen, durch andere Mittel müſſen die Uebel geheilt werden, denn die Krankheit iſt heftig und bedarf deshalb einer ſtarken Medicin." Zerotin von allen Vorgängen in Ungarn auf das genaueſte unterrichtet, wußte, wie bereit man daſelbſt zur Ergreifung jener „anderen Mittel" war und hielt deshalb eine vorläufige Einigung von Mähren und Oeſterreich für nöthig. Auf ſeine Einladung fanden ſich in Neuſtift die Häupter dieſer Provinzen zu gemeinſamer Berathung ein, und ohne daß wir genau die Punkte anzugeben vermöchten, über welche man ſich daſelbſt einigte, iſt doch ſo viel gewiß, daß ein eidlich bekräftigtes Uebereinkommen getroffen wurde und daß nach dieſem die Oeſterreicher zuerſt ſich der Bewegung der Ungarn anſchließen ſollten*). Es iſt nicht zu bezweifeln, daß Erzherzog Mathias von den Neuſtifter Verhandlungen in Kenntniß geſetzt wurde, denn an ſeinem Hofe und in ſeinem Dienſte weilte ein Schwager Zerotins, welchen der letztere vertraulich von allen Vorgängen in Kenntniß ſetzte. Dieſer Schwager war Niemand anderer, als der nachmals ſo berühmte Albrecht von Waldſtein, Herzog von Friedland**).

Unzweifelhaft alſo von der Neuſtifter Zuſammenkunft in Kenntniß geſetzt und genau benachrichtigt von der in allen Provinzen herrſchenden Stimmung hielt Mathias den Moment zu entſcheidenden Handlungen für gekommen. Er berief einen Ausſchuß der ober- und niederöſterreichiſchen Stände nach Wien und ſtellte an ihn die Frage, was überhaupt zur Erhaltung der Länder und insbeſondere Ungarns bei der erneuten Rebellion der Haiduken zu thun ſei. Die Abgeordneten, zum Theil um die geheimen Triebfedern der Ereigniſſe wiſſend, zum Theil zwar mit ihnen

*) Chlumecky: Zierotin S. 209.
**) Chlumecky: Zierotin II 30.

Google

nicht bekannt aber vom Wunſche nach Frieden beſeelt, empfahlen dem Erzherzoge, ſich mit den Ungarn zu berathen und erboten ſich, ihn nach Preßburg zu begleiten. Mathias nahm dieſes Anerbieten an und reiſte darauf nach Preßburg ab, wo er am 15. Jänner eintraf und wohin er bereits die ungariſchen Stände zu einem Reichstage berufen hatte. Zwei Tage nach ihm fanden ſich die öſterreichiſchen Ausſchüſſe ein.

Mit der Ausſchreibung des Reichstages von Seite des Erzherzogs und mit der Betheiligung der Ungarn an demſelben war die Bahn der Rebellion entſchieden betreten, denn es war nach dem geltenden Rechte eine unzweifelhafte Befugniß des Königs, daß er allein den Reichstag berufen dürfe. In der Anrede, welche der Erzherzog in lateiniſcher Sprache an die Stände hielt und die darauf von dem Biſchof von Raab verdeutſcht wurde, forderte er ſie auf, über die Mittel zu berathen, durch welche das Reich in den vorigen Wohlſtand verſetzt und der Frieden wieder herbeigeführt werden könnte. Die Stände erwiederten darauf, ſie könnten nicht früher dem Erzherzog ihre Antwort geben, bevor ſie nicht einiges Unvermeidliche bei den Oeſterreichern angebracht hätten.

Das was die Ungarn mit den Oeſterreichern verhandeln wollten, betraf nichts mehr und nichts weniger als ein Bündniß gegen einen gemeinſchaftlichen Feind, welchen man zwar nicht bezeichnete, von dem aber alle Welt wußte, daß es der Kaiſer ſei. Heutzutage würde die erſte Erklärung einer ſolchen Verſammlung, wie die zu Preßburg, eine Abſetzung Rudolfs geworden ſein, damals kam man nur auf weiten Umwegen zu demſelben Ziel, obwohl man es unverrückt im Auge hielt. Die Ungarn und Oeſterreicher waren darüber einig, alles Unheil der letzten Zeit rühre davon her, daß der Wiener und Zſitwa-Toroker Friede nicht ordentlich eingehalten worden ſei, ihre Verhandlungen drehten ſich alſo um den Punkt, wie dieſer Friede in ſeinem vollen Umfange gewahrt werden könne. Das zweckmäßigſte ſchien ihnen eine feierliche Erklärung, unterzeichnet vom Erzherzog als ihrem Haupt und von den ungariſchen Ständen und von den öſterreichiſchen Ausſchüſſen, des Inhalts, daß ſie die beiden im J. 1606 geſchloſſenen Verträge aufrecht halten wollten gegen Jedermann ohne Ausnahme. Sie konnten ſich einbilden, daß ſie mit einer ſolchen Erklärung zum Theil auf rechtlichem Boden fußten, denn im J. 1606 hatten ſie ſich ja alle — die Böhmen, Mähren und Andere mit eingeſchloſſen — verpflichtet, den doppelten Frieden einzuhalten. Doch hatte man allerdings damals nicht den Fall bedacht, daß man ihn auch gegen den Kaiſer werde aufrechthalten müſſen. Dieſes Bündniß zur Aufrechthaltung der vor zwei Jahren eingegangenen Verpflichtungen bezeichnete alſo den Kaiſer keineswegs als den gemeinſamen Gegner und wahrte ſonach den Schein, thatſächlich aber war es gegen

Google

Niemanden andern als gegen ihn ſelbſt gerichtet; denn daß Rudolf nicht nachgeben, daß er um keinen andern Preis ſich zur Ruhe begeben würde, als bis er ſeine Gegner, ſeien es die Prinzen ſeines Hauſes oder die Stände ſeiner Kronen niedergeworfen haben würde, das war eben ſo gewiß anzunehmen, wie es durch die folgenden Ereigniſſe beſtätigt wurde. Ein Theil der Oeſterreicher, und zwar die Katholiken und die ſtädtiſchen Ausſchüſſe, wollten jedoch ein ſo bereites Ausſchließen des Kaiſers nicht auf ihre Verantwortung nehmen, machten Einwendungen gegen die wörtliche Faſſung des Vertrages und wünſchten, daß der Kaiſer mit gebührendem Reſpekt genannt werde und daß man wenigſtens neue Verhandlungen mit ihm beginne, allein die Ungarn, an deren Spitze Illeshazy die Verhandlungen leitete, verwarfen alle ſolche unzweckmäßigen Vorſchläge und nahmen zuletzt zur Vermittlung des Erzherzogs ihre Zuflucht. Dieſer ſelbſt mußte allen ſeinen Einfluß anwenden, um die theils aus Furcht theils aus Ueberzeugung widerſpänſtigen öſterreichiſchen Prälaten und Städtevertreter zu gewinnen oder wenigſtens zur Nachgiebigkeit zu bringen. So vollendete ſich endlich nach mancherlei Schwierigkeiten die Verbrüderung der Ungarn und Oeſterreicher am 1. Februar zur gemeinſchaftlichen Aufrechthaltung des Wiener und türkiſchen Friedens mit Anſetzung von Gut und Blut gegen Jedermann. Der Bundesvertrag ward von achtundvierzig Ungarn und vierundbreißig Oeſterreichern unterzeichnet. Unter den Ungarn verweigerten einige ihre Unterſchrift, an ihrer Spitze ſtand der Erzbiſchof von Gran, Franz Forgacz.

Der Kaiſer hatte gerade in dem Augenblick, wo die Verhandlungen gegen ihn im beſten Zuge waren, einen Sekretär nach Preßburg mit dem Befehle geſchickt, die Verſammlung der ungariſchen Stände ſolle ſich trennen und im März an einem beſtimmten Tage wieder zum Reichstag vereinen, dem er dann die nöthigen Propoſitionen machen wolle. Zweimal im vergangenen Jahre hatte er in rückſichtsloſer Mißachtung aller Verhältniſſe den bereits ausgeſchriebenen Reichstag wieder vertagt und nun verſuchte er mit einem ſo hohlen Verſprechen eine Verſammlung zu ſprengen, in welcher ſeine wenigen Freunde und ſeine zahlreichen Feinde gleich erbittert über ſeine unerträgliche Saumſeligkeit waren. Der königliche Befehl auseinanderzugehen wurde nicht weiter beachtet, ſondern beſchleunigte nur den Abſchluß des Vertrages zwiſchen den Oeſterreichern und Ungarn. Als dies geſchehen war, hielt man es für nöthig, von dieſem Ereigniſſe alle jene zu benachrichtigen, die man entweder als Freunde anſah, oder von denen man hoffte, daß ſie es werden könnten. Boten gingen alſo mit Zuſchriften der ungariſchen Stände nach Mähren an Herrn von Zerotin, nach

Google

Böhmen an Herrn von Rosenberg*), auf daß beide Magnaten ihre Landsleute für das österreichisch-ungarische Bündniß gewännen. Erzherzog
8. Feb. Mathias schrieb selbst an Rosenberg wie an einen vertrauten Freund, sprach die Hoffnung aus, die Stände Böhmens würden sich den Ungarn anschließen und „dem Kaiser nicht mehr dergestalt den Zaum lang schießen lassen“**). Rosenberg wurde auch um seine Vermittlung bei befreundeten deutschen Fürsten ersucht und in der That theilte derselbe in aller Eile dem Fürsten von Anhalt und dem Pfalzgrafen die Verhandlungen von Preßburg mit***) und ehe noch der Kaiser recht wissen konnte, welch' eine Gefahr über ihn hereinbreche, waren bereits in Deutschland die detaillirtesten Nachrichten über die neue Wendung der Dinge verbreitet.

Aber nicht blos auf diesem indirekten Wege gelangte die Nachricht von dem Preßburger Bündniß nach Deutschland, denn unmittelbar nach dem Abschlusse des Bundes schickten die Ungarn eine große Anzahl von Schreiben nach Regensburg an die deutschen Reichsfürsten oder ihre Gesandten ab und erstatteten darin von dem Geschehenen Bericht. Der Bote, welcher das Briefpacket von Wien nach Regensburg brachte, hatte den Auftrag, dasselbe dem Sekretär Siegfried von Kolonitsch, welcher als Anhänger Mathias' in Preßburg gute Dienste geleistet hatte, zu überreichen und dieser sollte dann die einzelnen Briefe an ihre Adressen befördern; im Falle jedoch der Sekretär nicht aufzufinden war, sollte der Postbote selbst das Packet öffnen und die Briefe austheilen. Aber schon war man kaiserlicherseits in Regensburg auf solche Zuschriften vorbereitet und hatte ein sorgsames Auge auf alle Personen, welche von Oesterreich her
13. Feb. kamen. Als demnach der Bote in Regensburg anlangte, wurde er angehalten, das Packet demselben abgenommen und dem Erzherzog Ferdinand als kaiserlichem Kommissär übergeben. Es war nun an diesem zu zeigen, ob er noch an dem Aprilvertrage von 1606 halte und welche Konsequenzen er ihm geben wolle. Erklärte sich Erzherzog Ferdinand offen gegen den Kaiser oder blieb er auch nur im geheimen sein Feind, so konnte er augenblicklich den Reichstag sprengen und ohne diesen gestaltete sich Rudolfs Lage gleich im Anfange ganz hoffnungslos. Aber Erzherzog Ferdinand, wenn er je ernstlich geneigt war, gegen den Kaiser

*) Herrnberger Archiv Reg. I F. I 227/15. Die ungarischen Stände an Peter Vok von Rosenberg ddo. 1. Feber 1608.

**) Herrnberger Archiv. Reg. I F. I 227/Fol. 41—43. Mathias an Rosenberg ddo. 8. Feb. 1608. Erzherzog Max an Anhalt ddo. 27. Feber 1608.

***) Herrnberger Archiv, Reg. I F. I 227/14, Rosenberg an Anhalt ddo. 15. Feber 1608.

Google

aufzutreten, hatte ſich inzwiſchen eines andern beſonnen. Forſcht man nach den Motiven einer ſolchen Umkehr, ſo mögen dieſe verſchieden ſein; zuerſt ziemte es ihm allerdings nicht in einem Augenblick, wo er vom Kaiſer mit einer Vertrauensmiſſion bedacht worden war, dieſes Vertrauen gröblich zu täuſchen. Andererſeits waren ihm die Mittel und Wege, durch welche Mathias zum Ziele kommen wollte, die Verbindung nämlich mit den als Proteſtanten und hartnäckigen Rebellen bekannten Ungarn, doppelt verhaßt. Im J. 1606 konnte ſich vielleicht Ferdinand einbilden, römiſcher und ſpaniſcher Druck auf Rudolf würden hinreichen, das Ziel des Lubiovertrags zu erreichen; damals mochte er ſich demſelben alſo anſchließen, aber die jetzigen Wege wichen weit von ſeiner frühern Annahme ab, deshalb hielt er ſich nicht gebunden, jene Auslegung des Vertrags zu billigen, die ihm Mathias geben wollte*). Kurz Ferdinand beförderte die aufgefangenen Briefe nicht an die Reichsfürſten, ſondern über- 14 Feb.
ſchickte ſie augenblicklich an den Kaiſer und erbat ſich Weiſungen für ſein fernered Verhalten.

Erzherzog Mathias mochte frühzeitig genug wiſſen, daß er Ferdinands Ausſchlag gebenden Beitritt nicht zu hoffen habe, und ging alſo auf der in Preßburg eingeſchlagenen Bahn entſchloſſen vorwärts. Zunächſt knüpfte er Oeſterreich noch enger an ſein Loos, indem er einen Landtag 24 Feb.
nach Wien berief, der Geſammtheit der niederöſterreichiſchen Stände die Preßburger Beſchlüſſe zur Annahme vorlegte und zugleich verlangte, das Land ſolle eine beträchtliche Anzahl Volks ausrüſten. Er brachte alle ſeine Forderungen theils durch ſeine Anhänger, theils dadurch, daß er ſelbſt öfter den Sitzungen beiwohnte und ſo einen moraliſchen Druck ausübte, zur Annahme, denn auch in Wien ſetzte ein Theil der Stände, die Prälaten und Städte nämlich, welchen ſchon in Preßburg ein gewaltſames Auftreten gegen den Kaiſer mißfiel oder Bangen einflößte, ihre Oppoſition weiter fort. Ein gleiches Anſinnen ſtellte Mathias auch an die Oberöſterreicher und hier, wo Tſchernembl das große Wort führte, gelangte er auch leichter zum Ziel. Nicht zufrieden mit dem, was die vereinte Kraft der Ungarn und Oeſterreicher ihm für den Augenblick bieten konnte, begann Mathias auch ſelbſtſtändig zu rüſten. Das Geld hiezu floß von drei verſchiedenen Seiten ein, von denen wenigſtens zwei nur des

*) Was er von ſeinem Vetter ſelbſt hielt, bezeichnet am beſten eine vertrauliche Aeußerung an ſeine Mutter, als die Nachrichten vom Preßburger Bündniß einliefen: Er könne nimmer glauben, Mathias ſei ſo des Verſtandes beraubt, daß er ſolche wider Gott und das jus gentium ſtreitende Reſolutionen vornehmen könnte. — Hurter Ferdinand II Bd. V S. 425. Ferdinand an ſeine Mutter 10. 14. Febr 1608.

Google

Kaiſers eigenes Betragen in Mathias' Arme getrieben hatte. Dieſe Freunde, welche jetzt mit ihrem Ueberfluße hervorrückten, waren Wolf von Rosenberg, Karl von Liechtenſtein und — der ſpaniſche Geſandte. Daß Rosenberg und Liechtenſtein ihre Allianz durch große Darlehen bethätigten, kann man begreiflich finden, ein vernichtendes Licht auf Rudolf wirft aber die Unterſtützung, welche gegen Ende Februar oder Anfangs März Guillen de San Clemente auf eigene Verantwortung im Betrage von 28.000 Gulden nach Wien ſandte*). Das ſpaniſche Kabinet, unmittelbar darauf davon benachrichtigt, billigte dieſelbe und beſiegelte damit unſere Verurtheilung von Rudolfs geſammter Thätigkeit. Der König von Spanien war ſeiner Zeit erhabener als irgend ein Sterblicher über den Verdacht, proteſtantiſche Rebellen unterſtützen zu wollen; wenn er Mathias' Benehmen alſo dennoch billigte, ſo erkannte er deſſen eiſerne Nothwendigkeit an. — Noch machte auch Mathias einen Verſuch 1500 kaiſerliche Reiter, welche bei Neckendorf**) unter Trautmannsdorfs Kommando ſtanden, aufzulöſen, allein ein rechtzeitig von Prag eingelangter Befehl rettete die Mannſchaft für Rudolf.

Die nächſte Zeit verging nun unter Bemühungen, die Mährer und Böhmen zum Anſchluße an Mathias zu bewegen und in dem Verſuch, auswärtige Fürſten durch Abſendung von Geſandten für den Erzherzog zu gewinnen und ſo den Kaiſer völlig zu iſoliren. Was die Geſandtſchaften an fremde Fürſten betrifft, ſo ſchickte Mathias zuerſt ſeinen Kämmerer, Alexander Rudolfi, nach Rom mit der Weiſung, unterwegs auch andere italieniſche Höfe zu beſuchen, worauf er zuletzt ſeinen Weg nach Spanien einſchlagen ſollte. Wichtiger und auch viel gefährlicher für Rudolf war die Sendung, welche Mathias Herrn Richard von Stahremberg vertraute; dieſer ſollte nämlich den Fürſten von Anhalt, den Kurfürſten von der Pfalz, den Landgrafen Moritz von Heſſen und andere Fürſten aufſuchen, ſie auf die Ereigniſſe, die noch folgen mußten, vorbereiten und, wo nicht um Hilfe, doch um Billigung derſelben erſuchen. Niemand paßte beſſer als Richard von Stahremberg, der ſchon ſeit längerem mit der kalviniſchen Partei in Deutſchland ein gutes Einvernehmen unterhielt, zu dieſer Miſſion***).

*) Archiv von Simancas 2323 fl. El Commendador mayor de Leon al Rey dto. 30. April. — Chlumecky: Karl von Zierotin und Hurter: Ferdinand II, Band V berichten über Liechtenſteins und Rosenbergs Geldſendung.

**) Wahrſcheinlich in der Nähe von Eggenburg.

***) Bernburger Archiv. XIII Bol. 1/1. Mathias an Anhalt dto. 18. Feber 1605. — Dresdner Staatsarchiv. Der Kurfürſt von Brandenburg an den von Sachſen

Ludwig von Stahremberg, des vorigen Bruder, ſollte die Kurfürſten von Brandenburg und Sachſen aufſuchen, Bruno von Mansfeld war für die geiſtlichen Kurfürſten beſtimmt und Herrach endlich ſollte nach Gratz, Regensburg, München und Inſpruck gehen. Den wichtigſten Schritt in ſeinem Verkehr mit Deutſchland that aber Mathias damit, daß er ſich endlich auch entſchloß, den Aprilvertrag von 1606 nicht mehr als Geheimniß zu behandeln, ſondern den deutſchen Fürſten bekannt zu geben. Er konnte hoffen, damit ein doppeltes Ziel zu erreichen, zuerſt die Prinzen des Hauſes, darunter insbeſondere Erzherzog Ferdinand, klaßzuſtellen und ſo moraliſch zu nöthigen, ſich ihm anzuſchließen, dann aber auch der Welt einen unzweideutigen Beweis zu liefern, daß nicht er allein, ſondern andere, denen ſonſt an Rudolfs Wohlfahrt das meiſte liegen mußte, über deſſen Unfähigkeit zu fernerer Regierung gleichen Sinnes ſeien. Aus dieſem Grunde ließ er in Wien durch einen Notar eine Kopie des Vertrages vidimiren und ſandte dieſelbe mit noch andern wichtigen Papieren durch ſeinen Sekretär Seeauer an den ehemaligen Reichspfennigmeiſter Zacharias Geizkofler in Schwaben. Geizkofler ſollte in Bezug auf dieſe Papiere nach den mündlichen Mittheilungen Seeauers verfahren und zugleich dem Erzherzog für die bevorſtehenden Ereigniſſe Kriegsbedarf aller Art um den Betrag von 200 000 Gulden zuſenden.

Am 22. Februar ließ Mathias jenen Vertrag vidimiren und am 2. März traf Seeauer in Regensburg ein, von wo er ohne Aufenthalt weiter reiſen wollte. Allein die Aufmerkſamkeit auf alles, was von Oeſterreich irgendwie Verdächtiges kam, war ſeit jener erſten Beſchlagnahme eines Briefpackets und auf den wiederholten Auftrag des Kaiſers nur noch geſtiegen und Seeauer ward, kaum daß er in Regensburg eingetroffen war, auch ſchon verhaftet und ſein Briefpacket in Beſchlag genommen. Als die kaiſerlichen Aſſiſtenzräthe daſſelbe öffneten, fanden ſie gleich obenan den Vertrag der Erzherzoge und ſetzten dadurch Ferdinand, dem ſie denſelben alſogleich und nicht ohne Vorwürfe vorwieſen, in die grauſamſte Verlegenheit. Hatte Ferdinand bis dahin jede Unterſtützung Mathias' abgelehnt, ſo mußte er nach dieſem Zwiſchenfalle durch rückſichtsloſes Vorgehen, das in Folge einer ſolchen Entdeckung erſchütterte Vertrauen des Kaiſers zu gewinnen ſuchen. Da er ſeine Partei gewählt hatte, beſann er ſich keinen Augenblick, ſondern ſuchte alſobald durch ein unterwürfiges Schreiben beim Kaiſer um Verzeihung für ſich und ſeinen Bruder als Theilnehmer an dem Aprilvertrage nach. Rudolf

---

dto. 7. April/28. März 1608. Herzberger Archiv O. XIII Bol. 1/150. Zweites an Stahrenberg dto. XII Cal. Mart. 1608 (18. Febr.).

Google

zögerte nicht lange, ihm dieſelbe zu gewähren, denn was blieb ihm auch anderes übrig? Ferdinand aber bethätigte ſeine Aufrichtigkeit gegen den Kaiſer noch dadurch, daß er wenige Tage ſpäter Bruno von Mansfeld, welcher ſeiner Sendung an die Kurfürſten nachkommen wollte, 11. März in der Nähe von Regensburg verhaften, ihm ſeine Briefſchaften abnehmen ließ und dann gegen Ehrenwort verpflichtete, nach Prag zu reiſen und ſich bei dem Kaiſer zu verantworten. Dieſe doppelte Feindſeligkeit erbitterte Mathias nicht wenig und verurſachte eine Entzweiung zwiſchen ihm und der ſteiriſchen Linie, welche leicht ſchlimm für die letztere geendet hätte, wäre Mathias nur im entfernteſten ein rachſüchtiger Charakter geweſen. Es wird ſich bald zeigen, wie er im Glück die Hand zur Verſöhnung bot und wie er nicht einmal durch Erzherzog Leopolds zwar unreifen aber gefährlichen Ehrgeiz auf die Dauer erzürnt werden konnte.

IV.

Wir ſind jetzt in der Erzählung der Ereigniſſe vom Preßburger Bündniſſe bei dem Momente angelangt, wo Mähren im Begriffe ſtand, ſich auch auf die Seite des Erzherzogs zu ſchlagen. Da mit dieſer Begebenheit das Schickſal des Kaiſers ſich beſiegelt, ſo iſt es hier Zeit, das nachzuholen, was er ſelbſt während der letzten Monate gethan, um ſeinem Bruder die Spitze zu bieten, und welchen Verlauf der Kampf in Mähren nahm, bis des Erzherzogs Anhang einen vollſtändigen Sieg davon trug.

Als die Stände Ungarns ſich in Preßburg verſammelten, hoffte Rudolf durch ſein gewöhnliches Aushilfsmittel, die Entſcheidung der Dinge zu verſchieben, auch hier zum Ziele zu kommen. Allein er irrte ſich bitter, wenn er glaubte, ſeine Unthätigkeit würde auch ſeine Gegner zur Unthätigkeit verurtheilen. Als er demnach ſeinen Sekretär Himmelreich nach Preßburg mit dem Befehle ſchickte, die Verſammlung ſolle ſich auflöſen und in zwei Monaten erſt wiederkommen, ſchadete er ſich durch dieſe verzweifelt konſequente Saumſeligkeit mehr als je, abgeſehen davon, daß es Jedermann klar war, er warte nur auf den Ausgang des Regensburger Reichstags, um darnach bemeſſen zu können, welche Saiten er gegen die Ungarn aufziehen ſolle. Nachdem das Preßburger Bündniß abgeſchloſſen war, ſuchte er durch Verbote und Drohungen die Oeſterreicher und Ungarn von demſelben abzuſchrecken, annullirte es vermöge ſeiner oberſten Machtvollkommenheit, aber ſelbſt in dieſem Jammer hütete er ſich wohl, das Verſprechen zu geben, er wolle den Wiener und türkiſchen Frieden beſtätigen, ein Verſprechen, das doch allein im Stande war, ſeinem Anhang Muth und Kraft zu geben. Dem Erzherzog Mathias ſchrieb er anfangs noch

Google

freundlich, bald aber verbot er ihm in der ernſteſten Weiſe auf dem bisherigen Wege fortzufahren*), da er entſchloſſen ſei, mit eheſtem einen Convent in Prag, beſtehend aus den Prinzen des Hauſes, darunter auch Mathias ſelbſt, und einigen deutſchen Fürſten zu berufen, und dieſem die Beilegung aller Streitigkeiten zu übergeben. Da der Kaiſer von dieſen Drohungen und Mahnungen eine Wirkung nicht erſah, noch auch irgend eine ſich verſprechen konnte, ſtieg ſeine Rathloſigkeit nur immer höher.

Fleißiger als je wurden inzwiſchen unter dem Vorſitz des Cardinals Dietrichſtein die Sitzungen des geheimen Rathes abgehalten, von ſeinen Mitgliedern aber nur Attems, Lamberg und der Vicekanzler Strahlendorf beigezogen, Ernſt von Wollart dagegen, den man im Verdachte geheimen Einverſtändniſſes mit Mathias hatte, zu denſelben nicht eingeladen. Alle dieſe Berathungen brachten jedoch keine erfreuliche Wendung mehr in die verzweifelte Sachlage, denn auch die Rathſchläge, welche der Geheimrath dem Kaiſer unterbreitete, erfreuten ſich nicht deſſen Zuſtimmung, da dieſer ſeine Rettung wieder in kindiſchen Auskunftsmitteln ſuchte. Sein eigenes Gewiſſen mußte ihm ſagen, daß er weder vom Papſt noch vom König von Spanien eine Unterſtützung verdiene, daß er allen Glauben bei ihnen verloren haben müſſe, aber nichtsdeſtoweniger ſuchte er in dieſer ſpäten Stunde noch um ihre Hilfe an und machte ihnen Verſprechungen, die er ſeit Jahren mit unglaublicher Beharrlichkeit gebrochen; dem König von Spanien wollte er ſogar die römiſche Königskrone anbieten**). Seine Räthe bemerkten ihm, daß der unvermeidliche Kampf es ihm zur Pflicht mache, ſich in einen beſſern Vertheidigungszuſtand zu ſetzen und verlangten, er ſolle doch ſeinen Schatz angreifen. Trotz der Noth der letzten Jahre, welche ſelbſt bis zum Hofe in dem Grade ſich den Weg gebahnt hatte, daß es in dieſem Augenblicke ſogar auf der kaiſerlichen Tafel an Wein gemangelt haben würde, wenn der Cardinal Dietrichſtein nicht 1000 Thaler dafür hergeliehen hätte, beſaß der Kaiſer noch einige Hundert Tauſend Gulden, welche er ängſtlich verwahrte***). Wenn je der Moment zu ihrer Verwendung gekommen war, ſo war dies jetzt der Fall, aber trotz alles Zuredens brachten es die Geheimräthe nur dahin, daß Rudolf ſich endlich zur Zahlung von 130.000 Thalern entſchloß, um damit 5000 Mann zu Fuß anzuwerben, doch mußten ſich die Geheim-

*) Rudolf an Mathias dto. 23. Feber 1601, bei Hurter Ferdinand II, Band V S. 507.

**) Archiv von Simancas 2491/41. Don Clemente an Philipp III dto. 23. Feber 1608.

***) Archiv von Simancas 2494/36. Don Clemente an Philipp III 15. März.

Google

reiche früher verpflichten, ihm das Geld zurückzuzahlen (!), was diese denn in Erwartung spanischer und römischer Hilfe auch thaten *). Aber gleich nach dieser auf Krieg hindeutenden Entschließung geberdete sich der Kaiser, als wolle er Frieden haben, um darauf ebenso rasch anderer Ansicht zu sein, so daß seine Rathgeber, von dem Gefühle der kommenden Niederlage berückt, jede sichere Haltung verloren.

Für dieses launenvolle, dem Ruine gewaltsam entgegeneilende und geradezu wahnsinnige Benehmen des Kaisers findet sich eine ausreichende Erklärung nur in der Berücksichtigung seines geistigen Zustandes, der indessen noch weit schlimmer geworden war, als wir ihn am Anfange unserer Erzählung geschildert haben. Schon im Laufe des J. 1606 vor seiner Brandeiser Reise beobachtete man an ihm abermals einen gesteigerten Ekel an allen Geschäften und machte die Erfahrung, daß, wenn er von seiner Umkunft etwas nicht weiter aufschieben konnte, er sich deshalb ganz wüthend geigte. Wie früher schlug er auch jetzt zeitweise um sich wie besessen, „brüllte bald wie ein Ochs bald wie ein Löwe", schimpfte gegen die Prinzen des Hauses, die er Mörder, Schelme und Giftmischer nannte, und geberdete sich überhaupt wie ein Rasender. Kam die Zeit der Beichte und Kommunion, dann hatte sein Fluchen kein Ende, und man mußte sich staunend fragen, wie sich eine solche geistige Diöpesition mit seinen Ketzermandaten zusammenreime. Diese Uebel erreichten nun seit dem Ausgang des J. 1608 ihren Höhepunkt. Wer in der Nacht durch die Räume des Schlosses ging, hörte manchmal plötzlich einen wüthenden Lärm in den Gängen; es war der Kaiser, der aus seinem Schlafgemach im Hemd mit einem Kapier bewaffnet herausstürzte und schrie, der Rücken stehe ihm vorn, der Bauch hinten. In solchen traurigen Wuthausbrüchen that er, als wolle er sich das Leben nehmen und in der That versuchte er einmal mit Glasscherben sich den Hals durchzuschneiden, ein anderesmal wollte er sich dadurch tödtlich verletzen, daß er gegen ein Hirschgeweih anrannte, endlich hätte er sich sogar durch Gift umgebracht, wäre es ihm nicht von seinem Kammerdiener heimlich weggenommen worden. Seinen alchymistischen Studien wendete er jetzt mehr Eifer zu als je, und schon gewann die Meinung einigen Boden, er sei ein Teufelskünstler und treibe im Bunde mit dem Satan Zauberei. Thatsache ist endlich, daß er durch ein in jeder Beziehung unmäßiges Leben namentlich durch einen zu großen

*) Archiv von Simancas 9104/11, Don Clemente an Philipp III ddo. 20. Juli 1608. Dicen, que quiere (der Kaiser) que le prometan los ministros de restituirle (das Geld) y ellos lo hacen con confianza, que si Papa y V. M. ayudaran a ello.

Google

Genuß geiſtiger Getränke ſich ſelbſt die Möglichkeit einer theilweiſen Geneſung raubte. Es gingen mitunter Dinge im kaiſerlichen Schloſſe vor, welche der Geſandte des Erzherzogs Albrecht „horrenda“ nannte und welche er ſo entſetzlich fand, daß er ſie nicht einmal der Feder anvertraute, ſondern für ſpätere mündliche Mittheilung aufbewahrte*).

In dieſen Augenblicken, wo theils eigene Unentſchloſſenheit dem Kaiſer ſelbſt das Troſtloſe ſeiner Lage näher vor die Augen rückte, theils ſeine kranke Gemüthsbeſchaffenheit den Wahn in ihm erzeugen konnte, daß ihn außerordentliche Entſchlüſſe noch retten könnten, tauchten zum erſtenmale jene finſtern Rathgeber am Prager Hofe auf, welche durch böſe Anſchläge des Kaiſers Verſtand vollends berückten, weil ſie ihn nicht bloß mit der Hoffnung auf Rettung, ſondern auch auf Rache lödirten. Die Reihe dieſer Rathgeber, welche wir zwei Jahre ſpäter ihre volle Thätigkeit entfalten ſehen werden, eröffnete der Sekretär Hanewaldt**), ein Mann von ſcharfem Verſtande, von dem man nicht weiß, ob ihn Gelegenheit oder eigene Neigung zur Intrigue in Rudolfs traurigſter Regierungszeit zu einer hervorragenden Rolle verholfen hat. Indem Hanewaldt den Kampf, welcher ſich eben entſpann, durchwegs für ein Werk des herrſchſüchtigen Adels anſah, forderte er den Kaiſer auf, denſelben mit der völligen Vernichtung ſeiner Gegner zu beginnen. Rudolf ſollte alſo nichts mehr und nichts weniger thun, als den ungariſchen, öſterreichiſchen und mähriſchen Adel des Hochverraths ſchuldig erklären, ſein geſammtes Hab und Gut konfiziren, die ſämmtlichen Unterthanen desſelben, Freie und Leibeigene, Bürger und Bauern zu freien und unmittelbaren kaiſerlichen Unterthanen machen, und ſchließlich auch die königlichen Städte gegen den Adel bewaffnen. Welcher Verbarrlichkeit, welcher Verſchlagenheit und welch' langer Vorbereitung hätte es bedurft, auf daß ein öſterreichiſcher Herrſcher, ſelbſt abgeſehen von der Verwerflichkeit des Anſchlags, um den Anfang in dieſer Kampfweiſe hätte machen können, und war Rudolf nicht der letzte, der ſich einer ſolchen Aufgabe hätte unterziehen können? Und dennoch muß dieſer Vorſchlag öfters am Prager Hofe beſprochen worden ſein; vielleicht ſind die Beſprechungen ſogar zu ge-

*) Berndorfer Archiv. O XIII Bel. 1/164, dann Reg. 1 fz. 1 226/80. Bericht vom 1. Mai. Brüſſler Archiv. Bericht an Erzherzog Albrecht. — Hurter Ferdinand II Bd. V, 97.

**) Andere Schriftſteller pflegen den genannten Sekretär „Hentwald“ zu nennen, und ſo pflegt er auch in den Schriften ſeiner Zeit genannt zu werden. Er ſelbſt unterſchreibt ſich jedoch regelmäßig „Hanewelt“ und deshalb haben wir dieſe Schreibweiſe auch beibehalten.

Google

haften Versuchen geworden, denn die folgenden Ereignisse sprechen für diese Annahme. Thatsache ist, daß die von uns erörterten Rathschläge dem Kaiser von Hunewaldt gemacht wurden und eben so sicher ist es, daß verdächtigende Umstände dafür sprechen, man habe mit der Durchführung des verrätherischen Planes in Mähren den Anfang machen wollen*).

Mitten unter allen diesen Beklemmnissen begegnen wir einer der sonderbarsten Entschließungen des Kaisers. Vor etwas länger als einem Jahre hatte er durch Dietrichsteins Sendung zu Mathias gezeigt, daß er dessen Rathgeber, namentlich Khlesl, als vorzügliche Urheber des sich entspinnenden Streites ansehe und als solche hasse. Fast zu gleicher Zeit war Khlesl einem Anschlage auf seine Freiheit oder sein Leben nur durch einen glücklichen Zufall entronnen und man vermuthete damals, daß man in Prag nach den eigentlichen Urhebern forschen müsse, wenigstens war Khlesl dieser Meinung. Nach diesen Vorgängen und während durch des Bischofs thätige Beihilfe alle Länder sich gegen den Kaiser zu erheben im Begriffe waren, sprach der letztere das sonderbare Verlangen aus, Khlesl möchte zu einer persönlichen Unterredung nach Prag kommen. Was wollte er doch mit diesem eigenthümlichen Begehren; dachte er Khlesl für sich zu gewinnen oder von ihm eine wahrheitsgetreue Auseinandersetzung der Sachlage zu erhalten, weil er seiner Umgebung mißtraute? Der Erfolg zeigte, daß der Kaiser weder das eine noch das andere beabsichtigte, sondern daß Khlesls Berufung einer jener planlosen Entschlüsse war, welche den Inhalt der Prager Politik ausmachten. Der Bischof selbst legte bei dieser Gelegenheit einen bemerkenswerthen Muth an den Tag, denn er nahm keinen Anstand der Berufung zu folgen, wiewohl er sich in seinem Gewissen nicht rein fühlen mochte. Zwar hatte er sich ungehinderte Freiheit der Rückkehr ausbedungen, allein wer weiß es nicht, wie häufig solche Bedingungen beim Ausbruch innerer Streitigkeiten ver-
6. Mylius letzt werden. Angekommen in Prag, verlangte er beim Kaiser Audienz, aber da bei diesem längst die Stimmung, welche ihm des Bischofs Ankunft wünschenswerth machte, einer andern gewichen war, ließ er ihm den Befehl zukommen, das, was er zu sagen habe, den geheimen Räthen mitzutheilen. Khlesl weigerte sich diesem Folge zu leisten, verlangte persönlich gehört zu werden und nicht weniger als sechs Tage vergingen unter Besprechungen über die zu ertheilende Audienz, bis endlich der Kaiser sich zu derselben unter der Bedingung herbeilassen wollte,

*) Brief Simonitio d'Este allem. Bücher an Fleckhammer Schreiben des Erzh. Albrecht dto. 7 März 1608. Bücher, der Gesandte des Erzh. Albrecht, genau in die Bewegung der Zeit eingeweiht, setzt den Plan Hunewaldts auseinander.

Google

daß Khlesl den unangenehmen Theil seiner Nachrichten zuerst dem Kardinal Dietrichstein eröffnete! Dies that Khlesl, indem er dem letztern, was dieser ohnehin wissen mußte, die Ursachen der jetzigen Bewegungen auseinandersetzte. Endlich am 17. März zur Audienz vorgelassen, nachdem ihn noch vorher Herr von Attems im allerhöchsten Auftrage zweimal gemahnt hatte, kurz zu sein, traf er den Kaiser an einem Tische stehend und auf sein Rapier gelehnt. Nach einigen freundlichen Empfangsworten forderte Rudolf den Bischof auf, offen zu sprechen, den unangenehmen Theil seiner Nachrichten aber für sich zu behalten und den geheimen Räthen mitzutheilen! Khlesl bezeichnete aufrichtig als Grund von Mathias' Erhebung wider den Kaiser, die Weigerung des letztern, die Successionsfrage zu Ende zu bringen und als Ursache des Anschlusses der Stände an den Erzherzog, das Preisgeben derselben in den ungarischen Wirren, da ein kaiserliches Schreiben an sie sogar die Worte enthalten habe, sie sollten sich helfen, wie sie könnten. Seine ganze Argumentation ging dahin, dem Kaiser zu Gemüthe zu führen, daß er selbst durch feindseliges und unklages Benehmen den Sturm heraufbeschworen habe, daß es aber doch noch eine Hilfe für ihn gebe, wenn er die Wege der Unterhandlung betrete, da der Erzherzog gutmüthig sei und gern die Hand zum Vergleiche bieten würde*). Khlesl trat nach dieser Audienz ungehindert seinen Rückweg nach Wien an.

Es ist kein Zweifel, daß, wenn der Kaiser dem Rathe gefolgt wäre, der Erzherzog zu einer Versöhnung sich geneigt gezeigt hätte**). Aber Rudolf nahm sich diese Mahnungen nicht zu Herzen, obwohl in demselben Augenblicke die Vorgänge in Mähren seine Lage zu einer wahrhaft verzweifelten machten. Wir haben erzählt, wie schon im Dezember 1607 vertrauliche Besprechungen zwischen den Häuptern der Oesterreicher und Mährer bei Herrn von Zerotin stattgefunden hatten und wie diese zu einem Vertrag über die einzuschlagende Haltung führten. Zerotins Aufgabe war darnach, unter den mährischen Ständen eine solche Einigung vorzubereiten, daß sie sich im günstigen Falle dem österreichisch-ungarischen Bündnisse, das zuerst zu Stande kommen sollte, anschließen konnten. In der That kam Zerotin seiner Aufgabe nach und dies um so leichter, als

*) Khlesls Itinerar bei Hammer: Leben Khlesls Bd. II. Beilage 218.

**) Nuncio von Simoncelli 249/36 Gutken de Gas Clemente an Philipp III dto. 15. März 1608. Gas Clemente ist um diese Zeit vollständig dem Unternehmen Mathias' günstig gesinnt und schiebt nur, letzterer werde den Elementen, auf die er sich stütze, zu viel nachgeben müssen. Aunque el S. Archiduque Matheo deve llevar buen intento en ello, no podra ajustar los instrumentos de que se ha querido valer, a que no salgan de manos si los podra reprimir.

Google

auch Karl von Liechtenſtein das ganze Gewicht ſeines Anſehens und Einfluſſes mit in die Wagſchale warf, ſo daß alſo eine entſchiedene Manifeſtation zu Mathias' Gunſten bei einem Zuſammentritt der mähriſchen Stände zu erwarten ſtand. Dies war dem Landeshauptmann von Mähren, Herrn von Berka, keineswegs unbekannt, und da er ſich bewußt war, den Haß der Stände in noch höherem Grade als der Kaiſer ſich zugezogen zu haben, ſo ſuchte er mit allen ihm zu Gebote ſtehenden Mitteln der befürchteten Einigung entgegenzuarbeiten. Bei einem Landtag, welcher anfangs Jänner in Olmütz abgehalten worden war, hatte der Kaiſer verlangt, man ſolle über die gemeinſame Vertheidigung gegen einen etwaigen Einfall der Ungarn ſich berathen. Damals lehnten die Stände die Berathung ab und vertagten ſich bis zum 23. Februar; es war dies durch Karl von Zerotin und ſeine Freunde veranlaßt worden, weil ſie erſt über den Ausgang der Preßburger Verhandlungen berichtet ſein wollten, bevor ſie ſich für oder gegen den Kaiſer entſchieden. Nachdem aber daſelbſt das Bündniß zwiſchen den Ungarn, Oeſterreichern und Mathias zu Stande gekommen war, war es ihr eifrigſter Wunſch, daß Rudolf einen Landtag berufe, um ihnen eine legale Gelegenheit zu bieten, ſich zu verſammeln und gegen ihn zu erklären. Allein gerade dieſe Gelegenheit wurde ihnen nicht geboten, und Herr von Berka ſuchte einer eigenmächtigen Verſammlung noch dadurch zu begegnen, daß er kaiſerliche Truppen unter dem Kommando Tilly's nach Mähren berief, was nicht verfehlen konnte, auf den Adel einen moraliſchen Druck auszuüben. Blitzſchnell verbreitete ſich das Gerücht im Lande, der Kaiſer wolle ſich der Häupter der Bewegungspartei bemächtigen und an ihnen eine raſche Juſtiz üben. Wir haben keinen Beweis hiefür in den uns zugänglichen Archiven entdecken können, aber nach den Vorſchlägen Hennewaldts und nach der Lage der Dinge gehört ein ſolcher Beſchluß nicht zu den Unmöglichkeiten und gewiß war Berka der Mann ihn durchzuführen. Vielleicht wurde aber auch dies Gerücht von dem unzufriedenen Adel ſelbſt aufgebracht; wenigſtens ſind die Vergrößerungen und Ausſchmückungen deſſelben offenbar mähriſchen Urſprungs und abſichtlich gegen den Kaiſer verbreitet worden, denn daß der Kaiſer nicht bloß die Köpfe einiger Adeligen haben wolle, ſondern daß Berka und Tilly den Auftrag hätten, ſich aller Adeligen zu bemächtigen und dieſen Stand auszurotten, war bald eine ausgemachte Sache, an der Niemand zweifeln durfte, wenn er nicht allgemein verläſtert werden wollte*).

*) Sächſiſches Staatsarchiv. Ung., öſterr. und böhm. Kriegsweſen. Buch I fol. 176. Vertraulicher Bericht des jetzigen Zuſtandes in Mähren.

Google

Unter dem Unwillen und Schrecken, den dieſe alarmirenden Gerüchte verurſachten, hielten es die Häupter der Bewegungspartei für angemeſſen, nicht länger zu zögern, ſondern ſich unverweilt gegen den Kaiſer zu erklären. Auf Zerotins und Liechtenſteins Veranlaſſung fanden ſich alſo eine große Anzahl von Herren und Rittern am 7. März in Brünn ein, während daſelbſt die üblichen Sitzungen des Landrechts abgehalten wurden. Gerade als die Beiſitzer des Landrechtes verſammelt waren, trat Herr von Liechtenſtein in Begleitung von etwa 60 Herren und Rittern, welche gegen die ſtrenge Gewohnheit früherer Zeiten ſämmtlich bewaffnet waren, in den Sitzungsſaal und verlangte vom Landeshauptmann, daß die Schranken des Gerichtes geöffnet würden und ſie alle über die Gefahr, welche dem Lande von fremden Truppen drohe, berathen dürften. Herr von Berka kehrte ſich an die Beiſitzer, und frug ſie um ihre Meinung und entgegnete dann, es ſei nicht Brauch, daß politiſche Fragen bei einem Landrecht berathen würden, hiezu ſei nur der Landtag berechtigt und deſſen Berufung liege im Belieben des Kaiſers. Liechtenſtein erwiederte darauf, er habe gewiſſe Nachricht, daß von den Haiducken ein Einfall in Mähren vorbereitet werde, um die kaiſerlichen Truppen daraus zu vertreiben, was nicht anders als zum Verderben des wehrloſen und wieder zum Kampfplatz auserleſenen Landes ausſchlagen könne. Auch jetzt verlor Berka ſeine Beſonnenheit nicht; er erklärte von einem Einfalle der Haiducken nichts zu wiſſen und beſchied ſchließlich Herrn von Liechtenſtein mit ſeinem Anhang auf den folgenden Tag. Bald wäre es nun zu einer mehr als tumultuariſchen Scene gekommen, denn der Ungeſtüm übermannte die Mißvergnügten, ſie durchbrachen die Schranken des Gerichts und höhnten und ſchmähten den Landeshauptmann nicht anders, als wollten ſie ſich an ihm vergreifen. Zu einer Berathung des Adels kam es jedoch an dieſem Tage nicht mehr, da es ſchon ſpät geworden war. — In der Nacht blieben ſie alle bewaffnet, weil ſie einen Ueberfall durch Tilly's Schaaren befürchteten oder wenigſtens zu fürchten vorgaben; in einem Gaſthauſe vereint, faßten ſie die Beſchlüſſe, welche am folgenden Tage ausgeführt werden ſollten. Als am andern Morgen der Landeshauptmann nicht in die Verſammlung kam, ſchickten ſie mehrmals zu ihm, und als er endlich erſchien, verlangte Liechtenſtein eine kategoriſche Erklärung von ihm, ob er ſich ihnen zu ihrer aller und des Landes Vertheidigung anſchließen wolle oder nicht. Aber auch jetzt weigerte ſich Berka ſtandhaft an den Berathungen theilzunehmen, von denen er klug genug voraus ſah, daß ſie gewiß nicht den lang gehegten Haß der Stände gegen ihn mildern, jenen des Kaiſers aber ſicherlich ihm zuziehen würden. Auf dieſes erklärte ihn Liechtenſtein für unfähig zum Beſten eines

Google

Landeshauptmanns und für abgesetzt und forderte mit den Worten: „Wer das Vaterland liebt, folge mir," die Versammlung auf, mit ihm sich zu entfernen. Alle bis auf zwei Personen, welche sich an Berka anschlossen, kamen diesem Verlangen nach, gingen in den Palais und machten so unwiderruflich der Herrschaft des Kaisers ein Ende*).

So ganz vollständig war aber doch noch nicht der Sieg des Adels in Mähren, vielmehr traten auch hier dieselben Elemente wie in Oesterreich in Opposition gegen seine und Mathias' Pläne. Vor allem hatte der Prälatenstand keinen Theil an der Absetzung Berka's, noch weniger aber wollten die Städte von einer Erhebung gegen den Kaiser etwas wissen. Bedenkt man, welch' ein mächtiges Band die Gleichheit des protestantischen Bekenntnisses um Bürger und Adel schlang, so gäbe dies gewiß keine genügende Erklärung, wenn man das frappante Benehmen der Städte allein dem Umstande zuschreiben wollte, daß die Magistrate kaiserlichen Einflüssen ihre Ernennung zu verdanken hatten. Die Ursache lag vielmehr darin, daß sich die Städte gewöhnt hatten, den Adel als ihren geborenen Feind anzusehen, als selbst einen Herrscher wie Rudolf; und in der That bietet ihre Geschichte mehr als einen vollwichtigen Grund dafür. Seit 150 Jahren hatte sich die Zahl der königlichen Städte in Mähren von 30 auf 6 verringert, ein Beweis, daß der Adel seine Herrschaft in nicht zu rechtfertigender Weise ausgebeutet hatte und sich jetzt nicht wundern durfte, auf geringe Sympathien zu stoßen. Die Schritte, welche der in Brünn versammelte Adel that, um diese Stadt, die erste im Lande, auf seine Seite zu ziehen, waren von keinem Erfolge begleitet, sondern schienen nur noch eine größere Entfremdung herbeizuführen. Neue Gerüchte, an die angeblichen Pläne des Kaisers gegen die Landherren sich anschließend, tauchten auf und besagten, die Brünner ständen im geheimen Einverständnisse mit den in der Nähe der Stadt befindlichen Truppen Tilly's, kleine Abtheilungen derselben seien bereits zur Nachtzeit in dieselbe eingelassen worden, und ein allgemeines Blutbad gegen den Adel solle im Zuge sein. Verdächtige Aeußerungen einzelner Rathsmitglieder, aufgefangene Briefe, in denen dem Prager Hofe nahe stehende Personen ihren Freunden befremdende Nachrichten gaben**), wirkten derart beunruhigend auf den Adel, daß derselbe seinen Aufenthalt in Brünn nicht weiter für gesichert hielt, sondern sich in Gesammtheit nach dem nahe gelegenen Austerlitz
8. Mz. begab, um sich da über die weiteren Schritte zu berathen. Hier wurde alsogleich ein Ausschuß mit Liechtenstein an der Spitze gewählt, wel-

*) Archiv der Kriegskammer Bde. 12 April 1620. Gallasi Commentarii de Rebus Alsatiae

**) Brandenburger Archiv O XLII, Bol. 1/217, Zeitung aus Prag Bde. 11. April 1620.

Google

der über die Lage des Landes berichten und das Geeignete vorschlagen sollte. Auf seinen darauf gestellten Antrag beschloß die Versammlung, vorerst 1000 Reiter zu werben, eine allgemeine Steuer auszuschreiben und einen Landtag nach Eibenschitz auf den 13. April zu berufen. Noch hielten es die Versammelten für gut, an den Kaiser zu schreiben, wiewohl die Forderungen, welche sie an ihn stellten, keine Verständigung hoffen ließen; sie verlangten nämlich die Ernennung eines andern Landeshauptmanns, die Sanktionirung des nach Eibenschitz von ihnen ausgeschriebenen Landtags und endlich die Bestätigung des Wiener und ungarischen Friedens; Forderungen, von denen zwar die erste und letzte billig und gerecht, die zweite nur durch des Kaisers eigenste Schuld herbeigeführt worden war, welche aber dennoch allesammt dem letztern gleich verhaßt waren.

Berücksichtigt man, daß die Städte Brünn und Olmütz auf die Einladung des Adels, bei dem Eibenschitzer Landtage sich zu betheiligen, ablehnend antworteten und in ihrer dem Kaiser günstigen Stimmung standhaft verblieben, so scheint uns die Politik, welche der Kaiser einschlagen sollte, völlig klar bestimmt. Entweder mußte er auf die Austerlitzer Forderungen eingehen und dadurch in der letzten Stunde retten, was zu retten war, oder er mußte sich auf die Städte durch Gewährung bedeutender Vortheile stützen und mit den Truppen Tilly's und Trautmannsdorfs in der That versuchen, wessen ihn das Gerücht so lange beschuldigte, d. h. er mußte mit Waffengewalt in Mähren auftreten, die Rüstungen des Adels hindern und durch Schrecken seine Gegner niederdonnern. Daß die mährischen Landherren sich einem solchen Auftreten gegenüber nicht für sicher hielten, beweist, daß sich ihre Häupter, darunter Zerotin, ganz nahe an die ungarische Grenze begaben, um im Moment einer Gefahr flüchten zu können*). Allein von allem, was der schlichteste Verstand dem Kaiser angerathen hätte, that dieser nichts; theils suchte er durch Drohungen, denen keine That folgte, zu schrecken, was nur Erbitterung aber nicht Furcht zur Folge hatte, theils knüpfte er neue Unterhandlungen an, mit denen er es keinesfalls ernstlich meinte, gleichsam als wollte er selbst dem Adel Zeit geben, sich zu rüsten. Vor allem galt es ihm, den Eibenschitzer Landtag zu vereiteln und hiezu hatte man in Prag folgenden Feldzugsplan erdacht.

Kaum waren die ungarischen und österreichischen Stände auf eigenmächtigen Landtagen in die bekannte Verbindung getreten, so mußte am Prager Hofe die Angst rege werden, daß Mähren, Schlesien und vielleicht sogar am Ende auch Böhmen dem gegebenen Beispiel folgen könn-

*) Chlumecky: Karl von Zierotin.

Google

um, um ſo mehr, als man wußte, wie ſehr Mathias' Freunde und der eigene Vortheil der Stände einer ſolchen Erhebung das Wort redeten. Bezüglich Böhmens fühlte ſich der Kaiſer zuerſt beruhigt; die oberſten Beamten, durchwegs Katholiken, gaben ihm die beſten Verſicherungen und die Stimmung im Lande ſelbſt konnte ſie nicht Lügen. Es iſt Thatſache, daß von den Böhmen, mit Ausnahme der zwei bittern Gegner der Rudolfiniſchen Regierung Roſenbergs und Budowecs und ihres engern Anhangs, die Ereigniſſe in den benachbarten Ländern anfangs mit einer gewiſſen Gleichgiltigkeit ſpäter mit Mißgunſt betrachtet wurden, wovon die Urſachen verſchieden, vor allem aber darin ihren Grund hatten, daß man eine Erhebung der Provinzen gegen den Kaiſer von Folgen begleitet ſah, welche Böhmens alter Suprematie über Mähren und Schleſien einen harten Stoß verſetzen konnten. Mag nun die Urſache welche immer geweſen ſein, für den Kaiſer war die Wirkung jedenfalls eine vortheilhafte und er beſchloß ſie dadurch auszubauen, daß er nach Prag einen General-Landtag der böhmiſchen Krone berufen wollte, den er mit Hilfe der Böhmen zu beherrſchen hoffte. Regelmäßig hielten die Länder, welche zur böhmiſchen Krone gehörten, bloß Provinzial-Landtage und nur in außerordentlichen Fällen, die erſt in Jahrzehenden eintraten, beriefen die Könige General-Landtage nach Prag, bei denen Böhmen, Mähren, Schleſien und die Lauſitz gleichmäßig vertreten waren. Zu dieſem Ende ſchrieb Rudolf zuerſt für die Böhmen einen Landtag aus, welcher ſich am 10. März in Prag verſammelte und mit dem er in der kurzen Zeit einer Woche mehrere Beſtimmungen vereinbarte, die man als für ihn höchſt günſtige bezeichnen muß. Zuerſt gaben nämlich die Böhmen ihre Zuſtimmung zu dem Generallandtage, deſſen Zuſammentreten auf den 14. April anberaumt wurde, dann bevollmächtigten ſie den Kaiſer, daß er im Verein mit den oberſten Beamten vermöge alter Geſetze alle Maßregeln treffen dürfe, die zur Vertheidigung des Landes nothwendig ſeien. Damit bevollmächtigten ſie ihn zu nichts Geringerem, als zur Berufung des allgemeinen Aufgebotes, eine Konzeſſion von der größten Wichtigkeit. Endlich gaben ſie auch ihre Zuſtimmung dazu, daß ſämmtliche Lehensträger der böhmiſchen Krone, und dies waren alle weltlichen Kurfürſten, aufgefordert werden ſollten, ihrer Pflicht nachzukommen und dem Kaiſer gegen jeden Angriff zu Hilfe zu eilen. Nachdem ſo wichtige und durchwegs dem Kaiſer günſtige Beſchlüſſe zu Stande gekommen waren, löſte ſich der Landtag am 17. März auf*).

*) Beſchlüſſe des Landtags, welcher Montags nach Oculi begann und Montags nach Lätare 1608 geſchloſſen wurde. Das Original dieſes Landtagsbeſchluſſes iſt böhmiſch.

Google

Die Freude an dem Verlaufe des Prager Landtages wurde dem Kaiser durch die fast gleichzeitig einlaufenden Nachrichten aus Brünn und Eibenschitz nur zu stark vergällt; nichtsdestoweniger verharrte er bei seinem Entschluß, einen General-Landtag zu berufen und dies um so mehr, als die Böhmen durch ihr Betragen sein ganzes Zutrauen gewonnen hatten. Sich selbst über die Lage der Dinge in Mähren täuschend, glaubte er noch, dessen Adel für sich gewinnen zu können und schickte deshalb den Kardinal Dietrichstein und Herr Wilhelm von Slawata — denselben, welcher im J. 1618 einen so glücklichen Fall gethan hatte — nach Brünn, um die Stände zu beschwichtigen und zu einem Landtag daselbst zu berufen. Da jedoch vom Adel fast Niemand in Brünn anwesend war, so reiste der Kardinal selbst nach dem Orte, wo die Häupter der Opposition eben ihre Berathungen hielten, und vermochte sie, indem er sich persönlich für ihre Sicherheit verpfändete, zur Reise nach Brünn, wo thatsächlich der Landtag am 29. März eröffnet wurde. Über die Forderungen, welche die Königlichen Kommissäre, Herr von Slawata und Herr von Lukawec, an die Stände Namens des Kaisers stellten, führten zum Bruche und zum Schlusse des Landtages schon an demselben Tage, an dem er begonnen hatte. Sie verlangten nämlich, die Stände sollten den Prager Generallandtag beschicken, ihre Vertreter alsogleich wählen und keine weiteren Berathungen vornehmen, insbesondere also die Absicht in Eibenschitz zusammenzukommen aufgeben. Herr von Zerotin war es, der jetzt am meisten gegen die Bewilligung der königlichen Forderungen sprach und deren Verwerfung um so leichter durchsetzte, als einerseits der Adel nicht gewillt war, die Entscheidung seiner Angelegenheiten aus der Hand zu geben und einer Versammlung zu übertragen, deren Tendenzen ihm verdächtig waren, andererseits keines der hervorragenden Häupter nach Prag reisen mochte, weil sie alle befürchteten, daselbst in Haft genommen zu werden. Zwar die Städte und Prälaten verließen auch jetzt nicht des Kaisers Seite, aber bei ihrer verhältnißmäßigen Machtlosigkeit änderte ihr Benehmen nichts an dem schließlichen Resultate. So endete also nach vielen und leidenschaftlichen Reden und Gegenreden der Landtag in der Nacht vom 29. auf den 30. März mit vollständiger Verwerfung der königlichen Propositionen. Der Adel reiste unmittelbar darauf noch in der Nacht aus der Stadt weg, welche er wegen der Nähe von Tilly's Truppen wie die Pest zu fürchten schien.

Triumphirend benachrichtigte Zerotin seinen Freund Tschernembl von diesen Vorgängen, welche er mit Recht seinen Anstrengungen zuschreiben konnte und welche ihm die Erfüllung seines staatlichen Ideals in politischer und religiöser Beziehung als nahe bevorstehend erscheinen

Google

liefen. Liechtenſtein ſelbſt reiſte im Auftrage des mähriſchen Adels nach Wien zu Mathias, theils um ihn von dem entſcheidenden Siege ſeiner Partei zu berichten, theils zum bewaffneten Aufbruche gegen den Kaiſer zu mahnen. Während Mathias, dieſer Aufforderung nachkommend, die ungariſchen und öſterreichiſchen Truppen vereinte und mit ihnen gegen die mähriſche Grenze aufbrach, kam der Termin heran, in welchem die Mährer auf dem Landtage von Eibenſchitz ſich verſammeln ſollten, um ihrem Anſchluße an den Erzherzog einen formellen Ausdruck zu geben *). In der That erſchienen daſelbſt nicht weniger als 140 Perſonen, aus dem Herren-, Ritter- und Prälatenſtande. Die Städte waren auch jetzt nicht vertreten, aber die Betheiligung des Prälatenſtandes, der doch die meiſten Gründe haben mochte, ſich an den Kaiſer anzuſchließen, gab ihrem Wegbleiben eine geringere Tragweite. Die erſten Beſchlüße der Verſammlung betrafen die Abſetzung Berka's von der Stelle eines Landeshauptmanns und die Errichtung einer proviſoriſchen Regierung. Karl von Liechtenſtein wurde einſtimmig an ihre Spitze als Director berufen, da er ſich durch ſein Auftreten am 7. März in Brünn dieſes Vertrauens würdig gezeigt hatte und auch als Katholik hiezu am geeignetſten ſchien; der kluge und vorſichtige Zierotin wollte, daß im Anfange der Bewegung das religiöſe Moment ganz bei Seite gelaſſen werde. Einige Landesoffiziere und Landrechtsbeiſitzer wurden als Mitglieder der proviſoriſchen Regierung Herrn von Liechtenſtein an die Seite geſetzt **).

Mittlerweile waren Vertreter von Ungarn und Oeſterreich nach Eibenſchitz gekommen, um den Anſchluß an das Preßburger Bündniß völlig zu Stande zu bringen; es waren dies unter anderen Valentin Leyes Biſchof von Veſprim, Peter Revay, Jakob Stahremberg und Erasmus von Tſchernembl. Dieſer Unterhandlungen bedurfte es nicht mehr, ſchon am 19. April war die Bundesurkunde ausgefertigt, welche Mährens Beitritt beſiegelte. Aber hierin gingen die Eibenſchitzer Verhandlungen über die Preßburger hinaus, daß von den Mährern erklärt wurde, der Zweck des Bündniſſes ſei nicht bloß die Aufrechthaltung des ungariſchen und türkiſchen Friedens, ſondern auch die Vertheidigung gegen andere ungerechte Angriffe ***). Durch dieſen letzten Zuſatz trat der bis auf dieſen Augenblick aus Nothwehr gegen den Kaiſer geführte Kampf in ein anderes Stadium über; die Stände beabſichtigten nunmehr auch die Herſtellung und Vertheidigung ihrer Freiheiten und mannigfachen

*) Chlumecky: Zierotin S. 420 und flg.
**) Chlumecky: Zierotin, S. 434.
***) Chlumecky: Zierotin S. 438.

Google

Ansprüche und traten damit nicht bloß gegen die vom Kaiser bisher ausgeübte Macht, sondern überhaupt gegen die königlichen Prärogative auf, wie sie entweder seit jeher bestanden oder aber im Laufe der Zeit durch das Herkommen sich vergrößert hatten. Es galt mit einem Worte die vollständige Wiederherstellung und Aufrichtung eines Ständestaates*). Am 21. April benachrichtigten die Stände, von Ebenfurth aus, den Erzherzog Mathias von diesen Vorgängen und nannten sich in dieser Zuschrift seine „getreuen Unterthanen". Auch die Städte waren nicht mehr im Stande dem Drucke zu widerstehen, welchen das abgeschlossene Bündniß und die allseitige Anerkennung desselben auf sie ausübte; einige gaben jetzt einfach nach und schloßen sich an den Adel an, in den anderen brach endlich der Unwille der exaltirtern Protestanten heftig los und brachte durch gewaltige Aufregung einen gleichen Anschluß zu Stande.

*) Hammer, Khlesl II Urkundensammlung 216. In dem ungarisch-österreichisch-mährischen Bündnisse heißt es: Ac proinde firmum'st inviolabile foedus inire, prout praesentibus inivimus ea conditione, quod si nimirum temporis successu propter vel contra transactionem Viennensem ac turcicam nuperrime conclusam, quam servare intendimus vel qualemcunque aliam ob causam justam et legitimam nobis, Regnis provinciis et patriis nostris ac ejusdem commembris ac confoederatis hostis'aut turbator ingrueret. Die Worte vel qualemcunque aliam ob causam justam et legitimam fehlen im Preßburger ungarisch-österreichischen Bündnisse.

Google

Fünftes Kapitel.

I. Mathias kriegerisches Auftreten, sein Zug nach Mähren. Rudolfs Rüstungen. Dietrichsteins diplomatische Sendungen. Eigenthümliche Haltung der Böhmen. Rosenbergs und Kinskys Absichten. Rudolfs Entschluß zur Nachgiebigkeit. Die böhmischen Kronbeamten. Der Nuntius und Pedro von Montalbana in Caslau, Weitermarsch des Erzherzogs. Streit des Kaisers mit den böhmischen Kronbeamten. — II. Mathias in Bohmischbrod. Eröffnung des böhmischen Landtags. Haltung der Böhmen. Ihre Forderungen. Theilweise Nachgiebigkeit des Kaisers. Mathias' Forderungen bei dem böhmischen Landtag. Die Konferenzen in Dubek und Liben. — III. Das Vermittlungsprojekt Maximilians. Kinskys Stellung zu demselben. Seine Pläne. Die Gründung der Union. Kinskys Absicht mit ihrer Hilfe in Böhmen zu intervenirn. Vereitlung derselben. IV. Der päpstliche Legat Kardinal Melino, Balthasar von Zuñiga; ihre Botschaft in Prag. Pedro's von Toledo Sendung zu Heinrich IV. Vorschlag zu einer spanisch-französischen Allianz. Der Kurfürstentag von Fulda. [redacted] der Gesandte der geistlichen Kurfürsten in Prag.

I.

Mathias, durch die Vorgänge in Brünn von der Bereitwilligkeit der Mährer, sich ihm anzuschließen, überzeugt und mit vieler Zuversicht ein gleiches von den Böhmen hoffend, wenn er ihnen dazu Gelegenheit böte, beschloß endlich gegen seinen Bruder zu Felde zu ziehen. Die Rüstungen, welche er seit dem Monate Februar begonnen hatte, waren in dem Moment, wo der Eibenschitzer Landtag zu tagen begann, vollendet, so daß er hoffen durfte, bei der Ankunft an der böhmischen Grenze über etwa 20.000 Mann verfügen zu können. Für das Kommando über das Heer war Sigmund von Herberstein designirt, ihm sollten Georg von Hodiz, Georg Andreas von Hofkirchen und Georg Thurzo als Unterbefehlshaber beigegeben werden. An der ungarischen Grenze selbst stand für alle Fälle Valentin Hommonay mit 18.000 Mann zu Roß und zu Fuß bereit, dem Erzherzog zu Hilfe zu ziehen*). Während

*) Münchner Staatsarchiv 517/4 163. Das Heer Mathias zählte genau 20.350 Mann, darunter 10.900 Mann zu Fuß und 9450 zu Roß.

Google

die Streitkräfte des Erzherzogs in der Formation begriffen waren, hatte sich zum erstenmal nach Khlesl's Abreise von Prag der Kaiser bemüßigt gefühlt, den Kardinal Dietrichstein nach Wien zu senden und so direkt einen Vergleich anzubahnen, aber die Instruktion, welche derselbe zur Unterhandlung erhielt, war so eng begrenzt, daß der Gesandte völlig unverrichteter Dinge nach Prag zurückkehrte. Die Nachrichten, welche inzwischen Rudolf von dem üblen Vorgange des Regensburger Reichstags, vor allem aber von der beharrlich weiter schreitenden Empörung der Währer erhielt, versetzten ihn so in Sorge, daß der Kardinal, kaum nach Prag zurückgekehrt, sich neuerdings auf den Weg nach Wien 12. April machen mußte*). Aber auch jetzt zeigte der Kaiser eine gänzliche Verkennung der Sachlage, denn möchte man es wohl für möglich halten, daß er noch immer an dem türkischen Frieden mäkelte und die Abtretung der drei Festungen Gran, Erlau und Canische begehrte, wenn er den Frieden ratificiren sollte, eine Forderung, die vor den Türken nun ausgesprochen, einer Kriegserklärung gleich kam. Ueberdies wollte der Kaiser einen Fürstenkonvent nach Prag berufen, um durch denselben die obschwebenden Streitigkeiten schlichten zu lassen. Mit diesen Aufträgen kam der Kardinal gerade in dem Augenblicke in Wien an, wo der Erzherzog sich entschlossen hatte mit seinem Heere an die böhmische Grenze zu ziehen, und wenn ihn etwas noch in seinem Entschlusse bestärken konnte, so war es gewiß die Botschaft des Kaisers; denn über die Bestätigung des ungarischen und türkischen Friedens konnte jetzt eben so wenig unterhandelt werden, wie über die Ueberfragung der Donau in den Elbestrom. Die Absicht des Erzherzogs bestand nun darin, von einem ständischen Ausschuß aller ihm verbündeten Länder und von dem schlagfertigen Heer begleitet, an die böhmische Grenze zu ziehen und die Böhmen aufzufordern sich zu einem Landtage zur Berathung über die öffentlichen Angelegenheiten zu versammeln; er durfte mit Grund hoffen, daß derselbe zu einem ähnlichen Resultate führen würde, wie der von Preßburg und Ebenschitz. Als er demnach in Znaim, von welcher Stadt er von den bedeutendsten Herren 23. Ap.
Mährens, namentlich Liechtenstein und Zerotin empfangen wurde, einzog, erließ er ein Manifest**), worin er die Ursachen seines Marsches und des in Preßburg und Ebenschitz geschlossenen Bündnisses auseinander setzte. Des Kaisers Unfähigkeit und die bösen Anschläge seiner Räthe hätten das Verderben und die Verzweiflung der gesammten Länder zur Folge gehabt, Aller Wünsche gingen deshalb nach Sicherung des Frie-

*) Hammer: Khlesl II, 71.
**) Hammer: Khlesl II. Urkundensammlung Nr. 217.

Google

dens, Verbeſſerung des Regiments und Wiederherſtellung der angefeindeten Freiheiten der Länder, und er als älteſter Erzherzog habe ſich endlich nothgedrungen der Bedrängten angenommen. Da man weder vom Kaiſer noch von den Böhmen Erklärungen eingelangt wären, wie ſie es mit dem Frieden halten wollten, ſo ziehe er, umgeben von den ſtändiſchen Ausſchüſſen Ungarns, Mährens und Oeſterreichs, nach Caſlau, wohin er die Stände Böhmens und der demſelben einverleibten Länder, die, „weil er gewiſſe Nachricht habe", ſelbſt ſolches wünſchen, zur gemeinſamen Berathung auf den 4. Mai berufe. In der That ſchickte der Erzherzog Einladungsſchreiben nach Böhmen, Schleſien und der Lauſitz ab und erſuchte darin die Berechtigten bei dem Caſlauer Landtage erſcheinen zu wollen; Herr von Roſenberg, an deſſen Kommen wohl am meiſten lag, wurde eigens aufgefordert.

Der Kaiſer war trotzdem noch zu keiner Nachgiebigkeit bereit, wenngleich die Angſt wieder mehr Gewalt über ihn erlangte, da alle Hoffnung, welche er auf den Regensburger Reichstag geſetzt hatte, ſich als eitel zu erweiſen begann. Zorn, Scham und Schmerz, welche ſich jetzt um die Herrſchaft über ihn ſtritten, machten ihn gleichwohl dem Verkehre mit der übrigen Welt zugänglicher, als er ſeit ſieben Jahren geweſen. Dem Geſandten des Kurfürſten von Sachſen, Dr. Göbelmann klagte er, er wiſſe nicht, wer, ob der Türke oder der Papſt, Urſache an ſeinen gegenwärtigen Bedrängniſſen ſeien*). Mit ſeinem Geld hatte er bisher ſo zurückgehalten, daß man ihn, nachdem er jene 130.000 Gulden mit ſo viel Widerwillen hergegeben hatte, für völlig verarmt hielt, jetzt preßte ihm aber doch die Angſt die Erklärung ab, daß er noch 300.000 Thaler beſitze, und daß er dieſelben zu Rüſtungen verwenden wolle**). Endlich nachdem er den Kardinal Dietrichſtein zweimal mit unnützen, weil bereits unzeitigen Aufträgen nach Wien geſchickt hatte, erkämpfte er auch in dieſer Beziehung einen Sieg über ſich, ſo daß er ſich bereit zeigte, durch ihn die Ratifikation des türkiſchen Friedens anbieten zu laſſen. An dieſer erſten Nachgiebigkeit hatten der ſpaniſche Geſandte und wahrſcheinlich auch der Nuncius, welche nach langer Zeit wieder einmal zur Audienz vorgelaſſen wurden, keinen geringen Antheil. Dietrichſtein wurde mit ſeiner Botſchaft eilig nach Mähren abgeſchickt, und um der Sendung mehr Nachdruck zu geben, ſchloſſen ſich ihm die oberſten Beamten des

*) Sächſiſches Staatsarchiv. Göbelmann an den Kurfürſten von Sachſen dto. 23./33. April.

**) Archiv des Finances 3494/51. Der Nuntius an Philipp III dto. 21. April 1608.

Google

Böhmen, ja sogar der Nuncius und der spanische Gesandte mit Billigung des Kaisers an. Sie trafen in Znaim mit Mathias zusammen, boten ihm die Ratifikation des Friedens an und erklärten zugleich, der Kaiser wolle auf Pfingsten nach Prag einen Konvent berufen, zu welchem sämmtliche Erzherzoge, der Kurfürst von Köln und der Herzog von Baiern erscheinen sollten, um durch diese alle Streitfragen zu schlichten. — Eine aufrichtige Einhaltung des Türkenfriedens hätte im Keim alle Streitigkeiten erstickt, jetzt war aber das Anerbieten der Ratifikation desselben viel zu spät, weil Rudolf sich um alles Zutrauen zu seinen Versprechungen gebracht hatte. Der ursprüngliche Zweck einer Bewegung ändert sich und wächst mit dem Wachsen derselben, und man täuscht sich, wenn man den Riesen mit denselben Mitteln wie den Zwerg bekämpfen zu können glaubt. Rudolf hatte alles Unheil deshalb angerichtet, weil er in der Bestimmung der Nachfolge seiner Familie die schuldige Rechnung nicht tragen wollte und auch jetzt dachte er mehr auf Befriedigung der Stände als auf die seines Bruders, um später desto ungescheuter die Machinationen gegen den letztern beginnen zu können. Mathias konnte sich also nicht mehr mit der Befriedigung seiner Verbündeten begnügen, auch Er mußte in seinen Ansprüchen gesichert sein und zwar nicht mehr durch ein bloßes Versprechen, das selbst in diesem Momente der Kaiser zu geben sich noch weigerte.

Nachdem so die Verhandlungen in Znaim sich zerschlagen hatten, trat der Erzherzog mit seiner Armee den weitern Marsch an und zog 30. Ap. nach Iglau gegen die böhmische Grenze. In Iglau angelangt, kam ihm der Kardinal mit einer vierten Botschaft entgegen. Da Rudolf noch jetzt zu keinen weiteren Konzessionen sich herbeiließ, sondern alles der Entscheidung eines zu berufenden Fürstenkonventes überlassen wollte, so ließ sich Mathias diesmal noch weniger als in Znaim in eine ernste Verhandlung ein, sondern verwies auf den Landtag von Časlau, wohin er die böhmischen Stände berufen habe und wo über die schwebenden Streitigkeiten die Entscheidung gefällt werden sollte*). In Časlau selbst langte er am 10. Mai an, statt am 4., wie ursprünglich angesagt worden war, aber obwohl die Böhmen inzwischen genügend Zeit gehabt hatten, sich daselbst zu versammeln, traf er dennoch Niemand Anderen dort an, als Gesandte des Kaisers und der Kurfürsten. Dieses unerwartete Ereigniß fordert einige Erklärung.

Wir haben gesehen, wie gleich im Anfange der Bewegung Rosenberg durch den Erzherzog von dem Preßburger Bündniß benachrichtigt

*) Hammer' Khlesl II, Beilage 218.

Google

wurde und wie letzterer ſich alſobald auf die Seite der Bewegung ſtellte. Nicht nur ſchickte er dem Erzherzog Geld zu ſeinen Rüſtungen, ſondern er kehrte ſich auch in einem faſt bedrohlichen Schreiben an die oberſten Beamten von Böhmen und mahnte ſie in der Frage über den ungariſchen Frieden ſich an Mathias' Seite zu ſtellen*). Budowec war gleichzeitig mit den Preßburger Vorgängen nach Wittingau gereiſt, offenbar zu keinem anderen Zwecke, als ſich über die künftige Haltung zu berathſchlagen**). Bis zu dem Momente, in welchem Mathias ſeinen Zug unternahm, war zwar von keiner allgemeinen Manifeſtation zu ſeinen Gunſten in Böhmen die Rede, allein es war eine ſowohl bei dem Erzherzog als bei ſeinen Freunden allgemein angenommene Meinung, daß es an einer ſolchen nicht fehlen würde, wenn ſeine Gegenwart ihr Schutz verſpräche; hatte doch ſogar das Znaimer Manifeſt dies als eine gewiß bevorſtehende Thatſache angenommen und glaubte man mit Sicherheit auf den Ritterſtand rechnen zu können. Da es von größter Wichtigkeit war, wenn Roſenberg ſelbſt nach Caſlau eilte, weil ſeine Gegenwart allen Unentſchloſſenen Muth und Vertrauen einflößen mußte, ſo hatte ihn Mathias faſt vierzehn Tage vor ſeinem Aufbruch aus Wien von ſeinem Vorhaben benachrichtigt und bald darauf erſuchte ihn auch Tſchernembl in den dringendſten Ausdrücken, nicht bei der Verſammlung in Caſlau zu fehlen, ja der öſterreichiſche Agitator reiſte ſogar, um ſeinen Bitten den gehörigen Nachdruck zu geben, ſelbſt nach Wittingau und wiederholte dort ſein Anſuchen perſönlich. Aller dieſer Bitten ungeachtet kam aber Roſenberg der Aufforderung nicht nach und trug durch dieſes Zurücktreten wohl am meiſten zu der mißbilligen Haltung bei, welche die Böhmen insgeſammt in den nächſten Monaten beobachteten. Daß Roſenberg durch ſeine kränkliche Leibesbeſchaffenheit, welche ihn ſeit Jahren an jeder Ortsveränderung hinderte, allein abgehalten wurde, nach Caſlau zu gehen, iſt zwar möglich aber nicht ganz wahrſcheinlich. Bisher hatte er den Erzherzog und ſeine Anhänger in allem unterſtützt und hinderte auch in dieſen entſcheidenden Augenblicken, daß die ſüdlichen Kreiſe Böhmens, wo ſein Einfluß am größten war, ſich dem allgemeinen vom Kaiſer angeordneten Aufgebot anſchloſſen. Aber weiter ging ſeine Unterſtützung nicht, denn die Verbündeten verfolgten, wie es ihm klar ward, vor allem jetzt nur ein Ziel, nämlich der Herrſchaft Rudolfs ein Ende zu machen und an die Stelle desſelben den Erzherzog zu ſetzen: dieſen Wechſel und alle weiteren Anſtaltungen in Oeſterreich behandelten die re-

*) Bernburger Archiv. Roſenberg an die böhm. Landoffiziere ddo. 8. März 1608.
**) Bernburger Archiv. Rg. I fz. I 127/29, Hof an Anhalt ddo. 8. Juber 1608.

Google

böhmischen Stände bloß als eine sie betreffende Angelegenheit, welche sie schnell zur Entscheidung bringen wollten. Rosenberg dagegen war der Meinung, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, in welchem die weltlichen Kurfürsten des Reiches, namentlich aber Kurpfalz, als Vermittler zwischen Rudolf und seinen Gegnern eintreten, in einem Vertrage die Grundsätze für die Regelung sämmtlicher österreichischer Interessen feststellen und zugleich das öffentliche Recht in Ungarn, Böhmen und Oesterreich sowie unter die Garantie des deutschen Reiches stellen sollten. Es war also nicht Rosenbergs Wunsch, daß der Streit zwischen Mathias und Rudolf unter diesen beiden allein abgemacht werde, noch weniger aber, daß der letztere einfach als vollständiger Sieger aus demselben hervorgehe. Nach seiner Meinung sollten die sämmtlichen Länder zwischen Mathias und Rudolf so getheilt werden, daß Ersterem der Besitz von Ungarn, doch ohne den königlichen Titel, eingeräumt werden, der letztere aber alle übrigen Länder, also namentlich Mähren und Oesterreich weiter beherrschen sollte, allerdings unter der Bedingung, daß er in der Verwaltung derselben solche Aenderungen treffe, wie sie sich in den weitern Verhandlungen als nothwendig herausstellen würden. Durch solche Ansichten fand sich Rosenberg bereits im Gegensatz nicht nur zu Mathias, sondern auch zu Zerotin und Tschernembl, welche jede Halbheit verwerfend rasch auf das Endziel, die Beseitigung Rudolfs, gingen, und dies macht es uns auch wahrscheinlich, daß Rosenberg bloß deshalb nicht nach Gallas ging, weil er durch seine Gegenwart nicht ihre Zwecke befördern wollte*).

Die sonderbare Erscheinung, daß Rosenberg plötzlich in seinen Bestrebungen von jenen Männern abwich, mit welchen er sonst geistesverwandt schien, erklärt sich dadurch, daß er in diesem Augenblicke nicht selbstständig, sondern beherrscht durch die listige Einwirkung des Fürsten von Anhalt handelte. Sobald die Bewegung in Preßburg ihren Anfang genommen hatte, schenkte ihr der Fürst die ungetheilteste Aufmerksamkeit und gab sich den angenehmsten Erwartungen hin, denn wenn sie auch seine Pläne, die er in Bezug auf Maximilian hegte, störte, so eröffnete sie ihm doch wieder die glänzendsten Aussichten, auf andere Weise das Haus Habsburg schwächen zu können. Damit dies aber

*) Vernburg O XIII Vol. I/221. Nachricht aus Mähren vom 13. April. Ebendaselbst fl. 227/71, 74 Tschernembl an Rosenberg und an Hoch vom 30. April 1608. Vernburger Archiv Reg. I, fl. 227/77 Rosenberg an Anhalt vom 4. Mai 1608. In diesem höchst merkwürdigen und umfangreichen Aktenstück entwickelt Rosenberg seine Ansichten über die zunächst zu ergreifenden Maßregeln und den wahrscheinlichen Ausgang des Streites

Google

der Fall ist, war es vor allem nöthig, daß er und seine Partei einen entscheidenden Einfluß auf den Kampf zwischen Rudolf und Mathias gewinne, und dies konnte nur dann geschehen, wenn es ihm gelang als Vermittler und Schiedsrichter in den österreichischen Angelegenheiten aufzutreten. Gleich im Anfang des Monates April war er also der Meinung, die Kurfürsten sollten sich in den österreichischen Streit einmengen und dem Pfalzgrafen legte er einen detaillirten Plan über die Einmischung, welche man Vermittlung benennen könnte, vor. Nach seiner Ansicht war jetzt die Zeit gekommen, daß die Kurfürsten einen festen Fuß nach Oesterreich setzen, die dortigen Angelegenheiten für deutsche erklären und sie allein entscheiden sollten, um so jeden fremden Einfluß, er möge von Frankreich, Spanien oder Rom kommen, abzuschneiden. Die Aufgabe der Kurfürsten sollte es sein, ein- für allemal die Rechte der Protestanten in Oesterreich festzusetzen und zugleich zu verhindern, daß weder Rudolf über Mathias, noch Mathias über Rudolf einen vollständigen Sieg erringe. Die Theilung der Monarchie in zwei Hälften scheine hiezu das beste Mittel zu sein, so daß Mathias über Ungarn und Oesterreich herrschen, das übrige aber, nämlich die böhmischen Länder, von dem Erzherzog Maximilian unter der nominellen Oberhoheit des Kaisers verwaltet werden sollte*). In diesem klug ausgedachten Plane strebte also Anhalt vor allem die Theilung der Monarchie an und suchte seinem vermeinthlichen Schützling, dem Erzherzog Maximilian, einen Theil des Besitzes zuzuwenden, um ihm mit Benachtheiligung des ältern Bruders den Weg zur Kaiserkrone zu bahnen; die deutschen Kurfürsten sollten die Garanten dieses Ausgleiches sein und Anhalt war kühn genug zu hoffen, daß alle kommenden Verwicklungen, die er nicht minder heftig herbeisehnte, wie er die gegenwärtige freudig begrüßte, damit enden würden, den „terminus fatalis domus Austriacae," das durch das Schicksal bestimmte Verderben der Habsburger, wie er sich ausdrückte, herbeizuführen. Deshalb wich seine Politik weit von den Wegen Tschernembls und Zerotins ab, die wohl eine Schwächung der königlichen Macht, aber nicht das Verderben ihrer Fürsten wollten, deshalb brachte er durch seinen geheimen Vertrauten, den Sekretär Hock, Herrn von Rosenberg unmerklich eine solche Anschauung von der allgemeinen Sachlage bei, daß dieser schließlich, die fremden Ideen zu seinen eigenen machend, im Sinne der pfälzischen Politik in Böhmen wirkte und dadurch den völligen Ruin Rudolfs hintanhielt,

*) Bernburger Archiv F. I 227/54. Anhalt an Rosenberg dto. 13/23. April 1608. Münchner Staatsarchiv 547/1, 81 Anhalt an Kurpfalz dto. 14/24. April 1608.

Google

wohl zu der Habsburger Nachtheil, aber auch, wie sich bald genug zeigte, zu des eigenen Landes Verderben *).

Das Beispiel Rosenbergs, die Anwesenheit der kaiserlichen Truppen, welche sich von überall nach Böhmen zurückgezogen hatten, endlich eine gewisse Abneigung gegen das eigenmächtige Auftreten Mährens brachte also das sonderbare Resultat hervor, daß in Časlau sich von den böhmischen Ständen Niemand blicken ließ. Wir nennen dies Resultat sonderbar, denn wie sollten wir es anders bezeichnen, da von einer tiefern Anhänglichkeit an Rudolf in Böhmen nichts zu spüren war, und schon die nächste Zeit den Beweis lieferte, daß, was Entschlossenheit zu einer rauhen und rücksichtslosen Behandlung des Kaisers, ja selbst zur offenen Empörung betrifft, die böhmischen Stände den Ungarn oder Mährern nicht im mindesten nachstanden. Die Stimmung der Böhmen gegen die benachbarten Provinzen nahm in dem Grade den Charakter offener Abneigung an, in welchem Mathias' Heer sich der böhmischen Grenze näherte, dieselbe überschritt und auf Prag losrückte. Man faßte dies als einen Schimpf auf, man fürchtete sich auch vor den Exzessen der einzelnen Heeresabtheilungen, namentlich der Ungarn, von denen man seit Jahren so viel gehört hatte. Alles in allem genommen, erscheinen aber die Ursachen nicht ausreichend, welche die Böhmen abhielten, sich der Bewegung des J. 1608 anzuschließen, da sie doch im folgenden Jahre sich auf eigene Faust bis auf's Aeußerste gegen den Kaiser auflehnten. Es müssen kleinliche Verstimmungen, persönliche Eifersüchteleien und Ueberraschungen bewirkt haben, wozu sonst Anhalts intrigantes Genie und der altersschwache Rosenberg nicht ausgereicht hätten und was wir bei dem Mangel an einheimischen Nachrichten aus jener Zeit nicht mehr genauer anzugeben vermögen.

Konnte Rudolf aber auch der Böhmen sicher sein, das Mißlingen der Znaimer und Iglauer Verhandlungen Dietrichsteins mit Mathias und des letzteren ununterbrochener Marsch gegen Böhmen minderten die Gefahr für ihn nicht. Zudem erfuhr er nur zu bald, daß der Appell, welchen er an die Loyalität der Kurfürsten gemacht hatte, vergeblich war. Während nämlich der Regensburger Reichstag seinem Ende entgegenging, schickte Rudolf Gesandte an die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, um sie persönlich mahnen zu lassen, daß sie ihm zu Hilfe eilen möchten; dem Kurfürsten von der Pfalz befahl er sogar, augenblicklich ihm mit allen seinen Kräften Beistand zu leisten, und dies in einer Art, daß vielleicht sein erlauchter Ahnherr, Rudolf I, unter bessern Verhältnissen kein so

*) Bernburger Archiv Reg. I F. I 227/77 Rosenberg an Anhalt ddo. 4. Mai 1608.

Google

ſtrenges Machtgebot erlaſſen hatte. Allein weder die Bitten an Sachſen und Brandenburg noch die Befehle an die Pfalz hatten den gewünſchten Erfolg*); der Kurfürſt von Sachſen hatte zwar herzlich gemeinte Rathſchläge und gute Wünſche für den Kaiſer, aber auch nicht mehr zur Hand; dem Markgrafen kümmerte die Noth des Kaiſers ſchlechterdings nichts und der Pfalzgraf war bereit, den Kaiſer ſelbſt zu berauben, wenn Mathias etwas übrig ließ. Alle drei wollten zwar Geſandte zu Hilfe ſenden, um zu vermitteln und zu entſcheiden, Sachſen that es auch in guter Abſicht, aber des Kaiſers Sinn war nicht ſo weit getrübt, um nicht zu wiſſen, daß damit der Marſch des feindlichen Heeres auch nicht um einen Tag zurückgehalten werde. Neben dieſen von allen Seiten auf ihn eindringenden troſtloſen Nachrichten, deren Mittheilung er mit und gegen ſeinen Willen ſich jetzt gefallen laſſen mußte, beſchlich ihn auch noch die Sorge, ob er in ſeinem bisherigen Aufenthaltsorte ſicher ſei und erzeugte zuletzt in ihm den Gedanken der Flucht. Aber wohin fliehen? Der deutſche Kaiſer war — einmal aus dem Familienbeſitz vertrieben — in ſeinem Reiche überall ein Fremdling und ein ungern geſehener Gaſt. Trotzdem daß Rudolf dies wiſſen mußte, wollte er lieber in der Fremde um ein Obdach flehen, als ſeinem gehaßten Bruder einen Theil der Erbſchaft geben, ja lieber wollte er ſeine Macht ganz zu Grunde gehen ſehen, ehe er ſeinem Bruder nur die Anwartſchaft auf dieſelbe gegönnt hatte. An den Kurfürſten von Sachſen, ſeinen wohlgehaltenen Gaſt im vorigen Jahre, wandte er ſich alſo jetzt mit der Bitte, er möchte ihm doch ein Obdach in Dresden gewähren. Sonſt pflegten die deutſchen Kurfürſten nicht raſch dem Kaiſer zu antworten, aber diesmal beeilte ſich ſelbſt der gutmüthige Johann Georg mit einer abſchlägigen Antwort, aus Furcht, Rudolf könnte am Ende unaufgefordert nach Dresden kommen**).

Mit dieſer Antwort traf ſo ziemlich gleichzeitig die Nachricht auf Regensburg ein, daß der Reichstag ohne jedes Reſultat ſich aufgelöſt habe; jetzt bemächtigte ſich des Kaiſers völlige Niedergeſchlagenheit und zum erſtenmale kam ihm eine klare Einſicht in ſeine verzweifelte Lage. Ueberall, wo er Hilfe geſucht hatte, war er zurückgewieſen worden und er mußte ſich ſagen, daß er an ſeinem Unglücke ſelbſt Schuld ſei. Wie würde er ſonſt an zwei bewährte Freunde, den Papſt und

*) Münchner Staatsarchiv 547/4 103 Rudolf an Kurpfalz ddo. 25. April 1608. beim Wiener Staatsarchiv. Reichstagsakten 66. Hannewald an den Kaiſer ddo. 19. April und 27. April 1608. Sächſiſches Staatsarchiv. Ung. Oeſt. Böhm. Kriegsweſen I Fol. 270. Rudolf an Kurſachſen ddo. 25. April.

**) Sächſiſches Staatsarchiv. Rudolf an Kurſachſen ddo. 30. April 1608.

Google

den König von Spanien, welche gewiß durch alle möglichen Gründe veranlaßt sein mußten, seine Partei zu halten, sich nicht von Anfang her um Hilfe gewendet haben? Aber schon hatte er bisher den Nuncius und den spanischen Botschafter in Prag von sich fern gehalten; es wurmte ihn mehr als etwas anderes, daß es Mathias gelungen war, einen Gesandten nach Rom und Spanien zu senden, welcher daselbst eine getreue Schilderung der Sachlage entwerfen konnte, und in eigenem Schuldbewußtsein ließ er sich zu der kindischen Aeußerung verleiten, der Türke oder der Papst habe die letzten Wirren veranlaßt. Endlich in diesem Momente der höchsten Noth, als Mathias schon gegen Caslau rückte, gewann San Clemente für seine Rathschläge den nöthigen Einfluß, der ihm, wofern der Kaiser gerettet sein wollte, schon längst gebührt hätte. Nachdem sich der spanische Gesandte durch die Reise nach Znaim auch in Mathias' Lage und in dessen, wenn nicht positive so doch moralische Verpflichtungen gegen seine Verbündeten einen klaren Einblick verschafft hatte, nachdem er jeden Tag neue Beweise für Rudolfs Unfähigkeit zur weitern Regierung vor Augen gehabt hatte, trat er, geschützt durch die Autorität seines Königs und seiner Zustimmung im vorhinein gewiß, energisch für die Befriedigung Mathias' ein. Ungarn und Oesterreich hatten ihr Geschick unauflöslich mit dem Erzherzog verbunden; es war also nach seiner Meinung das beste, die volle und ungetheilte Herrschaft über diese Länder demselben zu überlassen. Anders war es mit den Ländern der böhmischen Krone; mit Ausnahme Mährens beobachteten sie gegen Mathias eine kühle Haltung, sie sollten also auch ferner bei Rudolf verbleiben. Damit aber der letztere nicht weiter gegen die Nachfolge seines Bruders machinire, sollten ihm die Hände gebunden und Mathias schon jetzt als Anwärter auf die böhmische Krone anerkannt werden. So riet San Clemente.

Es war am 8. Mai, als Rudolf, vielleicht noch ehe er von Dietrichsteins erfolgloser Mission nach Iglau etwas wußte, den schweren Sieg über sich erkämpfte und sich zu dem Opfer von Ungarn und Oesterreich entschloß. In einer lakonischen Zuschrift an seinen Bruder erklärte er, „er sei es zufrieden, daß Seiner Liebden unter kaiserlicher Namensbehelf das Gubernament in Ungarn und Oesterreich absolute führe“ *). In der Sache hatte er also eine große, aber wie San Clemente meinte, nicht ausreichende Konzession gethan. Er mußte auch in Böhmen den Bruder feierlich die Nachfolge zusichern, denn nur dann konnte sich Mathias zufrieden geben. Aber jetzt war der Kaiser nicht mehr der einzige

*) Lammer, Abtheil. I., Urkundensammlung, Nr 103.

Google Original HARVARD UN

welcher dieſer Forderung Widerſtand leiſtete, neben ihm waren es die oberſten Beamten von Böhmen. Dieſe, obwohl dem kaiſerlichen Intereſſe ganz und gar ergeben und durch ihr einflußreichſtes Mitglied, den Kanzler Popel von Lobkowitz, im ſpaniſch-römiſchen Intereſſe geleitet, traten gleichwohl auf einmal mit der Behauptung auf, die böhmiſche Krone ſei keine erbliche, ſondern eine Wahlkrone, und Rudolf habe ſonach kein Recht, ſeinem Bruder auf dieſelbe eine Anwartſchaft zu geben. Wie ſo vieles, was in dieſen Kämpfen von Manchem geſchah, gegen die eigenen Intereſſen gar ſehr verſtieß, ſo auch jetzt die Theorie, welche die oberſten Beamten aus Haß gegen Mathias oder noch mehr gegen ſeine Verbündeten aufſtellten. Konnten die katholiſchen Herren, zu denen die genannten Beamten gehörten, bei einer Königswahl hoffen, ihr Intereſſe beſſer zu wahren, als dies allenfalls unter Mathias der Fall ſein konnte? Dieſelben Herren, welche jetzt plötzlich ſo eifrig das Wahlrecht verfochten, waren es welche neun Jahre ſpäter (im J. 1617) mit noch mehr Eifer für das Erbrecht des habsburgiſchen Hauſes eingeſtanden ſind und jetzt wie ſpäter war gerade der Kanzler Popel von Lobkowitz der Urheber und Vertreter dieſer einander ſo diametral entgegengeſetzten Meinungen. Vielleicht erklärt ſich ſein jetziges Benehmen dadurch, daß er ein perſönlicher Gegner Karls von Zerotin war und daß er zugleich wußte, mit dem Siege der Gegner habe die Suprematie Böhmens über ſeine Nebenländer, namentlich über Mähren ein Ende erreicht, wodurch er in ſeiner Stellung und ſeinen Einkünften als Kanzler aller böhmiſchen Länder am härteſten betroffen wurde. Wenn noch andere Gründe in ihm wirkſam waren, ſo müſſen dies durchwegs perſönliche geweſen ſein, deren Spur nicht verfolgt werden kann. Für ſeine Kollegen im Amte war aber ſeine Meinung maßgebend, denn er beherrſchte ſie, nach dem Berichte San Clemente's, durch ſeine höhere Einſicht*).

San Clemente's Aufgabe beſtand nun darin, den Widerſtand der oberſten Beamten zu bewältigen und ihre Wahlrechtstheorie zu bekämpfen. Er ſuchte ſie alſo auf und ſtritt ſich mit ihnen nicht weniger als zwei volle Stunden herum, um ſie von ihrer Anſicht zurückzubringen. Die Argumente, welche ein Vertreter Philipps III vor Perſonen, welche ſich auch dieſes Königs Diener nannten, verbrachte, waren ſonſt allmächtig bei denſelben, diesmal jedoch begegneten ſie einem harten Widerſtande, bis endlich auch dieſer brach, da für San Clemente die geſunde Einſicht, ſelbſt bei dem Kanzler, ſprechen mußte. Nachdem die

*) Archiv von Simancas 2494/133 und 134 San Clemente an Philipp III de. 10. Mai und 17 Mai.

Google

Einigung erfolgt war, gingen sämmtliche obersten Beamten der Krone zum Kaiser, um auch diesen zu ersuchen, seinem Bruder die Anwartschaft auf Böhmen zu geben, wozu sich der letztere schließlich verstand. Noch am selben Tage unterzeichnete er ein zweites Schreiben an Mathias, in 8. Mai welchem er diesem auch die Anwartschaft auf Böhmen, falls er selbst keine ehelichen Nachkommen hinterlassen würde, zusicherte und zugleich den Mährern volle Amnestie verhieß. So hoffte er Mähren seiner Herrschaft wieder zu gewinnen und mit dem Opfer der halben Monarchie die andere Hälfte zu bewahren *). Uebrigens erklärte er, daß er die Regierung Böhmens nicht weiter fortführen werde, sondern dieselbe durch den Oberstburggrafen besorgen lassen wolle.

Mit diesen Anerbietungen ward Kardinal Dietrichstein zum fünftenmale zu Mathias geschickt; in seiner Begleitung befanden sich wiederum die obersten Beamten und der Nuncius, statt des spanischen Gesandten aber sein Sekretär Pedro von Montañana. San Clemente mochte es für ersprießlicher gehalten haben, in Prag zurückzubleiben, um die wechselnden Stimmungen des Kaisers besser zu reguliren, während er andererseits seinem Sekretär den Auftrag gab, nunmehr mit allem Eifer für den Kaiser einzustehen und dessen Rechte nicht weiter kürzen zu lassen. Montañana kam seinem Auftrage gewissenhaft nach; in Caslau angelangt, suchte er zuerst bei der Umgebung des Erzherzogs sein Ziel zu er- 12. Mai reichen, bevor er diesen selbst zur Nachgiebigkeit auffordern wollte. Aus dem Grunde besprach er sich vor allem mit dem einflußreichen Liechtenstein und suchte demselben ohne viel Schonung und Rücksicht die Nothwendigkeit begreiflich zu machen, daß man mit dem Kaiser, nachdem er sich zu so großen Opfern entschlossen habe, glimpflicher umgehe. Das weitere Vorschreiten auf dem betretenen Wege könne nur zum Schimpf und zur Schmach des Hauses Oesterreich gereichen und zum Verlust der deutschen Kaiserkrone führen, denn die Kurfürsten würden den Kaiser absetzen, wenn er auch Böhmen verlöre, aber gewiß weder Mathias wählen, noch auch nur als König von Böhmen anerkennen, sondern ihn für einen Usurpator ansehen. Vom Kaiser könne man erwarten, er würde sich bald zurückziehen und seinem Bruder auch auf den deutschen Thron verhelfen; gewiß sei er aber für alle Zukunft ungefährlich, da er schon jetzt von der ganzen Welt ohne Vertheidigung gelassen werde. Auch zu Herrn von Breuner, einem der wichtigsten Räthe des Erzherzogs, führte Montañana eine ähnliche Sprache, aber weder der eine noch der andere

*) Archiv von Simancas 2194/137. San Clemente an Philipp III dto 10 Mai. — Hurter Ferdinand II Bd VI Beilage 230.

Google

ſchien beſonders von dieſen Argumenten bewältigt. Zu Brenner ſagte geradezu, die Zuſagen betreffs der Nachfolge in Böhmen und im Reich als hohl verſpottend: „Glücklich die, welche im Beſitze ſind“*). Montalbana fing an zu fürchten, daß des Kaiſers ſpäte Nachgiebigkeit nicht die gewünſchte Aufnahme finden würde.

12 Mai Inzwiſchen wurden auch Dietrichſtein und die oberſten Beamten Böhmens von Mathias in feierlicher Audienz in Gegenwart Lichtenſteins, Zerotins, Harrachs, Brenners und anderer Häupter ſeiner Begierung empfangen und entledigten ſich ihrer Botſchaft. Sie trugen dem Erzherzog Ungarn und Oeſterreich zum völligen Beſitz, doch ohne den königlichen Titel, dann die Nachfolge in Böhmen an. Ein Landtag, welcher am 20. Mai ſich in Prag verſammeln ſollte, würde dieſe letzte Angelegenheit zum Abſchluß bringen. Mathias dankte für die Anerbietungen, als er aber hinzufügte, dieſelben bewegten ſich zu ſehr in Allgemeinheiten, erklärten die böhmiſchen Landoffiziere, der Kardinal habe noch einen ganz beſonderen und geheimen Auftrag und nahmen damit ihren Abſchied. Mehr als anderthalb Stunden hatte dieſe Audienz in Anſpruch genommen, bei der es unzweifelhaft zu heftigen Erörterungen gekommen ſein mag. Der beſondere Auftrag des Kardinals, der darauf allein zurückblieb, beſtand in nichts anderem als in dem Anerbieten des Kaiſers, ſeinem Bruder auch die deutſche Kaiſerkrone zu verſchaffen. Auch dies ſchien dem Erzherzog nicht mehr zu genügen.

Jetzt war der Moment gekommen, daß die Vertreter Pauls V und Philipps III im Namen ihrer Herren das Vermittlungsgeſchäft in die
13 Mai Hand nehmen mußten. In der That hatte am folgenden Tage zuerſt der Nuncius eine Audienz von drei Viertel Stunden bei Mathias.

Aus den Nachrichten, welche ſich über dieſe Unterredung erhalten haben, läßt ſich ſchließen, daß er von dem Erzherzog keine thatſächliche Nachgiebigkeit, ſondern nur ein äußerlich ſchonendes Auftreten gegen den Kaiſer verlangte. Der Nuncius war nach Znaim gekommen, vollſtändig überzeugt von der Unfähigkeit des Kaiſers zur Regierung und hielt es daher für das gerathenſte, daß derſelbe ſich in die Einſamkeit nach Tirol zurückziehe, weil ſeine weitere Herrſchaft noch größere Nachtheile für die Religion befürchten ließ, als ſein Sturz. Als er jedoch nach ſeinem wiederholten Beſuch bei Mathias deſſen Umgebung beſſer kennen lernte und die Triebfedern, welche bei derſelben maßgebend waren, würdigen konnte, erſchrak er doch mehr als früher über die möglichen Folgen von Ma-

*) Lebſeltner Archiv. Peter von Montalbana an Cuſſen de Sta Clemente ddo. Caſlau 12. Mai.

Google

thias' Liege, weil er fand, daß dieser Prinz nicht mehr selbstständig auftrete, sondern ganz und gar unter dem Einflusse seiner Verbündeten handle. Er rieth sogar, Mathias werde von ihnen bedroht, daß, wofern er das Unternehmen nicht zu Ende führen wolle, sie den ersten besten zu ihrem Haupte wählen und mit dem Kampfe gegen Rudolf betrauen würden. Aber trotz dieses schlimmen Umstandes, Mathias nicht als Herrn der Bewegung zu sehen, würdigte der Nuncius die Sachlage richtig und ließ sich nicht so weit von der Sorge beherrschen, um Rudolf weiter zu fürchten. Was er von Mathias verlangte, war, er solle nicht durch Gewalt, sondern durch des Bruders nunmehr fast sichere Nachgiebigkeit die volle Gewährung seiner Wünsche zu erlangen suchen*). Bei dieser Forderung handelte er nicht bloß nach seinem eigenen Ermessen, sondern auch nach den Weisungen, welche er von Rom erhielt. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Rudolf und dem Papst, so weit sie zu unserer Kenntniß gelangt sind, lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß Paul V über die österreichischen Verhältnisse nachgerade zu denselben Anschauungen gelangt war**), denen sich Philipp III in Folge der Berichte Don Clemente's zugewendet hatte.

Nach des Nuncius Entfernung wurde Montakane vorgelassen und dieser brachte wohl die stärksten und vielleicht einzigen Argumente vor, die auf Mathias einen Eindruck ausüben konnten. Gleich anfangs erklärte er, das Anerbieten der böhmischen Krone sei einzig und allein das Verdienst Don Clemente's, welcher in dieser Angelegenheit seine Bemühung geschaut habe, indem er mehrere Stunden deshalb mit den Böhmen verhandelt, das Ansehen und Gewicht seines Königs und „andere bei dieser Nation nicht minder gewichtige Mittel***)" in die Wagschale geworfen habe. Mit dem Anerbieten der Nachfolge in der böhmischen Krone und der Abtretung der übrigen Länder müsse sich aber Mathias zufrieden geben. Die Welt würde ihn in allem, was er bisher gethan, entschuldigen; man könne nämlich zu seiner Rechtfertigung sagen, die Ungarn hätten einen andern König gewünscht und die Oesterreicher und Mährer hätten die Waffen ergriffen, um den Kaiser zur Konfirmation des Wiener und Zsitwa-Torok Friedens zu nöthigen und volle Glaubensfreiheit für sich zu erringen; Mathias habe also um der katholischen Religion und seinem Hause nicht

*) Simancas Sek. Kotona an Philipp III dto. 30. Mai 1608.

**) Wiener Reichsarchiv. Wir werden später auf den Inhalt der kaiserlichen Korrespondenz mit Rom näher eingehen.

***) Damit ist nichts anderes als Geld gemeint, denn der spanische Gesandte berichtet nicht selten, daß er zu Bestechungen und Geschenken, wie er es nannte, Zuflucht nehmen müsse.

Google

allzu großen Schaden zufügen zu laſſen, ſuchen müſſen, ſich zum Haupt ihrer Verbindung zu machen. Weiter ließe ſich auch ſein Zug nach Böhmen rechtfertigen, weil er den Kaiſer habe zwingen wollen, die Nachfolge ihm zuzugeſtehen und weil er zugleich die Prätenſionen der Böhmen auf ein freies Wahlrecht nicht anders habe umwerfen können. Wenn nun aber ſowohl der Kaiſer als auch die Böhmen ſeine Anwartſchaft auf die Krone anerkennen wollten, ſo habe ſeine Berechtigung zu weitern Schritten aufgehört und es ſei nimmer verantwortlich, wenn er den Beſitz eines Königreiches erzwingen wolle, deſſen Einwohner an ihrem Könige feſthielten, wie das die Böhmen durch die That zeigten. Er ſolle nicht im mindeſten zweifeln, daß der Kaiſer, ſobald er keine Hoffnung auf den angetragenen Ausgleich habe, die Flucht von Prag ergreifen werde und es ſei gewiß, daß dann der König von Spanien kaum denſelben verlaſſen dürfte. Er beſchwor ihn bei den Wunden Chriſti, dies alles zu bedenken und nicht durch eine ſo ſchnöde Behandlung des Bruders ſeinem Hauſe ein unerhörtes Brandmal der Grauſamkeit aufzudrücken, denn noch nie habe ſich ein Glied deſſelben einer ſo ungerechten Handlung ſchuldig gemacht, wie er ſie zu begehen im Begriffe ſtehe. Er ſolle erwägen, daß der Kaiſer ſich bald von der Regierung zurückziehen werde und daß dann der Papſt und der König von Spanien allen ihren Einfluß aufbieten würden, um ihm die deutſche Krone zu verſchaffen; er habe alſo in ſeiner Hand die Wahl zwiſchen dauerndem Ruhme oder immerwährender Trübſal und dem Fluche der Welt. Er machte ihn zuletzt noch aufmerkſam auf den Unwillen, der ſich der böhmiſchen Landoffiziere gegen ihn bemächtigt habe, weil er ſein Wort gebrochen und gegen die gemachte Zuſage um zwei Tage früher von Iglau nach Znaim aufgebrochen ſei und weil ſie nur mit Schmerz die Verwüſtungen anſähen, welche die ungariſchen Truppen bereits in Böhmen angerichtet hätten. Der Marſch des Erzherzogs nach Kolin, von dem man bereits rede, würde alle weiteren Verhandlungen abbrechen und das Signal zu des Kaiſers Abreiſe von Prag geben*).

Erzherzog Mathias antwortete auf dieſe Rede wie ein Mann, der in die großen Unternehmungen des Tages wider ſeinen Willen gezogen wurde. Er erklärte vollſtändig die Anſichten zu theilen, nach welchen San Clemente ſtets gehandelt habe; er dankte für ſeinen Eifer und billigte die Motive, welche Montañana zu der geführten Sprache veranlaßt hätten. Aber er entgegnete zu ſeiner eigenen Rechtfertigung weiter, daß ſeine bisherige Handlungsweiſe ihm gerade durch die Sorge

*) Prüfeninger Archiv. Pedro von Montañana an Guillen de San Clemente ddo. Caſſau 13. Mai.

Google

für die Religion und für ſein Haus diktirt worden ſei. Er wolle zwar keine Möglichkeit vorübergehen laſſen, um des Kaiſers Autorität nicht weiter zu ſchädigen, aber nach Kein müſſe er gehen, doch wolle er in dieſer Beziehung ſein dem Nuncius gegebenes Wort halten und nicht früher gegen Prag vorrücken, bis nicht der Kardinal Dietrichſtein mit einer Antwort vom Kaiſer auf den ihm jetzt ertheilten Beſcheid zurückkommen werde. Was er wolle, ſei mit einem Worte Alles, aber nichtsdeſtoweniger ſei es möglich, daß ſeine Verbündeten zufriedengeſtellt würden, wenn ihm nicht bloß die Anwartſchaft auf Böhmen gewährt werde, ſondern wenn das Land ſchon jetzt ihm als König den Eid der Treue leiſte, wie einſt Ferdinand I bei Maximilian II und dieſer bei Rudolf geſchehen ließ*).

Die Antwort, welche Mathias dem Kardinal für den Kaiſer mitgab, erörterte weitläufiger die Bedingungen, unter welchen er ſich zufrieden geben wollte. Zuerſt dankte er für das Angebot von Ungarn und Oeſterreich, verlangte aber noch die Auslieferung der ungariſchen Krone, um ſich dieſelbe ſchon jetzt aufs Haupt zu ſetzen, dann wünſchte er noch den Beſitz von Mähren, weil dieſes mit Ungarn und Oeſterreich verbündet ſei und nicht von ihm verlaſſen werden könne. Was nun Böhmen ſelbſt betraf, ſo wollte er ſich zufrieden geben, daß der Kaiſer noch ferner daſelbſt dem Namen nach herrſche, für ſich aber verlangte er neben der Zuſicherung der Nachfolge auch noch die Uebertragung der Verwaltung; denn da der Kaiſer erklärt habe, er wolle ſich nach Tirol zurückziehen und ſtatt ſeiner dem Oberſtburggrafen die Regierung überlaſſen, ſo ſei es doch viel paſſender, wenn er lieber ihn, ſeinen älteſten Bruder und erſten Prinzen des Hauſes, als einen Fremden dazu berufe. Mathias würde aus einem ſolchen Gnadenbeweis neue Veranlaſſung ſchöpfen, dem Kaiſer forthin in allen Nöthen „nicht allein wie ein Bruder ſondern wie ein gehorſamer Sohn mit Leib- und Lebenskräften“ beizuſpringen. Zugleich verlangte er, daß das böhmiſche Aufgebot rückgängig gemacht und der auf den 21. Mai nach Prag ausgeſchriebene Landtag ſich mit keiner andern Angelegenheit befaſſe, als wie ſeinen Wünſchen auf dies Königreich und deſſen Verwaltung genügt werden könne. Seine Forderungen ſtellte der Erzherzog nicht allein in ſeinem Namen auf; er verlangte deren Befriedigung in ſeinem und ſeiner Verbündeten Namen**).

---

*) Ferdinand I ließ ſchon bei ſeinem Lebzeiten ſeinen Sohn Maximilian zum Könige von Böhmen annehmen und als ſolchen krönen, er ſelbſt übrigens aber noch wie vor die Regierung weiter. Die weit bindendere Zuſage der Nachfolge als ein einfaches Verſprechen verlangte auch jetzt Mathias.

**) Hammer, Khlesl II Beilage 20.

Google

Nach dieser Erklärung setzte der Erzherzog seinen Marsch von Eßlau nach Kolin fort, wo er am 14 Mai mit seinem Heere eintraf. Er erhielt daselbst einen Brief vom Kaiser, worin er ihn nach Prag zu einer persönlichen Unterredung einlud*), und zwar, wie natürlich, ohne die Begleitung seines Heeres. War diese Forderung schon an und für sich hinderlich, so war es vollends Erbarmen erregend, daß der Kaiser in demselben Briefe von dem Erzherzog strenge die Entlassung Caretani's verlangte, gleichsam als sei dieser allein der Urheber des ganzen Kriegszuges nach Böhmen, während doch von dessen Bleiben und Nichtbleiben im Rathe des Erzherzogs nichts mehr abhing, denn ganz andere Männer hatten die Leitung der Ereignisse in die Hand genommen. Diese besondere Bezeichnung Caretani's war übrigens eine Folge des Hasses, welchen der Kaiser gegen alle jene fühlte, die ehemals in seinen Diensten gestanden waren und nun durch ihren Anschluß an den Bruder ihn in der öffentlichen Meinung bloßstellten. Gleich darauf entwarf Rudolf für Dietrichstein eine neue Instruktion und schickte ihn abermals in Begleitung der obersten Landoffiziere dem Bruder nach Kolin entgegen. Die gereiztere Stimmung des Kaisers, welche sich schon in seiner auf Caretani bezüglichen Forderung geltend gemacht hatte, gab sich auch in der für seinen Bruder bestimmten Botschaft zu erkennen. Man sollte füglich meinen, daß Rudolf nichts anderes übrig geblieben sei, als die in Eßlau gemachten Anerbietungen zu erweitern oder wenigstens durch besondere Gründe annehmenswerther zu machen, statt dessen wollte er sich aber nur zur Abtretung von Ungarn und Oesterreich und zwar unter Bedingungen verstehen, welche nicht mehr von Mathias eingegangen werden konnten; von seinen früheren Anerbietungen in Bezug auf Böhmen verlautete kein Wort. Die Antwort des Erzherzogs auf diese Botschaft war ziemlich derb und zurückweisend**); sein Heer setzte den Marsch von Kolin fort und stand bereits am 19. Mai in Böhmisch-Brod, nur vier Meilen von Prag.

Auf die Nachricht von diesem Vorrücken war der Kaiser wie von Schrecken gelähmt. Zeitweise hatte er Miene gemacht, als wolle er sich vertheidigen und dahin mußte doch das Aufgebot von Böhmen zielen, dahin die Berufung seiner geworbenen Truppen nach Prag. Er selbst hatte zuletzt noch 4000 Mann zu Fuß und 500 Reiter aus seinen Gütern herbeigezogen, aber trotz dieser nicht unbedeutenden Truppenzahl konnte er nicht daran denken, es auf einen Kampf ankommen zu lassen, denn das

*) Der Brief bei Hurter: Ferdinand II, 6. Bd. Beilage 231.

**) Hurter Ferdinand II Bd. VI S. 2.

Google

Heer, worüber er verfügte, war nichts als ein ungeordnetes Chaos*). Kein Mensch wußte, wer zu kommandiren habe; jeder Offizier erwartete seine Befehle vom Kaiser und daß der letztere auch in dieser Beziehung in seiner krankhaften Unthätigkeit verblieb, bedarf wohl keiner Erwähnung mehr. Zu diesem fast mehr lächerlichen als elenden Zustand der Dinge kam noch, daß die Auszahlung des Soldes an die geworbenen Truppen aufhörte und so sich alles zur Desorganisation des kaiserlichen Heeres vereinte und es tauglicher zur Meuterei als zur Verwendung gegen den Feind machte**). Ueber die Beschaffenheit seines Heeres gab sich Rudolf, wie es scheint, selbst keinen Täuschungen hin, und da er auch die Fähigkeit nicht in sich fühlte, den Zustand desselben zu verbessern, griff er abermals den Plan zur Flucht auf. Wohin aber fliehen, nachdem ihm die Gesandten des Kurfürsten von Sachsen persönlich erklärt hatten, daß 12. Mai ihr Herr auf den Empfang eines solchen Gastes nicht vorbereitet sei? Rudolf hatte damals dieser Mittheilung die Augen voll Thränen zugehört und sein Schicksal beklammert, da er von Jedermann verlassen sei und nicht einmal seinen Dienern und Räthen trauen dürfe***). Das Fluchtprojekt wurde für eine Woche bei Seite gelegt, aber jetzt wieder ernstlich in Berathung gezogen, da die geheimen Räthe des Kaisers, namentlich Attems, dasselbe befürworteten, weil ihnen bei einem Siege des Erzherzogs und seiner Verbündeten für ihre Zukunft bange wurde. Gegen die Flucht erhoben sich aber mit aller Energie die böhmischen Großen; sie waren es, welche in der letzten Zeit die Sache des Kaisers zu ihrer eigenen gemacht und durch eine von Niemandem vermuthete geschickte Benützung der Umstände, das Land in Gehorsam erhalten hatten und welche nun zuerst befürchten mußten, daß die Rache der Gegner sie treffen würde, wenn des Kaisers Flucht sie wehrlos preisgab. Es kam deshalb zu den heftigsten Erörterungen zwischen den Geheimräthen und den Landoffizieren und namentlich that sich Herr

---

*) Sächsisches Staatsarchiv. Ung., Oest. und Böhm. Kriegsakten 237. Die sächsischen Gesandten in Prag an Kursachsen dto. 15/25. Mai.

**) Bernburger Archiv. Reg. I fl. I 22b/173. Nach einer daselbst befindlichen Liste über die kaiserlichen Truppen stellt sich die Zahl derselben wie folgt heraus. Eingeübte und verläßliche Truppen 3200 Mann, welche außerhalb Prag kampften. 4000 Mann in Prag halb unbrauchbare Truppen zum Theil dem allgemeinen Aufgebot angehörig. Dazu kam das Aufgebot der Kreise, so weit es zu Stande kam. Die Gesammtzahl der Truppen, welche in den kaiserlichen Lagern in und bei Prag als auf des Kaisers Seite befindlich angegeben werden, ist 10.000 und dürfte der Wahrheit vollständig entsprechen.

***) Sächsisches Staatsarchiv. Ung., Oesterr. und Böhm. Kriegsakten, I 51. Die sächsischen Gesandten an den Kurfürsten von Sachsen dto. Prag 3/13. Mai 1608.

Google

von Waldſtein in Angriffen gegen die erſtern hervor; Attems mußte es ſich gefallen laſſen, ein Dieb geſcholten zu werden, deſſen ſchlechtes Gewiſſen ihm allerdings rathe, Sicherheit zu ſuchen, mochte auch immerhin das Land den feindlichen Truppen ſchutzlos zur Beute anheimfallen. Der Kanzler, welcher die ganze Zeit über mehr Klugheit und Muth an den Tag gelegt hatte, als jeder andere, drang jetzt zum Kaiſer vor und beſchwor ihn auf den Knien, den Gedanken der Flucht aufzugeben; wenn er auch nicht auf ſeine Würde als König von Böhmen Rückſicht nehme, möge er doch die des Kaiſers nicht vergeſſen. Der Streit zwiſchen den Geheimräthen und den böhmiſchen Kronbeamten wiederholte ſich ſelbſt in Gegenwart Rudolfs und diesmal waren es nicht bloß die Geheimräthe, welche ſich die Beſchuldigungen der letztern gefallen laſſen mußten, ſogar gegen den Kaiſer wandte ſich der Unwille der Böhmen und ſie warfen ihm geradezu vor, daß ſeine „Trägheit und ſeine völlige Vernachläſſigung des Gemeinwohles die Urſache dieſer Bewegungen ſei.“ Als Rudolf, der von einer unangenehmen Nachricht nie etwas wiſſen mochte, jetzt ſolches vernahm und übermannt von Scham und Schmerz ſein Geſicht abkehrte, um nichts weiter zu hören, faßte ihn der Kanzler ſogar am Kleid und zwang ihn auf das zu horchen, was ihm weiter über die ſchlimme Lage Böhmens berichtet wurde. Aus Angſt vor dieſem Zwang vergaß Rudolf ſeine Angſt vor dem Bruder und verſprach endlich zu bleiben, nicht aber ohne zugleich ſeine Beſchützung den Kronbeamten zur erſten und alleinigen Pflicht zu machen*). Von dieſem perſönlichem Standpunkte faßte das Haupt der Chriſtenheit ſeine eigene und ſeiner Diener Pflicht den nächſten Ereigniſſen gegenüber auf.

II

Der Entſchluß des Kaiſers, in Prag zu bleiben, mußte entweder eine weitere Nachgiebigkeit gegen Mathias oder aber den Ausbruch des Kampfes zur Folge haben. Da das letztere nur eine ſichere Niederlage vorausſehen ließ, ſo blieb dem Kaiſer nichts übrig, als auf die Caſſauer Zuſagen zurückzugehen und dieſelben in der von Mathias gewünſchten Weiſe zu erweitern. In der That ſchickte er den Kardinal Dietrichſtein, den viel geplagten Unterhändler in einer ſo traurigen Angelegenheit, nach Böhmiſch-Brod und trug nun ſeinem Bruder ſowohl den vollſtändigen Beſitz von Ungarn und Oeſterreich mit allen Ehren und Rechten, als

*) Münchner Staatsarchiv. 547/4, 894. Relation an Kurpfalz dds. 15/25. Mai 1608.

Google

auch die Nachfolge in der böhmiſchen Krone mit dem vorläufigen Titel eines deſignirten Königs von Böhmen an. Der Kaiſer war zugleich erbötig, dieſe Nachfolge nicht bloß durch ſein Verſprechen dem Erzherzog ſicherzuſtellen, ſondern den böhmiſchen Landtag ſelbſt zu berufen und demſelben einen entſprechenden Vorſchlag vorzulegen. Dagegen verlangte er nebſt einer jährlichen Geldentſchädigung für den Verluſt der aufzugebenden Länder auch noch die Abtretung aller Anſprüche, welche Mathias auf den Mitbeſitz von Tirol erheben konnte*).

Dieſe Anerbietungen, ſo umfaſſend ſie auch waren, verſtießen noch immer gegen ein großes Intereſſe, welches an die ganze Unternehmung des Erzherzogs geknüpft war, als daß dieſer ſich mit ihnen hätte begnügen dürfen. Es handelte ſich nämlich um Mähren, welches der Kaiſer nicht abtreten, ſondern auf welches er ſeinem Bruder nur eine Anwartſchaft geben wollte. Aber gerade das war es, was Liechtenſtein und Zerotin unter keiner Bedingung zugeben mochten und wozu ſich auch Mathias nicht verſtehen durfte, wenn er nicht von ſeinen Verbündeten als Verräther an ihrer Sache behandelt ſein wollte. Er konnte ſich wohl damit einverſtanden erklären, daß derjenige Theil der böhmiſchen Kronländer, die an dem Kaiſer hielten, auch ferner unter ſeiner Herrſchaft belaſſen würde und durfte hoffen, hiefür die Zuſtimmung ſeiner Verbündeten zu erlangen, welche ihm ſolches vielleicht als Schwäche, keineswegs aber als Falſchheit auslegen konnten. Aber Mähren durfte er nicht preisgeben; es war dies nur eine unvermeidliche Konſequenz aller bisher gemachten Schritte. Dieſen Verhältniſſen entſprach auch die Antwort des Erzherzogs. Er verlangte abermals, ſein Bruder ſolle ſich neben der vollſtändigen Abtretung Ungarns und Oeſterreichs auch noch zur Abtretung der Verwaltung von Böhmen und der einverleibten Länder verſtehen, mindeſtens müſſe er auf ſeine Herrſchaft über Mähren Verzicht leiſten. Was die verlangte jährliche Geldentſchädigung betraf, ſo erwiederte Mathias, er könne hierin aus eigener Macht nichts thun, da die Entſcheidung darüber von den Landtagen der einzelnen Länder abhänge, denen jedoch ungeſäumt der Wunſch des Kaiſers vorgelegt werden ſolle. Daß dies einer vollſtändigen Ablehnung gleichkam, begreift man leicht, denn es war kein Grund vorhanden, welcher die Stände zu Geldzahlungen an Rudolf veranlaſſen konnte, nachdem ſie ihn geſtürzt hatten. Das entmuthigendſte für den Kaiſer war aber, daß der Erzherzog ſelbſt von ihm

*) Tirol wurde um dieſe Zeit wohl von Erzh. Maximilian verwaltet, eigenthümlich beſaß er es aber nicht. Anſprüche auf den Beſitz Tirols wurden von allen Prinzen der deutſch-habsburgiſchen Linie erhoben.

Google Digitized by HARVARD

400.000 Gulden zur Bezahlung des Heeres verlangte, mit welchem er in Böhmen eingebrochen war*).

Die theilweise Ablehnung der kaiserlichen Propositionen schnitt den Faden der Unterhandlungen nicht ab und veranlaßte auch kein weiteres Vorrücken des erzherzoglichen Heeres gegen Prag, da inzwischen eine neue Macht auf den Schauplatz der Ereignisse getreten war, deren Ausspruch den Streit zwischen Rudolf und Mathias zu einem Abschluß bringen mußte. Aus dem General-Landtag der böhmischen Krone, welchen Rudolf auf den 14 April berufen hatte, war nach mehrfachen Verzögerungen wenigstens ein Landtag von Böhmen geworden, welcher am 23. Mai feierlich eröffnet wurde. — Seit dem Beginne seiner Krankheit hatte sich Rudolf nicht mehr dem Volke gezeigt, so daß die Sage in Prag herumging, er sei seit Jahren nicht mehr am Leben, und ein Schuster habe interessen seine Stelle eingenommen. Daß er auch jetzt nichts von einer persönlichen Betheiligung an der Ceremonie der Landtagseröffnung wissen mochte, versteht sich von selbst, aber gerade diesmal verlangten die obersten Beamten mit allem Nachdruck, der Kaiser solle sich dem Volke zeigen und den Landtag selbst eröffnen, und setzten endlich nach hartem Widerstande ihren Wunsch durch. Unter Seufzen und mancherlei Aeußerungen krankhafter Besorgniß ließ sich Rudolf am Morgen des gefürchteten Tages ankleiden und zu dem Landtagssaal geleiten. Der ungewohnte Anblick dicht gedrängter Menschenmassen auf den Gängen und im Saale selbst äußerte auf ihn den erwarteten Eindruck; bleich, zitternd und die Augen fortwährend zu Boden geschlagen, schritt er hinter dem bloßen Schwert einher, welches ihm sein Stallmeister, Herr von Waldstein vertrug, bis er endlich auf den vorbereiteten Thronsitz anlangte. Nicht ohne Staunen bemerkten die Zuschauer die Veränderung, welche sich an der Gestalt des Kaisers nach seiner langjährigen Zurückgezogenheit fremdartig machte; sein gekrümmte Haltung gab ihm den Anschein, als sei er höckerig, sein Haar war grau geworden und sein ganzes Aussehen das eines dem Tode zuwankenden Greises. Bei diesem Anblick wurde das Mitleiden der Anwesenden allgemein rege und gab sich in lauten Aeußerungen von Sympathie kund: man rief einander zu: seht, es lebt doch unser Kaiser und die Gerüchte über seinen Tod waren falsch; so Manche konnten sich nicht einmal der Thränen enthalten**). Als Rudolf sich niedergelassen hatte, dankte er mit einigen

*) Antwort des Erzherzogs auf die kaiserlichen Propositionen bei Hammer, Abtheil II. Urkundensammlung 226 und 227.

**) Münchner Staatsarchiv 5174, 334 Relation aus Prag vom 15/25. Mai 1608. MS. des Lemberger bischöflichen Archivs. T. XIV Fol. 39.

Google

Worten den Ständen für ihr zahlreiches Erscheinen und übergab die Proposition, welche am Landtage zur Verhandlung kommen sollte, schriftlich der Versammlung mit der entschuldigenden Erklärung, daß er zu schwach sei, um ihrer Vorlesung beiwohnen zu können. Er erhob sich darauf, um sich zu entfernen, und da unterdessen seine Bestürzung bei der freundlichen Haltung der Menge einer gewissen Ruhe Platz gemacht hatte, so trat er seinen Rückweg etwas gefaßter an. Die ganze Scene im Landtagssaale hatte kaum vier Minuten gewährt.

Die kaiserliche Proposition beschränkte sich lediglich auf den Vorschlag, die Stände möchten den Erzherzog Mathias „zum Anwärter des Königreichs annehmen", im Falle er selbst „den Privilegien und Freiheiten desselben gemäß darum ansuchen würde"*). So einfach diese Bitte war, so war die Stimmung der Stände doch nicht mehr der Art, daß sie ungesäumt dieselbe erfüllt hätten, denn schon hatte die Noth des Kaisers auch sie aus ihrer bisherigen nachgiebigen Unterthänigkeit aufgerüttelt. Den Katholiken und namentlich den obersten Kronbeamten war es bis jetzt gelungen, Böhmen in einer anscheinend vollständigen Ergebenheit gegen den Kaiser zu erhalten, obwohl die Protestanten im Laufe der letzten Jahre vielfache Veranlassung gefunden hatten, sich gegen die vom Kaiser befolgte innere Politik zu beschweren und namentlich die im J. 1602 erfolgte Erneuerung des Wladislawischen Mandats als eine Verletzung der von Maximilian II zugestandenen religiösen Freiheit anzusehen. Als sie jetzt in Prag zusammenkamen und Gelegenheit fanden, das Kriegsvolk des Erzherzogs, welches auf der Straße von Böhmisch-Brod nach der Hauptstadt zu vertheilt war, mit dem zu vergleichen, was an Vertheidigungsmitteln dem Kaiser zu Gebote stand, hätten sie geradezu nicht einen Funken von jener ungebärdigen Entschlossenheit besitzen müssen, welche ihre Vorfahren so oft bewährt haben, wenn sie sich noch weiter ruhig verhalten hätten. Die Gelegenheit war zu verlockend: auf der einen Seite stand der Kaiser um ihre Hilfe flehend und ihrem Ausspruche es überlassend, was er Mathias gewähren solle und was nicht; auf der andern Seite befanden sich die Stände von Ungarn, Oesterreich und Mähren und luden sie zu völligem Anschluß an den Erzherzog ein, um den ständischen und religiösen Freiheiten und Rechten einen dauernden Sieg zu verschaffen. Man sagte ihnen, und der Augenschein sprach dafür, daß durch ihren Beitritt die ver-

*) Artikel des Landtags von 1608, welcher Montag nach Erzeugt seinen Anfang nahm. Die im Texte angeführte Stelle lautet im Original: Když toho Arcikníže při sobě (stavové) potřebal a náležitě vedle privilegium a svobod jich vyhledávati bude.

Google

kündeten Stände ohne Gefahr und Anstrengung die Oberhand behaupten müßten, Rudolf entthront und Mathias, ein willfähriger Regent, an seine Stelle gesetzt werden würde. Nicht immer ist aber die einfachste und am sichersten zum Ziele führende Politik diejenige, welche Könige und Völker belieben. Nicht Treue und Anhänglichkeit an den Kaiser, sondern dieselben halb unfaßbaren halb selbstsüchtigen Gründe, welche die Protestanten den Časlau fern gehalten hatten, veranlaßten sie auch in Prag zur Ergreifung einer Politik, welche weder kalt noch warm, weder dem Kaiser noch dem Erzherzog günstig war, für welche sie aber in den folgenden Jahren, nicht ohne es verdient zu haben, büßen mußten.

Statt also auf die Propositionen des Kaisers einzugehen und mit ihrer Berathung den Anfang ihrer Verhandlungen zu machen, erklärten die Protestanten auf Budowec's Vorschlag, daß ihre eigenen Beschwerden zuerst berathen und vom Kaiser behoben werden müßten. Dieser Erklärung schloß sich auch eine Anzahl Katholiken an, welche in der Allianz mit den Protestanten ihre Rechnung fanden, da fast alle Beschwerdepunkte der letztern, mit Ausnahme des religiösen, auch ihr Interesse so nahe als möglich berührten. Denn neben der Freiheit des Gewissens verlangten die Protestanten eine Reihe von Bestimmungen, welche der Unordnung oder Willkür des bisherigen Regiments ein Ende machen und namentlich den scandalösen Prozessen der jüngsten Zeit begegnen sollten. Wiewohl nämlich die Handhabung der Gesetze in Böhmen eine geordnetere war, als in allen übrigen Theilen der Rudolfinischen Monarchie, so war doch auch hier in der Auslegung und Anwendung derselben in Fällen, wo die Politik ins Spiel kam, eine besorgnißerregende Schwankung eingetreten. Kein Mensch in Böhmen konnte genau das Verbrechen definiren, um dessentwillen der ehemalige Obersthofmeister, Georg von Lobkowitz aller seiner Güter beraubt, länger als siebzehn Jahre festgehalten und endlich ohne Urtheilsspruch hingerichtet worden war! Und das war ein Mann, welcher mit den ersten Familien Böhmens verwandt war, ein Katholik, für welchen sich selbst der Papst verwendet hatte*)! Die sonderbaren Anschauungen, welche das deutsche Kaiserthum als eine Fortsetzung des römischen gelten ließen, verschafften auch den tyrannischesten römischen Auffassungen von Hochverrath eine in Böhmen durch nichts begründete Geltung und

*) Georg von Lobkowitz wurde wegen künstlicher Aufregung der Opposition am Landtage von 1589, durch welche er den Kaiser zwingen wollte, ihn zum Oberstburggrafen zu ernennen, prozessirt. Was Georg von Lobkowitz damals that, thun heutzutage Minister und Deputirte aller Länder, ohne daß sie deshalb verfolgt würden.

Google

nöthigten alſo die Stände zu der dringenden Bitte, der Kaiſer möge doch die Fälle formuliren, wann das Verbrechen des Hochverrathes eintrete. Eben ſo unbeſtimmt und willkürlich war die bisherige Anwendung der Konfiskationsſtrafe und die Prozeſſirung der höhern Stände bei gemeinen Verbrechen: allzu mild bei den einen, hart bei den andern. Mit einem Worte, das öffentliche ſo wie das Privatrecht forderten eine Reihe von Beſtimmungen, welche nicht den Parteiintereſſen, ſondern dem allgemeinen zu Gute kommen ſollten.

Budowec wurde von ſeinen Geſinnungsgenoſſen beauftragt, die ſämmtlichen Beſchwerdepunkte zu formuliren und er that dies, indem er eine Schrift verfaßte, welche in 25 Artikeln die gemeinſamen Forderungen enthielt, obenan natürlich die, welche die religiöſe Gleichberechtigung betrafen. Man muß geſtehen, daß in dieſem erſten Punkte Budowec nicht jenen engherzigen und egoiſtiſchen Standpunkt feſthielt, dem wir ſonſt in derartigen ſtändiſchen Bittſchriften des 16. Jahrhunderts begegnen, denn vermöge des genannten erſten Punktes ſollte der Gewiſſensfreiheit jedem Menſchen in Böhmen, und wäre er ſelbſt dem leibeigenen Bauernſtande angehörig, zu Gute kommen. Beinahe alle Mitglieder des Landtages unterzeichneten Budowec's Schrift und die Kronbeamten wurden darauf 24 Ma
erſucht, dieſelbe dem Kaiſer vorzulegen; alle Unterzeichner erklärten ſich zugleich bereit, ſobald ihre Forderungen erfüllt ſein würden, ungeſäumt auf die Berathung der königlichen Propoſition einzugehen.

So wichtig jeder der 25 Artikel war und ſo ſehr der Kaiſer ſich auch ſonſt gegen jeden einzelnen gewehrt haben würde, ſo war doch gleich anfangs kein Zweifel, daß er den Wünſchen der Stände in allem, was die Religion nicht betraf, ohne Zögern nachgeben werde. Aber daß er gerade in dieſem Punkte noch Schwierigkeiten erheben konnte, muß uns gewiß im höchſten Grade befremden. Sein perſönliches Verhalten gegen den Nuncius in Prag und gegen die Diener der katholiſchen Kirche überhaupt war doch ſeit Jahren nichts weniger als freundlich, und ſicherlich war dieſe Gemüthsſtimmung Grund genug, um ihm eine Nachgiebigkeit gegen die Proteſtanten nicht zu einem perſönlichen Opfer zu machen; ja ſelbſt die Erfahrung der letzten Zeit, daß er ſowohl vom Papſte als vom Könige von Spanien preisgegeben oder wenigſtens nicht geſtützt worden ſei, konnte ihn keineswegs zu einem gefährlichen Widerſtande gegen die Proteſtanten aufmuntern. Seine Politik, durch allgemeine Unterdrückung der letztern, die Stände in Gehorſam zu erhalten und dadurch den Mitgliedern ſeiner Familie zu imponiren, um nicht weiter in der Succeſſionsfrage gedrängt zu werden, hatte eine vollſtändige Niederlage erlitten und es war kein Grund mehr vorhanden, dieſelbe fortzuſetzen; im Gegentheile,

Google Original f HARVARD UN

jetzt arbeitete er durch weitern Widerstand gegen die Protestanten seinem Bruder erst recht in die Hände. Als Mathias ein halbes Jahr später in ernste Zerwürfnisse mit den Oesterreichern eben wegen der Religion gerieth, da war der Kaiser zu allen Konzessionen geneigt, nur um die verlorene Herrschaft wieder an sich zu bringen, und dennoch war er jetzt im Begriffe, gerade das Gegentheil zu thun! Doch seine Krankheit ist wohl ein hinreichender Erklärungsgrund für alle Widersprüche seines Betragens.

Es scheint, als ob der Kaiser in diesem Augenblicke weniger auf die Eingebungen seines dem Bruder abgeneigten Herzens als auf den Rath einiger Männer gehört habe, welche von einer gesetzlichen Anerkennung des Protestantismus nichts wissen wollten und an deren Spitze noch immer der Kanzler, Zdenko von Lobkowitz, stand. Gleichwohl beherrschte derselbe nicht mehr so unbedingt als früher die Stimmung der übrigen Kronbeamten und konnte sonach nicht verhindern, daß auch andere Rathschläge zu dem Ohre des Kaisers gelangten. An der Spitze der zu einem Ausgleiche mit den Protestanten geneigten Räthe des Kaisers stand der seit wenigen Tagen neu ernannte Oberstburggraf, Adam von Sternberg, ein Mann, der sich der allgemeinen Achtung erfreute und durch seine unverdächtige Anhänglichkeit an die katholische Kirche seiner Ansichten ein um so größeres Gewicht verschaffte. Nichtsdestoweniger drang er mit seinen Ansichten im kaiserlichen Rathe nicht durch, denn die Antwort, welche Rudolf den Ständen auf ihre Forderungen entbieten ließ, lautete vollständig ablehnend und verlangte von ihnen die unverweilte Erwägung der königlichen Proposition.

Mittlerweile waren die Gesandten des Erzherzogs Mathias nach Prag gekommen, um bei dem Landtage selbst das zu erlangen, um was ihr Herr vergebens den Kaiser ersucht hatte. Man kann sich wohl kaum etwas Eigenthümlicheres vorstellen, als die gegenwärtige Sachlage. Der Landtag von seinem legitimen Herrscher berufen, befindet sich in offener Opposition und die Gesandten der gegen ihren Herrn rebellirenden Unterthanen dürfen in denselben treten und die treu gebliebenen Stände zur Theilnahme an dem Aufstande auffordern. Im Namen des Erzherzogs kamen neben andern nach Prag der Bischof von Vesprim, Valentin Lepes, Zerotin und Tschernembl, eine Wahl, die nicht passender sein konnte, weil von diesen Herren die meiste Einwirkung auf die Böhmen zu erwarten stand. In den Landtagssaal eingeführt, hielt daselbst Zerotin
23. Mai eine glänzende Ansprache an die böhmischen Stände, in welcher er länger als eine Stunde die letzten Ereignisse unter allgemeiner Aufmerksamkeit besprach. Indem er die Ursachen, welche den Zug der verbündeten Länder

Google

nach Böhmen veranlaßt hatten, erörterte, führte er als solche das durch und durch verderbte Regiment des kaiserlichen Hofes und die auf stete Schmälerung der Landesprivilegien gerichtete Thätigkeit desselben an und erklärte offen, daß vom Kaiser selbst keine Hilfe mehr zu erwarten sei, denn wiewohl er denselben mit Anklagen verschonen wolle, so müsse er doch bemerken, seine Lebensweise sei der Art, daß für die Zukunft nur das schlimmste befürchtet werden könne. Alle Anstrengungen, eine Reform der kaiserlichen Regierung herbeizuführen, würden eben so lange ohne jeden Erfolg und Werth sein, so lange der Kaiser an der Spitze bleibe. Die Böhmen möchten sich sonach den verbündeten Ländern anschließen und das begonnene Werk vollenden; einerseits würden sie damit einen Zerfall der Länder der böhmischen Krone verhüten, andererseits sich die Enttäuschung ersparen, die ihnen unvermeidlich bevorstehe, wenn sie sich von den gegenwärtigen Versprechungen des Kaisers irre führen ließen*). Zerotin beendete seine Rede wohl unter ungetheilter Aufmerksamkeit, dennoch vernahm man aber im Saale am Schlusse kein Wort freudiger Zustimmung, ein schlechtes Zeichen für ihren Erfolg. Nur der Obersthofmeister, Christoph von Lobkowitz, ergriff darauf das Wort und antwortete im Namen des Landtags, daß derselbe die Vorschläge Zerotins in Erwägung ziehen werde.

Es begannen nun Tage schwerer Kämpfe für den Kaiser. Die böhmischen Stände verblieben zwar bei der einmal eingeschlagenen Politik und weder Zerotins öffentliche Anrede noch seine und Tschernembls private Bemühungen waren im Stande, ihren Entschluß, an dem Bündnisse mit Mathias nicht theilzunehmen, umzuändern, desto heftiger verlangten sie aber jetzt, daß Rudolf ihren Forderungen nachgebe. In einer Audienz, welche Rudolf ihnen bewilligen mußte, trug Graf Andreas Schlick, das Haupt des mehr lutherisch-gesinnten Theils der Stände, die Bitten des Landtages vor und verlangte ein augenblickliches Eingehen auf dieselben. Betroffen über solche Kühnheit antwortete Rudolf gepreßten Herzens mit der Frage, was er thun solle; man entgegnete, er solle die 25 Artikel entweder annehmen oder verwerfen. Dennoch erlangte er einen Aufschub bis zum folgenden Tag, nachdem Budowec auf Ersuchen eines kaiserlichen Kammerherrn seinen ganzen Einfluß bei den Ständen verwendet und ihre Zustimmung zu dieser Verzögerung erlangt hatte**). In den darauf in der Burg gepflogenen Berathungen siegte entweder die Partei des Oberstburggrafen über die des Kanzlers

*) Münchner Staatsarchiv 547/7, 464, Zeitungen aus Prag dto. 19/29. Mai 1608.
**) Neue Geschichte des böhm. Majestätsbriefes S. 23. Chlumecky, Zerotin S. 471.

Google

oder der Kaiſer ließ ſich nur noch von ſeiner dem Bruder feindlichen Stimmung und diesmal zu ſeinem eigenen Vortheil leiten. Es wurde beſchloſſen, den Forderungen der Proteſtanten zwar nicht in der begehrten Form aber doch in der Sache ſelbſt nachzugeben. Der Kaiſer bot den Ständen die Gewährung der 25 Artikel mit Ausnahme des Religionsartikels an, bezüglich dieſes gab er aber die Verſicherung, daß er in den nächſten Monaten einen neuen Landtag zur Ordnung der kirchlichen Verhältniſſe berufen wolle, bis dahin ſolle in Böhmen jede Verfolgung zwiſchen Katholiken und Proteſtanten, ob nun höhern Ständen oder dem Bauernſtande angehörig, unbedingt verboten ſein und Niemand in ſeinem Glauben geſtört werden*).

Selbſt in der religiöſen Frage war alſo die Nachgiebigkeit des Kaiſers eine ſo große, daß für die Stände augenblicklich der Grund zu jeder weitern Beſchwerde wegfiel, wenn ſie nur ſicher ſein konnten, daß ihnen einige Monate ſpäter grundgeſetzlich abermals werde bewilligt werden, was für jetzt nur eine proviſoriſche Geltung haben ſollte. Aber eben das war zweifelhaft, ob den Ständen ein bloßes Verſprechen ſtatt eines mit kaiſerlicher Unterſchrift verſehenen Privilegs genügen werde. Sie hatten nur nöthig, dem Erzherzog einen Wink zu geben, ſo kam dieſer eilig mit ſeinem Heere herbei, vertrieb Rudolf aus dem letzten Theil ſeines Reiches, ſetzte ſich die Krone auf und bewilligte den Ständen ohne jede Zögerung förmlich und vollſtändig die 25 Artikel. Dennoch ließen ſich die Stände an der in der Form unvollſtändigen Nachgiebigkeit des Kaiſers genügen; welchen Antheil daran das Vertrauen in das kaiſerliche Wort, der Einfluß des allgemein geachteten Oberſtburggrafen oder alle die ſonderbaren Motive hatten, welche noch immer die Politik der Böhmen beherrſchten, wiſſen wir nicht anzugeben. Der Kaiſer gab ſchließlich eine ſchriftliche Verſicherung von ſich, daß er die gemachten Verſprechungen
31. Mai inhalten werde**).

Von dieſem Augenblick an war eigentlich der Streit zwiſchen Rudolf und Mathias entſchieden oder beſſer geſagt, das Ende deſſelben ließ ſich vorausſehen. Rudolf mußte ſich ſchließlich mit den Ländern begnügen, welche ihm treu geblieben waren, während andererſeits Mathias durch die gewichtigſten Rückſichten von einer gewaltſamen Unterdrückung ſeines Bruders zurückgehalten wurde. Dieſe Anſchauung theilte ſich ſelbſt den proteſtantiſchen Häuptern ſeiner Umgebung mit und Tſchernembl erklärte aus freien Stücken, daß der Erzherzog nicht auf die Er-

*) Böhmiſche Landtagsartikel von 1615.

**) Artikel des Neutags nach Ernedt 1608 gehaltenen Landtags.

Google

ehrung Böhmens denken könne, wenn die Stände seine Herrschaft nicht wollten und wenn sie wenigstens sein legitimes Begehren wegen Bestimmung der Nachfolge befriedigen würden*). Gleichwohl waren die streitenden Parteien noch ziemlich fern von einer Einigung, da jede ihre Forderungen höher spannen zu müssen glaubte, um wenigstens das zu erreichen, was sie für nothwendig hielt. Zuerst waren es die Böhmen selbst, welche nunmehr des Kaisers Rechte energisch vertraten; sie erklärten auf die ihnen von den erzherzoglichen Gesandten am 26. Mai gemachten Anträge, daß sie auf eine vollständige Entthronung des Kaisers nicht eingehen könnten und ersuchten deshalb, Mathias möge sich neben dem Besitze von Ungarn und Oesterreich mit der Anwartschaft auf die böhmischen Kronländer begnügen, zugleich aber auch mit seinem Heere so schnell als möglich aus Böhmen wegziehen, da die Verwüstungen, welche das letztere anrichte, nicht weiter ertragen werden könnten. Diese Antwort, welche, da sie Mährens Wünschen geradezu entgegenlief, einer Kriegserklärung gleichzukommen schien, verlor gleichwohl dadurch ihre Schärfe, daß der Kaiser selbst Erklärungen im friedlichen Sinne machte und Dubek, einen zwei Meilen von Prag entfernten Ort, zu weitern Konferenzen zwischen seinen und den erzherzoglichen Vertretern verschlug. — Ebenso war auch die Antwort, welche der Erzherzog durch Zerotin den Böhmen auf ihre Vorschläge machte, noch weit entfernt, einen raschen Vergleich anzubahnen, denn Zerotin bezeichnete als das geringste Maß der Forderungen, mit denen sich Mathias begnügen könne, die sofortige Abtretung von Mähren, Schlesien und der Lausitz und die Nachfolge in Böhmen nach des Kaisers Tode. Aber auch dieser Antwort war die kriegerische Spitze dadurch abgebrochen, daß Mathias seine Zustimmung zu den Konferenzen in Dubeč ertheilte. — Bevor noch dieselben ihren Anfang nahmen, machte sich eine gewisse Angst und Unruhe im Gefolge des Erzherzogs geltend, da man den Verdacht schöpfte, der Kaiser unterhandle mit einigen Kriegshäuptern des verbündeten Heeres und suche sie an sich zu ziehen und da man auch noch nicht wußte, welche Stellung die Böhmen bei den Konferenzen selbst einnehmen würden. Sowohl der Erzherzog als auch Zerotin hielten es demnach für nöthig, im Falle der Kampf weitere Dimensionen annehmen sollte, sich auswärtigen, wenn vielleicht auch nur diplomatischen Beistandes zu versichern; Beaujeu, der am Prager Hofe weilende Gesandte Heinrichs IV, wurde mit einemmale von ihnen

*) Sächsisches Staatsarchiv. Ungar., Oesterr. und Böhm. Kriegsakten 2, 71. Des sächsischen Gesandten an den Kurfürsten von Sachsen ddo. Prag 17/27 Mai.

Google

mit entſprechenden Mittheilungen an ſeinen König betraut*). Indeſſen blieben dieſe um ſo mehr ohne weitere Folgen, da die Verhandlungen zwiſchen dem Kaiſer und Mathias bald darauf in raſchem Verlaufe zu Ende geführt wurden, und Beaujoy ſelbſt ſich nicht recht zu entſcheiden wußte, auf weſſen Seite er ſich zu ſtellen habe.

Am 11. Juni nahmen die Konferenzen in Dubeč ihren Anfang; unter den Geſandten des Kaiſers und der Böhmen, welche ſich zuletzt auch zur Beſchickung derſelben entſchloſſen hatten, traten der Kardinal Dietrichſtein, Adam von Sternberg, Budowec und die Grafen Thurn und Schlick hervor; von denen des Erzherzogs waren die bedeutendſten Karl von Liechtenſtein und Zerotin. Die letztern erörterten zuerſt ſämmtliche Forderungen des Erzherzogs, ſie verlangten unter anderm eine Geldentſchädigung für die Auslagen, welche der Kriegszug nach Böhmen verurſacht habe, einen Beitrag zu den Geſchenken für die Geſandten nach der Türkei, die Beſtätigung des türkiſchen Friedens, die Annullirung der in Böhmen beſtändigen Anhänger des Erzherzogs, die vollſtändige Unabhängigkeit Mährens, nicht nur von der Regierung des Kaiſers, ſondern auch von der Einwirkung böhmiſcher Zentralbehörden, denen es bis dahin in mancherlei Angelegenheiten unterſtand, endlich die formelle Abſetzung Berka's und die Verſetzung deſſelben in Anklageſtand. Auch ſetzt noch verlangten die erzherzoglichen Kommiſſäre die Ueberlaſſung der Regierung über alle böhmiſchen Erbländer an Mathias, allein ſie legten darauf keinen entſcheidenden Nachdruck mehr. Die Vertreter des Kaiſers und der Böhmen gaben auf alle dieſe Vorſchläge keine definitive Antwort, ſondern reiſten mit denſelben nach Prag zurück. Schon zwei Tage darauf kamen ſie mit einem Beſcheid zurück, welcher im Stande war, den Frieden anzubahnen, denn ſie trugen endlich die Trennung Mährens von Böhmen und die Abtretung dieſes Landes an den Erzherzog an**). Die Böhmen waren es ſelbſt, welche ſich zu dieſem ſchweren Opfer entſchließen mußten, während der Kaiſer abermals einer Ausgleichung feindlicher als ſonſt ſich zeigte. Seine Widerſtandskraft wurde indeſſen bald wieder eingeſchüchtert, als der Erzherzog ſein Hauptquartier nach dem nur eine Meile von Prag entfernten Tiergarten verlegte und damit ſeine Abſicht an den Tag legte, allenfalls in Prag ſelbſt einzurücken.

---

*) Kaiſerliche Bibliothek in Paris Collection Harlay 2°8/10, 65 Beaujoy an Puiſieux dto. 7. Juni. Ebendaſelbſt 66 Beaujoy an Puiſieux dto. 15. Juni, desgleichen andere Briefe Beaujoy's an Heinrich IV ebendaſelbſt.

**) Sächſiſches Staatsarchiv. Ung., Oeſterr. und Böhm. Kriegsakten 2, 237. Die ſächſiſchen Geſandten an den Kurfürſten dto. 7/17. Juni 1608. Chlumecky. Johann Hunter: Ferdinand II Bd. VI.

Google

In Folge so ernster Drohung neigte sich der Kaiser abermals zum Vergleich und dies um so mehr, als indessen Abgeordnete von Schlesien bei Prag eintrafen und Miene machten, sich mit dem Erzherzog zu vereinen. So begannen am 18. Juni in Lieben neue Verhandlungen zwischen den Gesandten der streitenden Partien, welche, nachdem man sich über die Besitzfrage geeinigt hatte, auch mannigfache Nebenpunkte in Ordnung bringen sollten. Nicht die geringste Schwierigkeit verursachte die Forderung wegen Mathias' Nachfolge in Böhmen. Die böhmischen Stände wollten eine solche nur in sehr beschränkter Weise aussprechen, während der Erzherzog dieselbe klar formulirt haben wollte. Der Zwist der kaiserlichen Brüder war in dieser Angelegenheit begreiflicherweise von dem größten Einfluße. Die Erblichkeit des böhmischen Thrones in der Familie Habsburg war bis dahin ein zweifelloses Recht der letztern, jetzt kamen plötzlich die Stände in die Lage, über dieses Recht zu Gericht zu sitzen und des Kaisers Vertrages, der sie aufgefordert hatte, Mathias zu seinem Nachfolger „zu wählen", munterte sie geradezu auf, Ansprüche auf eine durch sie beeinflußte Bestimmung der Erbfolge zu erheben*). Die Konferenzen dauerten bis zum 24. und mußten häufig unterbrochen werden, da die Unterhändler theils an die Stände theils an den Kaiser und den Erzherzog berichteten, um ihre Zustimmung für die einzeln festgesetzten Punkte zu erlangen. Am 25. unterzeichnete endlich der Kaiser die Urkunden, welche den Zwist zwischen ihm, seinem Bruder und dessen Anhängern beenden sollten. Die wesentlichen Artikel derselben waren nachstehende: Der Erzherzog erhielt die Nachfolge in Böhmen zugesichert und sollte die Regentschaft daselbst führen, im Falle der Kaiser mit Hinterlassung von Leibeserben versterben würde. Mähren fiel an Mathias und erhielt das Recht, falls der Erzherzog vor dem Kaiser mit Tod abgehen sollte, sich aus dem Hause Habsburg einen andern Herrn auf die Lebensdauer Rudolfs wählen zu dürfen. Alle Suprematie Böhmens über Mähren sollte während der Zeit der Trennung ein Ende nehmen, nach der Wiedervereinigung aber die früheren staatsrechtlichen Verhältnisse wieder Platz greifen, das Bisthum Olmütz, obwohl ein Kronlehen Böhmens, dem Erzherzog und nicht dem Kaiser unterthan sein. Ungarn und Oesterreich gingen in den vollständigen Besitz des Erzherzogs über und der Türkenfriede von 1606 erlangte endlich die kaiserliche Sanktion. Die Geldforderungen, welche der Kaiser und der Erzherzog gegenseitig erhoben hatten, wurden im Vertrage nicht weiter erwähnt, dagegen ward den Ungarn eine Grenzhilfe gegen die Türken von Seite Böhmens in Aussicht gestellt und schließlich noch eine allseitige Ent-

*) Artikel des zweiten Landtags von 1608. Das Original böhmisch.

Google

waffnung bedungen. Mathias' Gegenleistung bestand darin, daß er auf seine Ansprüche auf Tirol zu Gunsten des Kaisers verzichtete.

27 Jun Zwei Tage nach der Unterzeichnung des Vertrages durch den Kaiser wurde dem Erzherzog von einem glänzenden Gefolge die ungarische Krone in das Lager von Štěrbohol gebracht. Bei der Ueberreichung derselben hielt Kardinal Dietrichstein als kaiserlicher Kommissär eine lateinische Anrede, in der es unter anderem hieß, der Kaiser lasse seinem Bruder sagen, daß er diese Krone schon lange für ihn bestimmt habe und nun wünsche, daß er derselben in mehr Ruhe sich erfreue, als er selbst. Graf Thurzo und der Bischof von Vesprim beantworteten die Anrede und dankten für das „freiwillige" Geschenk des Kaisers; in der That, eine passende Entgegnung auf die „aufrichtigen Wünsche" des letztern für seines Bruders Wohl*). Eine glänzende Mahlzeit, an welcher neben Mathias die hervorragendsten Personen aller Parteien theilnahmen, beschloß diese Feierlichkeit.

Für den Erzherzog war das Ziel des Strebens in diesem Momente erreicht, nicht so aber für alle seine Verbündeten. Die Ungarn allein hatten mit dem Siege über den Kaiser zugleich auch eine vollständige Befriedigung ihrer Wünsche erlangt, denn der Wiener Friede, dessen Gültigkeit sich von selbst verstand, sicherte ihnen bereits alles, was sie zu ihrer politischen und religiösen Machtstellung für nothwendig hielten. Mit den Oesterreichern und Mährern stand es aber nicht so, denn wenn sie sich auch in Eibenschitz zur Beschützung ihrer Rechte und Freiheiten verbunden hatten, so war doch nicht genau bestimmt worden, was alles in den Umfang derselben gehöre, um es unter allgemeiner Zustimmung von ihrem neuen Herrn verlangen zu dürfen. Das Beispiel der Böhmen, welche sich in der religiösen Frage sicherzustellen trachteten, rückte die letztere auch der Betrachtung der Mährer und Oesterreicher näher und ehe sie sich durch den bevorstehenden Rückzug des Erzherzogs aus Böhmen trennten, wollten sie wenigstens in dieser Angelegenheit ihr künftiges Betragen genau normiren. Zu diesem Ende einigten sie sich im Lager von Štěrbohol über ein geheimes Bündniß, in welchem sie einander gegenseitigen Beistand zusagten, falls wegen der religiösen Angelegenheiten künftig Streitigkeiten ausbrächen und sie genöthigt wären, ihrem neuen Herrn die Huldigung zu verweigern, wofern dieser die Freiheit der Religionsübung ihnen nicht ge-
29 Jun stattete würde. Unterzeichnet wurde das Bündniß von 19 Personen, unter welchen die Namen Herberstein, Zerotin, Gottfried und Richard

*) Archiv von Simancas 2191/3. Guillen de San Clemente an den König dd. 30. Juni 1608.

Google

den Starhemberg, Tſchernembl, Stanislaus und Niklas Thurzo hervorragen*). Es war dies Bündniß einer der wichtigſten Schritte auf der abſchüßigen Bahn, auf welche die Stände Oeſterreichs ſeit dem Preßburger Reichstag gerathen waren und welche bald dahin führte, daß ſie den Schwerpunkt aller Macht, die ganze Exekutive, von ihrem Belieben abhängig machen wollten. Nach der Regierung eines Mannes, wie Rudolf, nach den Ereigniſſen der letzten Jahre und nach dem Bruche der von Maximilian II herbeigeführten Verſprechungen in religiöſen Angelegenheiten war das Benehmen der Stände nur ein natürlicher Rückſchlag. So rufen die Fehler der Regenten die Revolutionen der Regierten hervor.

Unmittelbar nach dieſen Ereigniſſen nahm Mathias ſeinen Rückzug aus Böhmen. Der Rückmarſch ſeines Heeres wurde im Lande ebenſo freudig begrüßt, wie das Vorrücken deſſelben gegen Prag einen immer allgemeineren Unwillen wegen der angerichteten Verwüſtungen verurſacht hatte. Der meiſte Haß konzentrirte ſich gegen die ungariſche Kavallerie, welche, wo immer ſie auch einquartirt wurde, ſtets wie in Feindesland hauſte. Nicht bloß waren die Einwohner, namentlich das weibliche Geſchlecht, den gewöhnlichen Mißhandlungen ausgeſetzt, auch das Eigenthum war den unverantwortlichſten Angriffen preisgegeben. Die Ungarn raubten nicht bloß für ihren Bedarf, ſondern auch, um mit dem Geraubten Handel zu treiben; ihr Lager glich einem Viehmarkt, in welchem ſie um den zehnten Theil des Werthes Pferde, Ochſen, Schafe u. ſ. w. den Kaufluſtigen anboten. Während der Verhandlungen in Dubeč, Lieben und Štirbohol wurden die um Prag liegenden Dörfer nach und nach ſämmtlich aus barbariſcher Luſt in einen Schutthaufen umgewandelt, und die Einwohner zur Flucht nach der Hauptſtadt genöthigt, nur um ihr nacktes Leben zu retten. Die Erbitterung hierüber ſtieg nach dem Berichte der in Prag befindlichen und gewiß in dieſer Beziehung unverdächtigen pfälziſchen Berichterſtatter auf einen ſo hohen Grad, daß, wenn der Kaiſer ernſtlich einen Kampf gewollt hätte, er wenigſtens beim Volke auf eine ziemlich allgemeine Beiſtimmung rechnen konnte**). Selbſt die Todesſtrafe, welche Mathias über

*) Der Text des Bündniſſes bei Hammer: Khleſl II. Beilagen.

**) Münchner Staatsarchiv 547/7 79. Extract eines Schreibens aus Prag dto. 21/31. Mai 1608. Ebendaſelbſt fol. 227 dto. 11/21. Juni. In dieſer letztern Relation heißt es ſogar, wenn der Kaiſer ernſtlich einen Kampf wollte, ſo würde dann das feindliche Heer einer totalen Niederlage entrinnen. Tant sont les Boemiens enflammés et irrités pour les pilleges et ravages susdits. — Offenbar übertreibt dieſe Annahme ſelbſt den möglichſt glänzenden Erfolg, aber ſie macht uns wenigſtens die kalte Haltung der böhmiſchen Stände gegenüber den Verbündeten des Erzherzogs begreiflicher.

Google

einige Ungarn verhängte, änderte keineswegs das Betragen der Uebrigen. Um nun auf dem Rückzuge neue Verwüstungen so viel als möglich zu verhüten, begleiteten die wichtigsten Mitglieder des böhmischen Landtags die einzelnen Heeresabtheilungen bis an die Grenze; dennoch kam es in Pardubitz noch zu einem Gemetzel, bei welchem über 100 Personen das Leben verloren und nur der angestrengtesten Vermittlung Thurzo's und Budowec's gelang es, dem weitern Blutbad Einhalt zu thun*). Ehe noch die erste Juliwoche verflossen war, hatte sich Mathias und sein Heer aus Böhmen entfernt.

III

Die Ereignisse hatten in Böhmen seit dem Einrücken des Erzherzogs einen so schnellen Verlauf genommen, daß die Nachricht von den Linzer Verträgen und dem Rückmarsch der Verbündeten zur Kenntniß der deutschen Fürsten schon gelangte, als sie noch immer erwogen, welchen Antheil sie an dem Kampfe nehmen sollten, dessen längere Dauer sie für gewiß ansahen. Denn daß Rudolf nach seiner in den letzten Jahren bewiesenen Hartnäckigkeit und seinem ungezügelten Durst nach Krieg zuletzt ohne einen Schwertstreich das Feld räumen würde, an diese Möglichkeit hatte Niemand gedacht. Am unangenehmsten war diese Enttäuschung für den Kurfürsten von der Pfalz, besonders aber für Christian von Anhalt, welcher seit dem Beginne des Regensburger Reichstags alles gethan hatte, um im rechten Augenblicke dessen Ende herbeizuführen und so den Kaiser jeder Hilfe zu berauben, dann aber wieder alle Minen springen ließ, um in dem Streite zwischen Rudolf und Mathias die Intervention des deutschen Reiches zu veranlassen und dadurch Gelegenheit zu einer fortdauernden und gesetzlichen Einmischung in die österreichischen Angelegenheiten zu gewinnen. Sonderbarerweise gaben hiezu der Kaiser und die Erzherzoge: Ferdinand und Maximilian selbst die meiste Veranlassung. Als die Vorgänge in Preßburg und das daselbst abgeschlossene Bündniß bewiesen, daß Mathias gestützt auf eine starke Partei gegen den Kaiser auftreten könne, hatte der letztere, wie wir gesehen haben, das Ungewitter dadurch zu beschwören gesucht, daß er einen Kongreß nach Prag berufen und zu demselben neben den Erzherzogen auch einige deutsche Fürsten einladen wollte. Der Streit sollte also seine Lösung nicht durch das bewaffnete Auftreten der ständischen Macht, sondern durch friedliche Vermittlung von Seite einiger befreundeter Fürsten finden, deren Wahl sich Rudolf vorbehielt. Auf diesen

*) MS. Der Schaigotschischen Bibliothek in Warnbrunn V. d. 51, fol. 16.

Google

Gedanken ging neben dem Erzherzog Ferdinand auch Maximilian ein, denn auch der letztere, obwohl Mitunterzeichner des Aprilvertrages, billigte Mathias' Betragen nicht vollständig und glaubte es im Interesse des Hauses gelegen, daß die Niederlage Rudolfs nicht in der Weise vorbereitet werde, wie es beabsichtigt zu sein schien. Ohne Zweifel ward auch ihm bei dem entscheidenden Hervortreten der Stände vor den Folgen eines Sieges bange, den er sonst Mathias herzlich gegönnt haben würde. Um also den friedlichen Ausgleich, so weit es an ihm lag, herbeizuführen, reiste er von Innsbruck nach der Karthause bei Regensburg und besprach sich da mit Ferdinand über das einzuschlagende Benehmen. Beide einigten sich dahin, den sich bekämpfenden Brüdern den Weg der Unterhandlungen zu empfehlen und ersuchten in diesem Sinne den Kaiser, er 24. M. möchte so schnell als möglich seine Absicht, einen Fürstenkonvent nach Prag zu berufen, ins Werk setzen; den Mathias dagegen verlangten sie, daß er den Besuch des Konventes nicht von sich ablehne und boten ihr eigenes und anderer Fürsten Wort zur Bürgschaft für seine Sicherheit an, falls ihn Mißtrauen von Prag fernhalten sollte*).

Die Vermittlung, wie sich Maximilian und Ferdinand mit Hilfe des Konventes dieselbe dachten, sollte eine freundschaftliche sein, mehr eine Art Familienrath, zu dem übrigens die Wahl der Mitglieder dem Kaiser allein zustehen sollte; jedenfalls sollte sie in keiner Weise die Rechte der Habsburger gefährden. Anders dachte sich der Fürst von Anhalt die Vermittlung. Unmittelbar nachdem er von den entscheidenden Schritten der Ungarn und Oesterreicher vernommen hatte, verfaßte er für den Kurfürsten von der Pfalz ein Gutachten, in welchem er die einzelnen Punkte der von Kurpfalz einzuschlagenden Politik erörterte. Er erklärte, alles Streben Friedrichs IV müsse darnach gerichtet sein, die Entscheidung des österreichischen Streites so viel als möglich in die Hand zu nehmen und da er dies nicht allein werde thun können, dafür den Kurfürsten von Mainz zu gewinnen, der geneigt sei, an dieser Einmischung theilzunehmen. Die Vermittlung müßte erstens die volle Freigebung des Protestantismus in allen österreichischen Ländern zum Zwecke haben und zweitens eine völlige Besiegung Rudolfs verhindern. Man sieht, Anhalt, welcher von Amberg aus das Seinige zur Aufhetzung der österreichischen Stände und zum Untergange Rudolfs beigetragen hatte, wollte jetzt den letztern hinhalten, aber allerdings nur zum Scheine. Bekannt mit der Festigkeit des Bündnisses, durch welches Ungarn und Oesterreich an Mathias ge-

*) Die Briefe Maximilians und Ferdinands an Rudolf und Mathias bei Hurter, Ferdinand II Bd. V, Beilage 205, 206, 207 und 208.

Google

lettet waren, wollte er ſich einer Abtretung dieſer Länder an den Erzherzog nicht entgegenſetzen, der Reſt aber, alſo ſämmtliche Länder der Krone Böhmen, ſollte unbedingt im Beſitze des Kaiſers bleiben und dieſer allenfalls von den Kurfürſten darin geſchützt werden. Weil ihm aber bekannt war, daß die Stände der böhmiſchen Länder vielleicht ſelbſt gegen eine fernere Regierung des Kaiſers Einſprache erheben würden, ſo wollte er dieſer Schwierigkeit mit dem Vorſchlag begegnen, dem Erzherzog Maximilian die Verwaltung derſelben zu übergeben, dem Kaiſer alſo thatſächlich nichts weiter als den Titel und einige Einkünfte übrig laſſen. Damit ſollte dann die Nachfolge Maximilians in Böhmen feſtgeſetzt, jene in Deutſchland ermöglicht und der Riß in der öſterreichiſchen Monarchie durch die nunmehr herbeizuführende und ſorgfältig zu unterhaltende Theilung zu Stande gebracht werden*).

Friedrich IV ging auf die Vorſchläge Anhalts vollſtändig ein und ſo unternahm der Letztere zuerſt eine Reiſe zu dem Kurfürſten von Mainz, deſſen Gewinnung nicht nur an und für ſich wichtig war, ſondern der auch bei der Geneigtheit, mit welcher er zu Maximilians Erhebung ſeit einem Jahre her die Hand geboten hatte, gleichſam als ein natürlicher Bundesgenoſſe ſich empfahl. In der That täuſchte Schweikhart von Mainz nicht die Erwartungen, welche man ſich von ihm gemacht hatte, ſondern verſprach die übrigen Kurfürſten zur Vermittlung heranzuziehen und entſchloß ſich wirklich zur Berufung eines Kurfürſtenconventes, welcher in drei Monaten in Fulda zuſammentreffen und der
2. Mai weitern Schritte berathen ſollte. Nicht lange darauf ging er ſogar noch weiter und frug den Kurfürſten von der Pfalz, ob Mathias nicht alſogleich im Namen des Reiches aufgefordert werden ſollte, die Waffen niederzulegen und die Vermittlung abzuwarten**). Anhalt war jedoch vorſichtig genug, nicht allein auf die Beſchlüße des Kurfürſten ſeine Pläne zu bauen, er knüpfte vielmehr zu gleicher Zeit mit Erzherzog Maximilian ſelbſt neue Verhandlungen an, welche zum Zwecke hatten, dem Kurfürſten von der Pfalz unter allen Umſtänden einen Einfluß zu ſichern,***). Eingeladen von dem Erzherzog ſelbſt, unternahm er im geheimen eine Reiſe nach Innsbruck und beſprach ſich da mit demſelben über die Mea-

*) Münchner Staatsarchiv 547/4. 81. Anhalt an Kurpfalz dto. Amberg 1421. April 1608.

**) Münchner Staatsarchiv, 547/4, 165, Kurmainz an Kurpfalz dto. 2. Mai.

***) Bernburger Archiv F. I, 22b/12. Inſtruktion für Anhalt zu ſeiner Reiſe zu Kurmainz dto. Heidelberg 1/25. März. — Ebendaſelbſt F. I. 228/34 Dieſer an Anhalt dto Innsbruck 8. April, Kurpfalz an Anhalt dto. 20. April; Maximilian an Kurpfalz dto. 7. April; Kurpfalz an Mainz dto. 20/30. April.

Google

lidien der Vermittlung, wie ſie Maximilian im Sinne hatte. In der Hauptſache waren beide einig; der Kaiſer ſollte nicht fallen gelaſſen werden, Böhmen und die Nebenländer behalten und an Mathias nur die Regierung von Ungarn und Oeſterreich und dies ſogar ohne den königlichen Titel übertragen werden. Sonſt war Maximilian bereits der Anſicht, daß der Friedensvertrag zwiſchen Rudolf und Mathias unter die Garantie der vermittelnden Fürſten geſtellt werden ſolle, falls die Stände von Oeſterreich und Ungarn und vielleicht Mathias ſelbſt dies zu ihrer Sicherheit verlangen würden. Mit dieſem war natürlich Anhalt unter allen Umſtänden einverſtanden, da er ja nichts eifriger wünſchte, als daß Deutſchland auf die Geſtaltung der öſterreichiſchen Verhältniſſe einen Einfluß ausübe, was jedenfalls eintrat, wenn die dortigen Verträge unter die Garantie eines oder mehrerer Kurfürſten geſtellt wurden. Nur eine Nachricht berührte ihn unangenehm; der Erzherzog theilte ihm nämlich mit, der Kaiſer habe bereits den Herzog Maximilian von Baiern zur Theilnahme am Prager Fürſtenkonvent aufgefordert und man müſſe ſich demnach deſſen Geſellſchaft gefallen laſſen*). Ein inſtinktmäßiges Mißtrauen gegen Baiern beherrſchte alle Mitglieder der pfälziſchen Partei, und ſo wenig ſie bis dahin zu irgend welche Weiterungen mit dem Herzoge gekommen waren, ſo fürchteten ſie doch von ihm ein Durchkreuzen ihrer Pläne.

Die Hauptſache war jetzt, daß der Kaiſer den Fürſtenkonvent, von dem er in ſo vielen ſeiner Briefe geſprochen, zu dem er aber bis dahin von den deutſchen Fürſten nur den Herzog von Baiern geladen hatte, nun endlich wirklich berufe und auch die Kurfürſten zur Theilnahme auffordere. Wohl hatte der Kaiſer den Pfalzgrafen um eben dieſe Zeit um bewaffneten Zuzug nach Prag aber keineswegs um ſeine Vermittlung angeſucht; da alſo die ſo ſehr erwünſchte Einladung zu der letztern noch immer ausblieb, bot der Pfalzgraf, die bewaffnete Hilfe ablehnend, im Verein mit dem Kurfürſten von Mainz, den er wahrſcheinlich zu dieſem Schritt bewogen haben mag, dem Kaiſer ſeine guten Dienſte ſelbſt an und 6. Mai
zeigte ſich zur perſönlichen Erſcheinung in Prag geneigt**). Bevor noch eine Entgegnung aus Prag einlangen konnte, bat Erzherzog Maximilian den Pfalzgrafen dringend, ſich an der Vermittlung zu betheiligen und deshalb mit ihm in Mergentheim zuſammenzutreffen, wohin er vor ſeiner

*) Münchner Staatsarchiv 547/4, 105. Erzherzog Maximilian zu Oeſterreich bedauert. Den Inhalt dem Pfalzgrafen dds. 23. April/3. Mai mitgetheilt.

**) Bernburger Archiv F. I, 22b/.02. Kurmainz und Kurpfalz an den Kaiſer dto. 6. Mai.

Google

Reiſe nach Prag eigens kommen wolle*). Anhalt war mit der projektirten Zuſammenkunft einverſtanden und wollte ſelbſt an ihr theilnehmen; um nun aber auch den Kaiſer für eine von Kurpfalz ausgehende Vermittlung zu gewinnen, gab er von allem dem Geheimrath Barvitius mit dem Erſuchen Nachricht, der Kaiſer möge ihm (Anhalt) ſo eilig als möglich ſeine Wünſche kundgeben, damit er dieſelben bei der Berathung in Mergentheim vertreten und ſeine Intereſſen wahren könne**). Durch eine eigenthümliche politiſche Biegſamkeit war alſo Anhalt ſo weit gelangt, daß er als kaiſerliche Vertrauensperſon behandelt ſein wollte und die Intereſſen Rudolfs zu vertreten beabſichtigte.

Unmittelbar darauf ward jedoch Chriſtian von Anhalt durch ſeine Agenten in Böhmen von Mathias' Ankunft in Böhmiſchbrod und von dem Entſchluße des Kaiſers, die Forderungen ſeines Bruders zu bewilligen, benachrichtigt. Der Plan der Vermittlung löſte ſich alſo in ein nichtiges Nichts auf, denn bevor nur halbwegs eine endgiltige Einigung über dieſelbe zwiſchen Maximilian, Kurpfalz und allenfalls auch Kurmainz in Mergentheim zu Stande kam, war vielleicht längſt ein Vertrag zwiſchen dem Kaiſer und ſeinem Bruder abgeſchloſſen, der ihrem Streite ein Ende machte und den Vermittlern nur ein unangenehmes Nachſpiel bereitete. Allein Anhalt war nicht der Mann, der einen Plan, auf deſſen Gelingen er ſo große Hoffnungen geſetzt hatte, ſelbſt bei ſich erthürmenden Schwierigkeiten aller Art, ſogleich von ſich geworfen hätte. Die friedlichen Wege der Art, um ſeine Hand in die öſterreichiſchen Waren zu ſtecken, das ſah er ein, wurden ihm immer mehr verrammelt, aber noch konnte ein gewaltſames Auftreten zum Ziele führen, und hiezu ſollte ihm die eben begründete Union die Hand bieten.

Die Unterhandlungen zur Begründung der Union, von denen wir das Wichtigſte berichtet haben, und welche anfangs nur zu einer vorläufigen Einigung zwiſchen Kurpfalz und Würtemberg geführt hatten, waren indeſſen während des Verlaufes des Regensburger Reichstags ſo weit vorgeſchritten, daß man an ihre wirkliche Konſtituirung denken konnte. Zwar Kurbrandenburg, Heſſen und Braunſchweig ſo wie die Reichsſtädte waren noch immer nicht gewonnen, dagegen hatten ſich neben Kurpfalz und Würtemberg auch der Markgraf Georg Friedrich von Baden, der Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg, die Markgrafen von Brandenburg-Anſpach und Baireuth, Chriſtian und Joachim Ernſt, endlich der Fürſt von An-

*) Münchner Staatsarchiv 547/I. 264. Erzherzog Max an Kurpfalz ddo. 6. Mai. — Darmburger Archiv H. I, 228/106. Dasor an Anhalt ddo. 7. Mai.

**) Darmburger Archiv H. I. 228/178 Anhalt an Barvitius ddo. 15/25. Mai.

Google

halt nebſt ſeinen Brüdern für den Beitritt völlig entſchieden. Zum Abſchluße der Vorberathungen und ſchließlichen Feſtſetzung der Bündnißartikel hatten ſich die genannten Fürſten zu einer perſönlichen Zuſammenkunft entſchloſſen, welche in Ahaufen ſtattfinden ſollte. Kaum daß Anhalt ſeine früher erwähnte geheime Unterredung mit Erzherzog Maximilian in Innsbruck beendet hatte, ſo eilte er auch ſchon nach dem bezeichneten Orte, um im Namen des Kurfürſten von der Pfalz, welcher von den genannten Fürſten allein nicht perſönlich erſchien, die Verſammlung eröffnen zu können*). Es geſchah dies am 11. Mai, einem der denkwürdigſten Tage in der Geſchichte von Mitteleuropa. Sämmtliche Fürſten waren wohl mit ihren vertrauteſten Räthen erſchienen, allein man beſchloß, die erſten Verhandlungen ohne ſie zu eröffnen und ſie erſt zur Detailberathung über jene Punkte zu berufen, über welche man ſich zuvor geeinigt haben würde. So berieten alſo die Fürſten abgeſondert am erſten Tage während eines Zeitraumes von zehn Stunden, worauf während der nachfolgenden fünf Tage die Berathung eine gemeinſchaftliche war, zu der auch die Räthe beigezogen wurden. Sie hatte ein ſolches Reſultat, wie ſich dasſelbe die Mitglieder der Verſammlung nur wünſchen konnten, denn die Einigung kam vollſtändig zu Stande, die Artikel des Bündniſſes wurden genau feſtgeſetzt und dann von den anweſenden Fürſten unterzeichnet. So trat die Union ins Leben.

Vermöge der einzelnen Artikel des Vertrages ward feſtgeſetzt, daß an der Spitze der Union ein Direktor und an deſſen Seite ein Generallieutenant, der mit dem Kommando über die Unionstruppen betraut ſein ſollte, zu ſtehen habe. Für die nächſten drei Jahre wurde Kurpfalz zum Direktor erwählt, in Kriegszeiten ſollte aber die Direktion allemal jenem Mitgliede zufallen, in deſſen Lande der Krieg geführt wurde. Falls dem Kurfürſten nach drei Jahren die Direktion nicht weiter übertragen würde, ſo ſolle ihm das Recht zuſtehen, den Generallieutenant zu ernennen. An den Berathungen der Union ſollten alle Mitglieder derſelben theilnehmen dürfen, dagegen wurde das Stimmrecht in der Weiſe beſchränkt, daß jedem Fürſten für ſich eine Stimme, den Grafen und Rittern eines jeden Kreiſes aber erſt zuſammen eine Stimme eingeräumt wurde und in demſelben Verhältniſſe wie den letztern wurde auch den Reichsſtädten eines jeden Kreiſes nur eine Stimme angewieſen. Die bewaffnete Macht der Union ſollte nicht aus der Mannſchaft, welche die einzelnen Mitglieder ſtellen könnten, zuſammengeſetzt werden, ſondern ſie ſollte zur Erzielung einer größern Einheit im Namen der

*) Bernburger Archiv. Unionsakten I/5. Anhalt an Kurpfalz dde. Grenzhauſen den 8/18. Mai 1608.

Google

Union gewerben und die Koſten dafür durch die Geldbeiträge der Mitglieder beſtritten werden. Im Kriege ſollten den Unionstruppen die Städte und feſten Plätze aller Mitglieder offen ſtehen. Was an „liegenden Gütern“ von der Union als ſolcher im Kriege würde erobert werden, das ſollte unter die Mitglieder derſelben im Verhältniß ihrer Beiträge vertheilt werden, die fahrende Habe dagegen eine Beute der Truppen ſein*). Das ganze Bündniß ſollte vorläufig auf zehn Jahre abgeſchloſſen werden und nunmehr mit aller Emſigkeit an der Herbeiziehung anderer Fürſten, des Reichsadels und der Reichsſtädte gearbeitet werden; Kurpfalz ſollte den rheiniſchen Kreis, die Markgrafen von Brandenburg den fränkiſchen, Würtemberg den ſchwäbiſchen und Pfalzneuburg den bairiſchen Kreis gewinnen, von den Reichsſtädten aber zuerſt Straßburg zur Theilnahme aufgefordert werden. — Um nicht religiöſe Streitigkeiten einen hemmenden Einfluß auf die Begründung der Union, an die ſich Lutheraner wie Kalviner anſchließen ſollten, gewinnen zu laſſen, hatten ſich die Fürſten während der Verhandlung das Wort gegeben, ihre Theologen zur Ruhe zu verweiſen und keinerlei gegenſeitige Ausfälle ihnen zu geſtatten. In Rückſicht endlich auf die Gerüchte und Vermuthungen, welche dieſe nicht ganz zu verheimlichende Zuſammenkunft überall in Deutſchland wachrufen mußte, beſchloß man auf den Vorſchlag des Fürſten von Anhalt das Geheimniß ſelbſt inſofern zu brechen, als man ſich Mühe geben wollte, die Nachricht von der Ahauſer Verſammlung mit dem Zuſatze zu verbreiten, daß eine Anzahl von Fürſten daſelbſt über die Lage des Vaterlandes Berathungen gepflogen und gewiſſe Beſchlüſſe gefaßt habe. Zuletzt kamen auch, wie ſich das wohl von ſelbſt verſteht, die Vorgänge in Oeſterreich zur Sprache und Anhalt konnte ſich nicht enthalten anzudeuten, daß die Union wohl bald berufen ſein könnte, eine thätige Rolle dabei zu ſpielen**).

Und Donauwörths, des ſeitdem ſo viel genannten, geſchah deſſen in Ahauſen keine Erwähnung? Zwar nach der vorliegenden Erzählung wird man die Motive zu würdigen wiſſen, welche den Abſchluß der Union ver-

---

*) Was mit gemeiner hilff in liegenden gütern erobert, ſoll pro rata getheilt werden, fahrende hab ſol zu gemeiner leutt gehören. Im 11. Artikel der Intercapita.

**) Die ganze Darſtellung der Ahauſer Verhandlungen erfolgte hier nach dem Berichte Anhalts an Kurpfalz bdo. 8./18. Mai im Heidelberger Archiv. Wir müſſen hier noch auf einen bisher unverzeihlichen Irrthum, der bei allen Hiſtorikern über den Gründungstag der Union herrſcht, hinweiſen. Allgemein wird der 4. Mai als der angegeben, keiner bedachte aber, daß dies der 14. Mai neuen Styls ſein könnte oder müßte. Die Verſammlung zu Ahauſen dauerte vom 11. bis zum 17. Mai.

Google

anlaſt haben, aber nach dem alle Bücher jener Zeit erfüllenden Geſchrei über Donauwörth und nach den ſeitdem ſo geläufigen Behauptungen, als habe der Fall von Donauwörth die Gründung der Union wo nicht zur Folge gehabt, doch wenigſtens beſchleunigt, wird man von ſelbſt auf die Frage gebracht, in welcher Weiſe man in Ahauſen Donauwörths gedachte und was man zu deſſen Rettung thun wollte. Die Fürſten, welche „pro rata“, wie ſie ſich ausdrückten, d. h. nach Verhältniß ihrer Einlagen ihre Eroberungen theilen wollten, welche den Theologen Schweigen auflegten, um nicht durch ihr Geſchwätz in ihren Plänen geſtört zu werden, von denen endlich der bedeutendſte, Kurpfalz und ſein Helfershelfer Anhalt, in Oeſterreich um jeden Preis im Trüben fiſchen wollten, ſei es mit, ſei es gegen den Kaiſer, dieſe Fürſten betrachteten die Donauwörther Angelegenheit mit einer viel größeren Ruhe als kurzſichtige Zeitgenoſſen und getäuſchte Nachkommen. War der Fall von Donauwörth nur im mindeſten verſchieden von der Einziehung ſo vieler Bisthümer und Reichsſtifter, welche ſeit dem Augsburger Religionsfrieden dem Angriffe der Proteſtanten erlegen waren? Und wenn dies nicht der Fall war, wenn die Unterdrückung der Proteſtanten in Donauwörth nichts anderes war, als ein Ereigniß, welches ſich ſo oft in allen Gegenden Deutſchlands zum Nachtheile der Katholiken zugetragen hatte, wo war da ein Grund zu beſonderem Eifer? Wenn es ſich den deutſchen Fürſten nicht um die Irreleitung der öffentlichen Meinung handelte, ſondern wenn ſie kaltblütig zwiſchen vier Wänden ihre Intereſſen erwogen, bedienten ſie ſich auch nicht unwahrer Phraſen und gaben ſich nicht den Anſchein, daß etwas ihr Gemüth bekümmere, was ihnen ſonſt herzlich gleichgiltig war. Es iſt Thatſache, daß bei der Verſammlung in Ahauſen der Stadt Donauwörth in kaum nennenswerther Weiſe gedacht wurde, ja Fürſt Chriſtian von Anhalt erwähnt derſelben in ſeinem an den Kurfürſten von der Pfalz abgeſchickten Berichte über die Verhandlungen in Ahauſen mit keinem Worte; begreiflich, da ihm Böhmen, aber nicht die ſchwäbiſche Reichsſtadt am Herzen lag.

Von Ahauſen eilte Anhalt nach dem Abſchluße der Union nach Amberg, um der böhmiſchen Grenze näher zu ſein und die Ereigniſſe von da aus zu überwachen. Die erſten Nachrichten, welche er erhielt, allarmirten ihn. Mathias war bereits in Znaim angelangt und alles ſchien in Böhmen geneigt, ſich ihm anzuſchließen und ſeinem Rufe nach Caſſau zu folgen; dies wenigſtens glaubte Anhalt einige Tage befürchten zu müſſen*). Von dieſer Sorge wurde er wohl bald befreit; er erlebte aber nicht lange darauf eine um ſo unangenehmere Enttäuſchung, als er die Nachricht

*) Münchner Staatsarchiv 541/7, 370. Anhalt an Kurpfalz ddo. Amberg 10/5) Mai.

Google

von Mathias' Ankunft in Böhmischbrod erhielt und ihm für gewiß verkam, daß Rudolf um den Besitz aller seiner Länder kommen und Mathias schließlich als der alleinige Herrscher in Oesterreich auch in den Besitz der deutschen Krone gelangen könnte. Obwohl Anhalt besser als sonst Jemand die Mittel beurtheilen konnte, durch welche Mathias zum Siege gelangte, obwohl er wissen mußte, daß derselbe ganz und gar von dem guten Willen der Stände abhänge, mit denen er sich verbündet hatte, so konnte er sich doch nicht in den Gedanken finden, daß der Gesammtbesitz Rudolfs wieder in eine Hand übergehen und das, was er seit Jahren so eifrig angestrebt hatte, die Theilung der Monarchie, für eine unbestimmt lange Zeit hinausgeschoben werde. Es überkam ihn die Furcht, daß Oesterreich in der Hand des neuen Besitzers mit verjüngter Kraft wieder auf den Kampfplatz treten und daß Mathias vielleicht doch durch kluges Benehmen selbst seiner jetzigen Verbündeten Herr werden könnte. Schon in Ahausen hatte er deshalb die Vermuthung ausgesprochen, daß die Union in die Lage kommen könnte, auf die in Böhmen sich vorbereitenden Ereignisse einen Einfluß auszuüben, jetzt nach seiner Rückkunft in Amberg faßte er diesen Gedanken mit allem Eifer wieder auf und sein in Plänen aller Art und in den zu ihrer Durchführung erforderlichen Mitteln stets erfindungsreicher Kopf setzte sich schnell die Art und Weise zurecht, wie die Union zu einer bewaffneten Intervention veranlaßt und wie sie durchgeführt werden könnte.

Kaum war so der Plan, in Böhmen mit Hilfe der Union zu intervenire, in Anhalts Seele zu einiger Reife gediehen, so gab er auch
3. Juni schon dem Kurfürsten von der Pfalz ohne Säumniß von demselben Nachricht und erörterte auch umständlich den Vorwand, mit welchem man das ganze Unternehmen beschönigen könnte. Mathias habe, seitdem er sich nicht auf die vom Kaiser zu erzwingende Bestätigung des ungarischen und türkischen Friedens beschränkt habe, seine „gute Sache" verdorben, denn „nun trachte er nach mehreren, als ihm gebühre und stütze seine Ansprüche auf Waffengewalt." Was diese gegen Mathias künftig zu erhebende Beschuldigung Wahres enthielt und inwiefern dem Erzherzog der Vorwurf gemacht werden konnte, daß er auf Waffengewalt und nicht auf die Zustimmung der verbündeten Stände seine Unternehmung begründet habe, können wohl unsere Leser am besten beurtheilen; die diplomatische Gewandtheit Anhalts aber scheute sich weder vor der Aufstellung einer so handgreiflichen Lüge, noch war sie um Gründe verlegen, sie zu stützen. Er verlangte, daß der Pfalzgraf so schnell als möglich sich über eine bewaffnete Intervention mit dem Kurfürsten von Mainz einige, durch welche die Reichsstände den österreichischen Ereignissen gegenüber nicht

Google

länger bloße Zuſchauer verbleiben, ſondern ſelbſt als „Schiedsrichter und Rechtſprecher“ die Entſcheidung in die Hand nehmen ſollten*). Es war ihm natürlich nicht darum zu thun, mit den Katholiken ſich um den Einfluß zu theilen, und nicht das war der Grund, weshalb er ihre Zuſtimmung und Theilnahme forderte, aber das war doch auch klar, daß der Pfalzgraf nicht ſo ganz auf eigene Fauſt ſich mit einem Heere nach Böhmen begeben dürfe. Es handelte ſich alſo darum, daß man die Zuſtimmung, vielleicht auch die Theilnahme eines oder mehrerer katholiſcher Reichsfürſten für die projektirte Unternehmung gewann; jedenfalls mußte der meiſte Vortheil derſelben dem Pfalzgrafen zufallen, wenn dieſer nach Anhalts Berechnung mit Hilfe der Union der erſte auf dem Kampfplatze erſchien.

Da durch das raſche Vordringen des Erzherzogs Mathias gegen Prag diplomatiſcher Einmiſchung kein Boden mehr übrig geblieben war, ſo hatte der Kurfürſt von der Pfalz es abgelehnt, in Mergentheim mit Maximilian zuſammenzutreffen. Allein der Erzherzog zähe an dem Phantome der Vermittlung feſthaltend, ließ ſich nicht dadurch abſchrecken, ſondern reiſte geradezu nach Heidelberg, um nochmals ſeine Bitte anzubringen. Sowohl der Kurfürſt von der Pfalz als auch der in der Nähe wohnende von Mainz lehnten definitiv jede Theilnahme an den Ereigniſſen ab, welche ihr unverweiltes Erſcheinen in Prag nothwendig gemacht hätte, dagegen erboten ſich Beide, bei dem bereits ſeit längerer Zeit angeſetzten Kurfürſtentag zu erſcheinen und eine Vermittlung des kurfürſtlichen Kollegiums ins Werk zu ſetzen, obwohl ſie ſich nicht verheimlichen konnten, daß dieſe wohl zu ſpät kommen dürfte**). Bei dieſer Gelegenheit ſondirte nun der Pfalzgraf den Erzbiſchof von Mainz, was er von einer eilig in Szene zu ſetzenden bewaffneten Intervention halte, fand aber in deſſen Antwort keine beſondere Aufmunterung. Schweickhart meinte wohl, es wäre nicht unrathſam, wenn von den Reichsſtänden jeder in ſeinem Beſitz ſich in Vertheidigungsſtand ſetze, aber von einem Einfalle in Böhmen wollte er nichts wiſſen. Der Pfalzgraf ſchrieb dem zufolge dem Fürſten von Anhalt, daß man wohl den Plan einer bewaffneten Vermittlung werde aufgeben müſſen.

Allein ſelbſt dieſe Weigerung konnte den Fürſten nicht vermögen, den einmal gefaßten und zur Lieblingsidee ausgebildeten Plan fallen zu laſſen; im Gegentheil er berechnete jetzt genau die Mittel, über welche die wohlhabenden Mitglieder der Union zu gebieten hatten, verglich damit

*) Münchner Staatsarchiv 347/1, 476. Anhalt an Kurpfalz ddo. 25. Mai N. St.
**) Bernburger Archiv. Fz. 1, 22v/198. Kurpfalz an Anhalt ddo. 1/11. Juni

Google

die in Oeſterreich herrſchende Erſchöpfung und konnte ſich nicht des Glaubens entſchlagen, daß die Union, wenn ſie raſch auf den Kampfplatz träte, die Meiſterin der Situation ſein würde. In ſeinen Berechnungen fand er an dem uns bekannten Bwinkhauſen einen beſtimmenden Bundesgenoſſen. Dieſer letztere war zu Anhalt nach Amberg gekommen, um vor ſeiner Reiſe zu Heinrich IV, welchem er im Auftrage der Union die Nachricht von ihrer Gründung bringen ſollte, von dem Fürſten noch genaue Inſtruktionen einzuholen. Bwinkhauſen war ein geſchulter Diplomat, von hellem Verſtande, und hatte ſich bereits die Achtung Anhalts erworben, daß derſelbe ihn in dieſem gewichtigen Momente zum Vertrauten ſeines Planes einer bewaffneten Vermittlung machte. Bwinkhauſen erſchrak zwar anfangs vor dem weitgehenden Unternehmen, aber nach und nach durch die Beredſamkeit ſeines Wirthes umgeſtimmt, machte er ſich ſogar an die Abfaſſung eines ausführlichen Gutachtens, welches die Schwierigkeiten der Vermittlung und ihre Vortheile erwog und damit ſchloß, daß es dieſelbe unbedingt empfahl. Beide berechneten, daß zu einem wirkſamen Einſchreiten in Böhmen mindeſtens eine Truppenmacht von 10.000 Mann zu Fuß und 2500 Reitern nöthig wäre und daß die Koſten für dieſelben im laufenden Jahre etwas über 800.000 Gulden betragen würden, von welcher Summe zwar für den erſten Augenblick vermöge der Ahauſer Uebereinkunft nur etwas mehr als der vierte Theil vorräthig wäre, zu der man aber leicht genug das Fehlende beſchaffen könnte. Beide meinten, durch geſchickte Vorkehrungen und diplomatiſche Unterhandlungen aller Art könnte man es dahin bringen, daß das Unionsheer allein auf dem Kampfplatze erſchiene; Frankreichs Gunſt ſei gewiß, Heinrich IV werde zu verhindern wiſſen, daß der Papſt aus Italien Hilfe ſende, die Schweizer und Erzherzog Maximilian müßten beredet werden, ſpaniſchen Truppen, die es verſuchen wollten, in den Streit ſich einzumiſchen, die Päſſe zu ſperren, Belgien müßte von den Holländern in Schach gehalten, England, Dänemark und Venedig durch Geſandte ins Intereſſe gezogen werden. In Deutſchland wäre es leicht, nicht wenige Freunde für den Einfall in Böhmen zu gewinnen und mindeſtens alle jene zum ruhigen Zuſehen zu vermögen, welche ſich an demſelben nicht betheiligen würden. Habe man einmal das Heer auf den Beinen, ſo ſei man im Stande mit den Proteſtanten, welche in der Armee des Kaiſers und ſeines Bruders dienen, Einverſtändniſſe anzuknüpfen, ſie über ihren eigenen Vortheil „zu informiren“ und auch den Ständen Böhmens begreiflich zu machen, daß die Vermittlung nur ihren Vortheil im Auge habe. Selbſt der Kaiſer dürfte für dieſelbe gewonnen werden können, wenigſtens müßte man verſuchen, „ihm zu Gemuthe zu führen, daß

Google Original from HARVARD UNIVERSITY

die ganze Unternehmung nur ſeine Erhaltung und ſein Intereſſe" bezwecke*). Sei aber der Pfalzgraf mit der Union entſchloſſen, ſo weit zu gehen, ſo müßte man ſich ſchon jetzt klar werden, bei welchem Ziele man anlangen wolle und unter welchen Bedingungen die ganze Vermittlung unternommen werden ſolle. Um alles ins reine zu bringen, ſchlug Anhalt eine abermalige Verſammlung aller Mitglieder der Union vor und bezeichnete hiefür Nürnberg als den gelegenſten Ort**).

Wer möchte die Kühnheit eines Planes in Abrede ſtellen, deſſen Durchführung eine unheilbare Schwächung der deutſchen Habsburger, vielleicht deren völligen Ruin zur mehr oder minder nahen Folge gehabt hätte? Die Berechnungen Anhalts, der mit dem kleinen Unionsheer unbeläſtigt nach Böhmen zu kommen und daſelbſt die Entſcheidung herbeizuführen hoffte, erſcheinen ſanguiniſch, aber man würde ſowohl ſeinen an Auskunftsmitteln aller Art reichen Geiſt unterſchätzen, als auch die ſeiner Einwirkung ſo günſtigen Verhältniſſe nicht gehörig würdigen, wenn man das Unternehmen a priori als undurchführbar verdammen wollte. Anhalt hatte nicht die Abſicht, die Entſcheidung durch Schlachten herbeizuführen, für ihn ſollte das ſchnell geſchaffene Heer nur ein Mittel ſein, ſicher nach Böhmen zu gelangen und daſelbſt durch Machinationen aller Art den Kaiſer von den Böhmen und den Erzherzog von ſeinem Anhang zu iſoliren; es wäre thöricht, daran zu zweifeln, daß er nicht wenigſtens theilweiſe ſein Ziel erreicht hätte. Zudem hätte es Heinrich IV gewiß unternommen, dafür zu ſorgen, daß Anhalt ſein Unternehmen durchführen könne, ohne dabei von Deutſchland oder Spanien durchkreuzt zu werden. Was allein ſein Unternehmen erſchwerte und bei den damaligen Verhältniſſen nicht zur Durchführung kommen ließ, war der Mangel an Zeit. Mathias ſtand im Begriffe, mit Rudolf einen Vergleich abzuſchließen und nur Zauberei hätte vor Abſchluß dieſes Vergleiches ein Heer dem Fürſten zur Verfügung ſtellen können. War aber der Vergleich einmal geſchloſſen, Mathias mit ſeinen Truppen nach Mähren zurückgegangen, ſo war die Gelegenheit zur Einmiſchung vorbei, weil auch der

*) Münchner Staatsarchiv 117/3, 102. Anhalt an Kurpfalz ddo. 6/16. Juni. Als Beilage dieſes Schreibens liegen mehrere Gutachten, darunter das Gutachten B, welches die Koſten der Expedition berechnet, das Gutachten D., welches die politiſchen und diplomatiſchen Schritte erörtert, um das Gelingen der Expedition zu ſichern. Alle dieſe Gutachten ſind von Anhalt ſelbſt ſo ſpät werden. Bewinkhauſen verfaßte eine Art Memorial, welches die bewaffnete Vermittlung nach allen möglichen Beziehungen rechtfertigen ſollte.

**) Bernburger Archiv Reg. VI, B. 4/1—70. Gutachten für den Kurfürſten von der Pfalz.

Google

Schein eines Grundes für dieſelbe fehlte. Uebrigens kam Anhalt nicht in die Lage, an ein verſpätetes Unternehmen die Hand zu legen, denn die Männer, auf deren Zuſtimmung es vor allem ankam, theilten ſeine Entſchloſſenheit nicht, wenngleich ſie ſeine Abſichten billigten. Der Kurfürſt von der Pfalz lehnte den Antrag, einen Unionstag nach Nürnberg auszuſchreiben und denſelben den Plan der bewaffneten Vermittlung vorzulegen, mit der Erklärung ab, daß das ganze Unternehmen doch zu gefährlich ſei und ſeine Kräfte zu gering und daß es mehr als fraglich ſei, ob die Reichsſtädte ſich demſelben anſchließen, die Katholiken dagegen ſich ihm nicht widerſetzen würden*). Anhalt mußte alſo dem öſterreichiſchen Zerwürfniſſe, das er mitvorbereitet und auf das er ſo lange gerechnet hatte, ruhig zuſehen.

Von ſeinem Plan eines bewaffneten Einfalls in Böhmen hatte Anhalt auch dem Erzherzog Maximilian eine wiewohl behutſame Mittheilung gemacht, als dieſer auf der Reiſe von Heidelberg nach Prag in Neumark perſönlich mit ihm zuſammentraf. Der Erzherzog ſchien damit einverſtanden zu ſein, allein die Mittheilung mag gerade die entgegengeſetzte Wirkung von der verurſacht haben, welche Anhalt vermuthete. Bis zu dieſem Augenblicke hatte Maximilian in der That mehr die Partei des Kaiſers als die ſeines Bruders Mathias gehalten und ſeine ſo ernſtlich und beharrlich feſtgehaltene Abſicht, die Kurfürſten von Mainz und von der Pfalz in das Vermittlungsgeſchäft hineinzuziehen, war fortwährend zu Gunſten des Kaiſers gemeint. Aber die Mittheilungen Anhalts und bald darauf die Erfahrungen, welche er nach ſeiner Ankunft in Prag machte und welche ihn bis zur Evidenz von der perſönlichen Unfähigkeit des Kaiſers zur weitern Regierung überzeugten, änderten vollſtändig ſeine Entſchlüſſe und er ſtellte ſich ganz und gar auf Mathias' Seite. Die Folge war, daß der letztere durch ihn den Kaiſer, bereits nach dem Abſchluß der Lieſtner Verträge nochmals erſuchen ließ, er möchte doch im Intereſſe des Hauſes die Regierung von Böhmen niederlegen und ſich in Ruhe zurückziehen. In der That entledigte ſich Maximilian
4. Juli in einer Audienz ſeines Auftrags, wobei es zu harten Worten zwiſchen ihm und dem Kaiſer kam, da dieſer natürlich am wenigſten nach dem bisherigen Benehmen des erſtern vermuthen konnte, einen ſolchen Vorſchlag aus ſeinem Munde zu vernehmen**). In Folge dieſer ſchlechten Aufnahme

*) Bernburger Archiv Reg. VI, B. 4/58—70. Kurpfalz an Anhalt ddo. 16/26 Juni.

**) Brüſſeler Archiv. Secret. d'Etat Allem. Carton 168. Richer an den Geheimſekretär des Erzh. Albrecht ddo. 5. Juli 1608. — Pariſer kaiſerliche Bibliothek. Collection Dupuy. Vol. 75. Bongy an Villeroy ddo. 5. Juli. . . An com-

Google

entfernte ſich auch Maximilian bald nach Mathias von Prag und ſo war der Kaiſer wieder ſich ſelbſt überlaſſen. Abwechſelnd eine Beute nagender Gefühle, der Beſchämung und der Sehnſucht nach Rache und aller eigenen Kraft und alles guten Rathes bar ging Rudolf jetzt der traurigſten Periode ſeines Lebens entgegen.

IV.

Kaum daß der Vertrag zwiſchen Mathias und Rudolf abgeſchloſſen war, ſo trafen in Prag zwei Diplomaten ein, welche von ihren Souveränen abgeſchickt worden waren, um auf den Bruderſtreit vermittelnd einzuwirken, aber in Folge der langſamen Kommunikationsmittel jener Zeit und des ſchnellen Ganges der Ereigniſſe in Böhmen zu ſpät ankamen. Der eine war der päpſtliche Legat Kardinal Melino, der andere ein Vertreter Philipps III Don Balthaſar de Zuñiga. Der Kardinal ſollte nicht dauernd in Prag ſeinen Sitz nehmen, ſondern nur eines beſondern Auftrages des Papſtes ſich entledigen, Zuñiga aber bleibend in Oeſterreich ſeinen Sitz aufſchlagen, da San Clemente's Kränklichkeit und Alter ihm nicht häufige Reiſen zwiſchen Prag und Wien, die nun wahrſcheinlich bevorſtanden, erlaubten und er überdies bei ſeinem Könige bereits um die Rückberufung angeſucht hatte. Seine Kränklichkeit ſcheint auch die Urſache geweſen zu ſein, daß er während des Monates Juni kaum merklich an den Verhandlungen ſich betheiligte, während er doch noch im Mai Spaniens geſammtes Gewicht zu Mathias' Gunſten in die Wagſchale geworfen hatte; allerdings wurde im Juni ſo ziemlich über diejenigen Friedensbedingungen unterhandelt, welche er ſelbſt beiden Parteien zur Annahme empfohlen hatte. In der That griff San Clemente auch ſpäter nicht mehr in die öffentlichen Verhältniſſe ein, denn er ſtarb wenige Wochen nach Zuñiga's Ankunft in Prag. Es gebührt ihm der Ruhm, daß er während der ganzen Zeit, in welche der Streit des Kaiſers mit ſeinem Bruder fiel, ſeinem Hofe die klügſten und verſöhnlichſten Schritte anriet, daß er, obwohl ein Gegner der Proteſtanten, doch in dieſer Angelegenheit ſeinen Eifer zu mäßigen wußte, um nicht in unnützen Unternehmungen ſeine eigene Sache zu gefährden, und daß er beharrlich die Erſetzung Rudolfs durch Mathias empfahl, eine Maß-

---

J'ai reconnu par son discours (des Kzh. Max), qu' il est en fort bon intelligence avec Mathias et je me confirme de plus en plus, que tout ce qui s'est passé s'est fait avec sa participation et son consentement. — Hurter, Ferdinand II, Bd. VI S. 62.

Google

regel, welche nicht nur an ſich dem gemeinen Wohle in Oeſterreich, ſondern auch den Intereſſen der Habsburger am meiſten zuſagte, weil ſie auf keiner Intrigue, ſondern auf natürlichen Verhältniſſen beruhte.

Den Entſchluß, einen Legaten nach Prag zu ſenden, hatte Paul V gleich in den erſten Monaten des Jahres gefaßt, als die Nachricht von der Berufung des Preßburger Reichstags es gewiß machte, daß es nicht lange an Stürmen in Oeſterreich fehlen werde. So ungern er ſeinem Charakter nach an politiſchen Händeln theilnehmen mochte, ſo konnte er ſich ihnen doch nicht ganz entziehen, weil ihr endlicher Ausgang zu eng mit den Intereſſen der Kirche zuſammenhing. Nachdem er jetzt länger als zwei Jahre an der Spitze der Chriſtenheit ſtand, ſah er aber wohl ein, daß die öffentlichen Angelegenheiten durch die verſchiedenartigſten Intereſſen beherrſcht würden, und daß der eigene Vortheil auf die Politik der Staaten einen zu übermächtigen Einfluß ausübe, als daß es ihm als Haupt der Chriſtenheit rathſam ſein konnte, ganz entſchieden für oder wider Partei zu ergreifen. In dem großen Gegenſatz zwiſchen Frankreich und Spanien näherte er ſich unmerklich jener Linie, bei welcher die von ihm gutgeheißenen ruheliebenden Verfahren angelangt waren: er zeigte ſich geneigt durch Rathſchläge und gütliche Einwirkung einen annehmbaren Zuſtand zwiſchen den beiden Mächten herzuſtellen, und beabſichtigte dazu ſeinen ganzen Einfluß aufzubieten, um namentlich die Löſung der niederländiſchen Frage herbeizuführen. Er gab hierin offenbar auch den Inſinuationen Spaniens Gehör, welches bei den in Oeſterreich ſich vorbereitenden Stürmen um jeden Preis eine friedliche Vermittlung des Papſtes herbeiſehnte. Indem er die Vermittlerrolle in Prag und Paris beim Beginne des Jahres 1608 aufzunehmen ſich entſchloß, zeigte er aber deutlich, daß er in ſeiner Parteinahme nicht weiter als zur Ertheilung guter Rathſchläge gehen werde. Er ſah ein, daß eine kriegeriſche Parteinahme des Haupts der Chriſtenheit im 17. Jahrhunderte andere Folgen als im zwölften haben würde. Im zwölften Jahrhunderte trug ein Sieg der Partei, auf deren Seite ſich der Papſt ſtellte, zu ſeiner eigenen Machterhöhung bei, jetzt dagegen hätte der Papſt nur ſelbſt an ſeinen Feſten geſchmälert, wenn er ſich vollſtändig den Intereſſen einer katholiſchen Macht hingegeben hätte.

Seinen Abſichten einer friedlichen Vermittlung entſprach es alſo, wenn er, wie er das ſchon im Anfang ſeiner Regierung gethan, einem möglichen Ruin der deutſchen Habsburger durch die Erſetzung Rudolfs begegnete. Was ſeine ſchriftlichen Mahnungen nicht zu Wege gebracht hatten, das ſollte ſein Legat zu Stande bringen, deſſen Anweſenheit in Deutſchland übrigens auch in anderer Beziehung nützlich ſein konnte. Rudolf bekam alſo mit einemmale aus Rom die Nachricht, der Kardinal

Google

Melino werde im Auftrage des Papſtes nach Deutſchland kommen. Der Kaiſer, welcher ſich weder einen Legaten ausgebeten hatte, noch ſonderlich Freude an dem Betragen des Nuncius in Prag fand und ſchon lange herausgemerkt hatte, welche Stellung Spanien und der Papſt in dem Bruderſtreite einnahmen, war von der Nachricht nicht ſehr erbaut und gab alſogleich ſowohl dem Kardinal Paravicini, welcher ſeine Intereſſen in Rom vertrat, ſo wie ſeinem diplomatiſchen Agenten Renzi den Auftrag, mit allen Mitteln die Abſendung Melino's zu hintertreiben. Paravicini und Renzi mußten aber nichts anderes zu erwiedern, als daß Melino's Abſendung eine beſchloſſene und nicht mehr rückgängig zu machende Sache ſei; erſterer tröſtete den Kaiſer, der Papſt ſei von den beſten Abſichten für ihn beſeelt; aber welcher Art dieſelben ſein konnten, fühlte Rudolf leicht aus den Lobeserhebungen heraus, welche man ſeinem friedfertigen Gemüthe machte, und aus den Ermahnungen, ja nicht dieſer hochherzigen Friedfertigkeit ein Ende zu machen*). Obwohl Melino's Abreiſe bereits im Mai eine beſchloſſene Sache war, verzögerte ſich doch ſeine Ankunft derart, daß er erſt am 9. Juli nach Prag kam. Der Kaiſer gab ſein unbedingtes Mißfallen über ſeine Ankunft dadurch zu erkennen, daß er zu ſeinem Empfang keine Anſtalten treffen ließ**) und durch drei Tage zögerte, ihn zu einer Audienz zuzulaſſen. Als er ſie endlich dem Kardinal gewährte, that er dies ſo ungnädig als möglich; er empfing ihn „ſehr ernſtlichen Geſichtes" im Vorzimmer, wohin er ihm entgegenging, und nickte zum Gruße leicht mit dem Haupte, während der Kardinal mit den tiefſten Bücklingen ſich vor ihm verneigte. Dieſe Scene war Angeſichts vieler Zuſeher, unter denen ſich auch ein kurſächſiſcher Geſandte befand, vor ſich gegangen und Niemand ermangelte natürlich ſeine Bemerkungen darüber zu machen; die Proteſtanten freuten ſich über den ſchlechten Empfang, 12. Juli
was die Katholiken wieder zu der Behauptung veranlaßte, der Kaiſer ſei ungehalten über die verzögerte Ankunft des Kardinals, da er ihn ſchon lange herbeigeſehnt habe, und daher rühre ſein ernſtliches Geſicht***).

Während im kaiſerlichen Vorzimmer dieſe Beobachtungen und Be-

---

*) Wiener Reichsarchiv. MS Paravicini an den Kaiſer ddo. 26. April, ddo. 10. Mai, ddo. 17. Mai, ddo. 21. Mai.

**) Archiv von Simancas. 2194/7 Guillen de San Clemente an Philipp III. S. M. (Rudolf) no le salio a recibir (den Legaten) como lo hizo con el Papa Clemente, quando vinó por legado a las cosas de Polonia, pero juntóse un recivimiento harto debil y haviendo pasado cosas casi ridiculas . . . .

***) Sächſiſches Staatsarchiv. Ungar., Oeſterr. und Böhm. Kriegsſachen. Buch I, Fol. L. Zeidler an den ſächſiſchen Geheimrath Löſer ddo. 3/13. Prag.

Google

merkungen ausgetauscht wurden und man sich wohl auch nicht wenig die Köpfe über den Inhalt der päpstlichen Botschaft zerbrach und gleich richtige Behauptungen wie jene, mit welchen die Katholiken des Kaisers finstere Stirn erklären wollten, aufstellte, befand sich der Kardinal, der nunmehr allein Rudolf gegenüber stand, in der doppelt traurigen Lage eines ungern gesehenen Boten, der überdies noch Unangenehmes zu berichten hatte. Er begann seine Ansprache mit der Erklärung, der Papst fühlt sich sowohl seines Gewissens wie seines Amtes wegen verpflichtet, den Kaiser auf alle die Gefahren, welche die Religion und die Wohlfahrt des habsburgischen Hauses im Augenblicke bedrohen, aufmerksam zu machen. Beides sei nahezu einem sichern Ruine preisgegeben, wenn der Kaiser nicht für die Bestimmung der Nachfolge im Reiche sorge; er, der Legat, sei nun deshalb zu dem Kaiser gekommen, um ihm alle die Gefahren vorzustellen und auf das inständigste zu bitten, einen so heiligen und zweckmäßigen Entschluß wie die Bestimmung der Nachfolge nicht länger aufzuschieben. Stürbe der Kaiser heute ohne Erben, so sei das Reich ein Spielball der Häretiker, ihnen würden sich im Auslande nicht nur alle Gesinnungsgenossen, sondern auch alle Feinde des Hauses Oesterreich anschließen und es sei kaum zweifelhaft, daß das Resultat der Kaiserwahl nach seinem Tode, bei der Getheiltheit der Kurfürsten in eine katholische und protestantische Hälfte, nicht zum Vortheil der Habsburger ausfallen werde. Während der Kardinal in dieser Weise einen Gegenstand erörterte, der dem Kaiser im höchsten Grade unangenehm war und der sich ihm seit der gegen den Bruder erlittenen Niederlage gewiß von keiner empfehlenswerthern Seite zeigte, hatte er zugleich Gelegenheit zu bemerken, daß Rudolf sein Mißfallen keineswegs zu verbergen gesonnen sei. Leisen Tones entgegnete er endlich dem Kardinal, der alle Mühe hatte, ihn zu verstehen und sich so viel als möglich ihm nähern mußte, daß der Gegenstand, um dessentwillen der Papst jetzt einen Botschafter an ihn abgeschickt habe, vielmal bei ihm angebracht worden sei und daß er sich auch selbst in der letzten Zeit entschlossen habe, die Königswahl ernstlich in Angriff zu nehmen, daß aber nicht nur die Ereignisse hemmend dazwischen getreten wären, sondern auch die Entscheidung nicht in seiner, wohl aber in der Kurfürsten Hand liege und daß er übrigens dem Kardinal noch weiter seine Entschlüsse kund geben werde. Melino entgegnete darauf, der Kaiser dürfe auf die letzten Ereignisse keine solche Rücksicht nehmen, um sich durch sie in andern eben so nothwendigen als heilsamen Entschlüssen bestimmen zu lassen; das schlechte Behagen, welches er an seinem Bruder habe, dürfe ihn nicht hindern, die Christenheit selbst zu bedenken und das zu thun, was

Google

für ſie ſo nöthig ſei*). Es gieme einem großen Fürſten die Wohlfahrt der Religion, des Staates und der eigenen Dynaſtie mehr im Auge zu behalten als ſeine perſönlichen Beſchwerden; um ſo mehr, da nun alles von ſeinem eigenen Entſchluße abhänge. Denn was die Kurfürſten betreffe, ſo ſei es zweifellos, daß er ſie ſeinem Willen leicht geneigt machen könne. Der Kaiſer gab auf dieſe Vorſtellung keine Antwort und ſo nahm die Audienz, nachdem ſie etwa eine Viertelſtunde gedauert hatte, ein Ende. Der Kardinal ſchrieb darauf nach Rom, daß Rudolf über den ihm gemachten Antrag mit Barvitius geſprochen und dieſem geſagt habe, der Legat habe wohl mit ſeinen Behauptungen Recht und er ſelbſt (Rudolf) ſollte wohl allein das Wohl der Chriſtenheit ins Auge faſſen, aber die Zeit dafür ſei bei dem Groll, den er gegen ſeinen Bruder fühle, nicht da. Melino ſuchte darauf, ſoviel er konnte, auf die angeſehenſten Mitglieder der kaiſerlichen Regierung Einfluß zu gewinnen, um durch ſie den Kaiſer zu einem Entſchluß zu beſtimmen, allein er kam bald zu der Ueberzeugung von der Erfolgloſigkeit dieſes Weges, denn der Kaiſer ließ von ſeinen Räthen beinahe Niemand vor ſich und wen er vorließ, mit dem beſprach er gewiß nicht die Königswahl. Der Kardinal faßte das Reſultat ſeiner Beobachtung ſo zuſammen, daß nach den vorgefallenen Ereigniſſen niemand anderer als Erzherzog Mathias Nachfolger im Reiche werden könne, daß aber bei der Gemüthsſtimmung des Kaiſers keine Hoffnung vorhanden ſei, letzterer werde ſelbſt die Hand dazu bieten, es ſei denn, fügte Melino hinzu, daß er auf das äußerſte die eigene Abſetzung beſorgen müßte, und dieſer Beſorgniß einen höhern Grad von Gewißheit zu geben, ſei doch allzu gefährlich**).

---

*) Melino an Borgheſe ddo. 14. Juli . . . io supplicava SM. a considerare, che la mia satisfattione, che SM. mostrava di havere di su fratello per questo accidente, non doveva operare, che SM. restasse di far benefitio così notabile alla cristianità . . .

**) Melino an Kardinal Borgheſe ddo. 14. Juli Prag. — Wie übel beraten man iſt, wenn man aus indirekten Quellen die Geſchichte einer Zeit ſchreibt, zeigt ſich bei dieſer Gelegenheit. Der ſächſiſche Geſandte in Prag Zeidler von Berbisdorf berichtet in einem Schreiben ddo. 8/18. Juli (Sächſiſches Staatsarchiv Unger., Oeſterr und Böhm. Kriegsſachen Buch I Fol. 1.) nach Hauſe, Melino habe von Rom den Auftrag gehabt, dem Kaiſer die Erzherzoge Ferdinand und Maximilian zur Nachfolge im Reiche vorzuſchlagen; nach einer Unterredung mit den Prager Jeſuiten habe er jedoch allein den Erzherzog Ferdinand in Vorſchlag gebracht. Aus obiger Erzählung ſieht man aber, daß der Kardinal nur einzig und allein auf Mathias hingewieſen habe. — Wir erwähnen dies, um die faſt zahlloſe Menge von Irrthümern, welche über die Geſchichte der von uns behandelten Zeit in deutſchen Geſchichtsbüchern feſten Boden gefaßt haben, zu

Google

Wenige Tage ſpäter machte der neue ſpaniſche Geſandte Balthaſar von Zuñiga dieſelbe Erfahrung. Er war von Spanien in dem Momente abgeſchickt worden, in welchem man daſelbſt Nachricht von Mathias' Rüſtungen gegen den Kaiſer erhalten hatte, trotzdem kam er aber in Prag erſt am 25. Juli an. Die Audienz, um welche er alſogleich anſuchte, gewährte ihm der Kaiſer erſt nach 15 Tagen und legte dabei dieſelbe abſtoßende Kälte an den Tag, über welche ſich ſchon der Legat zu beklagen Urſache hatte; auf die Grüße von Seite des Königs von Spanien und auf einen Brief der Königin ſeiner Gemahlin, welches beides Zuñiga überbrachte, hatte Rudolf kein Wort freundlicher Entgegnung, ja er verſäumte ſelbſt nach der Geſundheit ſeiner katholiſchen Majeſtät und nach jenen Alltagsſachen zu fragen, deren Erwähnung der diplomatiſche Verkehr faſt wie ein Dogma vorſchreibt. Auch Zuñiga begann ſeine Rede damit, daß er im Namen Philipps III dem Kaiſer die Nothwendigkeit der römiſchen Königswahl vorſtellte und ihn um eine Entſcheidung in dieſer Angelegenheit bat, weil dies das einzige Mittel ſei, um mit den übrigen Erzherzogen in ein gutes Einvernehmen zu treten und ihrer Dienſte ſicher zu ſein. Er ſchlug dem Kaiſer keinen beſtimmten Erzherzog vor, ſondern bat nur überhaupt eine Wahl zu treffen. In Bezug auf den zwiſchen dem Kaiſer und ſeinem Bruder abgeſchloſſenen Vertrag bemerkte der Geſandte, er ſei eigentlich abgeſchickt worden, um hiebei ſeine Dienſte anzubieten, nachdem aber derſelbe geſchloſſen und alles ausgeglichen ſei, werde er in Prag bleiben und erwarte die Befehle des Kaiſers. Leiſe erwiderte ihm darauf dieſer im guten kaſtilianiſchen Dialekt, was das Anſuchen wegen der Nachfolge betreffe, ſo werde er ſeiner Zeit dem Geſandten einen Beſcheid geben, was aber den mit ſeinem Bruder geſchloſſenen Vertrag anlange, ſo ſei derſelbe nicht gut ſondern ſchlecht abgeſchloſſen worden; es wäre eine lange Geſchichte, wollte er das Vorgefallene erzählen, Zuñiga könne es bei ſeinen Miniſtern erfahren. Bei dieſen Worten röthete ſich der Aufregung und wie der Geſandte meinte, vor Scham das Geſicht des Kaiſers, ſo bitter kam es ihm nämlich vor, von der erlittenen Niederlage zu ſprechen. Nach Hauſe berichtete Zu-

erklären. Daß man die Betheiligung Spaniens und Roms an den Ereigniſſen in Deutſchland vollends falſch aufgefaßt hat, iſt wohl nach den bisherigen Mittheilungen erſichtlich, wird aber in der Folgezeit namentlich bei Gelegenheit des Paſſauer Einfalls auf das Frappanteſte hervortreten. Aus der wohl richtigen Annahme, daß es ſich Rom vor allem um die Unterdrückung des Proteſtantismus, Spanien dagegen um die möglichſte Vergrößerung der Macht des Hauſes Habsburg gehandelt habe, hat man ſich ein Bild von ihrer Theilnahme an den Ereigniſſen zuſammengeſtellt, dem die Wirklichkeit nicht entſpricht.

Google

niga, daß er mit dem Erfolge seiner Mission nur schlecht zufrieden sein könne, aber er sprach die Vermuthung aus, daß, da der Kaiser gänzlich niedergebeugt sei, er in kurzer Zeit auch in die physische Unmöglichkeit versetzt sein würde, die Regierung weiter zu führen*).

Fast im selben Augenblick, in welchem die spanisch-römische Diplomatie in Prag eine Niederlage erlitt und des Kaisers Betragen keine Hoffnung übrig ließ, daß er seinem Bruder den Weg zum deutschen Thron ebnen werde, erfreute sie sich auch in Paris keines günstigern Erfolges. Zuniga's Mission nach Prag war keine vereinzelte; sie stand in Zusammenhang mit der Absendung Don Pedro's von Toledo, Marquis von Villafranca, welcher als außerordentlicher Gesandte zu Heinrich IV geschickt worden war. Es kam Spanien vor allem darauf an, in dieser kritischen Zeit, in welcher man nicht wußte, was aus der Herrschaft der deutschen Habsburger werden würde, den gefährlichsten Gegner derselben in Unthätigkeit hinzuhalten und unschädlich zu machen. Hiezu sollte die Absendung Pedro's von Toledo dienen, welcher Heinrich IV eine Allianz mit Spanien unter verlockenden Bedingungen anbieten sollte, wobei die Niederlande der Eisen waren, den man Heinrich IV hinhielt, um seine Aufmerksamkeit von Oesterreich abzulenken.

Man begreift leicht, daß bei der politischen Richtung, welche Heinrich verfolgte, der stete Kampf in den Niederlanden ihm über die Maßen erwünscht war, weil er Spaniens Finanzen und Handel einen fortdauernden Schaden verursachte. Seit länger als einem Jahre hatten sich jedoch zahlreiche Stimmen unter den Generalstaaten selbst erhoben, welche einem Frieden mit Spanien das Wort redeten, wofern letzteres ihre Freiheit anerkennen wollte. Die veranlassende Ursache dieses Umschwunges waren theils bedeutende kriegerische Erfolge, welche die Spanier unter der Anführung Spinola's, der jetzt seine glänzende Feldherrnlaufbahn begann, errungen hatten, theils die eigene finanzielle Erschöpfung, welche es den Bürgern mehr als wünschenswerth machte, im Frieden sich zu erholen. Erzherzog Albrecht zeigte sich geneigt, mit den Holländern auf Grund ihrer Unabhängigkeit zu unterhandeln und so gewannen in der That die Aussichten auf einen baldigen Friedensschluß eine bedeutende Wahrscheinlichkeit. Heinrich IV war nicht sonderlich von diesem Umschwung erbaut; er suchte bei den Generalstaaten durch die mannigfachsten Machinationen die Neigung zum Frieden zu vereiteln und ihre Besorgnisse vor Spaniens Unaufrichtigkeit zu erhöhen, ja er unternahm es, wiewohl vergeblich, ihnen unter seinen deutschen Freunden neue Bundesgenossen an-

*) Archiv von Simancas 2434 N. Zuniga an Philipp III dto. 9. August 1606.

Google

zuwerben, um ihre Luſt zum Kriege zu erhöhen; alles dies aber hinderte nicht, daß die Friedensverhandlungen in den Niederlanden eine immer ernſtere Richtung nahmen *). In dieſem Stadium derſelben ward Pedro von Toledo von Philipp III abgeſchickt, um Heinrich den Vorſchlag zu machen, er ſolle von der Unterſtützung der Holländer ablaſſen, den Spaniern geſtatten vollends dieſelben zu unterwerfen und durch eine Wechſelheirat die Intereſſen ſeines Hauſes mit denen der ſpaniſchen Habsburger vereinen. Der Dauphin ſollte eine ſpaniſche Prinzeſſin, der ſpaniſche Thronerbe eine Tochter Heinrichs heirathen, die Niederlande ſelbſt aber nach dem unbeerbten Tode ihres gegenwärtigen Herrſcherpaares dem zweiten Sohn Philipps III, der ſich mit einer zweiten Tochter Heinrichs vermählen ſollte, zu vollem und erblichem Eigenthum abgetreten werden. Dadurch, daß die Niederlande für immer von der ſpaniſchen Monarchie abgetrennt und wenigſtens in weiblicher Linie von den Nachkommen Heinrichs IV beherrſcht werden ſollten, hoffte man ſowohl die politiſche Eiferſucht dieſes Herrſchers zu beſchwichtigen, als auch ſeinen dynaſtiſchen Intereſſen zu genügen. Der Papſt war dieſer Ausgleichung ſehr geneigt und ſein Nuncius in Paris begünſtigte den Plan Spaniens, nicht etwa um Frankreich zu übervortheilen, ſondern um zwiſchen den katholiſchen Mächten einen Ausgleich herbeizuführen, deſſen die katholiſche Kirche überall ſo dringend bedurfte.

Wohl mag Heinrich einige Augenblicke die Vortheile einer ſpaniſchen Allianz von der Seite abgewogen haben, daß durch dieſelbe die Katholiken Frankreichs feſter an ſeine Dynaſtie geknüpft werden konnten, und auch die Sorge für die allgemeine Anerkennung der Nachfolge ſeiner Kinder mag in dieſem Augenblicke ein ſtärkeres Gewicht auf ihn ausgeübt haben als je; allein er hätte nicht der Mann ſein müſſen, der er war, wenn er wirklich den ſpaniſchen Anerbietungen Gehör gegeben und zur Unterdrückung der Holländer die Hand geboten hätte. Nicht nur ſeine Ehre als Fürſt hätte er gebrandmarkt, ſondern er würde thörichterweiſe ſelbſt die Errichtung eines mächtigen Staates an ſeiner Grenze befördert haben, der durch ſeine Trennung von Spanien nur ſtärker und nicht ſchwächer geworden wäre und der nach einer vorüber-

*) Hierfür die Beweiſe bei Berger von Xivrey, Heinrich an Mr. de la Boderie bde. 14. April 1607 und in andern Briefen, in den Verhandlungen des Präſidenten Jeannin. Aus den von uns ersten Münchner und Wiener Korreſpondenzen welche die erſten Anfänge der Unterhandlungen erzählen, ergibt ſich auch, daß Heinrich die Union zur Unterſtützung der Holländer verhalten wollte. Auch bei Aumont finden ſich darüber Andeutungen. — In der Lebkowitzer Bibliothek Zuñiga's Relation für Pedro von Toledo.

Google

gehend freundlichen Haltung gegen Frankreich mit der Zeit nur sein dauernder Gegner werden konnte. Die Sendung Pedro's von Toledo konnte bei einem in seinem Reiche von den eigenen Unterthanen hart bedrängten Könige Erfolg haben, keineswegs aber bei Heinrich in der Blüthe seiner Macht. In der That erklärte sich der Letztere auf die ihm von Rom und Spanien gemachten Eröffnungen bereit, in eine Familienverbindung mit den Habsburgern einzugehen, aber nimmermehr um den Preis der Aufopferung der Holländer*).

Ein Sieg der spanischen Politik in Paris würde einen entschiedenen Rückschlag auf die deutschen und österreichischen Angelegenheiten ausgeübt haben, sie würden, wenigstens was Rudolf betrifft, die Richtung genommen haben, welche ihnen Rom und Spanien zu geben gesonnen waren, vorausgesetzt natürlich, daß diese Mächte Erzherzog Mathias' Interessen zu den ihrigen gemacht hätten. Die Verwerfung ihrer Vorschläge in Paris war gleichbedeutend mit der Entfernung jedes Druckes auf Rudolf und auf die Protestanten, namentlich auf die in der Union vertretene Aktionspartei. Die Sendung Pedro's von Toledo also, so sehr sie eigentlich nur die Niederlande betraf, übte ihre erste Wirkung auf die österreichisch-deutschen Angelegenheiten aus; ihr Mißlingen war unentbehrlich für die längere Dauer der Verwirrung in Oesterreich und Deutschland.

Jetzt kam endlich auch das deutsche Reich auf dem Kurfürstentage von Fulda nachgehinkt, um seine Meinung über die Vorgänge in Böhmen auszusprechen. So wenig der Tag von Fulda als eine Vereinigung der in ihren Absichten getheilten Kurfürsten eine gemeinschaftliche Politik aufzunehmen im Stande war und eigentlich schon viel zu spät kam, so hielt der Kurfürst von Mainz an seinem Zustandekommen dennoch fest, vielleicht auch deshalb, weil er von dem Erzherzog Maximilian ersucht worden war, die zwischen dem Kaiser und Mathias geschlossenen Verträge unter die Garantie der Kurfürsten zu stellen**). Bevor indessen die Versammlung von Fulda zu tagen begann, hielten sowohl die geistlichen als die weltlichen Kurfürsten getrennte Vorberathungen. Die erstern versammelten sich persönlich in Andernach und hier mag nach allem, was 7. Juli
vorliegt, eine Mathias sehr feindselige Stimmung geherrscht haben, die namentlich von dem Kurfürsten von Köln hervorgerufen wurde. Die geistlichen Herren hatten zwar nicht den Finger gehoben, um dem

*) Berger de Xivrey, Recueil de lettres missives de Henr. IV, tome VII. 478. Heinrich IV an M de Brevés ddo. 23. Juli. Ranke, Franz Geschichte II, 119

**) Münchner Staatsarchiv 54/8, 81. Die geistlichen Kurfürsten an Kurpfalz ddo. 7. Juli 1608.

Google

Kaiſer zu helfen, und hatten ihm erſt vor einigen Wochen in Regensburg jede Unterſtützung in Geld verweigert, aber nun erwachte mit einemmale ihre Abneigung gegen das revolutionäre Vorgehen des Erzherzogs und weckte derart ihre Kampfluſt, daß ſie nichts geringeres als die vollſtändige Wiederherſtellung der Herrſchaft des Kaiſers in Angriff nehmen wollten. Sie beſchloſſen demgemäß die Abſendung eines Geſandten nach Prag, welcher Rudolf ihre Hilfe anbieten ſollte, wenn er wieder den Beſitz des Verlornen erringen wollte*). Nicht ſo häufig wurden die Rechte des Kaiſers in Hof vertheidigt, wo ſich faſt um dieſelbe Zeit die Geſandten der weltlichen Kurfürſten verſammelten. Welche Sprache daſelbſt Sachſen und Brandenburg führten, iſt uns nicht bekannt; die Aufträge, welche der Pfalzgraf ſeinen Geſandten gab, zeigen, daß er noch immer nach Gelegenheit haſchte, ſich in die öſterreichiſchen Angelegenheiten einzudrängen. Er wollte die übrigen Kurfürſten zu einem energiſchen Tadel gegen die Verträge von Lieben hinreißen, weil ſie ohne ihre Theilnahme abgeſchloſſen worden waren und zeigte ſich bereit, falls Kurbrandenburg gleiche Luſt dazu hätte, zur Abſetzung des Kaiſers die Hand zu bieten, um dadurch deſto ſicherer Mathias' ferneren Anſprüchen zu begegnen**). Es iſt nicht zu zweifeln, daß Sachſens dem Kaiſer geneigte Haltung ſolche Anſchläge gegen ihn Stellung im Keime zu nichte machte.

Zu dem Kurfürſtentag, der endlich, nachdem dieſe beiden Verſammlungen zu Ende waren, in Fulda abgehalten wurde, ſchickten ſowohl Rudolf als Mathias ihre Geſandten, beide getrieben von verſchiedenen Abſichten. Der Kaiſer beabſichtigte ſeinerſeits nichts geringeres, als Klage wider ſeinen Bruder zu führen und verlangte ſogar von dem Kurfürſten von Mainz ein Gutachten, in wiefern er denſelben wegen „fürgegangener Attentate" zur Strafe ziehen könnte***), während andererſeits Mathias bei den Kurfürſten die Billigung ſeiner Handlungsweiſe durchſetzen und damit den Weg zum deutſchen Throne ſich ebnen wollte. Als die Verhandlungen in
29 Juli Fulda, wo die Kurfürſten nicht perſönlich erſchienen, ſondern nur durch ihre Geſandten ſich vertreten ließen, ihren Anfang nahmen, wurde zuerſt die Frage aufgeſtellt, welche Stellung das Reich gegen die Verträge zwiſchen dem Kaiſer und ſeinem Bruder einzunehmen habe. Obwohl alle Kurfürſten, wenngleich aus verſchiedenen Gründen, mit dem Ausgange des Streites

*) Archiv von Simancas, 868. Molina an Borghese dto. 18. August.

**) Münchner Staatsarchiv 547/6, 5a. Inſtruction des Pfalzgrafen für ſeine Geſandten im Hof.

***) Brüſſeler Archiv: Secret. d'Etat Allem. Carton 163. Biſchof an Erzh. Albrecht dto. 5. Juli.

Google Original from HARVARD UNIVERSITY

unzufrieden waren, und die Gesandten in ermüdender Breite gegen die Verletzung der Reichshoheit und der kurfürstlichen Rechte klagten, so kam man doch nach mehrtägigen und heftigen Debatten zu keinem anderen Schluße, als daß man über den geschlossenen Vergleich weiter kein Urtheil abgeben wolle, für die Zukunft aber energisch dagegen protestire, daß dergleichen Verträge je mehr ohne Betheiligung des Reiches abgeschlossen würden. Die Vertreter der geistlichen Kurfürsten mußten sich dieser ausweichenden Beurtheilung auch anschließen, da ihre Herren von Prag noch keine Nachricht hatten, wie der Kaiser ihre Anerbietungen aufnehmen werde. Als bei den Berathungen vielfach das Betragen des Kaisers erörtert wurde, konnten sich einzelne der Gesandten nicht der Bemerkung enthalten, daß derselbe wohl selbst seine Leiden verschuldet habe; gegen eine solche Auffassung traten aber sowohl Sachsen als Köln entschieden auf, ja der klnische Gesandte nahm keinen Anstand, den Erzherzog Mathias auf das heftigste anzugreifen und geradezu einen Majestätsverbrecher zu nennen. Nach diesen lebhaften, nichtsdestoweniger aber resultatlosen Debatten kamen verschiedene Reichsangelegenheiten zur Sprache; zuerst verstummten die pfälzischen Gesandten nicht gegen die bisherige Zusammensetzung des Reichshofrathes und seine Jurisdiktion Einsprache zu erheben, was wiederum eine Gegenantwort von Seite Sachsens zur Folge hatte, welches in energischer Weise die kaiserlichen Rechte vertheidigte. Auch auf die Lage Donauwörths wurde die Aufmerksamkeit gelenkt. Die protestantischen Kurfürsten, obwohl nicht alle gleich eifrig, verlangten eine gemeinschaftliche Intercession für die Reichsstadt, welche, wie zu erwarten stand, von den geistlichen verweigert wurde. In diesem Stadium der Verhandlungen traf die Nachricht ein, daß der Kurfürst von Brandenburg gestorben sei; die brandenburgischen Gesandten erklärten, nun nicht weiter an den Berathungen theilnehmen zu können und auch die Mehrzahl der übrigen Gesandten benützte dies Ereigniß, um den Tag von Fulda abzubrechen und dem kaiserlichen Gesandten einen abschlägigen Bescheid zu geben, als dieser schließlich im Namen seines Herrn um Wiederaufnahme des abgebrochenen Reichstags und um vorläufige Auszahlung von 25 Römermonaten bat*).

---

*) Sächsisches Staatsarchiv. Acta des zu Fulda gehaltenen Kurfürstentags 1787. fol. 73—149. Protokoll des Kurfürstentags ddo. 19/29. Juli bis 28. Juli/7. Aug. — Münchner Staatsarchiv 547/8, 95. Kurpfälzische Instruktion für den Tag von Fulda ddo. 12/22. Juli. — Bernburger Archiv fl. 4, 228/279. Pleiden an Anhalt ddo. 24. Juli/3. August Fulda . . . Soulement on a conclu, qu'il n'est pas expedient de reprouver n'y approuver les traités de Bohême. — Münchner Staatsarchiv fl. 547, 537. Camerarius an den pfälz. Kanzler Christoph von der Grün ddo. 24. Juli 1608 A. St.

Google

Mittlerweile war der Rath des Kurfürsten von Köln, der Canonicus Hennet im Auftrage der geistlichen Kurfursten nach Prag gekommen und hatte dem Kaiser Briefe von ihnen überreicht, in welchen sie sich zu jeder Hilfeleistung erboten; sie machten in denselben sogar Rudolf, fast möchten wir sagen, zärtliche Vorwürfe, daß er ihre thätige Hilfe nicht in Anspruch genommen habe und versicherten ihn schließlich, daß sie an ihm als ihrem Kaiser festhalten wollten, so lange er lebe und die Last der Regierung weiter tragen könne. Rudolf dankte für diese Anerbietungen und entschuldigte seine Saumseligkeit, in der Aufforderung an die geistlichen Kurfürsten ihm zu Hilfe zu eilen, damit, daß er nicht einmal Zeit dazu gehabt habe, denn der Erzherzog habe ihn ganz „unversehens überfallen“*). Er drückte bei dieser Gelegenheit zugleich den Wunsch nach einer persönlichen Zusammenkunft mit den Kurfürsten aus und meinte, daß für alles erlittene Ungemach wohl Hilfe sei, sobald er von ihnen in der That Unterstützung erlangen würde.

Hennet hatte ursprünglich den Auftrag erhalten, dem Kaiser im Namen der geistlichen Kurfursten geradezu Hilfe „zur Wiedergewinnung der verlorenen Länder“ anzubieten; unmittelbar vor seiner Abreise von Köln wurde ihm aber diese weitgehende Vollmacht wieder entzogen und er nur zu jener oben erwähnten allgemeinen Anerbietung von Hilfeleistungen ermächtigt. Wahrscheinlich war es die Absicht der Kurfürsten, sich erst durch ihren Gesandten einen genauen Bericht über die Verhältnisse in Oesterreich erstatten zu lassen, bevor sie sich dem Kaiser zu einer so weitgehenden Unterstützung verpflichten wollten. Als Hennet in Prag anlangte, traf er daselbst auch den päpstlichen Legaten an, mit dem er natürlich nicht nur seine Aufträge besprach, sondern dessen Ansichten er auch einholte. Die Belehrungen Melino's, die offenen und aufrichtigen Mittheilungen des Geheimrathes Barvitius und endlich eigene Beobachtungen brachten dem Gesandten sehr bald die Ueberzeugung bei, daß seine Auftraggeber bei ihren Beschlüßen von einer vollständigen Unkenntniß der Sachlage ausgegangen seien. Der Kardinal bezeichnete ihm die Wiedereinsetzung des Kaisers in seine frühere Herrschaft als eine bare Unmöglichkeit, als einen Versuch, der geradezu erst recht zu seinem völligen Verderben ausschlagen würde, weil Mathias nie zu einer Abtretung des Gewonnenen willigen könnte und nur gezwungen würde, sich des Restes zu bemächtigen; ja er fügte noch hinzu, daß eine Unterstützung des Kaisers, weit gefehlt der Religion zu dienen, ihr gerade den völligen Untergang bereiten würde. Barvitius

*) . . . perchè el Arciduca le haveva assaltato all improviso. Melino an Paleotto.

Google

ſagte, die Kurfürſten hätten nur aus Unkenntniß der wahren Lage der Dinge und der Unfähigkeit des Kaiſers zur Regierung Heinrich mit ſolchen Aufträgen nach Prag ſchicken können. Der Geſandte war ſo von der Richtigkeit dieſer Anſichten überzeugt, daß er in Prag erklärte, er könne ſeinem Herrn nach der Lage der Dinge zu nichts anderem rathen, als höchſtens zur Unterſtützung des Kaiſers, im Falle er von ſeinem Bruder angegriffen würde.

Damit aber, daß ſich die geiſtlichen Kurfürſten, nachdem ſie eine nüchterne Anſchauung von den Verhältniſſen an dem kaiſerlichen Hofe gewonnen hatten, einfach zurückzogen und nichts mehr über eine Hilfeleiſtung verlauten ließen, war die Sache nicht abgethan. Der Kaiſer, gebeugt von den erlittenen Niederlagen und von den neuerlichen Anträgen Melino's und Zuñiga's, und ohne irgendwo einen Freund zu finden, würde ſich mit oder gegen ſeinen Willen in das Unvermeidliche gefügt und ſeinen Bruder wenigſtens für eine Zeit in Frieden gelaſſen haben. Aber die unvernünftigen Anerbietungen der geiſtlichen Kurfürſten goſſen Oel ins Feuer und mit wilder Leidenſchaft dachte Rudolf einige Wochen lang mit Gewalt wieder zu erringen, was er eben verloren. Statt an die mit ſeinem Bruder betriebene Entwaffnung Hand anzulegen, ertheilte er Patente zur Anwerbung friſcher Truppen und betrieb die Sache mit ſolcher Eile, daß Zerotin in Mähren bereits Vorbereitungen treffen zu müſſen glaubte, um dem erwarteten Einfall zu begegnen*). Zwar erloſch Rudolfs Kriegseifer bald wieder, da demſelben ſchließlich alle Mittel gebrachen, und die Rüſtungen hielten wieder inne, aber von dem Gedanken, daß es ihm durch politiſche Machinationen gelingen könne, gegen Mathias das zu erreichen, was dieſem eben gegen ihn ſelbſt gelungen war, davon ließ er nicht mehr ab, und darnach richtete er jetzt ſeine Politik ein. Sein Ziel war der Wiedergewinn des Verlorenen, gleichgiltig auf welchem Wege und um welchen Preis. Daß er aber dieſe Wege einſchlug, daran trugen eben die unvorſichtigen Beileidsbezeigungen der geiſtlichen Kurfürſten große Schuld. Als dieſe ſich zurückzogen und den Kaiſer ſich ſelbſt überließen, warf ſich dieſer geradezu dem bitterſten Gegner ſeines Hauſes in die Arme und wir werden bald ſehen, wie er ſich mit dem Fürſten von Anhalt gegen ſeinen Bruder zu verbinden ſuchte.

*) Briefe der Staatsarchive. Fischers Berichte. — Chlumecky: Karl von Zerotin

Google

Sechstes Kapitel.

I. Mathias' Haltung nach seinem Siege. Beginn seines Zerwürfnisses mit den Oesterreichern. Huldigung in Mähren. Prätensionen der Oesterreicher. Krönung in Ungarn. — II. Anhalts Verhältnis zu den neuen Wirren in Oesterreich. Seine Absicht die Union über Oesterreich, Ungarn und Mähren auszudehnen. Heinrichs IV Stellung zur Union. Versuch Venedig der Union zu gewinnen. Dohna in Venedig, Sedan und Paris. Die Zusammenkunft in Wittlingen. Zerotins Verhalten. — III. Anhalts Plan, Mathias mit Hilfe Rudolfs zu stürzen. Illeshazy. Beginn der Verhandlungen Anhalts mit Rudolf. Des Kaisers Hoffnungen auf den Wiedergewinn des Verlorenen. Erzherzog Leopolds Sendung nach Wien. Anhalts weiterer Verkehr mit dem Kaiser. Seine und Tschernembls Entwürfe einer Befriedigung der Oesterreicher. Gesandtschaft der Herren nach Mähren und Ungarn. — IV. Anhalts stetes Bemühen die Verhandlungen mit Mathias resultatlos zu machen. Er wird von Zerotin und von der Union selbst durchkreuzt. Gesandtschaft der Union nach Oesterreich. Des Kaisers Ungeduld wegen der Zögerungen Anhalts. Mathias entschließt sich zur Nachgiebigkeit. Beginn der Verhandlungen in Wien. Tschernembls und Anhalts Versuche sie zu nichte zu machen. Zerotin bringt glücklich den Vergleich zwischen Mathias und den Herren zuwege. Schlußbetrachtungen.

I

Wenn Mathias bei seinem Rückzuge aus Böhmen die Ereignisse der letzten Monate überblickte, konnte er sich nicht verhehlen, daß er vom Glücke in ganz außerordentlicher Weise begünstigt worden sei, daß Katholiken und Protestanten mehr oder weniger hilfreich die Hand ihm geboten hatten und daß ihm nur dadurch sein rascher und blutloser Sieg gelungen war. Es war nun eine natürliche Folge, wenn sich alle diejenigen, welche an seiner Erhöhung mitgewirkt hatten, um ihren Lohn bewarben und nach dem Antheil, welchen an demselben die Stände von Ungarn, Oesterreich und Mähren und unter diesen wieder der protestantische Theil gehabt hatte, konnte wohl nicht zweifelhaft sein, wen Mathias zu befriedigen trachten müsse. Allein wie so oft vor kurzem erwiesene Dienste uns häufig auf große Wohlthaten vergessen machen, welche wir vor längerer Zeit empfangen haben, so wendete auch Mathias mit einemmale seine Aufmerksamkeit auf das zuvorkommende Benehmen, dessen

Google Original from HARVARD UNIV.

er ſich von den Vertretern Spaniens und Roms zu erfreuen gehabt hatte; er hörte nur zu oft ihre mündlichen und ſchriftlichen Verſicherungen, daß, wenn er das Wohl der katholiſchen Kirche ſtets vor Augen haben werde, man über die Art und Weiſe, wie er zu ſeinem jetzigen Beſitz gelangt ſei, nicht grübeln, ſondern ihn auch fernerhin unterſtützen werde. Spaniens und Roms Freundſchaft, das hoffte Mathias, würden ihm am Ende gewiß zum Beſitz der böhmiſchen und deutſchen Krone verhelfen; er durfte auch von Beiden auf Subſidien rechnen, wenn er ihnen nicht Urſache zum Mißfallen gab, und Geld benöthigte ſeine erſchöpfte Kaſſe faſt ſo wie die des Kaiſers. Was war natürlicher, als daß er dieſen Hoffnungen mehr Aufmerkſamkeit zuwendete, als der Befriedigung ſeiner Bundesgenoſſen, welche er bereits als ſeine Unterthanen anſah.

Den erſten Schritt auf dieſem Wege der möglichſten Schonung der zwar nicht durch ſeine Schuld, aber doch durch ſeine Theilnahme arg gefährdeten katholiſchen Intereſſen machte er, indem er abermals eine Vereinigung aller Prinzen des Hauſes anſtrebte, um durch ſie gewiſſermaßen nachträglich den Zug gegen den Kaiſer billigen zu laſſen und an ihnen eine Stütze für ſich ſelbſt zu gewinnen. Mit Maximilian ſcheint er von Prag her wieder in ein vollſtändiges Einvernehmen getreten zu ſein; es handelte ſich alſo nur um den Repräſentanten der Grazer Linie, Erzherzog Ferdinand. Mathias, ein verſöhnlicher und nachgiebiger Prinz, vergaß ſchnell auf die feindliche Rolle, welche Ferdinand in Regensburg geſpielt hatte und lud den letztern in der verbindlichſten Weiſe zu einer perſönlichen Zuſammenkunft ein, an der auch andere Erzherzoge theilnehmen ſollten. In der That fand dieſe am 24. Juli in Schottwien 1608
ſtatt und es erſchienen dabei neben Mathias und Maximilian auch Ferdinand, Maximilian Ernſt und Leopold von der ſteiriſchen Linie. Obwohl anfangs mancherlei Differenzen zur Sprache kamen und Mathias es ſelbſt an Angriffen gegen Ferdinand nicht fehlen ließ, ſo kam doch raſch eine Einigung zu Stande und die anweſenden Erzherzoge entſchloſſen ſich, offen für den Senior unter ihnen, für Mathias einzutreten und ſowohl bei den Kurfürſten als auch beim Kaiſer darum anzuſuchen, daß die Nachfolge im deutſchen Reich zu Gunſten desſelben ohne längere Zögerung entſchieden werde. Wie wenig ſowohl die geiſtlichen als die weltlichen Kurfürſten zu einem Eingehen auf dieſe Bitte eben jetzt geneigt waren, wiſſen wir; was den Kaiſer betrifft, ſo ſagte er offen, als er von den Verhandlungen zu Schottwien Nachricht erhielt: lieber wolle er todt ſein, als in Erzherzog Mathias ſeinen Nachfolger ſehen*).

*) Brüſſeler Archiv. Secrétairerie d'Etat Allem. Carton 163. Bücher an Hed-

Google

Bevor noch Mathias wiſſen konnte, welch' geringen Erfolg namentlich in Deutſchland das Anſuchen der Erzherzoge haben werde, wurde er von ſeinen neuen Unterthanen daran gemahnt, daß ſie keineswegs mit gleichem Intereſſe für ſeine Erhebung beſeelt ſeien und daß er mit einer gegen ſeinen Willen jetzt ihnen ſeine Aufmerkſamkeit zuwenden müſſe. Nach ſeiner Rückkehr nach Wien wollte er die Huldigung in den abgetretenen Ländern entgegennehmen und zwar zuerſt in Oeſterreich und Mähren, worauf er nach Ungarn zur Krönung zu reiſen gedachte. Kaum daß er jedoch dieſe Abſicht kundthat, ſo verſammelten ſich auch ſchon die Abgeordneten von Oberöſterreich unter Tſchernembls Einwirkung in Linz und verbanden ſich daſelbſt, dem Erzherzog nicht früher zu huldigen, bevor nicht ihren Beſchwerden abgeholfen und namentlich die Religionsübung freigegeben ſei. Noch vor Empfang einer Antwort eröffneten ſie wenige Tage ſpäter überall den proteſtantiſchen Gottesdienſt und bemächtigten ſich des Linzer Schloſſes und der Regierung im Lande mit der Behauptung, daß letztere ihnen allein zuſtehe, bevor ſie nicht die Huldigung geleiſtet hätten, ja ſie ſetzten ſelbſt die Höflichkeit aus den Augen und verſtatteten nicht einmal dem Erzherzog Maximilian, als dieſer von Paſſau nach Wien reiſte und im Linzer Schloß abſteigen wollte, eine Unterkunft in demſelben*). Ihrem Beiſpiele folgten die niederöſterreichiſchen Proteſtanten, indem ſie mit gleicher Heftigkeit vollſtändige Religionsfreiheit begehrten und aus dieſem Grunde dem Anſuchen der Oberöſterreicher ſich anſchloſſen, doch wagten ſie es nur in einem einzigen Falle, ſich faktiſch in den Beſitz der begehrten Freiheit zu ſetzen.

Dieſe Forderungen waren wohl die hauptſächlichſte Veranlaſſung, daß Mathias ſich entſchloß, zuerſt in Mähren ſich huldigen zu laſſen, um dann auf dieſes Beiſpiel geſtützt, die Oeſterreicher leichter zur Nachgiebigkeit zu vermögen; denn wenn er auch geneigt war, in allem eine geordnetere Regierung als die Rudolfs einzuführen und dem Adel in ſeinem Bekenntniſſe keine Gewalt anzuthun, ſo wollte er ſich doch für die Städte

---

hammer dto. 4. Auguſt. — Hurter: Ferdinand II, Bd. VI S. 72. — Simancas 9912. Avisa an Philipp III dto. Rom den 8. Feber 1609. Die geiſtlichen Kurfürſten hatten dem Papſt ſelbſt ihre entſchiedene Abneigung erklärt, Mathias je zum Kaiſer zu wählen. Der ſpaniſche Geſandte, der in Rom den Papſt für Mathias gewinnen ſollte, ſchreibt an Philipp III: V. M. me tiene mandado, que yo haga instancia con S. S. a que ayude que el Rey de Ungria sea elegido por Rey de Romanos. El Papa me responde, que ningun Elector esta inclinado a ello y mucho menos los Ecclesi; astticos y que el Elector de Colonia lo dixo muy claro.

*) Münchner Staatsarchiv. 547, 10, 5. Ducker an Anhalt dto. 3. Jänner 1609.

Google

unbedingt zu keinen Konzessionen entschließen und gerade um diese handelte es sich. — Vor seiner Ankunft in Mähren hatte sich bereits ein außerordentlicher Landtag in Olmütz versammelt, welchem Zerotin Bericht von den Vorgängen in Böhmen und von den für Mähren errungenen Freiheiten erstattete. Der Landtag war nicht nur mit dem Geschehenen völlig zufrieden, sondern wählte auch Herrn von Zerotin zum Landeshauptmann, übergab ihm so die Regierung des Landes und lud darauf den Erzherzog Mathias ein, die Huldigung der Einwohner entgegenzunehmen, indem er zugleich dieser Einladung die Bitte anhängte, derselbe möge die freie Religionsübung als allgemein gültiges Gesetz bestätigen. Obwohl sich dieser Bitte auch die Katholiken angeschlossen und sie mit ihrer Namensunterschrift versehen hatten, so wandten sich doch einige insgeheim nach Wien und baten den Erzherzog dringend, derselben nicht nachzugeben. Es war vor allem der Kardinal, welcher diese zweideutige Rolle spielte, Mathias zum Widerstand aufforderte und Khlesl insbesondere ersuchte, seinen ganzen Einfluß in dieser Richtung geltend zu machen*).

Die Huldigung war auf den 25. August anberaumt und zu diesem Ende ein gleichzeitiger Landtag nach Brünn ausgeschrieben worden. Mathias langte am bestimmten Tage in dieser Stadt an und erfreute sich der festlichsten Aufnahme; die Huldigung selbst wurde aber auf einige Tage verschoben, da indessen der Landtag eröffnet und seine Wünsche gehört werden mußten. Die Frage wegen allgemeiner und bedingungsloser Gewissensfreiheit kam natürlich zuerst in demselben zur Sprache. Während die Protestanten das Verlangen stellten, der Erzherzog solle vor der Huldigung sich zu deren Gewährung verpflichten, traten einzelne Katholiken energisch dagegen auf und selbst Mathias gab die Erklärung ab, daß er lieber auf die Herrschaft verzichten, als eine unbedingte und allgemeine Glaubensfreiheit zugestehen wolle. Diesem Streit, der, wenn man allen Verhältnissen billige Rechnung trägt, in jener Zeit nicht so leicht wie in unseren Tagen zu entscheiden war, weil die kirchlichen Verhältnisse zu eng mit den staatlichen verflochten waren, und der bereits die Gemüther so entflammte, daß ein Ausgleich gar nicht möglich schien, gab Zerotin durch sein maßvolles und friedfertiges Auftreten einen unerwarteten und doch befriedigenden Ausgang. Er beredete seine Freunde, von ihren Forderungen in so weit abzulassen, daß man sich mit dem Zustand faktischer Glaubensfreiheit, wie er fast überall in Mähren Geltung hatte, begnüge und bloß jetzt bestimme, daß Niemand um der Religion willen verfolgt werden solle. Mit diesem Vorschlag war allerdings den königlichen Städten

*) Chmelsch. Kurl von Zierotin S. 507.

Google

am wenigſten genügt, denn ihnen war, falls er angenommen wurde, die öffentliche Ausübung der proteſtantiſchen Religion nach wie vor unterſagt und nur geſtattet, den Gottesdienſt in den Kirchen ihres Glaubens, welche außerhalb des ſtädtiſchen Weichbildes auf den Gründen des benachbarten Adels lagen, zu beſuchen. Dennoch veranlaßte Zierotin ſeine Freunde zur Annahme dieſer beſchränkenden Bedingungen, weil er hoffen mochte, daß die Zeit ſchließlich zwiſchen den religiöſen Parteien einen Friedenszuſtand anbahnen werde und daß derſelbe gewiß geſicherter ſei, wenn die Katholiken nicht zu ſehr in dem, was ihnen Recht ſchien, verletzt würden. Von der Zukunft erwartete er alſo die Ausgleichung, welche in der Gegenwart unmöglich ſchien. Nachdem die religiöſe Frage ſo geordnet war, fand bezüglich der politiſchen ſchnell eine Einigung ſtatt, da Mathias den Forderungen des Adels, die ihre Herrſchaft im Lande zum Zweck hatten, keinen Widerſtand entgegenſetzte. So fand die Huldigung weiter kein Hinderniß und ſie wurde dem Erzherzog am 30. Auguſt in der Michaelskirche in Brünn geleiſtet*). Am 4. September reiſte er nach Wien zurück.

Zwiſchen den ober- und niederöſterreichiſchen Proteſtanten war indeſſen eine ſolche Einigung vor ſich gegangen, daß auch die letztern entſchloſſen waren, die Huldigung nicht zu leiſten, bevor ihren religiöſen Forderungen nicht genügt wäre; beide beriefen ſich hiebei auf die Konzeſſion Maximilians II. Was nun dieſe Konzeſſion betrifft, ſo ſuchten ihr die Stände eine ſolche Deutung zu geben, als ob ſie mit ihren religiöſen Forderungen im Rechte wären, thatſächlich geſtattete aber dieſelbe nur dem Adel in ſeinen Burgen und Häuſern freie Religionsübung. Indem nun die Proteſtanten gleiche Freiheit auch für ihre Unterthanen und für die Städte beanſpruchten, traten ſie entſchieden aus dem Kreiſe der mehrerwähnten Konzeſſion heraus und machten alſo ihre Huldigung nicht von der Beſtätigung hergebrachter Rechte, ſondern von ihrer Vermehrung abhängig. Wir wollen hiebei weiter kein Gewicht darauf legen, daß nach den Behauptungen der Katholiken Mathias nicht einmal zur Aufrechthaltung und Beſtätigung der mehrerwähnten Konzeſſion verpflichtet war, da ſie kein Privilegium oder Grundgeſetz, ſondern nur ein für die Lebensdauer Maximilians II giltiges Zugeſtändniß war**). Denn die während Rudolfs faſt geſammter Regierungsdauer eher erweiterte als geſchmälerte Religionsfreiheit hatte bereits das nicht unbedeutſame Recht

*) Chlumecky: Zierotin S. 519.

**) Dieſe Behauptung ſtellte auch Mathias auf. Münchner Staatsarchiv 547 10, 243 Mathias' Inſtruktion für Ferdinand zu Lonan zu ſeiner Reiſe zu den Kurfürſten dto. 11. Jänner 1609.

Google

langen Geſtehens für ſich. Die Proteſtanten begnügten ſich jedoch nicht mit ihrer willkürlichen Erklärung des unter Maximilian erlangten Zugeſtändniſſes, die Oberöſterreicher gingen unter Tſcherembls beſtimmendem Einfluß noch um einen ſehr bedeutenden Schritt weiter vor. Sie erklärten nämlich, daß, nachdem Rudolf die Regierung über das Land niedergelegt habe, dieſelbe ihnen ſo lange gebühre, ſo lange ſie nicht ſeinem Nachfolger die Huldigung geleiſtet hätten. Wenn dieſe Behauptung ihre Richtigkeit hatte, dann war Mathias' Stellung eine ſehr trübe, denn ihm blieb nichts anderes übrig, als allen ſtändiſchen Forderungen, welcher Art immer, nachzugeben. Aber ſo wie in der Erklärung der Konzeſſion Maximilians II die Behauptungen der geſammten öſterreichiſchen Stände durch nichts begründet waren, ſo litten auch jetzt die der Oberöſterreicher, daß den Ständen beim Regierungswechſel ſo lange alle Regierung gebühre, als ſie nicht die Huldigung geleiſtet hätten, an einigen Erzungen im Beweiſe. Allerdings iſt es unbeſtreitbar, daß mehrmals der Fall eingetreten war, in welchem die Stände an der Regierung des Landes in ſolchen Zwiſchenzeiten Antheil hatten, aber allemal war dies entweder während der Minderjährigkeit des Erben, oder bei Zwiſtigkeiten im Erzhauſe und ähnlichen Ereigniſſen, welche für ſtändiſche Uebergriffe günſtig waren, eingetreten und es folgte keineswegs daraus das Recht*), die Regierung des Landes für ſich ſelbſt zu führen oder die Huldigung zu verweigern, wenn der Landesfürſt eine Erweiterung ihrer Privilegien nicht zugeben wollte.

Als nun Mathias nach Wien zurückkehrte, wollte er daſelbſt die Huldigung der niederöſterreichiſchen Stände entgegennehmen, mußte aber bei den Einwendungen der Proteſtanten gleich anfangs auf ſeinen Wunſch verzichten und ſich die Einberufung eines Landtages gefallen laſſen, der über die ſtrittigen Forderungen berathen ſollte. Hatten die Proteſtanten ſchon außerhalb des Landtags feſt auf eine allgemeine Religionsfreiheit gedrungen, ſo war dies noch mehr jetzt der Fall und alle Einwendungen des Erzherzogs, daß ſie nicht das Recht hätten, ihm die Huldigung zu verweigern, wenn er die bisherigen Gerechtſame beſtätige, halfen zu nichts. Sie erwiederten mit einer ſchlagenden Folgerichtigkeit, daß, da ſie nur deshalb von Rudolf ſich getrennt hätten, weil derſelbe ihren Beſchwerden nicht abgeholfen habe, eigentlich jeder Grund zum Wechſel der Herrſchaft hinweggefallen ſei, wenn Mathias ihren Bitten nicht nachgeben wolle**). Der fortgeſetzten Unnachgiebigkeit des Erzherzogs ſetzten die Proteſtanten

*) Die Streitſchriften der Proteſtanten bei Kurtzbach.

**) S. Illy: Zur Charakteriſtik Tſcherembls im Archiv für öſterreichiſche Geſchichte 19. Band.

Google

endlich einen entscheidenden Schritt dadurch entgegen, daß sie plötzlich
14. Sep. Wien verließen und nach Horn abreisten, um da ihr weiteres Benehmen zu regeln. Von dortaus mahnten sie die katholischen Standesgenossen, die Huldigung nicht eher zu leisten, so lange nicht ihren Forderungen genügt sei, weil ein so einseitiges Vorgehen den gemeinsamen Freiheiten nur zum Nachtheil gereichen könnte. Hierin jedoch täuschten sie sich, denn nach mehreren vergeblichen Aufforderungen an die Horner zur Rückkehr, entschloßen sich die katholischen Stände getrennt zur Huldigung und leisteten dieselbe am 8. Oktober in Wien. Ihrem Beispiele folgten zwei protestantische Herren und sämmtliche niederösterreichische Städte. Dagegen wurden die Protestanten in Horn zur Ausdauer durch den Beitritt der oberösterreichischen Glaubensgenossen aufgemuntert. In der Geschichte erhielten sie alle nach ihrem Versammlungsort den Namen die Horner.

Da auch die weitern Bemühungen des Erzherzogs, die Protestanten zur Nachgiebigkeit zu vermögen, nichts fruchteten, so reiste derselbe nach Preßburg ab, woselbst seine Krönung zum Könige von Ungarn am 20. Oktober stattfinden sollte. Vor seiner Ankunft war von Seite der Horner Tschernembl dahin geschickt worden, um die Ungarn zur Verweigerung der Krönung zu vermögen, so lange nicht den Forderungen der Oesterreicher genügt sei, und in der That mahnte er sie an die Verpflichtungen, welche das Ètërbeheler Bündniß den Ständen Ungarns, Mährens und Oesterreichs zu gegenseitiger Hülfeleistung auflegt. Man muß wohl gestehen, daß die Ungarn um so mehr verpflichtet waren, den Wünschen der Oesterreicher Rechnung zu tragen, da sie selbst im Begriffe waren, Forderungen an ihren König zu stellen, welche die der Oesterreicher in vieler Beziehung überboten. Auch entschloß sich wirklich ein Theil der Ungarn die Wünsche der letztern auf das kräftigste zu unterstützen und als Mathias in Preßburg anlangte, verlangte man von ihm nichts weniger als eine völlige Freigebung der Religion im Erzherzogthum. Eine ungarische Gesandtschaft reiste noch überdies nach Wien, um sich bei Maximilian, der indessen mit der Regierung Oesterreichs beauftragt war, für die Horner zu verwenden, doch ließ es dieselbe zugleich nicht an Worten fehlen, um auch die letztern zur möglichsten Nachgiebigkeit und zur Vermeidung eines innern Krieges zu mahnen. Mathias selbst beeilte sich durch Gewährung wichtiger Zugeständnisse an die Ungarn die Krönung zu beschleunigen, damit nicht die Berichte der ungarischen Gesandtschaft aus Wien eine ungewünschte Verzögerung herbeiführen möchten*). Auch die

*) Herbergers Kchrn. Reg. VI. B. IV. Bel. XI. 1611. Die Berichte der Horner an die in Horn versammelten Stände vom 19. Nov. 1608.

Google Original HARVARD UN

Herſtellung der Palatinswürde bewilligte er und ihre Uebertragung an den viel genannten Illeshazy, welchen er ſich noch überdies durch eine bedeutende Schenkung mit Gütern, welche dem Graner Erzbisthum gehörten, verband. So fand endlich die Krönung ſelbſt am 19. November ſtatt. In 23 Artikeln, in welchen die zwiſchen Mathias und den ungariſchen Ständen vereinbarten Bedingungen zuſammengefaßt waren, war der Sieg des Ständeſtaates und der magyariſchen Suprematie vollſtändig entſchieden und die öffentlichen Verhältniſſe in Ungarn näherten ſich wieder der geſetzlichen Zerfahrenheit, wie ſie unter der traurigen Herrſchaft der Jagellonen beſtanden hatte. Mathias führte fortan den Titel eines Königs. Das Gebiet, welches er in Ungarn beherrſchte, war dasſelbe, welches dem Kaiſer nach dem Zſitwa-Toroker Frieden übrig geblieben war. Denn obwohl Bocskay, wie wir erzählt haben, bereits im Jahre 1606 ſtarb, ſo blieb die Trennung Siebenbürgens und des damit zuſammenhängenden ungariſchen Gebietes nach wie vor aufrecht erhalten. Unmittelbar nämlich nach Bocskay's Tode bemächtigte ſich Sigmund Rakoczy der Herrſchaft daſelbſt und als er derſelben halb freiwillig halb gezwungen entſagte, folgte ihm mit Bewilligung der Pforte Gabriel Bathory. Auch die Stände Ungarns und Mathias erkannten ihn als Großfürſten von Siebenbürgen an und ſo blieben die territorialen Verhältniſſe Ungarns nach den Beſtimmungen des Wiener und Zſitwa-Toroker Friedens feſtgeſetzt.

II

Nach der Huldigung in Mähren und nach der Krönung in Ungarn erſchienen die Oeſterreicher gleichſam iſolirt und in ruhigeren Zeiten würden ſie kaum ihren Widerſtand weiter fortgeſetzt haben, da Mathias offen und ehrlich zur Einhaltung der Konzeſſion Maximilians II ſich erbot und nur nicht jene willkürliche Erklärung derſelben zugeben wollte, welche die Proteſtanten ihr zu geben beliebten. In Mähren hatten ſich die Stände mit dem Herkommen begnügt, in Ungarn waren die weit gehenden Forderungen derſelben in der Verfaſſung guten Theils begründet; dem hiſtoriſchen Rechte hatte alſo Mathias überall genügt, und dieſes wollte er auch den Oeſterreichern nicht weiter ſchmälern. Aber da dasſelbe den letztern nicht genügte, ſo blieben ſie auch nach der Preßburger Krönung bei der Forderung allgemeiner Religionsfreiheit und bei dem Verlangen nach der praktiſchen Durchführung religiöſer Gleichberechtigung im ſtaatlichen Leben und zeigten ſich entſchloſſen den Widerſtand bis aufs äußerſte zu treiben, falls ihren Wünſchen nicht genügt würde.

Google

Die Entschlossenheit der Horner hatte nur zum geringsten Grade ihren Grund in dem Vertrauen auf die eigenen Mittel, wiewohl derselben bei dem innigen Anschluß aller Protestanten nicht zu unterschätzen waren, sondern sie stützte sich erstens auf die Berechnung, daß die Mährer und Ungarn, trotzdem sie sich von der Sache der Oesterreicher getrennt zu haben schienen, schließlich doch nicht ihre Unterdrückung zugeben würden und zweitens und dies hauptsächlich auf die Hoffnungen, welche Anhalts Agenten in ihren Herzen rege gemacht hatten und welche im äußersten Falle eine Unterstützung durch die Union in Aussicht stellten. — Einige Tage nach den Lieber Verträgen zeigte sich Anhalts Politik nach allen ihren Richtungen als eine schwankende; nachdem sein Versuch, sich zwischen Rudolf und Mathias einzudrängen, vereitelt worden war, wußte er nicht, auf welche Seite er sich stellen, ob er sich dem erstern oder dem letztern nähern sollte. Dies Gepräge der Unentschiedenheit zeigte sich ganz besonders in den Anträgen, welche er bei dem zweiten Unionstag stellte, welcher sich gleichzeitig
7. Aug. mit dem Konvent in Fulda zu Rottenburg an der Tauber versammelte. Er schilderte daselbst die Gefahren, welche der Sache der Protestanten noch immer in Oesterreich und zwar von Seite des Kaisers drohten, er beschuldigte den in Prag weilenden Legaten Melino, daß er den Kaiser gegen seinen Bruder reize und zur Ergreifung der Waffen ermuntere. Anhalt empfahl dem zufolge den Mitgliedern der Union, ihre Rüstungen fortzusetzen und für alle Fälle gewaffnet zu sein, um bei jedem Zusammenstoß eine entscheidende Rolle zu spielen. Der Beschluß, welchen die Mitglieder der Union in Folge dieser Mittheilungen faßten, lautete dahin, man wolle sich nicht bloß der Protestanten in Oesterreich annehmen, um ihre Unterdrückung hintanzuhalten, sondern Mathias selbst Hoffnung auf Unterstützung machen, falls er von Spanien, Rom oder dem Kaiser einem Angriffe ausgesetzt sein sollte *).

Die absolute Ruhe, in welcher Spanien und Rom in der Folgezeit verharrten und die Ohnmacht des Kaisers würden die Union ohne Zweifel der Aufgabe, Mathias zu schützen, überhoben und sonach Anhalt wieder zur Ruhe verurtheilt haben, wenn nicht in Oesterreich selbst zwischen den Bewohnern des Erzherzogthums und ihrem neuen Herrn die eben erzählten Mißhelligkeiten ausgebrochen wären. Es scheint uns nach allem, als habe Anhalt den Ausbruch derselben nicht vermuthet, denn ihm wie

*) Münchner Staatsarchiv 343/6, 167. Protokoll des Unionstages zu Rottenburg an der Tauber bdo. 28. Juli bis 5. August A. St. — Bernburger Archiv Unionsakten I/99. Instruktion des Kurfürsten von der Pfalz für Anhalt zum Unionstag in Rottenburg bdo. 13/23. Juli.

Google

uns, die wir den Ereigniſſen ſo fern ſtehen, konnte es kaum zweifelhaft ſein, daß Mathias nicht einmal Miene machen werde, den Proteſtanten ihre religiöſen Forderungen abzuſchlagen. Aber ſchon im Laufe des Monates Auguſt gelangte an ihn aus Oeſterreich Nachricht auf Nachricht von dem kaum glaublichen und doch nicht lange mehr zweifelhaften Ereigniß, daß Mathias dennoch den Forderungen der Proteſtanten einen hartnäckigen Widerſtand entgegenſetze. Zu gleicher Zeit bekam er von Wol von Roſenberg eine Einladung zu einer Zuſammenkunft in Wittingau, an der ſich die vornehmſten Herren aus Oeſterreich, Mähren und Böhmen betheiligen würden und in der man über die Behandlung der religiöſen Angelegenheiten ſich einigen wolle*). Die öſterreichiſchen Wirren, ſtatt alſo geſchlichtet zu ſein, ſchienen einer neuen Phaſe entgegenzugehen, die ganz darnach angethan war, das Band, welches die Habsburger an ihre Unterthanen knüpfte, nur noch mehr zu lockern. Gleichwohl lehnte es Anhalt ab, alſogleich nach Wittingau zu reiſen und da die gewünſchten Verabredungen zu treffen, ſei es, weil es ihm der Unionsangelegenheiten wegen wirklich an Zeit gebrach, wie er vorgab, ſei es, daß er noch nicht klar in die Stellung der Parteien ſah und durch voreilige Entſchlüſſe ſeine weitere Wirkſamkeit nicht verderben wollte**). Aus dieſen und vielleicht noch aus andern Gründen bat er Herrn von Roſenberg ihn nicht im Laufe des Monats Auguſt erwarten zu wollen.

Mittlerweile war die Spannung zwiſchen Mathias und den Oeſterreichern ſo weit gediehen, daß die letztern ſich zu dem Auszuge nach Horn entſchloſſen, daſelbſt eine allgemeine Bewaffnung in Angriff nahmen und damit den vollen Ernſt kundgaben, ihrer Sache den Sieg zu verſchaffen. Obwohl noch zwiſchen Horn und Wien über die friedliche Beilegung des Streites unterhandelt wurde, ſo reiſte doch bereits Richard von Stahrembergh nach Deutſchland, um im Namen der öſterreichiſchen Proteſtanten die bewaffnete Hilfe der Union in Anſpruch zu nehmen***). Zu gleicher Zeit ſchrieb auch Tſchernembl an Anhalt und ſtellte an ihn das gleiche Anſuchen mit dem Bemerken, daß, wofern die Union ſich der Oeſterreicher annehmen würde, dieſe fortan zu jeder Gegenleiſtung an dieſelbe erbötig und mit ihr in ein Bündniß zu treten bereit wären†). Die Aufforderung

*) Bernburger Archiv. Reg. L. fl. I 227/107. Roſenberg an Anhalt dto. 3. Auguſt 1608.

**) Bernburger Archiv. Reg. L. fl. I 227/148. Anhalt an Roſenberg dto. 9. Auguſt. Amberg.

***) Bernburger Archiv O XIII, Bel. 11/191 Richard von Stahremberg an Anhalt dto. 1. Sept. 1608.

†) Bernburger Archiv. Tſchernembl an Anhalt dto. 8. Sept. 1608 Schwertberg.

Google

der Herner und die noch gewichtigere Mittheilung Tschernembls gelangte an Anhalt im Laufe des Monates September, also zu einer Zeit, in welcher zwar bereits Mähren, aber noch nicht Ungarn Mathias den Eid der Treue geleistet hatte. Unzweifelhaft vom Heidelberger Bündniß in Kenntniß gesetzt, mußte es Anhalt als gewiß annehmen, daß wenigstens Ungarn sein Schicksal nicht von dem der Oesterreicher trennen und sonach bei Mathias' weiterer Unnachgiebigkeit ein Zusammenstoß unvermeidlich sein würde. Jetzt zögerte Anhalt nicht länger, die Politik genauer zu bestimmen, die er unter solchen Verhältnissen einhalten wollte. Den Obersten Fuchs, welcher sich damals als pfälzischer Agent in Wien befand, benachrichtigte er also, daß der Kurfürst von der Pfalz und die Union unzweifelhaft zu einer thätigen Hilfe bereit seien, wenn nicht blos die österreichischen sondern auch die ungarischen Stände zu einem Bündniß mit ihr sich entschließen würden *).

Es läßt sich leicht begreifen, daß das Heidelberger Kabinet dem Obersten Fuchs eine so weit gehende Mittheilung nicht zukommen ließ, ohne daß Anhalt umständlich in derselben seinen Plan einer neuen Einmischung in die österreichischen Angelegenheiten erörtert und empfohlen hätte. Und einen solchen Plan hatte dieser fruchtbare Kopf bereits vollständig entworfen. Er berechnete, daß nach den Mittheilungen, welche er indessen aus Oesterreich und Ungarn empfangen hatte, der Anschluß dieser Länder an die Union sich gewiß ergeben und in nicht langer Ferne auch den von Schlesien und Mähren zur Folge haben würde. Gebiete die Union auf diese Weise nicht blos über ihre eigenen Streitkräfte, sondern auch über die der genannten Länder, so bleibe dem Hause Oesterreich und überhaupt der Gegenpartei nur Böhmen, Baiern und allenfalls einige Bisthümer und „wir wären", meinte er „menschlich gesprochen, nicht blos stark genug, den Gegnern Widerstand zu leisten, sondern wir könnten auch Alles unserer Religion unterthan machen und den gesammten Klerus reformiren. Das Spiel würde allenfalls auf die Weise seinen Anfang nehmen: sobald Oesterreich unserer Union angehört, wird Baiern gegen dasselbe die Waffen ergreifen, wir aber stürzen über Baiern her, nehmen Donauwörth und nichts kann uns widerstehen. Es kommt nur auf Italien an, und vor diesem muß uns Frankreich sicherstellen. Ist Frankreich für uns und fassen wir die ganze Angelegenheit geschickt auf, so können wir mit Hilfe Gottes Allen die Gesetze diktiren und jene zu Herren machen, die wir dazu bestimmen wollen" **).

*) Bernburger Archiv O XIII, Bel. II/256. Anhalt an Fuchs

**) Bernburger Archiv Reg. I. B. I. Zu 118. Instruktion Anhalts für Christoph

Google Original HARVARD UN

Man bemerkt, Anhalt ſah für die Erweiterung der Union innerhalb der Grenzen von Deutſchland und Oeſterreich und für ihren Sieg ſowohl über die Habsburger als über die Reſte der katholiſchen Kirche keine anderen Hinderniſſe mehr als jene, welche eine fremde Einmiſchung bereiten konnte. Er fürchtete vor allem Italien, weil von da aus ſpaniſche und ſelbſt päpſtliche Truppen durch die Päſſe von Tirol in Süddeutſchland einrücken und

---

von Dohna für ſeine Reiſe zum Herzog von Bouillon ddo. Sept. 1608. Wir fügen diesmals eigens zu, daß dieſe Inſtruktion im Original uns vorlag. In dieſer entwickelt Anhalt ſeine Anſichten, wie wir ſie mitgetheilt, er ſagt . . . Quand nous aurons la Hongrie, Moravie, Austriche et Silesie pour nous, il n'y auroit autres forces, dont ladite maison (Habsburg) se peut servir contre nous, que Boëme et Bavières et quelques peu d Evesque, contre lesquels, parlant humainement, nous serions assez forts, non seulement pour les soutenir, mais pour réformer tout le clergé et soumettre à la religion et n'y auroit rien à craindre sinon l' Italie. Car en Pays-bas quelque pied que les affaires y prennent, les troubles commenceroit et rien ne nous empescheroit . . . Le jeu se commenceroit en telle façon' aussitost que Bavières armeroit pour forcer l' Austriche (presupposé membre de l'Union) nous armerions pour courir sur la Bavières et reprendre Donauwert. Par mesme moyen attirer deux ou trois evesques par ajuste di costa. Or il faudroit en tel cas estre asseuré d' Italie et Monseigneur (Anhalt prie ledit Sr. de Bouillon de luy dire, ce qu'en ce cas on se pourroit promettre de la France pour divertir l' Italie et en somme ce que la France feroit en ces remuëmens. Certes il semble que procedant dextrement, moyennant la grace de Dieu, nous pourrions par ce moyen donner la loy a tous et installer les chefs tels, que nous voudrions. — Man geſtatte uns hier die Worte anzuführen, mit welchen Droyſen (Geſchichte der preußiſchen Politik II, 2. S. 378) die Gründung der Union berichtet: „Das Kaiſerhaus war geſpalten, mochten ſich die Erzherzoge Ferdinand und ſein Bruder Leopold auf der einen, König Mathias und ſein Kardinal (ſic) Klesl auf der andern Seite darum zerren, wer die Fädchen der Marionette kaiſerlicher Großmächtigkeit ziehen ſollte, im Reich war die römiſche Partei nach dem Triumph von Donauwörth, mit den Jeſuiten in Polen, den Spaniern in Belgien im Einverſtändniß, zu jedem Wagniß entſchloſſen (!); ſie verbarg es nicht mehr. — Jetzt endlich ward im Mai 1608 die Union geſchloſſen, ein Friedensbund „nicht gegen Kaiſer und Reich noch jemand im Reich", ſondern zu gegenſeitigem Schutz „gegen Leute außer und innen dem Reich", die nicht aufhören, den Landfrieden und die Reichsordnungen zu bedrohen und zu verletzen" — Der erſte Abſatz dieſes Statts enthält faſt ſoviel Unrichtigkeiten und willkürliche Zuſammenſtellungen als Worte, bezüglich des zweiten, der die friedfertige Grundlage der Union ſo ſehr betont, kann man kaum anders als ausrufen: Quis talorit Gracchos de seditione querentes. Alſo die Union ein Friedensbund und Anhalt wahrſcheinlich der Elihu Burrit des 17. Jahrhunderts! Man möge ſich über Hurters ſonderbare Anſchauungen nicht wundern, ſo lange ihnen andererſeits nicht minder ſonderbare entgegenſtehen.

Google Original from HARVARD UNIVERSITY

ſo eine bedeutende Diverſion ausführen konnten, welche am Ende der deutſchen Katholiken Muth zu einer verzweifelten Aufbietung ihrer Kräfte einflößte. Da unter ſolchen Umſtänden alles von der Stellung, welche das Ausland zur Union einnahm, abhing, ſo begreift man, daß Rohan mit erneuertem Eifer die Anknüpfung freundſchaftlicher Verhältniſſe in Angriff zu nehmen ſich entſchloß. Kehren wir hier unſere Aufmerkſamkeit dem zu, was überhaupt ſeit Begründung der Union in dieſer Richtung geſchehen war. Die Abſchließung auswärtiger Allianzen, wodurch jede der Union nachtheilige fremde Einmiſchung ferngehalten werden konnte, war an und für ſich eine Lebensfrage für das Gedeihen der letztern und wurde deshalb ſchon in Ahauſen für nöthig erkannt, doch glaubte man damals vorſichtig dabei auftreten zu müſſen, und man beſann ſich mehrere Wochen lang, bevor man Buwinkhauſen nach Paris abſchickte, um Heinrich IV Nachricht vom Abſchluſſe der Union zu geben und ihn gleichzeitig zum Beitritt zu derſelben aufzufordern. Nach allen den vorangegangenen Bemühungen Heinrichs ſollte man wohl denken, daß derſelbe nichts eiligeres zu thun hatte, als der Union ſich anzuſchließen, dennoch that er es nicht
Juli 1608 ſogleich, ſondern beſchwerte ſich vorerſt darüber, daß Buwinkhauſens Mittheilungen nicht umfaſſend genug ſeien und daß man ihm nicht die Artikel des Ahauſer Vertrages bekannt gebe. Er verlangte, nur in die Verhältniſſe der Union ſehen zu können, bevor er ſich entſchließe, derſelben in der Art beizutreten, wie er es ſeit Jahren verſprochen hatte*). Heinrich trat vorſichtig auf, er hatte die Union ins Leben gerufen und wollte nicht bloß der Urheber, ſondern auch die Seele derſelben ſein, er war einſichtig genug, um Anhalts hochfliegende Pläne zu ahnen und zu vermuthen, daß derſelbe ſich ebenſo ſeiner als Mittel bedienen wolle, wie er ſelbſt dies bezüglich der deutſchen Fürſten beabſichtigte. Wenn Heinrich zum Beitritt der Union ſich entſchloß, ſo ſollte dies nicht zum Zwecke unbeſtimmter Pläne, zur Verhütung ungewiſſer Ereigniſſe geſchehen, ſondern der Anſchluß an die Union ſollte mit dem Momente zuſammenfallen, in welchem er im Vereine mit ihr zu offenem Angriffe überging. Wir werden ſehen, daß die Verhandlungen noch mehr als ein Jahr in Anſpruch nahmen, bevor das Bündniß zwiſchen Heinrich und der Union zu Stande kam und zwar erſt in dem Moment, in welchem Ziel und Zweck des gemeinſamen Angriffs genau beſtimmt und derſelbe nicht weiter aufgeſchoben werden ſollte.

Auf dem Unionstage zu Rottenburg wurde Buwinkhauſens Be-

*) Münchner Reichsarchiv. Buwinkhauſens Relation über ſeine Reiſe zu Heinrich IV ddo. Fontainebleau den 9. Juli.

Google

rät, der von Heinrichs Zögerung Rechenschaft gab, bekannt gegeben und beſchloſſen, die baldige Verbindung mit Frankreich anzuſtreben, gleichwohl aber nicht die nöthige Vorſicht dabei außer Acht zu ſetzen*). Dies hieß ſoviel als, man wolle ſich nur Schritt für Schritt Heinrich nähern und genau die Vortheile, welche er biete, gegen jene abwägen, welche man ihm bieten konnte. Es wurde zu gleicher Zeit für nothwendig erkannt, durch diplomatiſche Verbindungen mit den Niederlanden, Burgund, Lothringen, Italien, Ungarn, Böhmen, Mähren und Schleſien die Verhältniſſe dieſer Länder genau zu ſtudiren, um erſt nach der gewonnenen Einſicht die auswärtige Politik der Union in ihren Grundzügen feſtzuſtellen. Die Aufgabe, die nöthige Verbindung mit den genannten Ländern zu bewerkſtelligen, theilten die Mitglieder der Union unter ſich, und es bedarf wohl kaum der Bemerkung, daß der Kurfürſt von der Pfalz im Verein mit Anhalt den größten Theil derſelben auf ſich zu nehmen beſchloß. In den meiſten Ländern waren eigentlich nur die Verbindungen aufrechtzuhalten, welche bereits ſeit Jahren zwiſchen ihnen und einem oder dem andern Fürſten der Union beſtanden; ganz neu mußte der jetzige Verkehr mit Italien angeknüpft werden und hier war es Venedig, von dem man zuerſt einen regen Anſchluß hoffte, weil die Intereſſen der Union und der Republik nirgends ſich feindlich berührten, wohl aber in der gegen die Habsburger gerichteten Tendenz einander zur gegenſeitigen Stütze dienten.

Zur Anknüpfung der Verbindung mit Venedig ſchickte Anhalt, Juli 1608
ohne noch den Beſchluß der Rottenburger Verſammlung abzuwarten, im Einverſtändniſſe mit dem Pfalzgrafen Chriſtoph von Dohna ab, einen jungen gewandten Diplomaten, welcher tief in das Getriebe der Zeit eingeweiht war und noch oft genannt werden wird. Er hatte ſich an Sarpi zuerſt zu wenden und dieſem vom Abſchluße der Union und ihrem Wunſche, mit Venedig in ein Bündniß zu treten, Mittheilung zu machen. Wenn Sarpi dieſen Vorſchlag billigte, ſo ſollte Dohna ein Schreiben dem Dogen überreichen, in welchem der entſprechende Antrag im Namen der Union offiziell geſtellt und Venedig zu einem Bündniſſe aufgefordert wurde, um der „Herrſchaft des Papſtes" überall ein Ende zu machen. Denn ſei Venedig auch katholiſch, ſo habe es doch an den Tag gelegt, daß es das Joch des Papſtes nicht dulden wolle und ſonach ſei eine Verbindung mit der Union zu gemeinſchaftlichen Zwecken leicht möglich**).

*) Bernburger Archiv. Unionsakten I, 39. Akten des Unionstag zu Rottenburg an der Tauber.

**) Bernburger Archiv Reg. I, F. I, 23/25 Anhalts Inſtruktion für Chriſtoph von Dohna zur Reiſe nach Venedig dto. 6/16. Juli 1608.

Google

Um von der Reise nach Venedig jede feindliche Aufmerksamkeit abzulenken, trat Dohna in dieser Stadt so auf, als wenn er daselbst nur Geldgeschäfte besorgen und namentlich wegen Bezahlung dessen, was Heinrich IV mehreren deutschen Fürsten schuldete, unterhandeln wolle; in diesem Sinne verlief auch die erste Audienz, welche ihm der Doge und die Signoria gewahrten. Ohne Säumniß suchte er aber zu gleicher Zeit Sarpi auf und machte ihm eine vollständige Mittheilung von seinen eigentlichen Aufträgen. Sarpi entgegnete darauf, die Zeit zur Verhandlung über ein Bündniß mit der Union sei für jetzt schlecht gewählt; wäre die Union zwei Jahre früher gegründet worden, so hätte man ihre Anträge mit offenen Armen angenommen, seit aber der Streit mit dem Papste geschlichtet sei, falle der wichtigste Grund zum Anschluß an dieselbe weg. Doch meinte er, man dürfe den Gedanken dieses Bündnisses keineswegs aufgeben, sondern nur auf eine gelegenere Zeit verschieben, die nicht entfernt sein könne, wenn man auf kluge Weise „überall dem Papste und dem Könige von Spanien Feinde zu wecken trachte". Nicht bloß müsse man also den Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Spanien und den Niederländern zu verhindern trachten, sondern man müsse es bei dem Sultan durchzusetzen suchen, daß er eine Flotte ausrüste und an den Küsten von Granada landen lasse, damit die Mauren gegen die Spanier sich erheben, wozu sie ohnedies geneigt seien. Mittlerweile werde ein neuer Streit zwischen dem Papst und Venedig, wozu täglich neue Veranlassungen sich ergäben, ausbrechen, und dann sei der rechte Zeitpunkt für den Abschluß des Bündnisses gekommen*). Dem Dogen schon jetzt den Antrag zu demselben zu stellen, riet Sarpi ab, dagegen befürwortete er die Absendung eines diplomatischen Vertreters der Union nach Venedig, der da-

*) Simancas 99-1-2. Daß der Umsturz des Papstes gegen die Republik wieder einen hohen Grad erreicht hatte, ist ersichtlich aus Antoni's Schreiben an Philipp III vom 31. März 1609. Der spanische Gesandte erzählt dem Könige: Me ha dicho el Papa, que escriva a V. M. que le parece, que el daño, que se puede esperar en aquella republica y se ve claro en materia de religion no se puede remediar sino con las armas, que excommuniones no bastan y que un medico quando ve, que no aprovecha un remedio da otros, y que, pues las censuras no han aprovechado, dize que esta conviene para reprimir la heregia, que se entra en Italia por Venecia y mas me vino a dezir que para el remedio de toda Italia no bastará debilitar a Venecianos quitandoles parte de lo que tienen, sino que seria necessario extinguir aquella republica. Antoni erzählt, Sarpi's und Fulgentio's Auftreten erbittere so sehr den Papst. Man sieht daraus, wie sehr Sarpi Recht hatte, Dohna zu erzählen, daß neue Mißhelligkeiten zwischen Venedig und dem Papste im Anzuge seien.

Google

ſelbſt Zeit und Gelegenheit abwarten und mitterweile, ſoweit es in ſeinen Kräften liege, dem Papſtthum Abbruch thun könnte*). Noch empfahl er dem Kurfürſten von der Pfalz einen innigen Anſchluß an England, welcher durch eine Heirat zwiſchen dem Kurprinzen und der Tochter Jakobs I wesentlich gefördert werden würde. Sarpi ſprach damit einen Wunſch aus, der damals bereits von Tauſenden von Proteſtanten gehegt wurde und von deſſen Erfüllung ſich ſowohl die gläubige Phantaſie des Volkes wie der berechnende Ehrgeiz ſeiner Häupter unendliche Vortheile verſprach.

Obwohl nun Dohna auf Sarpi's Rath in keine weitern Verhandlungen mit Doge und Senat ſich einließ, ſondern nach Hauſe zurückkehrte, um Bericht zu erſtatten, ſo war es doch nicht nöthig, daß Anhalt alle ſeine venezianiſchen Hoffnungen auf eine ſpätere Zeit vertagte. Gerade in dieſem Moment handelte es ſich in Venedig darum, dem Heere der Republik einen neuen General zu geben und es war nicht unmöglich, daß Anhalt bei einer gewiſſen militäriſchen Reputation, welche er genoß, dieſen Poſten erlangen konnte, wenn Heinrich IV mit ſeiner Fürſprache für ihn eintrat**). Allerdings wäre dies für Anhalt eine Stellung geweſen, die keineswegs ſeinen bisherigen Entwürfen entſprach, da ſie ihn ja von Deutſchland entfernen mußte, und wir können uns auch nicht leicht überzeugen, daß er in der That dieſelbe angetreten hätte, wenn ſie ihm ſchließlich zu Theil geworden wäre. Wenn er alſo Schritte zu ihrer Erlangung that, ſo handelte es ſich ihm vielleicht um nichts anderes, als darum, einige Monate von einem bequemen Poſten aus, ſelbſt an der Verbindung zwiſchen Italien und Deutſchland zu arbeiten. Denn wiewohl die Revolutionirung Oeſterreichs und das Kommando in Venedig zwei Beſchäftigungen waren, welche zu gleicher Zeit nicht vereinbar ſcheinen, ſo liebte es doch Anhalt, ſtets mehrere Mittel bereit zu haben, um ſeinen Plänen Vorſchub zu leiſten. Konnte er die Habsburger in Deutſchland nicht verderben, ſo verſchmähte er es nicht, als Nebenbeſchäftigung, den Papſt in Italien in die Enge zu treiben.

Aber auch die Idee einer Verbindung Venedigs mit der Union ſchien bereits auf fruchtbaren Boden gefallen zu ſein. Denn wiewohl Dohna auf Sarpi's Rath keine Verhandlungen mit dem Senate deshalb einleitete, ſo blieb doch auch dem letztern der Zweck ſeiner Reiſe nach Venedig kein Geheimniß. Man hielt es in Venedig für zweckmäßig, die dargebotene Hand der Union nicht fallen zu laſſen, aber die einleitenden

*) Dohna's Relation über ſeine Reiſe nach Venedig dde. 12 September [illegible].

**) Bernburger Archiv Reg I, ℔ I, Kurt Pawel an den Kurfürſten dde 15 Oct. [illegible]; Dohna an Anhalt dde. 17/27. Oct. 1608.

Google

Verhandlungen wollte man lieber in der Fremde anknüpfen, um die Aufmerksamkeit des Papstes und Spaniens nicht wachzurufen. Aus diesem Grunde bekam der venetianische Gesandte in Paris den Auftrag, sich mit dem pfälzischen Agenten über die Grundlagen eines Bündnisses mit der Union zu besprechen und gesprächsweise anzudeuten, daß Venedig zwar nicht mit Truppen wohl aber mit Geld gute Dienste leisten und daß es selbst bis zur jährlichen Zahlung von einer halben Million Thaler sich entlassen könnte*) Die Verhandlungen waren auf diese Weise wenn auch nicht in Venedig doch in Paris eingeleitet.

Sept. 1608

Mit der Rückkehr Dohna's aus Italien traf nun aus Oesterreich die Nachricht von Mathias' Zwiespalt mit den Protestanten und von den Bitten der letzteren um den Beistand der Union ein. Jetzt entschloß sich Anhalt rasch zuzugreifen; Dohna wurde schnell zu dem Herzog von Bouillon nach Sedan abgefertigt, diesem in der offensten Weise ein genauer Bericht über Zweck und Mittel der Union erstattet, und seine Verwendung angesucht, damit Heinrich sein Verhältniß zu den unirten Fürsten bestimme und namentlich bei den erwarteten Zwischenfällen in Deutschland die befürchtete Diversion spanischer Truppen von Italien aus verhindere. Bouillon vernahm mit vieler Befriedigung Dohna's Mittheilungen und empfahl die Aufnahme der österreichischen Länder in die Union eben so entschieden, als er eine etwaige Unterstützung Mathias' um jeden Preis widerriet**). Dohna eilte darauf nach Paris, um Heinrich selbst die passenden Mittheilungen zu machen und, wie nicht zu zweifeln, zur Eingehung positiver Verpflichtungen aufzufordern. Allein seine Mission scheiterte so ziemlich vollständig; nicht daß Heinrich die Verbindung mit der Union abgelehnt hätte, aber er wollte noch immer nicht sein Verhältniß zu ihr in einer bindenden Weise festsetzen. Vielleicht machte ihn auch die gleichzeitige Bewerbung Anhalts um das venetianische Kommando stutzig; er wollte mit dem Papste in einem guten Einvernehmen bleiben und dieses konnte durch Anhalts turbulente Händelsucht auf das nachdrücklichste gestört werden. Er lehnte deshalb vollständig auch die verlangte Empfehlung in Venedig von sich ab***)

So hemmend auch Heinrichs jetziges Verhalten auf den Thatendurst Anhalts einwirken mochte, zum Stillstand konnte derselbe nie ge-

---

*) Bernburger Archiv. Reg. I, F. I, 27/75. Simel an den kurpfälzischen Kanzler dto. Paris den 15/25 November.

**) Bernburger Archiv. Reg. I, F. I, 22/111 Dohna's Bericht von Sedan aus

***) Bernburger Archiv. Reg. I, F. I, 21/147 Dohna's Bericht über seine bei Heinrich IV am 14/24. Oktober gehabte Audienz.

Google

bracht werden und er nahm keinen Anſtand, mit den öſterreichiſchen Ständen eine immer tiefer gehende Verbindung anzuknüpfen, wenngleich er jetzt genöthigt war, in ſeinem Auftreten mehr Maß zu beobachten. Demgemäß empfahl er dem Pfalzgrafen, auf deſſen Betheiligung es am meiſten ankam, ein ſchrittweiſes Vorgehen in den öſterreichiſchen Angelegenheiten. Gleich ſich den Ständen anſchließen, das könne und dürfe man noch nicht, man müſſe ſich vorderhand begnügen, eine Geſandtſchaft nach Wien abzuſchicken und durch dieſe Mathias zur Nachgiebigkeit mahnen; fruchte dieſe nichts, ſo müſſe man feindlichem Kriegsvolk jeden Durchzug verweigern, den Ständen ſelbſt heimliche Werbungen geſtatten und ſchließlich, wenn der Moment gekommen, ſie auch mit Geld unterſtützen*). Um dieſe Unterſtützung zu einer ausgiebigen zu machen, hatte Anhalt wenige Tage zuvor eine Reiſe zu dem Herzog von Würtemberg, dem Markgrafen von Baden und dem Pfalzgrafen von Neuburg unternommen, um ſie auf die neuen Verwicklungen in Oeſterreich aufmerkſam zu machen und von der Nothwendigkeit zu überzeugen, durch zweckmäßige namentlich kriegeriſche Vorbereitungen entſcheidend in dieſelben einzugreifen**).

Jetzt gedachte auch Anhalt nicht länger die Zuſammenkunft mit den Häuptern der öſterreichiſchen Stände, zu der ihn Roſenberg anfangs Auguſt eingeladen hatte, aufzuſchieben. Er benachrichtigte alſo denſelben, daß er ihn in Wittingau beſuchen und daſelbſt am 15. November eintreffen wolle. Roſenberg lud nun ſeinerſeits Karl von Zerotin, Tſchernembl und mehrere andere angeſehene Männer aus Oeſterreich und Böhmen zu einem gleichzeitigen Beſuche in Wittingau ein; ob er einen oder mehrere ungariſche Herren ebenfalls einlud, iſt uns nicht bekannt, dürfte aber ziemlich wahrſcheinlich ſein. Auch den Markgrafen von Jägerndorf, der ſchon damals unter den ſchleſiſchen Fürſten eine wenig verhüllte Feindſeligkeit gegen die Habsburger an den Tag legte, wollte er kommen laſſen, unterließ es aber, weil er nicht wußte, ob dem Fürſten von Anhalt ſein Erſcheinen genehm wäre***).

Von den Geladenen erſchienen Anhalt und Tſchernembl rechtzeitig 15. Nov

*) Münchner Staatsarchiv 547/7. Anhalt an den Kurfürſten von der Pfalz ddo. Amberg 18/28. Oktober 1608.

**) Bernburger Archiv. Reg. VI, B. IV, 89. Kurpfälziſche Inſtruktion für Chriſtian von Anhalt zu ſeiner Reiſe nach Durlach, Stuttgard und Neuburg.

***) Bernburger Archiv. Reg. IV, B. IV, Vol. XI, Fol. 1083. Kurpfalz an Roſenberg ddo. 5/15. Oktober. — Ebendaſelbſt Fol. 1116 Roſenberg an den Markgrafen von Jägerndorf ddo. Wittingau 9. Oktober. — Ebendaſelbſt Reg. I, F. 1, 22/181 Roſenberg an Crell anhaltiſchen Leibmedicus ddo. 17. Oktober. — Ebendaſelbſt Fol. 184. Hoë an Anhalt ddo. 8. Oktober.

Google

in Wittingau, der letztere kam sogar nicht bloß im eigenen Namen sondern auch im Auftrage der in Horn versammelten Stände, um Anhalts wirksames Eingreifen in ihre Angelegenheiten zu erbitten*). Von den Böhmen ist es ungewiß, wer erschienen war, aus Ungarn und Mähren kam Niemand. Auf Karls von Zerotin Erscheinen war mit Gewißheit gehofft worden, statt seiner lief aber in Wittingau ein Schreiben ein, in welchem er sein Nichterscheinen mit dringenden Geschäften entschuldigte**). Wir dürfen mit Gewißheit annehmen, daß es nicht dringende Geschäfte allein waren, welche ihn fernhielten, sondern theils das Mißtrauen, welches sich seiner gegen Anhalt zu bemächtigen begann, theils die Verschiedenheit der Wege, auf denen nun auch Tschernembl im Gegensatz zu ihm das Heil des Gemeinwesens suchte. Einem Mann von so vieler Lebenserfahrung wie Zerotin, der selbst lange auf den Bänken der Opposition gesessen, konnte nicht verborgen bleiben, daß Anhalt unter dem Vorwande, für die Freiheit des Protestantismus zu wirken, doch eigentlich ganz andere Zwecke verfolge. Auch mochte ein so religiöser Mann, wie Zerotin, von der Religionsfreiheit etwas bessere Begriffe haben, als man sie seiner Zeit zu haben pflegte, und er dürfte also kaum darin einen Fortschritt im wahren Christenthum erblickt haben, wenn an Mathias' Stelle, welcher den nichtadeligen Theil seiner Unterthanen zum Katholicismus bisher gezwungen hatte, nunmehr der Adel trat, um einen großen Theil derselben Unterthanen zum Protestantismus zu zwingen. Zwang hier und Zwang dort; der Wechsel des Zwanges schien ihm keines solchen Opfers werth, um durch eine neue Erhebung gegen den Landesfürsten den Staat dauernden Erschütterungen preiszugeben***). Zerotin

*) Berneburger Archiv. Reg. VI, B IV, Vol. XI, Fol. 1156. Die in Horn versammelten Stände ob und unter der Enns an Anhalt ddo. 13. November.

**) Berneburger Archiv. Reg. VI, B. IV, Vol. XI fol. 1189. Zerotin an Theobald Heck ddo. Neiß den 15. November 1608. — Derselbe an Rosenberg ddo. 15. November. Ebendaselbst Fol. 1191.

***) Daß man unter dem Vorwande der Religion schnöde Dinge trieb, ergibt sich aus Folgendem. Die österreichischen Protestanten waren fast ausschließlich Lutheraner, so daß man nach Stahrembergs Angabe, die Kalvinet „an den fingern einer Hand abzählen könnte", und in der That gehörten unseres Wissens nur die Brüder Stahremberg und Tschernembl dem Kalvinismus an. Anhalt trieb sie nun unablässig an, darauf zu dringen, daß auch ihnen die Freiheit des Bekenntnisses gewährleistet werde. Gegen dieses Bestreben könnte man gewiß nichts einwenden, wohl aber gegen die Art und Weise, wie Anhalt und die genannten Männer ihrem Glauben in Oesterreich weiteren Eingang verschaffen wollten. Man gedachte nämlich kalvinische Prediger nach Oesterreich kommen zu lassen, sie an allen Pfarren, die ihrem Einflusse unterstellt waren, anzustellen

ging wohl von der Anschauung aus, daß es der Reinheit des religiösen Lebens zuträglicher sei, wenn dasselbe unter einem leisen Drucke stehe und daß das von den Protestanten eroberte Gebiet bereits groß genug sei, um ihre Entwicklung zu sichern und die Katholiken bloß zu einem geistigen Wetteifer aber nicht zu einem Kampf auf Leben und Tod aufzureizen. Es sind dies Anschauungen, die nicht bloß als das Resultat seines eigenen Nachdenkens aufzefaßt werden dürfen, sondern die mehr oder weniger viele Anhänger der Brüderunität beseelten, und die sogar in den ersten Jahrzehenden des Bestehens derselben in der schroffen Behauptung sich Geltung zu verschaffen suchten, daß der einzig heilbringende Zustand für die Kirche Gottes der der Unterdrückung sei*).

So wie also Zerotin durch rechtzeitige Nachgiebigkeit am Brünner Landtag eine Einigung mit Mathias und den Katholiken zu Stande brachte und die allerdings wichtige Form opferte, sobald er im Wesen selbst seinen Glaubensgenossen Sicherheit verschaffen konnte, so wünschte er auch bei den Oesterreichern ein gleiches Vorgehen. Eine freundliche Uebereinkunft mit Mathias hielt er für besser, als einen glänzenden Sieg der Stände; die erstere war ihm eine Gewähr für die dauernde Aussöhnung der Dynastie mit den ihr unterworfenen Ländern, die letztere aber das Betreten unsicherer Pfade, die nur zu Kämpfen führten, wobei nicht immer die bessere Sache den Sieg erringt. Er hatte es verschmäht, die Huldigung der Mährer von der vorausgängigen Befriedigung der Oesterreicher abhängig zu machen; sein Erscheinen in Wittingau wäre einem Aufgeben dieses Programms gleichbedeutend gewesen und hätte ihn auch in Mathias' Augen kompromittirt, dessen Zutrauen er sich in hohem Grade erworben hatte. Er blieb deshalb zu Hause.

Die Zusammenkunft in Wittingau beschränkte sich also eigentlich nur auf Anhalt, Rosenberg und Tschernembl und entsprach somach keineswegs den Erwartungen des erstern, der wohl geträumt hatte, in einem glänzenden wenn auch kleinen Kreis von Kavalieren das Schicksal von Oesterreich entscheiden zu können. Das Entschuldigungsschreiben, welches von Zerotin während Anhalts Anwesenheit in Wittingau einlief, ließ über sein Wegbleiben keinen Zweifel mehr aufkommen. Bezüglich der Un-

---

und durch schrittweises Vorgehen allgemach das Volk vom Katholicismus zum Kalvinismus zu leiten. Richard von Stahremberg gestand selbst, wenn man offen vorgehe, würde man das Volk zum Aufstand reizen, welches noch zu sehr an den religiös Papatus hänge. Also heimlich jetzt, später gewaltsam. Bernburger Archiv O XIII, Vol. III, Fol. 161. Richard von Stahremberg an Anhalt ddo. 5. Jänner 1609.

*) Meine Geschichte der böhmischen Brüder. Bd. I.

Google

gern kamen zu gleicher Zeit allarmirende Nachrichten aus Wien, denn sie berichteten, daß die Krönung des Erzherzogs in Preßburg auf keine Hindernisse stoßen und sonach nicht von der Befriedigung der Oesterreicher abhängig gemacht werden würde*). War es nun ziemlich augenscheinlich, daß weder die Ungarn, noch die Mährer für die Horner das Schwert ziehen würden, so überzeugte sich Anhalt doch auch, daß die letztern von den erstern keine Gefahr zu befürchten hätten und daß also beim Ausbruche des Kampfes Mathias mit seinen geringen Hülfsmitteln den Oesterreichern allein gegenüber stehen werde. Zudem waren die Hülfsmittel der letztern nicht zu verachten, denn sie waren stark durch Einigkeit und durch den festen Entschluß, lieber zu verderben als nachzugeben. Zu ihrem Bunde gehörten nicht weniger als 400 der angesehensten und reichsten Männer des Landes, von denen mehr als 300 ununterbrochen in Horn bei einander versammelt waren. Beten diese ihr Vermögen auf, so war es ihnen leicht möglich, eine Armee durch Werbung zusammenzubringen, welcher König Mathias kaum etwas bedeutenderes entgegensetzen konnte**). Anhalt war deshalb im ganzen durch die Mittheilungen Tschernembls befriedigt und glaubte, daß man durch Anwendung einer „starken Medizin die Krankheit heilen," also doch noch zum Ziele kommen werde***). Von den Böhmen selbst erwartete er keine günstige Diversion, denn er äußerte sich über sie gegen den Kurfürsten von der Pfalz in seinem Bericht über die Wittingauer Zusammenkunft in wegwerfender Weise. „Furcht und Wollust" seien bei ihnen die maßgebenden Triebfedern und man dürfe nur geringe Hoffnungen auf sie setzen. Vielleicht mag an diesem absprechenden Urtheil der Aerger nicht geringen Antheil haben, den Anhalt über sie empfand, weil sie ihm so wenig Handhaben zur Einmischung in ihre Angelegenheiten geboten hatten †). Indessen versäumte er trotz seines Unmuthes nicht, von Wittingau aus einige der hervorragendsten böhmischen Protestanten, darunter Budowec, an das mahnen zu lassen, was er für

*) Bernburger Archiv Reg. VI, B. IV, Vol. XI, fol. 1164. Stahrenberg an Tschernembl ddo. 17. Nov. — Ebendaselbst Herberstein an Tschernembl ddo. Wien 17. November.

**) Bernburger Archiv. Reg. VI, B. IV, Vol. XI, fol. 1139. Zerotin an Hoch ddo. Kostitz den 17. November.

***) Bernburger Archiv Reg. VI, B. IV, Vol. 1159. Anhalt an Zerotin . . Le Sieur Schernombl m'a tenu bel (in Wittingau) bonne compagnie et m'informe de l'estat, lequel j'ay trouvé plein de confusion, dont la maladie voudra estre guerie par medicamente un peu violente.

†) Münchner Staatsarchiv 547/7 Anhalt an Kurpfalz ddo. Amberg 14/24. Nov. — Bernburger Archiv Reg. VI, B. VI, Vol. XI, fol. 1226. Anhalt an die Fürsten der Union ddo. 14/24. November 1608.

Google

ihre Pflicht hielt*). In Amberg ſeiner Reſidenz angelangt, erwog er nochmals in größerer Muſe die öſterreichiſchen Angelegenheiten und während er einerſeits von der Ausdauer der Horner das beſte hoffte und ihre entſchiedene Unterſtützung dem Pfalzgrafen empfahl, riet er andererſeits, man müſſe mit allen Kräften an der Discreditirung von Mathias und Rudolf arbeiten, um ihnen ſo die Herrſchaft zu entwinden. Das paſſendſte hiefür ſei, wenn man in den weiter ſich ergebenden Differenzen Rudolf gegen Mathias als den gefährlichern unterſtütze, bis es ſchließlich gelingen könnte, in allen öſterreichiſchen Ländern die Regierungsgewalt einem ſtändiſchen Ausſchuße mit einem Gouverneur an der Spitze in die Hände zu ſpielen**).

In dieſen Worten Anhalts dürfte dem Leſer der Satz: „man müſſe Rudolf gegen Mathias unterſtützen" dunkel erſcheinen, denn es gab jetzt keinen Streit zwiſchen ihnen, der die Unterſtützung eines Theils erheiſcht hätte; in der That verhüllten aber dieſe Worte einen Plan, zu deſſen Aufſtellung wohl nur ein Mann wie Anhalt fähig war. Wenige Wochen nach der Wittingauer Zuſammenkunft, als die Oeſterreicher noch immer nicht von Mathias erlangen konnten, was ſie wünſchten, verlautete es, daß ſie, auf das äußerſte gedrängt, erbötig wären, Rudolfs Herrſchaft ſich wieder gefallen zu laſſen, wenn derſelbe ſich zu den gewünſchten Konzeſſionen verſtehen würde. Wer war der Urheber dieſer Drehung und wer faßte zuerſt den abenteuerlichen Gedanken einer Wiederkehr unter das Regiment des Kaiſers auf? Es iſt für uns nicht mehr zweifelhaft, daß dieſe Eventualität zuerſt bei der Zuſammenkunft in Wittingau zur Sprache kam und daß Anhalt es geweſen, in deſſen Kopf ſie auftauchte. Der eifrige Antheil, welchen ſpäter Tſchernembl an dieſer Intrigue nahm, läßt uns mit Sicherheit vermuthen, daß er ſie in Wittingau bereits guthieß, wenigſtens deutet darauf Anhalts Vorgehen hin. Denn kaum daß der Fürſt nach Amberg zurückgekehrt war, ſo ſchrieb er an Rosenheim an den Landgrafen von Leuchtenberg, welcher in Prag die frühere Stellung eines Liechtenſtein und Dietrichſtein auszufüllen begann, und benachrichtigte ihn, daß für den Kaiſer Mittel vorhanden ſeien, um die erlittenen „Scharten auszuwetzen". Was Anhalt damit meinte, bezeichnete er nicht, in Prag wurde es ſo aufgefaßt, daß er zum Sturze

*) Bernburger Archiv. Reg. VI, B. IV, Vol. XI, Fol. 1328. Heck an Anhalt dto. 29. Nov. 1608.

**) Bernburger Archiv. Reg. VI, B. IV, Vol. XI, Fol. 1064—1093. Gutachten Anhalts über die öſterr. Verhältniſſe. 11 Blätter lang. Es iſt dies Gutachten ein Denkmal machiavelliſtiſcher Politik.

Google

Mathias' beitragen wolle, und in der That entsprachen seine weiteren Schritte dieser Annahme*). Man wird bald hören, was der Kaiser diesen Mittheilungen gegenüber that.

III

Wir haben erzählt, daß Mathias seinen Bruder mit der Leitung der österreichischen Regierung und mit den Horner Verhandlungen betraut hatte, als er nach Preßburg zur Krönung reiste. Schon früher hatte er auch Karl von Zerotin nach Wien berufen, um durch ihn die Horner Versammlung zur Nachgiebigkeit zu bewegen, und thatsächlich bot Zerotin seinen ganzen Einfluß zur Herstellung des Friedens auf. Denn während er einerseits Mathias zur Einstellung aller religiösen Bedrückungen mahnte, warnte er die Horner vor der Ergreifung gewaltsamer Maßregeln und rief ihnen in wahrhaft prophetischem Geiste zu: „Wenn ihr Stände besiegt werdet, dann habt ihr keine Hoffnung mehr, eure Freiheiten je wieder herzustellen; Religionswahrheiten selbst lassen sich nicht mit den Waffen behaupten . . . gebt von eurem Rechte etwas nach, um die Hauptsache zu retten; seid mäßig und bescheiden." Im Sinne dieser Rede wirkte
30. Okt. er mehre Tage, die er in Horn selbst zubrachte und seine Mahnungen fanden zuletzt solche Beachtung, daß er mit der Ueberzeugung nach Mähren zurückkehrte, es werde dem Erzherzog Maximilian ein baldiger Ausgleich gelingen. Allein da sich nach seiner Entfernung die Stände wieder der Hoffnung hingaben, daß die Ungarn sich ihnen anschließen und sie Krönung bis zu ihrer Befriedigung aussetzen würden, so kam kein Vergleich zu Stande und Erzherzog Maximilians Vermittlungsvorschlag, der ihnen die Konzession Kaiser Maximilians II anbot, fand bei ihnen empfänglichen Boden. Nachdem hierauf Mathias in Preßburg
Dez. glücklich gekrönt war, rief er abermals Zerotin zu sich und bediente sich
1608 seines Rathes in der österreichischen Angelegenheit. Auch jetzt blieb derselbe seinen versöhnlichen Grundsätzen getreu, indem er einerseits dem König den Abschluß des Stirbeholer Bündnisses nicht verhehlte und sonach deutlich zu verstehen gab, daß Ungarn und Mähren eine gewaltsame Unterdrückung der Oesterreicher nicht zugeben könnten, andererseits aber gleichfalls auf letzteren zur Aufgebung allzuweitgehender Forderungen mahnte. Es scheint, daß Mathias einige Augenblicke das zu thun erbötig war, was von seiner

*) Berneburger Archiv O XIII, Vol III, fol 75. Der Landgraf von Leuchtenberg an Inhalt des 28. Dezember 1608. — Ebendaselbst fol. 66. Inhalt an Liechtenstein des. 15/25. Dezember 1608

Google Original from HARVARD UNIVERSITY

Seite zur Ausgleichung des Streites nöthig erscheinen konnte und daß er demnach die Oesterreicher auf demselben Fuße wie die Mährer behandeln wollte. Denn auch der Palatin Illeshazy, welcher gleichfalls nach der Preßburger Krönung nach Wien gekommen war, schloß sich den Rathschlägen Zerotin's an, indem er sowohl den Herren Mäßigung als dem König Nachgiebigkeit empfahl. Gewiß ist, daß der Palatin letzterem in freimüthiger Weise die Folgen einer längeren Dauer des gegenwärtigen Zerwürfnisses auseinandersetzte. Er machte Mathias darauf aufmerksam, daß er bei einem blutigen Zusammenstoße in keinem Fall auf einen Sieg rechnen könne, denn behaupte er anfangs auch das Schlachtfeld, so sei damit nichts für ihn gewonnen, da die Stände Ungarns und Mährens sich dann nur um so entschiedener auf die Seite der Herren stellen müßten. Da es hieß, daß Khlesl dem König gerathen hatte, lieber mit „einem weißen Stäbchen" in der Hand das Land zu verlassen, als den Ständen nachzugeben, so sagte Illeshazy mit Bezug auf diesen Rath, daß er demselben nimmer beistimmen könne, „denn die Länder würden wohl einen Herrn und König immer noch bekommen, Mathias aber keine Länder mehr." Oesterreich sei das Stammland der Habsburger und demnach wohl zu bedenken, ob dasselbe wegen einer Sache preisgegeben werden solle, die sich nun einmal nicht befehlen lasse, nämlich der Glaube. Man möge doch Andern glauben lassen, was ihnen beliebe, denn Niemand werde für einen Andern weder zum Himmel noch zur Hölle fahren. Mathias erwiederte auf diese Vorstellungen, daß er seinem Bruder Maximilian hinreichende Vollmachten für die Befriedigung der Stände ertheilt habe, daß aber jeder Ausgleich an den stets weiter gehenden Forderungen derselben scheitere. Illeshazy gab sich mit dieser Antwort nicht zufrieden, sondern entgegnete, er höre von strengen Mandaten, die man gegen die Stände veröffentlichen wolle, um sie zum Gehorsam zu zwingen und die ihm nicht darnach angethan scheinen, als ob sie den Frieden herbeiführen könnten. — In der That wurden in der Kanzlei des Königs offene Mandate verfertigt, welche die Stände unter Androhung von Strafen zur Leistung der Huldigung mahnen und ihre Unterthanen von allen Pflichten lossagen sollten, falls sie weiter im Ungehorsam verharren würden. Mathias entschuldigte die vorläufige Abfassung derselben damit, daß er sie nicht in Anwendung bringen, sondern nur den Widerspänstigen einigen Schrecken einflößen wolle. Er setzte darauf auseinander, daß er die Absicht habe, den niederösterreichischen Ständen eine erweiterte Religionsfreiheit zu gewähren; er wolle deshalb den Predigern des Adels gestatten, ohne Gefährde die Städte besuchen und daselbst Kinder taufen und das Abendmal verabreichen zu dürfen, den Bürgern wolle er nicht verwehren, protestan-

Google Original HARVARD UN

tische Kirchen in der Nachbarschaft zu besuchen; eine öffentliche Ausübung des Gottesdienstes in den Städten könne und werde er dagegen nicht bewilligen, so wenig als er diese in Mähren bewilligt habe. Eben so wenig wollte er weiter einen Einwand gegen die Gleichberechtigung zwischen Katholiken und Protestanten bei der Besetzung der obersten Staatsämter erheben und erklärte sich schließlich erbötig, alle Privilegien des Landes zu bestätigen und überhaupt die Verwaltung auf einem geregelteren Fuße einzurichten. Illeshazy bemerkte auf diese Mittheilungen, daß sie seiner Ansicht nach vollkommen genügen dürften, einen Ausgleich mit den Protestanten Niederösterreichs herbeizuführen, zugleich aber stellte er die Frage, was denn der König mit den Oberösterreichern zu thun gedenke und ob sie anders behandelt werden sollten. Auch in dieser Beziehung beruhigte ihn Mathias; er versprach den letzteren gleiches zu bewilligen, erklärte aber, daß sie vorher für ihr bisheriges dem offenen Aufstand sich zuneigendes Auftreten Abbitte leisten und bekennen müßten, Unrecht gethan zu haben. Thäten sie dies, so werde er ihnen einen Bescheid geben, mit dem sie zufrieden sein sollten. Illeshazy gab sich mit dieser Aufklärung zufrieden und in der That schien sie so ziemlich den Konzessionen gleichzukommen, zu denen Mathias sich in Mähren verstanden hatte *).

Wenn der König thatsächlich Illeshazy die Versprechungen gemacht hatte, welche wir hier angeführt haben und deren Kenntniß nur auf des letzteren Mittheilung zu uns gelangt ist, so besann er sich doch bald darauf eines andern und gab wieder zu erkennen, daß er über die Konzession seines Vaters nicht hinausgehen wolle. Gewiß trug die Rücksicht auf Rom und Spanien viel zu dieser Umwandlung bei. Illeshazy aber schrieb dieselbe einfach dem Einflusse Khlesls und seiner Partei im Rathe des Königs zu. Was diesen Rath betrifft, so bestand derselbe aus Khlesl, Liechtenstein, Kuhn, Meggau, Brenner, Trautson, Mollart, Krenberg und Harrach. Von diesen besaß Khlesl im höchsten Grade das Vertrauen seines Herrn und war sonach derjenige, welcher den öffentlichen Angelegenheiten den bestimmenden Impuls gab. Ihm schlossen sich Kuhn und Meggau an, während Liechtenstein an der Spitze der übrigen Räthe stand; die ersteren nun waren für die Nichtbewilligung der ständischen Forderungen, die letzteren dagegen empfahlen angelegentlich einen baldigen Ausgleich **). Erzherzog Maximilian, welcher die religiösen

*) Münchner Staatsarchiv 117/3. 12. Relation des Freiherrn von Eyzing über seine Gesandtschaft bei Illeshazy.

**) Archiv von Simancas 219/5). Erzh. Leopold an Ferdinand 8do. März 163.

Google

Streitigkeiten ſeiner Zeit in kaltblütiger Weiſe vom politiſchen Standpunkte aus beurtheilte, nahm die Mitte zwiſchen beiden Parteien ein; er theilte nicht den Haß der Khleſliſchen Partei gegen den lutheriſchen Glauben, wohl aber hütete er ſich gleich ihr, der einen Vorſchubleiſtung der politiſchen Beſtrebungen der Proteſtanten. So mag es wohl gekommen ſein, daß Mathias, beeinflußt von der Ueberzeugung des ihm aufrichtig ergebenen Bruders und geleitet von dem Rathe des ihn nahezu beherrſchenden Khleſl, ſchnell auf die Illeshazy gemachten Zuſagen vergaß und in der That Anſtalten traf, um durch die Publikation ſtrenger Mandate die Proteſtanten zur unverweilten Huldigung zu nöthigen. Illeshazy, welcher nach dieſem Umſchwung in Mathias' Haltung ſowohl bei Maximilian als bei Khleſl und ſeinen Anhängern zu Gunſten der Horner vermitteln wollte, ſtieß auf einen harten Widerſtand; einer der Räthe, deſſen Name uns nicht weiter bekannt iſt, den der Palatin aber als einen noch ſingern Mann bezeichnet, erwiederte ihm auf ſeine Vorſtellungen: „Die Konfirmation der von den Hornern gemachten Forderungen könne nur mit Blut geſchehen.“ Illeshazy entgegnete ihm: „Mein lieber Herr Sohn, euer Blut iſt viel zu wenig dazu, um daß Ihr dieſes alles konfirmiren ſolltet.“ Er reiſte darauf nach Ungarn, die Entwicklung der öſterreichiſchen Angelegenheiten ſich ſelbſt überlaſſend.

Es verſteht ſich, daß die Horner von den vergeblichen Anſtrengungen Zerotins und Illeshazy's, zu ihren Gunſten zu vermitteln, ziemlich genaue Kenntniß beſaßen. Waren ſie ſchon früher nicht ganz zufrieden, als die genannten Herren auch ſie zur Mäßigung mahnten, und ließen ſie es nicht an verdächtigenden Beſchuldigungen gegen dieſelben fehlen, ſo waren ſie nunmehr vollends gegen Mathias und ſeine Umgebung entrüſtet, als ihnen dieſe nicht einmal ſo viel gewähren wollten, was doch ſelbſt ſchlaffen Freunde für nothwendig gehalten. Jetzt fand Tſchernembl bei ſeinen Parteigenoſſen einen wohl vorbereiteten Boden, um einigen von ihnen die Unterhandlung mit dem Kaiſer empfehlen zu können und ſo den Plan, deſſen Grundzüge in Wittingau entworfen worden waren, ſeiner Durchführung näher zu bringen. Er erſuchte nunmehr den Fürſten von Anhalt in aller Form, dem Kaiſer auf einem paſſenden Wege die Erklärung zukommen zu laſſen, daß die Oeſterreicher geneigt ſeien, unter ſeine Herrſchaft zurückzukehren, wofern er ſene Forderungen, deren Gewährung ſie bis jetzt vergeblich von Mathias verlangt hätten, bewilligen würde. Zugleich fügte er ſeiner Bitte noch den Wunſch bei, daß die Reichsfürſten auf irgend eine Weiſe dem Vertrage mit dem Kaiſer

15 Dez 1608

Google

als Garanten beitreten möchten*). Wie sehr alles dies Anhalt genehm war, ist leicht begreiflich; gleichwohl mäßigte er die eigene Ungeduld und statt den Versuch einer direkten Unterhandlung mit dem Kaiser augenblicklich zu erneuern, verlangte er nochmals von Tschernembl ausführliche Mittheilungen nicht bloß über Oesterreich sondern auch über Ungarn und Mähren. Er dachte nichts Halbes zu thun, sondern geradezu dem König, sobald er sich einmal mit ihm in den Kampf begeben würde, seine sämmtlichen Besitzungen zu entreißen; deshalb wollte er erst die Aussichten kennen, welche für das Gelingen dieser Unternehmung sprachen, um darnach seine Anträge an den Kaiser zu bemessen**). Bevor jedoch noch eine Antwort von Tschernembl einlief, ersparte ihm ein eigenthümlicher Zufall die Aufsuchung eines passenden Weges, um mit dem Kaiser in direkte Verhandlungen zu treten.

Während der letzten Wochen hatte sich in Prag Dr Croll, der Leibarzt des Fürsten von Anhalt, den dieser gelegentlich auch zu diplomatischen Missionen zu verwenden pflegte, aufgehalten. Derselbe kam nun unerwartet schnell in Prag und ehe noch sein Herr Gelegenheit fand, dessen Papiere durch einen andern Agenten in Sicherheit zu bringen, waren sie bereits im Auftrage der Kaisers mit Beschlag belegt worden***). Eine nähere Untersuchung warf hinreichend Licht auf die enge Verbindung, in welcher der Fürst zu den Horner Ständen stand, und erzeugte in dem Kaiser den abenteuerlichen Plan, Anhalt um seine Vermittlung bei den Oesterreichern anzusuchen.

Um die verlorne Herrschaft wieder zu gewinnen, war der Kaiser jetzt geneigt, jeden Preis zu zahlen. Es ist zwar sonderbar aber richtig, daß, so lange Mathias noch nicht in Ungarn gekrönt war, sich der Kaiser noch immer nicht der Hoffnung entschlagen konnte, derselbe werde freiwillig wieder zu seinen Gunsten auf die abgetretenen Länder Verzicht leisten. Nichts war ihm deshalb willkommener, als die Nachricht von den Schwierigkeiten, denen Mathias in den erworbenen Ländern begegnete; in dieser Richtung war sein Geist ununterbrochen beschäftigt, in jeder andern war er todt. Es gab weder für die angesehensten Personen seines Hofes noch für die fremden Gesandten ein sicheres Mittel zu ihm zu ge-

*) Bernburger Archiv O XIII, Vol. III, Fol. 62. Tschernembl an Anhalt Ko. Horn den 15. Dezember 1608.

**) Bernburger Archiv O XIII, Vol. III, Fol. 66. Anhalt an Tschernembl Ibs 15/25. Dezember.

***) Bernburger Archiv O XIII, Vol. III, Fol. 91. Anhalt an Kurpfalz dto Amberg 29. Dezember 1608. A. St.

Google

langen oder auch nur eine Schrift ihm zukommen zu laſſen; entweder kam die Schrift nicht in ſeine Hände oder ſie wurde von ihm ungeleſen weggeworfen. Wer aber doch zu ihm gelangte, durfte über nichts anderes mit ihm reden, als über den einzigen Gegenſtand, der ihn unabläſſig beſchäftigte, nämlich die Eroberung ſeines Bruders*). Die chimäriſchen Hoffnungen, welche er bezüglich des Wiedergewinns der abgetretenen Länder hegte, beruhten auf dem trotzigen Auftreten der Oeſterreicher und auf der Annahme, daß ſich die Ungarn mit denſelben verbünden und die Krönung verweigern würden. Er erwartete, daß Mathias ſchließlich aus Verzweiflung über die ſich auftürmenden Schwierigkeiten ſich ihm in die Arme werfen und auf die abgetretenen Länder Verzicht leiſten würde! Die Nachricht von der in Preßburg vollzogenen Krönung traf ihn deshalb wie ein Donnerſchlag und regte ihn in furchtbarer Weiſe auf; ergrimmt wie ein „Löwe", ergoß er ſich in Vorwürfen gegen ſeinen Bruder und beſchuldigte ihn der Falſchheit, weil er ihn in ſeinen letzten Briefen eine Rückerſtattung des Entriſſenen habe hoffen laſſen. Mit der eigenthümlichen Auffaſſungsweiſe eines Kranken hatte nämlich der Kaiſer aus dem unterwürfigen Tone eines Briefes von Mathias dieſe Hoffnung gefaßt, hatte bereits im Geiſte die bittende Geſtalt ſeines Bruders und deſſen Verzicht auf die erworbenen Rechte vor ſich geſehen und nun beſiegelte die Krönung auf unwiderrufliche Weiſe den Verluſt**).

Dennoch gab der Kaiſer ſeine ſonderbaren Hoffnungen auf die Wiedererwerbung der verlorenen Länder noch nicht auf. Er ſchickte den Erzherzog Dez. Leopold, welcher gerade in Prag zum Beſuche weilte, den Grafen Althan, 1606
den Appellationsrath Tennagel und den Reichshofrath Hegenmüller***) nach Wien, um geradezu von ſeinem Bruder die Rückerſtattung des Verlorenen zu verlangen! Erzherzog Leopold hatte im Vereine mit Maximilian perſönlich bei Mathias dieſes Begehren zu unterſtützen, während Tennagel und Althan heimlich mit den Hornern ſelbſt in Ver-

*) Simancas 2494/102. Zuñiga an Philipp III dto. 8. November. . . ni ay comino ninguno para alcançar audiencia de S. M. ni persona, que se encargue de darle ninguna recato mio ni de nadie, ni nadie, que le hable nino su lo, que si le pregunta o en cosa, que tuven conocimiento, que le a de dar mucho gusto, y si solo escrive algun billete, no ay seguridad ninguna de que aya de llegar a sus manos.

**) Simancas 2494/109. Zuñiga an Philipp III dto. Prag den 28. November. — Ebendaſelbſt 2494/72. Zuñiga an Philipp III dto. 5. Dezember 1606. La nueba de la coronacion de Ungria ha hecho terrible effecto . . .

***) Hurter, Ferdinand II Bd. VI S. 168. Tennagel war ein Däne von Geburt und Schwiegerſohn Tycho Brahe's. — Simancas 708. Protokoll der Staatsconſeſſion vom 10. März 1609.

Google

bindung traten und sie gegen Ablehnung mannigfacher Vortheile zur Anerkennung ihres frühern Herrn bewegen sollten. Mathias wies diese Anträge nicht in der entschiedenen Weise von sich, wie man vielleicht vermuthen sollte; er deutete selbst an, daß er nicht ganz ungeneigt wäre, des Kaisers Begehren zu erfüllen, wenn er nicht in seinen Entschlüssen durch seine neuen Unterthanen zu stark beschränkt wäre. Mathias meinte es wohl keinen Augenblick mit der Rückerstattung ernstlich und mochte also mit der unterwürfigen Sprache nur einen Versuch, dem Kaiser eine versöhnlichere Stimmung einzuflößen. Als er aber Rudolfs Hartnäckigkeit und die gegen ihn mit den Hornern angesponnenen Machinationen merkte, schlug er rundweg dem Kaiser sein Begehren ab und der Reichshofrath Hegemüller kehrte endlich mit der Antwort zurück, daß Mathias sich zu allem nur nicht zur Abtretung der Länder verstehen könne. Nichtsdestoweniger stellte Rudolf nochmals das Ansuchen, sein Bruder solle ihm wenigstens Mähren und Oesterreich zurückgeben*). Was für eine Antwort der letztere gegeben, ist uns nicht bekannt, gewiß mögen aber des Kaisers unerträgliche Forderungen später seinen Entschluß, mit den Oesterreichern um jeden Preis sich zu versöhnen, beschleunigt haben. Althans Versuch, direkte Verbindungen mit den Horner Ständen anzuknüpfen, erwiesen resultatlos und nöthigten den Unterhändler zur schleunigen Flucht nach Böhmen.

In diesen Momenten, wo der Kaiser durch direkte Verhandlung mit Mathias und durch geheime Intriguen mit den Hornern sich zum Besitze des Verlornen wieder helfen wollte, geschah es nun, daß ihm die oben berührten Papiere Erolds in die Hände fielen. Gierig nach der günstigen Gelegenheit greifend, welche ihm ein vertrautes Einverständniß mit Anhalt zu bieten schien, beauftragte er den Landgrafen von Leuchtenberg, den Fürsten direkt zur Angabe jener Wege aufzufordern, durch welche er „die erlittenen Scharten auswetzen könnte". Anhalt, der, wie wir wissen, von Tschernembl in einer fast offiziellen Weise zu Verhandlungen mit dem Kaiser ermächtigt worden war, erwiederte dem
1. Mai. Landgrafen, er sei jederzeit, „insbesondere aber seit dem
1609 Regensburger Reichstage", als alle Welt wider den Kaiser aufgetreten, auf dessen Bestes bedacht gewesen und habe zu seiner Rettung „einige so gute Gelegenheiten ersehen gehabt, daß er sich geradezu wundern müsse, weshalb sie sonst von Niemandem erkannt worden seien". Sein

*) Chmelarz 709. Protokoll der Staatsrathssitzung in Madrid vom 10. März über die Horner Anfrage vom 17., 30. und 31. Jänner. — Chmelarz 969. Anfrage an Philipp III vom 3. Jänner 1609.

Google

nun auch dieſe Gelegenheiten bereits verſchwunden, ſo ergäben ſich wiederum neue und er für ſeine Perſon ſei gern erbötig, den Kaiſer auf dieſelben aufmerkſam zu machen*). Kaum hatte Anhalt dieſe Antwort nach Prag abgeſchickt, ſo kam auch bereits von dort ein gewiſſer Oberſt Gunderode, um im Auftrage des Kaiſers perſönlich die Verhandlungen einzuleiten. Gunderode lebte damals in Prag als offiziell beglaubigter Agent des Königs von England und es wirft ſonach ein eigenthümliches Licht auf Rudolf, daß er ſich in einer ſo wichtigen und zugleich ſo wenig rühmlichen Angelegenheit eines fremden Diplomaten bediente. Der Geſandte hatte den Auftrag, nicht nur dem Fürſten von Anhalt ſelbſt einen paſſenden Lohn zu verſprechen, ſondern zugleich im Namen des Kaiſers den Oeſterreichern freie Religionsübung anzubieten, im Falle ſie zu ihrem früheren Herrn zurückkehren würden. Uebrigens lud er den Fürſten ein, nach Prag zu kommen, da der Kaiſer wiederholt den Wunſch ausgeſprochen habe, ſich mit ihm über die gegenwärtigen Verhältniſſe zu berathen**).

Anhalt erwiederte dem Oberſten, daß er nur noch Nachrichten aus Oeſterreich erwarte, ob Mathias abermals den Hornern eine abſchlägige Antwort auf ihre erneuten Bitten gegeben und daß, wenn dies der Fall ſein ſollte, er die Unterhandlungen mit dem Kaiſer ernſtlich in Angriff nehmen wolle. Dem letztern ſelbſt dankte er in einem Briefe für das geſchenkte Vertrauen und ſetzte ihm zugleich auseinander, worauf er ſeine Hoffnungen, ihm zum Wiedergewinn des Verlornen zu helfen, begründe. Seine Worte verdienen hier einen Platz, denn ſie ſind ſelbſt in der lügenhaften Sprache der Diplomatie ein Denkmal ſeltener Gleißnerei. Er wolle, ſagte er, dem Kaiſer den Grund für ſeine Hoffnungen angeben und dieſer beruhe darin, daß kein römiſcher Kaiſer ſo lange Jahre ſo anſehnlich und glücklich regiert (!) und keiner ſeit hundert Jahren ſo glänzende Siege gegen die Türken erfochten habe, als er, ſo daß der Sultan ſelbſt ihn habe um Frieden bitten müſſen. (!!) Nun habe der Kaiſer zwar einen Theil ſeiner Länder „nach fürfallender Occaſion***) theils aus In-

*) Archiv von Bernburg. O XIII, Vol. III Fol. 75. der Landgraf von Leuchtenberg an Anhalt ddo. 29. Dezember. — Ebendaſelbſt Fol. 76. Anhalt an Leuchtenberg ddo. 1. Jänner 1609.

**) Bernburger Archiv. O XIII Vol. III, Fol. 91. Anhalt an Kurpfalz ddo. Amberg den 8. Jänner 1609.

***) Wir haben uns bemüht das Schreiben ſeiner veralteten Form zu entkleiden und namentlich die lateiniſchen Ausdrücke durch deutſche zu erſetzen. Es ging dies jedoch nicht überall an und namentlich gelang es uns nicht die Worte: „nach fürfallender Occaſion“ modern umzukleiden, denn ſie enthalten eine ſo auf

Google

dulgenz, theils aus Gratifikation, theils aus Zufall abgetreten", doch könne es einem ſolchen Monarchen nach Anhalts einfältigem Ermeſſen nicht viel Mühe koſten, die von Andern beleidigten Länder wieder durch „Temporiſirung" dauernd an ſich zu bringen, um ſo mehr, da das kurfürſtliche Kollegium auf ſeiner Seite ſei, dieſes verhoffentlich nicht ein geringes (zu ſeiner Erhöhung) beitragen und auch der „Reſpekt, die Dependenz und Autorität, deren er ſich bei fremden Königen und Fürſten erfreue, etwas anſehnliches präſtiren werde". Dieſe auswärtige Hilfe vereint mit „der Neigung der Gemüther in den Erbländern, die zwar Gott lenke, wohin er wolle, die aber allbereits merklich verſpürt werde, ſei ein Fundament", auf welches der Kaiſer nicht vergeblich die Erfüllung ſeiner Wünſche begründen dürfe*). Die Urtheilskraft des Kaiſers muß wohl ſtark gelitten haben, wenn die Unwahrheiten dieſes Schreibens ihn nicht mehr erzürnten, ſondern noch ſeinen Hoffnungen ſchmeicheln konnten. Gunderode's Reiſe nach Amberg blieb übrigens kein Geheimniß, denn dieſer prahlte nach ſeiner Rückkehr nach Prag, er habe in wenigen Tagen mehr zu Gunſten des Kaiſers zu Wege gebracht, als ſeine übrigen Räthe in langen Reiſen; man werde bald merkwürdige Dinge erleben**).

Nachdem ſo Anhalt die Verbindung mit dem Kaiſer in Gang gebracht hatte, entwarf er auch in einem Gutachten die Bedingungen, unter welchen die Oeſterreicher wieder unter ihren früheren Herrſcher zurückkehren konnten. Die erſte und unerläßliche Bedingung war ihm natürlich die Freigebung des Glaubens und die völlige Gleichberechtigung der Proteſtanten mit den Katholiken; damit dieſe aber dauernd erhalten würde, ſollten die proteſtantiſchen Fürſten und Kurfürſten ſo wie der König von England die Garantie des Vertrags durch ihre Mitunterzeichnung übernehmen***), den Ständen ſelbſt ſollten zur Erhaltung ihrer politiſchen Freiheit der Zuſammenhang mit der Union freigegeben und Zuſammenkünfte aller Art erlaubt ſein. Dieſer Entwurf, welchen Anhalt zur Begutachtung nach Oeſterreich ſchickte, kreuzte ſich auf dem Wege mit einem andern Entwurfe, welchen Tſchernembl nach Amberg ſchickte. Der letztere

---

Schrauben geſtellte Lüge und Unklarheit, daß jede Umkleidung das charakteriſtiſche und doch nichtsſagende dieſer Phrase verwiſchen würde.

*) Bernburger Archiv. O XIII, Vol. III, Fol. 60. Anhalt an den Kaiſer ddo. Waldmünchen 7. Jänner 1609. N. St.

**) Brüſſel. Secret d' Etat. Allem. Carton 163. Biſcher an Erzherzog Albrecht ddo. 17. Jänner 1609.

***) Bernburger Archiv. O XIII, Vol. III, Fol. 101. Gutachten Anhalts ddo. 12. Jänner 1609.

Google

unterſchied ſich in ſeinen Forderungen von Anhalt dadurch, daß er die Garantie auswärtiger Fürſten nicht für nothwendig hielt und weniger auf das Bündniß mit der Union als auf die Aufrechthaltung des Bündniſſes mit Ungarn und Mähren ein Gewicht legte*). Die Anſichten des öſterreichiſchen Tribuns waren deshalb nicht ſo weitgehend, weil er ſtets die Möglichkeit im Auge hatte, daß ſeine bisherigen Freunde, von denen nur ein ſehr kleiner Theil in die Unterhandlungen mit Rudolf eingeweiht war, ihm nicht ſo weit folgen dürften, als Anhalt wünſchen mochte; deshalb erſuchte er auch den letztern, noch vier Tage mit definitiven Antworten an den Kaiſer innezuhalten, weil er hoffte, ihm bis dahin Nachricht geben zu können, welche Stellung Mähren und Ungarn beim Ausbruche des Kampfes gegen Mathias einnehmen würden. Auf die frühere Frage des Fürſten, ob Hoffnung vorhanden ſei, daß auch dieſe Länder für Rudolf gewonnen werden könnten, antwortete er verneinend. Wiewohl nun Anhalt die Verhandlungen mit dem Kaiſer nicht weiterführen konnte, ſo lange nicht von Tſchernembl fernere Mittheilungen eingelaufen waren, ſo ließ er doch die Zeit nicht ungenützt vorüberſtreichen. Von Gundersdorf, wohin er mit den momentanen Hinderniſſen einer ſofortigen Uebereinkunft mit dem Kaiſer bekannt machte, verlangte er zu wiſſen, wie man in Prag die künftigen Verhandlungen einzuleiten gedenke. Anhalt wünſchte mit ihnen ſelbſt im Namen des Kaiſers, ohne Dazwiſchenkunft eines Dritten, betraut zu werden, weil er die Vortheile ihrer glücklichen Beendigung, da, wo er allem die Mühe gehabt, Anderen nicht überlaſſen wollte. Zugleich ſtellte er die Forderung, der Kaiſer ſolle dem Erzherzog Leopold die Weiſung zukommen laſſen, nicht mehr gegen die Proteſtanten eine feindliche Haltung anzunehmen. Seit ſeiner Geſandtſchaft nach Wien war nämlich der junge Erzherzog daſelbſt geblieben und hatte ſich bei jeder Gelegenheit auf das energiſcheſte gegen die Horner ausgeſprochen**).

12 Jän 1608

29 Jän

Um über das fernere Verhalten der Ungarn und Mährer im klaren zu ſein, hatten die Horner in den erſten Tagen des Monats Jänner an beide eine Geſandtſchaft abgeordnet, wozu ſie auch durch die ſtrengere Haltung, welche Mathias mittlerweile einſchlug, veranlaßt wurden. Gleich beim Beginn des Jahres 1609 hat er nämlich den Proteſtanten abermals die unverkürzte Konzeſſion Maximilians II und die Zulaſſung zu den höhern Aemtern an, dafür aber übte er in energiſcher

1609

*) Herrnberger Archiv. O XXII, fol. 66. Tſchernembl an Anhalt ddo. 12. Jänner 1609.

**) Herrnberger Archiv. O 12, Vol. IV. Anhalt an Gundersdorf ddo. 19/29. Jänner 1609.

Google

Weiſe ihr bisheriges Betragen und befahl ihnen die Leiſtung der Huldigung bis zum 21. Jänner. Zu einem zweiten Mandat forderte er das von den Ständen geworbene Volk auf, in ſeine Dienſte zu treten und ſchon ſprach man davon, daß auch ein drittes Mandat*) vorbereitet werde, welches die Unterthanen des widerſpänſtigen Adels von ihren Pflichten und namentlich von der Robotleiſtung losbinden ſollte. Die Horner Verſammlung, von dieſen Mandaten ſchon in Kenntniß geſetzt, bevor ſie noch veröffentlicht wurden, beſchloß die Ungarn und Mährer nochmals an die Verpflichtungen des Ètrboholer Bündniſſes zu mahnen. In Olmütz er-
9. Jän. langte ihre Geſandtſchaft ſo viel, daß ſie daſelbſt zufälligerweiſe ver-
1608 ſammelten oberſten Beamten des Landes ſammt einigen Landſtänden verſprachen, daß falls der Bericht einiger Herren, die man nach Horn ſenden wollte, zu Gunſten der Oeſterreicher lauten ſollte, Mähren ſich den durch das Bündniß auferlegten Verpflichtungen nicht entziehen werde**). Mathias hatte eigens Herrn von Liechtenſtein nach Olmütz geſchickt, um den Einfluß der Horner Geſandten zu paralyſiren, aber vergebens, denn wiewohl daſelbſt weiter nichts als die Abſendung einer Deputation beſchloſſen wurde, ſo machte ſich gleichwohl eine dem König ſo abgeneigte Stimmung geltend, daß Liechtenſtein auf das eiligſte nach Hauſe berichtete und ſeinen Herrn auf das inſtändigſte vor jedem feindlichen Schritt gegen die Horner warnte***).

Nach Ungarn ſandten die Horner Herrn Erasmus von Eizing, welcher, da die Stände des Landes nicht tagten, zum Palatin Illeshazy
17 Märzreiſte und ihn um eine offene Erklärung erſuchte, weſſen ſich die Oeſterreicher von den Ungarn zu verſehen hätten, im Falle es zum Krieg zwiſchen ihnen und Mathias kommen ſollte. Illeshazy empfing den Geſandten mit Zuvorkommenheit und theilte ihm alles das mit, was er zu Gunſten der Horner mit Mathias und ſeinen Räthen im vorigen Monate geſprochen hatte und fügte ſchließlich hinzu, daß er ſein weiteres Benehmen nach vorläufiger Berathung mit dem Landeshauptmann von Mähren, welchen er noch am ſelben Tage zum Beſuche erwarte, regeln werde. Eizing, mit dieſer Antwort nicht zufrieden, verlangte poſitive

---

*) Es war daſſelbe, zu deſſen Kenntniß Illeshazy bereits im Laufe Dezember 1608 gelangt war.

**) Brünnerer Archiv. O 18, Vol. IV, fol. 161. Relation der öſterreichiſchen Geſandtſchaft an die Horner. — Ebendaſelbſt fol. 10. Inſtruktion für die mähriſchen Geſandten.

***) Brünnerer Archiv. Reg. I, f. 1, 226/65. Bernhard von Puchheim an Liechtenſtein ddo. Horn den 12. Jänner 1608.

Google

Erklärungen, erinnerte ihn deshalb an die Verpflichtungen des Stirbo-holer Bündnisses und erwähnte schließlich eines Gerüchtes, nach welchem 10.000 Ungarn bereits versammelt seien, um an Mathias' Seite zu kämpfen. Illeshazy stellte zwar in Abrede, daß das Stirboholer Bündniß die Oesterreicher im jetzigen Augenblicke zu irgend welcher Forderung berechtige, denn dasselbe sei nur für allgemeine und nicht für besondere Angelegenheiten aufgerichtet worden. Da nun das Verlangen der Horner nur eine „partikuläre" Angelegenheit sei, so könne er die Gespannschaften nicht berufen, um sie um ihre Meinung zu befragen. Aber das Versprechen könne er doch geben, daß, wie auch die Dinge ausfallen sollten, die Ungarn nicht gegen die Oesterreicher kämpfen würden und sollten sie doch in ihr Land kommen, so dürfte dies nicht geschehen, um Mathias beizustehen. So günstig diese Erklärungen des Palatins lauteten, so genügten sie dem Gesandten dennoch nicht, denn er verlangte schließlich ein positives Versprechen, daß die Ungarn den Hornern helfen würden, und da dies Illeshazy nicht abgab, kehrte er ziemlich unzufrieden nach Hause zurück. Tschernembl, der es nicht ertragen konnte, wenn Jemand sich ihm nicht anschloß, nannte den Palatin geradezu einen Heuchler*).

IV

Brachten die Gesandten der Horner auch nicht die Nachricht nach Hause, daß mährische und ungarische Truppen ihnen auf dem Fuße nachfolgten, um Mathias' Unnachgiebigkeit zu bekämpfen, so befriedigten gleichwohl ihre Berichte, denn sie sprachen mit Gewißheit die Vermuthung aus, daß man von Seite der Stirboholer Bundesgenossen nie das Geringste zu befürchten, wohl aber vieles zu hoffen habe. Dennoch war der Augenblick noch nicht gekommen, daß Tschernembl den Fürsten von Anhalt endgiltig für die Verhandlungen mit Rudolf autorisiren konnte, obwohl er seine schließlichen Aufträge nur bis auf den Empfang der Berichte aus Ungarn und Mähren, welche nunmehr eingelaufen waren, hinausgeschoben hatte; denn da die Mährer den Horner Gesandten auf dem Fuße auch eine Deputation an Mathias zur Vermittlung abgeschickt hatten, an deren Spitze Zerotin stand, so wollte Tschernembl, daß Anhalt in dem Beginne der Verhandlungen mit Rudolf noch so

*) Münchner Staatsarchiv 117/3, 12. Relation des Erasmus Freiherrn von Eyzing ddo. 28. Jänner 1609. Berneburger Archiv. O XIII, Vol. III, 319. Tschernembl an Anhalt ddo. Horn den 13. Jänner 1609.

Google

lange innehalte, bis er erfahren haben würde, was die Mähren in Wien ausgerichtet hätten.

Diese abermalige Verzögerung behagte dem Fürsten von Anhalt nur wenig, weil er immer mehr fürchten mußte, daß Mathias unter dem von allen seinen Ländern auf ihn ausgeübten Drucke zuletzt doch nachgeben könnte. Da er nun einsah, daß Zerotin, nach dessen Meinung sich auch Illeshazy richtete, sowohl die Oesterreicher als Mathias in ihren Entschlüssen bestimmen würde, so nahm er zuletzt keinen Anstand, sich direkt an den mährischen Landeshauptmann zu wenden und ihn zur Theilnahme an den Unterhandlungen mit dem Kaiser aufzufordern, um so die gefürchtete Vereinigung zwischen Mathias und den Oesterreichern zu hindern*). Bei der kühlen Haltung, welche Zerotin ihm gegenüber eingenommen hatte, hätte Anhalt das gewagte dieser Aufforderung mehr bedenken sollen, denn er lief Gefahr, sein ganzes Spiel vor den Augen eines unparteiischen und friedliebenden Mannes aufzudecken. Auch war es thöricht zu glauben, daß die gewöhnlichen Phrasen von papistischer Tyrannei und Freiheit des Evangeliums auf einen Eingeweihten wie Zerotin einen tiefern Eindruck ausüben konnten. Aber Pläne flammenden Ehrgeizes, welche Anhalt selbst eine Krone als etwas Erreichbares vorgaukelten, ließen ihn auf seine sonstige Zurückhaltung vergessen**). Um ja nichts zu versäumen, was seine Wünsche fördern konnte, legte er bald darauf sogar Herrn von Tschernembl (!) dringend die Vereinigung mit dem Kaiser ans Herz und warnte ihn vor der Theilnahme an den Verhandlungen in Wien, da man leicht gegen seine Person einen gefährlichen Streich versuchen könnte.

Trotz dieser Schritte, durch welche Anhalt sich bemühte, den Faden der Verhandlungen, welche in Wien beginnen sollten, abzuschneiden, sprach alles dafür, daß dieselben ihren Anfang nehmen würden. Tschernembl schrieb nach Amberg, man dürfe sich keine Hoffnung machen, daß Zerotin für den Kaiser gewonnen werden könnte; er habe vielmehr entschieden erklärt, lieber sich mit dem Türken zu verbinden, als je mehr unter die Herrschaft des Kaisers zurückzukehren. Dennoch gab damit Tschernembl selbst keineswegs das mit Rudolf begonnene Spiel für verloren, sondern glaubte, daß die Wiener Verhandlungen bei Mathias' sicherer Unnachgiebigkeit resultatlos bleiben und man in ihnen nur eine Verzögerung der kaum Vereitlung der gemeinsamen Wünsche beklagen dürfe. In einem

*) Nürnberger Archiv. C XLII, Vol. III, fol. 335. Anhalt an Zerotin 16./28. Januar.

**) Wir werden bald mehrere bezüglich Oesterreichs und Böhmens mittheilen.

Google

ſeiner aufrichtigen Ergüſſe an Anhalt ſchloß er mit folgenden merkwürdigen Worten: Um die Wahrheit zu ſagen, ſo bin ich der Meinung, daß wir mit dem Kaiſer eben ſo wenig zum Ziele gelangen, als mit dem König, denn die Beſchaffenheit ſeines Charakters beruht darin, daß er alles beginnt und nichts beendet. Mein Plan iſt der, daß, wenn beide Prinzen unſere Forderungen abweiſen, wir die proteſtantiſchen Fürſten des Reiches um ihre Hilfe erſuchen und dann iſt alles gewonnen*). An dieſe verſtändliche Mittheilung knüpfte Tſchernembl noch die Bitte, die Union möchte wenigſtens ſchleunig Geſandte nach Oeſterreich ſchicken, die entweder den König zur Nachgiebigkeit bewegen oder mit den Ständen die letzten Verabredungen über eine thätige Beihilfe treffen könnten. — Anderer Art war die Antwort, welche zu gleicher Zeit von Zerotin auf Anhalts Aufforderung in Amberg einlief. Der Landeshauptmann erklärte darin, daß er, weit entfernt zur Wiedereinſetzung Rudolfs die Hand zu bieten, vielmehr alles aufbieten werde, um die Verhandlungen zwiſchen den Oeſterreichern und Mathias zu einem glücklichen Reſultate gelangen zu laſſen und lieber es auf einen offenen Kampf ankommen laſſen wolle, als eine Wiedervereinigung mit dem Kaiſer zuzugeben. Nicht aus perſönlichen Rückſichten handle er ſo, denn es wäre ihm am Ende leicht, ſich mit dem Prager Hof wieder auf einen guten Fuß zu ſtellen, aber deshalb, weil die Verbindung mit dem Kaiſer gleichbedeutend mit der Wiedereinſetzung des verderbten Regiments wäre, welches allein die Urſache der letzten Ereigniſſe geweſen**). Anhalt konnte aus dieſer Antwort ſchließen, daß er in ſeinen Mittheilungen an Zerotin zu weit gegangen ſei und daß, wenn nicht das gleiche Band der Religion ſie umfaßt haben würde, er wohl etwas ſchlimmeres als eine einfach ablehnende Antwort von ihm zu fürchten gehabt hätte.

Waren ſchon alle dieſe Nachrichten für Anhalt, der die Verhandlungen mit dem Kaiſer gern ſchnell zu einem Abſchluß gebracht hätte, unangenehm, ſo machte er zugleich auch noch die trübe Erfahrung, daß er mit allzugroßer Haſt auf die bereitwillige Unterſtützung der Union gerechnet habe. Wenn es zwiſchen den Oeſterreichern und Mathias zu einem Kampfe kam, war Rudolf nicht im Stande, den erſtern irgendwelche Hilfe zuzuſchicken, ſelbſt in dem Falle nicht, wenn ſie wieder unter ſeine Herrſchaft zurückkehren wollten, denn daran war er durch die bereits auch

*) Bernburger Archiv. O 18, Vol. IV, 355. Tſchernembl an Anhalt ddo 8. Febr. — Ebendaſelbſt fol. 357. Derſelbe an denſelben ddo. 10. (?) Febr 1609.

**) Bernburger Archiv. O 18, Vol. IV, fol. 410. Zerotin an Anhalt ddo. Wien den 11. Febr 1609.

Google

in Böhmen ausgebrochenen religiösen Streitigkeiten, von denen wir bald hören werden, verhindert. Die Oesterreicher, sollten sie also nicht sich allein überlassen bleiben, bedurften der Hülfe der Union bei dem angestrebten Herrschaftswechsel und diese hatte Anhalt nicht nur in Aussicht gestellt, sondern er that alles, was in seinen Kräften lag, um die Union zu einem bindenden Versprechen zu vermögen. Während er deshalb den Pfalzgrafen von den Vorzügen in Oesterreich und von seinen mit dem Kaiser bereits angeknüpften Verhandlungen in Kenntniß setzte, und dabei selbstverständlich die nachdrücklichste und sorgfältigste Einmischung in die österreichischen Angelegenheiten anriet, ersuchte zu gleicher Zeit auch ein in Linz versammelter Ausschuß der ober- und niederösterreichischen Stände sämmtliche Fürsten der Union in förmlicher Weise um eine wirksame Unterstützung mit Geld und Mannschaft und überhaupt um die Absendung eines Gesandten, mit dem die Bedingungen des Bündnisses besprochen werden könnten*). Aber die feinen Pläne Anhalts gelangten wieder in das großlöcherige Sieb des Kurfürsten von der Pfalz und seiner Freunde, worin da wieder sorgfältig durchgesehen, hin und her gerüttelt, so daß es uns nicht wundern darf, wenn sie abermals durchfielen. Von den Räthen des Kurfürsten von der Pfalz, welche um ihr Gutachten angesucht wurden, sprach sich Loseman, der bedeutendste, in entschiedener Weise gegen Anhalts kriegerische Einmischung aus. Er begrüßte die österreichischen Streitigkeiten mit Freuden als ein Mittel zur Schwächung der Habsburger, aber er glaubte dieselbe nicht auf so krummen Wegen wie der Wiedereinsetzung Rudolfs in die verlorene Herrschaft suchen zu müssen, sondern hoffte mit aller Sicherheit, daß man durch eine moralische Unterstützung der Oesterreicher, durch die Absendung einer Gesandtschaft nach Wien, gewiß zum Ziele kommen werde. Mathias werde dadurch beeinflußt, schließlich dennoch nachgeben und damit habe man erreicht, was man jetzt wünschen dürfe und könne. In ähnlicher Weise urtheilten die Fürsten der Union, der Pfalzgraf von Neuburg, der Markgraf von Baden und andere; auch sie waren vorerst nur für die Absendung einer Gesandtschaft und obwohl sie die thatsächliche Unterstützung der Union nicht zu verweigern gedachten, so wollten sie dieselbe doch von einem förmlichen Bundesbeschluß abhängig machen und zeigten demnach einiges Mißbehagen darüber, daß Anhalt sie ungefragt in Bahnen drängen wollte, welche ihm beliebten**).

---

*) Münchner Staatsarchiv. 547/10, 156. Die ober- und niederösterreichischen Stände an die Fürsten der Union ddo. Linz den 17 Januar 1608.

**) Münchner Staatsarchiv. 547/10, 124. Des Kurfürsten Gutachten ddo. 21/31.

Google

Vor einigen Wochen hatte ſich Anhalt ſelbſt mit der Abſendung einer Geſandtſchaft der Union nach Oeſterreich einverſtanden erklärt, jetzt wäre er am liebſten an der Spitze einiger Regimenter in Oeſterreich eingerückt, aber da die Umſtände dies noch nicht möglich machten, ſo fügte er ſich in das Unvermeidliche und beſchleunigte, ſo viel er konnte, die Abſendung der Geſandten, weil er nebenbei doch zu ſeinem Ziele zu kommen hoffte und auch Tſchernembl mit dieſem vorläufigen Auswege einverſtanden war. Pleikhart von Helmſtatt und Burkhardt von Weiler, der erſtere im Dienſte des Kurfürſten von der Pfalz, der letztere in dem des Herzogs von Würtemberg, wurden im Namen der Union nach Oeſterreich abgeſchickt, um die Stände zur Einigkeit und Ausdauer zu mahnen, bei Mathias ſelbſt aber für die Gewährung ihrer Forderungen zu wirken*). Die thätige Hilfe der Union durften ſie zwar in Ausſicht ſtellen, aber doch noch nicht bindend verſprechen; ſie hatten auf einen Unionstag hinzuweiſen, von deſſen Beſchluß alles abhänge. Im übrigen ſollten ſie auf das genaueſte die Verhältniſſe in Oeſterreich ſtudieren, die Mittel, welche Mathias und den Ständen zu Gebote ſtünden, kennen zu lernen trachten, um ſo der Union eine poſitive Grundlage für endgiltige Beſchlüſſe zu liefern.

Während ſo Anhalt dieſe Geſandtſchaft, deren Thätigkeit vielleicht gerade die von ihm geſcheute friedliche Ausgleichung zwiſchen Oeſterreich und Mathias herbeiführen konnte, ſich gefallen laſſen mußte, wurde er immer mehr vom Prag aus beſtürmt, mit den Verhandlungen zwiſchen dem Kaiſer und den Oeſterreichern nunmehr doch einen ernſtlichen Anfang zu machen. Gunderode ſchrieb ihm, Rudolf ſei von Herzen über ſeine Zuſchriften erfreut und bewahre getreu das Geheimniß, indem er Niemanden Einſicht in dieſelben nehmen laſſe, ſondern ſie nach der Durchleſung wieder in ſeine (Gunderode's) Hände überantworte. Schon einige Tage nach dieſer Mittheilung ſchrieb er ihm abermals, der Kaiſer erwarte ungeduldig weitere Mittheilungen und ſei geneigt, den Fürſten für ſeine Dienſte keiſerlich zu belohnen**). Anhalt erwiederte darauf, daß er für ſeinen Theil alles zur Beſchleunigung der Verhandlungen mit dem Kaiſer beitragen möchte, daß man jedoch den Ausgang der Verhandlungen mit Mathias erwarten müſſe, bevor ein Entſchluß gefaßt werden könne.

Zürner. — Ebendaſelbſt Gutachten des Pfalzgrafen von Neuburg, des Markgrafen von Baden u. ſ. w.

*) Münchner Staatsarchiv 117/3, 1 und 54. Hauptinſtruktion und Nebeninſtruktion für die nach Oeſterreich geſchickten Geſandten der Union.

**) Darmſtädter Archiv. D 14, Bol. VI, 144. Gunderode an Erhalt ddo. Prag 1. Febr. — Ebendaſelbſt Fol. 147. Derſelbe an denſelben 5. Febr.

Google

Bei dieſer Gelegenheit wünſchte er auch zu wiſſen, in welcher Art der Kaiſer ihn belohnen wolle, wenn das Unternehmen gelinge, denn, fügte er hinzu, es ſei nicht ſeine Gewohnheit umſonſt „für Andere zu arbeiten“ *). Dieſe Muthmaßung, anſtatt auf Rudolf aufheiternd zu wirken, machte ihn beſtürzt und ärgerlich, denn er erſah aus derſelben, was längſt jeder Andere erſehen hätte, daß die Oeſterreicher ſich nur in dem Falle ihm anſchließen wollten, wenn Mathias ihren Forderungen nicht genügen würde, und daß er, wie Gunderode ſich ausdrückte, nichts anderes als ihr „Zickmüller“ ſei**). Zur ſelben Zeit waren bereits in Prag die böhmiſchen Stände zu einem Landtage verſammelt, in dem Rudolf ſein ihnen gegebenes Verſprechen bezüglich der Religionsfreiheit einlöſen ſollte. Weit entfernt, ihnen das bewilligen zu wollen, was er doch den Oeſterreichern von freien Stücken anzubieten im Begriffe war, fing er nun an einzuſehen, daß er auf den von Anhalt gewieſenen Wegen kaum „die erlittenen Scharten“ auswetzen dürfte.

Mittlerweile war Mathias, der nun ſeit fünf Monaten den Forderungen der öſterreichiſchen Stände einen beharrlichen Widerſtand entgegengeſetzt hatte, an der Grenze ſeiner Ausdauer angelangt. Wohl hätte ihm jeder urtheilsfähige und beſonnene Rathgeber gleich anfangs ſagen können, daß er einen vergeblichen Kampf gegen die Oeſterreicher kämpfe, weil trotz aller ſchonenden Zurückhaltung ſich ſchließlich dennoch die Mähren und Ungarn gegen ihn erklären würden. Allein ſowohl die Mahnungen von Rom aus, als der Einfluß Khleſls, der nichts mehr von einer Nachgiebigkeit gegen die Proteſtanten wiſſen wollte, und endlich das zügelloſe Auftreten der letztern namentlich in Oberöſterreich hatten ſeinen Widerſtand hervorgerufen. Aber die Intriguen, welche der Kaiſer indeſſen mit den Hornern angeſponnen und die ihm der Hauptſache nach nicht unbekannt bleiben konnten, das fortwährende Ausbleiben der von Rom und Spanien erbetenen Unterſtützung und der abſolute Mangel an eigenen Hülfsmitteln zeigten ihm, daß eine baldige Nachgiebigkeit gegen die Wünſche der Proteſtanten eine unausbleibliche Nothwendigkeit ſein werde. In ſeinem Rathe trat jetzt die früher geſchilderte Theilung in zwei Parteien ſchroffer als je hervor und Liechtenſtein und ſeine Anhänger ſprachen ſich mit aller Energie für die Befriedigung der Proteſtanten aus. Liechtenſtein ſelbſt trat um ſo entſchiedener in der

*) Herzoglicher Archiv. O XIII, Bd. IV, Fol. 150. Anhalt an Gunderode den 7. Feber 1609.

**) Herzoglicher Archiv. O XIII, Bd. IV, Fol. 303. Gunderode an Anhalt den Prag 13. Feber.

Google

Vertheidigung toleranter Grundsätze auf, je mehr sein persönliches Interesse dabei ins Spiel kam. Dieser ehrgeizige Mann hatte sich in der Hoffnung an Mathias angeschlossen, daß er im Rathe desselben den ersten Platz einnehmen und so in Wirklichkeit die Stelle eines ersten Ministers erringen werde. Kaum war er jedoch nach Wien zurückgekehrt, so merkte er zu seiner unangenehmen Ueberraschung, daß Khlesl Mathias' vollständiges Vertrauen besitze und daß der Bischof keineswegs geneigt sei, den darauf begründeten entscheidenden Einfluß auf die Regierung mit Jemandem zu theilen, geschweige denn an einen Andern abzutreten. Diese Enttäuschung versetzte Liechtenstein in ein anhaltendes Unbehagen und erfüllte ihn mit dem tiefsten Groll gegen den eben so beneideten als gehaßten Nebenbuhler. Seine Partie war rasch gewählt; er trat um so entschiedener zu Gunsten der Protestanten auf, je mehr rein persönliche Gründe ihn dabei leiteten; thun wir ihm mit der Vermuthung Unrecht, daß er dadurch Khlesl's Sturz herbeiführen und sein eigenen Einfluß zum maßgebenden erheben wollte?*)

So dem lähmenden Einflusse äußerlich im höchsten Grade ungünstiger Verhältnisse preisgegeben und durch die in seinem Rathe ausgebrochene Spaltung wankend gemacht, dachte Mathias jetzt wahrhaft an eine Befriedigung der Oesterreicher. Zerotin, der mit mehreren mährischen Herren zu ihm nach Wien gekommen war, erschien ihm als der einzige Mann, der die Verhandlungen mit den Hornern zu einem glücklichen Ende bringen konnte; er rief ihn deshalb geradezu um seine Vermittlung an. Der entscheidende Schritt war damit geschehen; die Herner wurden alsbald davon benachrichtigt, daß der König ernstlich wegen Erfüllung ihrer Wünsche mit ihnen unterhandeln wolle, und aufgefordert zu diesem Behufe einen Ausschuß mit Vollgewalt aus ihrer Mitte nach Wien abzuschicken.

Diese ersten Schritte zu einem friedlichen Ausgleiche geschahen bereits im Monat Jänner, es dauerte aber bis zum 22. Februar, bevor 1609
die Verhandlungen in Wien wirklich ihren Anfang nehmen konnten. Die Ursache lag vor allem in Tschernembl, dem es um diese Zeit keineswegs mehr um einen friedlichen Ausgleich zu thun war, sondern der gern um jeden Preis die Verhandlungen mit dem Kaiser begonnen hätte. Aus diesem Grunde verzögerte er nicht nur die Wahl einer Deputation nach

*) Der Geschichte des sich entwickelnden Zwiespalts zwischen Liechtenstein und Khlesl nimmt das ganze Jahr 1608 ein. Liechtenstein erhebt über Khlesl sog sich zuletzt nach Mähren zurück und begann von da aus mit Erzh. Albrecht Unterhandlungen, deren Endziel nicht klar ausgesprochen wurde die aber eigentlich auf Verjagung [illegible] in Oesterreich hinaus liefen. Wir werden im Laufe der Erzählung näher darauf eingehen.

Google

Wien, ſondern bewirkte auch zugleich, daß derſelben nur eine für zehn Tage giltige Vollmacht ertheilt wurde. Sollte innerhalb dieſer Zeit die Einigung mit dem König nicht zu Stande kommen, ſo hatte die Deputation ihren Rückweg anzutreten und die Verſammlung behielt ſich die weitern Schritte vor.

Ein Mitglied der nach Wien abgeſchickten Deputation war auch Tſchernembl, der ſonach Anhalts Warnung, nicht nach Wien zu gehen, nicht beachtete, wohl in der Ueberzeugung, daß er bei den Verhandlungen ſelbſt leichter einen hemmenden Einfluß werde ausüben können als zu Horn. Denn daß er dieſe und keine andere Abſicht habe, davon benachrichtigte er ſeinen politiſchen Freund unverhüllt. Was Tſchernembl und ſeine Freunde jetzt in Wien fordern wollten, beſtand der Hauptſache nach in folgendem: Jedermann in Oeſterreich ſolle frei ſeine Religion bekennen, die öffentliche Ausübung des Gottesdienſtes aber nur den drei weltlichen Ständen, den Herren, Rittern und Städten geſtattet ſein. Wollte Mathias den Städten dieſes Zugeſtändniß nicht thun, ſo müſſe wenigſtens darauf beſtanden werden, daß ſie in ihrem außerhalb der Stadtmauern gelegenen Gebiete ſich Kirchen erbauen dürften. Bei der Beſetzung der hohen Aemter und bei der Regierung in Niederöſterreich ſolle die ſtrengſte Gleichberechtigung gelten, in Oberöſterreich aber, weil das Land größtentheils proteſtantiſch, ſolle der Landeshauptmann und die Gerichtsperſonen nur (!) aus den Proteſtanten gewählt werden*). Man mag aus dieſem Beiſatz urtheilen, ob Zerotin Unrecht hatte, wenn er nur mit großer Vorſicht die Forderungen der Oeſterreicher unterſtützte. In dem Moment, wo ſie über Gewalt und Knechtung des Gewiſſens klagen, ſuchen ſie bereits ihre andersgeſinnten Landsleute zu unterjochen. Wenn ein Prinz erfüllt von Stolz oder auch nur von hellem Ehrgefühl in Oeſterreich die Regierung geführt hätte, ſo hätte das Wörtchen „Nur“ vielleicht hingereicht, ihn zu einem Philipp II umzugeſtalten. Die Anmaſſung der ſtändiſchen Oligarchie hatte in denſelben den Gipfelpunkt erreicht.

Tſchernembl benachrichtigte den Fürſten von Anhalt von den Forderungen, welche er in Wien zu erheben gedachte und bat ihn zugleich, in Erfahrung zu bringen, um wie vieles mehr als dieſes man wohl vom Kaiſer erlangen könne. Habe er davon genaue Kunde, ſo würde man den Verhandlungen in Wien ein ſchleuniges Ende bereiten können**). An-

*) Bernburger Archiv. C 13, Vol. IV/408. Tſchernembl an Anhalt ddo. Horn den 14. Feber 1609.

**) Ebendaſelbſt Tſchernembl hinter. Anhalt ſolle ihm ſagen „in welchen Punkten“

Google

halt antwortete ohne Zögern, indem er alſogleich einen eigenen Geſandten an Tſchernembl abſchickte und ihn dringend bat, die Verbindung mit Rudolf nicht aufzugeben und um keinen Preis mit Mathias ſich zu vergleichen; der Bruch mit Mathias würde zwar im nächſten Augenblicke zum Krieg führen, aber dieſer ſelbſt den Ständen die wichtigſten Vortheile in die Hände ſpielen, denn ſie würden ſich nicht nur nach Belieben verſammeln können, ſondern auch das Kriegsweſen vollſtändig von ſich abhängig machen, Rechte, welche ſie allein durch einen Krieg dauernd an ſich bringen könnten. Bezüglich des Kaiſers ſprach Anhalt mit Zuverſicht die Erwartung aus, daß derſelbe in alles, was man von ihm verlangen werde, einwilligen dürfte. Dieſes faſt diaboliſche Drängen nach Krieg und Verwirrung hatte ſeinen letzten Grund in zwar ſchwankenden aber kühnen Hoffnungen des Fürſten. Brach der Krieg aus, ſo mußten die Oeſterreicher Jemanden mit dem Kommando über ihre Streitkräfte betrauen; wer war wohl paſſender dazu, als der, welcher unzweifelhaft den Befehl über die Unionshilfe führen ſollte, nämlich Chriſtian von Anhalt? Einmal an der Spitze eines Heeres in Oeſterreich, Meiſter der Kräfte dieſes Landes und ſeiner Verwaltung, war wohl Anhalt der Mann, um ſich in dieſer Stellung für alle Dienſte mit dem Solde eines Generalleutenants zu begnügen? Seinem Geſandten Herrn von Schönberg gab er alſo den Auftrag, nicht nur die Vereinigung zwiſchen Mathias und den Oeſterreichern ſo viel als möglich zu hintertreiben, ſondern auch zugleich zu erforſchen, auf welche Hinderniſſe ſeine weitfliegenden Pläne ſtoßen könnten*). — Wenige Tage darauf traf bei Anhalt Herr von Conzin im Auftrage Mathias' ein und frug ihn im Namen ſeines Herrn, warum er ſich in die öſterreichiſchen Angelegenheiten miſche und ſelbſt an feindſeligen Zuſammenkünften ſich betheilige? Anhalt lehnte dieſe Anklagen von ſich ab, da er ſich gar nie in die öſterreichiſchen Wirren eingemiſcht habe, und nichts anderes wünſche als einen baldigen Ausgleich der Stände mit ihrem Herrſcher**). Das war denn doch ſelbſt für einen Diplomaten zu viel gelogen.

E. F. G. vermerken, Das die Sterde eher werden, als die Sachen zu ermn ſolten kommen laſen. Item ob dieſelben vermuten, das bey dem Kayſer diſes oder ein mehrers zu erhalten. Da ich deß eine gute nachrichtung nicht haben, würde man zu Wien deſto ſchleuniger zu ende diſe tractaten bringen mögen.

*) Darmſtadter Archiv. O 18 Bol. IV, Fol. 380. Memorial Anhalts für Herrn von Schönberg dto. 4. März 1609. N. St.

**) Münchner Staatsarchiv. 547/2, 9. Anhalts Antwort erhält Herrn von Conzin dto. 7/17. März 1609.

Google

Dieſer baldige Ausgleich, den Anhalt ebenſo haßte, wie er früher den Ausgleich zwiſchen Rudolf und Mathias verwünſcht hatte, kam endlich trotz der gleich feindſeligen Haltung Tſchernembls zu Stande. Der ganze Plan, die Einigung mit Mathias zu hintertreiben und mit Rudolf eine neue Verbindung anzuknüpfen, war an und für ſich etwas ſo boshaftes und nichtswürdiges, daß er unausführbar war, wenn Mathias nur halbwegs ſich nachgiebig zeigte, denn Ungarn und Mähren würden ihn entſchieden gegen ſeine Intrigue ihren Beiſtand gewähret haben. Als demnach die Deputation der Herrn in Wien eintraf und daſelbſt unter Vermittlung Zerotins die Verhandlungen ihren Anfang nahmen, war der ganze Streit auf ein Gebiet gelenkt, auf welchem zwar den Katholiken und mit ihnen auch dem König ſchwere Opfer zugemuthet wurden, aber auf dem man mit offenem Viſier kämpfen mußte. Gegen den Ausſpruch, welchen Zerotin im Einverſtändniſſe mit Mathias zu thun im Begriffe war, gab es ſelbſt für einen Tſchernembl keine Appellation.

Zerotin, der in der zweiten Hälfte des Jänners nach Wien kam und der, wie wir erzählt, von Mathias als Vermittler angenommen wurde, hatte ſich dieſes Geſchäftes auf das energiſcheſte und ehrlichſte angenommen. Nicht nur wies er Anhalts nach Prag hinweiſende Aufforderungen zurück, ſondern er verlangte auch von den Herrn eine genaue Angabe ihrer Forderungen und die Abſendung einer Deputation nach Wien mit hinreichender Vollmacht zum Abſchluß eines Vertrages mit Mathias. In ſeiner Gegenwart und in der Illeshazy's, welcher auch nach Wien gekommen war, konnten es die Herrn nicht wagen, dem König hartere Bedingungen zu ſtellen, als ihm etwa von den Mährern geſtellt worden waren, und Tſchernembl konnte keineswegs unter erheuchelten Vorwänden einen Abbruch der Verhandlungen herbeiführen, was er wohl hätte verſuchen können, wenn die Herrn ſich die Ratifikation der Wiener Vereinbarungen vorbehielten*). Die Herrn gaben den Forderungen Zerotins nach, beſtimmten jedoch, wie wir berichtet haben, daß die Verhandlungen in Wien nicht länger als zehn Tage dauern, und wenn ſie bis dahin nicht zu Ende gebracht ſeien, abgebrochen werden ſollten.

Gleichwohl vergingen die anberaumten zehn Tage, ohne ein Reſultat zu Tage gefördert zu haben; die Forderung bezüglich der Städte erſchien dem König als eine geradezu unerträgliche Bedingung, weil ſie ihn ſchließlich jeder Macht im Lande beraubte. Denn nicht bloß, daß die Herrn für die Bürger freie Religionsübung forderten, ſie verlangten auch, daß den Städten die Wahl ihrer Stadtſchreiber freigelaſſen und überhaupt

*) Chlumecky: Karl von Zierotin S. 554.

Google

ihre Unabhängigkeit von den Landesfürsten so viel als möglich sichergestellt werde. Mit dem Moment, in welchem Mathias dieser Forderung nachgab, riß die exaltirte protestantische Partei in allen Städten die Regierung an sich, schloß sich eng an den oppositionellen Adel an, und es ist schwer zu sagen, ob überhaupt dem Fürsten noch eine Wirksamkeit übrig blieb. Solche und ähnliche Betrachtungen, Maximilians und Leopolds Rathschläge, die beide in Wien weilten und gleich heftig das Gebahren der Oesterreicher verdammten, Khlesls Warnungen, alles dies hielt Mathias vor der letzten Nachgiebigkeit zurück, so unvermeidlich sie schien. Dann und wann dachte er sogar daran, den Kampf aufzunehmen und in diesem Sinne schrieb er dem spanischen Gesandten in Prag, welcher ihm 11000 Scudi auf eigene Faust vorgestreckt hatte, daß er dieselben mit Verpfändung seines Wortes nur zur Unterdrückung der Ketzer verwenden solle*). Als so die zehn Tage verflossen waren, ohne die Einigung herbeizuführen, wollte die Horner Deputation abreisen, aber mehrseitiges Zureden vermochte sie, ihren Aufenthalt noch um fünf Tage zu verlängern. Auch dieser Zeitraum verstrich und ward verlängert, bis endlich am 15. März die Verhandlungen sich vollständig zerschlagen zu haben schienen. Die Horner rüsteten sich bereits zur Heimkehr, Zerotin wollte die Rückreise antreten, als er nochmals zu Mathias berufen wurde. Was in diesem Zwiegespräch vor sich ging, wissen wir nicht, nur so viel ist bekannt, daß der Landeshauptmann vom Schlosse mit der Nachricht zurückkehrte, Mathias werde die Wünsche der Oesterreicher befriedigen. Liechtenstein und seine Partei hatten gesiegt; im letzten Moment kam es noch zu einer stürmischen Szene im Rathe des Königs, in welcher Leopold mit mehr Eifer als Einsicht gegen jede Beeinträchtigung der katholischen Kirche protestirte und schließlich in Vorwürfe gegen Liechtenstein sich ergoß, welche dieser nicht unbeantwortet ließ. Alles dies änderte aber nichts mehr an dem Entschlusse Mathias', seine Räthe wurden mit der Ausfertigung der den Protestanten zu gewährenden Bewilligungen beauftragt, am 19. März war die „Resolution" abgefaßt, und am 21. März wurde sie den Ständen ausgefolgt.

Nach dieser Resolution ward allen Einwohnern in Oesterreich die Freiheit des Gewissens gewährleistet, den adeligen Ständen überdies die Uebung des Gottesdienstes auf ihren Gütern freigegeben. Was die Städte betraf, so wurde ihretwegen eine ähnliche Bestimmung wie bezüglich der mährischen getroffen, Mathias verpflichtete sich bloß mund-

*) Simancas 2493/38. Mathias an Zuñiga ddo. 6. März 1609. — Staatsarchiv fol. 44 Khlesl an Zuñiga ddo. 5. März.

Google

ſich, daß er ihnen keine Veranlaſſung zu Beſchwerden geben werde. Die Frage wegen der öffentlichen Ausübung des lutheriſchen Gottesdienſtes blieb alſo für ſie unentſchieden. Was die Verwaltung der Stadtämter und die Bürgeraufnahme betraf, ſo verſtand ſich Mathias nur zur Beſtätigung der alten Privilegien und Freiheiten, eine Erweiterung derſelben gab er mit Ausnahme jener auf die Religion bezüglichen mündlichen Verſicherung nicht zu. Er verpflichtete ſich weiter zur Errichtung eines Hofrathes und zur Beſetzung deſſelben in ſolcher Weiſe, daß auf die tauglichen Landsleute Bedacht genommen würde. Die Mitglieder der Gerichte ſollten Perſonen beiderlei Glaubens entnommen werden und die Durchführung dieſer und anderer Zuſagen gleich auf dem nächſten Landtag geſchehen *).

Während der Verhandlungen in Wien waren die Unionsgeſandten dahin gekommen und hatten in einer Audienz Mathias im Namen ihrer Herren um Befriedigung der Stände erſucht. Es war dies eben nur ein Vorwand, denn auf ihrer Durchreiſe durch Linz, Horn und zuletzt in Wien traten ſie alle Vorbereitungen zum Abſchluſſe eines Bündniſſes zwiſchen der Union und Oeſterreich**). Mathias' Reſolution ſchnitt ihrer Weitläufigkeit den Faden ab. Anhalt hatte mit ſeinen Einmiſchungsgelüſten zum zweiten Mal Schiffbruch gelitten.

Wenige Tage vor der Entſchließung des 19. März war Erzherzog Maximilian von Wien fortgereiſt, weil er nicht Zeuge der unaufhebbaren Niederlage ſeines Bruders ſein mochte. Bis zum letzten Augenblick harrte jedoch Erzherzog Leopold auf ſeinem Poſten aus und proteſtirte nicht bloß in der Eigenſchaft eines Prinzen des Hauſes, ſondern auch in der eines Biſchofs von Paſſau gegen jede Nachgiebigkeit. Er bat ſeinen Bruder Ferdinand, ſchnell nach Wien zu kommen, um ſein Anſehen gegen die Proteſtanten geltend zu machen. Ferdinand kam zwar, wie zu erwarten, dieſer unnützen Aufforderung nicht nach, aber er beauftragte Leopold auch in ſeinem und der übrigen Brüder Namen eine Verwahrung einzulegen***). Damit endete der lange Kampf zwiſchen Mathias und den Hornern. — Wenn man bloß die religiöſe Streitfrage ins Auge faßt und berückſichtigt, daß die Stände die Freiheit des Gewiſſens für Jedermann in Anſpruch nahmen, ſo ließe ſich ſchwerlich etwas zu ihrer Anklage und zur Entſchuldigung des langen Widerſtandes des Königs anführen, ſondern man müßte die Reſolution vom 19. März als eine er-

*) Stülz, Ueberwandl im Archiv der kaiſerlichen Akademie der Wiſſenſchaften 1855.

**) Münchner Staatsarchiv 117/3, 21. Bericht der Unionsgeſandten ddo. 3/13. April 1608.

***) Staatsarchiv 249/49 Leopold an Ferdinand ddo. 14. März. Ebendaſelbſt Nr 50 derſelbe an denſelben ddo. 19. (?) März.

Google

wünschte Beilegung tausendfacher Wirren und als das begrüßen, was das Toleranzpatent Josephs II den Völkern Oesterreichs war. Allein die religiöse Frage stand im 17. Jahrhundert im engen Verband mit der politischen und deshalb würde man gegen die historische Wahrheit gar sehr verstoßen, wenn man der „Resolution" gleich wohlthätige Folgen für die Freiheit des Gewissens zuschreiben wollte, als dem „Toleranzpatent" Josephs II. Obwohl der Wortlaut der Resolution Jedermann gegen den Glaubenszwang in Schutz nahm, so stellte sich in Wirklichkeit die Sache doch so heraus, daß von nun an der Adel über den Glauben seiner Unterthanen entschied. Mathias' Nachgiebigkeit entband also seine Unterthanen bloß von der katholischen Kirchengewalt, um sie der Willkür einiger Hundert Adelshäupter zu überliefern. Wir wollen damit nicht sagen, daß er seinen Widerstand gegen die Herrn noch weiter hätte fortsetzen sollen, sondern nur die Bedeutung der Resolution für die öffentliche Freiheit auf ihr wahres Maß zurückführen. Eine wahre Gewissensfreiheit setzt einen Zustand der Gesellschaft voraus, wie er im 17. Jahrhundert nicht vorhanden war. Es waren die Herrn ebensowenig wahre Vertheidiger der Gewissensfreiheit, als Mathias der alleinige Gegner derselben. — Ebenso hatte auch der Eifer, mit welchem der Adel für die Städte auftrat, seinen Grund in der Absicht, sie durch Einführung der Glaubensneuerung dem Herrscher abwendig zu machen. Da aber kein Regent in Europa damals seinen Thron behaupten konnte, wenn nachgerade seine Unterthanen sich ihm im Glauben entfremdet hatten, wofür Schweden und England mehrfach den Beweis lieferten, und Mathias dies wohl einsah, so wehrte er sich deshalb bis zum äußersten Moment, der Herrschaft über die Städte sich zu begeben und sie durch Zulassung der Glaubensneuerung dem Adel in die Hände zu spielen. Die Furcht um die Herrschaft, dies war, wenn nicht der alleinige, so doch allemal der wichtigste Grund, welcher sowohl Mathias wie seine Vorgänger und Nachfolger zum Widerstand gegen die Protestanten bestimmten, während andererseits die Stände überall durch geschickte Ausbeutung des religiösen Momentes einer Adelsrepublik*) entgegenzusteuern suchten. So traten auf beiden Seiten die religiösen Angelegenheiten in die engsten Beziehungen zu der politischen Machtstellung des Herrschers und der Beherrschten, eine Verkettung, welcher wir im 17. Jahrhundert in allen Ländern Europa's begegnen, und die zwar meistens überall minder tragisch als in Oesterreich gelöst wurde, aber darum nicht

*) Münchner Staatsarchiv. 547/10, 249 Mathes sagt dies selbst in seiner Instruktion für Herbrand zu Cosaza dto. 11. Januar 1608.

Google

minder auf dieſelbe einſeitige Weiſe wie in Oeſterreich: durch die gewaltſame Herrſchaft des einen oder des andern Glaubensprinzips.

Nachdem Mathias ſich zu der „Reſolution“ entſchloſſen hatte, war die Huldigung keinem Anſtande mehr unterworfen. Am 29. April huldigten die Niederöſterreicher, am 21. Mai die Oberöſterreicher.

Der Papſt, welcher ſchon die den Ungarn gewährten religiöſen Freiheiten mit Mißfallen zur Kenntniß genommen, aber in den ungünſtigen Verhältniſſen eine Entſchuldigung für Mathias gefunden hatte, war diesmal in ſeinem Urtheile noch ſtrenger. Wir können dafür keinen andern Grund angeben, als daß Mathias' Betragen in Oeſterreich deshalb für tadelnswerther angeſehen worden ſein mochte, weil er daſelbſt den Proteſtanten neue Freiheiten bewilligte, während er in Ungarn im ganzen nur die hergebrachten beſtätigte. Dies mag auch der Grund ſein, weshalb jetzt erſt angenommen wurde, daß er ſelbſt und die betreffenden Rathgeber in die durch die Bulle in coena ausgeſprochene Exkommunikation verfallen ſeien. Während der König um die Losſprechung von der Exkommunikation in Rom nachſuchte, mußten jene Räthe, die ihm zur Nachgiebigkeit gerathen hatten, um derſelben theilhaftig zu werden, vor Mathias ſelbſt ſich des Irrthums ſchuldig bekennen und ihn erſuchen, die Reſolution in allen ihren Theilen als eine in vorhinein nichtige bei der nächſten Gelegenheit zurückzurufen. Triumphirend theilte dies Khleſl dem ſpaniſchen Geſandten in Prag mit*).

*) Simancas 2495/18. Khleſl an Zuñiga dds. 2. Mai 1609. No han alcanzado (die königlichen Räthe) la gracia de la absolucion sino es acudiendo primero al Rey movido por ellos, pidiendole perdon conociendo su culpa y confesando publicamente que los articulos concedidos son erroneos y ningunos y que assi no aconsejan a S. M. ora ni en adelante, que con la primera comodidad que fuere possible los reboque de todo punto; dieron al Rey esta satisfacion y a mi tambien.

Google

Siebentes Kapitel.

I. Eröffnung des böhmischen Landtags. Stellung der Lutheraner und Brüder zu einander. Verhalten des Kaisers gegen die Forderungen der Stände. Lobkowitz und Wlinus sind für die gewaltsame Abweisung der Protestanten. Rudolfs Bitten an den Kurfürsten von Köln. Verhandlungen mit Liechtenstein. Auflösung des Landtags. II. Die Protestanten versammeln sich am Neustädter Rathhaus. Aufregung in Prag. Neue Forderungen der Protestanten. Zuzügé. Rudolfs geistige und leibliche Beschaffenheit. Hannewaldts Auftreten für die Protestanten. — III. Leopold und seine Pläne. Seine Verbindung mit Salz, Altham und Ramee. Wenzel von Kinsky, seine Verhandlungen mit Visher, sein Reformplan. — IV. Abermaliger Widerstand des Kaisers. Aufregung unter den Protestanten. Sie fassen den Beschluß sich zu bewaffnen und verlassen den Landtag. Die sächsische Vermittlung. Der Kaiser entschließt sich zur Nachgiebigkeit. Verhandlungen mit den Direktoren. Der Kaiser unterzeichnet den Majestätsbrief. Der Vertrag zwischen den Katholiken und Protestanten. Tragweite des Vertrags und des Majestätsbriefes.

I

Während Rudolf in krankhafter Verblendung Verbindungen mit den hauptsächlichsten Urhebern seines Sturzes einging und dem Phantome, die verlorne Herrschaft wieder zu erringen, nachjagte, rückte der Termin heran, an dem sich der böhmische Landtag versammeln sollte, um die Verhandlungen wegen Durchführung der religiösen Gleichberechtigung aufzunehmen. Man erinnert sich, daß, als Mathias in Böhmen eingebrochen war, die böhmischen Stände die Bewilligung von 25 Artikeln verlangten, von denen der erste den Anhängern der Konfession von 1575 freie Religionsübung gewähren sollte. Damals hatte der Kaiser die Entscheidung über die Religionsfrage abgelehnt, dagegen die Berufung eines Landtags auf den Monat November versprochen. Der anberaumte Termin 1608
erschien und verstrich, ohne daß Rudolf sein Wort eingelöst hätte; er war ja gerade beschäftigt, seinen Bruder zur freiwilligen oder gewaltsamen Entsagung auf das ihm Abgerungene zu nöthigen und da erübrigte er keine Zeit für die Besorgung des eigenen Hauses. So kam allmälig der Monat Jänner 1609 heran und der Kaiser sah sich endlich genöthigt, mit

Google

der Berufung des Landtags um ſo mehr Ernſt zu machen, als er nicht länger die geſetzlichen Steuerbewilligungen vermiſſen konnte.

1609 In der That wurde der Landtag am 23. Jänner von dem Kanzler Popel von Lobkowitz als hiezu deputirtem königlichem Kommiſſär eröffnet. Mit dieſem Augenblicke begannen langwierige Verhandlungen, welche, ähnlich denen der Herner mit Mathias, vornehmlich um die religiöſen Angelegenheiten ſich bewegten. Die Erzählung der Begebenheiten in und außerhalb des Landtags, der Unterhandlungen mit dem Kaiſer und der tauſendfachen Zögerungen und Bedenken des letztern erſcheinen wie die Geſchichte einer langwierigen krebsartigen Krankheit, die, was auch immer für Mittel angewendet werden, ſtets mit dem Tod endet. Vom Anfange des Zuſammentrittes des böhmiſchen Landtags ließ ſich mit apodiktiſcher Sicherheit ſagen, daß die Stände jede ihrer Forderungen durchſetzen würden; vom Anfange desſelben war es ein den Häuptern der Bewegung wohlbekanntes Geheimniß, zu welchen Anerbietungen ſich Rudolf verſtanden hatte, um die Oeſterreicher wieder für ſeine Herrſchaft zu gewinnen, und vom Anfange endlich war es Niemandem fremd, daß Rudolf mit ſeinen, deren Hilfe er gegen die Proteſtanten anflehen konnte, auf ſchlechtem Fuße ſtehe. Dennoch ſtimmte ſich der Kaiſer nahezu vier Monate gegen jede den Proteſtanten zu gewährende Nachgiebigkeit ohne irgend welche Hilfsmittel und Freunde, weder erfüllt mit Sympathie für die Sache, welche er vertheidigte, noch durchdrungen von Antipathie gegen jene, welche er bekämpfte. Es war ein Kampf, wo den Angreifern in Wahrheit nur ſcheinbare Vertheidiger entgegenſtanden.

Nach ſeinem im vorigen Jahr den Proteſtanten verpfändeten Worte war Rudolf verpflichtet, die Stände zuerſt über die Religionsfrage verhandeln zu laſſen. Wie groß war daher das Erſtaunen des Landtags, als der Kanzler unmittelbar nach ſeiner Eröffnung von den Proteſtanten die Auslieferung und Vernichtung einer Urkunde verlangte, welche ſämmtliche Namensunterſchriften jener Perſonen enthielt, die ſich während Mathias' Anweſenheit bei Prag verbunden hatten, vom Kaiſer die Freigebung der Religion zu verlangen. Budowec, in deſſen Verwahrung ſich dieſe Urkunde befand, proteſtirte ſowohl gegen die Auslieferung als gegen die Vernichtung; zuletzt einigte man ſich dahin, dieſelbe dem Kaiſer ſelbſt zu übergeben und eine Deputation überreichte ſie ihm mit den Worten, Rudolf 30. Jän. werde die Namen ſeiner treuen Unterthanen daraus kennen lernen. — Den Tag darauf übergab der Kanzler dem Landtag die königlichen Propoſitionen, welche zur Berathung kommen ſollten; gleich im Eingang derſelben geſtattete der Kaiſer den Ständen die Religionsfrage zu erörtern.

Budowec, das weltliche Haupt der böhmiſchen Bruderunität, hatte

Google

ſeit einer Reihe von Jahren her, als der Kaiſer mit Strenge gegen die Proteſtanten auftrat, mannhaft ihre Rechte vertheidigt, und als demnach im vorigen Jahre die Anweſenheit des feindlichen Heeres den Ständen die bis dahin gebundene Zunge löſte, war er derjenige, welchen ſie im erſten Augenblicke zu ihrem Wortführer wählten. Nach Mathias' Abzuge aus Böhmen war, wie leicht begreiflich, die künftige Geſtaltung der religiöſen Verhältniſſe ein Thema, welches überall unabläſſig erörtert wurde, und jetzt wie im J. 1575 entſtand die Frage, wie das Verhältniß zwiſchen den Lutheranern und Brüdern zu regeln ſei. Die lutheriſch geſinnten Stände bildeten die weitaus große Mehrzahl, die Brüder dagegen nur einen geringen Bruchtheil der Nation. Ueber das Dogma hatten ſich beide im J. 1575 geeinigt; ſie entſchieden ſich damals für die Annahme einer eigens ausgearbeiteten Konfeſſion, welche, obwohl im ganzen lutheriſch, ſich im Artikel über die Rechtfertigung und guten Werke entſchieden dem katholiſchen Dogma näherte, wie es bei den Brüdern Geltung hatte. Die Frage der gemeinſamen kirchlichen Regierung wurde jedoch nicht entſchieden und die bald darauf folgende Herrſchaft Rudolfs trat der weitern Entwicklung der kirchlichen Verhältniſſe entgegen. Es war indeß eine bekannte Sache, daß die Brüder, obwohl mit den Lutheranern dogmatiſch geeint, doch keine gemeinſchaftlichen Oberhäupter mit denſelben haben wollten, während dieſe die Einheit der Kirchenverfaſſung zur Bedingung ihrer dogmatiſchen Einigung mit den Brüdern machen wollten.

Die damals unentſchiedene Frage wurde jetzt im Lande von neuem erörtert. Sollten die Lutheraner abermals mit den Brüdern um die Beſtätigung der Konfeſſion von 1575 anſuchen oder ſollten ſie vom Kaiſer die Zulaſſung der Auguſtana verlangen, ſollten ſie im erſten Falle mit den Brüdern bloß dogmatiſch geeint ſein oder ſollten beide Parteien dieſelbe Verfaſſung, dieſelben Kirchenhäupter haben? Einige Häupter unter den lutheriſch geſinnten Ständen, unter denen Graf Andreas Schlick obenan ſtand, waren von keiner für die Brüder freundlichen Stimmung erfüllt; Graf Schlick gab ſeiner Geſinnung ſogar in einem an Budowec gerichteten und für weitere Kreiſe beſtimmten Briefe einen offenen Ausdruck*). Er erklärte darin, keine Gemeinſchaft mit Perſonen haben Sept. 1608
zu wollen, welche da vorgäben, ſich an den Buchſtaben der Konfeſſion von 1575 zu halten, in der That aber mit Kalviniern, Zwinglianern und andern Sekten mehr oder weniger im beſten Einvernehmen ſtünden; er und ſeine Freunde ſeien aufrichtige Anhänger des Augsburger Bekenntniſſes,

*) Bernburger Archiv. Reg. I, F. I, 227/170. Schlick an Budowec: ddo. 9. September 1608.

Google

und er begreife daher nicht, wie die Brüder bei ihrer Hinneigung zu den genannten Sekten ernstlich auch noch von einem Bündnisse mit ihm und seinen Gesinnungsgenossen reden konnten. Budowec blieb die Antwort nicht schuldig und bekannte sich entschieden zu dem Satz, daß man andere Konfessionen nicht verdammen dürfe und nach einer höhern Einheit in Christus selbst suchen müsse*). In keinem Lande Europa's ist um diese Zeit der Grundsatz religiöser Toleranz mit solcher Festigkeit betont worden, wie dies Budowec in seiner Antwort that, und wenn wir dies demselben zur Ehre anrechnen, so dürfen wir dabei doch nicht vergessen, daß die Brüder in jedem Lande, wo sie lebten, eine bloß geduldete Sekte waren, und daß sie also nothgedrungen durch die Bedingungen ihrer Existenz zu einer billigen Ansicht über das Verhältniß der Kirchengemeinschaften gedrängt wurden.

Die laxe Sprache Budowec's trug nicht zur Einigung bei und als demnach der Landtag eröffnet wurde, war keineriei Vereinbarung über ein gemeinschaftliches Auftreten der Lutheraner und Brüder getroffen worden.

Eine geschickte Benützung dieser Trennung würde den Kaiser insoweit zum Herrn der Situation gemacht haben, als er die Lutheraner gegen die Brüder hetzen und so letztere wieder zu Gegnern der ersteren machen konnte. Allein daran wurde bei Hofe nicht gedacht, vielmehr wurde nur mit Hilfe des Primas der Altstadt Prag, eines gewissen Heidel, der Versuch gemacht, die Städte von dem Adel zu trennen und zu einer katholischen Haltung zu vermögen, was jedoch im ganzen nur schlecht gelang. Die Protestanten beider Meinungen gewannen aber daraus die Ueberzeugung, daß der Kaiser unter ihnen keinen Unterschied zu machen gedenke und sie gleich feindselig behandeln wolle. Als demnach die Stände nach dem Auftrage des Kaisers die Religionsfrage in Berathung zogen, trat der Gegensatz zwischen Lutheranern und Brüdern minder scharf hervor; es machten sich keine Stimmen geltend, welche die Bewilligung der Augustana verlangten, was allsogleich die Brüder beleidigt hätte, sondern die Gewährung der Konfession von 1575 wurde auch jetzt als der Ausgangspunkt der Unterhandlungen angenommen. Eine Deputation, an deren Spitze sich Stephan von
3. Feb. 1609 Sternberg befand, sprach sich im Namen des Landtags in diesem Sinne vor dem Kaiser aus.

Nichts charakterisirt den Unterschied früherer Zeiten von den unsrigen mehr, als das Benehmen der Fürsten, wenn ihre Unterthanen um die Bewilligung einer neuen Konfession ersuchten. Regelmäßig wurden von ihnen

*) Ebendaselbst Budowec an Schlick den. 18. September 1608.

Google

Konsistorien und Bischöfe um ihr Gutachten befragt, das, wie natürlich, fast auf das allerentschiedenste gegen die Wünsche der Neuerer lautete. Auch Rudolf ging diesen Weg; er berief zu sich den Nuncius, den Erzbischof von Prag und mehrere Theologen, legte ihnen die Konfession von 1575 zur Begutachtung vor und verlangte von ihnen zugleich zu wissen, welche Antwort er den Ständen geben solle*). Das Gutachten fiel so aus, wie zu erwarten stand; sämmtliche Theologen entschieden sich gegen die Bewilligung der religiösen Freiheit. Ihnen gesellte sich der Kanzler Lobkowitz und seine Freunde bei, während der Oberstburggraf Adam von Sternberg einen Mittelweg empfahl, nämlich auf die Forderungen der Stände zwar nicht einzugehen, aber so wie seit einem Jahre so auch künftighin alle Glaubensbedrückungen zu unterlassen. Der Kaiser, der sich für eine von den beiden Meinungen entscheiden mußte, billigte schließlich, auf den Rath des Erzbischofs von Prag, Karl von Lamberg, die Ansicht derjenigen, welche für eine Abweisung der Stände waren**). In diesem Sinne wurde eine Antwort für den Landtag entworfen und Rudolf übergab dieselbe einer Deputation, an deren Spitze sich wieder Stephan von Sternberg befand. Bei dieser Gelegenheit äußerte er die Hoffnung, daß kein Mitglied der Deputation den Pikharten (d. i. den Brüdern) angehöre und die Stände Böhmens wohl kaum ihre Sache mit denselben verbinden dürften. Es gab in der Deputation einige Brüder, die über diese Worte nicht wenig betroffen waren, aber die Gelegenheit für unpassend hielten, um zu antworten. Die Lutheraner glaubten aus denselben Worten wenigstens auf eine ihnen günstige Entscheidung schließen zu dürfen.

Als jedoch die Antwort des Kaisers den Ständen mitgetheilt wurde, und daraus ersichtlich war, daß derselbe weder den Lutheranern noch den Brüdern irgend eine Konzession machen wolle, sondern beide zum Anschluß an den Erzbischof von Prag mahne, wurde die Stimmung im Landtage eine im hohen Grade gereizte. Die Spaltung, welche sich zwischen den Lutheranern und Brüdern bis dahin kenntlich gemacht hatte und welche mit aller Heftigkeit ausgebrochen wäre, wenn der Kaiser sich wenigstens zur Gewährung des Augsburger Bekenntnisses verstanden hätte, verlor augenscheinlich an ihrer Bedeutung, denn die Lutheraner konnten nicht weiter darauf bedacht sein, die Brüder zu unterdrücken, so lange ihnen selbst ein gleiches Loos bevorstand. Mathias von Thurn, dem im ganzen wenig an den religiösen Differenzen gelegen war, erhob im Landtag seine vermittelnde Stimme und machte die Ersteren auf das Mißmuthige ihres

*) Original-Akten. Antwort an Philipp III. dto. Prag den 4. Juni 1608.
**) Gindely, Kaiserbuch MS. S. 175 und fg.

Google

Benehmens, welches in der Anfeindung der Brüder beſtehe, aufmerkſam. Nach Budowec blieb nicht ſtill und während er ſich einerſeits für die Zukunft verpflichtete, daß er zwiſchen den Lutheranern und Brüdern eine größere Einheit als die bloß in der Lehre liegende anbahnen wolle, vergaß er nicht, den Gegnern den Handſchuh hinzuwerfen und ſie auf die gefährlichen Folgen einer offenen Feindſchaft des Brüderadels aufmerkſam zu machen. Die Spaltung nahm nach dieſen Erörterungen ein Ende und es wurde beſchloſſen, dem Kaiſer auf ſeine ſchriftliche Erklärung eine Antwort zu bekommen zu laſſen.

Es wurde nun ein Komité zuſammengeſetzt und dieſes mit der Redaktion der dem Kaiſer zu überreichenden Antwort betraut. Die Forderungen, welche die Stände darin aufſtellten, beſchränkten ſich nicht blos auf die Gewährung der Glaubensfreiheit, ſondern zugleich auch auf die Uebergabe des Konſiſtoriums und der Univerſität in ihre Verwaltung. Die kirchliche Oberbehörde alſo und die erſte Bildungsanſtalt im Lande, mit welcher die übrigen Schulen in einem organiſchen Verbande ſtanden, ſollten nicht weiter dem Kaiſer abhängig ſein. Sie ſtellten dabei als Grundſatz auf, daß ſo wie die kirchliche Leitung der Katholiken und die Aufſicht über ihre Bildungsanſtalten ein derſelben ungeſchmälertes Recht bleiben ſolle, auch ihnen ein gleiches Befugniß zuſtehen müſſe. Gegen dieſe Forderungen ſetzte der Kaiſer den einmal begonnenen Widerſtand fort, indem er hauptſächlich damit ſeine Weigerung begründete, daß die Proteſtanten über das Maß deſſen hinausgingen, worauf ſie erweislich ein hiſtoriſches Recht hätten. Es kam nun zu geſchichtlichen Erörterungen, die an lächerlichen Behauptungen und Sprüngen im Beweiſe in nichts jenen nachgaben, welche zu gleicher Zeit die Schriften der Horner Glaubensgenoſſen erfüllten; denn wie ſollte man hiſtoriſche Deduktionen nicht lächerlich finden, wenn die Oeſterreicher ſich auf ſchriftliche Religionszugeſtändniſſe Julius Cäſars, Tiberius' und Maximians beriefen *) und die Böhmen von ſolchen Rechten, welche ihnen zeitweiſe von Herrſchern für katholiſche Zwecke ertheilt worden waren, behaupteten, ſie ſeien ihnen auch für die Neuerungen im Glauben gewährt. Weit vernünftiger war es, wenn einige Proteſtanten, denen es ſchließlich nicht entging, daß ſie mit ihren Beweiſen nicht ausreichen dürften, erklärten: nun wohl, haben wir die verlangten Rechte früher nicht gehabt, ſo wollen wir ſie jetzt haben.

Der Umſtand, daß der Kaiſer und die Stände ſich in eine Art hiſtoriſchen Zweikampfes einließen, bewirkte, daß die Zahl ihrer Vorſtellungen und Antworten ſich am Ende auf jeder Seite auf vier belief und inzwiſchen

*) Hurter Ferdinand II, B. 180.

Google

nicht weniger als zwei Monate verflossen. Während der ganzen Zeit hatte der Kaiser auch nicht einen Augenblick zu erkennen gegeben, daß er gegen die Protestanten sich zur Nachgiebigkeit entschließen könnte, obwohl wiederholt der Oberstburggraf und mehrere seiner Kollegen ihm zu derselben riethen und Stephan von Sternberg in einer Privataudienz, welche ihm Rudolf gewährte, sich dafür verbürgte, daß die Stände sich zur Ruhe begeben würden, wenn der seit einem Jahre bestehende Zustand faktischer Freiheit nicht angetastet würde. Der Kaiser verwarf aber diesen Ausweg eben so entschieden, als die Gewährung aller ständischen Forderungen, und hatte er auch weder im Geheimrath noch unter den böhmischen Kronbeamten die Mehrzahl der Stimmen auf seiner Seite, so war doch der Kaiser im entscheidenden Augenblick stets seiner Meinung. So wurde denn endlich die vollständige Verwerfung der protestantischen Forderungen entschieden und beschlossen, die Stände zur Berathung über die Steuersachen zu veranlassen. Da nun aber diese von ihren Wünschen nicht abgehen und in die Berathung der übrigen Punkte der königlichen Proposition, die Steuersachen betreffend, sich nicht einlassen wollten, so drohte ihnen schließlich der Oberstburggraf im Namen des Kaisers mit der Auflösung des Landtags. Diese Drohung riß die letzte Scheidewand nieder, welche zwischen den Lutheranern und Brüdern noch bestanden hatte; Budowec verfaßte einen Protest gegen die versuchte Auflösung, welcher von allen Protestanten als der Ausdruck ihrer Gesinnung anerkannt wurde. Seine Tragweite lag in der Erklärung, daß die Stände nicht weiter die Absicht hätten, sich mit dem Kaiser in schriftliche Verhandlungen einzulassen, da dieser selbst solche nicht wünsche, daß sie aber beschlossen hätten, mit Anwendung aller Kraft jedes Unrecht, das sie treffen könnte, abzuwehren. Dieser Protest wurde im Landtage in Gegenwart der Kronbeamten vorgelesen, worauf der Oberstburggraf, daraus den entschiedenen Willen | Ap.
der Stände nicht nachzugeben ersehend, den Landtag für aufgelöst erklärte.

Die Lage der Dinge entsprach jetzt in Böhmen vollständig jener in Oesterreich, als die Protestanten Wien verließen und sich nach Horn zurückzogen. Theils den Tag vor der Auflösung des Landtags, theils nachher besprachen sich die Häupter der Protestanten über die zu ergreifenden Schritte; die Einigung war schnell herbeigeführt, da die Politik des Hofes selbst die Parteien zu derselben trieb. Hiernach wurde die Absendung von Gesandten an die protestantischen Kurfürsten und an Mathias beschlossen, um ihre Intervention bei Rudolf in Anspruch zu nehmen. Gegen Ende April wollten sich die Stände wieder in Prag versammeln, um die Berichte der Gesandten entgegenzunehmen und die weitern Schritte zu berathen. Sie machten kein Hehl daraus, daß sie dann, wenn es nöthig

Google

ſein ſollte, zur Bewaffnung ſchreiten würden, um gleich den Hornern zum Ziele zu kommen.

Neben dem Nuncius Gaetano, dem Prager Erzbiſchof und einigen Theologen, die in der Konfeſſionsfrage vom Kaiſer zu Rathe gezogen worden waren und deren Gutachten ſtets vollſtändig den proteſtantiſchen Wünſchen entgegen lautete, war die Zahl der Laien, welche eine gleiche Haltung vor dem Kaiſer beobachtet hatten, ſehr gering, obwohl ihre Anſicht den Sieg davon getragen hatte. Es waren dies auf Seite der Böhmen der Kanzler Popel von Lobkowitz, Wilhelm von Slawata und Jaroslaw von Martinitz, unter den Mitgliedern des Geheimraths vor allen Herr von Attems. Es verſteht ſich, daß dieſe Männer nicht von der Anſicht ausgingen, daß die einfache Verwerfung der proteſtantiſchen Forderungen den Kaiſer zum Ziele führen würde; ſie ſahen nur zu gut die kommenden Stürme voraus und zweifelten nicht daran, daß die Stände ſich zur Wehr ſetzen würden und man ihnen nicht anders, als mit den Waffen in der Hand, Achtung einflößen würde. Unmittelbar alſo nach der Auflöſung des Landtags riethen ſowohl der Kanzler als Attems dem Kaiſer, den ganzen Reſt ſeines Vermögens aufzubieten, um wenigſtens ein Heer von 20.000 Mann auszurüſten; ſie ſelbſt gingen zum Nuncius und baten ihn, er möchte den Papſt eilig um Hilfe erſuchen, damit Rudolf den Proteſtanten widerſtehen könne. Der Nuncius war dazu gern erbötig, verlangte aber als Bedingung, ſich früher mit dem Kaiſer über die zu leiſtende Hilfe beſprechen zu dürfen, eine Bedingung, die bei des letztern Beſchaffenheit geradezu unerfüllbar war. Auch verlangte der Nuncius, daß der Erzherzog Leopold ſo ſchnell als möglich nach Prag berufen würde, damit er als der rechte Arm Rudolfs die Maßregeln durchführe, die man allenfalls zur Unterdrückung der Proteſtanten nöthig haben würde. In dieſer Beziehung ſtand der Nuncius mit ſeiner Meinung nicht iſolirt, vielmehr ſprach er damit nur aus, was ſehr viele in der Umgebung des Kaiſers für nöthig hielten und was vor dieſem ſelbſt zu vertreten zuletzt ſogar Attems gewagt hatte.

Als in den vorangegangenen Jahren der Kaiſer von Zeit zu Zeit die Abſicht an den Tag legte, als wolle er die Nachfolge dem Erzherzog Leopold zuwenden, waren ſehr viele darüber aus dem Grunde entrüſtet, weil ſie dem jungen Mann keine Bedeutung zutrauten; dies laſſen uns wenigſtens San Clemente's Berichte vermuthen. Jetzt hatte die Meinung über den nunmehr drei und zwanzigjährigen Jüngling eine Aenderung zu ſeinen Gunſten erfahren; er ſchien von Thatendurſt verzehrt, entſchieden und feurig in ſeinen katholiſchen Ueberzeugungen und trotz ſeines biſchöflichen Amtes jeden Augenblick geneigt, ſich an die Spitze einer Armee zu ſtellen.

Google

Als Zuñiga in Prag ankam und mit dem Erzherzog bekannt wurde, war er von seiner Persönlichkeit ganz entzückt und schrieb an Philipp III, das Haus Oesterreich dürfe auf diesen jungen Mann große Hoffnungen setzen. Wenn Rudolf zu einem kriegerischen Auftreten sich entschloß, so mußte Jemand statt seiner die Leitung des Kriegswesens übernehmen und hiezu empfahl sich gewiß Leopold vor allen Prinzen seines Hauses. Ketenis, der dies wohl einsah und der mit Lobkowitz auf Rüstungen und Waffengewalt hinwies, übernahm es nun selbst, dem Kaiser einen entsprechenden Vorschlag zu thun. Er riet ihm nämlich geradezu, die steirische Linie ganz für sich zu gewinnen und sei es auf Ferdinand, sei es auf Leopold die Nachfolge im Reiche zu lenken. Mit diesem Schritte würde er die geistlichen Kurfürsten und Sachsen vollständig befriedigen, eine starke Partei im Reiche sich schaffen und selbst die Nachfolge in Böhmen seinem Bruder zu Gunsten der steirischen Prinzen entwinden können*).

Dieser Vorschlag entsprach der Gemüthsstimmung des Kaisers insofern, als er ihn auf einen Weg aufmerksam machte, wie er seinem Bruder wenigstens die deutsche und böhmische Krone entreißen konnte; er entschloß sich also zu der ihm empfohlenen Berufung des Prinzen, suchte aber selbst noch auf andere Weise seine Rettung herbeizuführen. Nachdem Rudolf sich mit Recht beklagen zu dürfen glaubte, daß er vom Papst und von allen Prinzen seines Hauses mehr oder weniger verrathen worden sei, nachdem die resultatlosen Verhandlungen mit Anhalt ihn zu eine Enttäuschung bereichert und seinem Groll auch gegen die Protestanten wachgerufen hatten betrachtete er die katholischen Kurfürsten und die Herzoge von Sachsen und Baiern als die einzigen, von denen er seine Rettung, und sagen wir es offen, auch noch den Wiedergewinn des Verlorenen erwartete. Unmittelbar also, nachdem er einsah, daß er von Anhalt und den österreichischen Protestanten nur zum Besten gehalten worden sei, beschloß er, ohne weiter seine Räthe ins Geheimniß zu ziehen, diesen letzten Rettungsweg zu versuchen. Der Kurfürst von Köln, welcher sich seiner so eifrig, wenigstens in Worten, im vorigen Jahre angenommen hatte, ein offenherziger mehr weltlich als geistlich gesinnter lustiger alter Herr, wurde von Rudolf aufgefordert, nach Prag schleunigst zu kommen und ihm in seinen bedrängten Angelegenheiten zu rathen und zu helfen**). Der Kurfürst erschrak etwas über dies allzugroße

*) Simancas 2695/67. Francisco del Caño an Andres de Prada dto. Prag 11. April 1608.

**) Münchner Staatsarchiv 35/7, 13. Kurköln an Max von Baiern dto. 11. März 1608.

Google

Vertrauen und ſchickte ſtatt ſeiner abermals den Kanonikus Hennot nach Prag, um durch dieſen die Wünſche des Kaiſers entgegenzunehmen.

Als Hennot in Prag anlangte, ließ ſich der Kaiſer verlauten, er werde denn doch einen Konvent, beſtehend aus den oben erwähnten vier Kurfürſten, dem Herzog von Baiern und einigen Erzherzogen an ſeinen Hof berufen. Hennot war damit zufrieden, weil von den Schultern ſeines Herrn eine große Laſt abgewälzt wurde und man erwartete deshalb täglich die Absendung der Einladungsſchreiben, da dieſelben auf Befehl des Kaiſers ausgefertigt worden waren. Allein hier blieb die Sache wieder ſtehen; der Kaiſer ließ ſich die Briefe geben und verſchloß ſie in ſeinem Kabinete, wo ſie dem Schickſal ſo vieler anderer Schriftſtücke, die nie mehr ihren Weg zu ihrer Beſtimmung fanden, anheimfielen. Die Eingeweihten jammerten über dieſe Saumſeligkeit; Loblowitz und Attems konnten einſehen, daß es weder zu Rüſtungen noch zu einem Konvente kommen würde. Denn plötzlich hatte der Kaiſer wieder die Berufung des Konventes ganz fallen gelaſſen, um den Kurfürſten von Köln allein um ſeine Hilfe anzuſuchen.

13 Mai. Am Montag in der Charwoche, ſo erzählte Hennot ſeinem Herrn, als Niemand in Prag erwartete, daß der Kaiſer einem der fremden Geſandten Gehör geben wolle, wurde der Kanonikus von Barvitius aufgefordert, ſich Nachmittags an einem geheimen Orte, wo ihn der Kaiſer ſchon einmal empfangen hatte, zur Audienz einzufinden. Als Hennot erſchien, frug ihn Rudolf nach Neuigkeiten von ſeinem Herrn. Der Geſandte, der bereits darum wußte, daß Kurfürſt Ernſt von Köln nicht gern allein nach Prag reiſen mochte, entgegnete, daß derſelbe jetzt viel von den Rebellen in Lüttich in Anſpruch genommen ſei und deutete damit an, daß derſelbe keine Zeit habe, ſich vom Hauſe zu entfernen. Auf dieſe Antwort entgegnete der Kaiſer, deſſen Geſichtszüge unverkennbar die Merkmale tiefer Traurigkeit und Abſpannung an ſich trugen: „Was ich euch jetzt ſagen und vertrauen werde, das dürft ihr weder dem Barvitius, noch dem Hannewaldt, noch irgend einem Menſchen auf der Welt außer eurem Herrn vertrauen, verſteht ihr mich wohl?“ Als Hennot ihn ſeines Schweigens verſichert hatte, fuhr Rudolf fort: „Ich ſtecke abermals in großer Noth und Verlegenheit, man plagt mich von allen Orten aus, ſowohl meine Räthe als Andere, und treibt ſeltſame Praktiken wider mich. Sie wollen mich verjagen und ſowohl wegen der Nachfolge als wegen der Interpoſitionen *) (zu einem Entſchluße) nöthigen. Der

*) Unter Interpoſitionen mag wohl der Plan der Verführung mit Matthias gemeint ſein, zu der ihn Spanien und Rom trieben, indem ſie dabei ihre Interpoſitionen anzuge-

Google

(trotz) Hundert Päpſten, Hundert Erzbiſchöfen und Erzherzogen, ich traue Niemanden als dem Kurfürſten von Köln. Einige ſagen, ich ſtehe in Gefahr, andere ſagen das Gegentheil, ſie machen mich (mit dieſen Widerſprüchen) toll. Es iſt ja wider alles Recht und alle Reichskonſtitutionen, daß einer zur Beſtimmung ſeines Nachfolgers gezwungen werden ſoll; kein Kurfürſt würde ſich dazu zwingen laſſen. Wie es jetzt in Böhmen beſchaffen iſt, wie gefährlich es mit der Religion und mir ſteht, das ſeht ihr. Ich habe Niemanden in der Welt, auf den ich mich ſicher verlaſſen und dem ich trauen dürfte, als den Kurfürſten von Köln. Deswegen wollet in dieſer Stunde zu Seiner Liebden reiſen und in meinem Namen bitten, daß er herkomme. Ich habe mit dem Kurfürſten über vieles zu reden und ihm meines Gemüthes Meinung zu offenbaren, keiner kann mir helfen und rathen, als er allein. Wollet alſo forteilen und keine Stunde mehr ſäumen". — Hennot beurlaubte ſich, indem er verſprach, unverweilt den Kurfürſten von dieſen Mittheilungen in Kenntniß zu ſetzen*).

Dieſes Geſpräch mit Hennot gewährt eben ſo ſehr einen Einblick in Rudolfs tief gedrücktes Gemüth, als es zugleich ſeine jammervolle Verkennung deſſen zeigt, was ihm Noth that. Ein ſo rechtſchaffener und aufrichtiger Mann Ernſt von Köln auch immer ſein mochte, was konnte ſeine alleinige Anweſenheit in Prag helfen, konnte er den Kaiſer gegen die Böhmen ſchützen oder ſie, wenn es Noth that, mit Gewalt zur Ruhe bringen? Dem Kaiſer half allein ein Heer, mit dem er jeden feindlichen Widerſpruch zum Schweigen bringen konnte; und wenn er ſich nicht der Waffenmacht bedienen, ſondern die Böhmen durch den moraliſchen Beiſtand der Reichsfürſten wenigſtens beſcheidener machen wollte, ſo war dazu jedenfalls ein Fürſtenkonvent weit dienlicher als ein einziger friedfertiger Kurfürſt. Seine leidenſchaftliche Bitte an den Kurfürſten von Köln war alſo nichts anderes als einer jener krankhaften Ab- und Einfälle, in denen ſeit beinahe einem Jahrzehnd ſeine ganze Regierungskunſt beſtand. Schon zwei oder drei Tage ſpäter vergaß er ſelbſt ſeine auf Ernſt von Köln gerichteten Hoffnungen und erinnerte ſich wieder des vor einem Jahre zuerſt ausgeſonnenen Fluchtprojekts. Doch abgeſehen davon, daß Vorſatz und That bei ihm ſtets durch unendlich lange Zwiſchenzeiten getrennt waren, würde die Flucht nicht nur an dem Widerſtande der Katholiken, ſondern auch an dem der Proteſtanten geſcheitert ſein. Beide Parteien waren diesmal und zwar ohne jede vorangegangene Uebereinkunft

*) Münchner Staatsarchiv. 39/7, 59. Hennots Bericht an Kurfürſt den 19. April 1609.

Google

entſchieden, ihn nicht früher abreiſen zu laſſen, es ſei denn, daß er vorher auf die Krone verzichtete*).

Und dürfte man es wohl für möglich halten, daß Rudolf ſelbſt in dieſen Augenblicken auf den Wiedergewinn eines Theiles ſeiner an den Bruder verlornen Länder dachte? Selbſt dies Unglaubliche iſt wahr und dießmal war es Mähren, wohin ſeine Hoffnungen gerichtet waren. Wir haben erzählt, daß Karl von Liechtenſtein im Rathe des Königs Mathias an der Spitze der Khleſl feindlichen Partei ſtand, da er es nicht ertragen mochte, daß er neben dem Biſchof nur die zweite Rolle ſpielen ſollte. Von dem Manne, welcher ein intimes Verhältniß mit den Häuptern der katholiſchen Kirche unterhielt, der ſelbſt erklärte, man müſſe den Proteſtanten nur Zugeſtändniſſe machen, um ſie bei gelegener Zeit wieder zurückzunehmen**), und der ſeinen flammenden Ehrgeiz bei jeder Gelegenheit verbarg, von dieſem Manne wird man nicht mit Unrecht behaupten, daß ſein brüskes Auftreten zu Gunſten der Horner andere Gründe hatte, als die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit gegenſeitiger Duldung. So entſpricht eben ſo vollſtändig ſeinem Charakter als ſeinem Thun, wenn wir behaupten, er habe durch die Befriedigung der Proteſtanten Khleſls Einfluß brechen und ſich ſelbſt an ſeine Stelle bringen wollen. Als jedoch nach der Reſolution vom 19. März Khleſl das Vertrauen ſeines Herrn im ungeſchmälerten Grade behielt, da war Liechtenſteins Geduld zu Ende und er verſuchte nun für ſeine Perſon das, was der kurzem Ruhalt und Tſchernembl bezüglich Oeſterreichs verſucht hatten, d. h. er dachte daran einen Separatfrieden mit Rudolf abzuſchließen, und ihn mit dem Verſprechen zu ködern, daß er ihm Mähren wieder in die Hände ſpielen wolle. Mit dem ſpaniſchen Geſandten und dem belgiſchen Geſchäftsträger hatte er immer eine vertraute Korreſpondenz unterhalten und ſich von Zeit zu Zeit der Gunſt ſeiner katholiſchen Majeſtät und ſeiner Durchlaucht in Brüſſel empfehlen laſſen, jetzt benützte er dieſe Handhaben und erſuchte den Geſchäftsträger des Erzherzogs Albrecht, Peter von Viſcher, durch einen vertrauten Agenten um eine Zuſammenkunft. Die Art und Weiſe, wie dieſer Wunſch ausgedrückt wurde, ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß Liechtenſtein mit dem Kaiſer ſich verſöhnen und ihm ſeine guten Dienſte antragen wolle. Mit Bewilligung Rudolfs trifft alſo

*) Wolfel, Secretaire d'Etat. Allem. Carton 165. Bücher an Erzherzog Albrecht ddo. Prag 18. April 1609.

**) Die Beweiſe dafür werden wir bei der Erzählung der Ereigniſſe im Jahre 1609 beibringen.

Google

Bischer zu demselben nach Eisgrub und blieb da acht Tage; was jedoch der Inhalt ihrer Unterredungen gewesen ist, ist nicht in den Details so bekannt, wie wir es wünschen möchten. Wir wissen so viel, daß Liechtenstein zuerst sich über die Art und Weise aussprach, wie Rudolf wieder in den Besitz von Mähren gelangen könnte und unter den dazu führenden Mitteln auf einen Fürstenkonvent, der auf Mathias einen Druck ausüben könnte, als auf eines der zweckmäßigsten hinwies. So viel ist aus Bischers Berichten bekannt; es ist dies aber nicht alles, denn in den Briefen desselben an Erzherzog Albrecht heißt es weiter, daß ihm Liechtenstein so wichtige Dinge mitgetheilt habe, daß er sie nicht einmal der Feder anzuvertrauen wage, und deshalb einen Theil nur mündlich und einen Theil in Chiffern berichten wolle*). Wir vermuthen, daß der Inhalt dieser andern so wichtigen Mittheilungen, welche zu entdecken uns nicht gelang, die Bestimmung der Nachfolge in Oesterreich und Deutschland gewesen. Das Benehmen Liechtensteins während der nachfolgenden Zeit war so beschaffen, daß man nicht sicher vermuthen kann, ob er der stetrischen Linie, ob dem Erzherzog Albrecht oder gar der spanischen Linie diese Nachfolge zuzuwenden gedachte. Eines nur ist gewiß, daß er nach einer entscheidenden Rolle sich sehnte, und da er sein Vermögen nicht auf eine Karte setzen wollte, trat er geheimnißvoll und vorsichtig auf, seine Fühlhörner nach allen Seiten ausstreckend. Bei allen wichtigen Ereignissen auftauchend zeigt er gleichwohl nur seinen Kopf an der Oberfläche und überläßt es unserer Vermuthung zu errathen, womit indessen seine Hände beschäftigt waren. Als Bischer nach seiner Rückkehr nach Prag dem Kaiser den auf Mähren bezüglichen Theil der Unterredung mittheilen ließ, freute sich der letztere nicht wenig über die neu eröffnete Aussicht!

Darüber war aber der Monat April verflossen; das Heer, dessen

*) Brüssel. Secretairie d'Etat Allem. Carton 183. Bischer an Fleckhammer ddo. Prag 2. Mai. — Ebendaselbst derselbe an Erzherzog Albrecht ddo. 2. Mai 1609. — Ebendaselbst derselbe an den Erzh. Albrecht ddo. Prag 9. Mai 1609; „Was ich J. Mt. betreffend von dem von Liechtenstern vernommen, wie E. F. D. ich vor diesem gehorsamst berichtet, solches alles hat Ihr Mt. sehr wohl gefallen und sich darauf erklärt, sie wöllen ihm alles verzeihen, was er gethan, allein sollt ich helfen bey ihm gutte officia präsitiren, das Mähren wieder mit Böhmen incorporirt werde, hierauf solle Hanwald vernehmen, was für Hoffnung ich darzu hette. Hab ihm geantwortet, das ich von Liechtenstern wohl so viel vernommen, wan die Erzherzoge zusammen kommen und solches für gut und rathsam finden würden, das er alsdann seines theils erzeigen wollte. — Münchner Reichsarchiv XV/2, 86. Hanewaldt an Max von Bayern ddo. Prag 21. April 1609.

Google

Anwerbung und Aufstellung Lobkowitz und Attems dem Kaiser so dringend empfohlen hatten, blieb unangeworben und ebenso wenig war die Allianz mit jenen Fürsten, die dem Kaiser einigermaßen wohlwollten, zu einem Abschluße gediehen; mit einem Worte der Kaiser stand den Böhmen Ende April eben so hilflos gegenüber, als zur Zeit der Auflösung des Landtags. Desto besser hatten die Protestanten ihre Zeit benützt.

II

Als der böhmische Landtag am 1. April aufgelöst wurde, gaben sich die Protestanten das Wort, sich in vier Wochen wieder in Prag zu versammeln, mittlerweile aber durch Gesandte befreundete Fürsten um ihre Fürsprache zu ersuchen; es waren dies die drei weltlichen Kurfürsten, der Herzog von Braunschweig und König Mathias. Derjenige Theil des Adels, der nicht zu diesen Sendungen verwendet wurde, reiste auf seine Güter und traf da die mannigfachsten Vorbereitungen, um sich in einen besseren Vertheidigungszustand zu setzen. Einige dieser Herren versuchten bereits im Namen ihrer Partei für die künftigen Rüstungen bei den Prager Kaufleuten ein Anlehen von 300.000 Gulden zu Stande zu bringen, was ihnen jedoch nicht gelang*). Als nun der Monat seinem Ende nahte, kam der protestantische Adel wieder in Prag zusammen und zwar diesmal in einer Vollzähligkeit, wie man dieselbe vielleicht seit 200 Jahren nicht mehr beobachtet hatte. Zum gemeinschaftlichen Berathungsort hatten sie das Neustädter Rathhaus ausersehen, und obwohl der Kaiser selbst dem Neustädter Rath die Aufnahme der Stände in diesen Räumen verboten hatte, so wurde es doch für sie bereit gehalten. Bevor sie sich jedoch daselbst versammelten und damit die ungesetzliche Bahn betraten, verfügten sie sich in die Burg und ließen den Kaiser durch eine Deputation um die Wiedereröffnung des Landtages bitten. Zu den ehrfurchtsvollen Worten derselben bildete der tobende Lärm, mit welchem die vor dem Schloß versammelten Stände die Lüfte erfüllten, eine sonderbare Begleitung, die dem ängstlichen Ohre des Kaisers nicht entging**). Trotzdem derselbe den Ständen eine abschlägige Antwort gab, so versammelten sich diese dennoch am folgenden Tage nochmals in der Burg und drangen in einen Saal, um

*) Bernburger Archiv Reg. VI, B. VI, Vol. XII, fol. 56. Zeitung aus Prag dto. 16. April 1609.

**) Neue Geschichte des böhmischen Majestätsbriefes — S. 56. Sächsisches Staatsarchiv. Böhm. Stände und utraque 7220, 93. Die sächsischen Gesandten an den Kurfürsten von Sachsen dto. 8. Mai 1609.

Google

ſich daſelbſt die Berichte ihrer Geſandten aus Deutſchland vorleſen zu laſſen. Der Kaiſer, der von einem verborgenen Orte aus, dieſer tumultuariſchen Scene im geheimen zugeſehen hatte, berief vor ſich einige der proteſtantiſchen Häupter und verbot ihnen abermals und in ſtrenger Weiſe jede weitere Verſammlung und blieb dabei, als auch am folgenden Tage eine maſſenhafte Deputation von 50 Perſonen ihn um die Rücknahme ſeines Verbotes erſuchte.

Budowec, der bei dieſen Verſammlungen meiſtens die Leitung übernommen hatte, forderte nun ſeine Geſinnungsgenoſſen auf, ihm zu folgen und das Neuſtädter Rathhaus zu ihrem Sitzungslokale zu machen. 5 Mai
In einem faſt unüberſehbaren Zuge bewegten ſich darauf die proteſtantiſchen Stände Böhmens, vermehrt durch ihr Gefolge und die neugierige Bevölkerung der Hauptſtadt, durch die Straßen zu dem improviſirten Verſammlungsort. Als ſie vor dem Rathhauſe anlangten, erblickten ſie daſelbſt die angeſchlagenen Plakate, in denen Rudolf jede ungeſetzliche Verſammlung ſtreng verbot. Einige luſtige Geſellen drehten eines der Plakate um, und erklärten zum Gelächter der Umgebung, daß die Rückſeite anders laute; einer von den Brüdern Kinsky, wahrſcheinlich Wenzel, riß das Plakat geradezu herunter und trat es am Boden mit den Füßen, indem er dabei ausrief: „Dieſer König taugt nichts, wir müſſen einen andern haben“*).— Nach der Landesverfaſſung war jede ungeſetzliche, d. i. vom König nicht autoriſirte Verſammlung der Stände ein Akt offener Empörung und als Hochverrath beſtrafbar; indem nun der Adel dem Rufe Budowec's Folge geleiſtet hatte, verließ er den geſetzlichen Boden und ſo konnte fortan eine Einigung mit dem König nur auf Koſten der ſtändiſchen oder königlichen Rechte geſchehen.

Der Zuſtand von Prag war nun der einer Stadt mit zwei einander feindlich gegenüberſtehenden Parteien, die ſich gegenſeitig die ſchlimmſten Abſichten zutrauen. Auf Seite des Kaiſers befanden ſich zwar nur eine wenig zahlreiche Leibwache und eine unbedeutende Anzahl von Bürgern, aber es ſtand ihm doch noch der Nimbus kaiſerlicher Auktorität zu Gebote, die ſelbſt in der tiefſten Ohnmacht den Gegnern Scheu und Furcht einflößte. Auf Seite der Proteſtanten ſtand der größte Theil der Prager; zugleich bildete der Adel ſelbſt, der mit einem zahlreichen und bewaffneten Gefolge nach Prag gekommen war, ein wohlgerüſtetes Heer, ſo daß, wenn es zu einem Kampfe zwiſchen den Kaiſerlichen und Ständiſchen kam, der Sieg keinen Augenblick zweifelhaft ſein konnte. Das Gerücht ſolcher bevor-

*) Sächſiſches Staatsarchiv. Böhmiſche Stände sub utroque 1220/101. Die ſächſiſchen Geſandten an den Kurfürſten von Sachſen bdo. 9 Mai N. St.

Google

ſtehenden Kämpfe hielt die ganze Stadt in dauernder Aufregung und Bewegung; man träumte von plötzlichen Ueberfällen und von großen Waffenanhäufungen ſeitens der Kaiſerlichen und die darauf begründete, ob wirkliche, ob nur vorgeſchützte Furcht bewog die ſtändiſche Partei, die Waffen nicht aus der Hand zu legen. Bei Tag wie bei Nacht ſtreiften ſie in der Stadt in ſtarken Abtheilungen herum und ſetzten damit die zerſtreuten Katholiken in nicht geringe Beſorgniſſe, weil die Händelſucht des Pöbels dadurch täglich in bedenklicherer Weiſe aufgereizt wurde. Der Altſtädter Primas Heidel, der ſich den Haß der Proteſtanten im beſondern Grade zugezogen hatte, weil er früher die Städte von dem Adel trennen wollte, wurde jetzt ein Gegenſtand ſo bitterer Anfeindung, daß ſelbſt ſeine Sicherheit gefährdet war. Da er in Folge der in der Stadt zunehmenden Unruhe die Stadtwache verſtärkt und mit Waffen verſehen hatte, ſo ſahen dies die Stände als eine unerträgliche Drohung an. Eine bewaffnete Schaar fand ſich im Quartier dieſer Wache ein, entwaffnete ſie und ſtellte zugleich mit ihr ein Examen an, um zu erfahren, welche Angriffe Heidel mit ihr beabſichtigt hatte. Jedes Haus der Stadt mußte darauf im Auftrag der Stände eine Perſon zur Aufrechthaltung der Sicherheit liefern, die in Wahrheit von Niemandem als von ihnen ſelbſt bedroht war*). Um die Unſicherheit und Aufregung auf die höchſte Spitze zu treiben, wimmelte Prag von beſchäftigungsloſem Volk. Von allen Enden Deutſchlands waren nämlich dienſtloſe Soldaten in der Erwartung dahin geſtrömt, entweder bei dem Kaiſer oder bei den Ständen Beſchäftigung zu erlangen; da nun dies noch nicht der Fall war, mehrten ſie durch ihr poltendes und raufluſtiges Auftreten, ihr Straßen- und Wirthshausleben das Gefühl der Unſicherheit. Am ſchlimmſten ging es bei dieſer Gelegenheit über die Jeſuiten her; nicht nur konnte man ſich auf den Straßen gegen die Väter, welche nur in den nothwendigſten Fällen ſich außerhalb ihres Hauſes blicken ließen, Inſulten erlauben, ſondern man erhitzte auch noch die Phantaſie der Menge durch Erzählungen von außerordentlichen Kriegsvorräthen, welche ſich in den unterirdiſchen Räumen des Kollegiums, gehütet von daſelbſt heimlich untergebrachter Mannſchaft, befinden ſollten. Die Gefahr war zuletzt ſo dringend, daß die Mehrzahl der Jeſuiten auf die Kleinſeite zu guten Freunden flüchtete und im Kollegium nur ſo viele zurückblieben, als zur Aufſicht über das Gebäude nöthig waren**).

---

*) Sächſiſches Staatsarchiv. Böhmiſche Stände sub utraque 7220/108. Der ſächſiſchen Geſandten an den Kurfürſten von Sachſen ddo. 10. Mai 1609 9 Bl.

**) Sächſiſches Staatsarchiv. Böhmiſche Stände sub utraque 1220/112. Der

Die Sitzungen im Rathhause ſelbſt begannen mit der Vorleſung der Schreiben, welche für die Stände von den darum erſuchten Fürſten an den Kaiſer abgeſchickt worden waren. Die Kurfürſten von der Pfalz und von Brandenburg empfahlen dem Kaiſer einfach die Gewährung der ſtändiſchen Bitten; Mathias' Zuſchrift dagegen war, den Verhältniſſen entſprechend, ſo auf Schrauben geſtellt und nichts ſagend, als möglich. Er ſchrieb nämlich an Rudolf, die böhmiſchen Stände hätten ihn um ihre Fürbitte angeſucht, nun habe er aber keine Kenntniß von dem, um was es ſich in Prag handle (!); dieſe Unkenntniß ſei auch nicht durch die ſtändiſchen Geſandten verringert, ſondern er von ihnen einfach um ſeine Fürbitte angeſucht worden. Der Kaiſer werde ſich nun in ſeiner Weisheit am beſten zu entſcheiden und dieſe Fürbitte gnädig auszulegen wiſſen. Am entſchiedenſten trat der Kurfürſt von Sachſen auf. An den Kaiſer ſchrieb er zu Gunſten der Stände, wie er darum erſucht worden war, und hierin genügte er den Anforderungen, welche ſeine Glaubensgenoſſen an ihn ſtellten. Bei ſeiner freundſchaftlichen Stellung zu Rudolf und bei ſeiner hinreichenden Kenntniß von dem antimonarchiſchen Geiſt der letzten ſtändiſchen Bewegungen in Oeſterreich hielt er es aber auch für ſeine Pflicht, die böhmiſchen Stände zur Ruhe zu mahnen; er billigte ihre religiöſen Forderungen, verlangte jedoch, daß ſie ſich auf dieſe beſchränken und in ihrem Auftreten nie die Achtung vergeſſen ſollten, welche ſie der Würde des Kaiſers ſchuldig ſeien. Von einem ebenſo uneigennützigen als aufrichtigen Eifer für den Frieden beſeelt, meinte es der Kurfürſt mit ſeinen Rathſchlägen nach beiden Seiten ehrlich und ſchickte deshalb drei ſeiner Räthe, Melchior von Wittern, Dr. Gerſtenberger und Dr. Göbelmann nach Prag in der Abſicht, daß ſie ihre guten Dienſte beiden Parteien anböten, um einen dauernden Ausgleich herbeizuführen *). — Auch Wok von Roſenberg ließ nunmehr aus ſeiner Zurückgezogenheit ſeine Stimme ertönen. Er mahnte den Kaiſer durch einen vertrauten Agenten den proteſtantiſchen Forderungen zu genügen und verſprach dafür, ihm in dem behilflich zu ſein, was derſelbe bezüglich der römiſchen Königswahl wünſchen dürfte und was unverblümt ſagen wollte, daß Roſenberg ſeine Dienſte gegen

ſächſiſchen Geſandten an den Kurfürſten von Sachſen dto. Prag 2/12. Mai 1609 — Lobkowitzer Bibliothek in Prag. Einzelne des Jeſuitenordens. XB.

*) Sächſiſches Staatsarchiv. Böhmiſche Stände sub utraque 7220 fol. 6. Der Kurfürſt von Sachſen an die böhmiſchen Stände dto. 14/24. April. — Ebendaſelbſt fol. 16. Inſtruction für die drei Geſandten Melchior von Wittern, Markus Gerſtenberger, Kanzler zu Wienburg und Dr. Johann Georg Göbelmann dto. 1. Mai N. St. — Ebendaſelbſt fol. 26. Der Kurfürſt von Sachſen an ſeine Geſandten in Prag dto. 1/11. Mai.

Google

Mathias anbiete*). Die Stellung der Böhmen zum Auslande war, wie man aus den Zuschriften ersieht, im ganzen eine isolirte, d. h. es waren von ihnen nicht wie von den Oesterr. Verbindungen angeknüpft worden, um, wenn nöthig, neben der eigenen Macht auch mit fremder Hilfe dem Kaiser entgegenzutreten. Ihre Stellung war aber nichtsdestoweniger günstiger, als die der Oesterr., weil Mathias über bedeutendere Hilfsmittel als der Kaiser gebot und der letztere nicht einmal von dem, was ihm noch an Macht übriggeblieben, einen zweckmäßigen Gebrauch zu machen wußte.

Nachdem die Protestanten die für sie eingelaufenen Fürbitten zur Kenntniß genommen hatten, beschlossen sie die Abfassung einer Rechtfertigungsschrift, welche sie dem Kaiser zu überreichen gedachten. Man übertrug die Redaktion vier der ausgezeichnetsten Advokaten Böhmens, von denen zwei den Lutheranern und zwei den Brüdern angehörten. In der Rechtfertigungsschrift suchten sie alle ihre Maßregeln als Folgen des auf ihnen lastenden Druckes hinzustellen und ihre Bewaffnung damit zu erklären, daß sie der Absicht hätten, sich gegen jeden derartigen Druck zu schützen; sie baten deshalb abermals den Kaiser um Freigebung des Bekenntnisses und um Wiederzusammenberufung des Landtages. Sechs Deputirte, unter denen sich auch Budowec befand, verfügten sich alsbald Schloß, um in der kaiserlichen Kanzlei die Erlaubniß zur Ueberreichung der Rechtfertigungsschrift anzusuchen. Da sich ihre Rückkunft unverhältnißmäßig lang verzögerte, so verbreitete sich bereits in der Stadt das Gerücht, sie seien in der Burg festgenommen worden. Die Aufregung auf der Alt- und Neustadt stieg darüber abermals auf einen hohen Grad; alles, was Waffen tragen konnte, lief bewaffnet herum und schon versammelte sich eine große Menge Volkes vor dem Jesuitenkollegium, um an den Vätern die allezeit erwünschten Repressalien zu üben. Die endliche Rückkehr der Deputirten brachte die Ruhe wieder und verhinderte ein bereits, wie es schien, unvermeidliches Blutbad. Der Kaiser hatte in die Uebergabe der Rechtfertigungsschrift
12 Mai eingewilligt und sie in der That am folgenden Tage entgegengenommen. Während die mit der Ueberreichung betraute Deputation auf das Schloß sich entfernte, betrieb auf Budowec's Antrag die Zurückgebliebenen um eine gedeihliche Verrichtung. Trotz des tollen Treibens der Menge und des gleichzeitigen lustigen Lebens in Prag war die Versammlung am Neustädter Rathhause keineswegs eines religiösen Anstriches bar. Fast Tag für Tag predigte ein Geistlicher vom Fenster des Rathhauses der in der Rathsstube mit

*) Bernburger Archiv. Rep. I, F. I, 22b/143. Instruktion für Peter zu seiner Reise zum Kaiser ddo. 4. Mai. — Ebendaselbst Relation aus Anhalt ddo. 24. Mai 1609.

Google

am Platze verſammelten Volksmenge*). Budowec ſelbſt brachte es dahin, daß keine Sitzung begonnen oder beſchloſſen wurde, ohne daß ein gemeinſchaftliches Gebet oder ein Geſang die Verſammlung auf den eigentlichen Gegenſtand des Tages aufmerkſam gemacht hätte; gern hätte er auch noch auf den Straßen klöſterliche Ruhe hergeſtellt und die Wirthshäuſer auf einige Wochen geſperrt, allein ſein Einfluß reichte um ſo weniger dahin, da ſelbſt der Adel die erzwungene Anweſenheit in Prag wenigſtens durch ein fröhliches Leben ſich erheitern wollte**). Als die Deputation vom Schloſſe zurückkehrte, verbreitete ſich die Nachricht, daß der Kaiſer die Bitten der Proteſtanten erhören wolle. Das Gerücht war in der That begründet und um dies zu erklären, müſſen wir einen Blick auf die Vorgänge in der Burg während der letzten Woche werfen.

Zu der Zeit, als der Kaiſer den Ständen die Wiedereröffnung des Landtags abſchlug und damit die Verſammlung am Neuſtädter Rathhaus veranlaßt hatte, unterhielt er ſich, wie wir wiſſen, mit den durch Liechtenſtein angeregten Hoffnungen und bot ihm völligen Pardon an, wenn er thatſächlich die Rückkehr Mährens unter ſeine Herrſchaft zuwegebringen würde. Die Geheimräthe, welche, mochten ſie nun wollen oder nicht, ſchließlich dem Kaiſer auf allen ſeinen Irrwegen folgen mußten und die nun auch von den Hoffnungen, welche Liechtenſtein angeregt hatte, in Kenntniß geſetzt wurden, riefen darauf einſtimmig, der Kaiſer möge doch auch nicht den von Liechtenſtein angedeuteten Weg zum Ziele verſäumen und die für nothwendig erkannte Berufung eines Fürſtenkonvents nicht länger aufſchieben. Rudolf gab hierauf Barvitius den Auftrag, den Kurfürſten von Cöln nach Prag zu berufen und wiederholte dieſen Befehl noch zweimal vor Ablauf desſelben Tages***). Von einer Nachgiebigkeit gegen die Proteſtanten war alſo bis dahin keine Rede. Bei dieſem Stande der Dinge kam der ſpaniſche Geſandte Zuñiga, der vor zwei Monaten abgereiſt war, um dem Erzherzog Ferdinand in Graz einen Beſuch zu machen, wieder in Prag an. Er ſtieg in dem am Hradſchin gelegenen Kapuzinerkloſter ab und wurde daſelbſt vom Nuncius Caetano, von mehreren katholiſchen Geſandten, namentlich aber

Mai

Mai

*) Sächſiſches Archiv. Böhmiſche Stände sub utraque 7220/208. Die ſächſiſchen Geſandten an den Kurfürſten von Sachſen dto. 10. Mai N. St.

**) Meine Geſchichte des böhmiſchen Majeſtätsbriefes. S. 62. Man ſah nicht wenige vom Adel betrunken auf den Straßen herum gehen.

***) Münchner Staatsarchiv. 39/7 107 Barvitius an Kurfürst dto. Prag den 9. Mai. — Secretaire d' Etat. Allem. Bischer an Erzherzog Albrecht dto. Prag den 9. Mai.

Google

von den bedeutendsten Katholiken Böhmens freudig begrüßt, weil sie sich nach seinem Rathe bei der schwierigen Sachlage scheuten und zugleich von ihm eine Einwirkung auf den Kaiser hofften, wiewohl die Erfahrung sie genugsam vom Gegentheil hätte überzeugen können. Ihrem Rathe gemäß beschloß Zuñiga, nicht um eine Audienz beim Kaiser anzusuchen, weil für ihre Gewährung nur wenig Hoffnung vorhanden war, sondern geradezu sich im kaiserlichen Vorzimmer einzufinden und von da aus Rudolf um Gehör zu ersuchen; vielleicht, daß der Kaiser doch Anstand nahm, den bereits anwesenden Gesandten zurückzuweisen. Als er sich nun am
10. Mai andern Tage im Schlosse einfand, suchte er in der angedeuteten Weise zum Kaiser zu gelangen; nachdem er jedoch einsah, daß seine Bemühung vergeblich sei, kehrte er sich an den anwesenden Präsidenten des Hofkriegsraths, den Grafen Sulz, und forderte durch ihn den Kaiser zu dem energischesten Widerstand gegen die Protestanten auf. „Der König von Spanien werde Rudolf mit aller seiner Macht zu Gebote stehen" und inzwischen stelle ihm Zuñiga die Kapitalien aller italienischen Kaufleute in Prag zur Verfügung, wenn sich derselbe ihrer zu Rüstungen bedienen wolle. Diese Worte sprach der Gesandte zu Sulz nicht etwa im geheimen, sondern so, daß sie die Umstehenden, unter denen Katholiken und Protestanten gemischt sich befanden, hören konnten, und wenngleich die Verschiedenheit der Sprache das genaue Verständniß erschwert haben mag, so faßten doch Alle ziemlich gut den Inhalt des Gespräches auf. Am Abend gelang es dem Grafen Sulz zum Kaiser zu kommen und ihm den Inhalt dieser Anerbietungen mitzutheilen; sichtlich mit denselben zufrieden, versprach Rudolf am folgenden Tag den Gesandten selbst zu empfangen. Zuñiga, nicht wenig über diese Bereitwilligkeit erfreut, besprach sich noch mit Attems über den Umfang der nöthigen Hilfe und beide glaubten um so sicherer einen entscheidenden Sieg, selbst mit schwacher Heeresmacht, erringen zu können, als man den Böhmen eine geringe Kriegstüchtigkeit zutraute. Zu dieser Geringschätzung hatte am meisten der Umstand beigetragen, daß sich den Tag zuvor der aus Tausenden von Bewaffneten bestehenden Versammlung am Neustädter Rathhause ein panischer Schrecken bemächtigt hatte, als Zuñiga, empfangen von 50 Soldaten der kaiserlichen Leibwache, seinen Einzug durch das Reichsthor in Prag hielt. Man fabelte in der Stadt, Zuñiga führe mit sich große Kriegsvorräthe und obwohl das Reichsthor und das Rathhaus beinahe eine Stunde von einander entfernt liegen, so floh gleichwohl alles nach andern Stadttheilen, ja von den im Innern des Gebäudes Versammelten hatten es viele mit ihrer Flucht so eilig, daß sie sogar zu den Fenstern herunter-

Google

ſprungen, um der eingebildeten Gefahr zu entgehen*). Wie lächerlich dieſe Flucht nach dem polternden Auftreten der Böhmen auch ſein mochte, ſo ſcheinen uns Ottens und Zuñiga's Schlüſſe daraus doch etwas zu voreilig.

Am andern Morgen fand ſich der ſpaniſche Geſandte rechtzeitig in 11. Mai
der Burg ein, um des Kaiſers Wünſche und Befehle entgegenzunehmen, allein die Audienz, auf die er faſt ſicher gehofft hatte, wurde ihm nicht ertheilt. Als er Tags darauf wieder erſchien, wurde er abermals nicht vorgelaſſen, ihm zugleich aber auch noch durch einen Staatsrath bedeutet, der Kaiſer wünſche nicht mehr, daß er ſich im Vorzimmer einfinde, „weil die Proteſtanten an ſeinem häufigen Erſcheinen Aergerniß nähmen!“ Der Grund dieſes Befehles lag darin, daß ſich der Kaiſer zur Nachgiebigkeit gegen die Proteſtanten entſchloſſen hatte; Hannewaldt hatte dieſen Umſchwung in ſeiner Geſinnung zuwege gebracht.

So entſchieden auch der Kaiſer bisher die Forderungen der Stände abgeſchlagen hatte, ſo wird man doch nicht glauben, daß dieſe Feſtigkeit Folge eines unwandelbaren Entſchluſſes geweſen, der ſein Gemüth ganz und gar beherrſcht hätte. Im Gegentheil, ſeine Entſchiedenheit hing nur von ſeiner körperlichen Dispoſition ab. War es um ihn herum ruhig und ſchien die Sonne, dann wollte er nichts von Nachgiebigkeit hören, und wies entſchieden darauf bezügliche Anträge von ſich ab. So oft jedoch ein ſtärkerer Wind den Schall der Schüſſe an ſein Ohr brachte, welche beinahe den ganzen Tag über auf der Alt- und Neuſtadt zu hören waren, erblaßte er und war momentan zu jedem Zugeſtändniß geneigt. Vollends hin war aber ſeine Kraft, je mehr ſich die Mitternachtsſtunde nahte, da erhitzte ſich ſeine Phantaſie an all' den wahnſinnigen Schreckensbildern, die ihn ſein Leben verfolgten. Beklemmungen aller Art, die ihren letzten Grund in ſeiner zerrütteten Geſundheit hatten, erſchwerten ſein Athmen und ließen ihn die Gefahren, welche ihm von den Proteſtanten drohten, in fürchterlicher Weiſe vergrößert erblicken; dann wollte er nichts mehr von einem längern Widerſtande wiſſen, bis ihm wieder der Morgen mit der Freundlichkeit des Tages auch die Ruhe des Gemüthes, wenigſtens zum Theil, zurückgab. Wenige Menſchen wußten damals, welchen tiefen Jammer die Mauern des Prager Schloſſes verbargen; der Kaiſer ſelbſt, um den Leiden der Gegenwart und der Erinnerung an die Vergangenheit zu entfliehen, war ſelten einen Tag nüchtern und ſuchte ſein Leid an Trinken zu vergeſſen**).

---

*) Gemmeos 3485/55. Zuñiga an Philipp III dto. 16. Mai 1608.

**) Meine Angaben über den Gemüthszuſtand des Kaiſers in dieſer Zeit und die

Google

Es erſcheint als wahre Quälerei, wenn man von dieſem armen kranken Mann verlangte, er ſolle mit jugendlicher Elaſtizität ſeine letzten Hilfsmittel aufbieten, ein Heer anrüſten, auf ſeine Gegner losſtürzen und ſie vernichten, er, der ſich nicht getraute, die Mauern ſeiner Wohnung zu verlaſſen, den ſchon der Schatten einer Gefahr, das Rauſchen der Blätter in eine nervöſe Aufregung und Angſt verſetzte. Die böhmiſchen Kronbeamten riethen zur Nachgiebigkeit gegen die Proteſtanten, weil dieſe mächtig ſeien; Lobkowitz, Attems und Zuñiga zum gewaltſamen Widerſtand gegen dieſelben, um ſie eben nicht noch mächtiger werden zu laſſen; es fehlte an einem San Clemente, der die Perſon des Kaiſers ſelbſt ins Auge gefaßt hätte, um darnach ſeine Entſchlüſſe zu regeln. Auf dem an Geiſt und Körper kranken Kaiſer eine Politik begründen zu wollen, das durfte ſich allenfalls Anhalt erlauben; und ſcheint es, daß nur zwei Auswege für die Katholiken offen waren, entweder der der Nachgiebigkeit gegen die Proteſtanten, oder der auch nicht eine Stunde zu verſchiebenden Entfernung des Kaiſers. Zu allen Zeiten und in allen Staaten war es auch ohne poſitive Geſetze eine ausgemachte Sache, daß Geiſteskranke zur Führung der Regierung nicht tauglich ſeien; wir ſind überzeugt, daß San Clemente zur Ergreifung dieſes Auskweges jetzt vor allem gerathen hätte. — In einer gewiſſen Beziehung fand ſich San Clemente diesmal in Hannewaldt vor.

An dem Tage, an welchem Zuñiga den Grafen Sulz mitgetheilt hatte, daß er dem Kaiſer ſeine Geldſumme zur Diſpoſition ſtelle, wenn er ſich ihrer zu Rüſtungen bedienen wolle, gelangte, wie wir erzählt, dieſes Anerbieten durch Sulz ſelbſt zur Kenntniß Rudolfs und derſelbe ſchien zu deſſen Benützung geneigt. Während ſich nun der Hofkriegsrathspräſident eilig in die Stadt entfernte, um dem Geſandten dieſe erfreuliche Mittheilung zu machen, fand Hannewaldt Zutritt beim Kaiſer und es gelang ihm vollſtändig, ſeinen Entſchluß umzuändern und endlich dem Gedanken der Nachgiebigkeit gegen die Stände die Oberhand zu verſchaffen. Hannewaldt war ein Mann, der keineswegs die krummen Pfade der Politik und die Wege der Gewalt ſcheute, wie ſich das zwei Jahre ſpäter

---

hier angeführten Einzelnheiten ſtützen ſich auf die Relationen Biſchofs an Erzherzog Albrecht und auf Zuñiga's Berichte an Philipp III. Ich ſchöpfte demnach aus den wohlunterrichtetſten und direkteſten Quellen. — Brüſſler Archiv. Biſchof an E. Alb. Simancas 249 f35. Zuñiga an Philipp dto. 16. Mai 1608. — Biſchof ſchreibt unter anderm: Garbetus hat mir ſeltſame Sachen von Ihr Mt. geſagt, quae certo horrenda sunt und bittet auch ſicherer E. H. D. gehorſamſt mündlich als ſchriftlich referire, ſonſt thaten ſie (S. Mt.) faſt alle Tag ſtarke Trunk in trinken, meinen damit ihr Leydt zu vergeſſen.

Google

zigte, diesmal jedoch handelte er, wenn auch nicht wie ein ehrlicher, doch jedenfalls mit höherer Einsicht begabter Mann. Während die Männer der spanisch-römischen Partei, zu der auch Hannewaldt sonst gehörte, fortwährend den Kaiser zu einem Kriegsmann umgestalten wollten, gab sich Hannewaldt über das Unnütze, um nicht zu sagen, Kindische dieser Bestrebungen keinen Täuschungen hin und trat jetzt im Widerspruche mit allen seinen bisherigen politischen Freunden für eine unverweilte und vollständige Befriedigung der Protestanten ein. Was zwischen ihm und dem Kaiser am 10. Mai Abends, an dem des letztern Nachgiebigkeit zuerst zum Durchbruch kam, für Worte gewechselt wurden, ist uns nicht bekannt, nur so viel ist gewiß, daß eben Hannewaldt damals diesen Umschwung herbeigeführet habe. Nachdem er einmal mit solcher Entschiedenheit für die Befriedigung der Protestanten aufgetreten war, vertheidigte er mit gleichem Eifer in allen katholischen Kreisen die Ergreifung dieses Auswegs und ließ sich nicht durch den fast allgemeinen Widerspruch, den er erfahren mußte, einschüchtern. Auf die Vorstellungen und Einwände der mit den Katholiken verbündeten Gesandten erwiederte er, daß er bei seiner Meinung dennoch verharren müsse, weil man mit dem Kaiser keine Politik treiben könne. Den weitern Widerstand der Katholiken verwarf er als eine unkluge Maßregel, da sie bei dem Stande der Dinge, wie er nun einmal sei, nur zu ihrem Verderben ausschlagen könne.

Das energische Vertreten einer Ansicht, welche die Umstände selbst als eine vernünftige bezeichnen, kann auf die Dauer nie ohne Erfolg bleiben. Hannewaldt besiegte die gewöhnlichen Zögerungen des Kaisers gleich in der Abendunterredung am 10. Mai soweit, daß derselbe Tags darauf den Protestanten die Erlaubniß gewährte, ihm ihre Rechtfertigungsschrift zu überreichen und gleich darauf seine Absicht zu erkennen gab, in die Widerberufung des Landtags zu willigen. Am 14. Mai war es bereits stadtkundig, daß der Kaiser zu diesem Schritte sich entschlossen habe; nur knüpfte er daran noch eine Bedingung, deren Annahme die Protestanten verweigerten. Er wollte nämlich die Wiedereinberufung des Landtags um sechs Wochen, später wenigstens um vierzehn Tage verschoben wissen, während die Protestanten die unverweilte Einberufung verlangten und zugleich die Ausstellung einer Indemnitätsakte begehrten, welche sie für ihr jetziges Betragen in der Folge vor allen gerichtlichen Verfolgungen schützen sollte. Sowohl der Kaiser als wie alle jene, welche die Abweisung der Protestanten wünschten, klammerten sich an diese Differenz in Bezug auf die unverweilte oder um einige Wochen verzögerte Wiederberufung des Landtags; der erstere, weil er es nie ganz ernst mit einem Entschlusse meinte, die letzteren, weil sie Zeit gewinnen wollten und hofften, daß sich die Verhält-

Google Original HARVARD

alſo alsdann günſtiger für ſie geſtalten würden. Hannewaldt mußte demnach abermals ſeine ganze Beredtſamkeit aufbieten, um den Kaiſer zu überzeugen, daß er dem Entſchluſſe den Landtag wieder zu berufen auch die That folgen laſſen müſſe. Es gelang ihm im Laufe einer Woche noch zweimal zum Kaiſer zu kommen und nach ſeiner eigenen Verſicherung ſoll er demſelben geradezu ſeinen Sturz vorausgeſagt haben, wenn er den Rathſchlägen der mit dem Nuncius verbundenen Partei folgen würde. Ja er griff offen ſein Vertrauen auf die Hilfe an, welche Rom und Spanien ihm bieten würden, geſchickt auf die Vergangenheit hinweiſend, konnte er allerdings damit unangenehme Erinnerungen bei dem Kaiſer wecken. Als dieſer nun dadurch aufgeregt ihn frug: Meint ihr, daß der Papſt und die Katholiken es nicht gut mit mir meinen? erwiederte Hannewaldt: Es iſt gewiß *).

Dennoch gab der Kaiſer noch nicht dieſen Verſicherungen nach, ſondern berief abermals ſämmtliche Räthe vor ſich, beſprach ſich einzeln mit ihnen und befahl zuletzt einigen böhmiſchen Kronbeamten und Geheimräthen in gemeinſchaftlicher Sitzung zu berathen, ob der Landtag alſogleich berufen werden ſolle oder nicht. Die früheren Gegenſätze machten ſich bei dieſer Berathung mehr als ſonſt geltend; die Mehrzahl der Berufenen war für die Abweiſung der Proteſtanten, aber die Minderzahl ſiegte, als der Bericht über ihre Berathung an den Kaiſer gelangte **). Er beſchloß die unverweilte Einberufung des Landtags und die Gewährung der von den Proteſtanten verlangten Indemnitätserklärung. Um allfälligen Exceſſen der letzteren vorzubeugen, die Tag aus Tag ein nicht wußten, was der Kaiſer am Ende thun werde, ſchickten Attems und Hannewaldt unmittelbar darauf an den Grafen Schlick einen vertrauten Boten ab und theilten ihm mit, wozu ſich Rudolf bezüglich ihrer Forderungen entſchloſſen habe. In der That war dieſe unmittelbare Kundgebung zweckmäßig, denn wiewohl das kaiſerliche Patent, welches die Wiedereinberufung des Landtags und die Indemnitätserklärung der Stände, „welche es treu und redlich mit dem Kaiſer gemeint hätten," enthielt, ſchon am 20. Mai verfaßt war, ſo dauerte es doch vier Tage, bis es an den Ecken der Stadt angeſchlagen wurde. Vier Tage weigerte ſich nämlich Popel von Lobkowitz das Plakat, wie

*) Sächſiſches Staatsarchiv. Böhmiſche Stände sub utraque 7920/191. Bericht der ſächſiſchen Geſandten über die Ereigniſſe in Prag ddo. 10/20. Mai. — Ebendaſelbſt fol. 175 ddo. 13/23. Mai. 1608. — Münchner Reichsarchiv XV/2, 121. Bohemius an Rez von Bayern ddo. Prag 20. Mai.

**) Breßlauer Archiv. Bucher an Fleckhammer ddo. 23. Mai. Ebendaſelbſt, derſelbe an Erzherzog Albrecht ddo. 23. Mai.

Google

er es als Kanzler verpflichtet war, zu unterzeichnen, bis endlich des Kaisers ausdrücklicher Befehl seinen Zögerungen ein Ende machte*). Am 24. Mai berief der Kaiser die Stände Böhmens zur weitern Berathung über die Religionsangelegenheiten in den Landtag, der Tags darauf, d. i. den 25. wieder eröffnet werden sollte.

III

Bei dem Widerstreit der Meinungen und bei den Ereignissen, die in Böhmen der Ertheilung des Majestätsbriefes vorangingen, treten die handelnden Personen getheilt in zwei Gruppen auf, auf der einen Seite der Kaiser, die böhmischen Kronbeamten, der geheime Rath, der Nuncius Gaetano und Zuñiga, auf der andern Seite die böhmischen Protestanten. Auf der Seite des Kaisers war die Frage über Befriedigung und Abweisung der Protestanten der alleinige Gegenstand aller Verhandlungen, auf Seite der Protestanten die Art und Weise, wie den Kaiser zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Eine geheime Nebengeschichte gab es bisher nicht, denn Anhelt hatte noch nicht Gelegenheit gehabt, den streitenden Parteien seine guten Dienste anzubieten.

So klar sollten indessen die Verhältnisse auch in Böhmen nicht bleiben und gab es für jetzt daselbst noch keinen Anhalt, so waren doch andere Personen da, welche nicht ungeneigt waren eine Politik auf eigene Faust zu versuchen; es waren dies auf Seite des Kaisers Erzherzog Leopold, auf Seite der Böhmen Wenzel von Kinsky.

Es ist erwähnt worden, daß von den Katholiken, welche die Abweisung der Protestanten wünschten und dem Kaiser die Ergreifung der Waffen anriethen, Erzherzog Leopold zur Führung des Commando's ausersehen war; man erinnert sich auch, welche gute Meinung der Nuncius und Zuñiga von dem jungen Prinzen und seiner Thatkraft hatten. Beide meinten nicht anders, als daß derselbe seine ganze Kraft im Dienste seines Hauses verwenden und von keinen Rücksichten persönlicher Art sich leiten lassen werde, da das bischöfliche Amt ihm alle Aussicht auf eigene Erhebung abschnitt. Solche Ansichten über seine eigenen Fähigkeiten kamen natürlich dem Erzherzog auch zu Ohren, und blieben um so weniger ohne tiefen Einfluß auf ihn, als er keineswegs für immer an Stab und Insel gebunden zu sein glaubte. Er hatte nie besondere Neigung für das Brevier verrathen und wenn er nun hörte, wie schade es sei, daß er nicht zur Nachfolge berechtigt sei, mußte er sich unwillkürlich fragen, ob er denn

*) Meine Geschichte des böhmischen Majestätsbriefes S. 67.

Google

für immer an das bischöfliche Amt gekettet sei, da er ja noch nicht die Weihen empfangen hatte, und ob nicht seine Energie und sein Muth ihm dann verhelfen könnten, wenn Mathias und sein eigener Bruder Ferdinand nur Erbansprüche besaßen? Häufig genug hatte der Kaiser angedeutet, daß er ihn mit Uebergehung anderer Ansprüche zu seinem Erben machen wolle; sollte nun nicht der Moment gekommen sein, zu diesem Ziele, ob nun mit ausdrücklicher Zustimmung Rudolfs oder ohne dieselbe, zu gelangen? Alle diese Gedanken mußten in ihm rege werden, je gewisser es ist, daß am Hofe Rudolfs einige Personen für Leopolds Erhebung unter allen Umständen gewonnen waren und daß sie gerade die gegenwärtige Zeit für die günstigste dazu hielten. Auch sie wollten die Aufrüstung eines Heeres, die Uebertragung des Kommando's an Leopold, die Frucht seines Sieges über die Protestanten sollte dann die Krone von Böhmen sein, an die sich die deutsche wie von selbst anschließen würde. Nach den Berichten des belgischen Geschäftsträgers Bischer haben wir allen Grund anzunehmen, daß der Hofkriegsrathspräsident Graf Sulz, der Geheimrath Graf Althan und Oberst Ramée diesem Plane geneigt waren. Keine dieser Personen war bisher unter den Katholiken ihres Eifers wegen berühmt, es waren dies ehrgeizige und selbst habsüchtige Leute, die in der Umwälzung ihren Vortheil suchten; aber gerade solche Personen sind für die Durchführung selbstsüchtiger Unternehmungen die besten weil rücksichtslosesten Werkzeuge. Es ist weiter gewiß, daß dem Plane der Erhebung des Erzherzogs sein Beichtvater, ein Jesuit P. Heinrich mit Namen, und der Appellationsrath Tennagl nicht ferne gestanden seien. — Man vergesse nicht, daß in Folge der Liebner Verträge Mathias die alleinige Anwartschaft auf die Krone Böhmens hatte, und daß demnach jeder Versuch, dieselbe auf ein anderes Haupt zu bringen, einem Bruch der Verträge gleich kam, und einen Krieg mit Mathias zur Folge haben mußte.

Erzherzog Leopold selbst mag von einem doppelten Motiv bei seinen jetzigen Bestrebungen geleitet worden sein, von Ehrgeiz und von Liebe. Seine Base Magdalena von Baiern fühlte zu ihm eine innige Zuneigung und der Erzherzog selbst zeigte durch seine Bewerbung um sie, daß er dieselbe gleichfalls theile. Der alte Herzog Wilhelm*), der Vater Maximilians von Baiern, der zu dieser Zeit noch lebte, mußte um diese Neigung und förderte sie, indem er Leopolds Hoffnungen auf einen künftigen Ländererwerb nicht mißbilligte und seinen Wunsch, die

*) Herzog Wilhelm hatte bereits seit vielen Jahren auf die Regierung zu Gunsten seines Sohnes verzichtet.

Google

jungen Leute mit einander zu vereinen, nicht verhehlte. Nun hatte Rudolf den Hofrath Hegenmüller zu dem Erzherzog im Monat April abgeschickt, um ihn nach Prag zu berufen. Es war dies damals der Fall, als Lobkowitz und Attems den Kaiser zu Rüstungen zu bewegen suchten, und ihm deshalb die Berufung des Erzherzogs vorschlugen. Rudolf schickte Hegenmüller ab, um Leopold zu holen, trug ihm aber zugleich auch auf, den Herzog von Baiern nach Prag einzuladen, damit ihm beide mit Rath und Hilfe zur Seite stünden und wenn nöthig, auch sicher aus Böhmen geleiten möchten *). Leopold trat die Reise nach Prag über Baiern an und besuchte seinen Vetter, den Herzog Maximilian, um ihm den Auftrag des Kaisers mitzutheilen und zur Mitreise zu bewegen. Als das gemeinschaftliche Ziel, dessen Erreichung Maximilian daselbst fördern sollte, bezeichnete ihm der Erzherzog bei ihrer Zusammenkunft die Versöhnung zwischen Rudolf und Mathias. Er meinte, dieselbe könnte auf die Art zu Stande kommen, daß der letztere auf seine Anwartschaft auf Böhmen und auf den Besitz von Mähren (!) Verzicht leiste und der Kaiser so das freie Dispositionsrecht über die gesammte Krone Böhmen erlange. Der Letztere selbst würde sich mit diesem Ausweg zufrieden geben und mit seinem Bruder aufrichtig versöhnen, Mathias aber in diese Bedingungen willigen müssen, da er bei der sichtlichen Abneigung der Böhmen gegen ihn ohnedies keine Hoffnung habe, je zur Herrschaft über sie zu gelangen.

Bei diesen Auseinandersetzungen äußerte sich Leopold auch über seine Absicht Maximilians Schwester zu ehelichen, wenn er zu einem eigenen Besitzthum gelangen würde. Der Herzog sah nun wohl ein, wohin die Hoffnungen des jungen Vetters gerichtet seien, daß er nämlich Böhmen für sich zu erhaschen hoffe, und daß er hiezu seine Mitwirkung in Anspruch nehmen wolle. Obwohl nun Maximilian gern Magdalenens Verbindung mit Leopold gesehen hätte, so entging ihm doch nicht, auf wie luftiger Grundlage das ganze Gebäude seiner Hoffnungen beruhe, denn abgesehen davon, daß die verzweifelte Unbeständigkeit des Kaisers alle Kombinationen über den Haufen werfen konnte, war er auch überzeugt, daß Mathias in eine Verkürzung seiner Ansprüche um keinen Preis willigen werde und daß mit dieser ganzen Planmacherei die eigentlich brennende Frage, die Protestantenfrage in Böhmen nämlich, nicht gelöst sei. Maximilian vermuthete, einige böhmische Kavaliere dürften seines Vetters Kopf etwas verdreht haben, so daß dieser über seinem Ehr-

*) Münchner Staatsarchiv. 397, 20. Max von Baiern an Lerchfels dto. München den 2. Juni.

Google

gelz auf die Größe der Schwierigkeiten vergaß*). — Und wenn man schon auf Mathias keine Rücksicht nehmen wollte, mit welchem Recht konnte Leopold seinem Bruder Ferdinand der nähern Ansprüche auf die Herrschaft in Böhmen berauben. Auch dies war ein Umstand, den der Herzog nicht übersah und der ihn gleicherweise von einer Verbindung mit Leopold, so sehr er ihm persönlich alles Gedeihen wünschen mochte, zurückhalten mußte. Er lehnte deshalb die Reise nach Prag ab, theils weil er mit den Plänen des Erzherzogs nicht einverstanden war, theils weil er mit dem Kaiser, der nun seit länger als einem Jahre von der Berufung eines Konventes sprach und noch immer zu keinem ordentlichen Beschluß darüber kommen konnte, nichts zu schaffen haben mochte.

Die Zurückhaltung Maximilians von Baiern war jedoch noch nicht ausreichend, um Leopold auf seine kühnen Hoffnungen gleich verzichten zu lassen. Zu gleicher Zeit hatte er nach Spanien an seine Schwester, die Königin, geschrieben und sie ersucht, ihm bei ihrem Gemahl eine Geldhilfe zu erwirken, die er zur Aushebung eines Heeres und zur eventuellen Vertheidigung seines Bisthums verwenden wolle**). Da kein Mensch sich zum Angriffe gegen Passau rüstete, so hatte Leopold auch keine Vertheidigung nöthig; es war dies aber eben nur ein Vorwand, unter welchem er in Spanien zum Ziele zu gelangen hoffte, da ihm nicht unbekannt war, daß man von dort aus seinen wahren Plänen keinen Vorschub leisten würde. Zu gleicher Zeit suchten seine Anhänger in Prag, Salz, Althan und Ramée, den Kredit des spanischen Gesandten zur Anwerbung eines Heeres auszubeuten. Sie berechneten, daß eine Armee von 12.000 Mann hinreichen würde, um die Böhmen zur Nachgiebigkeit zu bringen und in

*) Münchner Staatsarchiv. 39/7. 79. Max von Baiern an den Kanzler von Donnersberg ddo. 17. Mai 1609. In diesem höchst wichtigen Aktenstück benachrichtigt der Herzog seinen Kanzler von den Verhandlungen mit Leopold und ersucht um seinen Rath.

**) Münchner Staatsarchiv. 39/7, 139. Memorial für den bairischen Kanzler Joachim von Donnersberg ddo. 6 Juni. Maximilian schickt den Kanzler nach Prag, um sich wegen seines Nichterscheinens beim Kaiser zu entschuldigen. In diesem Memorial sagt Max, er wolle mit dem Kaiser nichts zu thun haben, da er zu „skribulös und auf seine Entschlüsse nicht zu bauen sei". Auch wolle er sich nicht gefallen lassen in Prag gehetzt zu leben, denn es sei ihm nicht unbekannt, wie sehr der Kaiser zwischen seinen Räthen und fremden Fürsten und Gesandten jeden Zusammenhang unterbreche. — Münchner Staatsarchiv. 2/3, 9 und 97. Klüen an Max von Baiern ddo. Straubing 2. Juni. Aus diesem höchst merkwürdigen Schreiben ist ersichtlich, daß Mathias entschieden gegen jede Einmischung Baierns in die Angelegenheiten des Kaisers gestimmt war.

Google

Lande ein absolutes Regiment aufzurichten, und daß die ersten Kosten hiefür kaum 50—60.000 Kronen betragen dürfen. Da es ihnen nun vollends an Geld fehlte, so versuchten sie den belgischen Geschäftsträger für ihren Plan zu gewinnen und zu vermögen, daß er ihnen von Zuñiga die nöthigen 50.000 Kronen verschaffe. Bei dieser Gelegenheit mußte Ramée, der die Unterhandlung führte, auf ihre Verbindung mit Leopold hinweisen, und obwohl er erklärte, man wolle sich mit Billigung des letztern bloß des Landes bemächtigen, bis ein Konvent der Erzherzoge die Nachfolge in Böhmen geregelt haben würde, so begriff Visscher nur zu gut, daß es sich hier um nichts anderes als um einen Handstreich handle, der Leopold auf den Thron von Böhmen bringen sollte und mit Rudolfs mehr oder minder gewaltsamer Entfernung geendigt hätte. Er verweigerte deshalb seine Mithilfe*); von nun an aber waren sowohl er als Zuñiga und bald auch der Nuncius unablässig aufmerksam auf des jungen Erzherzogs Handlungsweise, und während sie früher von seiner jugendlichen Thatkraft große Dienste für sein Haus erwarteten, fürchteten sie jetzt das schlimmste von seinem phantastischen Ehrgeiz und von den verderblichen Rathschlägen seiner Umgebung. Die folgenden Ereignisse bewiesen, daß ihre Befürchtungen nur zu sehr begründet waren. Nachdem jedoch Leopolds Bemühungen in Baiern und Spanien, so wie die seiner Anhänger in Prag bei Zuñiga erfolglos geblieben waren, verlief der ganze Versuch, die gesetzlich bestimmte Nachfolge in Böhmen umzugestalten, diesmal ohne Resultat und ohne in der Geschichte eine Spur hinterlassen zu haben. — Am 30. Mai kam Leopold in Prag an, um dem Kaiser, wie dieser gewünscht hatte, zur Seite zu stehen. Wie geheim er auch seine Pläne gehalten hatte, so war dennoch in die Oeffentlichkeit das Gerücht gedrungen, daß er auf die böhmischen Angelegenheiten einen entscheidenden Einfluß zu gewinnen trachte, und als er demnach bei seiner Ankunft in Prag in der Burg abstieg, wurde er von den die Säle und Höfe daselbst ausfüllenden Protestanten mit Worten und Geberden insultirt**).

In bescheidenerem Maße, wenn gleich auf nicht minder krummen Wegen

*) Brüssler Archiv Visscher an Erzherzog Albrecht ddo. Prag den 30. Mai.

**) Münchner Reichsarchiv, XV/2, 121. Bedenius an Max von Baiern ddo. Prag den 30 Mai 1608. . . . wie er (Leopold) über den großen Saal hinauf in seine Zimmer gegangen, haben die Behaimben, die etliche tausende starck vorhanden beysamb gestanden, den hut abthun wollen, haben ihn gescholten und gefluchet, und sich hören lassen, der heilose Pfaff wirt abermal was Neues bringen und unser intent zurückhintertreiben. — Münchner Staatsarchiv 2513, 21. Hennet an Max von Baiern ddo. Prag den 30. Mai 1608.

Google

ſuchte Wenzel von Kinsky auf die Ereigniſſe einen Einfluß zu gewinnen, doch that er dabei ſo vorſichtig und verdeckt auf, daß ſeine Endabſichten ſich nur zum Theil errathen laſſen.

Als es ſich um die Wiederberufung des Landtags handelte und der Kaiſer ſich verpflichten ſollte, die Böhmen über die Durchführung der religiöſen Gleichberechtigung abermals berathen zu laſſen, erhielt Attems im geheimen einen Zettel von Seite einiger Häupter der ſtändiſchen Bewegung, worin ſie erſuchten, der Kaiſer möge ja nicht nachgeben. Sie verpflichteten ſich, die Stände zur Ruhe zu bringen, wenn Rudolf einfach ein Verſprechen der Duldung geben wolle*); dann würden ſie es dahin zu richten wiſſen, daß der wieder berufene Landtag mit der Berathung der Steuerſachen den Anfang machen würde. Unter jenen „etlichen Verwahrten unter den Proteſtanten", welche Attems den erwähnten „Zettel" zukommen ließen, befand ſich auch Wenzel Kinsky und zwar war er nach ſeiner eigenen Angabe der Verfaſſer desſelben. Es kann keineswegs zu Gunſten dieſes Mannes einnehmen, daß er, der im geheimen ſich für einen Katholiken ausgab**), bei den Verſammlungen am Neuſtädter Rathhaus zu den animirteſten Rednern gehörte, welche zur Feſtſetzung der an den Kaiſer zu ſtellenden Forderungen riethen und nun wieder hinterrücks den Präſidenten des Geheimrathes Herrn von Attems aufforderte, gegen die Gewährung eben dieſer Forderungen zu wirken, welche er dem Anſcheine nach vor der ganzen Welt vertheidigte. War ſchon dieſes ein falſches Spiel und eine verwerfliche Doppelzüngigkeit, ſo machte er ſich andererſeits auch einer Falſchheit an dem Kaiſer ſchuldig, denn nie und nimmer hätte Kinsky's Einfluß ausgereicht, um die Proteſtanten mit einem ſo mageren Zugeſtändniß zu befriedigen, wie er heimlich vom Kaiſer verlangte. Im Gegentheil, wenn er nur entfernt mit dieſer Anſicht vor die Oeffentlichkeit getreten wäre, ſo würde das allgemeine Mißtrauen ſeinem Einfluße gleich ein Ende gemacht haben. Denn ſo viel iſt gewiß,

---

*) Wiener Archiv. Bilcher an Erzherzog Albrecht ddo. Prag den 30. Mai 1608. In dieſem höchſt wichtigen Aktenſtück erörtert Bilcher, was er über Kinsky's Pläne in Zwiegeſprächen mit ihm ſelbſt erfahren habe. Er erzählt, jene im Text angedeuteten Häupter der ſtändiſchen Bewegung hätten verlangt, der Kaiſer ſolle doch die Religion sub utraque promiscue concediren und keineswegs die Augsburger Konfeſſion. Hat dieſe Stelle überhaupt einen Sinn, ſo kann ſie nur den haben, man erlangte vom Kaiſer, er ſolle den Statusquo beſtehen laſſen, ohne durch ein Privilegium grundſätzlich die Geltung einer proteſtantiſchen Konfeſſion anzuerkennen. In dieſer Weiſe haben wir uns auch im Text ausgeſprochen.

**) Gegen Peter von Bilcher behauptete er, er ſei ſeit Jahren Katholik und zwar ein ſo guter wie der Papſt, obwohl er ſich nicht öffentlich dazu bekenne.

Google

die Proteſtanten hatten ſich während des vier Monate dauernden Kampfes bereits ſo erhitzt, daß ihnen nichts mehr zuwider war, als die weitere Geltung eines ernennten Provisoriums.

Kinsky hatte unzweifelhaft von der Uebergabe ſeines Zettels ein eifriges Entgegenkommen von Seite eines Theils der kaiſerlichen Regierung erwartet, um ſo unangenehmer war er überraſcht, als dies nicht der Fall war. Hannewaldts Einfluß auf den Kaiſer hatte wenigſtens für einige Tage alle Nebenverhandlungen abgeſchnitten, denn ganz richtig ſah dieſer Staatsmann ein, daß ſein Herr beſſer fortkommen werde, wenn er ſeinen Frieden mit der Geſammtheit der Stände als mit einem Intriguanten abſchloß. Kinsky gab ſich damit nicht zur Ruhe, ſondern ſuchte auf eine andere Weiſe zur Geltung zu kommen. Da ihm bekannt war, in welch' nahen Beziehungen Viſcher, Zuñiga und der Nuncius zu der kaiſerlichen Regierung ſtanden, benützte er ſeine perſönliche Bekanntſchaft mit dem erſten und lud ihn zu einer vertrauten Beſprechung in ſeine Wohnung ein. Gegen dieſen tadelte er abermals die Voreiligkeit, mit welcher der Kaiſer zu einer nach den Wünſchen der Proteſtanten zu regelnden Löſung der Religionsfrage die Hand geboten habe, betonte ſeine katholiſche Geſinnung, trotzdem er ſie nicht öffentlich kundgebe, und ergoß ſich dann in heftigen Vorwürfen gegen die oberſten Beamten, von denen er gleichwohl nichts anderes zu ſagen wußte, als daß ſie den Proteſtanten verhaft ſeien. Bezüglich des Kanzlers, Slawata's und Martinitz's war dies nicht unrichtig, bezüglich des Oberſtburggrafen Adam von Sternberg und der ihm gleichgeſinnten Kollegen war dies aber entſchieden nicht wahr; im Gegentheil benahmen ſich die Proteſtanten gegen ſie um ſo rückſichtsvoller, je mehr ihnen die neutrale Haltung bekannt war, welche ſie in der Religionsfrage einnahmen. Er entwickelte dann vor dem erſtaunten Viſcher einen detaillirten Plan, wie die Regierung von Böhmen reformirt werden müſſe und fügte hinzu, daß deſſen Durchführung ſeine angelegentlichſte Sorge ſein werde.

Die Details dieſes Planes ſind im hohen Grade intereſſant. Kinsky ſuchte mit ſeiner Reform den Schwerpunkt der ganzen Macht in die ſtändiſche Verſammlung zu verſetzen und den König ſelbſt zu einem bloßen Figuranten herabzudrücken. Der Landtag von Böhmen ſollte allein die Gewalt haben, Geſetze zu erlaſſen und zu interpretiren, er allein ſollte einen Krieg erklären dürfen und die hiezu nöthigen Geldmittel nicht nur ſelbſt feſtſetzen, ſondern auch allein durch einen hiezu deputirten Ausſchuß verwalten; dem Landtag ſollte weiter allein die Kriminalgerichtsbarkeit über die in demſelben vertretenen Stände gehören; er ſollte ſich aus eigener Macht verſammeln dürfen, wenn die Nothwendigkeit es erheiſchte und der

Google

König dazu nicht die Hand bieten wollte. Die wichtigste Bestimmung aber, wodurch die Regierung ganz und gar in die Hände der Stände gespielt werden sollte, war die, daß die obersten Beamten nicht mehr auf Lebenszeit vom König ernannt, sondern allein vom Landtag auf je drei Jahre gewählt werden sollten. Um das aristokratisch-oligarchische Element dieser neuen Verfassung dauernd aufrecht zu erhalten, sollte Niemand das passive Wahlrecht besitzen, der nicht bereits seit drei Generationen dem erbgesessenen Adel angehörte. Die Finanzen selbst sollten dem König vollends entwunden und ihm nur eine mäßige Civilliste ausgeworfen werden. Alle drei Jahre sollte sich ein Generallandtag der gesammten Länder der böhmischen Krone versammeln und die gemeinschaftlichen Angelegenheiten berathschlagen.

Die wesentlichsten Bestimmungen dieses Reformplanes zeigen, daß seine Durchführung Böhmen in eine oligarchische Adelsrepublik umgestaltet hätte. Rinsky rühmte sich gegen Bischer, daß er die einzelnen Artikel desselben selbst entworfen habe und daß er dessen Durchsetzung bei den weitern Verhandlungen des Landtags befürworten werde. Als Bischer darauf die Bemerkung machte, daß Böhmen durch diese Reform gleich Polen in eine Adelsrepublik verwandelt werden würde, entgegnete Rinsky, die Böhmen und Polen seien Brüder. Bischer bemerkte weiter, er könne nicht begreifen, wie sich Rinsky für einen guten Katholiken ausgeben könne, da er doch die obersten Aemter allein den Protestanten in die Hände spielen wolle, indem er ihre Besetzung dem Landtage übertrage, auch bezweifelte er seine angebliche Loyalität, da er Bestrebungen nicht blos unterstütze, sondern geradezu wachrufe, durch welche die Dynastie in kurzer Zeit Gefahr laufe, um ihr Erbrecht zu kommen. Damit endeten für diesmal die Verhandlungen zwischen Rinsky und Bischer und unmittelbar dadurch mit der kaiserlichen Regierung. So weit wir aus den von Protestanten über die Ereignisse, welche zur Ertheilung des Majestätsbriefes führten, verfaßten Tagebüchern urtheilen können, besaß Wenzel von Rinsky auf den Gang der Dinge keinen andern Einfluß, als den, welchen bei staatlichen Krisen die vorgeschrittenen Mitglieder einer Partei haben. Hier auch in dieser Beziehung stand er bedeutend einem Budowec, Andreas von Schlick oder Thurn nach. Er prahlte also mit einem größern Einfluß, als er besaß, und auch diesen hätte er augenblicklich verloren, wenn er dem Landtage gegenüber dieselbe Sprache geführt hätte, wie in seiner Unterredung mit Bischer. Was seinen politischen Reformplan betrifft, so ist es allerdings nicht zweifelhaft, daß er ein solches Schriftstück verfaßt hatte, da er es dem belgischen Gesandten vorwies, allein wir haben in den Berichten der Häupter der böhmischen Bewegung auch nicht die leiseste Andeutung ge-

Google

ſuchen, daß es unter ihnen zu irgend welchen Beſprechungen über eine politiſche Reform, wie ſie Kinsky meinte, gekommen ſei. Was ſpäter über ein Bündniß Böhmens mit Schleſien und der Lauſitz im Landtag verhandelt wurde, hatte mit der Kinsky'ſchen Reform nichts zu thun*).

Was alſo wollte eigentlich Kinsky? Ueberblicken wir nochmals ſein Betragen. Er forderte Herrn von Attems auf, der Kaiſer ſolle nichts mehr, als eine weitere Duldung der Proteſtanten verſprechen und verpflichtete ſich, die Stände damit zufrieden zu ſtellen und zu den Berathungen über die Steuerſachen zu vermögen. Obwohl er bei den heftigſten Schriftſtücken den Proteſtanten mitgeholfen, behauptete er doch — allerdings im geheimen — er ſei eben ſo gut katholiſch wie der Papſt, offenbar um Zutrauen bei der ſpaniſch-römiſchen Partei zu erlangen. Als er dennoch mit ſeinem Antrage bei Hofe kein Gehör fand, rückte er mit einem Reformplan hervor, der zehnmal gefährlicher für den Kaiſer war, als die privilegirte Stellung der Proteſtanten. Uns dünkt, daß der Weg, Reformpläne durchzuſetzen, nur der der Oeffentlichkeit ſei; warum hat Kinsky in den ſtändiſchen Verſammlungen nicht die allgemeine Aufmerkſamkeit auf den ſeinigen gelenkt? Noch nie hat ein Agitator, der es ernſtlich meinte, die Regierung, welche er zu ſtürzen gedachte, zum früheſten und einzigen Mitwiſſer ſeiner Pläne gemacht. Der wahre Grund ſeines Betragens war wohl der, er wollte in den Beſitz eines der erſten Kronämter gelangen und den Hof zu gleicher Zeit ſchrecken und bieten, um ſo zum Ziele zu gelangen; deshalb betonte er auch unabläſſig gegen Biſcher die Nothwendigkeit der Abſetzung der oberſten Beamten und ihre Erſetzung durch andere Perſonen. Bei ſeinem ganzen Intriguenſpiel war er zugleich von perſönlichem Haß gegen den Oberſtburggrafen erfüllt und da er ihn nicht mit Hülfe der Proteſtanten beikommen konnte, wollte er ihn mit Hilfe des Hofes ſtürzen**). — Doch auch die Drohung mit dem Reformplan verfing weder beim Kaiſer noch bei ſeiner Umgebung und Kinsky mußte ſich mit ſeiner privaten Stellung begnügen. Statt nun vor die Oeffentlichkeit mit ſeinen Vorſchlägen zu treten, zog er ſich für einige Tage ins Dunkel zurück und begnügte ſich die Proteſtanten zur möglichſten Ausdehnung ihrer Forderungen anzuſpornen.

So faul war alles an der Regierung Rudolfs, daß auch ohne die Einmiſchung Anhalts der Verſuch gemacht wurde, und zwar von zwei Seiten her, den zerrütteten Zuſtand Böhmens nicht durch eine durch-

*) Archiv. Secret. d' Etat. Allem. Bischer an Erzherzog Albrecht ddo. Prag den 30. Mai.

**) Näheres darüber wird in dem zweiten Band vorkommen.

Google

greifende und tüchtige Politik zu verbessern, sondern zu persönlichen Zwecken auszubeuten und wo möglich einer noch schlimmern Zukunft entgegenzuführen. Erzherzog Leopold und Klesky hatten diesmal die Rolle Anhalts übernommen.

IV

Am 25. Mai versammelten sich die Stände am Schloß; der Landtag wurde wieder eröffnet und Katholiken und Protestanten nahmen an demselben Antheil. Das Verhältniß ihrer gegenseitigen Stärke bei dieser Gelegenheit war wie eins zu zehn; auf eine so unbedeutende Anzahl waren bereits die Katholiken in Böhmen zusammengeschrumpft.

Da der Kaiser den Ständen selbst keinen Vorschlag zum Ausgleich der Religionsstreitigkeiten vorlegte, so war das erste, womit die Protestanten ihre Thätigkeit im Landtage begannen, die Ausarbeitung eines Memorials für den Kaiser, in welchem sie, alle ihre frühern Eingaben
29 Mai zusammenfassend, neben der Freigebung der Konfession von 1575 zugleich die Selbstverwaltung ihrer geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten verlangten. Man erwartete in Prag ziemlich allgemein, daß der Kaiser mit Umgehung der Konfession von 1575 zur Bewilligung des Augsburger Bekenntnisses sich entschließen und so die Bitten der Protestanten beantworten werde. In diesem Sinne wirkten neben Hannewaldt auch die in Prag anwesenden sächsischen Gesandten, die nachgerade ebenfalls Zutritt beim Kaiser gefunden hatten. Zudem hatte gerade in diesen Tagen Attems, einer der beharrlichsten Gegner der Protestanten seine Entlassung aus dem Dienste des Kaisers genommen und in seine Aemter war der Landgraf von Leuchtenberg, von dem man sich nicht mit Unrecht eine entgegengesetzte Haltung versprach, getreten*). In der Stadt sucht man nach Exemplaren der Augsburger Konfession und der Konkordienformel und das Studium beider bildete während einiger Tage die Hauptbeschäftigung aller zum Hofe gehöriger Personen**).

Aber sowohl Erzherzog Leopold als der Kaiser boten jetzt ihren ganzen Einfluß auf, um den Kaiser wieder in die alten Bahnen zu bringen

---

*) Attems war um diese Zeit Oberstkämmerer und Präsident des Geheimrathes; Leuchtenberg hatte schon seit einigen Monaten in Prag eine hervorragende Stellung eingenommen.

**) Sächsisches Staatsarchiv. Böhmische Akten aus diesem Jahr, 207. Die sächsischen Gesandten an den Kurfürsten von Sachsen dto. Prag den 1. Juni. N. St. — Ebendaselbst Fol. 208. Dieselben an denselben dto. 15/25. Mai. — Ebendaselbst Fol. 148. Dieselben an denselben dto. 7/17. Mai.

Google

und von einem Entschlusse zurückzuhalten, der doch nach der Wiederberufung des Landtags unvermeidlich war. Leopold drohte, daß er Hannewaldt wegen geheimen Zusammenhangs mit dem Grafen Schlick verklagen wolle, der Kanzler selbst warf sich dem Kaiser zu Füßen und bat ihn, er möchte doch bei seinen Entschlüssen nicht gerade nur auf den Papst, Spanien und die katholische Kirche vergessen*). Der Rusdius reichte zu gleicher Zeit einen Protest gegen die Wiederberufung des Landtags ein und Wenzel von Kinsky tobte gegen Visscher und gegen Zuñiga, zu dem er sich endlich auch Zutritt verschafft hatte, jede weitere Nachgiebigkeit des Kaisers. Er verbürgte sich abermals für den Fall, daß der Kaiser bezüglich der Kronbeamten eine Aenderung treffen und den Wünschen (?) der Stände nachgeben würde, daß die Protestanten mit der bloßen Duldung wie bisher sich begnügen würden**). So von vielen Seiten gedrängt und bei seiner Unschlüssigkeit ohnedies zum steten Wechsel seiner Ansichten geneigt, raffte sich der Kaiser neuerdings zum Widerstande gegen die Protestanten auf und wies ihre Begehren in der Art ab, daß er ihnen bloß die Duldung verhieß, wie sie unter seinem Großvater Ferdinand I Geltung gehabt. Er wollte also nicht einmal den Zustand faktischer Freiheit, wie er unter Maximilian II bestanden, anerkennen, sondern nur den unter Ferdinand I giltigen, der zwischen zeitweiser Freiheit und zeitweiser Unterdrückung hin und herschwankte.

Als der Entschluß des Kaisers den Ständen mitgetheilt wurde, ge- 5. Juni
wann nicht bloß die Partei der extremen Forderungen weiteren Boden, sondern Thurn, der jetzt auf eine Bewaffnung der Stände drang, verschaffte seinen Ansichten allgemeine Beachtung. Die Landtagssitzungen wurden nicht mehr, wie es gesetzlicher Brauch war, von den Mitgliedern in gewöhnlicher Kleidung, sondern in voller Kriegsrüstung besucht, allgemeine Bewaffnung und Rache an den Urhebern der kaiserlichen Resolution wurde das gemeinsame Losungswort. Budowec frug im Landtage die Kronbeamten, wer von ihnen dem Kaiser bei seiner letzten Entscheidung gerathen habe, und als die ausweichenden Antworten des Kanzlers und das Schweigen der Uebrigen ihn nicht im Zweifel darüber ließen, bedrohte er denselben im Namen der Stände mit ihrer künftigen Rache. Sowohl die katholischen Kronbeamten wie die übrigen Katholiken im Landtag wurden nunmehr von den Protestanten kategorisch aufgefordert, zu erklären, welche Haltung sie hinterhin gegen sie einzunehmen gedächten. Theils aus freiem Entschlusse

*) Sächsisches Staatsarchiv. Böhm. Stände sub dato 7220, 212. Dr. Ortenberger an Kaiser von Schönberg ddo. Prag den 4. Juni 1609. K. St.

**) Brüsseler Archiv. Visscher an Erzherzog Albrecht ddo. Prag den 6. Juni 1609.

Google

theils eingeschüchtert durch dieses Benehmen gab der Oberstburggraf im
1. Juni Namen seiner Glaubensgenossen das Versprechen ab, daß sie die Rechtsbeständigkeit der Konfession von 1575 anerkennen und fortan gegen Jedermann mit Ausnahme des Kaisers vertheidigen wollten.

Mittlerweile war auch ein Ausschuß des Landtags mit drei Aktenstücken fertig geworden, welche durch ihre weittragende Bedeutung gewissermaßen das Gegengewicht der letzten kaiserlichen Antwort bildeten. Das erste Aktenstück enthielt eine Anrede an den Kaiser und erklärte, daß die Stände sich nicht in eine weitere Vertheidigung der Religionsfreiheit einlassen wollten, da ihre sämmtlichen Argumente bereits erschöpft seien, sie würden aber Jedermann mit Gewalt zurückweisen, der über sie einen Druck ausüben suchen würde; das zweite Aktenstück, für die Oeffentlichkeit bestimmt, enthielt einen Protest gegen das Verfahren des Kaisers, erwähnte in einer den Protestanten günstigen Weise der Ereignisse der letzten Jahre und schloß mit der Ankündigung einer allgemeinen Bewaffnung, deren Kosten durch eine im Lande auszuschreibende Steuer zu decken seien. Das dritte Aktenstück enthielt den Entwurf eines Privilegiums, wie sich dasselbe die Protestanten für die Sicherstellung ihrer religiösen Freiheit und Autonomie wünschten. Dieses dritte Aktenstück ist mit Ausnahme eines einzigen Wortes der nachmals so berühmte Majestätsbrief. Im weitern Verlaufe der Verhandlungen verstand sich nämlich Rudolf zur Annahme desselben, ersetzte jedoch das Wort „evangelisch", mit welchem die Stände ihren Glauben bezeichneten, durch das Wort „utraquistisch." — Sämmtliche Aktenstücke wurden in der vom Komité beliebten Fassung im Landtag angenommen und darauf eine Deputation erwählt, welche dem Kaiser den Entwurf des
13. Juni Majestätsbriefes überreichte. Als bei der Gelegenheit Graf Schlick die instruktionsmäßige Anrede an den Kaiser hielt, war dieser entweder über ihre Länge oder ihren Inhalt so mit Unwillen erfüllt, daß er mitten in der Rede den Empfangssaal verließ und dadurch die Deputation zur einfachen Zurücklassung ihrer Schriften nöthigte.

Eine Woche nahmen wieder die Berathungen im kaiserlichen Kabinet in Anspruch, bevor der Kaiser sich abermals zu einer Antwort entschloß. Die Resolution vom 5. Juni bezeichnete gewissermaßen den Höhepunkt des erneuerten Einflusses des Kanzlers und seiner Freunde. Die seitherigen Schritte der Protestanten erschütterten allmälig wieder den Entschluß des Kaisers und als er ihnen am 20. Juni einen Bescheid auf ihre Eingaben ertheilte, war er schon insofern wieder nachgiebiger, als er den unter Maximilian II und seit dem J. 1608 gültigen Zustand allgemeiner Duldung bestehen lassen, das Konsistorium und die Universität aber nach wie vor seiner allernigen Leitung vorbehalten wissen wollte. Im Falle der

Google

Protestanten mit dieser Entscheidung nicht zufrieden sein sollten, erbot er sich, den ganzen Streit der Entscheidung sämmtlicher Kurfürsten vorzulegen. Als diese Antwort den Ständen bekannt wurde, wurden die Berathungen über die allgemeine Bewaffnung wieder aufgenommen und namentlich durch die Zustimmung der minder Begüterten, welche den geringen auf sie entfallenden Beitrag nicht scheuten, endgiltig beschlossen. In ganz 24 Juni
Böhmen sollte jeder fünfte Mann ausgehoben und eine Steuer von allen liegenden Gründen und Kapitalien binnen sechs Wochen in zwei Terminen erlegt werden. Da der Landtag selbst zur Leitung der Geschäfte zu zahlreich war, so wurde für diese die Wahl einer provisorischen Regierung, bestehend aus 30 Direktoren, und für das Kommando über das zu werbende Heer die Wahl dreier Generäle beschlossen. Zu gleicher Zeit wurde mit den Schlesiern, welche die Streitigkeiten in Böhmen gleichermeise zur Erlangung der Religionsfreiheit benützen wollten und deshalb eine Deputation an die Stände nach Prag geschickt hatten, ein Vertrag zur gegenseitigen Hülfeleistung abgeschlossen; die Mährer aber, welche alter Verträge gemäß zur Stellung einer Kriegshilfe verpflichtet waren, wenn die Böhmen solcher bedurften, an ihre Verpflichtung durch eine Gesandtschaft, welche man unmittelbar nach diesem Beschlusse an sie abschickte, erinnert.

Diese ernstliche Inangriffnahme der Bewaffnung und einer durch die Verbindung mit Mähren und Schlesien möglichen Wiederauflage der Ereignisse von 1608 hatte eine zweite Nachgiebigkeit des Kaisers zur Folge, dessen Entschlüsse ähnlich einem vom Berge herabrollenden Felsen rapid einer totalen Veränderung des Standpunktes zueilten, bis der Lauf plötzlich durch ein mächtiges Hinderniß wieder gehemmt wurde. Dr. Gerstenberger, der, wie es scheint, von den drei ursprünglich in Prag angekommenen sächsischen Gesandten nur noch allein zurückgeblieben war, wurde von Seite des Hofes um seine Vermittlung angesucht*), und er unterzog sich dieser Aufgabe mit allem Eifer und aller Aufrichtigkeit, denn er war, wie er erklärte, von seinem Herrn nach Böhmen geschickt, um einen Religionsfrieden und nicht einen Religionskrieg herbeizuführen. Die Bedingungen, welche er als Grundlagen eines Ausgleichs aufstellte, waren derart, daß der Kaiser wohl mit ihnen hätte zufrieden sein können, wenn sich die Stände damit begnügen wollten. Gerstenberger verlangte nämlich, daß das Bekenntniß der Konfession von 1575 Jedermann in Böhmen freigestellt, der Uebertritt von den Katholiken zu den Protestanten und

*) Sächsisches Staatsarchiv. Böhmische Stände sub utroque 7229, 278. Gerstenberger an den Kurfürsten von Sachsen ddo. Prag 14/24. Juni 1609.

Google

umgekehrt allgemein gestattet, die Errichtung von Schulen und Kirchen den Ständen durchwegs erlaubt sein sollte. Die kirchliche Oberaufsicht und die Leitung der Universität sollten dagegen als Regale auch ferner dem Kaiser verbleiben. Das Ansehen des Kurfürsten von Sachsen und folglich auch seines Gesandten verschafften diesem Entwurfe viele Anhänger und wäre der Kaiser sich reich für denselben erklärt haben, so war es möglich, daß unter den Protestanten sich die Majorität mit ihm begnügte. Denn als derselbe diesen vorgelegt und berathen wurde, fand er viele Vertheidiger und es bedurfte der ganzen Beredsamkeit eines der Advocaten der Ordensunität, Krähwein's oder Lin hart's, um die Majorität für die Verwerfung des Ausgleiches zu gewinnen. Nach der Beschaffenheit der Verhältnisse im 17. Jahrhundert kann man denjenigen, welche den Ausgleich verwarfen, von ihrem Standpunkt nicht Unrecht geben. Heutzutage und wohl Niemand dem Staate das Aufsichtsrecht über Universitäten und Kirchengemeinschaften abstreiten, damals es dem Kaiser zu übergeben, hieß so viel, als ihm gestatten, daß er die protestantischen Lehrkanzeln und das protestantische Konsistorium bei Gelegenheit mit Katholiken anfüllen dürfe*).

Doch nicht allein an den Ständen liegt die Schuld, daß diesmal noch kein Ausgleich gelang, denn auch der Kaiser wollte den Oberstkanzlerischen Vermittlungsvorschlag nur unter der Bedingung annehmen, wenn die Protestanten neben der Konfession von 1575 die alte utraquistische Liturgie beibehalten würden! Als der Oberstburggraf diese Entscheidung ihnen überbrachte, erklärten dieselben den Landtag für abgebrochen, faßten
2. Juni zur allgemeinen Darnachachtung den Defenestrationsbeschluß vor und entfernten sich unter Toben und Lärmen vom Schlosse; viele ahmten dabei das Geschrei von Wölfen, Hunden und Katzen nach, ein Theil stürmte selbst bis in die kaiserlichen Vorzimmer und brachte Rudolf einen lähmenden Schrecken bei**).

Nach der von den Protestanten selbst beschlossenen Auflösung des Landtags entfernte sich gleichzeitig die Mehrzahl von ihnen aufs Land, um daselbst alles, was zur Bewaffnung nöthig war, ins Werk zu setzen. Die Besorgung ihrer Angelegenheiten übergaben sie den inzwischen gewählten dreißig Direktoren, von denen zehn dem Herren- zehn dem Ritterstande und zehn den Städten angehörten. Mit der Aufsicht über die Bewaffnung wurde Graf Thurn als Generallieutenant, Colonna von Fels als Feldmarschall und Johann von Wahna d. j. als Generalquartiermeister betraut. Zum Sitz der Direktorial-Regierung wurde das Altstädter Rathhaus ausersehen und daselbst gleich den Tag nach der Auflösung des Land-

*) Meine Geschichte des Majestätbriefes. S. 30.

**) Münchner Staatsarchiv 547/8, 194. Zeitungen aus Prag dto. 27. Juni 1608

Google

tags die Sitzungen eröffnet und über die Zahl des neben dem allgemeinen Aufgebot auch noch durch Werbung zusammenzustellenden Kriegsvolks berathen. Man beschränkte sich hiebei vorläufig auf 3000 Mann zu Fuß und 1500 zu Roß und bestritt die dazu nöthigen Auslagen aus einem Anlehen von 30000 Schock, welches man in aller Eile abgeschlossen hatte. Der gemeine Mann in Prag war zum Aufstande aufgelegt und es bedurfte demnach von Seite der Direktoren eher einer Dämpfung der Leidenschaften als einer weiteren Anfachung derselben *).

Durch die Abbrechung des Landtags, durch die Bestellung einer provisorischen Regierung und durch die ernstlich in Angriff genommene Ausrüstung eines Heeres brachten die Protestanten das Absurde jener Politik, welche dem Kaiser noch immer zum Widerstande riet, selbst dem blödesten Auge zur Anschauung. In einer Sitzung der kaiserlichen Räthe, welche sich jetzt im Auftrage Rudolfs versammelten, um zu berathen, was nach dem entschiedenen Auftreten der Protestanten zu thun sei, trat Hannewaldt, der seit seinem ersten Siege auf einige Wochen in den Hintergrund getreten war, wieder hervor, aber anstatt einen direkten Rath zu geben, begnügte er sich zu zeigen, wohin man mit der gegenwärtigen Politik gerathen sei. Es gebe, sagte er, drei Wege zum Ausgleiche der jetzigen Wirren; entweder solle der Kaiser waffnen, aber man wisse, was die Rathschläge in dieser Hinsicht genützt hätten; oder man solle den Protestanten in allen Forderungen nachgeben, aber man möge sich jetzt keinen Illusionen hingeben und nicht glauben, daß die Protestanten hierauf ganz einfach den begonnenen Rüstungen ein Ende machen würden, ohne noch andere Forderungen zu erheben; oder der Kaiser möge endlich abdanken und seinem Bruder Mathias die Krone übertragen. Aber in diesem Falle sei zu fürchten, daß die Böhmen die Leitung der Geschäfte in Anspruch nehmen würden, weil Mathias die Anwartschaft auf die Nachfolge erst nach des Kaisers Tode erhalten habe, die Böhmen also die Regierung in der nunmehrigen Zwischenzeit für sich beanspruchen und hiefür bei Kurpfalz Unterstützung finden würden. Welchen Ausweg man also immer ergreifen möge, so biete keiner derselben eine sichere Rettung **). Da nun an die Ausrüstung eines Heeres eben so wenig zu denken war, als an eine freiwillige Abdankung des Kaisers zu Gunsten seines Bruders, so blieb nur der mit Recht als gefährlich bezeichnete Ausweg eines vollständigen Aus-

29 Juni

*) Sächsisches Staatsarchiv. Böhmische Bücher und Urkunden 7220/2. Gerstenberger an den Kurfürsten von Sachsen ddo. Prag den 17/27 Juli. — Mayr Geschichte des Majestätsbriefes. S. 100.

**) Briefliche Urkunden. Bucher an Erzherzog Albrecht ddo. Prag 4. Juli 1609.

Google

gleichs mit den Protestanten übrig und für diesen entschied sich nunmehr auch Rudolf.

In Folge dieses Beschlusses ersuchte der Oberstburggraf die Protestanten zur Wiederaufnahme der Verhandlungen im Landtag, da derselbe gesetzlich nicht aufgelöst sei; er erhielt aber von den Direktoren eine ablehnende Antwort. Er bat sie darauf wenigstens einen Ausschuß aus ihrer Mitte abschicken zu wollen, mit dem er weitere Berathungen über eine Vereinbarung pflegen könnte. Obwohl die Direktoren auch hierin nicht nachzugeben bereit waren, sondern jede weitere Verhandlung ablehnen wollten, so lange nicht der von ihnen entworfene Majestätsbrief bestätigt sei, so gaben sie doch endlich auf die Vorstellungen des sächsischen Gesandten nach und beauftragten einen Ausschuß aus ihrer Mitte, sich bei dem Oberstburggrafen einzufinden*). Es begannen nun zwischen diesem und einem Ausschusse der katholischen Kronbeamten, an deren Spitze sich der Oberstburggraf befand, neue Verhandlungen im Hause des letztern selbst, welche die einzelnen Punkte des abzuschließenden Religionsfriedens betrafen. Der Kaiser war jetzt erbötig unter folgenden Einschränkungen den Protestanten nachzugeben: er verlangte, daß aus dem sämtlichen Entwurfe des Majestätsbriefes das Wort „evangelische" Stände ausgestrichen und die althergebrachte Bezeichnung „utraquistisch" beibehalten werde; unter dieser Bedingung wollte er die Anhänger der Konfession von 1575 nicht weiter zur Beobachtung der alten Liturgie nöthigen und ihnen die Errichtung eines eigenen Konsistoriums gestatten, dagegen forderte er, daß das bisherige utraquistische Konsistorium seiner Leitung unterstellt bleibe und zur Aufsicht über die Universität ein Ausschuß von zwölf Personen von den Protestanten gewählt werde, aus dem er selbst sechs Personen mit dieser Aufgabe betrauen wolle**).

Diese Anerbietungen des Kaisers wurden von Seite des sächsischen Gesandten vollständig genügend gefunden und sind es auch in der That, wenn wir erwägen, daß Rudolf den Protestanten Freiheit des Bekenntnisses, ein eigenes von ihnen allein abhängiges Konsistorium anbot und bezüglich der Leitung der Universität nur verlangte, daß er aus den von ihnen für die Direktion vorgeschlagenen zwölf Personen sechs Direktoren selbst ernenne. Da die Protestanten gegen die Beibehaltung der Bezeich-

*) Sächsisches Staatsarchiv. Böhmische Stände sub utraque 7220/212. Dr. Oertelberger an den Kurfürsten von Sachsen ddo. Prag 1. Juli 1609.

**) Sächsisches Staatsarchiv. Böhmische Stände sub utraque 7220/219, 221 und 228. Oertelberger an den Kurfürsten von Sachsen ddo. Prag den 3. Juli. Mit zwei Beilagen.

Google

nung „utraquistisch“ statt „evangelisch“ keinen Einwand erhoben, so gab es keine andere Differenz als die bezüglich des Konsistoriums und bezüglich der Direktion der Universität. Zum Verständnisse des Streites über das Konsistorium, welches von seiner Lage gewöhnlich das „untere“ hieß, muß man wissen, daß dessen von allem Einflusse des Erzbischofs freie Jurisdiktion sich bis dahin über alle jene erstreckte, die in Böhmen das Abendmahl unter beiden Gestalten empfingen und an den Basler Kompaktaten als Glaubensartikeln festhielten. Seit nun aber die Mehrheit der böhmischen Bevölkerung sich nicht allein durch den Empfang des Abendmals unter beiden Gestalten und das Festhalten an jenen später von den Päpsten selbst angefochtenen Kompaktaten von der katholischen Kirche unterschied, sondern theils der Lehre Luthers theils dem Glauben der Brüder anhing, wollte dieselbe auch nicht mehr die Gerichtsbarkeit des Konsistoriums anerkennen, weil dasselbe noch immer auf dem dogmatischen Standpunkte des 15. Jahrhunderts verharrte und hierin auch von den Königen geschützt wurde. Nur ein verhältnißmäßig geringer Theil der böhmischen Bevölkerung, in der Mitte zwischen den Katholiken und den Neuerern stehend, theilte noch den Standpunkt des Konsistoriums. Indem die Protestanten jetzt verlangten, daß das untere Konsistorium ihrer Direktion unterstellt werde, wollten sie den alten Utraquismus für immer vernichten und jene, welche das Abendmal unter beiden Gestalten empfingen, zum völligen Anschlusse an sie zwingen. Der Kaiser dagegen wollte durch Aufrechthaltung des untern Konsistoriums in seinem gegenwärtigen Bestande den alten Utraquismus, der sich von der katholischen Lehre nur unwesentlich schied, erhalten. Es würde daher nach der Absicht des Kaisers drei Religionsgesellschaften gegeben haben: die Katholiken unter dem Erzbischof, die Utraquisten unter dem alten untern Konsistorium und die Anhänger der Konfession von 1575 d. i. die unter ihr wie unter einem Schilde geeinten Lutheraner und Brüder unter der Leitung eines neu zu errichtenden Konsistoriums. Der Vorschlag des Kaisers entsprach vollkommen den Grundsätzen der Gleichberechtigung, denn da fortan Jedermann das Bekenntniß der Religion freigestellt haben sollte, war so Niemand gezwungen, dem alten Konsistorium unterthan zu sein, wenn er dies nicht freiwillig sein wollte. Durch die Forderung der Protestanten, die keine Zwischenmacht zwischen sich und den Katholiken dulden wollten, wurden die Utraquisten genöthigt, entweder zu den erstern oder zu den letztern sich zu schlagen, weil sie sonst jeder kirchlichen Leitung und damit auch jeder Duldung verlustig gingen. Die Direktoren, unter ihnen Budowec obenan, verwahrten sich mit solcher Energie gegen die fernere Belassung des untern Konsistoriums in seinem jetzigen Bestande, daß die Beamten des Kaisers bald

Google Original HARVARD

ſahen, es ſei von ihnen keine Nachgiebigkeit zu erwarten; ja Budowec erklärte geradezu, die Utraquiſten ſollten ſich entweder zu den Katholiken oder zu ihnen ſchlagen. Man ſieht, wie ſehr in dieſer Zeit ſelbſt Perſonen von unverdächtiger Religioſität, wie man dies von Budowec gewiß behaupten kann, einer richtigen Auffaſſung gegenſeitiger Duldung fernſtanden ſeien. Eben ſo wenig wie in den weitern Beſtand des untern Conſiſtoriums wollten die Proteſtanten in eine Einflußnahme des Kaiſers auf die Leitung ihrer Univerſität und des damit zuſammenhängenden Unterrichtsweſens willigen. Auch hierin griffen ſie offenbar über die Grenze alles Erlaubten hinaus, denn während der König unbeſtritten ein Aufſichtsrecht über die Katholiken ausüben konnte, ſollte er ſich eines ſolchen bezüglich ihrer ganz begeben.

Gerſtenberger ſelbſt erklärte in ſeinen Berichten an den Kurfürſten von Sachſen die Forderungen der Proteſtanten als alles Maß überſchreitend und bemerkte, daß vor wenigen Wochen dieſelben gewiß mit weit geringern Zugeſtändniſſen ſich begnügt hätten. Nach dem, was wir von der verdeckten Feindſeligkeit zwiſchen den Lutheranern und Brüdern mitgetheilt haben, iſt daran nicht zu zweifeln, aber eben ſo gewiß iſt es, daß des Kaiſers unkonſequentes hilfloſes und wiederum den Schein der Gewaltſamkeit annehmendes Betragen jede Forderung der Proteſtanten mehr als entſchuldigt; denn gegen die Launen ſeiner Krankheit konnten ſie ſich nur ſicherſtellen, wenn es ihnen gelang, ſeinen Einfluß überall von ſich abzuwehren.

Dieſe Verhandlungen zwiſchen dem Ausſchuße der Kronbeamten und den Direktoren dauerten drei Tage und endeten am 3. Juli. Der Oberſtburggraf erſtattete über das Reſultat derſelben dem Kaiſer Bericht und riet ihm in demſelben zur möglichſten Nachgiebigkeit. Obwohl der Kanzler, der an dieſen Berathungen keinen Antheil genommen, auch jetzt in ſeiner ſchroffen und unnachgiebigen Haltung verharrte und in dieſer Richtung ſeinen Einfluß auf den Kaiſer geltend machte, ſo wurde dennoch bereits am 4. Juli in der kaiſerlichen Kanzlei der Anfang mit der Aufzeichnung des Majeſtätsbriefes gemacht*), nur verlangte Rudolf in dieſem Entwurfe, daß die Proteſtanten ihm zur Leitung des Konſiſtoriums und der Univerſität zwölf Perſonen vorſchlagen ſollten, aus denen er neun mit der Direktion betrauen wollte. Als ſie auch dieſes Begehren abſchlugen, wurde endlich die Ausſtellung des Majeſtätsbriefes in der von ihnen be-

*) Sächſiſches Staatsarchiv 7220/326. Gerſtenberger an den Kurfürſten von Sachſen ddo. den 4. Juli 1609 — Münchner Staatsarchiv. 39/7. 172. Hennet an Kurtin ddo. Prag den 4. Juli 1609.

Google

gehörten Form in Angriff genommen. Erzherzog Leopold wollte dagegen einen Proteſt erheben, allein nicht bloß die meiſten katholiſchen Kronbeamten hielten ihn von demſelben ab, ſondern der Kaiſer ſelbſt wies diesmal ſeinen Eifer mit den Worten ab: Mein Vetter iſt noch jung und hitzig und verſteht die Sache nicht *). Inzwiſchen begannen auch Verhandlungen zwiſchen den Kronbeamten im Namen der katholiſchen Stände und zwiſchen den Direktoren im Namen der proteſtantiſchen über einige Punkte, welche die gegenſeitige Duldung und die wechſelſeitigen Rechte, ſo weit dies durch den zu erlaſſenden Majeſtätsbrief nicht beſtimmt war, betrafen. Dieſe Verhandlungen wurden am 9. Juli zur beiderſeitigen Zufriedenheit beendet. An dieſem Tage war endlich der Majeſtätsbrief niedergeſchrieben 9. Juli
worden und der Kaiſer unterzeichnete denſelben gegen Abend. Es war 1609
geſetzliches Herkommen, daß alle Aktenſtücke, welche des Königs Unterſchrift trugen, mit der des Kanzlers und eines Sekretärs verſehen ſein mußten; als nun Rudolf dem Dokument ſeinen Namen beigefügt hatte, ſollten dies auch der Kanzler Lobkowitz und der Sekretär Menzel thun, aber beide weigerten ſich entſchieden, weil dies mit ihrem Gewiſſen nicht vereinbar ſei. So trug der Majeſtätsbrief anfangs die alleinige Unterſchrift des Kaiſers. Gleich am folgenden Morgen wurden die Direktoren am Rathhauſe von dieſem wichtigen Ereigniß in Kenntniß geſetzt und aufgefordert, am Schloſſe zu erſcheinen, um das Privilegium, welches ihre Wünſche mit vollſtändigem Erfolge krönte, in Empfang zu nehmen. Es erſchien eine Deputation von zwölf Perſonen, an deren Spitze Budowec ſich befand, in der Burg, um dieſer Aufforderung nachzukommen; als ſie nun den Majeſtätsbrief erblickte, fiel ihr alſogleich die alleinige Unterſchrift Rudolfs auf. Nach einigen hitzigen Bemerkungen Budowec's erklärte der Oberſtburggraf, er habe vom Kaiſer die Erlaubniß erhalten, ſtatt des Kanzlers ſeine Unterſchrift beizuſetzen, wenn dies den Direktoren genehm ſei. Sein Anerbieten wurde mit Dank angenommen, neben ihm unterzeichnete dann auch der Sekretär Paul Michna auf kaiſerlichen Befehl. So erlangte das Dokument am 11. Juli einigermaßen die vom Geſetze vorgeſchriebene Form, am folgenden Tage wurde es von 12 Juli
einer Deputation der Direktoren in Empfang genommen und unter maßloſem Jubel der Bevölkerung auf das Altſtädter Rathhaus gebracht. Tag für Tag war darauf dieſes Gebäude von einer zahlreichen Menſchenmenge

*) Brüſſler Archiv. Bedmund an Richardot ddo. Prag den 4. Juli 1609. — Sächſiſches Staatsarchiv. Gerſtenberger an Kurſachſen ddo. Prag den 6. Juli. Münchner Reichsarchiv XV/2, 131. Bedmund an Max von Baiern ddo. Prag den 4. Juli 1609.

Google

belagert, die das leſtbare Dokument in Augenſchein nehmen wollten. Der Jubel der Einen vermiſchte ſich mit den Freudenthränen der Andern; viele hatten nicht Raſt und Ruhe, ſo lange ſie das theure Kleinod nicht wenigſtens betaſtet oder gar geküſſt hatten*). Die Nachricht von dieſem Ereigniß verbreitete ſich mit Blitzesſchnelle im Lande, und verſammelte die Vertreter deſſelben wieder in Prag.

Von den Katholiken hatte die Partei des Oberſtburggrafen ſich mit dieſem Ereigniß als einem unabwendlichen verſöhnt, nicht ſo der Kanzler und ſeine Anhänger. Dieſe betrachteten die Ertheilung des Majeſtätsbriefes als das größte Unglück des Landes, weil ſie in demſelben zugleich das Dokument erblickten, welches ihren eigenen Untergang herbeiführen würde. Am meiſten war der lebhafte Erzherzog über dies Ereigniß beſtürzt und hatte er ſchon früher, wiewohl vergeblich, den Kaiſer zu einem andern Entſchluſſe zu bewegen geſucht, ſo klagte er jetzt um ſo heftiger, nachdem kein Rückſchritt möglich war. Einen recht bezeichnenden Ausdruck ſeiner ganzen Stimmung enthält ein eigenhändiges Schreiben an Max von Baiern, in welchem er die Vorgänge in Prag beklagt und in dem es am Schluſſe heißt: „Summa Summarum es iſt nicht allein in den Kaiſer gedrungen worden, alles zu gewähren, ſondern er mußte auch alles mit einem Privilegium bekräftigen, was mir das Herz im Leibe zerſprengen möchte. Gott weiß es, ich that, was ich konnte; ich kann nicht mehr ſchreiben, das Abſurde des Gegenſtandes zerſprengt mein Herz“*).

Es iſt bekannt, daß die unmittelbare Veranlaſſung des Ausbruches des dreißigjährigen Krieges der Bau der Kirchen von Klostergrab und Braunau geweſen, welcher von den proteſtantiſchen Einwohnern daſelbſt im Widerſpruch gegen ihre geiſtliche Gutsobrigkeit verfochten wurde. Obwohl der Krieg in Ermanglung dieſer Veranlaſſung auch ſonſt zum Ausbruch gekommen wäre, ſo iſt es doch nicht ohne hohes Intereſſe zu wiſſen, auf welcher Seite das poſitive Recht geweſen und ob der Majeſtätsbrief wegen zweideutiger Faſſung nicht Schuld an dieſem Streite trage.

Wenn wir auf Grundlage des Majeſtätsbriefes die Rechtsfrage erörtern, machen wir hier darauf aufmerkſam, daß derſelbe nicht das einzige Geſetz war, welches die religiöſen Verhältniſſe fortan in Böhmen regulirem ſollte, ſondern daß ihm zur Seite der Vertrag zwiſchen den katholiſchen und proteſtantiſchen Ständen ſtehe, der, wie erzählt worden, gleichermeiſe am 9. Juli unterzeichnet wurde. Dieſer Vertrag regelte jene Verhältniſſe, welche durch den Majeſtätsbrief unentſchieden blieben; er war von den katholiſchen und proteſtantiſchen Ständen nicht auf ihre eigene Autorität

*) Münchner Staatsarchiv IV/3, 65. Lobkowitz an Max von Baiern 16. 18. Juli.

Google

hin abgeſchloſſen werden, ſondern auf den beſondern Auftrag des Kaiſers und wurde gleich dem Majeſtätsbriefe wenige Tage ſpäter in die Landtafel eingetragen, wodurch die für die Giltigkeit der Geſetze Böhmens nötige Formalität auch an ihm erfüllt wurde. Der „Majeſtätsbrief“ und der „Vertrag“ waren alſo die Geſetze, nach welchen ſich fortan die religiöſen Verhältniſſe in Böhmen zu regeln hatten.

Vermöge des Majeſtätsbriefes war „allen“ Einwohnern Böhmens ohne Unterſchied des Standes, alſo auch den Bauern das Bekenntniß der katholiſchen Religion oder der Konfeſſion von 1575 freigeſtellt, der Bau der Kirchen dagegen nur den drei Ständen, den Herren, Rittern und königlichen Städten eingeräumt. Nach dem Wortlaute des Majeſtätsbriefes ſtand alſo auch den Bewohnern der königlichen und der geiſtlichen Güter das Recht des freien Glaubensbekenntniſſes zu, weil es ja allen Einwohnern des Landes zuſtand, nicht ſo aber das Recht des Kirchenbaues, weil dieſes nur den drei Ständen des Königreiches freigeſtellt war und zu dieſen natürlich weder die Unterthanen auf den königlichen noch auf den geiſtlichen Gütern gehörten. Nach dem Majeſtätsbrief wären ſowohl die Kloſtergraber als die Braunauer vollſtändig im Unrecht geweſen, nicht ſo aber nach dem Vertrag. Der „Vertrag zwiſchen den Katholiken und Proteſtanten“ beſtimmte zunächſt, daß ſowohl das Kirchenvermögen der Katholiken wie der Proteſtanten für alle Zeiten unantaſtbar ſein ſolle, traf einige Beſtimmungen, bezüglich jener Gemeinden, deren Angehörige ſich im kirchlichen Bekenntniſſe trennen würden und ging darauf auf die Feſtſtellung der Verhältniſſe auf den königlichen Gütern über. Bezüglich dieſer wurde beſtimmt, daß wenn die Proteſtanten daſelbſt, ſei es nun in einem Orte oder in einer Stadt keine eigenen Kirchen und Friedhöfe beſäßen, es ihnen unverwehrt ſein ſolle, ſolche ſich zu bauen oder anzulegen. Man ſieht daraus, daß der Vergleich über die Beſtimmungen des Majeſtätsbriefes hinaus den Bewohnern königlicher Güter klar und unzweideutig das Recht des freien Kirchenbaues zugeſtand. Die Schwierigkeit liegt nur darin, ob unter den königlichen Gütern auch die geiſtlichen zu verſtehen ſeien. Nach den böhmiſchen Rechtsverhältniſſen ſtanden die geiſtlichen Güter unmittelbar unter der königlichen Kammer, gerade ſo wie dies mit den königlichen Städten und den königlichen Gütern der Fall war; inſofern war es etwas gewöhnliches, geiſtliche und königliche Güter unter der einzigen Bezeichnung königliches Gut aufzufaſſen. Man müßte nichtsdeſtoweniger Anſtand nehmen, auf einer obwohl in geſetzlichen Verhältniſſen begründeten gemeinſchaftlichen Bezeichnung in einer ſo wichtigen Angelegenheit einen ſichern Schluß zu ziehen, wenn nicht andere Beweiſe vorlägen. Aus dieſer Verlegenheit helfen uns nun die Berichte über die

Google

Verhandlungen, welche zur Ertheilung des Majeſtätsbriefes und zum Abſchluße des Vertrages führten. Slawata ſelbſt, einer der größten und zugleich der bekannteſte Gegner der Proteſtanten, berichtet in ſeiner Geſchichte der Ereigniſſe im Jahre 1609, daß die letzteren unter der Bezeichnung der königlichen Güter auch die geiſtlichen verſtanden und in dieſem dem juriſtiſchen Sprachgebrauch in Böhmen geläufigen Sinne den Vertrag abgeſchloſſen haben. Uns bleibt nach einer ſo unzweideutigen Erklärung nichts übrig, als hinzuzufügen, daß das Befugniß der Bewohner geiſtlicher Güter zum Kirchenbau unbeſtreitbar geweſen und die Braunauer und Kloſtergraber allerdings in ihren Anſprüchen das poſitive Recht auf ihrer Seite hatten*).

Die Konſequenzen des im vorigen Jahre von Mathias unternommenen Feldzuges waren nunmehr auch gegen den Kaiſer in Erfüllung gegangen; Mathias hatte ſich zur „Reſolution" verſtehen müſſen, Rudolf zum „Majeſtätsbrief" und zur Anerkennung des „Vertrags". Während der Kaiſer noch den letzten Kampf mit ſich kämpfte, ob er ſeinen Namen dem verhängnißvollen Dokument beſetzen ſollte, war bereits der böſe Genius ſeines Hauſes Chriſtian, den Anhalt, auf dem Wege nach Prag, um an die Spitze der proviſoriſchen Regierung der Böhmen zu treten, wenn ſein Widerſtand noch länger gewährt hätte. Und von Venedig aus rief Sarpi ſeinem deutſchen Freunde zu, raſch zuzugreifen und ſich der Perſon des Kaiſers geradezu zu bemächtigen, um endlich das erſehnte Ziel, den Sturz der Habsburger zu erreichen**).

*) Slawata. MS I Band. In unſerer Geſchichte der Ertheilung des böhmiſchen Majeſtätsbriefes, welche im Jahre 1858 erſchienen iſt, haben wir von der Tragweite des Majeſtätsbriefes dieſelbe Behauptung wie hier aufgeſtellt; eine andere jedoch bezüglich des Vertrages. Damals war uns die Erklärung Slawata's, des in dieſer Beziehung einzig unverdächtigen Zeugen, nicht bekannt, und wir nahmen ſonach Anſtand die Bezeichnung königliche Güter auch auf die geiſtlichen auszudehnen. Dieſen Irrthum nehmen wir nun zurück.

**) Ueber dieſes neue Auftreten Anhalts und über Sarpi wird der zweite Band die Details bringen.

Google

Rudolf II und seine Zeit.

1600—1612.

Von

Dr. Anton Gindely,

k. k. Professor an der Karl-Ferdinands-Universität zu Prag.

Band II.

Prag 1868.

Verlag von Friedrich Tempsky.

Google

Das Recht der Ueberſetzung wird vorbehalten.

Druck bei Ludwig von Heinr. Mercy in Prag.

Digitized by Google
Original from HARVARD UNIVERSITY

Vorrede.

Wie jedes Geſchichtswerk eigentlich unabgeſchloſſen iſt und ſein Inhalt theilweiſe nur als eine vorbereitende Erzählung für eine ſpätere Zeit angeſehen werden kann, ſo gilt dies in ganz beſonderer Weiſe von dieſem Werke über Rudolf II, das mit dem zweiten Bande zum Abſchluſſe gelangt. Die Geſchichte der Ereigniſſe von 1600—1612 iſt, wie ohnedies allgemein anerkannt iſt, nur als eine Vorgeſchichte des 30jährigen Krieges aufzufaſſen, der Gang meiner Studien hat mich ſelbſt davon am nachdrücklichſten überzeugen können. Beim Beginne meiner Forſchungen, welche die Geſchichte des böhmiſchen Aufſtandes von 1618 und damit den Anfang des 30jährigen Krieges zum Gegenſtande hatten, nahm ich das Jahr 1618 zum Ausgangspunkte an und nachdem ich mit der größern Hälfte der Arbeit fertig geworden war, ſah ich ein, daß es mir nicht möglich ſein würde der Löſung meiner Aufgabe gerecht zu werden, wenn ich nicht die ſtändiſchen Verwicklungen auf dem Boden der öſterreichiſchen Monarchie bis auf ihren Beginn unter Rudolf II verfolgen würde. Dies war auch die Urſache meiner daran ſich knüpfenden Studien über Anhalt, über die Begründung der Union und Liga und über Heinrich IV, die ich in dieſem Werke niederlegte und die, wie mir ſcheint, nöthig waren, um die Bewe-

Google

gungen der Jahre 1608—1611, die für die Gestaltung von Mitteleuropa von entscheidender Wichtigkeit zu werden versprachen, die aber doch nur jene von 1618 vorbereiteten, bis zu ihrer ursprünglichen Veranlassung zu verfolgen.

Indem ich nun mit dieser Vorbereitungsgeschichte des böhmischen Aufstandes und des 30jährigen Krieges abschließe und sie der Oeffentlichkeit übergebe, gedenke ich derselben die Geschichte der Ereignisse von 1618—1620 folgen zu lassen. Wiewohl es meine Absicht ist, die Geschichte Böhmens in den letzten drei Jahrhunderten zu erzählen und hierin die oben bezeichneten Ereignisse keine geringe Würdigung erfahren werden, so erschien es mir doch nicht passend, eine umfassende Darstellung derselben in den verhältnißmäßig engen Rahmen der böhmischen Geschichte einzuzwängen. So wie die französische Revolution oder der Aufstand der Niederlande in einem Werke über die gesammte Geschichte Frankreichs oder der Niederlande nicht eine erschöpfende Darstellung finden können, so auch der böhmische Aufstand von 1618 in einem Werke über die gesammte Geschichte Böhmens. Denn ist z. B. dieselbe schon in den letzten Regierungsjahren Rudolfs, in denen die Fäden der europäischen Politik in diesem Lande zusammenlaufen, ein Stück europäischer Geschichte, so ist dies wohl noch mehr, aber auch zum letztenmale in den Jahren 1618—1620 der Fall. Die Politik aller Staaten Europa's mit Ausnahme Rußlands und Schwedens ist in dieser Zeit auf das innigste mit den Schicksalen Böhmens verwickelt. Der Kampf, der daselbst durch drei Jahre tobte, mußte, je nachdem er ausfiel, nicht bloß über die Zukunft dieses Landes, sondern auch über den Bestand der österreichischen Monarchie, über das Schicksal der katholischen Kirche auf diesem Gebiete und über die politische Gestaltung Mitteleuropa's entscheiden. Gegen diese Ereignisse und Verwicklungen sticht der sonstige Inhalt der böhmischen Geschichte seit 1526 nicht wenig ab. Seit die Krone

Google

von Böhmen in den Besitz der Habsburger gelangte, ist die Geschichte dieses Landes fast ausschließlich eine innere, die Entwicklung der Verfassung und Verwaltung, die Gestaltung der städtischen und bäuerlichen Verhältnisse, der Fall und Aufschwung des geistigen Lebens das allmälige Anwachsen der deutschen Bevölkerung bis zu ihrer gegenwärtigen Bedeutung sind beinahe der einzige Inhalt derselben, gegen den die großartige Verwicklung von 1618—1620, die zugleich dem 30jährigen Kriege zum Fundament dient, zu grell absticht. Die Forschungen über diese Periode habe ich in den wichtigsten Archiven Europa's bereits abgeschlossen, ich werde deshalb im Stande sein, diesem Werke über Rudolf in verhältnißmäßig kurzer Zeit die Ergänzung in der Geschichte des böhmischen Aufstandes folgen zu lassen

Prag am 4. März 1865

Der Verfasser.

Google

Google

Rudolf II und ſeine Zeit.

Google

Digitized by Google

Original from
HARVARD UNIVERSITY

Erſtes Kapitel.

I. Der Unionstag zu Schwäbiſch-Hall. Anhalts Reiſe nach Prag. Die Verhältniſſe in Böhmen. Winterbeginn der Landtagsverhandlungen. Klagen der Proteſtanten gegen den Kanzler. Das ſchleſiſche Bündniß. Separatiſtiſche Wünſche der Schleſier. Verhandlungen der Proteſtanten wegen Ordnung ihrer kirchlichen Verhältniſſe. Die Defenſoren. Anhalts Verhandlungen mit dem Kaiſer. — II. Leopolds enge Verbindung mit Rudolf. Plan Leopolds zur Begründung einer Monarchie. Beſetzung von Jülich. Die Jülicher Succeſſion. Tennagel in Paris. Maximilian von Baiern. Sein Charakter. Gründung der Liga. Lorenzo von Brindiſi in Spanien. Tennagel in Spanien. Die Geſandten der Liga in Italien. — III. Heinrichs IV Verhalten in der Jülicher Angelegenheit. Die Verhandlungen zu Schwäbiſch-Hall. Heinrich's IV Verhandlungen mit nicht-deutſchen Fürſten, namentlich mit Jakob von England. Sein Plan beim Beginn des Feldzuges.

I

Während in Prag der Zwieſpalt zwiſchen dem Kaiſer und den böhmiſchen Ständen wegen der Religionsfrage noch nicht durch die Ertheilung des Majeſtätsbriefes beglichen war, ſondern des Kaiſers unnachgiebige Haltung den Beginn eines offenen Kampfes wahrſcheinlich machte, verſammelten ſich die Mitglieder der Union in Schwäbiſch-Hall.*) Auch Chriſtian von Anhalt erſchien daſelbſt und zwar vornehmlich aus Rückſicht auf die Ereigniſſe in Böhmen, die ihm neue Ausſichten auf eine entſcheidende Rolle eröffneten. Hatte er auch vor wenigen Wochen durch ſeine mißlungene Einmiſchung in die Angelegenheiten des Erzherzogthums Oeſterreich eine Niederlage erlitten, ſo raubte ihm dieſelbe keineswegs den Muth zur weiteren Bekämpfung der habsburgiſchen Herrſchaft, ſie nöthigte ihn nur die Richtung ſeines An-

*) Münchner Staatsarchiv 116/3, 139. Artikel, die am Unionstag in Schwäbiſch-Hall zur Berathung kommen ſollen. — Bernburger Archiv U. 16/2. Pfälziſche Vollmacht für Anhalt zu dieſer Zuſammenkunft ddo. 4/14. Mai 1609.

Digitized by Google Original from HARVARD UNIVERSITY

griffes keineswegs aber dieſen ſelbſt aufzugeben. Seit beinahe einem Jahre hatte er die Rolle eines Vertheidigers und zuletzt ſogar die eines Vertrauten des Kaiſers übernommen, jetzt mußte er, nachdem auf dieſem Wege kein weiterer Erfolg erzielt werden konnte, weil Mathias vorläufig unangreifbar war, gegen Rudolf ſelbſt ſich kehren. Alles kam darauf an, daß ihm die Union eine paſſende Gelegenheit hiezu bot

Die Ausſicht zu einer ſolchen Gelegenheit war Anfangs eine geringe. Die Vorgänge in Böhmen hatten bis jetzt nur den Charakter eines vorübergehenden Zerwürfniſſes zwiſchen Herrſcher und Unterthanen und beſchäftigten die Mitglieder der in Schwäbiſch-Hall verſammelten Union nicht in dem Maße als andere Ereigniſſe in Deutſchland ſelbſt, die über kurz oder lang einen blutigen Kampf zwiſchen den Reichsſtänden in Ausſicht ſtellten. Die Angelegenheit Donauwörths, welche zur Zeit der Begründung der Union nur in einem geringen Grade die Aufmerkſamkeit derſelben auf ſich zog, bekam nachgerade eine weitgehende Bedeutung. Die öffentliche Meinung war in dem proteſtantiſchen Deutſchland wegen der dauernden Occupation dieſer Stadt durch Maximilian von Baiern tief aufgeregt, es war ſelbſt den weniger Mißtrauiſchen klar, daß es ſich in Donauwörth nicht länger um die Beſtrafung einiger Excedenten, ſondern um die Reichsunmittelbarkeit dieſer Stadt handle. Wollten die fürſtlichen Begründer der Union auf den Beiſtand der Reichsſtädte zählen, ſo mußten ſie vor allem der bedrängten Stadt zu Hilfe eilen und damit den Beweis liefern, daß es ſich ihnen nicht bloß um das Geld der Stärke ſondern auch um ihre Freiheit handle. Von noch größerer Bedeutung war die Jülichiſche Succeſſion, die erſt vor wenigen Wochen erledigt war, und von der mit Gewißheit angenommen werden konnte, daß die Katholiken — den Kaiſer an der Spitze — dieſelbe den Proteſtanten nicht gutwillig als Beute würden anheimfallen laſſen. In kurzer Zeit konnte die Union ſich deshalb berufen fühlen, in dem Streite hierüber eine entſcheidende Rolle zu ſpielen.

Die Donauwörther und die Jülicher Angelegenheiten waren alſo
Mai 1609. diejenigen, die in Schwäbiſch-Hall wahrſcheinlich allem zur Sprache gekommen wären, wofern der Fürſt von Anhalt nicht daſelbſt erſchienen wäre. Durch ſeinen Einfluß auf den Kurfürſten von der Pfalz, Friedrich IV, brachte er es aber dahin, daß dieſer ſeinen Vertretern bei dem Unionstage den Auftrag gab, auch die Ausdehnung der Union über die öſterreichiſchen Länder in Antrag zu bringen und damit gewann Anhalt wiederum Gelegenheit, dieſe letztere in eine Bahn zu drängen, welche ſeinem Wunſche zuſagte. Die Mitglieder der Union beſchloſſen zuerſt einmüthig der Stadt Donauwörth ſich anzunehmen und deren völlige Reſtitution zu verlangen;

Google

zu dieſem Ende ſollte ſich eine Geſandtſchaft an den kaiſerlichen Hof begeben und an den Kaiſer Namens der Union dies Begehren ſtellen. Um derartige Vorgänge künftighin unmöglich zu machen, ſollte die Geſandtſchaft eine alte Forderung der Proteſtanten, nämlich die Einrichtung der Gerichtsbarkeit des Reichshofrathes wieder erneuern und ſchließlich von dem Kaiſer die Abſchaffung derjenigen Räthe, welche gegen die Proteſtanten konſequent eine feindſelige Haltung einnahmen, verlangen. Wegen der Jülicher Angelegenheit kam vorläufig kein Beſchluß zu Stande, unzweifelhaft aus dem Grunde, weil die Union die Rechte des Kurfürſten von Brandenburg ſo lange nicht vertheidigen mochte, ſo lange er gegen ſie (die Union) eine labile Haltung beizubehalten für gut fand. Dagegen wurde auf Veranlaſſung der Vertreter des Pfalzgrafen die Erweiterung der Union über die öſterreichiſchen Länder beſprochen und beſchloſſen, mit den Verhandlungen hierüber jene Männer zu betrauen, welche mit den erwähnten Forderungen an den Kaiſer abgeſchickt werden ſollten. Welche Bedeutung dieſer Beſchluß hatte, wird dadurch am beſten klar, daß Anhalt zum Haupt der nach Prag abzuſchickenden Geſandtſchaft erwählt wurde und daß es ſeinem Ermeſſen freigeſtellt blieb, wie er die Verhandlungen mit den Ständen in den öſterreichiſchen Ländern einleiten wolle, um ſie zu einem Bündniſſe mit der Union zu vermögen.

Dadurch, daß Anhalt im Namen der Union nach Prag abgeſchickt wurde, ſah er ſich in die Lage verſetzt ohne Zeitverluſt und ohne die ſtets unbequeme Vermittlung dritter Perſonen in Verhandlung mit den böhmiſchen Ständen zu treten und der Kriſis, welche über Böhmen hereingebrochen war, durch ſeine perſönliche Einwirkung einen erwünſchten Ausgang zu geben. Mußte er ſich doch bis dahin während der Wirren in Oeſterreich nur mit der Wirkung aus der Ferne begnügen und konnte er es dieſem Umſtande zuſchreiben, daß Mathias ſchließlich überall den Sieg davongetragen hatte. Die Nachricht von ſeiner bevorſtehenden Reiſe verbreitete ſich raſch nach Prag und während ſie die proteſtantiſchen Stände freudig berührte, verurſachte ſie dem Kaiſer ſolche Sorgen, daß er dem Fürſten durch den Landgrafen von Leuchtenberg die Vertagung ſeiner Reiſe anbefahl. Allein Anhalt ließ ſich durch einen ſolchen Befehl nicht im geringſten abſchrecken, ſondern erwiderte, daß ihm die Pflicht gegen ſeine Auftraggeber keinen Reiſeaufſchub geſtatte und kündigte ſo ſeine Ankunft in Prag in aller Form an. Binnen kurzem ſprach man in dieſer Stadt wie von einer gewiſſen Sache, daß Anhalt nach ſeiner Ankunft an die Spitze der Stände ſich ſtellen und von ihnen mit dem Kommando über ihre Truppen betraut werden würde. *)

2. Juni 1609.

*) Münchner Reichsarchiv. Bedenkens an Max von Baiern dto. 29. Juni 1609.

Google

In wie weit dieser Umstand die Ertheilung des Majestätsbriefes beschleunigte, ist uns nicht weiter bekannt, jedenfalls war Anhalt, als er
1609 am 14. Juli in Prag eintraf, unangenehm überrascht, als er statt des Zerwürfnisses zwischen dem Kaiser und den Ständen, welches er in voller Entwicklung zu finden hoffte, dem Beginne einer friedlichen Ausgleichung begegnete. Mit der Ertheilung des Majestätsbriefes (9. Juli) war den Forderungen der Stände die Spitze abgebrochen, bei der Mehrzahl derselben mußte die bisherige Erbitterung einer dem Kaiser dankbaren oder wenigstens ruhigeren Stimmung Platz machen und es mochte beinahe unmöglich scheinen, schon jetzt, oder in der nächsten Zeit ein neues Zerwürfniß herbeizuführen.

Statt also von den Ständen Böhmens sofort als Rathgeber, Anführer und Schützer angesehen und empfangen zu werden und, wie er sich in seinen kühnen Träumen mitunter vorzauberte, sein Haupt mit der böhmischen Königskrone zu schmücken,*) mußte sich Anhalt zu der ermüdenden Rolle verstehen Mißtrauen zu säen, den kleinen Kreis entschlossener Anhänger langsam zu erweitern und unter Gefahren aller Art in einem fremden Lande die Unterthanen gegen ihren Herrscher aufzuregen. Ebensowenig wie er auf diesen langwierigen Weg vorbereitet war, war es auch der Mann, der Anhalts hochfliegende Pläne aus voller Seele theilte, Paolo Sarpi. Kaum hatten dieser und seine nächsten Vertrauten in Venedig von den Zuständen in Prag und den weitgreifenden Zerwürfnissen zwischen Rudolf und den Ständen Kunde erhalten, als sie einstimmig riethen, es müsse sich Jemand rasch an die Spitze der Stände stellen, den Kaiser absetzen und gefangen nehmen.**) Dieser Rath fand bei Anhalt vollständige Billigung, allein während er eben im Begriffe stand, ihn zu befolgen und deshalb nach Prag gereist war, hatte des Kaisers Nachgiebigkeit seine weitere Ausführung für den Augenblick unmöglich gemacht.

Dennoch verlor Anhalt seinen Muth nicht und entfernte sich nicht von dem Kampfplatze, weil die Aussicht auf einen Sieg sich verringert hatte. Seine Hoffnung auf eine günstige Wendung hatte eine mehrfache und solide Grundlage. Sie basirte auf dem Mangel jeglicher Besonnenheit

*) Der Beweis weiter unten.

**) Venetianer Archiv Reg. I, F. 1, 23/245. Sarpi an Anhalt ddo. 1/11. Sept. Venedig: . . . . on devroit faire deux choses premierement donner un chef à Bohême et cela fait s'impatroniser de la personne de l'Empereur, de l'Arsenal et de la chambre ou du chateau et par ce moyen s'assurer de plusieurs choses, que tout autre chemin est douteux . . . Secondement, qu'il faut secourir et assister avec bon escient la poursuite de Carinthe et de Styrie, qu'autrement il est impossible d'introduire l'Evangile en Italie.

Google Original from HARVARD UNIVE

auf Seite des Kaisers, der es nicht verstand, seine Nachgiebigkeit sich zum Verdienste anzurechnen und daraus Nutzen zu ziehen, auf dem unauslöschlichen Mißtrauen, das Fürsten und Unterthanen von verschiedenem Glauben gegen einander empfanden und auf dem ungezähmten Eifer einiger standischer Parteihäupter, die den Umsturz ruhiger Entwicklung vorzogen.

In der That Anhalt hatte Recht, wenn er den Kaiser selbst als seinen Bundesgenossen ansah. Rudolf begriff nicht, die Unterzeichnung des Majestätsbriefes sei ein Akt von solcher Tragweite, daß er einen Wendepunkt in seiner bisherigen Politik abgeben müsse. Geängstigt von der ihm gegenüberstehenden Menge, die ihn Tag für Tag mit Sturmpetitionen oder Audienzgesuchen in seiner Ruhe bedrohte, hatte er zuletzt nachgegeben und dem böhmischen Glaubensprivilegium seine Unterschrift ertheilt. Allein schon im nächsten Augenblicke, als er nach Beendigung des letzten Schriftzugs die Feder aus der Hand legte, erfaßte ihn mit der Reue darüber der Wunsch das Geschehene rückgängig zu machen. Einzeln beschied er alle jene Räthe vor sich, die ihn zur Ertheilung des Majestätsbriefes gedrängt hatten, und ergoß sich in Vorwürfen gegen sie;*) Erzherzog Leopold aber, den er früher um seines Eifers willen angefahren und unverständig gescholten hatte, gewann bei ihm so an Ansehen, daß er alles Ernstes im Verein mit ihm nach Mitteln und Wegen suchte, um die Böhmen niederzuwerfen und zum absoluten Gehorsam zu zwingen. So war es wohl unvermeidlich, daß das Verhängniß über ihn so wie schließlich über die Böhmen hereinbrach, allerdings nicht in der Weise, wie Anhalt dies erwartet hatte und später zu seinem eigenen Schaden erfahren mußte. — Um auf Grund des neuen Glaubensgesetzes Böhmen vor einer Katastrophe zu bewahren, hätte es eines Königs gleich Georg von Podebrad bedurft, dessen religiöse Ueberzeugung mit der weitaus größeren Mehrzahl des Volkes zusammentraf und der mit fester Hand die durch die vorangegangenen Kämpfe zerrüttete Ordnung im Lande wieder hergestellt hatte. Mit dem Moment, wo dem religiösen Bedürfnisse genügt worden, hatte er es verstanden den Uebergriffen des Adels zu steuern, dessen Bedeutung der Wohlfahrt der Gesammtheit dienstbar zu machen und die Aufmerksamkeit des Volkes auf etwas anderes zu lenken, als auf die ewige Erörterung religiöser Streitfragen. Bei Rudolf traf keine der erwähnten Bedingungen ein, weder war sein Glaube der der Böhmen, noch war er einer ordentlichen Regierung fähig. Diese seine persönliche Untüchtigkeit machte sich in einer um so grelleren Weise geltend, als er, wie erwähnt,

*) Münchner Reichsarchiv XV/2, 162. Bedenken an Max von Baiern dto. 27. Juli 1609.

Google

keinen Augenblick über die Konsequenzen des Majestätsbriefes sich klar war und an denselben vergelte, während die Stände noch immer über alle jene Mittel geboten, durch die sie ihn eben zur Nachgiebigkeit gezwungen hatten. Seine unklugen Angriffe waren keine Ausbrüche einer starren religiösen Ueberzeugung, die ihm ja mangelte, sondern eine Folge seines getrübten und zu jeder Regierung unfähigen Geistes, sie mußten aber zuletzt seinen Untergang herbeiführen.

Ebenso hatte Anhalt Recht auf die Wirkungen des Mißtrauens zu rechnen, das, abgesehen von Rudolfs Unzuverlässigkeit, um diese Zeit durchwegs Fürsten und Unterthanen, die sich im Glauben trennten, gegenseitig beherrschte. Das Mißtrauen erfüllte die Böhmen nicht bloß gegen Rudolf, sondern schon jetzt gegen alle Prinzen seines Hauses, welche das Erbrecht einst auf den böhmischen Thron berufen konnte. Klug geführt von einem Mann wie Anhalt, konnte sie das Mißtrauen frühzeitig verleiten, auf Mittel und Wege zu sinnen, wie die Krone des Landes einer anderen Dynastie zu übertragen, wobei Anhalt nicht unterlassen wollte, sich in das rechte Licht zu stellen, um nicht übersehen zu werden. Um wahr zu sein, muß man zugeben, daß das Mißtrauen der Böhmen ein wohlbegründetes war. Wir kennen aus den Aktenstücken, welche die Geschichte dieser Tage erhellen und die unzweifelhafte Ansprüche auf Glaubwürdigkeit erheben dürfen, wiederholt Aeußerungen oder Handlungen der Erzherzoge Mathias, Ferdinand, Leopold, des Herzogs Max von Baiern und ihrer Rathgeber, der katholischen Staatsmänner, wie Khlesel, Lichtenstein, Lobkowitz, Slavata und Anderer kennen, welche den Beweis liefern, daß dieselben sich durch kein den Protestanten bezüglich der religiösen Freiheit gegebenes Versprechen für gebunden erachteten, sondern nur die Gelegenheit abwarten wollten, um sie zur Annahme des Katholicismus zu zwingen. Katholische Fürsten hielten ihre Krone für unsicher, wenn sie über protestantische Unterthanen herrschten, und diese ihren Glauben für gefährdet durch katholische Herrscher. Diese gegenseitige und wohlberechtigte Furcht mußte bewirken, daß die religiösen Ausgleichsversuche und folglich auch die Ertheilung des Majestätsbriefes, weil gefehlt einen Abschluß für die inneren Bewegungen zu bilden, nur Haltestationen bezeichnen, von denen nach kurzer Ruhe der Kampf mit erneuerter Heftigkeit aufgenommen wurde. Es wäre ungerecht solche Zustände irgend einem Theile allein zur Last zu legen, sie sind eine Folge des Verhältnisses, welches der Staat zur Kirche im Mittelalter eingenommen, eine Folge der innigen Ueberzeugung jeder Glaubenspartei, daß sie im alleinigen Besitz der Wahrheit sei. Erst nachdem das Verhältniß von Staat und Kirche verrückt war, diese innige Ueberzeugung und die daran geknüpfte Glaubenstreue abgenommen und die Geschichte den Beweis geliefert hatte, daß keine

Google

religiöſe Verfolgung und mochte ſie mit Feuer und Schwert vereint ſein, die Glaubenseinheit dauernd zu erhalten vermöge, erſt da änderten ſich die Anſchauungen von Fürſten und Unterthanen und mit den veränderten Anſchauungen nahm bei den einen die Verfolgungsſucht und bei den andern die Neigung zum Aufſtande ab.

Nicht minder hatte Anhalt alle Urſache von dem unvorſichtigen aber deſto feurigern Eifer der Parteihäupter Schritte zu erwarten, die einen Bruch mit der katholiſchen Autorität zur Folge haben konnten. Als er nach Prag kam, fand er die Proteſtanten unter den Waffen, aber im Begriffe wegen der Ertheilung des Majeſtätsbriefes, den Rüſtungen Einhalt zu thun. Ohne Zaudern ſuchte er dies um jeden Preis zu verhindern und ſeine Argumente fanden bei den Häuptern der Bewegung, Budowec und Thurn, eine günſtige Aufnahme. Anhalt wies darauf hin, daß, wenn man mit den Waffen in der Hand unterhandle, man vom Kaiſer die Gewährung jeglicher Forderung erlangen könne und veranlaßte ſo bei den Direktoren den Beſchluß, ſtatt zu entwaffnen, die Rüſtungen zu vervollſtändigen. Der Kaiſer, der nichts anderes erwartet hatte, als daß die Proteſtanten nach der Ertheilung des Majeſtätsbriefes die Waffen niederlegen würden, ſetzte ſich geradezu über dieſes Reſultat ſeiner Nachgiebigkeit. Bei ſeinem Charakter ſtand zu erwarten, daß er einen verzweifelten Angriff gegen den bewaffneten Gegner verſuchen werde, dem er in keiner Weiſe gewachſen war. Damit aber erfüllten ſich Anhalts Wünſche und ſtiegen ſeine Ausſichten auf die böhmiſche Krone.

Es iſt im vorigen Band erzählt worden, daß die Proteſtanten die Verhandlungen am Landtage am 24. Juni wegen des Kaiſers Unnachgie- 1609
bigkeit abgebrochen hatten und daß ſie nach vollzogener Wahl der Direktoren ſich aus Prag entfernt hatten, um eine allgemeine Bewaffnung des Landes durchzuführen. Auf die Nachricht von der Ertheilung des Majeſtätsbriefes, welche mittlerweile über ganz Böhmen ſich verbreitet hatte, eilten ſie herbei, um wieder an dem Landtage theilzunehmen, da ihn der Kaiſer inzwiſchen nicht aufgelöſt hatte. Schon am 20. Juli waren ſie ſo zahlreich verſammelt, daß der Wiederaufnahme der Verhandlungen nichts im Wege ſtand. Bevor ſie in die Landtagsſtube ihren Einzug hielten, ließen ſie ſich von den Direktoren Bericht über die in der Zwiſchenzeit vorgefallenen Ereigniſſe abſtatten und zwar im Neuſtädter Rathhauſe, wo ſie bereits einmal einen Seceſſionslandtag abgehalten hatten. Budowec als Berichterſtatter ſchilderte in beredten Worten alle Mühen, unter denen ſchließlich die Ertheilung des Majeſtätsbriefes erfolgt war, worauf der Advokat Fruhwein dieſen ſammt dem zwiſchen den Katholiken und Utraquiſten abgeſchloſſenen Vertrag ablas. Befriedigt von dem angehörten,

Google

faßten die Verſammelten in derſelben Sitzung den Beſchluß, die günſtigen Verhältniſſe noch weiter auszunützen und ein Verzeichniß ſämmtlicher Forderungen abzufaſſen, deren Gewährung ſie zu ihrer Sicherheit und zur freien Entwicklung ihres Glaubens für nothwendig erachteten und die ſie deshalb noch in dieſer Landtagsſeſſion dem Kaiſer abringen wollten. Niemand von den Anweſenden beantragte eine Einſtellung der bisherigen Rüſtungen oder eine Auflöſung der Direktorialregierung; unter dem Schutze der Waffen und unter der Leitung der erwählten Rathgeber, welche raſch die nöthigen Entſcheidungen treffen konnten, wollten die Proteſtanten auf dem Landtage ſich einfinden. So war Anhalts Vorausſicht gerechtfertigt und ſeine Wünſche erfüllt. — Als die Landtagsverhandlungen am 21. Juli wieder aufgenommen wurden, lehnten die Proteſtanten die Aufforderung des Oberſtburggrafen mit der Berathung der Königlichen Propoſitionen zu beginnen ab und erklärten zuerſt ihre eigenen Forderungen berathen zu wollen.

Dieſe Forderungen, die dem Kaiſer eine reichliche Anzahl ruheloſer Stunden verurſachen ſollten, waren doppelter Natur, die einen und zwar die Mehrzahl waren ſelbſtverſtändliche Konſequenzen des Majeſtätsbriefes, bezüglich deren füglich keine langen Streitigkeiten entſtehen konnten. Zwei jedoch, um von einer Anzahl geringfügiger abzuſehen, gingen über das Maß jener Konſequenzen hinaus und wiewohl in ihrer Tragweite nicht von gleicher Bedeutung, waren ſie doch geeignet einen Bruch mit dem Kaiſer herbeizuführen. Sie betrafen den Kanzler Zdeněk von Lobkowitz und das Bündniß mit Schleſien.*)

Was den Kanzler betrifft, ſo hatte die Haltung, welche er den Proteſtanten gegenüber einnahm, dieſe begreiflicherweiſe im höchſten Grade erbittert. Ihre Abſicht ging nun dahin, den Kaiſer zu ſeiner Entlaſſung zu nöthigen und da ſie ihm ſeine religiöſe Haltung füglich nicht zum alleinigen Vorwurf machen konnten, ſo ſuchten ſie ſeinen Charakter anzugreifen und den Beweis zu liefern, daß er der Beſtechung zugänglich ſei und den Staatsſchatz verkürze, indem er ſeit vielen Jahren keine Steuern gezahlt habe. Wiewohl der Kanzler die ausführlichen Beſchuldigungen der Proteſtanten mit einer nicht minder ausführlichen Entgegnung zu widerlegen

*) Um das vielfache Citiren der Quellen über die böhmiſchen Landtagsverhandlungen von 1609 zu vermeiden, bemerke ich ein für allemal, daß mir dabei mehrere Diarien des Landtags 1609/10, welche ſich handſchriftlich im böhmiſchen Muſeum, im Archiv der Prager philoſophiſchen Fakultät, im Archiv von Wartenberg und im biſchöflichen Archiv von Leitmeritz befinden, zum Führer gedient haben. Was ſich in anderen Archiven als den eben genannten gefunden, wird ſtets genau citirt.

Google

ſuchte, ſo ließen die letzteren doch nicht von ihren Anklagen ab und verlangten wiederholt vom Kaiſer ſeine Entlaſſung. Es iſt uns gegenwärtig nicht möglich die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Anklagen feſtzuſtellen, da den entſchiedenen Behauptungen auf der einen Seite ebenſo beſtimmte Verneinungen auf der andern Seite folgten und der ganze Streit nie zu einer unparteiiſchen Erwägung vor ein Richterkollegium gelangte. Eine der Beſchuldigungen, daß der Kanzler keine Steuern zahlte, hat jedenfalls keine Bedeutung, denn war der Kaiſer damit zufrieden, zu deſſen Gunſten doch die Steuerbewilligung erfolgt war, ſo hatten die Stände kein Recht ſich in dieſen Gegenſtand einzumiſchen. So viel iſt ſicher, daß weder bei Rudolf, noch bei ſeinen Nachfolgern die gegen den Kanzler erhobenen Anklagen eine andere Erklärung fanden, als daß ſie von Parteihaß diktirt worden wären.

Wie es alſo auch immer mit dem eigentlichen Grund der Anklage beſchaffen ſein mag, ſie wurde mit ſolcher Leidenſchaftlichkeit erhoben und ſetzte den Kanzler ſolchen Invektiven im Landtage aus, daß es nicht möglich ſchien, ihn länger im Amte zu belaſſen. Dies war aber weder dem Kaiſer noch ſeinen Rathgebern von ſtreng katholiſcher Richtung, weder dem Erzherzog Leopold und ſeinem Anhang, noch den in Prag reſidirenden Vertretern der katholiſchen Mächte, namentlich dem Nuncius und Zuñiga genehm. Welche Haltung der Oberſtburggraf Sternberg und die mit ihm ſtimmende mildere Schattirung der Katholiken in dem Streite einnahm, ob ſie ihren Amtsgenoſſen in kollegialer Weiſe deckten oder nicht, tritt nicht deutlich genug hervor. Um ſo eifriger ſuchten des Kanzlers intime Freunde im kaiſerlichen Rath nach einem Weg, um ihn zu retten. Nahe lag es, die Stände durch eine wichtige Konceſſion zu beſchwichtigen und als Preis hiefür die Unterlaſſung weiterer Angriffe gegen den Kanzler zu verlangen. Bevor man aber zu einem ſolchen Schritt dem Kaiſer rathen wollte, verſuchte man den Weg perſönlicher Einwirkung. Wenzel von Kinſky, der ſich auf die mannigfachſte Weiſe angeſtrengt hatte, in das Vertrauen der Katholikenpartei ſich einzuſchleichen und dem dies auch bis zu einem gewiſſen Grade gelungen war, wurde von Erzherzog Leopold geradezu erſucht, die Vertheidigung des Kanzlers zu übernehmen. Anſtatt dies direkt zu thun, erhob Kinſky im Landtage bittere Beſchwerden über den Oberſtburggrafen, die, wie ſichtlich war, in dem perſönlichen Haß des erſteren gegen den letzteren ihren Grund hatten, und verlangte von den Ständen, ſie ſollten gleichzeitig nicht bloß Klage gegen den Kanzler, ſondern auch gegen den Oberſtburggrafen erheben. Dies verweigerten ſowohl die Katholiken, als auch die Proteſtanten des Landtags und Wenzel von Kinſky erklärte darauf für ſich und ſeine Brüder, daß er an

Google

der Klage gegen den Kanzler keinen Antheil nehmen wolle, keinen Grund für dieselbe einsehe und nicht begreife, mit welchem Rechte man Lobkowitz dem Amte entfernen wolle. Eine solche Art der Vertheidigung war diesen von geringem Nutzen, um so mehr als Budowec dem Landtage mit-
30 Juli 1609 theilte, daß Kinsky es gewesen, der ursprünglich am heftigsten die Anklage gegen den Kanzler betrieben habe. Der allgemeine Unwille der Protestanten gegen Kinsky und seine Brüder erreichte darüber eine solche Höhe, daß sie während mehrerer Wochen gleichsam der Diffamation preisgegeben waren und erst auf eine sehr unterwürfige Entschuldigung hin den Stän-
12 Oct. 1609 den als mitverbundete Standesgenossen wieder aufgenommen wurden. Im Landtage waren sie seitdem zu einer schweigsamen Rolle verurtheilt.*) Des Kanzlers Stellung aber, weit entfernt durch Kinsky's Vertheidigung wieder befestigt zu werden, blieb nach wie vor gefährdet. Da auch eine Botschaft des Kaisers an den Landtag, in welcher dieser den Streitigkeiten zwischen Kanzler und den Ständen Halt gebot, nichts fruchtete, so konnten die Freunde des ersteren nicht hoffen, ihn auf andere Weise zu retten, als indem der Kaiser als Preis für ihn sich zu einer Konzession bewegen liess, an der den Protestanten sehr viel lag. Um sich vor künftigen Verfolgungen wegen ihres gegenwärtigen Verhaltens zu sichern, verlangten sie nämlich die Aufstellung einer kaiserlichen Erklärung, welche ihr bisheriges Gebahren für loyal erklärte und jede spätere Untersuchung desselben verbot. Mit der Herausgabe eines solchen Amnestiedekretes zögerte der Kaiser und zwar, wie man den Ständen indirekt zu wissen gab, deshalb, weil sie von ihren Angriffen gegen

*) Die Rolle eines agent provocateur, welche Kinsky auf protestantischer Seite bisher gespielt hatte, obwohl er im geheimen den Katholiken seine Dienste anbot, erreichte damit ein Ende. In den nachfolgenden Ereignissen nahm er nur insofern einen Antheil, als er klandestin mit Erzherzog Leopold und seinen Rathgebern Verbindungen zu unterhalten suchte, um ihre Absichten auszuforschen und darüber an König Mathias Bericht zu erstatten. Glücklicherweise wurde ihm für dies unredliche Handwerk später der verdiente Lohn zu Theil. Kinsky bekam von Mathias das Versprechen, daß er ihm für seine Dienstleistungen zwei Güter in Böhmen schenken wolle. Als er die Erfüllung des Versprechens verlangte, machte sich eine allgemeine Unzufriedenheit unter dem gesammten Adel Böhmens, Katholiken wie Protestanten, geltend und sie verlangten geradezu, daß gegen ihn wegen seines falschen Verhaltens bei Rudolfs Letzterem der Prozeß erhoben werde. Die Folge war, daß Kinsky statt Güter zu erlangen ins Gefängniß wandern mußte, aus dem er sich nur durch die Flucht half. Es ist gewiß wahrscheinlich, daß er gegen Mathias zu Gunsten Ferdinands II eine ähnliche Rolle spielen wollte wie gegen Rudolf. Nachdem er später seinen Eintritt zum böhmischen Aufstande von 1618 erklärt hatte, sagte er sich von demselben früh genug los, um auf Ferdinands II Gunst Anspruch erheben zu können. Kinsky ist mit einem Worte der merkwürdigste politische Charakter seiner Zeit.

Google

den Kanzler nicht abliefen. Dieſe Nachricht hatte in der That die gewünſchte Wirkung, man faßte ſich fortan gemäßigter in den Debatten und beachtete den Kanzler weniger. Zu dieſem Umſchwung in der allgemeinen Stimmung trug noch ein anderer Umſtand nicht wenig bei. Bei den Verhandlungen über die künftige Organiſirung der proteſtantiſchen Kirche Böhmens war von den Anhängern derſelben der Grundſatz aufgeſtellt worden, daß eine Anzahl von aus ihrer Mitte zu wählenden Vertretern — Defenſoren — das Schutzrecht über ſie ausüben ſolle. Es lag in der Abſicht der Proteſtanten, dieſen Defenſoren möglichſt viele und weitgehende Befugniſſe, ja ſelbſt eine Art richterlicher Gewalt, einzuräumen, wobei der Landtag als Appellationsinſtanz dienen ſollte. Für die Katholiken Böhmens war es keineswegs eine angenehme Ausſicht in die Zukunft, wenn der Landtag, auf dem ſie die entſchiedenſte Minorität ausmachten, eine richterliche Auktorität in Anſpruch nahm. Nun erſt bemerkten ſie auch an dem Verfahren gegen den Kanzler eine Unregelmäßigkeit, die ihnen früher nicht ſo ſcharf aufgefallen war, ſie verlangten jetzt mit aller Entſchiedenheit, daß Anklagen nur vor dem ordentlichen Gerichte erhoben werden ſollten, daß dahin auch die bezüglich des Kanzlers gehöre und daß der Landtag in dieſer Angelegenheit zu gleicher Zeit nicht Kläger und Richter ſein dürfe.

Die Richtigkeit dieſes Einwurfes würde in einem geordneten proteſtantiſchen Staatsweſen wohl von Niemandem angefochten worden ſein, diesmal aber, wo ſie den Proteſtanten Böhmens ein ausgewähltes Opfer zu entziehen drohte, verurſachte ſie eine gewaltige Aufregung. Budowec erhob ſich vor allen und erklärte, der Landtag in Böhmen ſei der Ausfluß alles Rechtes, er gebe dem Lande Geſetze, wähle den König und ſtehe über den Gerichten, ſeine Auktorität ſei alſo eine allumfaſſende. Was richtig und was unrichtig an einer ſolchen Auffaſſung der parlamentariſchen Machtbefugniß iſt, iſt in unſerer Zeit genügend erkannt worden. Der Oberſtburggraf, dem es zunächſt oblag, zu antworten, wußte nicht mit dialektiſcher Schärfe das Unrichtige dieſer Theorie zu bekämpfen, dennoch traf er ins Schwarze, als er erklärte, daß er unter ſolchen Umſtänden lieber Haus und Hof verkaufen und aus Böhmen wandern würde, ehe er ſich bei den gegenwärtigen Glaubensverhältniſſen unter das tyranniſche Joch eines omnipotenten Landtags, der bald berathende Verſammlung, bald Gerichtshof ſei, beugen würde. Selbſt unter den Proteſtanten gewann auf dieſe Bemerkung eine beſſere Anſchauung wieder die Oberhand und man machte ihnen Verſuch mehr, die Organiſation der böhmiſchen Gerichte umzugeſtalten. Die Angelegenheit des Kanzlers trat ſeitdem in den Hintergrund und der Kaiſer publizirte im Vertrauen auf dieſen Umſchwung der Ge- G. Ch.

Google

mäther das Amnestiedekret, ohne daß die Protestanten bereits eine förmliche Erklärung zu Gunsten des Kanzlers abgegeben hatten.

Als die zweite der ständischen Forderungen, die über die Konsequenzen des Majestätsbriefes hinausging, haben wir oben das Bündniß Böhmens mit Schlesien, dessen Sanktionirung dem Kaiser zugemuthet wurde, bezeichnet. Diese Forderung war, wie sich gleich zeigen wird, theils an und für sich, theils wegen der sie begleitenden Nebenumstände die bedeutsamste.

Man erinnert sich, daß als Mathias seinen Bruder Rudolf angriff, die Schlesier sich mit den Böhmen verbanden, und nicht von der Herrschaft des Kaisers abließen. So wie sie im Jahre 1608 ihr Schicksal an das der Böhmen knüpften, so drängten sie auch jetzt im Verein mit diesen den Kaiser nicht nur zur Gewährung religiöser Freiheit, sondern auch zur Abstellung mannigfacher politischer Beschwerden. Die Fürsten und Stände
6. Mai 1609 Schlesiens schickten aus ihrer Mitte eine Gesandtschaft nach Prag ab, welche an den Kaiser eine lange Reihe von Forderungen zu stellen hatte, unter denen die, welche die Religion betraf, die erste und wichtigste war. Als die Gesandten in Prag anlangten, wurden sie von den Böhmen als willkommene Bundesgenossen aufgenommen und mit ihnen im Monat Juni, da dem Rudolf die Unterzeichnung des Majestätsbriefes beharrlich verweigert wurde, ein Bündniß zur gegenseitigen bewaffneten Hilfeleistung abgeschlossen. Nachdem der Majestätsbrief ertheilt worden, war dieses Bündniß zwecklos geworden, nichtsdestoweniger beschlossen die Böhmen dasselbe nicht aufzugeben, sondern auch für die Zukunft aufrecht zu erhalten. Nach ihrer Absicht sollte es gegen Jedermann gekehrt sein, der sie in der freien Uebung ihres Glaubens beeinträchtigen würde, der Kaiser selbst aber sollte dasselbe bestätigen und so sanktioniren. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Böhmen hierin das Stirboholer Bündniß, welches die Ungarn, Mährer und Oesterreicher verband, nachahmten, nur mit dem Unterschiede, daß sie es offen abschlossen, während der Stirboholer Bund ein Geheimbund war.

In wie weit Anhalt seit seiner Anwesenheit in Prag die Protestanten in ihrem Entschlusse, das schlesische Bündniß aufrecht zu erhalten, bestärkt hatte, ob er vielleicht hiebei wie bei der Fortsetzung der Rüstungen den Ausschlag gegeben, ist uns nicht näher bekannt. Wir wissen nur so viel, daß ihm der Abschluß eines Bündnisses wie das erwähnte im höchsten Grade genehm war, weil er darin die Gelegenheit ersah den Böhmen auch eine Verbindung mit der Union mundgerecht zu machen. Wie er überhaupt in allen seinen Plänen großartig und kühn war, so glaubte er auch mit den Böhmen nicht bloß die Schlesier, sondern auch die Mährer, Oesterreicher und Ungarn zu gewinnen. Die Praktiken, zu denen er Tag für

Google Original from HARVARD UN

Tag in Prag geladen wurde, benützte er, um für seinen Plan Propaganda zu machen *) Nach seiner Meinung sollten die Böhmen ihren Bund nicht auf die Schlesier allein beschränken, sondern denselben auch auf die Theilnehmer des Ettersberger Bündnisses erweitern und allesammt sollten sie dann in die deutsche Union eintreten. Dieser Plan scheiterte jedoch an der Abneigung der Böhmen gegen eine Verbindung mit Ungarn. Die habsburgischen Herrscher hatten als Könige von Ungarn ein Interesse dies Land gegen die Türken zu sichern und der Vertheidigung große Opfer zu bringen, geringer war aber das Interesse bei den Böhmen, denen eine Verbindung mit Ungarn gleichbedeutend mit einer jährlich zu zahlenden Türkensteuer war.**) Als Anhalt sich über die Sachlage belehrt hatte, beschloß er die Ettersberger Verbündeten außer dem Spiel zu lassen und nur die Verbindung Böhmens und Schlesiens mit der Union zu versuchen. Zuerst wendete er sich an die Abgeordneten Schlesiens und suchte ihnen die Ueberzeugung beizubringen, daß ihr Bündniß mit Böhmen so lange nicht im Stande sei seiner Aufgabe zu genügen, so lange es nicht eine Stütze an der Union fände, und forderte sie deshalb auf, mit der letztern in eine vertragsmäßige Verbindung zu treten, deren Bedingungen Anhalt bereits seit längerer Zeit entworfen hatte und vorwies.***) Die schlesischen Gesandten lehnten seinen Antrag nicht ab, erklärten jedoch, daß sie ohne ein gleichzeitiges Einverständniß mit den Böhmen nichts thun könnten. Nun begann Anhalt theils selbst, theils mit Hilfe des pfälzischen Rathes Camerarius, der ins Geheimniß gezogen wurde, Verhandlungen mit den letztern und namentlich mit Budowec, der, nachdem er anfänglich einige Bedenken geäußert hatte, es über sich nahm, bei seinen Gesinnungsgenossen die Vertretung des vorgeschlagenen Bündnisses zu übernehmen. An Geneigtheit zu einer engeren Verbindung mit der Union fehlte es in Böhmen nicht, dennoch kam dieselbe nicht zu Stande. Als Budowec seinen Freunden die Vorschläge Anhalts mittheilte, fanden sie wohl allgemeinen Beifall, allein man entgegnete, daß man, ohne den Kaiser auf das äußerste zu reizen, im Landtage die Berathung eines solchen Bündnisses nicht vornehmen könne. Man sieht, Anhalt ging in seiner Kühnheit so weit, daß er die Böhmen und Schlesier zu einem offenkundigen Bund mit der Union drängen wollte, wohl überzeugt, daß dann der ersehnte Bruch mit dem

*) Münchner Reichsarchiv XV/2, 191 Bedenken an Max von Baiern ddo. 19 Sept. 1609.

**) Bernburger Archiv Reg. I. ff. 1. 226/187. Anhalt an Achtermann ddo 6/10. Juli 1609.

***) Münchner Staatsarchiv 343/10, 131.

Google

Kaiser erfolgen müsse. Da aber die Böhmen zu große Scheu vor einem derartigen allgemein bekannten Bündniß an den Tag legten, so gab Anhalt, um sich ja nicht die Gelegenheit entschlüpfen zu lassen, auch hierzu nach und schlug einen Geheimbund vor, allen auch dazu verfaßte die Mehrzahl von Budowec's Freunden ihre Mitwirkung. Alles, was Anhalt zuwege brachte, war, daß ihm sowohl von Seite der Böhmen wie von Seite der Schlesier das Versprechen gegeben wurde, man wolle durch einzelne Männer — von Seite Schlesiens durch die Mitwirkung des Markgrafen Georg von Brandenburg — mit der Union vertrauliche Beziehungen unterhalten, die ihrer Zeit zu einem formellen Bündniß führen könnten.

Verstehen wir recht die Gründe, welche die Böhmen zu einer solchen Zurückhaltung trieben, so lagen sie einerseits in dem Umstand, daß die Mehrzahl der Protestanten im entscheidenden Momente Scheu vor einem sichtlich revolutionären Schritt empfand, andererseits in der Ueberzeugung der Parteiführer, daß nach dem in nicht weiter Ferne stehenden Tod des Kaisers eine bessere Gelegenheit zur Realisirung der an ein solches Bündniß sich knüpfenden Konsequenzen vorhanden sein werde. Das Bündniß war gleichbedeutend einem Bruche mit der Dynastie Habsburg und leichter schien derselbe nach Rudolfs Tode durchzuführen. Daß unsere Erklärung der Wahrheit nicht fern liegt, ergibt sich aus dem Umstand, daß Anhalt um diese Zeit von seinen böhmischen Freunden, namentlich aber von Rosenberg aufgefordert wurde, sich um das Inkolat oder die Landstandschaft in Böhmen zu bewerben.*) Der tiefere Grund dieses Vorschlags liegt auf der Hand. Gehörte Anhalt zu dem Adel Böhmens, so konnte er ungehindert an die Spitze der ständischen Opposition treten und nach Rudolfs Tode gleich Georg von Podebrad die Krone des Landes erringen. Daß Mathias bereits die Zusicherung der Nachfolge erhalten hatte, mochte keineswegs für ein unüberwindliches Hinderniß gelten. Anhalt, dem dieser Vorschlag nicht mißfiel, wagte gleichwohl keinen Schritt zu seiner Verwirklichung zu thun, bevor er nicht die Meinung Karls von Zerotin eingeholt hatte. Dieser, der die Tragweite und Endabsicht des Vorschlags wohl erkannte, erwiderte, daß es sich bei demselben zunächst nur um die Krone Böhmens handeln könne. Da Zerotin nicht der Mann war, der die Ordnung der österreichischen Verhältnisse auf dem Wege des Umsturzes wie Anhalt suchte, riet er demselben die Bewerbung um die böhmische Landstandschaft ab, fügte aber zu seiner Beschwichtigung bei, daß, wo es sich um den Thron handle, der Mangel des Inkolats weiter in keine Betrachtung kommen würde.**) Anhalt, der Zerotins Meinung

*) Bernburger Archiv fz. 1, 231/1. Anhalt an Zerotin ddo. 16/26. Sept. 1607.

**) Bernburger Archiv Reg. I. fz. 1, 231/29. Zerotin an Anhalt ddo. Brünn, 21. Okt. 1608.

Google Original f HARVARD UN

in der Hoffnung eingehalt hatte, daß er Rosenbergs Vorschlag billigen werde, fand es nicht gerathen, seinem mißbilligenden Ausspruch entgegen zu handeln.

Die Sachlage war also diese: die Böhmen wiesen die unmittelbare Verbindung mit der Union ab, bei den Verhandlungen hierüber waren aber zwischen den Parteihäuptern und Anhalt Erklärungen gewechselt worden, aus denen hervorging, daß erstere in der nächsten Zukunft entscheidenden Schritten gegen die Habsburger nicht abhold seien, letzterer aber seine stete Mitwirkung in Aussicht stellte. Der Krone Böhmens wurde hiebei als eines freiwerdenden Gutes in mehr oder weniger positiven Ausdrücken gedacht und Anhalt als derjenige bezeichnet, der in Georgs von Poděbrad Fußstapfen treten könnte. Bei diesen allgemeinen Versicherungen und Vertröstungen auf die Zukunft verblieb es aber und die Böhmen nahmen darauf die weiteren Verhandlungen über das schlesische Bündniß wieder energisch in die Hand. Sie verlangten wiederholt und in immer drängenderer Weise vom Kaiser die Bestätigung desselben und als dieser hievon begreiflicherweise nichts wissen wollte, bestimmten sie, daß dasselbe auch ohne die königliche Sanktion gültig und rechtsbeständig sein solle. In der Landtafel wurde von ihnen die Erklärung eingetragen, daß, nachdem Klug. sie sich überzeugt hätten, der Kaiser werde ihr Bündniß nicht bestätigen, ohne dafür seine Gründe anzugeben, sie ihrerseits auch ohne diese Bestätigung das Bündniß mit Schlesien als gültig und verbindlich ansähen. Sie würden den Defensoren die Vollmacht übertragen, allen Forderungen des Bündnisses gerecht zu werden und, wenn es nöthig sein sollte, Geldsummen in jedem Betrage im Namen der Stände aufzunehmen. Leicht konnte man meinen, daß dieser seinem Inhalt nach vollständig auf revolutionärer Bahn sich bewegende Beschluß zu einem Bruch mit dem Kaiser führen müßte. Allein er blieb ohne weitere Folgen, der Kaiser begnügte sich mit seiner Nichtbestätigung und die Böhmen mit der Eintragung in die Landtafel.

Hatte der Kaiser dem Bündniß seine Sanktion verweigert, so ertheilte er doch den Schlesiern, wie das nicht zu umgehen war, einen Majestätsbrief auf das freie Bekenntniß der Augsburgischen Konfession. Gleiche Privilegien wurden den Ständen der beiden Lausitze, der Grafschaft Glatz und des Egerer Kreises, die für sich gesonderte Staatsgebiete bildeten, zu Theil. So war der Protestantismus in allen von Rudolf und Mathias beherrschten Ländern zu einer mehr oder weniger unbeschränkten gesetzlichen Anerkennung gelangt. Die Katholiken bildeten überall eine wenig zahlreiche Minorität, der ihre Existenz fast nur der besondern Stellung, die sie zu ihren Fürsten einnahm, zu danken schien.

Google Original f HARVARD UN

Bevor wir auf die Erörterung der Forderungen, die wir für natürliche Konsequenzen des Majestätsbriefes erklärt haben, eingehen, müssen wir noch eines interessanten Umstandes gedenken. Wir erwähnten, daß die Schlesier ihre Gesandten mit mehreren Aufträgen nach Prag abgeordnet hatten. War derjenige, welcher die Religion betraf, für den Augenblick auch der wichtigste, so waren einige der andern doch auch von hervorragender Tragweite, denn ihre Tendenz ging dahin, das Band zu lösen, welches Schlesien bis dahin an Böhmen knüpfte. Die Krone Böhmens, eine Bezeichnung, mit der man figürlich Böhmen und seine Nebenländer umfaßte, war, wenn Schlesiens Forderungen durchgingen, dem Verfalle preisgegeben. Der Sinn dieser Behauptung wird durch die folgende Auseinandersetzung klar.

Daß es zwischen den Ländern der böhmischen Krone nie eine so innige Verbindung gab, wie sie heutzutage zwischen den Unterthanen eines und desselben Herrschers regelmäßig besteht, wird Niemanden bei einiger Kenntniß der mittelalterlichen Verhältnisse befremden, war es ja doch in andern Staaten ebensowenig der Fall. Das Band der Zusammengehörigkeit war hier noch überdies durch verschiedene Ereignisse, namentlich die Hussitenkriege und die Fremdherrschaft des ungarischen Königs Mathias, der Mähren, Schlesien und die Lausitz elf Jahre lang getrennt von Böhmen besaß, gelockert. Von den Böhmen war die Bildung des böhmischen Staates ausgegangen, der Vortheil hievon war ihnen in der Form mannigfacher Prärogative, die sie über die Nebenländer besaßen, zu Theil geworden. Daß diese Prärogative einen gewaltigen Stoß erleiden mußten, wenn die Herrschaft Böhmens während längerer Zeit unterbrochen oder durch eine Fremdherrschaft ersetzt wurde, ist leicht begreiflich, und schon zu Ferdinands I Zeiten wurde von Seite Schlesiens ein heftiger Protest gegen das bis dahin von den Böhmen stets allein geübte Recht, den gemeinsamen König zu wählen, erhoben. Seit der Zeit ergossen sich neben den Schlesiern auch die Mährer in öfter wiederholten Klagen, in denen sie sich gegen den Einfluß, welchen die Böhmen auf die schlesische und mährische Verwaltung besaßen und gegen die Ehrenrechte, welche dieselben für sich in Anspruch nahmen oder gegen die von ihnen ununterbrochen allein ausgeübten Königswahlen erhoben. Diese Klagen wurden von den Böhmen nie weiter gewürdigt, noch weniger ihnen abgeholfen, das was ihnen allein die Spitze abgebrochen hätte, nämlich eine so innige Verschmelzung der Interessen sämmtlicher Länder der böhmischen Krone, wie sie etwa durch Errichtung eines gemeinsamen Jahr aus Jahr ein zu berufenden Parlaments, durch Schaffung eines einzigen obersten Gerichtshofes oder einer einheitlichen Verwaltung zu Stande gekommen wäre und bei der dann nicht

Google Original f HARVARD UN

von der Herrſchaft eines Theiles über den andern, ſondern aller über alle die Rede ſein konnte, das lag nicht im Geiſte des 16. Jahrhunderts, welches nach dem Beiſpiele des Mittelalters die Macht in kleinere Kreiſe zu zergliedern beliebte und nicht das Getheilte vereinte. So blieb es alſo beim Alten, da die Böhmen nicht nachzugeben bereit waren und die Herrſcher aus dem Hauſe Habsburg, zu ſehr durch den Türkenkrieg in Anſpruch genommen, der Löſung ſo heikler Fragen um ſo mehr aus dem Wege gingen, als ſie eher auf Seite der Böhmen als ihrer Gegner ſtanden.

Es liegt auf der Hand, daß die Vorgänge im Jahre 1608 auch in dieſer Angelegenheit von Bedeutung ſein mußten; wer konnte hindern, daß die Revolution, die zunächſt gegen den Kaiſer gerichtet war, ſich nicht auch gegen ein Volk richtete? In der That war dies auf Seite der Mähren der Fall; als ſie ſich mit Mathias verbanden, thaten ſie dies nicht allein um die Herrſchaft des Kaiſers abzuſchütteln, ſondern auch ihr freies Beſtimmungsrecht gegen Böhmen zu wahren und dieſem Lande gegenüber eine beigeordnete und nicht eine untergeordnete Stellung in Anſpruch zu nehmen. Zwar die Böhmen, als ſie in die Trennung von Mähren willigten, thaten es nur unter dem Vorbehalte, daß dieſes ſpäter wieder mit ihrer Krone und zwar unter den gleichen Bedingungen, wie von Alters her verbunden würde, aber es war dies im Augenblicke wenig mehr als eine Phraſe, das alte Verhältniß zwiſchen Böhmen und Mähren war definitiv gelöſt und die Zukunft mußte über die Bedingungen der Wiedervereinigung entſcheiden. — Es blieb jetzt Schleſien, das von Böhmen nicht abließ und ſich Mathias nicht zugeſellte, aber nichtsdeſtoweniger, um mich eines modernen aber hier bezeichnenden Ausdruckes zu bedienen, eine Reviſion ſeines Vertragsverhältniſſes zu Böhmen verlangte. Bei den Verhandlungen, die zum Vertrage von Lieben (1608) führten, hatten die Schleſier keine Zeit ihre Forderungen durchzuſetzen, als ſie aber im Mai 1609 ihre Vertreter nach Prag abordneten, trugen ſie ihnen nicht nur die Beſorgung der religiöſen Angelegenheiten, ſondern eine Neugeſtaltung des Verhältniſſes auf, das Böhmen und Schleſien verband.

In welcher Weiſe ſie es mit der Neugeſtaltung dieſes Verhältniſſes meinten, ergibt ſich aus der Auffaſſung desſelben als eines beigeordneten und nicht untergeordneten. Schleſien, ſo hieß es in der von den Ständen und Fürſten des Landes dem nach Prag abgeſchickten Geſandten mitgegebenen Inſtruction, iſt in freiwilligen Verband mit Böhmen getreten, iſt dieſem Lande nicht unter-, ſondern beigeordnet. Wiewohl dieſe Behauptung, die einzelnen Theile Schleſiens ſeien freiwillig in Verbindung mit der Krone Böhmens getreten und es habe urſprünglich ein coordinirtes und nicht ein ſubordinirtes Verhältniß beſtanden, nicht die hiſtoriſche Unter-

Google

ſuchung auszuhalten vermag, ſo war es in dieſem Momente weniger wichtig, ob die geſchichtlichen Behauptungen der Schleſier richtig als vielmehr ob die Böhmen mächtig genug ſeien, ſolchen Anſprüchen unverweilt zu begegnen. Da die Schleſier ihr Verhältniß als ein koordinirtes auffaßten, ſo verlangten ſie 1. zu allen künftigen Königswahlen berufen zu werden, weil ſie ſonſt durch eine fernere Mißachtung ihres Rechtes zu einem entſcheidenden Gegenſchritt gezwungen würden *); 2. die vollſtändige Trennung der ſchleſiſchen Verwaltung von der böhmiſchen in der Art, daß fortan nur ein Gegenſtand, der Schleſien allein anging, von böhmiſchen Räthen verhandelt würde; 3. die Herausgabe der in Karlſtein befindlichen und auf Schleſien allein bezüglichen Privilegien; 4. die Unabhängigkeit Schleſiens von jedem böhmiſchen Gerichte und 5. die Beſchränkung der Wirkſamkeit des oberſten Kanzlers auf Böhmen und Ernennung eines ſchleſiſchen Vicekanzlers als Vorſtandes der königlichen Kanzlei für Schleſien. Die letztere Forderung war die weitgehendſte. Der oberſte Kanzler von Böhmen war gewiſſermaßen der Staatsminiſter für ſämmtliche böhmiſche Kronländer, allerdings mit dem beſchränkten Wirkungskreiſe, wie ihn jene Zeit mit ſich brachte; durch ſeine Vermittlung äußerte ſich der Einfluß der königlichen Gewalt auf die Unterthanen in ihrer Geſammtheit oder im Einzelnen. Da grundſätzlich beſtimmt war, daß der Kanzler ein Böhme ſein müſſe, ſo war der Wirkungskreis desſelben eine privilegirte Domäne der Böhmen. Dadurch daß die Schleſier den Kanzler von ihren Angelegenheiten vollſtändig fern halten wollten, gedachten ſie ſich von aller Einflußnahme Böhmens zu emanzipiren. Der einzige Vorzug, den ſie dem Stammlande der böhmiſchen Monarchie zuerkennen wollten, war der, daß der Kanzler Böhmens allein dieſen Titel tragen ſolle, der ihrige dagegen nur den eines Vicekanzlers bei übrigens völlig gleichem Wirkungskreiſe führen ſolle.

Die Tragweite der ſchleſiſchen Forderungen unterliegt keinem Zweifel, ſie war aber nicht bloß an ſich von großer Bedeutung, ſie mußte auch unausweichlich große Konſequenzen in Mähren und den Lauſitzen nach ſich

*) Sie würden, heißt es in der an den Kaiſer gerichteten Darſtellung der ſchleſiſchen Gravamina, gezwungen ſein „per contrarios actus in künfftig ihr possessorium zu erhalten.“ Man ſieht alſo, ſie drohten förmlich mit einer Gegenwehr. Die Darſtellung der ſchleſiſchen Verhältniſſe entnehmen wir aus Originalakten, die im böhmiſchen Statthaltereiarchiv unter der Signatur L. 34 enthalten ſind und zwar: Inſtruktion der ſchleſiſchen Fürſten und Stände für die nach Prag reiſenden Geſandten ddto. 6. Mai 1609, dann die dem Kaiſer im Juli 1609 auf Grund dieſer Inſtruktion überreichte Beſchwerdeſchrift, endlich die kaiſerliche Reſolution ddo. 6. Nov. 1609.

Google

ziehen. Wenn Mähren wieder einmal an Böhmen zurückfiel, so stand mit Gewißheit zu erwarten, daß es für sich eine gleich freie Stellung wie Schlesien werde in Anspruch nehmen wollen und falls dieses mit seinen Forderungen noch nicht durchgedrungen war, daß es sich mit Schlesien zur Erlangung derselben verbinden werde. Daß die Lausitz nicht zurückbleiben würden, war eben so wenig zu bezweifeln. In der That entwickelte sich alles in der Weise, wie wir dies hier andeuten. — Als dem Kaiser die schlesischen Beschwerden überreicht wurden, gab er nur bezüglich der freien Religionsübung, wie er nicht anders konnte, nach, bezüglich der andern staatsrechtlichen Angelegenheiten ertheilte er erst nach mehreren Monaten seine gewöhnliche ausweichende Antwort. Man wundere sich nicht über 6 Mo.
eine solche Schonung der Böhmen in einer Zeit, wo er ihnen nicht 1609
gerade zum Dank verpflichtet war. Abgesehen davon, daß er unter dem Einflusse böhmischer Rathgeber namentlich des Kanzlers handelte, mußte ein böhmischer König es wohl überlegen, ob er eine solche Auflösung der bisherigen staatsrechtlichen Verhältnisse unterstützen solle oder nicht. Die Schlesier wurden also für diesmal abgewiesen, aber im Jahre 1611 erneuerten sie, unterstützt von den Mährern und Lausitzern, denselben Versuch und die weitere Erzählung wird zeigen mit welchem Erfolg.

Während die Angelegenheiten wegen des schlesischen Bundnisses und der Entfernung des Kanzlers von den Protestanten eifrig betrieben wurden, stellten sie zugleich am Landtag eine Reihe anderer Forderungen, die wir als Konsequenzen des Majestätsbriefes bezeichnet haben. Sie betrafen 1. die Gleichstellung der Katholiken und Protestanten im Amte und Gerichte, 2. die Festsetzung der Machtbefugnisse der Defensoren und endlich 3. die Anerkennung der von den Protestanten für ihr neuerrichtetes Konsistorium und für die reorganisirte Universität festgesetzten Ordnung.

Was den ersten Punkt betrifft, so verlangten die Protestanten, daß fortan bei Besetzung der obersten Aemter auf sie eine gleiche Rücksicht wie auf die Katholiken genommen werde, in dem Landrechte aber, dem ersten Gerichte des Landes, die Mitglieder zur Hälfte aus ihrer Mitte, zur Hälfte aus den Katholiken entnommen wurden. Gewiß war bei den damaligen Verhältnissen eine solche Gleichstellung der Parteien die einzige Garantie für die gleichmäßige Anerkennung des gegenseitigen Rechtes und sonach das Verlangen der Protestanten ein billiges. Der Kaiser war aber nicht bereit in diesem Punkt nachzugeben und der Oberstburggraf gab in seinem Namen nur das Versprechen ab, daß bei Besetzung von Aemtern die Protestanten möglichst berücksichtigt werden sollten. Merkwürdigerweise begnügten sich diese, die doch sonst mit Hartnäckigkeit an unbilligen oder staatsgefährlichen Forderungen festhielten, mit dieser unsicheren Vertröstung.

Google

Vielleicht trug hiezu die weitere Erklärung des Oberſtburggrafen bei, daß der Kaiſer Religionsangelegenheiten der Kompetenz der höheren Gerichte entziehen und hiefür einen Spezialgerichtshof, zur Hälfte aus Katholiken zur Hälfte aus Proteſtanten beſtehend, errichten wolle. Es iſt uns nicht bekannt, ob dieſer Gerichtshof in der That je zu Stande kam, für den Augenblick ſcheint aber dies Verſprechen eine beruhigende Wirkung gehabt zu haben.

Was die Feſtſetzung der Machtbefugniſſe der Defenſoren betrifft, ſo hatte es damit folgendes Bewandtniß. Schon bei Gelegenheit der Ertheilung des Majeſtätsbriefes war bekannt worden, daß die Proteſtanten die Leitung ihrer Kirchenbehörde, des Konſiſtoriums, und ihrer Univerſität in die Hand nehmen ſollten. Da ſie es jedoch nicht in ihrer Geſammtheit thun konnten, ſo ſollte ein Ausſchuß aus ihrer Mitte, deſſen Mitglieder den Titel Defenſoren führen ſollten, mit dieſer Sorge ſich befaſſen. Es lag nun in der Abſicht der Proteſtanten möglichſt weitgehende Befugniſſe in die Hand der Defenſoren zu legen. So hatten ſie bei Gelegenheit der Verhandlungen über das ſchleſiſche Bündniß denſelben trotz alles Widerſtandes von Seite des Kaiſers die Vollmacht ertheilt, im Falle der Noth Truppen zu werben und Geld aufzunehmen, um den Verpflichtungen des erwähnten Bündniſſes nachzukommen. Jetzt wollten ſie auch mit Umgehung eines Artikels der Landesordnung, der unter hoher Strafe die Berufung eines allgemeinen oder Partiallandtags ohne Genehmigung des Königs verbot, den Defenſoren die Befugniß ertheilen, die Proteſtanten zu einem Separatlandtage nach Prag zu berufen, wenn ſie es im Intereſſe ihrer Partei bei einer etwaigen Rechtsverkürzung für nothwendig halten ſollten. Gegen dieſe Befugniß zur Berufung von Rumpflandtagen erhoben ſich die Katholiken energiſch. Nach langen Verhandlungen wollten ſie den Defenſoren nur geſtatten, etwaige Klagen bei den oberſten Beamten und dem Landrechte in Prag anhängig machen zu dürfen, im Falle der Landtag nicht tagen ſollte. Die Proteſtanten begnügten ſich aber nicht mit dieſem Zugeſtändniſſe und ihre Beharrlichkeit führte ſie zu einem theilweiſen Siege. Rudolf geſtattete mit Zuſtimmung der Katholiken, daß, wenn es ſich um wichtige proteſtantiſche Angelegenheiten handeln würde, welche von den Defenſoren nicht allein entſchieden werden könnten, und ein Aufſchub bis zur Zuſammenkunft eines Landtages nicht zuläſſig wäre, dieſe befugt ſein ſollten, Vertreter aller böhmiſchen Kreiſe und zwar ſechs aus jedem einzelnen ſammt den in Prag anweſenden proteſtantiſchen Mitgliedern des Landrechts, des Kammergerichts u. ſ. w. zu einer gemeinſchaftlichen Berathung zu berufen. Doch dürfte kein Gegenſtand verhandelt werden, der irgendwie die katholiſchen Intereſſen berühren könnte, ſondern die Ver-

Google

handlungen müßten einzig und allein auf die protestantischen Angelegenheiten beschränkt bleiben. Gegenstände gemischter Natur blieben der Kompetenz des Landtags oder des zu bildenden Spezialgerichtshofes vorbehalten. Gegen die Rechte, welche die Protestanten den Defensoren über das Konsistorium und die Universität einräumten, erhoben weder der Kaiser noch die Katholiken einen Widerspruch.

Was die Anerkennung der neuen Einrichtung betrifft, welche die Protestanten dem Konsistorium und der Universität zu geben für gut fanden, so hatte es damit von Seite der Katholiken und des Kaisers keine Schwierigkeit, desto schwieriger war aber für die Protestanten selbst die Festsetzung dieser neuen Ordnung, weil sich hiebei der Gegensatz zwischen den verschiedenen Glaubensparteien, welche sich mit der gemeinschaftlichen Annahme der durch den Majestätsbrief allein bewilligten böhmischen Konfession deckten, ohne doch wahrhaft eins zu sein, mitunter in schroffer Weise kundgab. Eine kurze Schilderung der unter den Protestanten deshalb geführten Verhandlungen wird zur Begründung unserer Angaben hinreichen.

Es war bestimmt worden, daß es fortan im Lande nur zwei Kirchenbehörden zu geben habe: den Erzbischof für die Katholiken, das Konsistorium für die Anhänger der böhmischen Konfession. Bis jetzt hatten alle protestantischen Parteien vom Kaiser die Gewährung dieser Konfession verlangt und sie war ihnen unter der Bedingung ertheilt worden, daß sie den Katholiken gegenüber nur eine einzige Kirchengemeinde bilden folglich nur einer einzigen Behörde, dem von ihnen zu besetzenden Konsistorium unterthan sein sollten. Es war aber jedermann bekannt, daß unter den Protestanten keine solche Einigkeit herrsche, wie sie eine einheitliche kirchliche Behörde voraussetzt. Im Gegentheil, man unterschied bei ihnen drei Parteien, die von einander nicht wenig verschieden waren. Die erste von ihnen waren die eigentlichen Anhänger der böhmischen Konfession, die Utraquisten, wie sie sich noch immer in altherkömmlicher Weise bezeichneten, obwohl sie sich definitiv vom Altutraquismus losgesagt hatten. Zu ihnen gehörte die Masse des böhmischen Volkes, an 70 Perzent der Bevölkerung des Landes. Die zweite Partei waren die böhmischen Brüder. Sie hatten sich dem Begehren nach der Freigebung der böhmischen Konfession angeschlossen und damit erklärt, daß sie mit den Utraquisten dogmatisch genau seien. Man bezweifelte aber in Böhmen und mit Grund, daß sie ihre bisherige kirchliche Einrichtung, welche bereits an 150 Jahre alt war, aufgeben würden, um sich einem Kirchenregimente anzuschließen, über das erst Berathungen, bei denen sie gewiß nicht die entscheidende Stimme führen würden, gehalten werden sollten. Zu diesen zwei Parteien

Google

geſellte ſich noch eine dritte, die der eigentlichen Lutheraner. Sie waren wenig zahlreich und nur an den deutſchen Grenzen des Landes verbreitet, von ihnen war es ſowohl zweifelhaft, ob ſie die Auguſtana zu Gunſten der weniger berühmten Konfeſſion aufgeben, als auch, ob ſie ſich einem Kirchenregiment unterwerfen würden, das ſie vollſtändig von Wittenberg trennen mußte.

Ueberſieht man nicht, wie lebendig die religiöſen Gegenſätze im Anfange des 17. Jahrhunderts waren, ſo wird man leicht die Spannung begreifen, mit welcher man in Böhmen den Berathungen über die Einrichtung des Konſiſtoriums und über eine etwa herzuſtellende einheitliche Gottesdienſtordnung entgegenſah. Die Katholiken dachten nicht anders, als daß unter ihren Gegnern ſelbſt ein Riß entſtehen müßte, der dieſelben um die Frucht ihrer Bemühungen bringen würde, denn ſie erwarteten, daß die Majorität nach möglichſter Uniformität in allen Einrichtungen trachten, weder den Brüdern noch den Lutheranern, welche beide nur eine verſchwindend kleine Minorität ausmachten, einen Reſt von Selbſtſtändigkeit gönnen und dadurch einen Kampf veranlaſſen würde, der zu ihrer gegenſeitigen Zerfleiſchung führen konnte. Dieſe Annahme wäre wohl durch die Ereigniſſe gerechtfertigt worden, wenn nicht ein Mann wie Budowec an der Spitze der ganzen Bewegung geſtanden wäre, der, ſelbſt der Minorität angehörend, zum voraus dafür ſorgte, daß dieſe in dem neuzubauenden Hauſe eine bequeme Wohnung finde. Und in der That ſeine Vorſorge machte ſich frühzeitig geltend. Da die Stände füglich nicht ſelbſt die neue Kirchenordnung berathen konnten, ſo beſchloſſen ſie damit eine Kommiſſion, beſtehend aus Geiſtlichen und Mitgliedern der Prager Univerſität, zu betrauen. In der Art der Zuſammenſetzung derſelben zeigt ſich bereits der Einfluß von Budowec und ſeinen Freunden. In die Kommiſſion wurden acht Utraquiſten und zwar vier Prager Pfarrer und vier Profeſſoren, dann vier Brüder und fünf Lutheraner im ganzen 17 Perſonen gewählt. Der Umſtand, daß die Bruder mit den Lutheranern die Majorität hatten, ſicherte ſie vor einer Vergewaltigung, die beiden gleich verhaßt war.

30. Juli 1609 Zwei Tage vor dem Beginn der Kommiſſionsberathungen erſchien im Univerſitätsgebäude der letzte Adminiſtrator des altutraquiſtiſchen Konſiſtoriums und überreichte den Profeſſoren die Akten der nunmehr begrabenen Behörde. So ohne Sang und Klang wurden die Kompaktaten, um deren Beſtätigung ſich die Böhmen ſo lange und ſo vergeblich bemüht hatten, begraben. In den darauffolgenden Berathungen der Organiſirungskommiſſion wurde ohne jeden Streit die böhmiſche Konfeſſion als gemeinſchaftlicher Glaubensausdruck angenommen. Damit gaben die Lutheraner

Google

von vornherein in diesem wichtigen Punkte nach, während die Brüder in dieser Beziehung nur bestätigten, was sie im Jahre 1575 und jetzt erklärt hatten, daß nämlich die böhmische Konfession ihre volle Bestimmung habe. Die Berathungen konnten schnell auf andere Gegenstände übergehen. Vier Punkte bedurften vor allem einer genauen Erörterung, einte man sich auch in ihnen, so war für die böhmischen Protestanten vorläufig nichts zu fürchten. Diese Punkte betrafen die kirchlichen Ceremonien, die geistliche Ordination, die Disziplin und die Zusammensetzung des Konsistoriums.

Als die Berathungen über die Ceremonien begannen, zeigten sich die Meinungen nicht getheilt, weil die gottesdienstliche Form bei den Brüdern so ziemlich der lutherischen gleichkam und diese bei den Kommissionsmitgliedern volle Anerkennung fand. Ein erbitterter Streit brach aber aus, als man auf die Kirchenkleidung, die als ein Theil der Ceremonien aufgefaßt wurde, zu sprechen kam. Die Utraquisten und Lutheraner der Kommission verlangten mit Entschiedenheit, daß sich der Priester bei dem Gottesdienste einer eigenen Kleidung namentlich der weißen Rochette bediene, was mit gleicher Entschiedenheit von den Brüdern verworfen wurde. Der Streit wurde bald so heftig, daß kaum auf eine Einigung weder in diesen noch in anderen Punkten zu hoffen war, namentlich nicht in Bezug auf die Ordination. Die Utraquisten verlangten nämlich, die Ordination solle allein von dem neu einzurichtenden Konsistorium ausgehen. Durch eine solche Bestimmung sahen sich die Brüder unmittelbar bedroht, denn da sie noch nicht wußten, ob ihnen eine Vertretung in dem Konsistorium eingeräumt werden würde, konnten sie befürchten, daß durch das Mittel der Ordination ihren Gemeinden allmälig solche Vorsteher aufgedrängt würden, welche mit Hintansetzung aller alten den Brüdern theueren Gewohnheiten und Uebungen nur trachten würden, sie mit der Masse der Utraquisten zu verbinden. Die Berathungen machten keinen Schritt vorwärts, man hatte die Kluft, welche zwischen den Parteien in einigen wichtigen Punkten obwaltete, konstatirt, aber kein Mittel ausfindig gemacht, sie auszufüllen.

Würden die Berathungen in dieser Art so weiter geführt worden sein, so hatten sie sich resultatlos zerschlagen und den Zwiespalt unter den Anhängern der böhmischen Konfession offen aufgedeckt. Wok von Rosenberg, der in Wittingau von diesen Zuständen Nachricht erhielt, mahnte die Direktoren dringend in einem Schreiben, sie möchten den Wünschen der Brüder gerecht werden. Schon hatten aber auch die Stände in Prag, von denen ein Theil den Verhandlungen der Kommission als stumme Zuhörer beizuwohnen pflegte, die Ueberzeugung gewonnen, daß sie nicht gut gethan hatten, das Werk der Einigung bloß Priesterhänden anzuvertrauen. Sie

Google

17 Aug. beſchloſſen daher ſelbſt und zwar am Rathhaus die Berathungen zu beginnen und bevor fünf Tage verfloſſen waren, ging aus ihrer Mitte ein Einigungsentwurf hervor, der in der That geeignet war, die Brüder, um die es ſich vor allem handelte, zu befriedigen.

Vermöge dieſes Einigungsentwurfes ſollte das Konſiſtorium, von dem fortan die Leitung des Kirchenweſens in Böhmen auszugehen hatte, aus 12 Mitgliedern beſtehen, ſechs ſollten dem utraquiſtiſchen Klerus, drei der Prager Univerſität und drei den Brüdern angehören. Auf die Lutheraner, die ganz und gar in den Utraquiſten aufgingen, wurde alſo keine Rückſicht genommen. Der Vorſteher des Konſiſtoriums, der Adminiſtrator, ſollte ſtets den Utraquiſten entnommen werden, ſein Stellvertreter im Falle der Vakanz aber jedesmal einer von den Brüderſenioren ſein, die im Konſiſtorium ihren Sitz hatten. Die Erziehung der Kandidaten des Prieſterſtandes ſollte jede Partei nach ihrem Ermeſſen leiten dürfen, die Ordination derſelben aber nur durch das Konſiſtorium geſchehen und zwar in der Weiſe, daß dem Ordinanden die Hände ſowohl vom Adminiſtrator wie von einem der Brüderſeniores aufgelegt würden. Zu Gunſten der Lutheraner wurde zugeſtanden, daß ein Kandidat, der in Wittenberg ordiniert worden, als giltig ordiniert anzuſehen ſei, nur ſollte er ſich einem Examen vor dem Adminiſtrator unterziehen, wenn er in der Seelſorge verwendet werden wollte. Bezüglich der Disziplin, die bei den Brüdern herrſch war, wurde beſtimmt, daß, wiewohl ſie nicht auf die Anhänger der böhmiſchen Konfeſſion allgemein auszudehnen ſei, doch ihre Beibehaltung bei der Unität weder einem Anſtand noch einem Tadel unterliegen ſolle.

Man ſieht der Einigungsentwurf nahm eine ſo tiefgehende Rückſicht auf die Brüder, daß denſelben ein engerer Anſchluß an die Utraquiſten ermöglicht wurde. Eine ſolche Nachgiebigkeit blieb auf die Brüder nicht ohne Rückwirkung und ſie glaubten ihrerſeits auch ein Opfer bringen zu müſſen. Sie waren jetzt erbötig, ihre bisherige Oppoſition gegen die Kirchenleitung, um derentwillen aus dem Werke der Einigung
1609 bald ein Werk der Zwietracht geworden wäre, aufzugeben. Am 22. Auguſt war der Einigungsentwurf aus der Hand der Stände hervorgegangen und am 23. Auguſt verſahen bereits zwei Brüder Cyrus und Korvin, beide Mitglieder des Berathungskomitées, unter großem Zulauf den Gottesdienſt in der ſo heftig verworfenen Rochette. So waren alle Differenzen beglichen und es bedurfte nur der Wahl der Konſiſtorialbeiſitzer und der Beſtimmung der neuen Gottesdienſtordnung, um die proteſtantiſche Bewegung zu einem vorläufigen Abſchluſſe zu bringen.

An der unmittelbaren Beſetzung des Konſiſtoriums wurden die Stände einige Wochen lang durch die Landtagsverhandlungen verhindert, die ihre

Google

Aufmerksamkeit auf andere Punkte lenken. In der Zwischenzeit gewannen einige von ihnen Muße über das Einigungswerk nochzudenken und statt diesem so eifrig wie früher beizustimmen, fanden sie, daß in demselben den Brüdern überaus große Rechte eingeräumt worden. Graf Andreas Schlick stand an der Spitze dieser neu sich bildenden Opposition und als die Besetzung des Konsistoriums auf Grund des Einigungsentwurfs ernstlich in Angriff genommen wurde, wollte er mit einigen Gesinnungsgenossen nicht weiter an dem Werke sich betheiligen. Er benutzte sich dabei des Vorwandes, daß der Kaiser, der den Majestätsbrief nur einer religiösen Gemeinde gegeben, jetzt seines Wortes sich entbunden erachten würde, weil in der That zwei und nicht eine Gemeinde mit dem Majestätsbrief sich decke. Seine Einwände, wiewohl bis zu einem gewissen Grade begründet, wurden zurückgewiesen und er mit seinen Gesinnungsgenossen wieder zur Anerkennung des Einigungsentwurfes vermocht. Die Besetzung des Konsistoriums wurde darauf ohne Säumniß in Angriff genommen. Zu diesem Ende erging eine Einladung an die Geistlichkeit im ganzen Lande nach Prag zu kommen, wo ihr die Wahl ernster Kandidaten für die Administratur wurde aufgetragen wurde. Die Wahlhandlung fand schriftlich statt. 6. Okt.

Bevor die Stände die Untersuchung der abgegebenen Stimmzettel vernahmen, legten sie den versammelten Geistlichen den Entwurf einer neuen Gottesdienstordnung vor. Dieser Entwurf war in dem verflossenen Monat, wahrscheinlich mit Beihilfe einiger Geistlichen, von den Ständen selbst verfaßt worden. Die neue Gottesdienstordnung, so nämlich der lutherischen gleichkommend, sollte nur für die Utraquisten giltig sein, die Brüder sollten an der ihrigen festhalten dürfen. Zum Beweise, daß die Gottesdienstordnung der Unität der bei den Utraquisten einzuführenden im Wesen gleichkomme, hatten die Brüder eine Beschreibung derselben nach den einzelnen Theilen eingeschickt, sie wurde als Anhang der utraquistischen Gottesdienstordnung beigefügt und sollte fortan für die Brüder bindende Kraft besitzen. Die im Karolinum versammelte Geistlichkeit nahm die Mittheilungen ruhig auf und acceptirte damit von den Ständen nicht blos die Konsistorialverfassung, sondern auch die Norm für gottesdienstliche Verrichtungen. — Die Untersuchung der Wahlzettel ergab die meisten Stimmen für den Pfarrer am Tein Ende von Germania, dieser wurde darauf von den Ständen unverweilt als Administrator anerkannt, und neben ihm fünf Pfarrer, welche nach ihm die meisten Stimmen erhalten hatten, als Beisitzer des Konsistoriums proklamirt. Die Unität wählte aus ihrer Mitte drei Mitglieder, etwas später (11. Nov.) wurden von den Defensoren drei Mitglieder des Professorenkollegiums der Universität zu Konsistorialbeisitzern ernannt, und so belief sich die Gesammtzahl derselben auf zwölf. Ende von Germania war

Google Original from HARVARD UN

als Administrator der Präsident, Bruder Cyrus sein Stellvertreter. Alle diese Einrichtungen erlangten die Anerkennung des Kaisers und der Katholiken.

An die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse durch die Stände schloß sich noch die Reorganisation der Universität. Es ist natürlich, daß Veränderungen, die da vorgenommen wurden, nicht so wie die neuen Schöpfungen im Kirchenwesen auffallen konnten, selbst wenn sie wichtiger Natur waren. Sie waren aber nicht einmal dies letztere. Alles in allem beschränkten sich die Reformen auf unwesentliche Aenderungen, welche nicht geeignet waren, der Universität ein frischeres wissenschaftliches Leben einzuhauchen, hob man doch nicht einmal die beschränkende Bedingung auf, welche von sämmtlichen Professoren die Einhaltung des Cölibats forderte. Im Eifer für das Aufblühen der in ihren Mitteln etwas herabgekommenen Anstalt beschlossen die Stände sich eine Steuer aufzulegen und diese zu deren Besten zu verwenden. Es blieb aber nur bei diesem Beschluß, zur Zahlung kam es nie. Später wollten die Stände, um die Universität von der Last der Administration zu befreien, alle ihre Güter verkaufen, aber die Professoren lehnten dies mit kluger Vorsicht ab.

Nachdem die erzählten Einrichtungen theils vollendet theils angebahnt waren, blieb den Ständen nur noch die Wahl der Defensoren übrig, welche über Konsistorium und Universität die Aufsicht nach einer ihnen übergebenen Instruktion führen und den Ständen hiefür verantwortlich sein sollten.
2. Okt. 1609. Die Zahl der Defensoren wurde auf 24 bestimmt, je 8 aus einem Stande; als die Wahl vollzogen war, zeigte sich, daß der religiösen Ueberzeugung nach 16 den Utraquisten und 8 den Brüdern angehörten. Es versteht sich, daß Thurn und Budowec sich unter den Gewählten befanden. Schlick, auf den die Wahl auch gefallen war, lehnte dieselbe ab, ließ sich aber später überreden, an die Spitze der Defensoren zu treten. Sein Präsidium war jedoch nicht von langer Dauer. Die ersten Amtshandlungen, die der Administrator unternahm, zeigten von mehreren Verstößen gegen den Entwurf, auf den er wie alle Konsistorialbeisitzer vereidigt worden war, namentlich hatte er bei einer Ordination, bei welcher der Senior Cyrus zugegen war, diesen nicht aufgefordert, dem Ordinanden die Hände aufzulegen und damit gleich von vornherein gegen die Einheit einen herben Verstoß begangen. Als Budowec hiegegen Einsprache erhob und den Administrator zur Rechtfertigung aufforderte, erklärte dieser zu nicht geringer Ueberraschung der Defensoren, daß er so auf Geheiß des Grafen Schlick gehandelt habe. Schlick, der dies nicht läugnen konnte, zog sich von dem Präsidium zurück und der Einheit ward nach dem Wunsche Budowec's Genugthuung geleistet. Was Schlick betrifft, so hatte derselbe seinem Widerwillen gegen

Google

eine billige Behandlung der Brüder, wie er dies im Laufe des Jahres 1609 häufig gethan, abermals Ausdruck gegeben. Das Schmähliche dieses Benehmens lag vor allem darin, daß Schlick wiederholt sich hoch und theuer verschwor, es liege ihm der religiöse Friede im Lande am Herzen und er wolle lieber seiner Seligkeit verlustig gehen, ehe er die neue Ordnung verletzen und die Brüder in ihren Rechten angreifen würde. Trotz dieser Versicherungen unterließ er es nicht, den Brüdern hinterrücks ein Bein zu stellen, da er nicht Entschlossenheit genug besaß, ihnen offen entgegenzutreten. Er zeigte schon jetzt jene armselige Unentschlossenheit, die ihn im Jahre 1618 zu einem Werkzeuge Thurn's und zum Gespötte der Parteien machte und dennoch nicht vor dem Schafot bewahrte.

So hatten die Protestanten nachgerade alle ihre Forderungen theils mit theils gegen die Zustimmung des Kaisers zum Beschluß erhoben, und ihre Stellung im Lande von dem unmittelbaren Einflusse des Königs so frei zu machen gewußt, daß sie fast einen Staat im Staate bildeten. Jetzt zögerten sie auch nicht länger auf die Verhandlungen über die königlichen Propositionen einzugehen, die in kurzer Zeit zu Ende berathen wurden. Der Landtag währte bereits beinahe ein Jahr und da die Mehrzahl der Theilnehmer wieder zu ihren gewöhnlichen Beschäftigungen zurückzukehren wünschte, nahmen die Debatten einen raschen Verlauf. Auch die Auflösung der geworbenen Truppen wurde in Angriff genommen. Die Auslagen hiefür betrugen 350000 Schock, deren Bezahlung die Protestanten dem ganzen Lande und folglich auch den Katholiken auflegen wollten. Der Protest, den letztere dagegen erhoben, half nichts, sie mußten sich dem Majoritätsbeschlusse fügen. Dagegen erklärten sich die Protestanten ausdrücklich mit der Belassung des Kanzlers in seinem Amte zufrieden und bestanden auch nicht auf der ursprünglich von ihnen beantragten Landesverweisung des ehemaligen Primas der Prager Altstadt Hewel, den sie als einen Hauptgegner ihres Glaubens verfolgten. Am 23. Februar wurde der Landtag durch die königlichen Kommissäre zur allgemeinen Zufriedenheit geschlossen, nachdem er ein Jahr und 27 Tage gewährt hatte. Am Tage der Auflösung dankten die Direktoren von ihrem Amte ab und legten ihre Machtbefugniß in die Hände ihrer Kommittenten. Diese Auflösung war mehr eine scheinbare als wirkliche, denn thatsächlich traten die Defensoren an ihre Stelle. Kurz vor dem Schlusse hatten die Protestanten noch die Zahl der Konsistorialbeisitzer von 12 auf 14 erhöht, die zwei neu Hinzugetretenen gehörten der utraquistischen Färbung an. 1610

Es erübrigt uns noch zu erzählen, was Anhalt während der übrigen Zeit seines Aufenthaltes in Prag gethan. Das Ende des Landtags wartete er nicht ab, nachdem er im Laufe des Monats September die Ueberzeugung

Google

gewonnen hatte, daß bei der ununterbrochenen Nachgiebigkeit des Kaisers und bei der nach seiner Meinung allzugroßen Unentschlossenheit der Stände die äußere Ruhe in Böhmen nicht gestört werden würde. Er bemühte sich jetzt um so angelegentlicher dem ostensibeln Zweck seiner Reise nach Prag nachzukommen und vom Kaiser eine Antwort auf die Aufträge, mit denen ihn die Union betraut hatte, zu erlangen. Sie betrafen, wie bereits erzählt worden, die Restitution Donauwörths, die Aufhebung der Gerichtsbarkeit des Reichshofraths und die Entfernung derjenigen Räthe aus dem kaiserlichen Kabinete, die den Protestanten besonders feindlich gesinnt waren. Anhalt hatte nach seiner Ankunft in Prag nicht gezögert, bei dem Kaiser die Verhandlung dieser Punkte anzuregen, wiewohl ihm eine rasche Antwort sehr in Verlegenheit gebracht hätte, weil sie ihm die Gelegenheit zu einem längern Aufenthalte in Böhmen und zu seinen geheimen Verhandlungen mit den Protestanten entziehen konnte. Allein er hatte auf die erprobte Unentschlossenheit des Kaisers, der ihm überflüssige Muße gewähren würde und hierin hatte er sich nicht verrechnet.

1609 Kaum war nämlich Anhalt am 14. Juli in Prag angelangt, so suchte er durch den Landgrafen von Leuchtenberg bei dem Kaiser um eine Audienz nach. Er erhielt ziemlich rasch die Versicherung, daß ihm eine solche am 24. Juli ertheilt werden würde. Als er sich zu derselben in der Burg einfand, mußte er sich an diesem wie an den folgenden vier Tagen unverrichteter Dinge entfernen, bis er endlich drohte, daß er gleich den Böhmen sich eine Audienz erzwingen wolle. Am 28. ward ihm und seinen Begleitern dieselbe wirklich zu Theil, nicht ohne daß er vorher von dem Landgrafen gemahnt worden war, sein Ansuchen möglichst kurz zu fassen und jedenfalls nicht länger als eine halbe Viertelstunde bei dem Kaiser zu bleiben. Unter den Begleitern Anhalts befand sich der pfälzische Rath Camerarius so wie der Vertreter des Kurfürsten von Brandenburg, der vor einigen Tagen wegen der Jülich'schen Angelegenheiten in Prag angelangt war und diese in Gemeinschaft mit den Abgesandten der Union betreiben wollte. Der Kaiser empfing die Gesandten in des Vicekanzlers Strahlendorf Gegenwart und vernahm aus Camerarius' Munde eine kurze Auseinandersetzung der Forderungen der Union; sie betrafen die oben erwähnten drei Punkte, die Restitution Donauwörths, die Aufhebung der Gerichtsbarkeit des Reichshofrathes und die Entfernung schlechtgesinnter Personen aus dem kaiserlichen Rathe. Am Schlusse dieser Mittheilung wurde vom Kaiser eine Schrift überreicht, welche diesen dreifachen Gegenstand weitläufig erörterte. Hiemit hatte die Audienz ein Ende, ohne daß es zu irgend welchem Wechselgespräch gekommen wäre; der brandenburgische Gesandte begnügte sich mit der Ueberreichung seiner Kreditive.

Google Original f HARVARD UN

Bei der Darſtellung der Schwäbiſch-Haller Verhandlungen iſt mitgetheilt worden, daß die Union keine Luſt zeigte, ſich in die Jülicher Angelegenheit entſchieden einzumengen, ſo lange der Kurfürſt von Brandenburg, einer der Prätendenten um die Jülich'ſche Succeſſion, nicht ſelbſt um ihre Unterſtützung ſich bewarb. Ein wichtiges Ereigniß veranlaßte jedoch die Union dieſe reſervirte Haltung aufzugeben. Erzherzog Leopold war mittlerweile nach Jülich abgereiſt, hatte ſich daſelbſt der Feſtung bemächtigt Juli 1609
und dadurch die Union zur raſchen Thätigkeit vermocht. Anhalt bekam von den Mitgliedern derſelben den Auftrag, auch die Jülich'ſche Angelegenheit in den Kreis der Verhandlungen am kaiſerlichen Hof zu ziehen und deren Schlichtung im proteſtantiſchen Intereſſe zu verlangen. Dieſem Auftrage kam der Fürſt noch nach und ließ dem Kaiſer eine Schrift überreichen, in welcher derſelbe um Ablaſſung der von ihm verfügten Sequeſtration des Jülich'ſchen Erbes und um eine friedliche Entſcheidung zu Gunſten der rechtmäßigen Prätendenten erſucht wurde. Zu gleicher Zeit bat Anhalt um eine Privataudienz und erbot ſich dabei dem Kaiſer jede verlangte Auskunft über dieſe und andere Angelegenheiten zu geben. Die Privataudienz kaum 14. Aug. 1609
verlangt wurde ihm auch gewährt, und ſo wie Anhalt diesmal ohne Begleitung erſchien, ſo wurde er auch vom Kaiſer ohne die Anweſenheit eines Dritten empfangen. Anhalt eröffnete das Geſpräch damit, daß er die Forderungen der Union mit Außerachtlaſſung der Jülich'ſchen Angelegenheit erörterte und namentlich in eingehender Weiſe den Kaiſer auf die Nothwendigkeit aufmerkſam machte, einen Theil ſeiner Räthe, gegen die das Mißtrauen in Deutſchland beſonders groß ſei, zu entlaſſen. Aus den ſpätern Verhandlungen erſieht man, daß damit insbeſondere Stralendorf und Hammerwalde gemeint waren. Als der Kaiſer auf dieſe Auseinanderſetzungen bemerkte, es ſcheine ihm, daß der König von Frankreich ſich in die deutſchen Angelegenheiten einmiſchen wolle und Anhalt geradezu frug, ob bereits eine „Konjunktion" zwiſchen Heinrich und einigen deutſchen Fürſten zu Stande gekommen ſei, benützte dieſer die gebotene Gelegenheit, um die Urſachen der Begründung der Union und ihr Ziel auseinanderzuſetzen. Er verſicherte, daß die Union aus Anlaß des Bundes, welchen die Erzherzoge im Jahre 1606 zur Beraubung des Kaiſers geſchloſſen hätten, begründet worden (!) und daß ihr Zweck kein anderer ſei, als von Deutſchland die gewaltſame Unterdrückung fernzuhalten, welche der Kaiſer von ſeinem Bruder erfahren habe. Uebrigens möge der Kaiſer wiſſen, daß der Bund der Erzherzoge nicht ihr eigenes Werk ſei, ſondern daß der Plan dazu in Madrid und Rom geſchmiedet, der Vertrag ſobald er zu Stande gekommen, vom Papſte unterzeichnet und der Kardinal Melino eigens nach Spanien geſchickt worden, um Philipp III zu einem gleichen Schritt zu

Google Original f HARVARD UN

bewegen, was auch gelungen sei. Was den König von Frankreich betreffe, so gehe man nicht fehl, wenn man ihm den Plan zuschreibe, Frankreichs Herrschaft auch über Deutschland wie zu Karls d. G. Zeiten auszudehnen; gegen alle diese Angriffe habe der Kaiser keine andere Stütze, als wenn er sich auf das engste den Reichsständen anschließe und jene Rathgeber von sich entferne, die ihm diesen Anschluß widerrieten; der Kaiser sei die Sonne, die alles erleuchten solle, jene bösen Rathgeber dienten zu nichts anderem, als diese Sonne zu verfinstern. Schließlich kam er auch auf die Jülich'sche Successionsfrage zu sprechen und bat, daß die deshalb überreichte Schrift von dem Kaiser eingehend erwogen würde. *)

Von diesem ganzen Zwiegespräch behielt der Kaiser den Eindruck voller Furcht vor Gefahren, die ihm von allen Seiten drohten und er schickte deshalb später den Landgrafen von Leuchtenberg zu Anhalt, um diesen um nähere Angaben über die Pläne Spaniens, Roms und namentlich über das, was er mit der beispielsweisen Anführung Karls des Großen gemeint habe, zu ersuchen. Anhalt fand es für gut, da er nicht mehr den furchtsamen und leichtgläubigen Kaiser vor sich hatte, über seine früheren diplomatischen Enthüllungen mit allgemeinen Behauptungen zu schlüpfen, so daß selbst der Kaiser aus dem Berichte des Landgrafen die Ueberzeugung gewann, Anhalt lege es vor allem darauf an, ihn „zu überlisten und zu betrügen", wie er später gegen seine eigenen Räthe sich ausdrückte. **) Da nach der Audienz Anhalt von Seite des Kaisers keine Antwort auf die verschiedenen Forderungen der Union erhielt, so hätte er um so mehr die Rückreise antreten können, weil er hiezu von seinen Auftraggebern geradezu aufgefordert wurde, da diesen die Kosten der langwierigen Gesandtschaft nachgerade zu groß wurden. Allein Anhalt machte keine Anstalten zur Abreise, sondern benützte den willkommenen Vorwand, den ihm der Kaiser durch die Verzögerung der Antwort bot, um mit den protestantischen Parteihäuptern die oben geschilderten Verhandlungen weiter zu führen. Nachrichten hierüber mögen dem Kaiser in ziemlicher Anzahl und Genauigkeit zugekommen sein und so gewann er es endlich über sich, Schritte zu thun, um seinen gefährlichen Gegner von Prag zu entfernen. Nachdem
1 Sept. er dem Fürsten nochmals eine Audienz bewilligt hatte, wobei es zu keiner anderen Auseinandersetzung kam, als daß Anhalt auf einen günstigen Bescheid für die Union drang, versuchte er denselben, so sehr er ihn auch

*) Münchner Staatsarchiv 113—10 99. Bericht an Pfalz-Neuburg dto. 4/14. Juli 1608.

**) Münchner Reichsarchiv XV 2. 304. Bedenken an Max von Baiern dto. 9. Okt. 1608.

Google

hoffen mochte, durch vortheilhafte Verheißungen auf seine Seite zu bringen. In Rudolfs Auftrage fand sich der Landgraf von Leuchtenberg bei Anhalt ein und verlangte von ihm, daß er seinen Einfluß zu Gunsten des Kaisers bei den Protestanten verwende und bot ihm hiefür im Namen des Kaisers die Ertheilung eines Lehens, einer Anwartschaft oder die Gewährung irgend eines Wunsches an.*) Anhalts Ehrgeiz ging weiter als nach irgend einer noch so glänzenden Gunstbezeugung des Kaisers und er lehnte deshalb unter höflichen Anerbietungen diesen Versuch ihn zu gewinnen ab. Die Folge davon war, daß im kaiserlichen Kabinete ernstlich berathen wurde, wie man die schriftlichen Eingaben Anhalts beantworten solle. Zwar eine Antwort war demselben bereits zu Theil geworden, da sie aber in das Wesen der Forderungen nicht einging, sondern in allgemeinen Phrasen sich ergoß, so hatte Anhalt sich damit nicht begnügt, sondern eine Entgegnung an die kaiserliche Kanzlei eingeschickt. Nun begann zwischen einigen Vertretern des Kaisers, unter denen der Landgraf von Leuchtenberg der erste war, und zwischen dem Fürsten von Anhalt und seinen Begleitern eine langwierige Unterhandlung über die einzelnen Forderungen der Union. Ernstlich wurde nur die Donauwörther und die Jülicher Angelegenheit besprochen, weil die Union auf eine Befriedigung in dieser Beziehung das meiste Gewicht legte und die andern Forderungen, wie die bezüglich des Reichshofraths und namentlich die wegen Entfernung schlechtgesinnter Räthe aus der Umgebung des Kaisers, füglich nicht erörtert werden konnten. Bei diesen Verhandlungen schien es, als ob man wirklich den Wünschen der Union kaiserlicherseits genügen wolle, denn gegen die Restitution Donauwörths wurde kein Einwand erhoben, dieselbe wurde vielmehr für die nächste Zeit in Aussicht gestellt und als Anhalt auf die Bestimmung eines festen Termins drang, wurde der Ablauf des vierten Monats vom Tage der Unterhandlungen als der äußerste Termin festgesetzt. In der Jülicher Angelegenheit betonten die kaiserlichen Unterhändler keineswegs das Recht der Sequestration, welches der Kaiser in der dem Erzherzog Leopold übertragenen Besitzergreifung Jülichs so offen in Anspruch genommen hatte, sondern versprachen, daß die Entscheidung über die Jülich'sche Successsion einem Fürstenrathe anheimgestellt werden würde, dessen Zusammenstellung nicht von dem alleinigen Belieben des Kaisers abhängen solle. Diese Nachgiebigkeit von Seite Rudolfs und seiner Unterhändler war jedoch, wie die folgenden Ereignisse lehren, nur eine scheinbare und hatte bei der geschilderten Sachlage keinen andern Zweck, als den

*) Münchner Staatsarchiv IIG 214. Anhalt an Kurpfalz ddo. Prag 2/12. Sept. 1608.

Google

Fürſten von Anhalt jeden Vorwand zur Verlängerung ſeines Aufenthalts in Prag abzuſchneiden. Sie erreichte umſomehr ihren Zweck, da Anhalt ſich nicht verſprechen durfte durch ſein längeres Verweilen in Böhmen der Proteſtanten zur Abſchließung eines Bündniſſes mit der Union zu vermögen, ſondern ſich mit Vertröſtungen auf die Zukunft begnügen mußte. Er reiſte
1609 von Prag in der zweiten Hälfte des Monats September zum Beſuche ſeines Freundes Roſenberg nach Wittingau ab, von wo er ſich nach kurzem Aufenthalte wieder nach Hauſe begab.

II

Die paſſive Haltung, welche der Kaiſer ſeit Ertheilung des Majeſtätsbriefes den Böhmen gegenüber bewahrte, ſeine faſt ununterbrochene Nachgiebigkeit gegen ihre verſchiedenen Forderungen, die ihn, ob billig oder unbillig, gleichmäßig anwiderten, war, wie das eine nähere Kenntniß ſeines krankhaften Weſens nicht anders erwarten läßt, nur eine ſcheinbare. Schon in den Tagen ſeiner abſoluten Hilfloſigkeit, in denen die ſtändiſchen Soldaten die Straßen und die Umgebung Prags anfüllten, gewärtig eines Winks ihrer Herrn, um über die Katholiken oder den Kaiſer herzufallen, dachte er an nichts geringeres als durch Gewalt wieder zu erringen, was er durch Drohungen oder eigene Läſſigkeit verloren hatte. Vor der Ertheilung des Majeſtätsbriefes hatte er mehreremal barſch den Vorſchlag zu Rüſtungen, der ihm von Seite einiger ſeiner vornehmſten Rathgeber gemacht worden war und für den ſich auch der ſpaniſche Geſandte Zuñiga eifrig verwendete, zurückgewieſen, jetzt, nachdem er geſchlagen worden, nahm er ihn deſto eifriger auf. Würde es auf ihn allein angekommen ſein, ſo wäre es auch diesmal bei der bloßen Abſicht geblieben, allein nunmehr gewann der Erzherzog Leopold auf ſeine Entſchließungen einen Einfluß, der endlich zu Thaten führte. Beide ſchloſſen mit einander ein Bündniß ab, das fortan ihr Schickſal mit einander verflocht. Die zu einer ſo folgenreichen Verbindung wie die zwiſchen Rudolf und Leopold nothwendige
1609 Verſtändigung erfolgte am 11. Juli zwei Tage nach der Unterzeichnung des Majeſtatsbriefes. An dieſem Tage hatte der Prinz Zutritt zum Kaiſer erlangt und kaum in ſein Gemach eingelaſſen, hatte er ſich ihm zu Füßen geworfen und ihm ſeine treuen und ergebenſten Dienſte angeboten.*) Dankend nahm ſie der letztere an, indem er ſeinen jungen Vetter vom Boden aufhob, ihm ſeinen Segen ertheilte und ihn an Sohnesſtatt aufzunehmen verſprach. Lange Zeit beſprachen ſich darauf beide zum großen

*) Simancas 709/44. Bericht des Staatsraths an den König dto. 20. Okt. 1609.

Google

Erſtaunen des geſammten Hofes, der nur an Audienzen von einigen Minuten gewöhnt war. Wir wiſſen von dem Inhalt der Unterredung nur ſo viel, daß Rudolf des Erzherzogs Dienſte in der Weiſe annahm, wie dieſer ſie anbot und daß er denſelben zu jenem Schritte bevollmächtigte, der in Leopolds Phantaſie die erſte Stufe zu ſeinem künftigen Reiche und zur deutſchen Krone bildete. Der Kaiſer bevollmächtigte nämlich den Erzherzog zur Beſetzung von Jülich.

Der Antheil Rudolfs und Leopolds an der engen Verbindung, die ſie mit einander eingingen, war kein gleichmäßiger. Rudolf, von keinem andern Gedanken beſeelt, als wie er Rache nehmen könne an allen, die ſeine Herrſchaft verkürzt hatten, an den Böhmen wie an Mathias, ſah ſich nach der Gelegenheit dazu um, Leopold bot ſich als intelligentes Werkzeug dar, das aber nicht wie ein Jahr zuvor bloß der Winke und Befehle des Kaiſers gewärtig war um zu handeln, ſondern ſelbſt nach Mitteln und Wegen zum Ziele ſuchte und zum thatſächlichen Eingreifen kaum mehr als des Kaiſers ſtillſchweigende Zuſtimmung verlangte. Der Erzherzog, der wohl fühlte, daß ihm die ganze Laſt der Arbeit obliegen würde, machte auch nur inſofern des Kaiſers Wünſche zum Gegenſtand ſeiner Bemühungen, als ſie mit ſeinen eigenen Abſichten zuſammentrafen. Rudolfs Wünſche gingen nach der Wiedererwerbung ſeiner ganzen ehemaligen Herrſchaft, Leopold, der ſich nicht darüber täuſchte, daß Mathias aus ſeinem Beſitz nicht mehr vertrieben werden könne, wollte dem Kaiſer nur zur abſoluten Gewalt in dem ihm gebliebenen Reſt ſeiner Länder verhelfen, um dieſe als Erbe des Kaiſers dereinſt ſelbſt zu beherrſchen.

Wir haben im erſten Bande erzählt, daß Leopold den Herzog Maximilian vor der Ertheilung des Majeſtätsbriefes zu einer Intervention in Böhmen beſtimmen wollte, durch die der Kaiſer zu einem höhern Anſehen gelangen ſollte. Schon damals trat in etwas nebelhaften Umriſſen der Plan des Erzherzogs hervor, einen Theil des habsburgiſchen Beſitzes mit Hilfe Rudolfs an ſich zu reißen. Dieſer Plan war nach ſeiner Ankunft in Prag in ihm trotz aller Hinderniſſe zur Reife gediehen. Den urſprünglichen Theilnehmern deſſelben, dem Oberſten Ramée, dem Grafen Althan, dem Hofkriegsrathspräſidenten Grafen Sulz, und ſeinen bereits erwähnten beiden Vertrauten, dem Advocationsrath Tennagel und dem Jeſuiten P. Heinrich Aquentius, ſchloſſen ſich auch einige katholiſche Mitglieder des böhmiſchen Adels darunter die Herren Slawata und Martinitz an, denen die proteſtantiſche Entwicklung ihres Vaterlandes über alle Maßen verhaßt war, und ſpornten den Erzherzog zu entſcheidenden Handlungen. Ihnen allen geſellte ſich noch der Herzog von Teſchen zu, der unmittelbar vor der Unterzeichnung des Majeſtätsbriefes dem Kaiſer 6000

Google

polnische Reiter darunter 1000 Kürassiere anbot, wenn er sich gegen die Protestanten zur Wehr setzen wollte und der auch später zur Einhaltung seines Anerbietens bereit war.*)

Nach dem Plane einiger dieser Rathgeber sollte die Unterdrückung des Protestantismus in Böhmen und die Erwerbung dieses Landes für Leopold nicht unmittelbar versucht werden; noch waren nämlich die Protestanten daselbst bewaffnet und Gegenrüstungen während der Dauer des Landtags nicht wohl möglich. Zuvor sollten die Verhältnisse in Böhmen wieder zu einer gewissen Ruhe gelangen, der Erzherzog auf einem anderen Punkte Gelegenheit zu Rüstungen aufsuchen und unterstützt von der katholischen Welt dann seinen Schlag gegen Böhmen führen. Dieser andere Punkt aber sollte Jülich sein. Solches spiegelte sich auch Leopold in seinen Phantasien vor. Nach seiner Meinung mußte die Jülicher Erbschaft, weil mitten im katholischen Gebiete gelegen und von protestantischen Fürsten in Anspruch genommen, für die Katholiken doppelt werthvoll sein. Er zweifelte nicht, daß, wenn der Kaiser seine Autorität geltend machen, Jülich mit Sequester belegen und an sich ziehen werde, er selbst mit Hilfe aller Katholiken der Christenheit das sequestrirte Gut leicht gegen die protestantischen Prätendenten würde behaupten können. Der so errungene Besitz von Jülich, so rechnete er weiter, mußte das Vertrauen der Katholiken sichern, mit den Hilfskräften dieses Landes, mit denen seiner eigenen Bisthümer Passau und Straßburg und mit den anzuhoffenden Subsidien Spaniens und Roms konnte er eine Armee ausrüsten, mit dieser im Einverständnisse mit dem Kaiser über Böhmen herfallen, sich des Landes bemächtigen und endlich auch die Succession im Reich gegen Mathias an sich bringen. Tirol, auf welches der letztere im Jahre 1608 hatte verzichten müssen, sollte die Monarchie, die sich Leopold in seinen ehrgeizigen Träumen schnell aufgebaut hatte, seiner Zeit vergrößern helfen. Indem also Leopold sich vom Kaiser zur Besetzung von Jülich und zur Sequestration der ganzen Erbschaft bevollmächtigen ließ, dachte er hier die erste Grundlage seiner Macht aufzurichten.

Es ist bekannt, daß der letzte Herzog von Jülich im Frühjahr 1609 mit Tode abging und daß an seine Erbschaft Ansprüche von dem Kurfürsten von Brandenburg, dem Pfalzgrafen von Neuburg und dem Hause Sachsen erhoben wurden. Der letzte Herzog von Jülich hatte vier Schwestern, die älteste, um diese Zeit bereits verstorbene, war an den Herzog Albrecht von Preußen verheiratet, die Tochter dieser Ehe Anna hatte den Kurfürsten

*) Brüsseler Staatsarchiv. Secret. d'Etat Allem. Carton 168. Bricher an Erzherzog Albrecht ddo. 11. Juli 1609. Näheres im 3. Kapitel.

Google Original from HARVARD UNIVERSITY

Johann Sigismund von Brandenburg zum Gemahl. Von dieser Verbindung leitete Brandenburg seine Ansprüche auf die gesammte Erbschaft ab. Der Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg leitete die seinigen von seiner Verheirathung mit Anna der zweiten und noch lebenden Schwester des letzten Herzogs ab und verlangte gleichfalls die ganze Erbschaft für sich. Auch die dritte und vierte Schwester verlangten noch einen Antheil, allein da sie über keine mächtige Verbindung geboten, wurde auf sie so wenig Rücksicht genommen, als ob sie gar nicht existirten. Die kurfürstliche Linie von Sachsen gründete ihre Ansprüche auf ältere Anwartschaften, die ihr von früheren Kaisern auf die Jülicher Erbschaft verliehen worden waren, die herzogliche Linie dagegen auf ihre Abstammung von der Vaterschwester des letzten Herzogs von Jülich, welche bei ihrer Vermählung die Nachfolge in dem Besitz ihres Hauses im Falle des Erlöschens der männlichen Nachkommenschaft zugesichert erhalten hatte. Man sieht hieraus, daß die Ansprüche der verschiedenen Bewerber wohlbegründet und zugleich so beschaffen waren, daß sie sich gegenseitig ausschließen. Die rechtliche Seite dieser Angelegenheit verursachte ihrer Zeit ein gewaltiges Kopfzerbrechen, die bedeutendsten Universitäten von Deutschland wurden um ihr Gutachten befragt und gaben dasselbe, wie nicht anders zu erwarten war, zu Gunsten derjenigen Fürsten ab, von denen sie abhingen.

Bei den vertraulichen Beziehungen, die zwischen dem Kaiser und dem Kurfürsten von Sachsen bestanden, war die Annahme ziemlich allgemein, daß ersterer bei einer Entscheidung über die Erbfolge den letzteren begünstigen werde. Um einer solchen Benachtheiligung ihrer Ansprüche zuvorzukommen und überhaupt jeden dritten von der Theilung auszuschließen, beschlossen der Kurfürst von Brandenburg und der Pfalzgraf von Neuburg rasch nach dem Ableben des letzten Herzogs sich gemeinschaftlich in den Besitz des streitigen Erbes zu setzen und dann erst beim Kaiser um die Bestätigung ihres Besitzes anzusuchen. Von dieser Maßregel, welche durch den Erfolg sich als die kluge rechtfertigte, erhielten sie in den Streitschriften jener Tage den Namen der possidirenden Fürsten. Nur Jülich, eine für damalige Zeit ziemlich starke Festung, fiel nicht in ihre Hände, sondern wurde von einem gewissen Rauschenberg, der noch von dem verstorbenen Herzog zum Kommandanten derselben ernannt worden war, im Besitze gehalten. Mit diesem Manne waren vom kaiserlichen Hofe, wahrscheinlich durch Vermittlung Kurkölns, Verhandlungen angeknüpft worden, um ihn zu bestimmen, die Festung an den Kaiser oder einen dazu bestimmten Bevollmächtigten abzutreten. Bald führten diese den zu dem gewünschten Resultate, der Kommandant war erbötig nicht bloß die Festung Jülich sondern auch deren Besatzung dem Kaiser und dem von ihm er-

Google Original HARVARD UN

nannten Kommiſſär zur Verfügung zu ſtellen. Es bedurfte ſonach vorläufig keiner Rüſtungen und Leopold hatte nur nöthig in eigener Perſon in Jülich zu erſcheinen, um die Beſitzergreifung im Namen des Kaiſers zu vollziehen. Um für den Fall, daß dieſer Plan vielleicht den Gegnern verrathen worden, ſich vor Gefangnahme oder andern Unbilden zu ſchützen, beſchloß Leopold die Reiſe von Prag nach Jülich im geheimen anzuſtellen. Er entfernte ſich deshalb in der Begleitung des Kanonikus Hennot, ver-
1609 kleidet als deſſen Diener, am 13. Juli von Prag und kam nach einer Reiſe von zehn Tagen glücklich vor der Feſtung an. Während Hennot ſeinen Bruder, der ſich ihnen als Gefährte mittlerweile angeſchloſſen, zu dem Kommandanten ſchickte und ihn um eine Audienz erſuchte, war Leopold Zuhörer eines Wirthshausgeſpräches, in dem einige Bürger von Jülich ihre Muthmaßungen über die künftigen Herrſcher ihres Landes austauſchten, aus denen deutlich zu erſehen war, daß ſie eher an alles andere als an eine Intervention des Kaiſers dachten. Rudolfs Bedrangniſſe aller Art hatten ihm jedes Anſehen geraubt, von ſeiner Armuth ſprachen ſie in bezeichnender Weiſe und zweifelten nicht, daß ſie entweder den Kurfürſten von Brandenburg oder den Pfalzgrafen von Neuburg als ihren Herrſcher begrüßen würden. Mittlerweile hatte Rauſchenberg Hennots Bruder empfangen und letzterem den Zutritt in die eigentliche Feſtung geſtattet. Hier angelangt, frug Hennot den Kommandanten, ob er bei ſeinen Verſprechungen bleiben und Jülich dem Kaiſer übergeben wolle und als dieſer nochmals ſeine Geneigtheit dazu erklärte, ſtellte ihm Hennot den Erzherzog
23 Juli Leopold, der ihm mittlerweile nach der Feſtung in ſeiner früheren Bekleidung gefolgt war, als den Vetter und Bevollmächtigten des Kaiſers vor. Rauſchenberg erkannte ihn als ſolchen an und Leopold nahm darauf ohne Schwierigkeit Beſitz von der Veſte Jülich.*)

Dieſe Beſitzergreifung, ſo unerwartet und ſo glücklich durchgeführt, rief nicht bloß in, ſondern auch außerhalb Deutſchlands eine große Ueberraſchung hervor, die bei den Gegnern des Kaiſers eine um ſo größere Erbitterung im Gefolge hatte, je weniger ſie ſich von Prag aus eines kühnen Schrittes verſehen hatten. Die Folge war, daß die Jülicher Frage mit einemmale in ihrer ganzen Wichtigkeit hervortrat, daß die Parteien ſich mit dem Gedanken eines gewaltigen Zuſammenſtoßes vertraut machten und nach Freunden und Allianzen ſich umſahen. Leopold kannte den Kaiſer zu gut, um zu erwarten, daß er die geeigneten Maßregeln treffen werde, um Jülich zu behaupten und zögerte deshalb keinen Augenblick, die Mittel zu einem kriegeriſchen Widerſtand ſelbſt vorzubereiten. Mittlerweile da

*) Münchner Staatsarch. 88/7, 186. Hennot an Kurbin ddo. 21/7. Jülich.

Google

weder er noch die protestantischen Prätendenten der Succession im Stande waren, den Kampf unverweilt aufzunehmen, versuchten beide Parteien einander auf diplomatischem Wege zu schlagen, um den Sieg auf dem Schlachtfelde um so sicherer behaupten zu können. An diesem diplomatischen Kampf nahm auch der Kaiser Theil.

Für die Katholiken und unter diesen vor allem für die rheinischen Bischöfe war es eine Lebensfrage, daß die Jülicher Erbschaft nicht ganz und gar in protestantische Hände überging. Welche Gefahren ihrer Selbstständigkeit drohten, wenn sie im Süden von dem Kurfürsten von der Pfalz, im Norden von den Besitzern von Jülich, Cleve und Berg, die ihre Hand den Generalstaaten reichen konnten, umfaßt wurden, darüber durften sie sich keine Illusionen machen. An ihr Interesse schloß sich innig das spanische an, denn der Uebergang Jülichs in protestantische Hände gab Belgien, das fortan an seinen Grenzen einen dreifachen Feind haben sollte, vollständig preis. Es unterliegt also nicht dem leisesten Zweifel, daß das eigene Interesse den Katholiken und Spaniern eine entschiedene Unterstützung des Erzherzogs zur Pflicht machte und dieser beschloß deshalb zu allernächst deren Hilfe in Anspruch zu nehmen. Gelang es ihm ein Heer aufzustellen, so konnte er mit dessen Hülfe die kaiserliche Sequestration über die von Brandenburg und Pfalz-Neuburg occupirten Gebiete auszudehnen suchen und sich faktisch in den Besitz der ganzen Jülicher Erbschaft setzen. Die Formen des Rechtes konnten dabei immer gewahrt bleiben, die streitenden Fürsten wurden auf den Rechtsweg verwiesen, der Prozeß konnte dreißig und mehrere Jahre in Anspruch nehmen und mittlerweile die Occupationskosten eine solche Höhe erreichen, daß die Gewinner um den Preis ihrer Ledig zu sein, ihre Ansprüche auf das Erbe freiwillig aufgaben. Die Hauptsache war, daß sich nicht fremde Fürsten in den Streit einmengten; mit Brandenburg, Neuburg, ja selbst mit der Union konnte Leopold wagen einen Kampf aufzunehmen, unmöglich aber mit Frankreich, wenn dieses sich den Feinden beigesellte.

Diesen Betrachtungen gemäß suchte Leopold zunächst im Fürstenthum Jülich selbst festen Fuß zu fassen und seine Herrschaft über die reichen Städte dieses Landes auszudehnen. Hier begegnete er jedoch gleich im Anfange den mißlichsten Erfolgen; wohin er auch seine Agenten sandte, bei den Städten wie bei dem Adel fanden sie eine ungünstige Aufnahme. Die Städte verschlossen ihnen buchstäblich die Thore und der Adel bekannte sich überall unverholen zur Partei der protestantischen Fürsten, sei es, daß Neigung ihn zu derselben zog, sei es, daß er von der Herrschaft eines Kaisers wie Rudolf nichts wissen mochte, da diese nur eine traurige Zukunft in Aussicht stellte. Diese ungünstigen Wahrnehmungen, die gleich

Google

im Anfang Leopolds Sache zu einer beinahe verlornen ſtempelten, raubten dem jungen Manne nicht den Muth, ſondern veranlaßten ihn um ſo energiſcher bei ſeinen natürlichen Freunden Hilfe zu ſuchen. Seine Agenten bereiſten die Höfe der Biſchofe und verlangten von dieſen Geld zur Aufſtellung eines Heeres und zur Behauptung Jülichs. Die Zuſagen, die ſie erlangten, waren nicht ermuthigend. Am meiſten lag jedoch an der Entſcheidung Frankreichs und Spaniens und dahin ſchickte er ſeinen vertrauten Rath Tennagel; bei Heinrich IV ſollte er eine neutrale Haltung zu Wege bringen, in Spanien aber die Geldmittel auftreiben, die den Anfang der Rüſtungen beſchleunigen ſollten.

Als Tennagel in Paris, wohin er zuerſt ſeine Schritte lenkte, anlangte, traf er daſelbſt nicht nur den Grafen von Zollern an, den der Kaiſer nach Frankreich geſchickt hatte, um Heinrich IV gleicherweiſe die Einmiſchung in die deutſchen Angelegenheiten abzurathen, ſondern auch den Kanzler Richardot, Geſandten des Erzherzogs Albrecht. Auch waren zugleich Vertreter ſämmtlicher deutſcher Kurfürſten, ſowie des Pfalzgrafen von Neuburg erſchienen, alleſammt als Mitſteller in der Jülicher Angelegenheit. Die gleichzeitige Ankunft der Vertreter aller gerade im Streite befindlicher Parteien, das große Gewicht, welche jede einzelne derſelben auf die Entſcheidung des Königs legte, zeigte auf den erſten Blick, in weſſen Händen das Schickſal von Jülich ruhe. Die Rolle in Deutſchland als Schiedsrichter und Gebieter aufzutreten fiel Heinrich von ſelbſt und ohne irgend eine beſondere Anſtrengung ſeinerſeits zu. Der Kaiſer der deutſchen Geſchicke reſidirte jetzt nicht in Prag ſondern in Paris.

Die Art und Weiſe, wie Tennagel in Paris empfangen wurde, zeigte zur Genüge, daß Heinrich nicht bloß für die Gegner des Kaiſers Partei nahm, ſondern daß er auch entſchloſſen war, eine raſche Entſcheidung zu ihren Gunſten herbeizuführen; für ihn war der ſo ſehr erſehnte Moment zu handeln gekommen. Tennagel wurde, nachdem ihm der König eine Audienz bewilligt, mit ſeinem Begehren an die Staatsſekretäre Villeroy und Puyſieux gewieſen. Während er vor dieſen erörterte, daß Niemand ein Recht habe ſich in die deutſchen Angelegenheiten, welt derſelben der alleinigen Jurisdiktion des Kaiſers unterſtünden, einzumiſchen und demgemäß von Heinrich ein förmliches Verſprechen verlangte, daß er die Rechte des Kaiſers nicht verletzen wolle, wurde ihm von Seite der franzöſiſchen Diplomaten kurz erklärt, daß ihr Herr den Markgrafen von Brandenburg und den Pfalzgrafen von Neuburg weder verlaſſen könne noch wolle, daß das Jurisdiktionsrecht des Kaiſers in den deutſchen Angelegenheiten diesmal mit Grund nicht ohne Mißtrauen betrachtet werde und daß der König von Frankreich das Recht habe ſich in die deutſchen

Google

Angelegenheiten einzumischen, „denn sein Recht die Gerechtigkeit zu schützen reiche so weit als seine Macht.“*) Es versteht sich von selbst, daß der Graf von Zollern keiner freundlicheren Gesinnung begegnete, ein gewisser Unterschied machte sich nur darin geltend, daß man ihn nicht in so wegwerfender Weise behandelte, wie Tennagel, sondern es der Mühe werth hielt, seine Forderungen etwas höflicher abzulehnen. Auch der Graf von Zollern verlangte nichts anderes, als daß Heinrich IV sich nicht in die deutschen Angelegenheiten einmische und namentlich das Richteramt des Kaisers nicht beeinträchtige. Sowohl der König wie seine Räthe erklärten diesmal, daß es nicht ihre Absicht sei, die Rechte des Kaisers zu schmälern, begründeten ihre Einmischung aber mit der Behauptung, es werde von Seite des letztern in einer solchen Weise gegen die beiden possessionirenden Fürsten vorgegangen, daß an ihnen die Gesetze verletzt würden; dieser Umstand erlaube dem König nicht ruhig zuzusehen und nöthige ihn für die gerechte Sache da einzutreten, wo sie verletzt werde. Die Konferenzen, welche Zollern im Louvre mit Villeroy, Sully und Jeannin hatte, um sie vom Gegentheil zu überzeugen, hatten natürlich nicht den geringsten Erfolg. Bei einer derselben war der kaiserliche Gesandte so naiv, die religiöse Seite der Jülicher Frage zu berühren und die Franzosen darauf aufmerksam zu machen, daß durch Unterstützung Brandenburgs und Neuburgs den Protestanten katholische Länder in die Hand gespielt würden. Sully brauste darüber nicht wenig auf und entgegnete: „Faßt Ihr, Herr Graf, die Frage bei dieser Seite auf, seid gewiß, die Protestanten fangen nicht weniger als die Katholiken, sie schlagen sich wie der Teufel.“**) — Die Vertreter der protestantischen Fürsten waren gewiß, daß der Graf Zollern nichts günstiges für seinen Herrn ausrichten würde, aber besorgt, daß ihm eine ausweichende Antwort ertheilt werden könnte, setzten sie alle Hebel in Bewegung, damit er in ähnlicher Weise, wie Tennagel oder der in derselben Angelegenheit von Erzherzog Albrecht nach Paris abgesandte Richardot heimgeschickt werde. Es bedurfte nicht so vieler Anstrengung, da Heinrich entschlossen war ihre Interessen zu den seinigen zu machen und Zollern mußte sich mit den ungünstigsten Nachrichten zu seinem Herrn be-

*) Sächs. Staatsarchiv. Jülicher Akten 8801. Fol. 206. Tennagels Relation über seine Reise nach Paris. — Villeroy sagte: Regi Galliae ubique locorum justitiam exequi licere dummodo possit.

**) Münchner Staatsarchiv 517—8/241. Oppelit von Celli an Kurpfalz bto. Paris 1/23. Sept. 1609. — Ebendaselbst Fol. 254 derselbe an denselben bto. 1/29. Sept. — Ebendaselbst Fol. 313 derselbe an denselben bto. 8/18 Okt. Sully's Worte lauteten: Monsieur la prence vous parla? ils n'en valent pas moins pour cela, les Huguenots frappent comme le diable.

Google Original from HARVARD UNIVE

geben.*) Wir werden bald hören, in welcher Weise Heinrich seine Verbindung mit den deutschen Fürsten einleitete und folgen einstweilen Tennagel auf seiner Reise nach Spanien.

Das ganze Gelingen seines Unternehmens hatte Leopold, wie der weitere Verlauf zeigt, auf eine hervorragende Unterstützung Spaniens gesetzt, mit dieser hoffte er die Auslagen für die ersten Rüstungen zu decken und zugleich den engen Kreis seiner bisherigen Anhänger zu erweitern. Tennagel hatte also den wichtigsten Theil seiner Mission in Spanien zu erfüllen und er scheint hiezu ein ganz passendes Werkzeug gewesen zu sein, denn er besaß die Gabe durch einen ungewöhnlichen Wortreichthum in den unerfahrenen Zuhörer jene Hoffnungen rege zu machen, die seinem Zweck entsprachen. Trotz ihres langen Zusammenhanges mit Deutschland und Oesterreich waren die Spanier der Mehrzahl nach in der Beurtheilung der Verhältnisse dieser Länder minder glücklich und zutreffend, nur zu geneigt, die religiöse Seite in allen politischen Fragen besonders zu beachten und dadurch zu Unternehmungen bereit, die klugerer Vorsicht bar gegen sie ausschlagen mußten. Tennagel war überzeugt, daß, wenn er in Spanien die religiöse Lärmtrommel schlagen würde, ein glänzender Erfolg nicht ausbleiben könnte und er verstand sich als ehemaliger Protestant und nunmehr eifriger Katholik nicht schlechter auf das Instrument, als manche seiner Nachfolger in unserm Jahrhundert, welche das Vertrauen ihrer neuen Glaubensgenossen ausbeuten. Ein nicht in Rechnung gebrachter Umstand trat jedoch den erwarteten Erfolgen in Spanien entgegen; als Tennagel daselbst anlangte, stieß er auf einen Konkurrenten, der gleicherweise den spanischen Staatssäckel im katholischen Interesse in Anspruch nahm und bezüglich dessen Uneigennützigkeit und Redlichkeit kein Zweifel obwalten konnte. Bei seiner Ankunft in Madrid fand er daselbst den Kapuzinerbruder Lorenz von Brundsi vor, der gerade über ein Bündniß der katholischen Liga mit Philipp III unterhandelte. Gab es in Jülich ein katholisches Interesse zu vertreten, so war dies bei der Unterstützung der Liga nicht minder der Fall. Philipp III sah sich mit einemmale zwei dringenden Forderungen ausgesetzt. Bevor wir erzählen können, wie er ihnen genügte, müssen wir über die Liga, deren Begründung im Gegensatze zur protestantischen Union in Deutschland eben versucht wurde, das nothwendige mittheilen.

*) Münchner Staatsarchiv Schäfl. Fol. 316. Hyppolit von Collo an Kurpfalz de 9/19. Okt. Fontainebleau.

Google Original from HARVARD UNIVE

Es blieb den deutschen Katholiken nicht verborgen, daß die Zerwürfnisse in Oesterreich von den Protestanten auf jede Weise ausgebeutet wurden und daß durch einen diesen letzteren günstigen Verlauf der Jülicher Angelegenheit ihre Macht in Deutschland außerordentlich sich vergrößern müsse. Die dauernde Feindschaft zwischen Rudolf und Mathias ließ die Katholiken ohne Hoffnung auf eine Unterstützung von Oesterreich und mußte bei ihnen um so mehr den Wunsch nach einem Bündnisse zum gegenseitigen Schutze hervorrufen, je mehr die Union von sich reden machte und den Katholiken die Meinung von einer weit innigern, umfassendern und kräftigern Verbindung der Protestanten beibrachte, als solche in der That bestand. So begegnen wir namentlich bei den deutschen Bischofen als den zunächst bedrohten einer entschiedenen Neigung zum Abschluß eines Bündnisses, das ihnen gegen die Umsturzpläne Anhalts, von denen das Gerücht mancherlei verbreitete, Schutz gewähren sollte.

Wenn solchergestalt die Mehrzahl der katholischen Reichsstände das Bedürfniß einer Verbindung erst empfand, als die Gefahr handgreiflich war und die Union ein Muster bot, so gab es doch einige, welche schon lange zuvor, als noch keine Gefahr drohte und Anhalt selbst erst an der Begründung der Union arbeitete, an das Zusammenkommen eines ähnlichen Bundes dachten. Keiner von ihnen hatte jedoch in solchem Grade den Gegenstand erwogen und das Bedürfniß einer Einigung gefühlt als der bekannte Herzog Maximilian von Baiern.

Ueber diesen Fürsten gingen bei seinen Lebzeiten die Urtheile sehr auseinander. Den anfänglichen Lobeserhebungen, mit denen ihn alle jene, die mit ihm in Verbindung traten, überhäuften, folgten später um so herbere Verurtheilungen. Aus dem ehrlichen, frommen, klugen und sonst noch mannigfaltig ausgezeichneten Fürsten wurde nachgerade ein falscher, herrschsüchtiger, maßlos ehrgeiziger, heuchlerischer Scheim, und wir könnten noch eine lange Reihe ähnlicher Prädikate anführen, die ihm abwechselnd von Katholiken und Protestanten zu Theil wurden. Der Grund einer so verschiedenen Auffassung bei denselben Personen liegt unserer Ueberzeugung nach vor allem darin, daß Maximilian vielfach anders handelte, als seine Zeitgenossen unter ähnlichen Umständen gehandelt haben würden, was zur Folge hatte, daß sie ihn nicht gut begreifen konnten. Der Schlüssel zur Erklärung seiner beinahe 50jährigen politischen Thätigkeit dürfte aber leicht zu finden sein, wenn wir zwei Eigenschaften in ihm gleichmäßig suchen, Vorsicht und Ehrlichkeit, und diesen gemäß das Auffallende seines Benehmens für seine Zeitgenossen zu erklären versuchen.

Schon wenige Jahre, nachdem Max die Regierung von Baiern in seinen Händen hatte, lieferten den Beweis, daß er einer der

Google

trefflichſten Regenten ſeiner Zeit war. Die Verwaltung und Gerechtigkeitspflege erfreuten ſich ſeiner unabläſſigen Fürſorge und ſeine Unterthanen befanden ſich in einem Zuſtande von Wohlhabenheit, den man thatſächlich und mit Recht als ein Verdienſt des Herzogs betrachten konnte. Sparſam wie wenige Fürſten ſeiner Zeit hatte er ſeine Finanzen in eine ſo treffliche Ordnung gebracht, daß er allezeit über einen verhältnißmäßig reichen Schatz gebot. Das war gewiß nichts geringes an einem Herrſcher, wenn ſeine Regierung eben ſo wohlgeordnet war wie ſeine Finanzen wohlbeſtellt und wenn ihm zu allem dem ſein perſönlicher Charakter allgemeine Achtung erwarb. Das merkwürdigſte an ihm aber war der Takt, mit dem er ſich in der brennenden Frage ſeiner Zeit zu bewegen wußte. Obwohl ein ebenſo entſchiedener Katholik wie ſein Vetter Ferdinand von Gratz, eben ſo unduldſam wie dieſer, gleich ihm ein Freund der Jeſuiten war er dennoch von den Proteſtanten nicht mehr angefeindet als ſonſt ein katholiſcher Fürſt. Gewiß waren die Verhältniſſe in Baiern günſtiger als in Steiermark und es war nicht alles von Grund aus neu zu geſtalten, aber dennoch gab es genug zu unterdrücken und zu reformiren und alles dies geſchah mit ſo geringem Geräuſch, daß man außerhalb Baierns nur wenig davon zu hören bekam. War die Urſache hievon allein des Herzogs Takt? Auf jeden Fall war er dem Glück begünſtigt. Frühzeitig waren Katholiken wie Proteſtanten in und außerhalb Deutſchlands auf ihn aufmerkſam und erwarteten, daß er auf die Geſchicke ſeines Vaterlandes den weſentlichſten Einfluß ausüben werde, ſo zwar, daß es vielen zweifellos erſchien, er werde nach langer Pauſe wieder dem Hauſe Wittelsbach die deutſche Krone zuwenden und zwar mit glücklicherem Erfolge als ſein Vorfahre Ludwig.

Die Folgen dieſer allgemeinen Anerkennung blieben nicht aus. Als Heinrich IV ſich mit dem Plane beſchäftigte dem Hauſe Habsburg die deutſche Krone zu entreißen, hefteten ſich ſeine Blicke vor allem auf Maximilian, deſſen Tüchtigkeit ihm die beſte Garantie für die Erreichung ſeines Wunſches ſchien. Wir haben geſehen, daß dieſer Plan hauptſächlich deshalb fallen gelaſſen wurde, weil Anhalt größere Reſultate von der Erhebung des Erzherzogs Maximilian erwartete.*) Obwohl in Folge deſſen während der Jahre 1607 und 1608 auf proteſtantiſcher Seite nicht mehr die Rede davon war, daß man dem Herzog die deutſche Krone verſchaffen ſollte, ſo verſtummten dennoch die Gerüchte keinen Augenblick, daß derſelbe bei einer Thronerledigung zu den größten Hoffnungen berechtigt ſei. Dieſe Gerüchte allarmirten wiederholt die deutſche und ſpaniſche Linie der Habsburger und mehr als einmal waren die Prinzen dieſes Hauſes feſt über-

*) Man ſehe hierüber das Nähere im erſten Band, Kapitel III.

Google Original HARVARD

zeugt, daß sie es in ihm mit dem gefährlichsten Rivalen zu thun hätten. Da aber Maximilian sichtlich in seiner Zurückgezogenheit verharrte und man keinem Beweise auf die Spur kam, als ob er selbst nach der Krone begehre, für die ihn die öffentliche Meinung wiederholt kandidiren ließ, so beruhigte sich die habsburgische Eifersucht immer wieder.

Der Umstand aber, daß ein so tüchtiger Fürst, wie dies allgemeiner Ueberzeugung nach Maximilian war, sichtlich nicht nach höherem begehrte, obwohl ihm eine günstige Meinung entgegen kam und die Verhältnisse ausnehmend zu seinen Gunsten geschaffen waren, machte alle Welt stutzig. Man fing an sich der Meinung hinzugeben, daß seine Zurückgezogenheit nur die Maske sei, hinter der sich kühn und schlau angelegte Pläne verbergen hielten. Der spanische Gesandte Zuñiga faßte in wenig Worten das Urtheil zusammen, welches man sich seit dem Jahre 1609 über Maximilian zu bilden anfing. Dieser Fürst, sagte Zuñiga, hat wenig von der deutschen Geradheit, er ist der verschlagenste Mann, den es gibt, und auf seinen Vortheil über die Maßen aufmerksam, aber er ist, fügt Zuñiga gleichsam zur Milderung der zu scharfen Beurtheilung hinzu, von einem ausnahmsweisen Eifer für die katholische Kirche beseelt *)

Ist nun das Urtheil, dem Zuñiga in so prägnanter Weise Ausdruck gibt, richtig, steckte hinter der Zurückgezogenheit Maximilians nichts als Verschlagenheit und bargen sich hinter ihr große Pläne, die allein durch die Ungunst der Verhältnisse nicht zur Verwirklichung kamen? War er etwa auf katholischer Seite das, was Anhalt auf protestantischer? Es gab hinreichend viele Anzeichen, die eine solche Vermuthung in dem Augenblicke bestätigten, als er zum erstenmale auf dem großen politischen Schauplatz handelnd auftrat. Was in die Oeffentlichkeit über die Art und Weise gelangte, wie er in der Liga einen deutschen Katholikenbund zu begründen suchte, zeigte, daß er sich allein an die Spitze dieses Bundes zu stellen und das Haus Habsburg von der Theilnahme an demselben auszuschließen trachte.

Um für Maximilians Beurtheilung den rechten Boden zu schaffen, müssen wir hier auf einige Ereignisse seines Lebens hinweisen, die zwar außerhalb der Grenzen dieses Werkes liegen, die man sich aber gegenwärtig halten muß, will man die Handlungsweise dieses Fürsten in der Weise auffassen, wie wir sie für die richtige halten. Sie beantworten die für

*) Simancas 849/127. Zuñiga an Philipp III dto. 14. Dez. 1609. Prag. Es heißt in diesem Briefe. El duque tiene poco de la llaneza todesca y es Principe recatadissimo y atentissimo a su proprio interes de honor y stado pero como tengo dicho otras veces su celo a la religion catolica es muy singular.

Google HARVAR

ſeine Beurtheilung entſcheidenden Fragen: Was wollte Maximilian mit der Liga bezwecken, welches war ſeine wahre Geſinnung gegen das Haus Oeſterreich und hatte er die Abſicht den Statusquo aufrecht zu erhalten oder gewaltſame Aenderungen im deutſchen Staatskörper einzuführen?

Unterſuchen wir zuerſt Maximilians Abſicht bei Begründung der Liga.

Als die Wirren in Oeſterreich ausbrachen, Mathias ſeinen Bruder um den Beſitz mehrerer Länder brachte, in Deutſchland ehrgeizige Parteihäupter unter den Proteſtanten auf einen Umſturz der Reichsverfaſſung ſannen, um beſtehende Herrſchaften zu erweitern oder neue zu begründen, da erwartete man auch von Maximilian, daß er ſeinerſeits nicht die Hände in den Schooß legen, ſondern einen Gewinn anſtreben werde. Den Verhältniſſen entſprechend fing er an Schritte zu machen, die auf eine Einigung der Katholiken in Deutſchland hinzielten, um ihnen einen Schutz zu Theil werden zu laſſen, da ſie keinen mehr von dem Kaiſer hoffen durften. Anfangs meinte man, er beabſichtige die Herrſchaft über die Katholiken in Deutſchland an ſich zu bringen, aber die folgenden Ereigniſſe haben es zur Genüge bewieſen, daß er mit der Begründung der Liga in der That nichts anderes anſtrebte, als eine Garantie gegen proteſtantiſche Angriffe. Und daß dieſe von der Seele der Union, von Anhalt, dem noch immer auf katholiſchen Grundlagen ruhenden deutſchen Staatsgebäude drohten, wird kaum Jemand bezweifeln, mag er auf Seite der Angreifer ſtehen oder nicht. Ueber dies hinaus, über die Erhaltung des Statusquo gingen Maximilians Beſtrebungen nicht. Wenn er hierbei von der Liga, wie wir bald näher erzählen werden, das Haus Habsburg fernhalten wollte, ſo lag dieſem Plane nicht die Abſicht zu Grunde, demſelben ſeine Stellung im Reiche zu entwinden und dieſe ſelbſt zu occupiren, ſondern es war dies die Folge ſeiner Anſchauung: jene ſolidariſche Verkettung des Schickſals der deutſchen Katholiken mit dem der deutſchen Habsburger heiße eine Laſt auf ſich nehmen, die mit dem Untergange der erſteren enden müßte. Im Jahre 1600 waren die Länder, welche unter der Herrſchaft Rudolfs und Mathias' ſtanden, proteſtantiſch; welches Intereſſe konnten die deutſchen Katholiken an einer näheren Verbindung mit den Herrſchern dieſer Länder haben, etwa um bei dem Sturze, welcher der habsburgiſchen Herrſchaft mit der höchſten Wahrſcheinlichkeit drohte, in ein gleich trauriges Schickſal verwickelt zu werden, wenn ſie ihr Loos nicht frühzeitig von dem der Bedrohten trennten? Daß durch eine Unterſtützung der katholiſchen Herrſcher Oeſterreichs doch auch der Proteſtantismus radikal daſelbſt unterdrückt werden könne, wie dies ſpäter (außerhalb Ungarns) geſchah, daran konnte vernünftigerweiſe im Jahre 1609 Niemand denken, auch war dies unmöglich, ſo lange die Zügel Kaiſer Maximilians II im Beſitz der Regierung war. Wir faſſen deß-

Google

halb des Herzogs Bestrebungen zur Begründung der Liga und seinen Versuch die Habsburger von derselben fernzuhalten so auf, wie sie billigerweise aufgefaßt werden müssen, als klug und vorsichtig gethane Schritte, um sich, wenn die Zukunft den Stürmen nicht frei zu machen war, gegen dieselben zu schützen und seine Haltung gegen die Habsburger erscheint uns als die Folge eines festen Entschlusses, sein Schicksal durch gefährliche Verbindungen nicht zu kompromittiren. Niemand kann wohl die Berechtigung dieses Egoismus in Abrede stellen.

Daß dieser berechtigte Egoismus, diese kluge Vorsicht der wahre Grund seines Auftretens bei der Begründung der Liga gewesen, keineswegs Feindseligkeit gegen das Haus Habsburg oder der ehrgeizige Plan an dessen Stelle zu treten, hat Maximilian zweimal in einer Weise bewiesen, die keinen Zweifel gegen unsere Auffassung aufkommen läßt. Sicher gab es keine günstigere Gelegenheit die Habsburger von Deutschland auszuschließen oder fernzuhalten, als wenn er selbst in den Besitz des Kaiserthrons gelangte. Dreimal in seinem Leben kam derselbe zur Erledigung im Jahre 1612, 1619 und 1637. Es ist entschieden gewiß, daß, wenn er sich im Jahre 1612 ernstlich um die Krone beworben hätte, er sie erlangt haben würde, denn die Kurfürsten sahen sich zuletzt zur Erhebung des ihnen mißliebigen Mathias genöthigt, weil kein anderer Kandidat sich ihrer Wahl darbot. Was das Jahr 1619 betrifft, so war die Erhebung auf den deutschen Thron für Max nicht bloß im Bereiche der Möglichkeit, sondern er mußte mit einer Ausdauer ohne Gleichen in der Geschichte die ihm von der Mehrzahl der Kurfürsten beinahe aufgedrungene Krone abweisen, es bedurfte nur der leisesten Zustimmung von seiner Seite, so beeilten sich vier Kurfürsten ihm ihre Stimme zu geben und Ferdinand wäre nicht in die Lage gekommen, sich selbst die Stimme zu geben, wie dies geschehen war.*)

Die bald strenge Neutralität bald entschiedene Dienstfertigkeit Maximilians gegen die Habsburger scheint jedoch im Jahre 1630 einer ganz entgegengesetzten Gesinnung Platz gemacht zu haben. Er verband sich damals durch päpstliche Vermittlung mit Frankreich, um auf dem Regensburger Reichstag den Sturz Waldsteins herbeizuführen und die beabsichtigte Wahl des

*) Bei der Geschichte des böhmischen Aufstandes von 1618, welche wir unmittelbar nach diesem Werke zu schreiben beabsichtigen, wird natürlich genug Veranlassung geboten, auf die Wahlvorgänge in Frankfurt im J. 1619 näher einzugehen. Nebenher sei nur bemerkt, daß die Kurfürsten von Trier, Köln, Brandenburg und Pfalz geneigt waren Maximilian ihre Stimme zu geben und daß die letzteren zwei sogar einen Vertrag zu seiner Erhebung abgeschlossen, den allein des Herzogs beharrliche Weigerung den Kaiserthron zu besteigen erfolglos machte.

Google Original HARVARD

Erzherzogs Ferdinand zum römischen König zu hintertreiben. Von Spanien und selbst von Oesterreich wurde ihm dies als ein Akt ganz absichtlicher Falschheit angerechnet, aber, wie wir überzeugt sind, mit Unrecht. Maximilian, der redlich das seinige zur Rettung Ferdinands II gethan, hatte doch keineswegs die Verpflichtung auf sich geladen, zu seinem eigenen Untergang als Reichsfürst beizutragen. Denn so viel ist gewiß, daß die kaiserliche Macht im Jahre 1630 eine so schwindelnde Höhe erreicht hatte, um an die Mediatisirung sämmtlicher Reichsfürsten zu denken. Die Acht für Deutschland durch Waldsteinische Scharen zur Einigkeit gebracht zu werden, war aber eine so wenig sichere Bürgschaft für eine gedeihliche Zukunft, daß selbst ein Anhänger der deutschen Einigkeit unserer Tage sich wahrscheinlich damals auf die Seite der Bekämpfer der kaiserlichen Autorität gestellt hätte: um wie viel mehr ein deutscher Fürst des 17. Jahrhunderts, dem seine Herrscherrechte nicht minder geheiligt verkamen, als die Ehrenrechte des deutschen Reichsoberhauptes? Maximilian hatte durch die Verbindung mit dem Reichsfeind nie etwas anderes bezweckt als die Aufrechthaltung desjenigen Zustandes, den er für Deutschland als den Rechtszustand ansah; sobald Frankreichs Tendenzen über dies hinausgingen, sehen wir Maximilian wieder auf österreichischer Seite.

Eine Ausnahme von der Regel, mit der Maximilian stets an dem Statusquo festhielt, bildet sein Benehmen gegen die pfälzische Linie seines Hauses, gegen die er in Folge der Niederlage des Winterkönigs die Oberpfalz gewann und mit eiserner Beharrlichkeit festhielt. Selbst diese Ausnahme ist aber mehr scheinbar als wirklich. Von Ferdinand II hatte er für die gegen die Böhmen geleistete Hilfe Oberösterreich zum Pfand erhalten und dies später gegen die Oberpfalz umgetauscht. Streng genommen ist es der Kaiser, der den Winterkönig um seinen Besitz brachte, Maximilian nahm in der Oberpfalz eine Entschädigung an, zu welcher der Kaiser aus eigenem verpflichtet war. Uebrigens konnte sich Friedrich von der Pfalz billigerweise nicht über Unrecht beklagen; wer so wie er den Sturz eines Fürstenhauses beabsichtigt, darf im Falle des Mißlingens nicht klagen, wenn sein eigener Besitz von einem unliebsamen Verlust betroffen wird.

Diese Angaben über Maximilians Bestrebungen, welche durch ein gründlicheres Eingehen in seine lange politische Laufbahn nur erhärtet werden können, stellen Maximilian allerdings nicht in eine gleiche Linie mit andern hervorragenden Fürsten, welche der Politik ihres Hauses mit der Entwicklung des ihrer Herrschaft unterworfenen Gebietes neue Bahnen vorgezeichnet haben. Es liegt etwas prosaisches darin, treu und ehrlich an politischen und religiösen Ueberzeugungen zu hängen, fremdes Gut nicht

Google

anzugreifen und ſein Land und Volk wie ein vorſichtiger Oekonom zu verwalten. Die Namen ſolcher Fürſten werden neben den Reformatoren und Eroberern ihres Jahrhunderts nur wenig genannt, ihr minder greifbarer und auf kleinere Kreiſe beſchränkter Einfluß iſt auf die wahrhafte Fortbildung unſeres Geſchlechtes jedoch nicht minder bedeutungsvoll.

Wir kehren zur Erzählung der Vorgänge bei der Begründung der katholiſchen Liga*) zurück.

Wann der Gedanke zur Begründung der katholiſchen Liga bei Max entſtand, iſt nicht gewiß genug, ſo viel iſt jedoch ſicher, daß der Plan zu einer Verbindung der deutſchen Katholiken ihm ſchon längere Zeit vorſchwebte, daß er ſich aber zu energiſchen Schritten in dieſer Beziehung erſt bei Gelegenheit des Regensburger Reichstags im Jahre 1608 entſchloß, als er nicht zweifeln konnte, daß es zwiſchen Rudolf und Mathias zu einem Zuſammenſtoße kommen würde und ihm zu gleicher Zeit nicht verborgen war, daß Anhalt an einer Verbindung der Proteſtanten arbeite. Gern würde er bei den erſten vorbereitenden Schritten zur Begründung der Liga im Hintergrunde geblieben ſein, um ſich gleichſam dem ohne ſein Zuthun zu Stande gekommenen Bund unter günſtigern Bedingungen anzuſchließen. Seine Berechnung, daß die geiſtlichen Fürſten am meiſten das Bedürfniß nach Schutz empfinden und deshalb die erſten nach einem Bündniß verlangen würden, ſchlug indeſſen fehl. Seine Geſandten, die er zu dem Regensburger Reichstage abgeordnet hatte, hatte er inſtruirt, keine Eröffnungen zu machen, ſondern ſolche abzuwarten; als ſich aber der Reichstag ſeinem Ende zuneigte und die geiſtlichen Fürſten in ihrer Paſſivität verharrten, trug er ſeinen Vertretern geradezu auf, den Abſchluß einer Liga auf die Bahn zu bringen. Was er alſo hatte vermeiden wollen, dazu mußte er ſich doch entſchließen, zu dem erſten entſcheidenden Schritt. In Folge dieſer Aufforderung traten die Geſandten der geiſtlichen Kurfürſten, dann Oeſterreichs, Baierns, Salzburgs und Würzburgs zu einer Konferenz zuſammen, deren Reſultat kein anderes ſein konnte, als daß jeder an ſeinen Herrn über die in der Konferenz erörterte Nothwendigkeit eines Katholikenbundes berichten ſollte.

Dieſes geringe Reſultat ſchreckte den Herzog nicht ab. Kaum war

*) Wir bemerken hier, daß die Begründer der katholiſchen Liga dieſelbe nie „Liga“ ſondern „Union“ genannt haben. Der Name Liga kam erſt mehrere Jahre ſpäter auf und wird auch von uns angewendet, um den Katholikenbund von der proteſtantiſchen „Union“ zu unterſcheiden.

Google Digitized by HARVARD

der Reichstag aufgelöst, so schickte er Gesandte an die bischöflichen Höfe ab, um sie einzeln der Abschließung eines Bundes geneigt zu machen. An
5. Juli 1608 die geistlichen Kurfürsten schickte er seinen Rath Wensin, der in Andernach mit denselben zusammentraf und von diesen ziemlich günstige Versicherungen erlangte. Ueber diese allgemeinen Zusagen konnte Maximilian im Laufe der folgenden Monate nichts erlangen, was wiederum einen lähmenden Einfluß auf seine Verhandlungen mit den süddeutschen Bischöfen zur Folge hatte, da einzelne derselben dem beabsichtigten Bunde nicht früher beitreten wollten, ehe dies die geistlichen Kurfürsten gethan hätten. Der Herzog sah bald ein, daß er einen langen Weg zu gehen haben würde, wenn er mit einemmale ans Ziel gelangen wolle und so entschloß er sich zur Abschließung eines engeren Bundes, um den weiteren zu ermöglichen. Diesem engeren Bunde traten vorläufig die Bischöfe von Augs-
März 1609 burg und Konstanz und die Aebte von Kempten und Elwangen bei. Gestützt auf dieselben lud er bald darauf zu weiteren Berathungen auch die Bischöfe von Würzburg, Passau und Regensburg nach München ein und es gelang ihm nun auch die beiden letzteren zum Beitritt zu bewegen. Ein
1609 Vertrag, dessen Redaktion am 10. Juli vollendet wurde, bildete die Grundlage dieses engeren Bundes, der sich bald darauf zur bekannten Liga erweitern sollte. *)

Diesem Vertrage gemäß sollte der Bund ein Defensionsbund sein und seine Aufgabe in der Beschützung der einzelnen Mitglieder gegen alle Angriffe bestehen. Bezüglich der innern Organisation des Bundes ward festgesetzt, daß an der Spitze ein Bundesoberst und ihm zur Seite drei Adjunkten stehen sollten. Auf Bundestagen sollte über die gemeinschaftlichen Angelegenheiten verhandelt werden und genau zu entrichtende Beiträge die Kasse des Bundes bilden, die zur Ausrüstung eines Bundesheeres bestimmt wurde, wofern die einzelnen Mitglieder nicht durch selbstständige Rüstungen ihren bezüglichen Pflichten nachkommen wollten. So die allgemeinen Grundzüge. Geht man auf das Detail der Bestimmungen ein, so findet man, daß der Bund weit entfernt war von einer Organisation, die ein rasches und entscheidendes Handeln ermöglichte, daß in demselben vielmehr die ganze Misere des deutschen Staatslebens einen Abklatsch fand. Gerade so wie allgemach die kaiserliche Gewalt in Trümmer gegangen war, so suchte man durch eine Menge Kautelen die Hände des Bundesoberſten zu binden; durch die eine sollte die Zusammensetzung des Heeres, durch die andere die gemeinschaftliche Kasse seiner unmittelbaren

*) Diese Darstellung beruht theils auf unseren eigenen Forschungen, theils auf Cornelius Schrift. Zur Geschichte der Begründung der deutschen Liga.

Google Original from HARVARD UNIVERSITY

Einwirkung entzogen werden, er alſo für den Bund kaum mehr ſein, als der Kaiſer für Deutſchland.

Herzog Max mag wenig befriedigt geweſen ſein über die Rolle, die man ihm zuerkannte. Wenn er ſich dennoch nicht von dem Werke zurückzog, ſo lag die Urſache darin, weil er ſeine Herrſchaft über den Bund anſtrebte und weil er erwartete, die Erfahrung werde das Mangelhafte ſeiner Organiſation beſeitigen helfen. Jedenfalls erreichte er bald nach dem Abſchluß dieſer Verhandlungen ſo viel, daß die außerhalb des Bundes ſtehenden Biſchöfe geneigter wurden demſelben beizutreten und daß namentlich von den geiſtlichen Kurfürſten dieſe Angelegenheit lebhafter als je erwogen wurde. Denn ſchon am 14. Juni 1609 berieten auf Veranlaſſung Schweikharts von Mainz, der ſich bisher am wenigſten eifrig gezeigt hatte, Vertreter der geiſtlichen Kurfürſten gemeinſchaftlich in Köln über den Anſchluß ihrer Herren an den Bund. Ihre Beſchlüſſe entſprachen im ganzen den Beſtimmungen des Münchner Unionsvertrags und ſo war an einer baldigen Einigung mit Max nicht zu zweifeln. Worauf jedoch bei dieſer Verſammlung ganz beſonderes Gewicht gelegt wurde, war die Verbindung der Liga mit auswärtigen katholiſchen Fürſten, die um ihre Mithilfe durch eigene Geſandte zu erſuchen wären *) Behufs des förmlichen Abſchluſſes des Bundes wollten in kürzeſter Zeit die geiſtlichen Kurfürſten perſönlich zuſammenkommen. Max, von dieſer günſtigen Sachlage unterrichtet, that ſeinerſeits ohne Säumen die nöthigen Schritte, um ſich der Beihilfe des Papſtes und Spaniens zu verſichern. Seine nach Prag dem Nuncius und Zuñiga gemachten Mittheilungen fanden die beſte Aufnahme und er konnte den Kurfürſten, als dieſe ſich in Mainz zu den Schlußberathungen einfanden, günſtige Ausſichten eröffnen. So nahm die Erweiterung der Liga raſchen Fortgang; ſchon am 30. Auguſt unterzeichneten die geiſtlichen Kurfürſten einen Vertrag, in dem ſie derſelben beitraten. Nach dieſem Vertrage ſollte die Bundesorganiſation, wie ſie urſprünglich in München feſtgeſetzt worden, bis auf einige Aenderungen, welche die oberſte Leitung betrafen, aufrecht erhalten werden. Es wurde beſtimmt, daß dieſelbe in den Händen zweier Bundesoberſten, des Herzogs Maximilian und des Kurfürſten von Mainz ruhen, die Stelle des Bundesfeldherrn dagegen allein von erſterem verſehen werden ſollte. Ueber die Stellung und Theilnahme des Hauſes Oeſterreich an dieſer Liga wurde, offenbar zur Zufriedenheit des Herzogs, nichts entſchieden. Trotzdem gab es einen unter den kurfürſtlichen Beſchlüſſen, der demſelben im hohen Grade mißfiel, er

*) Münchner Reichsarchiv 442 fol. 4. Beſchluß der zu Köln verſammelten Geſandten der drei geiſtlichen Kurfürſten vom 18. Juni 1609.

Google

betraf Jülich. Die Unterhandlungen, welche Leopold mit den rheinischen Bischöfen, wie wir erzählt, geführt hatte, waren nicht resultatlos. Die Kurfürsten, von Leopolds persönlichen Absichten und ehrgeizigen Plänen keineswegs unterrichtet, aber von der Gefahr, die ihnen drohte, wenn die Jülicher Erbschaft in protestantische Hände gerathen würde, durchdrungen, wollten die Liga nach dieser Seite hin wirksam machen und bestimmten, daß ein Drittel von den Einkünften der Bundeskassa zur Unterstützung des Erzherzogs verwendet werden sollte. Dies war aber keineswegs nach dem Geschmacke des Herzogs, er durchschaute ganz richtig das Abenteuerliche von Leopolds Bestrebungen und so wenig er an diesen sich betheiligte, so wenig wollte er den Rechten der possedirenden Fürsten, ob sie ihm begründet scheinen mochten oder nicht, nahe treten. Mit einem Worte, er wollte das Schicksal der Liga nicht durch eine, unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehende Betheiligung an der Jülicher Angelegenheit kompromittiren, ein Beweis, daß er die Liga nur zum Schutz ihrer Theilnehmer, nicht aber zur Unterstützung einer sogenannten großen Politik begründen wollte. Zu die Mittheilung der Kurfürsten über ihre Absichten bezüglich Jülich's schwieg er also vorsichtigerweise. Da übrigens durch den Vertrag der Kurfürsten die Organisation der Liga nicht völlig ins reine gebracht war, so drang Max bald auf die Berufung eines Bundestags nach München, welcher hauptsächlich wegen der wieder stärker hervortretenden Saumseligkeit von Kurmainz erst im Februar 1610 zu Stande kam.

Da sowohl von Max wie von den Kurfürsten die Heranziehung auswärtiger Bundesgenossen als nothwendig erkannt wurde, so geschahen in der Zwischenzeit die deshalb nöthigen Schritte. Die Absendung eines Gesandten nach Spanien hatte Max auf sich genommen und schon zu einer Zeit ins Werk gesetzt, wo der Beitritt der geistlichen Kurfürsten zur Liga erst im Werden lag. Die Absendung einer eigenen Botschaft an den Papst und die italienischen Fürsten nahmen jetzt nach abgeschlossenem Vertrag die Kurfürsten auf sich, allein so säumig, daß ihre Gesandten erst den Weg über die Alpen antraten, als des Herzogs Gesandter sich bereits auf dem Rückwege aus Spanien befand.

Die Botschaft nach Spanien übertrug der Herzog im Einverständniß mit Zuñiga und dem Nuncius in Prag dem bereits genannten Kapuziner Fra Lorenzo von Brindisi. Zuñiga war von dem Herzog schon zu der Zeit, als er seine Reise nach Prag über München anstellte, über den Plan eines katholischen Bundes unterrichtet und demselben geneigt gemacht worden. Als der Abschluß des Bundes seiner Vollendung entgegenging, benachrichtigte Max hievon den Nuncius und den spanischen Gesandten in Prag und ersuchte beide um ihre Unterstützung.

Google

Beide waren geneigt diesem Wunsche zu willfahren und es handelte sich nur um die Wahl einer passenden Person, welche nach Spanien zu schicken wäre, um dem König die Sachlage auseinanderzusetzen und ihn zu einem Anschluß an die Liga zu vermögen. Da die Berathungen zwischen Zuñiga, dem Nuncius und den böhmischen Katholikenhäuptern regelmäßig im Kapuzinerkloster und zwar in der Zelle des Bruders Lorenzo stattfanden, war auch dieser von der ganzen Angelegenheit in Kenntniß gesetzt. Wiewohl von der Gicht um diese Zeit arg geplagt, glaubte doch der Kapuzinerbruder sein Leben einsetzen zu müssen, wo es sich um die Begründung eines Katholikenbundes handelte, der ihm als das großartigste Ziel seiner kirchlichen Bestrebungen und als der Hammer, bestimmt den Kopf der Häresie zu zertrümmern, erscheinen mochte. Er erbot sich deshalb selbst zur Uebernahme der Gesandtschaft und zu der beschwerlichen Reise über die Alpen und nach Spanien. Sein Anerbieten wurde freudig angenommen; ausgerüstet mit einer Instruktion Zuñiga's, welche ihm die Wege in Madrid ebnen sollte, reiste er nach München, um sich mit dem Herzog zu besprechen. Juni 1609
Dieser, mit Lorenzo schon längere Zeit bekannt und von Hochachtung für ihn erfüllt, war mit seiner Sendung vollständig zufrieden und beschloß sich seiner gleicherweise als Gesandten zu bedienen, so daß Lorenzo in doppeltem Auftrage nach Spanien eilte.*) Von dieser Botschaft wurden von den österreichischen Prinzen nur Ferdinand und Leopold in Kenntniß gesetzt, vor dem Kaiser wurde sie so wie alle bisherigen Schritte zur Begründung der Liga verheimlicht, weil man befürchtete, er würde alles thun, um sie zu vereiteln.

Nach Zuñiga's Instruktion sollte Lorenzo, nachdem er sich mit Max besprochen hatte, seinen Weg über Oberitalien nach einem italienischen Hafen einschlagen und dort nach Spanien sich einschiffen. Dem Könige sollte er nach der Anschauung, die er sich selbst von der gefährdeten Lage der Katholiken gebildet hatte, die Begründung einer Liga als den einzigen Schutz vor jeglicher Gefahr bezeichnen und zwar besonders in dem Augenblicke, wo der Zwiespalt zwischen Rudolf und Mathias durchaus nicht zu heilen sei. Nach Zuñiga's Meinung sollte Lorenzo den König auch auf die Vortheile aufmerksam machen, welche dem Hause Oesterreich, namentlich dem Erzherzog Maximilian als Hüter der aus Italien nach Deutschland führenden Pässe und dem Erzherzog Leopold als Bischof von

*) Archiv von Simancas 700. Zuñiga's Instruktion für Fray Lorenzo dto. 8. Juni 1609. — Ebendaselbst 949/34. Erzherzog Leopold an Philipp III dto. 14. Juni. — Ebendaselbst 2496/7 Zuñiga an Philipp III dto. 20. Juni. — Ebendaselbst Max von Baiern an Philipp III dto. 28. Juni 1609.

Google Original HARVARD

Paſſau, aus der Begründung der Liga zu Theil würden. Aus dieſer Inſtruktion und den nachfolgenden Mittheilungen Zuñiga's iſt erſichtlich, daß derſelbe die Unterſtützung der Liga durch Philipp III von einer vorläufigen Präciſirung des Verhältniſſes, in dem ſie zu den deutſchen Habsburgern ſtehen ſollte, nicht abhängig machen wollte, ſondern daß er eine unbedingte Hilfeleiſtung beantragte und es der nächſten Zukunft überlaſſen wollte, von welchem Nutzen dieſelbe für das Haus ſeines Königs ſein ſollte; allerdings ſprach er die Hoffnung aus, derſelbe werde kein geringer ſein.

Max, von Zuñiga's Inſtruktion durch Fra Lorenzo in Kenntniß geſetzt, konnte mit derſelben wohl zufrieden ſein, als er ſah, daß ſeinem Wunſche, allein das weltliche Haupt der Union zu ſein, kein Hinderniß in den Weg gelegt werde. Er fügte den Aufträgen Lorenzo's nur noch einen hinzu: er ſollte den König von Spanien erſuchen, daß dieſer durch den Papſt auf Heinrich IV einwirke und ihn von der Unterſtützung der deutſchen Proteſtanten abhalte, ein Auftrag, von dem ſich der kluge Max wohl ſelbſt keine beſondere Wirkung verſprach.

10. Sept. 1609 Als Lorenzo von Brindiſi nach Spanien kam, um des Königs Unterſtützung für die Liga in Anſpruch zu nehmen, war der König von drei Seiten günſtig für dieſelbe geſtimmt worden. Nicht nur hatte Zuñiga ununterbrochen auf die Gefahren aufmerkſam gemacht, welche dem Beſtand der katholiſchen Kirche in Deutſchland drohten und die Liga als ein paſſendes Hilfsmittel gegen dieſelben bezeichnet, auch der Papſt, benachrichtigt von ſeinem Nuncius über „die elende Lage der katholiſchen Kirche" in Deutſchland, hatte den König erſucht,*) ſeine Kräfte anzuſtrengen, um eine Wendung zum Beſſern herbeizuführen und ſich dabei ſelbſt erboten nach ſeinen Kräften beizuſteuern. Endlich hatte auch Graf von Caſtro, der ſpaniſche Geſandte in Rom, mit ängſtlichen Schilderungen der Gefahren, welche die Katholiken bedrohten, den König und ſeinen Staatsrath in Aufregung gebracht. Daher war es nach Lorenzo's Erſcheinen keinen Augenblick zweifelhaft, daß Philipp ſich zur Unterſtützung der Liga verſtehen würde. Ueberdies glaubte man in Spanien auch noch deshalb ſich zur Unterſtützung derſelben entſchließen zu müſſen, weil man fürchtete, ſie werde ſich ſonſt dem Könige von Frankreich in die Arme werfen, eine überflüſſige Beſorgniß, da Heinrich IV, wenn er an den Territorialverhältniſſen rütteln wollte, ſich nicht zugleich mit der Union und Liga verbinden konnte und ſeine Wahl bereits getroffen war.

*) Simancas 709/53. In zwei Briefen hatte der Papſt den König um Hülfe für die Katholiken erſucht, in einem Brief vom 6. Juli und einem andern vom 14. Auguſt.

Google

So groß aber immerhin die Bereitwilligkeit Philipps III sein mochte, der Liga seine Hilfe zu bieten, die entweder in monatlichen Geldbeiträgen oder in einem Heere bestehen konnte, so hatte er doch nur übel Lust, sie ohne weiteres eine Verbindlichkeit auf sich zu laden. War die Liga ein Katholikenbund, so verlangte Philipp III, daß auch der Papst an demselben einen hervorragenden Antheil nehme und das Gebiet allgemeiner und häufig genug wiederholter Versicherungen verlassend, zu positiven Anerbietungen sich verstehe. Paul V hatte sich erst vor wenigen Wochen gegen den Grafen Castro, als dieser ihm in den lebhaftesten Farben die Noth der Katholiken in Oesterreich schilderte, zu der Aeußerung hinreißen lassen, er wolle mit allem Geld, was er habe, zu Hilfe eilen, wenn man gegen die Ketzer Eisen anwende.*) Nun war die Gelegenheit gekommen, diese Versprechungen zur That werden zu lassen. Die Liga sollte zwar vorerst nur ein Defensivbund sein, allein bei der Lust, welche die Protestanten zum Angriff hatten, konnte sie sich rasch genug zu einem Offensivbündniß gestalten und es hing allein von der Hilfe des Papstes ab, wie bald dies der Fall sein sollte. Philipp war also ohne Säumniß erbötig, der Liga zu Hilfe zu eilen, verlangte aber, daß der Papst sich zu einer gleich großen Unterstützung verpflichte.

Dies war indessen nicht die einzige Bedingung, von welcher der König seinen Beistand abhängig machte. Während Zuñiga die Hoffnung aussprach, die Liga werde gleichsam von selbst „große Stücke" auf das Haus Oesterreich halten, wollte man in Spanien sich nicht mit bloßen Versprechungen und Aussichten begnügen. Als noch der Kaiser unschlüssig war, ob er den Majestätsbrief unterzeichnen solle oder nicht, hatten die Erzherzoge Ferdinand und Leopold in mehreren Briefen an den König und seine Gemahlin, ihrer Beider Schwester, die Gefahren, die sie um des Glaubens willen bedrohten, geschildert, namentlich hatte Erzherzog Ferdinand einer momentanen Bestürzung ziemlich starken Ausdruck gelieben und die Hilfe des Königs, des Papstes und aller italienischen Fürsten in gleichem Maße für nöthig erachtet, wenn nicht er und sein Land zuerst als ein Opfer des Protestantismus zu Grunde gehen sollten. P. Haller, der Beichtvater der Königin, machte sich zum beredten Agenten des Erzherzogs am spanischen Hofe und sprach eifrig für eine rasche Unterstützung desselben.**) Aller dieser Bitten und Vorstellungen erinnerte sich jetzt der König und wenn er erbötig war, etwas für die Liga zu thun, so wollte

*) Simancas 991 Castro an Philipp III ddo. Rom, 9. August

**) Simancas 2323/64. Der Staatsrath an den König ddo. 9. Juli 1609.

Google

er zum wenigſten, daß dieſelbe dafür den Erzherzog Ferdinand in den Kreis der Schutzbefohlenen aufnehme.

Als nun Lorenzo ſeinem Auftrage nachkommend den König für den Beitritt zur Liga zu gewinnen trachtete, erhielt er ſowohl von ihm wie von ſeinen Staatsräthen die beſten Verſicherungen. Nachdem er auch längere Zeit über die Größe der Hilfeleiſtung von Seite Spaniens verhandelt
1609 hatte, wurden ihm am 1. November die Bedingungen, unter denen Philipp III zur Liga beitreten wollte, ſchriftlich mitgetheilt; der König wolle, ſo hieß es in der Zuſchrift, zur Liga ſo viel beitragen wie der Papſt, vorausgeſetzt, daß in den Bund ſowohl die deutſchen Mitglieder des Hauſes Oeſterreich als die geiſtlichen Kurfürſten eingeſchloſſen würden. Das war nicht die Antwort, welche Lorenzo erwartet hatte und von der er ſich verſprechen konnte, daß ſie dem Herzog von Baiern genehm ſein würde, auch war er durch die vorangegangenen Verhandlungen nicht auf die nachträgliche Stellung dieſer Bedingungen vorbereitet. In einer Audienz, die er ſich deshalb beim Könige erbat, erſuchte er ihn, die Bedingungen ſeines Beitritts zurückzunehmen und ſeine Hilfeleiſtung unbedingt zuzuſagen. Der König beruhigte darauf den Kapuzinerbruder und verſicherte, daß ſein Geſandter in Prag, der zum förmlichen Abſchluß des Vertrags mit der Liga Vollmacht erhalten, an dieſe Bedingungen nicht gebunden ſei. Hiebei berief ſich Philipp auf das Zeugniß ſeiner Gemahlin, welche der Audienz beigewohnt und die an Zuñiga abgeſchickte Inſtruktion geleſen hatte.*) Hiedurch zufriedengeſtellt trat Lorenzo ſeine Rückreiſe aus Spanien an und zwar über Rom.

So ganz und gar hatte jedoch der König den Bedingungen, unter denen er ſich der Liga anſchließen wollte, nicht entſagt, wie dieſe ſeine letzte Erklärung vermuthen laſſen könnte. Abgelaſſen wurde nur von der Beſtimmung, die Haltung des Königs von der des Papſtes abhängig zu machen. Das ſah man in Spanien doch ein, daß der Papſt nicht über gleiche Geldſummen gebieten könne, wie ein König, der alljährlich eine Silberflotte aus Amerika erwartete, und daß es den zögernden Charakter Pauls V ganz verkennen hieße, wenn man von ihm früher einen Anſchluß an die Liga erwarten wollte, als bis dieſelbe völlig organiſirt war. Von der zweiten Bedingung, daß die Liga auch die deutſchen Habsburger in ihren Bund aufnehmen müſſe, ließ Philipp auch jetzt nicht ab, nur über das Wie war er ſelbſt nicht im Klaren. Lange war nämlich über dieſen
29. Okt. wichtigen Punkt im Staatsrath verhandelt und endlich der Beſchluß gefaßt worden, daß Zuñiga in dem Vertrage mit der Liga, deſſen Abſchluß

*) Cornelius: Zur Geſchichte der Gründung der deutſchen Liga S. 43

Google

ſeiner Sachkenntniß überlaſſen werden ſolle, das Intereſſe des öſterreichiſchen Hauſes wahrt.*) Der König war mit dieſem Beſchluß einverſtanden und gab Zuñiga die entſprechenden Weiſungen. Wenn ſich alſo Maximilian in Folge von Lorenzo's Mittheilungen einen Augenblick mit der Hoffnung ſchmeichelte, er habe Spaniens Hilfe erlangt ohne den Kreis der Liga über die deutſchen Biſchöfe hinaus erweitern zu müſſen, ſo lehrten ihn die folgenden Verhandlungen, daß er ſich nicht unweſentlich getäuſcht habe. — Was die Hilfeleiſtung, zu der ſich Philipp verpflichten wollte, betrifft, ſo wurde ſie auf 3000 Infanteriſten und 1000 Reiter oder einen Geldbeitrag von jährlich 360.000 Dukaten beſtimmt; Lorenzo hatte 6000 Mann zu Fuß und ein Kavallerieregiment verlangt. Später fand der König das mit 360.000 Dukaten feſtgeſetzte Aequivalent etwas zu hoch und wollte es beſchränkt wiſſen, allein auf die Erklärung des Staatsrathes, daß man unter dieſer Summe 4000 Mann nicht ausrüſten könne, gab er ſich zufrieden.

Bevor wir Bruder Lorenzo auf der Rückreiſe nach Italien folgen und weiter erzählen, was zur Begründung der Liga geſchah, müſſen wir dem Verlaufe von Tennagels Miſſion nach Spanien unſere Aufmerkſamkeit zuwenden.

In dem Momente, in dem die Verhandlungen Lorenzo's mit dem ſpaniſchen Kabinete ihrem Ende entgegen gingen, alſo in den letzten Tagen Oktobers, erſchien Tennagel, Leopold's Unterhändler, in Madrid, um für 1609
die nachhaltigſte Unterſtützung ſeines Herrn zu wirken. Wenig fehlte, ſo wäre Lorenzo's Miſſion bei der Wichtigkeit von Tennagels Mittheilungen im letzten Augenblicke geſcheitert und Philipp hätte eine Unterſtützung der Liga von einem Bündniß derſelben mit Leopold abhängig gemacht, denn in der That das Bild, welches Tennagel von der nächſten Zukunft vor den Augen der Spanier aufrollte, verdiente eine ernſte Betrachtung und ein entſprechendes Handeln. Leopold verſprach in kürzeſter Zeit mehr, als die Liga je zu bewirken im Stande war.

Schon vor Tennagels Ankunft war nach Spanien die Nachricht gedrungen, daß Leopold ſich Jülichs bemächtigt habe. Das ſpaniſche Kabinet unterſchätzte nicht die Wichtigkeit dieſes Ereigniſſes und empfahl von freien Stücken dem König eine Geldhilfe für den Erzherzog. Noch hatte dieſer Gegenſtand das Stadium der Berathungen nicht durchgemacht, als von Zuñiga die Nachricht einlangte, Leopold wende ſich unabläſſig mit Bitten um Geld an ihn. Der Ge-

*) Archiv von Simancas 709. Der Staatsrath an den König ddo. 29. Oktober 1609.

Google

ſandte begleitete dieſe Mittheilung mit keiner näheren Erklärung, welche der König als eine Empfehlung oder als eine Mißbilligung des Jülicher Unternehmens hätte deuten können. *) Das ſpaniſche Kabinet beſaß alſo keine Nachrichten über die eigenthümlichen Pläne Leopolds und über ſeine Verbindungen, als Tennagel anlangte. Dieſer legte unmittelbar nach ſeiner Ankunft dem Könige die Bitte des Erzherzogs um Hilfe vor und unterſtützte ſie zugleich mit einem Memoire, welches die Lage der Dinge in Deutſchland und Oeſterreich ſchilderte und die Wege angab, wie dieſelbe zu Gunſten des Hauſes Habsburg und der katholiſchen Religion umgeſtaltet werden ſollte. **)

Die Wichtigkeit dieſes Memoires ergibt ſich aus einer kurzen Angabe ſeines Inhalts. Nachdem Tennagel in demſelben die Bedeutung, welche der Beſitz von Jülich nicht bloß für die katholiſche Welt, ſondern auch für Spanien habe, erörtert hatte, ſchilderte er in eingehender Weiſe den umfaſſenden Plan Leopolds, welchen dieſer nicht bloß zur Behauptung Jülichs, ſondern zur Rettung des Katholicismus entworfen habe und deſſen Gelingen Spaniens Unterſtützung allein ermöglichen könne. Tennagel erzählte, Leopold habe ſich als kaiſerlicher Kommiſſär Jülichs bemächtigt und halte es jetzt mit feſter Hand. Dieſer Beſitz ſei jedoch nur ein Ring in einer langen Kette wohlberechneter Beſtrebungen, die alleſammt auf ein Ziel hinarbeiteten. Er habe bereits einen geheimen Bund unter den Katholiken Böhmens, Mährens und Schleſiens zu Stande gebracht und dieſer habe die nöthigen Geldmittel zuſammengebracht um jeden Augenblick ein Heer von 5000 Reitern und 1000 Mann zu Fuß aufzuſtellen, zu deſſen Kommando ein Mann (der Herzog von Teſchen) auserſehen ſei, deſſen Treue ebenſo erprobt gegen den Kaiſer wie gegen die Kirche ſei. Dieſer präſumtive Anführer ſei von dem Bunde beauftragt, den Befehlen des Erzherzogs Folge zu leiſten und das Heer für den Tag bereit zu halten, der ihm bezeichnet würde. Einige der mächtigſten lutheriſchen Kavaliere Böhmens hätten ſich dieſem Bündniſſe auch angeſchloſſen, weil ſie der Inſolenz der Kalviner und Brüder bereits überdruſſig ſeien. Mit dem in Böhmen aufzuſtellenden Heere beabſichtige gleichzeitig der Erzherzog die Ausrüſtung eines zweiten, beſtehend aus vier Infanterie- und ebenſoviel Kavallerieregimentern. Um kein Aufſehen zu erregen, ſolle mit Zuſtimmung der drei geiſtlichen Kurfürſten und des von Sachſen die Ausrüſtung gleichzeitig an vier Orten, im Elſaß, in Paſſau, in Lüttich und in der Nähe von Jülich vor ſich gehen. Das eigentliche Geheimniß dieſer Rüſtungen werde

*) Simancas 709. Der Staatsrath an den König bdo. 30. Oktober 1609.

**) Simancas 709. Memorial de Tennagel Embaxador de Archaduque Leopoldo.

Google

den Kurfürsten nicht bekannt gegeben daß es ſich nämlich vor allem um Böhmen handle, ſondern dieſe würden in dem Glauben erhalten, daß ſie nur wegen der Jülicher Angelegenheit vorgenommen werden. Seien dieſe Rüſtungen beendet, ſo würden die ſämmtlichen Regimenter ihren Marſch gegen Jülich richten und hier zuerſt den Prätenſionen Brandenburgs und Neuburgs ein Ende machen. Der Adel von Julich, Cleve und Berg ſei dem Erzherzog günſtig geſinnt, von den Städten trete allmälig eine nach der andern auf ſeine Seite und ſo ſei der Gewinn dieſer Länder gewiſſelos. Um die Proteſtanten, falls ſie ſich dem Verluſte derſelben nicht ruhig fügen wollten, im Zaum zu halten, werde der Herzog von Baiern, wie dies bereits vertragsmäßig zwiſchen ihm und dem Erzherzoge abgemacht ſei, ein drittes Heer in ſeinen Beſitzungen ausrüſten und über jeden herfallen, der letzteren anzugreifen Miene machen würde. Es ſei jedoch keineswegs von den Proteſtanten ein Widerſtand oder gar ein Angriff zu befürchten, ſie ſeien ſchwach und im Augenblick ohne Mittel, um größere Kriegskoſten zu tragen, außerdem werde der Kaiſer jeden mit der Acht bedrohen, der gegen ihn eine feindliche Haltung annehmen wollte. Es werde ſich ihm zugleich die beſte Gelegenheit bieten, ſeine Autorität in Deutſchland wieder zur Geltung zu bringen. Sei ſo jeder Widerſtand in Deutſchland im Keime erſtickt, ſo werde der Erzherzog mit ſeinem Heere nach Böhmen marſchiren, während der Herzog ihm mit dem ſeinigen den Rücken decken und die wichtigſten Plätze mit Beſatzungen verſehen werde. An den Grenzen Böhmens könne der Erzherzog bereits im Frühjahre 1610 ſtehen und dem Heere, welches ſich mittlerweile unter des Herzogs von Teſchen Anführung gebildet hätte, die Hand reichen. Dann ſei man im Stande den Verbindungen der Proteſtanten in Böhmen, Mähren und Schleſien ein Ende zu machen und des Kaiſers Hoheit aus dem Staube zu erheben. Sei auf dieſe Weiſe in Böhmen aufgeräumt, ſo dürfte man ſich mit dem erlangten Vortheil nicht begnügen, am allerwenigſten aber entwaffnen, man müßte dann eine Verſammlung der Prinzen des Hauſes Habsburg berufen und dieſe über die Wege berathen laſſen: 1. wie die entzweiten Brüder Rudolf und Mathias zu verſöhnen ſeien, 2. wie die katholiſche Religion geſchützt und 3. wie das Haus Oeſterreich in dem Beſitze des Reiches und aller ſeiner Länder erhalten werden ſolle.

Wer die Verhältniſſe in Deutſchland und den Niederlanden kenne, ſo argumentirte Tennagel weiter, werde begreifen, daß der Anfang jeglichen Erfolges von der Behauptung Jülichs, von der rechtzeitigen Ausrüſtung der nöthigen Truppenmaſſen und von dem engen Anſchluſſe der katholiſchen Fürſten abhänge. Sei man im Beſitz von Julich, Cleve und Berg, ſo würden ſich alle übrigen Erfolge gleichſam von ſelbſt ergeben. Gerathen

Google Original from HARVARD UNIVE

aber dieſe Länder in proteſtantiſche Hände, denn ſei es zu Ende mit den geiſtlichen Fürſten Deutſchlands, unmöglich die dauernde Behauptung Belgiens, eitel jede Hoffnung auf die Bezwingung der niederländiſchen Rebellen und gefährdet in naher Zukunft die ſpaniſche Herrſchaft in Italien. Nun könne der Erzherzog jenen Theil der gemeinſamen Rüſtungen, die bei der angedeuteten Vertheilung der Rollen vornehmlich ihm zur Laſt fielen, ohne die nachdrücklichſte, wenn auch nur geheime Unterſtützung von Seite Spaniens nicht auf ſich nehmen. Dieſe Unterſtützung, in Geld beſtehend, ſei nur diesmal nothwendig, einmal am Ziele der angedeuteten Beſtrebungen ſei er in der Lage ſelbſt Spanien zu helfen und nicht deſſen Beiſtand zu erbitten.

Man könnte, fuhr Tennagel weiter fort, gegen die hier vorgebrachten Schlußfolgerungen einen dreifachen Einwand erheben. Der erſte beſtünde darin, daß, wenn der König von Spanien ſich in die Jülicher Angelegenheit einmiſche, dies den Waffenſtillſtand mit Holland gefährden und leicht einen Bruch mit Frankreich herbeiführen könnte, da beide Staaten keineswegs ſich paſſiv verhalten würden. Auf dieſen Einwand wäre jedoch zu entgegnen, erſtens, daß die Unterſtützung Leopolds geheim vor ſich gehen könnte, um ſowohl den Holländern wie Heinrich IV jeden Vorwand zu Klagen gegen Spanien zu benehmen, zweitens, daß Heinrich IV ſo wie die Holländer nicht erſt eine Veranlaſſung von Spanien erwarten würden, um die deutſchen Proteſtanten zu unterſtützen, daß aber drittens dieſe Unterſtützung keine ausgiebige ſein werde, da die Holländer mit Schulden überbürdet ſeien und Heinrich IV weder über einen ſo großen Schatz gebiete, als man allgemein annehme, noch auch einen Krieg außerhalb der Grenzen ſeines Reiches wagen dürfe, wenn er nicht im Innern den Ausbruch der heftigſten Unruhen beſchleunigen wolle. Was einen andern Einwurf betreffe, daß nämlich der König von Spanien, nachdem er einmal zur Unterſtützung der Liga ſich entſchloſſen, ſich nicht zur Förderung von Leopolds Unternehmen hergeben könne, ohne ſich in unerſchwingliche Auslagen einzulaſſen, ſo ſei zu erwiedern, daß der Zweck der Liga und das Unternehmen Leopolds einander gegenſeitig bedingen, wolle der König den erſteren fördern, ſo dürfe er dem letzteren nicht den Rücken kehren. Was einen dritten Einwurf betreffe, daß nämlich Leopolds Unternehmen nicht in einem Jahre beendet ſein, ſondern dem König jahrjährige Opfer auferlegen würde, ſo ſei zu entgegnen, daß dies gewiß nicht der Fall ſein werde, denn ſobald Erzherzog Leopold mit einem Heere im Felde erſcheine, ſei die Wiederherſtellung der früheren Herrſchaft des Kaiſers gewiß und damit ſeien auch alle Mittel zur weiteren Kriegführung gewonnen, ohne Spanien ferner in Anſpruch zu nehmen. Denn die Unterthanen des

Google

Kaiſers ſeien der Mehrzahl nach überdrüſſig der Herrſchaft der Ketzer und würden, ſobald ſie von ihrem Joch befreit ſeien, mit allen ihren Mitteln dem Kaiſer zur Hilfe bereit ſein.

Wir haben das Memoire Tennagels eingehender ſkizzirt, weil man aus demſelben die Anſchauungen und Hoffnungen am beſten kennen lernen kann, in denen ſich theils Erzherzog Leopold ſelbſt, theils die ihm anhängende, weniger katholiſche als abenteuerliche Partei bewegte. Man könnte verſucht ſein, in Leopold und Anhalt die zwei entgegengeſetzten Pole ihrer Zeit zu ſehen, jeder von beiden geneigt, das ihm feindlich entgegenſtehende Kirchenweſen und die mit demſelben im Zuſammenhang ſtehenden ſtaatlichen Ordnungen zu zertrümmern, um bei der allgemeinen Verwirrung das Ziel ihres Ehrgeizes zu erreichen. Zwiſchen beiden iſt jedoch ein großer Unterſchied. Leopolds Beſtrebungen waren Phantaſtereien, er hatte keine richtige Einſicht in die politiſchen Verhältniſſe und ſeine geträumten Erfolge waren auf Vorausſetzungen begründet, die eine nüchterne Prüfung nicht aushalten konnten. Anhalts ſcharfer Geiſt faßte das Gebrechliche und Faule der beſtehenden Verhältniſſe eben ſo richtig auf, wie ſeine Klugheit ihn die paſſenden Mittel wählen ließ, um das angeſtrebte Ziel zu erreichen. Wenn er nichtsdeſtoweniger noch immer keinen weſentlichen Erfolg hatte erringen können, ſo lag die Urſache nicht an ihm, ſondern an unberechenbaren Zwiſchenfällen.

Der Inhalt von Tennagels Botſchaft war begreiflicherweiſe derart, daß er eine nicht geringe Bewegung im ſpaniſchen Staatsrath hervorrief. Unterdrückung oder wenigſtens Einſchüchterung der Proteſtanten in Deutſchland und Oeſterreich, Erhöhung der kaiſerlichen Autorität in bisher nicht gekannter Weiſe und in Folge deſſen eine Unterſtützung für Spanien, das bisher alle Welt allein unterſtützen mußte, ſo viel und nicht weniger verſprach Tennagels Memoire; angenehmeres hatte man in Spanien ſeit langem nicht zu hören bekommen. Mußte man ſich nicht im letzten Augenblicke beſinnen, ob man einen Heller auf die Liga verwenden ſolle, die eigentlich nichts anderes bezweckte, als ſich ſelbſt zu ſchützen? Leicht würde Lerma's Miſſion in der That geſcheitert ſein, wären nicht die Farben in Tennagels Memoire zu dick aufgetragen geweſen und wären darin nicht Behauptungen aufgeſtellt worden, von deren Unwahrhaftigkeit das ſpaniſche Kabinet überzeugt ſein mußte. Wie war es möglich, daß zwiſchen Leopold und Max ſo wichtige Verabredungen getroffen waren, wenn Lerma nichts von ihnen wußte? Und zu allem dem das eigenthümliche Schweigen Zuñiga's. Dies alles fand im ſpaniſchen Staatsrath die richtige Würdigung. Lerma wurde nicht weiter zurückgehalten, ſondern mit der ertheilten Antwort entlaſſen, Tennagels Miſſion aber aufmerkſam d. h. mißtrauiſch geprüft.

Google Original from HARVARD UNIVER

Der Herzog von Lerma äußerte zuerst Zweifel darüber, ob Leopold mit Maximilian Hand in Hand gehen würden, da letzterer kaum dulden dürfte, daß ein anderer ihm in Deutschland den Vorrang ablaufe; er wollte auch von Tennagel wissen, wer künftig in den Besitz von Julich gelangen solle und gab zu verstehen, daß eigentlich Spanien Rechte darauf habe. Es scheint, daß der Gesandte durch solche und ähnliche Fragen etwas eingeschüchtert, die ehrgeizigen Pläne, welche Leopold für seine eigene Erhebung hegte, nicht weiter enthüllte, sondern die Unterdrückung der Protestanten als das zunächst anzustrebende Ziel betonte und die Frage über den künftigen Herrscher von Julich, Cleve und Berg sowie von Böhmen offen ließ. Als die Herzoge von Lerma und Infantado, der Großkommandeur von Leon und der Konnetable von Kastilien sich gemeinsam über Leopolds Gesuch berieten, war ihre Verlegenheit sichtlich; sie waren nahe daran dem Könige eine Geldhilfe selbst bis zum Betrag von 200.000 Scudi zu empfehlen, wenn sie nicht durch Zuñiga's Schweigen stutzig gemacht worden wären. Zuletzt einigten sie sich dahin, daß Zuñiga von dem Begehren Leopolds in Kenntniß gesetzt werden und thun solle, was er den Verhältnissen für entsprechend finden würde.*)

Etwas später scheint der König den Mittheilungen Tennagels mehr Vertrauen geschenkt zu haben, denn er empfahl seinem Gesandten in Prag denselben mit aller Zuvorkommenheit zu behandeln, was beinahe einem Befehl, daß Zuñiga die Pläne Leopolds unterstützen solle, gleichzuhalten ist.**) Diese Empfehlung erregte jedoch nicht bei dem Gesandten einen gleichen Befehl. Wohl empfing er Tennagel bei seiner Ankunft in Prag mit Artigkeit, aber er gab ihm für seinen Herren kaum etwas mehr als ein Almosen. Mißtrauisch gegen den Erzherzog Leopold sei er glaubte vermuthen zu dürfen, daß derselbe nicht die Interessen seines Hauses, sondern die Befriedigung persönlichen Ehrgeizes im Auge habe, wollte er Spanien nicht durch eine Verbindung mit ihm kompromittiren. Da ihm das Memoire, welches Tennagel in Spanien überreicht hatte, zur Begutachtung zugeschickt worden war, sprach er sich mit aller Entschiedenheit nicht blos gegen die Durchführbarkeit der darin enthaltenen Vorschläge, sondern auch gegen die Wahrheit beinahe aller der Voraussetzungen aus, von denen dasselbe ausging. Er schrieb deshalb nach Spanien zurück,***)

31 Mai 1610

*) Simancas 709. Der Staatsrath an den König dto. 30. Okt. — Ebendaselbst der Staatsrath an den König dto. 6. Dez.

**) Simancas 2196/13. Zuñiga an Philipp III dto. 6. März 1610.

***) Simancas 2196/133. Zuñiga's Bemerkungen zu Tennagels Memoire dto. 31. Mai 1610.

Google Original HARVARD

man müsse in dem Plane Leopolds zwei Theile unterscheiden, den auf Julich bezüglichen und den Böhmen betreffenden. Die Durchführung des ersteren sei für die katholische Sache in hohem Grade zuträglich, aber es seien die Aussichten hiefür schlecht. Denn die Angabe des Memoires, als ob der Adel von Jülich, Cleve und Berg und die Städte dieser Gebiete Leopold anhingen oder ihm geneigt seien, beruhe vollständig auf Unwahrheit, und eben so sei die Behauptung, als ob zwischen Herzog Maximilian und Leopold ein Uebereinkommen getroffen worden, geradezu erlogen. Trotzdem wäre es von größter Bedeutung Julich nicht verloren gehen zu lassen. Den auf Böhmen bezüglichen Theil des Planes hielt Zuñiga mehr für eine verrückte als für eine vernünftige Unternehmung und sprach überdies noch seine Zweifel aus, daß dasselbe ernstlich gemeint sei, „es sei dieser Plan unzweifelhaft eine Ausgeburt Tennagels von welcher der Erzherzog kaum Kenntniß besitze." Der Gesandte hatte Unrecht die Sache für ein bloßes Hirngespinst zu halten, ersonnen, um den Spaniern Geld abzulocken. Eine Ausgeburt kranker Phantasie war der Plan Böhmen zu überfallen insofern, als keine Möglichkeit des Gelingens hiefür vorlag und derselbe, wenn er doch gelungen wäre, einen Kampf zwischen den deutschen Habsburgern hervorrufen mußte. Der Plan bestand aber dennoch und in der That hatten sich zu seiner Durchführung alle jene Personen verbunden, die eben als die Anhänger und Vertrauten Leopolds bezeichnet wurden und erst vor kurzem waren in Mähren Briefe aufgefunden worden, welche über die Stellung, die der Herzog von Teschen zu dem ganzen Unternehmen einnahm, ein grelles Licht warfen. Leopold hielt alle Fäden der Verschwörung, wie man das Unternehmen bezeichnen kann, zusammen, und er suchte ununterbrochen neue Bundesgenossen anzuwerben. Die Angabe des Memoires, daß die Lutheraner Böhmens müde seien, das Joch der Kalviner zu tragen, stimmte mit der Sachlage insofern überein, als Leopold durch Wenzel von Kinsky sich bemühte, Zwietracht unter die Protestanten zu bringen und dadurch für den beabsichtigten Staatsstreich den Boden zu bereiten. Kinsky, der, wie erzählt worden, sich in das Vertrauen des Erzherzogs eingeschlichen hatte, bekam seine Rolle in dem großen Unternehmen zugewiesen.*) Alles dies wußte Zuñiga nicht und deshalb nannte er einen Angriff auf Böhmen nicht bloß ein haltloses sondern auch ein von Tennagel allein ersonnenes Unternehmen, um dem König von Spanien Geld abzulocken. Allein die vorgebrachten Angaben widerlegen nicht nur Zuñiga's Meinung, sondern der spätere Passauer Entwurf, von denselben Ver-

*) Hurter: Korrespondenz zwischen Rudolf, Mathias ꝛc. S. 18. Leopold an Kinsky ddo. Jülich 22. Aug. 1609. Chlumecky. Zrcadlo S. 220.

Google

ſonen in Scene geſetzt, die ſchon im Jahre 1610 über Böhmen herfallen wollten, und in derſelben Abſicht unternommen, wie ſie Tennagel in Spanien völlig der Wahrheit gemäß erörtert hatte, iſt ein vollgiltiger Beweis, daß Leopolds Pläne vollſtändig mit den Angaben des Memoires übereinſtimmten; falſch war in demſelben nur das über die freundliche Stimmung Jülichs und über Maximilians Bündniß mit Leopold behauptete.

Indem aber Zuñiga in ſo abſprechender Weiſe über Leopold und Tennagel nach Hauſe berichtete, ſah ſich der erſtere um jene Unterſtützung gebracht, auf die er vor allem rechnete; was er erhielt, waren kaum 30.000 Scudi, die ſchnell ausgegeben waren. Wohl ſcheint ihm in Folge einer abermaligen Empfehlung aus Spanien, wo man je länger je mehr an der Occupation Jülichs Gefallen fand, Zuñiga eine weit beträchtlichere Summe zur Dispoſition geſtellt zu haben,*) allein dies alles reichte weder zu einer dauernden Behauptung der Feſtung, geſchweige denn zur Vertreibung Brandenburgs und Neuburgs aus den von ihnen beherrſchten Gebieten. Intereſſant iſt, daß durch die Verweigerung der ſpaniſchen Unterſtützung gerade das herbeigeführt wurde, was jetzt unmöglich gemacht zu ſein ſchien und was namentlich Zuñiga verhindern wollte, nämlich der Einfall in Böhmen. Wäre Leopold von Spanien gehörig unterſtützt worden, ſo würde er treu ſeinem Programm um jeden Preis die Behauptung der Jülichiſchen Lande verſucht, unzweifelhaft aber eine ſolche Niederlage erlitten haben, daß ſie ihm jeden Einfall in Böhmen unmöglich gemacht hätte. So aber von vornherein an der Behauptung Jülichs gehindert, warf er ſich dann mit um ſo größerer Energie auf die Eroberung von Böhmen.

Wir kehren zur Darſtellung der Verhandlungen wegen Begründung der Liga zurück.

Von Spanien begab ſich Bruder Lorenzo nach Rom zu Paul V, um ihm als ſeinem geiſtlichen Vater Bericht über ſeine diplomatiſche Miſſion zu erſtatten und zugleich die Sache der Liga zu empfehlen. Als er in Rom
Feb. 1610 anlangte, traf er daſelbſt Geſandte aus Deutſchland an, die in derſelben Angelegenheit wirkſam waren.**)

---

*) Simancas 709/121 Der Staatsrath an den König dto. 18. März. Zuñiga verfügte über einen Wechſel von 200.000 Scudi, von dem er die größere Hälfte ungewiß ob dem Kaiſer oder dem Erzherzog zur Dispoſition ſtelle. Uebereinſtimmend damit berichtet auch Bodenius an Fleckhammer dto. 20. März 161[illegible] (Brüſſel Secret. d'Etat. Allem. Carton 157). Das Geld wurde aber nicht auf Jülicher Rüſtungen, ſondern auf des Paſſauer Volk verwendet.

**) Simancas 993. Caſtro an Zuñiga dto. 30. Januar 1610.

Google Original from HARVARD

Man erinnert ſich, daß die geiſtlichen Kurfürſten auf ihrer Verſammlung in Mainz, als ſie der Liga beitraten, auch beſchloſſen, eine Aug. 1609
Geſandtſchaft an den Papſt abzuſchicken, um ihn um ſeine Mithilfe zu erſuchen. Zum Haupte dieſer Geſandtſchaft wählten ſie den Grafen Ernſt Friedrich von Zollern, dem der Herzog von Baiern, einen ſeiner erprobten Diener Cäſare Crivelli zu gleichem Zwecke beigeſellte. Beide kamen noch im Dezember 27. Dez.
1609 nach Rom und erlangten raſch Zutritt zum Papſte, der unter ſichtlichen Zeichen von Theilnahme ihre Botſchaft entgegennahm. Behufs weiterer Verhandlungen wies er ſie an die Kardinäle Borgheſe und Lanfranco, die nicht minder über das Zuſtandekommen der Liga erfreut ſchienen, ſo daß ſich die Geſandten den beſten Hoffnungen um ſo mehr hingaben, als ſie raſch nach einander noch viermal zur päpſtlichen Audienz zugelaſſen und jedesmal von Paul V die beruhigendſten Zuſicherungen bekamen. In der Audienz, die ihnen der Papſt am 12. Februar ertheilte, verſicherte er ſie, daß er gern der Liga nicht bloß mit Geld ſondern ſelbſt mit bewaffnetem Volke zu Hilfe eilen möchte, und daß er nicht ſparen werde und ſollte er ſelbſt die Kelche von den Altären verkaufen. So freundlich dieſe Verſicherungen waren und ſo oft ſie der Papſt auch in den nachfolgenden Audienzen wiederholen mochte, ſo kam es doch zu keinem poſitiven Vertrage zwiſchen ihm und der Liga. Die Geſandten reiſten ſchließlich nach 12. April 1610
einem Aufenthalt von mehr als drei Monaten von Rom ab, ohne etwas anderes als allgemeine Verſicherungen mit ſich zu nehmen. Anfangs entzückt von der freundlichen Aufnahme im Vatikan, wurden ſie nachgerade über die ſteten Zögerungen ſtutzig, bis ſie endlich „ſkandaliſirt“ ihren Rückweg antraten, wenig erbaut von Verſicherungen, denen nichts poſitives zu Grunde lag.

Um die Haltung des Papſtes begreiflich zu finden, muß man wiſſen, daß um dieſe Zeit auf ihn von Heinrich IV der ärgſte Druck ausgeübt wurde. Die mannigfachen Niederlagen, welche die katholiſche Kirche in Oeſterreich erlitt, die gefahrvolle Zukunft, die ſie in Deutſchland bedrohte, ließen den Papſt nicht kalt, ſondern veranlaßten ihn von Zeit zu Zeit zu den heftigſten Klagen und zu energiſchen Hilferufen. In ſolchen Augenblicken übergroßer Angſt wandte er ſich mehrmals an Spanien um Hilfe und ſchien geneigt, um jeden Preis ein Bündniß mit Philipp III einzugehen.*) Solchen entſchloſſenen Augenblicken folgten aber wieder kühlere und vorſichtigere Betrachtungen; er wußte, wie wenig es dem Könige von Frankreich genehm wäre, wenn er ſich Spanien anſchließe und ſein Neffe, der Kardinal Borgheſe, der mit beiden Händen von Spanien Gnaden und Geld

*) Simancas 2994/5. Der ſpaniſche Staatsrath an den König ddo. 12 April 1610.

Google

annahm, wollte es auch nicht mit Frankreich verderben und bestärkte ihn in einer friedlichen zuwartenden Haltung.

Trotz dieses von Frankreich ausgeübten Druckes schien der Papst zur Zeit, als die deutschen Gesandten in Rom eintrafen, geneigt seinen eigenen Weg zu gehen und sich von keinen weltlichen Rücksichten leiten zu lassen. Vielfach bearbeitet von dem spanischen Gesandten in Rom, dem Grafen Castro war er nicht nur entschlossen der Liga sondern selbst dem Erzherzog Leopold in Jülich unter die Arme zu greifen. Seine Theilnahme für den Letzteren und für Aufrechthaltung einer katholischen Herrschaft in den Jülich'schen Ländern ging so weit, daß der Graf Castro bereits die Detailverhandlungen über die dem Erzherzog zu leistenden Subsidien mit dem Kardinal Lanfranco eröffnete. Von diesen Vorgängen benachrichtigt, eilte der französische Gesandte in Rom de Brèves zum Papste, um ihn von jeder Einmischung in den Jülicher Streit abzuhalten, selbst Drohungen sparte der Gesandte nicht, um den Papst einzuschüchtern. Es bedurfte nicht besonderer Anstrengungen, um der Entschlossenheit des Papstes ein Ende zu machen. Castro sah sich in dem Augenblick geschlagen, in welchem er bereits die Früchte seiner diplomatischen Thätigkeit zu ernten gehofft hatte. *) Der eilige Rückzug des Papstes wurde dem Grafen gegenüber damit entschuldigt, daß die Unterstützung der Liga nicht gestatte auch noch andere Verpflichtungen einzugehen.

Es ist kein Zweifel, daß Paul V, nachdem er Jülich preisgab, entschieden geneigt war, der Liga unter die Arme zu greifen. Castro, der nicht weiter die Unterstützung des Erzherzogs betrieb und bloß die der Liga verlangte, empfing vom Papste in wiederholten Audienzen die bestimmte Zusage, daß er der Liga eine jährliche Unterstützung von 200 000 Dukaten geben wolle. Paul war aber dies noch erbötig an alle italienischen Fürsten zu schreiben und sie zu ähnlicher Hilfeleistung aufzufordern. Bei diesen Versprechungen angelangt zögerte er weiter zu gehen und den Worten Thaten folgen zu lassen, abermals eingeschüchtert durch französische Vorstellungen. Deshalb nannte er den deutschen Gesandten keine bestimmte Summe, mit der er die Liga unterstützen wolle und entließ sie, wie erzählt worden, nur mit allgemeinen Zusagen, obwohl er wiederholt den obenerwähnten Betrag als seine Quote bezeichnete und Castro Hoffnung machte, daß er durch einen in Italien zu erhebenden Zehent die Summe zusammenbringen wolle. Solche positive Zusagen waren von Paul nicht gemacht worden, um die Spanier zu täuschen und sich dieselben momentan vom Halse zu schaffen, sie waren aufrichtig gemeint, aber wie Castro

*) Simancas 893. Castro an Philipp III ddo. Rom. 16. Februar 1610.

Google

selbst erzählt, immer wieder in Folge französischer Entstellungen zurückgenommen.*) Daß diese in Rom so leichten Eingang fanden, war übrigens die Folge des Hasses, den Spanien überall in Italien namentlich aber in Rom auf sich geladen hatte, er war die Frucht seiner Herrschaft über Neapel und Mailand. Castro durch die wechselnden politischen Strömungen in Rom, die jedesmal mit einer Niederlage für ihn endigten, in Verzweiflung gebracht, schrieb seinem König, es gebe kein anderes Mittel auf die Päpste mit Sicherheit einzuwirken und sie in Schach zu halten, als wenn er ein Einverständniß mit einigen römischen Großen unterhielte und damit den Papst ängstigte, falls er gegen ihn auftreten wollte.**) — Was auch immer seitdem aus Deutschland und aus Spanien dem Papste geschrieben werden mochte, er blieb unerschütterlich in seiner Unentschlossenheit oder vielmehr in seiner Absicht, in den Kampf zwischen Heinrich IV und dem Hause Habsburg, dessen Ausbruch er voraussah, sich nicht einzumischen und gälte es selbst katholische Interessen. Bei Paul V war das Motiv nicht eine den Habsburgern feindliche Gesinnung, wie bei mehren anderen Päpsten, sondern Furcht vor der gewaltigen Persönlichkeit Heinrichs IV; er gestand dies nach des Königs Tode geradezu offen dem spanischen Gesandten.***)

Unter solchen Umständen, nachdem weder Castro noch Graf Zollern und Crivelli den Papst zu einer positiven Zusage gegen die Liga veranlassen konnten, darf es nicht Wunder nehmen, wenn Bruder Lorenzo nichts besseres zu Wege brachte. Er trat in Rom nicht als Gesandte auf, sondern einfach als Ordensmann, der dem Papste von seinen Bestrebungen Rechenschaft ablegte und über die Lage der Katholiken in Oesterreich aus eigener Erfahrung berichtete. Dem Papste war seine Anwesenheit in Rom nicht besonders lieb; das von keinen diplomatischen Rücksichten gedämpfte Glaubensfeuer des Kapuzinerpaters wurde ihm unbequem; nannte er ihn doch schon vor seiner Ankunft einen unklugen Eiferer.†) Lorenzo entfernte sich nach mehrmonatlichem Aufenthalte von Rom, im Herzen auf das traurigste davon berührt, daß er an der Stelle, wo er die freudigste Aufnahme erwartet hatte, der meisten Kälte begegnet sei. Er reiste wieder nach Prag zurück, wo er als Orakel der dortigen Katholiken allerdings einer aufmerksameren Behandlung gewöhnt war.

---

*) Simancas 993. Castro an Philipp III dto. Rom den 3. März 1610.
**) Simancas 993. Castro an Philipp III dto. 4. Februar 1610.
***) Simancas 993. Castro an Philipp III dto. 17. Juni 1610.
†) „Imprudente y demasiado celante" wie Castro an Zuniga dto. 30. Januar 1610 schrieb. Simancas 993.

Google Original from HARVARD UNIVERSITY

Zollern und Trivelli schlugen nach ihrer Abreise von Rom nicht unmittelbar den Rückweg in die Heimat ein, sondern machten eine Wanderreise an jene italienischen Fürstenhöfe, die man für ein Bündniß mit der Liga gewinnen zu können hoffte. So gingen sie zum Großherzog von Toskana, zu dem Herzog von Urbino, Modena, Parma und Mantua, überall die Fürsten zu einem Bündniß mit der deutschen Liga einladend. Der näheren Kenntniß der italienischen Verhältnisse wird man begreifen, daß ihre Bestrebungen von keinem Erfolge begleitet waren. Die Liga nahm in ihrer Entwickelung gegen Spanien eine freundliche Haltung an, während die sämmtlichen italienischen Fürsten, obwohl theilweise Pensionäre von Spanien, mehr oder minder offen zu Frankreich hinneigten. Zuletzt versäumten es die Gesandten nicht, auch den Herzog von Savoyen aufzusuchen und eine gleichlautende Einladung an ihn zu richten. Wären sie nur wenige Tage früher in Turin eingetroffen, so würde der Herzog es kaum der Mühe werth gehalten haben, sie zuvorkommend zu empfangen, denn eben rüstete er sich im Bund mit Frankreich zur Bekriegung von Spanien. Allein sie erschienen in Turin in Tagen bitterer Angst und Entrüstung
25. Mai 1610 für den Herzog. Eben war die Nachricht von Heinrichs IV Ermordung zweifellos sichergestellt und der Herzog der Rache Spaniens, wie er fürchten konnte, wehrlos preisgegeben. Es galt jetzt um jeden Preis mit Spanien und allen, die diesem verbunden waren, Frieden zu schließen. Er überhäufte deshalb die Gesandten mit Aufmerksamkeiten jeglicher Art und war natürlich zu dem engsten Bündniß mit der Liga geneigt. Bekannt mit den freundschaftlichen Verhältnissen zwischen Kursachsen und der Liga erinnerte er sich auch, daß er eigentlich ein Verwandter des sächsischen Kurhauses sei und daß tausend verschiedene Gründe ihn an das Interesse Deutschlands mit der Liga knüpften. Aber trotz des sichtlichen Bestrebens bei den Deutschen ein freundliches Interesse zu erregen, verließ der Herzog das Gebiet allgemeiner Versprechungen nicht und ging keine positive Verpflichtung ein.*)

Ueberblickt man das Resultat der Verhandlungen, welche die Liga mit nichtdeutschen Fürsten angeknüpft hatte, um sich ihrer Hülfe zu versichern, so erreichte dasselbe kaum die mäßigsten Erwartungen. Der Papst, auf den man unter allen Umständen rechnete, nahm eine abwartende Stellung ein, nur der König von Spanien war zur Hülfe bereit, aber auch nur unter Bedingungen, die möglicherweise die Ablehnung seiner Hülfe zu

*) Münchner Reichsarchiv. Gesandtschaften V, 665. Relatione al Ser. Reg. Duca Massimiliano mio sig. del negotio appresso la Sta di N. S. Papa Paolo V et a tutti gli prencipi d'Italia per il negocio della lega de Prencipi di Germania per Cesare Trivelli dto. 6. Juli 1610.

Google

Folge haben konnten. Er hatte den definitiven Abschluß des Bündnisses mit der Liga an Zuñiga übertragen, dieser hatte aber dafür zu sorgen, daß die letztere irgend welche positive Verpflichtungen gegen das Haus Oesterreich eingehe. War es nicht wahrscheinlich, daß Max von Baiern, der bisher jeder Verbindung österreichischer Prinzen mit der Liga sorgfältig aus dem Weg gegangen war, lieber dieselbe aufgab, als auf eine solche Bedingung einging? Und wenn dies der Fall war, blieb die Liga allein auf sich beschränkt, vielleicht dem Zerfall wieder preisgegeben.

Da in Folge des Beitrittes der geistlichen Kurfürsten zur Liga alle Verhältnisse derselben noch nicht geordnet waren, drang Maximilian frühzeitig auf die Berufung einer Versammlung aller ihrer Mitglieder. Sie kam in Folge seiner wiederholten Aufforderung im Februar 1610 in Würzburg zu Stande und war von den Gesandten aller wichtigeren katholischen Reichsstände besucht. Die Verhandlungen, welche daselbst gepflogen wurden, waren doppelter Art. Die einen betrafen den weiteren Ausbau der inneren Bundesorganisation und in dieser Beziehung waren die Meinungen nicht schwer zu einen. Leichter konnte es Streitigkeiten geben, wenn über die äußere Ausdehnung der Liga und über die von derselben zu befolgende Politik verhandelt wurde. Die heikelste Frage war die bezüglich des Hauses Oesterreich; daß weder Mathias noch Rudolf in die Liga aufzunehmen seien, darüber wurde kein Zweifel rege; bezüglich der Erzherzoge Maximilian und Ferdinand herrschte aber eine freundlichere Gesinnung. Im Wunsche der geistlichen Mitglieder der Liga lag die Aufnahme der genannten Prinzen und da diesmal Baiern nichts dagegen hatte, sondern dieselbe bezüglich Ferdinands sogar befürwortete, so wurde ihre Zulässigkeit ausgesprochen. Ueber die von der Liga zu befolgende Politik kam es, wie es scheint, zu keinen Verhandlungen, namentlich blieb die Jülicher Frage außer dem Kreise der Debatte. Geschah aber solches, so ist darin der überwiegende Einfluß Baierns unverkennbar, denn was die rheinischen Bischöfe betrifft, so waren diese entschlossener als je die Jülicher Angelegenheit nicht unbeachtet zu lassen und dem Erzherzog Leopold zu helfen. In diesem Sinne hatten der Koadjutor von Speier und der Kurfürst von Köln sich Zuñiga gegenüber mit aller Bestimmtheit ausgesprochen. Wenn es also in Würzburg dennoch wegen Jülichs still blieb, so ist hieraus ersichtlich, daß Maximilians Ansicht zuletzt zum Siege gelangte. Die Liga sollte ihre Existenz nicht damit erweihen, daß sie sich in einen Streit von unübersehbarer Dauer und Folgen einließ. *)

*) Nach den Papieren von Simancas 7089/21. Der Staatsrath an den König ddo. 18. März 1610. Zuñigas Briefe an Philipp III ddo. 30. und 31. Januar und

Google

Indem die Liga durch die Würzburger Beschlüsse nicht genöthigt war, in der nächsten Zukunft aktiv aufzutreten und in dieser passiven Haltung noch mehr durch die bald darauf aus Rom einlaufenden Nachrichten bestärkt wurde, war der wichtigste Gegenstand ihrer folgenden Verhandlungen der definitive Abschluß des Bündnisses mit Spanien. Da Zuñiga in Prag hinreichende Vollmacht hiezu von seinem Herrn empfangen hatte, so mußte sich endlich zeigen, ob Spanien seine Hilfe der Liga ohne erschwerende Bedingungen ertheilen wolle. Gleich die ersten Verhandlungen überzeugten aber den Herzog, daß dies nicht der Fall sei und daß Philipp der Liga nicht beitreten werde, wofern den Prinzen seines Hauses, namentlich aber dem Erzherzog Ferdinand nicht eine hervorragende Stellung in derselben eingeräumt würde.*) Maximilian, der hierin den Versuch erblickte, die Liga den österreichischen Interessen ganz und gar dienstbar zu machen und ihn selbst um den Lohn seiner Mühen zu bringen, entschloß sich lieber von der Direktion zurückzutreten, als jemandem andern eine gleiche oder bevorzugtere Stelle einzuräumen. Auf einem abermaligen Bundestage, der sich
22. März im Mai in München versammelte, ließ er die Erklärung abgeben, daß er
1616 seine bisherigen Aemter in der Liga niederlege, nachdem der Papst und der König von Spanien unter keiner anderen Bedingung sich zu einer Hülfeleistung verstehen wollten, als wenn das Haus Oesterreich an der Spitze der Liga stehe. Diese Erklärung war nicht richtig, denn von Seite des Papstes war eine solche Bedingung, wie aus dem oben Erzählten ersichtlich, nie gestellt worden und auch Philipp verlangte nicht die Direktion der Liga einzig und allein für sein Haus. Auf der Bundesversammlung wurde aber die angebotene Resignation des Herzogs niederschlagend und alle ihre Mitglieder baten, er möge dieselbe zurücknehmen. Ihrem Drängen nachgebend, versprach er sein Amt bis zur nächsten Bundesversammlung behalten zu wollen.**)

Maximilian hatte es mit seinem Rücktritt nicht ernstlich gemeint, er wußte, daß die Liga ohne ihn keinen Bestand haben würde, und daß das Haus Oesterreich selbst ihre Existenz nicht werde aufs Spiel setzen wollen. Hatte Zuñiga zwar nicht, wie Max behauptete, die Direktion der Liga für einen österreichischen Prinzen in Anspruch genommen, wohl aber gleiche

---

1. Februar 1610. Cornelius: Zur Geschichte der Gründung der Liga und Weil Geschichte Maximilians I und seiner Zeit.

*) Archiv von Simancas 809/132. Der Staatsrath an den König den. 14. Aug. 1610. Es ist ersichtlich aus dieser Relation des Staatsraths, daß Philipp III in der That sich gegen Lerma's den Grundsatz in der Abschiedsandung so gesträubt hatte daß Maximilian berechtigt war zu glauben, die spanische Hilfe werde bedingungslos ertheilt.

**) Weil. Geschichte Max I und seiner Zeit, II, 151.

Google

Rechte für einen solchen neben Maximilian, so spannte er nach dem Trumpf, den der Herzog durch die Drohung seines Rücktrittes ausgespielt hatte, seine Forderung herab. Maximilian hatte seinen Kanzler Donnersberg nach Prag abgeschickt und mit diesem wurden in der Zelle des Kapuziners Lorenz die Verhandlungen von Seite Zuñiga's in Gegenwart des Nuncius ernstlich aufgenommen. Die Bedingungen, die jetzt gestellt wurden, waren gleich anfangs solche, daß Max sich mit ihnen zufrieden geben konnte. Von Seite Zuñiga's wurde nämlich verlangt, daß Erzherzog Ferdinand in die Liga nicht als ein einfaches Mitglied, sondern als Mitdirektor und Bundesoberste eintrete. Diese Stellung sollte jedoch keine Beschränkung für Maximilian zur Folge haben, für Ferdinand solle der Rang eines Direktors und Bundesobersten ein bloßer Titel sein und die Anführung des Bundesheeres so wie die Direktion nach wie vor von Maximilian abhängen. *) Eine solche Stellung Ferdinands regte allerdings nicht die Eifersucht Maximilians auf und er erklärte ungesäumt dieselbe sich gefallen zu lassen, wenn der Erzherzog schriftlich sich verpflichte, mit dem Titel eines Direktors und Obersten sich zu begnügen, ohne die entsprechenden Funktionen ausüben zu wollen. Zuñiga und der Nuncius versprachen hiefür ihren 24 Juli
Einfluß bei Ferdinand zu verwenden, damit dieser die gestellten Bedingungen 1610
eingehe. **)

Obwohl Ferdinand ohne Zweifel seine Zufriedenheit mit denselben zum voraus gegen Zuñiga geäußert haben mag, so nahm er doch im entscheidenden Augenblick Anstand sich mit ihnen zu begnügen. Zuñiga stellte in Folge dessen andere Bedingungen auf: er verlangte für den Erzherzog, da dieser gar keine Gewalt in der Liga ausübe, wenigstens einen auszeichnenden Titel und zwar den eines Vicepprotektors derselben, als Stellvertreter Philipps, da letzterem wegen seiner Opfer für die Liga mit Recht der eines Protektors gebühre. Auch sollte Ferdinand von der Verpflichtung zu Beitragsleistungen, wie andere Mitglieder der Liga, entbunden werden, da die Zahlungen des Königs von Spanien ein mehr als hinreichendes Aequivalent böten. Diese zwei neuen Forderungen erregten des Herzogs Mißfallen in nicht geringem Grade, auf Lorenz's besonderes Ansuchen beschloß er in der ersteren nachzugeben, da es sich vorläufig um nichts anderes als um einen Titel handelte. ***) Davon jedoch wollte er nichts

*) Münchner Reichsarchiv 44/3. 370. Donnersberg an Max von Baiern dto. 9. Juli 1610.

**) Münchner Reichsarchiv 43/3. 445. Donnersberg an Max von Baiern dto. 24. Juli 1610. Prag.

***) Münchner Reichsarchiv 44/3. 454. Donnersberg an Max von Baiern. dto. 2. Aug. 1610. Prag. — Archiv von Simancas 705/124. Der Staatsrath an den König dto. 3. Sept. 1610.

Google

wiſſen, daß der Erzherzog von den gemeinſchaftlichen Beiträgen zur Bundeskaſſa entbunden werde. Im Laufe der weitern Verhandlungen gab er aber
1610 auch in dieſem Punkte nach. Am 14. Auguſt ward der Vertrag zwiſchen dem Herzog Rameres der Liga und Philipp III abgeſchloſſen. Nach dieſem war der König von Spanien Protektor derſelben und verpflichtete ſich zu einer monatlichen Zahlung von 30.000 Dukaten. Der Erzherzog Ferdinand ſollte an des Königs Stelle Vicepротektor ſein und an allen Verhandlungen ſowohl des Plenums wie des Ausſchuſſes theilnehmen dürfen, hiebei aber nur jenen Sitz anſprechen, der ihm als Erzherzog gebühre; für die Subſidien des Königs von Spanien ſollte Ferdinand von einem Beitrage ſo lange entbunden bleiben, als die erſtern dauerten. Abgeſchloſſen wurde der Vertrag vorläufig auf drei Jahre und von der Liga ſelbſt auf dem Bundestage, der ſich um dieſe Zeit wieder in München verſammelte, am 5. September beſtätigt. *)

Auf dieſe Weiſe wurden endlich die langen Verhandlungen über Umfang und Organiſation der Liga abgeſchloſſen. Mit Ausnahme des Erzbiſchofs von Salzburg, der aus perſönlichen Gründen jeden Beitritt zu derſelben abgelehnt hatte, gehörten alle hervorragenden katholiſchen Reichsſtände zu ihr. Von auswärtigen Fürſten war nur der König von Spanien in eine innige Verbindung mit ihr getreten. Das heikle Verhältniß zu der öſterreichiſchen Linie der Habsburger ward in einer Weiſe beſtimmt, daß die Liga nicht verhalten werden konnte, ihre Mittel anders als in ihrem unmittelbaren Intereſſe zu verwenden. So klug dadurch für dieſelbe vorgeſorgt war, ſo war dies gleichwohl jener Punkt, der ſpäter zu heftigen Reibungen Anlaß geben mußte, denn es war nicht anzunehmen, daß, ſobald an Rudolfs Stelle ein anderer Habsburger den Kaiſerthron beſtieg, dieſer ruhig die ganze Organiſation der Liga acceptiren würde.

Aus allen hier mitgetheilten Verhandlungen iſt ſo viel mit Gewißheit erſichtlich, daß Maximilian bei der Begründung der Liga nur ein Bündniß zu gegenſeitigem Schutz beabſichtigte, von dem alle, die Intereſſen der Bundesmitglieder nicht unmittelbar berührenden Streitigkeiten fernge-

*) Simancas 2434/87. Vertrag Spaniens mit der Liga dto. 14. Auguſt 1610. Es heißt darin: Ut pro rege catholico protectore Unionis (ſo wird der König ſtets genannt) ser. Archidux Ferdinandus charissimus ejus frater sit Vice-protector Unionis .... Weiter wird beſtimmt: Praeterea respectu auxiliorum, quae Rex Catholicus ei Unioni confert, Principes et ordines eandem ratam gratamque habebant et consentiant, ut Ser. Archidux eidem Unioni subeadat, quibus confoederati, integre fruatur et gaudeat, licet non contribuat sed hoc intelligendum est, quamdiu Regis auxilia durabunt et non diutius.

Google

halten werden sollten. Sein entschiedenes Ablehnen jeder Einmischung in die so wichtige Jülicher Angelegenheit ist ein vollgiltiger Beweis dafür. Selbst nach Heinrichs IV Tode ließ er von dieser schroffen Zurückhaltung nur unmerklich nach und mischte sich bloß in den Streit, als es sich um die Sicherheit der Mitglieder der Liga handelte. Wir werden hierüber noch näheres berichten.

Wir haben bisher erzählt, was Erzherzog Leopold für die Behauptung von Julich gethan und welche Stellung die Liga zu ihm eingenommen. Bei dem erstern bemerken wir kühnes Wollen ohne entsprechende Mittel, bei der letztern scheue Zurückhaltung. Es erübrigt uns nun über die Maßregeln zu berichten, welche die Protestanten ihrerseits zur Behauptung von Jülich getroffen haben.

III

Niemand sah mit solchem Interesse und mit so behaglicher Genugthuung der Verwicklung und Verwirrung der deutschen Verhältnisse zu, wie sie die Erledigung der Jülicher Succession zur Folge hatte, als Heinrich IV von Frankreich. Jetzt endlich war für ihn die ersehnte Gelegenheit gekommen das einzige Ziel zu erreichen, zu dem alle seine bisherigen Bestrebungen gleichsam nur als Vorbereitung gedient hatten, die Demüthigung des Hauses Oesterreich. Sobald die Jülicher Angelegenheit zwischen dem Kaiser und den Prätendenten nicht rasch auf friedliche Weise gelöst wurde, und dazu hatte es nicht den mindesten Anschein, bot sich für Heinrich Gelegenheit, in den darüber ausbrechenden Streit sich einzumischen und in Deutschland festen Fuß zu fassen Auf welcher Seite unter den sich bekämpfenden Parteien das Recht gelegen sein mochte, darauf kam es nicht an; Heinrich schloß sich unter allen Umständen derjenigen an, die seinen Schutz begehrte und mit dem Kaiser verfeindet war. Jahre lang hatte er sich bemüht in Italien und Deutschland die Fürsten dem Hause Habsburg abwendig zu machen und überall hatten seine Einflüsterungen mehr oder weniger freundliche Aufnahme gefunden. Es war aber nicht genug, daß sich ihm nah und fern Verbündete anschlossen, es mußte dieser Bund endlich auch thatkräftig auftreten. Für Heinrich selbst wäre es eine mißliche Sache gewesen, wenn er die Gelegenheit zu einem Angriffe gegen die Habsburger hätte vom Zaune brechen müssen; die nackt hervortretende Eroberungssucht hat etwas zu häßliches, als daß sie nicht allgemein empören könnte. Für ihn war es also über die Maßen erwünscht, daß die Jülicher Händel ihm die Aussicht auf den so ersehnten Kampf eröffneten. Kein Mensch konnte ihn beschuldigen, daß er diesen selbst heraufbeschworen

Google Original HARVARD

habe und zugleich konnte er unter allen Umständen auf die Hilfe derjenigen zählen, deren Interessen er mit den seinigen verflecht.

Bald genug hatte man die Stellung, welche Heinrich zum Jülicher Streite einnehmen wurde, überall erkannt. Wir haben gesehen, wie alle Parteien eilig ihre Gesandten nach Paris abschickten, die einen, um seine Neutralität zu erbitten, die andern, um sich seines Schutzes zu versichern. Der abstoßende Empfang, welchen er den Gesandten Rudolfs und Leopolds zu Theil werden ließ, bildete den auffallendsten Kontrast zu der Herzlichkeit, mit welcher er die Vertreter von Brandenburg und Neuburg empfing. Seine rückhaltlose Sprache ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß er mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Interessen der beiden possidirenden Fürsten vertreten werde und in demselben Sinne wie er, äußerten sich auch seine Räthe. Hyppolit von Colli, der damals als pfälzischer Agent in Paris weilte, geriet in das größte Entzücken über diese den Protestanten günstige Stimmung. „Bideren, Sully, der Graf von Soissons, Jeannin und alle, welche er spreche, blasen aus einem Horn, fanden, daß die Sache der possidirenden Fürsten wohl begründet sei und daß sie es vor der Nachwelt nicht hätten verantworten können, wenn sie sich nicht selbst in den Besitz der Erbschaft gesetzt hätten." Der König selbst versicherte, so oft man es hören wollte, daß er die Fürsten, seine Freunde, nie verlassen werde und auch „par raison d'état" nicht verlassen könne und daß er nicht eher ruhen wolle, als bis er den Erzherzog Leopold aus Jülich entfernt haben würde.*) Gegen den Bruder des Pfalzgrafen von Neuburg, der nach Paris gekommen war, äußerte er sich in noch entschiedenerer Weise, er erklärte demselben, daß er unter keiner Bedingung die possidirenden Fürsten verlassen, sondern sie mit Mannschaft und Geld, ja selbst mit seinem eigenen Leben schützen wolle und daß man ihn „für den ehrlosesten König auf der Erde halten möge", wenn er diesen Versprechungen nicht nachkäme.**) — Neben Colli befanden sich zu gleicher Zeit noch zwei andere Vertreter des Kurfürsten von der Pfalz in Paris, Graf Solms und Dohna, alle drei bemühten sich um die Wette die Sache Brandenburgs und Neuburgs zu fördern und unablässig zu begehren, daß Heinrich es nicht mehr bei bloßen Worten bewenden lasse, sondern rüste und vorläufig seine gesammte Kavallerie gegen die deutschen

*) Hyppolit von Colli dto. 9/19. Okt. an Kurpfalz. Münchner Staatsarchiv 547/8, 318. Ebendaselbst 547/9, 237 Colli an Kurpfalz dto. 5/15. Sept. Paris. Ebendaselbst.

**) Sächsisches Staatsarch. v. Neuntes Buch der Jülicher Akten. Helfrich an Kurfachsen dto. 27. Okt. 6. Nov. Archives du Minist. des aff. étrang. à Paris. Allem. 5/13. Heinrichs IV Anrede an den deutschen Gesandten.

Google Original from HARVARD UNIVERSITY

Grenzen verrücken laſſe, um den Gegnern Schrecken einzuflößen. Da der Kurfürſt von der Pfalz das Haupt der Union in ſolcher Weiſe die Jülichſche Angelegenheit zu ſeiner eigenen machte, ſo war der Moment gekommen, in welchem eine Offenſivallianz zwiſchen Frankreich der Union, Brandenburg und Neuburg zu Stande kommen mußte, wenn der Kaiſer nicht raſch gutwillig das Feld räumte.

So leicht es Heinrich IV geworden war, gegen das Haus Oeſterreich eine entſchieden feindliche Stellung einzunehmen, ſo gerne er doch in Verlegenheit über ſein Verhalten gegen einige Bundesgenoſſen dieſes Hauſes, die zu ſchonen und zu gewinnen ihm nicht minder am Herzen lag als die Freundſchaft der Union. Es waren dies die drei geiſtlichen Kurfürſten und das Haus Sachſen, die er in eben dem Grade ſich entfremden mußte, in welchem er die Rechte Brandenburgs und Neuburgs vertrat. In wie weit die geiſtlichen Kurfürſten an der Entſcheidung über die Jülicher Succeſſion ein Intereſſe hatten, haben wir auseinandergeſetzt; was das Haus Sachſen betraf, ſo erhob es gleich Brandenburg und Neuburg gewichtige Anſprüche auf die Jülicher Erbſchaft. Der Kurfürſt von Sachſen hatte keinen Grund die Occupation Jülichs durch den Erzherzog Leopold mit Mißtrauen zu betrachten, denn vom kaiſerlichen Hofe wurde ihm dies als der einzige Weg bezeichnet, wie ſeine Anſprüche gegen Brandenburg und Neuburg gewahrt werden könnten und mehr als einmal wurde ſeinen Vertretern die vertrauliche Mittheilung gemacht, daß, wenn der Kaiſer über die Jülicher Succeſſion ſeinen richterlichen Ausſpruch thun werde, dieſer nur zu Gunſten des Kurfürſten von Sachſen lauten würde. Sachſen mußte ſich deshalb in eben dem Grade feſter an Rudolf anſchließen, als Heinrich ſich mit der gegneriſchen Partei verband. Die geiſtlichen Kurfürſten konnten auch nicht umhin ſich mit dem Kaiſer zu verbinden, weil die durch Leopold theils vollzogene, theils in Ausſicht geſtellte Sequeſtration die Wahrung der katholiſchen Intereſſen verhieß.

Da nun Heinrichs Politik vor allem darin beſtand, das Haus Habsburg ſo viel als möglich zu iſoliren, ſo ſcheute er keine Mühe, um dasſelbe auch von dieſen Bundesgenoſſen zu trennen. Sowohl die geiſtlichen Kurfürſten als auch der Herzog von Sachſen hatten Geſandte nach Paris geſchickt, um eine Löſung der Jülicher Angelegenheit in ihrem Intereſſe zu befürworten. Heinrich empfing ſie mit der äußerſten Rückſicht und verſäumte nichts, um ſie zu bewegen, ihre Intereſſen von denen des Kaiſers zu trennen. Vor allem war es der Vertreter von Sachſen, Helffrich, gegen welchen die Sprache des Königs und ſeiner Miniſter gleichſam von Milch und Honig überfloß. Helffrich verſuchte zuerſt die Sache ſeines Herrn in Paris dadurch zu vertreten, daß er juriſtiſch die Rechtmäßigkeit ſeiner

Google

Anſpruche nachzuweiſen ſich beſtrebte. Er erfuhr bald, daß er auf dieſem Wege nichts erreichen werde. Heinrich äußerte ſich über das ſächſiſche Recht in abſprechender Weiſe und ſeine Miniſter überboten ihn darin, indem ſie daſſelbe „ein altes verſchimmeltes Recht, das nunmehr ungiltig ſei,“ nannten.*) Es wurde ihm aber angedeutet, daß es allerdings einen Weg gebe, um dieſes „verſchimmelte“ Recht von dem Schimmel zu befreien und ſeiner Ungiltigkeit etwas abzuhelfen, und dieſer Weg ſei der einer Allianz mit Frankreich. Wolle der Kurfürſt ſeine Sache von der des Kaiſers trennen, ſo werde ſemerſeits der König alles thun, um einen billigen Ausgleich zwiſchen ſeinen Anſprüchen und denen Brandenburgs und Neuburgs herbeizuführen. Zugleich verſäumte man nichts, um Sachſens Mißtrauen gegen den Kaiſer rege zu machen; die Verſprechungen, welche von Seite des letztern dem Kurfürſten gemacht worden, wurden als eitle Lügen verlacht. Villeroy verſicherte den ſächſiſchen Agenten, der Kaiſer beabſichtige nichts anderes als die Jülicher Erbſchaft zu Gunſten ſeiner Familie einzuziehen. An das Gegentheil wolle man erſt glauben, wenn derſelbe den Erzherzog Leopold aus Julich abberufen und dieſe Feſtung dem Kurfürſten eingeräumt haben würde; nur unter dieſer einzigen Bedingung dürfe der letztere den Verſprechungen des Kaiſers trauen. Der Reichshofrath, welcher zur Fällung des Urtheils über die Erbanſprüche berufen werde, beſtehe nur aus ſpaniſchen Penſionären, der Prozeß werde in die Länge gezogen werden und man dürfte 30 Jahre lang vergeblich auf eine Entſcheidung warten. Würde ſich Sachſen vom Kaiſer etwa als Exekutor verwenden laſſen, ſo werde Frankreich das nicht dulden, möge daraus ein allgemeiner Krieg entſtehen. Das beſte wäre, wenn man den König von Frankreich als einen unparteiiſchen Fürſten zum Schiedsrichter anriefe, dadurch würde ſchnell aller Streit beglichen und jeder weitere Prozeß verhütet werden. Der König ſei bereit das Schiedsrichteramt anzunehmen, wofern er darum namentlich auch von Sachſen erſucht würde. – In derſelben Weiſe und mit nicht geringerer Ausführlichkeit ſprach Heinrich ſelbſt zu Helffrich, indem er den Kurfürſten von Sachſen entſchieden vor jeder Verbindung mit dem Hauſe Habsburg warnte und daſſelbe beſchuldigte der Jülicher Erbſchaft zu ſeinem eigenen Vortheile ſich bemächtigen zu wollen. Man raunte endlich dem ſächſiſchen Agenten ins Ohr, das Haus Habsburg habe dem Könige einen Vergleich vorgeſchlagen, der allein auf Koſten Sachſens geſchehen ſollte. Darnach ſollte das Herzogthum Jülich dem Erzherzog Leopold zufallen, die übrige Erbſchaft unter Brandenburg

*) Sächſiſches Staatsarchiv. Jülicher Akten IX. Buch. Bericht Helffrichs an Kurfürſten dde. 6/16. Okt. 1609. Fortunatus.

Google

burg und Neuburg vertheilt werden und Sachſen leer ausgehen. An alle dieſe Vorſtellungen ſchloß ſich der Rath, Sachſen ſolle ſeine Sache mit der Brandenburgs und Neuburgs verbinden und von dem Kaiſer ſich trennen.*) Dieſe Mittheilungen, welche Helffrich getreu ſeinem Herrn berichtete, konnten natürlich ihren Eindruck auf das Gemüth des Kurfürſten nicht verfehlen und mußten ihn von einer allzuengen Verbindung mit dem Kaiſer abhalten. Es war aber kein kleiner Triumph für die franzöſiſche Diplomatie, wenn ſie jenen Fürſten, welchen ſie nicht gewinnen konnte, wenigſtens von einer kräftigen Unterſtützung des Kaiſers abhielt — Wie die Verhandlungen des Geſandten der geiſtlichen Kurfürſten in Paris ablieſen, iſt uns nicht bekannt, jedenfalls aber nicht anders wie die mit Sachſen.

Aus dem Mitgetheilten iſt ſo viel erſichtlich, daß Heinrich, was auch immer geſchehen mochte, entſchloſſen war vorwärts zu gehen und den Kampf mit dem Hauſe Habsburg aufzunehmen. Ein Krieg ſowohl mit der ſpaniſchen als öſterreichiſchen Linie deſſelben war eine Eventualität, auf die Heinrich ſich gefaßt machen mußte, denn berührte die Jülicher Angelegenheit auch nicht direkt den Länderbeſitz des habsburgiſchen Hauſes, ſo ſtand ſie doch in zu inniger Verbindung mit den wichtigſten Intereſſen deſſelben, als daß man annehmen konnte, es werde dem König freiwillig das Feld räumen und ihm allein die Entſcheidung anheimſtellen, wer in den Beſitz des ſtrittigen Erbes zu kommen habe. Betrachtete er die öffentliche Lage der Dinge in Europa, ſo konnte ſie kaum günſtiger für ihn geſchaffen werden. Der Beſitz der deutſchen Habsburger war ſo erſchüttert, daß Heinrich eher auf eine günſtige als feindſelige Betheiligung der öſterreichiſchen Länder am Kampfe zählen konnte. Deutſchland war in eine ſchlagfertige proteſtantiſche Partei und in eine eingeſchüchterte katholiſche, an die ſich einige furchtſame Lutheraner ſchloſſen, getheilt. Dänemark verhieß mindeſtens eine Heinrich günſtige Neutralität, die Niederländer eine ausgiebige Unterſtützung, England eine freundſchaftliche Haltung, wenigſtens zur Zeit des beginnenden Kampfes. Was Italien betraf, ſo hatte Heinrich die Verhandlungen daſelbſt mit erneuerter Energie in Angriff genommen, um alle einheimiſchen Fürſten gegen Spanien in den Kampf zu führen. Von allen konnte er mit Sicherheit eine freundliche Neutralität erwarten, von dem Herzog von Savoyen, Carl Emanuel, aber die thätigſte Hilfe. Dieſer verſchlagene Mann hatte ſich endlich entſchloſſen jede Brücke hinter ſich abzubrechen und ſich voll-

*) Sächſiſches Staatsarchiv. Rentrel Buch der Jülicher Acten 1609. Helffrich an Kurſachſen dto. 27. Okt. 6. Nov. — Ebendaſelbſt Helffrich an den ſächſiſchen Geheimrath Schomberg dto. 27. Okt. 6. Nov. Paris.

Google

ſtändig in die Arme Frankreichs zu werfen; für das Gelingen des Angriffes auf Spanien wurden ihm deſſen Beſitzungen in Oberitalien in Ausſicht geſtellt. Selbſt bei der römiſchen Kurie fanden die franzöſiſchen Einflüſterungen mehr Gehör, als die unparteiiſche Klugheit des Papſtes erwarten ließ, allerdings hatte Heinrich als Preis des Kampfes gegen Spanien die Herrſchaft über Neapel in Ausſicht geſtellt.*) Der Eindruck, den dieſe Anerbietung auf den römiſchen Hof machte, war ein ſo gewaltiger, daß die bisherigen Anhänger der ſpaniſchen Partei kaum den Muth hatten, mit ihrer Meinung hervorzutreten und die Möglichkeit zuletzt nahelag, daß der Papſt trotz Jülich und Liga von der antiſpaniſchen Partei zu einer den Habsburgern feindſeligen Haltung werde hingedrängt werden. Es iſt eine gewiſſe Thatſache, welche am beſten durch die Mittheilungen über die angeſtrebten Ziele, die Maximilian von Baiern mit der Liga verfolgte, erhärtet wird: das Haus Habsburg konnte bei der in Oeſterreich herrſchenden Zerrüttung gegen den Ausgang des Jahres 1609 mit Sicherheit nur auf die Kräfte Spaniens rechnen, und deshalb dem Ausbruch eines Kampfes nur mit den ſchwerſten Beſorgniſſen entgegenſehen.

Da der Schwerpunkt der ganzen Situation in Jülich lag, wegen deſſen der Kampf ſeinen Beginn nehmen mußte, ſah ſich Heinrich veranlaßt ſein Verhältniß zu den deutſchen Fürſten ins reine zu bringen. Seine Verſicherungen, dem Markgrafen von Brandenburg und dem Pfalzgrafen von Neuburg zu helfen, lauteten ſo entſchieden, daß es nicht weiter nöthig war, über die Nothwendigkeit einer Allianz zwiſchen ihnen und Heinrich zu ſprechen, es konnten vielmehr ohne jedes Säumniß die Verhandlungen über die Bedingungen und den Endzweck dieſer Allianz in Angriff genommen werden. In dieſelbe wollte er gleichzeitig die Union einſchließen und dem ganzen Bundniß eine ſo weite Ausdehnung als möglich geben. Gegen Hyppolit von Collt hatte ſich Heinrich deshalb geäußert, er wolle die Sache der poſſedirenden Fürſten zu der ſeinen machen, wenn die Union auch ihrerſeits den bevorſtehenden Kampf zu dem ihrigen machen würde. Nun hatte der Kurfürſt von der Pfalz durch Collt's und anderer Agenten Sendung bereits dargethan, daß er ganz und gar bereit ſei, Heinrichs Wünſche nachzukommen. Des letzteren Erklärung diente jetzt dazu, auch bei den übrigen Mitgliedern der Union jedes Bedenken gegen den Kampf mit dem Kaiſer niederzuſchlagen, wenn ein ſolches noch obgewaltet hätte. Sie erreichte in der That ihren Zweck.

Bei ſolcher Bereitwilligkeit beider Theile, Heinrichs nämlich und der Union, die Sache eines Dritten zu der ihrigen zu machen, wurden die

*) Aus den Papieren des Simancas.

Google Original f HARVARD UN

Verhandlungen über das abzuſchließende Bündniß energiſch in Angriff genommen. Zunächſt beſchloß die Union, daß Anhalt ſich nach Paris und 5. Dez.
London wegen der nöthigen Vorberathungen zu begeben habe *) Er reiſte 1609
am 10. Januar nach Paris ab und erreichte glücklich den Zweck ſeiner 1610
Sendung. Heinrich erklärte ſich nochmals entſchieden zu Gunſten der Proteſtanten in der Jülicher Angelegenheit und verſprach, zu einer Zuſammenkunft, an welcher ſowohl die Fürſten der Union als auch Brandenburg und Neuburg und wer ſonſt ſich ihnen anſchließen wollte, theilnehmen ſollten, einen Geſandten mit ausreichender Vollmacht abzuſchicken. In Folge ſolcher Zuſagen wurden zu dem Unionstage, welcher ſich zu Ende des Monats Januar in Schwäbiſch Hall verſammeln ſollte, auch die Vertreter der übrigen befreundeten Fürſten eingeladen, um daſelbſt die Artikel des gemeinſamen Bündniſſes definitiv zu berathen. In der That erſchienen in Schwäbiſch-Hall zur feſtgeſetzten Zeit von Seite der Union, außer Chriſtian von Anhalt, die meiſten Mitglieder derſelben entweder perſönlich oder durch Geſandte vertreten; von Seite Frankreichs kam Boiſſiſe als Bevollmächtigter, ſonſt waren zugegen: Vertreter des Landgrafen von Heſſen-Kaſſel, der gleich beim Beginn der Verhandlungen förmlich als Mitglied in die Union aufgenommen wurde, der älteſte Sohn des Pfalzgrafen von Neuburg, Wolfgang, im Namen ſeines Vaters und Abgeordnete des Kurfürſten von Brandenburg. Der Kurfürſt Friedrich von der Pfalz war nicht zugegen, ſtatt ſeiner erſchien der Herzog von Zweibrücken, der auch während der Dauer der Verhandlungen den Vorſitz für Kurpfalz führte. **)

Was die von Heinrich ſeinem Vertreter Boiſſiſe mitgegebene Vollmacht betrifft, ſo ermächtigte ſie ihn nicht nur zur Berathung über das wegen der Jülicher Erbſchaft abzuſchließende Bündniß, ſondern ſie enthielt auch die Weiſung die Verhandlungen auf einige andere Punkte auszudehnen, die mit Jülich nicht unmittelbar zuſammenhingen, aber für Heinrich das meiſte Intereſſe hatten. Boiſſiſe ſollte nämlich auf die Gefahr hinweiſen, welche den deutſchen Fürſten und ihrem ruhigen Beſitz der Jülicher Lande ſo lange drohten, als Spanien ſeine feſten Poſitionen am Rhein inne habe, d. h. ſo lange Spanien überhaupt Belgien beſitze. Außerdem ſollte Boiſſiſe nicht unterlaſſen anzudeuten, daß die deutſchen Fürſten

*) Münchner Staatsarchiv 547/A, 373. Memorial, was im Namen der Unionsfürſten Fürſt von Anhalt zu Frankreich zu verrichten habe. dto. 25. Nov. 6. Dez. 1609. — Paris. Kaiſ. Bibl. Collection Dupuy 765. Jülichſche Inſtruktion für Anhalt.

**) Münchner Staatsarchiv 1162, 383. Pfalzgräfliche Inſtruktion zum Konvent zu Schwäbiſch-Hall dto. 26. Dez. 1609 5. Jan. 1610. Kaiſ. Bibl. zu Paris. Mſ. 534. St. Germ. Inſtruktion für Boiſſiſe dto. 30. Dez. 1609.

Google

ſtets der Gefahr der Unterdrückung preisgegeben ſeien, wenn das Haus Oeſterreich im Beſitz der Kaiſerkrone bleibe. *) An den alten und wohlbekannten Plan Heinrichs, den Habsburgern die deutſche Krone zu entreißen, knüpfte ſich alſo jetzt noch die Abſicht, Spanien aus Belgien zu entfernen. Der König trug ſeinem Vertreter ſtrenge auf, bezüglich des erſten Punktes vorſichtig aufzutreten, aber zugleich deutlich verſtehen zu geben, daß er eine ſo ſtarke Armee als nöthig aufſtellen werde, um die Spanier aus ihren feſten Poſitionen zu vertreiben. Auf alle Weiſe aber, ſo ſchloß die Inſtruktion, ſolle Boiſſiſe ein friedliches Abkommen in der Jülicher Frage zu verhindern ſuchen, der Krieg ſolle das Reſultat der Schwäbiſch-Haller Zuſammenkunft ſein.

1610 Bereits am 21. Juni war Boiſſiſe in Schwäbiſch-Hall angelangt und nährte die Hoffnung, gleich die Verhandlungen beginnen zu können, da auch die genannten Fürſten und Geſandten vollzählig erſchienen waren. In dieſer Erwartung ſah er ſich jedoch getäuſcht, denn von Seite einiger Mitglieder der Union, nämlich von Seite der Städte, wurden auf einmal Schwierigkeiten gegen eine Betheiligung derſelben an dem Jülicher Streite erhoben. Sie beriefen ſich ausdrücklich auf ihre frühere Erklärung, nach welcher die Jülichiſche Succeſſion aus dem Kreiſe der die Union betreffenden Angelegenheiten ausgeſchloſſen werden ſollte, verlangten zugleich, daß der Reſtitution Donauwörths vor allen Dingen angeſtrebt werden ſolle, und drohten endlich mit der Verweigerung jeder Beitragleiſtung, im Falle die fürſtlichen Mitglieder der Union ſie zur Theilnahme an einer, ihre Intereſſen wenig berührenden Angelegenheit zwingen wollten. Zum großen Nachtheil für die raſche Beendigung der Verhandlungen blieb nun nicht der einzige Streitpunkt zwiſchen den Mitgliedern der Union. Zu gleicher Zeit beſchwerten ſich nicht bloß die Städte, ſondern auch die Grafen über die bei der Begründung der Union beliebte Stimmenvertheilung und verlangten eine ſolche Regelung derſelben, welche ſie in keinen ſo entſchiedenen Nachtheil gegen die Fürſten verſetzte wie bisher. Die Grafen forderten nämlich, man ſolle ihnen zuſammen eine gleiche Stimmenzahl einräumen, als die Fürſten beſaßen und das gleiche verlangten die Städte. Dies Verhältniß, welches dem Ehrgeiz der Fürſten nicht den nöthigen Spielraum gegönnt hatte, war natürlich nicht nach dem Geſchmacke der letztern und ſie verweigerten deshalb in der beſtimmteſten Weiſe auf die geſtellten Forderungen einzugehen. Die Städte erklärten darauf ſich mit zwei Stimmen weniger als die Fürſten begnügen zu wollen, wogegen die

*) Kaiſ. Bibl. in Paris MS. 634. St. Germ. Instruction du Sieur de Boiſſiſe allant en Allemagne ddo. 30. Dec. 1609.

Google Original from HARVARD UNIVERSITY

letztern wiederum vorschlugen, daß die Städte und Grafen zusammen die gleiche Stimmenzahl wie die Fürsten haben sollten. Mit diesem Vorschlage würden sich die Grafen begnügt haben, wofern die Städte sich zu einer ihnen günstigen Theilung der Stimmen verstanden hätten, was jedoch diese entschieden ablehnten. Die Folge war, daß die Grafen erklärten aus der Union austreten und für sich einen Bund abschließen zu wollen. Sie machten kein Hehl aus der Befürchtung, daß die Fürsten es auf ihre Unterdrückung abgesehen haben könnten und als Boissise, dem begreiflicherweise im Interesse seines Herrn an der Beilegung dieser Zwistigkeiten sehr viel lag, sich für einen Ausgleich bemühte, brachte er anfangs nichts zu Wege. Es ist uns nicht bekannt, wie dieser Streit zuletzt beigelegt und wie sowohl die Bedenklichkeiten der Städte bezüglich Jülichs als die Furcht der Grafen vor Unterdrückung beschwichtigt worden, wir wissen aus den folgenden Verhandlungen nur soviel, daß unter den Mitgliedern der Union ein Beschluß zu Stande kam, die Jülicher Angelegenheit als eine gemeinschaftliche anzusehen und demgemäß zu handeln. *)

Während die Streitigkeiten unter den Mitgliedern der Union noch dauerten, hatte Boissise bereits häufige Unterredungen mit den hervorragendsten Theilnehmern der Versammlung von Schwäbisch-Hall, welche theils die Jülicher Successionen, theils die abzuschließende Allianz zum Gegenstande hatten. Der junge Pfalzgraf von Neuburg verlangte bei dieser Gelegenheit, die Allianzverhandlungen sollten damit beginnen, daß man bestimme, wie die Jülicher Erbschaft getheilt werden solle. Boissise lehnte dies entschieden ab; er erklärte, man müsse vor allem suchen, Jülich in Besitz zu bekommen, wem es dann zufallen solle, möge man nachträglich festsetzen; jetzt die Entscheidung treffen zu wollen, könnte Zerwürfniß statt Einigung zur Folge haben. Nachdem hierauf die eben erwähnten Streitigkeiten zwischen den Mitgliedern der Union beigelegt waren, nahmen die Verhandlungen über die Allianz ernstlich ihren Anfang. Gleich im Beginne derselben machte sich die Verschiedenheit der Zwecke, welche Heinrich IV und welche die deutschen Fürsten verfolgten, geltend. Die Endabsicht der letztern ging in diesem Augenblick nicht weiter, als die Jülicher Erbschaft in ihre Hände zu bekommen und dieselbe ebenso allen katholischen, wie habsburgischen Einflüssen zu entziehen. Gelang ihnen dies, so hatten sie einen mächtigen Schritt zur Protestantisirung Deutschlands und zur Verringerung der mit dem Kaiserthum identificirten habsburgischen Macht vorwärts gethan. Bei diesen Bestrebungen wollten sie sich des Beistandes

*) Kais. Bibl. in Paris. Collection Dupuy 763. Boissise an Heinrich IV ddo. 31. Januar 1610. — Ebendaselbst Boissise an Villeroy, ddo 31. Jan 1610.

Google

Frankreichs bedienen, demſelben aber alle Wege abſperren, um einen Gewinn aus dem Streite davonzutragen. Deshalb machte ſich bei den Verhandlungen mehr als eine Stimme geltend, daß Heinrich den Fürſten nicht mit einem Heere, ſondern mit Geld zu Hülfe kommen ſolle, eine Forderung, deren Grund Boiſiſe leicht einſehen konnte und die er ohne Umſchweife ablehnte. In Folge deſſen wurde im Prinzip die aktive Betheiligung Heinrichs am Kriege feſtgeſtellt, und darauf über die Dauer der Hülfeleiſtung von Seite der Union und Frankreichs verhandelt. Die Union wollte ſich nur zur Aufſtellung und Unterhaltung eines Heeres während der Dauer von ſechs Monaten verſtehen und verlangte von Heinrich, er ſolle mit ſeinem Heere die poſſedirenden Fürſten ſo lange unterſtützen, als ſie einem Angriffe ausgeſetzt ſein würden. Dieſe Forderung wurde von Seite Boiſiſe's verworfen und man einigte ſich endlich dahin, daß Brandenburg und Neuburg ſowohl von Heinrich, wie von der Union ſo lange unterſtützt werden ſollten, als der Krieg dauere.

Nachdem in dieſer Weiſe der Fundamentalartikel des Bündniſſes, ſo weit dies die Jülicher Erbſchaft zum Gegenſtande hatte, feſtgeſtellt war, wäre es für Boiſiſe an der Zeit geweſen, entſprechend den Aufträgen ſeines Herrn, die Aufmerkſamkeit der Verſammlung auf die Ausſchließung der Habsburger vom deutſchen Thron und auf die Vertreibung der Spanier aus der Nachbarſchaft von Jülich hinzulenken. Da die Verhandlungen jedoch auf keinen dieſer beiden Punkte ſich erſtreckten, ſo ſcheint Boiſiſe die von Heinrich angerathene Vorſicht für nöthig gehalten zu haben. Ueber die Ausſchließung der Habsburger vom deutſchen Thron hätte der Franzoſe in Schwäbiſch-Hall ohne Anſtand ſprechen können, darin beſtand zwiſchen ihm und der Union keine oder nur eine unweſentliche Differenz. Etwas anderes war aber ein Vorſchlag zur Vertreibung der Spanier aus einem Theile von Belgien. Zu deſſen Gunſten konnte die Vertreibung berückſichtigt werden, wenn nicht zu Gunſten Heinrichs, ſo etwas eröffnete aber den Deutſchen keine verlockende Ausſicht. Boiſiſe mag ſich deshalb die Ueberzeugung verſchafft haben, daß er nicht ſo offen den Angriff auf Belgien predigen dürfe, wohl aber alles thun müſſe, um denſelben faktiſch herbeizuführen und überhaupt das Intereſſe des Königs und ſeiner deutſchen Verbündeten ſo zu verketten, daß nicht bloß die letzteren, ſondern auch der erſtere auf einen Antheil an der Beute rechnen könne. Deshalb ſtellte Boiſiſe an die Schwäbiſch-Haller Verſammlung folgende Fragen, erſtens: ob die Fürſten, welche jetzt eine Allianz mit Heinrich abſchließen, entſchloſſen ſeien, trotz aller Achtserklärungen des Kaiſers, welche ſie im Verlaufe des Krieges treffen könnten, bei dem Bündniſſe zu verharren; zweitens: wie groß die Kriegsmacht ſei, welche ſowohl die poſſedirenden

Google

Fürſten, als auch die Union aufzuſtellen, bereit ſeien und wann dieſelbe ſchlagfertig ſein werde; drittens, welche Hilfe die Verbündeten dem König leiſten würden, im Falle er wegen ihrer Unterſtützung mit Philipp III von Spanien oder mit Erzherzog Albrecht in Krieg gerathen würde; viertens, ob die Fürſten ein bindendes Verſprechen eingehen wollten, unter keiner Bedingung einen Vertrag oder einen Frieden zu ſchließen, mag er Jülich oder was immer betreffen, ohne daß Heinrich zu demſelben ſeine Zuſtimmung gegeben hätte; fünftens, ob die Fürſten, denen die Jülicher Erbſchaft zufallen würde, geneigt ſeien den Katholiken daſelbſt das freie Bekenntniß ihrer Religion zuzugeſtehen. Auf dieſe Fragen wurde dem Geſandten in folgender Weiſe geantwortet: die Fürſten ſeien entſchloſſen ſich in der Verfolgung ihres Zweckes durch hinterlei Befehle und Achtserklärungen des Kaiſers irre machen zu laſſen. Brandenburg und Neuburg wollen eine Armee von 4000 Mann zu Fuß und 2000 zu Pferd unterhalten, die Union eine gleiche Zahl aufſtellen und man wünſche deshalb von Heinrich IV, er möchte, ſo lange er im eigenen Lande nicht angegriffen werde, dieſem Bündniſſe mit einer Armee von 8000 Mann zu Fuß und 2000 zu Roß beitreten, im Falle er aber im eigenen Lande von Spanien oder Belgien aus angegriffen würde, ſollte er nur zur Hälfte der genannten Truppenzahl den deutſchen Fürſten verpflichtet ſein. Was den Zeitpunkt betraf, bis zu welchem dieſe Streitkräfte ſchlagfertig ſein ſollten, ſo erboten ſich die Fürſten keinen Verzug in ihren Rüſtungen eintreten zu laſſen, um ſo raſch als möglich den Krieg beginnen zu können, und verlangten deshalb eine gleiche Eile von Frankreich. Für den Fall, daß der Friede von Seite König Philipps III und Erzherzog Albrechts gebrochen würde, waren ſie erbötig, Frankreich mit 4000 Mann zu Fuß und 1000 zu Roß zu Hilfe zu eilen, wofern der Krieg in Jülich bereits beigelegt wäre. Dafür ſollte Heinrich dem Herzog von Wirtemberg bei der Vertheidigung des den Spaniern zu ſehr ausgeſetzten Mümpelgards Hilfe leiſten. Sie verpflichteten ſich endlich keinen Frieden abzuſchließen, ohne Heinrich von den Bedingungen desſelben in Kenntniß zu ſetzen und ihn gleichfalls in denſelben einzuſchließen; zugleich ſprachen ſie die Hoffnung aus, daß der König keinem Frieden entgegentreten werde, ſobald durch dieſen die Jülicher Angelegenheit entſchieden werden würde. Bezüglich der Katholiken waren die poſſedirenden Fürſten erbötig, ſich gegen Heinrich zu verpflichten, daß ſie den Rechten derſelben keinen Eintrag thun würden. *)

*) Münchner Staatsarchiv 117/2, fol. 80. Vertragsentwurf zwiſchen Frankreich, den poſſedirenden Fürſten und der Union.

Google

Auf Grund dieſer Verhandlungen und gegenſeitigen Erklärungen wurde der Allianzvertrag am 11. Februar zu Ende berathen und unterzeichnet. Die deutſchen Fürſten und ihre Geſandten waren zur Ratifikation bereit und verlangten ein gleiches von Voiſſiſe, da dieſer nach dem Verſprechen, welches Heinrich dem Fürſten von Anhalt gegeben, mit hinreichender Vollmacht hiezu verſehen ſei. Voiſſiſe lehnte es jedoch trotz wiederholten Andringens ab und ſchickte den Vertragsentwurf nach Frankreich, damit Heinrich ſelbſt ſeine Entſcheidung treffe.*) In der That hatten die deutſchen Fürſten zwei Forderungen erhoben, bezüglich deren Voiſſiſe keineswegs hinreichend bevollmächtigt war, ſie hatten nämlich verlangt, Heinrich ſolle, im Fall er nicht angegriffen würde, ein Heer aufſtellen, welches dem der Union, Brandenburgs und Neuburgs zuſammen gleich käme, während in den Verhandlungen Anhalts mit Heinrich nur von einer Unterſtützung die Rede war, welche bloß jener der Union gleichzukommen hatte; eben ſo wenig war bis dahin die Rede davon geweſen, daß Frankreich eventuell die Vertheidigung Mümpelgards gegen Spanien übernehmen ſollte; Voiſſiſe hatte demnach Urſache genug, die Ratifikation abzulehnen. Der Vertragsentwurf wurde durch Dohna nach Paris abgeſchickt mit Heinrich in die Lage verſetzt ſelbſt zu entſcheiden, ob die erweiterten Forderungen der Fürſten ihm erfüllbar ſcheinen mochten oder nicht. Wie zu vermuthen ſtand, waren es nicht dieſe neuen Vertragsbeſtimmungen, welche dem König läſtig fielen, denn da er in ſeinem Herzen nichts eifriger herbeiwünſchte, als einen Krieg mit Spanien, ſo dachte er ebenſowenig daran das befreundete Mümpelgard preiszugeben als ſeine Rüſtungen auf einige Tauſend Mann zu beſchränken. Was ihm an dem Vertragsentwurf mißfiel war vor allem die von den Fürſten ausgeſprochene Hoffnung, Heinrich werde das Schwert ohne Zögern in die Scheide ſtecken, wenn die Julicher Angelegenheit entſchieden wäre. Er erblickte darin das Mißtrauen der Fürſten gegen ſeine weitergehenden Abſichten und glaubte befürchten zu müſſen, daß dieſelben gern zu einem Ausgleich mit dem Kaiſer die Hand bieten würden, wenn der letztere einen ſolchen ernſtlich wollte. Die Furcht war nur zu begründet, denn ſo ſehr die deutſchen Fürſten vor allem die Vernichtung der kaiſerlichen Autorität anſtrebten, ſo wenig dachten ſie daran etwas zur Vergrößerung der franzöſiſchen Macht beizutragen, wenn ſie dies Verfolgung des erſten und Hauptzweckes irgendwie vermeiden konnten. Das war aber keineswegs nach des Königs Geſchmack, Geld und Soldaten anzuwenden, und zum Lohn ſich mit dem Bewußtſein begnügen zu müſſen,

*) Pariſer kaiſ. Bibliothek Mss Collection Dupuy 765. Beglaubigte an Heinrich IV. ddo. 10. Februar 1610.

Google Original from HARVARD UNIVERSITY

seinen Freunden einen Dienst geleistet zu haben. Aus dem sich entspinnenden Krieg wollte er einen positiven Vortheil haben, er wollte, daß das Haus Habsburg geschwächt aus demselben hervorgehe und dies war nur der Fall, wenn er sich eines Theiles der Besitzungen desselben, sei es Belgiens, sei es der Franche Comté bemächtigte. Welches Mißtrauen sein Gemüth marterte und was für ein Resultat er selbst durch den Krieg erlangen zu können hoffte, zeigt am besten ein Schreiben Puysieux's, der an Boissise über den Eindruck berichtete, welchen der Vertragsentwurf von Schwäbisch-Hall auf Heinrich gemacht. „Der König," schreibt Puysieux,*) „fürchtet sehr, daß die Jülicher Streitigkeit beigelegt werde, bevor es noch zu einem Unternehmen kommt, welches das Haus Oesterreich schwächen könnte. Die Folge wäre dann, daß Seine Majestät sich eine arge Feindschaft zugezogen hätte, ohne dabei an Ansehen gewonnen oder einen Vortheil erlangt zu haben. Es scheint uns, daß die Fürsten der Union mehr Neigung zu einem Ausgleich als zum Kriege haben. Ihr könnt aber wohl begreifen, daß es uns schlecht behagen würde, uns zu einer solchen Kundgebung unserer Absichten und zu einer so offenen Schilderhebung, wie wir sie vorhaben, entschlossen zu haben, ohne dafür etwas anderes als Haß und Geldverlust einzuernten. Berichtet uns über alles, was einen möglichen Ausgleich betreffen könnte, ohne dabei zu verrathen, daß ihr einen solchen von Seite des Königs hindern wollet, denn wenn ihr euch irgendwie bloßstellt, würde man euch alles verheimlichen." Den Schluß dieser Mittheilung bildete der formelle Antrag, Boissise solle auf jede Weise zu verhindern suchen, daß die Jülicher Angelegenheit durch einen Vertrag beigelegt werde.

Wollte Heinrich offen vorgehen, so mußte er die Ratifikation des Vertragsentwurfes abweisen und verlangen, daß in demselben auch sein Beuteantheil bestimmt werde. Gegen diese aufrichtige Sprache machte sich aber vor allem das Bedenken geltend, daß das Mißtrauen gegen seine Endabsichten allzusehr rege gemacht und die Fürsten um so schneller sich mit dem Hause Oesterreich vergleichen würden, weil dieses, kaum im Stande den

*) Pariser kais. Bibliothek, Collection Dupuy, No. 705. Puysieux an Boissise dto. 24. Februar, Paris . . . Il nous semble que les Princes (de l'Union) ont plus d'inclination à un accord, qu'à porter la guerre plus avant. Et vous sçavez, qu'il nous viendroit mal à propos d'avoir fait une telle declaration et levé de boucher que est celle que nous preparons pour n'en recueillir que de la hayne et de la desplaisance, advertissez nous diligemment de tout ce que vous serez advance en matiere d'accord sans toutesfois monstrer, que vous le vouliez empescher de la part du Roy, car en le faisant, ils se defieroient de vous et vous celeroient toute chose.

Google

erſten Stoß auszuhalten, die Hand zum Frieden bieten müßte. Er gewann es alſo über ſich, ſein eigenes Mißtrauen zu beherrſchen, um die gebotene Gelegenheit, die vielleicht nimmer wiederkehrte, ſich nicht entſchlüpfen zu laſſen. In demſelben Augenblicke, in welchem er mit Buyſieux gegen Beriſſe die bedenklichen Seiten des Vertrages erörterten, entſchloß er ſich dennoch zur Unterzeichnung deſſelben ohne einen einzigen der Vertragspunkte zu ändern. Anhalt, der mit Dohna zu gleicher Zeit nach Paris gereiſt war, hatte vielleicht einiges Verdienſt um dieſe raſche Nachgiebigkeit; Heinrich ſah auch keinen Anſtand mehr, daß der Fürſt das Kommando ſowohl über die franzöſiſchen als auch die deutſchen Truppen, die den Feldzug gegen Cleve unternehmen ſollten, erhalte und konnte ſich ſchmeicheln, dadurch den einflußreichſten Mann in Deutſchland gewonnen zu haben. Nach dieſen Entſchließungen ſäumte er nicht, die Rüſtungen ſo ſehr als möglich zu beeilen und er verſprach zuletzt ſeinen Freunden nicht bloß mit dem, wozu er ſich verpflichtet, zu Hilfe zu eilen, ſondern ihnen auch einen Artilleriepark zuzuſchicken, der ihren gemeinſamen Bedürfniſſen mehr als genügen würde und endlich ſeine Rüſtungen über das ganze Königreich auszudehnen, um auf alle Fälle geſichert zu ſein. Beriſſe wurde abermals vom König aufgefordert, auf jede Weiſe einen friedlichen Ausgleich des Jülicher Streites zu verhindern und bei den geiſtlichen Kurfürſten nachträglich den Verſuch anzuſtellen, wie ſie für das franzöſiſche Intereſſe gewonnen werden konnten. Bezüglich der Katholiken Jülichs wurde ihm aufgetragen, ihre Rechte überall und mit aller Wärme zu vertreten, doch nicht ſo weit, daß das Schwäbiſch-Haller Bündniß dadurch gelockert würde*)

Noch laſtete indeſſen auf Heinrich eine andere Sorge als die, daß der Jülicher Streit ohne einen Vortheil für ihn beendet werden konnte. So ſehr die Verbindung, in welcher die Mitglieder der Union mit den Ständen der öſterreichiſchen Länder ſtanden, ſeine Zwecke förderte, ſo behagte ihm doch andererſeits der Gedanke nicht, daß eine ſolche Verbindung auch zwiſchen dem proteſtantiſchen Theil ſeiner Unterthanen und der Union früher oder ſpäter ihren Anfang nehmen konnte. Es war noch nicht lange her, daß die Hugenotten unter dem Herzog von Bouillon ſich gegen ihn erhoben hatten, wie viel leichter konnte das gegen ſeinen Sohn geſchehen, wenn er dieſem in zarter Jugend die Krone hinterlaſſen ſollte. Er tadelte deshalb Beriſſe auf das ſtrengſte, daß er in Schwäbiſch-Hall nicht verſucht habe, dem Bündniſſe einen Artikel einzuverleiben, durch den ſich

*) Pariſer kais. Bibliothek. Collection Dupuy Nr. 765. Heinrich IV an Beriſſiere. 23. Februar. Ebendaſelbſt Heinrich IV an Beriſſe dto. Paris den 4. März 1610. — Ebendaſelbſt Villeroy an Beriſſe dto. 24. Feb. 1610.

Google

die protestantischen Fürsten verpflichtet hätten, den Hugenotten in Frankreich, wenn sie je gegen die Krone die Waffen erheben würden, unter keinem Vorwand Beistand zu leisten. In das Schwäbisch-Haller Bündniß konnte eine solche Vertragsbestimmung nicht mehr eingeschaltet werden, Puysieux trug deshalb Boissise im Auftrage seines Herrn auf, nachträglich die protestantischen Fürsten zum Abschluß eines neuen Vertrags aufzufordern, der sie zur neutralen Haltung bei allen religiösen Zwistigkeiten in Frankreich verpflichtete. Boissise, der inzwischen nach Heidelberg gereist war und daselbst mit der Mehrzahl der Unionsfürsten wieder zusammentraf, saumte nicht ihnen das Begehren seines Herrn mitzutheilen. Wie sehr er jedoch in sie dringen mochte, er fand sie unnachgiebig in diesem Punkte, keiner von ihnen wollte von einer vertragsmäßigen Verpflichtung, wie sie Heinrich wünschte, etwas wissen, wiewohl alle hoch und theuer versprachen, daß sich der König nie über ihr Betragen werde zu beklagen haben. Mit diesen Versprechungen konnte sich Boissise um so weniger begnügen, je strenger die Weisungen seines Herrn waren, und je mehr das Mißtrauen des letztern durch die entschiedene Weigerung der Fürsten berechtigt war. Zuletzt ward von dem Kurfürsten von der Pfalz ein Mittelweg eingeschlagen, der die Union nicht vertragsmäßig binden sollte, aber Heinrich doch beruhigen konnte. Der Pfalzgraf entschuldigte sich nämlich in seinem und seiner Verbündeten Namen, daß er den Abschluß des verlangten Vertrages verweigere, er gab aber zugleich für sie und für sich selbst das Ehrenwort ab, daß der König sich nie über ihr Betragen zu beklagen haben werde und daß es solchergestalt für ihn keiner weiteren „Assekuration" bedurfe.*) 2. Nov. 161

Während Heinrich in der erzählten Weise die Verhandlungen mit den deutschen Fürsten ihrem Ende entgegenführte, versäumte er nicht die mit anderen nichtdeutschen Fürsten und Staaten begonnenen zu einem gleich günstigen Abschluß zu bringen. Mit Karl Emmanuel von Savoyen gelang ihm dies bekanntermaßen rasch und leicht genug — dieser Fürst sollte im gegebenen Augenblick über Mailand herfallen — mit andern italienischen Fürsten und namentlich mit dem Papste brachte er es vorläufig noch zu keiner Verständigung. Was die Niederlande betrifft, so ließ sich Heinrich unablässig daran gelegen sein, dieselben für das deutsche Bündniß zu gewinnen.

*) Pariser kais. Bibl. Collection Dupuy 765. Boissise an Heinrich IV ddo. 12. März Heidelberg. — Ebendaselbst Kurpfalz an Heinrich IV ddo. 22. März bis 2. April 1610. — Ebendaselbst Heinrich IV an Boissise ddo. Paris 5. April 1610. — Ebendaselbst Boissise an Heinrich IV ddo. Frankfurt den 1. März 1610. — Ebendaselbst Boissise an Heinrich IV ddo. 21 März 1610. — Ebendaselbst Boissise an Heinrich IV ddo. 4. Mai 1610, Düsseldorf. — Ebendaselbst Boissise an Villeroy ddo. 4. Mai 1610.

Google

Die Holländer setzten ihm lange einen hartnäckigen Widerstand entgegen, denn die vorhergegangenen Kriege hatten sie hinreichend erschöpft, um ihnen die Lust an neuen Unternehmungen zu benehmen, nichtsdestoweniger gelang es Heinrich IV sie schließlich zu dem Versprechen einer positiven Hilfeleistung an die possidirenden Fürsten zu vermögen. Sind die Nachrichten, welche Heinrich über die Zusagen der Niederländer seinem Geschäftsträger Boissise zukommen ließ, richtig,*) so verpflichteten sich dieselben zu nichts geringerem als zu einer Hilfe von 12.000 Mann. — Es blieb nur noch England übrig, zu dessen Gewinnung Heinrich seine ganze diplomatische Geschicklichkeit in Bewegung setzte. Hoffte er auch da nicht auf einen engen Anschluß — und dieser wäre Heinrich nicht einmal erwünscht gewesen — so wollte er sich doch eine günstige Neutralität Jakobs I sichern, um so mehr, als dieser Miene machte, sich nicht theilnahmslos der großen deutschen Frage gegenüber zu verhalten und die deutschen Fürsten selbst geneigt waren, seinem Rathe eine besondere Beachtung zuzugestehen.

10./9 Dieselben protestantischen Fürsten nämlich, welche im Herbst des vergangenen Jahres ihre Gesandten nach Paris geschickt hatten, um daselbst ihre Ansprüche auf Jülich zu erörtern, wandten sich auch an den König Jakob von England und verlangten von ihm, je nach ihrer Stellung eine verschiedene Einflußnahme auf die deutschen Angelegenheiten; Brandenburg, Neuburg und der Kurfürst von der Pfalz wollten ihn zu einer entschieden feindlichen Rolle gegen den Kaiser vermögen und erlangten auch die bisten 20./9 Zusicherungen, als das Erscheinen Hilfrichs in London den ohnedies bedächtigen Jakob zu größerer Vorsicht mahnte. Die Auseinandersetzungen Hilfrichs hatten zur Folge, daß der König von England sich zur Theilnahme an einem Schiedsgerichte in der Jülicher Angelegenheit erbot und versprach, Sachsens Interessen ebenso wie die Brandenburgs und Neuburgs zu wahren, alles dies aber wollte er — im Gegensatz zu Frankreich — auf friedlichem Wege und ohne den Kaiser zu beleidigen und zu provoziren erreichen. Wofern die Jülicher Successionen nicht in die Hände des Hauses Habsburg fiel, war Jakob selbst zufrieden, daß des Kaisers Recht den richterlichen Ausspruch hierin zu thun, nicht angetastet werde, demgemäß erklärte er sich ebenso gut gegen eine gewaltsame Vertreibung Leopolds aus Jülich, als gegen eine Verkürzung der possidirenden Fürsten.**) Dieses vorsichtige

*) Nat. Bibl. in Paris. Collection Dupuy 765. Heinrich IV an Boissise 1610 2. Mai 1610.

**) Sächsisches Staatsarch. v. Schultes Buch der Jülicher Akten 1609. Hessen an Schomberg 1609 10./20 Nov. London, an Kurbrachen am selben Tage, an Schomberg 1609 20./30 Nov. und an Kursachsen am selben Tage

Google Original from HARVARD UNIVERSITY

Benehmen Jakobs war nicht bloß eine Folge seines unentschlossenen Charakters, sondern es war ihm auch bei dem allzuentfernten Antheil Frankreichs an dem ganzen Streite von selbst diktirt und würde wahrscheinlich einer noch freundlicheren Stimmung gegen den Kaiser Platz gemacht haben, wenn es Heinrich vergönnt gewesen wäre dem Kampfe gegen das Haus Habsburg einen solchen Umfang zu geben, wie er dies in der That beabsichtigte.

Eine solche maßvolle Haltung Jakobs war aber nicht nach Heinrichs Geschmack, denn bei der natürlichen Eifersucht zwischen Frankreich und England konnte sie schließlich in eine freundliche Hinneigung zum Kaiser umschlagen. Dem zuvorzukommen war Heinrichs emsigstes Bestreben und man muß gestehen, es gelang ihm mit überraschendem Erfolge. Sein Gesandte in England, de la Boderie, konnte ihm bald berichten, daß Jakob sich in der Jülicher Frage nicht bloß neutral verhalten, sondern an dem Bündniß gegen den Kaiser theilnehmen wolle. Im weitern Verlauf der Verhandlungen erbot sich Jakob 4000 Mann nach Jülich durch die Niederlande marschiren zu lassen und Heinrich bemühte sich fortan unablässig seinen Verbündeten zur raschen Beendigung der nöthigen Rüstungen anzutreiben. Der Krieg sollte Ende Mai eröffnet werden und deshalb war es nothwendig, daß sich um diese Zeit die englischen Hilfstruppen am Niederrhein befanden.*)

Hiemit hatte der diplomatische Feldzug Heinrichs sein Ende erreicht, die Verbündeten für den Krieg waren gewonnen und dieser selbst sollte nun beginnen. Wenn er seine eigene Macht und die seiner Bundesgenossen überblickte und damit die tödtliche Ohnmacht verglich, in der die Habsburger aus verschiedenen Ursachen sich befanden, mochte ihn wohl die Ahnung beschleichen, daß er berufen sei, eine vollständige Umgestaltung der europäischen Verhältnisse herbeizuführen. Sully schreibt ihm einen ganz detaillirten Plan zu, nach welchem er die Besitzverhältnisse in Oesterreich und Italien von Grund aus neu und mit Entfernung des Hauses Habsburg ordnen wollte, daran sollte sich eine neue Regelung der belgischen, deutschen und anderer Territorial- oder staatsrechtlichen Verhältnisse knüpfen. Wir wollen nicht bestreiten, daß so umfassende Pläne mitunter das Zwiegespräch zwischen Heinrich und Sully gebildet haben mögen, aber zwischen den vertraulichen und konsequenzlosen Unterhaltungen am Kaminfeuer und bei Spaziergängen und dem ernstlichen Ziel und Zweck der Bestrebungen eines Staatsmannes ist eine gewaltige Differenz. Das, was Heinrich im nächsten Augenblick für erreichbar hielt und demgemäß auch wollte, das konnte, wenn es mehr

*) Berger de Xivrey Recueil de lettres missives de Henri IV, tome VII Seite 865. Henri IV à Mr de la Boderie dato 20 Mars und S. 869 Henri IV à Mr. de la Boderie dato 28 April.

Google

als eine müßige Plauderei sein sollte, nicht einem befreundeten Diener im tiefsten Geheimnisse anvertraut werden, das mußte Fleisch und Bein bekommen in seinen kriegerischen Maßregeln, in den Instruktionen an seine politischen Agenten und überhaupt in seinem ganzen Auftreten, dessen einzelne uns bekannte Details aber nichts davon enthalten. Kein phantastischer Plan begegnet uns in den Weisungen an seine Diener, nur ein ganz simpler, erreichbarer aber deshalb nicht minder erfolgreicher. Er schließt mit den deutschen Fürsten ein Bündniß ab und verlangt nur, daß diese ihr Schicksal nicht früher von dem seinigen trennen, bevor nicht auch er den Lohn für seine Anstrengung, seinen Theil an der Beute davon getragen habe. Es kann dies zunächst nur Belgien, die Franche-Comté oder der Elsaß sein. Die gleichzeitige Unternehmung in Italien, deren Ausführung Karl Emmanuel übernommen hatte, war nur eine subsidiäre, gelang sie, führte sie die Vertreibung der Spanier herbei, gut, wo nicht, so gab sich Heinrich auch zufrieden. Seine letzten Zwecke, die er jetzt erreichen wollte, lagen durchaus in der Nähe von Frankreich, seine zahlreichen Briefe an Beissiè beweisen es. Nachher kam die Ausschließung der Habsburger vom deutschen Thron, später vielleicht, wenn die Umstände günstig blieben, ein neuer Schlag gegen diese rivalisirende Dynastie. Aber mit solchen Aussichten körrte sich der nüchterne Heinrich nicht allzuviel, was er jetzt wollte, war das nächstgelegene, eine Grenzberichtigung auf Kosten der Habsburger und Deutschlands.

Gegen Ende des Monats Mai sollten sowohl die französischen Truppen als die der Verbündeten am Niederrhein in der Nähe von Jülich zusammentreffen. Um nach dem gemeinschaftlichen Sammelplatz bequem zu gelangen, mußte Heinrich seinen Weg durch Belgien einschlagen. Am 8
t. 10 Mai zeigte er dem Erzherzog Albrecht an, daß er, um seine Hilfe „den wahren Erben der Herzogthümer Jülich, Cleve und Berg" seinen alten Allirten zu leisten,*) genöthigt sei den Marsch durch Belgien zu nehmen. Es hänge vom Erzherzog allein ab, ob dieser Durchmarsch ohne Feindseligkeit ablaufe, er für seine Person wolle nichts anderes, als seinen Freunden zu Hilfe ziehen. Etwas derartiges konnte sich der Erzherzog unmöglich gefallen lassen, er selbst und Spanien mit ihm mußten sich mit Gewalt den Zumuthungen Heinrichs widersetzen und damit nahm der Krieg jene Dimensionen an, die letzterer wünschte. Wenige Tage nach der Anzeige an Albrecht gedachte sich Heinrich an der Spitze eines Heeres in Bewegung zu setzen, dessen Zahl er nicht auf den in Schwäbisch-Hall versprochenen Bestand beschränkt hatte, sondern das die Blüthe und Kraft seines ganzen

*) Berger de Xivrey a. a. O. S. 865.

Google

Reiches, über die er verfügen konnte, enthielt. Gleichzeitig hatten die Unionen und die possedirenden Fürsten ihre Rüstungen beendet und auch England und die Generalstaaten waren bereit sich anzuschließen. So sollte der Feldzug beginnen.

Gegen alle diese Vorbereitungen waren keine Gegenrüstungen getroffen worden. Bei dem Herannahen des Ungewitters traf Leopold seine Maßregeln, Jülich zu verlassen, um da nicht eingeschlossen zu werden, der Kaiser konnte nicht rüsten, Spanien that es nicht und die Liga hielt sich von dem Jülicher Streite fern. Daß Heinrich IV nicht leer ausging bei der kommenden Vertheilung der Beute, dafür war also durch die Sachlage gesorgt. Der Elsaß, die Franche Comté und das schwach besetzte Belgien lagen vor ihm, wie ein herrenloses Gut. Nachdem das Haus Habsburg nicht rasch die Jülicher Frage gelöst hatte, sondern sein Schicksal mit derselben verband und doch nichts that, um sich zu vertheidigen, was konnte man anders vermuthen, als daß seine Macht ihrem Falle sich zuneige? Da machte der Dolch eines Mörders den drohenden Gefahren mit einemmale ein Ende. Heinrich endete am 14. Mai plötzlich durch Meuchelmord und mit ihm waren alle seine Pläne, die nächsten, wie die weitgehenden begraben.

Handelte Ravaillac in der That getrieben von religiösem Fanatismus, wollte er durch die Verbindung Heinrichs mit den deutschen Protestanten der katholischen Kirche keinen Schaden zufügen lassen, so muß man sagen, daß er eine bessere Kenntniß der Sachlage an den Tag legte, als jene, welche durch Heinrich zunächst bedroht wurden und trotz der Gefahr keineswegs sehend geworden waren. Die Macht Frankreichs, so eben ohne Gleichen in Europa, sank plötzlich zur Unbedeutenheit herab. Die Ursachen hievon schildert Rohan im Eingange seiner Memoiren über diese Zeit in kurzer aber völlig zutreffender Weise.*) „Nach dem Tode Heinrichs des Großen," sagt er, „dachte Jeder an seine eigenen Angelegenheiten, die Königin an die Begründung ihrer Autorität, die ersten Minister des Reiches an die Behauptung der ihrigen, indem sie die Königin unter-

*) Mémoires du duc de Rohan: Après la mort de Henry le Grand chacun pensa à ses affaires, la Reyne à establir son autorité, les principaux ministres de l'Estat à maintenir la leur en appuiant la sienne, comme la plus facile à estre autorisée (à cause de l'absence du premier prince du sang, de l'imbecillité du second et de la mauvaise intelligence du troisieme avec eux) et les autres Grands à se relever de l'abbaissement, auquel le regne precedent les avoit soumis. Parmy tout cela les haines s'exercerent et les plus habiles se servirent de la passion des autres, pour ruiner l'autorité de ceux qui diminuoient la leur.

Google Original HARVARD

ſtützten (weil derſelben wegen der Abweſenheit des erſten Prinzen von Geblut, der Einfältigkeit des zweiten und des ſchlechten Einvernehmens des dritten mit ihnen, am leichteſten Anerkennung zu verſchaffen war), und die übrigen Großen, wie ſie ſich aus dem Zuſtande der Erniedrigung erheben ſolten, in den die vorhergehende Regierung ſie verſetzt hatte. Bei alledem wuchs der gegenſeitige Haß der Parteien und die Schlaueſten benützten die Leidenſchaften Anderer, um das Anſehen derjenigen zu untergraben, welche das ihrige ſchmälerten.“ Jeder dachte ſonach an ſich und Niemand — Sully vielleicht allein ausgenommen — kümmerte ſich um Frankreichs auswärtige Größe und die Durchführung von Heinrichs Plänen.

So ſah ſich alſo das Haus Habsburg plötzlich nur einigen deutſchen Fürſten gegenüber, welchen die unerwartete Kataſtrophe in Frankreich nicht geringe Sorge einflößte. Wenn ſie nichtsdeſtoweniger, zumeiſt auf ſich allein angewieſen, wie weiter erzählt werden wird, ihr Ziel erreichten und die Jülicher Erbſchaft behaupteten, was wäre wohl geſchehen, wenn Heinrich an ihrer Seite geſtanden wäre? Dreierlei ſcheint uns gewiß: die Macht der deutſchen Habsburger wäre bis in die tiefſten Fundamente erſchüttert und vielleicht auch vernichtet worden, in den öſterreichiſchen Ländern wäre der Proteſtantismus zur alleinigen Herrſchaft gelangt und Deutſchland ſelbſt wäre in eine Abhängigkeit von Frankreich gerathen, aus der es ſich nur ſchwer und nicht ohne die größten Verluſte herausgewunden hätte.

Google Original HARVARD

Zweites Kapitel.

I. Des Kaisers Hoffnungen auf den Wiedergewinn der verlorenen Länder. Seine Verhandlungen mit Starhemberg und Liechtenstein. Mathias' Stellung zu seinen Unterthanen. Seine finanziellen Verlegenheiten. Kurfürst Ernst von Köln in Prag. Verhandlungen wegen Berufung des Fürstenconventes. Vielfache Zögerungen des Kaisers. Schließliche Berufung des Konvents auf den 21. April. Mathias' Stellung zur Zeit dieser Berufung. II. Zusammentritt des Prager Konventes. Kaiserliche Proposition. Uebergang der Berathungen auf Jülich. Klägliche Berathungslosigkeit derselben. Verhaltung Sachsens. Frankreichs Haltung. Die Unionsgesandten in Paris. Jülich's Fall. Vertrag zwischen Union und Liga. — III. Verhalten des Konvents gegenüber den Wünschen des Kaisers auf völlige Restitution. Mathias Gesandte in Prag. Gesandtschaft des Konvents an Mathias. Verhandlungen in Wien. Mannigfache Ausgleichsentwürfe proponirt von Mathias und Rudolf. Vertragsentwurf vom 10. September. Allgemeine Annahme desselben. IV. Berathungen des Konvents über die Restitution Donauwörths, die Gerichtsbarkeit des Reichshofraths und die Reform des kaiserlichen Regiments. Verhandlungen über die Successionsfrage. Spanische Pläne. Leopolds Aussichten auf den deutschen Thron. Haltung der geistlichen Kurfürsten, Kursachsens und des Kaisers in dieser Angelegenheit.

I

Alles, was wir bisher über die Ereignisse in Böhmen, wie sie sich seit Ertheilung des Majestätsbriefes entwickelten, und über die Vorgänge in Deutschland, so weit sie die Liga und Union betrafen, erzählt haben, ist nur eine Reihe ununterbrochener Niederlagen des Kaisers und ein Beweis für seine gänzlich geschwundene Auktorität. Mit Ausnahme der Besetzung von Jülich, welche Leopold mit kaiserlicher Zustimmung ausführte, und welche auf den Entschluß aktiv in die Ereignisse einzugreifen hindeutet, trat kein Ereigniß derart in den Vordergrund, daß man aus demselben auf etwas anderes hatte schließen können, als daß Rudolf seinem Schicksal grolle aber sich apathisch in dasselbe füge. Diese Unthätigkeit war jedoch nur eine zufällige. Wir wissen, welche Hoffnungen er mit Leopold auf die Erwerbung von Jülich gründete und wie sich in seiner Phantasie an dieselbe der Wiedergewinn aller verlorenen Länder anknüpfte. Nun war Rudolfs Betheiligung an dem beabsichtigten Erfolge keine positive, sondern nur darin bestehend, daß er den Maßregeln, welche der Erzherzog traf und künftig zu treffen für gut fand, seine Sanktion ertheilte. Da Leopold in

Google
Digitized by HARVARD UNIVERSITY

Jülich jedoch nicht so rasch vorwärts kam, wie er sich eingebildet hatte und in langwierigen Verhandlungen erst nach den Mitteln für die Ausrüstung eines Heeres suchte, war auch Rudolf minder beschäftigt und wartete auf einen neuen Anstoß zur Thätigkeit, woher er auch kommen mochte. Ein solcher Anstoß ließ nicht lange auf sich warten, sondern kam von zwei Seiten her. Der Kaiser beobachtete nämlich mit dem durch Haß geschärften Auge die Zustände in den seinem Bruder unterworfenen Ländern und fand sie derart, daß ihm eine Vertreibung Mathias' ausführbar vorkam, wenn er sich mit den unzufriedenen Elementen in Verbindung setze. Dazu kam noch, daß mehrere seinem Hause befreundete Fürsten sich eifrig bemühten, zwischen ihm und seinem Bruder eine Vermittlung herbeizuführen, von welcher sich Rudolf einbildete, daß sie ihm auf friedliche Weise zu dem Besitz der verlorenen Herrschaft verhelfen könnte. Während also Leopold den etwas weiten Weg über Jülich ging, um dem Kaiser zu dienen, hatte dieser selbst zwei kürzere Wege ausfindig gemacht, ans Ziel seiner Wünsche zu gelangen, sie bestanden in einer Verständigung mit den unzufriedenen Unterthanen seines Bruders und in der Berufung eines Fürstenkonventes nach Prag.

Von diesen zwei Wegen, die Rudolf in redlicher Absicht gegen seinen Bruder einschlagen wollte, war der erstere nicht neu. Schon zur Zeit als Mathias mit den Horner Ständen wegen der religiösen Frage im Hader lag, hatte Anhalt dem Kaiser die Wiedergewinnung Oesterreichs vorgespiegelt. So sehr das Ganze nur auf Trug berechnet war, so war es doch eine bedeutende Partei — Tschernembl mit seinen nächsten Anhängern — welche ihrem frühern Herrscher Hoffnung auf Wiedervereinigung machte. Jetzt war dies nicht mehr der Fall, dennoch hoffte der Kaiser, daß die Unzufriedenheit, die sichtlich in Oesterreich selbst nach der „Resolution" vom 19. März herrschte und die, bevor noch der Herbst verstrichen, 1609
zu bedeutenden Mißhelligkeiten zwischen Mathias und seinem protestantischen Adel führte, ihm gute Früchte bringen würde. Er sprach es wiederholt aus, daß sich der unzufriedene Adel wieder an ihn wenden und ihn als seinen Herrscher anerkennen würde. In der That blieben diese Hoffnungen nicht ganz eitel, im Beginn des J. 1610 gelangten an ihn einzelne Versicherungen von Anhänglichkeit aus dem Erzherzogthum, schriftliche und mündliche, die ihn der Sympathien der Protestanten versicherten. An der Spitze dieser Intrigue stand diesmal nicht Tschernembl, sondern Gotthard von Starhemberg. Aus dem weitern Verlaufe ist so viel ersichtlich, daß diese von Gotthard von Starhemberg einzufädelte Intrigue, wenn sie ernstlich gemeint, auf das Verderben von Rudolf und Mathias, keineswegs aber auf die Erhebung des erstern berechnet war.

Google

Erfüllte dieſe vereinzelte Stimme aus Oeſterreich den Kaiſer bereits mit frohen Hoffnungen, ſo war dies noch mehr der Fall, als er von dem Zerwürfniß Nachricht bekam, welches mittlerweile auch zwiſchen den katholiſchen Rathgebern ſeines Bruders eingetreten war. Ein Theil der Katholiken, die ſich Mathias angeſchloſſen hatten, thaten dies aus mehr oder weniger ehrgeizigen Abſichten und in der ſichern Erwartung, daß ſie im Rath des neuen Königs einen hervorragenden Einfluß ausüben würden. Dahin gehörten vor allem Karl von Liechtenſtein, Brenner und Harrach. Allein ſchon nach kurzer Zeit gewannen ſie die Ueberzeugung, daß der Biſchof Khleſl ſich ganz des Vertrauens ſeines Herrn bemächtigt hatte und daß ſie neben ihm nur eine untergeordnete Rolle ſpielen könnten. Die Folge war, daß ſich die genannten drei Perſonen voll Groll vom Hofe entfernten und in eine erklärte Gegnerſchaft zur Regierung des Königs Mathias traten. Brenners und Harrachs Oppoſition verurſachte kein übermäßiges Aufſehen, ein deſto größeres dagegen die des Herrn von Liechtenſtein. Der Einfluß, den dieſer Kavalier bei Katholiken und Proteſtanten beſaß, ſein großer Reichthum und Grundbeſitz machten ihn zu einem gefährlichen Feinde. Liechtenſtein ſelbſt war ſo erbittert, daß er ſchon im Mai 1608
die Erwartung ausſprach, Mähren werde unter die Herrſchaft des Kaiſers zurückkehren. Dieſe Worte in dem Munde eines Mannes, der das meiſte zur Herbeiführung eines ſolchen Ereigniſſes beitragen konnte, waren keineswegs als die Aeußerung einer bloßen Anſicht anzuſehen, ſondern einem bereits gefaßten Entſchluſſe gleich zu achten, dieſe Aenderung herbeizuführen. Der Kaiſer, dem dieſe Aeußerung bald zur Kenntniß gekommen, klammerte ſich mit ſeinen Hoffnungen raſch an dieſelbe, ohne jedoch eine Verbindung mit Liechtenſtein ernſtlich zu betreiben. Nachdem ihn jedoch wiederholte Nachrichten über den wachſenden Groll des letztern gegen Khleſl belehrten, entſchloß er ſich zu poſitiven Schritten, um ihn zu gewinnen. Er ſandte ſeinen geheimen Rath Herrn von Wellart nach Mähren, um ſich möglichſt mit Liechtenſtein und Brenner über den Preis ihres Abfalles von Mathias zu beſprechen.*) Dieſe Botſchaft übte nicht die erwartete Wirkung aus. Es zeigte ſich, daß Liechtenſtein die erwähnten Aeußerungen nicht gethan hatte, um ſich mit dem Prager Hofe zu verſöhnen, ſondern um Mathias mit Beſorgniß zu erfüllen und zur Gewährung ſeiner Wünſche, die vor allem Khleſls Entfernung betrafen, zu nöthigen. Jetzt beim Worte gefaßt, zog er es vor, ohne ſeine Oppoſition gegen Mathias aufzugeben, ſich ruhig zu verhalten, ſtatt ſich dem Kaiſer anzu-

* Brüſſel. Secret d' Etat d' Allem. Carton 163. Richer an Erzh. Albrecht 1608. Wien 7. Okt. 1609.

Google

ſchließen, über deſſen Unfähigkeit zur fernern Regierung er als ehemaliger Präſident des geheimen Rathes keine Zweifel hegen konnte. Sein Beiſpiel hielt auch die Herren von Harrach und Breuner von einer Verbindung mit dem Prager Hofe ab.

Solchergeſtalt war Rudolfs Verſuch, ſelbſt etwas für den großen Plan zu wirken, deſſen Durchführung Leopold bisher allein übernommen hatte, ohne Erfolg geblieben. Die Katholiken, welche Hoffnung gemacht hatten, ſich ihm anzuſchließen, beſannen ſich zuletzt eines andern und die Verſprechungen einiger oder vielleicht gar nur eines Proteſtanten waren keine nennenswerthe Errungenſchaft. Es war jedoch hinreichend viel von deſſen Machinationen bekannt geworden, um bei den Freunden des Hauſes Habsburg, die das Zerwürfniß der Brüder im hohen Grade beklagten und von der fernern Dauer deſſelben das ärgſte befürchteten, den Wunſch mit neuer Heftigkeit rege zu machen, daß eine Ausſöhnung zwiſchen Rudolf und Mathias zuwege gebracht würde. Mit ſolchen Wünſchen konnten ſich allerdings nur jene tragen, welche von den Beſprechungen zwiſchen dem Kaiſer und Leopold keine Ahnung hatten und noch immer nicht begreifen konnten, daß Rudolfs Sinnen und Streben vollſtändig in dem Haß gegen ſeinen Bruder und in der Sehnſucht nach der verlorenen Herrſchaft aufgegangen war. Nach der Ueberzeugung dieſer wohlmeinenden Leute konnte eine Verſöhnung zwiſchen den beiden Brüdern durch einen Fürſtenkonvent vermittelt werden, der ein hinreichendes Anſehen beſaß, um den ältern zu bewegen, die gebrachten Opfer ſich gefallen zu laſſen und den jüngeren zu veranlaſſen, eine ergebene und dankbare Haltung gegen den erſteren einzunehmen.

Auch in Wien bei Mathias machte ſich das Bedürfniß nach dem Zuſtandekommen eines ſolchen Fürſtenkonvents geltend. Er hatte gehofft, den proteſtantiſchen Adel Oeſterreichs durch die „Reſolution" zu befriedigen, machte aber bald die Erfahrung, daß dies nicht der Fall war, und daß der Adel ſich nicht mit der ihm ertheilten Religionsfreiheit begnügte, ſondern unabläſſig bemüht war, unter dem Vorwande den Ständen eine ähnliche unbeſchränkte Freiheit zu verſchaffen, dieſe an ſich zu ziehen, der Regierung im Lande an ſich zu reißen und ihn (Mathias) völlig zu iſoliren. Die Folge war, daß auch Mathias und manche katholiſchen Edelleute die Beſtimmungen der Reſolution verletzten und den Proteſtanten gegen das verbriefte Recht mehrten.*) Der Zuſtand in Oeſterreich im Herbſt 1609 war nichts weniger als ein geordneter und ruhiger, im Gegentheil die Proteſtanten ſprachen wiederholt die ernſtliche Abſicht aus, daß ſie bei ihren Nachbarn und Freunden über die erfahrenen Unbilden

*) Brüſſler Archiv. Biſcher an Erzherzog Albrecht dto. 21. Nov. 1608.

Google

Klage führen würden. In der That beschränkten sie sich nicht auf die bloße Drohung, sondern schickten zuerst nach Preßburg, wo Ende 1609 der ungarische Reichstag tagte, und darauf im Beginn des Jahres 1610 nach Olmütz, 9. Jan.
als daselbst der mährische Landtag versammelt war, eine eigene Deputation. Ueberall klagte Tschernembl, ihr Wortführer, in den bittersten Worten, daß Mathias seine Versprechungen nicht halte, und die Städte von dem Adel zu trennen suche.*) Die Klagen der Oesterreicher blieben nicht ohne Wirkung auf Ungarn und Mähren. In Ungarn wurden während des Reichstags das Preßburger und Eibenschützer Bündniß in die Gesetzsammlung des Reiches aufgenommen, gewissermaßen als Warnung für Mathias,**) in Mähren sprach sich Zerotin mit einer bei ihm sonst ungewöhnlichen Schärfe gegen die Beibehaltung Khlesls im Amte aus, weil er ihn allein als die Ursache aller noch bestehenden Zerwürfnisse ansah. Ja Zerotin ging noch weiter: aufgeregt durch Tschernembls Schilderungen schlug er diesem und dem Palatin von Ungarn den Zusammentritt eines Centralausschusses vor, in welchem Vertreter von Ungarn, Mähren und Oesterreich die gemeinschaftliche Lage der Länder berathen sollten. Trat dieser Ausschuß zusammen, so war nicht zu erwarten, daß er gegen Mathias eine durchwegs freundliche Haltung einnehmen würde.***) Ein merkwürdiger Zufall fügte es, daß dieser Vorschlag nicht weiter zur Berathung kam und die Zusammenkunft, welche Zerotin bereits mit Tschernembl und Thurzo verabredet hatte, unterblieb. Gerade in dieser Zeit waren die Briefschaften des P. Sarkander, welcher als Agent des Herzogs von Teschen in Prag zur Zeit der Ertheilung des Majestätbriefes geweilt und hier an den von Leopolds Partei ausgehenden Plänen zur Unterdrückung des Protestantismus lebhaften Antheil genommen hatte, in den Besitz der mährischen Stände gelangt. Die Ueberzeugung, daß ihnen von Prag Gefahr drohe, verursachte, daß die Stände gegen Mathias eine minder schroffe Haltung annahmen. Mathias ward aber durch die Vorgänge in Preßburg und Olmütz nicht wenig aufgeregt und zu der Besorgniß veranlaßt, es könnte ihm am Ende gerade so mitgespielt werden, wie dies seinem Bruder von ihm selbst geschehen war. Wie groß wäre sein Schrecken gewesen, wenn er gewußt hätte, daß der allezeit unermüdliche Verschwörer

*) Bamberger Archiv. Instruktion für die österr. Abgeordneten zum Landtage nach Olmütz dto. 9. Jan. 1610. Ebendaselbst: Relat an den österr. Gesandten an die mährischen Stände dto. 19. Jan. 1610.

**) Bamberger Archiv. Tschernembl an den pfälzischen Rath Richnus dto. Breslau den 31. Dez. 1609.

***) Chlumecky: Zerotin S. 641. 648.

Google Original from HARVARD UNIVERSITY

Tschernembl mit dem Kurfürsten von der Pfalz in Unterhandlung stehe, um ihn zur Absendung von Waffen nach Oesterreich zu vermögen.*)

Diese Besorgniß vor Bewegungen, welche von den Protestanten ausgehen konnten, vermehrte noch das Mißbehagen, das Mathias über die Zerwürfnisse in seinem eigenen Kabinet empfand und deren Vorhandensein er dem Umstand zuschrieb, daß sie von Prag genährt würden. Wie wir mitgetheilt haben, hielt sich Liechtenstein von Mathias fern, nachdem es ihm nicht gelungen war den allmächtigen Einfluß Khlesls zu brechen. Es mochte ihn, den ehemaligen Präsidenten des kaiserlichen Geheimrathes, nicht wenig verdrießen, daß er neben einem Bäckersohn, der sich vielleicht früher einen gnädigen Gruß von seiner Seite zur Ehre angerechnet hatte, nur eine untergeordnete, einflußlose Rolle spielen sollte. Er suchte auf alle mögliche Weise aus dieser Situation herauszukommen, zuerst gab er sich die Miene, als ob er sich mit dem Kaiser wieder aussöhnen wolle, wich aber, als er beim Worte gefaßt wurde, dieser Verbindung wieder aus. Darauf suchte er durch den belgischen Gesandten in Prag, Vischer, in nahe Beziehung zu Erzherzog Albrecht und Philipp III von Spanien zu gelangen, indem er hiebei die Zukunft der österreichischen Prinzen im schwärzesten Lichte ausmalte, die Unmöglichkeit, daß die „verhaßte Grazer Linie" zur Succession gelangen könne, nachzuweisen suchte und den König von Spanien als denjenigen hinstellte, der auf die Succession in Oesterreich große Anrechte besitze und dessen Regierung allein wieder Ordnung schaffen könnte.**) Vischer ging auf diese Eröffnung nicht in der Weise ein, wie dies Liechtenstein wohl gewünscht haben mochte, sondern mahnte den letzteren, ja nicht von Mathias abzulassen und sich mit ihm zu versöhnen. Dasselbe war auch die Meinung Zuñiga's. Um Liechtensteins Versöhnung mit Mathias herbeizuführen, reiste Vischer nach Wien und suchte den König und Khlesl zu bereden, daß sie seiner Empfindlichkeit Rechnung tragen und ihn unter anständigen Bedingungen wieder zum Eintritt in den geheimen Rath vermögen möchten. Dann reiste er in gleicher Absicht zu Liechtenstein und suchte auch bei diesem zu vermitteln, was ihm um so besser gelang, als dieser merkte, daß weder Philipp III noch Erzherzog Albrecht etwas gegen Mathias vorzunehmen gedachten. Er stellte als Bedingung seiner Rückkehr nach Wien, daß Mathias ihn durch ein Handschreiben hiezu einlade, wozu sich der König gern verstand.***)

1619

*) Bamberger Archiv. Tschernembl an den bairischen Rath Richard ddo. 31. Dec. 1618 dankt ihm daß die Armee bereits auf dem Wege sei.

**) Brüsseler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. Wien den 12. August.

***) Brüsseler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. 7. Oct. 1618 Wien.

Google

Liechtenstein kam darauf nach Wien und hier ward zwischen ihm und Khlesl äußerlich eine Versöhnung zu Stande gebracht.*) Wenn er sich eingebildet hatte, daß seine Stimme jetzt mehr Gehör finden werde als früher, so sah er sich bereits nach wenigen Tagen enttäuscht und er sprach abermals seinen festen Entschluß aus, sich nach Mähren zurückzuziehen. **) Nur Mathias' Ansehen, der beide Rivalen vor sich kommen ließ und ihnen befahl ihre gegenseitigen Beschwerden fallen zu lassen und sich in seinem Dienste zu einigen, vermochte Liechtenstein zum Bleiben zu bewegen.

Einige Wochen lang war darauf das Verhältniß im geheimen Rathe ein leidliches, aber schon im Dezember schickte Liechtenstein seinen Sekretär 1609
nach Prag, um sich wieder über Khlesls Ehrgeiz und die mangelhafte Regierung in Wien zu beklagen.***) Kurze Zeit darnach verlangte er eine Zusammenkunft mit Zuñiga und war zu diesem Ende erbötig selbst bis in die Nähe Prags zu kommen. Er hatte zu dieser Reise die Billigung Mathias' erhalten, der ihm einen Brief für den spanischen Gesandten mitgab, wahrscheinlich mit Bitten um Spaniens moralische und pekuniäre Unterstützung. Bei der Zusammenkunft mit Zuñiga, die in der That bei Prag 18. Feb.
stattfand, waren auch zwei kaiserliche Geheimräthe Herr von Wollart und 1610
Hannewaldt zugegen. Hiebei vertrat Liechtenstein keineswegs Mathias' Interessen; gegen die kaiserlichen Räthe sprach er die Ansicht aus, daß ihr Herr wahrscheinlich wieder in den Besitz von Mähren und Oesterreich kommen dürfte, Zuñiga gegenüber erbot er sich zu allen Diensten gegen Philipp III namentlich in dem Falle, wenn Rudolf und Mathias ohne Nachkommenschaft sterben würden; er gab also wieder zu verstehen, daß er der spanischen Linie der Habsburger gegen die der Grazer zur Herrschaft verhelfen wolle. †) Zuñiga ging auf diese Anerbietungen nicht näher ein, sondern verlangte von ihm nur Treue für Mathias und gute Dienste zur Versöhnung desselben mit dem Kaiser.

---

*) Brüssler Archiv. Bucher an Fleckhammer ddo. 11 Nov. Wien.

**) Brüssler Archiv. Bucher an Erzherzog Albrecht ddo. Prag den 21. Nov. 1609.

***) Brüssler Archiv. Bucher an Erzherzog Albrecht ddo Prag den 5. Dez. 1609. Ebendaselbst Bucher an Erzherzog Albrecht ddo. Prag den 19. Dez. 1609.

†) Brüssler Archiv. Lobkowitz an Fleckhammer ddo. Prag den 20. Feber 1610. — Archiv von Simancas 2496, 83. Zuñiga an Philipp III ddo. Prag den 20. Feber 1610. Liechtenstein habe gebeten, que le tenga V M. (Philipp III) por muy su criado asomando a hazelle grandes servicios en las occasiones que se pueden offrecer en caso, que el Emperador y su hermano tengan succession. Yo le respondi con palabras generales estimando su voluntad y persuadiendole a que de su parte ayude a la concordia de los hermanos y al servicio de toda la casa.

Google

Dieſes faktiöſe Auftreten Liechtenſteins, welches dem König Mathias nicht verborgen blieb, machte, daß letzterer auch über ſeine Stellung zu den Katholiken immer beſorgter wurde und ſo eigentlich ſich beiden Parteien ſeiner Unterthanen entfremdet fühlte. Wenn er dadurch täglich dringender gemahnt eine Ausſöhnung mit ſeinem Bruder um jeden Preis herbeizuführen, ſo nöthigten ihn auch hiezu die wachſenden finanziellen Verlegenheiten. Die ungariſchen Grenzen gegen die Türken konnten, wie das allgemein bekannt iſt, nur mit Hilfe der nichtungariſchen Beſitzungen der Habsburger und der zeitweiligen Bewilligungen deutſcher Reichstage im Vertheidigungszuſtand erhalten werden. Jetzt verſiegte mit einemmale die doppelte Quelle, Mathias bekam nichts von Deutſchland und nichts von den Beſitzungen, die Rudolf übrig geblieben waren. Seine Noth in dieſer Beziehung war ſchon im Jahre 1609 ſo groß geworden, daß er ſich zur Abſendung einer Geſandtſchaft an den böhmiſchen Landtag entſchloß, um von dieſem die Leiſtung der früher üblichen Subſidien zu erbitten. Bekannt mit den Einflüſſen, von denen die böhmiſchen Stände ſich beherrſchen ließen, hatte er ſich an den Grafen Thurn, an Herrn von Roſenberg, ja ſelbſt an den Fürſten von Anhalt gewendet, um ſie für ſich zu gewinnen und insbeſondere durch den erſten ſein Ziel am Landtage zu erreichen. Da er ſich hiebei eines geſchickten Unterhändlers, des Grafen von Fürſtenberg, bediente, erhielt er die beſten Zuſagen und namentlich verſprach ihm Thurn die ſichere Erwirkung der Subſidien, wenn Mathias ihm dafür die Herrſchaft Neuhäuſel in Ungarn einräumen wollte.*) Ob ſich der König zu dieſer Zuſage entſchloſſen hatte, iſt uns nicht bekannt; wir wiſſen nur, daß er von Böhmen nichts erhielt, da der Kaiſer ſtreng verbot, daß den ungariſchen Geſandten, die Mathias nach Prag zur Unterſtützung ſeiner Bitte abgeordnet hatte, Gehör im böhmiſchen Landtage gegeben und daß von letzterem überhaupt ein Beſchluß zur Unterſtützung Ungarns gefaßt werde. So halsſtarrig waren die Böhmen im Punkte der Geldausgabe nicht, daß ſie trotz Thurns Anſehen ſich dem Wunſche des Kaiſers nicht gefügt hätten und ſo ſah ſich Mathias durch die dauernde Feindſchaft ſeines Bruders in eine Verlegenheit verſetzt, die mit jedem Tage mehr und ſeinem Anſehen in Ungarn gewaltigen Abbruch thun mußte. Niemand die Verlegenheiten ſeines Herrn noch bitterer empfindend als dieſer —

*) Berneburger Archiv. Reg. I F 1. 35/7. Graf Fürſtenberg an Mathias dto. 7. Okt. 1609. „Darunter ein Capo (Thurn) ſich zu E. M. Dienſten und devotion gehorſambſt offerirt und vermeint, da E. M. Ihre gnädigſt mit Neuhäuſel belehnen möchten, er alle ein Böhme und Mähren die järliche Bezahlung und Unterhaltung darauf von den Böhmen und Mähriſchen Ständen erlangen wolle.“

denn es handelte ſich auch für ihn um die lieb gewonnene Herrſchaft — ſchrieb in einem Tone wahrhafter Verzweiflung an Zuñiga und bat ihn Hilfe zu ſchaffen. Das Streben aller Länder, die Mathias und Rudolf unterworfen ſeien, gehe offenbar nach Entfernung der Habsburger und nach Errichtung von Republiken; die einzige Rettung ſei ein Konvent aller öſterreichiſchen Erzherzoge, durch welchen der Friede im Hauſe hergeſtellt und den Gegnern desſelben ein energiſcher Widerſtand entgegengeſtellt werden könnte.*)

Da alle Schwierigkeiten in der feindſeligen Haltung des Kaiſers ihren Grund hatten, ſo konnte dieſer Konvent ſelbſt im Falle ſeines Zuſammentrittes erſt dann einen Nutzen ſtiften, wenn auch der Kaiſer an demſelben Theil nahm und geneigt war den Rathſchlägen oder Entſcheidungen desſelben Gehör zu geben. Dazu war aber nicht die leiſeſte Ausſicht vorhanden, daß Rudolf zu einer von Wien aus angebahnten Verſöhnung die Hand bieten werde, und zwar in einem Momente, wo er ſich nicht nur an den Verlegenheiten ſeines Bruders weidete, ſondern ſie zu vergrößern ſuchte und wo er in nicht langer Zeit Rache an demſelben zu nehmen hoffte. Gleichwohl kam ein Konvent zu Stande, zwar nicht ſo, wie ihn Mathias zuſammenſetzen wollte und auch nicht in Folge ſeines Wunſches, ſondern in Folge eines ſelbſtſtändigen Entſchluſſes des Kaiſers, der ſeinen Grund in früheren Vorgangen hatte.

Man wird ſich erinnern, daß Rudolf, als er wegen Ertheilung des Majeſtätsbriefes von den Böhmen gedrängt wurde, gegen den Vertreter des Kurfürſten von Köln die Bitte ausſprach, ſein Herr möchte um jeden Preis nach Prag kommen und ihm in ſeiner Noth helfen.**) Dieſe Bitte wurde ſeither mehrmals wiederholt und derart erweitert, daß daraus der Wunſch des Kaiſers erſichtlich wurde, die ihm zunächſt befreundeten Kurfürſten und Fürſten möchten nach Prag kommen und ihm in ſeiner Verlegenheit beiſtehen. Kam die Verſammlung, wie er wünſchte, zu Stande, ſo dachte er ſich ihrer gegen ſeinen Bruder zu bedienen und wie er ſich vorſpiegelte einen derartigen Druck auf ihn auszuüben, daß auf dieſem Wege friedlich erreicht werden konnte, was im Bunde mit Leopold nur auf gewaltſame Weiſe zu erreichen war. Die Idee des Konventes, wie ſie auf dieſe Weiſe ihm vorſchwebte, war nun allerdings nicht die, wie ſie Mathias gefaßt hatte und wie ſie von den aufrichtigen Freunden der Habsburger befürwortet wurde. Die letzteren ſchöpften aber die Hoffnung, daß, in welcher Abſicht auch immerhin der Konvent berufen würde, der-

*) Simancas 2435/2. Khleſl an Zuñiga ddo. 7. Okt. 1609.

**) Band I S. 313.

Google

ſelbe, ſobald er aus den paſſenden Elementen zuſammengeſetzt wäre, nicht ohne die erſprießlichſten Folgen bleiben könnte. Als demnach der Kaiſer auch nach der Abſendung Leopolds nach Jülich den Reſt der Kurfürſten wiederholt nach Prag einlud, ſuchten die katholiſchen Geſandten am kaiſerlichen Hofe und die dem Frieden geneigten Geheimräthe, namentlich Barvitius, die Ankunft des Kurfürſten nicht nur zu beſchleunigen, ſondern den Kaiſer in ſeiner Abſicht einen Fürſtenkonvent zu berufen, direkt oder indirekt zu beſtärken. Rudolf ſchien völlig gewonnen und als an Ernſt von Köln die ſchließliche Einladung zur Reiſe nach Prag abging, geſchah dies in ſolcher Weiſe, daß der Kurfürſt überzeugt war, ſein Erſcheinen in Prag werde hinreichen, um die letzten Vorbereitungen für den Konvent zu treffen und darauf deſſen unmittelbare Berufung zu veranlaſſen.

Bei Rudolf war aber mittlerweile, wie dies häufig geſchah, ein völliger Umſchwung der Geſinnung eingetreten. Die vielfachen Rathſchläge zu Gunſten des Konventes hatten ihn wieder mißtrauiſch gemacht und er mochte herausgefunden haben, daß das Ziel, nach dem er ſtrebte, nur durch Gewalt und nicht durch friedliche Verhandlungen zu erreichen ſei. Als der
Dez. Kurfürſt in Prag anlangte, vermiſte er bei dem Kaiſer jede Luſt zur Be-
1608 rufung der verheißenen Fürſtenverſammlung und überhaupt zum Frieden, deren Vorhandenſein er ſich ſehr mit Unrecht eingebildet hatte. Mit ſchmerzlichem Bedauern vernahm er, in welch' herausfordernder Weiſe Rudolf den Geſandten der Liga empfangen habe. Endlich hatte nämlich die letztere es für zeitgemäß gehalten, dem Kaiſer von ihrer Begründung Nachricht zu geben und hatte mit dieſer Botſchaft den Kanonikus Senfftern betraut. Rudolf ergoß ſich bei der Audienz in Worte voll des tiefſten Haſſes gegen ſeinen Bruder Mathias und gegen ſein ganzes Haus. Er äußerte unverholen ſeine Freude darüber, daß Maximilian das Haupt der Liga ſein ſolle, er gönne, ſagte er, dem Herzog dieſe Auszeichnung mehr als jedem Prinzen ſeines eigenen Hauſes, ja er würde es vorziehen unter der Erde zu ſein, als Mathias an der Spitze der Liga zu ſehen.*) Beherrſcht von dieſer Geſinnung und immer von neuem aufgeregt durch falſche Nachrichten und trügeriſche Hoffnungen erklärte er jetzt, daß er die Berufung eines Konventes für unnöthig halte, auch habe er gewiſſe Nachricht, daß Oeſterreich, Mähren und wahrſcheinlich auch Ungarn im Begriffe ſeien, ſeine Herrſchaft anzuerkennen und Mathias bald genöthigt ſein werde, nachzugeben. Ernſt von Köln, von dem aufrichtigen Wunſche gierig Frieden zu ſtiften, legte es bei ſeiner erſten Audienz vor allem darauf

*) Münchner Staatsarchiv XI/8 Fol 13. Wenſins Diarium.

Google

an,*) dem Kaiſer jede Hoffnung auf den Wiedererwerb der verlorenen Länder zu benehmen und zur ſchleunigen Berufung des Konventes zu bewegen, da dieſer allein in die beſtehenden traurigen Verhältniſſe einen Ausgleich zu bringen vermöge. Er traf aber, wie er ſich ſelbſt ſpäter ausdrückte, auf einen Amboß; ſtatt nachzugeben wollte der Kaiſer jetzt um ſo weniger etwas vom Konvente wiſſen, weil er ſich einbildete, die Kurfürſten würden ihn, einmal verſammelt, auch zur Beſtimmung der Nachfolge zwingen wollen. Die Einladungsſchreiben, welche der Kaiſer an die nach Prag zu berufenden Fürſten hatte anfertigen laſſen und die nur der Expedition harrten, wurden auf Rudolfs ausdrücklichen Befehl zurückgehalten.**) Nichts half es, daß der Kurfürſt nach der Audienz ſeinen Rückzug einfach und durch Hegenmüller dem Kaiſer verſichern ließ, die Kurfürſten würden nie etwas gegen ſeinen Willen in der Succeſſion beſtimmen; das mißtrauiſche Gemüth des Kaiſers gelangte viele Tage lang nicht einmal zu einer momentanen Beruhigung, trotzdem ihm ſelbſt Männer, deren freundliche Geſinnung gegen Mathias nicht bezweifelt werden konnte, wie Sulz, Althan und Rantze, die Berufung des Konventes empfahlen. Ende Dez. 1609

Nach der zweiten Audienz konnte ſich Ernſt keinem Zweifel mehr hingeben, daß das, was der Kaiſer vom Konvent erwartete, nicht Friede und Verſöhnung ſei, ſondern Rache an ſeinem Bruder. Rudolf empfing den Kurfürſten mit den bitterſten Klagen über Mathias und über die Böhmen und äußerte ſich dabei, im offenbaren Widerſpruche mit der ihn unabläſſig folternden Gier nach Herrſchaft, er habe die Regierung über die Böhmen ſatt und wolle ſich lieber in einen Winkel zur Ruhe ſetzen. Ernſt bat ihn, ſein „heroiſches Gemüth nicht derart fallen zu laſſen“ und den Kurfürſten zu trauen. Es war wahrlich die Beſorgniß unbegründet, der Kaiſer werde „ſein heroiſches Gemüth ſo weit fallen laſſen,“ um ſich freiwillig der Herrſchaft über die Böhmen zu entäußern. Denn ſchon Tags darauf ſchickte er den Landgrafen von Fürſtenberg und Herrn von Mollart an den Kurfürſten, um ihm eine Erklärung der Ereigniſſe der letzten zwei Jahre geben zu laſſen. Der langen Expoſition kurzer Sinn war der, daß es die erſte Pflicht des Fürſtenkonventes wäre, Mathias mit einer Strafe zu belegen, die natürlich nur der Verluſt ſeiner Herrſchaft ſein ſollte.***) 2. Jan. 1610

So viel ſah der Kurfürſt endlich ein, daß der Kaiſer zu keinen Vergleichsverhandlungen die Hand bieten werde, wenn man ihm von vornher-

*) Münchner Staatsarchiv 307, 207. Kurfürſt an Max von Baiern ddo. 28. Dez. 1609. Prag. Ebendaſelbſt Ernſt von Köln an Max ddo. 14. Dez. 1609.

**) Münchner Staatsarchiv 308 Fol. 1. Kurfürſt an Max von Baiern ddo. 2 Januar 1610.

***) Münchner Staatsarchiv 1548, Fol. 18. Wenzius Diarium.

Google

ein jede Hoffnung auf eine Genugthuung abſchneide. Aufrichtig bereit
den dem Wunſche Frieden im Kaiſerhauſe zu ſchaffen, um die Lage der
deutſchen Katholiken zu ſichern, trat er deshalb vorſichtiger in ſeinen Be-
ſtrebungen für die Berufung des Konvents auf. Nachdem er abermals um
5. Jan. eine Audienz beim Kaiſer angeſucht und ſie erlangt hatte und dieſer wieder
1610 ein langes Klagelied über Mathias und die Böhmen angeſtimmt und
dann mit der gewöhnlichen Bitte um Hilfe geſchloſſen hatte, erwiederte
Ernſt: „Wolle er dem Kaiſer gleichwie einem Patienten rathen, ſo ſei vonnöthen die Wurzel ſeiner Leiden zu kennen," um die letztern mit der erſtern zu entfernen. Die Wurzel alles Uebels, nämlich der Iſolirung der Stände von Ungarn, Oeſterreich und Böhmen ſei allein die Zwietracht in dem kaiſerlichen Hauſe ſelbſt. Es gebe aber kein anderes Mittel dieſes Uebel zu entfernen und dem Kaiſer zum vorigen Wohlſtand zu verhelfen — und hiebei ſtellte er es der Phantaſie Rudolfs frei, dieſen Wohlſtand als eine völlige Reſtauration aufzufaſſen — als wenn die Einigkeit im öſterreichiſchen Hauſe wiederhergeſtellt würde, was allein durch einen Konvent zu erreichen ſei. Er empfahl dem Kaiſer hiezu die Berufung ſeiner Brüder, der Prinzen der Grazer Linie, des Kurfürſten von Mainz, des Herzogs von Baiern und zur Verhütung jeden Verdachts, des Kurfürſten von Sachſen und des Landgrafen von Heſſen-Darmſtadt. Die Rede des Kurfürſten, welche vorſichtig des Kaiſers empfindliche Seiten berührte und ſeinen Wünſchen, wie wir aus den ſpätern Verhandlungen erſehen, noch mehr ſchmeicheln mochte, als es die uns zugänglichen Berichte vermuthen laſſen, befriedigte den letztern ſichtlich und er befreundete ſich mit der Idee des Konventes, aber ſein Haß fing wieder an ſeinen Willen zu beherrſchen, ſobald er daran dachte, daß ſeine Brüder und Vettern auch berufen werden ſollten. Von ſeinem Bruder Maximilian behauptete er, daß er mit Mathias das ganze Spiel abgekartet habe, über Albrecht klagte er, daß er gar nichts für ihn gethan und Ferdinand beſchuldigte er einer unentſchiedenen Haltung, „man wiſſe nicht, ob er Fiſch oder Fleiſch ſei." Dann auf die Succeſſionsfrage übergehend, ſagte er, Seuttern habe ihn als Bote der geiſtlichen Kurfürſten in ihrem Namen um Beſtimmung der Nachfolge erſucht und die Verſicherung abgegeben, daß ihnen jede vom Kaiſer empfohlene Perſon genehm ſei. Es ſei ihm ein ſolches Vertrauen der Kurfürſten äußerſt angenehm, aber er wiſſe nicht, weshalb er ſich in der Sache übereilen ſolle, er denke noch nicht daran zu ſterben und übrigens ſei es ja am Todbette Zeit genug, ſchriftlich die Perſon ſeiner Wahl zu bezeichnen, um ihre Nachfolge zu ſichern. Ernſt, der die Empfindlichkeit des Kaiſers auch in dieſer Beziehung nicht verletzen mochte, begnügte ſich darauf hinzuweiſen, daß der Kaiſer, wenn er nicht jetzt bezüglich der

Google Original from HARVARD UNIVERSITY

Nachfolge Bestimmungen treffe, dieselbe später nicht in seiner Hand haben werde. Kurbrandenburg und Kursachsen, früher ganz und gar dem kaiserlichen Interesse zugethan, seien seit dem Abgehen der alten Kurfürsten ungewiß, mit Sicherheit sei nur auf die drei geistlichen Kurfürsten zu bauen, doch nur so lange, als der Tod nicht unter ihnen aufgeräumt habe. Endlich wisse er, daß Schweikhart von Mainz nur unter der Bedingung an einem Konvente Antheil nehmen wolle, wenn auch über die Nachfolge verhandelt würde.

Schon zwei Tage darauf hatte Ernst abermals bei dem Kaiser eine 7 Jan.
Audienz, bei der er ihm ein Memoire überreichte, welches die Bedingun- 1610
gen für die Berufung des Konventes präzisirte. Das vornehmste Geschäft desselben sollte die Schlichtung des Streites zwischen dem Kaiser und Mathias sein und letzterer durch vorhergehende Verhandlungen verpflichtet werden, sich dem Spruche des Konventes zu fügen.*) Indem dies den Hoffnungen des Kaisers auf Wiederherstellung einigen Raum gönnte, wurde er der Berufung des Konventes geneigter und gab seine Befriedigung dadurch zu erkennen, daß er den Kurfürsten in sein Laboratorium führte und in sehr gnädiger Weise an seinen dortigen Beschäftigungen Antheil nehmen ließ. Schon glaubte Ernst die meisten Schwierigkeiten überwunden zu haben und sich der Hoffnung hingeben zu können, der Konvent werde noch zu Ende Januar zusammenkommen. Die Einladungsschreiben wurden neuerdings ausgefertigt, auf des Kaisers Zimmer gebracht und von diesem unterzeichnet, aber hiemit hatte seine Willfährigkeit auch ihr Ende erreicht. „Der Kaiser wird nicht eher schwimmen als bis ihm das Wasser in den Mund läuft und alles zu spät ist", sagte Ernst voll Verzweiflung, als er 9. Jan.
diese neue Zögerung erfuhr. Er nannte die Prager Regierung eine baby- 1610
lonische Konfusion und zweifelte selbst nicht länger an dem „finis fatalis domus Austriacae", welchen Anhalt prophezeit hatte, der aber dem Kurfürsten auf's Herz fiel, weil er damit den Untergang der deutschen Katholiken verknüpft wähnte. Vollends mußte die letzte Hoffnung auf eine glückliche Lösung ihn verlassen, als er einige Tage später vernahm, der Kaiser habe die Absendung der Einladungsschreiben nicht nur definitiv zurückgenommen, sondern dieselben sogar vernichten lassen. Während man nämlich nach der Unterzeichnung der Berufungsschreiben stündlich einen Befehl Rudolfs zu ihrer Versendung erwartete, vereitelte einer seiner wahnsinnigen Anfälle von Melancholie die letzte Hoffnung. Am 11. Januar ließ er Barvitius zu sich kommen, um ihn zum letztenmale zu fragen, ob die Berufung des Konvents ersprießlich sei und als dieser es hoch und theuer

*) Münchner Staatsarchiv 39/8, Fol. 23. Beilage Litera A.

Google Original from HARVARD UNIVERSITY

versicherte und sich auf die gleiche Meinung aller jener berief, die es redlich mit ihm meinten, erwiederte er: Nun so geht hin und fertigt die Concepte ab. Statt alsogleich von der Erlaubniß des Kaisers Gebrauch zu machen, wie Barvitius bei seiner langjährigen Kenntniß von dessen Beschaffenheit wohl hätte thun sollen, schob er die Versendung bis zum folgenden Morgen auf. Damit war aber der günstige Zeitpunkt versäumt, mittlerweile bereute Rudolf den gefaßten Entschluß und als die Nacht heranrückte, ward er eine Beute der beängstigendsten Vorstellungen. Um zwei Uhr Nachts ertheilte er plötzlich den Befehl, Barvitius holen zu lassen, um die Versendung der Einladungsschreiben zu widerrufen. „Jetzt sehe ich ein, wo das alles hinaus will," rief er aus, „Ihr (Barvitius) und die Räthe mit einander stellet meiner Ehre, meinem Leib und Leben nach, ihr wollt mich und meinen Bruder Mathias hinrichten und den Ferdinand zum Kaiser machen." Vergebens waren alle Protestationen, die Einladungsschreiben durften nicht versendet werden und wurden entweder gleich oder einige Tage später vernichtet.*)

Dieser rasche Wechsel in den Entschließungen hatte seinen Grund nicht bloß in der krankhaften Gemüthsbeschaffenheit des Kaisers und in seinen rapid sich ändernden Anschauungen über die Nützlichkeit und Gefährlichkeit eines Konventes, sondern in dem mittlerweile erst gewordenen Entschluße es auf die Waffen ankommen zu lassen. Die zwei Wege, welche Rudolf selbst aufgesucht hatte, um Mathias zu vernichten, die Verbindung mit dem malkontenten Adel Oesterreichs und der Fürstenkonvent, beide schienen ihm wieder ungangbar und er kehrte in seinem Sinne zu dem ursprünglichen, mit Leopold verabredeten, dem der Gewalt zurück. Das vierfache Heer, welches der Erzherzog nach Tennagels Versicherungen in Spanien bis zum Frühjahr 1610 ausrüsten wollte, um es gegen Böhmen zu führen, blieb wohl eine Chimäre, die Rüstungen mußten geringere Dimensionen annehmen, da der gehoffte Beistand nicht erlangt worden war. Leopolds abenteuerliche Freunde am Prager Hof: Ramée, Suiz, Aitzing, Hegenmüller, die zu dem Kaiser Zutritt hatten, suchten ihm die Meinung beizubringen, daß er seines Konventes bedürfe, fast ohne Schwertschlag sich der verlorenen Länder bemächtigen könnte und deßhalb nur zu Rüstungen seine Zuflucht nehmen solle.**) Diese Rathschläge, des Kaisers un-

*) Münchner Staatsarchiv 39/5 Fol. 20. Wenzius gerichtl. Protokoll. — Ebendaselbst 39/6. 11. Ernst von Köln an Max von Baiern dto. 9. Januar 1610. — Ebendaselbst 39/8. 37. Ernst von Köln an Max von Baiern dto. 16. Jan. 1610.

**) Brüssel Secret. d' Etat Allem. Carton 157. Bobemus an Fleckhammer dto. 16. Januar 1610. — Ebendaselbst Carton 163. Dietrich an Fleckhammer dto. 16. Jan.

Google Original from HARVARD UNIVERSITY

blendeten Wünschen schmeichelnd, fanden bei ihm das willigste Gehör und er entschloß sich endlich die Erlaubniß zu den verhängnißvollen Rüstungen 16Jan. zu geben, die zur Vermeidung des Aufsehens in dem, Leopold gehörigen 1610
Bisthum Passau in Angriff genommen werden sollten. Die Stellen der Werbeobersten, Oberste, Oberstlieutenante und Hauptleute wurden von den obengenannten Personen rasch unter sich und ihre Freunde vertheilt und ehe noch wenige Wochen vergingen, war es in Böhmen und Deutschland allgemein bekannt, daß im Namen des Kaisers in Passau Werbeplätze aufgeschlagen worden seien. Sie erregten deshalb nicht das Aufsehen, das sie verdienten, weil man ziemlich allgemein glaubte, sie seien für Jülich bestimmt. Dieser Meinung gaben sich auch die böhmischen Stände hin, nimmer würden sie sonst im Februar 1610 ruhig die Auflösung des Landtags hingenommen und ihr eigenes Kriegsvolk entlassen haben.

Nicht also geistige Kränklichkeit allein war die Ursache der raschen Sprünge in den Entschließungen des Kaisers, sondern die Einflüsterungen jener Partei, die sich mit dem tollen Gedanken trug, mit Hilfe einiger Regimenter ganz Oesterreich dem Kaiser zu Füßen zu legen. Ernst von Köln ohne Ahnung von diesem Intriguenstück, das während seiner Anwesenheit in Prag abgespielt wurde, verlor selbst nach der Vernichtung der Einladungsschreiben nicht die Geduld, weil er in Prag die katholische Sache zu verfechten glaubte; er wurde nicht müde auch jetzt noch beim Kaiser um Audienzen anzusuchen. Zuletzt glaubte er jedoch einzusehen, daß er weniger durch seine Anwesenheit als durch seine Abwesenheit sein Ziel erreichen würde. Nachdem er abermals den Kaiser um die Berufung des Konventes ersucht und von diesem eine vertröstende Antwort erhalten hatte, kündigte er demselben seine Abreise an, um nicht eher wieder in Prag zu 19Jan. erscheinen, als bis er mit den andern einzuladenden Fürsten zur gemein- 1610
schaftlichen Berathung nöthig sei.*) Dies Mittel hatte in der That den erwünschten Erfolg, offenbar geriet der Kaiser wieder in eine solche Gemüthsstimmung, die ihn mit Mißtrauen gegen den Erfolg der Waffen erfüllte und von der Wirksamkeit des Konventes das beste erwarten ließ. Das Merkwürdige an diesem so gewöhnlichen Umschwunge der Stimmung war nur das, daß er lange genug anhielt, um zu einem Resultate zu führen. Entweder noch vor des Kurfürsten Abreise oder nur wenige Tage nachher ließ der Kaiser neue Einladungsschreiben ausfertigen und solche an jene Fürsten absenden, über welche er sich mit demselben geeinigt

1610. — Ebendaselbst Carton 157. Bodenius an Fleckhammer ddo. 28. Jan. 1610. — Ebendaselbst Carton 157. Bodenius an Fleckhammer ddo. 17. April 1610.

*) Münchner Staatsarchiv XVI 42. Memmius dritter Discurs.

Google Original from HARVARD UNIVERSITY

hatte, nämlich an Mainz, Sachſen, die Erzherzoge Maximilian und Ferdinand, den Herzog Maximilian von Baiern und den Landgrafen Ludwig von Heſſen-Darmſtadt. Es verſteht ſich, daß außer den Genannten auch Ernſt von Köln geladen war. Mathias wurde nicht berufen und zwar mit Zuſtimmung von Kurkeln. Denn Ernſt ſah ſelbſt ein, daß deſſen perſönliches Erſcheinen einen Ausgleich eher erſchweren als erleichtern würde, er ſollte ſich nur durch Geſandte vertreten laſſen.*)

Die Berufungsſchreiben enthielten vier Punkte, über die der Kaiſer von dem Konvente ſich Rathes erholen wollte. Der erſte betraf die Vereinbarung mit dem Könige von Ungarn, der zweite die Wahl eines römiſchen Königs, der dritte die Reſtitution von Donauwörth, der vierte endlich die Schlichtung der Jülicher Angelegenheiten. Man könnte ſich billig darüber verwundern, daß der Kaiſer dem Konvente mit einemmale ſo viele und ſo wichtige Fragen zur Entſcheidung oder wenigſtens zur Berathung vorlegen wollte, nachdem in den mit Ernſt gepflogenen Verhandlungen nur ſtets des Streites mit Mathias gedacht wurde. Allein wir dürfen nicht vergeſſen, daß der Kurfürſt erklärt hatte, Schweikhart von Mainz werde nie an einem Konvente theilnehmen, wenn nicht darin auch über die Nachfolge im Reich berathen würde. Um nun dieſen zur Reiſe nach Prag zu vermögen, mußte ſich Rudolf zur Einſchaltung des zweiten Punktes in den Berufungsſchreiben verſtehen, doch unterliegt es keinem Zweifel, daß er keineswegs ernſtlich geneigt war, die Berathungen auf dieſen Gegenſtand ſich ausdehnen zu laſſen. In der Einſchaltung des dritten und vierten Punktes macht ſich der Einfluß der geheimen Räthe geltend, die klar genug ſahen, daß die Donauwörther und Jülicher Angelegenheit einer Kataſtrophe ſich zuneige, und die deshalb die Fürſtenverſammlung in Prag benützen wollten, um durch ſie eine Löſung herbeizuführen, zu welcher ſie ſelbſt nicht fähig waren. Der Kaiſer, den dieſe letzteren Fragen um ſo weniger nahe berührten, als er Leopolds Hoffnungen auf Jülich nur recht gethe.lt hatte, gab ſeinen Räthen nach. So eröffneten die Berufungsſchreiben den eingeladenen Fürſten die Ausſicht auf wichtige und entſcheidende Berathungen. — Als Zeitpunkt für den Zuſammentritt des Konventes wurde der letzte Februar beſtimmt. Es dauerte nicht lange, ſo wußte der Kaiſer bereits, wer ſeinem Rufe nachkommen werde und wer nicht. Die Kurfürſten von Köln und Sachſen verſprachen unverweilt zu erſcheinen, ebenſo die Erzherzoge Maximilian und Ferdinand. Erzherzog

*) In dieſem Sinne äußerte ſich Ernſt gegen den Landgrafen von Leuchtenberg, mit dem er am 12. Januar über die Modalitäten des Kongreſſes konferirt hatte.

Google

Albrecht entſchuldigte ſich, daß er nicht erſcheinen könne, verſprach aber einen Vertreter abzuſchicken, und ſandte als ſolchen den Grafen von Salmerio. Der Kurfürſt von Mainz war erbötig zu kommen, aber nicht früher als am 21. März, weil eine Krankheit ihn geſchwächt habe und ihm im Augenblick eine Reiſe unmöglich mache.

Was den Herzog von Baiern betrifft, ſo lehnte er die Einladung nach Prag zu kommen ab und zwar, wie er auf eine wiederholte Bitte des Kaiſers erklärte, hauptſächlich aus Rückſicht wegen des in Paſſau ſich anſammelnden Kriegsvolkes. Der Entſchluß des Herzogs nicht nach Prag zu kommen, ſtand jedoch lange ſchon feſt, zu einer Zeit, wo von Rüſtungen in Paſſau noch nichts zu merken war. Das, was er aus den Berichten ſeines Oheims Ernſt, der ihm umſtändlich ſeine Verhandlungen mit dem Kaiſer mitzutheilen pflegte, ſowie aus den Relationen ſeines in Prag weilenden Jägermeiſters Wenſin vernahm, verleidete ihm mehr als je die Luſt den geringſten Antheil an den Händeln des öſterreichiſchen Hauſes zu nehmen. Da es ſeinem politiſchen Programm nicht entſprach, irgendwie in die verworrenen Angelegenheiten des Kaiſers mitverwickelt zu werden, am allerwenigſten in dem Augenblicke, wo er mit der Begründung der Liga zu Ende kommen wollte, da er überdies beſſer als irgend jemand die ganze Miſere der Prager Politik beurtheilen konnte und eine Beſſerung von nichts anderem als von einem Perſonenwechſel hoffte, ſo hatte er ſchon im Januar beſchloſſen eine Einladung zu dem Fürſtenkonvente, wenn ſolche an ihn gelangen ſollte, mit aller Entſchiedenheit abzulehnen. In dieſem Sinne ſchrieb er ſchon damals an ſeinen Oheim, indem er ihm offen die Gründe darlegte, weshalb er die Zurückgezogenheit vorziehe. Denn für den Fall, daß der Konvent in der That zuſammenkäme, hielt er dafür, daß derſelbe in kürzeſter Zeit unverrichteter Dinge ſich auflöſen werde, weil des Kaiſers Wankelmuth auf der geringſten Meinungsdifferenz Anlaß ſchöpfen würde, die Fürſten heimzuſchicken. Zudem meinte Maximilian, daß für den Konvent ganz und gar nicht die vorbereitenden Verhandlungen geflogen worden ſeien und hierin hatte er Recht. Denn hatte Mathias eine verpflichtende Erklärung abgegeben, daß er ſich in eine Verhandlung einlaſſen wolle? Mit nichten. Und war nur im entfernteſten anzunehmen, daß er den Wünſchen des Kaiſers oder einem Spruche des Konventes, der ſeine Herrſchaft verkürzen würde, nachzugeben bereit ſei? Nichts von allem dem. Worüber ſollte alſo der Konvent verhandeln? Es wäre, meinte Maximilian, wohl noch die Nachfolge im Reiche zu beſtimmen, aber davon wollte der Kaiſer nichts hören. Der Herzog hatte Recht, wenn er kein anderes Reſultat von dem Konvent erwartete, als die Aufrechthaltung des Statusquo mit allen jenen Schwierigkeiten, wie ſie jetzt beſtanden und

Google Original from HARVARD UN

von denen keine durch den Konvent gehoben werden sollte. Aus diesem Grunde hat Maximilian seinen Oheim ihn bei dem Prager Konvente außer dem Spiele zu lassen, sollte dies aber nicht möglich sein, weil etwa die Einladungsschreiben ausgefertigt und verschickt worden seien, geradezu bei dem Kaiser ihre Zurücknahme zu veranlassen. Es sei ja hiezu nichts weiter nöthig, als daß der Kurfürst dem Kaiser andeute, man werde bei dem Konvente doch über die Successionen verhandeln müssen, diese Worte würden hinreichen, um dem Kaiser radikal alle Lust an demselben zu benehmen und die Zurücknahme der Einladungen zu bewirken. Sollte diese Hoffnung wider alles Erwarten fehlschlagen, so werde der Herzog für seine Person trotzdem nicht erscheinen, sondern zuerst die Frage wegen der Präcedenz der österreichischen Fürsten vor den bairischen geordnet wissen wollen. Stellte Maximilian diese Forderung auf, dann konnte er gewiß sein, daß seine Berufung unterbleiben oder die geschehene rückgängig gemacht würde.*) Als die Einladung dennoch erfolgte, hatte Maximilian seinen Entschluß nicht geändert, er benutzte sich jedoch nicht des eben angedeuteten Auskunftsmittels, um sie rückgängig zu machen. Die Passauer Werbungen wurden von ihm für einen genügenden Entschuldigungsgrund zur Ablehnung der kaiserlichen Einladung angesehen.

In Folge der eingelangten Antworten hätte der Kaiser die Verhandlungen des Konventes am 28. Februar eröffnen können, da von den Eingeladenen nur Baiern ablehnte und Schweikhart von Mainz für seine Person bloß einen längern Termin ansprach. Dieser Umstand reichte für den Kaiser nach der richtigen Voraussicht des Herzogs Max hin, um den Zusammentritt des Konventes zu verzögern. Ohne Säumniß wurden die eingeladenen Fürsten von dem Hindernuß benachrichtigt, welches das rechtzeitige Eintreffen Schweikharts verbiete und der Termin der Zusammenkunft wegen der dazwischen fallenden Ostern auf den 21. April verschoben. Bei dieser Bestimmung blieb es endlich und als der Termin herangekommen war, fanden die Geladenen sich ziemlich rechtzeitig ein. Die Erzherzoge Ferdinand und Maximilian, welche die Einladung zum 28. Februar allzuernst genommen und sich frühzeitig auf die Reise begeben hatten, wurden während

*) Münchner Staatsarchiv 39/5 Fol. 5. Instruktion des Herzogs Max für seinen nach Prag abzuordnenden Räthemeister. — Der Streit zwischen den Prinzen des österr. und bairischen Hauses über die Präcedenz war an bereits weitläufiger. Maximilian war erbötig zuzugeben, daß der Senior des österr. Hauses stets den Vorrang vor dem Senior des bairischen Hauses habe, verlangte aber, daß der letztere die Präcedenz vor den übrigen österr. Prinzen habe, was diese nicht zugestehen wollten. Speziell am Prager Konvente verlangte Max den Vorrang vor dem Erzherzog Ferdinand.

Google Original from HARVARD UN

derſelben dem Kaiſer von der durch Kurmainz veranlaßten Verzögerung benachrichtigt und ihnen geradezu bedeutet, daß ihr früheres Erſcheinen als an dem zum Beginn der Verhandlungen feſtgeſetzten Tage nicht erwünſcht wäre.*) Beide beherzigten die Weiſung und ſo erfreute ſich Rudolf während einiger Wochen der erſehnten Ruhe. Der böhmiſche Landtag war bereits aufgelöſt, er war demnach weder von dieſem noch von den kurmainziſchen Friedenspolitikern beläſtigt. Deſto ungeſtörter konnte er ſich jetzt dem Traume hingeben, daß ihm mit Hilfe der Paſſauer Rüſtungen, die allmälig an Ausdehnung und Vollſtändigkeit gewannen, und des Fürſtenkonventes, den er bald verabſcheute bald wieder als Retter in der Noth begrüßte, die Erwerbung der verlornen Länder gelingen könnte.

Was Mathias betrifft, ſo erkaltete er mittlerweile in dem Eifer, welchen er früher für die Berufung des Konvents an den Tag gelegt hatte. Er hatte urſprünglich nur eine Verſammlung der Erzherzoge im Sinne, bei denen das Intereſſe des Hauſes die richtigſte Würdigung finden mußte. Deshalb hatte er in den letzten Monaten des Jahres 1609 angelegentlich geſucht in ein vertrauliches Verhältniß zu Erzherzog Ferdinand zu gelangen. Seit er aber in Erfahrung gebracht, daß der Kaiſer die Idee eines Familienkonventes nicht adoptirt habe, ſondern auch einige Kurfürſten nach Prag berufen wolle, von denen er ſich kein freundliches Entgegenkommen verſprach, ſeit dem ſcheint er auf den Konvent geringe Hoffnungen geſetzt zu haben. Unzweifelhaft blieb es ihm auch nicht verborgen, daß der Kaiſer von demſelben die völlige Reſtitution erwartete. Unter ſolchen Umſtänden finden wir begreiflich, wenn Mathias ſich mit ſeinen eigenen Unterthanen auf einen beſſern Fuß zu ſetzen trachtete. Zunächſt befriedigte er die Forderungen der Oeſterreicher, indem er den Städten gleiche religiöſe Freiheit, wie dem Adel bewilligte.**) In einer Audienz, die Mathias darauf den ſtändiſchen Abgeſandten ertheilte, ſprach der Kanzler in ſeinem 3. März 1610
Namen die Hoffnung aus, „die Stände würden fortan fremder Herrn müßig gehen und treu zu Ihrer Majeſtät halten.“ Tſchernembl, der ſeit Jahr und Tag an der Spitze aller Machinationen gegen Mathias geſtanden war, der wahrſcheinlich auch den neueſten Verhandlungen Starhembergs mit dem Kaiſer nicht fremd war und der erſt vor wenig Wochen durch pfälziſche Hilfe den Transport von Waffen nach Oeſterreich vermittelte, hatte die eiſerne Stirn ſich gegen des Kanzlers Mahnung zu verwahren. Nie, ſagte er, hätten die Stände ihre Gedanken auf etwas anderes gerichtet, als treu zu Seiner Majeſtät zu halten, gebe es ſolche unter

*) Archiv von Simancas 2176/37. Zuſätze zu Punkt III der Prag 6 März 1610.
**) Hurter Bd. VI. S. 216.

Google Original from HARVARD UNIVERSITY

ihnen, die an fremde Herren ſich hingen, ſo wolle der König ſie nennen. Mathias gab ſeinem Unwillen, der ihn bei dieſer Antwort erfüllt haben mochte, keinen Ausdruck, ſondern erwiederte nur: „Damit mag ich Niemand verhaßt machen, nur deswegen habe ich ſolches euch vorgehalten, damit die Betreffenden ſich fortan mäßigen und nicht wider mich handeln.“ — Mit der ſo wichtigen Nachgiebigkeit in der religiöſen Frage, an die ſich manche andere Conceſſion in politiſchen Angelegenheiten ſchloß, beſſerte ſich für den Augenblick das Verhältniß des Königs zu den Oeſterreichern und damit auch zu den Ungern und Mährern. Dasſelbe geſtaltete ſich für ihn noch günſtiger, als mittlerweile auch in weiteren Kreiſen bekannt geworden war, daß der Kaiſer durch den Konvent wieder in den Beſitz der verlorenen Länder gelangen wollte. Die in Paſſau vorwärts ſchreitenden Rüſtungen brachte der Inſtinkt des Volkes in eine richtige Verbindung mit dieſen Beſtrebungen Rudolfs und da thatſächlich außer ſolchen, die ſich wie Tſchernembl und Starhemberg mit Umſturzplänen trugen, niemand eine Rückkehr der kaiſerlichen Herrſchaft wollte, ſo blickte alles auf Mathias als den natürlichen Vertheidiger. Ja ſelbſt in Bezug auf Tſchernembl bietet ſeit dem Monate März 1610 die pfälziſche Korreſpondenz unzweifelhafte Beweiſe, daß er unter dem Eindruck des von Paſſau drohenden Einfalls ſich entſchieden auf des Königs Seite ſtellte. So konnte Mathias ruhig der Eröffnung des Konventes entgegenſehen und warten, ob er einen Ausgleich mit ſeinem Bruder herbeiführen werde. Er konnte hoffen, daß die Macht der Thatſachen auf die nach Prag eingeladenen Fürſten einen ſolchen Eindruck ausüben werde, daß ſie ihn ſelbſt gegen Rudolf vertheidigen würden.

II

1610 In den letzten Tagen des Monats April deutete das regere Leben in Prag auf eine außerordentliche Begebenheit; in der That ſtand eine ſolche zu erwarten, da der vielbeſprochene Konvent ſeinen Anfang nehmen ſollte. Vom Norden, Weſten und Süden nahten ſich die geladenen Fürſten, jeder mit einem ſo ſtattlichen Gefolge, daß man von Seite der kaiſerlichen Kammer um eine Beſchränkung desſelben erſuchen mußte. Mehr als 200 Pferde, ſo bat man den Kurfürſten von Sachſen, ſolle er nicht mitbringen, da ſich im Gefolge eines jeden der andern Fürſten bereits an 100 Pferde vorfänden. Die zahlreiche Begleitung durfte der Hofkammer mit Recht nicht geringe Sorgen einflößen, da die ſämmtlichen Fürſten mit ihrer Dienerſchaft als Gäſte des Kaiſers betrachtet und darnach bewirthet werden ſollten. Eine bedenkliche Aufgabe für den kaiſerlichen Schatz, der erſt der

Google

burgen in ſolcher Ebbe ſich befand, daß nicht einmal die Hartſchiere und das gewöhnliche Hofgeſinde den Gehalt ausgezahlt erhielten, was zu einer kleinen Meuterei in der Burg führte.*) — Den Ankommenden ſchickte der Kaiſer einige Mitglieder ſeines Hofſtaates vor die Thore der Stadt entgegen, um ſie bei ihrer Ankunft zu begrüßen. Jeder einzelne wurde darauf ohne Zögern zur Audienz zugelaſſen, bei welcher der Kaiſer eine ungewöhnliche Liebenswürdigkeit entwickelte und dieſelbe ſogar auf die angeſehenern Perſonen des Gefolges ausdehnte, indem er dieſen in dem Vorſaal, bis wohin er jedesmal die einzelnen Fürſten begleitete, die Hand zum Kuſſe bot. Auf die ſeparaten Audienzen folgte ſpäter ein allgemeiner 1. Mai
Empfang, bei dem alle Fürſten, die dem Konvent beiwohnen ſollten, ſich 1610
einfanden. Den Vorrang nahmen hiebei die drei Kurfürſten, von Mainz, Köln und Sachſen, in hergebrachter Weiſe ein, ihnen folgten die Erzherzoge Maximilian und Ferdinand und der Graf von Gomeiero als Vertreter des Erzherzogs Albrecht, dieſen der Herzog von Braunſchweig und der Landgraf von Heſſen-Darmſtadt. Der Herzog von Braunſchweig, der bei dieſer Audienz erſchien, ohne daß er zum Fürſtenkonvent eingeladen worden, war um dieſe Zeit nach Prag gekommen, um die kaiſerliche Hilfe in ſeinen Streitigkeiten* mit der Stadt Braunſchweig in Anſpruch zu nehmen. Hier erlangte er in der kürzeſten Friſt derart das Vertrauen des Kaiſers, daß ihn dieſer zur Theilnahme an dem Konvente einlud, ſo daß der Herzog ſeinen Berathungen ferne beiwohnte.

In der Audienz, welche der Kaiſer den genannten Fürſten ertheilte und die nur wenige Minuten dauerte, übergab er ihnen eine Propoſition, welche den Inhalt ihrer unmittelbaren Berathungen bilden ſollte. Entgegen dem Einladungsſchreiben, in welchem mehrere Berathungsgegenſtände aufgezählt worden waren, wurde die Aufmerkſamkeit der Fürſten in der Propoſition allein auf den Streit zwiſchen Rudolf und Mathias hingelenkt und hierin ihr Rath verlangt. Vor zwei Jahren, hieß es in der Schrift, ſei gegen den Kaiſer ein gewaltſamer Ueberfall aus Ungarn, Oeſterreich und Mähren unternommen und ihm dabei Land und Leute abgerungen worden. Die Fürſten möchten nun berathen, wie dieſem Unweſen geholfen, des Kaiſers Anſehen hergeſtellt und ihm Genugthuung verſchafft werden könnte. So die Propoſition, die, wie aus dem mitgetheilten Inhalte erſichtlich iſt, ſehr allgemein gehalten war und es den Fürſten überließ, Sinn und Abſicht zu errathen. So unklar wie die Propoſition war jedoch die übrige Haltung des Kaiſers nicht. Hatte er ſchon bei den frühern

*) Münchner Staatsa. im Kyb. 21. Wenzl an Max von Baiern ddo. 11. Januar 1610.

Google

Verhandlungen mit dem Kurfürsten von Köln zu verstehen gegeben, daß er wieder in den Besitz der verlorenen Länder gelangen wolle, so äußerte er sich jetzt unverholen gegen die Erzherzoge Maximilian und Ferdinand, daß er von Mathias die Rückgabe der entrissenen Länder erwarte. Also Restitution in die verlorene Herrschaft, das und nichts weniger war es, was der Kaiser von den Fürsten hoffte und weshalb er sie nach Prag geladen hatte; alles übrige war für ihn Nebensache.*) Kamen sie seiner Absicht nicht nach, so schwebte seinem Geiste bereits das gewaltsame Auskunftsmittel vor, das er sich mit den Passauer Werbungen bereit halten wollte.

Es verflossen einige Tage, bevor die Fürsten auf Grund der Proposition ihre Verhandlungen begannen. Mittlerweile besprachen sich die vornehmsten Räthe, welche die Kurfürsten mit sich nach Prag genommen hatten, über die Art und Weise, wie die Berathungen gepflogen werden sollten, ob nämlich die Kurfürsten getrennt von den Erzherzogen sich berathen und mit diesen nur schriftlich verkehren sollten, ob die Räthe neben den Fürsten an den Berathungen theilnehmen sollten, oder nicht. Das Re-
1610 sultat dieser Vorverhandlungen war, daß, als die erste Sitzung am 5. Mai im Hause des ehemaligen böhmischen Oberstkhofmeisters Popel von Lobkowitz gehalten wurde, sich an derselben sämmtliche Fürsten sammt ihren Räthen betheiligten. Diese gleichmäßige Theilnahme aller schloß natürlich nicht aus, daß zwischen den einzelnen Mitgliedern separate Besprechungen vorkamen, wenn sie sich über den einen oder andern wichtigern Punkt einigen wollten, namentlich tritt unverkennbar unter den Kurfürsten eine vielfache Gemeinschaft der Ansichten hervor, die auf eine vorangegangene Verständigung deutet und die, wie wir aus den Aktenstücken ersehen, häufig genug versucht wurde.

Die erste Berathung bezog sich auf die kaiserliche Proposition. Alle Fürsten waren darin einig, daß sie zum Ausgangspunkt der Verhandlungen angenommen werden müsse, gerieten aber in nicht geringe Verlegenheit, wenn sie sich über das W i e befragten. In der kaiserlichen Prope-

*) Die Quellen, aus denen wir unsere Darstellung der Verhandlungen des Fürstenkongresses schöpfen, sind die mannigfachsten. Obenan stehen zwei Diarien, das eine von einem sächsischen Rath verfaßt, befindet sich im Dresdner Archive, das andere, das einen kurmainzischen Rath zum Verfasser hat, ist im Wiener Staatsarchive. Wir citiren diese Quellen als Mainzer und sächsisches Diarium. An diese schließen sich andere Akten des Wiener Staatsarchives, der Archive von Simancas, von München, Dresden, Brüssel und namentlich von Wolfenbüttel. Auch Hammer und Hurter, die beide über den Konvent geschrieben, liefern zu seiner Beurtheilung eine Anzahl Aktenstücke, abgesehen von jenen, die sie in der Erzählung verarbeitet haben.

Google Original f HARVARD UN

ſitten wurde Klage geführt und Abhilfe begehrt, aber mit keinem Worte angedeutet, worin letztere zu beſtehen habe. Obwohl alle Mitglieder des Konvents genau wußten, welcher Art Abhilfe der Kaiſer begehre, ſo ſprach dennoch keiner ſeine Meinung offen aus, ſondern alle Aeußerungen drehten ſich nur um die Art und Weiſe, wie die weitern Verhandlungen zu führen: ob man, da die Propoſition auf König Mathias als den Urheber alles Uebels deute, dieſen nicht einladen ſolle nach Prag zu kommen, ob und wie der Kaiſer deshalb um ſeine Zuſtimmung zu erſuchen ſei, ob man von ihm nicht eine nähere Erklärung der Propoſition erbitten ſolle und dergleichen mehr. Das viele Hin- und Herſprechen am erſten Tage der Berathung, wobei das, was den Anweſenden am Herzen lag, nicht ausgeſprochen wurde, war kein gutes Zeichen für eine raſche und gedeihliche Löſung der Aufgabe, um derentwillen nach der allgemeinen Meinung der Konvent vor allem berufen worden. *)

Verzögerten ſich gleich im Anfang die Berathungen des Konvents über die Beilegung des Bruderzwiſtes aus den eben angeführten Gründen, ſo war dies bald noch mehr der Fall, da mittlerweile ein anderer Gegenſtand die Fürſten zu beſchäftigen begann, der noch dringender einer raſchen Löſung bedurfte, nämlich die Jülicher Angelegenheit. Da die letztere ſeit dem 6. Mai faſt ununterbrochen in einer langen Reihe von Sitzungen 1610
berathen ward und den Streit zwiſchen Rudolf und Mathias theilweiſe in den Hintergrund drängte, wollen auch wir zuerſt berichten, wie ſich die Jülicher Frage, die mit einem europäiſchen Brande drohte, unter den Einwirkungen des Prager Konvents und unter den veränderten Verhältniſſen, wie ſie der Tod Heinrichs IV mit ſich brachte, geſtaltete.

Rudolf hatte in ſeinem Einladungsſchreiben zum Konvent die Jülicher Angelegenheit als einen der Berathungsgegenſtände bezeichnet. Es ſchien ihm aber dieſe Angelegenheit einer raſchen Löſung nicht bedürftig, denn als die Fürſten in Prag verſammelt waren, lenkte er ihre Aufmerkſamkeit keineswegs zuerſt auf dieſelbe. Nicht ſo gleichgiltig verhielten ſich die geladenen Fürſten namentlich die Kurfürſten, wenngleich auch ſie mit einer unglaublichen Gemüthsruhe nach Jülich blickten, denn ſie bildeten ſich ein, daß es ihren Rathſchlägen gelingen werde, die Succeſſion daſelbſt auf ganz friedliche Weiſe zu regeln. Wir haben ſchon einmal darauf hingewieſen, wie auffallend der Mangel an Vertheidigungsanſtalten auf Seite der Habsburger gegen das von Frankreich drohende Gewitter war; gleich auffallend ſind die ruhige Haltung und die Rathſchläge, die wir in Prag aus dem Munde der Kurfürſten zu hören bekommen. Noch lebte

*) Mainzer und ſächſiſches Diarium.

Google

Heinrich IV, als der Konvent seinen Anfang nahm und auf diesem das Wort Jülich in allen möglichen Variationen ertönte. Aus keiner derselben ist aber ersichtlich, daß man eine Ahnung hatte, mit welchen Plänen sich Heinrich trug und welch' einen entschiedenen Angriff er im Sinne hatte. War sein Geheimniß so gut bewahrt, seine Rüstungen so geräuschlos betrieben worden oder fehlte allen Gegnern Heinrichs die Ueberlegung, wir wissen es nicht, die auffallende Thatsache steht aber fest, man ahnte nirgends, daß man auf einem Krater sich befinde, dessen Ausbruch unmittelbar bevorstand.

Die erste Veranlassung zur Besprechung der Jülicher Frage am Prager Konvente war eine zufällige und keine absichtlich herbeigeführte. Der Kaiser hatte ein Schreiben, welches der Pfalzgraf von Neuburg in der Jülicher Sache an ihn geschrieben, dem Konvent zugestellt und dessen Gutachten abgefordert. Einige Tage später war ihm ein zweites Schreiben aus Frankreich zugekommen und auch dieses ward den Fürsten auszugsweise mitgetheilt. In diesem letzteren Schreiben, dessen Verfasser nicht genannt wurde, ward nachstehende Lösung der Jülicher Frage empfohlen: An dem Statusquo im Besitze der Jülicher Erbschaft sei nichts zu ändern, bis der Kaiser mit Zustimmung Frankreichs und Spaniens seine Entscheidung getroffen haben würde. In Folge dieser doppelten
1610 Veranlassung beschlossen die Fürsten am 11. Mai sich ernstlich mit Jülich zu beschäftigen und ihre Berathungen auf die strittige Successionen auszudehnen. Auf dies erklärte der Kurfürst Christian II von Sachsen, daß er sich an denselben nicht betheiligen werde, weil er selbst mitinteressirt sei und dem Kaiser bereits ein Memorial übergeben habe, welches seinen Standpunkt präcisire. In der That hatte der sächsische Rath Dr Gerstenberger, den der Kurfürst nach Prag mitgenommen hatte, gleich nach seiner Ankunft mit dem Vicekanzler Strahlendorf sich wegen Jülichs besprechen und im Namen seines Herrn um die Belehnung mit der ganzen Erbschaft ersucht. Er verfocht dabei den Satz, daß die Belehnung Sachsens jede Kriegsgefahr entfernen würde, weil weder Heinrich noch irgend ein deutscher Fürst sich gegen Christian erheben würde, wenn das formale Recht auf seiner Seite stunde. Strahlendorf versicherte, daß er seinerseits das Recht Sachsens für das bestbegründete halte, denn von den brandenburgischen Prätensionen „habe er allezeit behauptet, daß sie kein Fundament hatten". Er vertröstete deshalb Gerstenberger auf eine baldige und günstige Entscheidung von Seite des Kaisers, wenn der Kurfürst eine Deduktion seiner Rechte in einem Memorial übergeben wollte.*) Diesem

*) Sächsisches Diarium.

Google

Verlangen wird genügt und dasselbe befand sich binnen kurzem in den Händen der Geheimräthe.

Die Berathungen nahmen also ohne Sachsen, welches für sich allein mit dem Kaiser unterhandelte, ihren Anfang. Die Kurfürsten von Mainz und Köln, welche nebst dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt die nächsten Nachbarn der bestrittenen Erbschaft waren, leiteten die Verhandlungen ein. Ernst von Köln hatte mittlerweile in Erfahrung gebracht, daß der König von Frankreich Rüstungen anstelle, um sich an dem Streite zu betheiligen; „damit ihm nun kein Anlaß gegeben werde, um sich des Rheinstroms zu impatronieren und nach der römischen Krone zu trachten," solle der Kaiser wirksame Mittel zur allgemeinen Entwaffnung ergreifen.*) Es sei zwar traurig, daß der Kaiser nicht mit den Waffen in der Hand seiner Jurisdiktion Respekt verschaffen könne, man müsse aber aus der Noth eine Tugend machen und auf einen friedlichen Ausgleich sinnen. Mainz schloß sich der Meinung seines kurfürstlichen Kollegen an, bedauerte gleicherweise die wahrscheinliche Wirkungslosigkeit kaiserlicher Mandate und empfahl friedliche Wege. Nachdem auch die übrigen Mitglieder des Konvents ihr Bedauern über die geschmälerte Auktorität des Kaisers ausgesprochen hatten, wurden die Mittel eines friedlichen Ausgleichs zu Vorschlag gebracht. Immer und immer geräth man in Erstaunen, wenn man der Haltung der in dieser gewitterschwangeren Zeit Heinrich entgegenstehenden Fürsten betrachtet. Tagelang ward jetzt mit einer Ruhe und Umständlichkeit über sogenannte Ausgleichsmittel berathen, von denen sicherlich keines im Stande war nur eine Muskete außer Gebrauch zu setzen und so methodisch ging man bei der Verhandlung zu Werke, als ob die Ereignisse zu ihrer Weiterentwicklung einer Erlaubniß vom Prager Konferenztische bedurft hätten.

Um den friedlichen Ausgleich zu ermöglichen, sollten allerseits die Waffen niedergelegt und die Rüstungen rückgängig gemacht werden. Die Frage war nun, wie dies zu erreichen, wie der König von Frankreich, über dessen Kriegsherrschaft täglich neue Nachrichten nach Prag gelangten, zur Ruhe zu bringen sei. Allseitig einigte man sich in der Absendung einer Gesandtschaft als dem wirksamsten Mittel, dieselbe sollte im Namen des Kaisers und der in Prag tagenden Fürsten sowohl an die possedirenden Fürsten wie an Heinrich abgeordnet werden. Nachdem mehrere Tage hin und her erwogen worden, ob die Gesandtschaft zuerst nach Frankreich oder nach Düsseldorf, wo das Hauptquartier der possedirenden Fürsten war, abgehen, dann ob nicht vorläufig von ihrer Absendung schriftlich Nachricht gegeben werden solle, nachdem eben so lange über die Mitglieder der Gesandtschaft

*) Mainzer Diarium.

Google

debattirt worden, gelangte man zur Beſprechung eines zweiten Punktes nämlich der Inſtruktion, welche den Geſandten zu ertheilen wäre. Am liebſten hätte man nur „per generalia“ die Gegner zur Ruhe verwieſen, aber da dies eine geringe Wirkung verſprach, ſo wollte man ſich dazu verſtehen ihnen gewiſſe Friedensbedingungen „in ſpecie“ aber nur „gradatim“ etwa in homöopathiſchen Doſen anzubieten. Dieſe Friedensbedingungen beſtanden darin, daß der Kaiſer ſich erbieten ſollte den gegenwärtigen Beſitzſtand in Jülich unter der Bedingung nicht anzutaſten, wenn die poſſedirenden Fürſten und Heinrich ohne Zögern die Waffen niederlegen und ſeine Jurisdiktion bei der ſchließlichen Entſcheidung nicht in Zweifel ziehen würden. Genügte dies nicht, ſo wollte man verſprechen, daß der Prozeß in ordentlicher Weiſe beim Reichshofrath anhängig gemacht werden und den Parteien erlaubt ſein ſolle, eines oder das andere ſeiner Mitglieder nicht aber den ganzen Hofrath abzulehnen. Die Entſcheidung, welche etwa noch mit Zuziehung einiger Kurfürſten und Fürſten getroffen werden könnte, ſollte nachher noch dem Gutachten einiger Univerſitäten unterbreitet werden. Das letzte war das äußerſte der anzubietenden „Friedensmedia.“

Dieſe Vorſchläge waren das Reſultat einer 13-tägigen Berathung. Schon der einzige Punkt, daß der Kaiſer und der Reichshofrath die letzte Entſcheidung in den Händen haben ſollten, mußte nach dem, was wir über Heinrichs Abſichten wiſſen, jeden Ausgleich mit dieſem Herrſcher vereiteln. Auch Brandenburg und Neuburg waren gewiß nicht geneigt ihr Schickſal in die Hände des Kaiſers zu legen; die ſchließliche Berufung auf das Gutachten einer Univerſität konnte ſie keineswegs mit mehr Zutrauen erfüllen, denn ſie wußten aus eigener Erfahrung zu gut, wie es mit der Unabhängigkeit eines ſolchen akademiſchen Areopags beſchaffen ſei. Mit Ausnahme der zwei Erzherzoge, aus deren Aeußerungen mitunter eine inſtinktmäßige Ahnung der wahren Sachlage hervorging, waren die übrigen Mitglieder des Fürſtenkonvents überzeugt, daß die angeführten Friedensbedingungen das äußerſte ſeien, was der Kaiſer bieten könne und daß ſie ihren Zweck erreichen dürften. Während ſie in dieſer Weiſe ihre Rathsverſammlungen abhielten, kam nach Prag die Nachricht, daß die Truppen des Markgrafen von Brandenburg-Anſpach ſich gewaltſam in dem Bisthume Würzburg eingelagert hätten. Anſtatt in dieſer offenbaren Verletzung der Reichskonſtitutionen die Wirkung einer engen Allianz zwiſchen Heinrich IV und der Union zu ſehen und den erſten Schritt zur Durchführung großer Pläne zu ſuchen, bemerkten die Fürſten in Prag mit einer wahrhaft beiſpielloſen Naivität hierin nur einen einzelnen Uebergriff und glaubten gegen denſelben darin eine Abhilfe zu finden, wenn ſie den Kaiſer zur Anwendung

Google

einer alten verrosteten Waffe zur Publikation der sogenannten Avokatorialmandate veranlassen würden.

Das Schicksal ersparte den Fürsten ein furchtbares Erwachen, da es Heinrich IV nicht vorbehalten war, seine Absichten durchzuführen. Die Nachricht von seiner Ermordung gelangte nicht mit der Raschheit, die einem so außerordentlichen Ereigniß wohl entsprochen hätte, nach Prag; aus den Konferenzprotokollen ersehen wir, daß erst am 25. Mai also elf Tage später die Fürsten von den Vorgängen in Paris unterrichtet waren.*) Die Wirkung auf die in Prag versammelten Fürsten war eine solche, wie sie zu erwarten stand; der Eifer, den sie bis dahin zur Beilegung der Jülicher Streitigkeiten an den Tag gelegt hatten, wurde merklich kühler, denn sie gaben sich der gewissen Hoffnung hin, daß Frankreich an den deutschen Händeln keinen Antheil nehmen und damit auch die Union zu einer zuwartenden Rolle verurtheilen werde. Die Absendung einer Gesandtschaft nach Paris und Düsseldorf wurde zwar auch jetzt nicht verworfen aber keineswegs beschleunigt, von der Einholung eines Gutachtens bei einer Universität, womit man früher Wunder zu wirken hoffte, wurde wieder abgegangen und sonach dem Kaiser und seinem Reichshofrath allein die Entscheidung über die Jülicher Succession eingeräumt. Noch bevor die Nachricht von Heinrichs Tode angelangt war, hatte der Kurfürst von Sachsen dem Konvent eine Auseinandersetzung seiner Ansprüche vorgelegt und denselben um seine Fürsprache bei dem Kaiser ersucht, damit ihm die Belehnung mit der gesammten Jülicher Succession ertheilt werde. Obwohl eine solche sofortige Belehnung für Aussicht auf die Erhaltung des Friedens mit Heinrich vernichtet und die Absendung einer Gesandtschaft an ihn ganz zwecklos gemacht hätte, ließen sich die Mitglieder des Konvents doch in eine für Ehrgeiz höchst günstige Erörterung seiner Ansprüche ein und fanden es ganz billig, daß ihm als gehorsamen Reichsfürsten, vorbehaltlich der später nachzuweisenden Rechte Dritter, die angesuchte Belehnung ertheilt werde. Daß die darauf folgenden Nachrichten aus Frankreich dieser günstigen Gesinnung keinen Abbruch thaten, versteht sich von selbst. Auch die Mitglieder des kaiserlichen Rathes selbst glaubten einen klugen Schritt zu thun, wenn sie ihrem Herrn die Belehnung des sächsischen Kurfürsten empfahlen. Zwar durchkreuzte ein solcher

*) Aus dem Mainzischen Diarium ist ersichtlich, daß erst in der Sitzung vom 26. Mai des Todes Heinrichs IV erwähnt und das Ereigniß als einflußreich auf die den Gesandten nach Paris und Düsseldorf mitzugebende Instruktion aufgefaßt wurde. Kam die Nachricht von Heinrichs Ermordung schon um einen oder mehrere Tage früher nach Prag und wir sind geneigt dies anzunehmen so muß man sich billig darüber verwundern, daß sich der Eindruck über die Wichtigkeit dieses Ereignisses erst so spät in den Fürstenverhandlungen kundgibt.

Google

Schritt bestritte alle Pläne, die Leopold auf die Erwerbung von Jülich gebaut hatte, allein der Kaiser kümmerte sich darum nicht besonders, weil seine Bestrebungen einzig und allein gegen seinen Bruder Mathi as gerichtet waren und Leopolds abenteuerlicher Plan zwar seine Zustimmung aber nie seine rechte Billigung erlangt hatte. Auch sah Leopold selbst, der um diese Ende Juni 1610 Zeit bereits nach Prag zurückgekommen war, die Erwerbung von Jülich für eine verlorene Sache an und war der Befriedigung der sächsischen Ansprüche nicht entgegen. So sah sich Rudolf von allen Seiten gleichmäßig gedrängt, Sachsens Wünschen Gehör zu geben und da er selbst von Christian II Gegendienste erwartete, zeigte er sich erbötig die ersehnte Belehnung zu ertheilen.

1. 10 Nach mancherlei Vorbereitungen wurde hiezu der 7 Juli ausersehen. Am frühen Morgen fanden sich in der kaiserlichen Burg Schweikhart von Mainz, die Erzherzoge Maximilian und Leopold und der Landgraf Ludwig von Hessen-Darmstadt in dem zur Vornahme der Ceremonie bezeichneten Saale ein. Alles, was Prag an hervorragenden Personen beherbergte, erschien ebenfalls zur bestimmten Zeit. Ernst von Köln, Ferdinand und der Herzog von Braunschweig, die nicht zugegen waren, befanden sich um diese Zeit wegen der Verhandlungen mit Mathias in Wien. Nachdem auch der Kaiser erschienen war und Platz genommen hatte, trat der Landgraf Ludwig vor und bat den Kaiser, er möge dem Herzog Christian II von Sachsen und seinem ganzen Hause, wie er dies zugesagt, die Belehnung mit der gesammten Jülicher Erbschaft ertheilen. Der Kurfürst von Mainz ergriff das Wort für den Kaiser und gab die Erlaubniß, daß der Herzog von Sachsen eintrete und die Belehnung empfange. Christian näherte sich darauf dem Kaiser mit dreifacher Kniebeugung, wiederholte die Bitte, die eben der Landgraf von Hessen-Darmstadt in seinem Namen gestellt hatte, leistete darauf den vorgeschriebenen Lehenseid, den der Kurfürst von Mainz vorlas, und ward für sich und das ganze sächsische Haus unter den üblichen Förmlichkeiten vom Kaiser mit der gesammten Jülicher Erbschaft belehnt, wofür zum Schlusse der Landgraf von Hessen-Darmstadt den Dank abstattete.*) In den bessern Tagen des deutschen Kaiserreichs hat diese Ceremonie nicht immer hingereicht, dem Belehnten unanfechtbare Rechte auf seinen Besitz zu ertheilen, um wie viel weniger jetzt, wo andere Titel über Besitz und Herrschaft in Deutschland entscheiden, als eine vom Kaiser ertheilte Belehnung.

Lange sollten sich die Mitglieder des Prager Konvents nicht in der Täuschung wiegen, daß die mit ihrer Zustimmung vorgenommene Belehnung mehr als eine eitle Ceremonie gewesen. Die Pläne, welche Hen-

*) Sächsisches Diarium.

Google

rich gefaßt hatte, war seine Wittwe zwar nicht im Stande zu realisiren, aber soweit nahm sie dieselben doch auf, daß sie den Markgrafen von Brandenburg und den Pfalzgrafen von Neuburg im Besitz der Jülicher Erbschaft zu schützen entschlossen war. Mochte die Belehnung Sachsens noch so sehr im deutschen Rechte begründet sein, sie war nichts als eine Fastnachtskomödie, wenn sie nicht mit den entsprechenden Mitteln aufrecht erhalten werden konnte. Trotz beabsichtigter Gesandtschaften, wohlberathener Instruktionen und zuletzt ertheilter Belehnung sollten die Kurfürsten die Erfahrung machen, daß die von ihnen befürworteten Mittel nicht zum Ziele geführt hatten. Frankreich und die Union traten endlich handelnd auf.

Nachdem zwischen der Union, Frankreich, England und Holland die früher erzählten Verabredungen getroffen worden, sollte Ende Mai das 1610
Kriegsvolk aller Verbündeten bei Jülich am Niederrhein zusammentreffen. Die Union, mit Recht siegessicher, zögerte nicht mit den Feindseligkeiten zu beginnen. Wir haben erzählt, daß der Markgraf von Anspach sein Kriegsvolk im Würzburgschen lagern ließ, bald sich nicht mehr damit begnügend, belegte er auch das Bisthum Bamberg mit Einquartierung. An die Ausschreitungen auf dieser östlichen Seite schloß sich ähnliches im Bisthum Straßburg, welches dem Erzherzog Leopold gehörte, an. Man konnte diesem Vorgehen mit Recht den Sinn unterlegen, daß es der Union um die Schwächung ihrer Gegner zu thun sei, auf deren Kosten sie ihre Truppen leben ließ. Die Einquartierung in Bamberg wurde übrigens so aufgefaßt, daß dies der erste Schritt sei, um sich Donauwörth zu nähern und diese Stadt zu befreien. Alle diese Truppenbewegungen waren theils vor sich gegangen, theils im Begriffe ausgeführt zu werden, als die Nachricht von Heinrichs Ermordung sich in Deutschland verbreitete. So sehr dadurch die französische Hilfe in Frage gestellt war, so verloren doch weder die Union noch Brandenburg und Neuburg einen Augenblick den Muth zu weiterem Vorgehen. Mochten des Königs Pläne mit seinem Tode begraben sein, ihr Ziel, die vollständige Occupation der Jülicher Erbschaft, wollten sie um keinen Preis aufgeben. Stark durch sich selbst konnten sie es wagen mit eigenen Kräften den etwaigen Kampf zu bestehen.

Ohne also von ihrer kriegerischen Stellung abzulassen und einen Augenblick ihre Absicht auf die Eroberung von Jülich zu verläugnen, trat doch ein gewisser Stillstand in ihren Operationen ein, weil sie durch ihre diplomatischen Agenten sich versichern mußten, ob ihre Stellung zu ihren Verbündeten nicht eine Aenderung erlitten habe. Von England und den Generalstaaten liefen die besten Versicherungen ein, namentlich zeigten sich die letztern besonders freundschaftlich gesinnt; ihre Gesandten in Frankreich

Google Original HARVARD

und England vertraten die Sache der deutſchen Fürſten nicht anders, als wäre es ihre eigene, insbeſondere zeichnete ſich in dieſer Beziehung Jan Neſſens, Olden Barneveldts bekannter Schwiegerſohn, in Paris aus. Die Nachrichten aus Frankreich lauteten nicht ſo günſtig. Nicht nur hatte der Tod des Königs die Kraft des Reiches gelähmt, weil die durch ſein Anſehen niedergehaltenen Faktionen plötzlich wieder aufſtebten und ſich gegenſeitig bekämpften, bei der Königin-Regentin ſelbſt, Marie von Medici, machten ſich Rückſichten geltend, die ſchwer in die Wagſchale fielen. Heinrich IV konnte ungeſcheut in Verbindung mit den Proteſtanten treten, in Rom ward dies als ein Gebot der „Staatsraiſon" betrachtet und der König deshalb nicht weiter zur Rede geſtellt.*) Die natürliche Tendenz der päpſtlichen Politik, die Verbindung zwiſchen Katholiken und Proteſtanten zu löſen, machte ſich jetzt mit doppelter Macht geltend, die einſchüchternde Wirkung, welche Heinrich auf Paul V ausgeübt, hatte ihr Ende erreicht und der Nuncius in Paris ſprach und agitirte mit der größten Anſtrengung gegen die Verbindung Frankreichs mit den deutſchen Proteſtanten. Das katholiſche Bewußtſein in den Herzen der Rom zugekehrten Staatsmänner, welches unter der gewaltigen Perſönlichkeit des verſtorbenen Königs verſtummt war, lebte mit aller Heftigkeit wieder auf und Männer wie Villeroy, die allen Plänen Heinrichs eifrig gedient hatten, machten jetzt mit einemmale die Religion zur Richtſchnur ihrer Handlungsweiſe oder gaben ſich wenigſtens den Schein davon. Um Marie von Medici vollends ſchwankend zu machen, geſellte ſich zu den Vorſtellungen aus Rom, zu den Rathſchlägen ihrer eigenen Räthe noch der Prinz von Condé, der eben aus der Verbannung zurückgekehrt war. Es iſt bekannt, daß er ſich mit ſeiner Frau in das Exil flüchten mußte, um ſeine häusliche Ehre durch Heinrichs Nachſtellungen nicht befleckt zu laſſen. Er hatte ſich des ausgezeichneten Schutzes Spaniens in der Fremde zu erfreuen gehabt und dämmt auch die ſpaniſchen Intereſſen, wenigſtens im Augenblick ſeiner Rückkehr, zu den ſeinigen gemacht. Da er der erſte Prinz von Geblüt neben der minorennen Nachkommenſchaft des Königs war, konnte die Regentin ſein gewichtiges Wort im Rathe nicht überhören.

Anhalt, die Seele der Union, überblickte die Sachlage mit der ihm eigenen Schärfe und machte ſich keine Illuſionen über die Schwierigkeiten, mit denen die Einhaltung des Haller Vertrags von Frankreich bedroht war. Noch war aber nichts verloren. Die Streitkräfte, mit denen Heinrich der Union zu Hilfe eilen wollte, waren zum Theil auf dem Marſche begriffen, es handelte ſich alſo darum, raſch durch eine Botſchaft nach Paris

*) Ranke von Simancas. Lettre's Korreſpondenz vom J. 1610.

Google

die etwaigen Hinderniſſe zu überwinden, die ſich ihrem Vorrücken entgegenſtellen konnten. Einmal am Kampfe betheiligt war nicht zu fürchten, daß Frankreich ſich von demſelben zurückziehen würde.

Dieſe Botſchaft war nothwendig, denn die erſten diplomatiſchen Verſicherungen der neuen franzöſiſchen Regierung lauteten für die Proteſtanten nicht ſehr ermuthigend. Wenn Marie von Medici nicht von ihrem Gatten über ſeine weitgehenden Pläne belehrt worden war, ſo erhielt ſie gewiß nach ſeinem Tode die nöthigen Mittheilungen durch ſeine vertrauten Räthe. Sie war keinen Augenblick im Zweifel, daß ſie ſich der Aufgabe, die ihr Gatte über ſich genommen hatte, nicht unterziehen könne. Den Schutz, den derſelbe den poſſedirenden Fürſten verheißen hatte, wollte ſie ihnen gewiß nicht entziehen und in ſoweit an den von ihrem Gemahl eingegangenen Verpflichtungen feſthalten, aber nur ſo lange, als kein annehmbarer Friede zu erreichen war. Alles kam darauf an, was man in Frankreich unter einem annehmbaren Frieden verſtand. Buliſſe, der in Duſſeldorf weilte, bekam von der Königin die Weiſung, die Union aufzufordern dem Jülicher Streit durch einen Ausgleich ein Ende zu machen, denn ſie werde bald genöthigt ſein, einen Theil der Truppen wegen der Koſtſpieligkeit ihrer Unterhaltung zu entlaſſen. In gleichem Sinne ſchrieb auch Villeroy an Buliſſe, auch er mahnte zum Frieden, denn „unſere Flügel ſind jetzt verbrannt und wir Ihnen weder fliegen noch ausführen, was wir uns vorgenommen.“ *) Bald wurden neue Anzeichen ſichtbar, die es überhaupt zweifelhaft machten, ob Frankreich auch nur die vertragsmäßige Hilfe leiſten und ſich nicht ganz von der Betheiligung am Kampfe zurückziehen werde. An die Stelle des Herzogs von Bouillon, der urſprünglich für das Kommando des franzöſiſchen Hilfsheeres beſtimmt war und von dem bei ſeiner innigen Verbindung mit den deutſchen Proteſtanten ein wirkſames Auftreten erwartet werden konnte, wurde der Marſchall de la Chaſtre zum Kommandanten ernannt, ein entſchiedener Katholik, dem dieſer Poſten mehr zur Verzögerung proteſtantiſcher Erfolge als zu ihrer Unterſtützung anvertraut ſchien. Die Anhänger Spaniens jubelten laut in Paris und verſicherten jedem, der es hören wollte, daß es mit der Unterſtützung der Union nichts ſei und daß Frankreich ſich bei dem Kampfe neutral verhalten werde.**)

---

*) Kaiſ. Bibl. in Paris. Collection Dupuy 765. Marie von Medici an Buliſſe dds. 20. Mai 1610. — Ebendaſelbſt Villeroy an Buliſſe dds. 15. Mai 1610. — Ebendaſelbſt Buliſſe an Marie von Medici dds. Düſſeldorf, 4. Juni 1610.

**) Münchner Staatsarchiv 117/2, Bd. Relation des Unterhändlers dds. 5/15. Juni 1610.

Google

Unter diesen für die Union sich verdüsternden Aussichten wurde im Namen des Kurfürsten von der Pfalz und des Herzogs von Würtemberg der Pfalzgraf Johann von Zweibrücken nach Paris geschickt. Er erhielt den Auftrag von der Königin, zufolge des Schwäbisch-Haller Bundesrathes, entweder das stipulirte Hilfsheer oder eine entsprechende Geldunterstützung zu verlangen.*) In seinem Gefolge befand sich der pfälzische Sekretär Karl Paul, der bis dahin in diplomatischen Missionen vielfach mit Erfolg verwendet worden war. Beide suchten nach ihrer Ankunft durch private Verhandlungen mit den hervorragendsten Staatsmännern diese für die Sache der Union günstig zu stimmen und namentlich unterzog sich Paul diesem Geschäfte bei Villeroy. Er machte bald die unliebsame Erfahrung, daß Frankreich unter dem Scheine, als ob es seiner Vertragsverpflichtung nachkommen wolle, doch thatsächlich sich derselben zu entziehen gedenke, wenigstens war dies die Absicht Villeroy's. Derselbe erklärte wiederholt, die Union müsse zum Frieden die Hand bieten und betrachtete es als eine annehmbare Friedensbasis, wenn Brandenburg und Neuburg im Besitz der occupirten Gebiete belassen, Jülich aber von dem Kaiser, bis zur künftigen Entscheidung des Streites durch den Reichstag, den Händen eines neutralen Fürsten überantwortet würde. Schon war die Nachricht nach Paris gelangt, daß der Kaiser den Kurfürsten von Sachsen mit Jülich belehnt habe. Villeroy sah darin einen entscheidenden Schritt zur Verstärkung der kaiserlichen Partei, die im Bunde mit Spanien und Belgien den Protestanten die Jülicher Erbschaft nicht so leichten Kaufes preisgeben werde. Auf Frankreichs Hilfe sei kein Verlaß, die Königin könne sich alle Tage zur Zurückberufung des Hilfsheeres gezwungen sehen, um sich desselben in den eigenen Nöthen zu bedienen. So wenig tröstlich solche Reden im Munde des französischen Staatssekretärs lauteten, so ließ sich Paul nicht von einer Antwort abhalten, die kühn klang und ihre Wirkung nicht verfehlen konnte, weil sie eine genaue Sachkenntniß verriet. Die Union, meinte Paul, sei entschlossen auch ohne Frankreich vorzugehen. Was von der Möglichkeit behauptet werde, daß der Kaiser durch Sachsens Belehnung seine Lage verbessert habe und ein drohender Gegner werden könne, so beruhe diese Ansicht auf gänzlicher Verkennung der Verhältnisse. Der Kaiser könne gar nichts thun; in einem Kampfe würden sich seine Unterthanen an die Seite der Union stellen und ihn vollends preisgeben. Was Philipp III und Erzherzog Albrecht anlange, so habe man sich vor diesen ebensowenig zu fürchten; wären sie im Stande etwas zu thun, so würden sie nicht

*) Münchner Staatsarchiv 547/12, 71. Instruktion für den Pfalzgrafen Johann von Zweibrücken dto. 29. Mayst. Juni 1610.

Google Original f HARVARD UN

eben erſt einen ſchimpflichen Frieden mit den Niederlanden abgeſchloſſen haben. Paul drang deshalb darauf, daß Frankreich zur Eroberung der Feſtung Jülich behülflich ſei, denn erſt könne von einem Frieden die Rede ſein. In der That hatte er Recht, ließ ſich die Union jetzt die Gelegenheit zur Eroberung der Feſtung entſchlüpfen und begnügte ſie ſich mit dem, was Brandenburg und Neuberg beſaßen, ſo legte ſie eine unglaubliche Muthloſigkeit an den Tag, ſie entwaffnete vor einem Gegner, deſſen einzige Vertheidigung in ohnmächtigen Reden und Schriften lag.

In Folge des Erſcheinens der Unionsgeſandten wurde im Louvre ein Staatsrath gehalten, an dem ſich außer der Regentin der Prinz von Condé, der Graf von Soiſſons, die Herzoge von Bouillon, Sully und Epernon und der Staatsſekretär Villeroy betheiligten. Conde ergriff gleich anfangs das Wort und ſprach ſich mit aller Entſchiedenheit gegen die Unterſtützung der Proteſtanten aus. Bouillon und Sully widerſprachen und hatten für ſich die Königin, die es mit der franzöſiſchen Ehre nicht verträglich fand, wenn ein Vertrag gebrochen werde. Der Marſch des Hilfsheeres von 8000 Mann zu Fuß und 2000 zu Roß ſollte nicht weiter aufgehalten werden, aber deſſen nicht, wie Heinrich gewollt, durch Belgien, ſondern durch Lothringen längs der Moſel gegen den Rhein gerichtet werden. *) Villeroy trat dagegen mit dem Vorſchlag einer Sequeſtration Jülichs durch einen neutralen Fürſten auf und ſuchte deſſen Annahme dem Staatsrath zu empfehlen. Allein ſo wie Paul ihn außerhalb deſſelben bekämpft hatte, ſo bekämpfte ihn hier der Herzog von Bouillon nicht bloß gegen Villeroy ſondern auch gegen Conde, Soiſſons und Epernon, die ſich auf des letztern Seite geſtellt hatten. Bouillon machte darauf aufmerkſam, daß man ſich mit einem unmöglichen Vermittlungsvorſchlag quäle, weil die Fürſten der Union durch ihre ſonſtigen Verbindungen ſtark genug ſeien, ſich Jülichs zu bemächtigen und ihren Vorſatz um keinen Preis aufgeben würden. Es bleibt indeſſen fraglich, ob Bouillons Auseinanderſetzung den Sieg in einer Verſammlung davon getragen hatte, die nicht zu Gunſten der proteſtantiſchen Fürſten geſtimmt war, wenn nicht ein anderer Grund ihm hilfreich zur Seite geſtanden wäre. Villeroy's Antrag, obwohl zum Vortheile des Kaiſers berechnet, war von letzterem ſelbſt ſtillſchweigend zurückgewieſen worden. Schon hatte nämlich das franzöſiſche Kabinet direkt dem Kaiſer die Uebergabe Jülichs in neutrale Hände vorgeſchlagen. Statt

18. Juli 1610

*) Münchner Staatsarchiv 567/21, 111. Pfalzgraf Johann von Zweibrücken an Kurpfalz ddo. 9/19. Juli 1610. Ebendaſelbſt Fol. 11 Barrettus, ernes Unionsagentens, Bericht ddo. 5. Juni 1610. — Ebendaſelbſt Fol. 11. Karl Pauls Bericht ddo. 9/19. Juli. — Ebendaſelbſt Fol. 112. Karl Paul an den Kanzler Chriſtoph von der Grün ddo. 12/22. Juli 1610.

Google

ſchnell nach dieſem Vorſchlag zu greifen, hatte der Kaiſer in unnützen Erwägungen eine koſtbare Zeit verſtreichen laſſen. Der Staatsrath mußte ſich ſelbſt zugeſtehen, daß ihm kein anderer Weg übrig bleibe, als entweder den Proteſtanten zu helfen oder neutral zu bleiben, weil der Kaiſer keine Vorliebe für eine franzöſiſche Vermittlung an den Tag legte. So drang Veulons Meinung durch und de la Chaſtre erhielt den Befehl den Weg nach Jülich einzuſchlagen. *)

Die Anſtalten, welche der Fürſt von Anhalt als Kommandant der deutſchen Streitkräfte traf, um die Belagerung von Jülich in Angriff zu nehmen, die bald ſicher geſtellte Thatſache, daß Frankreich trotz alles Zögerns ſeiner Verpflichtung nachkomme und de la Chaſtre an der Belagerung ſich betheiligen würde, gipfte endlich dem Prager Kabinette, daß die Jülicher Frage eine andere Löſung nehmen werde, als man daſelbſt in den lahmen Berathungen vermuthet. Solche handgreifliche Thatſachen mußten kommen, um den tonangebenden Kurfürſten begreiflich zu machen, was Reden ohne Handeln bedeute und ihre verblendete Meinung über die Werkſamkeit ihrer Vorſchläge herabzuſtimmen. Denn als der Kaiſer ihnen die Nachricht mittheilte, daß Frankreich bereit ſei, ſich in Friedensverhandlungen einzulaſſen, wenn Jülich einem neutralen Fürſten überantwortet würde, verwarfen ſie alleſammt das Auskunftsmittel als präjudicirlich der Würde des deutſchen Reiches. Da Erzherzog Leopold die Fürſten darüber belehrte, daß Jülich nicht lange im Stande ſein werde, ſich gegen die Gegner zu halten, die von allen Seiten ihre Truppen zuſammenzögen, glaubten die Fürſten in unglaublicher Verkennung der thatſächlichen Verhältniſſe am Prager Hofe dem Kaiſer ernſte Maßregeln, Rüſtungen, (*) vorſchlagen zu müſſen. Rudolf, der ſich ſelbſt vor zwei Jahren nicht zu vertheidigen gewußt, ſollte gegen die ungehorſamen Reichsfürſten eine Exekution anordnen und die nöthigen Mittel einer freiwilligen Steuer entnehmen, die ſie ſich ſelbſt auflegen wollten. Vierzig Römermonate waren ſie in ihrem Opfermuth erbötig zu erlegen, 15 zur Vertheidigung Jülichs, 25 zu weiteren Kriegsoperationen, aber nicht gleich zahlbar, ſondern ein Viertel zu Michaeli, die übrigen je 10 Monate ſpäter. Vielleicht war ihnen ein Mittel bekannt, den Marſch der Fremden gegen Jülich aufzuhalten, bis das Heer, welches ſie bekämpfen ſollte, nach der Empfehlung der erſten Quote ausgerüſtet werden konnte. Es braucht nicht erſt geſagt zu werden, daß von dieſer ganzen projektirten Steuer nicht

*) Relation des Herzogs von Jnoiosa über ſeine Geſandtſchaft nach Paris. Münchner Staatsarchiv 547/12, 131. — Ebendaſelbſt 547/12, 115 Kurt Paul an den kurpfälziſchen Geheimrat Dathenius. dto. 21/31. Juli 1610. — Kluge Duisburg.

Google

ein Heller eingezahlt wurde. Zu Kommandanten des Exekutionsheeres ſollten der Kurfürſt von Sachſen und der Herzog von Baiern ernannt werden. Als der erſtere ſich für dieſe Ehre bedankte, obwohl er wegen der erlangten Belehnung doch die gewichtigſten Gründe hatte thätig einzugreifen, wurde der Landgraf von Heſſen-Darmſtadt für dieſen Poſten erſehen.*) Man fühlt ſich immer wieder verſucht, die Berathungen des Konvents für ein Poſſenſpiel zu halten, denn ſo kindiſche Beſchlußfaſſungen bei abſoluter Unwilfährigkeit etwas zu thun, ſollte man fürwahr in einer Verſammlung ernſter und erfahrener Leute nicht ſuchen.

Was den Herzog von Baiern betrifft, ſo waren es nicht allein die Konventsmitglieder, die ihn zu jenem heiklichen Amte eines Exekutors bekehren wollten, ſondern auch der Kaiſer ſelbſt. Noch bevor dieſer Gegenſtand von den in Prag anweſenden Fürſten verhandelt wurde, hatte der Kaiſer ſich entſchloſſen, Maximilian der Union entgegenzuſtellen. Er hatte deßhalb den Grafen Johann Georg von Zollern nach München geſchickt und durch dieſen dem Herzog die Durchführung der Exekution gegen die Union angetragen. Zum erſtenmale trat der letztere aus ſeiner Reſerve heraus und wies den Vorſchlag, wie er es ſonſt mit allen andern von Prag ausgehenden zu thun pflegte, nicht einfach zurück. Die Bedrückung, welche ſich die Union gegen die Stifter Würzburg, Bamberg und Straßburg erlaubte und mit denen ſie konſequenterweiſe andere bedrohte, war ein Angriff gegen die deutſchen Katholiken, den das bisherige Verhalten der letztern in der Jülicher Angelegenheit nicht rechtfertigte und der die Liga zur Ergreifung einer thätigen Rolle hindrängen mußte. Jetzt gab es kein partikuläres Intereſſe des Habsburger zu ſchützen, ſondern den eigenen Herd zu vertheidigen. Wenn aber Maximilian nicht bloß als Haupt der Liga in gerechter Vertheidigung ihrer Mitglieder die Waffen ergreifen, ſondern über dies hinaus als Exekutor des Kaiſers zur Offenſive gegen die Angreifer von Jülich übergehen ſollte, ſo wollte er wiſſen, auf wen er ſich verlaſſen könne und er verlangte deßhalb von dem Kaiſer, daß dieſer die Mitglieder des Prager Konvents zur Theilnahme am Kampfe auffordere. In den Beſchlüſſen derſelben, die wir eben mitgetheilt, in den bloß in Ausſicht geſtellten Zahlungen ſah aber Max keine Garantie des Erfolges; aus ſeiner darauffolgenden Theilnahmloſigkeit erſehen wir, daß er die Uebernahme der Exekution wieder ablehnte und bei dieſem Entſchluſſe auch gegenüber dem Prager Konvente verharrte.**)

*) Mainzer Diarium.

**) Archives du Minist. des aff. étrang de France. Bavière 1/1. Joh. Georg. Graf von Zollern an Rudolf ddo. 5. Juli 1610.

Google

Es verſteht ſich von ſelbſt, daß auch die weitern Berathungen des Prager Konvents das Schickſal Jülichs nicht änderten. Immer und immer wieder ward die Frage verhandelt, ob man die längſt beſchloſſene Geſandtſchaft an Frankreich abgehen laſſen ſolle oder nicht, ohne Unterlaß wurde an der dieſer zu ertheilenden Inſtruktion herrigirt und doch kam man mit nichts zu Ende. Daneben wurde ernſtlich berathen, ob der Kurfürſt von Sachſen bereits Titel und Wappen eines Herzogs von Jülich annehmen ſolle und unter welchen Modalitäten. Kurſöln brachte auf die Bahn, daß ſeiner Zeit von der Jülicher Erbſchaft einige Dörfer abzutrennen ſeien, weil ſie einſt widerrechtlich dem Kurſtifte entriſſen worden waren. Alle Tage wurde von den Rebellen gegen das kaiſerliche Anſehen und wie ſie zum Gehorſam zu bringen ſeien geſprochen, zuletzt auch erwogen, ob die Feſtung Jülich nicht alſogleich an Sachſen abgetreten werden ſolle. Endlich wollte man Brandenburg und Neuburg den Antrag machen, ſie für momentanei possessores der von ihnen occupirten Gebiete und nicht für Rebellen zu halten, wofern ſie die Jurisdiktion des Kaiſers anerkennen wollten. Solche Vorſchläge, die alle hier aufzuzählen ebenſo ermüdend wäre wie die deshalb geführten Debatten langweilig, machten den Inhalt der Prager Berathungen aus, nirgends tritt die leiſeſte Abſicht eines ernſten Widerſtandes auf.*) Unter ſolchen Verhältniſſen iſt es begreiflich, wenn der Marſch der fränkiſchen Heere nicht aufgehalten, ſondern die Belagerung Jülichs ernſtlich in Angriff genommen wurde. Während noch die Fürſten in Prag über die Aufrechthaltung der Reputation des Kaiſers und des Reichs berieten,

12. Sept. 1610 fiel Jülich in die Hände der Union.

Kurz bevor dies Ereigniß, das im Stande war eine ſolche Wendung des Jülicher Streites herbeizuführen, eingetreten war, verſammelte ſich zu München die Liga zu einem Bundestage. Maximilian, der in Folge der Sendung Zollerns einige Augenblicke geneigt war, offenſiv mit Hilfe des Kaiſers und des Prager Fürſtenkonvents gegen die Union aufzutreten, hatte dieſen Gedanken vollſtändig wieder aufgegeben und ſeine Thätigkeit auf die alleinige Förderung der Liga und ihrer Zwecke beſchränkt. Aber die Bedrückungen, die einzelne ihrer Mitglieder erfahren hatten, erheiſchten die Ergreifung einer kräftigen Defenſive um ſo mehr, als man nicht wiſſen konnte, ob die Ausſchreitungen der Union nicht die erſten Anzeichen eines kombinirten Angriffs gegen die Katholiken ſeien. Er legte deshalb der Verſammlung die Frage vor, ob ſie zum Schutz der Liga zu den Waffen greifen wolle, was allgemein bejaht wurde. Es wurde demgemäß die Auf-

4 Sept. 1610 ſtellung eines Heeres von 15000 Mann zu Fuß und 4000 Reitern be-

*) Manzer Diarium.

Google

ſchloſſen und zugleich das Bündniß mit Spanien ratifizirt.*) Es bedurfte jedoch nicht, daß dieſe Beſchluſſe auch wirklich ins Leben traten. Die Abſichten der Union waren in der That keine andern als die Erwerbung der Feſtung Jülich für die poſſedirenden Fürſten; den Bedrückungen, die ſie ſich gegen katholiſche Stifter bei Durchmärſchen und Einlagerungen erlaubte, wollte ſie keine weitere Konſequenz geben. Der Ernſt, mit dem die Liga in München an ihre Selbſtvertheidigung ging, mahnte die Union, daß es für ſie an der Zeit ſei zu beweiſen, daß ſie nichts anderes als Jülich wolle. Sie ſchickte deshalb eine Geſandtſchaft nach München, an deren Spitze ſich der Graf Johann von Naſſau befand, der zwiſchen ihr und der Liga Frieden vermitteln ſollte. Da Maximilian wegen Jülichs ſich in keinen Streit einlaſſen und die Bedrückung der Stifter nur für die Zukunft verhüten wollte, die Union dagegen, da ſie ihr Ziel erreicht, die Waffen ruhen laſſen wollte, ſo einigten ſich beide Parteien am 24. 1610
Oktober über einer Friedensbaſis, in welcher die Union jedem weitern Angriff feierlich entſagte und beide Parteien bis zum 15. November die Entlaſſung des geworbenen Kriegsvolks verſprachen. So ward im innern von Deutſchland die Ruhe wieder hergeſtellt.**) Zuträglich für die raſchere Herbeiführung des Friedens mag wohl auch der Tod des Kurfürſten von Sept. 1610
der Pfalz, Friedrichs IV, der in dieſe Zeit fiel, geweſen ſein, da die vormundſchaftliche Regierung, welche in der Kurpfalz jetzt errichtet wurde, in der auswärtigen Politik füglich eine zuwartende Stellung einnehmen mußte.

III

Wir haben geſehen, welche Löſung die Jülicher Angelegenheit in Folge des redſeligen aber nicht thatendurſtigen Auftretens des Prager Konvents gefunden hatte. Gewiß das Reſultat ſo vieler Berathungen und Vorſchläge konnte nicht armſeliger und beſchämender ſein, als es in der That war. Brandenburg und Neuburg erreichten unterſtützt von der Union ohne Umſtand ihr Ziel faſt ſo, als ob das ganze Reich auf ihrer Seite geſtanden wäre, und nicht als ob der Kaiſer mit drei der angeſehenſten Kurfürſten in den Reihen ihrer Gegner geweſen wären. Dies kuriose Reſultat der Prager Berathungen blieb nicht vereinzelt, ein gleiches Los traf alles, was daſelbſt verhandelt wurde. Wir haben nun über die eigentliche Aufgabe des Konvents, um derentwillen er berufen war, über den Ausgleich zwiſchen Rudolf und Mathias zu berichten.

---

*) Münchner Reichsarchiv 45/1. 1. Bundesabſchied der Liga vom 4 Sept. 1610.
**) Archiv von Simancas 2496/51. — Wolf: Maximilian Bd. II S. 351 und flg.

Google

Es ist erzählt worden, daß der Kaiser die Berathungen des Fürstenconventes damit eröffnete, daß er in einer Proposition für den im Jahre 1609 ihm durch einen feindlichen Einfall angethanen Schimpf und Schaden Genugthuung verlangte. Welcher Art dieselbe sein sollte, hatte er in einzelnen Unterredungen offen angedeutet, er verlangte nichts mehr und nichts weniger, als daß Mathias die genommenen Länder wieder herausgebe und auf die ihm von den Böhmen ertheilte Anwartschaft auf die böhmische Krone resignire;*) mit einem Worte Mathias sollte auf alle durch seinen Kriegszug erlangten Vortheile Verzicht leisten. In der Proposition hatte Rudolf nichts von alledem erwähnet, sondern nur im allgemeinen Genugthuung verlangt und es so den Fürsten überlassen, seinen Wünschen Ausdruck zu geben und damit auch die Verantwortung für die etwaigen Verwicklungen zu übernehmen.

Zeigten schon die Verhandlungen über Jülich, daß es im Konvente zum guten Theil an staatsmännischer Einsicht und an der zur Ergreifung einer Initiative nöthigen Charakterstärke gebrach, so trat dies jetzt um so greller hervor. Die Kurfürsten, die auch diesmal die eigentlichen Leiter der Unterhandlungen waren, begriffen nicht, daß freundliche Nachgiebigkeit und unsicheres Auftreten in Prag nicht am Platze sei und sie dadurch nicht an das Ziel ihrer Wünsche, einen dauernden Frieden in Oesterreich herzustellen, gelangen würden. Die Klagen des Kaisers machten auf die Kurfürsten von Mainz und Sachsen und zuletzt auch auf den von Köln einen solchen Eindruck, daß sie sich entschlossen, dessen Forderungen zu unterstützen; das unzweifelhafte Wohlwollen, welches sie alle für das Haus Oesterreich bezeigte, machte sie blind, statt sie zu erleuchten. Konnte sich ein vernünftiger Mensch einbilden, daß sich die Herrschaft über Länder und Völker wie ein Kleidungsstück in Folge bloßer Erwägungen und freundlicher Rathschläge wechseln lasse, konnte Jemand glauben, daß Ungarn und Mähren, um von dem durch Tschernembls und Anhalts Intriguen gelockerten Oesterreich zu schweigen, je wieder die Herrschaft des Kaisers, deren Früchte sie so bitter empfunden, würden dulden wollen, selbst wenn Mathias seine Zustimmung dazu gegeben hätte? Und doch traten die Kurfürsten so auf, als ob der Wechsel der Herrschaft etwas leicht durchführbares sei. Das Verlangen nach der Restitution mag bei dem geisteskranken Kaiser als ein wahnsinniger Einfall entschuldigt werden, den Kurfürsten gereicht es nimmer zur Ehre, daß sie in Folge der allgemein gehaltenen Propositon des Kaisers nicht gleich einen Standpunkt eingenommen haben, der von vernünftiger Auffassung der Sachlage zeigte. Und was soll man erst zu

*) Gindely 249/10. Zuniga an Philipp III dto. 20. Mai 1610.

Google

der letzten Forderung des Kaisers, Mathias solle auf die böhmische Nachfolge resignieren, sagen? Durch eine etwaige Verzichtleistung auf die Herrschaft in Ungarn, Mähren und Oesterreich begab sich Mathias wenigstens nicht des Nachfolgerechts und präjudizirte weder seinen Rechten noch denen seines Hauses, durch die Verzichtleistung auf die ihm zustehende Nachfolge in Böhmen begab er sich aber daselbst der begründetsten Ansprüche und versetzte damit dem Erbrechte seines Hauses den Todesstoß. Indem der Kaiser seinem Bruder nicht blos die gegenwärtige Herrschaft sondern auch die Anwartschaft auf die künftige entziehen wollte, gab er dadurch nur seinem Hasse Ausdruck und lieferte den schlagendsten Beweis, daß er tausendmal lieber den Ruin der Monarchie sehe, ehe er die Einbildung fahren lassen wollte, daß er sie mit seiner gebrechlichen Hand leite.

Da die in Prag versammelten Fürsten über die Wünsche des Kaisers im Klaren waren, so war von seiner Seite die allgemein gehaltene Proposition darauf berechnet, ihnen Gelegenheit zu geben, diese Wünsche als die ihrigen kundzugeben. Sie selbst sollten die „Media", wie es seitdem ohne Unterlaß wiederholt wurde, angeben, durch welche dem Kaiser für den erlittenen Schimpf Genüge geschehen sollte. Allein so wenig der letztere mit seinen eigenen Absichten vor der Welt offen auftreten wollte, so wenig wollten die Kurfürsten, trotz ihrer Hinneigung auf des Kaisers Seite, die Initiative mit einem weitgehenden Vorschlag ergreifen. Wie Rudolf die Last der Verantwortlichkeit von seinen eigenen Schultern abwälzen wollte, so die Kurfürsten von den ihrigen. In den Sitzungen des Konvents wiederholte einer über den andern, daß er von den Vorgängen des Jahres 1608 keine rechte Kenntniß habe und folglich nicht wisse, in wie weit Gewalt gegen den Kaiser geübt worden und welche Genugthuung ihm deshalb zu leisten sei. Alle drei Kurfürsten erklärten wie aus einem Munde, daß den beiden Erzherzogen Maximilian und Ferdinand der wahre Sachverhalt besser bekannt sein müsse und sie demgemäß am besten im Stande wären, die „Media der Versöhnung und Genugthuung" anzugeben. Es ward zuletzt ein förmlicher Beschluß von Seite der übrigen Theilnehmer des Konvents gefaßt, die beiden Erzherzoge aufzufordern ihre Meinung abzugeben.

Durch diese Frage ward die Stellung der Erzherzoge eine sehr schwierige; welcher Art auch immer ihre Erklärung sein mochte, sie mußten entweder den Kaiser oder Mathias tödtlich beleidigen. Glücklicherweise ward ihre Lage nicht durch eine schwankende Ueberzeugung erschwert, beide Prinzen waren vielmehr vollständig überzeugt, daß Mathias in eine Verzichtleistung auf die erworbenen Rechte sich nicht einlassen könne. Maximilian hatte dies wiederholt erklärt und in diesem Sinne auch auf Erzher-

Google Original HARVARD

zog Albrecht einzuwirken gesucht, damit sein Gesandter am Prager Kongreß, Graf Gamalerro, sich ihnen anschließe.*) Erzherzog Ferdinand beobachtete eine vorsichtigere Haltung als Maximilian und vermied es beim Kaiser anzustoßen, aber auch er kannte die Verhältnisse in Ungarn und Mähren zu gut, um ernstlich etwas anderes anzustreben, als eine Versöhnung zwischen Rudolf und Mathias auf Grund des gegenwärtigen Besitzstandes. Beide Erzherzoge sahen also bald ein, daß die Frage, welche der Konvent an sie richtete, eine Falle für sie werden dürfte und verlangten einen Tag Bedenkzeit, bevor sie die gewünschte Antwort ertheilen konnten. In der Zwischenzeit bestärkten sie sich in der Ueberzeugung, daß sie in dem Bruderstreite keine maßgebende Stellung einnehmen dürften. Erzherzog Ferdinand bat den Kurfürsten von Köln um eine Privatunterredung und eröffnete ihm, daß er es ablehnen müsse mit einem Ausgleichsvorschlag hervorzutreten, da ihm die Absichten des Kaisers nicht bekannt seien.**) Ebensowenig wollte Maximilian seine Meinung offen aussprechen und als
F. Mai am andern Tage der Konvent sich wieder zur Sitzung versammelte, theilte
1610 der kölnische Kanzler mit, daß die Erzherzoge die Abgabe einer Meinung abgelehnt hätten. Die beiden Erzherzoge motivirten ihr Schweigen damit, daß, da der Kaiser vom ganzen Konvent die Angabe der „Media" zu seiner Genugthuung verlangt hätte, es für sie sich nicht ziemen würde, ihre Meinung allein auszusprechen. Man mußte die Entschuldigung gelten lassen und kam nach mancherlei Hin- und Herreden zu dem Beschlusse, den Kaiser um weitere Mittheilungen sowohl über seinen Streit mit Mathias als auch über die Art der Genugthuung, die er verlange, zu ersuchen. Ein oder zwei Kurfürsten sollten sich zu Rudolf verfügen, um ohne eine weitere schriftliche Prozedur, seine Absichten kennen zu lernen. Wiewohl man wußte, daß dieselben auf eine völlige Restauration gerichtet seien, so wollte man doch vom Kaiser eine Art solenner Bestätigung seiner in einzelnen Gesprächen ausgesprochenen Andeutungen erlangen. Unzweifelhaft gab der Kaiser an einem der folgenden Tage die gewünschte mündliche Erklärung ab, doch sind uns die nähern Umstände der betreffenden Audienz nicht bekannt.

In derselben Sitzung des Konventes ward zugleich darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen kein rechtes Gedeihen haben könnten, so lange sich Mathias nicht an derselben betheilige, weil er ja die Kosten der Genugthuung zu tragen habe. Sämmtliche Mitglieder des Konvents

*) Brüssel. Korrespondenz mit Erzherzog Max. Erzherzog Max an Erzherzog Albert ddo. 5. April 1610 Innsbruck.

**) Mainzer und sächsisches Diarium.

Google

erſuchten deshalb den König — ob mit ausdrücklicher oder ſtillſchweigender Zuſtimmung des Kaiſers, wiſſen wir nicht — um ſeine Theilnahme an ihren Berathungen. Mathias, der zum erſtenmale in geziemender Weiſe aufgefordert wurde, erwiederte, daß er perſönlich zwar nicht erſcheinen könne, ſich aber durch Geſandte vertreten laſſen wolle, wenn dieſen eine genügende Sicherheit geboten würde. Um ſeine Poſition zu ſichern, hatte er ſchon vorher Ausſchüſſe der ungariſchen, mähriſchen und öſterreichiſchen Stände nach Wien berufen, ihnen mitgetheilt, welche Art Verhandlungen in Prag gepflogen würden und ſie verſichert, daß er ſich ohne ihren Rath in keine Verhandlungen einlaſſen werde. Die Antwort der Berufenen lautete für Mathias ſehr befriedigend und konnte ihn überzeugen, daß trotz aller Streitigkeiten, die er mittlerweile namentlich mit den Oeſterreichern gehabt, Niemand ernſtlich daran denke, unter Rudolfs Herrſchaft zurückzukehren.

Man ſollte wohl meinen, daß die Ausſtellung von Geleitſcheinen für die Geſandten des Königs keinen Schwierigkeiten unterliegen konnte, nichtsdeſtoweniger wurden ſolche von Rudolf erhoben und nur durch die Dazwiſchenkunft der Fürſten entfernt, ſo daß Mathias' Geſandte endlich am 31. Mai in Prag eintreffen konnten. Ein Akt entſchiedener Feindſe- 1610
ligkeit von Seite des Kaiſers hätte mittlerweile den Verhandlungen ein ſchnelles Ende bereitet. Rudolf forderte nämlich in einem Schreiben vom 20. Mai geradezu die öſterreichiſchen Stände auf, wieder unter ſeine Herrſchaft zurückzukehren *) und ertheilte überdies dem Oberſten Buchheim, der in Oeſterreich begütert war, den Auftrag ein Regiment zu werben. Mathias begnügte ſich dieſen Vorgängen gegenüber Buchheims feſtes Schloß Raabs zu beſetzen, um ſo jedem ſeiner Unterthanen die Luſt zu einer Verbindung mit dem Kaiſer auf gut Glück zu benehmen. Rudolf klagte beim Nuntius über dieſen Vorgang und der letztere machte deshalb dem Könige ernſte Vorwürfe. Kindiſches Gebahren von Männern, die als Fürſten etwas vom Regieren verſtanden; als ob die Unterlaſſung feindſeliger Handlungen nicht eine ſelbſtverſtändliche Bedingung bei Friedensverhandlungen wäre und als ob Mathias nicht im vollen Recht geweſen wäre, einem Unterthan das Freibeuterhandwerk zu legen.

Die Geſandten, welche Mathias trotz dieſer Zwiſchenfälle nach Prag abordnete, waren der mittlerweile in den Fürſtenſtand erhobene Karl von Liechtenſtein, der ungariſche Vicekanzler Ulrich von Kreuberg und die Herren Helfrich von Meggau und Richard von Stahremberg. Sie hatten den

*) Münchner Staatsarchiv 1162. 23. Johann Georg Markgraf von Brandenburg an Kurpfalz ddo. Jägerndorf den 13/23. Juni 1610.

Google

Auftrag an einer Versöhnung zwischen dem Kaiser und dem Könige zu arbeiten, den letztern wegen seines Vorgehens im Jahre 1608 zu rechtfertigen, die neuerlichen Beschwerden des Königs gegen seinen Bruder, namentlich was die türkische Grenzhilfe betraf, zu erörtern und schließlich von dem Konvent die Angabe der Mittel zu verlangen, durch die ein befriedigender Zustand wiederhergestellt werden könnte. Uebrigens sollten sie keine Verpflichtung eingehen, bevor sie nicht die Zustimmung ihres Herrn eingeholt hätten. Man sieht deutlich aus dieser Instruktion, was Mathias bezweckte. Er wollte nicht bloß im Besitz des Erworbenen bleiben, sondern auch durch den Konvent auf seinen Bruder einen Druck ausüben, daß dieser sich fortan zu einer friedlichen Haltung und einer gebührigen Anerkennung des Geschehenen verstehe. Der Empfang, der seinen Gesandten in Prag zu Theil wurde, gab jedoch nur wenig Hoffnung, daß der Konvent seinen Wünschen nachkommen werde. Im Auftrage desselben hielt der Mainzische Kanzler eine
2 Juni 1610 Ansprache an sie, in der er die Hoffnung äußerte, sie seien mit genügsamer Vollmacht ausgerüstet, damit des Kaisers Autorität durch eine ordentliche Genugthuung wieder hergestellt werde. Im Laufe der weiteren Verhandlungen präcisirten die Fürsten diese Genugthuung dahin, daß des Kaisers geschwächte Autorität wieder hergestellt und *ihm die entrissenen Länder zurückgegeben werden müßten.*

So direkt aufgefordert anzugeben, welche Opfer ihr Herr dem Frieden bringen wolle, entgegneten die Gesandten, daß es demselben nicht möglich sei, dem Kaiser eine reale Genugthuung zu geben, alles, was er thun könne, sei die Leistung einer „persönlichen Satisfaktion". Sie legten allen Nachdruck darauf, daß die Liebner Verträge des Jahres 1608 endgiltig seien und vom Kaiser nicht angegriffen werden könnten, daß Mathias übrigens nicht allein stehe, sondern die Stände seiner Länder hinter ihm; ohne deren Zustimmung könne er sich in keine Unterhandlung einlassen, welche die Liebner Verträge in Frage stellen würde. Nochmals die Versicherung abgebend, daß Mathias zu einer persönlichen Genugthuung erbötig sei, baten sie, man solle die Mittel einer solchen angeben, sie würden hierüber an ihren Herrn berichten. Obwohl zwischen den Gesandten des Königs und den Mitgliedern des Konvents noch längere Zeit, im ganzen an drei Wochen verhandelt wurde, so kam es doch zu keinem Resultat; den Beschwerden der Fürsten über die Schwächung der kaiserlichen Autorität entgegneten die Gesandten mit mehr und weniger künstlichen Schilderungen der bisherigen Vorgänge. Auch die Werbungen in Passau kamen zur Sprache, die Gesandten verlangten deren Abbestellung, wurden aber vom Konvente abgewiesen, da der Kaiser zu seinem Schutze und nicht zum Angriffe rüste

Google Original from HARVARD UNIVERSITY

Da ſich das Erſcheinen der Geſandten als fruchtlos erwies, weil ſie nichts anzubieten hatten, und Mathias eine wiederholte Aufforderung ſeinen Aufenthalt in einem näher an Prag gelegenen Orte zu nehmen, ablehnte, beſchloß der Fürſtenkonvent ſelbſt die Verhandlungen mit ihm in die Hand zu nehmen. Der Kurfürſt von Köln, Erzherzog Ferdinand und der Herzog von Braunſchweig wurden zur Reiſe nach Wien erſehen und ihnen außerdem von den übrigen Fürſten Räthe beigeordnet. Der Kaiſer, um ſeine Erlaubniß zur Anknüpfung dieſer direkten Verhandlungen erſucht, ertheilte dieſelbe mit der Bemerkung. Glaubten die Fürſten, daß ſein Bruder durch perſönliche Beſprechung ſich zur Reſtitution werde bewegen laſſen, ſo laſſe er ſich dieſe gefallen.*) Die Inſtruktion, welche der Konvent ſeinen Geſandten nach Wien mitgab, entſprach in ihrem erſten Theil vollſtändig den Wünſchen des Kaiſers, ſie verlangte nämlich völlige Rückgabe der entriſſenen Länder, in ihrem zweiten Theile aber geſtattete ſie die Eröffnung von Unterhandlungen über eine andere Art der Genugthuung, wenn ſich Mathias nicht zu dieſer weitgehenden verſtehen wollte.**) Dieſer zweite Theil der Inſtruktion zeigt, daß endlich die Majorität des Fürſtenkonvents zu derſelben Einſicht, wie die Erzherzoge gelangt war, und die Lage des Königs würdigte. Den Wünſchen Rudolfs entſprach dieſer Umſchwung in ihren Anſchauungen nicht und von nun an betrachtete er die Berathungen des Konvents mit Mißtrauen, das bald genug einem ausgeſprochenen Widerwillen Platz machte. 10 Juni 1610

Am 28. Juni reiſten die Konventsgeſandten nach Wien ab und langten daſelbſt am 3. Juli an, von Mathias auf das feſtlichſte empfangen. Schon auf der Reiſe drängte ſich den Fürſten und ihren Begleitern überall die Erfahrung auf, daß Niemand von einer Herrſchaft des Kaiſers etwas wiſſen wolle, während ſich für die des Königs eine entſchiedene Neigung ausſprach. Gleiches beobachteten ſie auch in Wien, in Privatgeſprächen hörten ſie von aller Welt, daß ſelbſt wenn der König in eine Abtretung der Länder willigen ſollte, die Stände dies nie dulden würden. Mit einem Worte, die Abneigung gegen das kaiſerliche Regiment, welche mittlerweile in den Hintergrund getreten war, machte ſich mit einer Heftigkeit geltend, die an den Frühling von 1608 erinnerte und den Tieferblickenden die Ueberzeugung beibringen konnte, daß Mathias ſich eher des Reſtes von Rudolfs Beſitzungen bemächtigen würde als umgekehrt, wenn es zu einem ernſten Streite kam. Die Paſſauer Rüſtungen machten auf die Oeſterreicher 1610

*) Hurter: Ferdinand II, Bd. VI 26.

**) Sächſ. Staatsarchiv. Oeſterr. Akten. 9275. Inſtruktion des Fürſtenkonvents für die nach Wien reiſenden Fürſten. dto. 20. Juni 1610.

Google

einen beſonders erbitternden Eindruck; überzeugt, daß es mit denſelben auf einen Handſtreich abgeſehen ſei, ſuchten ſie ſich trotz allen Friedensverhandlungen zur Gegenwehr bereit zu machen und bei den Ungarn die nöthige Unterſtützung zu erlangen. Erbitterung alſo und das entſchiedenſte Mißtrauen gegen den Kaiſer fanden die Komentsgeſandten vor, als ſie von dem Könige die Rückgabe der Länder begehren ſollten.

Die erſte Konferenz zwiſchen Mathias und ſeinen Räthen und den Fürſten nebſt ihren Begleitern fand am 5. Juli ſtatt. Auf Mathias Seite waren bei den Berathungen zugegen: Khleſl, Karl von Liechtenſtein, Trautſon, Meggau und Krenberg.*) Im Namen der Prager Geſandten ergriff der Vicedom des Kurfürſten von Mainz, Brämſer, das Wort und indem er auf eine Schilderung der Ereigniſſe des Jahres 1608 überging, hielt er dem König Mathias ein langes Sündenregiſter vor, wie vielfach er ſich vergangen und wie ſehr des Kaiſers Anſehen herabgewürdigt worden. Der langen Rede Schluß war der, man erwarte von Mathias, daß er in Anbetracht der ſchweren Beleidigungen, die er dem Kaiſer zugefügt, zur Ausſöhnung durch Wiederabtretung der Länder anhalten werde. Dieſen Angriff ließ Mathias zwei Tage ſpäter durch ſeinen Vicekanzler auf eine nicht minder ſcharfe Weiſe beantworten. Die Entgegnung hielt vor allem an der Unverbrüchlichkeit der Verträge feſt, die nicht geſtatte, etwas an dem, was vor zwei Jahren in Wien beſchloſſen, zu ändern. Auf dieſe Erwiderung blieben die Fürſten ihrerſeits auch nicht eine Antwort ſchuldig, welche ſich theils in Beſchuldigungen, theils in Drohungen ergoß, worauf wieder Mathias in gebührender Weiſe entgegnete. Acht Tage verſtrichen ſo unter Angriffen und Entgegnungen und noch zeigte ſich nicht die mindeſte Ausſicht auf eine gütliche Verhandlung; die Fürſten traten nur dem erſten Theil ihrer Inſtruktion gemäß auf, verlangten nur die Rückgabe der Länder und ließen nicht durchblicken, daß ſie von Seite ihrer Kollegen weitere Vollmachten erhalten hätten. Am 10. Juli waren ſie entſchloſſen die weitern Verhandlungen mit Mathias vorläufig abzubrechen und über die Reſultatloſigkeit der Bemühungen an den Kaiſer zu berichten.**)

Es iſt uns nicht weiter bekannt, durch wen in dieſer Situation zuerſt eingelenkt wurde, wir wiſſen nur ſo viel, daß die Geſandten ſich auch des zweiten Theiles ihrer Inſtruktion erinnerten und daß der Herzog von Braunſchweig nach mancherlei Beſprechungen mit den königlichen Räthen einen Ausgleichsentwurf vorlegte, der von der Rückgabe der Länder ganz abſah. Die wichtigſten Punkte dieſes Vertrags waren: der erſte, der

15. Juli 1610

*) Wiener Staatsarchiv. Mainzer Akten. Brämſers Relation über die Mainzer Mission.

**) Brämſers Relation im Wiener Staatsarchiv.

Google

mähr dem der König seinem Bruder nach einer vorgeschriebenen Formel für die angethane Beleidigung Abbitte leisten sollte und der dritte, vermöge dem der erstere jährlich 50.000 Gulden und 2000 Eimer Wein als Ersatz für die abgetretenen Länder zu verabfolgen hatte, wofür der Kaiser sich verpflichten sollte nicht gegen eine Türkenhilfe für Mathias, wenn sich die ihm unterthanen Länder aber das deutsche Reich zu einer solchen entschließen wollten, aufzutreten, ja bei einem Reichstag sogar dafür zu wirken. In den übrigen neun Punkten *) des Entwurfs wird ein völliger und aufrichtiger Friede zwischen Kaiser und König stipulirt und insbesondere noch bestimmt, daß Mathias sich in keine auswärtigen Verhandlungen namentlich mit den Türken ohne Vorwissen seines Bruders einlassen solle. Der Vertragsentwurf fand nicht bloß die Billigung des Königs und seiner Räthe, sondern auch die des Kurfürsten von Köln und des Erzherzogs Ferdinand. Mit diesem Vergleichsentwurf wurde der Herzog von Braunschweig an Rudolf abgeschickt.

Um den Kaiser zur Annahme des Vertrags zu bewegen, schrieben zu gleicher Zeit der Kurfürst von Köln und Erzherzog Ferdinand an ihn. Das gemeinschaftliche Schreiben beider ist ein offenes und ehrliches Aktenstück, wie selten eines, indem es dem Kaiser ohne alle Umschweife und unmännliche Schonung mittheilt, daß eine Rückgabe der Länder unmöglich sei und der Ausgleichsentwurf das Höchste, was Mathias bewilligen könne. Nachdem sie im Eingange ausführlich berichtet hatten, daß sie auf ihrer Reise überall nur einer feindseligen Stimmung gegen den Kaiser begegnet seien und hieraus keine Möglichkeit ersähen, wie derselbe wieder in den friedlichen Besitz der verlorenen Länder gelangen könne, warnen sie ihn — offenbar mit Rücksicht auf seine Passauer Rüstungen, deren Geheimniß sie zwar nicht kannten, aber doch vermuthen mochten — vor je-

*) Nach dem 2. Punkt des Vergleichs sollte der Kaiser es nicht als Trotz deuten, daß Mathias die Länder nicht zurückgebe, sondern dies der Unmöglichkeit zuschreiben. Punkt 4 stipulirt stete Freundschaft zwischen Kaiser und König. Nach Punkt 5 solle Mathias ohne des Kaisers Vorwissen keine Verhandlungen mit auswärtigen Mächten beginnen. Punkt 6 bestimmt, daß künftige Irrungen durch befreundete Fürsten beigelegt werden sollen; Punkt 7, daß der Kaiser Abgesandten des Königs ohne Zögern Audienz geben werde; Punkt 8, daß die Akten der an Mathias übergebenen Länder ihm überliefert werden sollen; Punkt 9, daß der König sich in keine dem Kaiser feindlichen Verbindungen einlassen werde; Punkt 10 ertheilte völlige Amnestie allen an den bisherigen Streitigkeiten betheiligten; Punkt 11 verbietet den Anhängern des Königs vom Kaiser schlecht zu reden und umgekehrt; Punkt 12 bestimmt, daß die Mitglieder des Prager Konvents Bürgen des Vertrags seien. Nehme ihn der Kaiser nicht an, so sei auch der König nicht an denselben gebunden. — Hammer: Khlesl, Bd. II. Urkundensammlung S. 256.

Google Original from HARVARD UNIVERSITY

der Gewalt. Die Anwendung der Waffen sei der sichere Ruin des habsburgischen Hauses; ehe Oesterreich, Mähren oder Ungarn sich eine gewaltsame Herrschaft des Kaisers gefallen lassen würden, würden sie sich dem Türken unterwerfen. Die Illusionen, die sich der Kaiser gemacht habe, als ob ein Theil der Oesterreicher geneigt wäre, unter seine Herrschaft zurückzukehren, beruhten auf nichts, als Lug und Trug. Einige der grausamsten Gegner seines Hauses, deren jeder Ausgleich zwischen den Brüdern verhaßt sei, weil sie ihren Ruin herbeizuführen wünschen, seien die Verfasser solcher den Kaiser irreführender und mit gefälschten Unterschriften versehener Schreiben. Alles, was dem Kaiser gesagt werden konnte, um ihn zu der Ueberzeugung zu bringen, daß nicht mehr erreicht werden könne, als der Ausgleichsentwurf ihm bot, daß er aller Welt verhaßt sei, daß er durch seine Angriffe vielleicht den Untergang seines ganzen Hauses, unter allen Umständen aber den seinigen herbeiführen werde, alles das enthielt der Brief in der respektvollsten aber schonungslosesten Form. So die freie Meinung zweier Fürsten, die gewiß nicht des Kaisers Nachtheil wollten.*)

Eine solche Sprache war es aber nicht, die der Kaiser erwartete, nachdem er durch die bis an's Lächerliche grenzende Nachgiebigkeit des Konvents in dem Wahne bestärkt worden war, daß sich seine Restitution durch einige Schriftstücke und Wechselreden verwirklichen lasse. Schon die vom Konvent den Gesandten nach Wien mitgegebene Instruktion mußte ihn überzeugen, daß seine fürstlichen Gäste zuletzt den Ausgleich in etwas anderem suchen könnten, als in seiner vollständigen Befriedigung. Seine üble Laune erreichte von da an wieder jene Höhe, zu der sie in den schlimmsten Tagen von 1608 und 1609 gelangt war; den Kurfürsten gab er ungnädig zu erkennen, daß ihre Anwesenheit ihm eine Last geworden sei und gegen einzelne Mitglieder seines Rathes, namentlich Hegenmüller, ergoß er sich in den schmähendsten Vorwürfen. Beim Essen stieß er die Tafel sammt den darauf befindlichen Speisen um und bedrohte sogar eines Abends seinen Kämmerer am Leben, indem er ihm den Degen auf die Brust setzte.**) Solche Zustände waren nicht glückverheißend für den Ab-

*) Wiener Staatsarchiv. Kurfürst und Ferdinand an den Kaiser ddo. 14. Juli 1610.

**) Hurter: Ferdinand II. Band VI. S. 305. — Münchner Reichsarchiv 44/2 396. Donnersberg an Max von Baiern ddo. 10. Juli 1610. Donnersberg erzählt: Diser Tag sein Khay. Mt. der übl zu Paß gewesen, über ein Mittag essen all und spetzen unfürsehens alles über einander geschossen, in das Zimmer gangen, der Hegenmüller begert, als er thommen und am Cammerdiener den Hegenmüller angerueft hat Khayf. Mt. dem Cammerdiener bevolchen, sag dem Hegenmüller, er sei ein Letzer, hab Khayf. Mt. lang genug betrogen, er soll worthen mit mehr betriegen . . .

Google Original from HARVARD UN

gang einer Verhandlung, in welcher es besonders auf seiner Seite einer philosophischen Resignation bedurfte. Als demnach der Herzog von Braunschweig in Prag erschien und den Entwurf überreichte, übergab ihn Rudolf solchen Personen zur Begutachtung, von denen keine ersprießliche Thätigkeit für die Herstellung des Friedens erwartet werden konnte: Sulz und Hegenmüller, welche beide in das Passauer Unternehmen verwickelt waren. Dennoch ward ein wichtiger Punkt des Vergleichs auch von ihnen acceptirt; sie empfahlen dem Kaiser, nicht auf die Restitution der Länder, sondern nur auf eine allerdings wesentliche Modification der einzelnen Vergleichsartikel zu dringen.*) Ihre Vorschläge ließ sich der Kaiser gefallen und verlangte darnach neben der Abbitte, welche der König durch die Erzherzoge Maximilian und Ferdinand und den Herzog von Braunschweig leisten sollte, 1. daß der Vertrag vom Jahre 1606 ausgeliefert werde, 2. daß Mathias die Länder, da er sie nicht zurückgeben wolle, unter seiner (des Kaisers) Oberhoheit als sein Lehensmann verwalte, 3. daß die Befehlshaber in den gegen die Türken errichteten Grenzfestungen in des Kaisers Eid und Pflicht genommen werden, 4. daß Mathias seinen Einfluß bei der Grazer Linie verwende, auf daß diese zu Gunsten des Kaisers auf ihren Antheil auf Tirol Verzicht leiste und 5. endlich, daß die jährliche Pension an Geld und Wein über den von Mathias zugestandenen Betrag erhöht werde.**) Andere Forderungen waren geringerer Art und konnten den Abschluß des Vertrags kaum verhindern.

Unter diesen vom Kaiser verlangten Aenderungen ist die erste unwesentlich, wenngleich Rudolf ihr eine große Bedeutung beilegte, beide wichtiger sind die folgenden. Das Verlangen, Mathias solle den Kaiser als Lehensherrn ansehen, war schon an und für sich undurchführbar, weil die Ungarn unter keiner Bedingung zugegeben hatten, daß ihre Krone in ein, wenn auch nur vorübergehendes Lehensverhältniß, zwar nicht zum deutschen Reich, wohl aber zum deutschen Kaiser trete. Zugleich konnte Rudolf in kurzer Zeit aus diesem Lehensverhältniß eine Masse Rechte ableiten, bei denen kein Friede von Dauer sein konnte. Eben so würde die Forderung, daß die ungarischen Grenzfestungen von dem Kaiser abhängen sollten, in Ungarn eine doppelte Regierung, zwei Souverainitäten, zur Folge gehabt haben, ein Unsinn, der auf der Hand liegt. Das Verlangen, Mathias solle seinen Einfluß bei der Grazer Linie verwenden, damit diese ihrem Antheil auf Tirol entsage, hatte zwar für den König nichts lästiges,

*) Hurter IV, 306.

**) Archiv von Wolfenbüttel. Hier befindet sich eine Abschrift des vom Kaiser modificirten Vertragsentwurfs, verfertigt von dem Herzog von Braunschweig selbst.

Google

iſt aber inſofern von Wichtigkeit, als es den Plan des Kaiſers über Tirol zu Gunſten Leopolds zu verfügen deutlicher hervortreten läßt. Die Forderung einer höhern Jahrespenſion war an und für ſich nicht von Bedeutung, konnte es aber dadurch werden, wenn die Mathias unterworfenen Länder ſich weigerten, eine Laſt zu übernehmen, der ſie ihre Zuſtimmung nicht gegeben hatten. Und dieſe Weigerung war mit Gewißheit zu erwarten.

Bevor der Kaiſer den Herzog von Braunſchweig mit dieſen Zuſätzen nach Wien ſchickte, um deren Annahme bei Mathias zu bewirken, legte er dieſelben den in Prag anweſenden Fürſten: Kurmainz, Kurſachſen, Maximilian, Leopold und Ludwig von Heſſen-Darmſtadt zur Begutachtung vor. Es iſt ſonderbar, daß keinen der Fürſten, ſelbſt nicht Maximilian, der ſtets des Königs Mathias Partei in allem Billigen hielt, Anſtoß an jenen Punkten nahm, welche Ungarn betrafen und wirklich bedenklich waren, ſondern nur an dem wegen Erhöhung der Penſion. Sie machten den
1610 Kaiſer darauf aufmerkſam, daß Mathias und die in Wien verſammelten Ausſchüſſe ſich ohne Bewilligung der Landtage zu keiner höheren Beitriſtung würden verpflichten wollen und daß es eine ſehr gefährliche Sache ſei, abermals die Länder in dieſen Streit hineinzuziehen.*) Der Kaiſer nahm jedoch auf dieſe Bemerkung ebenſowenig Rückſicht wie auf eine andere, in der ihn dieſelben Fürſten aufforderten, er ſolle eine bindende Erklärung abgeben, daß das zu Paſſau verſammelte Kriegsvolk zu keinem Angriffe beſtimmt ſei. So reiſte der Herzog von Braunſchweig ab, ohne daß der Kaiſer an ſeinen Vorſchlägen etwas geändert hätte.

Nach ſeiner Ankunft in Wien wurde der kaiſerliche Vertragsentwurf unverweilt zum Gegenſtand einer eingehenden Kritik von Seite Mathias' und ſeiner Räthe gemacht. Zugezogen wurden zu den Verhandlungen dieſelben Perſonen, wie in dem verfloſſenen Monate. Die erſte Forderung des Kaiſers, die Auslieferung des Vertrags von 1606 betreffend, ſtieß auf keinen beſondern Widerſtand: Khleſl erklärte dem Kurfürſten von Köln, Mathias wolle den Vertrag in die Hände der in Wien anweſenden Fürſten mit der Vollmacht, ihn zu laſſiren, übergeben, ſobald der Antrag vom Kaiſer ratificirt ſei.**) Dies war gewiß ein billiges Anerbieten, es

*) Archiv von Wolfenbüttel. Rhn die Röm. Kay. Maj. vor zu Prage anweſenden Chur- und Fürſten Erzherzogen und Fürſten underthenigſt Bedencken.

**) Bei dieſer Gelegenheit gelangen wir zur Kenntniß einer intereſſanten hiſtoriſchen Nachricht. Hammer Purgſtall hat die Meinung ausgeſprochen, daß Khleſl höchſt wahrſcheinlich der Verfaſſer des Vertrags von 1610 ſei und ſeiner Meinung pflichteten wohl alle bei, welche über dieſe Periode Studien angeſtellt haben. Aus einem Wolfenbüttler Manuſkripte, das von des Herzogs von Braunſchweig eigener Hand

Google

wollte aber den Konventsgesandten deshalb nicht genügend scheinen, weil sie wußten, wie eigensinnig der Kaiser auf seinen Forderungen zu verharren pflegte und daß er wahrscheinlich darauf erpicht sei, ein Aktenstück zu besitzen, in dem er den Grund seiner Niederlage im Jahre 1606 suchte. Unnachgiebiger waren Mathias und seine Räthe in jenen Punkten, die wir bereits herausgehoben haben. Auch sie übersahen nicht das Gefährliche des Artikels, in welchem der Kaiser verlangte, daß sich sein Bruder zu seinem Vasallen erkläre. Um jedoch demselben in allem gerecht zu werden, was den bestehenden Reichsverhältnissen entsprach, erbot sich Mathias in Bezug auf die abgetretenen „österreichischen Lande" seinen Bruder als Lehnsherrn anzuerkennen. Da nach dem staatsrechtlichen und gewöhnlichen Sprachgebrauche jener Zeit weder Ungarn noch die böhmischen Kronländer mit dem Namen „österreichische Lande" belegt wurden, wie das allgemein bekannt ist, so erbot sich Mathias nur zur Leistung der Lehenspflicht in Bezug auf Ober- und Niederösterreich. In gleicher Weise lehnte es Mathias ab, seinem Bruder das Kommando über die ungarischen Grenzfestungen zu überlassen, doch that er dies nicht in schroffer Weise, sondern vertröstete ihn sogar damit, daß er bei einem künftigen ungarischen Reichstag seinen Wunsch befürworten werde. Die Erhöhung der jährlichen Pension über die Summe von 50.000 fl. und die Lieferung von 2000 Eimer Wein lehnte der König einfach ab. *)

Während Mathias und seine Räthe an dem Rudolfinischen Gegenentwurf die hier mitgetheilten Korrekturen vornahmen, waren die in Wien anwesenden Fürsten nicht müßig, das Interesse des Kaisers zu vertreten und zu verlangen, daß nichts in seinen Anträgen geändert werde. Der Streit drehte sich vielfach nicht bloß um die ihrer Bedeutung und Folgen wegen wichtigen Artikel, sondern selbst um den Wortlaut einiger andern. So hatte z. B. Rudolf im Artikel 3 seines Entwurfs sich der Worte be-

herrühre, erfahren wir, daß dem nicht so sei. Khlesl unterhielt sich mit dem Kurfürsten von Köln eines Tages über diesen Vertrag und erklärte dabei ausdrücklich, daß nicht er sondern Dr. Kopl, der mittlerweile verstorben war, dessen Verfasser gewesen. Eine bedeutende Einflußnahme auf Inhalt und Wortlaut des Aktenstückes von Seite Khlesls wird natürlich dadurch nicht ausgeschlossen. Es ist nicht anzunehmen, daß Khlesl die Unwahrheit gesprochen, denn gewiß wurde über den Vertrag von 1606 um diese Zeit in Wien sehr viel gesprochen und der Kurfürst konnte sich leicht überzeugen, ob Khlesls Angabe richtig sei.

*) Archiv von Wolfenbüttel. Punctа so der Vereinigungstractat zwischen J. K. M. und derselben Brüdern aufgerichtet, inserirt werden sollen. — Ebendaselbst. Bedenken der zu Prag anwesenden Chur- und Fürsten an die Röm. Kay. M. dto. 26. Juli 1610.

Google

dient, daß Mathias wegen der Liebe, die er zum Kaiser „aus Grund seines Herzens trägt, demselben wegen der gefaßten Ungnade gebührliche ja alle mögliche Satisfaktion in effectu bemerken und in die begehrte Restitution einwilligen wollte," wenn er dies nicht aus verschiedenen Ursachen unterlassen müßte. Mathias verwarf diese Stilisirung und wollte statt der Worte: „aus Grund seines Herzens" nur „von Herzen" setzen und statt der Worte: ‚gebührliche ja alle mögliche Satisfaktion" die Worte „alle mögliche und gebührliche Satisfaktion" gebrauchen. Da er bei dieser Aenderung trotz der Einsprache der Fürsten, die des Kaisers Reizbarkeit in Kleinigkeiten wohl kannten und fürchteten, verblieb, so erscheint sein Benehmen in diesem Augenblick in keinem günstigen Lichte, denn des Kaisers stürmische Fassung vergriff sich wahrlich an keinem Souveränitätsrechte seines Bruders. Noch verlangten auch die Fürsten, Mathias solle wenigstens dem Kaiser dadurch zu Willen sein, daß er seine jährliche Leistung auf 60.000 Gulden und 3000 Eimer Wein erhöhe, allein derselbe schlug auch diese Forderung ab. Alles was nach einer Verhandlung von neun Tagen über die ursprünglichen Anträge zu Gunsten des Kaisers bestimmt wurde, betraf allein die Vernichtung des Vertrags der Erzherzoge vom Jahre 1606. *)

Nachdem die Verhandlungen so weit gediehen waren, stellte Mathias am Schlusse noch einige Bedingungen für die Gültigkeit des Ausgleichs. Mißtrauisch gegen den Kaiser, daß dieser sich nicht an dem abgeschlossenen Vertrag werde halten wollen, verlangte er, daß die Mitglieder des Konvents die Garantie für dessen Einhaltung übernehmen und gegen den, der ihn brechen würde, faktisch dem andern Hilfe leisten sollten. Ferner stellte er die Forderung auf, um nicht durch des Kaisers unberechenbare Zögerungen aufgehalten zu werden und wegen des Passauer Volks gesichert zu sein, daß der Vertrag die Ratifikation des Kaisers längstens bis Ende August erhalte und dann nach Monatsfrist alles Kriegsvolk beiderseits abgedankt werde, widrigenfalls er sich aller eingegangenen Verpflichtungen für entbunden erachte. Da endlich bestimmt worden, daß Mathias den

*) Archiv von Wolfenbüttel. Protocollum Viennense von 8—15. August. — Ebendaselbst. Der anwesenden Chur- und Fürsten Erinnerung bei der übergebenen Rottel dto. 3/13. Aug. 1610. — Ebendaselbst. Chur- und Fürsten fernere Erinnerung den königlichen Räthen beigeben dto. 1/11. Aug. — Ebendaselbst die königliche Erinnerung (vor dem 11. Aug. verfaßt). — Ebendaselbst der deputirten Chur und Fürsten Erinnerung dto. 5/15. Aug. — Wir bemerken hier, daß das Archiv von Wolfenbüttel reich ist an Schriftstücken meistens von des Herzogs von Braunschweig eigener Hand geschrieben, die sich auf den Bruderzwist beziehen und die wir hier zum erstenmal benützen.

Google

Kaiser durch die drei oben genannten Fürsten um Verzeihung bitten sollte, verlangte er, daß hiebei keiner der Fürsten sein Knie beuge, weil er sonst gegen eine solche Erniedrigung seines Ansehens protestiren müßte. Die Konventsgesandten erhoben Schwierigkeiten wegen der Gewährung dieser 15Aug. Punkte, weniger wegen des ersten die Bürgschaft betreffenden, als wegen der 1610
zwei andern. Sie beschwerten sich darüber, daß Mathias dem Kaiser Tag und Stunde der Ratifikation bestimme und verlangten, daß er demselben den Termin bis in die erste Hälfte des Monats September verlängere und daß von da an erst der Monat, binnen welchem das Kriegsvolk beiderseitig abzudanken sei, beginne. Auch solle Mathias als der Beleidiger mit der Entwaffnung den Anfang machen. Bezüglich der Kniebeugung sprachen sie die Erwartung aus, daß der Kaiser sie nicht fordern werde, doch solle Mathias dieselbe nicht in vorhinein verweigern, um nicht des Kaisers verletztes Gemüth neuerdings zu reizen.*) Diesen Einwendungen gab Mathias im ganzen Gehör, und bestand nur auf dem Punkte, in welchem er die kaiserliche Ratifikation längstens bis zum 31. August verlangte, widrigenfalls er sich von allen eingegangenen Verpflichtungen für losgebunden erklärte. Man darf ihn in dieser Beziehung keineswegs des Eigensinns oder des Mangels an Nachgiebigkeit beschuldigen, er selbst wurde von den in Wien versammelten ständischen Ausschüssen zum raschen Abschluß oder Abbruch der Friedensverhandlungen gedrängt, denn die Länder waren im höchsten Grade unwillig, daß sie bereits so lange die Kosten abermaliger Rüstungen tragen mußten. Am 17. August ward endlich die Schlußredaktion 1610
des Vertrages zu Stande gebracht und von Mathias, dem Kurfürsten von Köln, dem Erzherzog Ferdinand und dem Herzog von Braunschweig unterzeichnet.**)

Mit dem Vertragsentwurf reiste unmittelbar darauf der Herzog von Braunschweig ab, ihm folgten wenige Tage später die übrigen Gesandten. Angelangt in Prag beeilte sich der Herzog den Kaiser von dem Erfolg seiner Thätigkeit in Wien in Kenntniß zu setzen. Als Rudolf erfuhr, daß die Verhandlungen das von ihm gewünschte Resultat nicht erlangt hätten, war er im höchsten Grade darüber erbittert und sein Unwille mochte noch

*) Wolfenbüttler Archiv. Der deputirten Chur- und Fürsten beschehene fernere Erinnerung dto. 5/15. Aug.

**) Wolfenbüttler Archiv. Notula des Vertrags zwischen der Röm. Kay. Mt. und Kon. Würden, wie dieselbe zu Wien abgeredet und geschlossen. dto. 7/17. Aug. 1610. — Hurter 4 über das Datum der schließlichen Redaktion des zweiten Wiener Vertrags im Zweifel. Eine Kopie des zweiten Vertragsentwurfs, vollständig von dem Herzog von Braunschweig niedergeschrieben und im Archiv von Wolfenbüttel befindlich, trägt das Datum 7/17. August.

Google Original HARVARD

mehr getrübt werden, als er bemerkte, daß Korrekturen an dem von ihm vorgeschlagenen Text selbst bei unwesentlichen Worten vorgenommen wurden. Da nach seiner Meinung Khlesl der Urheber und Verfasser aller dieser Aenderungen war, so trug auch dies nicht wenig zur Steigerung seiner Aufregung bei.*) Die in Prag anwesenden Fürsten erfuhren bald zu ihrem nicht geringen Schrecken, daß vom Kaiser eine Ratifikation des Wiener Entwurfs nicht zu erwarten sei; sie sahen nicht nur, wie der Termin für ihre Abreise in immer weitere Ferne rückte, sondern auch wie die Friedensverhandlungen zwischen Rudolf und Mathias geradezu zu einem feindlichen Zusammenstoß führen konnten. Die bedeutendsten Einwürfe, welche der Kaiser gegen den neuen Ausgleich erhob, bestanden darin, daß der Artikel, in welchem er die Auslieferung des Vertrags vom Jahre 1606 forderte, nicht in demselben vorhanden sei und Mathias sich nur zur Kassirung aber nicht zur Auslieferung dieser Urkunde verstehen wolle, dann aber, daß stilistische Aenderungen in einzelnen Sätzen vorgenommen worden seien, an denen er nichts geändert wissen wollte. Von denjenigen Fürsten, welche schon bei der Eröffnung des Konvents zugegen waren, war der Kurfürst von Sachsen mittlerweile nach Dresden gereist, die übrigen, alle wieder in Prag vereint, bemühten sich emsig den Kaiser zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Ihre Bestrebungen waren aber schon deshalb vergeblich, weil der Kaiser sie nicht vor sich ließ und überdies in seiner Unnachgiebigkeit durch den Erzherzog Leopold unterstützt wurde. Was die Ursache hievon gewesen, ist theils bekannt, theils wird bald umständlich hierüber berichtet werden, hier nur so viel, daß letzterer vor allem bedacht war die Entlassung des Passauer Volkes zu hindern und deshalb dem Friedenswerk, welches dieselbe forderte, nicht hold sein konnte. Neben dem Erzherzog besaßen noch andere Personen nicht minder üblen Einfluß auf die kaiserlichen Entschließungen, wie Dr. Arnaustetter, Rudolfs protestantischer Leibarzt, der denselben unterhielt abriet so demüthigenden Bedingungen sich zu unterwerfen, außerdem aber der bereits genannte Gotthard von Starhemberg, welcher ab und zu als angeblicher Vertrauensmann des österreichischen Adels nach Prag kam und mit wahren oder gefälschten Adressen des Adels Sinn berückte und durch das Phantom einer baldigen Restitution bezaubert hielt.**) Unter diesen Einflüsterungen verhärtete sich sein Gemüth immer gegen jede Nach-

*) Archiv von Wolfenbüttel. Protokoll der Kurfürstensitzung vom 27. Aug. 1610 in Prag. In diesem heißt es ausdrücklich, daß der Herzog von Braunschweig nie recht Obacht den Wiener Vertrag vom 17 August konzipirt habe und der Kaiser Verdacht ohne Grund sei.

**) Münchner Staatsarchiv 342/37, 7 Peter von Rosenberg an den Pfalzgrafen Herzog Ludwig ddo. 7. Sept. 1610. — Hurter Bd. VI, S. 326.

Google

giebigkeit, daß es mehr als zweifelhaft war, ob er überhaupt einen Frieden schließen wolle, selbst wenn sein Bruder in die von ihm verlangten Modifikationen eingehen würde.

So verstrich ein Tag um den andern und es näherte sich der 31. August, bis zu welchem Mathias verhandeln zu wollen erklärt hatte. In diesen trüben Tagen verdient das Benehmen des Herzogs von Braunschweig alles Lob. Wiewohl er nur zufällig zur Theilnahme an den Rentenberathungen gezogen worden war — er war nach Prag nur wegen seines Streites mit den Braunschweigern gekommen, — so ließ er sich dieselben doch emsig angelegen sein, und als er zur Gesandtschaft in Wien verwendet wurde, entwickelte er daselbst eine solche Thätigkeit, daß ihm fast allein das Verdienst zugeschrieben werden muß, wenn die Verhandlungen einen beschleunigten Gang nahmen. Als nun nach seiner Rückkunft nach Prag des Kaisers Widerwille gegen einen Ausgleich so sichtlich hervortrat und die übrigen Fürsten mehr oder weniger die Hände in den Schooß legten, ward er nicht müde beim Kaiser und den Geheimräthen schriftlich und mündlich, wie es anging, zu petitioniren, damit die Verhandlungen über die abermals vorzuschlagenden Aenderungen des zweiten Wiener Vertragsentwurfs doch endlich aufgenommen würden. Es war dieses beständige Sturmlaufen keine angenehme Beschäftigung, er war zeitweise so ermüdet und trostlos über „die Zustände in Prag, daß er seines Theils den Tag und die Stunde verfluchen wollte," an dem er sich an diesen Händeln zu betheiligen begonnen.*)

Das Drängen des Herzogs und seine Bitten um Audienz hatten endlich den Erfolg, daß der Kaiser zwar nicht die Audienz gewährte, aber doch die Erlaubniß zum Beginne neuer Verhandlungen zwischen dem Geheimrath und dem Herzog ertheilte. Dieselben nahmen am 27. August ihren 1610
Anfang, und es betheiligten sich daran der Erzherzog Leopold, der Landgraf von Leuchtenberg, der Graf Sulz, Hannewaldt, Hegenmüller und Barvitius. Der Herzog von Braunschweig, der hiebei den Standpunkt des Wiener Vertrags vertrat, schrieb über die Konferenz dem Kurfürsten von Sachsen, daß man sich in derselben vier Stunden herumgestritten habe, theils ob die Reassirung des Vertrags von 1606 eingeschaltet werden solle, oder nicht, theils wie die Fassung einzelner Artikel dem Wunsche des Kaisers gemäß zu ändern sei. „So viel ich nun," erzählt er weiter, „merken konnte, daß der Kaiser durch irgend einen Punkt besonders gewonnen werden könnte, habe ich mich demselben nach Möglichkeit bequemt und

*) Sächsisches Staatsarchiv. Der Herzog von Braunschweig an den Kurfürsten von Sachsen ddo. Prag den 26. Aug./5. Sept. 1610.

Google

abermals eine neue Retel (Vergleichsentwurf) entworfen und rein geschrieben und ehe ich solches verrichtet, keinen Bissen in den Mund genommen"*). So war also ein neuer Vergleichsentwurf zu Stande gekommen. Von dem Wiener unterschied er sich neben einigen unwesentlichen stilistischen Aenderungen dadurch, daß im Artikel 2 eingeschaltet wurde, der Vertrag von 1606 sei an den Kaiser auszuliefern. Das Konzept des auf diese Weise modifizirten Entwurfs theilte der Herzog den Mitgliedern des Fürstenkonventes mit, die es billigten, weil sie um jeden Preis den Kaiser zufrieden stellen wollten. Gleichzeitig schickte der Herzog eine Abschrift nach Wien an König Mathias mit einem Begleitschreiben, in welchem er den Beweis zu liefern suchte, daß die Aenderungen nur unwesentlicher Natur seien. Man muß dieser Behauptung beistimmen, denn wir vermögen, um von den lappischen Abänderungen abzusehen, nicht zu begreifen, was für ein wichtiger Unterschied für Mathias darin liegen konnte, ob er den Vertrag von 1606 dem Kaiser auslieferte oder den Kurfürsten zur Vernichtung übergab. Der Vertrag war seinem vollen Inhalte nach aller Welt seit zwei Jahren bekannt, kein Geheimniß wurde also darin preisgegeben. Bevor aber noch eine Nachricht aus Wien einlief, wie man dort über die angebrachten Korrekturen dachte, wurde das ganze Friedenswerk in Prag selbst wieder in Frage gestellt. Der Herzog von Braunschweig hatte dem Kaiser auch eine Reinschrift des neuen Entwurfes zugeschickt und mehrmals um eine Audienz angesucht, um von ihm die definitive Zusage zu erhalten, daß er vollständig mit Inhalt und Form derselben einverstanden sei. Nach einigen Tagen vergeblichen Wartens und Bittens erhielt er vom Kaiser die Weisung den ganzen Vertrag sowohl Eingang und Schluß wie die einzelnen Artikel in eine kürzere Form zu bringen. Eine wahrhaft bestürzende Nachricht für den armen Unterhändler, denn wer bürgte ihm dafür, daß er sich dieser Arbeit zur Zufriedenheit des Kaisers entledigen und daß Mathias diese abermalige Aenderung billigen werde."**)

Die Ursache eines solchen Benehmens von Seite des Kaisers war tiefer gelegen, als in seinen gewöhnlichen launischen Anfällen. Wir haben bereits erwähnt, daß seine Umgebung auf seine Entschlüsse nachtheilig einwirkte und daß namentlich sein Leibarzt ihn gegen eine Versöhnung mit dem Bruder aufhetzte. Diese Einflüsterungen, seine unglückseligen Verhandlungen mit Gotthard von Starhemberg und die Ueberzeugung, daß der

*) Sächsisches Staatsarchiv. Wir haben in dieser citirten Briefstelle nur hie und da ein veraltetes Wort durch ein neues ersetzt.

**) Sächsisches Staatsarchiv. Der Herzog von Braunschweig an Kurfürst Johann Georg 26. Aug./5. Sept. 1610.

Google

Fürſtenkonvent ihm nicht zu dem Verlorenen geholfen habe, ſondern ihn nur noch feſter an die Verträge von 1608 kettete, brachte ihn zur äußerſten Verzweiflung. Wie er ſchon einmal durch Anhalts Vermittlung die Herrſchaft in Oeſterreich an ſich hatte bringen wollen, ſo bildete er ſich jetzt ein, daß ein Bund mit der Union ihm dazu helfen könne, wozu der Fürſtenkonvent ſich als unzureichend erwieſen hatte. Es iſt das ein monſtröſer Gedanke, die Verbindung des Kaiſers mit der Union gegen König Mathias und dennoch faßte er feſte Wurzel in den Entſchließungen des erſtern. Gotthard von Starhemberg bekam von Rudolf den Auftrag nach Mähren und Oeſterreich zu reiſen und den letzten Verſuch zur Gewinnung dieſer Länder anzuſtellen. Auf dem Wege dahin ſprach er bei Peter von Roſenberg ein, benachrichtigte ihn im Namen des Kaiſers von deſſen Entſchluß, Hilfe bei der Union zu ſuchen, und bat ihn zugleich — gleichfalls im Namen Rudolfs — um ſeinen Beiſtand, ſowohl was die Gewinnung von Mähren und Oeſterreich als auch was die Erzielung eines Verſtändniſſes mit der Union betreffe. Die Zögerungen des Kaiſers bezüglich der Ratifikation des vorgeſchlagenen Ausgleichs mit ſeinem Bruder hatten nach Starhembergs Erzählung ihren Grund darin, daß er zuerſt dieſe neu angeknüpften Verhandlungen zu Ende führen wollte. Es verſteht ſich, daß Roſenberg im höchſten Grade über dieſe Mittheilungen erſtaunt war. Gleich wie er im Jahre 1608, von Anhalt am Gängelbande geführt, beigetragen hatte, Mathias' vollſtändigen Sieg zu vereiteln, ſo war er auch jetzt bereit auf des Kaiſers Wunſche einzugehen, um die Union zur thatſächlichen Beherrſcherin der Situation in Oeſterreich zu machen und was damit gleichbedeutend war, das Haus Habsburg zu verderben.*) Der Kurfürſt von der Pfalz wurde unverweilt von des Kaiſers Wünſchen in Kenntniß geſetzt und erſucht auf dieſelben einzugehen. Das Intereſſanteſte bei dieſer Verwicklung iſt jedoch, daß zu gleicher Zeit auch Mathias mit der Union auf einen guten Fuß ſich zu ſtellen ſuchte, während Tſchernembl den Kurfürſten von der Pfalz für einen plötzlichen Angriff auf das Paſſauer Volk zu gewinnen trachtete, um dem Kaiſer die letzte Waffe aus der Hand zu nehmen.**) Aber der Kurfürſt von der Pfalz lag im Sterben († 9. Sept. 1610) und konnte auf alle dieſe Anträge weder ablehnend noch eingehend antworten. So blieb auch Rudolfs Antrag ohne Folge.

Von dieſen abſeitigen Verhandlungen des Kaiſers hatte natürlich der Herzog von Braunſchweig keine Kenntniß und kam deshalb ſeinem Auftrage, dem Vergleichsentwurf eine kürzere Form zu geben, ohne Arg mit aller

*) Münchner Staatsarchiv 312/7. 7 Peter von Roſenberg an Kurpfalz ddo. 7 Sept. 1610.
**) Münchner Staatsarchiv 116/2. Tſchernembl an Kurpfalz ddo. Linz den 7. Aug. 1610.

Google Original from HARVARD UNIVERSITY

Gewiſſenhaftigkeit nach. Um ſelbſt ja nichts zu verſäumen, fing er die Umarbeitung am Abend desſelben Tages, an dem ihm der Auftrag geworden war, an, ſchrieb die Nacht über und brachte ſchließlich das Konzept zu Ende. Mit ſeinem neuen Entwurf eilte der Herzog am folgenden Morgen früh um
5 Sept. 5 Uhr in den Geheimrath, um die Arbeit von den Mitgliedern desſelben
1610 billigen zu laſſen. Hier hatte er abermals ſeine bittere Noth, jeder der Geheimräthe glaubte den Kaiſer nachahmen zu müſſen, tadelte an dem einzelnen Artikeln und Worten, was bisher nie getadelt worden, bis zuletzt alle Zweifel und Schwierigkeiten beſeitigt waren. Jetzt ward der Entwurf dem Kaiſer eingeſchickt, damit er ſich über ſeine Annahme entſcheide.

Inzwiſchen hatte Mathias den im Sinne der Konferenzbeſchlüſſe vom 27. Auguſt revidirten Vertrag zugeſchickt erhalten. Erzherzog Ferdinand ſelbſt hatte ſeinen erprobten Diener Caſal mit demſelben nach Wien abgeſchickt und die Bitte beigefügt, Mathias möge ſich die vorgeſchlagenen Aenderungen gefallen laſſen. Hätte Mathias dieſem Wunſche entſprochen, ſo würde dies, wie erſichtlich iſt, nichts geholfen haben, da in Prag abermals eine neue Redaktion zu Stande gekommen war; allein es trat nicht die tragikomiſche Situation ein, daß Mathias einen Vorſchlag annahm, den mittlerweile die eigenen Urheber aufgegeben hatten. Der König war entrüſtet, daß von Prag neue Zögerungen ausgegangen waren und ſtatt die unweſentlichen Aenderungen ſich gefallen zu laſſen, verwarf er dieſelben
2 Sept vollſtändig und verlangte von den Mitgliedern des Fürſtenkontents, daß
1 610 er Kaiſer längſtens bis zum 10. September den Wiener Vergleich unterzeichne, widrigenfalls er von allen weiteren Verhandlungen zurücktreten werde. Caſal ſchöpfte in Wien die Ueberzeugung, daß der König nicht willkürlich einen ſo kurzen Zeitraum beſtimme, ſondern daß er hiezu von den ſtändiſchen Ausſchüſſen gedrängt werde, welche die endloſe Verſchleppung der Verhandlungen nicht mehr dulden wollten. Waren die Ausſchüſſe früher, meinte der Herzog von Braunſchweig in Folge dieſes Berichtes, von einem Teufel beſeſſen, ſo ſeien ſie es jetzt von ſieben.*)

Da Mathias alſo jede Aenderung ablehnte, traten die Fürſten in eine Konferenz zuſammen, um zu berathen, was zu thun ſei. Sie entſchloſſen ſich, beim Kaiſer auf die unveränderte Ratifikation des zweiten Wiener Entwurfs anzutragen. Die Kurfürſten von Mainz und Köln verfügten ſich ins Schloß, ließen den Kaiſer um eine Audienz erſuchen und ihm zugleich

*) Wiener Staatsarchiv. Manzer Korreſpondenz Bd. VI. Mathias an die Kurfürſten zu Prag dto. 2. Sept. 1610. — Ebendaſelbſt. Khlesl an die Kurfürſten und Fürſten dto. 3. Sept. 1610. — Sächſ. Staatsarchiv. Braunſchweig an Kurſachſen dto. 21. Auguſt bis 10. Sept. 1610.

Google

melden, daß, wenn er nicht Zeit habe sie zu empfangen, sie bereit seien, einige Stunden zu warten. Aber der Kaiser hatte sich seit Jahren zu sehr abgehärtet, um einem moralischen Druck so leicht nachzugeben, mochte er von welcher Seite immer kommen; er ließ dem Kurfürsten von Mainz zur Antwort geben, daß er ihn empfangen werde, wenn er etwa seinen Abschied nehmen wolle, nicht aber, wenn es sich um Geschäfte handle. Um sicher vor jedem Ueberfall zu sein, verriegelte sich Rudolf überdies in seinem Zimmer.*)

So zurückgewiesen verfaßten darauf die Kurfürsten mit ihren Kollegen ein Memoire, welches sie dem Kaiser durch Erzherzog Leopold zuschickten**) und in dem sie Artikel für Artikel des Wiener Entwurfs durchgingen und deren Annehmbarkeit zeigten. Allein was konnten so sachliche Beweise bei einem Fürsten fruchten, der sich auf die eben erzählte Weise die ersten Reichsfürsten vom Halse hielt, weil er ihren Forderungen keine stichhältigen Gründe entgegensetzen konnte und diejenigen, durch die er sich bestimmen ließ, nicht mittheilbar waren. Nichtsdestoweniger würdigte er das Memoire einer nähern Einsicht, machte zu den einzelnen Punkten seine Bemerkungen und gab endlich den Auftrag zur Abfassung eines neuen und kürzern Entwurfes, dessen Grundlage die Anerkennung der Liebner Verträge bilden sollte. Solchergestalt ward auch der Entwurf, welchen der Herzog von Braunschweig in der Nacht vom 4. auf den 5. September verfaßt hatte, einfach bei Seite geschoben. Wiewohl die beiden in Prag anwesenden Kurfürsten abermals Einwendungen gegen die definitive Beiseitesetzung des Wiener Vertrags erhoben, so nahmen sie doch an den Berathungen Antheil, in denen der neue Text festgesetzt werden sollte, wobei der Erzherzog Leopold 6. Sept. die Interessen des Kaisers vertrat.***) Rasch kam ein neuer Entwurf 1608 zu Stande, der nach dem Wunsche Rudolfs nur aus einer geringen Anzahl von Artikeln, nämlich aus sieben, bestand. In dem ersten wurde die Abtrette nach der bereits verfaßten Formel festgesetzt, im zweiten sollte Mathias versprechen, daß er die geschehene Abtretung der Länder als eine besondere Wohlthat und Gnade des Kaisers anerkennen und für die cedirten österreichischen Länder ihm als seinem Lehensherrn die schuldige Pflicht leisten wolle. Im dritten, vierten, fünften und sechsten Artikel sollte Mathias versprechen, daß er nichts feindseliges gegen den Kaiser

*) Hurter Bd. VI S. 327.

**) Wolfenbüttler Archiv. Memorial pro Erzherzog Leopolden, so er bei der Kaiserlichen Audienz in acht nehmen soll.

***) Wolfenbüttler Archiv. Protokoll so den 27 Aug./6 Sept. gehalten in comitio Electorum.

Google

unternehmen, etwaige gegen ihn eingegangene Bündnisse hiemit kassiren und sich mit barbarischen Völkern und ausländischen Herrschern, namentlich den Türken, ohne Vorwissen des Kaisers in keine Verhandlungen einlassen wolle. Im siebenten Artikel wurde bestimmt, daß binnen Monatsfrist nach Ratifikation dieses Vertrags der Kaiser und der König ihr Kriegsvolk entlassen sollten, wofern es aber bis dahin aus wichtigen Gründen nicht geschehen könnte, sollte keiner sein Kriegsvolk gegen den andern gebrauchen.*)

Dieser neue Entwurf war bis auf einen Punkt sehr günstig für Mathias gehalten, es wurde von ihm weder die Auslieferung des Vertrags von 1606 verlangt noch auch die Zahlung einer jährlichen Pension von 30.000 Gulden nebst dem Deputat von 200 Eimern Wein, deren Erhöhung der Kaiser früher so heftig verlangt hatte und jetzt aus freien Stücken fallen ließ. Dagegen war der Artikel, in welchem dem Könige die Leistung der Grenzhilfe gegen die Türkei versprochen worden, ausgelassen, ein Artikel, den Mathias für sehr nöthig hielt, weil er nicht anders die Truppen in den Grenzfestungen besolden konnte. Es war sonach vorauszusehen, daß diese Auslassung dem Könige neuen Anlaß zur Unzufriedenheit geben werde. Am 10. September Abends unterzeichnete der Kaiser den neuen Entwurf und mit ihm die Kurfürsten von Mainz und Köln, die Erzherzoge Maximilian Ferdinand und Leopold, der Herzog von Braunschweig und der Graf von Gumalerio.*) Den so unterzeichneten Vertrag nahm der Herzog in seine Wohnung, um am andern Tag mit demselben nach Dresden zu Christian II zu reisen, damit auch dieser seine Unterschrift beisetzen könnte. Der Landgraf von Hessen-Darmstadt, der auch bereits Prag verlassen hatte, wurde, weil er mittlerweile nach Köln gereist war, wegen zu großer Entfernung nicht aufgesucht. Kaum war der Herzog von Prag weggereist, so bereute der Kaiser den Entwurf unterzeichnet zu haben und verlangte von Hannewaldt die Zurückstellung derselben. Diese Laune, welche wegen der Abreise des Herzogs nicht befriedigt werden konnte, war nur eine vorübergehende, denn als derselbe wieder nach Prag zurückkam, um sich nach Wien zu begeben, wurde er nicht weiter aufgehalten. So langte er bei Mathias glücklich am 18.
1610 September an.

In Wien wurden von Mathias die leicht vorauszusehenden Einwendungen erhoben. Er beschwerte sich zuerst darüber, daß der neue Vertrag nichts von einer Grenzhilfe enthalte und daß der Kaiser auch sein früheres Versprechen, sich bei dem Reiche um die Erwirkung einer solchen zu verwenden, mit Stillschweigen übergangen habe. Dann äußerte er an

*) Archiv von Wolfenbüttel.

Google

verhohlen sein Mißfallen über die unbestimmte Fassung des Artikels, welcher die Entlassung des Passauer Volkes stipulirte. Ungeachtet aller Versicherungen des Kaisers, daß dasselbe zu keinem Angriff gegen Mathias verwendet werden solle, mußte Jedermann einsehen, daß seine Entlassung aus gewissen geheimen Absichten unablässig verzögert werde. Mathias bemerkte mit richtigem Blick in die Zukunft, daß trotz aller Friedensversicherungen das Volk zuletzt wegen Nichtbezahlung meutern und ihn angreifen dürfte. Der Herzog von Braunschweig suchte dagegen in einem eigenen Memoire den Kaiser zu rechtfertigen, daß er von dem Wiener Entwurf abgegangen sei und einen neuen verfaßt habe. Dem Kaiser gieng es, das letzte Wort zu haben und sich nicht von anderen Zahl und Wortlaut der Artikel vorschreiben zu lassen. Dann auf den neuen Entwurf übergehend begann er nachzuweisen, daß derselbe in allem wesentlichen mit dem Wiener Entwurfe übereinstimme. Er mußte jedoch selbst zugeben, daß dieser Nachweis hinke und daß die Entwürfe des Königs wegen der Grenzhilfe und des Passauer Volkes nur zu wohl begründet seien. Von aufrichtigem Wunsche beseelt, das Friedenswerk zu fördern, schrieb er an die in Prag anwesenden Fürsten, deren Zahl sich mittlerweile durch die Abreise des Kurfürsten von Mainz wieder um einen vermindert hatte, und bat sie, sich beim Kaiser zu verwenden, auf daß des Königs Anstände behoben würden. In der That erlangten dieselben von Rudolf das allerdings nur mündliche Versprechen, daß er das Passauer Volk binnen Monatefrist entlassen und beim deutschen Reichstag sich für die Gewährung von Reichshilfen für Mathias verwenden wolle. Von diesen Versprechungen benachrichtigten die Fürsten den Herzog und dieser zeigte es dem Könige an, der sich jedoch damit nicht begnügte, sondern verlangte, daß letzterer ihm das Original des Schreibens, welches die Zusagen enthielt, überlasse und sich mit einer beglaubigten Abschrift begnüge, übrigens aber noch für seine Person die Abdankung der Passauer verbürge. Beiden Forderungen genügte der Herzog und auf dieses hin unterzeichnete Mathias den Prager Vertrag, wie er 30 Sep. am 10. September redigirt worden war. Da derselbe bereits des Kaisers 1610
Unterschrift hatte, so war endlich die langwierige Verhandlung zu Ende, der Streit zwischen den Brüdern ausgeglichen und der Friede dem Anscheine nach sichergestellt.

Vermöge des ersten Artikels des abgeschlossenen Vertrags sollte Mathias den Kaiser durch die Erzherzoge Maximilian, Ferdinand und den Herzog von Braunschweig nach einer im voraus entworfenen Formel um Verzeihung bitten. Es wurde hiezu ursprünglich der 8. Oktober bestimmt, weil bis zu diesem Tage die Rückkunft des Herzogs in Prag erwartet wurde. Da er jedoch nicht ankam, wurde von seiner Betheiligung mit Zu- 8. Okt.
stimmung des Kaisers Umgang genommen und der folgende Tag zur Cer- 1610

Google

ſtung der Abbitte feſtgeſetzt. Die beiden Erzherzoge erſchienen begleitet von dem Grafen Gamalerio in der Burg, wo ihrer der Kaiſer umgeben von den Mitgliedern des Geheimraths und den oberſten böhmiſchen Landesbeamten harrte. Bevor noch die Erzherzoge der Abrede gemäß die vorgeſchriebene Abbitte leiſten konnten, erklärte der Kaiſer, der an einem Tiſche gelehnt da ſtand, daß er die Abbitte als geſchehen betrachte. Maximilian dankte für dieſe freundliche Zuvorkommenheit im Namen ſeines Bruders Mathias und zerriß den Vertrag von 1606 vor den Augen des Kaiſers in mehrere Stücke, welche er dem Erzherzog Ferdinand überreichte, damit ſie dieſer dem Könige zuſtelle. Nach dieſem Vorgange verließen alle Anweſenden den Audienzſaal bis auf den Kaiſer und die beiden Erzherzoge, die ſich in vertraulicher Weiſe etwa eine Viertelſtunde lang unterhielten. Bei dieſer Gelegenheit bat Erzherzog Maximilian für ſeine Perſon um Verzeihung, wenn er den Kaiſer irgendwie beleidigt habe, worauf letzterer entgegnete, er wiſſe ſich keiner Beleidigung zu erinnern, danke aber dem Bruder für ſeine freundlichen Anerbietungen. Bei dem Abſchiede begleitete Rudolf die Prinzen bis zur Thür des Vorgemachs mit entblößtem Haupte und benahm ſich ebenſo höflich als freundlich. Nachmittags reiſten dieſelben ab und hiemit endeten die Verhandlungen des Konvents.*)

IV

Es iſt erzählt worden, daß das Einladungsſchreiben, mittelſt deſſen der Kaiſer die Fürſten nach Prag geladen hatte, vier Punkte enthielt. Die zwei erſten betrafen Jülich und die Ausſöhnung mit Mathias. Wir können die Geſchichte des Fürſtenkonventes nicht ſchließen ohne auch zu berichten, welche Erledigung die zwei letzten gefunden haben, welche die Reſtitution von Donauwörth und die Beſtimmung der Nachfolge im Reiche betrafen. — Da der Konvent in Bezug auf letzterer der Initiative des Kaiſers nicht vorgreifen wollte, dieſer aber hierüber keine Eröffnungen machte, lenkte ſich die Aufmerk-
19. Maſamkeit vorerſt auf Donauwörth. Die eigentliche Berathung hierüber brachte
1610 der Kurfürſt von Mainz auf die Bahn, indem er auf ein Aktenſtück aufmerkſam machte, welches die Union erſt kürzlich aus Schwäbiſch-Hall an den Kaiſer abgeſchickt hatte. In dieſem Schreiben, das an die vergebliche Geſandtſchaftsreiſe Anhalts nach Prag erinnerte, begehrten die Fürſten der Union nicht nur die völlige Reſtitution Donauwörths, ſondern wiederholten auch einige andere Forderungen, welche von ihnen bereits mehrmals, zuletzt aber durch

*) Wolfenbüttler Archiv. Maximilian und Ferdinand an den Herzog von Braunſchweig ddo. 8. Okt. — Hurter Bd. VI. S. 677.

Google

Anhalt bei ſeiner Anweſenheit in Prag erhoben worden waren, nämlich die Abſchaffung der Jurisdiktion des Reichshofraths und das Geſuch um Verbeſſerung des kaiſerlichen Regiments durch Entfernung aller den Proteſtanten feindlicher Räthe. Außer dieſen Forderungen enthielt das Schreiben noch vielerlei Klagen und beſpielsweiſe Anführungen erlittener Verkürzungen, worunter einige der ſchreiendſten in der uns ſattſam bekannten trübſeligen Regierungsweiſe des Kaiſers ihren Grund hatten. *)

In Folge der Zuſchrift der Union beſchränkter ſich die Berathungen des Konvents nicht allein auf Donauwörth, ſondern dehnten ſich auch auf alle übrigen um derſelben erhobenen Beſchwerden und Wünſche aus. Theils wollten die Fürſten den Kaiſer durch ihre Geſammterklärung gegen einzelne nach ihrer Meinung unbillige Angriffe der Union ſchützen, theils aber auch zur Abſtellung oder Reformirung deſſen, was ſie ſelbſt für fehlerhaft anſahen, veranlaſſen. So kam es, daß die Verhandlungen, die urſprünglich nur Donauwörth betreffen ſollten, allmälig ſich über den geſammten Zuſtand des deutſchen Reiches erſtreckten. Selbſt wenn man an die Konventsfürſten keine übertriebenen Anforderungen ſtellt und nicht von ihnen verlangt, daß ſie ſich mit einer kühnen Reichsreform beſchäftigen, ſondern nur daß ſie auf der Baſis des beſtehenden Rechtszuſtandes mögliche Verbeſſerungen anſtreben ſollten, muß man geſtehen, daß dieſelben hiezu nicht tauglich waren. Sie waren wohl von einem Gefühle der Gerechtigkeit beſeelt und gern bereit den Wünſchen der proteſtantiſchen Reichsſtände Rechnung zu tragen, alles dies aber mit einer ſolchen Schlaffheit und Unſicherheit, wie ſie auch ihre übrigen Verhandlungen charakteriſirt. Die ganze Verſammlung war eines Sinnes, daß die Reſtitution von Donauwörth nicht länger hintangehalten werden dürfe und ſetzte nur zur Bedingung, daß Maximilian von Baiern für die aufgewandten Exekutionskoſten entſchädigt werde. Somit ward der Streit wegen Donauwörth in gerechter Weiſe entſchieden und es hatte den Anſchein, daß der Beſchluß des Konvents um ſo ſchneller zur Durchführung kommen würde, als der Kaiſer demſelben nicht im mindeſten entgegen war. Allein wir wiſſen, daß das Schickſal der Reichsſtadt weder durch die unparteiiſche Anſchauung des Prager Kongreſſes noch durch des Kaiſers zuſtimmende Haltung verändert ward und daß ihre Reichsunmittelbarkeit für immer verloren ging. Was war die Urſache ihres Falles? Mag es auch der bisherigen geſchichtlichen Auffaſſung nicht entſprechen, ſo iſt es deshalb nicht minder wahr: die bleibende Occupation Donauwörths iſt mehr die Folge eines Zufalls als die eines beharrlich feſtgehaltenen Planes. Der Kaiſer hatte kein perſönliches Intereſſe, die Reichs-

*) Mainzer Diarium.

Google

ſtatt dem Herzog von Baiern zu überlaſſen; wenn die Reſtitution von Donauwörth von ſelbſt hätte erfolgen können, würde er die Thatſache ohne Widerſpruch anerkannt haben. Aber daß er dem Herzog gegenüber feindlich aufgetreten wäre, daß er deſſen billige Forderung nach Koſtenerſatz etwa aus eigenen Mitteln befriedigt hätte, dazu war er nicht der Mann. Das gänzliche Auseinanderfallen des deutſchen Staatsorganismus in dieſer Zeit und wohl auch die berechnende Schlauheit Maximilians ſind die wahre Urſache des Falles von Donauwörth, nicht des Kaiſers oder der katholiſchen Fürſten unduldſamer Sinn gegen die Proteſtanten. Die katholiſchen Kurfürſten waren, ſo weit wir ſie kennen, ſchwache und aller Energie bare Leute, der Kaiſer ſelbſt aber, der nach einem Bündniß mit der Union ſtrebte, gewiß kein grundſätzlicher Gegner der Proteſtanten.

Weniger günſtig urtheilte der Konvent über jenen Punkt des Schmidiſch-Haller Schreibens, welcher die Abſchaffung der Gerichtsbarkeit des Reichshofraths betraf. Es läßt ſich nicht läugnen, daß die Exiſtenz zweier Gerichte mit konkurrirender Gerichtsbarkeit wie das Reichskammergericht und der Reichshofrath eine eigenthümliche Anomalie war, aber es iſt zugleich bekannt, daß die Union dieſe Anomalie nicht zum Zwecke einer einheitlichen Juſtiz ſondern zur Vernichtung jeder andern Auktorität als der landesherrlichen abſchaffen wollte. Dieſen Sinn hatten die Angriffe der pfälziſchen Partei auf den letzten Reichstagen des 16. Jahrhunderts und denſelben Sinn hatten die neuen Angriffe der Union. Die Partei im Reiche, welche die vorzugsweiſe kaiſerliche war, nämlich die geiſtlichen Fürſten, zu der ſich im Augenblicke auch Kurſachſen geſellte, verwarf deshalb ohne Umſchweife die Angriffe gegen den Reichshofrath und ſeine Gerichtsbarkeit aus dem einzigen Grunde, weil ſie den Reſt kaiſerlicher Auktorität nicht antaſten wollte. Gleichwohl waren auch die Mitglieder des Prager Konvents nicht blind für die Uebelſtände, welche bei dem in dieſer Beziehung gleichartigen Wirkungskreis des Reichshofraths und Reichskammergerichts eintreten mußten. Der Kurfürſt von Köln lenkte zunächſt die Aufmerkſamkeit darauf und erklärte es als eine Nothdurft, daß derſelbe gehörig geſchieden und genau beſtimmt werde, was fortan dem einen oder dem andern Gerichte zu gehören habe. Die übrigen ſtimmten bei und damit war dieſer Punkt erledigt.

13 Aug. 1610 Eine günſtigere Aufnahme erfuhren beim Konvente die Beſchwerden der Union über die Mängel des kaiſerlichen Regiments und über die Perſonen, welche an der Spitze deſſelben ſtanden. Zwar ihre Klage gegen einzelne Mitglieder des Reichshofraths, daß dieſelben den Proteſtanten feindlich ſeien und deshalb zu entfernen wären, wurden nicht weiter gewürdigt, ſonſt aber verurtheilte der Konvent eben ſo wie der

Google

Unen die Art und Weiſe, wie das Reichsregiment in Prag geführt wurde. Man klagte, daß die Expedition maßlos lang auf ſich warten laſſe, daß am Reichshofrath Unordnungen aller Art eingeriſſen ſeien, die eine Viſitation desſelben dringend nöthig machten, man gab zu, daß es unter den Räthen keine Einigkeit gebe, obwohl dieſe für die Beſorgung der Geſchäfte nöthig ſei. Der Konvent machte den Kaiſer auf dieſe und andere Uebelſtände aufmerkſam, erhielt aber von ihm keine Antwort. Der Kurfürſt von Mainz ließ ſich durch dieß bezeichnende Stillſchweigen nicht abſchrecken, ſondern ergriff bei Audienzen mehrmals die Gelegenheit dem Kaiſer eine Reform ſeiner Regierungsweiſe zu empfehlen, allein ſtets mit gleich myſtiſchem Erfolge. Die Folge war, daß bei den Debatten des Konvents eine ſichtliche Gereiztheit hervortrat, Schweikhart von Mainz ſprach davon, daß die Kurfürſten den Amtswegen entſchreiten müßten und daß die Berufung eines Kurfürſtentages wohl das beſte Mittel ſein dürfte, um die Reform in Angriff zu nehmen. Lamentlich gerieten die Mitglieder des Konvents in den Ton heftiger Klage, ja ſie verſtiegen ſich ſelbſt bis zu Drohungen. Bei dieſem Verſuch ſich zu emancipiren verblieb es aber, wie es von ihrer Charakterſchwäche nicht anders zu erwarten war, wie hätten ſie ſonſt die Anomalie begehen können, dem Ungarn und Oeſterreichern eine Regierung zu empfehlen, wenn ſie dieſelbe anders als mit Worten hätten verdammen können. Zuñiga ſpottete der Verſuche des Konvents eine Reform der Reichsregierung herbeizuführen, das Uebel liege, meinte er, nicht in den Werkzeugen ſondern im Haupte ſelbſt.*)

Länger als drei Monate hatte bereits der Konvent in Prag getagt und noch hatte der Kaiſer denſelben nicht aufgefordert, ſein Gutachten über die Beſtimmung der Succeſſion im deutſchen Reiche abzugeben. Die Folge war, daß die Fürſten die Verhandlungen über dieſen Gegenſtand ſelbſt aufſchoben, bis ſie endlich des Wartens müde in der Sitzung vom 13. Au- 1610
guſt deshalb eine ſchriftliche Vorſtellung an den Kaiſer zu richten beſchloſſen.**) Nachdem das zu dieſem Ende ausgearbeitete Memorie an den Kaiſer abgeſchickt worden, kam dieſe Angelegenheit in dem Konvente nicht mehr zur Berathung. Nichtsdeſtoweniger ruhte dieſelbe nicht, ſondern die Kurfürſten begaben ſich ohne Wiſſen der übrigen Konventsmitglieder in abſeitige Verhandlungen mit dem Kaiſer, die zu einem eigenthümlichen Reſultate führten, nämlich zu dem Beſchluſſe dem Erzherzog Leopold die Nachfolge im deutſchen Reiche zuzuſichern. Bevor wir die Vorgänge, die dieſen ebenſo merkwürdigen wie verderblichen Beſchluß herbeiführten, erzählen können, müſſen

*) Simancas 2496/73. Zuñiga an Philipp III ddo. 21. Auguſt 1610.
**) Mainzer Diarium.

Google

wir hier noch berichten, was über die Bestimmung der Nachfolge vor der Eröffnung des Komentes verhandelt worden war.

Die Bestimmung der Nachfolge hatte die geistlichen Kurfürsten viele Jahre beschäftigt und es ist erzählt worden, daß sich dieselben durch Anhalts Intriguen bestimmen ließen dem Erzherzog Maximilian die Erhebung auf den Kaiserthron geradezu zu verschrecken. Die Ereignisse des Jahres 1608, die Begründung der Unien und die dadurch herbeigeführte Störung des bis dahin anscheinend freundlichen Verhältnisses zwischen Kurpfalz und den rheinischen Kollegen machten, daß die Kandidatur Maximilians fallen gelassen wurde. Nichtsdestoweniger beschäftigten sich die geistlichen Kurfürsten unablässig mit dieser Angelegenheit und ihr Eifer bekam neue Nahrung, als der Kaiser auch in Böhmen während der Wirren, die zur Ertheilung des Majestätsbriefes führten, um den letzten Rest von Ansehen gekommen war. Es wurde von einem und dem andern die Frage aufgeworfen, ob es nicht besser sei, den Kaiser abzusetzen oder ihm einen Koadjutor selbst gegen seinen Willen zu geben. Dies war der Stand der Successionsfrage im Juli 1609.

Es versteht sich von selbst, daß Spanien ein außerordentliches Interesse an diesen Vorgängen nahm. Zuñiga war durch seine Späher mit den Absichten der geistlichen Kurfürsten bekannt geworden und hatte hierüber
15 Aug. 1609 umständlich nach Hause berichtet. Die Folge war, daß im spanischen Staatsrath ernstlich die Frage erörtert wurde, ob es in diesem Fall nicht am besten sei, wenn Mathias sich auch Böhmens bemächtige, um als Kurfürst die Wahl auf seine Person lenken zu können.*) Da jedoch dieser Weg zu gefährlich schien, wurde er nicht weiter berücksichtigt, ebensowenig wollte man in Spanien von einer Absetzung des Kaisers etwas wissen, weil dies ein folgenschwerer Angriff gegen ein gekröntes Haupt sei und so einigte sich der Staatsrath dem Könige zu empfehlen, nochmals Versuche bei Rudolf zu machen, die Wahl eines römischer Königs, der sein Koadjutor sein sollte, zuzugeben, *gleichgiltig ob er dem Hause Oesterreich angehöre oder nicht*, wenn er nur katholisch und kein französischer Prinz sei. So sehr verzweifelte man bereits in Spanien an den Aussichten des eigenen Hauses.

Kaum hatte der Staatsrath in dieser Weise sich über die Nachfolge im Reiche entschieden, als neue Nachrichten dieser Angelegenheit eine ganz veränderte Richtung gaben. Der bei Erzherzog Albrecht in Brüssel weilende Nuncius hatte sich mit diesem über den Zustand in Deutschland besprochen und als einzige Rettung vor dem Verderben die Wahl Philipps III zum

*) Simancas 709/68. Der Staatsrath an Philipp III dds. 8 Okt. 1609.

Google

römischen Könige empfehlen. Erzherzog Albrecht stimmte bei und forderte den Nuncius auf, den Papst zu bitten, daß dieser selbst dem Könige von Spanien die Annahme der römischen Königskrone empfehle. Ueber alles dies erstattete der Marquis von Spinola nach Hause Bericht.*)

In dem Staatsrath, welcher über die dem Könige von Spanien sich darbietende Gelegenheit zur Besteigung des deutschen Thrones sich berathen sollte, saßen die Herzoge von Lerma und Infantado, der Großcommandeur von Leon und der Connetable von Kastilien. Der geringe Nutzen, den Spanien von der Verbindung hatte, in welcher es bisher zu Deutschland stand, war zu augenfällig, als daß nicht selbst in einem spanischen Staatsrath einzelne Stimmen sich gegen eine noch engere Knüpfung des bereits bestehenden Verhältnisses ausgesprochen hätten. In der That mißbilligte der Großcommandeur von Leon den Versuch, Philipp III die deutsche Krone zu verschaffen und machte auf die unausweichlichen großen Ausgaben aufmerksam. In ähnlicher Weise sprach sich auch der Connetable von Kastilien aus, meinte jedoch, daß zur Vermeidung größerer Uebel, etwa einer Wahl Heinrichs IV auf den deutschen Thron, der König die angebotene Krone nicht werde abweisen können. Anders urtheilte jedoch der erste Herzog von Lerma, indem er angelegentlich für die Bewerbung um die deutsche Krone stimmte. Seine Gründe waren bis zu einem gewissen Grade stichhaltig, lieferten aber zu gleicher Zeit einen vollgiltigen Beweis für die falsche Richtung, welche die spanische Politik vermöge der unnatürlichen Ausdehnung der Monarchie eingeschlagen hatte. Lerma sprach sich für die Erhebung Philipps III auf den deutschen Thron aus, weil auf jeden Fall Spanien allein die Kosten für die Erhaltung eines dem Hause Habsburg angehörigen deutschen Kaisers zu tragen haben werde. Die Geschichte der jüngsten Zeit biete ein lehrreiches Beispiel. Philipp II habe die Niederlande von seiner Monarchie abgetrennt und sie an Isabelle abgetreten, um dem spanischen Staatsschatz eine Erleichterung zu verschaffen. Diese Berechnung habe sich als eitel gezeigt. Spanien trage nach wie vor die niederländische Last. Sei Philipp III deutscher Kaiser, so erlitten seine Ausgaben keinen Zuwachs und er könne seiner Zeit die deutsche Krone auf das Haupt eines seiner Söhne übertragen. Lerma stimmte also dafür, daß Zuñiga alle Chancen, die für des Königs Erhebung günstig seien, studiere und dieselben zu vermehren trachte. Der Herzog von Infantado, der erste von den Staatsräthen, der seine Meinung abgab, überbot in echter Höflingsart den Herzog von Lerma. Er dankte Gott, daß der König sich der deutschen Angelegenheiten annehmen wolle; es nicht zu zweifeln sei, daß alle

*) Simancas 708. Der Staatsrath an den König den. 29. Oct. 1600.

Google Original from HARVARD UN

Umſtände zu ſeiner Erhebung günſtig einwirken werden, ſo ſei zu hoffen, daß in Deutſchland alles wieder in Ordnung kommen, für Italien aber wenn dort aus eine günſtige Einwirkung nicht ausbleiben werde. Vielleicht ſah der ſtaatskluge Infantado bereits im Geiſte die deutſchen Fürſten demüthig im ſpaniſchen Staatsrath Platz nehmen und das Spanien beglückende Inſtitut der Inquiſition, welches in ſeiner Anwendung auf die Niederlande ſo treffliche Reſultate zu Wege gebracht, in Deutſchland ſeine Wirkſamkeit ausüben.*) So berathen von ſeinem Kabinet ertheilte Philipp III ſeinem
11 Nov 1609 Geſandten Zuñiga den Befehl Nachforſchungen anzuſtellen, welche Ausſichten ſeine Kandidatur um die römiſche Königskrone haben dürfte. Dieſer
Ende Nov e. Anfg. Dec. Auftrag, der ſich vorläufig nur auf Nachforſchungen bezog, wurde jedoch ſchon einige Tage ſpäter, wahrſcheinlich in Folge eingegangener Nachrichten, dahin verändert, daß Zuñiga geradezu aufgefordert wurde, für die Wahl Philipps III, oder wenn dies nicht ginge, für die des Erzherzogs Ferdinand zu wirken. Weshalb mit einemmale in Spanien dieſer Prinz begünſtigt wurde, wiſſen wir nicht anzugeben.

Auf den am 11. November an ihn abgeſchickten Befehl nachzuforſchen, welche Ausſichten die Kandidatur ſeines Monarchen habe, erwiederte Zuñiga, dieſelbe würde vielleicht vom Kaiſer ſelbſt unterſtützt werden, aber nur unter der Bedingung, wenn der König nie nach Deutſchland käme.**) Was die katholiſchen Fürſten betreffe, ſo würden dieſe Philipp III dagegen nur dann wählen, wenn er nach Deutſchland käme, um den gegenwärtigen Mißverhältniſſen ein Ende zu machen; in dieſem Falle wäre auf die Kurfürſten von Mainz und Trier mit ziemlicher Sicherheit zu rechnen, ſelbſt auf das proteſtantiſche Sachſen wäre zu hoffen und eine freudige Zuſtimmung des Erzbiſchofs von Salzburg, der Biſchöfe von Würzburg und Bamberg ſei ſo ziemlich gewiß. Dagegen ſei auf Kurköln um Baierns willen nicht zu rechnen und Mathias ſelbſt würde die Vereitelung ſeiner Hoffnungen ebenſo ſchwer ertragen, als die Grazer Linie eine ſo weitgehende Einmiſchung des Königs in die deutſchen Angelegenheiten bitter empfunden; bei alledem ſei nicht zu vergeſſen, daß Heinrich IV nicht müßig bleiben werde. Dieſer Bericht Zuñiga's ſtatt in Spanien ernüchternd zu wirken, ſachte im Gegentheil die Hoffnungen noch mehr an. Der Großkommandeur von Leon ſuchte ſeine frühere unklage Berichtigut zu machen und ſah in der Erhebung des Königs allerlei Vortheile,
19 Jan 1610 die ihm früher entgangen waren. Er verlangte deshalb, Zuñiga ſolle zu den einzelnen Kurfürſten reiſen, um die Wahlangelegenheit zu fördern;

*) Simancas 709. Der Staatsrath an den König dto. 30. Oct. 1609.

**) Simancas 709/106.

Google

verläufig empfahl er die Ansammlung eines bedeutenden Schatzes, da man seiner nöthig haben würde. Auch der Connetable von Kastilien machte seinen frühern Fehler in ähnlicher Weise gut, das ganze Kabinet war eine Stimme, um Philipp die Bewerbung um die deutsche Krone zu empfehlen.*) Allen wegen die finanziellen Schwierigkeiten gering, wiewohl der königliche Schatz leer war und eine so tiefgreifende Einmischung in die deutschen Angelegenheiten für Spanien eine Wiederauflage des holländischen Drama's, wenn auch nur von seiner die Finanzkräfte erschöpfenden Seite, zur Folge haben konnte.

Der spanische Kaisereifer wurde indessen etwas abgekühlt, als Zuñiga auf die, Ende November oder Anfangs Dezember 1609, an ihn ergangene Aufforderung ohne Säumniß für die Kandidatur Philipps oder Ferdinands zu wirken, mit einer Darlegung aller Schwierigkeiten bei einem solchen Unternehmen antwortete. Sich um den deutschen Thron bewerben, 30 Jan.
bedeutete nach Zuñiga so viel, als sich „in ein Meer von Schwierigkeiten 1610
stürzen mit der Verpflichtung allen die Stirne zu bieten." Zuñiga widerriet definitiv jede Kandidatur von Seite seines Herrn; um jedoch nicht allzusehr bei ihm anzustoßen, suchte er sich mit der Autorität des kurz vordem verstorbenen San Clemente zu decken, dessen Urtheile in deutschen Angelegenheiten in Spanien ein großes Gewicht beigelegt wurde, da er 27 Jahre als Gesandte am Kaiserhofe geweilt hatte. Zuñiga machte darauf aufmerksam, daß San Clemente stets mit aller Entschiedenheit jede Maßregel verworfen habe, durch welche die Succession im Reiche von den im Hause Oesterreich zunächst berechtigten Prinzen abgelenkt würde. Darum müsse man nach San Clemente mit unverbrüchlicher Treue festhalten, daß niemand anderer Rudolfs Nachfolger werde, als Mathias und in dessen Ermanglung Maximilian oder Albrecht. Dann bleibe noch immer Raum für die Erhebung eines der Infanten. Denn keiner von den vier Brüdern werde voraussichtlich Kinder haben, Philipp dürfte für einen seiner Söhne Böhmen erwerben und durch diesen Besitz ihm auch die Kaiserkrone verschaffen. Die Bemerkung Zuñiga's, daß Philipp nach dem Aussterben der männlichen Nachkommenschaft Maximilians II für seinen Sohn Ansprüche auf Böhmen erheben könnte, hing mit einem Rechtsanspruch zusammen, den San Clemente zuerst herausgefunden. Nach der Ansicht des letztern hatte die spanische Linie der Habsburger, weil abstammend von einer Tochter Maximilians II, nähere Anrechte auf den Besitz von Böhmen, Ungarn und Oesterreich als die Grazer Seitenlinie **) Eignete sich Philipp III die

*) Simancas 709/106. Der Staatsrath an den König ddo 12. Januar 1610.

**) Die Ansprüche der spanischen Linie auf die Besitzungen Maximilians II nach dem

Google Original from HARVARD UN

Anſchauung San Clemente's an, ſo war er allerdings nach dem hinterlaſſenen Tode Rudolfs und ſeiner Brüder auch der nächſtberechtigte Prätendent für die deutſche Kaiſerwürde, da dieſe nach der allgemein im Reiche geltenden Annahme auf dem Beſitze der böhmiſchen Krone beruhte. Indem Zuñiga mit aller Schärfe gegen eine unmittelbare Kandidatur Philipps ſich ausſprach, zeigte er doch perſpektiviſch die Möglichkeit einer ſolchen ohne den Grundprinzipien der legitimen Erfolge nahezutreten. Aus demſelben Grunde trat er der Kandidatur Ferdinands entgegen. Er wies darauf hin, daß ſie zu dem heftigſten Zerwürfniß zwiſchen dieſem Prinzen und Mathias führen und daß ſie die Realiſirung der Pläne Philipps auf die Erwerbung der öſterreichiſchen Beſitzungen für ſich oder ſeine Söhne vereiteln würde.

Aus der ſpätern Haltung Zuñiga's iſt erſichtlich, daß er es nicht ſo ernſt mit der Geltendmachung der Anſprüche der ſpaniſchen Linie auf das öſterreichiſche Erbe nahm, es iſt vielmehr die Vermuthung gerechtfertigt, daß er ſeinen Souverain mit Hoffnungen auf die Zukunft zu befriedigen ſuchte, um ihn für die Gegenwart von dem verderblichen Schritte einer Bewerbung um den deutſchen Thron abzuhalten. Seine Vorſtellungen fanden ſoviel Beachtung, daß ſowohl der König wie ſein Staatsrath die Bewerbung um den deutſchen Thron aufgaben und Zuñiga's Rathſchlägen, daß man für die erfolgreiche Kandidatur des Königs Mathias wirken müſſe, zuſtimmten. Dies war die Stellung, welche Spanien zur Succeſſionsfrage einnahm, als ſich der Konvent in Prag verſammelte.

Die ärgerliche Stimmung der geiſtlichen Kurfürſten, welche ſich ein Jahr zuvor in der Drohung Rudolf abzuſetzen Luft gemacht hatte, war noch nicht ganz geſchwunden, als ſie ſich zum Konvent in Prag einfanden. Als ſie daſelbſt die Ueberzeugung gewannen, daß eine Verſöhnung zwiſchen Rudolf und Mathias nicht ſo leicht herzuſtellen ſein werde und andererſeits die Verbindung zwiſchen der Union und Heinrich ſie doch auch mit einiger Beſorgniß erfüllte, machten ſie ihrem Unmuth durch ergenthümliche Aeußerungen Luft. Zuñiga ſchrieb nach Hauſe, die Kurfürſten hätten die Abſicht, wenn es mit der Liga ſchlecht ginge, den König von Frankreich auf den
1610 deutſchen Thron zu erheben, um ſich vor ihm ſicherzuſtellen.*) Es iſt

---

anderthalb Jahrhunderte ſpäter (1613 - 1617) ernſtlich erhoben und bildeten den Gegenſtand langer Verhandlungen, von welchen in einem andern Werke erzählen werden. Man ſehe übrigens hierüber die zweite Anmerkung auf S. 39 des erſten Bandes dieſes Werkes.

*) Simancas 709/104. Der Staatsrath an den König über Zuñiga's Brief vom 8. und 21. Mai.

Google

einer trüben Quelle geschöpft und daß er seinen Herrn mit unverbürgten Gerüchten allarmirt habe. War seine Angabe aber richtig, so macht sie uns einigermaßen die ruhige Haltung der geistlichen Kurfürsten, als die Jülicher Frage im Convente zur Sprache kam, erklärlich. Möglicherweise hat sich in ihrem Geiste der Entschluß festgesetzt, im Falle die Dinge am Rhein schlimm gehen sollten, das Protektorat Frankreichs anzurufen und Heinrich die deutsche Krone anzubieten. Solche verzweifelte Hilfsmittel sind allemal die letzte Zuflucht energieloser Leute, wenn die Gefahr über sie hereinbricht. Selbst nach dem Tode Heinrichs, der doch die von Frankreich drohenden Gefahren verminderte, warnte Zuñiga vor den geistlichen Kurfürsten; er versicherte abermals seinen König, daß dieselben gegebenen Falls im Stande wären, wenn Frankreich es wünschte, alle Habsburger vom deutschen Throne auszuschließen. Der Gesandte suchte deshalb auf diese während ihrer Anwesenheit in Prag ununterbrochen einzuwirken, um sie von derlei Gedanken abzubringen, was ihm auch vollkommen gelang.*)

Die Folge dieser schwankenden Gesinnung der Kurfürsten war, daß sie die Successionsfrage lange Zeit in Prag nicht zur Sprache brachten. Als jedoch der Termin ihrer Abreise näher rückte und der jammervolle Verlauf der Verhandlungen zwischen Rudolf und Mathias ihnen die Nothwendigkeit wieder vor die Augen rückte, dem Kaiser einen Coadjutor zu geben, brachte Schweikhart von Mainz als der angesehenste unter den versammelten Fürsten die Succession selbst in Anregung. Nach einigen Verhandlungen einigten sich die drei Kurfürsten in einer schriftlichen Eingabe, in der sie den Kaiser dringend mahnten einen ihm genehmen Nachfolger zu bestimmen.**) Keineswegs also drängten sie Rudolf zu einer bestimmten Wahl, sondern überließen die Bezeichnung der Person ganz und gar seiner Einsicht***) Der Kurfürst von Mainz erbat in einer besondern Zusammenkunft, welche ihm der Kaiser gewährte, eine baldige Entscheidung und dieser nahm die Bitte mit sichtlicher Zufriedenheit auf, nachdem er sich überzeugt hatte, daß man ihm völlig freie Hand lassen wolle.

Die Successionsfrage trat jetzt in ein Stadium, das ihre baldige Lösung versprach. Der Kaiser war entschlossen sich zu entscheiden, alles

*) Simancas 709/124. Der Staatsrath an den König über Zuñiga's Schreiben vom 17. und 24. Juli und 2. und 4. August 1610.

**) Mainzer Diarium.

***) Wiener Staatsarchiv. Reichstagsakten Miscellanea 332. Mainz, Köln und Sachsen an den Kaiser ddo. Prag den 16. August 1610. — Simancas 2458/73. Zuñiga an Philipp III ddo. 21. August 1610.

Google

kam nur darauf an, ob die Kurfürsten seinem Vorschlag eben so unbedingt beistimmen würden, wie sie ihm, wenigstens vorläufig, unbedingt die Entscheidung anheimstellten. Für Rudolf hatte der Gedanke etwas allzuverlockendes, daß er sich bei der Bezeichnung seines Nachfolgers auf dem deutschen Thron an seinem Bruder Mathias rächen könne, denn daß er diesen nicht empfehlen werde, darüber konnte kein Zweifel bestehen. Eben so wenig mochte er auch mit den übrigen Prinzen seines Hauses etwas zu schaffen haben, die trotz ihres rücksichtsvollen Betragens von ihm für falsch angesehen wurden. Seine Aufmerksamkeit wandte sich einzig und allein dem Erzherzog Leopold zu, der seit Jahr und Tag eifrig seine Interessen verfochten, bei den eben zu Ende gehenden Vergleichsverhandlungen mit Mathias sich völlig seinen Wünschen anbequemt hatte und auf den er bei einem verzweifelten Streich, um die verlorene Herrschaft wiederzugewinnen, mit Sicherheit zählen konnte. Es ist uns jedoch nicht mit Sicherheit bekannt, ob er positiv den Kurfürsten den Erzherzog als diejenige Person bezeichnete, welcher er die Nachfolge zusichern wollte oder ob er sich bei den gestellten Anfragen mit allgemein empfehlenden Hinweisungen auf denselben begnügte. So viel ist gewiß, daß diese letztern derart beschaffen waren, daß sie einer direkten Bezeichnung gleichkamen. Zu gleicher Zeit warb Rudolf bei dem alten Herzog Wilhelm von Baiern um die Hand seiner Tochter Magdalena für Leopold und gab dabei das Versprechen, daß er den letztern reichlich mit Besitzungen auszustatten gedenke.*) Die Folge war, daß sowohl der Erzherzog selbst seine Wahl für gesichert hielt und die geistlichen Kurfürsten zu seinen Gunsten hindernde Versprechungen eingingen. Beides ergibt sich mit Sicherheit aus der gleichzeitigen Haltung des Erzherzogs und der ihm geneigten Kurfürsten.

Kaum war nämlich die Successionsfrage in den Vordergrund getreten, so bemühte sich Leopold aus allen Kräften den König von Spanien für sich günstig zu stimmen. Er ging zu Zuñiga und frug ihn geradezu, welche Haltung der König bei der Bestimmung von Rudolfs Nachfolge einnehmen gedenke. Der Gesandte, welcher, stets Abenteuern abhold, mit anerkennenswerther Festigkeit für Mathias eingetreten war, verläugnete seinen Standpunkt auch dem Erzherzog gegenüber nicht, sondern erwiderte, er sei

*) Simancas 2496/73. Zuñiga an Philipp dto. 21. August 1610. Zuñiga erzählt: Y un personaje por cuya mano a pasado el negocio me ha dicho que a pedido (der Kaiser) al Duque de Baviera el viejo que en caso, que falte a Leopoldo en gran estado, que le dé su hija en casamiento y que a sacado buena respuesta. — Ebendaselbst 2324/45. Der Staatsrath an den König, zu gleicher Zeit dto. 15. und 27. Nov. 1610, daß der Kaiser sich abermals um die Hand Magdalena's für Leopold bewerbe.

Google

Maxime bei dem König von Spanien ſich in dieſer Beziehung ſtets für den älteſten Prinzen des Hauſes zu entſcheiden. Wenn gleich, ſetzte Zuñiga mehr ironiſch als ernſt hinzu, Leopold die Möglichkeit vor ſich ſehe, größere zu erlangen, möge er ſelbſt hierüber dem Könige berichten, doch nicht direkt ſondern durch Vermittlung ſeines Bruders Ferdinand.*) Dieſe Antwort ſchloß begreiflicherweiſe dem ganzen Prinzen vollends den Mund, er unterließ es jedoch nicht einen direkten Verſuch in Spanien anzuſtellen. Einer ſeiner vertrauten Räthe ſchrieb an den Beichtvater der Königin P. Haller und ſuchte den Erzherzog wegen ſeiner Bewerbung um die deutſche Krone zu rechtfertigen. Seine Argumente beſtanden darin, daß der Kaiſer unbedingt eines Koadjutors bedürfe, nie aber einen anderen Prinzen als Leopold ſich gefallen laſſen werde. Im Intereſſe der katholiſchen Religion und des Hauſes Oeſterreich läge es alſo, wenn letzteres ſich nicht der Erhebung des Erzherzogs widerſetzen würde.**) Allein in Spanien ging man auf dieſe Empfehlungen nicht ein, ſondern der Staatsrath riet dem König die Aufbietung aller Mittel, um Leopold entgegenzuarbeiten. Zuñiga erhielt in dieſer Beziehung die ſtrengſten Weiſungen und er für ſeine Perſon ließ es fürwahr nicht ermangeln ihnen nachzukommen.***)

Sind nun dieſe obwohl reſultatloſen Bemühungen Leopolds, Spanien für ſich zu gewinnen, ein Beweis, daß er ſich auf poſitive Verſicherungen Rudolfs ſtützen und ſeine Erhebung für ſicher anſehen mußte, ſo ſpricht andererſeits auch die Haltung der Kurfürſten für die Richtigkeit unſerer Annahme. Obwohl ſie nicht Haß gegen Mathias beſeelte, ſo hatte ſich nachgerade doch ein entſchiedenes Uebelwollen gegen denſelben bei ihnen feſtgeſetzt, deſſen Urſachen wir in nichts anderem zu finden wiſſen, als darin, daß ſie durch ihn ſeit zwei Jahren in der theuren Bequemlichkeit geſtört worden. Mainz und Köln waren, als die Succeſſionsfrage zur Verhandlung kam, entſchloſſen dem Kaiſer den Erzherzog Ferdinand zu empfehlen, ließen aber davon ab, als derſelbe für Leopold eine entſchiedene Vorliebe an den Tag legte.†) Dieſe Bevorzugung werde auch durch die Haltung Chriſtians von Sachſen unterſtützt. Derſelbe erklärte, daß er ſeine Stimme dem Erzherzog Ferdinand wegen deſſen feindlicher Haltung gegen die Proteſtanten in Steiermark nicht geben könne, dagegen zur Erhebung Leo-

*) Simancas 2496/73. Zuñiga an Philipp III dto. 21. Aug. 1610.

**) Simancas 2524/61. Una Carta de Praga para el P. Ricardo Haller dto. 13. Dez. 1610.

***) Simancas 709/204. Der Staatsrath an den König dto. 3. Jänner 1611. — Ebendaſelbſt 2496/116. Zuñiga an den König dto. 11. Dez. 1610.

†) Simancas 2496/73. Zuñiga an Philipp III dto. 21. Aug. 1610.

Google

polds gern bereit sei. Daß zu dieser Vorliebe für letzteren die Hoffnung beigetragen haben mag, Jülich durch denselben zu gewinnen, scheint uns mehr als wahrscheinlich. Die Angelegenheit wegen der Succession stand also im September 1610 ungefähr so, daß wenn eine römische Königswahl mit Zustimmung Rudolfs vorgenommen werden sollte, die meisten Aussichten für Leopold vorhanden waren. Verstehen wir recht eine auf diesen Gegenstand bezügliche Stelle eines spanischen Staatsrathsbeschlusses, so bekam Schwerkhart von Mainz vor seiner Abreise von Prag vom Kaiser die Erlaubniß zur Berufung eines Kurfürstenkonvents auf den 10. April des folgenden Jahres (1611) zur Festsetzung der Nachfolge. *)

24 Sept. 1610 Schwerkhart begab sich von Prag nach Dresden in der dem Kaiser bekannten Absicht, sich mit dem Kurfürsten Christian über das Wahlgeschäft zu einigen.**) Was da zwischen beiden besprochen wurde, darüber haben sich keine Nachrichten erhalten, aus dem nachfolgenden Benehmen des Erzbischofs läßt sich jedoch vermuthen, daß sich beide für die Erhebung Leopolds entschieden. Kaum war er nämlich nach Hause zurückgekehrt, so lud er die Kurfürsten von Köln und Trier zu einer Zusammenkunft in Koblenz ein und unterzeichnete mit ihnen eine Akte, in der sich alle drei zur Wahl Leopolds verbanden.***) Einen so entschiedenen Schritt würden sie nicht gewagt haben, wenn sie sich der Zustimmung Sachsens nicht für gewiß gehalten hätten.

Dez. 1610 Bald nach diesem Vorgang erschien in Prag ein Kanonikus aus Kurköln †) im Namen der drei geistlichen Kurfürsten und Sachsens. Nach den Mittheilungen desselben an Zuñiga war er von den vier Kurfürsten beauftragt dem Kaiser zu eröffnen, sie seien zur Wahl Leopolds bereit, wenn er ihm einen entsprechenden Länderbesitz zuweisen wolle. Im Laufe von wenigen Tagen empfing der Kaiser den Gesandten **dreimal** und besprach mit ihm diesen Gegenstand. Was der Wortlaut seiner Antwort gewesen, ist uns leider nicht bekannt, wir wissen nur, daß die vertrautesten Freunde des Erzherzogs behaupteten, der Kaiser werde denselben zum König von Böhmen, Grafen von Tirol und Herzog von Jülich machen.

---

*) Simancas. Bericht des Staatsrathes an den König dto. 13. Nov 1610.

**) Sachs. Archiv. 8284/165.

***) Hurter VI S. 446. die betreffende Akte befindet sich im Wiener Staatsarchiv. Zuñiga kam zur Kenntniß dieses wichtigen Vorganges erst viel später und berichtete darüber nach Hause, als der unglückte Passauer Einfall alle diese Pläne eitel durchkreuzte, aber auch für immer vereitelte

†) Zuñiga, der hier erzählt (Simancas 2496/116 dto. 11. Dez. 1610) sagt nur ex canonico, wahrscheinlich dürfte es Hennet gewesen sein, der schon einmal zu einer wichtigen Sendung an den Kaiser gebraucht worden war.

Google Original HARVARD UN

Der Kölner Kanonikus frug ausdrücklich den spanischen Gesandten, wie sein Herr die Erhebung des Erzherzogs aufnehmen würde. Gegen ein so entschiedenes Vorgehen der Kurfürsten glaubte Zuñiga eine zurückhaltende Haltung einnehmen zu müssen und er erwiederte deshalb, daß ihm die Absichten seines Herrn noch nicht hinreichend bekannt seien.

So weit waren die Verhandlungen über die deutsche Succession im Dezember 1610 gediehen. Aus dem Mitgetheilten geht mit Sicherheit hervor, daß die Majorität des kurfürstlichen Kollegiums sich für Leopold entschieden hatte und zwar in Folge solcher Versicherungen von Seite Rudolfs, die sie zur Erhebung des Erzherzogs aufmunterten. Nichtsdestoweniger glaubten Personen, die genau mit dem Gange der Prager Politik bekannt waren, daß es der Kaiser dennoch nicht ernst meine. So oft Zuñiga nach Haus berichtete, was zur Erhebung Leopolds geschehe, fügte er hinzu, daß er das Ganze für eine Komödie halte, gespielt vom Kaiser, um sich Ruhe zu schaffen. Mit der Vorschiebung Leopolds beabsichtige er die Eifersucht der übrigen Prinzen seines Hauses wachzurufen und eine Wahl zu vereiteln nicht aber zu begünstigen. Die Gründe, welche Zuñiga vorbrachte, um seine Meinung zu stützen, sind allerdings mitunter der Art, daß sie geeignet sind, uns wirre zu machen. Noch am 25. Dezember 1610 erzählt er, daß der Kaiser den längst vergessenen Plan einer Heirat wieder aufgenommen und die Kurfürsten ersucht habe, den ersten Sohn dieser Ehe auf den deutschen Thron zu erheben.*) „Es scheint dies unglaublich," fügte Zuñiga bei, „aber die außerordentlichsten Dinge sind an diesem Hofe die gewöhnlichsten." — Auch am römischen Hofe hielt man die Vorschiebung Leopolds für eine Finte, der Papst selbst äußerte sich in diesem Sinne gegen den Grafen Castro.**) Alles dies beweist nur, wie gründlich der Kaiser jedes Vertrauen auf seine Aufrichtigkeit zerstört hatte. Nichtsdestoweniger hatte das Mißtrauen diesmal nicht seine volle Berechtigung. Schon hatte sich Rudolf mit Leopold zu weit eingelassen und schon war er im Begriffe die Passauer ihrer ursprünglichen Bestimmung entgegenführen zu lassen, als daß er in des letzteren Erhöhung nicht seine eigene Sicherheit hätte suchen müssen. Der Passauer Einfall in Böhmen, der eben vor sich gehen sollte, ist die beste wenn auch traurige Rechtfertigung für Rudolfs Wahrhaftigkeit.

*) Simancas 708/192. Zuñiga an Philipp III ddo. 25. Dez. 1610.
**) Simancas 705. Castro an Philipp ddo. Rom. 3. Feb. 1611.

Google

Drittes Kapitel.

I. Beginn der Paſſauer Rüſtungen. Rudolf und Leopold halten an denſelben feſt. Leopolds Verhandlungen in Spanien und Baiern. Rudolfs Abſicht die Paſſauer nach Krumau zu verlegen. Beſtürzung der Böhmen. Des Herzogs von Braunſchweig Bemühungen, die Abdankung des Kriegsvolks herbeizuführen. Seine Reiſe nach Paſſau. Reſultatloſigkeit derſelben. — II. Einbruch der Paſſauer in Oberöſterreich. Leopolds Verhandlungen mit Sachſen und Baiern. Mathias und die böhmiſchen Stände. Leopolds Unterredung mit Zuniga. Einfall der Paſſauer in Böhmen. Budweis und Tabor fallen in ihre Hände. — III. Leopold und der Kaiſer vor dem Paſſauer Einfall. Leopold in Beraun. Die Paſſauer am 13. Februar vor Prag. Einnahme der Kleinſeite durch dieſelben am 15. Morgens. Grauelſcenen auf der Alt- und Neuſtadt. — IV. Leopolds Maßregeln zur Beruhigung von ganz Prag. Mißlingen derſelben. Lage der Dinge auf der Alt- und Neuſtadt. Wunder von Kinsky. Vergebliche Verhandlungen der Stände mit dem Kaiſer zur Herſtellung des Friedens. V. Abzug der Paſſauer aus Prag. Endliche Abdankung derſelben. Leopolds trotzige Haltung. Verſuche denſelben mit Mathias zu verſöhnen.

I

Es iſt ein merkwürdiger Umſtand, daß über die Beſtimmung des Paſſauer Kriegsvolks von Anfang her viele und maßgebende Perſonen keineswegs im Zweifel waren und daß dennoch die von ihm drohende Gefahr nicht abgewendet wurde. Der Plan in Paſſau Werbungen anzuſtellen war ſehr frühzeitig, ſchon im Jahre 1609, von Rudolf und Leopold gefaßt worden und Trunagel hatte unverhüllt den Zweck dieſer Rüſtungen in Spanien auseinandergeſetzt. Den wirklichen Anfang machte Rudolf im
16 Jan 1610 Januar 1610, gerade als ſich in Prag der Kurfürſt Ernſt von Köln aufhielt, um ihn zur Berufung des Konvents zu vermögen. Der Kaiſer, der ſich mit Recht von friedlichen Unterhandlungen keinen Erfolg verſprach, bevollmächtigte die Grafen von Althan und Sulz, Herrn von Trautmansdorf, Ramée und andere durchwegs intime Anhänger des Erzherzogs zur Vornahme von Werbungen,*) die ſo raſch vor ſich gingen, daß bereits

*) Brüſſler Archiv. Bodenius an Fleckhammer ddo. 16. Jän. 1610. — Ebendaſelbſt. Biſcher an Fleckhammer ddo. 16. Jän. 1610.

Google Original HARVARD

im Monat März der größere Theil des Heeres, das später 8000 Mann zu Fuß und 4000 zu Roß zählte, im Bisthum Passau gerüstet stand. Als sich der Kaiser zur Berufung des Konvents entschloß, war die Mehrzahl der Mitglieder des Geheimrathes für die Einstellung der Rüstungen, aber sie vermochten nichts gegen den Einfluß des Hofkriegsraths, in welchem 17. April gerade jene Männer die entscheidende Stimme besaßen, die an den Rü- 1610
stungen betheiligt waren, und ebenso wenig etwas gegen Rudolfs eigenen Entschluß, der von der Anwendung der Waffen sein Heil erwartete.

Während die Rüstungen ungehindert ihren Fortgang nahmen, äußerte Niemand über sie in Böhmen Besorgniß, als der alte Peter von Rosenberg. Wegen seines Aufenthalts in Wittingau befand er sich in größerer Nähe von Passau als die in Prag lebenden tonangebenden Mitglieder des Adels und sehr bald kamen ihm Nachrichten zu, daß das Kriegsvolk früher oder später seinen Einzug in Böhmen halten werde.*) Er warnte vor einem solchen wahrscheinlich bevorstehenden Ereigniß die obersten böhmischen Beamten und Räthe, allein seine Warnung fand keine besondere Beachtung. Mehr Aufmerksamkeit widmeten die Oesterreicher und Mährer diesen Werbungen und sie beantworteten dieselben, indem sie Gegenwerbungen anstellten, auf Grund deren Mathias mit sichtlich größerem Vertrauen den Verhandlungen des Prager Konventes entgegen sah. Als selbst nach dem Beginn derselben den Passauer Rüstungen nicht Einhalt gethan wurde und der Kaiser trotz mehrfacher Mahnung von Mathias' Seite keine Miene machte zu entwaffnen, entschlossen sich die Ausschüsse der mährischen, österreichischen und ungarischen Stände, welche um diese Zeit in Wien weilten und denen der zwischen Krieg und Frieden schwebende Zustand unerträglich wurde, zu einem Ansuchen an die Böhmen, sie möchten ihren Einfluß aufbieten und den Kaiser zur Niederlegung der Waffen vermögen.**) Die böhmischen Kronbeamten und die Besitzer der böhmischen Gerichtshöfe kamen diesem Wunsche nach, aber anstatt sich selbst an Rudolf zu wenden ersuchten sie darum die Mitglieder des Fürstenkonvents.***) Alle Bitten 24. Juli
der Fürsten blieben jedoch, wie bekannt, vergeblich, der Kaiser hielt trotz 1610
der Ausgleichsverhandlungen mit Mathias an seinem Kriegsvolke fest, wenngleich er mehrmals dasselbe abzudanken versprach. Dieses Versprechen gab auch der Herzog von Braunschweig in Wien ab und auf Grund des-

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Brief von Rosenberg an die obersten Beamten ddo. 21. April 1610.

**) Die Details der Schreiben im böhm. Statthaltereiarchiv.

***) Böhmisches Statthaltereiarchiv. Zuschrift an die Mitglieder des Fürstenconvents ddo. 24. Juli 1610.

Google

ſelben hatte ſich Mathias zur Unterzeichnung des Friedensvertrags am
1610 30. September entſchloſſen. In dem Vertrage war die Friſt eines Monats ſtipulirt worden, innerhalb welcher Rudolf und Mathias ihre Rüſtungen rückgängig machen ſollten. Letzterer zögerte nicht dies zu thun, da die ſeinigen ohnedies nur durch die ſeines Bruders hervorgerufen waren, es mußte ſich nun zeigen, ob der Kaiſer folgen werde oder was er eigentlich beabſichtige.

Rudolf hätte nicht der kranke Mann ſein müſſen, der er war, wenn er in der That die Bedingungen des Friedensvertrags eingehalten hätte. Er, der vor vier Jahren, als der ungariſche Aufſtand ausbrach, durch einfache Nichtratificirung abgeſchloſſener Verträge im Vollgenuß ſeiner Macht bleiben wollte, der ſeit zwei Jahren durch eben ſo kindiſche wie bemitleidenswerthe Mittel die verlorene Herrſchaft wiederzugewinnen trachtete, der zuletzt auf den monſtröſen Gedanken einer Verbindung mit der Union verfiel, war nicht der Mann, um ſich ins Unvermeidliche zu fügen und ſeine Schwäche geduldig zu tragen. Während der Ausgleichsverhandlungen hatte er in einer Nacht fünfmal ſeinen Kämmerer zu ſich beſchieden, und durch dieſen dem Erzherzog Leopold auftragen laſſen, er möchte die Mitglieder des Konvents zur Abreiſe von Prag auffordern. *) Am Morgen beſann er ſich wohl eines andern und er verſtand ſich zwar zu einem Ausgleich, aber, wie die Folge lehrte, nur aus dem Grunde, weil er dadurch ſeiner unerwünſchten Gäſte los wurde und freie Hand zur Durchführung ſeiner Pläne bekam. Würde es ihm nur einigermaßen um Frieden zu thun geweſen ſein, ſo würde er mit beiden Händen nach der Gelegenheit gegriffen haben, die ſich gerade bot, auf billige Weiſe ſeines Heeres los zu werden. Maximilian von Baiern, welcher im Auftrage der Liga ein Heer warb, um gegen die bei Jülich ſiegreiche Union gerüſtet zu ſein, erſuchte den Kaiſer durch eigene Geſandte um die Ueberlaſſung des Paſſauer Volkes. Er bekam von Leopold im Namen Rudolfs eine abſchlägige Antwort und zwar in dem Augenblick, wo Mathias den Friedensvertrag ratificirte und ſonach kein Angriff von ihm zu befürchten war, noch gegen ihn erlaubt war. **)

Ebenſo wie der Kaiſer allen Anforderungen bezüglich der Entlaſſung des Paſſauer Volkes einen hartnäckigen Widerſtand entgegenſetzte und dadurch die Klarblickenden nicht im Zweifel ließ, daß er ſich mit geheimen

*) Münchner Staatsarchiv. Mathias Weiſer an Max von Baiern ddo. 30. Juli 1610.
**) Münchner Reichsarchiv 47/1. 72. Inſtruktion für Herrn von Herlberg und Dr. Plank zu ihrer Reiſe zum Kaiſer ddo. 1. Sept. 1610. — Ebendaſelbſt Fol. 34. Handbel von Herlberg an Max von Baiern ddo. 15. Sept. 1610.

Google

Absichten trage, ebenso deutete auf irgend einen bestimmten Plan und auf eine enge Verbindung mit dem Kaiser Leopolds eigenthümliches Benehmen in Prag. Der junge Mann war nicht im Stande, die in seiner Brust gährende Leidenschaft, die Sehnsucht nach Herrschaft so zu bändigen, daß nicht von Zeit zu Zeit ein heftiger Ausbruch an den Tag gebracht hätte, was in ihm tobe. Sein Benehmen in Prag, als er daselbst nach der Preisgebung Jülichs erschien, war im höchsten Grade auffallend und gegen die anwesenden Erzherzoge Maximilian und Ferdinand rücksichtslos. Er schlug sich in den Berathungen auf des Kaisers Seite, war gegen die Entstellung der Werbungen und sprach von der Verlegung anderer in dem Stifte Straßburg geworbener Truppen in die österreichischen Vorlande, ob dies dem Erzherzog Maximilian, dem Verwalter derselben, genehm sei oder nicht. Letzterer gerieth darüber in nicht geringe Entrüstung und entgegnete, er werde für einen solchen Empfang der Truppen sorgen, der ihnen den Hals brechen würde. Ferdinand stritt sich zwar mit seinem Bruder nicht herum, allein er beobachtete sorgsam sein Benehmen und war entschlossen ihm im entscheidenden Moment entgegenzutreten. So viel war den andern Prinzen des österreichischen Hauses klar, daß Leopold sein Interesse an das des Kaisers zu knüpfen trachte, um seinen eigenen Vortheil dabei zu wahren und daß er mit dem Passauer Volke einen Streich beabsichtige, zu welchem des Letzteren Zustimmung gewiß fehlen.

Es entsteht nun die Frage, was war Leopolds Plan nach seiner Rückkehr nach Prag, da er von dieser Zeit an als der eigentliche Lenker Juni 1610
der Ereignisse zu betrachten ist. Hatte er einen Angriff gegen Mathias im Sinne, wie Rudolf es wollte, gedachte er blos über Böhmen herzufallen oder dachte er noch immer an die Behauptung von Jülich, so lange es sich nicht in den Händen der Union befand?

Wir haben keine Beweise in den Händen, daß Leopold in irgend einem Augenblicke einen Angriff gegen Mathias vorhatte, so sehr auch der Kaiser einen solchen wünschen mochte, alles stimmt im Gegentheil damit überein, daß er an dem Programm, welches Torrnagel in Spanien entwickelt hatte, festhielt. Dieses Programm umfaßte die Erwerbung von Böhmen, Tirol und Jülich. Trotz der mangelnden Unterstützung, welche ihn genöthigt hatte, Jülich zu verlassen, wollte er noch immer nicht letzteres aus dem Kreise seiner Kombinationen streichen. Bevor er also sein Unternehmen auf die dem Kaiser verbliebenen Länder beschränkte, entschloß er sich nochmals in Spanien einen Versuch zu machen, ob dieses nicht in letzter Stunde eine Allianz mit ihm eingehen wolle.

In der Erwartung, daß die Königin seine Schwester aus geschwisterlicher Neigung weniger das Wohl des Gesammthauses als die Erhebung

Google

24. Juli 1610 ihres Bruders ins Auge fassen werde, schrieb er an sie einen höchst beweglichen Brief, dessen Wortlaut charakteristisch für die Denkweise des jungen Mannes ist. „Aus dem brüllenden Memoire," so schrieb er, „werden Eure Majestät den beschwerlichen und gefährlichen Zustand, in dem sich nicht bloß meine Person sondern unser ganzes Haus, unser Besitz und die Religion befindet, erkennen und ich ersuche deshalb Eure Majestät bei dem Erbarmen Gottes und um seines heiligen und bittern Leidens willen den König Ihren theuren Herrn und Gatten zu bitten, er möge die gegenwärtige Gelegenheit nicht außer Acht lassen und nicht mit dem Heilmittel warten, bis das Uebel unheilbar ist. Schon haben wir Jülich verloren und in wenigen Jahren werden wir die bösen Früchte davon ernten. . Theuerste Herrin und Schwester, würden der Papst und Seine katholische Majestät mich nicht verlassen sondern zu der Zeit unterstützt haben, als ich darum bat, gewiß wären alle jene Länder unserem Hause bereits unterthan, während sie jetzt verloren sind und ich mit ihnen ganz und gar, weil belastet mit Schulden und verjagt aus meinen Stiftern. Das schlimmste aber ist: wir müssen mit unsern Augen zur unglaublichen Schmach unseres Hauses sehen und ertragen, daß die Holländer und Franzosen ihre Heere mitten nach Deutschland verlegen. Um mit Euer Majestät offen zu reden, so erfahre ich alle Tage hier, daß diese Lässigkeit Spaniens, Hilfe bei so dringenden Nöthen und in Sachen, welche die Ehre und die Erhaltung unseres Hauses betreffen, zu schaffen, bei den in Prag anwesenden Kurfürsten und Fürsten ein solches Mißtrauen gegen Spanien rege gemacht hat, daß einige der Angesehensten von ihnen mir in den Bart gesagt haben, sie seien entschlossen sich mit Frankreich zu verbinden, da von Spanien keine Hilfe zu erwarten sei . . . . Abermals bitte ich also Eure Majestät um der fünf heiligen Wunden Christi willen, daß bald Rath geschafft werde, einestheils um die gegenwärtigen Uebel zu heilen anderntheils um die in der Zukunft drohenden hintanzuhalten." *)

4. Aug. 1610 Wenige Tage nach Absendung dieses Briefes schrieb Leopold abermals in gleich leidenschaftlichem Tone an seine Schwester und bat wiederholt, ihr Gemahl möchte doch „um Gottes willen einen heroischen Entschluß fassen" und seine Truppen, so wie sie in Flandern und Italien gerüstet stehen, mit denen in Passau vereinen und eine Wendung in die öffentlichen Angelegenheiten bringen. **) In gleicher Weise schrieb er an seinen Agenten in Madrid, einen gewissen Mirabalo, den er an Trumagels Stelle nach

*) Simancas 2496/72. Leopold an die Königin von Spanien Ddo. 24. Juli 1610. Dabei ein Memorial über die Lage der Dinge in Europa.

**) Simancas 2496/72. Leopold an die Königin von Spanien Ddo. 4. Aug. 1610.

Google

Spanien geschickt hatte.*) Alle Briefe des Erzherzogs tragen den Stempel einer gleichen Erregtheit des Gemüthes, in allen bittet er dringend um Hülfe, ohne doch genau zu präcisiren, was er eigentlich mit der Hülfe zu beginnen gedenke, ob er Jülich vertheidigen wolle, ob er die Protestanten Deutschlands anzugreifen beabsichtige oder was er eigentlich im Sinne habe. Diese Unklarheit in seiner Sprache ist aber offenbar eine Folge des Umstandes, daß er selbst nicht recht wußte, wo und wie er den Angriff beginnen sollte. Nahm sich Spanien ferner an, so würde der Erzherzog schwankend geworden sein, ob er in Jülich oder in Böhmen das Ziel seines Ehrgeizes zu suchen habe. Wir haben wohl nicht nöthig hinzuzufügen, daß das Kabinet Philipps III die Briefe und Botschaften Leopolds entschieden ungünstig beurtheilte und Zuñiga den Befehl ertheilt in allem und jedem dem Erzherzog entgegenzuarbeiten.

Tritt aus dem abermaligen Versuche, Spanien für sich zu gewinnen, Leopolds Absicht nach gewaltsamen Neuerungen und nach einer großen Rolle klar genug hervor, so wird diese noch deutlicher aus einem beinahe gleichzeitigen Versuche, den Herzog von Baiern an sein Schicksal zu ketten. Er benützte den Grafen Eitel Friedrich von Zollern, der in andern Angelegenheiten nach München reiste, auch zur Verrichtung „einer hochwichtigen 15Aug
Commission" bei dem Herzog.**) Wir finden in dem Empfehlungsschreiben 1610
die Kommission nicht speziell angegeben, allein da der Erzherzog darin flehend um eine solche Entscheidung bittet, wie es des „hochwichtigen Werkes äußerste Nothdurft erfordert," so ist nicht zweifelhaft, um was es sich dabei handelte. Aus der weitern Haltung des Herzogs ist ersichtlich, daß er seine bisherige abwartende Rolle nicht aufgab und Leopold auch von dieser Seite im Stiche gelassen wurde.

Es ist vielleicht möglich, daß diese doppelte Niederlage dem jungen Prinzen den Kopf zurechtgesetzt und er selbst, trotz des Kaisers kriegslustiger Stimmung, sich in das Unvermeidliche gefügt hätte, wenn nicht die eben erzählten und gleichzeitigen Verhandlungen wegen Bestimmung der Nachfolge im deutschen Reiche seinen gesunkenen Muth aufgerichtet hätten. Als er sah, daß Mainz, Köln und Sachsen sich zu seiner Erhebung geneigt erklärten, und als er später die Nachricht erhielt, daß die drei geistlichen Kurfürsten zur Unterzeichnung einer darauf bezüglichen Akte bereit seien, da muß man es begreiflich finden, wenn er die Partie nicht verloren gab, sondern mindestens auf den Gewinn von Böhmen rechnete. Die Erbrechte, welche Mathias auf dies Land besaß, und die Anwartschaft, welche

*) Simancas 2495/10. Leopold an Juan Mendoza ddo. 5. Aug. 1610.
**) Münchner Reichsarchiv 44/3, 796. Leopold an Max von Baiern.

Google Original from HARVARD UNIVERSITY

er außerdem im Jahre 1608 durch den Lieburer Vertrag auf dasselbe erlangt hatte, mochten dem Erzherzog als kein unüberstreigliches Hinderniß erscheinen; denn da die Kurfürsten als Bedingung seiner Erhebung vom Kaiser die Ausstattung mit Ländern verlangten, so konnte füglich kein anderes Land als Böhmen gemeint werden. Wenn aber die Kurfürsten selbst, die Hüter der gesetzlichen Ordnung, den Lieburer Vertrag so gering achteten, wie kann man es dem jungen Prinzen verübeln, wenn auch er für denselben keine Achtung an den Tag legte? Es würde zu weit gegangen sein, wollte man die Kurfürsten für die folgende Haltung Leopolds verantwortlich machen und genau abwägen, für wie viel die von ihnen angebetene deutsche Krone in seinen Entschließungen gegolten habe; allein so viel scheint die Billigkeit zu erheischen, daß man ihrem lächerlichen Benehmen gleichfalls eine Schuld an den nachfolgenden Uebeln beimesse. Wenn Anhalt den Erzherzog mit der deutschen Krone gelöbert hatte, so würden wir hierin von seinem Standpunkte aus eine Maßregel von hoher Klugheit sehen, weil sie geeignet war zwischen den österreichischen Prinzen einen erbitterten Kampf heraufzubeschwören. Wenn aber Fürsten, welche dem Hause Habsburg freundlich gesinnt zu sein nicht bloß vorgaben, sondern es auch waren, zu einem so leichtfertigen Entschlusse sich hinreißen ließen, wie dies die beabsichtigte Wahl Leopolds war, so muß ihr Betragen als ein solches bezeichnet werden, welches aller Einsicht und Ueberlegung bar war.

Mochte also der Erzherzog in Folge seiner mißglückten diplomatischen Sendungen an der Erreichung seines Zieles einen Augenblick verzweifeln, das Benehmen der Kurfürsten belebte sicherlich wieder seinen Muth. So wenig als der Kaiser je ernstlich an die Entlassung der Passauer dachte, so wenig durfte auch Leopold dieselbe beabsichtigen. Da jedoch in dem Vertrage mit Mathias die Entlassung binnen Monatsfrist bedungen war, so fehlte es in Prag nicht an Stimmen, welche den Kaiser an seine Pflicht erinnerten. Es galt vor allem Zeit zu gewinnen und unter mancherlei Vorwänden dieselbe zu verzögern. Bereite sich Mathias inzwischen seine Truppen zu entlassen, so war Rudolf Herr der Situation und konnte um so leichter in Böhmen eine feste Position fassen. Der Vorwand zur Nichtabdankung der Passauer wurde in einer kaiserlichen Zuschrift an die böhmischen Kronbeamten daher genommen, daß die nöthigen Geldmittel nicht vorhanden seien, um den seit mehreren Monaten schuldigen Sold auszuzahlen. So schlimm stand es jedoch nicht mit den Mitteln des Kaisers. Aus den betreffenden Rechnungen und aus spätern Vorgängen wissen wir, daß im Monat September die Truppen an rückständigen Sold kaum 400.000 Gulden zu fordern hatten, daß Rudolf um diese Zeit mindestens über eine Geldsumme von 300.000 Gulden verfügte und der Rest

Google Original HARVARD

leicht durch ein Anlehen hätte gedeckt werden können. Allein der Kaiſer gab vor, daß er ganz und gar von Mitteln entblößt ſei und ſonach die Abdankung nicht vornehmen könne. Ob dieſelbe leichter zu bewerkſtelligen ſein würde, wenn man die Hände in den Schoß legte und die Rechnung ohne Ende anwachſen ließ, das mußte jedermann zweifelhaft erſcheinen.

Indeſſen drängte die Zeit ein Mittel zu ergreifen. Das Kriegsvolk hatte in Folge ſeines mehrmonatlichen Aufenthalts im Paſſauer Gifte derart alle daſelbſt befindlichen Vorräthe an Lebensmitteln aufgezehrt, daß, wenn es nicht abgedankt wurde, eine Verlegung deſſelben dringend geboten war. Dieſer Umſtand wurde von den Miniſtern über deſſen eigent- 17 Sep.
liche Beſtimmung benützt, um eine Verlegung der Quartiere nach Böhmen 1610
dem Kaiſer anzurathen.*) Hatte man das Kriegsvolk einmal im Lande, ſo war es leichter zu gebrauchen als in Paſſau, von wo aus ihm der Weg nach Böhmen, ſei es durch die Baiern ſei es durch die Oeſterreicher, verlegt werden konnte. In dem bezüglichen Gutachten, welches der Hofkriegsrath dem Kaiſer vorlegte, wurde der ſüdliche Theil von Böhmen zu ſolchen Quartieren vorgeſchlagen und zwar die ausgedehnte kaiſerliche Herrſchaft Krumau und die Stadt und Umgebung von Budweis. Althan und Ramée reiſten heimlich nach Krumau, um die dortige Gelegenheit kennen zu lernen, wahrſcheinlich aber auch, um das Terrain für den Fall eines gewaltſamen Einmarſches zu recognoſciren.**)

Rudolf kam dem Gutachten ſeiner Räthe und unzweifelhaft auch Leopolds raſch nach. Er zeigte in einem Schreiben, welches ſeine alleinige 19 Sep.
Unterſchrift trug, den böhmiſchen Kronbeamten die Verlegenheit an, in 1610
welcher er ſich wegen des Paſſauer Kriegsvolks befinde. Er ſei nicht im Stande daſſelbe abzudanken, könne es auch nicht länger in den bisherigen Quartieren belaſſen und müſſe auf deſſen Verlegung nach Krumau und Budweis dringen. Demgemäß erſuchte er die Kronbeamten, ſie möchten im Vereine mit einem ſtändiſchen Ausſchuß, der vermöge Landtagsbeſchluß mit den militäriſchen Angelegenheiten des Landes betraut war, die Sache erwägen und für die Unterbringung Sorge tragen.***) Einige Tage darauf erweiterte der Kaiſer ſeine Bitte dahin, daß er von den Kronbeamten auch einen Geldbeitrag zur Unterhaltung der Truppen verlangte. †)

---

*) Böhmiſches Statthaltereiarchiv. Gutachten des Hofkriegsrathes ddo. 17. Sept. 1610.

**) Böhm. Statthaltereiarchiv. Des Hauptmann von Krumau Lumnitzky Bericht hierüber ddo. 18. Sept. 1610.

***) Böhmiſches Statthaltereiarchiv. Rudolf an die böhm. Landesſtände ddo. 19. Sept. 1610.

†) Ebendaſelbſt. Mündliche Propoſition für die böhm. Landesſtände ddo. 24. Sept. 1610.

Google

Dieſe nicht im allergeringſten erwartete Anzeige verurſachte unter den oberſten Beamten — zwei bis drei ausgenommen — Beſtürzung und Unwillen, den auch der ſtändiſche Ausſchuß für Landesvertheidigung (oder der Defenſionsausſchuß) im vollen Maße theilte. Alle ſahen die Verfaſſung verletzt, denn man muß wiſſen, daß es nach derſelben keinem Könige von Böhmen geſtattet war, Truppen ins Land zu führen oder zu werben, wenn nicht der Landtag ſeine Zuſtimmung dazu gegeben hatte. Da von der Einhaltung dieſer Bedingung keine Rede war, konnten die Böhmen ſich nicht nur über Verfaſſungsbruch beklagen, wenn die Paſſauer ins Land gebracht wurden, ſondern ſie waren noch überdies und mit Recht empört, daß ihnen ein Beitrag für deren Unterhaltung zugemuthet wurde. Ihre Antwort zeigte jedoch, daß ſie nicht allein den Buchſtaben der Verfaſſung vor Augen hatten, ſondern daß ſie den Verhältniſſen eine billige
25/15 Rechnung tragen wollten. Nachdem ſie dem Kaiſer ihr „Befremden" ausgedrückt hatten, daß er im Gegenſatz zur Landesordnung und zu den Landtagsbeſchlüſſen einem fremden Kriegsvolk den Eingang nach Böhmen eröffnen wolle, und ihn gemahnt hatten, er möchte dasſelbe ungeſäumt abdanken, erboten ſie im letztern Falle ihm mit einem Geldbeitrag auszuhelfen. *)

Die Antwort der Böhmen ſchien eine Wirkung auf den Kaiſer auszuüben, denn ſowohl die Hofkammer wie die böhmiſche Kammer erhielten den Auftrag über die zur Abdankung verfügbaren Geldmittel Auskunft zu
29/19 geben. Der Bericht beider Kammern lautete troſtlos, beide erklärten übereinſtimmend, daß ihre Mittel durch ihre ſonſtigen Obliegenheiten völlig erſchöpft ſeien. **) Die Böhmen durch dieſe Nachricht nicht beſonders erheitert fügten ſich in das Unvermeidliche und boten dem Kaiſer an, daß ſie nichtsdeſtoweniger eine Geldſumme zur theilweiſen Deckung ſeiner Bedürfniſſe aufbringen wollten und gedachten zu dem Ende, ſie im Wege des Anlehens zu Stande zu bringen. Wer unter den Ständen über größere Kapitalien verfügte, wurde von ihnen um ein Darlehen angeſucht und man muß ſagen mit recht günſtigem Erfolg. Auch an Peter von Roſenberg wandte man ſich um eine Summe, Budowec und Smiřický wurden zu ihm deshalb abgeſchickt. Sie trafen bei ihm zwei Abgeſandte des Paſſauer Volkes, Ramée und Haugwitz, welche dem alten Herrn die Anzeige machten, daß das Kriegsvolk mit nächſtem in Krumau einrücken und daß es von dem

*) Böhm. Statthalterarchiv. Die oberſten Landoffiziere und Defenſoren an den Kaiſer ddo. 25. Sept. 1610.

**) Böhm. Statthalterarchiv. Bericht der Hofkammer und böhmiſchen Kammer ddo. 29. Sept. 1610.

Google Digitized by HARVARD

Verhalten des benachbarten Adels abhängen werde, ob das Benehmen der Soldaten ein freundliches oder feindliches sein werde.*) Als Budowec hierüber in Prag berichtete, konnte man leicht einsehen, daß ein freches Spiel im Werke sei. Nichtsdestoweniger erlahmte der Eifer der Böhmen nicht und nach einigen Verhandlungen waren sie schließlich erbötig dem Kaiser die Summe von 200.000 Gulden theils in baarem Gelde theils in sichern Anweisungen, welche in kurzer Zeit fällig sein sollten, vorzustrecken.**) Hiezu trugen nicht bloß die Nachrichten bei, welche Budowec von Wittingau gebracht, sondern auch andere Berichte, welche von allen Seiten über die Unthaten des Passauer Volkes und über seine Lust in Böhmen einzubrechen einliefen.

Die Anerbietungen der Böhmen und deren energisches Drängen auf die Abdankung der Passauer verursachten, daß der Kaiser von der Verlegung der Quartiere einige Zeit schwieg und es sich gefallen ließ, daß der Herzog von Braunschweig, dem allgemein das Vertrauen der Friedfertigen entgegenkam, als derjenige bezeichnet wurde, der nach Passau gehen und die Abdankung bewerkstelligen sollte. Derselbe war nach Beendigung der Ausgleichsverhandlungen mit Mathias von Wien nach Prag zurückgekommen und statt wie die andern Mitglieder des Fürstenkonvents seinen Abschied zu nehmen, daselbst zurückgeblieben. Er hatte dem König Mathias sein Wort gegeben, daß die Abdankung der Passauer wirklich zu Stande kommen werde und in seinem gewissenhaften Eifer fühlte er sich verpflichtet, dazu mit allen Mitteln zu wirken. Der Kaiser dem Drängen der Böhmen nachgebend ließ ihn bereits am 16. Oktober fragen, ob er 1610
nicht nach Passau reisen und die Abdankung des Kriegsvolks bewerkstelligen wolle. Der Herzog erklärte sich nicht nur zur Reise bereit, sondern er erbot sich auch dem Kaiser mit einer Verschreibung im Betrage von 100.000 Thalern auszuhelfen, um ja nichts an sich ermangeln zu lassen. Zu gleicher Zeit suchte er einen ähnlichen Eifer auch bei andern zu wecken, auf daß jeder nach Kräften sich zu einem entsprechenden Opfer entschließe. Da seine eigenen so wie die ständischen Verschreibungen, so reelle Werthe sie auch repräsentirten, erst binnen mehreren Monaten fällig wurden, bemühte er sich überdies auch baares Geld aufzubringen. Nach seiner Meinung ließ sich die Abdankung der Passauer bewerkstelligen, wenn man ihnen etwa den vierten Theil des rückständigen Soldes bar, das übrige aber in Anweisungen, fällig im Laufe des Jahres 1611, auszahlen

*) Böhm. Statthalterarchiv. Relation des Budowec ddo. 12 Okt. 1610.

**) Böhm. Statthalterarchiv. Die böhm. Landesoffiziere an den Kaiser ddo. 3. Nov. 1610.

Google

würde. Der spanische Gesandte, von ihm um einen Beitrag ersucht, war, getreu den Weisungen seines Herrn, erbötig alsogleich 20.000 Gulden zu erlegen und eine gleiche Summe in Wechseln zu übergeben. Bevor noch der Monat Oktober verflossen war, hatte es der Herzog von Braunschweig mit seiner unermüdlichen Sorgfalt dahin gebracht, daß er an 148.000 Gulden im baren und über 312.000 Gulden in Anweisungen verfügen zu können glaubte.*) Wir bemerken, daß diese Summen hingereicht hätten, alle Forderungen der Passauer zu befriedigen und daß also Rudolf vollständig über die Mittel zu ihrer Abdankung gebot.**)

Nachdem die Anstrengungen des Herzogs von solchem Erfolge gekrönt waren, beeilte er sich dem Kaiser hierüber Bericht zu erstatten und definitiv die Uebertragung der Kommission zu verlangen. Er erhielt behufs des letztern vom Grafen von Sulz ein so mangelhaftes Dekret zugestellt, daß er darüber bittere Beschwerde führte. Zu Rudolf zu gelangen und durch ihn dem Mangel abzuhelfen, wollte ihm lange nicht gelingen, bis er endlich auf die Drohung, von Prag nach Hause reisen zu wollen, auf eine Viertelstunde vor den Kaiser gelassen ward.***) Alles kam jetzt scheinbar in Ordnung, er erhielt die gewünschte Vollmacht oder wenigstens das Versprechen, daß sie ihm nachgeschickt werde. Mit dem Zahlmeister Kleinsträtel traf er die Verabredung, daß er ihm nach Empfang der allseitig versprochenen Gelder und Anweisungen augenblicklich nachreisen werde. Auf diese Weise war der Herzog mit allen Vorbereitungen fertig, so daß er am 10. November von Prag abreisen konnte. Am 13. traf er in Passau ein.

Hier angelangt traf er neben den Befehlshabern des Kriegsvolks: Althan, Trautmannsdorf, Schwendi, Ramée, Alwin Sulz auch mit Erzherzog Leopold zusammen. Derselbe hatte sich bis zu Ende September in Prag aufgehalten und war darauf nach Passau gereist. Seit seiner Anwe-

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Der Herzog von Braunschweig an den Oberstburggrafen ddo. 12./22. Okt. 1610. — Wolfenbüttler Archiv. Relation, was bei der Commission so die Röm. Kais. Maj. J. F. G. dem Herzogen zu Braunschweig ihre der Passawischen Abdanckung aufgetragen allerseits vom 16 Octobris bis auf den 8 Decembris anno 1610 vorgelauffen.

**) Die Forderungen der Passauer betrugen für ihre ganze Dienstzeit nach einer amtlichen Berechnung bis zum 16. Dez. 1610 die Summe von ungefähr 1.100.000 Gulden. Zu Ende Oktober konnte sich demnach diese Summe kaum höher als auf 900.000 Gulden belaufen. Durch theilweise Zahlungen hatten die Passauer bereits über 600.000 Gulden erhalten, die schuldige Summe betrug sich Ende Okt. gewiß um nicht mehr als 300.000 Gulden. Wenn der Kaiser also nur entfernt die Abdankung wünschte, so hatte er die Möglichkeit vor sich, ohne sich selbst anstrengen zu müssen.

***) Brüssler Archiv. Bodenius an Flechammer ddo. 30. Okt. 1610.

Google

senheit suchte er durch freundliche Haltung das Kriegsvolk sich geneigt zu machen, wiederholt lud er die Anführer zu Tisch, inspizirte die einzelnen Regimenter, lobte sie für ihre ausgezeichnete Haltung und versprach ihnen baldige Befriedigung ihrer Forderungen. Seine übrige Thätigkeit in diesen Tagen seines Passauer Aufenthalts entzieht sich der historischen Forschung; wenn wir aber aus den folgenden Ereignissen einen Schluß auf dieselbe ziehen, so traf er mit den Obersten die letzten Verabredungen über den zu bewerkstelligenden Einbruch in Oesterreich und Böhmen. Unter dem Scheine von Meuterei, zu der die Soldaten nicht erst aufgereizt werden mußten, da sie durch vielfache Entbehrungen übel gestimmt waren, sollte der Einbruch geschehen. Man konnte indessen in Zweifel darüber gerathen, ob wirklich ein solcher Einbruch planmäßig betrieben wurde, wenn man die Mission des Herzogs von Braunschweig betrachtet. Der Kaiser hatte dieselbe zwar auf alle Weise verzögert, aber zuletzt doch die Erlaubniß zu derselben gegeben und so in der That die Abdankung bewerkstelligen wollen. Ohne weiter darauf hinzuweisen, daß der Kaiser gar nichts zur Herbeischaffung der Mittel für die Bezahlung der Passauer beigetragen und das ganze Geschäft dem Herzog überlassen hatte, als ob es ihn so wenig anginge, wie die Befriedigung einer asiatischen Horde, dient uns als weiterer Fingerzeig die Meinung Maximilians von Baiern. Auch an ihn hatte sich der Herzog von Braunschweig in seinem bewundernswerthen Eifer gewendet und ihn um ein Anlehen ersucht. Maximilian erwiederte, daß er sein Geld zu seiner eigenen Vertheidigung brauche, denn unter dem Scheine die Passauer abzudanken, suche der Kaiser und die ihn beherrschende Partei Geld aufzubringen und dann erst recht ihre Pläne durchzuführen.*) Damit hatte Maximilian, den Nagel auf den Kopf getroffen, wie die folgenden Ereignisse zeigen. Die Erfolglosigkeit der Bemühungen des Herzogs von Braunschweig lieferte bald den ersten Beweis.

Da nach Prag ununterbrochen im Laufe des Monats Oktober Nachrichten gelangten, daß die Soldaten trotz des Zuredens ihrer Offiziere ihre Quartiere gewaltsam verändern wollten, hatte der Herzog von Braunschweig, um nicht seine Kommission vergeblich in Angriff zu nehmen, schon am 3. November ein Schreiben an das Kriegsvolk abgeschickt, worin er seine Ankunft mit Gewißheit versprach und volle Befriedigung aller Soldrückstände verhieß. Als er anlangte, theilte er den Offizieren mit, daß er binnen wenigen Tagen im Stande sein werde einen Theil des rückständigen Soldes in baren, einen andern in Anweisungen zu berichtigen. Ohne

*) Wolfenbüttler Archiv. Max von Baiern an den Herzog von Braunschweig dde. 16. Nov. 1619.

Google Original HARVARD UN

den weitern Fortgang dieſer Angelegenheit abzuwarten reiſte Leopold der-
15 Nov. 1610 auf nach Prag ab, wie er erklärte, auf Verlangen des Kaiſers; mit ihm gingen auch der Oberſt Trautmannsdorf und mehrere andere Offiziere, während der Feldmarſchall Althan nach Salzburg ſich begab, angeblich mit einem Auftrage an den Erzbiſchof. So entfernten ſich von dem Heere alle jene, welche auf daſſelbe einen entſcheidenden Einfluß beſaßen und es blieb daſſelbe unter dem Kommando der minder hoch geſtellten Offiziere zurück, unter denen jetzt Oberſt Ramee den erſten Platz einnahm. Dieſer war es, der wahrſcheinlich ſchon jetzt auserſehen war, das folgende Drama in Scene zu ſetzen.

Nach der Entfernung der genannten Anführer theilte der Herzog den zurückgebliebenen Offizieren die Bedingungen mit, unter denen die Berich-
16 Nov. tigung der Soldrückſtände erfolgen ſollte.*) Sie ſchienen damit zufrieden, weigerten ſich aber die Mittheilung an die Soldaten zu machen und verlangten, der Herzog ſelbe es thun. In Folge deſſen gab derſelbe den Befehl die ſämmtlichen Regimenter ſollten bei Griesbach, in der Nähe von Paſſau,
17 Nov. ihre Aufſtellung nehmen. Die Soldaten kamen dem Befehle nach, nahmen aber dabei eine meuteriſche Haltung an und drohten mit ihrem unmittelbaren Abmarſch nach Böhmen, ſo daß der Herzog Mühe hatte, ſie zur Ruhe zu bringen. Am folgenden Tage zeigte er ihnen ſchriftlich an, daß ſie am 20. November gemuſtert, ihnen dabei ein Monatſold ausbezahlt und ſie binnen 14 Tagen, vom 22. November an gerechnet, abgedankt werden ſollten, nachdem vordem mit ihnen ordentliche Abrechnung gepflogen worden.**)

Dieß Verſprechen hatte der Herzog gegeben, weil er mit Sicherheit der Ankunft des Zahlmeiſters erwartete. Er ſollte an Barſchaft, Schatz- und Geldgeräthen die obenerwähnte Summe von 140.000 Gulden mitbringen, dazu Anweiſungen im Betrage von 312.000 Gulden. Vor ſeiner Abreiſe hat der Herzog vom Kaiſer noch das Verſprechen erhalten, daß er 100.000 Thaler (ſo viel als 116.666 Gulden) beiſteuern wolle und der gute Mann hatte ſich in der Hoffnung entfernt, daß die Verſumme ſich auf 264.000 Gulden belaufen könnte. Der Zahlmeiſter ſollte mit Geld und Anweiſungen, die wegen einzelner noch nicht erfüllter Formalitäten ihrer Ausfertigung harrten, aber längſtens dieſelbe in zwei bis drei Tagen erhalten mußten, wenn in Prag nicht abſichtlich gezögert wurde, dem Herzog auf dem Fuße folgen. Mit Gewißheit erwartete ihn der letztere Tag für

*) Hofkammerarchiv. Resolutionsprotokoll. Resolution, ſo den Offizieren geschen 16. Nov. 1610.

**) Böhm. Statthaltereiarchiv. Der Herzog von Braunſchweig an die Böhmiſchen Truppen dto. 18. Nov. 1610.

Google

Tag in Passau, als aber der 20. November herankam, an dem die Musterung vorgenommen werden sollte, und noch kein Geld vorhanden war, da riß dem Herzog die Geduld. Er erinnerte sich jetzt aller Rügerungen, durch die man seine Mission vereiteln wollte, er berücksichtigte jetzt die Warnungen Maximilians von Baiern und machte seinem Zorne Luft, indem er in einer heftigen Schrift gegen das Gebahren des Hofkriegraths (in dem der ältere Sulz, Althan und Trautmannsdorf obenan saßen) protestirte. Sie hätten, schrieb er ihnen, den Kaiser betrügerischer Weise zu den Passauer Werbungen verleitet, die an eine Million Gulden verschlingen würden und zwar mit demselben Nutzen, als wenn man sie in die Donau geworfen hätte. Vermöge des Vertrags mit Mathias sei das Kriegsvolk abzudanken, sie hätten es aber „durch allerhand läppische und nichtswürdige Ausflüchte stets zu hemmen und ganz und gar zu verhindern gesucht." Nun habe er behufs der Abdankung ein Dekret zugestellt erhalten, welches mehr einer „Scharteke" als einem amtlichen Schriftstück ähnlich sehe, denn es mangle daran Unterschrift und Siegel des Hofkriegraths. Solche Nachlässigkeit müsse man „ihrer Unbesonnenheit, ihrem groben Bauernstolz und ihrem Unverstande" zuschreiben und ihnen allein die Folgen, wenn die Abdankung mißlingen sollte, zur Last legen. Sein Unwille steigerte sich schließlich zu einem Befehle, der als der Ausfluß sittlicher Entrüstung anzusehen ist. Er, der fremde Fürst, forderte den Hofkriegsrath auf, ihm bis zum 28. November ein Dekret in der nothwendigen Form auszufertigen, das mit Weglassung aller Zweideutigkeiten die Abdankung des ganzen Heeres, Offiziere und Soldaten einbegriffen, einfach anordne.*) Nicht zufrieden mit diesem Proteste verfaßte der Herzog am folgenden Tage eine andere Schrift, bestimmt für weitere Kreise, worin er seine Bemühungen um Aufbringung der nöthigen Geldsummen schilderte und den Kaiser wie seine Räthe an den Pranger stellte, indem er ihnen die Schuld zumaß, daß Kleinsrätel noch immer nicht eingetroffen sei.**)

Wiewohl der Herzog also weder am 20. noch 22. November über 1610
Geld gebot, nahm er doch die Musterung an dem bestimmten Tage vor. Die Soldaten benahmen sich dabei willig, nur bezüglich der Soldrückstände erhoben sie überspannte Ansprüche, welche der Herzog sich gefallen lassen mußte, da er sie bei guter Laune zu erhalten suchte. Sie erinnerten auch nicht daran, daß ihnen bei der Vornahme der Musterung ein Monatssold versprochen worden und jetzt nicht ausbezahlt wurde, sondern waren

*) Wolfenbüttler Archiv. Protestationsschrift des Herzogs ddo. 20. Nov. 1610.
**) Wolfenbüttler Archiv. Urkunde vom 21. Nov. 1610 ohne Aufschrift.

Google

damit zufrieden, daß bei der schließlichen Entlassung am 6. Dezember jedenfalls ihre Forderungen befriedigt werden würden. Damit hatte der Herzog eine schwere Arbeit beendet und er erwartete nun täglich das Erscheinen des Zahlmeisters, mit Sicherheit sich der Hoffnung hingebend, daß derselbe seine Ankunft nicht über den Verlauf des Monats November verzögern könne.

Es verging jedoch ein Tag um den andern, der Monat November war vorüber und der 6. Dezember vor der Thür. Wohl liefen von Klinsträtel beinahe täglich Briefe ein, worin er über die Schwierigkeiten, das nötige Geld zusammenzubringen, berichtete, aber kein Tag brachte ihn selbst. Vom Kaiser empfing der Herzog ein Schreiben, worin er ihn für seinen Eifer belobte und aufforderte in dem begonnenen Werke der Abdankung fortzufahren und sich durch keine böswilligen Leute stören zu lassen. Auch ein Dekret, welches ihn zur Vornahme der Abdankung ermächtigte und das Leopold im Namen des Kaisers unterzeichnete, erhielt er, aber von Geld war bei allen diesen Kundgebungen keine Spur.*) Und doch bedurfte es nur eines Winkes von Seite des Kaisers, um solches nach Passau zu schaffen. Bis zum 25. November hatte Klinsträtel 123.642 Thaler an baarem Gelde und 228.714 Thaler an Verschreibungen erhalten.**) Reiste er damit sogleich nach Passau, so war nicht zu bezweifeln, daß der Herzog seine Kommission vollendet hätte. Allein dem Zahlmeister waren die Hände gebunden, er reiste nicht nach Passau ab, da der Kaiser zur Beibehaltung des Kriegsvolks entschlossen war.

Als Leopold in Prag angelangt war, wurden natürlich Angesichts des verwegenen Schrittes, den man thun wollte, häufig Berathungen gehalten, bei denen einer oder der andere von den Räthen der Abdankung das Wort geredet haben mag. Solche Stimmen fanden aber weder bei dem Erzherzog noch bei dem Kaiser Gehör. Nach dem Berichte Wenzels von Kinsky, der noch immer seine Verbindung mit dem ersteren aufrecht hielt um desto besser dem König Mathias dienen zu können, hatten sich Leopold und seine Partei über folgenden Plan geeinigt. Das Passauer Volk sollte trotz allen Widerspruches nach Krumau gebracht, alsdann ein Landtag berufen werden, an dem die Kassirung des Majestätsbriefes vorgenommen werden sollte. Um den Wortführern der protestantischen Partei die Möglichkeit abzuschneiden, den Landtag zu einer oppositionellen Haltung

*) Wolfenbüttler Archiv. Rudolf an den Herzog von Braunschweig ddo. 20. Nov. 1610. Ebendaselbst. Kais. Dekret den Offizieren und Befehlshabern wegen der Abdankung zugeschickt, in simili an alle ddo. 23. Nov. 1610.

**) Wolfenbüttler Archiv. Bericht über die am 25. November vorhandenen Geldmittel.

Google

zu veranlaſſen, ſollte denſelben gleichzeitig der Prozeß als Majeſtätsverbrechern gemacht werden. Aus ſpäteren Angaben erſehen wir, daß man namentlich gegen den Grafen Thurn, Colonna von Fels und Wilhelm von Lobkowitz in dieſer Weiſe vorgehen wollte Es verſteht ſich, daß der Landtag auch Leopold zum Nachfolger des Kaiſers ernennen ſollte.*) — Die Regierungsgeſchäfte waren um dieſe Zeit bereits ganz und gar in den Händen des Erzherzogs. Dem Präſidenten des geheimen Rathes, dem Grafen von Leuchtenberg, der ſeit ſeiner Ernennung ſtets nur eine untergeordnete Rolle geſpielt hatte, jetzt aber zu den Gegnern der Kriegspolitik gehörte, wurde bedeutet, daß er ſeine Entlaſſung nehmen ſolle, vorläufig wurde er gar nicht beachtet. So geſchah es, daß der Erzherzog nicht nur im Hofkriegsrath, ſondern auch im Geheimrath eine unbeſtrittene Herrſchaft ausübte. Die Abdankung der Paſſauer wurd alſo förmlich verworfen **) Um jedoch bei dem Wagſtück nicht allein zu ſtehen und die Täuſchung ſo lange als möglich zu erhalten, als ob die Paſſauer gegen Jülich beſtimmt ſeien, begab ſich Leopold nach Dresden dem Kurfürſten ein Bündniß antragend. Chriſtian II ſollte in ſeinen Beſtrebungen, Jülich zu erwerben, unterſtützt werden, dagegen dem Kaiſer für die Erhaltung des Paſſauer Volkes mit einer Geldſumme behilflich ſein. Der Kurfürſt war dieſem Plane früher nicht abgeneigt, als er aber jetzt von dem Erzherzog in eigener Perſon zur Entſcheidung gebracht wurde, lehnte er das angebotene Bündniß ab. Er erwiederte denſelben, daß er ſich zu ſchwach fühle, um im Verein mit dem kaiſerlichen Kriegsvolk die Eroberung von Julich zu verſuchen. Ende Nov. 1610 5. Dez. 1610

---

* Korreſpondenz zwiſchen Kaiſer Rudolf ꝛc. von Hanka. Die Intention des Kaiſers wegen des Paſſauiſchen Volkes. S. 42. Dieſes wichtige Schriftſtück, eine Art von Memoire, das Reſultat von Khlesl's Nachſpürungen enthaltend, hat auch Hurter gekannt, demſelben aber deshalb nicht allen Glauben geſchenkt, weil er nicht wußte, ob es von Khlesl herrühre. Es rührt in der That von letzterem her, wie wir uns durch eine Unterſuchung der Originalbriefe, die im böhm. Muſeum liegen, überzeugen konnten. Wir mußten ſchon deshalb zu der Originalien uns wenden, und von der durch Hanka veranlaßten Publikation abſehen, weil derſelbe nicht bekannt mit der Detailgeſchichte der Zeit, die Briefe nicht in der richtigen Ordnung publizirte. Es handelte ſich alſo für uns, in den Originalien ſelbſt beſſere Anhaltspunkte zu finden. — Auf Seite 192 wird berichtet werden, welchen Anhang Leopold unter den böhmiſchen Kronbeamten und unter den Katholiken fand. Wenn noch behauptet, daß ſich unter den Freunden Leopolds auch der Kanzler Lobkowitz befunden iſt dies richtig, ſo hat ſich derſelbe in den Tagen der Entſcheidung von Leopold ferngehalten.

**) Brüſſ er Archiv. Bedemus an Piſpert ddo. 27. Nov. 1610.

Google

Zuñiga ließ es in dieſen verhängnißvollen Tagen an nichts fehlen, um den Erzherzog zur Beſinnung zurückzubringen. Auf welche Seite er ſich neige, darüber konnte Niemand im Zweifel bleiben, da er zur Abdankung des Kriegsvolks im Namen ſeines Herrn 20.000 Gulden in baarem Gelde hergab. Er riet dem Erzherzog wiederholt aber vergeblich von allen unüberlegten Schritten ab, der junge Prinz verwarf dieſe Rathſchläge und ſagte, er wolle einmal ein Kriegsjahr verleben und dann ſich zurückziehen. Als Zuñiga nichtsdeſtoweniger ihm empfahl ſich von allen Geſchäften fern zu halten, erwiederte er: „Wenn ich mich plötzlich von dem Kaiſer entferne, ſo bemächtigen ſich ſeiner die Kalviniſten," eine Behauptung, die allerdings richtig war.*) Ebenſowenig wie Leopold Zuñiga's vorſichtige Mahnungen beachtete, ebenſowenig that dies der Kaiſer. Die im Dienſte Rudolfs befindlichen Aſtrologen hatten ausgerechnet, daß er diesmal im Kriege glücklich ſein und Mathias gefangen nehmen werde; Geldgeſchenke waren ihr Lohn für dieſe günſtige Prophezeiung. Darf es uns Wunder nehmen, wenn auf dies hin ein Memoire, in welchem Zuñiga ſeine warnende Stimme erheben ließ, dem Kaiſer keines Blickes gewürdigt wurde.**) Die Schritte zur Abdankung der Paſſauer waren und ſind nichts wie Blendwerk, ſo berichtete der ſpaniſche Geſandte an ſeinen König.

In Anbetracht dieſer Angaben iſt es nur zu begreiflich, warum der ſehnlich erwartete Kleinſträtel in Paſſau nicht erſchien und als er doch ankam, dies ſo ziemlich mit leeren Händen der Fall war. Schon am 1. Dezember wußte der Herzog von Braunſchweig, er werde ſein Verſprechen nicht
1610 einhalten und die verſprochenen Zahlungen am 6. nicht leiſten können. Er berief deshalb einen Kriegsrath, an dem von den Anführern Althan, der mittlerweile wieder beim Heere erſchien, und Ramée theilnahmen. Der Herzog erörterte die Unmöglichkeit, baares Geld in kurzer Zeit aufzutreiben und ſchlug als Auskunftsmittel vor, die Soldaten für ihre Soldrückſtände durchwegs mit Anweiſungen, die bald fällig ſein ſollten, zu bezahlen. Althan und Ramée entgegneten, daß ſich die Soldaten unter dieſer Bedingung keine Abdankung würden gefallen laſſen, ſondern eher zur Wahl eines Ettо,***) wie dies bei den geworbenen Truppen des 16. Jahrhunderts oft der Fall war, ſchreiten und auf eigene Gefahr hin ihre Befriedigung

*) Simancas 708/189. Bericht des Staatsrathes an den König über Zuñiga's Schreiben vom 17. und 25. Dezember 1610 und vom 14. und 15. Januar 1611.

**) Simancas 708/191. Der Staatsrath an den König über Zuñiga's Brief vom 15. Januar

***) Im 16. Jahrhundert kam es öfters vor, daß Truppen, denen der Sold nicht ausbezahlt wurde, aus ihrer Mitte einen Anführer (den Ettо) wählten und unter deſſen Kommando ſich mit Gewalt bezahlt machten.

Google Original HARVARD UN

ſuchen würden. Sie ſchlugen deshalb die Veränderung der Quartiere vor, ſo lange die Geldmittel zur Abdankung nicht bereit ſeien.*) Am 5. Dezember berief der Herzog abermals Althan und Ramée vor ſich und ſuchte ſie zu überzeugen, daß die Soldaten ſich mit den bloßen Anweiſungen begnügen müßten, weil ſich die benachbarten Fürſten und Länder jeder Veränderung ihrer Quartiere widerſetzen würden.**) Zwei Tage ſpäter gab er eine gleichlautende Erklärung einem aus Offizieren beſtehenden Ausſchuſſe mit dem Erſuchen ab, ſie ſollten ihren Einfluß bei den Soldaten anwenden, um dieſe zur Annahme der vorgeſchlagenen Bedingungen zu vermögen. Alles dies hatte keine Wirkung, in einer darauf folgenden Konferenz erklärten Althan und Ramée, daß man nicht einmal wagen dürfe, den Soldaten von dieſen Bedingungen zu ſprechen, Geld oder Veränderung der Quartiere ſei allein, was man ihnen bieten könne. Sie verlangten deshalb von dem Herzog, daß er, um des Kaiſers Anſehen aufrecht zu erhalten, und eine Meuterei zu verhindern, ſelbſt den Befehl zur Veränderung der Quartiere geben ſolle. Es war dies eine unredliche Falle, um den guten Vermittler mitverantwortlich für die folgenden Ereigniſſe zu machen. In ſeinem aufrichtigen Eifer ſcheute er ſich nicht einmal vor der Gefahr ſeinen Namen verunglimpft zu ſehen. Ueberzeugt daß die Soldaten nicht anders einige Tage länger im Zaum gehalten werden könnten und noch immer von der trügeriſchen Hoffnung beſeelt, daß der Kaiſer im letzten Augenblicke Hilfe leiſten werde, ertheilte er den verlangten Befehl unter der Bedingung, daß die Truppen noch zehn Tage in ihren bisherigen Quartieren verbleiben ſollten. Mittlerweile wollte er nach Prag reiſen und die nöthigen Geldmittel vor Ablauf der Friſt auftreiben. Statt zehn Tage wurden ihm nur acht bewilligt; am 9. Dezember beginnend ſollte dieſe letzte Friſt am 17. ablaufen. Der Herzog, der nichts mehr erlangen konnte, gab ſich damit zufrieden und reiſte am 9. Dezember nach 1610
Prag ab.***)

In Prag langte der Herzog am 11. Dezember an und erſtattete am Abend desſelben Tages dem Kaiſer über ſeine bisherigen Bemühungen ſchriftlichen Bericht. Er erklärte, daß, wofern man die Soldaten nicht augenblicklich auszahle, von ihnen ein ferneres Verbleiben im Paſſauer Stifte nicht verlangt werden könne, weil es dort abſolut an den nöthigen Lebensmitteln fehle. Es gebe in der gegenwärtigen Lage nur zwei Wege: augen-

*) Wolfenbüttler Archiv. Protokoll vom 1. Dez. 1610.
**) Wolfenbüttler Archiv. Protokoll vom 5. Dez. 1610.
***) Wolfenbüttler Archiv. Reverendissimi et Illustrissimi Anzeige vom 7. Dez. 1610. — Ebendaſelbſt: Protokoll vom 8. Dez. 1610.

Google Original HARVARD

blickliche Zahlung oder die Erlaubniß zum Abmarsch der Truppen nach Krumau, wenn anders eine Meuterei verhütet werden solle.*) Eben so benachrichtigte der Herzog die böhmischen Kronbeamten über den Stand der Dinge. Dieselben beriefen alsbald sämmtliche in Prag anwesenden Mit-
13. Dez. glieder der einzelnen Gerichtshöfe zur gemeinschaftlichen Berathung. Die
1610 Entrüstung, welche sich in dieser Versammlung gegen den Kaiser Luft machte, schonte nicht einmal des Herzogs. In der That kann man von den Versammelten billigerweise keinen Gleichmuth erwarten. Sie hatten beträchtliche Summen im baaren und in Anweisungen hergegeben und nun sollte trotz ihrer Opfer eine verhungerte und der Disziplin entwöhnte Soldatenschaar in ihrem Lande gegen den klaren Wortlaut der Verfassung hausen! Sie verlangten deshalb vom Kaiser, er möchte die Abdankung unverweilt vernehmen lassen, überdies aber ein allgemeines Aufgebot des Landes gestatten, damit man einem etwaigen Einbruch begegnen könnte **) Von dem Herzog von Braunschweig forderten sie die Rückgabe des Geldes und der Anweisungen, die sie ihm im Vertrauen auf seine Person gegeben hätten und um die sie jetzt so schnöde betrogen werden sollten. Der unglückliche Unterhändler war gutmüthig genug, durch eine solche Zumuthung sich nicht beleidigen zu lassen, sondern sein Verhalten zu rechtfertigen.***) Es bedarf wohl nicht der weitern Mittheilung, daß der Kaiser weder auf des Herzogs Eingabe noch auf die Vorwürfe der Stände die Abdankung der Passauer beschleunigte. Er begehrte nach Krieg.

II

Ueber das Benehmen des Passauer Volkes während seines Aufenthaltes in dem gleichbenannten Bisthum lauten die gleichzeitigen Berichte ungünstig. Unordnungen, Räubereien und Todschläge waren an der Tagesordnung; doch muß die Schuld dieses Benehmens auch auf jene gewälzt werden, welche es versäumten für den gehörigen Unterhalt der Soldaten zu sorgen und seit Monaten es vergaßen den Sold auszuzahlen. Bereits
1610 im November waren alle Vorräthe an Lebensmitteln in dem Stifte derart aufgezehrt, daß es selbst nach dem unparteiischen Urtheile des Herzogs von Braunschweig nicht möglich war, länger eine so bedeutende Truppenmacht

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Der Herzog von Braunschweig an den Kaiser dto. 11. Dez. 1610.

**) Böhm. Statthaltereiarchiv. Die böhm. Kronbeamten und Räthe an den Kaiser dto. 13. Dez. 1610.

***) Wolfenbüttler Archiv. Antwort des Herzogs von Braunschweig an die böhm. Kronbeamten dto. 4/14. Dez. 1610.

Google

in demſelben zu erhalten. Jeder Tag war ſeitdem durch Entbehrungen der härteſten Art ausgezeichnet und man kann im Vergleich mit anderen Vorgängen ähnlicher Natur mit Sicherheit behaupten, daß die Paſſauer Truppen nicht mehr zur Meuterei aufgelegt waren, als die geworbenen Schaaren in dieſer Zeit überhaupt. Seit dem 26. Oktober waren ſie Woche 1610
für Woche auf volle Auszahlung vertröſtet worden, nun kam die Härte des Winters und keines der hoch und theuer gegebenen Verſprechen war erfüllt worden. Man muß es deshalb als einen Beweis von ſoldatiſchem Gehorſam anſehen, wenn ſie ſelbſt nach der Abreiſe des Herzogs nicht bloß die bedungenen acht Tage, ſondern außerdem noch drei Tage in ihren Quartieren verharrten. Indem ſie endlich am 21. Dezember befehligt von ihren Offizieren, ihre bisherigen Quartiere verließen, begingen ſie keinen Akt der Meuterei, ſondern bedienten ſich nur der Erlaubniß, die ihnen der Herzog bedingungsweiſe ertheilt hatte. Würden ſie gewußt haben, daß alle bisherigen Verſuche, ſie abzudanken, nur zum Scheine angeſtellt waren, keine Gewalt würde ſie vermocht haben, ſo lange die erduldeten Entbehrungen zu tragen.

Das gefürchtete und ſeitdem ſo verſchriene Paſſauer Volk zählte nach den übereinſtimmenden Angaben unterrichteter Zeitgenoſſen, bei ſeinem Aufbruche an 12000 Mann, außerdem befanden ſich in ſeinem Gefolge an 2000 Perſonen, theils liederliche Frauen theils Bagabunden.*) Ramee, der ſich an der Spitze der ganzen Schaar befand — denn Althan hatte dieſelbe unter dem Scheine von Verhandlungen mit Salzburg wieder verlaſſen — richtete ſeinen Marſch nach Oberöſterreich. Damit geſchah der entſcheidende Schritt, der das Schickſal des Kaiſers beſiegelte. Würden die Truppen auf dem kürzeſten Wege ihren Marſch nach Böhmen genommen haben, ſo wäre dem Kaiſer noch immer die Möglichkeit offen geblieben, ſie ohne Nachtheil für den Reſt ſeiner Herrſchaft abzudanken und die Böhmen auf irgend eine Weiſe zu beſchwichtigen. Der Einbruch in Oeſterreich war aber eine flagrante Verletzung des erſt kürzlich mit Mathias geſchloſſenen und von dem Prager Fürſtenkonvente garantirten Friedens, er gab dem Könige Mathias die Waffe in die Hand, gegen ſeinen Bruder ſchonungslos aufzutreten und ſeine krankhaften Einfälle für immer unſchädlich zu machen. Man glaube nicht, daß Ramée ſeinen Weg nach Oeſterreich auf eigene Fauſt und nicht mit Billigung und ohne Befehl des Kaiſers eingeſchlagen habe. Die Berichte Zuñiga's, welche die eigentliche Beſtimmung der Paſſauer Truppen außer allen Zweifel ſtellen und den Einmarſch in Oeſterreich als

*) Paul Stain S. 265 in der Ausgabe der Monumenta historiae bohemica. Die Angabe über die Zahl der Soldaten ſtimmt auch mit den offiziellen Berichten überein.

Google

eine wohlvorbedachte Maßregel erscheinen lassen, werden vervollständigt durch die Mittheilungen, welche der Rath des Erzherzogs, Heinrich Ulefeld, im Auftrage seines Herrn und des Kaisers dem Herzog Maximilian zu machen hatte. In dem Momente, in welchem Ramee über die österreichische Grenze zu ziehen gedachte, erschien Ulefeld in München und erklärte, daß der Kaiser einen Angriff gegen seinen Bruder und zwar „jure praeventionis," um nicht wieder von ihm angegriffen und beraubt zu werden, beabsichtige. Er verlangte vom Herzog zweierlei, seinen Rath und die Erlaubniß, daß das in Elsaß befindliche Kriegsvolk durch Baiern seinen Weg nehmen dürfe, um sich in Oesterreich mit den Passauern zu vereinen. Wie nicht anders zu erwarten war, mißbilligte Maximilian auf das nachdrücklichste jedes kriegerische Vorgehen, lehnte die Gestattung des Durchzuges ab und warnte den Kaiser vor einem Unternehmen, das ihn leicht noch die Krone von Böhmen kosten könnte. Diese nur allzusehr durch die Ereignisse bestätigte Prophezeiung kam zu spät nach Prag. Als Maximilians Gesandte Viehpeck mit der Antwort anlangte, befanden sich die Passauer bereits auf dem Wege nach dieser Stadt *) — Ist durch diese Botschaft an Maximilian und durch dessen Antwort das Vorbedachte des Zuges nach Oesterreich vollkommen sichergestellt, so drängt sich doch noch die Frage auf, welche Hoffnungen Rudolf auf einen so verzweifelten Schritt, wie der Angriff gegen Mathias war, setzte. Hierauf antworten wir mit Zuhalt: Der Kaiser hatte sich von seinen Astrologen überzeugen lassen, daß jetzt der Moment zum Sturze seines Bruders gekommen sei. Er hoffte, daß, sobald sein Heer in Oberösterreich erscheinen würde, Gottfrieds von Starhemberg Versprechungen sich bewahrheiten würden, der Adel sich für ihn erheben und seine Herrschaft wieder proklamiren werde. Diesen Sinn hatte Ramee's Marsch nach Oberösterreich.

Statt des gehofften Anschlusses verursachte das Erscheinen der Passauer die größte Bestürzung und Entrüstung im Lande. Alles wandte seinen Blick nach Wien, um von da Hilfe zu erlangen; diese konnte nicht gleich kommen, denn Mathias, wie sehr er auch von den Passauer Rüstungen schlimmes erwartet hatte, war doch nicht auf den Ernstfall vorbereitet. Mittlerweile stellten sich die Einwohner, so gut sie konnten, zur Wehr; da sie jedoch einem so starken und wohlgeschulten Heere, wie die Passauer waren, keinen nennenswerthen Widerstand im freien Feld leisten konnten, war Ramee in der Lage seinem Marsche eine beliebige Richtung zu geben. Nachdem er acht Tage lang im Lande gehaust hatte, machte er eine

*) Münchner Staatsarchiv 32/38. Instruction Maximilians von Baiern für seinen Rath Viehpeck dto. 5. Februar 1611.

Google

Schwenkung nach Südwest, als ob er die Absicht hätte seinen Weg nach Tirol einzuschlagen. Allem nach einigen Tagen zog er nach Lambach, setzte seine Plünderungen fort, wobei er wiederholt erklärte, daß er seinen Weg gegen Böhmen einschlagen wolle. Statt dies jedoch auszuführen nahte er sich der Stadt Linz und machte Miene sich derselben zu bemächtigen. Von der Schwierigkeit der Belagerung zurückgekommt forderte er darauf nur Lebensmittel und Unterstützung, um seine Soldaten über die Donau zu setzen. Beides wurde ihm zu Theil, allein auch jetzt traf er keine Anstalten das Land zu verlassen. Dennoch mußte er sich bald überzeugen, daß die Behauptung von Oberösterreich bei der entschiedenen Feindseligkeit der Einwohner und bei Mathias eilig vorschreitenden Rüstungen nicht von Dauer sein werde. Der Plan des Kaisers, seinem Bruder Oesterreich zu entreißen, konnte als gescheitert angesehen werden. Ramée, der bei längerem Verweilen die meiste Gefahr lief, dachte deshalb schon in der Mitte Januars an seinen Rückzug, der bei den obwaltenden Verhältnissen nur nach Böhmen angetreten werden konnte. Am 26. Januar kündigte er Herrn von Rosenberg seine Absicht an und verlangte von ihm eine freundliche Haltung, um nicht genöthigt zu sein in Böhmen als Feind aufzutreten.*) Am 30. Januar gedachte er die Grenze zu überschreiten. 11 Jan. 1611 1611

Kaum mehr als fünf Wochen hatte das Kriegsvolk in dem wohlhabenden Oesterreich zugebracht. Es genügte demselben nicht, daß es sich für die früher erlittene Noth an den hinreichend vorhandenen Lebensmitteln entschädigen konnte, überall benahm es sich in einer so erschreckenden Weise raub- und zerstörungslustig, daß man sich bei den Berichten hierüber in die schlimmsten Zeiten des 30jährigen Krieges versetzt glaubt. Nicht genug, daß die Soldaten überall, wohin sie kamen, alles ausraubten und mit sich fortführten und die Eigenthümer mißhandelten, wenn ihre Hoffnung auf Beute unter ihrer Erwartung blieb, nicht genug, daß sie namentlich gegen Frauen die schändlichsten Gewaltthaten begingen, diese trotz der strengen Winterkälte nackt auszogen und in die Wälder trieben, sie suchten noch überdies in bestialischer Wuth das, was sie nicht mit sich fortschleppen konnten, zu Grunde zu richten. Wein wurde auf die Erde gegossen, Asche in das Mehl geworfen, um letzteres ungenießbar zu machen, Bettfedern unter die Pferde gestreut.**) Der Werth dessen, was sie in Oberösterreich geraubt und verdorben hatten, wird von Khevenhiller, einem Zeitgenossen, auf mehr als zwei Millionen Gulden angegeben. Als sie die böhmische

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Ramée an Rosenberg ddo. 26. Jan. 1611.
**) Der Herzog von Braunschweig an den Kaiser ddo. 29. Jan. 1611.

Google

Grenze überschritten, führten sie die gemachte Beute auf 269 Wägen nach sich.*)

Gleichzeitig mit dem Einmarsch Ramée's in Oberösterreich hatte Leopold bei dem Kurfürsten von Sachsen einen zweiten Versuch gemacht, um ihn für ein Bündniß zu gewinnen. Der letztere muß Aeußerungen gethan haben, welche dem Erzherzog jetzt einen besseren Erfolg hoffen ließen.**) Graf
21 Dez. Zollern wurde nach Dresden geschickt, um Christian II nochmals ein Bündniß mit Rücksicht auf Jülich anzutragen. Der Herzog von Braunschweig, der hievon Kenntniß erhalten hatte, bereitete sich in einem empfindlichen Gutachten dem Kurfürsten jede Lust dazu zu benehmen. Die Folge war, daß der letztere eine unentschiedene Haltung einnahm. Weder wies er die Anfrage auf ein Bündniß definitiv ab, noch trat er zur Entlassung der Passauer; was er verlangte war, daß dieselben aus Oesterreich abgeführt werden sollten, um Mathias den Grund zu gerechten Beschwerden zu nehmen. Er wollte sich also noch immer die Möglichkeit offen lassen, im Bunde mit dem Kaiser Jülich anzugreifen.

Eine solche egoistische Haltung, welche von den Umständen Vortheil ziehen wollte, ohne selbst etwas zu wagen, war für den Erzherzog von keiner Hilfe. Er mußte sich nachgerade gestehen, daß er einen Kampf unternommen habe, in dem er und der Kaiser keinen Bundesgenossen finden würden. Denn auch der polnische Zuzug des Herzogs von Teschen, von dem Tennagel in Spanien so viel Rühmens gemacht, blieb aus, die Passauer Truppen waren die einzigen Hilfskräfte. Dennoch verlor er noch nicht den Muth, wenn gleich sich seiner die Besorgniß bemächtigte, daß König Mathias kommen und Rache für den Einfall in Oesterreich nehmen werde. In Leopolds Kombinationen war nicht der Angriff gegen Mathias gelegen, da er aber auf den Wunsch des Kaisers unternommen worden, mußte er sich auch auf die Folgen gefaßt machen.

Die Besorgniß vor diesen Folgen hatte in den seitherigen Vorgängen in Wien und Prag ihren guten Grund. Kaum hatte Mathias Nachricht von dem Einfalle der Passauer in Oberösterreich erhalten, so schrieb er an den Kaiser und machte ihm Vorwürfe, daß er auf solche Weise den kaum abgeschlossenen Frieden gebrochen habe. Er müsse sich nun in Bet

*) Khlesl am angeführten Orte.

**) Sächsisches Staatsarchiv. Passauer Einfall I, 28. Graf von Zollern an den Kurfürsten von Sachsen ddo. 8. Januar 1611. — Ebendaselbst Fol. 27. Protokoll zu Kursachsen ddo. 7. Jan. 1611. — Ebendaselbst Fol. 12. Kursachsen an den Kaiser ddo. 29. Dez. 1610/8. Jan. 1611. — Ebendaselbst Fol. 28. Kursachsen an Leopold ddo. 7/17. Jan. 1611.

Google Original HARVARD UN

theidigungszuſtand ſetzen und Gewalt mit Gewalt vertreiben. Die Folgen möge der Kaiſer ſich ſelbſt zuſchreiben, denn er habe es nicht anders haben wollen.*) Auf dieſes Schreiben, welches am 29. Dezember von Wien abgeſchickt wurde und wohl längſtens am 1. Januar in Prag eintraf, beeilte 1611
ſich der Kaiſer nicht zu antworten, denn noch wiegte er ſich in der Hoffnung, daß Ramee's Einfall von Erfolg ſein und Oeſterreich unter ſeine Herrſchaft zurückkehren werde. Als er jedoch durch den Gang der Operationen eines andern belehrt und von Ramee unzweifelhaft benachrichtigt wurde, daß ſich die Truppen in Oeſterreich nicht halten könnten, ſondern nach Böhmen zurückgehen müßten, als er ſolchergeſtalt den Plan gegen ſeinen Bruder geſcheitert ſah, erſt da entſchloß er ſich zu einer Antwort. Der allezeit 17. Jan.
bereite und gutmüthige Herzog von Braunſchweig gab ſich im Verein mit 1611
dem Grafen von Zollern her, nach Wien zu reiſen und Mathias zu beſchwichtigen. In der ihnen ertheilten Inſtruktion wies der Kaiſer jede Abſicht von ſich, als habe er ſeinen Bruder betrügen wollen, betheuerte, daß er nie etwas anderes als die Abdankung der Paſſauer vorgehabt habe und noch verhabe, berief ſich aber zugleich auf ſein Recht als Kaiſer, das ihm geſtatte, ſeine Truppen durch alle deutſchen Lande ihren Durchzug nehmen zu laſſen.**) Wiewohl der Herzog von Braunſchweig in Wien den Kaiſer mit aufrichtiger Ergebenheit vertrat, ſo ließ ſich Mathias weder durch Rudolfs Botſchaft noch durch die Reden ſeiner Geſandten von der richtigen Auffaſſung des Paſſauer Einfalls ableiten und dies um ſo weniger, als das Kriegsvolk noch immer in ſeinem Lande hauſte und ſich keineswegs beeilte den angeblich allein beabſichtigten Durchzug zu beſchleunigen. Er verharrte auf der Bahn, die er gleich nach dem Einbruch in Oeſterreich betreten. Nicht nur rüſtete er ſo raſch als möglich und forderte hiezu ſeine Unterthanen auf, ſondern er ſchrieb auch an die Böhmen, daß ſie nicht ſaumen 23. Jan.
ſollten ihm zu Hilfe zu eilen, um eine Verletzung der Linzer und der erſt 1611
jüngſt geſchloſſenen Verträge zu verhindern.***) Ohne noch entſchieden mit der Abſicht umzugehen, den Kaiſer anzugreifen, war er doch entſchloſſen, gegen das Paſſauer Volk aufzutreten †) Verbanden ſich die Böhmen mit ihm, dann war es um Rudolf und Leopold geſchehen.

Während dieſer Vorgänge in Oeſterreich war die Haltung der Böhmen eine mehr zuwartende als energiſch eingreifende. Als ſie durch den Herzog

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Mathias an Rudolf ddo 29. Dez. 1610.
**) Böhm. Statthaltereiarchiv. Inſtruktion für den Herzog von Braunſchweig und Graf Zollern ddo. 17. Jan. 1611.
***) Böhm. Statthaltereiarchiv. Mathias an die böhmiſchen Defenſoren ddo. 23. Jan. 1611.
†) Böhm. Statthaltereiarchiv. Mathias an die böhm. Defenſoren ddo. 31. Dez. 1610.

Google

von Braunschweig erfahren hatten, daß die Verhandlungen zur Abdankung der Passauer gescheitert seien, verlangten sie, wie wir erzählt, vom Kaiser die Erlaubniß zu einem allgemeinen Aufgebot des Landes. Wir wissen nicht, wann derselbe seine Zustimmung zu einem solchen gegeben, nur so viel ist uns bekannt, daß seit Neujahr in allen Theilen Böhmens gerüstet wurde. Doch geschah dies nicht mit jener Eile, welche durch die späteren Ereignisse sich als nothwendig erwies, es scheint, daß die Böhmen sich der Meinung hingaben, die Passauer würden Oesterreich nicht verlassen und ihre Kraft dort erschöpfen. Dieser Ansicht entsprachen auch die Verhältnisse. Mathias, der Palatin von Ungern, die Stände von Oesterreich und Mähren boten hintereinander die Böhmen um ihre Hilfe,*) die Meinung war eine allgemein, daß die letzteren zunächst von keiner Gefahr bedroht seien. Um auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein, hatten die in Prag anwesenden Kronbeamten und Defensoren den Kaiser um die Berufung eines Landtags ersucht und dieser hatte, wiewohl mit Widerstreben, der Bitte nachgegeben. Als
1611 sich die Stände am 28. Januar versammelten, war bereits die Gefahr nahe gerückt, denn das Passauer Volk konnte sich nicht länger in Oesterreich halten, sondern mußte seinen Marsch gegen Böhmen richten. War dies der Fall, so drohte dem Lande großer Jammer, denn das allgemeine Aufgebot, welches noch zu sehr auf mittelalterlichen Principien beruhte, konnte einem geschulten Heere keinen Widerstand leisten. Dies war auch die Ansicht des Herrn von Rosenberg, der in Folge vieljähriger Kriegsdienste die geringe Leistungsfähigkeit rasch zusammengerafften Haufen gründlich zu beurtheilen wußte und der überdies noch befürchtete, daß in Böhmen unter dem auf diese Art bewaffneten Volke viel Unzufriedenheit herrsche, die sie leicht dem Feinde in die Arme treiben könnte.**) Seine Ansicht fand allgemeine Billigung und als der Landtag zusammentrat, wußte er nichts eiligeres zu thun, als vom Kaiser die Erlaubniß zur Anstellung von Werbungen zu erbitten. Man glaubte, ein Infanterieregiment und 1000 Reiter würden für alle Fälle neben dem Aufgebot genügen. Kaum hatte der Kaiser zu ihrer Bitte seine Zustimmung gegeben, als Boten anlangten, welche über den Einbruch der Passauer in Böhmen berichteten und ihnen auf dem Fuße eilten mit der Nachricht folgten, daß Budweis gefallen sei und Tabor angegriffen werde. Auf dies hin erklärten die Stände die Zahl der geworbenen Truppen verdoppeln zu wollen und auch dazu mußte der Kaiser die Erlaubniß ertheilen.***)

*) Die Schreiben im böhmischen Statthaltereiarchive.

**) Böhm. Statthaltereiarchiv. Rosenberg an die Kronbeamten und Gerichtsherren vom 24. Dez. 1610.

***) Acten im Staatsarch. 297/8. Zuniga an Philipp III vom 31. Januar. — Relat.

Google

Es verſteht ſich von ſelbſt, daß der Kaiſer weder die Berufung des Landtags noch die ſtändiſchen Werbungen aus freiem Stücken guthieß und daß er in beides nur gezwungen einwilligte.*) Erzherzog Leopold mag unzweifelhaft dem Kaiſer jede Nachgiebigkeit abgerathen haben, allein da ſich im Schloß keine nennenswerthe Beſatzung befand, ſo mußte auch er einſehen, daß Widerſtand nicht am Platze ſei. Dadurch aber nahm die Situation eine für des Erzherzogs ehrgeizige Pläne gefährliche Geſtaltung an. Wenn die Böhmen dem in das Land einbrechenden Kriegsvolk ein vielleicht noch ſtärkeres Heer entgegenſtellen konnten, mußte es zwiſchen ihnen und den Paſſauern zu einem Kampfe kommen, in dem von einem raſchen und vollſtändigen Sieg der letztern keine Rede ſein konnte. Jeder Tag aber, der den Kampf verlängerte, verringerte die Ausſichten des Erzherzogs, da er eine Intervention des Königs Mathias in Böhmen befürchten mußte. Denn es war nicht zu erwarten, daß letzterer ruhig dem Bürgerkriege in einem Lande zuſehen würde, von dem er bereits den Titel eines deſignirten Königs führte. Kam er aber, dann war für Leopold nicht bloß die böhmiſche, ſondern auch die deutſche Krone dahin. Die Schwierigkeiten, die ſich ſolchergeſtalt Schritt für Schritt mehrten, mußten zuletzt auf den jungen Prinzen, der bisher mit beiſpielloſer Haſt und Leichtigkeit ſich über alle Warnungen hinausgeſetzt hatte, einen niederdrückenden Eindruck ausüben. Jetzt erſt, nachdem der böhmiſche Landtag zuſammengetreten war und die Böhmen ihre Gegenrüſtungen begannen, fühlte der Erzherzog, daß er ein verzweifeltes Spiel gewagt. Er beſchloß einen Verſuch zu machen, ſich aus der Klemme zu ziehen.

Seit Leopold bemerkt hatte, wie wenig der ſpaniſche Geſandte in Prag ſeinen Jülicher Plänen hold war, mied er ihn ſichtlich und ſchlug alle Rathſchläge, welche ihm dieſer wiederholt ertheilt hatte, als von einem Gegner kommend, in den Wind. Als er mit ihm zuſammentraf, nachdem bereits die Paſſauer in Oeſterreich eingefallen waren, wollte er keinen Tadel dieſes Vorganges dulden und ſprach noch überdies ſeine Verwunderung über Mathias aus, daß derſelbe ſich „über den Durchzug des Heeres, das nach Jülich beſtimmt ſei," beklage. Er behauptete, der Kurfürſt von Sachſen ſei für dieſen Zug gewonnen und werde mit einem Heere von 8000 Mann dem des Kaiſers ſich anſchließen.**) Da ſich jedoch dieſe

Statthalterarchiv. Bericht des Landtags an den Kaiſer über die Angelegenheit der Vertheidigung des Landes gegen den Paſſauer Einfall.

*) Dies bedarf natürlich keines Beweiſes, wird aber ausdrücklich von Zuñiga im obigen Briefe vom 31. Jan. 1611 berichtet.

**) Simancas 709/191. Zuñiga an den König Philipp III dto. 15. Jan. 1611.

Google
Digitized by
HARVARD UNIVE

Täuſchung nicht länger aufrecht erhalten ließ und die Entſcheidung in Böhmen mit einem unglücklichen Ausgange drohte, entſchloß ſich Leopold zu einem erſten Schritt der Nachgiebigkeit. Er bat den ſpaniſchen Geſandten zu ihm zu kommen und als dieſer erſchien, erſuchte er ihn gerade die Vermittlung zwiſchen Rudolf und Mathias zu übernehmen, auf daß letzterer den Einfall in Oeſterreich nicht für einen Kriegsfall anſehe, da derſelbe gegen den Willen des Kaiſers geſchehen ſei und dieſer den durch den Fürſtenkonvent vermittelten Vertrag nicht gebrochen habe. Zuniga erwiederte darauf mit ſeiner Ironie, er ſei zwar gern bereit dem Kaiſer zu dienen, wäre es aber diesmal nicht im Stande, da er über den Verlauf der Dinge, das Zufällige des Einbruchs in Oeſterreich und die Beobachtung des Vertrags eine andere Meinung habe. Nichtsdeſtoweniger drang Leopold noch weiter in den Geſandten und bat ihn in der dringendſten Weiſe nach Wien zu Mathias zu reiſen, was derſelbe abermals mit dem Bemerken ablehnte: Nach Wien könne er nur mit einem ſpeziellen Auftrage des Kaiſers gehen und mit dem Verſprechen, daß ſowohl das Paſſauer Volk augenblicklich entlaſſen, als künftighin die Verträge genau beobachtet würden. Wenn nun Mathias eine Bürgſchaft für Einhaltung dieſer Verſprechen verlangen würde, ſo könnte er dieſelbe in Rückſicht auf den Bruch eines erſt vor kurzem ſo feierlich und unter Mitwirkung ſo vieler Fürſten abgeſchloſſenen Vertrags nicht geben und dann wäre ſeine Reiſe mehr vom Schaden wie vom Nutzen. Als der Erzherzog ſah, daß er auf dieſem Wege nichts ausrichte, und eine Verſöhnung mit Mathias, die er als ſeine eigene Rettung anſah, nicht erreichen konnte, nahm er zu einem letzten Mittel Zuflucht. Nachdem er zuerſt weitſchweifig erklärt hatte, daß er dem Geſandten ein großes Geheimniß mittheilen wolle, enthüllte er daſſelbe mit folgender Forderung: Zuniga und der Nuncius ſollten zwiſchen dem Kaiſer und Mathias ein Bündniß vermitteln, beide Fürſten ſollten ihr Kriegsvolk mit einander verbinden und die nach Gewalt ſtrebenden Stände in allen ihnen untergebenen Provinzen zu Paaren treiben, damit ſowohl die königliche Macht wie die Herrſchaft der katholiſchen Religion in ihrer urſprünglichen Größe wieder hergeſtellt würde. Zuniga lächelte zu dieſer Propoſition und meinte, wenn Mathias und Rudolf jeder für ſich ſo viel werth wären wie Karl V, wenn ſie beide durch gleiche Wünſche und gegenſeitige Zuneigung geeint wären, ſo würde nichtsdeſtoweniger das Unternehmen unausführbar ſein, denn man dürfe nicht überſehen, aus welchen Elementen das Heer des Königs Mathias zuſammengeſetzt ſei. Die Mehrzahl der Offiziere und der Mannſchaft ſeien Proteſtanten und dieſe ſo wie der kleine Reſt von Katholiken ſeien auf Rechnung der Stände geworben; wie könnte alſo Mathias ſich ſeines Heeres zu

Google

Unterdrückung der Stände bedienen? Mit dem Kaiser aber und seinem Heere ließen sich keine Thaten verrichten, das beste sei, denselben in Ruhe den Rest seiner Tage genießen zu lassen. Der Erzherzog, der von seinem unreifen Vorschlag die Rettung aus der gefährdeten Lage erwartet hatte, war durch Zuñiga's kalte Ablehnung nicht wenig bestürzt und machte nochmals den Versuch ihn zu gewinnen doch vergeblich.*) „Er that mir leid," mit diesen Worten schloß der Gesandte die Beschreibung dieser Scene, „er schien mir von Angst und Reue erfaßt, weil er in diesen Tanz sich bereits so sehr eingelassen."

Die Bekümmerniß war indessen weder so tief noch so nachhaltig, um den Erzherzog auf der abschüssigen Bahn, die er betreten, aufzuhalten, wiewohl vielleicht noch Rettung möglich war. Zwar hatte Ramee bereits die böhmische Grenze überschritten und die Nachricht hievon unter den Ständen eine große Erbitterung wachgerufen, dennoch war diese nicht so tief, um des Kaisers Sturz herbeiführen zu können. Nach dem Berichte der in Prag residirenden Gesandten würde sich der Groll der Böhmen gelegt haben, wenn die Passauer sich auf die Besetzung der ausgedehnten Herrschaft Krumau beschränkt hätten und sie würden eine mäßige Ueberschreitung dieser Grenze auch nicht geahndet haben. Man verlangte nur zweierlei; erstens, daß ernstliche Anstalten zu ihrer Abdankung getroffen würden und zweitens, daß Erzherzog Leopold, den man als den Urheber alles Uebels betrachtete, Böhmen verlasse. Den besten Beweis einer auf Frieden und nicht auf den Sturz des Kaisers bedachten Gesinnung lieferten die Böhmen damit, daß sie in derselben Landtagssitzung, in welcher sie ihren Werbungen eine größere Ausdehnung zu geben beschlossen, zugleich auch Gesandte an Mathias mit der Bitte abschickten, er möchte um der Passauer willen die böhmische Grenze nicht überschreiten.**) Sie selbst getrauten sich also den Kampf zu bestehen und waren geneigt ihren Einbruch

*) Zuñiga an Philipp III ddo. 31. Jen. 1611. Die geheimnißvolle Mittheilung erzählt Zuñiga in folgender Weise: Enteró (der Erzherzog) despues con un gran preambulo a rebelarme un gran secreto, que contiene, que el Nuncio y yo fuesemos medianeros para que el Emperador y el Rey su hermano se concertasen y juntasen sus exercitos y diesen contra sus vasallos para romper estas confederaciones, que tienen entre si estas provincias y reynos, que posee la casa de Austria hechas de nuevo, quando se hizo la ultima paz con el Turco, que es pensamiento, que quando cada uno de estos Principes fuera Carlos V y estuvieran conformes en amor y voluntad tuviera gran dificultad esta empresa.

**) Böhmisches Statthaltereiarchiv. Schreiben der böhm. Kreisbeamten an Mathias ddo. 4. Feb. 1611. — Ebendaselbst: Instruktion für die zu Mathias reisenden Gesandten ddo. 4. Feb. 1611.

Google Original from HARVARD UNIVERSITY

mehr für die Folge einer Soldatenrevolte als die eines beabsichtigten Staatsstreichs anzusehen. Noch hatte demnach Leopold Zeit, nach der Unterredung mit Hannig, die am 30. Januar statt fand, an Rauber einen Befehl abzusenden, der ihn in Kurzem festhielt. Es ist sehr zu bezweifeln, ob der Kaiser, wenn ihn sein Bruder verlassen hätte, einen Befehl zum Verhaften gegeben haben würde. Allein der Erzherzog war noch nicht von seiner Idee nach einer Krone geheilt, die Unterredung mit dem Geächteten mag ihn momentan erschüttert haben, aber er blieb entschlossen, den äußersten Versuch zu machen, um sein Ziel zu erreichen. Rauber wurde nicht aufgehalten.

1611

Es entsteht nun die Frage, ob die katholische Partei in Böhmen der Sache Leopolds nicht unterstützte. In dem Memorie, welches Tennagel in Spanien übergeben hatte, wurde behauptet, daß sich sämmtliche Katholiken im Lande dem Erzherzog angeschlossen hätten und bereit seien, zur Vernichtung des Protestantismus in Böhmen aufzutreten. War die Bereitwilligkeit der Katholiken zu einem kriegerischen Auftreten auch lange so feurige, wie sie Tennagel schilderte, so ist doch aus den Verhandlungen bei Ertheilung des Majestätsbriefes soviel ersichtlich, daß namentlich ganz Theil derselben, der in dem Kanzler sein Haupt hatte, für die Anwendung der Waffen war. Bestand diese Partei jetzt noch ungetrennt und beabsichtigte sie das Unternehmen Leopolds? Dies war nicht der Fall. Der Gang der Dinge mußte jeden nicht aller Ueberlegung beraubten Mann überzeugen, daß auf dem von dem Erzherzog betretenen Wege kein Katholikenstaat in Böhmen zu errichten sei. Da der Kanzler der allgemeinen Ueberzeugung nach ein Mann von hervorragenden geistigen Fähigkeiten war, so ist es begreiflich, daß er sich rechtzeitig von dem Unternehmen Leopolds lossagte, wenn er je demselben nähergestanden war. Nicht so aber einige seiner Anhänger, die während des Landtags von 1609 10 ihn an katholischem Eifer und Unnachgiebigkeit gegen ihre Gegner übertrafen, Slawata und Martinitz. Während der Verhandlungen, die im Landtage gepflogen wurden, um den Kaiser zu Ertheilung einer Amnestie zu bewegen, damit die Protestanten für ihr Verhalten später nicht gerichtlich verfolgt werden könnten, waren sie die einzigen, die dagegen sprachen und der feindseligen Majorität des Landtags mit gerichtlicher Verfolgung früher oder später drohten. Diese zwei Männer nebst dem ehemaligen Landeshauptmann von Mähren, Berka, der im Jahre 1608 gestürzt jetzt in Böhmen lebte, weil die mährischen Stände ununterbrochen nach seiner Bestrafung verlangten, waren es, welche Tennagel später im gerichtlichen Verhör als diejenigen bezeichnete, die Leopolds Pläne unterstützten.*) Slawata und Mar-

*) Tennagel wurde später, wie noch erzählt werden wird, von den böhmischen Stän-

Google Original from HARVARD UN

tinth, welche deshalb vor Gericht gestellt wurden, läugneten zwar jede derartige Unterstützung, allein es ist nicht zu bezweifeln, daß sie gegen die Wahrheit versties̈en, da der spanische Gesandte selbst in seinen Berichten an Philipp „einige böhmische Kronbeamte" — ohne die Namen zu nennen — der Theilnahme an dem Passauer Einfall beschuldigt und selbst bei Mathias Fürsprache einlegte, daß er um des Wohles der Dynastie willen sie nicht zur Strafe ziehe. *) So viel ist gewiß, daß Leopold nur über einen ganz geringen Anhang unter den böhmischen Katholiken gebot. Zu der Partei Sternbergs, die stets für einen Ausgleich mit den Protestanten gestimmt war, gesellte sich auch der Kanzler, geleitet von seiner eigenen Einsicht und wohl auch von Zuñiga und dem Nuncius, die laut und ununterbrochen jeden Schritt Leopolds verdammten, und so blieben dem letztern nur einige heißblütige Männer treu, deren konsequente Haltung zwar Muth aber keinen Ueberfluß an geistiger Begabung oder christlicher Verträglichkeit zeigt.

Da kein Befehl aus Prag Ramée an den Grenzen Böhmens festhielt, sondern derselbe, wie aus den nachfolgenden Ereignissen sichtlich, vielmehr zur nachdrücklichsten Eile aufgefordert wurde, ergossen sich die zügellosen Kriegsschaaren rasch über den Süden von Böhmen. Am 30. 1611
Januer überschritten sie die Grenze und am selben Tage hatten sie sich bereits Krumau's bemächtigt. **) Um den Marsch gegen Prag mit Sicherheit anzustellen war der Besitz zweier Städte, die auf dem Wege lagen, Budweis und Tabor, nothwendig; beide waren für jene Zeiten hinreichend befestigt, um eine Belagerung von mehreren Tagen und selbst Wochen auszuhalten, wenn sie über eine kriegstüchtige Besatzung geboten hätten. In beiden war aber die Vertheidigung nur Bürgern anvertraut, die seit Wladislaws II Regierung, also seit mehr als 100 Jahren der Waffen entwöhnt waren. Ramée, obwohl entschlossen sich beider Städte zu bemächtigen, wollte es nicht auf einen Kampf ankommen lassen und beschloß die Anwendung von List. Kaum in Krumau angelangt schickte er nach Budweis auf zwei Wagen einige Personen, welche daselbst spät Abends am 31. Januar anlangten und sich für kaiserliche Kommissäre ausgaben, welche von Prag abgeschickt seien um die Abdankung der Passauer zu bewerk-

---

den in Haft genommen und durch die Folter zu Mittheilungen über die eigentliche Ursache des Passauer Einfalls gezwungen. Seine freiwilligen und seine durch die Folter abgepreßten Geständnisse stimmen genau mit dem überein, was wir durch das Studium der Archive in Erfahrung brachten.

*) Simancas. Korrespondenz vom Jahre 1611.

**) Böhm. Statthaltereiarchiv. Der Hauptmann von Krumau an die böhm. Kammer ddo. 31. Jan. 1611.

Google

ſtelligen. Ihnen auf dem Fuße marſchirte Ramée die ganze Nacht über und langte gegen 6 Uhr Morgens in unmittelbarer Nähe von Budweis an. Einige Schüſſe von der Ferne waren das verabredete Zeichen für die in der Stadt befindlichen Boten, daß der Marſch glücklich beendet ſei. Jetzt verlangten dieſelben, daß man ihnen die Thore öffne, um ihre Weiterfahrt nach Krumau anzuſtellen. Anfangs lehnte es der Rath ab, der ſchon am frühen Morgen wieder verſammelt war, endlich aber entſchied er ſich, ihnen als kaiſerlichen Kommiſſären zu willfahren. In Begleitung des Bürgermeiſters und Stadtſchreibers fuhren ſie in ihren Kutſchen zum Thore, kaum befanden ſie ſich jedoch im innern Raume deſſelben, ſo weigerten ſie ſich weiter zu fahren. Der Stadtſchreiber drohte ihnen, falls ſie ſich nicht entfernen würden, daß die Wache Feuer geben würde, er vermochte aber nicht weiter zu reden, denn ſchon wurde er von einem der angeblichen Kommiſſäre niedergeſtochen. Schnelle Entſchloſſenheit, die einzige Rettung in dieſem Augenblicke, fehlte den zahlreich genug der dieſer Scene anweſenden Budweiſern; ehe ſie ſich ermannten, waren bereits eine Anzahl Paſſauer, welche ſich in den an den Stadtmauern befindlichen Gärten verborgen hielten, begünſtigt durch die Dunkelheit, zugezogen ans Thor gelegt, bemächtigten ſich deſſelben und drangen nun in die Stadt. In
1. Feb. einigen Minuten war Ramée ohne Widerrede Herr von Budweis.*)
1611 Sein Auftreten daſelbſt und das der Soldaten entſprach vollſtändig dem in Oberöſterreich.

Um ſeinen Marſch mit mehr Sicherheit weiter anſtellen zu können, wird darauf abſichtlich von Ramée das Gerücht verbreitet, daß er ſich ſämmtlicher benachbarten Hußitiſchen Städte bemächtigen wolle. Werenn, Schüttenhofen, Prachatitz, Pilek und Tabor ſetzten ſich in Vertheidigungszuſtand, jede glaubte, daß der nächſte Schlag ſie treffen würde. Thatſächlich waren Ramées Abſichten nur gegen Tabor gerichtet. Nachdem er in Budweis eine Garniſon zurückgelaſſen, um des Platzes auf alle Fälle ſicher zu ſein, rückte er am 2. oder 3. Februar mit dem Groß ſeiner Armee gegen Tabor vor, das beiläufig auf dem halben Wege zwiſchen Budweis und Prag liegt. In dieſer berühmten Huſitenſtadt, welche mannhaft mehre Belagerungen überſtanden hatte, lebte der alte Geiſt nicht mehr. Ramée ſuchte Tabor auf ähnliche Weiſe zu überliſten wie Budweis. Er hatte diesmal eine Anzahl Reiter begleitet von einigem Fußvolk gegen die Stadt vorausgeſchickt und dieſe Schaar war am 2. Februar Abends vor derſelben angelangt. Da die Thore geſperrt waren, verlangten ſie Einlaß im Namen des Kaiſers, allein derſelbe wurde ihnen trotz aller Drohungen von

*) Berichte an Max von Baiern dto. 6. Feb. 1611.

Google

den durch das Schicksal der Budweiser bereits gewitzigten Einwohnern verweigert. Ohne Vertrauen in die eigene Stärke schickten sie am selben Tage Boten mit flehentlichen Bitten um Hilfe nach Prag ab.*) Ehe aber diese mit einer Antwort von Prag zurückkommen konnten, war bereits Ramée herangerückt. Am 4. Februar bemächtigte er sich durch Drohungen der Stadt, die keinen Widerstand wagte, und hauste darin in gewohnter Weise. Speisen und Getränke und andere Bedürfnisse mußten in reichstem Maße für die Soldaten bereit gehalten so wie die Schlüssel der Stadt übergeben werden. Der Bürgermeister, der letzteres verweigerte, wurde durch einen Schlag auf den Kopf zur raschen Nachgiebigkeit bewogen.**)

Hier in Tabor hielt sich Ramée fünf Tage lang auf, die Stadt wurde gleich Budweis in bessern Vertheidigungszustand gesetzt und die Behauptung derselben durch Zurücklassung einer Garnison gesichert. Nach Tennagels freiwilliger Aussage der Gericht wurde in Tabor Kriegsrath gehalten, wie der weitere Zug anzustellen sei und in demselben beschlossen, daß man bei dem Einzuge in Prag sich einiger der wichtigsten Gegner bemächtigen müsse, namentlich des Grafen von Thurn. Am 10. Februar wurde darauf der Marsch nach Prag fortgesetzt aber nicht direkt gegen diese Stadt, sondern auf dem Umwege über Karlstein. Bekanntlich wurden in diesem Schloß die böhmischen Reichskleinodien namentlich die Krone aufbewahrt, der Marsch der Passauer deutete sonach auf die Absicht, sich ihrer zu bemächtigen, allein sie kamen zu spät. Die böhmischen Stände, welche die Möglichkeit eines solchen Angriffs voraussahen, hatten die Krone und die übrigen Kleinode nach Prag übertragen lassen und mittlerweile in der Wenzelskapelle des Doms aufbewahrt. So getäuscht in ihren Hoffnungen ließen die Passauer Karlstein bei Seite und bemächtigten sich der Stadt Beraun. Nach kurzer Rast marschirten sie bereits am folgenden Tag vorwärts und befanden sich am 13. Februar vor Prag. Ihre Absicht 1611
die Hauptstadt des Landes anzugreifen lag unverkennbar vor.

III

Als die Nachricht von Tabors Besetzung durch die Passauer nach Prag gelangte, beschloß der Nuncius, der in der Beurtheilung der böhmischen Angelegenheiten mit Zuniga eines Sinnes war, aber keine Gele-

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Die Taborer an die obersten Landesoffiziere ddo. 2. Feb. 1611.

**) Böhm. Statthaltereiarchiv. Die Taborer an die obersten Landesoffiziere ddo. 7. Feber 1611.

Google

genheit bis dahin aufgesucht hatte, um dem Erzherzog seine Mißbilligung auszudrücken, denselben persönlich vor weitern Schritten zu warnen. Er war zu dieser Kundgebung seiner Meinung durch einen direkten Befehl aus Rom veranlaßt, der Kardinal Borghese hatte ihm im Namen des Papstes aufgetragen, dem Erzherzog Mäßigung „in seinen Prätensionen" anzurathen.

7. Feb. 1611 Leopold, der dem Nuncius auf seine Bitte eine Audienz ertheilte, nahm die Rathschläge mit sichtlichem Mißbehagen auf, und entließ den unerwünschten Rathgeber ohne zu verhehlen, daß er auf dem betretenen Wege weiter gehen und nicht eher ruhen werde, bis eine Krone sein Haupt schmücke.*)

Nicht so entschlossen wie Leopold war der Kaiser. Der resultatlose Einfall der Passauer in Oesterreich hatte ihn um die leidenschaftlich gehegte Hoffnung, Mathias zu stürzen, ärmer gemacht und der Marsch des Kriegsvolks nach Böhmen war für ihn zwecklos geworden. Die gewohnte Unschlüssigkeit bemächtigte sich seiner jetzt in höherem Grade als sonst, bald wollte er Ruhe haben und dem Marsche der Passauer Halt gebieten, bald wieder hatte ihn der Wahnwitz derart überwältigt, daß er doch noch eine Besiegung des Bruders für möglich hielt, wenn er in Böhmen absolut gebiete.**) Seine Lage in den ersten Tagen des Februars glich jener im Jahre 1608 bei Mathias' Einfall. Tag für Tag mußte er damals sein Ohr Rathgebern leihen, die einander widersprachen und ihn in ein Meer von Zweifeln stürzten, während die Umstände eine rasche Entscheidung von ihm verlangten. So auch jetzt, auf der einen Seite Leopold, der auf dem betretenen Wege auszuharren empfahl und mit ihm der Hofkriegsrath und von den Geheimräthen Hegenmüller und Hannewaldt; auf der andern Seite die Stände Böhmens, die in Prag versammelt waren und ihn drängten, die Passauer für seine Feinde zu erklären und die deshalb ihre Rüstungen eifrig fortsetzten. Hier eine Wahl zu treffen überstieg Rudolfs Kräfte. Die Passauer fernhalten und abdanken, hieß ihm seine letzte Hoffnung nehmen, dazu mochte er nimmer die Einwilligung geben; wenn er sie aber nicht von Prag fernhielt, so mußte er eine Schlacht unter den Schloßmauern gewärtigen, eine nicht minder schreckliche Aussicht.

In dieser für den kranken Kaiser qualvollen Lage führte der Erzherzog die Entscheidung herbei. Am 11. Februar reiste er nach Beraun zu den Passauern angeblich mit dem Auftrage, die Abdankung und den Rückzug derselben zu bewerkstelligen.***) Am folgenden Tage kehrte er wieder

*) Simancas 2497,28. Zuñiga an Philipp III ddo. Prag den 9. Feb. 1611.

**) Simancas 2497 Zuñiga an Philipp III ddo. 12. Feb. 1611.

***) Lauter Archiv. In einem Manuskripte daselbst sind bedeutend wichtige Da-

Google

nach Prag zurück und gab auf die Frage, welche der Oberstburggraf, begleitet von einigen Personen aus der Mitte der Stände, über den Erfolg seiner Mission an ihn richtete, die Antwort, daß er eine schriftliche Relation erstatten wolle. Am Abend wurden die Stände im Namen des Kaisers benachrichtigt, Leopold habe von den Passauern die Zusage erhalten, sie wollten sich nach Krumau unter der Bedingung zurückziehen, wenn die Stände das Versprechen gäben, sie auf dem Rückmarsche und in dem künftigen Standquartier nicht zu belästigen. Noch am selben Tage verfaßten die Stände, zufriedengestellt 12. Feb.
durch diese Antwort, die verlangte Assekuration und übergaben sie dem Erzherzog, der darauf wieder nach Beraun abreiste. Welcher Art jedoch seine Vermittlung daselbst war, zeigte sich schon am folgenden Tage. Ungefähr um 10 Uhr Morgens — es war an einem Sonntage und „zur Zeit, als in allen Kirchen gepredigt wurde" — langte der Erzherzog vor dem 13. Feb.
Mauern Prags an und in seinem Gefolge eine starke Abtheilung des Passauer 1611
Kriegsvolks. Kaum hatte man in der Stadt durch Boten von seiner Annäherung Nachricht erhalten, so ward Sturm geläutet, alles Volk stürzte aus den Kirchen und Häusern auf die Straßen, und bereitete sich zur Vertheidigung des zunächst bedrohten Hradschins. Als der Erzherzog diese Vorbereitungen in Erfahrung brachte und namentlich das Sturmläuten hörte, wendete er der Stadt den Rücken und quartirte sich in dem eine halbe Stunde vor dem Thorm derselben gelegenen Kloster St. Margareth ein; an seiner Seite befand sich Ramée.

Mittlerweile langte das ganze Passauer Heer im Laufe des Vormittags auf der Anhöhe, welche sich im Westen der Stadt von dem sogenannten Reichsthor gegen den wenige Jahre später so berühmt gewordenen weißen Berg ausdehnt. Nach kurzer Rast versuchte es die Stadt durch Ueberrumpelung zu gewinnen, mußte aber dies Vorhaben, obwohl es dasselbe im Laufe des Tages wiederholte, aufgeben, da die Mauern zu hoch und zu gut besetzt waren, als daß sie im Anlauf genommen werden konnten. In Prag selbst war, wiewohl der Feind glücklich abgewiesen worden, die Bestürzung größer, als man bei der starken Besatzung von einem ehedem so kriegstüchtigen Volke erwarten sollte. Denn abgesehen von dem Schutze, welchen die Mauern gewährten, gebot in diesem Augenblicke die Stadt an geworbenem Volke und an dem Landsturme über eine größere Zahl Bewaffneter, als die Passauer betrugen, die in Folge von Besatzungen und Detachements kaum 10.000 Mann zählen konnten.

---

ginalkorrespondenzen eingebunden, welche über die Vorgänge dieser Zeit Aufschluß geben. Wir ordnen diese Korrespondenzen fortan unter dem Titel: „Korrespondenzen des Lauser Archivs."

Google

Alles drängte gegen das Schloß, das Volk wie die Stände, als ob dort noch Hilfe zu erlangen wäre*) Thurn an der Spitze seiner Standesgenossen erschien in der königlichen Kanzlei und beklagte sich, daß trotz aller Bitten der Stände dennoch die Gefahr vor dem Feinde nicht beseitigt worden.**) Der Oberstburggraf, der unseres Wissens nicht im entferntesten in die Passauer Intrigue verwickelt war, glaubte mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Passauer dem Kaiser eidlich Treue geschworen, im Interesse des letzteren antworten zu müssen: „er wisse von keinem Feinde." Entrüstet über diese blöde Entgegnung erwiderte Thurn, indem er mit dem Finger auf den Oberstburggrafen hinwies: „Ich könnte den Feind mit der Hand fassen." — Dies Erscheinen der Stände in der Burg, wo sich der Kaiser ihnen gegenüber schutzlos befand, hatte die Folge, daß um die Mittagszeit an Rumer und das ihm untergebene Kriegsvolk ein kaiserlicher Befehl abgesendet wurde, welcher ihnen öffentlich den Rückzug nach Krumau anbefahl. Es versteht sich, daß diesem Befehl ebensowenig Folge geleistet wurde, als er ernst gemeint war. Die Stände aber bemühten sich den Hradschin und namentlich den an das Reichsthor unmittelbar grenzenden Platz Pohořelec stark zu besetzen, weil von dieser Seite der weitere Angriff der Passauer zu erwarten war. In der That versuchten es diese noch zweimal am selben Tage von der Schloßseite her in die Stadt einzudringen, beidemal mißlang aber der Angriff. So verging der 13. Februar.

Am folgenden Tage, einem Montage, erschienen die Stände wieder in der Burg und verlangten die Veröffentlichung von Patenten, in denen die Passauer als Feinde des Kaisers erklärt werden sollten. Dies Verlangen war nichts mehr als billig, zum wiederholtenmale hatte Rudolf dem Kriegsvolk den Rückmarsch nach Krumau anbefehlen lassen, war dieser Befehl ernst gemeint, so waren die Soldaten, wenn sie ihn nicht befolgten, nichts als eine meuternde Truppe. Die obersten Krumbrannten, welche der großen Mehrzahl nach keineswegs für den Passauer Staatsstreich waren, benahmen sich aber in diesem kritischen Augenblicke nicht ihrer besseren Ueberzeugung gemäß, sondern wie im Einverständnis mit den vor den Thoren der Stadt lauernden Feinden. Als der Oberstburggraf Sternberg die Forderung der Stände vernahm, stand er auf und entfernte sich ohne ein Wort zu entgegnen. „Das ist also unser Schutz," rief man allgemein, „diese Leute lügen allesammt wie Schufte." Wenzel von Rinsky, der pri

*) Die Anzahl der Bewaffneten, welche am 19. Febr. in Prag waren, wird in diesen Quellen bis auf 30.000 Mann angegeben. Am 13. Februar mag Prag wohl bereits die Hälfte beherbergt haben, worunter nur ein kleiner Theil gewaffnet war.

**) Correspondenzen des Turiner Archivs.

Google

aus seiner zweideutigen Rolle herausträt und von dieser Stunde an unablässig an dem Sturze des Kaisers und der Erhebung des Königs Mathias arbeitete, rief mit Herrn von Rican laut aus: „Wo sind die Schufte und Verräther, die uns beschützen sollten; nimm Bruder einen auf dich, ich den andern, so werden wir unsern guten Namen erhalten und den Feigern keine Gelegenheit zur Täuschung übrig lassen.“ *) Diese Aufforderung zu einer raschen Exekution fand indessen keinen entsprechenden Beifall. Gewiß ist aus diesem Vorgange, daß die Kronbeamten nicht das thaten, was sie zum Schutz ihres Landes zu thun verpflichtet waren, vielleicht daß in diesen Stunden, welche die Entscheidung herbeibrachten, die katholischen Antipathien bei ihnen die Oberhand erlangten. Wir wollen keineswegs behaupten, da ja auch keine Beweise dafür vorliegen, daß sie allesammt zuletzt den Einfall der Passauer gebilligt hätten, aber die passive Haltung von Männern, die vor allem berufen waren handelnd aufzutreten, da Zutritt zum Kaiser hatten und überwiegendes Ansehen, um ihn in letzter Stunde vor einem Angriff auf Prag abzuschrecken, diese passive Haltung war nach unserm Ermessen fast ebenso verbrecherisch, wie die direkte Theilnahme eines Slawata, Martinitz oder Sterka.

Inzwischen verbreitete sich das Gerücht, daß die Passauer in Folge des verfehlten Angriffes am Sonntag ihre Absicht auf Prag aufgegeben hätten; zu einer regelmäßigen Belagerung waren sie jedenfalls zu schwach. Das Gerücht fand darin eine weitere Bestätigung, daß Ramée sein Hauptquartier von St. Margareth nach Kosik verlegte, und so den Beweis zu liefern schien, als ob er über Königsaal den Rückzug nach Krumau antreten wollte. Ueber den Aufenthalt des Erzherzogs am 14. Februar besitzen wir keine nähern Nachrichten, es ist aber nicht zu bezweifeln, daß er sich ununterbrochen unter den Passauern befand, da ihm der Eintritt in die Stadt verschlossen war und er in der Nacht vom 14. auf den 15. den Angriff der Passauer auf Prag kommandirte, denn die Bewegung nach Kosik war nicht um des Rückzuges willen geschehen, sondern hatte zum Zweck, die Erstürmung der Stadt vom Aujezd d. i. vom Süden zu versuchen. Noch in der Nacht setzte sich das Kriegsvolk gegen die Stadt in Bewegung, mitten unter demselben der Erzherzog in voller Kriegsrüstung als General en chef.**) Gegen sechs Uhr Morgens gelangte dasselbe theils vor das jetzige Aujezder Thor, theils auf den Laurenzberg, von dessen 15 Feb. 1611
Höhe der Zugang in die Stadt die geringsten Schwierigkeiten bot. Da man sich keines Einfalls von dieser Seite versehen hatte, traf der Feind

*) Korrespondenzen des Tauser Archivs.

**) Gumpenst. Zusätze zu Philipp III bde. 19. Feb. 1611.

Google

kaum einen andern Widerstand als den ihm eine gewöhnliche Friedenswache entgegensetzen konnte. Das Fußvolk war das erste, welches in die Stadt von der Höhe des Laurenzberges *) in die wälsche Gasse eintrang, während die Reiter sich des sogenannten Karthäuserthores bemächtigten und von da auf den Ring gelangten; das wenige, was sich ihnen von der ständischen Besatzung entgegenstellte, wurde niedergemacht. Das rasche Eindringen der Passauer wurde auch dadurch begünstigt, daß diejenigen, welche voran waren, über ihre Kleidung einen Mantel von derjenigen Farbe, wie solche bei den ständischen Truppen üblich war, trugen. **) Ehe irgend ein geregelter Widerstand ihnen entgegengestellt wurde, waren die Feinde bereits in das innere der Neustadt gedrungen und Fußvolk und Reiterei marschirte gegen den Hauptplatz vor, um in Gemeinschaft weiter zu operiren. Hier kam es in einem engen Gäßchen, welches vom Ring aus auf den Ring führte, zu dem ersten bedeutenderen Zusammenstoß mit den ständischen Truppen, welche mittlerweile von der Gefahr benachrichtigt Zeit gefunden hatten, herbeizueilen. An ihrer Spitze befand sich der Graf Thurn. Nachdem das enge Gäßchen von den Passauern genommen war, wurde der Kampf am gegenwärtigen Rabenplatze weiter fortgesetzt. Am heftigsten ging es da in der Nachbarschaft eines Hauses zu, welches damals wie heute den Namen des Pettzultschen führte. Hier nahmen am Kampfe nicht nur die Soldaten, sondern auch die Einwohner Theil; die Fenster der umliegenden Häuser füllten sich mit Bewaffneten, die je nach ihrer Gesinnung die Passauer oder die ständischen Truppen unterstützten, indem sie auf die Gegner feuerten, Steine herabwarfen oder siedendes Wasser herabgossen. Unter den Bürgern, die auf solche Art für die Passauer Partei ergriffen, werden neben einzelnen Katholiken vor allem die Italiener genannt, die damals auf der Neustadt eine zahlreiche Gemeinde bildeten und mit denen wahrscheinlich in vorhinein ein Einverständniß getroffen worden war. Die Zahl derer, welche bei diesem Kampf auf Seite der Böhmen fielen, wird auf 250 angegeben, auf Seite der Passauer sollen 500 gefallen sein und zwar heißt es, seien auf beiden Seiten die meisten von Bürger- und nicht von Soldatenhand durch den von den Fenstern aus eröffneten Kampf gefallen. ***) Bei dieser Gelegen-

*) Bei dem gegenwärtigen fürstlich Georg Lobkowitzschen Palais und dem städtischen Waisenhause vorüber.

**) Den Einfall schildern wir zumeist nach einer Handschrift der Prager philosophischen Fakultät, die einen gleichzeitigen Bericht enthält.

***) Die Nachrichten über die Zahl der Gefallenen sind mannigfach verschieden. Nach einem Berichte sind 400 auf ständischer Seite, 1000 auf jener der Passauer gefallen.

Google

het wurden auch der Graf Thurn und Ulrich von Kinsky verwundet. Die Vertheidigung von Seite der Stände nahm einen so glücklichen Verlauf, daß die Passauer zweimal zurückweichen mußten und nur ihr entschiedenes Uebergewicht an Reiterei brachte die Böhmen in Nachtheil und entschied zuletzt den Sieg der Passauer am Ring. Ein neuer Kampf entspann sich darauf am Neuseitner Rathhaus, wohin sich ein Theil der ständischen Musketiere flüchtete, und von wo sie sich wie von einer Festung nachdrücklich gegen die heranstürmenden Passauer vertheidigten. Da die letzteren nach längerer Anstrengung des Gebäudes nicht Herr werden konnten, so häuften sie vor dasselbe eine große Masse brennbarer Stoffe an, die zuerst aus den daselbst aufgestellten hölzernen Verkaufsläden bestanden, und machten Anstalt dieselben anzuzünden. Die Besatzung des Rathhauses sah sich dadurch zur Flucht gezwungen und nun drangen die Passauer in das innere des Gebäudes ein, plünderten die Kassen, kehrten sich dann gegen die benachbarten Verkaufsläden und raubten die Waarenniederlagen aus. Darauf wandten sich die Angreifer gegen die Brücke, wohin sich die ständische Truppenschaar zurückgezogen hatte und hier entbrannte abermals ein heißer Kampf beim Sachsenhaus. Wieder entschied er sich zum Vortheile der Angreifer, da einige Italiener, welche im Sachsenhaus ihre Verkaufsläden und Wohnungen hatten, von den Fenstern aus energisch für die Passauer Partei ergriffen und die Böhmen zur Flucht über die Brücke in die Altstadt nöthigten. So war kaum mehr als eine Stunde verflossen, seit der Kampf am Eingange zum Radetzkyplatz begonnen hatte und schon war die am linken Ufer der Moldau gelegene Stadthälfte größtentheils im Besitz der Angreifer.

Rumez und der Erzherzog mögen sich der Hoffnung hingegeben haben, daß derselbe Handstreich, welcher ihnen die Neuseite in die Hände gegeben hatte, auch die Alt- und Neustadt überliefern werde. Denn kaum hatten die Böhmen vom Sachsenhaus über die Brücke nach der Altstadt zu die Flucht ergriffen, so setzten ihnen die Passauer in Masse nach. Schon waren zwei ihrer Fähnchen über die Brücke auf die Altstadt gedrungen, als die Vertheidiger des Altstädter Brückenthurms erst gewahr wurden, daß die Eingedrungenen Feinde seien. Einige wohlgezielte Schüsse aus Kanonen, welche entweder auf dem Brückenthurme oder in der Nähe aufgestellt waren und die Brücke bestreichen konnten, schreckten die Passauer von der weitern Verfolgung ab und veranlaßten sie zur Umkehr. Dadurch waren die zwei Fähnlein, welche zu weit vorgerückt waren, und vielleicht

Darin stimmen jedoch alle Berichterstatter überein, daß sie die Verluste der Passauer auf das doppelte und dreifache angeben.

Google

den Rückzug für zu gefährlich hielten, abgeschnitten. Sie setzten den Angriff muthig fort, statt jedoch nach einer Richtung vorzudringen theilten sie sich in zwei Abtheilungen, die eine drang beim Königsbad weiter vor, die andere schlug dagegen die Richtung unterhalb des Kreuzherrenklosters ein. Von allen Seiten sahen sie sich nun angegriffen, von den Soldaten wie von den Bürgern, und wiewohl eine nicht geringe Menge ihrer Waghalsigkeit mit dem Leben büßte, gelang es doch der Mehrzahl natürlich unter steten Verlusten bis auf den Platz vor dem Neustädter Rathhaus, dem Karlsplatz, vorzudringen. Hier wurde ihnen ihre gefährliche Lage vollkommen klar und sie machten deshalb den Versuch das Emauser Kloster zu gewinnen, um sich von da aus mit einiger Aussicht auf Erfolg vertheidigen zu können. Allein die von allen Seiten gegen sie anstürmende mannigfach bewaffnete Menge vereitelte diesen Versuch, bevor er noch eigentlich angestellt war und nöthigte sie zur weitern Flucht gegen den Wyschehrad. Es waren ihrer nur noch fünf, die daselbst anlangten, darunter ein Fahnenträger. Da ihnen das Schicksal klar war, welches sie von Seite ihrer Verfolger bedrohte, zogen es alle vor um jeden Preis sich denselben zu entziehen. Sie lenkten deshalb ihre Pferde gegen das Wasser und obwohl das Ufer an der Stelle, wo sie dasselbe gewannen, steil sich erhob, also am Abhange des Wyschehrads selbst, wagten sie es doch, gerüstet wie sie waren und zu Roß in das Wasser zu springen, um das jenseitige Ufer zu erreichen. Die einen gingen gleich zu Grunde, andern schien das Rettungswerk gelingen zu wollen, allein sie wurden von ihren Verfolgern, welche sie auf Kähnen zu erreichen suchten, erfaßt und im Wasser selbst getödtet. So entkam Niemand von den zwei Reiterfähnchen, welche in die Altstadt sich gewagt hatten.

Das durch diese Vorgänge aufgeregte Volk, welches selbst die Verfolgung und Niedermetzelung der Passauer Reiter auf sich genommen hatte, beruhigte sich natürlich nicht mit dem Bewußtsein dieses Sieges und mit der sorgfältigen Bewachung der Altstadt gegen eine zu befürchtende Wiederholung des Angriffs. Der mittlerweile herangekommene Tag, es war der Fastnachtsdienstag, führte Niemanden weder seiner gewohnten Beschäftigung noch den herkömmlichen Vergnügungen zu, sondern vermehrte nur die auf den Straßen versammelte Menschenmenge. Die Berichte über den nächtlichen Einfall der Passauer auf die Kleinseite, über das blutige Gemetzel daselbst, über die von denselben verübten Plünderungen und endlich über den Antheil, welchen zu ihren Gunsten ein Theil der Katholiken am Kampfe genommen, gelangten zu Jedermanns Kunde und zwar unter Vergrößerungen und Ausschmückungen, wie sie dem Hang der Erzähler und der erregbaren Phantasie der Zuhörer zusagten. In dem Ueberfall der Passauer

Google

ſah man einen wohl angelegten Plan der Katholiken zur Herrſchaft zu gelangen und nach damaliger Anſchauungsweiſe waren die Mönche diejenigen, welche um einen ſolchen Plan wiſſen mußten und welche ihn auch unzweifelhaft befördern halfen. Kaum war alſo der letzte Paſſauer in die Fluthen der Moldau getrieben worden, ſo machte ſich unter der racheſchnaubenden Menge der Verſatz geltend, Vergeltung an den muthmaßlichen Mitwiſſern und Förderern der räuberiſchen Gegner zu nehmen. Die Volksmenge ergoß ſich gegen die Klöſter, welche damals auf der Alt- und Neuſtadt lagen und ſich ihrem Angriffe darboten. *) Der erſte Angriff begann jedoch dort, bis wohin man die letzten Paſſauer verfolgt hatte, am Wyſchehrad auf die St. Peterskirche. Ein Geiſtlicher, der daſelbſt der tobenden Menge entgegenkam und aus ihrem Geſchrei die feindliche Abſicht hinreichend vermuthen konnte, bat auf den Knieen um ſein Leben. Er erlangte Gnade, aber die Kirche wurde erbrochen und ausgeraubt. Von da wandte ſich der Pöbel gegen das Benediktinerkloſter Emaus, zwei Mönche, welche in den weiten Kloſterräumen aufgefunden wurden, fanden diesmal keine Schonung, ſondern wurden elend ermordet; der Abt, von dem es hieß, daß er um den Einfall der Paſſauer gewußt habe, wurde vergebens geſucht, er hatte ſich in einem Kamine wohl verborgen. Dem Doppelmorde folgte eine allgemeine Plünderung des Kloſters und der Kirche. Beladen mit der Beute zog die Menge weiter nach der innern Stadt. Ein Theil nahm ſeine Richtung nach dem Karlshof, ein anderer nach dem St. Agneskloſter, ein Dritter nach dem Minoritenkloſter bei St. Jakob. Was den Geiſtlichen ihnen auf dem Wege begegnete, wurde niedergeworfen, mißhandelt und ermordet. Ein Jeſuit wurde ohne alle Umſtände an die Molden geſchleppt und in dieſelbe geworfen. Als die mordſüchtige Menge bei dem Jakobskloſter anlangte, ſtellten ſich ihr die Fleiſcher, welche daſelbſt ihren Standplatz hatten, zur Wehr. Welchen Grund dieſes muthige Benehmen hatte, iſt uns nicht weiter bekannt, es erreichte jedoch ſeinen Zweck und die Mönche blieben ungefährdet. Der Karlshof, den Niemand beſchützte, wurde ausgeplündert und der Abt und zwei Mönche getödtet. Das Agneskloſter wurde ausgeplündert, von den

*) Die Schilderung der gräuelvollen Angriffe gegen die Klöſter entnehmen wir theils einer Handſchrift, die im Prager Franziskanerkloſter bei Maria Schnee aufbewahrt wird, theils den Taxiſer Korreſpondenzen, theils einem Berichte Zuniga's (dto. 19. Feb. 1611), ferner einem Berichte des Reichshofvizekanzleiſtes und Augenzeugen Welſer im Geheimen Archiv dto. 19. Feb.; ferner dem Berichte eines proteſtantiſchen Predigers und Augenzeugen, befindlich im Wiener Archiv (Unterſchiedliche Akten MS 491/QFG.); endlich Manuſkripten der Prager philoſophiſchen Fakultät und den handſchriftlichen Werken Stewart's und Pilar's.

Google

Bewohnern aber Niemand erwordet, da diese sich bei Zeiten geflüchtet hatten. — Während dieser Vorgänge hatte sich ein Volkshaufe und zwar der zahlreichste vor dem Franziskanerkloster bei Maria Schnee angesammelt. Dieses Kloster, ursprünglich den Karmelitern gehörig, war in den Hussitentagen beinahe vollständig zerstört und von da an nicht weiter von Mönchen bewohnt worden. Seit jedoch mit dem Auftreten der Jesuiten der Eifer der Katholiken frische Nahrung bekam und in der Begründung neuer Klöster sich zeigte, dachte man auch daran, das wüste Kloster bei Maria Schnee wieder herzustellen und es war vornehmlich das Verdienst des Kanzlers Zdenko von Lobkowitz, daß eine Kolonie von Franziskanermönchen sich im Jahre 1603 daselbst niederließ. Nach Berichten, welche aus der Feder entgegengesetzter Parteimänner stammen, haben die Bewohner Prags mit dem äußersten Unwillen dieser Klosterrestauration zugesehen und namentlich beklagten sich jene am bittersten, welche sich auf dem ehemaligen Klostergrund angebaut hatten und denen bei der Restauration mit und gegen ihren Willen ihre Gebäude abgelöst wurden. Auch vermochten sich die Mönche während ihrer bereits siebenjährigen Anwesenheit nicht in ein besseres Einvernehmen mit der Bevölkerung zu setzen, da sie durchgehends Fremdlinge waren, aus Spanien, Italien, Frankreich, Belgien und Deutschland, keiner aus Böhmen selbst. Gegen sie wandte sich nun die Volksmenge, als bereits die Mittagszeit ziemlich herangerückt war. Das Kloster, welches sonst 17 Brüder zählte, beherbergte in diesem Augenblicke nur 15, zwei, der Quardian und ein Laienbruder, waren vor kurzem nach Wien gereist. Kaum war die wilde Menge vor dem Kloster angelangt, so umstellte ein Theil schnell alle Ausgänge, während ein anderer in das innere desselben drang. Jetzt erfolgte eine Scene, welche mit den wildesten Vorgängen in den Hussitentagen und in der französischen Revolution zur Seite gestellt werden kann. In dem Augenblick, wo der Mörderhaufe in das Gebäude eindrang, gingen einzelne Brüder nichts ahnend ihren gewohnten Beschäftigungen nach, einer, der Holz zur Küche trug, ward auf dem Wege niedergeschlagen, ein zweiter, der aus dem Refektorium durch den Lärm hervorgelockt, heraustrat, gleicherweise mit Beilen todtgeschlagen. Einem Dritten warfen in der Kirche am Altar, wo er mit beiden Händen eine mit geweihten Hostien angefüllte Tasche hielt, dieselben abgehauen, er darauf getödtet und die Hostien selbst von den Mördern mit Füßen getreten. Ein gleiches Schicksal traf vier andere Brüder, die in verschiedenen Räumen des Klosters aufgefunden ohne alles Erbarmen trotz alles Flehens niedergemacht wurden. Einzelne aus dem Volke, die sich ob dieser Scenen entsetzten und für das Leben der Bedrohten baten, wurden bald zum Schweigen gebracht, denn die aufgeregte Mordlust be-

Google

brohte ſie für ihr unzeitiges Mitleiden mit einem gleichen Schickſale. Noch waren acht Brüder am Leben, die indeſſen hinreichend über die ihnen drohende Gefahr belehrt Zeit gefunden hatten ſich zu verbergen. Einem derſelben gelang es, obwohl er bereits verwundet war, auf das Dach eines an das Kloſter anſtoßenden Gebäudes zu gelangen. Hier blieb er zwei Tage lang verborgen und rettete ſich dann glücklich in das Jakobskloſter. Er war der einzige, der dem Blutbade entrann. Die ſieben andern waren in den Thurm gekrochen, wurden aber daſelbſt aufgefunden und vier von ihnen alsbald niedergehauen. Die übrigen drei fanden noch Zeit durch das Thurmfenſter auf das Dach der Kirche zu kriechen, wurden jedoch da entdeckt und erlitten das kläglichſte Ende. Zwei nämlich wurden durch Schüſſe getroffen und ſtürzten von der Höhe des Daches auf den Boden, der dritte wurde ergriffen und buchſtäblich in Stücke gehauen. Die Leichname erfuhren die ſchändlichſte Behandlung, vier von den Gemordeten wurden nackt ausgezogen und auf die Gaſſe geworfen, wo ſie durch drei Tage unbeſtattet liegen blieben. Darauf erfolgte eine allgemeine Plünderung des Kloſters, die Kleider der Gemordeten und die kirchlichen Gewänder wurden von den Mordgeſellen zur Erhöhung der Faſtnachtsfreuden angezogen und ein wildes Treiben erhob ſich in den vor kurzem noch ſo ſtillen Gängen. In einer Kapelle lag der Leichnam des Oberſthofmeiſters Herrn von Dohna, der in einem Grabmal, das man für ihn hergerichtet, beſtattet werden ſollte. Von ihm ging das Gerücht, daß er bei Lebzeiten geſagt habe, er wolle ſeinen Rock vom Leibe verkaufen, um die Lutheraner aus dem Lande vertreiben zu helfen. Sein Sarg wurde erbrochen und wie zur Vergeltung der Leichnam ſeiner ganzen Hülle beraubt und entblößt hingeworfen.

Es blieb noch das Jeſuitenkollegium, welches die Aufmerkſamkeit des Pöbels wachrief und deſſen Bewohner mehr als jeder andere in Prag befindliche Orden dem Haß und Verdacht der proteſtantiſchen Bevölkerung preisgegeben waren. Die Pöbelmaſſe wälzte ſich, aufgeſtachelt noch überdies durch das Gerücht, daß große Waffen- und Pulvervorräthe in den weiten Räumen des Gebäudes verborgen ſeien, zu demſelben. Zum Glück für die Jeſuiten waren in ihrer unmittelbaren Nähe die ſtändiſchen Truppen, welche ſich von der Kleinſeite auf die Altſtadt zurückgezogen hatten, aufgeſtellt und bei denſelben die Mehrzahl der böhmiſchen Stände, welche die weitere Entwicklung der Ereigniſſe in der Nähe der Brücke abwarteten. Vielleicht würden ſie, ſelbſt den Gefühlen der Rache und des Haſſes nachgebend, vor ihren eigenen Augen einen ſchmählichen Angriff geduldet haben, wenn nicht bei Einigen mehr Beſonnenheit geherrſcht und dieſe rechtzeitig ihr Anſehen geltend gemacht hätten, namentlich trat Wenzel von Ritzsch,

Google

der ſich ſeit zwei Tagen in der öffentlichen Meinung rehabilitirt hatte, energiſch für die Jeſuiten ein. Die Väter verſtanden ſich dazu in ihr Gebäude und in ihre Kirche eine ſtändiſche Beſatzung aufzunehmen, gegen die der Pöbel keinen Angriff wagte. So entgingen ſie glücklich Mißhandlungen, die unter andern Verhältniſſen gewiß nicht hinter jenen geblieben wären, welchen ſo eben die Franziskaner erlegen waren.

IV

Leopold hatte ſich in der Mitte des Kriegsvolkes befunden, als dieſes von Koréc aus ſeinen Einfall gegen die Stadt verſuchte. Es wird uns in den gleichzeitigen Berichten nicht mitgetheilt, daß er irgendwo in den vordern Reihen der Kämpfenden erblickt worden ſei. Seine Stellung als General en chef, wie er dies in der That und nach dem Berichte des ſpaniſchen Geſandten an dieſem Tage war, brachte es von ſelbſt mit ſich, daß er in einer gedeckten Poſition den Ausgang des Straßenkampfes abwarten mußte. Als dieſer mit der Eroberung der Kleinſeite geendet hatte, erblickte man ihn in Begleitung Ramées, wie er durch die Straßen reitend im Hauſe eines gewiſſen Lazarus Henkel abſtieg.*) Kurze Zeit darauf begab er ſich, abermals in Ramée's Begleitung, in die Burg und ward vom Kaiſer zur Audienz empfangen. Die Unterredung dauerte eine halbe Stunde.**) Kein Berichterſtatter gibt uns Aufſchluß über den Inhalt des geführten und jedenfalls denkwürdigen Geſpräches, wir erſehen jedoch aus den Maßregeln der nächſten Tage, daß der Kaiſer zufrieden mit dem Erfolge war und auf dem betretenen Weg auszuharren beſchloß. Das Paſſauer Kriegsvolk ſollte ſich auch der übrigen Stadttheile bemächtigen und das darin befindliche geworbene Volk zum Eintritt in den Dienſt des Kaiſers nöthigen. Gelang dies, dann war die Zahl der Paſſauer durch die neu Hinzugetretenen faſt verdoppelt, der Kaiſer vorläufig unangreifbar und Mathias mochte einen Angriff keineswegs ſo leicht verſuchen wie im Jahre 1608.

Es handelte ſich jetzt für Leopold darum, raſch Zutrauen zu ſeiner Perſon und dem Gelingen ſeines Unternehmens zu wecken. Um die Katholiken ganz und gar für ſich zu gewinnen, ſuchte er vor allem den Nuncius ſich geneigt zu machen. Zur ſelben Stunde, in der er ſeinen Einzug in Prag hielt, ſchickte er ſeinen Agenten Miraballo zu demſelben,

*) Dieſes Haus lag auf der Kleinſeite in der mälſchen Gaſſe.

**) Brüſſler Archiv. Der Reichspfennigmeiſter Welſer an Pusſport ddo. Prag 19. Febr. 1611.

Google

um ſich wegen der Ueberrumpelung Prags zu rechtfertigen. In welcher Weiſe dies Miraballo that und wie der Nuncius die Mittheilung aufnahm, zeigt am beſten ein Brief, in welchem der letztere ſeinen Geſinnungsgenoſſen Zuñiga von dieſer Rechtfertigung benachrichtigt: „So iſt der erſte Akt der Komödie abgeſchloſſen, gebe Gott, daß ſie bereits ein Ende habe. Erzherzog Leopold hat in dieſem Augenblicke Miraballo zu mir geſchickt, um mir über die Ereigniſſe Bericht zu erſtatten mit dem Beifügen, daß er ſich um der Ehre Gottes, um der ganzen Chriſtenheit und um des Kaiſers willen in dies Unternehmen geſtürzt und nicht anders habe handeln können. Solchergeſtalt hat ſich alſo der Erzherzog ſelbſt für den Urheber deſſelben erklärt. Ich entgegnete, daß das, was geſchehen ſei, nicht ungeſchehen gemacht werden könne, ich bäte jedoch Seine Hoheit alle Folgen zu bedenken, denn es ſei gewiß, daß er ein Feuer angezündet habe, das nur ſehr ſchwer zu löſchen ſein werde.“ *) So wenig dieſe Antwort eine Billigung der Handlungsweiſe Leopolds enthielt, ſo wurde doch von den Anhängern deſſelben in Prag ſowohl am Faſtnachtsdienſtag ſelbſt wie an den folgenden Tagen mit Oſtentation die Nachricht verbreitet, daß, da das ganze Unternehmen zur Ehre Gottes berechnet ſei, der Papſt und der König von Spanien mit allen Mitteln dasſelbe zu unterſtützen bereit ſeien. Zuñiga von dieſen Gerüchten in Kenntniß geſetzt theilte am ſelben wie an dem folgenden Tage mit nicht minderer Oſtentation jedem, der es hören wollte, mit, daß er die vorgefallene „Gewaltthat für gleich verderblich halte, ſowohl was das Wohl der Religion wie des Kaiſers und des ganzen Hauſes Oeſterreich betreffe.“ Er war ſogar geſonnen ſich von Prag in auffallender Weiſe zu entfernen, um damit erkennen zu geben, wie ſehr dem Könige von Spanien dieſe „tumultuariſchen Vorgänge mißfielen.“ **)

Auf dieſe Weiſe gelang es dem Erzherzog und ſeinem Anhang nicht den Nuncius und Zuñiga in ähnlicher Weiſe zu überrumpeln, wie es ihnen mit der Kleinſeite gelungen war. Der Paſſauer Einfall ſtellte ſich als ein abenteuerliches Unternehmen dar, erſonnen und durchgeführt von dem blinden Haſſe eines kranken und ſomit zu entſchuldigenden Fürſten,

*) Simancas 2497/12. Der Nuncius an Balthaſar von Zuñiga ddo. 15. Feb. 1611 Prag.

**) Simancas 2497/11. Zuñiga an Philipp III ddo. 19. Feb. 1611 . . . Y viendo en el estado presente de las cosas tan temerario asumpto este y tan dañoso para la republica y para el poco numero de catolicos y religiosos, que ay en Bohemia, ha sido muy forçoso el dar a entender en mis platicas y en todas ocasiones como tenia toda esta violencia por muy contraria al servicio de Dios y del Emperador y de toda la casa de Austria y aun he estado en mucha duda si convendra o no apartarme algo de Praga para con esta accion publica mostrar, que a V. M. le desplasen estos tumultos.

Google

dem unreifen Ehrgeize eines unerfahrenen Prinzen und der verbrecherischen Umgebungen einer Clique habsüchtiger und nichtswürdiger Personen. Es vermochte sich auf kein Interesse und keine Partei im Lande zu stützen, es war und blieb nichts anderes, als eine Art von Soldatenverschwörung, für deren Gelingen das 17. Jahrhundert noch nicht angethan war.

Prag liegt bekanntlich an den beiden Ufern der Moldau, welche die Stadt in zwei Hälften theilt; auf dem rechten Ufer liegt die Alt- und Neustadt, auf dem linken die Kleinseite, der Hradschin und die Burg. Durch den Ausfall am Dienstag Morgens war den Passauern nur die Kleinseite in die Hände gefallen, Leopolds Bestreben mußte es nun sein sich der übrigen Stadttheile zu bemächtigen. Er beschloß dies zuerst mit der Burg zu versuchen, denn diese Position war vorläufig die wichtigste, da er von dort aus im Rücken gefaßt werden konnte, und mit der Burg von selbst der Hradschin in seine Hände fiel. Auf einen Sturm wollte es der Erzherzog jedoch nicht wieder ankommen lassen, er wollte vielmehr die ständischen-Truppen, welche nicht bloß die Burg sondern auch den Hradschin besetzt hielten, zu einer Kapitulation nöthigen und mit seiner eigenen Truppenmacht vereinigen. Sein Vorhaben wurde durch die Bestürzung, welche unter den Einwohnern am linken Moldauufer herrschte, bedeutend gefördert, Niemand sprach von einem Widerstande.
1611 Als er deshalb am folgenden Tage gegen Mittag sein Volk in Schlachtordnung brachte und mit diesem gegen die Burg vorrückte, wollte der Besatzung ebenso wenig etwas von einer Vertheidigung wissen wie ihre Anführer und es wurde darauf mit letzteren ein Vertrag abgeschlossen, in dem sich dieselben verpflichteten mit den Passauern Freund zu sein und neben ihnen die Interessen des Kaisers zu vertheidigen. Zur Bekräftigung des Vertrages sollten die ständischen Truppen vereint mit den Passauern dem Kaiser Treue schwören. *) Diese Kapitulation wurde natürlich abgeschlossen, ohne daß die Stände um ihre Zustimmung befragt worden wären. Die Mehrzahl von ihnen befand sich übrigens bereits auf der Altstadt, während auf der Kleinseite und am Hradschin nur jene zurückgeblieben waren, welche die günstige Zeit zur Flucht versäumt hatten. Der Zufall fügte es, daß gerade drei ihrer bedeutendsten Häupter Graf Thurn, Colonna von Fels und Wilhelm von Lobkowitz auf dem linken Moldauufer zurückgeblieben und nun in der Burg abgeschnitten waren, der erstere hauptsächlich wegen der erlittenen Verwundung, die ihn in der Eile genöthigt hatte, Schutz und Pflege im Hause des Kanzlers

*) Wiener Staatsarchiv. Diarium dieser Ereignisse. Bd. 491.

Google

Zdenko von Lobkowitz zu suchen.*) Auch von ihnen wollte keiner den Widerstand gegen die Passauer fortsetzen, Thurn wohl deshalb nicht, weil er verwundet war, Wilhelm von Lobkowitz, weil er keinen Erfolg voraussah und Felß fügte sich derart der Macht der Ereignisse, daß er erbötig war mit den ständischen Truppen den verlangten Eid zu leisten. Die obersten Kronbeamten, welche die Tragweite dieser Maßregel nicht unterschätzen konnten, bewahrten ihr gegenüber eine passive Haltung. Keine Nachricht hat sich erhalten, aus der ersichtlich wäre, daß sie gegen das Eindringen der Passauer protestirt hätten, sie nahmen dasselbe als eine vollendete Thatsache hin und leisteten keinen Widerstand gegen die von Leopold beabsichtigte Verschmelzung der Passauer mit den ständischen Truppen.

Während Leopold durch das bloße Erscheinen der ihm untergebenen Kriegsmacht vor der Burg ein so günstiges Resultat erzielte, suchte er die Altstädter ebenfalls zur Unterwerfung zu bewegen. Noch am selben Tage sandte er einen Herold an dieselben ab und ließ sie sammt den Neustädtern auffordern, eine Besatzung, bestehend in zwei Fähnlein des Passauer Volkes, aufzunehmen und ihre Truppen ebenso wie die ständische Burgbesatzung vereidigen zu lassen. Der Erzherzog versprach hiefür die Aufrechthaltung der Ordnung.**) Die Verhältnisse auf der Altstadt waren aber nicht darnach angethan, daß eine einfache Botschaft, ob im Namen des Kaisers oder des Erzherzogs abgeschickt, eine rasche Unterwerfung herbeigeführt hätte. Nicht nur fühlte sich das Rechtsbewußtsein des Volkes durch den schmählichen Einbruch der Passauer verletzt, auch die handgreiflichen Beweise über das räuberische Auftreten derselben und die Plünderungen, von denen noch am Faschingsdienstag die wohlhabenden Bewohner der Kleinseite betroffen wurden, und die gewiß am rechten Moldauufer nicht unbekannt blieben, waren eine Aufforderung nur die Altstädter ihr Eigenthum zu schützen und Versicherungen nicht zu trauen, nachdem andere weit gewichtigere und feierlich ertheilte Versprechungen so eben gebrochen worden. Auch war die Stimmung des niederen Volks nicht derart, daß sie den Bürgern, selbst wenn sie gewollt hätten, die Zulassung einer Passauer Garnison gestattet hätte. Noch lagen die Leichen der ermordeten Bende auf den Straßen zerfetzt und unbestattet, die Menge suchte nach einem Gegenstande des Angriffs und keineswegs nach rascher Rückkehr zur gewohnten Beschäftigung. So wenig aber die Bürger daran dachten sich den Antipathien des Pöbels entgegenzusetzen, so würde dennoch Zerfahrenheit in die zur Ver-

*) Brüsseler Archiv. Relation des Rechtsprocuratorius Meier über den Passauer Einfall dto. 19. Feb. 1611.

**) Tauber Korrespondenzen.

Google

theidigung nothwendigen Maßregeln ergriffen sein, wäre die Stadt sich allein überlassen gewesen. Dem war nicht so. Die Mitglieder des Landtags aus allen drei Ständen, welche sich zur rechten Zeit auf die Alt- und Neustadt geflüchtet hatten, versammelten sich auf dem Altstädter Rathhause und konstituirten daselbst ein Rumpfparlament. Es war somit das Schicksal von Prag und damit wohl auch das des Königreichs nicht den Händen einiger Gemeindeältesten, die schließlich leicht eingeschüchtert werden konnten, anvertraut, im Gegentheile die Vertreter des Landes selbst nahmen in diesem Augenblicke die oberste Regierung und damit die Verantwortlichkeit in die Hand. Was sich an Bewaffneten in der Alt- und Neustadt befand, erkannte willig die Autorität der daselbst versammelten Stände an und war bereit zur weitern Gegenwehr. Zur Erhöhung ihres Muthes trug nicht wenig der Umstand bei, daß ununterbrochen Zuzüge aus den einzelnen Kreisen Böhmens am rechten Moldauufer anlangten, welche, wenn auch nicht besonders für den Kampf im offenen Felde tauglich, doch trefflich für die Vertheidigung der Stadtmauern paßten.

Was die Männer betrifft, welche unter den Ständen auf dem Altstädter Rathhause jetzt das entscheidende Wort führten, so waren es nicht jene, die seit zwei Jahren an der Spitze der böhmischen Bewegung zu stehen pflegten. Thurn, Fels und Wilhelm von Kolowrat waren von der Altstadt abgeschnitten, auch von Schlick wissen wir nicht anzugeben, wo er sich in diesen Tagen befand. Budowec weilte in Mähren, wohin er von den Ständen noch vor dem Passauer Einfall abgeschickt wurde, um die Hilfe des Nachbarlandes zu erbitten. Aus gleichen Ursachen waren andere der hervorragende Mitglieder des Landtags nach Oesterreich, Schlesien, Sachsen und der Lausitz abgeschickt worden.*) So geschah es, daß, wiewohl die Majorität des Gesammtlandtages auf dem Altstädter Rathhause ihren Sitz aufgeschlagen hatte, sie doch die eigentlichen Parteiführer nicht in ihrer Mitte zählte. Sie fand jedoch einen vollkommenen Ersatzmann in Wenzel von Knoch, in welchem wir in diesen Tagen den eigentlichen Lenker der böhmischen Geschicke erkennen müssen. So überraschend diese Behauptung sein mag, ist sie doch völlig richtig.

Was wir bisher über Wenzel von Knoch zu berichten hatten, galt ihn als einen Aktenträger und Intriguanten. Es ist erzählt worden, welch hervorragende Rolle er unter den Protestanten gespielt hatte, als sie die Bestätigung des Majestätsbriefes verlangten, wie er dann plötzlich umsattelte und sich mit den Katholiken am kaiserlichen Hofe in ein gutes Einvernehmen zu stellen trachtete. Es gelang ihm in der That, das Vertrauen

*) Wiener Staatsarchiv. Ms. 691. Diarium über die Ereignisse dieser Tage.

Google

jener Katholikenpartei zu gewinnen, welche die Pläne Leopolds förderte. Dadurch kam er zur Kenntniß deſſen, was man mit den Paſſauer Werbungen beabſichtigte, und da er zu gleicher Zeit im Solde des Königs Mathias ſtand, benachrichtigte er dieſen ſtets genau und umſtändlich von der ihm bedrohenden Gefahr. Es iſt zugleich ein bemerkenswerther Umſtand, daß einer der Brüder Wenzels von Ruskh, Ulrich, als Rittmeiſter in das Paſſauer Heer eingetreten war. Die Vermuthung liegt fürwahr nahe, daß er dies im Einverſtändniß mit ſeinem Bruder gethan, um die Größe und das Ziel der Rüſtungen, ſo weit ſich ſolches an Ort und Stelle thun ließ, überwachen zu können. Auch an dem Zuge nach Prag nahm Ulrich Antheil, nicht aber an dem Einbruche in die Stadt; ein oder zwei Tage vordem ging er zu den ſtändiſchen Truppen über und focht an deren Seite gegen die Paſſauer. Noch vor Ausbruch dieſes Kampfes hatte Wenzel die Schiffe hinter ſich verbrannt und ſich gegen Leopold erklärt. Während er bis in die letzten Tage nichts that, was den Erzherzog gegen ihn hatte mißtrauiſch machen können, that er, als die Paſſauer bereits in Verlaß waren, mit der größten Heftigkeit gegen die Mautbeamten auf, weil dieſe den Zug nicht gehindert hatten. Sein Benehmen bei dieſer Gelegenheit war ſo entſchieden, daß er das längſt verlorene Vertrauen der Proteſtanten derart gewann, daß ſie in den folgenden Wochen vornehmlich auf ſeinen Rath hörten.

Als der Einfall durch die Eroberung der Kleinſeite einen ſo unglücklichen Verlauf für die böhmiſchen Stände genommen hatte, entſtand für Wenzel die Frage, wohin er ſeinen Rückzug antreten ſolle. Anfangs wollte er nach dem Schloß, das mit dem Hradſchin ſich im Beſitze der ſtändiſchen Truppen befand, bald jedoch beſann er ſich eines beſſeren und verſuchte nach der Altſtadt zu entkommen, offenbar um ſich den Rückzug nach Mähren zu ſichern. Da die Moldaubrücke für die Flucht geſperrt war, ſo mußte er über den Fluß auf irgend einer paſſenden Uferſtelle zu entkommen trachten. Während er dahin in Begleitung mehrerer Perſonen ſich begab, traf es ſich, daß er bei der Wohnung des ſpaniſchen Geſandten ſeinen Weg nehmen mußte. Zuñiga ſtand am Fenſter, begrüßte den Vorbeieilenden und ſprach ſein Bedauern über die Vorfälle in Prag aus. Er that dies, wie wir erzählt, mit abſichtlicher Oſtentation, damit Niemand im Zweifel ſei, welche Stellung Spanien in dieſer traurigen Faſtnachtskomödie einnehme. Ruskh, dadurch zutraulich gemacht, bat den Geſandten um ein Pferd zur Erleichterung der Flucht und dieſer ſtand nicht an, ſeinem Geſuche zu willfahren. So gelangte der erſtere glücklich auf die Altſtadt, und zwar noch rechtzeitig, um für die bedrohten Jeſuiten ein gewichtiges Fürwort einzu-

Google

legen *) Darauf begab er ſich auf das Rathhaus unter die Stände, wo er mit ſeinen übrigen Brüdern zuſammentraf und hier that er, was er konnte, um die Gemüther gegen den Kaiſer aufzuregen und den Sturz deſſelben herbeizuführen. So weit unſere Nachrichten reichen, war er der erſte, welcher mit dieſer Abſicht offen hervortrat, um mit Beſeitigung Rudolfs ſeinem Bruder Mathias zur Regierung zu verhelfen. Er that dies zwar geleitet von eigenem Intereſſe, denn er erwartete von Mathias für ſeine Dienſtleiſtungen eine Belohnung in böhmiſchen Krongütern, allein ſo viel muß zugeſtanden werden, daß er mit ſeinem perſönlichen Intereſſe auch das der Dynaſtie vertrat. Denn als er mit ſeinem auf Mathias hinweiſenden Vorſchlagen den Ständen die Zunge löſte, gab es bereits Einzelne, die gar nichts mehr von der Herrſchaft des Hauſes Habsburg wiſſen wollten, und ſeinem entſchiedenen Auftreten muß das Verdienſt zuerkannt werden, daß dieſe abweichenden Stimmen zu keiner Geltung gelangten. Wenn wir Klesl mit einer andern hiſtoriſchen Perſönlichkeit vergleichen ſollten, ſo wüßten wir Niemanden andern als Fouché ihm an die Seite zu ſtellen. Beide waren von Haus aus Intriguanten, beide haben aber in einem kritiſchen Augenblick mit ungewöhnlicher Kühnheit und Verachtung jeglicher Gefahr ihr Vaterland vor Zerrüttung bewahrt, Fouché, indem er die zweite Rückkehr der Bourbonen raſch ermöglichte, Klesl, indem er einem drohenden Bürgerkriege in Böhmen durch des Königs Mathias Herbeirufung vorbeugte. Um ſeine Aufgabe zu löſen, ſchlug Klesl den Weg ein, daß er den Geiſt des Widerſtandes auf der Altſtadt entfachte und zu halten ſuchte, damit Mathias Zeit gewinne, den Böhmen zu Hilfe zu

*) Simancas. Zuñiga an Philipp III ddo. 9. Feb. 1611. So viel und nicht mehr, als was wir im Texte angegeben, erzählt Zuñiga in ſeinem Schreiben an Philipp III über die mit Klesl gehabte Unterredung. Nach der Angabe des biſchöflichen Geſandten Becher wäre aber dieſe Unterredung nicht ſo einfach geweſen, ſondern der Geſandte hätte geradezu Herrn von Klesl aufgefordert auf die Altſtadt zu gehen und dort für Mathias zu werben. Becher ſchreibt nämlich den Erzherzog Albrecht (Brüſſler Archiv. Secret. d. Ital. Allem. Carton 161), es ſei „auf des Don Balthaſar Zuñiga Rath geſchehen, daß Klesl in der alten Stadt Prag hinüber gefahren und dieſelbe erhalten bis zur des Königs Ankunft, ſonſt hätten die Böhmen einen andern fremden außer dem Hauſe zu Ihrem König wehlen und aufwerfen dörfen." Darnach würde Zuñiga's Antheil an jenen Ereigniſſen ein weit einflußreicherer und unſerer Ueberzeugung nach ein noch weit verdienſtlicherer für das Haus Habsburg geweſen ſein. Klesl, der in Folge der folgenden Momente häufig auf ſeine eigene Rolle zu ſprechen kam, nennt ſich jedoch allein das Verdienſt zu und nannte ſich den Urheber der Abfaſſung des Rufes und Erklärung des Mathias. (Vikariats des Mainziſchen Generalen Archiv im Münchner Staatsarchiv 512/21. 20 über die Prager Traktaten.)

Google

kommen. Den Geist des Widerstandes wachzuhalten war nicht schwer; Adel, Bürgerschaft und Volk hatten, wenn gleich verschiedene, so doch die wichtigsten Gründe zur Ausdauer. — Als demnach am 16. Februar ein kaiserlicher Herold auf der Altstadt erschien, die Aufnahme einer Besatzung und die Vereidigung der ständischen Truppen für den Kaiser forderte, wurde er mit einer abschlägigen Antwort beschieden. Die bewaffneten Zuzüge, welche dem Lande täglich zur Unterstützung der Prager einlangten, wurden am Vorič und auf der Hetzinsel untergebracht, wo der Feind eine Furth suchte und Miene machte einen Sturm zu wagen; überhaupt wurden die Ufer überall befestigt, um einen dauernden Widerstand zu ermöglichen.

Während die Entschlossenheit der Alt- und Neustädter einen harten Kampf voraussehen ließ, erntete der Erzherzog auf dem linken Moldauufer die Früchte der abgeschlossenen Kapitulation. Am 17 Februar versam- 1611
melten sich die ständischen Truppen gemeinschaftlich mit den Passauern auf freiem Felde vor dem Sandthor, die ersteren unter dem Kommando Colonna's von Fels, die letzteren befehligt von Leopold selbst und leisteten der Uebereinkunft gemäß einen Eid, daß sie einander unterstützen und den Kaiser vertheidigen wollten.*) Einer ähnlichen Eidleistung mußten sich auch die Kleinseitner Bürger unterziehen, so daß also Leopold die halbe Stadt für völlig unterworfen halten konnte. — Ein Herold, den Leopold gleichzeitig auf die Altstadt abschickte, um den Bürgern ein Schreiben zu überreichen, wurde von diesen gar nicht eingelassen, das Schreiben wurde ihm gleich am Brückenthurme abgenommen. Dasselbe war vom Kaiser an die „Bewohner Prags und an die auf dem Altstädter Rathhause versammelten Stände" gerichtet und befahl ihnen unverweilt dem Beispiele der Kleinseitner Bürger und der im Schloß befindlichen Truppen zu folgen. Sie sollten demgemäß die Stadt öffnen und am folgenden Morgen mit den Passauern dem Kaiser einen Eid leisten, daß sie ihn vereint mit den letzteren gegen Jedermann vertheidigen wollten. Diese Forderung schlugen die im Altstädter Rathhause versammelten Stände rundweg ab, indem sie die kaiserliche Zuschrift mit einer ausführlichen Deduktion beantworteten, worin sie theils auf die Gräuelthaten der Passauer theils auf den Bruch des vielfach bezüglich ihrer Abdankung gegebenen Versprechens hinwiesen. Um die Alt- und Neustädter mürbe zu machen, ließ darauf Leopold Kanonen, welche der Kaiser aus seinem Zeughause zu nehmen erlaubte, auf den Anhöhen des linken Moldauufers aufführen und bedrohte

*) Skala, M9 im böhmischen Museum. Wiener Staatsarchiv. MS 191 Diarium der Ereignisse in diesen Tagen.

Google Original from HARVARD UNIVE

auf diese Weise die prager Bewohner mit einem Bombardement. Man sah ihn hierbei in voller Rüstung eifrig auf seinem Rosse sich herumtummeln und den Evolutionen nachkommen, die auf ihn als dem politischen und militärischen Leiter der Bewegung abzielten. Allein selbst die Aussicht auf eine Beschießung machte den Sinn seiner Gegner nicht gefügsamer, im Gegentheil sie arbeiteten nur um so eifriger an der Befestigung der ungedeckten Ufer. Der allgemeine Eifer und wohl noch mehr die Lust vor den Plünderungen der Passauer brachte selbst die Juden dermaßen in Feuer, daß sie nach Waffen verlangten und an der Vertheidigung der Stadt theilzunehmen sich entschlossen. Eine Schaar von 500 jungen Männern bekam solche zugestellt und reihte sich den übrigen Vertheidigern an, der erste und einzige Fall dieser Art in der böhmischen Geschichte *). So kam es, daß man am 19. Februar an 30,000 Bewaffnete auf der prager Seite zählte, die größere Hälfte davon Zuzüge vom Lande, die kleinere Eingeborene Prags und geworbene Truppen.

Leopold und seine Anhänger mußten sich nun fragen, welchen Weg sie einschlagen sollten, falls die Altstädter in ihrem Widerstande verharrten. Die Antwort, welche sie sich gaben, lautete einfach möglichste Schwächung des Gegners und eigene Kräftigung. Um die erstere herbeizuführen war es vor allem wichtig, daß das allgemeine Aufgebot des Landes, von dem nur eine dem Kaiser feindliche Haltung erwartet werden konnte, rückgängig gemacht werde. Rudolf unterzeichnete deshalb ein Patent, durch welches der betreffende Landtagsbeschluß, welcher die allgemeine Bewaffnung anordnete, rückgängig gemacht und die Bewohner des Landes aufgefordert wurden, ihre Wohnsitze nicht zu verlassen. Die alleinige Unterschrift des Kaisers machte indessen das Patent nicht rechtskräftig, es gehörte dazu noch die der Kanzlers. Es heißt, daß letzterer sich geweigert habe, dem deshalb an ihn gestellten Begehren zu willfahren und daß Leopold nur durch große Drohungen ihn zur Nachgiebigkeit vermocht habe. In der That hatte der erstere alle Ursache sich zu bedenken, denn durch seine Nachgiebigkeit bereitete er einem Landtagsbeschluß und beging eine grobe Verletzung der Verfassung, zu deren Schutz er doch vor allen berufen war. Trotz dieser gewichtigen Gründe gab Kolowrat nach und die vom Erzherzog verlangten Patente wurden in der vom Gesetz vorgeschriebenen Form am 19. Februar in alle Theile des Landes verschickt.**) Da jedoch nunmehr auf eine theilweise

*) Stula's böhmische Geschichte. MS.

**) Wir entnehmen die Geschichte dieses Patentes einem Gegenpatente, welches die Stände am 25. Februar veröffentlichten und worin sie das Land auffordern mit den bewaffneten Zuzügen nach Prag nicht zu säumen und auf ein anderes ent

Google

Vereitelung des allgemeinen Aufgebots zu rechnen war, so hielt Leopold zur Sicherstellung des Erfolges auch eine Vermehrung des Passauer Heeres für nothwendig. Am selben Tage, an welchem die Patente in die Kreise verschickt wurden, um das Aufgebot rückgängig zu machen, unterzeichnete deshalb Rudolf noch ein Patent, welches den Oberstlieutenant Valderon zur Anwerbung von 1800 Mann frischer Truppen ermächtigte; der Werbeplatz sollte in Budweis aufgeschlagen werden. Ob an diesem Tage noch andere Offiziere, wie dies bald darauf der Fall war, zur Vornahme von Werbungen ermächtigt wurden, ist uns nicht bekannt; diese Angabe reicht jedoch hin, um über des Kaisers Bestrebungen das nöthige Licht zu verbreiten und den leisesten Zweifel zu bannen, als ob er mit den Passauern etwas anderes als einen Krieg bezweckt hätte.

Indem man auf diese Weise weitere Rüstungen im Rathe des Erzherzogs beschloß, den Kaiser zu ihrer Gutheißung bewog und das allgemeine Aufgebot zu vereiteln suchte, betrieb man auch unablässig, wie man dem Bürgerstande der Altstadt rasch ein Ende machen könnte. Die Zeit war zu kostbar, als daß nicht alle Mittel dies Ziel zu erreichen versucht werden sollten. Teunagel erzählt, in einer der Sitzungen, an der er mit Sulz, Althan, Rauee und dem Erzherzog theilgenommen, sei von einer Seite der Vorschlag gemacht worden, Thurn, Fels und Wilhelm von Lobkowitz durch eine schnelle Justiz bei Seite zu schaffen und auf diese Weise durch Schrecken den weitern Widerstand der Stände zu lähmen. Die Durchführung eines solchen Beschlusses wäre leicht gewesen, da sich die genannten Männer im Machtkreis des Passauer Volkes befanden, doch konnte billig bezweifelt werden, ob die Maßregel ersprießliche Folgen haben würde. Die Gefahr, welche den Erzherzog bedrohte, ging von dem auf der Altstadt befindlichen eilig konstituirten Rumpflandtag und von den dort befindlichen Truppen aus. Ein Gewaltstreich gegen einen der drei genannten Kavaliere brachte die Stadt am rechten Moldauufer nicht in

wenigen Tagen erst publizirtes Patent, welches das Aufgebot abstelle, nicht Rücksicht zu nehmen. Denn der Erzherzog Leopold habe, „durch gewaltige Drohung den obersten Kanzler zur Unterschrift des (unrechtmäßigen) Patentes genöthigt." — Eine Abschrift des ständischen Patents befindet sich im Tauer Archiv. — Das kaiserliche Patent, welches das allgemeine Aufgebot rückgängig machte, findet sich im böhmischen Statthaltereiarchiv. — Die Abschrift des Patentes, welches den Oberstlieutenant Valderon zu neuen Werbungen ermächtigte, findet sich im Wiener Staatsarchiv MS 411. — Wir bemerken zu allen diesen Angaben, daß in den uns zugänglichen Berichten in der Chronologie eine große Verwirrung herrsche. Unsere Zeitangaben, in deren Rechtfertigung wir uns hier nicht einlassen wollen, stützen sich vor allem auf authentische Urkunden und dann auf sorgfältige Vergleichung der verschiedenen Diarien und Relationen.

Google HARVARD

den Besitz der Passauer, sondern machte die Einwohner zu der energischesten Vertheidigung. Auch waren ja die drei Bedrohten für den Augenblick unschädlich, da man sich ihrer Personen nach Belieben bemächtigen konnte. Gegen Felß hatte man übrigens keinen stichhältigen Grund zu solcher Strenge aufzutreten, hatte er sich doch zur Eidesleistung verstanden. Ob Leopold alle diese Erwägungen angestellt, wissen wir nicht, es ist uns nur bekannt, daß Tennagel die vorgeschlagene rasche Justiz mit der Bemerkung ablehnte, daß man sich in Böhmen und nicht in Italien befinde und Leopold ihm beistimmte. Diese gefährliche Berathung entzog sich nicht ganz der Kenntnißnahme der Prager. Mehrfach waren von Anschlägen gegen das Leben einiger hervorragenden Mitglieder des böhmischen Adels in Prag gesprochen, doch hatten die Untersuchungen, die später gegen die Vertreter solcher Gerüchte angestellt wurden, kein Resultat, da sie jede verdächtige Angabe in Abrede stellten, nur Tennagels freiwillige Aussage blieb ihrem ganzen Inhalt nach aufrecht stehen.*) Indem aber im Rathe des Erzherzogs der Versuch aufgegeben wurde, durch Schrecken zu wirken, fand ein entgegengesetzter Vorschlag die Zustimmung aller oder wenigstens der Mehrzahl der Berathenden. Man beschloß, da man sich der genannten Kavaliere nicht entledigen wollte, sie durch Versprechungen zu gewinnen, um sie aus Gegnern zu gefügigen Werkzeugen zu machen.

Mit Felß, der durch die Eidleistung schon einen Anspruch auf Vertrauen sich erworben hatte, wurde der Anfang gemacht, er wurde ersucht, als kaiserlicher Kommissär auf die Altstadt zu gehen und die Bürger und Stände durch passende Vorstellungen zum Aufgeben des Widerstandes zu bewegen. Felß wies diesen Antrag nicht von sich und begab sich in der
9. Feb. 1611 That auf die Altstadt. Er kam dahin Freitags um die Mittagszeit und verhandelte mit den Ständen durch sieben Stunden. Da der Inhalt seines Begehrens genau mit dem Tags vorher abgegebenen kaiserlichen Schreiben übereinstimmte und die Gesinnung der Stände sich seit der Zeit nicht geändert hatte, so war ihre Antwort dieselbe. Sie verlangten als Bedingung für die Oeffnung der Stadtthore, die Herstellung der Kommunikation

*) Böhmisches Statthaltereiarchiv. Dr. Martin Rebman verantwortet sich bei der Hofkanzlei bezüglich der Meldung des von Kuen, als ob er ihm etwas wegen Ermordung einiger böhmischen Herren mitgetheilt hätte. — Uebrigens war auch Wenzel von Kinsky auf einen Handstreich vorbereitet, denn er warnte die im Schloß befindlichen Stände in einem Briefe vor „dem jungen hitzigen Herrn," dem Erzherzog, daß er sie bei dem Kopfe nehmen könnte. Das Original des Briefes im böhm. Museum. Hanka in der von ihm edirten Korrespondenz zwischen Rudolf. Matthias u. s. w. versetzt den Brief irrthümlich auf das Ende des Jahres 1608.

Google

mit der Kleinſeite und die Rückkehr zum Geheimniß den unverweilten Abzug der Paſſauer mindeſtens auf 15 Meilen von Prag. Zum Beweiſe, daß ſie geneigt ſeien, dem Kaiſer aus ſeiner ſchwierigen Lage zu helfen, boten ſie ihm auf die Abdankung eine Geldhilfe von 200.000 Gulden an. Mag man dieſes Anerbieten auch als ein egoiſtiſches d. h. im Intereſſe ihrer eigenen Sicherheit geſchehenes betrachten, ſo war es jedenfalls ein Ausdruck von einer ſo bedeutenden Rückſichtsnahme auf den Kaiſer, als der letztere nach den vorangegangenen Ereigniſſen nicht erwarten durfte. Zugleich machten ſie den Unterhändler auf die Folgen eines Bombardements der Altſtadt aufmerkſam. Sämmtliche Arbeiter der verſchiedenen Gewerbe, ungefähr 7000 an Zahl, hatten geſchworen, bei dem erſten Schuß über alle katholiſchen Gebäude der Alt- und Neuſtadt herzufallen, keinen Stein auf dem andern zu laſſen und alle Bewohner zu ermorden. Der kaiſerliche Kommiſſär wurde erſucht, bei ſeiner Rückkehr auf das Schloß dies mitzutheilen. *) Als derſelbe unverrichteter Dinge zurückkam und die Nachricht von der Erfolgloſigkeit ſeiner Sendung bekannt wurde, verlangten Ramée und Sulz vom Kaiſer die Erlaubniß, die Altſtadt in Brand ſchießen zu dürfen. Rudolf verweigerte dieſelbe; es heißt, daß er in der folgenden Nacht von einem Fenſter der Burg längere Zeit auf die Stadt hinuntergeblickt und in Worte des Bedauerns über ſie ausgebrochen ſei.**) Solche Ausbrüche von Wehmuth und Gutherzigkeit überraſchen uns nicht an einem Fürſten, der während der erſten 24 Jahre ſeiner Regierung ſich keiner Härte ſchuldig gemacht und deſſen trauriges Benehmen am Schluſſe ſeines Lebens durch ſeine Geſundheitsverhältniſſe, wenn auch nur zum Theil, entſchuldigt werden kann.

Während Fels durch die Uebernahme der Kommiſſion wenigſtens dem Anſcheine nach zur Partei des Erzherzogs übertrat, machte dieſer ſelbſt den Verſuch Thurn zu gewinnen. Er beſuchte ihn in ſeiner Zufluchtsſtätte im Hauſe des Kanzlers, allein alle Anforderungen an Thurn, die Partei zu wechſeln, wurden von dieſem abgewieſen. Der letztere vermied es hiebei, den Erzherzog zu reizen und zu beleidigen, da ihn Kinsky vor einem Gewaltſtreich gewarnt hatte, er entſchuldigte ſich ſogar, daß er ſich dem Einfalle der Paſſauer widerſetzt hatte, fügte hinzu, daß er dies nur auf Geheiß des Kaiſers gethan und benahm ſich überhaupt wie ein Mann,

*) Korreſpondenzen des Tauſer Archivs. Ein Schreiben vom 28. Feb. 1611. — Eigenhändig. Erklärung der Stände auf die kais. Botſchaft abgegeben am 19 Februar. In Hanke's Korreſpondenz zwiſchen Rudolf, Matthias u. ſ. w. abgedruckt S. 61. — Skala's Manuſcript. Wiener Staatsarchiv. MS. 61. Diarium über die Ereigniſſe in Prag.

**) Skala's Manuſcript.

Google

der des öffentlichen Lebens überdrüßig geworden, sich nur nach Ruhe sehne. Uebrigens hat er, Leopold möge es nicht auf ein Bombardement der Altstadt ankommen lassen, da diese sicherlich allem nachkommen werde, was die Billigkeit erheische.*) Wenn man es auch dem Grafen Thurn zu gute halten mag, daß er sich in seiner kritischen Lage so unschembar als möglich machte, so paßt doch diese allzufriedsame und unmännliche Haltung zu seinem nichts weniger als reinen und vorwurfsfreien Charakter. Der Mann, welcher auf seine Popularität bauend sich heimlich erbot, den böhmischen Landtag zur Zahlung der Subsidien an Mathias zu vermögen, wenn ihm letzterer die Einkünfte einer Herrschaft anweisen würde, dieser Mann war nichts anderes als ein Egoist, der seinen persönlichen Vortheil wohl im Auge hielt. Man darf ihm nicht die Ehre anthun, ihn Männern wie Zerotin, Budowec oder Duplessis Mornay an die Seite zu stellen. Es gehörte übrigens für Thurn keine allzuscharfe Urtheilsgabe dazu, um einzusehen, daß Leopolds Unternehmen ein verfehltes sei und daß er selbst um den Preis momentaner Sicherheit seine ganze Zukunft in die Schanze schlage.

Leopold, durch Thurns abschlägige Antwort auf sich selbst angewiesen, wiederholte an den folgenden Tagen den Versuch durch Colonna's und Fels Vermittlung die Stände auf der Altstadt zu gewinnen. So wie letzterer am 18. Februar sich zu den Verhandlungen hergegeben hatte, so that er auch am 19., 20. und 21. auf die Altstadt und debattirte stets durch mehrere Stunden, um die Stände zu einer Kapitulation zu bewegen. Allein die Antwort lautete mit jedem Tage entschiedener verneinend, die Stände wollten von einer Unterwerfung unter die Autorität des Kaisers nichts wissen, so lange die Passauer von Prag nicht entfernt waren. Der Muth der Stände hatte in den Verhältnissen seine volle Begründung. Täglich kamen neue Schaaren des Aufgebots vom Lande, die Besatzung Prags wurde kriegsmuthiger und gewann an Vertrautheit mit dem Waffenhandwerk, so daß man gewiß sein konnte, den Passauern einen hartnäckigen Widerstand zu leisten, bis Mathias, auf dessen Erscheinen mit Sicherheit gerechnet werden durfte, zu Hilfe kam. Die Erfolglosigkeit der Missionen des Herrn von Fels brachte den Erzherzog derart in Aufregung, daß er, nicht zufrieden mit den durch Valderon anzustellenden Werbungen, den Kaiser zur Anstellung von neuen Werbepatenten für 32 Fahnen Fußvolk, das ist für etwa 9600 Mann bewog.**) Allein die Offiziere, welche mit der Durchführung der Werbungen betraut wurden, waren es

*) Wiener Staatsarchiv. MS. fol. Diarium über die Ereignisse in Prag.

**) Diarium der Prager Ereignisse. MS. im Wiener Staatsarchiv fol.

Google Original from HARVARD UNIVERSITY

nicht von Prag wegzureißen, weil die Bauern der Umgebung jeden, den sie im Verdacht der Verbindung mit den Passauern hatten, wobei die einfache Nichtkenntniß der böhmischen Sprache einen hinreichenden Beweis abgab, ohne Erbarmen erschlugen. Damit war aber dem Passauer Angriffsheere die Aussicht auf eine Verstärkung abgeschnitten.

Sechs Tage nach dem Einfalle der Passauer stellte sich die Lage der Dinge bereits in einer für Rudolf und Leopold sehr ungünstigen Weise heraus. Bei einem wohlkombinirten Angriff am Dienstag hätte die ganze Stadt in die Hände der Passauer fallen und ihre Hilfsmittel hätten von dem Erzherzog benützt werden können. Jetzt war der Schrecken, den der Erfolg der Passauer zuerst verbreitet hatte, allgemach der Kriegslust gewichen, seitdem man sich auf der Altstadt numerisch weit überlegen wußte und der Unterstützung des ganzen Landes gewiß war. Die Ueberzeugung, daß sein Unternehmen total gescheitert sei und daß jetzt der Niederlage zugleich die Schande auf dem Fuße folgen werde, drängte sich allgemach dem Erzherzog auf. Am Faschingsdienstag und den folgenden Tagen war er voll freier Hoffnung, weil er sich einbildete, seinem Ziele nahe zu sein, allein schon nach dieser Spanne Zeit folgten dem kurzen Traum von Herrlichkeit Angst und Rathlosigkeit. Nach den erfolglosen Mahnungen des Herrn von Fels und nach den Schwierigkeiten, welche den Werbungen entgegentraten, konnte selbst seine heißblutige Natur auf keinen Sieg mehr hoffen. Er sah bereits, wie König Mathias heranzog, sich mit den Böhmen verband und ihn aus dem Lande vertrieb und der Gedanke an die Schande, welche sich an seinen Mißerfolg knüpfen, an die Verwünschungen, die ihm von allen Seiten nachtönen würden, und an den finanziellen Ruin, mit dem er bedroht war, setzten ihn so in Verzweiflung, daß er davon sprach, sich — Frankreich in die Arme zu werfen oder — Kapuziner zu werden. Ein schlechter Ersatz, eine Kappe für eine Krone. Vorläufig verfiel er auf seinen gewöhnlichen Ausweg, er entschloß sich jetzt Rath und Hilfe bei Personen zu suchen, die er sonst hartnäckig mied, weil sie seinen Leidenschaften nicht schmeichelten. Er ging also zu Zuñiga und theilte ihm mit, daß er zu König Mathias reisen und sich ihm in die Arme werfen wolle, hiezu verlangte er des Gesandten und des Nuncius Begleitung und Vermittlung. Zuñiga schlug jedoch sein Gesuch ab und erklärte, zu Mathias wohl allein aber nicht in seiner Gesellschaft reisen zu wollen.*)

Derselbe Wechsel der Stimmung, wie solcher bei Leopold beobachtet werden konnte, zeigte sich auch bei dem Kaiser. Sein Gesicht strahlte von ungewöhnlicher Heiterkeit, als er Herr der Stadt und des Lan-

*) Simancas 2457/250. Zuñiga an Philipp III dto. 7. März 1611 Prag.

Google

des zu sein glaubte; es heißt sogar, daß er in diesen Tagen gelacht habe, etwas dessen man seine Gesichtsmuskeln nicht mehr für fähig hielt, aber auch für ihn dauerte die Täuschung nur kurze Zeit *) Er mußte trachten, um jeden Preis dem faktischen Kriegszustande ein Ende zu machen. Zwei Heere, bereit über einander herzufallen, befanden sich innerhalb der Mauern Prags, derjenige, dem er seine Sympathien zuwandte, hatte keine Aussicht auf einen Sieg; sein Bestreben mußte also darauf gerichtet sein, jeden Zusammenstoß zu vermeiden, um den Frieden und seine kompromittirte Autorität wieder herzustellen. Zu diesem Ende war die Anknüpfung ernstlicher Unterhandlungen mit der Altstadt nöthig, der Einfall der Passauer mußte wieder als ein Werk der Meuterei hingestellt und alles Verdächtige an demselben in Abrede gestellt werden. Der Kaiser mußte zuletzt die Kosten der Versöhnung auf sich nehmen, nicht von den Böhmen Ersatz für die Passauer fordern, sondern ihnen die Entlassung derselben anbieten. Ob sich die Böhmen mit einer solchen Anerbietung in so später Stunde zufrieden geben würden, war allerdings sehr fraglich, aber es blieb kein anderer Ausweg, wenn eine Versöhnung angebahnt werden sollte.

Rudolf war jedoch nicht der Mann, der einer gefährlichen Situation durch rasche Entschlüsse ein Ende zu machen wußte. Wir dürfen es somit seiner Initiative nicht zuschreiben, wenn in der Burg ernstlich auf Mittel und Wege zur Versöhnung der Böhmen gedacht wurde. Die obersten Kronbeamten, welche in den Tagen, die dem Passauer Einfall unmittelbar vorangingen und nachfolgten, eine unwürdige Passivität an den Tag gelegt hatten, mußten sich schließlich erinnern, welche Verantwortlichkeit auf ihnen laste. Wir glauben demnach einem entschlossenen Auftreten von ihrer Seite es zuschreiben zu müssen, wenn das Wort „Unterhandlung" in der Burg nicht bloß ausgesprochen wurde, sondern wenn Unterhandlungen in der That in Angriff genommen wurden. Trotzdem konnte sich ihnen nicht entgegensetzen, denn die Lage der Dinge durfte nicht so bleiben, wie sie war.

Unsere Vermuthung bezüglich der Kronbeamten wird zunächst durch den Umstand bestätigt, daß zu der am 22. Februar mit den Ständen auf dem Altstädter Rathhause angeknüpften Verhandlung im Namen des Kaisers der Oberstburggraf Sternberg und der Präsident der böhmischen Hofkammer Dohna, auf welchem letzteren übrigens der Verdacht ruht, daß er dem Passauer Einfall nicht fremd gestanden sei,**) abgeschickt wurden. Der Oberstburggraf eröffnete die Verhandlungen damit, daß er den Ständen

*) Aus den Korrespondenzen von Zimmermann. Man sehe auch Hurter Bd. VI. S. 405 und flg.

**) Nach Tarnowski's Aussagen.

Google Original HARVARD UN

die Versicherung gab, „er meine es mit ihnen von Herzen gut.“ Diese gemüthlichen Worte waren nicht mehr am Platze, sie fanden weder in den letzten Ereignissen noch in der Haltung der Kronbeamten eine besondere Bestätigung. Seine Ansprache fand deshalb üble Aufnahme und es tönte ihm aus dem Munde Vieler die Antwort entgegen: „Ja du meinst es herzlich schlecht.“ Wenzel von Ruzky, der das Wort ergriff, rechtfertigte das Misstrauen der Stände, da man sie stets mit glatten Worten im Munde betrogen habe.*) Herr von Dohna setzte hierauf die Forderungen auseinander, welche der Kaiser jetzt an die Stände stelle. Er verlangte, daß das geworbene Volk auf der Altstadt mit den Passauern Frieden schließe, das allgemeine Aufgebot entlassen werde und die Thore allerseits geöffnet werden möchten. Dafür erbot sich der Kaiser die Thore mit seinem (!) Volk zu besetzen und die Passauer binnen vier Tagen aus Prag zu entfernen. Nachdem so vielfach das Versprechen, die letztern abzuwanken, gebrochen worden, konnte dieses Anerbieten bei den Ständen keinen Anklang finden. Sie sollten die Sicherheit, die ihre gegenwärtige Bewaffnung und Absperrung ihnen bot, gegen ein Versprechen eintauschen, das der Kaiser vielleicht aufrichtig meinte, dessen Einhaltung aber von ihm allein nicht abhing. Die Stände waren also eines Sinnes, die kaiserlichen Gesandten abschlägig zu bescheiden. Zu Ruzky, der in dieser Richtung wirkte, gesellte sich mit gleicher Meinung auch Budowec, der von seiner Reise nach Mähren glücklich zurückgekommen war. Als sich darauf Herr Wilhelm von Wiesowec im Namen Rudolfs um eine Antwort auf seine Vorschläge einfand, wurde ihm dieselbe dahin ertheilt, daß die Stände wohl bereit seien, ihre geworbenen Truppen für den Dienst des Kaisers zu vereidigen, aber nur unter der Bedingung, daß der Abzug der Passauer binnen vier Tagen stattfinde. Erst nach demselben und nachdem ihre Entfernung auf drei Meilen von Prag konstatirt sei, wollten sie auch die Thore der Stadt öffnen, mit ihrer Bewachung aber nicht den Kaiser belästigen, sondern dieselbe selbst besorgen. Die Entlassung des Aufgebots lehnten sie ab und verlangten noch überdies, daß die Kanonen, welche gegen das rechte Moldauufer aufgeführt worden, entfernt werden möchten.**) Diese Forderungen überschritten gewiß nicht das Maß der Billigkeit und wurden dem Kaiser noch überdies durch Versicherungen von Loyalität und Ergebenheit annehmbarer gemacht. Es ist jedoch nicht zu bezweifeln, daß um diese Zeit bereits

*) L. k. k. Staatsarchiv. Passauer Cartell 1 Fol. 1b. Protokoll des Kaisers von Schönberg. Bericht über die Ereignisse vom 22.–24. Februar.

**) Korrespondenzen des Lauter Archivs. – L. k. k. Staatsarchiv. Passauer Cartell 1 Fol. 19a. Protokoll des Kaisers von Schönberg ddo. 14. Feb. 1611.

Google

bei den Ständen der Entschluß feststand, der Herrschaft des Kaisers ein Ende zu machen. Kinsky, welcher in ihrem Namen dem Wiesowic die gewünschte Antwort gab, war es allein, welcher derselben den loyalen Anstrich ertheilte; es mochte ihm dies um so weniger schwer fallen, als er den Gegner zu entwaffnen trachtete, um für Mathias einen unschwierigen Triumph bereit zu halten.

Die Unnachgiebigkeit der Stände hatte eine um so raschere Nachgiebigkeit bei Rudolf zur Folge. Abermals erschien Herr von Dohna auf dem Altstädter Rathhause und nachdem er zuerst um Schutz vor ähnlichen insulirenden Reden, wie sie zwei Tage vorher der Oberstburggraf erfahren, ersucht hatte, erklärte er, die Bedingungen, welche er jetzt den Ständen biete, habe er unmittelbar aus des Kaisers Munde vernommen. Sie bestanden in folgendem: die Passauer sollten ohne Zögern entfernt und abgedankt werden, der von ihnen verursachte Schaden aus ihrem Soldrückständen ersetzt, den von ihnen occupirten Städten die entrissenen Waffen und Privilegien zurückgestellt und endlich die gegen die Altstadt aufgestellten Geschütze zurückgezogen werden. Dafür verlangte der Kaiser, daß die ständischen Truppen auf seinen Dienst vereidigt und die sämmtlichen Thore unverweilt geöffnet werden möchten. Kinsky, der stete Wortführer der Stände, erklärte diese Anerbietungen für ungenügend. Er verlangte eine bestimmte Restitution des durch die Passauer verursachten Schadens und wollte von einer Oeffnung der Thore nichts wissen, so lange dieselben nicht mindestens drei Meilen von Prag entfernt seien und Geißel für den schleunigen Rückzug aus Böhmen gestellt hätten. Herr von Dohna, geärgert durch das entschlossene Auftreten der Stände, sagte die Erfüllung dieser Bedingungen zu und entfernte sich *)

25 Feb. 1611

Am andern Tage schickten die Stände den Herrn von Ruppa auf die Kleinseite, um zu erfahren, ob die Versprechungen des Herrn von Dohna erfüllt worden wären. Er brachte die Nachricht zurück, es sei nichts von allem dem geschehen, was versprochen worden. Tags darauf ward er wieder abgeschickt, bevor er aber noch zurückkehrte, trafen auf der Altstadt zwei Kommissäre ein, Dohna und Czernin, welche die Beeidigung der ständischen Truppen für den Kaiser vorzunehmen verlangten. Kinsky erinnerte sie daran, daß die Beeidigung nur bedingungsweise zugesagt worden sei, führte jetzt sechs Punkte als in voraus zu erfüllende Bedingungen an. Der erste sei, daß binnen vier Tagen nach geschehener Beeidigung die Passauer Truppen aus Prag wegziehen müßten, seien sie drei Meilen entfernt,

*) Sächs. Staatsarchiv. Passauer Einfall. I Fol. 1ro Hirschner an Schönberg. Manuskript der Prager philosophischen Fakultät D. 25

Google Original from HARVARD UNIVERSITY

ſo würden die Alt- und Neuſtädter ihre Thore 24 Stunden ſpäter öffnen; die zweite, daß den Kleinſeitnern ihre Waffen und anderes geraubte Gut zurückgegeben werde, die dritte, daß die Kanonen in die Zeughäuſer entfernt, die vierte, daß die von den Paſſauern beſetzten Städte alsbald verlaſſen würden, die fünfte, daß der von ihnen verurſachte Schaden völlig erſetzt und die ſechste, daß das Land binnen ſechs Tagen von ihnen geräumt werde. Dohna ſagte förmlich die Erfüllung der vier erſten Bedingungen zu, nur die fünfte und ſechſte verwarf er mit Čermin als unausführbar, denn zur völligen Erſetzung des Schadens ſeien keine Mittel vorhanden, und eine ſo kurze Friſt, wie ſechs Tage ſei unzureichend für den Abmarſch eines Heeres. Die Stände wollten aber nichts von einer Unmöglichkeit wiſſen, ſie beſtanden auf vollem Schadenerſatz oder Beſtrafung der Paſſauer wegen Raub. Diebe und Räuber, hieß es, die den angerichteten Schaden nicht gutmachen können, werden am Leben geſtraft, ſo muß es auch mit den Paſſauern geſchehen. Sie zählten darauf eine lange Reihe wohlhabender und reicher Perſonen auf, denen die Paſſauer ſeit ihrem Einbruch alles Vermögen weggenommen hatten, ſie behaupteten, Ramee allein habe im Laufe einiger Wochen Geld und koſtbare Gegenſtände im Werthe von anderthalb Millionen Gulden an ſich gebracht.*) Der Streit erhitzte die Gemüther derart, daß die Verſöhnung mit dem Kaiſer, die unmittelbar bevorſtehend ſchien, ſich wieder zerſchlug. Die Beſetzung der ſtändiſchen Truppen wurde nicht vorgenommen und die kaiſerlichen Kommiſſare kehrten unverrichteter Dinge in das Schloß zurück. Wir bezweifeln nicht, daß Klinsky vornehmlich und abſichtlich die Urſache dieſes Umſchwungs war. Indem er die Stände durch die Debatte aufregte und ihnen die Aufſtellung einer unmöglich zu erfüllenden Forderung, wie die wegen völligen Schadenerſatzes empfahl, hinderte er einen Ausgleich mit dem Kaiſer und gab dem König Mathias, der ſein Kriegsheer in Bereitſchaft ſetzte, Zeit und Veranlaſſung zur Einmiſchung in die böhmiſchen Angelegenheiten.

Es hätte auf Seite des Kaiſers mehr kaltblütiger Ueberlegung und vor allem eines geringern Grades von Herrſchſucht bedurft, um die Gefahr einzuſehen, welche eine Verſchleppung der Unterhandlungen mit ſich bringen mußte. Am folgenden Tage geſtattete er, daß die Kanonen, welche 27 Feb. aus den Weingärten bereits entfernt worden waren, wieder aufgeſtellt und gegen die Judenſtadt gerichtet wurden. Es ſchien alſo, als ob der Kampf doch beginnen ſollte. Noch am ſelben Tage beſann er ſich eines andern 1611

*) Relationen des Lamer Archivs. Manuſkript der Prager philoſophiſchen Fakultät S. 21.

Google Digitized from HARVARD UNIVE

und ließ die Stände auffordern, zu weiteren Verhandlungen eine Deputation aufs Schloß zu schicken. Da jedoch kaum einer sein Leben für sicher gehalten hätte, wenn er dem Rufe gefolgt wäre, so wurde das Begehren des Kaisers rundweg mit dem Bedeuten abgelehnt, daß man nur auf dem Altstädter Rathhause zu Verhandlungen erbötig sei. Zugleich beschlossen die Stände zur Wahl einer provisorischen Regierung bestehend aus 30 Directoren zu schreiten um das Regiment in ihre Hände zu legen. An diesem Entschluß hatte unzweifelhaft Thurn einen bedeutenden Antheil. Es war ihm nämlich mit Zelo und Wilhelm von Lobkowitz und allen denen mit ihren Frauen und Kindern gelungen auf einer Brücke über die Moldau auf die Altstadt zu entfliehen (27. Juli). *) Die Entschlossenheit der Stände wuchs dadurch nicht wenig, da sie sich von jeder Sorge für ihre Leiber schwer vermißten Feinde entlastet fühlten. Das Beispiel der genannten Flüchtlinge ahmten gleichzeitig, wahrscheinlich in Folge vorangegangener Verabredung, die meisten der höheren Offiziere nach, welche die ständischen Truppen in dem Schlosse befehligten. Auf die letzteren blieb natürlich ein solcher Vorgang nicht ohne Eindruck, rottenweise brachen sie seitdem täglich aus und flüchteten auf die Altstadt, wo sie freudig als Mitkämpfer aufgenommen wurden. — Zwischen den ständischen Truppen und den Passauern wurde in diesen Tagen ununterbrochen und zwar meistens von Lhota und der Herrnid aus scharmützirt, täglich fielen 15 bis 20 Mann. Der Vortheil pflegte auf Seite der Passauer zu sein, ihre größere Kriegstüchtigkeit gab ihnen eine solche Ueberlegenheit, daß ihre Gegner, obwohl drei bis viermal zahlreicher, die Vertheidigung dem Angriffe vorzogen.

Während aller dieser Verhandlungen litt die Kleinseite unsäglich unter dem Drucke der Passauer Einquartirung. In jedem Hause waren 15 bis 20 Soldaten untergebracht, welche reichlich mit Nahrung versehen werden mußten, und trotzdem es die Bürger in dieser Beziehung an nichts ermangeln ließen, waren sie doch weder mit ihrem Leben noch mit ihrem Eigenthum vor den Soldaten gesichert. Man schätzte den Schaden, den dieselben durch Raub und sinnloses Wüthen während eines Aufenthaltes von etwas über drei Wochen den Bürgern zugefügt hatten, auf die enorme Summe von 700.000 Gulden. Die täglich sich wiederholenden Räu-

*) Sächsisches Staatsarchiv. Passauer Archiv I. 20. Ausführlicher Bericht über die Ereignisse in Prag vom 23. Juli bis 5. März 1611. Nach diesem Berichte wären Thurn und seine Freunde erst am 2. März auf die Altstadt entflohen, während das Protocoll über die Ereignisse in Prag (MS. 491 im Wiener Staatsarchive) den 27. Feb. angibt. Wir halten uns an das letztere Datum, weil der Verfasser des Protocolls augenscheinlich unterrichteter ist.

Google

handlungen brachten zuletzt die Frauen auf den Gedanken einer Sturmpetition. In großer Anzahl versammelten sie sich mit ihren Kindern am Arm und an der Hand und zogen unter Jammern und Wehklagen in die Burg. Es gelang diesem sonderbaren Zuge bis in Nähe der kaiserlichen Gemächer zu dringen; hier baten alle, der Kaiser möge doch einmal ihrem Elende abhelfen. Sie erhielten an diesem Tage, wie an den zwei folgenden, wo sie das gleiche Schauspiel aufführten, die wie Spott lautende Vertröstung, daß der erlittene Schaden ihnen ersetzt werden würde. Ihre Leiden erreichten eine haarsträubende Höhe. *)

Es ist bekannt, daß die geworbenen Truppen des 16. und 17. Jahrhunderts durchwegs etwas von der Natur zuchtloser Räuber an sich hatten, gewiß ist jedoch, daß die Passauer an Nichtswürdigkeiten aller Art von keiner andern bewaffneten Schaar übertroffen wurden. Gleichzeitigen Nachrichten entnehmen wir, daß sie bewaffneten Bauern, die sie auf einzelnen Streifzügen in der Umgebung von Prag festnahmen, zuerst Nasen und Ohren abschnitten, bevor sie ihnen vollends den Garaus machten. Was schon in Oesterreich ihnen vorgeworfen wurde, daß sie neben ihrer maßlosen Raubgier auch eine unbezähmbare Zerstörungssucht an den Tag legten, bestätigte sich wieder in Böhmen. Selbst der Aberglaube des Volkes fand an dem Treiben der Passauer etwas so monströses, daß man sich in Prag allgemein erzählte, sie hätten einen Bund mit dem Teufel abgeschlossen, durch den sie gegen alle Gefahr gefeit seien. Man behauptete, jeder trage in einem vernarbten Einschnitte seiner Hand eine geweihte Hostie, täglich entsage er in einem Gebete Gott und seiner Gnade und sei dadurch auf 24 Stunden vor dem Tode sicher. **) Der Gerechtigkeit erheischt es jedoch, die Schuld der Verwilderung, in welche die Passauer gerathen waren, den Soldaten nicht allein aufzubürden. Sie fühlten, daß sie sich in einem Zustand von Proscription befanden, den sie selbst nicht verschuldet hatten. Sie wußten eigentlich nicht, ob sie Meuterer seien, oder treue Soldaten des Kaisers. Wiewohl sie nach der Einnahme der Kleinseite Prags das letztere vermuthen mußten, entging ihnen doch nicht, daß sie trotzdem von der Bevölkerung nicht für Soldaten, sondern für Räuber und Meuterer gehalten und als solche, wo sie einzeln überfallen werden konnten, behandelt wurden. So sich außerhalb der Gesetze wähnend traten sie auch alle göttlichen und menschlichen Schranken mit Füßen.

Indessen war die Zeit herangekommen, daß die Verhältnisse in Prag einer Entscheidung entgegenreiften. Die Passauer fühlten nachgerade, daß

*) Stala's Manuskript.

**) Stala's Manuskript.

Google

ihres Bleibens in Prag nicht sei. Sie wußten, daß Mathias den Böhmen Truppen zu Hilfe schicken wolle, und daß das Land überall herum sich rüste um ihnen den Rückzug abzuschneiden; sie selbst dachten alle den selben anzutreten, um ihre Beute in Sicherheit zu bringen. Die Ueberzeugung, daß nichts anderes zu thun sei, als ihren Rückzug und ihre Abreise zu beschleunigen, drängte sich endlich auch dem Kaiser und dem Erz-
1611 herzog auf und beide machten die hiezu nöthigen Schritte. Am 2. März unterzeichnete Rudolf ein Patent, durch welches Trebold zur Vornahme der Abdankung bevollmächtigt wurde *) Es begannen darauf Unterhandlungen mit den Truppen über die Größe der Soldrückstände und die Art ihrer Bezahlung. Die Forderungen der Passauer, die auch für ihre Dienstleistungen seit dem Einbruche in Oesterreich bis zur Einnahme von Prag bezahlt sein wollten, waren nahezu doppelt so groß als zur Zeit der Verhandlungen des Herzogs von Braunschweig Rudolf glaubte in dem Augenblicke, wo er ernstlich die Abdankung im Sinne hatte, die Stände abermals um ihre Unterstützung angehen zu können. **) Man muß mit Verwunderung fragen, woher er den Muth zu einer solchen Forderung jetzt nahm. Auch die Stände waren nicht wenig erstaunt und entrüstet und erwiederten, daß sie ihr Geld zur Vertreibung und Niedermetzlung der Passauer, nicht aber zu ihrer Bezahlung verwenden würden. Die Lage wurde dadurch für Rudolf eine sehr kritische, er stand hilflos seinen Truppen gegenüber, die laut und drohend die Befriedigung sämmtlicher Rückstände verlangten. Jetzt trat in der That der Zustand der Meuterei, deren sie früher mit Unrecht beschuldigt wurden, unter diesen ein. Trebold selbst und die einzelnen Obersten wurden von den Soldaten bedroht, sobald sie von einer nur theilweisen Zahlung sprachen, so daß man während der ersten Märztage nicht wissen konnte, welchen Ausgang schließlich die Verhandlungen nehmen würden. Der Kaiser wollte für den Augenblick nicht mehr als einen dreimonatlichen Sold hergeben und den Rest auf Krumau und Budweis bis zum 20. März anweisen. ***)

Ein Ereigniß in diesen Tagen belehrte jedoch die Passauer und ihre Offiziere, daß eine übermäßige Anspannung ihrer Forderungen nicht am Platze sei. Rauwer, dem es vor allem um die Sicherung der gemachten Beute zu thun war, hatte mehrere Wagen, bepackt mit werthvollen Gegen-

*) Diarium der Prager Ereignisse. — MS. K. 21. der Prager Universitäts-Bibliothek.

**) Diarium der Prager Ereignisse.

***) Münchner Reichsarchiv XVI. 112 Bericht an Max von Baiern vom 12. März 1611.

Google

ſtanten, am 3. März von Prag nach Dresden mit einer kleinen Bedeckung unter Tennagels Aufſicht abgeſchickt. Unglücklicherweiſe für letztern war gerade dieſe Vorſicht von übeln Folgen begleitet. Ständiſche Truppen, welche aus der Burg auf die Altſtadt flohen, brachten dahin die Nachricht von dieſem Verhaben.*) Ulrich Kinsky wurde mit einem Reiterſähnchen dem koſtbaren Convoi nachgeſchickt, bemächtigte ſich deſſelben und nahm die Begleitung gefangen.**) Tennagel wurde nach Prag zurückgebracht und in feſten Gewahrſam genommen. Da es den Ständen bekannt war, daß er einer der Vertrauensperſonen Leopolds ſei und in letzterer Zeit vielfach zu diplomatiſchen Miſſionen verwendet worden war, ſo beſchloſſen ſie alsbald, ihn über die Urſachen des Paſſauer Einfalls und über die Plane des Erzherzogs zu verhören. Schon am 5. März ward das Verhör begonnen und am 7. fortgeſetzt, das Reſultat deſſelben war, daß Tennagel freiwillig ohne Anwendung der Folter alles das bekannte, was er um die Urſache und das Ziel der letzten Ereigniſſe wußte.***) Er geſtand ein, daß der Paſſauer Einfall kein Werk des Zufalls, ſondern das Reſultat eines vorbedachten Planes geweſen, daß Leopold mit demſelben ſeine Erhebung auf den böhmiſchen Thron beabſichtigt habe, und verhehlte auch nicht, in welcher Gefahr einige Häupter der böhmiſchen Stände geſchwebt hätten. Seine Ausſagen, welche durch die uns zugängliche diplomatiſche Korreſpondenz erhärtet und beleuchtet werden, erzeugten unter den Ständen, wie ſich leicht denken läßt, nicht geringe Erbitterung und vernichteten vollends jede Anhänglichkeit an den Kaiſer und ſeine Regierung, wenn es deren noch gab.

Die Gefangennehmung Tennagels verſetzte Ramée in ſolchen Schrecken, daß er vor allem ſeine Rettung ins Auge faßte. Anſtatt zu warten, bis zwiſchen den Forderungen der Paſſauer und den Anerbietungen Rudolfs ein Ausgleich eintreten würde, machte er ſich plötzlich mit der Mehrzahl der Ka- 5. März
vallerie und mit dem Gelde, welches der Kaiſer inzwiſchen zur Bezahlung der
Soldrückſtände hergegeben hatte, heimlich auf den Rückweg und zahlte, um ſeine Begleiter bei gutem Muthe zu erhalten, nachdem er ungefähr auf zwei Meilen von Prag ſich entfernt hatte, den ihnen gebührenden dreimonatlichen Sold aus. Als dies die zurückgebliebenen Soldaten im Laufe des Tages erfuhren, glaubten ſie ſich verrathen und erhoben die größten Drohungen

*) Skala's Manuſcript.

**) Brüſſler Archiv. Bericht an Dietrichſtein ddo. 5. März 1611. — Münchner Reichsarchiv XVI, 158. Bericht an Max von Baiern ddo. 5. März. Sächſ. Staatsarchiv. Pfleghofners Bericht über die Ereigniſſe vom 26. Feb. bis 5. März.

***) Böhmiſches Statthaltereiarchiv. In einem Originalberichte der böhm. Stände vom 8. März finden ſich Abſchriften dieſer Verhöre als Beilage.

Google

gegen den noch in Prag anwesenden Erzherzog und die an seiner Seite befindlichen Grafen Althan und Sulz. Von der Forderung einer völligen Bezahlung ihrer Rückstände ablassend verlangten sie, daß auch ihnen binnen 24 Stunden ein dreimonatlicher Sold gegeben werde, widrigenfalls sie sich ihrer Offiziere bemächtigen, dieselben an die Böhmen ausliefern, und in die Dienste der letzteren treten würden. Die Drohung war zu ernst gemeint, als daß nicht alles versucht worden wäre, die Soldaten zu beschwichtigen, es verschlug jedoch kein anderes Mittel, als bis der Kaiser abermals Geld hergab. Dies befriedigte die Soldaten und sie trafen darauf noch am selben Tage die umfassendsten Maßregel zu einem Rückzug, der im geheimen in der Nacht auf den 11. März durchgeführt werden sollte, namentlich wurde die Brücke verrammelt, um den Uebergang auf das linke Moldauufer zu erschweren. *)

An dem Rückzuge der Passauer beschlossen auch jene Personen teil zunehmen, welche sich durch die Ereignisse kompromittirt fühlten, neben Leopold also auch Sulz, Althan und des Erzherzogs Beichtvater der Jesuit Aquentius, dem Wenzel Ritsch, nie seine politische Geschmeidigkeit verläugnend, zur Flucht aus der Altstadt verhalf. Von allen den Genannten mag wohl keiner mit trostlichen Gedanken Prag, dem Grabe ihres Ehrgeizes, den Rücken gekehrt haben, am allerwenigsten aber der Erzherzog selbst. Er, der vor wenigen Tagen sich in Königsgrätz gewiegt hatte, sollte jetzt Schutz in der Begleitung eines Kriegshaufens suchen, den die öffentliche Meinung gleich einer Verbrecherrotte verfolgte, er sollte Prag und Böhmen meiden, weil Gesetz und Ordnung wieder daselbst zur Herrschaft gelangten und der Fluch der mißhandelten Bevölkerung auf ihm lastete. Bis zum letzten Augenblicke wehrte er sich gleich einem Verzweifelnden gegen die Schande des Abzuges und die Zertrümmerung seiner Hoffnungen und suchte nach Auswegen, die ihm anders völlig entgegengesetzt waren und ihm wenig Ehre machen. Er vergaß sich so weit, Thurn und Wenzel Ritsch (!) um ihre Vermittlung bei Mathias zu bitten, und als er auf sein Ansuchen eine abschlägige Antwort

*) Münchner Reichsarchiv. XVII, 112. Bobenius an Max von Baiern dto. 12. März 1611. — Ueber den Abzug Ramee's berichtet in der von uns erzählten Weise Bobenius, der als Agent des Herzogs von Baiern in Prag weilte. Sulz und die böhmischen Quellen berichten, Ramee sei deshalb mit der Kavallerie vorausgezogen, um die Pässe zu besetzen. Allein bis Beraun, wohin der Rückzug gerichtet war, gibt es keine Pässe zu besetzen. Bobenius' Angabe, daß Ramee vor allem sich in Sicherheit zu bringen trachtete, scheint uns die eines wohlunterrichteten Augenzeugen zu sein. Mit seinen Angaben stimmt auch das mehrfach citirte Diarium überein. — Im Ganzen mußte der Kaiser 300.000 Gulden jetzt bezahlen.

Google

erhielt,*) wandte er ſich wieder an Zuñiga und ſuchte bei dieſem Rettung. Zuerſt bat er ihn um Rath, was er thun ſolle, und als der Geſandte entgegnete, daß zum Rathgeben die Zeit vorüber ſei, wiederholte er in anderer Weiſe einen ſchon einmal gemachten Vorſchlag. Zuñiga ſollte zu Mathias reiſen und ihn mit denſelben verſöhnen; dafür erbot ſich Leopold, wenn man ihm einige Subſidien von Seite des Papſtes und Spaniens zu Gebote ſtelle, dem Proteſtantismus und der ſtändiſchen Freiheit in Böhmen und den benachbarten Provinzen ein Ende zu machen. Dieſer Vorſchlag, der Hallucination eines Fieberkranken nicht unähnlich, weckte nur Zuñiga's Mitleid über die „Eitelkeit, welche derartige Vorſchläge verrieten." So zog der Erzherzog unberathen und ungetröſtet von Prag.**)

V

In der Nacht vom 10. auf den 11. März verließ Leopold mit dem Reſte des Paſſauer Volkes Prag und ſtellte in aller Eile ſeinen Rückzug gegen Beraun an. Erſt mehrere Stunden ſpäter, am Morgen, erhielten hievon die Stände auf der Altſtadt Nachricht, trotzdem beſchloſſen ſie die Verfolgung in Angriff zu nehmen. Die Hinderniſſe, welche bei dem Kleinſeitner Brückenthurm von den Paſſauern aufgehäuft worden waren, wurden raſch weggeraumt und darauf Kavallerie den Fliehenden nachgeſchickt. Als die Bewohner der Kleinſeite ſich endlich von ihren Quälern befreit ſahen, machte ſich ihre Wuth gegen die Zurückgebliebenen in der fürchterlichſten Weiſe geltend. Die Kranken und Verwundeten, welche ſich dem Rückzug nicht hatten anſchließen können, wurden aufgeſucht und alle, deren man habhaft werden konnte, auf ſcheußliche Weiſe ermordet und auf die Straßen geworfen. Hie und da traf es ſich, daß einer derſelben nicht zum Tode getroffen, ſich in Schmerzen auf der Gaſſe wand und die Umſtehenden flehentlich bat, man möge ein Ende mit ihm machen. Keiner blieb unerhört. In dem zähen Leben mancher Verwundeten ſah man eine Beſtätigung des Teufelspakts, den man ihnen angedichtet hatte, es gab Leute, die herbeiliefen, um die geweihte Hoſtie dem Getroffenen herauszuſchneiden, weil ſie wähnten, er könne nicht früher ſterben.***) Während dieſer Gräuelſcenen beſchleunigten die Paſſauer ihren Marſch gegen Beraun und trafen daſelbſt zeitlich genug ein, um die über den gleichnamigen Fluß führende Brücke abzubrechen und dadurch die weitere Verfolgung durch die

*) Kundy an Mathias den 10. März bei Hurter Bd. VI, 396.
**) Simancas 2497/274. Zuñiga an Philipp III ddo. 12. März 1611.
***) Skala's Manuſkript.

Google

ständischen Truppen abzuschneiden. Da man in Prag vermuthete, die Passauer würden von Beraun den Rückweg nach Tabor einschlagen, beschloß Herberstein, der auf Mathias' Befehl mit mährischen und österreichischen Truppen am 11. März in Prag angelangt war, ihnen den Rückzug zu verlegen, indem er auf geradem und kürzerem Wege nach Tabor marschirte. Allein Ramée und wohl auch der Erzherzog sahen diesen auf ihr Verderben berechneten Schritt voraus und schlugen den Rückweg durch nach Budweis ein, indem sie sich in möglichst weiter Entfernung vom linken Moldauufer hielten. Ritter Trnawsky wagte mit etwa 800 Bauern einen Angriff gegen einen Theil der dahin ziehenden Flüchtlinge, ward aber nach anfänglichem Erfolge mit bedeutendem Verluste zurückgeschlagen. Die Passauer schleppten an 1000 Bauern, die sie nach und nach in einzelnen Dörfern auffingen, gewaltsam nach Budweis mit, um sie an der Befestigung dieses Ortes, wo einige Zeit gerastet werden sollte, arbeiten zu lassen. Sie trafen am 14. März in Budweis ein, legten also einen Weg von mehr als 20 Meilen in der ungemein kurzen Zeit von 4 Tagen zurück*). Die Oesterreicher, die vergeblich bei Tabor die Passauer erwartet und sich mit der Hoffnung getragen hatten, ihnen die in Böhmen und Oesterreich gemachte Beute abzujagen, sahen sich in ihrer Erwartung getäuscht. Die Verfolgung bis Budweis auszudehnen wagten sie nicht.

In Budweis, das in Eile stark befestigt ward, wurde derselbe gerastet. Ramée, der auf dem Rathhause sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte, lud am Abend des 17. März eine Anzahl Offiziere zu einem Gastmahl ein. Nachdem gehörig gegessen und getrunken worden, wurden neun der anwesenden Offiziere ersucht in ein abseitiges Gemach zu treten. Jeder einzelne, wie er daselbst eintrat, wurde alsogleich festgebunden und dem nichts arges ahnenden ein Urtheil vorgelesen, vermöge dessen er wegen Verbindungen mit den Böhmen namentlich dem Grafen von Thurn zum Tode verurtheilt ward; darauf wurde ohne alles Zögern das Urtheil durch den bereitstehenden Henker mit dem Schwerte vollzogen. Der neunte der Berufenen, der sich zur Wehre setzte, mußte eher erwürgt werden, bevor er enthauptet werden konnte. Ob die Ursache, mit welcher Ramée diese Gewaltthat beschönigte, wirklich in einem Einverständnisse der Ermordeten mit den Böhmen lag, können wir aus Mangel an positiven Nachrichten nicht angeben, es ist jedoch immerhin möglich, daß ein Theil der Offiziere

*) Alles bis hieher nach Skala's Manuskript im böhmischen Museum. Skala nennt den Ritter Tarnowsky, dagegen der ebenfalls reformirte und gleichzeitige Chronist der Ereignisse des Jahres 1611 im Gedenkbuch der Prager philosophischen Fakultät S. 21: Trnawsky.

Google

nachdem ſie ſahen, daß es mit ihnen kein gutes Ende nehmen könne, mit Mathias und den Böhmen ſich in Unterhandlungen begeben habe oder zu begeben Willens war. Sicher iſt es, daß Ramée der Mann war, der ſchon bei dem Schatten eines Verdachtes zu einer Gewaltthat entſchloſſen war. In wie weit Leopold zu derſelben ſeine Zuſtimmung gegeben, iſt nicht bekannt, gewiß iſt nur ſoviel, daß er an dieſem und dem folgenden Tage ſich noch in Budweis befand.*) Es iſt nicht anzunehmen, daß Ramée einen ſolchen Schritt während Leopolds Anweſenheit in der Stadt gewagt habe, ohne des letzteren Zuſtimmung einzuholen.

Am 18. März ſetzten ſich Leopold und Ramée nach Zurücklaſſung einer Beſatzung in Budweis mit einem Theil der Paſſauer über Krumau gegen Oeſterreich in Bewegung. Der freie Durchzug, den ſie verlangten, um ihren Marſch nach dem Paſſauer Stift zu richten, wurde ihnen verweigert. Ihn zu erzwingen konnten ſie nicht mehr wagen, ſie hatten dies übrigens nicht nöthig, da der ſogenannte goldene Steg, der durch den Böhmerwald führte, unbeſetzt war und ihnen einen direkten Eingang in das Paſſauer Stift verſchaffte. Daſelbſt traf Ramée nach einer Abweſenheit von drei Monaten mit ungeheurer Beute aber nur einem geringen Theil des ehemaligen Paſſauer Heeres ein. Es waren das keine Mitſtreiter in Chriſto, in deren Begleitung der Biſchof von Paſſau wieder in ſeiner Diöceſe anlangte.

Der weit größere Theil des Paſſauer Heeres, welcher in Böhmen zurückgeblieben war, hatte ſich in die Städte Tabor, Budweis und Krumau eingeſchloſſen. Die Beſatzung von Tabor verließ zuerſt ihren Standort und zog ſich nach Budweis zurück. Leicht wäre es nun den Truppen des Königs Mathias und den Böhmen geweſen, die genannten Städte einzunehmen und den Reſt der Paſſauer zu vernichten. Es war jedoch erſprießlicher, den Süden Böhmens vor weiteren Verwüſtungen zu bewahren und die Auflöſung der genannten Truppenreſte in Güte zu verſuchen. Zunächſt wurde Rudolf aufgefordert, ihre Abdankung anzuordnen. Der Kaiſer kam dieſem Verlangen nach und befahl dem Erzherzog Leopold die Auflöſung der noch in Böhmen befindlichen Truppen binnen acht Tagen vorzunehmen; ſollten ſie die Abdankung nicht über ſich ergehen laſſen wollen, ſo ſeien ſie mit der Acht zu belegen.**) Allein die Soldaten ließen ſich 28. März 1611

*) Hurter Bd. VI Beilage 249. In dem daſelbſt mitgetheilten Schreiben Rudolfs an Leopold berichtet erſterer, daß er von letzterem ein Schreiben aus Budweis ddo. 18. März erhalten habe. Alſo befand ſich Leopold noch ununterbrochen in Begleitung der Paſſauer.

**) Rudolf an Erzherzog Leopold ddo. 28. März 1611.

Google

durch Drohungen nicht erſchrecken und verlangten vor allem Befriedigung des noch rückſtändigen Soldes und auch der Erzherzog war nicht der Mann, der bei einem ſolchen Geſchäfte mit Erfolg verwendet werden konnte, im Gegentheil, er ſchurte noch den Ungeſtüm der Soldaten an verholen an.*) Es blieb nichts anderes übrig, als auf ihr Begehren einzugehen, wenn man nicht einen weit koſtſpieligeren Krieg beginnen wollte. Der Kaiſer mußte die Summe von 175,000 Gulden aus ſeiner Schatzkammer hergeben und mit dieſer ſo wie mit einigen kleineren Zuſchüſſen begab ſich der Kriegszahlmeiſter Meinſträtel nach dem Süden von Böhmen, um die Anſprüche der Soldaten zu befriedigen. Als Bevollmächtigter derſelben trat bei den Verhandlungen Graf Althan auf der diesmal ſo wenig Schmiergeldern als möglich erhob, weil er ſich um Mathias ein Verdienſt erwerben und deſſen Nachſicht und Gunſt erlangen wollte. Neben Althan bemühte ſich auch Wol von Rosenberg durch den ihm verbündeten Oberſten Lucan aufrichtig um die Befriedigung der Paſſauer Reſte. Die Kommiſſäre, welche der König zur endlichen Vornahme der Abdankung abgeſchickt hatte, Feldmarſchall Herberſtein und Oberſt Heſſenthen, konnten um ſo leichter ihrer Aufgabe nachkommen, als aus denjenigen Soldaten, die noch weiter dienen wollten, ein neues Regiment in königlichen Dienſten unter dem Oberſten Lucan gebildet wurde. Am 20. Mai wurde der Vertrag, welcher die Abdankung und Auszahlung regelte, unterzeichnet. In einem eigenen Amneſtiedekret**) wurde den ſämmtlichen Mitgliedern des Paſſauer Heeres Verzeihung für ihre Thaten zugeſagt, ausgeſchloſſen blieben nur einige mit dem Namen noch nicht bekannte Perſonen, wahrſcheinlich waren es außer Ramee noch jene, welche ſich dauernd dem Erzherzog angeſchloſſen hatten und in ihren früheren Beſtrebungen verharrten. Ramee gab der Erbitterung, welche in dieſem Kreiſe gegen Althan als einen Abgefallenen herrſchte, in einem Absagebrief Ausdruck, in welchem er denſelben „wegen ſchändlichen Verraths gegen den Kaiſer, den Erzherzog und das Paſſauer Volk“ zum Zweikampf herausforderte.***)

Stellt man die Frage, was mittlerweile Leopold that, wie er ſich in die gezwungene Zurückgezogenheit fügte, ſo lautet die Antwort, daß er an nichts weniger als an eine paſſive Haltung dachte. Obwohl er ſich mit Ramee und einer kleinen Abtheilung der Paſſauer nach ſeinem Stifte zurückgezogen hatte, ſo hielt er ſich noch immer für den Herrn und

*) Kurz: Schickſale des Paſſauiſchen Kriegsvolks.

**) Die Amneſtie von Krumau genannt.

***) Wiener Staatsarchiv MS 491. E. F. G. Ramee an den Grafen Althan ꝛc. 30. Juli 1611.

Google

Anführer des in Böhmen zurückgebliebenen Volkes, das er in seinem eigenen Interesse verwenden zu können glaubte. Diesen Fall hielt er für gekommen, als er die Nachricht erhielt, daß Mathias die Güter des Passauer Stiftes, welche in Oesterreich lagen, und die den größten Theil seines Einkommens bildeten, mit Beschlag belegen ließ. Nicht durch Bitten, sondern mit Gewalt wollte er den König nöthigen, ihm seine Besitzungen freizugeben Er suchte deshalb nach einem Rückhalt an Baiern*) und bat den alten Herzog Wilhelm, Maximilians Vater, daß er mit ihm an einem dritten Ort zu einer Berathung zusammentreffe.**) Wilhelm, der stets Leopolds Partei gehalten und dessen Bewerbungen um seine Tochter Magdalena unterstützt hatte, war zu der Zusammenkunft erbötig, wurde aber daran durch die Vorstellungen seines Sohnes gehindert. Als er zum zweitenmale noch dringender darum von Leopold ersucht wurde, traf er mit ihm in Altötting zusammen, konnte ihm aber keine Hilfe bieten, wie sie dieser erwartete. Der Erzherzog versuchte nun die eben erzählten Verhandlungen zur Abdankung der in Böhmen befindlichen Passauer dadurch zu vereiteln, daß er den Grafen Althan, der sie so eifrig und aufrichtig betrieb, zu sich berief. Als dies jedoch vergeblich war, da Althan dem Rufe nicht folgte, verstieg sich Leopold so weit, daß er nach Budweis reiste und persönlich die Soldaten gegen die Abdankung zu stimmen suchte. Auch diese Bemühungen hatten keinen Erfolg und er mußte unverrichteter Dinge zurückkehren.***) Schon hatte er davon gesprochen, daß er in Passau Werbungen anstellen und dieselben mit den in Böhmen befindlichen Ueberresten des Kriegsvolks vereinigen wolle, jetzt sah er ein, daß nichts mehr zu thun sei. Seine Finanzen waren vollständig ruinirt und er war nicht im Stande, auch nur eine Truppe von 300 Mann zu erhalten. Ramée, den er zu Maximilian geschickt hatte, um den Herzog nach dieser zwölften Stunde für sich zu gewinnen, kehrte mit einer so entschieden abschlägigen Antwort zurück, wie sie von letzterem nicht anders erwartet werden konnte. †)

---

*) Münchner Staatsarchiv 39/9, 35. Maximilian von Baiern an Kurköln ddo. 16. April 1611.

**) Wir erinnern hier daran, daß der Vater Maximilians von Baiern, Wilhelm, noch lebte, er hatte nur frühzeitig auf die Regierung zu Gunsten seines Sohnes verzichtet. Magdalena war Wilhelms Tochter.

***) Kurz. Schicksale des Passauischen Kriegsvolks. — Diarium über die Ereignisse in Prag. MS. des Wiener Staatsarchivs 491.

†) Münchner Staatsarchiv 39/8, 33. Wilhelm von Baiern an Kurköln ddo. 5. April 1611. — Ebendaselbst Fol. 32. Kurköln an Max von Baiern ddo. 15. April 1611. — Ebendaselbst Fol. 35. Max von Baiern an Kurköln ddo. 17. April 1611.

Google

Nachdem Leopold definitiv nicht bloß den Hoffnungen auf eine Krone sondern auch der Aussicht, die Herstellung des Friedens zu vereiteln, entsagen mußte, machten sich bei ihm Schwierigkeiten geltend, welche es ihm nicht gestatteten, sich einfach ins Privatleben zurückzuziehen. Diese Schwierigkeiten kamen von seinen zerrütteten Geldverhältnissen. Einerseits war er mit Schulden überhäuft,*) andererseits versiegte für ihn die ergiebigste Quelle seiner Einkünfte. Mathias, durch des Erzherzogs Treiben inzwischen gereizt, hatte die in Oesterreich gelegenen Güter des Passauer Stiftes mit Beschlag belegt und dadurch seinem Vetter die größere Hälfte seiner Einkünfte abgeschnitten. Der König hatte damit keinen Rachakt im Sinne, er würde von der Beschlagnahme der Güter abgelassen haben, wenn Leopold sich in einem entschuldigenden Schreiben an ihn gewandt hätte, das mehr und weniger deutlich das Bekenntniß seiner Schuld enthalten hätte. Denn daß letzterer gegen Mathias, dem er die Krone Böhmens entreißen wollte, eine große Schuld auf sich geladen, lag auf der Hand. Allein dieses Bekenntniß wollte Leopold um keinen Preis ablegen, nicht etwa aus Stolz, was verzeihlich wäre, sondern aus Unaufrichtigkeit, weil er jetzt die Behauptung aufrecht erhalten wollte, nichts verbrochen zu haben. Für dieses sein Benehmen ist es schwer eine Entschuldigung ausfindig zu machen. Seine Jugend darf mit Recht als ein Milderungsumstand angesehen werden, insoferne es sich um die Beurtheilung des Passauer Einfalls handelt, um so mehr als er den Rechnungen anderer folgte. Allein die krummen Wege, mit denen er sich jetzt in der öffentlichen Meinung zu rehabilitiren suchte und durch die er Mathias zum Vergessen des Geschehenen nöthigen wollte und die in nichts anderem als in Trotz und einer verwerflichen Verdrehung der Thatsachen bestanden, diese müssen ihm allein zur Last gelegt werden und lassen keine zur Gänze günstige Auffassung zu. Er ging in der verwerflichen Verdrehung der Thatsachen so weit, daß er sogar Personen gegenüber, die über sein Thun und Treiben nicht im mindesten in Unkenntniß waren und denen er selbst ein gravirendstes Geständnisse gemacht, den Mantel der Schuldlosigkeit umhängen wollte. Mit einem Worte, sein Antheil am Passauer Zuge kann durch Mangel an Erfahrung, glühenden Ehrgeiz und die verlockende Gelegenheit entschuldigt werden, aber wenn wir geneigt sind, ihm um seiner Jugend willen gewisse Charakterschwächen nachzusehen, so haben wir auf

*) Wiener Reichsarchiv. Miscellanea 444. Auf einer Ordnungsrechnung daselbst ersichtlich, daß Leopold allein für das Jülicher Unternehmen aus eigenem 1[illegible] Gulden zu zahlen hatte. Mit einem bedeutenden Theile davon war er gerade im Rückstande.

Google

ein Recht dazu, bei ihm gewisse Tugenden der Jugend zu suchen, darunter vor allem die Aufrichtigkeit. Wir vermissen diese in seiner Haltung nach erlittener Niederlage vollständig. Die folgenden Mittheilungen werden hierüber das nöthige Licht verbreiten.

Kaum waren nämlich die Vorgänge, die den Passauer Einfall begleiteten, in Deutschland bekannt, so erhob sich da allgemein die Stimme der Verurtheilung. Es gab keine Partei, die nicht laut die Handlungsweise Leopolds und seiner Anhänger getadelt hätte, voran standen jene Kurfürsten, die erst vor kurzem bestimmt waren, ihn auf den deutschen Thron zu erheben. Sie mißbilligten um so lauter sein Beginnen, je mehr sie sich gestehen mußten, moralisch an demselben mitschuldig zu sein *) An diese Tadler schloß sich auch der Papst an, der in einem Breve „seinen ehrwürdigen Bruder in Christo" den Bischof von Passau und Straßburg rügte, daß er, „der gleich einem Samuel von Kindheit an den seiner erlauchten Mutter Gott geweiht worden" und deshalb in früher Jugend mit der Leitung zweier Kirchen betraut worden, sich so weit vergessen und so tief in Dinge, die seines Amtes nicht seien, eingelassen habe.**) Den Reigen von Leopolds unaufrichtiger Verdrehung der Thatsachen eröffnete seine Antwort an den Papst.***) Alle Schuld an den vergangenen Ereignissen von sich ablehnend erklärte er den Ueberfall von Prag in folgender Weise: Die Passauer sind bis Prag gedrungen, um die Bezahlung des rückständigen Soldes zu verlangen. Nach einer Verhandlung von drei Tagen (9—12. Februar) habe ich schließlich von ihnen das Versprechen erhalten, daß sie sich zurückziehen wollten, doch unter der Bedingung, daß die Böhmen sich in einem feierlichen Eide zum Gehorsam gegen den Kaiser verpflichten und mit ihnen gemeinsam das Land gegen Jedermann vertheidigen sollten. Als die letzteren diese Forderung stolz und unverschämt verwarfen und überdies die Truppen mit Drohungen und Beschimpfungen überhäuften, da erst vollbrachten diese, auf das äußerste gereizt, ihren Einbruch in Prag. Ohne Zweifel würden sie einen völligen Sieg erlangt haben, wenn der Kaiser ihnen auf Bitten der Böhmen nicht Halt geboten hätte. — Solchergestalt habe Leopold nichts Unrechtes gethan und habe eher Ursache über andere namentlich über Mathias sich zu beschweren, als dieser über ihn. Die Thatsachen erscheinen in dieser Erwiederung völlig ver-

*) Münchner Staatsarch. 36/9. 26. Kurmainz an Erzh. Leopold ddo. 25. März 1611. — Ebendaselbst 39/9. 19. Kurköln an Max von Baiern ddo. 5. April 1611. Ebendaselbst 39/8. 28. Kursachsen an Kurmainz ddo. 6/16. März 1611.

**) Simancas 99/24. Breve Pauls V an Leopold ddo. V Idus Aprilis.

***) Simancas 249/166. Leopold an Paul V ddo. 4. Mai.

Google Original from HARVARD UNIVE

dreht. Denn abgesehen davon, daß die Passauer Truppen nicht den Schein eines Rechtes besaßen, um von den Böhmen einen Eid für den Kaiser zu verlangen, ward dies Verlangen an die ständischen Truppen nicht vor sondern nach der Einnahme der Kleinseite und nicht von den Passauern sondern von Leopold aus hinreichend bekannten Ursachen gestellt worden.

Da die übrige Haltung des Erzherzogs mit der dem Papste ertheilten Antwort im Einklange stand, so ist es begreiflich, wenn Mathias an eine Herausgabe der sequestrirten Güter nicht dachte. Die Noth wurde darüber in Passau täglich größer. Ramée und andere Personen von Leopolds Vertrauen, die vornehmlich zum Passauer Einfall gerathen, suchten den Erzherzog zu bereden, er solle bei — Frankreich (†) Hilfe suchen. Dahin kam es also mit dem Prinzen, der angeblich für sein Haus und die Religion das Schwert ziehen wollte. Zuñiga, der von diesen Rathschlägen Kenntniß erlangte und in der That auf die tollsten Sprünge Leopolds gefaßt war, glaubte jetzt den Moment gekommen, denselben wieder Muth einflößen und einen Weg zur Rettung zeigen zu müssen.*) Er rieth ihm, die Hilfe des Königs von Spanien anzusuchen, damit dieser sowohl seine Aussöhnung mit Mathias in die Hand nehme, als auch ihm mit Geld unter die Arme greife. Leopold ließ sich den Vorschlag gefallen und wollte geradezu nach Spanien reisen, um dort vielleicht ein Glück zu suchen, das ihn in Deutschland geflohen.**) Der spanische Staatsrath und in demselben namentlich der Erzbischof von Toledo widerriethen jedoch dem Prinzen die Berufung eines Prinzen, der im besten Falle den Staatssäckel um Gebühr in Anspruch nehmen würde ***) Zuñiga bekam also die Weisung, den Erzherzog von der Reise nach Spanien abzuhalten, letzterer, der sich glänzende Hoffnungen auf die Unterstützung Philipps gemacht hatte, ersah nachgerade, daß dieselbe sich nicht weiter als auf die Anweisung einer Kirchenpräbende erstrecken werde. In der That wurden ihm im Laufe des Jahres 1612 die Einkünfte des Bisthums Monreale angewiesen, † mit denen er seinen zerrütteten Verhältnissen wieder aufhalf.

Wiewohl also Spanien in der angedeuteten Weise dem Erzherzog unter die Arme griff, so zog sich die Verhandlung darüber viel zu sehr in die Länge, als daß der letztere bei der dauernden Sequestration seiner in Oesterreich gelegenen Güter nicht immer wieder sich zu einer Aussöhnung mit Mathias gemahnt gesehen hätte. Seine eigene Einsicht mag

*) Simancas 2497/56, Zuñiga an Philipp III dto. 25. Mai.
**) Simancas 2324/56. Der Staatsrath an den König Philipp III dto. 9. Juni.
***) Simancas 609/177. Der Staatsrath an Philipp III dto 21. Juni 1611.
†) Archiv von Simancas.

Google Original from HARVARD UN

ihm sagen, daß er von nirgends Hilfe zu hoffen habe, weder von Frankreich, wie ihm ehrlose Rathgeber einblieſen, noch von dem Kaiſer, der ſelbſt während dieſer Vorgänge die böhmiſche Krone verlor und ſichtlich dem Grabe zuwankte. Er entſchloß ſich deshalb, was er bis dahin um jeden Preis vermieden hatte, ſich an Mathias zu wenden, in der Hoffnung, daß ein einfaches Höflichkeitsſchreiben denſelben alſogleich verſöhnen werde. Von einer Aeußerung, die als ein Geſtändniß aufgefaßt oder als Reue gedeutet werden konnte, wollte er noch nichts wiſſen. Der Eingang ſeines Briefes an Mathias begann in folgender bezeichnenden Weiſe: Bezüglich der jüngſten Vorgänge in Oeſterreich und Böhmen habe ich erfahren, daß Eure königliche Majeſtät beleidigt ſei, was mir ſehr leid thut, da ich nie (!) die Abſicht hatte, Eure Majeſtät zu beleidigen oder Deren Rechten einen Nachtheil oder Schaden zuzufügen. Ich bitte demnach Eure Majeſtät mich als deren unterthänigſten und gehorſamſten Verwandten betrachten zu wollen." *) Dieſen Brief ſchickte Leopold an Zuñiga mit der Weiſung, denſelben dem Könige Mathias erſt dann zu übergeben, wenn derſelbe die Beſchlagnahme der Paſſauer Güter in Oeſterreich zurückgenommen habe. Zuñiga kam dieſer Bedingung nicht nach. Er hielt es, wie er ſich hierüber gegen Philipp III ausdrückte, nicht für paſſend, daß der Erzherzog mit dem Haupte ſeiner Familie in der Weiſe unterhandle, wie dies etwa bei den Verhandlungen mit Venedig oder Frankreich am Platze ſei **) und übergab deshalb den Brief ohne Zögern an Mathias, der in Folge deſſen die Beſchlagnahme der Güter vorläufig aufhob, aber ſich nicht mit dem Briefe befriedigt erklärte. Der König trieb ſeine Gutmüthigkeit nicht ſo weit, um ſich anzuſtellen, als glaube er, daß der Einfall in Oeſterreich und Böhmen ſeinen Rechten nicht den mindeſten Eintrag habe thun ſollen. Er verlangte, daß Leopold ein Aktenſtück, in dem er ſich ſchuldig bekennen und um Verzeihung anflehen ſollte, unterzeichne. Den Bemühungen Zuñiga's, des Kardinals Dietrichſtein und des Grafen von Crey — damals Geſandten des Erzherzogs Albrecht bei Mathias — gelang es im Vereine mit Erzherzog Ferdinand, die Milderung einiger allzuharten Stellen in der von dem König proponirten Ausſöhnungsformel durchzuſetzen. ***) In dieſer korrigirten Faſſung lautete dieſelbe alſo: „In

*) Simancas 2460/177. Leopold an Mathias ddo. 21. November 1611. Ratione illorum, quae nuper a Austria et Bohemia contigerunt, intelleri R. M. V. mihi offensam esse, quod mihi vehementer displicet, namquam enim animus aut cogitatio mihi fuit M. V. offendendi nec praejudicium aliquod aut damnum rebus suis inferendi.

**) Simancas 2498/211. Zuñiga an Philipp III ddo. 6. Juli 1612.

***) Simancas. Zuñiga an Philipp III ddo. 6. Juli 1612.

Google Original from HARVARD UNIVE

Folge der Ereigniſſe, welche durch das unter dem Generalate des Erzherzogs Leopold befindliche Paſſauer Volk in Oeſterreich und Böhmen herbeigeführt wurden, ſind mancherlei Beleidigungen vorgefallen, deren gütliche Beilegung ſowohl der Papſt Paul V, der König von Spanien, die Kurfürſten, die Erzherzoge und einige andere chriſtlichen Fürſten als auch der Erzherzog Leopold ſelbſt durch ein beſonderes Schreiben vom
1611 21. November verſucht haben. Der König von Ungarn und Böhmen hat mit Rückſicht auf ſolche für den Erzherzog eingetretenen Vermittler und nach reiflicher Berathung mit der Mehrzahl ſeiner Räthe dem letztern ſeine Handlungsweiſe nicht nur verziehen, ſondern ihm auch die bischöflichen Güter thatſächlich zurückgeſtellt doch unter der Bedingung, daß er jene Perſonen, welche an der betreffenden Handlung Antheil gehabt und in der Krumauer Amneſtie nicht enthalten ſind, von ſich entferne und ſie nicht weiter in ſeinem Dienſte behalte." *)

Laßt man den Umſtand nicht aus den Augen, daß Leopold nach der böhmiſchen Krone trachtete, auf welche Mathias nicht nur nähere Erbrechte ſondern in Folge der Wiener Verträge poſitive Anſprüche hatte — führte er ja doch bereits ſeit 1608 den Titel eines beſtimmten Königs von Böhmen — ſo wird man es wohl für keine allzuharte Bedingung anſehen, wenn letzterer neben der Unterzeichnung dieſes maßvollen Aktenſtückes auch noch die Entfernung einiger kompromittirten Perſönlichkeiten aus der Umgebung des Erzherzogs verlangte. Als Leopold jedoch von dieſen zwei Bedingungen vernahm, war er nicht wenig über dieſelben entrüſtet und reiſte zu ſeinem Bruder Ferdinand nach Graz, um ſich bei ihm zu beklagen, daß ihm eine Buße für eine Schuld zugemuthet werde, die er nicht begangen habe! Wiewohl Ferdinand recht gut wußte, welche hoch-

*) Simancas 2198/212. Die Urkunde datirt vom 27. Dez. 1611 lautet im lateiniſchen Originale alſo: Quoniam ex iis, quae per milites sub Generalatu Ser. Dom. Leopoldi . . . tam in Archiducatu Austriae superiori quam in Regno Bohemiae commissi nonnullae offensiones exortae sunt, ad quas abolendas S. D. N. Paulus V., Potentissimus Hispaniarum Rex Catholicus, S. R. Imp. Electores, Ser^mi Archiduces Austriae et alii christiani Principes se interposuerunt, movit etiam Ser. Archid. Leopoldus de his quoque 21. Novembris Patavii peculiares literas ad S. R. M. exaravit, ideo S. Hungariae et Bohemiae R. M. ad tales intercessiones pro S. Ser^mo factas habito maturo consilio plurimorum suorum consiliariorum non solum factum hujusmodi bene Ser^mo condonavit sed etiam bona Episcopatus de facto remisit, decrevit ut tamen illos, qui hujusmodi facti participes fuerant et in amnestia Crembsiensi non continentur S. Ser^mo quamtocius a se removeat neque ullis in rebus eorum opera amplius utatur.

Google Original from HARVARD UN

fliegenden Pläne Leopold im Sinne gehabt hatte*), wiewohl er selbst in Spanien gegen die Unterstützung desselben gearbeitet hatte und wiewohl er selbst in Wien die Redaktion der Aussöhnungsformel gutgeheißen**) und damit Leopolds Schuld anerkannt hatte, glaubte er sich doch seines Bruders annehmen zu müssen. Er schrieb deshalb an Zuñiga als denjenigen, der Mathias' Interessen am eifrigsten vertrat und den Leopold als seinen persönlichen Gegner ansehen zu müssen glaubte, um durch ihn eine bedingungslose Aussöhnung mit Mathias zu bewirken.***) „Mein Bruder," so ungefähr lautet Ferdinands Brief an Zuñiga, „kann das betreffende Aktenstück nicht unterzeichnen, denn er ist sich keiner Schuld bewußt und bedarf sonach nicht der Vermittlung dritter Personen, um Verzeihung zu erlangen. Wenn das Passauer Volk in Oesterreich und Böhmen einbrach, so geschah dies keineswegs mit seiner Zustimmung, im Gegentheile er hat sich mit allem Fleiß bemüht, dies zu hindern.. . Eine Schuld zu bekennen, die er nicht begangen, könnte ihm nur zur Schande gereichen." Nachdem konsequenterweise Ferdinand für seinen Bruder auch die Entlassung der kompromittirten Räthe abgelehnt hatte, verlangte er von Zuñiga, er solle die Aussöhnung Leopolds mit Mathias in der Weise zu Stande bringen, daß es von der Unterzeichnung irgend eines Schriftstückes

---

*) Simancas 2921/62. Aus mehreren unter dieser Signatur befindlichen Aktenstücken ist ersichtlich daß Erzh. Ferdinand im J. 1610 vor Leopolds Plänen gewarnt wurde, daß er (Ferdinand) darauf an Philipp III schrieb und ihn bat Leopolds Pläne zu durchkreuzen, daß er auch den spanischen Gesandten in Prag über Leopold informirte u. s. w. Kurz Ferdinand wußte ganz gut, was es mit der Schuldlosigkeit Leopolds für ein Bewandtniß habe.

**) Simancas 2496/211. Zuñiga an Philipp III ddo. 6. Juli 1612.

***) Simancas 2158/67. Ferdinand an Zuñiga ddo. 6. Feber 1612 Orig. Los dias passados vinó aqui a verme mi hermano el Ser. A. Leopoldo, el qual me dió quenta de las causas porque estava sentido del tratado postrero de reconciliacion hecho en Viena entre e. Ser Rey de Ungria y Bohemia y el, por las quales ponia dificultad en confirmarla. Porque en aquella escritura, que se hizo sobre el dicho tratado, se hizó expresa mencion de que a intercesion de algunos Principes S. M. Regia le condonava y remitia las ofensas pasadas, las quales palabras contienen en si ofensa y delicto cometido, y como el en su conciencia este satisfecho de que no ha cometido cosa porque deva pedir perdon y poner terceros para alcancarle, no puede dar su consentimiento ni confirmar la dicha transaction, porque el nunca ha offendido al Rey y s. la soldatesca de Passau entró en Austria y Bohemia no fue con su consentimiento sino procurando estorvarlo con gran instancia, y como aya afirmado siempre este mismo al Rey y a todo el Imperio, estaria le muy mal confesar la culpa, que no tiene y de que le resultaria mucho deshonor.

Google Original HARVARD UN

sein Abkommen finde, beide (Leopold und Mathias) sollten persönlich zusammentreffen und hierbei erstrecke dem letztern „mündlich jene Genugthuung leisten, welche beiden passend scheinen würde."

Aus der ganzen bisherigen Erzählung ist ersichtlich, wie aufmerksam Zuñiga Schritt für Schritt die ehrgeizigen Pläne Leopolds beobachtete und wie er sie ununterbrochen bekämpfte, nicht weil er Leopolds persönlicher Gegner war, sondern weil er sein Streben für ein dem Hause Oesterreich verderbliches betrachtete. Ihm, der die Ursachen der letztern Ereignisse klar durchblickte, dem Leopold selbst vor dem Passauer Einfall einzureden hatte, daß er ein Jahr des Krieges haben müsse, suchte nun Ferdinand den Glauben an die Unschuld seines Bruders beizubringen. In der That gibt es nicht leicht eine Entschuldigung für den Ton, in welchem Ferdinands Brief gehalten war. Eine solche Außerachtlassung oder Beschönigung des wahren Sachverhalts ist etwa im diplomatischen Verkehr gestattet, weil herkömmlich, aber gegenüber dem Gesandten eines so nahe befreundeten Monarchen, wie Philipp III war, der nicht als Gegner oder Richter sondern als Freund und Vermittler auftrat, ist sie nicht zu rechtfertigen. Der vorsichtige Gesandte, trotzdem er alle Ursache hatte, die verwandtschaftlichen Verhältnisse seines Souverains zu respektiren, ließ sich deshalb Angesichts der Zuschrift Ferdinands zu einer Antwort hinreißen, aus der nicht überall der kalte Diplomat, sondern der erzürnte Privatmann hervorleuchtet.

„Ich habe," so antwortete Zuñiga dem Erzherzog, „das Schreiben Eurer Hoheit erhalten. Eure Hoheit weiß, wie sehr ich gewünscht habe, dem Erzherzog Leopold in der Verhandlung, welche jetzt in Wien gepflogen wurde, zu dienen, doch konnte ich nicht mehr (zu seinen Gunsten) erlangen als das Gebotene, wiewohl große Anstrengungen hiefür gemacht wurden. Indem ich diese Angelegenheit neuerdings in Anregung brachte, habe ich kein besseres Entgegenkommen gefunden, als früher, im Gegentheil, im Falle Erzherzog Leopold den Wiener Vergleich umgeändert wissen will, ist man hier entschlossen sich zu rechtfertigen und die Ursachen, welche zu Klagen gegen ihn berechtigen, auseinanderzusetzen. Um die Wahrheit zu sagen, ich habe den aufrichtigsten Willen dem Erzherzog zu dienen, aber mein Verstand ist nicht fähig die Gründe zu fassen, welche Eure Hoheit in Ihrem Briefe bezüglich (der Schuldlosigkeit) des Erzherzogs angibt. Ein Satz lautet in demselben wörtlich, daß der letztere den König ganz und gar nicht beleidigt habe und daß das Passauer Volk in Oesterreich und Böhmen nicht nur nicht auf seinen Befehl und mit seiner Zustimmung, sondern vielmehr gegen seinen Willen und trotzdem er sich auf alle mögliche Weise widersetzt habe, eingebrochen sei. Gibt man das zu, was dieser Satz

Google Original from HARVARD UNIVERSITY

behauptet, wie läßt ſich damit in Einklang bringen, daß die ärgſte Frevelthat der Paſſauer, nämlich der gewaltſame Ueberfall der Hauptſtadt von Böhmen und die Erſtürmung der Kleinſeite unter Mord und Brand in Gegenwart des Erzherzogs, der dabei als General in voller Rüſtung die Truppen kommandirte, vor ſich ging? Läßt ſich dann noch weiter behaupten, daß dies ohne ſeinen Befehl und ſein Mitwiſſen geſchah? Und wenn man dabei noch erwägt, daß der Erzherzog die Urheber und Werkzeuge jenes Einfalls in Oeſterreich, Böhmen und Prag als ſeine begünſtigteſten Diener behandelt, wie kann man dann noch behaupten wollen, daß die von dieſen Dienern herbeigeführten Ereigniſſe demſelben mißfallen haben? Gewiß, durchlauchtigſter Prinz, ich bekenne, daß mein Wille, wie ich oben geſagt, der beſte ſei, aber mein Verſtand iſt nicht fähig, die Gründe, mit denen der Erzherzog vertheidigt werden ſoll, zu faſſen. Ich bin der Meinung, daß man ſich in keinen Diſput über die Urſachen der vorangegangenen Ereigniſſe einlaſſen, ſondern lieber alles dem eifrigen Beſtreben zuſchreiben ſolle, mit dem der Erzherzog dem Kaiſer, als ſein Sohn, habe dienen wollen. Da der Kaiſer, den Gott ſelig haben möge, bereits geſtorben iſt, ſo mag der Erzherzog ſeine kindliche Neigung der Perſon des Königs Mathias als dem Aelteſten des Hauſes zuwenden, . . . das iſt, was ich Eurer Hoheit auf Ihren Brief zu antworten für nöthig hielt.“*)

In Folge dieſer Antwort Zuñiga's, welche als der Wiederhall von Mathias' eigener Geſinnung anzuſehen war, zerſchlugen ſich die Ver-

*) Simancas 2498/67. Zuñiga an Erzh. Ferdinand. . . Para decir la verdad yo tengo promptissima voluntad de servir al Ser. Arch. Leopoldo, pero mi entendimiento no percibe la razon, que de S. A. se alega en la carta de V. A. donde ay una clausula del tenor siguiente, que no ha offendido en nada al Rey y que los soldados de Passau no han entrado en Bohemia y en los confines de Austria por su mandado y parecer, antes contra su voluntad y oponiendose a ello todo lo possible. Porque quando se concediese lo que contiene esta clausula, como se puede dezir, que el caso mas aspero que cometió la gente de Passau, que fue el forçar la ciudad de Praga, cabeza de este reyno, entrando per fuerça de armas en el kleinseite con muertes y incendios y entrando S. A. como capitan general, armado de todas armas y governando el exercito, se hiziese sin su orden y sabiduria? Y si juntamente con esto a algunos autores y instrumentos de esta leva de la entrada de Austria de la entrada de Bohemia de la entrada de Praga los tiene S. A. por sus muy favorecidos criados como podemos fundar, que le han desplazido tanto a S. A. las acciones hechas por ellos mismos? Yo cierto Ser. Principe, como digo arriba, confeso que mi voluntad es bonissima, pero que mi entendimiento no es capaz de estos razones de defensa

Google

handlungen wegen Leopolds Aussöhnung, und ruhten durch einige Zeit. Mathias wiederholte nicht die Beschlagnahme der Passauer Stiftsgüter, sondern ließ den Erzherzog in seinem Trotze unbelästigt. Als jedoch der letztere, wir wissen nicht mit welchem Rechte, einige Schiffe, die nach Linz bestimmt waren, auf ihrer Fahrt bei Passau anhalten ließ, erneuerte Mathias die Beschlagnahme. Dies so wie der Umstand, daß Mathias den deutschen Kaiserthron bestieg, was Leopold wahrscheinlich für unmöglich gehalten hatte, brachen endlich den Trotz des letztern. Er reiste nach Nürnberg, wo er mit seinem Vetter auf der Durchreise zusammentraf und hier vermittelte der Kurfürst Ferdinand von Köln eine Aussöhnung. Die Unterzeichnung eines Aktenstückes wurde dem Erzherzog nachgesehen, doch mußte er, nachdem er mündlich in einer entsprechenden Weise dem neuen Kaiser seine Unterwerfung angezeigt, sich dazu verstehen, alle jene Personen aus seinem Rathe zu entfernen, welche von kaiserlicher Seite als verdächtig bezeichnet wurden.*) Zuñiga wollte nun seinerseits auch mit dem Erzherzog ein freundlicheres Verhältniß anknüpfen, allein letzterer lehnte selbst die Aeußerlichkeit einer solchen Versöhnung ab, obwohl sich der Kurfürst von Köln hiefür verwendete. Leopold wiegte sich in der Hoffnung, daß er wenigstens über Zuñiga einen Triumph feiern werde, denn er hatte bei Philipp III direkt gegen den Gesandten Beschwerde geführt und sein Auftreten als den Ausfluß eines persönlichen Hasses bezeichnet.**) Er lehnte deshalb die Vermittlung des Kurfürsten mit dem Bemerken ab, daß er in Spanien Genugthuung gesucht habe. Es versteht sich, daß Zuñiga keine Rüge zu Theil ward und daß der König mit der Handlungsweise seines Gesandten vollkommen zufrieden war.

Nicht in den ursprünglichen Vorbereitungen, wohl aber in der Ausführung trat Ramée unter allen Befehlshabern der Passauer zumeist in den Vordergrund, Leopold diente ihm zuletzt eben so als Werkzeug, wie er ihm. Jener wollte einen Thron, dieser hatte einen unauslöschlichen Durst nach Beute. Die Nemesis ereilte zuletzt Ramée von einer Seite, von der er sich dessen am wenigsten versehen. Der Erzherzog ließ ihn im J. 1613 aus uns unbekannten Ursachen hinrichten, möglich, daß dieselben mit dem Passauer Einfalle zusammenhängen.

*) Simancas 2198/220. Zuñiga an Philipp III ddo. 26. Juli 1612.
**) Simancas 2198/178. Erzherzog Leopold an Philipp III ddo. 18. Mai 1612.

Google

Viertes Kapitel.

I. Besetzung der Burg von den Böhmen und Mährern. Mathias' Zug nach Böhmen. Zusammenfluß von Gesandten in Iglau. Zuniga. Mathias' Ankunft in Prag. Berufung eines Generallandtags. Haltung der Kronbeamten Tennagel, Hegenmüller und Hannewaldt. Verhaftung zweier Zauberer. Des Kaisers letzte Anhänger. — II. Propositionen des Kaisers am Generallandtag. Bedingungsweise Resignation des Kaisers. Haltung der Schlesier und Lausitzer. Streit derselben mit den Böhmen über das Recht zur Königswahl. Beschwerden der Mährer, Schlesier und Lausitzer über ihr bisheriges Verhältniß zu Böhmen. Versuch eines Ausgleichs dieser Streitigkeiten durch Verträge. Schlesiens besondere Tendenzen. — III. Rudolfs vergebliches Bestreben sich auf dem böhmischen Throne zu erhalten. Zuniga's Verhandlung mit Rudolf und Mathias. Schärfliche Nachgiebigkeit des Kaisers. — IV. Forderung der Böhmen nach erweiterten Freiheiten. Bedeutung dieser Forderungen. Die Krönung. Versuche des Kaisers einem Vertrage mit Mathias auszuweichen. Langwierige Verhandlungen über den Vertrag. Abschluß desselben. Ernennung der obersten Landbeamten.

1

Während am Morgen des 11. März ein Theil der ständischen Truppen die Verfolgung der Passauer gegen Beraun versuchte, stellte sich der andere vorläufig auf der Kleinseite auf. Die Zahl derselben wurde noch am selben Vormittage durch das Kriegsvolk, welches Mathias endlich den Böhmen zu Hilfe geschickt hatte, vergrößert, es bestand aus Oesterreichern und Mährern unter dem Kommando des Feldmarschalls Herberstein und der Obersten Buchheim und Dampierre, im ganzen 1000 Reiter und 1500 Mann zu Fuß mit 6 Kanonen. Herberstein hielt sich nicht auf der Altstadt auf, sondern marschirte ohne Aufenthalt über die Brücke auf das linke Moldauufer. Die Mährer zogen darauf unmittelbar vor die Burg, während die Oesterreicher im hohlen Weg und auf der Kleinseite ihre Stellung nahmen. Den erstern auf dem Fuße folgte Thurn mit einer kleinen Abtheilung böhmischer Truppen, an die sich zahlreiche Mitglieder der Stände, namentlich Fels und Kinsky, anschlossen. In der Burg befand sich der Rest jener ständischen Söldner, welche mit den Passauern am 17.

Google

Februar für den Kaiſer vereidigt worden waren, ſeitdem aber in Folge von Deſertionen, wie wir erzählt, auf eine geringe Anzahl zuſammengeſchmolzen waren. Von ihnen war kein Widerſtand zu erwarten, da ſie durch die letzten Ereigniſſe zu ſehr demoraliſirt waren; die bloße Drohung mit einem Angriffe konnte ſie zu einer Kapitulation bewegen. Zuſtiza, der einen übereilten Angriff fürchtete, ſchickte in aller Eile ſeinen Sekretär Mentaſtaca zu Herberſtein, um ihn im Intereſſe des Königs ſelbſt von einem Schritte zurückzuhalten, durch welchen dem Kaiſer der äußerſte Schimpf angethan werden mußte. Herberſtein erwiederte auf dieſe Botſchaft, daß er von Mathias den Auftrag erhalten habe, ſich in allem nach den Wünſchen der böhmiſchen Stände zu richten.*) Die letztern aber waren entſchloſſen, ſich zu Herren der Burg zu machen und ſelbſt Gewalt anzuwenden, wenn Unterhandlungen nichts fruchten würden. Während Zuſtiza die obige Antwort erhielt, forderte bereits Thurn den Oberſtburggrafen, der mit den andern Kronbeamten bei dem Kaiſer ſich befand, auf, die Burg zu öffnen und eine Beſatzung in dieſelbe aufzunehmen. Der Oberſtburggraf ſchlug dies ab, berichtete aber hierüber an den Kaiſer.

Als Rudolf die Annäherung fremder Truppen an ſeine Burg gewahrte und die Abſicht derſelben in Erfahrung brachte, gerieth er in große Aufregung. Er berief die Kronbeamten vor ſich und warf ihnen vor, daß ſie ihn getäuſcht, indem ſie ihm mit der Entfernung der Paſſauer die Wiederkehr der Ruhe verſprochen hatten und bedauerte bitter, daß er ſich mit denſelben nicht zugleich geflüchtet habe. Nichtsdeſtoweniger geſtattete er, nachdem er ſich durch dieſe Klagen Luft gemacht hatte, daß eine Deputation ihm die Wünſche der Stände vortragen dürfe. Thurn, Fels und Ruppa erſchienen und wiederholten vor dem Kaiſer, der ſie umgeben von den böhmiſchen Kronbeamten empfing, das Begehren wegen Uebergabe der Burg. Es ſei dies deshalb nöthig, erklärten ſie, weil die Stände die Nachricht empfangen hätten, Erzherzog Leopold habe die böhmiſche Krone und viele Privilegien des Landes mit ſich genommen, man müſſe ſich deshalb von der Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieſer Angabe überzeugen. Mit ſichtlichem Unwillen vernahm der Kaiſer dieſe Rede, er wollte eine Unterſuchung, ob die angegebenen Gegenſtände entfremdet worden, zugeben, wollte aber von einer Beſetzung des Schloſſes wiſſen. Es erfolgte jetzt ein peinlicher Auftritt, der eine bittere aber wohlverdiente Strafe für die zehnjährige Mißregierung Rudolfs war. Thurn, der da meinte, daß nicht mehr die Zeit des Bittens ſondern des Forderns ſei, beſtand unerbittlich auf der Uebergabe der Burg, er warf dem Kaiſer vor, daß er allein die Schuld ſeiner

*) Simancas 819/274. Zuniga an Philipp III ddo. 12. März 1611.

Google

jetzigen traurigen Lage trage, erörterte die Ursachen derselben und fand sie darin, daß Rudolf sein Vertrauen an niedrige Personen verschleudert habe, statt sich Rathe bei jenen zu erholen, die dazu berufen seien. Es kam zu einem Wortwechsel, der natürlich nicht beitragen konnte, eine freundliche Stimmung im Audienzsaale herzustellen, bis der Kaiser zuletzt voll Zorn die Aufnahme fremder Soldaten rundweg abschlug und sich in seine innern Gemächer entfernte. Hier berief er zu sich seine Geheimräthe, von denen er jedoch so wenig zum fernern Widerstande aufgemuntert wurde, daß er bald darauf die Erlaubniß ertheilte, daß den Mährern eines der drei Burgthore zur Bewachung übergeben werden dürfte. Darnach bekam die Burg eine Besatzung von 450 Mann und zwar 300 Böhmen und 150 Mährer. Der Rest der Mährer wurde auf dem Hradschin einquartirt, während sich Herberstein mit den Oesterreichern auf die Altstadt begab, um von hier aus durch einen schnellen Marsch nach Tabor die Passauer abzuschneiden. Sein Versuch mißlang, da, wie erzählt worden, die letzteren direkt nach Budweis zogen. *)

Die Ankunft mährischer und österreichischer Hilfstruppen zeigte von dem Entschlusse des Königs Mathias, die Ordnung der böhmischen Angelegenheiten in seine Hand zu nehmen. Welche Folgen eine solche Einmischung haben würde, darüber konnte man sich bei der Stimmung in Böhmen keinem Zweifel hingeben: die böhmische Krone, welche Rudolf vor zwei Jahren glücklich, wenn auch nicht unversehrt, gerettet hatte, war im Begriffe von seinem Haupte zu fallen. Die Verhältnisse selbst waren für Mathias so günstig, daß er von keiner Seite den leisesten Widerstand zu befürchten hatte, während er auf eine Unterstützung von jenen hoffen konnte, die ihm vor zwei Jahren entgegengearbeitet hatten. Noch bevor er sich einen feindlichen Schritt gegen seinen Bruder erlaubt hatte, begriffen selbst die bisherigen Anhänger des Kaisers, daß es um letzteren geschehen sei. Der Kurfürst von Sachsen war der erste, der für Rudolf die Stimme erhob und Mathias vor einem feindlichen Vorgehen gegen denselben warnte, weil die Kurfürsten sonst zu seiner Vertheidigung die Waffen ergreifen müßten. **) In ähnlicher Weise sprachen sich auch die geistlichen Kurfürsten aus, allein Mathias hatte vor dem Schwertrasseln auf dieser Seite keine Besorgniß; er wußte, daß diese Gegner es nicht weiter als bis zu Worten bringen würden. Während also die ungefährlichen Drohungen einiger

*) Münchner Reichsarchiv XVI, 112. Bedenken an Max den Baiern ddo. 12 März. — Ebenso das dritte Schreiben Zuñiga's an Philipp III.

**) Sächs. Staatsarchiv. Passauer Einfall I. 323. Kursachsen an Mathias ddo. 5/15. März 1611

Google Original HARVARD UN

Prager Konventikeln für ihn kein Gegenstand der Besorgniß sein konnten, sah er sich um so ernster von seinen frühern Freunden und ehemaligen Gegnern unterstützt. Philipp III und sein Staatsrath beschlossen auf die Nachricht von dem Einfalle der Passauer in Oesterreich den König mit der für jene Zeit höchst bedeutenden Summe von 200.000 Dukaten zu unter-
3. März stützen. *) Nach spanischem Urtheil konnte „selbst der Teufel" keinen bes-
1611 seren Weg als den Passauer Einfall ausfindig machen, um dem Haus Oesterreich und der katholischen Religion einen unheilbaren Schaden zuzufügen. Wohl hatte Mathias das Geld noch nicht zu seiner Disposition, als er sich bereits auf dem Marsche gegen seinen Bruder befand, aber die Haltung Zuñiga's und auch des Nuncius in Prag war schon um diese Zeit mehr als 200.000 Dukaten werth, denn sie schnitt jeden Tadel der Katholiken ab und machte alle Proteste der geistlichen Kurfürsten von Anbeginn wirkungslos. An die Unterstützung Spaniens schloß sich auch die nicht minder wichtige der Union.

Man erinnert sich aus der Darstellung der Ereignisse von 1608, daß Anhalt damals keineswegs auf Mathias' Seite stand und daß er alles mögliche that, um dessen vollständigen Sieg über den Kaiser zu vereiteln. Anhalts Gesinnung und Haltung bestimmte auch die im Entstehen begriffene Union. Jetzt war es anders geworden, Anhalt und mit ihm die Fürsten der Union hatten lange mit Unlust die Passauer Verbindungen betrachtet und stets von ihnen ein Durchkreuzen ihrer Pläne auf Jülich befürchtet. Der Einfall der Passauer in Oesterreich und Böhmen hatte vorläufig die Gefahr von dem Westen Deutschlands abgewendet, allein die Union nicht völlig beruhigt. Anhalt fürchtete, daß die Ueberwältigung Böhmens die Macht Rudolfs und Leopolds erhöhen, ein inniges Bündniß mit Sachsen herbeiführen und daß dann der Angriff sich gegen Jülich kehren würde. Was er fürchtete, das besorgte auch der Mitbesitzer von Jülich, der Kurfürst von Brandenburg; beide suchten deshalb jeden etwaigen Erfolg Leopolds zu durchkreuzen. Uebersieht man auch nicht, daß Anhalts Freunde in Böhmen und Oesterreich Thurn, Rudomer, Rosenberg und Tscherembl im entschiedensten Gegensatze gegen den Passauer Einfall sich befanden, so ist nur zu begreiflich, daß derselbe diesmal sich nicht auf die Seite Rudolfs stellen konnte, sondern dessen Besiegung durch Mathias wünschen mußte oder wenigstens nicht hindern durfte. So geschah es also, daß, als letzterer auf dem Marsche nach Böhmen in Iglau eintraf, sich bei demselben der Oberst Schönberg sowohl im Namen Kurbrandenburgs als auch Anhalts

*) Simancas 709/18. Der Staatsrath an den König ddo. 3. März 1611. — Ebendaselbst 709/140. Der Staatsrath an den König ddo. 20. März 1611.

Google

und der Union einfand. Der Gesandte hatte den König des aufrichtigsten Wohlwollens von Seite seiner Auftraggeber zu versichern, ja Anhalt, der nie auf halbem Wege stehen blieb, ließ dem Könige geradezu den Rath geben, er solle sich so schnell wie möglich Prags und Pilsens bemächtigen, die Urheber des Passauer Unternehmens zur Verantwortung ziehen und auf die Hilfe der Union mit Gewißheit bauen. Diese Erbietungen waren ernst und aufrichtig gemeint, denn Schönberg bekam noch überdies den Auftrag, alle Freunde, welche Anhalt unter dem Adel Böhmens, Oesterreichs und Ungarns gewonnen habe, zum engen Anschluß an Mathias aufzufordern.*) Der Gesandte kam seiner Mission vollkommen nach, er munterte den König zu einem entschiedenen Vorgehen auf und bearbeitete den Adel an dessen Seite zur Ausdauer in dem bevorstehenden Kampfe.**)

Da Mathias noch überdies von Seite Erzherzog Ferdinands einer freundlichen Neutralität gewiß war, so unternahm er seine zweite Expedition gegen seinen Bruder ohne alle Gefahr, mit der Aussicht auf völligen Sieg. Von Seite der Böhmen war er bald nach dem Einfall der Passauer in Prag um Hilfe ersucht worden,***) seine Antwort darauf war die Absendung Herbersteins und Buchheims, deren bevorstehende Ankunft den Abmarsch der Passauer nicht wenig beschleunigt hatte. Zugleich versprach er selbst in kürzester Zeit nach Böhmen kommen zu wollen. Die Stände, welche durch die Wahl einer provisorischen Regierung gezeigt hatten, daß ihr Entschluß, der Herrschaft des Kaisers ein Ende zu machen, zur Reife gediehen war, dankten nicht nur dem Könige für sein Versprechen, sondern beschlossen die Absendung einer abermaligen Gesandtschaft an ihn, welche ihn zur Beschleunigung der Reise nach Böhmen auffordern und zugleich um die Ausstellung eines Reverses, daß er die Freiheiten des Landes achten wolle, ersuchen sollte. Das Haupt der aus drei Personen bestehenden Gesandtschaft war Wenzel Kinsky,†) der sich wahrscheinlich hiezu erbeten hatte und dem König nicht nur die besten Aufschlüsse über die allgemeine Lage der Dinge geben, sondern auch Muth zum Kriege gegen

*) Bernburger Archiv. Reg. VI. B. IV Vol. VI, 12. Instruktion Anhalts für den Obersten Schönberg im Febr. 1611. — Ebendaselbst. Instruktion Kurbrandenburgs für den Obersten Schönberg ddo. $\frac{21 \text{ Feb.}}{4. \text{ März}}$ 1611.

**) Bernburger Archiv. Relation des Obersten Schönberg über seine Reise zu Mathias.

***) Böhm. Statthaltereiarchiv. Die böhm. Stände an Mathias ddo. 10. März 1611. In diesem Schreiben berichten die Stände, daß ihre an Mathias abgeschickten Gesandten am 8. März wieder in Prag angelangt seien.

†) Böhm. Statthaltereiarchiv. Kredenzschreiben für die böhm. Gesandten ddo. 10. März 1611.

Google

den Bruder — wenn es dessen je bedurfte — einflößen konnte. Die Gesandten trafen mit dem Könige in Iglau zusammen.

Mathias brach am 8. März von Wien auf, nahm seinen Weg nach Znaim und traf hier mit den mährischen Ständen, die er dahin beschieden hatte, zusammen. Zu dem Zuge nach Böhmen hatten ihm die Oesterr. 11 März reicher und Ungarn Hilfe geleistet, er verlangte jetzt ein Gleiches von den 1611 Mährern und erlangte so viel, daß sie ihn nicht bloß mit Mannschaft sondern auch mit Geld unterstützten.*) Von Znaim begab er sich nach Iglau, wo er am 15. eintraf. In seinem Gefolge befanden sich Khlesl und Liechtenstein, Karl von Zerotin und sonst eine Anzahl ständischer Häupter, mehr Protestanten als Katholiken. In Iglau harrten seiner mehrfache Botschaften. Zuerst kamen an die Reihe die Abgesandten der böhmischen Stände, welche ihn wiederholt zu dem Zuge nach Prag aufforderten. Er stellte ihnen den von den Ständen gewünschten Revers aus, des Inhalts, daß die Art, wie er jetzt seinen Einzug in das Königreich halten wolle, ihren Rechten keinen Eintrag thun solle, wofür er von ihnen einen ähnlich lautenden Gegenrevers erhielt.**) Dann empfing er den Obersten Schönberg und erwiederte auf dessen freundliche Botschaft, daß die Aufrechthaltung des Religionsfriedens in Deutschland stets seine ernstliche Sorge sein werde. Khlesl, zu dem sich die Gesandten auch begaben, überfloß von freundlichen Reden; dem Obersten Schönberg gegenüber schwärmte er für eine gerechte und gleichmäßige Behandlung der beiden Glaubensparteien.***) Der Gesandte, den diese Sprache etwas stutzig machte, zog nähere Erkundigungen bei Zerotin und andern protestantischen Parteihäuptern über den Erzhof ein. Alle gaben ihm diesmal das beste Zeugniß und sprachen zugleich die Hoffnung aus, daß ihr Zug ein entscheidender sein werde: die Herrschaft des protestantischen Elements in Oesterreich sei eine sicher bevorstehende Thatsache.

Bevor Mathias von Iglau weiter zog, traf daselbst auch Zuñiga ein und zwar auf den Wunsch des Kaisers. Als Vertreter des letztern fungirten bei Mathias seit mehreren Wochen der Herzog von Braunschweig und der Graf von Zollern, beide hatten den Auftrag, den König von einer Intervention in Böhmen zurückzuhalten.†) Als das Vergebliche dieser

*) Böhm. Statthalterarchiv. Mathias bittet die Mährer um Hilfe dto. 11. März 1611. — Ebendaselbst. Antwort der mährischen Stände dto. 12. März 1611.

**) Revers und Gegenrevers befinden sich im böhm. Statthalterarchiv.

***) Schönbergs Relation.

†) Böhm. Statthalterarchiv. Rudolf an den Herzog von Braunschweig dto. 21. Feb. 1611.

Google

Bemühung klar wurde, stellte Rudolf an den Nuncius und an Zuñiga das Ansuchen, sie möchten seinem Bruder entgegenreisen und ihn zur Aufrechthaltung des Friedens veranlassen. Der spanische Gesandte hätte nicht der entschiedene und charakterfeste Mann sein dürfen, der er war, wenn er sich zu dieser Reise ohne weiteres hergegeben hätte. Nach seiner Anschauung waren die Tage der Rudolfinischen Herrschaft gezählt, und ein Versuch sie zu verlängern konnte kein gedeihliches Resultat mehr haben. Treu dieser Anschauung lehnte er die Aufforderung des Kaisers ab und der Nuncius folgte seinem Beispiele. Als jedoch die Nachricht von Mathias' Abreise den Znaim und seiner bevorstehenden Ankunft in Iglau nach Prag kam, ersuchte der Kaiser, dem die Gefahr kein Zaudern gestattete, abermals den Gesandten, daß er zu Mathias reise. Zuñiga erklärte sich auf diesen wiederholten Wunsch zur Abreise bereit, doch unter der Bedingung, daß er nicht als Gesandte Rudolfs, sondern in seiner Eigenschaft als Vertreter Philipps III sie antrete. Der Kaiser ging auf diese Forderung ein und ersuchte nur, Zuñiga solle Mathias bewegen, daß er von dem Weitermarsche nach Böhmen ablasse und zu erforschen trachten, ob derselbe in guter oder schlimmer Absicht nach Prag kommen wolle. Als der Gesandte die Reise antrat, traf er auf dem Wege den Herzog von Braunschweig, der von Iglau kam, um dem Kaiser zu berichten, daß sein Bruder sich von dem Zuge nach Prag nicht zurückhalten lassen wolle. Zuñiga langte am 19. März in Iglau an und ward am folgenden Tage 1611
von Mathias empfangen. Anscheinend bemühte er sich denselben von der Fortsetzung seines Marsches abzuhalten und weitere Entschließungen des Kaisers abzuwarten, er legte jedoch auf die Erfüllung seines Wunsches kein solches Gewicht, wie er dies als Vertreter Philipps III wohl hätte thun können, wenn ihm die Interessen des Kaisers vertretenswerth geschienen hätten. Seiner Ansicht nach war Rudolfs Herrschaft nicht zu retten, das Interesse der Dynastie erheischte nur, daß seine Absetzung möglichst glimpflich vor sich gehe und in dieser Beziehung wollte er seinen Einfluß bei Mathias geltend machen. Obwohl er sich nicht so bestimmt in Iglau ausdrückte, so sprach sich doch seine vorangegangene wie gleichzeitige Haltung zu deutlich in diesem Sinne aus, als daß Mathias ihn mißverstanden und seinen Marsch verzögert hätte. Die Vorbereitungen zu demselben waren bereits getroffen und so ging die Reise noch am selben Tage vor sich. Am 20. März Abends traf Mathias in Deutschbrod ein; hiemit war die böhmische Grenze überschritten. Zuñiga, der seine Mission für beendigt hielt, reiste am folgenden Morgen ab, um dem Kaiser Bericht zu erstatten. Auf dem Wege begegnete er dem kaiserlichen Oberststallmeister Herrn von Waldstein, mit einem Schreiben Rudolfs, in dem dieser seinen Bruder

Google

zur Reise nach Prag einlud. Plötzlich gewann nämlich der Kaiser die Ueberzeugung, daß von einer Zerrhaltung seines Bruders nicht mehr die Rede sein konnte und so suchte er mit diesem immerhin genug gewagten Auskunftsmittel den Anstand zu wahren und die Welt und vielleicht auch sich selbst noch durch einige Tage über seine Lage zu täuschen. Der Oberststallmeister hat Zuhaus im Auftrage Rudolfs um seine Begleitung und so kehrte der Gesandte wieder zu Mathias zurück, ihm das kaiserliche Einladungsschreiben überreichend. *)

Mathias zog jetzt ohne Unterbrechung nach Prag und traf daselbst
1611 am 24. März ein. Aller Pomp, der solche Einzüge zu begleiten pflegte, wurde von den Bürgern und Ständen entfaltet und man kann wohl sagen, diesmal mit freudiger Bereitwilligkeit, denn des Mathias Ankunft bedeutete sie schließlich von jeder Wiederauflage der Passauer Vorfälle. Als sich der König der Hauptstadt des Landes bis auf eine Meile genähert hatte, stieß er auf eine glänzende Reiterschaar, die ihm entgegengeritten kam, es waren dies die böhmischen Stände, die ihn bewillkommneten. Nachdem die officiellen Anreden gewechselt worden waren, stieg der König zu Pferde, er kleidet in reiche ungarische Tracht von Scharlachfarbe und ritt nach der Stadt, gefolgt von dem größern Theil seiner Kavallerie und seines Fußvolks, seinen angesehensten Offizieren, Dampierre, Gilbert von Gamhilier, Buchheim, Horn, von einigen hervorragenden Mitgliedern der ungarischen, österreichischen und mährischen Aristokratie und geleitet von den Böhmen, die dem Zuge theils voranritten theils nachfolgten. Es war spät Abends geworden, als die letzten Abtheilungen des langen und glänzenden Zuges die Thore der Stadt passirten. Der König nahm sein Absteigquartier auf der Altstadt. Zwei Tage darauf schickte er seinen Oberstkämmerer zum Kaiser, um diesen zu begrüßen, eine Audienz bei ihm anzusuchen und ein Geschenk zu überreichen. Von der Audienz kam es ab, wie nicht anders zu erwarten stand, dagegen bestimmte Rudolf den folgenden Tag zur Uebernahme des angebotenen Geschenks. Er selbst hielt nicht hinter diesen Höflichkeitsbezeigungen zurück, sondern schickte gleichfalls am 26. März den Landgrafen von Leuchtenberg und Herrn von Mollard zur Begrüßung an seinen Bruder ab. Gleichzeitig mit diesen oder einige Tage später sandte er ihm auch Bewillkommnungsgeschenke zu, einige Tapeten, die er selbst aus seinem reichen Vorrath an solchen ausgewählt. Augenzeugen, die ihn bei der Wahl begleiteten, erzählten dem

*) Die Schilderung dieser Vorgänge entnehmen wir aus Zuñigas Schreiben an Philipp III ddo. 28. März 1611 (Simancas 2197/290).

Google

ſpaniſchen Geſandten, daß er hiebei die ſchlechteſten und älteſten Stücke für ſeinen Bruder ausgeſucht habe. *)

Da der Kaiſer durch die Einladung des Königs zur Reiſe nach Prag jeden Widerſtand, wenigſtens dem äußern nach, aufgegeben hatte, ſo ſetzte er ſeine Gegner in eine Verlegenheit. Wiewohl ſeine Abſetzung eine beſchloſſene Sache und die Paſſauer Vorgänge einen paſſenden Grund boten, ſo erheiſchte doch ſein Kaiſertitel und ſein verwandtſchaftliches Verhältniß zu Mathias, dem Präſendenten ſeiner letzten Krone, gebieteriſch ein rückſichtsvolleres Auftreten. Manchen der Wortführer mag wohl der Plan vorgeſchwebt haben, unmittelbar zu Rudolfs Abſetzung zu ſchreiten, ſobald der König in Prag eingerückt war, allein dieſes raſche Vorgehen wurde verworfen. Mathias, der mit den böhmiſchen Ständen dieſe heikle Frage nach ſeinem Einzuge auf das eingehendſte verhandelte, einigte ſich mit dieſen über folgenden Ausweg: Der Kaiſer ſollte um die Berufung eines Generallandtages der böhmiſchen Krone erſucht werden und durch dieſen auf ihn ein legaler Druck ausgeübt werden, damit er auf den Reſt ſeiner Herrſchaft verzichte. Dieſer Ausweg war jedenfalls der zweckmäßigſte, er vermied die weitere Anwendung von Gewaltmitteln und ſicherte diejenigen, welche die Abſetzung des Kaiſers betrieben, vor dem Vorwurfe, daß ſie durch Hinterliſt und Ueberrumpelung ihr Ziel erreicht hätten. Denn wie die Dinge ſtanden, war es nicht zweifelhaft, daß der Generallandtag in ſeinen ſämmtlichen Mitgliedern ſich gegen Rudolf erklären werde.

Die Ausſchreibung des Generallandtages wurde dadurch eingeleitet, daß Mathias nach ſeiner Ankunft in Prag an die Stände die Anfrage ſtellte, 26/29 Mai 1611
welche Gründe ſie zu ſeiner Berufung nach Böhmen veranlaßt hatten. Die Stände erwiederten, es ſeien dies hauptſächlich zwei Gründe geweſen, erſtens um Schutz vor den Paſſauern zu finden und zweitens um dem „böſen und ſchädlichen Regiment“, durch welches das Land in ſolche Gefahr gekommen, ein Ende zu machen. Bezüglich des erſten Grundes ſei nichts weiter nöthig, als daß ſich des Königs bewaffnetes Volk mit dem böhmiſchen vereine und die Verfolgung der Paſſauer übernehme, bezüglich des zweiten ſei aber die Berufung eines Generallandtages dringend geboten. Sobald derſelbe zuſammengetreten ſei, wollten die Stände die Urſachen angeben, weshalb es ihnen nicht möglich ſei, unter einem ſo böſen Regiment zu bleiben und den König bitten, daß er mit ihnen ſich bei dem Kaiſer verwende, „damit letzterer in Anſehung ſeines hohen Alters und der Ueberge, auf welche dies friedſame Königreich durch böſe Räthe

* Archiv von Simancas

Google Digitized from HARVARD UNIVE

und Regierer gerathen sei und auf welche es noch kommen könnte, sich lieber nach anderer Vorfahren Beispiel ein ruhiges Leben gönne und die Regierung seinem Bruder abtrete.*) Damit war das Matthäische Programm auseinandergesetzt. Die Böhmen wollten vor dem Generallandtage ordnungsmäßig Klage gegen den Kaiser führen, und das Urtheil, welches derselbe fällte, sollte über die Parteien entscheiden. So sehr man in dieser revolutionären Zeit wenigstens den Schein eines gesetzlichen Ganges wahren. Es handelte sich nun darum, den Kaiser zur Berufung des Generallandtages zu vermögen.

Rudolf befand sich seit dem Abzuge der Passauer dem Lande gegenüber in einer völlig isolirten Lage, ja er war im gegenwärtigen Augenblicke faktisch nichts anderes als ein Gefangener. Nachdem er in die Aufnahme einer Besatzung in das Schloß eingewilligt hatte, wurden die Ausgänge desselben streng bewacht, um einen etwaigen Fluchtversuch des kranken Leute zu verhindern und diese Strenge in der Bewachung nahm mit Mathias' Ankunft in Prag zu und nicht ab. Sogar in den Gängen des kaiserlichen Schlosses und auf den Wegen, auf denen Rudolf in seinen Garten dann und wann sich zu ergehen pflegte, wurden Schildwachen aufgestellt. Es geschah einmal, daß ein Soldat seine Muskete gegen den Kaiser richtete, als dieser zu einem Fenster herausblickte. Offenbar war dies nichts anderes als ein willkürliches Benehmen des Soldaten selbst, wenn nicht etwa des Kaisers aufgeregte Phantasie eine nichtssagende und zufällige Bewegung mit dem Gewehre in bedrohlicher Weise auslegte.**) Seine Gefangenschaft theilten anfangs die obersten Kronbeamten mit ihm, als sie auf dem Schlosse die Amtsgeschäfte, so weit es solche noch gab, im Namen des Kaisers und nach seinen Befehlen weiterführten. Die Stände, welche durch die Wahl einer provisorischen Regierung von 30 Direktoren sich gänzlich von der des Kaisers losgesagt hatten, hatten keine Ursache, sich um die nur dem Namen nach bestehende der obersten Kronbeamten zu kümmern. Es scheint jedoch, daß Mathias, um die Sicherung des Kaisers zu vervollständigen und die Verwaltung des Böhmen in legalen Geleise zu erhalten, die Verbindung der Kronbeamten mit den Ständen gewünscht habe. Dieser Vermuthung entspricht der Umstand, daß Slavata nach seiner Rückkehr von Iglau im Namen der Stände be-

2. März 1611

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Die böhm. Stände an Mathias ddo. 24. März 161[illegible]. Die zweite Stelle haben wir dem wenigen stilistischen Verschwerfigkeit des Originals befreit.

**) Brüssler Archiv. Der Herzog von Braunschweig an Kurfürsten ddo. Prag 10/17. April 1611.

Google

Kronbeamten aufforderte, ſich mit ihnen zu vereinigen. Der Einladung wurde nur der beſchränkende Zuſatz beigefügt, daß, wofern gegen einen von ihnen eine Schuld am Paſſauer Einfall ſich erweiſen werde, gegen dieſen nach dem Geſetze vorgegangen werden würde. *) — Die oberſten Beamten waren einſichtsvoll genug, die Sache des Kaiſers für eine verlorene anzuſehen, nichtsdeſtoweniger folgten ſie nicht dem an ſie ergangenen Rufe, weil ſie mit Grund fürchten mußten, daß ihre gegenwärtige Nachgiebigkeit ſie nicht vor heftigen Anklagen über ihr Verhalten während der letzten Wochen ſchützen werde. Ihrer Rathloſigkeit half Zuñiga ab, der hiemit ſeiner klugen Politik die Krone aufſetzte. Er ſuchte diejenigen, die ſich bei dem Paſſauer Einfall kompromittirt hatten, bei Mathias nicht zu rechtfertigen, er gab zu, daß „viele Katholiken aus unüberlegtem Religionseifer in beklagenswerthe Fehler" verfallen ſeien, er war überzeugt, daß der „Teufel ſelbſt den Katholiken keinen ſchlimmeren Streich hätte ſpielen können, als dies die Anwerbung und die Erfolge der Paſſauer gethan hätten, denn durch dieſelben ſeien die Katholiken in den ſchlimmſten Ruf gekommen und für die Proteſtanten ein wahrer Abſcheu geworden." **) Indem Zuñiga alſo ſo ſtreng als möglich die Schuld da verdammte, wo ſie ſich fand, ſuchte er andererſeits wieder durch alle Mittel die Lage jener zu verbeſſern, für die er als Geſandte des katholiſchen Königs vorzugsweiſe einzutreten hatte. Er warnte Mathias dem Gefühle der Rache nachzugeben und gegen die Kronbeamten wegen ihrer vorangegangenen Haltung feindlich aufzutreten; er bat ihn in ſeinem eigenen wohlverſtandenen Intereſſe denſelben nicht bloß zu verzeihen, ſondern ſie geradezu zu beſchützen. Andererſeits ſuchte er wieder die Kronbeamten auf und verlangte von ihnen, daß ſie der Lage Rechnung tragen, den ihnen angebotenen Weg der Rettung betreten und ſich mit den Ständen verbinden ſollten. ***) Ein ſolcher Rath aus dem Munde des ſpaniſchen Geſandten

---

*) MS. der philoſophiſchen Fakultät in Prag. B. 21. Dies Manuſkript enthält ein getreues Diarium dieſer Ereigniſſe.

**) Simancas 2497/220. Zuñiga an Philipp III ddo. 28. März 1611.

***) Zuñiga erzählt in dem eben citirten Schreiben: Todavia los officiales principales de la corona, que son catolicos, y algunos dellos indiciados de haver conspirado con el S. Archiduque Leopoldo para hazerlo Rey, tienen la parte de S. Magestad Cesarea, aunque sin esperanza ninguna de podelle remediar Yo voy procurando, que se junten con los demas a tratar de los negocios y que los, que tienen culpa, sean recividos piadosamente y he ponderado al Rey, quanto conviene el sarvarlos, si bien a sido cosa lastimosa los hierros, en que han caydo muchos catolicos con zelo yndiscreto de religion, pues el demo-

Google Original from HARVARD UNIVE

konnte ſeine Wirkung bei den Kronbeamten um ſo weniger verfehlen, als ſie zu einem längeren Feſthalten an dem Kaiſer nicht durch eigene Entſchloſſenheit und Ueberzeugung ſondern durch Furcht und Verlegenheit veranlaßt wurden.

Die Wirkung von Zuñiga's Rathſchlägen zeigte ſich bald genug. 1611 Nachdem am 28. März die Stände dem König Mathias angezeigt hatten, daß ſie die Berufung eines Generallandtages für nöthig erachteten, fand ſich am folgenden Tage ein Ausſchuß aus ihrer Mitte in der Burg ein, um von dem Kaiſer dieſe Berufung zu verlangen. Statt bei letzterem gegen die Befriedigung dieſes Begehrens, das nur mit der Abſetzung des Kaiſers enden konnte, aufzutreten, verbanden ſich die Kronbeamten der Mehrzahl oder der Geſammtheit nach mit dem ſtändiſchen Ausſchuſſe und der Oberſtburggraf führte das Wort in der Audienz, welche ihnen Rudolf ertheilte. Anfangs wollte dieſer von einer Nachgiebigkeit nichts wiſſen, aber da er ſich aber ſeine Verlaſſenheit keiner Täuſchung hingeben konnte, als er die Kronbeamten an der Spitze der Supplikanten ſah und da er von mehreren der Anweſenden zu hören bekam, daß man auch ohne ſeine Erlaubniß den Generallandtag berufen werde, gab er ſchließlich nach.*) Ein Patent unterzeichnet vom Kaiſer und vom Kanzler berief die Stände von Böhmen und den einverleibten Ländern zu einem Generallandtage nach Prag. 1611 Der Zuſammentritt wurde auf den 11. April beſtimmt.

In der Zwiſchenzeit, die der Eröffnung der Seſſion vorausging, wurde in Prag eine Unterſuchung über die Urſachen des Paſſauer Einfalls angeſtellt. Zunächſt wurde die Befragung Tennagels weiter fortgeſetzt und da ſeine Mittheilungen von ſo großer Bedeutung waren, indem ſie die Pläne Leopolds und ſeiner Anhänger offen bloßlegten, ſo fand man es für gut, ihn peinlich zu befragen. Es geſchah dies zweimal, jedesmal, wie ein Berichterſtatter meldet, ungefähr ein „Vaterunſer lang." Da durch Tennagels freiwillige Ausſagen Slawata und Martinitz beſchuldigt wurden, daß ſie den Erzherzog Leopold von allen Verhandlungen, die unter den böhmiſchen Kronbeamten gepflogen worden, in Kenntniß geſetzt hätten, ſo wurden ſie ebenfalls in Anklageſtand verſetzt. Bei der Folter widerrief jedoch Tennagel die frühere Angabe und erklärte, er habe bloß die Vermuthung aber keine Gewißheit, daß Slawata und Martinitz dem Erzherzoge die betreffenden Mittheilungen gemacht hätten, und

---

no no pudiera inventar cosa mas perniciosa para ella, que la leva y progreso de esa gente de Passau, que ha puesto a los catolicos en terrible aborrecimiento y opinion de sediciosos.

*) Simancas 219. 219. Zuñiga an Philipp III dto. 29. März 1611.

Google

Vermuthung, die auf nichts anderem beruhe, als daß die genannten Herrn sehr häufig bei Leopold zu Besuch gewesen waren. In Folge dieser auf bloßer Vermuthung beruhenden Beschuldigung wurde die Untersuchung gegen Slawata und Martinitz niedergeschlagen und ihnen ein freisprechendes Erkenntniß zugestellt. — Mathias, dem gleich ursprünglich die Gefangennahme Tennagels und dessen freiwillige Geständnisse mitgetheilt worden, hatte den böhmischen Ständen in seiner Antwort eine schärfere Befragung desselben empfohlen. *) Die Anwendung der Folter geschah also keineswegs ohne des Königs Beistimmung.

Da die Untersuchung im Gange war, begnügten sich weder Mathias noch die Stände mit der Gefangennehmung einer in Leopolds unmittelbarem Vertrauen stehenden Person, sondern griffen nach jenen Mitgliedern des geheimen Rathes, von denen sie wußten, daß sie den Passauer Plänen geneigt waren. Es waren dies vor allem Hannewaldt und Hegenmüller, von denen der erstere insbesondere dem Könige verhaßt war, weil er ein Jahr zuvor auf einer gesandtschaftlichen Reise die deutschen Fürsten von Mathias ab- und dem Kaiser zuwenden wollte. **) Thurn selbst übernahm die Verhaftung Hegenmüllers. Er fuhr auf das Schloß hinauf, ließ denselben unter dem Vorwande einer Besprechung herausrufen und als dieser ohne Mantel und Hut erschien, nöthigte er ihn in die bereitstehende Kutsche einzusteigen, ohne ihn seinen Anzug vervollständigen zu lassen. Zu gleicher Zeit wurde auch der gewesene Reichspfennigmeister Wäser, eine sonst ganz unbekannte Persönlichkeit, verhaftet und mit Hegenmüller auf das Altstädter Rathhaus transportirt, wo beide gefangen gesetzt wurden. Nachmittags wurde Hannewaldt abgeholt und in einem Hause auf der Altstadt gefänglich bewacht. Die Untersuchung erstreckte sich auch auf die Frauen. Gleich nach dem Abzuge der Passauer waren die Gräfinen Sulz und Althan festgenommen worden; in Folge mangelhafter Bewachung gelang es jedoch der letzteren in Bauernkleidern zu entrinnen. Jetzt ward die Frau Hegenmüller in Verhaft genommen, doch gestattet, daß ihre Wohnung ihr zum Gefängnisse dienen dürfe. Mathias gab sich den Anschein, als ob diese Verhaftungen ohne seine Zustimmung geschehen seien, allein Zuñiga vermuthete nicht mit Unrecht, daß er dieselben insgeheim angeordnet und die böhmischen Stände, in deren Namen die Verhaftungen geschahen, nur vorgeschoben habe. ***)

Hannewaldts und Hegenmullers Aussagen bestätigten im allgemeinen,

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Mathias an die böhmischen Stände.

**) Die Relationen Hannewaldts über diese Reise im böhm. Statthaltereiarchiv.

***) Simancas 2197/200. Zuñiga an Philipp III dto. 2. April 1611.

Google

was Tennagel bereits freiwillig über die mit dem Passauer Einfall in Verbindung stehenden Pläne ausgesagt hatte. Beide bekannten, daß sie zur Erhöhung des Erzherzogs gewünscht und dabei mitgeholfen aber in guten Glauben gehandelt hätten. Der Folter wurde bei ihnen nicht angewendet, insoweit achtete man in ihnen die Mitglieder des kaiserlichen Geheimrathes.

Nachdem man einmal so weit in der Mißachtung der Person des Kaisers gegangen war, daß man ihm eine Besatzung in sein Schloß als seine Ehrenwache gegeben, darauf zwei seiner Geheimräthe gefangen genommen hatte, bekam die Untersuchung eine Richtung, welche Mathias zur Ehre seines Hauses nicht hätte einschlagen sollen. Sie wurde indeß zu sehr in dem Aberglauben jener Zeit, als daß sie füglich zu umgehen war. Es ist bekannt, daß in Frankreich und England im Laufe des 17. Jahrhunderts mehrfach Personen zum Tode verurtheilt wurden, weil ihnen zur Last gelegt wurde, sie hätten mittelst Zauber dem Leben der Souveraine nachgestellt. Die Verurtheilten wurden gewöhnlich beschuldigt, eine Statue desjenigen Fürsten, deren Leben sie abkürzen wollten, angefertigt und an derselben Zauberkünste zum Nachtheil des Originals geübt zu haben. Eines ähnlichen Treibens wurden jetzt auch zwei im kaiserlichen Dienste befindliche Personen beschuldigt. Ein kaiserlicher Kaplan war angeklagt, daß er einen Hund gehalten und Mathias genannt habe zu dem Ende, damit der Tod, der dem Hunde bestimmt war, auch den König treffe. Ein gewisser Hauser, Arzt oder Chemiker, der dem Kaiser in seinen nekromantischen Studien behilflich war, wurde angeschuldigt, mittels eines Schnupftuches, das er sich aus der Wäsche des Königs verschafft habe, zum Nachtheile des letztern Zauberei getrieben zu haben. Die Untersuchung wurde mit Strenge durch mehre Monate geführt und bei Hauser auch die Folter angewendet, endete aber resultatlos, sei es, daß es den Angeklagten gelang, ihre Unschuld nachzuweisen, sei es, daß Mathias schließlich den Glauben an dergleichen Thorheiten verlor. Beide Angeklagten wurden freigelassen, Hauser jedoch strafweise aus Böhmen und seiner deutschen Heimat verbannt.*)

---

*) Sächsisches Staatsarchiv. Passauer Einfall II. 547. Dr. Gerhard Berger an Dr. Johann Pütschner zu Kursachsen ddo. Prag den 2/12. Mai 1611. — Ebendaselbst. Nürnberger Kurfürstentag 738/2. 257. Zeidler an einen kurfürstlichen Rath ddo. 1/11. September 1611. — Ebendaselbst. Beilage des gefangenen Hauser an König Mathias. — Münchner Reichsarchiv XV/1, 116. Bericht an Herzog Maximilian von Bayern ddo. 9. April 1611. — Wiener Staatsarchiv. Diarium der Prager Begebenheiten 19. April 1611.

Google

Unter diesen Verhältnissen und bei dem unvermeidlichen Sturze des Kaisers kann es billig Wunder nehmen, wenn derselbe nicht von aller Welt verlassen wurde. Aber gerade jene Männer, welche nicht an der Thorheit des Passauer Zuges Antheil gehabt, vertreten jetzt seine Interessen, soweit dies möglich war, mit Ausdauer. Der Graf von Leuchtenberg, Mollard, Barvitius, sämmtlich Personen, die während der ephemeren Allmacht des Erzherzogs Leopold übel angesehen waren, verharrten beim Kaiser und suchten von ihm wenigstens persönliche Demüthigungen fernzuhalten. Zu ihnen gesellte sich der Herzog von Braunschweig, der seit seiner Rückkehr nach Prag von seiner erfolglosen Wiener Gesandtschaftsreise Rudolfs Muth aufrecht zu erhalten und selbst jetzt noch den Rest der kaiserlichen Herrschaft zu retten sich bestrebte. Sein Auftreten wurde von Mathias mit Unlust vermerkt, denn wiewohl letzterer nicht fürchtete, daß der Sturz des Kaisers mißlingen könnte, so besorgte er doch allerlei Verzögerungen. Da sich der Herzog die Mißbilligung des Königs nicht sehr zu Herzen nahm, so übernahmen es die böhmischen Stände, wahrscheinlich von letzterem aufgefordert, ihn vor einem allzuheftigen Eifer für den Kaiser zu warnen. Sie ordneten deshalb aus ihrer Mitte eine Deputation ab, an deren Spitze Wenzel Ruzky stand; er sollte den Herzog fragen, wie er sich „unterstehen dürfe," den Kaiser zu „turbiren" und ihm mit „falschen Vorspiegelungen vergebliche Hoffnungen" zu machen. Da es den Ständen bekannt war, daß der Herzog über ihre Loyalität nicht allezeit die besten Reden führe, setzte ihn Ruzky auch darüber zur Rede und bemerkte, daß die Stände nicht gemeint seien, ihm in seinem Lande „eine Ordnung zu setzen" und deshalb verlangten, auch von ihm in Ruhe gelassen zu werden. Er bedrohte ihn mit zwangsweiser Abführung aus Böhmen, wenn er nicht aufhören würde, den Kaiser noch ferner „zu turbiren." Zuletzt verlangte er von dem Herzog die Rückzahlung der Geldsumme, welche die Stände für die vergeblich von ihm versuchte Abdankung der Passauer hergegeben hatten.*) Der Herzog entgegnete auf diese Anschuldigungen und Bedrohungen, wie es sich für seine Stellung ziemte, namentlich lehnte er einfach jede Zahlung ab, da es notorisch sei, daß er das Geld nicht für sich verwendet habe. — Die Zeitgenossen waren nicht verlegen, allerlei egoistische Gründe ausfindig zu machen, die ihn vermocht hätten, sich derart des Kaisers anzunehmen, keiner derselben erweist sich jedoch als richtig und man darf in der That nur in der Gutmüthigkeit und

*) Wiener Archiv. Secret. d' Etat Allem. Carton 11 A. Protokoll vom 11. April 1611. — Ebendaselbst. Der Herzog von Braunschweig an Kinsky ddo. 7/17. April.

Google

Redlichkeit des Herzogs die alleinige Urſache ſuchen, weshalb er ſich in Dinge miſchte, die ihn eigentlich nichts angingen.

Wenige Perſonen waren es alſo, auf deren Rath der Kaiſer in dem Augenblicke zählen konnte, als der Generallandtag ſeiner Eröffnung entgegen ging und er mit demſelben um die letzte der ihm gebliebenen Kronen — der deutſchen nicht zu gedenken — zu kämpfen hatte. Noch erhoben ſich zwar unter den Katholiken Böhmens einige Stimmen für ihn, aber nicht aus Sympathie für ſeine Regierungsweiſe, ſondern aus Angſt vor der Proteſtantenherrſchaft, mit der ſie durch ſeinen Sturz bedroht waren. Zuñiga bemühte ſich unverdroſſen, ſie vor der Unklugheit zu warnen, ſich für den Kaiſer irgendwie zu kompromittiren, da ihnen dies nichts helfen könne. Seine Rathſchläge hatten wenigſtens die Wirkung, eine vollſtändige Paſſivität bei ihnen zu erzielen, die es ſpäter Mathias möglich machte, ihnen die Hand zu reichen.*) Der Kaiſer ſelbſt, dem der auf die Katholiken geübte Druck nicht verborgen bleiben konnte, gab ſich keinen Erwartungen nach dieſer Seite mehr hin. Seine letzte Hoffnung beruhte nur auf diplomatiſcher Vermittlung, um die er die Kurfürſten von Sachſen und von Mainz erſucht hatte. Beide kamen ſeinem Wunſche inſofern nach, als ſie Geſandte nach Prag abordneten, welche den König Mathias und die Böhmen erſuchen ſollten, den Kaiſer im Beſitze ſeiner Herrſchaft zu laſſen.**) Chriſtian II von Sachſen wandte ſich überdies an die Stände Böhmens, Schleſiens und der Lauſitz, ja ſogar an einzelne hervorragende Mitglieder unter ihnen, mit denen er näher bekannt war, und erſuchte ſie um Schonung ihres kaiſerlichen Herrn. Dies war außer jenem Drohbrief an Mathias, daß die Deutſchen ihr Oberhaupt mit den Waffen vertheidigen würden, alles, was er that. Hätten gute Worte dem Kaiſer zu helfen vermocht, ſo wäre demſelben geholfen worden, allein nach den Ereigniſſen der letzten Monate waren dies zu ſchlechte Hilfstruppen.

II

Der 11. April, an dem der Generallandtag eröffnet werden ſollte, war unmittelbar vor der Thür und noch hatte der Kaiſer ſich über die Propoſition, mit welcher er demſelben entgegentreten wollte, nicht ent-

*) Simancas 2497/261. Zuñiga an Philipp III. ddo. 7. April 1611.

**) Sächſ. Staatsarchiv. Loſſauer Einfall 2, 225. Rudolf an Kurſachſen ddo. 8. April 1611. — Ebendaſelbſt. Kurſachſen an den Kaiſer ddo. 9/19. April 1611. — Ebendaſelbſt. Kurſachſen an Mathias ddo. 11/21. April 1611. — Ebendaſelbſt. Inſtruktion für die ſächſiſchen Geſandten Dr. Oerſtenberger und Pötzſchau nach Prag 15/25. April 1611.

Google

ſprochen. Faßte er rechtzeitig keinen Entſchluß, ſo war zu erwarten, daß die Stände ſelbſt den Verhandlungen eine beliebige Richtung geben und wahrſcheinlich unmittelbar den Vorſchlag zu ſeiner Abſetzung machen würden. Wenn er dagegen mit einer Propoſition auftrat, ſo mußten die Stände zuerſt dieſe in Berathung ziehen und damit war wenigſtens Zeit gewonnen. Leuchtenberg, Mollard und Barvitius rieten ihm, er ſolle dem Landtage die Krönung ſeines Bruders vorſchlagen. In Folge der Lieburer Verträge war Mathias bloß deſignirter König Böhmens, jetzt ſollte zur Deſignation auch die Krönung kommen, mit derſelben aber *nicht* die Regierung von Böhmen verbunden ſein, ſondern dieſe auch fernerhin dem Kaiſer verbleiben. Auf dieſe Weiſe würde Rudolf ſeinen Bruder und die böhmiſchen Stände für den Paſſauer Einfall mit einer Ceremonie entſchädigt haben; ob die letzteren ſich damit befriedigt erklären würden, war eine andere Frage, der Verſuch konnte wenigſtens gemacht werden. Nichtsdeſtoweniger wollte Rudolf noch am Tage vor der Eröffnung des Landtags nicht einmal von der Bewilligung der Krönung etwas wiſſen, allem Zureden ſeiner Räthe ſetzte er einen hartnäckigen Widerſtand entgegen. Leuchtenberg, Mollard und Barvitius ließen ſich dadurch nicht abſchrecken, das Erſuchen um eine Audienz für eine vergebliche Mühe anſehend, drangen ſie in des Kaiſers Speiſezimmer und hier ſchob ihm Barvitius die vorgeſchlagene Propoſition in die Hand, damit er ſie unterzeichne. Um Ruhe zu haben, gab Rudolf nach. *)

Statt am 11., wie urſprünglich beſtimmt worden, wurde der Generallandtag am 12. April eröffnet, und zwar zunächſt nur in Gegenwart 1611
der böhmiſchen Vertreter. Die königliche Propoſition ſchlug den Ständen des Mathias Krönung vor, nachdem der Tag, an dem dieſe Handlung vorgenommen werden ſollte, früher mit dem Kaiſer vereinbart worden. Uebrigens entſchuldigte ſich der letztere, daß er wegen Eile der Zeit in die Propoſition nicht auch andere Punkte aufgenommen habe, er behalte ſich aber vor, dieſelben noch bei dieſem Landtage in Vorſchlag zu bringen. **)

Die Stände merkten alsbald, wo hinaus es mit der Krönung gemeint ſei. Ihrer Anſicht nach war Rudolf bereits abgeſetzt und folglich ſollte zwiſchen ihm und ihnen nur über die Bedingungen verhandelt werden, unter denen er auf friedliche Weiſe ohne längeres Zögern auf ſeine Herr-

*) Münchner Reichsarchiv XV/1, 129. Bodenius an Max von Baiern, ddo. 11. April 1611. — Sächſ. Staatsarchiv. Paſſauer Einfall 2, 457. Die ſächſ. Geſandten an Kurſachſen ddo. 29. April/9. Mai 1611. Der Kaiſer erzählte vor den ſächſiſchen Geſandten ſelbſt den auf ihn ausgeübten Zwang

**) Kaiſerliche Propoſition im Diarium über die Prager Ereigniſſe.

Google

ſchaft verzichten werde. Sie erwiederten deshalb am folgenden Tage, daß ſie mit der geſchehenen Propoſition unzufrieden ſeyen: weder ſie noch Mathias hätten den Kaiſer um die Bewilligung der Krönung erſucht und man verlange von ihm, er möge die übrigen Punkte, auf die er in der Propoſition hinweiſe, bald möglichſt zur Kenntniß der Stände bringen.*) Dieſe Erklärung wurde von den kaiſerlichen Räthen ihrem wahren Sinne nach aufgefaßt, daß nämlich für ihren Herrn keine Rettung mehr möglich ſey und daß nur noch über die Bedingungen der Abdankung unterhandelt werden könne. Welche Auftritte es jetzt wieder in der Burg gegeben haben mag, als dem Kaiſer die Endabſicht der Stände mitgetheilt, ihm ſeine hilfloſe Lage vor Augen geſtellt und das ſchwere Opfer völliger Abdankung zugemuthet worde, läßt ſich leicht denken. Zwei Tage lang ließ Rudolf die Stände ohne Antwort, endlich am dritten Tage erſchien der Oberſtburggraf in ihrer Mitte
1608 und theilte ihnen mit, daß der Kaiſer unter gewiſſen Bedingungen erbötig ſei, die Regierung von Böhmen niederzulegen. Die weſentlichſten derſelben waren: 1. dem Kaiſer verbleibt der Titel eines Königs von Böhmen; 2. es iſt ihm eine jährliche Penſion ſammt einem Deputat an Wein und Getreide zu verabfolgen; 3. die Prager Burg bleibt des Kaiſers Reſidenz. 4. die Bezahlung der kaiſerlichen Schulden übernehmen die böhmiſchen Stände; 5. die Güter, welche der Kaiſer in Böhmen während ſeiner Regierung gekauft, ſollen in ſeinem Beſitze verbleiben; 6. die Rückſtände an Steuern der vergangenen Jahre ſoll der Kaiſer einzunehmen das Recht haben; 7. die gefangenen Diener des Kaiſers ſollen freigegeben werden und überhaupt eine Amneſtie jede Unterſuchung über die vorangegangenen Ereigniſſe niederſchlagen; 8. es ſoll nichts geſchrieben oder gedruckt werden, was als Schimpf gegen den Kaiſer ausgelegt werden könnte.

Es war leicht vorauszuſehen, daß die Mehrzahl dieſer Forderungen nicht nach dem Geſchmacke der Stände ſeyn würden. In der That erhoben ſie in ihrer Antwort, die ſie ſchon zwei Tage ſpäter ertheilten, mannigfache Schwierigkeiten, welche zunächſt die finanzielle Seite betrafen. Die in Böhmen hypothecirten Schulden des Kaiſers betrugen 2,100 000 Gulden, und hafteten vermöge der damaligen noch primitiven Finanzgebahrung meiſtens auf den königlichen Gütern, Städten und Privatperſonen mehr
1608 nicht auf dem Lande. Sie verlangten, daß unter den Schulden des Kaiſers ein Unterſchied gemacht werde; was die Billigkeit erheiſche, wollten ſie gern auf ſich nehmen, was aber dem Kaiſer perſönlich zur Laſt falle, ſolle aus dem Verkaufe der ihm gehörigen Güter bezahlt werden und nur

*) MS. D. 21 der Prager phyſik. Geſellſch. Bericht über die Ereigniſſe am 12. und 13. April 1611.

Google

der etwaige Reſt des Verkaufsſchillings ihm verbleiben. Auch die Verabreichung eines Deputats mißfiel den Ständen, ſie wollten dem Kaiſer im Verein mit den übrigen Kronländern nur eine beſtimmte Geldſumme jährlich zugeſtehen. Daß die Prager Burg noch fernerhin Rudolfs Reſidenz ſein ſolle, davon wollten die Stände nichts wiſſen, ſie wollten demſelben nur außerhalb der Hauptſtadt ein oder das andere der königlichen Schlöſſer zum Aufenthalt einräumen. Ebenſo wenig wollten die Stände eine allgemeine Amneſtie wegen der letzten Ereigniſſe zugeben. Gegen andere Punkte und namentlich dagegen, daß dem Kaiſer der Titel eines Königs von Böhmen verbleibe, erhoben ſie keinen Einwand, nur bezüglich der letzten Forderung fügten ſie die Erklärung bei, daß, falls Mathias vor Rudolf verſterben ſollte, letzterer ſich alsdann die Regierung nicht wieder „anmaßen" dürfe.*)

Dieſe den Wünſchen des Kaiſers nicht zuſagende Antwort machte, daß ſich die Verhandlungen in die Länge zogen. Die Böhmen beeilten ſich nicht beſonders, einen Vergleich herbeizuführen, da Rudolf in das, was ihnen vor allem am Herzen lag, nämlich in die Abtretung der böhmiſchen Krone eingewilligt hatte. Allerdings hatte er das nur unter der Bedingung gethan, daß ſeine Forderungen erfüllt würden, allein die Böhmen nahmen ſeine Reſignation als eine unwiderrufliche an, beſtimmten, daß Mathias binnen 14 Tagen zum Könige gekrönt werden ſolle und ſahen es von ihrem Standpunkte für eine gleichgiltige Sache an, ob der Ausgleich mit dem Kaiſer vor oder nach der Krönung erfolge.

Als ſich die Verhandlungen mit dem Kaiſer in dieſem Stadium befanden, trafen die Deputationen der Land- und Fürſtentage von Mähren, Schleſien und den beiden Lauſitzen in Prag ein.**) Alle waren

*) Diarium der Prager Ereigniſſe. MS. 491 E. F. G. des Wiener Staatsarchivs. Nach dieſem Diarium haben die Stände des Kaiſers Forderungen ſchon am 19. April beantwortet. Damit ſteht im Widerſpruch, daß von Seite des Kaiſers ſpäter mehrmals geklagt wurde, die Böhmen hätten ihn faſt vier Wochen ohne Antwort gelaſſen. Wir wiſſen dieſe widerſprechenden Angaben, von denen die erſte uns ebenſo gewiß ſcheint wie die zweite, nur ſo zuſammenzureimen, daß der Kaiſer die ungenügende Antwort der Stände, welche vieles noch weiterer Verhandlung überließ, als eine unvollſtändige und folglich keine Antwort anſah.

**) Die Stände von Graz, Eger und Elbogen erſchienen nicht beim Generallandtag. Zum Verſtändniſſe der folgenden Verhandlungen bemerken wir, daß die Deputirten von Mähren und Schleſien nicht im böhmiſchen Landtage ihren Sitz nahmen und ſich daſelbſt nicht an den Debatten betheiligten, ſondern daß ſie ſtets nur mit einem Ausſchuſſe des böhmiſchen Landtags konferirten. Die mähriſchen Deputirten bei dem Prager Generallandtage waren: der Biſchof von Olmütz Kardinal Dietrichſtein, Karl von Zerotin, Ladislaw von Lobkowitz, Georg von Hobe, Jetřich von

Google

gegen die Regierung des Kaisers eingenommen und bereit ihr ein Ende zu machen, allein auch gegen die Böhmen waren sie nicht von der freundlichsten Gesinnung erfüllt. Seit einem Jahrhundert bestanden zwischen den Ländern der böhmischen Krone mancherlei Differenzen, die namentlich in der letzten Zeit zu vielfachen Klagen und gegenseitiger Erbitterung geführt hatten, und es ließ sich mit Sicherheit erwarten, daß alle diese Differenzen und unentschiedenen Streitfragen diesmal zur Sprache kommen würden, weil die Gelegenheit für die sich verkürzt wähnenden Theile zu günstig schien. War dies aber der Fall, kam es zu Verhandlungen zwischen den Mitgliedern des Generallandtages selbst, dann durfte Rudolf sich der Hoffnung hingeben, wenn nicht mehr so doch wenigstens einen Aufschub seiner Entthronung und eine Verzögerung der Krönung seines Bruders durchzusetzen. Gewiß ist, daß er trotz der angebotenen Resignation wieder im Besitze der Regierung bleiben wollte und dies, wie bald erzählt werden wird, auf allerlei Weise anstrebte.

Kaum war den Schlesiern und Lausitzern mitgetheilt worden, was die Böhmen bisher verhandelt hatten, so mißbilligten sie deren einseitige Beschlußfassungen, namentlich waren es die Schlesier, welche laut und entschieden erklärten, die Eröffnung des Generallandtages hätte nicht vor sich gehen sollen, so lange nicht alle Berechtigten in Prag anwesend wären. Nach diesem Vorwurfe, welchen die Böhmen mehr oder weniger selbst be-

---

Sunowic, Johann Czetz von Oberwowic, Wilhelm Dubeck, Heinrich Zaberwsky Wenzel Wanecky, Sigmund Wolf, Jankowsky von Wlesim. Die schlesischen Deputirten waren: Johann Christian Herzog von Liegnitz, Joachim Maltzan Herr von Wartenberg, Wolfhart von Promnitz, Hermann von Zedlitz, Kurt von Koß, Dr. Christoph Henscher, Dr. Andreas Gryphius, Georg Röhner, Georg Wen. Die Deputirten der Oberlausitz waren: Kaspar Bergendt, Hans Hadam von Pannwitz, Hans von Warnsdorf, Hieb von Salza, Abraham von Wegerndt, B. Peter Hemrich, Dr. Andreas Hadamar, Michael Büttner, Sigismund Kuttin. Die Deputirten der Niederlausitz waren: Jiel von Kracht, Heinrich Otto von Gersdorf, Reinhard von Gichtisch, Josias Krauder, Johann Müller, Dr. Andreas Mayer, Johann Huber, Johann Kuhn. – Von Seite des böhmischen Landtages waren zu den Verhandlungen folgende Personen deputirt worden: Adam von Sternberg, Adam d. j. von Waldstein, Georg von Talmberg, Theobald Zwierowsky von Rosenberg, Karl von Wartenberg, Georg Friedrich Graf von Hohenzollern, Heinrich Mathias Graf von Thurn, Freiherr Colonna von Fels, Graf Joachim Andreas Schlick, Johann von Klenowsky, Burghard Tscherl von Kinsky, Johann Lukawsky von Lukawec, Christoph d. j. Wratislaw von Mitrowitz, Kaspar Kaplir von Sulewic, Thurzons Zdarsky von Zdar, Georg von Gersdorf, Thomas Herrn von Chudenic, Simon Humberg von Humburg, Georg Emil von Lukawec und Valentin Kohout. Es muß jedoch bemerkt werden, daß nicht alle böhmischen Deputirten stets an allen Verhandlungen Theil nahmen.

Google Original HARVARD

gründet fanden, kritisirten die Schlesier Form und Inhalt der mittlerweile gefaßten Entschlüsse. Die Böhmen hatten, wie das bis dahin stets rechtlicher Brauch war, von sich als dem „Haupte" der Krone d. i. der Kronländer gesprochen. Von einer solchen Bezeichnung wollten die Schlesier nichts wissen, wofern unter dem Worte „Haupt" ein anderer Vorzug verstanden würde, als etwa der, daß Böhmen unter den zu einer Krone vereinten Ländern den ersten Rang einnehme. Dann tadelten die Gegner, daß die Böhmen den Tag der Krönung einseitig anberaumt hätten, da sie doch wissen müßten, daß die Königswahl kein ihnen allein zustehendes Recht sei, sondern daß hiezu die Vertreter der gesammten böhmischen Krone berechtigt seien. Die Schlesier führten zum Beweise ihrer Behauptung zahlreiche Beispiele aus der Geschichte an. So behaupteten sie, ihre Verbindung mit Böhmen sei eine freiwillige, folglich befänden sie sich zu diesem Lande in einem coordinirten Verhältnisse, ihr Haupt sei der gemeinschaftliche König und nicht das Land oder die Stände Böhmens. Weil sie zur Zeit des Königs Georg von Podebrad von der Königswahl ausgeschlossen worden, hätten sie Mathias Corvinus zu ihrem Könige gewählt, um so einer Mißachtung ihrer Rechte zu begegnen. Sie schlossen ihre Erklärung mit der Forderung, Rudolf solle sie ihres Eides entbinden und Mathias noch vor der Krönung ihnen einen Revers ausstellen, der sie bei dem Fortgenuß aller ihrer Privilegien sichere: dann seien sie erbötig den letzteren zu ihrem Könige zu wählen, dem Votum der Böhmen beizutreten und sich mit ihnen über den Tag der Krönung zu vergleichen. So suchten die Schlesier faktisch an der Königswahl theilzunehmen und die Behauptung von der coordinirten Stellung aufrecht zu erhalten. Allen diesen Argumentationen schlossen sich die Lausitzer mit gewissen ihren Verhältnissen entsprechenden Aenderungen an.*) Die Mährer hielten sich von den Protesten neben anderen auch aus dem Grunde fern, weil sie schon vor drei Jahren Rudolf abgesetzt und Mathias zu ihrem Herrn angenommen hatten. Sie konnten also gegen die von den Böhmen beabsichtigte Erhebung des letztern nichts einwenden, sondern mußten eine andere Gelegenheit abwarten, wenn sie gleichfalls gewisse Forderungen zu stellen hatten.

Was die Schlesier und Lausitzer von einem coordinirten Verhältnisse zu Böhmen und von ihrem Rechte zur Königswahl behaupteten, besteht nicht vor historischer Kritik. In welcher Weise auch immer dieser oder jener Theil von Schlesien oder der Lausitz an Böhmen gekommen sein

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Antwort der Niederlausitzer vom 30. April 1611. — Ebendaselbst. Antwort der Schlesier vom 3. Mai 1611. Ebendaselbst. Verhandlungen der böhm. Stände mit den Abgesandten der Nebenländer vom 28. April bis 23. Mai 1611.

Google

mag, so viel steht sicher, daß die Böhmen zu allen Zeiten diese Erwerbungen als ihnen gehörig betrachtet und daß sie vor allem stets an dem Rechte festgehalten haben allein den gemeinschaftlichen Herrn für sämmtliche Kronländer zu wählen. Namentlich bietet hiefür die Geschichte seit den Hussitentagen vielfache Beweise. Die Böhmen waren es, welche Georg von Podiebrad, Wladislaw, Ludwig, Ferdinand I, Maximilian II und Rudolf II auf den Thron erhoben hatten, ohne eines der benachbarten Länder zu fragen; die Böhmen waren es, welche zeitweise Bestimmungen trafen, die dem König als Beherrscher der ganzen Monarchie hinderten, die gewisse Aemter in den korporirten Ländern sich ausschließlich vorbehielten, während sie nicht duldeten, daß ein Schlesier oder Mährer — eine oder zwei Ausnahmen abgerechnet — eines der böhmischen Landesämter bekleide. Sie nahmen mit einem Wort eine privilegirte Stellung in dem Verbande der böhmischen Kronländer ein, und betrachteten sich als das mit höheren Rechten ausgestattete und zur Vorherrschaft berufene Haupt. Ein solches Verhältniß entsprach genau analogen Zuständen in beinahe allen Ländern Europa's und darf uns in dem Zeitalter der Privilegien und Immunitäten nicht Wunder nehmen. Denn so gut gewisse Volksklassen wie der Adel und die königlichen Städte auf Grund alten Herkommens oder königlicher Privilegien sich einer hervorragenden Bevorzugung vor der Masse des Volkes erfreuten, so gut nahmen ganze Länder und Völker gewisse Vorrechte vor jenen in Anspruch, die sie für ihre Unterthanen ansehen. Haben sich doch selbst in einer Republik wie die Schweiz ähnliche Verhältnisse in einzelnen Kantonen bis auf die neueste Zeit erhalten.

Die Opposition der Schlesier und Lausitzer hatte vorläufig das Resultat, daß die Krönung nicht ohne weiteres vorgenommen werden konnte. Zunächst mußten die Böhmen, die bis dahin den Kaiser um die Entbindung von dem Eide des Gehorsams keineswegs angegangen hatten, solches zu erlangen suchen, weil die Schlesier und Lausitzer darauf bestanden; andererseits fühlten sie sich in ihrer privilegirten Stellung zu sehr angegriffen, um nicht eine abweisende Antwort zu verfassen, die jedenfalls Zeit in Anspruch nahm. Dieselbe klang scharf und ohne Schonung, sie wies alle
6. Mai 1611 Ansprüche der Schlesier auf die Theilnahme an der Königswahl zurück und behauptete, daß die schlesischen Herzogthümer nicht bloß dem Könige sondern dem Lande Böhmen, dem sie für immer inkorporirt seien, unterworfen und zur Treue und Leistung des Unterthaneneides verpflichtet seien. Sie verlangte, daß es bei der von den Böhmen beschlossenen Krönung verbleiben solle und stellte es den Schlesiern und Lausitzern frei, nach derselben bei dem Könige ihre vermeinten Rechte zu reklamiren.*) Uebrigens

*) Böhm. Statthalterarchiv Antwort an die Schlesier dto. 6 Mai. Es heißt in

wiederholten die Böhmen ihren bereits während des Landtags von 1609—1610 gefaßten Beschluß, daß sie bereit seien vor einem Gericht ihre Sache zu verfechten, und erbötig seien den Schlesiern einen Antheil an der Königswahl zu gestatten, wofern diese ihr Recht zu derselben genugsam mit Privilegien nachweisen könnten.

Die Mährer, welchen diese Schrift zuerst zur Einsicht gegeben wurde, fanden den Ton zu scharf und fürchteten, daß sie statt Einigung nur noch einen tiefern Zwiespalt zur Folge haben werde. Die Böhmen forderten deshalb die Mährer auf, aus der Antwort jene Worte zu entfernen, die etwa als beleidigend aufgefaßt werden könnten, ohne jedoch an dem Inhalte derselben etwas zu ändern. Die letztern schlugen darauf vor, die Antwort, so wie sie war, den Schlesiern mitzutheilen mit dem Bemerken, daß sie als nicht geschehen zu betrachten sei, wenn die Schlesier ihrerseits ihre Protestation zurücknehmen und es einfach bei den früher getroffenen Bestimmungen wegen der Erhebung des Königs Mathias lassen würden. Karl von Zerotin unternahm es mit seinen Kollegen die Schlesier und Lausitzer zur Annahme dieses Vorschlags zu bewegen, allein wiewohl er durch zwei Stunden lang sie hiezu zu überreden suchte, vermochte er nichts zu bewirken. Die Schlesier nahmen die Antwort der Böhmen an und protestirten unmittelbar darauf gegen die Behauptung der letztern, sie seien ihnen unterworfen und zum Gehorsam eidlich verpflichtet; ihrem Proteste schlossen sich die Lausitzer an.

Diesem vorerst mündlichen Proteste folgten schriftliche Erklärungen, 11. Mai
in denen die Schlesier und Lausitzer ihre frühern Behauptungen abermals 1611
mit historischen Beweisen, wiewohl im Widerspruche mit den thatsächlichen Verhältnissen seit 150 Jahren, zu erhärten suchten. Hieran knüpften sie einige andere Forderungen, welche gegen die Prärogative der Böhmen in der Besetzung der obersten Kronämter sowie der Rathsstellen beim Kammer- und Lehngericht gerichtet waren. Die Böhmen blieben ihrerseits die Antwort nicht schuldig, sondern schlugen einzelne Begehren rundweg ab, 18. Mai
überwiesen andere künftigen Verhandlungen und erwiederten in der Hauptsache, daß sie sich für den Augenblick mit den Gesandten „in keinen Di-

---

derselben, daß aus den Privilegien, welche die Böhmen producirten Kunten, ersichtlich sei, „daß die in denselben Incorporation benannte Schlesische Fürstenthumber unnd herrschaften sowohl der Cron unnd dem Khunigreich alß dem Regierenden Khunig unnd deßelben Erben inseparabiliter incorporiret unnd iam obedientiae et subjectionis quam fidelitatis juramentis et homagiis zugethan unnd einverleibt worden sein." — Ebendaselbst. Antwort an die Oberlausitzer.

Google

ſput" bezüglich der Präeminenz ihres Landes einlaſſen und nicht zugeben könnten, daß ſich die inkorporirten Länder für bloße „accessoria" anſahen. Abermals wiederholten ſie, es der Entſcheidung eines Gerichtes anheimſtellen zu wollen, wie auf Grund der beſtehenden Privilegien das Verhältniß Böhmens und ſeiner Nebenländer aufzufaſſen ſei.*) Es hing nun von den Schleſiern und Lauſitzern ab, ob ſie den Streit ſo weit treiben wollten, ihre Zuſtimmung zu des Mathias Krönung zu verweigern, ſo lange die Böhmen ihren Forderungen nicht nachgaben. Würden ſie dies gethan haben, ſo war kein Ende des Streites abzuſehen. So weit ging jedoch ihre Abſicht nicht, ſie begnügten ſich mit dem abgegebenen Proteſte und mit der Wahrung ihrer vermeinten Rechte und waren erbötig zur Krönung ihre Zuſtimmung zu geben. Die Böhmen aber gaben inſofern nach, als ſie nicht die Zurücknahme des Proteſtes verlangten.

Auf dieſe Weiſe wurde die Frage wegen der Berechtigung zur Königswahl nicht entſchieden, ſondern die Entſcheidung vertagt. Damit war jedoch die Harmonie zwiſchen den Böhmen und den Nebenländern nicht hergeſtellt. Es iſt ſo eben angedeutet worden, daß die Schleſier und Lauſitzer in ihren Streitſchriften auch andere Prärogative der Böhmen angriffen; indem ſie nun von der Königswahl abſtrahirten, kehrten ſie ihre Aufmerkſamkeit und damit auch ihre Angriffe allein gegen dieſe Prärogative. Bei dem jetzt ſich entſpinnenden Streite fanden ſie an den Mährern nicht nur Bundesgenoſſen, ſondern geradezu Vorkämpfer. Um dieſen Streit recht zu verſtehen, muß man etwas näher auf den Organismus der damaligen Verwaltung eingehen. Von den zahlreichen böhmiſchen Aemtern beſchränkte ſich die Jurisdiktion der meiſten auf Böhmen allein. Drei von ihnen dagegen hatten eine Wirkſamkeit, welche ſich auch auf die Nebenländer erſtreckte, es waren dies die **Kanzlei**, die **Kammer** und das **Appellationsgericht**.**)

Die Kanzlei war jenes Amt, durch welches der König den Ständen der böhmiſchen Krone ſeinen Willen kundgab. Die meiſten ſeiner Befehle, Entſcheidungen und Gnaden kamen nur durch die Kanzlei zur Kenntniß der Länder und Parteien und durch die Kanzlei wiederum gelangten die meiſten für den König beſtimmten Eingaben an denſelben. Der Curſus

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Antwort der Böhmen an die Schleſier vom 13. Mai 1611.

**) Auch das Oberſthofrichteramt hatte eine über Böhmen hinausreichende Jurisdiction. Anfangs richteten die Schleſier ihre Angriffe auch auf dasſelbe, ſpäter ließen ſie dieſelben jedoch ganz fallen, weshalb auch wir im Texte nicht weiter dieſes Amtes erwähnen.

Google

des Kanzlers auf des Königs Entschließungen war natürlich ein entscheidender, denn er war sein vorzüglichster Rathgeber in allen Angelegenheiten der böhmischen Krone. Verfassungsmäßig mußte der Kanzler ein Böhme sein, ernannt wurde er vom Könige im Einverständnisse mit den übrigen obersten Beamten und den Beisitzern des Landrechtes, die gewissermaßen hiebei als Vertreter des Landtags fungirten. Dieser gleichsam doppelten Ernennung des Kanzlers entsprach seine Eidesleistung, sie bezog sich nicht bloß auf den König, sondern auch auf die Stände. Die Besetzung der Kanzlei mit dem nöthigen Hilfspersonale war seine Sache, er konnte frei wählen und war hiebei durch keinerlei Rücksicht als die, welche die Geschäfte verlangten, gebunden. Wie der König durch den Kanzler regierte, so bewahrten auch die Böhmen durch denselben ihre Superiorität in den Ländern der Krone, insofern als der ihnen durch einen Eid verpflichtete Kanzler nicht gegen die Interessen des Stammlandes verstoßen durfte, sondern sie immer im Auge behalten mußte. Daß die Böhmen selbst die Stellung des Kanzlers und der Kanzlei in ihrer wichtigen Bedeutung richtig auffaßten und daß sie in dieser Einrichtung ein Mittel zur Aufrechthaltung ihrer höhern Rechte in dem böhmischen Staate sahen, wird sich noch aus der weitern Erzählung näher ergeben.

Die böhmische Kammer war die Finanzbehörde des Landes. Vor dem Jahre 1008 also noch vor der Trennung Mährens von der böhmischen Krone besaß auch die Kammer die Stellung eines Amtes, dessen Wirksamkeit sich auf Mähren, Schlesien und die Lausitz erstreckte, es ward dadurch, allerdings im beschränkten Sinne, eine Art Finanzministerium der böhmischen Krone geworden. — Was das Appellationsgericht betrifft, so war dasselbe bekanntlich im Jahre 1548 von Ferdinand I nach der Besiegung des ersten böhmischen Aufstandes (1547) errichtet, seine Wirksamkeit bestand vor allem darin, daß es die höhere Instanz für die Stadtgerichte sämmtlicher böhmischer Länder abgab. Der Präsident war seit der ersten Ernennung im Jahre 1548 bis zum Jahre 1611 stets ein Böhme gewesen; was die Räthe betrifft, so waren sie wahrscheinlich der übergroßen Mehrzahl nach ebenfalls Böhmen, doch gab es unter ihnen auch Mährer, Schlesier und Lausitzer; letztere der deutschen Sprache mächtig mußten schon deshalb berufen werden, weil bei vielen Prozessen die Parteien sich der deutschen Sprache bedienten. — Die Kanzlei, die Kammer und das Appellationsgericht waren die drei centralen Behörden der böhmischen Krone. Aus der Natur der Sache ergibt sich, daß der Einfluß der Kanzlei der bedeutendste war, sie stand im täglichen Verkehr mit den einzelnen Kronländern, die wichtigsten Interessen einzelner Privatpersonen hingen von ihr ab, konnten verschleppt und gefördert werden, so daß man überall und ununterbrochen an die

Google

Existenz dieser Behörde genahrt wurde. Von geringerer Bedeutung war das Appellationsgericht. Obwohl dasselbe den Parteien ohne Zimmis Recht sprach und neben den Böhmen auch die Deutschen bei demselben ohne Hindernis ihre Sache führen konnten, so konnte sich weder Jemand durch seine Existenz bedrückt fühlen, noch hatten die Nebenländer einen Grund, Böhmen um den Besitz eines Gerichtes zu beneiden, das immer ein böhmisches als ein königliches war. Wichtiger war schon die Stellung der böhmischen Kammer; die Verwendung der durch Steuern, Zölle, Bergwerke, Zapfen und auf andere Weise einlaufenden Gelder lag zwar den Kammern der einzelnen Länder ob, allgemach hatte aber die böhmische Kammer doch einen weitgehenden Einfluß erlangt, so daß sie, wie wir oben bemerkten, gewissermaßen das Finanzministerium der böhmischen Krone repräsentirte.

Stellt man die Frage, seit wann die Kanzlei und die Kammer zu einer so bedeutenden Stellung gelangt sind, so lautet die Antwort, daß dies erst seit der Herrschaft der Habsburger der Fall war. Vor derselben war Böhmen das Stammland der böhmischen Monarchie, seine Prärogative bestand darin, daß mit diesem Stammlande unzertrennlich andere Länder, die mit dem Namen inkorporirter Länder bezeichnet wurden, verbunden waren, und daß es allein den gemeinsamen Herrscher wählte. Außer diesem Rechte nahm es keinen Einfluß auf die Administration der Nebenländer.*) Erst seit den Habsburgern erhob sich die Kanzlei und die Kammer zu ihrer hohen Bedeutung. Man fing in Mähren und Schlesien an, um der letztern willen, diese Aemter: Hofämter, also Hofkanzlei und Hofkammer zu nennen, eine Benennung, welche die Böhmen im eigenen Interesse hartnäckig ablehnten, indem sie streng an der Bezeichnung, böhmische Kanzlei und böhmische Kammer hielten.

Zum Verständniß der folgenden Streitigkeiten muß man noch wissen, daß in der Wirksamkeit der Kanzlei eine doppelte Seite unterschieden wurde, eine berechtigte und eine unberechtigte auf Mißbräuchen begründete. Für die berechtigte Wirksamkeit der Kanzlei sah man jene an, die unter allen Umständen ihr gebührte, mochte es nun eine einzige Zentralstelle in Böhmen geben oder mochte Mähren und Schlesien unabhängig für sich eine Kanzlei besitzen. Die unberechtigte auf Mißbrauch und Anmaßung begründete Wirksamkeit der Kanzlei hatte sich namentlich in den letzten Jahren

*) Die Bedeutung des Kanzlers und der Kanzlei, von denen bis auf die Jagellonen in der böhmischen Geschichte kaum einmal bezeichnenderweise erzählt wird, fing an unter den Jagellonen emporzublühen, nahm aber den eigentlichen Aufschwung wie wir oben erwähnten erst unter den Habsburgern. In Palacky's zweiten Bande seiner böhmischen Geschichte (1471 - 1500) ist ersichtlich, wie das Amt des Kanzlers bedeutend hervorzutreten anfing.

Google

der Rudolfiniſchen Regierung herangebildet. Man lernt dieſe Mißbräuche am beſten aus den Streitſchriften, die jetzt zwiſchen Böhmen und den Nebenländern gewechſelt wurden, kennen. Nach derſelben hat die Kanzlei den natürlichen Lauf der Juſtiz gehemmt, indem ſie Klagen der Parteien mit Umgehung der Gerichte entgegennahm und entſchied, ſie miſchte ſich in die Jurisdiktion der Stadtgerichte, ſie hemmte die Exekution rechtskräftig ausgeſprochener Urtheile durch ſogenannte literas inhibitoriales, ſie bewilligte ſäumigen Schuldnern trotz der Erkenntniſſe der Gerichte Zahlungsmoratorien, ſie berief Bewohner aller Theile der böhmiſchen Krone zur Verantwortung nach Prag, ohne dazu durch die Verfaſſung berechtigt zu ſein, und hielt ſie mitunter Monate lang feſt. Sie ertheilte verurtheilten Verbrechern auf die Bitte derſelben oder ihrer Freunde Amneſtie, ohne ſich von dem betreffenden Gerichte irgend ein Gutachten geben zu laſſen, ſo daß die Urtheile der letztern der Geringſchätzung preisgegeben wurden. Zu einer ſolchen Höhe hatten ſich in der Kanzlei Mißbräuche eingeſchlichen.

Als nun die Schleſier mit den Böhmen den Streit wegen der Königswahl bis zu der gegenſeitigen Präziſirung ihres Standpunktes geführt hatten, ſchickten ſie ſich zu einem neuen diplomatiſchen Feldzuge gegen die Prärogative der Böhmen an. Sie beabſichtigten jetzt ihre Angriffe gegen die drei Centralämter, die Kanzlei, die Kammer und die Appellation zu richten. In dieſem Streite fanden ſie an den Lauſitzern um ſo entſchiedenere Bundesgenoſſen, als dieſe ſich nicht bloß durch die Errichtung der genannten Centralämter ſondern auch dadurch bedrückt fühlten, daß der königliche Statthalterpoſten in der obern und niedern Lauſitz, nämlich die Vogtei, nur mit Böhmen beſetzt wurde, ſie alſo von dieſem Amte ausgeſchloſſen waren. Zu den Schleſiern und Lauſitzern geſellten ſich jetzt auch die Mähren.

Seit ihrer Ankunft in Prag ſchienen die Mähren die Partei der Böhmen verfechten zu wollen, als ſie mit einemmale mit einer Staatsſchrift hervortraten, welche in 40 Artikeln Klagen über das frühere Verhältniß zwiſchen Böhmen und Mähren führte und die Umgeſtaltung desſelben verlangte *) Die Veranlaſſung zu dieſer Staatsſchrift lag noch in den Vorgängen des Jahres 1608. Als damals in Folge der Wiener Verträge Mähren aus dem Verbande der böhmiſchen Krone heraustrat, wurde zu gleicher Zeit beſtimmt, daß von Seite der böhmiſchen Aemter und zwar namentlich von Seite der Kanzlei des Appellationsgerichtes und der Kammer keinerlei Jurisdiktion in Mähren ausgeübt werden ſolle und daß, wenn das alte Verhältniß wieder hergeſtellt werden würde, ein Vertrag

14 Kapitel

*) Böhm. Statthalterarchiv. 49 Beſchwerdepunkte der mähriſchen Stände gegen die böhmiſchen.

Google

abgeſchloſſen werden müſſe, der die Bedingungen der Wiedervereinigung feſtzuſetzen hätte. Der Fall der Wiedervereinigung war nicht unmittelbar bevorſtehend. Indeſſen es auf die Behörden angekommen wäre, ſo hätten ſie das alte Verhältniß einfach wieder herzuſtellen; nur zu einer Reform der Kanzlei von den eben angeführten Mißbräuchen würden ſie ohne Zögern die Hand geboten haben. Dies war jedoch nicht nach dem Geſchmack der Mehrer, die neben der Abſchaffung der Kanzleimißbräuche weſentliche Aenderungen in der Art ihrer bisherigen Verbindung mit Böhmen einführen wollten. Nachdem ſie im allgemeinen feſtgeſetzt, daß Mähren in jeglicher Beziehung unabhängig von Böhmen ſein ſolle und in dieſer Hinſicht ſich gegen gewiſſe Uebergriffe des böhmiſchen Landrechts verwahrt hatten, beſtimmten ſie, in welchem Verhältniß ſie fortan zu den eben genannten drei Centralämtern ſtehen wollten. Bezüglich der Kammer erklärten ſie, daß ſie ihr keinen Einfluß auf ihre Finanzgebahrung geſtatten und ſelbſt ihre Finanzen völlig unabhängig verwalten wollten. Bezüglich der Kanzlei und des Appellationsgerichtes waren ſie erbötig, ihre Kompetenz auch ferner anzuerkennen, aber unter weſentlich einſchränkenden Bedingungen. Indem ſie ſelbſtverſtändlich die fernere Duldung der Kanzleimißbräuche ablehnten, verlangten ſie, daß die Kanzlei ihres böhmiſchen Charakters entkleidet und zu einem rein königlichen Amte umgeſtaltet werde. Darnach ſollte der Kanzler an die Perſon des Königs gebunden ſein und ihm überall dahin folgen, wo ſich dieſer befinde. Bei der Eidesleiſtung ſolle er dem König nicht bloß als König von Böhmen, ſondern auch als Markgrafen von Mähren den Eid der Treue leiſten. Dieſe Auffaſſung von der Stellung des Kanzlers, in der ſich unzweifelhaft Zerotin's Anſicht kundgibt, trägt keineswegs den einem ſo weitreichenden ſtaatsmänniſchen Blick, als es zunächſt ſcheinen könnte. Nichts war im Intereſſe einer billigen Beſchränkung der böhmiſchen Kronländer ſchein: es gelegen, das Kanzleiamt ſeines ihm noch anklebenden ſpezifiſch böhmiſchen Charakters zu entkleiden und es zu einem Amte des Königs und ſämmtlicher Kronländer umzugeſtalten. Aber das war nicht die Abſicht Zerotin's und ſeiner Geſinnungsgenoſſen; in ihrem Eifer gegen die bisherige rein böhmiſche Stellung der Kanzlei wollten ſie dieſelbe zu einem exklusiv königlichen Amte umgeſtalten und hierbei hatten ſie auf gleichen Gränzen an den Schleſiern Bundesgenoſſen, die eine noch entſchiedenere Sprache führten. Denn nach der Anſicht der letztern gehörten die Geſchäfte der Kanzlei in den allerengſten Wirkungskreis des Königs, in welchem ſich dieſer abſolut frei, ohne die Einrede einer ſtändiſchen Verſammlung berückſichtigen zu müſſen, bewegen konnte *).

*) Der Grund dieſer Anſchauung lag in den Separatartikeln des Schleſiſchen Vertrages ausdrücklich erörtert wurde.

Google Original from HARVARD UNIVE

Hätten in Prag weiterblickende Staatsmänner gelegt oder wäre ihr Blick nicht zu sehr durch provinzielle Eifersucht befangen gewesen, so würden sie nicht getrachtet haben, den Kanzler aus der Verbindung mit Böhmen loszulösen, um ihn zu einer Art von Privatsekretär des Königs zu machen, sondern sie würden den Kanzler in eine Verbindung mit den Generallandtagen gebracht haben, deren Berufung dann eine periodische hätte sein müssen. Allein das letztere wollten am allerwenigsten die Schlesier und Mährer; auf dem Programm ihrer Reformen war auch ein Artikel, der die Generallandtage betraf und dahin lautete, daß dieselben aufhören sollten. *)

Es war leicht vorauszusehen, daß eine so ganz neue Stellung des Kanzlers nicht die Zustimmung der Böhmen erlangen würde. Die Mährer mochten dies selbst einsehen und verlangten deshalb in der stillschweigenden Voraussetzung, daß in der Einrichtung und Stellung der Kanzlei keine wesentliche Aenderung eintreten würde, eine gesetzliche Vertretung in derselben. Wie wir erzählt, ging nach bisherigem Brauch die Anstellung sämmtlicher Beamten in der Kanzlei vom Kanzler aus. Diese Art der Ernennung wollten nun die Mährer dahin umgeändert wissen, daß fortan dem Kanzler ein Vicekanzler zur Seite stehen solle, der genau mit den mährischen Rechtsverhältnissen bekannt sein und dessen Anstellung gleichmäßig mit Zustimmung der böhmischen wie der mährischen Stände geschehen solle. Mit dieser Forderung stand im Zusammenhang, was die Mährer bezüglich des Appellationsgerichtes verlangten. Da sie dasselbe um seines Ursprunges willen als ein königliches Gericht ansehen durften, so waren sie geneigt die Kompetenz desselben als höherer Instanz für die städtischen Gerichte anzuerkennen, verlangten aber, daß grundsätzlich auch einige Mährer bei demselben angestellt werden möchten. Von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit war ferner die Forderung, daß auch die Mährer in Böhmen zu den höchsten Landesämtern zugelassen würden. Nach bisherigem Brauche konnten Böhmen, wenn sie in Mähren begütert waren, daselbst zu den höchsten Landesämtern gelangen, nicht aber umgekehrt die Mährer in Böhmen. Die letztern verlangten jetzt nach völliger Gleichberechtigung. Ward ihr Begehren erfüllt, so bestand thatsächlich vollständige Parität zwischen den beiden Nachbarländern, denn dann konnten auch Mährer zu dem Posten eines Kanzlers oder Appellationsgerichtspräsidenten gelangen. Schließlich verlangten die Mährer, daß man bei künftigen Anlehen die Städte und Prälaten mit drückenden Bürgschaften verschone.

*) Ueber diesen interessanten und wichtigen Umstand näheres im Anhang. Die Verfassung der böhmischen Monarchie würde auch ohne den Aufstand von 1618 eine merkwürdige Veränderung erfahren haben.

Google

Um diese letzte Forderung zu verstehen, muß man die Eigenthümlichkeit des Staatsschuldenwesens jener Zeit berücksichtigen. Der König konnte Schulden nur dann kontrahiren, wenn für die Gesammtsumme oder für Theile derselben Bürgen auftraten. Wurden zur festgesetzten Zeit die Schulden vom Könige oder vom Lande nicht bezahlt, so hielten sich die Gläubiger an die Bürgen wie an gewöhnliche Privatschuldner und nöthigten sie zur Zahlung der übernommenen Bürgschaft. Bei diesem Stande des Schuldenwesens erzog es den königlichen Städten und dem Prälatenstande am schlechtesten. Denn während einzelne Adelige, die um ihre Bürgschaft ersucht wurden, nach Maßgabe ihrer Vermögensverhältnisse sich frei entscheiden konnten, ob sie sich dem etwaigen Verluste von einigen Tausend Gulden aussetzen wollten und der König ihre allenfalls abschlägige Antwort sich gefallen lassen mußte, war es bei den Städten und Prälaten anders. Schon die einfache Zumuthung wegen Uebernahme einer Bürgschaft übte auf sie einen großen moralischen Zwang aus und wenn sie nichtsdestoweniger die Uebernahme der Bürgschaft ablehnten, wurden sie von der königlichen Kanzlei mit Drohungen überhäuft und mußten sich schließlich fügen. Das schlimmste war dann, daß gerade sie es waren, die ihrer Bürgschaft am spätesten oder gar nicht entledigt wurden, so daß sie mitunter in die bedrängteste Lage geriethen. Gegen diesen Mißbrauch, der nicht blos in Mähren sondern auch in Böhmen und alle übrigen Kronländer drückte, erhoben nun die ersteren Einsprache. Wie gerecht dieselbe immerhin sein mag, so darf doch nicht übersehen werden, daß die Lage des Königs nur eine nicht minder entscheidende Berücksichtigung erforderte. Seine Einkünfte reichten zur Bedeckung der Staatsbedürfnisse nicht hin, er mußte das fehlende durch Anlehen ersetzen, wie sollte er diese beschaffen, wenn ihm Bürgen fehlten? Ueber die Ausgabe des Staates und über die unbedingte Pflicht für die zur Lösung derselben nöthigen Mittel zu sorgen, hatten die Stände des 17. Jahrhunderts noch sehr primitive Begriffe und ihre Politik war vor allem darin konsequent, sich gegen die Anerkennung dieser Pflicht zu sträuben.

Ueberblickt man die Forderungen der Mährer, so ergibt sich, daß sie nach einer völligen Parität mit Böhmen verlangten, da die böhmischen Landesämter auch ihnen zugänglich sein und die Kanzlei jene angedeutete exemte Stellung erlangen sollte. Nur in einem Punkte rührten sie nicht an der Präponderanz der Böhmen, in der Frage bezüglich der Königswahl. Ungleich den Schlesiern, die seit fast hundert Jahren auf der Theilnahme an derselben bestanden, wollten sie die Böhmen ruhig im Genuß ihres Vorrechtes lassen. Man darf jedoch hierin nicht übersehen, daß die Zurückhaltung der Mährer thatsächlich kein so außerordentliches

Opfer war. Thatſächlich hatte das Haus Habsburg Erbrechte auf die böhmiſche Monarchie, die Wahl des betreffenden Erben auf den böhmiſchen Thron war nichts anderes, als eine feierlich gegebene Zuſtimmung zu deſſen Erhebung, die nicht verſagt werden konnte *) Die Theilnahme an einer bloßen Formalität, mochte ſie auch noch ſo bedeutungsvoll ſein, hatte für die Mährer kein ſo hervorragendes Intereſſe. Mehr als eine bloße Formalität war natürlich das Wahlrecht beim Erlöſchen des Königshauſes, allein dieſer Fall war im Jahre 1611 nicht zu erwarten. Und wenn er eintrat, dann konnten die Mährer eine Berückſichtigung ihrer Stimme erwarten, gleichgültig ob ein Privileg hiefür ſprach oder nicht, denn die Stimme eines zahlreichen und kriegstüchtigen Volkes verſchafft ſich immer Geltung. — So viel geht aus der Haltung der Mährer hervor, daß ihren Forderungen keine vor der Hand noch verdeckten und feindſeligen Hintergedanken gegen die Böhmen zu Grunde lagen, ſondern daß ſie bereit waren, wenn ihre Wünſche nach voller Autonomie und Gleichberechtigung befriedigt wurden, treu mit ihnen zuſammenzuhalten und ununterbrochen unter einem Herrſcherhauſe zu leben.

Gleichzeitig mit den Mährern überreichten auch die Schleſier, die Ober- und Niederlauſitzer ihre Beſchwerden und verlangten eine Aenderung ihres bisherigen Verhältniſſes zu Böhmen. Ihre Beſchwerden und Vorſchläge richteten ſich naturgemäß gegen die drei mehrfach genannten Centralämter. Die Schleſier proteſtirten zunächſt gegen die fernere Dauer der bereits angeführten Kanzleimißbräuche. Auch bei ihnen hatte die Kanzlei Schuldnern Moratorien eingeräumt, Verbrecher willkürlich begnadigt, den ordentlichen Rechtsgang durch Evokationen geſtört und ähnliches mehr. Neben der Abſchaffung dieſer und anderer Mißbräuche verlangten die Schleſier, um für die Zukunft vor einer die Rechte ihres Landes verletzenden Wirkſamkeit der Kanzlei bewahrt zu ſein, daß die deutſche Expedition derſelben (die auf Schleſien und die Lauſitz bezügliche) von einem Vicekanzler und mehreren Sekretären beſorgt werde, deren Ernennung ihnen (den Schleſiern) im Verein mit den Lauſitzern zuſtehen ſollte. Ein gleiches forderten ſie bezüglich der Anſtellung der Räthe bei der böhmiſchen Kammer, der ſie alſo eine gewiſſe adminiſtrative Wirkſamkeit auch ferner zugeſtehen wollten. Anders jedoch als die Mährer verhielten ſie ſich gegen das Appellationsgericht. Sie verlangten, daß die Jurisdiktion desſelben

*) Ueber das Erbrecht des Hauſes Habsburg auf den böhmiſchen Thron haben wir den Nachweis in den „Beiträgen zu der Geſchichte des 30-jährigen Krieges“ erſcheinen in den Sitzungsberichten der kaiſ. Akademie der Wiſſ. gegeben.

Google

für Schlesien suspendirt und in diesem Lande ein eigenes derartiges Gericht errichtet werde. *)

Die Ober- und Niederlausitzer schlossen sich den Forderungen der Schlesier mit einigen Unterschieden an. So verlangten sie für sich eine Uebertragung des Appellationsgerichtes, dagegen gesetzlich eine ständige Besetzung desselben durch Lausitzer. Vor allem jedoch forderten sie, es sollten die Landvogtei in der Ober- und Niederlausitz (d. i. der höchste Statthalterposten) nicht mit eingeborenen Böhmen, sondern mit Landsassen besetzt werde. Schließlich begehrten sie die Abstellung einer großen Anzahl umständlich angeführter Beschwerden. **) Geht man auf den Inhalt derselben näher ein, so zeigt sich, daß auch sie die Folge eines ungerechtfertigten erweiterten Einflusses der Kanzlei waren, gegen den die Mährer am entschiedensten protestirt hatten.

Untersucht man die Forderungen der Schlesier, so scheint es auf den ersten Blick, als ob sie nicht weiter gingen als die Mährer. Kämpften sie auch gegen den Fortbestand des gemeinschaftlichen Appellationsgerichtes, so wollten sie doch der böhmischen Kammer eine centrale Bedeutung zugestehen, und bezüglich der Kanzlei schienen ihre Forderungen beinahe mit denen der Mährer zusammenzufallen. Dennoch scheint dies nicht so. Das eigentliche Ziel ihrer Bestrebung war nicht die Anstellung eines Vicekanzlers, der bekannt mit den Verhältnissen Schlesiens dem Kanzler mit Rath und That beistehen konnte, so daß die Entscheidungen mit Sachkenntniß und Gerechtigkeit erfolgen konnten, ohne die Einheit der Kanzlei zu zerreißen. Ihr Bestreben ging vielmehr darauf hinaus, daß der Vicekanzler und das ihm beizugebende von den Schlesiern und Lausitzern allein zu wählende Personale **selbstständig** die schlesischen und lausitzer Angelegenheiten besorgen und der Kanzler auf die Entscheidungen derselben **keinen Einfluß** nehmen sollte. Die **Einheit** der Kanzlei sollte ein Ende nehmen und höchstens nur noch darin bestehen, daß Kanzler und Vicekanzler ihre Geschäfte unter einem Dache verrichten. **Nicht einmal seine Unterschrift** sollte der Kanzler in die Schlesiern bezüglichen Akten setzen dürfen, damit auch der letzte Schein schwinde, als ob Schlesien in irgend einer Abhängigkeit von Böhmen sei. Als bei den Verhandlungen im Laufe der folgenden Jahre die Böhmen erklärten, daß die Sprache der Schlesier im Jahre 1611 nicht so bös gewesen sei, um aus derselben auf die Absicht einer vollständigen Tren-

*) Böhmisches Statthaltereierbot. Schlesische Gravamina dto. 14. Mai 1611.

**) Böhmisches Statthaltereierbot. Gravamina der Oberlausitzer dto. 14. Mai. Gravamina der Niederlausitzer dto. 14. Mai.

Google

nung und auf die thatsächliche Errichtung einer neuen Kanzlei schließen zu können, entgegneten die Schlesier: „solches thäten sie zwar gestehen, daß von keiner absonderlichen Kanzlei damals (1611) Meldung geschehen, dies aber könnten sie wohl mit Gewissen reden, daß es ihre Intention gewesen wäre (nämlich die Errichtung einer eigenen Kanzlei) und (zwar) zu dem Ende, daß sie sich von den Herrn Böhmen ferner nicht regieren lassen, noch unter derselben Gubernament sein wollen.“*) Thatsächlich waren die Schlesier bei dem Entschlusse angelangt, jede wie immer geartete Verbindung mit Böhmen zu lösen, die einzige ausgenommen, daß sie mit diesem Lande noch ferner unter einem und demselben Herrscher stehen wollten. Aber selbst dieses begrenzten sie dahin, daß sie nachgerade erklärten, für sie existire Mathias nur als Herzog von Schlesien und keineswegs als König von Böhmen, Schlesien sei ein deutsches Reichslehen, absolut unabhängig von Böhmen, mit demselben in gar keinem rechtlichen Nexus, jede derartige Behauptung der Böhmen nur Anmaßung und ihre (der Schlesier) feste Absicht sei es, derselben ein Ende zu machen. Diese Gesinnung verdeckten die Schlesier noch theilweise, als sie jetzt mit den Böhmen verhandelten und auf gütlichem Wege das Ziel ihrer Bestrebungen zu erreichen hofften; sie machte sich aber, wie noch berichtet werden wird, in den allerstärksten Ausdrücken Luft, als sie die Vergeblichkeit ihrer Anstrengungen bemerkten.

Es war nun an den Böhmen, auf alle die verschiedenen Beschwerden und Forderungen eine Antwort zu geben, natürlich nicht auf die verdeckten Bestrebungen der Schlesier, sondern auf die offen vorliegenden. Die Kanzleifrage war die Hauptsache. Für die Böhmen gab es zwei Wege: sie konnten ihre Entscheidung treffen auf Grund des positiven Rechtes oder aber von demselben absehen und nach dem Grundsatze: „Gleiche Pflichten, gleiche Rechte,“ eine solche Einrichtung der Kanzlei verschlagen, welche keinem der Länder der böhmischen Krone einen Vorrang einräumte. Daß sie letzteres nicht thaten, findet seine Erklärung in dem gleichen Vorgang aller Völker. Weder ein Volk noch ein Bruchtheil desselben steigt freiwillig von der Höhe herab, zu der es in Folge Jahrhunderte langer Anstrengung und glücklicher Zufälle gelangt ist. Auch mußten sie in der Haltung der Mährer und Schlesier gegen die zeitweise Berufung der Generallandtage mit Recht ein Streben erblicken, welches keineswegs auf eine billige Reform als vielmehr auf die Sprengung derjenigen Bande, welche die Länder der böhmischen Krone zu einem Ganzen innerlich verknüpften, hinzielten. Von dem Standpunkt ausgehend, daß sie im Besitze wohler-

*) Verhandlungen über die Kanzlei im J. 1616 — im böhm. Statthaltereiarchiv.

Google

vorbener und durch langen Gebrauch gesetzliger Rechte sich befänden, b-
19 Mai 1611 antworteten die Böhmen die Beschwerden und Forderungen der sämmtlichen inkorporirten Länder abweisend *). Die Aufregung, welche sich der ganzen bemächtigte, war keine geringe und äußerte sich zunächst darin, daß sie in neuen Schriften ihren Standpunkt mit um so größerer Energie verfochten und noch dringender die Abstellung der gerügten Beschwerden verlangten. Mittlerweile nahte der zur Krönung bestimmte Tag; schon hatte selbst Rudolf zu derselben seine Zustimmung gegeben und noch war zwischen den Böhmen und den übrigen Mitgliedern des Generallandtags weder ein Ausgleich getroffen worden, noch Aussicht zu einem solchen vorhanden. Indessen legten die Vertreter Schlesiens und der Lausitz um ihre Angelegenheit wollen kein Veto gegen die Vornahme der Krönung ein, sondern beschlossen die Verhandlungen nach derselben wieder aufzunehmen, nur die Mährer wollten mindestens die Kanzlerfrage vor der Krönung entschieden wissen. Noch am Krönungstage selbst verlangten sie von den Böhmen die Gewährung ihrer darauf bezüglichen Forderung; die Verhandlung zog sich bis in die Mittagszeit hinein, bis schließlich die Beredtsamkeit der Mährer und insbesondere auch Zerotins Ansehen den Sieg davon trug. Die Böhmen mußten sich, wiewohl „sehr ungern", dazu verstehen, im Einverständnisse mit den Mährern vier Personen zu bezeichnen, aus denen sich der Kanzler zur Besorgung der mährischen Angelegenheiten einen Vicekanzler wählen sollte. **) Dies war das Resultat elftägiger Verhandlungen bis unmittelbar vor der Krönung.

Nach der Krönung wurden dieselben neuerdings aufgenommen und zunächst mit Mähren zu Ende geführt. Die Böhmen trugen jetzt den Wünschen ihrer nächsten und stammverwandten Nachbarn weitgehende Rechnung und so ward am 26. Mai ein Vertrag bestehend aus 30 Artikeln abgeschlossen, der das künftige Verhältniß zwischen Böhmen und Mähren bestimmte. ***) Die vollständige Autonomie Mährens in Bezug auf Administration, Finanzen und Justiz wurde darin festgesetzt und nur bezüglich des Appellationsgerichtes zugegeben, daß es auch ferner die höhere Instanz für die Stadtgerichte bilden solle. Bezüglich der Kanzlei, der von alten Mißbräuchen zu reinigen sei, ward bestimmt, daß dem Kanzler ein Vi-

*) Während dieses ganzen Streites wurden zwischen den Böhmen einerseits und den Mährern, Schlesiern und Lausitzern andererseits über 40 Streitschriften mehr oder minder bedeutenden Umfang gewechselt. Diese Streitschriften, theils im böhmischen Statthaltereiarchive, theils das Hofkriegsrathsarchiv für unsere Darstellung

**) Darüber die Prager Zeitungen. MS. im Wiener Staatsarchive 91.

***) Böhmisches Statthaltereiarchiv. Vertrag zwischen den Böhmen und Mähren v. 26. Mai 1611.

Google

kanzler zur Seite zu stehen habe, zu dessen Anstellung die mährischen Stände ihre Genehmigung geben und in dessen Ressort die mährischen Angelegenheiten fallen sollten. Es verstand sich jedoch, daß der Kanzler das Haupt der Kanzlei bleiben sollte. Mit diesem Vertrage, der die Mährer mit freudiger Genugthuung erfüllte, waren auch die Böhmen nachgerade zufrieden. Wie bedeutend bei letzterm die Stimmung zu Gunsten der Mährer mittlerweile umgeschlagen hatte, beweist namentlich der 27. Artikel des Vertrags, welcher bestimmte, daß in Bezug auf die Bekleidung der höchsten Landesämter volle Reciprocität zwischen Böhmen und Mähren zu herrschen habe, daß also die einen wie die andern, wenn sie nur im Nachbarlande begütert waren, zu den Landesämtern Zutritt haben sollten. Da dieser Vertrag offenbar auch für Mathias von höchster Wichtigkeit war, indem er in die Rechte, welche Rudolf durch die Kanzlei bisher ausgeübt hatte, eingriff, so bedurfte er zu seiner Giltigkeit auch des neuen Königs Sanktion. Jetzt zeigte sich, daß die bisher geübten Prärogative der Kanzlei für denselben eine noch größere Bedeutung hatten als für die Böhmen, denn trotzdem, daß die letzteren in ihre Schmälerung und in eine gesetzliche Bestimmung derselben sich gefügt hatten, wollte Mathias nichts davon wissen und verwarf die ihm zugemuthete Bestätigung des Vertrages. Beinahe zwei Jahre lang dauerte deshalb zwischen ihm und den mährischen Ständen, die unablässig diese Bestätigung betrieben, der Streit hierüber, bis Mathias endlich im Beginn des Jahres 1613 nachgab.*)

Den Verhandlungen mit Mähren folgten darauf die mit Schlesien. Gegen diese zeigten sich die Böhmen keineswegs so nachgiebig wie gegen die Mährer. Bezüglich der augenscheinlichen Mißbräuche, welche sich bei der Kanzlei auch in der Behandlung der schlesischen Angelegenheiten eingeschlichen hatten und auf die hier bereits hingewiesen worden, sprachen sich zwar die Böhmen mißbilligend aus und boten zu ihrer Beseitigung die Hand, dagegen wollten sie nichts von einer Bewilligung jener Forderungen der Schlesier wissen, welche das bisherige staatsrechtliche Verhältniß derselben zu dem Stammlande verrückt hätten. Nach mancherlei Verhandlungen kam endlich eine Art Ausgleich am 7 Juni zu Stande. 1611
Die Mehrzahl der von den Schlesiern erhobenen Beschwerden untergeordneter Bedeutung wurden durch denselben beseitigt, und jene Punkte, bezüglich deren keine Einigung erzielt werden konnte, genauer präcisirt. Diese Punkte sind aber gerade die wichtigsten, sie betrafen die Kanzlei, die Kammer, das Appellationsgericht und die Generallandtage. Bezüglich der Kanzlei wird in dem Ausgleiche erzählt, daß die Schlesier verlangt hätten, es solle ihnen

*) Brandl. Der mährische Landtag von 1612.

Google

die Wahl eines Vicekanzlers und zweier Räthe, die sich mit den schlesischen und Kanzleigeschäften zu befassen hätten, überlassen werden. Die Entgegnung der Böhmen auf diese Forderung lautete dahin, daß eine Umgestaltung der Kanzlei in der Weise, wie sie die Schlesier verlangten, Sache des Königs sei, bei ihm müßten derselben die Gewährung ihrer Forderung betreiben. — Diese Sprache wurde zum erstenmale von den Böhmen geführt und stimmte gar nicht mit früheren Reden überein, nach denen die Besetzung des Kanzleipersonals dem Kanzler überlassen wurde, sie kann auch keineswegs mit dem Ausgleiche übereinstimmen, der mit den Mähren getroffen worden. Vom gedrängt von den letzteren hatten die Böhmen, wie erwähnt worden, dieselben nicht erst an den König gewiesen, sondern sich mit der Machtvollkommenheit mit ihnen über die Anstellung eines mährischen Vicekanzlers verglichen. Wie kam es nun, daß die Böhmen mit einemale die Entscheidung über eine so wichtige Angelegenheit aus der Hand gaben? Die Ursache hievon ist in nichts anderem zu suchen, als weil sie annahmen, der König werde ohne die Zustimmung seiner böhmischen Räthe keine Entscheidung treffen und sie demnach noch immer in der Lage sein, der Schlesiern entgegenzutreten. Daß unsere Angabe keine bloß Vermuthung ist, bestätigen die folgenden Ereignisse.

In gleicher Weise wie die Kanzleifrage ward auch die Kammerfrage in dem Vergleiche nicht sowohl gelöst, als vielmehr präcisirt. Nachdem abermals erzählt worden, daß die Schlesier die Anstellung einiger Kammerräthe, denen die schlesischen Angelegenheiten übertragen werden sollen, in Anspruch nähmen, wurde von Seite der Böhmen entgegnet, daß die Genehmigung dieses Wunsches in Seiner Majestät Hand liege. Die Forderung der Schlesier nach einem eigenen Appellationsgerichte lehnten die Böhmen ab, aber sie gaben zu, daß fortan fünf Räthe des Appellationsgerichtes aus den Schlesiern aus Vorschlag präsentirt werden dürften, denen dann die Besorgung der Prozesse ihrer Landsleute übertragen werden sollte. Endlich kam auch die Anwesenheit der Generallandtage in dem Vergleiche zur Sprache. Schon im Laufe der letzten Wochen hatten die Schlesier ihre Unzufriedenheit mit den Generallandtagen ausgesprochen, jetzt verlangten sie als Sicherheit, daß grundsätzlich und durch ein von den Böhmen auszustellendes „Diploma" erklärt werde, daß die Beschlüsse des Generallandtags für Schlesien keinerlei Verbindlichkeit haben sollten, wofern nicht die Fürsten und Stände Schlesiens nachträglich ihre Zustimmung zu denselben gegeben hätten. Die Böhmen lehnten diese Forderung, die den Generallandtag zu einer bloßen Gesandtenkonferenz gemacht hätte, ab. Da der Ausgleich seinem erzählten Inhalte nach bloß das Resultat der Verhandlungen eines Ausschusses des böhmischen Landtags mit den schlesischen Deputirten war, so

ward noch am Ende bestimmt, daß zu dessen Giltigkeit die Ratifikation des Königs und der böhmischen Stände erforderlich sein solle. Wir bemerken gleich jetzt, daß diese Ratifikation weder von den böhmischen Ständen noch von Seite des Königs erfolgte.*) Die Schlesier, unzufrieden mit dem Gebotenen, bemühten sich nicht, dieselbe zu erlangen, sondern waren entschlossen ihre Angelegenheiten mit Uebergehung der Böhmen selbstständig mit dem Könige zu verhandeln. Wir werden später sehen, mit welchem Erfolge.

Am gleichen Tage wie mit den Schlesiern, ward auch mit den Ober- und Niederlausitzern ein Vergleich geschlossen. Da sich die letztern mit ihren Forderungen großentheils an die der Schlesier anschlossen, so ward ihnen meistens dieselbe Antwort zu Theil, so daß die Lausitzer nur bezüglich des minder wichtigen Theils ihrer Wünsche befriedigt wurden. In der wichtigsten Angelegenheit, der wegen der Landvogtei in der obern und niedern Lausitz, beharrten die Böhmen bei ihrer frühern Entscheidung, daß nämlich dieselbe auch fürderhin nur mit Böhmen besetzt werden dürfe. Den Lausitzern wurde es freigestellt, allfällige Ansprüche auf diese Aemter, wenn sie solche rechtlich erweisen könnten, bei einem Gericht anhängig zu machen.**)

III

Schon gleich im Beginne der Streitigkeiten, die sich zwischen den Böhmen und den übrigen Kronländern entspannen, hatte sich Rudolf der Hoffnung hingegeben, daß dieselben für ihn von Nutzen sein und seinen Sturz hintanhalten würden. Er beschloß sich deshalb an die Schlesier und Lausitzer zu wenden, um sie durch Versprechungen zu gewinnen. In einer Zuschrift an dieselben klagte er, daß er zur Landtagsproposition nur mit Gewalt und Drohungen gezwungen worden und gewiß dieselbe anders gefaßt haben würde, wenn er auf ihre Ankunft hätte warten können.***) Wäre seine Regierung nicht gänzlich diskreditirt gewesen, so würde es

*) Wir erfahren dies aus den folgenden im Jahre 1618 gepflogenen Verhandlungen, die sich im böhm. Statthaltereiarchiv befinden.

**) Wir können hier im Texte nicht die fernere Entwicklung des Streites zwischen Böhmen und Schlesien in der Kanzleifrage erzählen, denn derselbe spann sich bis in das Jahr 1618 fort und beweist unsern Satz, den wir Eingangs des zweiten Bandes dieses Werkes aufgestellt haben, daß die Schlesier es auf eine vollständige Trennung von Böhmen abgesehen hatten. Da der Gegenstand zu wichtig ist, als daß wir ihn hier übergehen könnten, so haben wir am Schlusse dieses Werkes in der Beilage die weitere Entwicklung des Streites bis zum Jahre 1616 erzählt.

***) Hurter VI 685. Beilage 254.

Google

ihm ein leichtes gewesen sein, an den Schlesiern und Lausitzern durch Gewährung ihrer Forderungen eine Stütze zu finden. Was er aber in dieser Beziehung auch immer denselben noch weiter anbieten mochte, sie wollten nichts von einer Verkettung ihres Schicksals mit dem seinigen wissen. Seine einzige Stütze bildeten die Gesandten von Sachsen und Kurmainz, die mittlerweile in Prag angelangt waren und in Namen ihrer Herren für den Kaiser eintraten. Zuniga, der sich keine übertriebene Ruhe gab, um des letzteren Herrschaft aufrecht zu erhalten, suchte seinen Einfluß nur in soweit geltend zu machen, um eine gleichsichere Lösung Rudolfs herbeizuführen. Er setzte deshalb den Erzbischof Khlesl schon zur Rede, daß man den Kaiser als einen Gefangenen behandle und ihm nicht einmal die Prager Burg zur Residenz gönnen wolle, aber der kluge sachte der Gesandte vorläufig auf die Verhandlungen nicht einzuwirken.

Die sächsischen Gesandten Dr. Gerstenberger und Wolf von Nötichau waren von dem Kurfürsten Christian II nicht bloß an Rudolf und Mathias, sondern auch an die böhmischen Stände und die in Prag versammelten Ausschüsse der übrigen Erbländer abgeschickt. Sie begannen
1611 am 29. April ihre Verhandlungen mit einigen der wichtigsten Ratgeber des Königs Mathias, mit Khlesl, Meggau, Zerotin, Rosenstein und Lichtenstein. Khlesl eröffnete die Konferenz mit einer Auseinandersetzung der gegenwärtigen Verhältnisse, in der er den Beweis zu liefern suchte, daß das, was in Böhmen vorgehe, eine Sache sei, die außer Rudolf, Mathias und die böhmischen Stände Niemanden angehe und daß der Kurfürst auf Reichswegen sich in dieselbe nicht einzumischen habe. Die sächsischen Gesandten suchten das Gegentheil nachzuweisen und verlangten, daß Rudolf sich mit der Krönung begnüge, Rudolf aber auch wie vor die Regierung im Lande führe. Khlesl wies mit wohlberechtigtem Spotte diese Zumuthung ab, indem er lachend sagte, „wenn die Deutschen den Rudolf so malträtiert worden, daß sie noch Lust hätten, länger unter seiner Herrschaft zu leben, so wolle man ihnen denselben gönnen.“*) In einer Besprechung
Juli wurde die Tags darauf Gerstenberger und Lütichau mit Rosenstein, der im Auftrage des Königs bei ihnen erschien, hatten, hielten sie unverrückt an ihrem Standpunkte fest und brachten sogar einen detaillirten Vermittlungsvorschlag vor. Der Vertrag vom 30. September 1610 sollte in seiner Geltung bleiben, den Rudolf und Mathias eidlich bekräftigt und dazu die Bürgschaft einiger Monarchen, darunter des Königs von Spanien, angerufen werden. Unter dieser Bedingung sollte Mathias alsbald gekrönt und der

*) Lünigianæ 249. 250. Zuniga an Philipp III dto. 25. April 1611.
**) Sächs. Staatsarchiv. Passauer Einfall 2, 275.

Google

ſten Kronbeamten nicht nur dem Kaiſer, ſondern auch ihm eidlich verpflichtet ſein. Der Sinn von allem war der, daß Rudolf nach wie vor im Beſitz der Regierung bleiben ſollte.*)

Am 1. Mai hatten die Geſandten abermals eine Konferenz mit des Mathias Vertretern. Khleſl unterzog ſich der undankbaren Mühe nachzuweiſen, daß man eigentlich keinen Grund habe, ſich des Kaiſers anzunehmen, alles geſchehe „moderate“ und „modo legitimo“, der Kaiſer und der König hätten ſich bereits verglichen und erſterer habe ja ſchon der Regierung entſagt. Worüber noch unterhandelt werden könne, das ſeien nur die Nebenbedingungen. Zerotin, der auch zugegen war, und das Wort ergriff, ſtützte ſich nicht auf derartige gleißneriſche Argumente, ſondern gab offen zu, daß man dem Kaiſer Gewalt anthue, aber er rechtfertigte dieſes Vorgehen, indem er mit einigen ſcharfen Zügen deſſen Regierungsweiſe charakteriſirte.**)

Gleichzeitig mit dieſen vergeblich zu Gunſten des Kaiſers geführten Verhandlungen knüpften die ſächſiſchen Geſandten ähnliche mit einigen Wortführern unter den böhmiſchen Ständen an. Chriſtian II hatte ſie deshalb an Schlick, Thurn, Colonna von Fels und Wilhelm von Lobkowitz gewieſen, dieſen auch ſelbſt in einem eigenen Schreiben eine beſſere Behandlung des Kaiſers empfohlen.***) Allein weder vertraulich angeknüpfte Unterhandlungen mit den genannten Parteihäuptern, noch eine öffentliche Audienz, welche der böhmiſche Landtag den ſächſiſchen Geſandten ertheilte, hatten das gewünſchte Reſultat. Thurn verſicherte im Zwiegeſpräch, daß die Stände geneigt wären, der Vermittlung des ſächſiſchen Kurfürſten, eines ihnen werthen Nachbars, Rechnung zu tragen, aber der Paſſauer Einfall habe jede Möglichkeit einer weitern Transaktion mit dem Kaiſer abgeſchnitten.†) Ob der Geſandte des Kurfürſten von Mainz, Brömer, welcher gleicherweiſe den Auftrag hatte, bei den Ständen die Intereſſen des Kaiſers zu vertreten, in einer öffentlichen Sitzung dies that, iſt uns nicht bekannt; es ſcheint jedoch nicht der Fall zu ſein, da er durch das Schickſal der ſächſiſchen Anträge und durch eigene Erfahrung die Erfolgloſigkeit aller nach dieſer Richtung hin abzielenden Beſtrebungen kennen lernte. Am ſelben Tage, an welchem die Sachſen im Landtage auftraten,

*) Sächſ. Staatsarchiv. Die ſächſ. Geſandten an den Kurfürſten ddo. 29. April — 1. Mai 1611.

**) Sächſ. Staatsarchiv. Gerſtenberger und Pünichen an Kurſachſen ddo. 22. April — 2. Mai 1611.

***) Sächſ. Staatsarchiv. Chriſtian II an Schlick, Thurn, Fels und Wilhelm von Lobkowitz ddo. 1/11. April.

†) Die ſächſ. Geſandten an Chriſtian II ddo. 27. April/7. Mai 1611.

Google Original HARVARD UN

hatte Brömſer eine Unterredung mit Wenzel Ruſch, der ihm in ſeiner derben Weiſe ſagte, man wundere ſich nicht wenig, daß ſich die deutſchen Fürſten „unterſtürden", in die böhmiſchen Angelegenheiten ſich einzumiſchen. Als der Geſandte nach der Gewohnheit jener Zeit ein langes und breites zuſammenſchwatzte, daß die Stände „vor Gott, der Poſterität, dem heiligen römiſchen Reich und der ganzen Welt ihr Auftreten gegen den Kaiſer nicht würden verantworten können", äußerte ſich Ruſch in ähnlicher Weiſe wie Khleſl einige Tage vorher gegen die ſächſiſchen Geſandten: „Wenn dem Reiche mit einem ſolchen Herrn und Regenten ſo wohl gedient ſei, ſo ſolle man ihn nur hinnehmen und behalten, ſo lange man könne, ſie, die Böhmen, begehrten ſeiner nicht mehr und könnten ſeiner wohl entraten." Uebrigens wiſſe man, ſetzte Ruſch hinzu, in Böhmen gut, wie die Dinge im Reiche ſtünden, und mache ſich alſo keine Sorgen. Darauf entgegnete der Geſandte mit lächerlicher Geſpreiztheit: „dem heiligen römiſchen Reiche ſtünden Gottlob noch Mittel und Vermögen zu Gebote, ihr von Gott vorgeſetztes und durch ordentliche Wahl berufenes Haupt mit deſſen Perfectionibus und Imperfectionibus zu unterhalten und ſich mit demſelben zu gronden." Mit dieſer Androhung einer Reichsintervention zu Gunſten des Kaiſers nahm das Zwiegeſpräch ein Ende. *)

Der Kaiſer, der ſeine Hoffnungen auf jeden Strohhalm ſetzte und folglich von den Verhandlungen der Diplomaten ein Reſultat erwartete, war nicht wenig beſtürzt, als er die Nachricht von der Fruchtloſigkeit ihrer Bemühungen erhielt. Am 7. Mai lud er die Geſandten zu einer gemeinſamen Berathung ein, an der auch der Herzog von Braunſchweig, der Landgraf von Leuchtenberg und Mollard theilnahmen. Als die Verſammlung vollzählig war und der Kaiſer in derſelben erſchien, ergoß er ſich in bittere Klagen, ſo daß ſich die Anweſenden kaum ihrer Thränen erwehren konnten. „Ich habe," ſagte er dann, „ein beſonders gutes Vertrauen zu den Kurfürſten von Mainz und von Sachſen und zu Euer Liebden (dem Herzog von Braunſchweig), darum will ich euch mein Anliegen entdecken, denn die Noth lehrt mich reden. Ihr Landgraf habt geſagt: Wenn ihr jetzt mal (1608) bei mir geweſen wäret, ich ſollte die ungariſche Krone wohl behalten haben; jetzt wollt ihr mir die böhmiſche Krone von meinem Haupte nehmen und dem Mathias aufſetzen." Der Landgraf erwiderte erſchrocken: „Allergnädigſter Kaiſer, ſollte ich das thun?" Rudolf entgegnete, indem er auf Mollard und Leuchtenberg hinwies: „Ihr beide." Der Landgraf bat auf dies um ſeinen Abſchied und wollte wiſſen, wer ihn ſo ver-

*) Münchner Staatsarchiv 542/20, 25. Protokoll der Mainzer und ſächſ. Geſandten über die Prager Tractation. —

Google

leundet habe; Mollard ſchwieg bei der Anſchuldigung. Der Kaiſer fuhr abweiſen weiter fort. „Ihr müß mich recht verſtehen, ihr habt mich mit der Landtagsproposition überrilt" Und man erzählte er, daß „man ihm keinen Tag Zeit zum Nachdenken gegeben und wie er habe eſſen wollen, ſo habe Barwitius die Schrift in ſeine Hand geſtogen und er habe unterſchreiben müſſen.“*) Er verlangte zuletzt, die Anweſenden ſollten ihren Einfluß aufbieten, daß des Mathias Krönung überhaupt nicht ſtatthabe, oder wenigſtens auf vier Monate verſchoben werde und wenn dies nicht möglich ſei, ſo ſolle man Anſtalten zu ſeiner Abreiſe nach Regensburg treffen.

Der Herzog von Braunſchweig war der einzige, der das Wort ergriff und dem Kaiſer geradezu ſagte, die Aufſchiebung und Verhinderung der Krönung ſei nicht möglich. Er theilte ihm mit, daß ſeit acht Tagen in der Domkirche Vorbereitungen und Bauten zu dieſem Zwecke vorgenommen würden. Der Kaiſer, der dies zu ſeiner nicht geringen Beſtürzung erſt jetzt erfuhr, führte nichtsdeſtoweniger eine Menge Gründe an, um derentwillen die Krönung dennoch nicht ſtattfinden dürfe: noch hätten die Böhmen die Bedingungen ſeiner Verzichtleiſtung nicht unterzeichnet, noch habe er ſie nicht ihres Eides entbunden. „Erlauben es," fuhr er weiter fort, „die Landesgeſetze, daß ein König in ſeiner Regierung turbirt werde? Was haben die Paſſauer ſo außerordentliches gethan? Sie haben geraubt, die Oeſterreicher ſtehlen, jene haben die Kleinſeite eingenommen, dieſe das Schloß und halten mich gefangen. Die Dinge müſſen ein Ende nehmen, ich kann das ewige Trommeln, Trompeten und Schießen nicht hören, es iſt für mich Gift und bringt mich ums Leben. Was ſoll ich allhier machen, ſoll ich etwa des Mathias Gubernator ſein? Ich achte es nicht mehr werth, hier zu bleiben, das Leben iſt mir lieber" So erhitzte er ſich allmälig in ſeiner Rede, denn während er urſprünglich in Böhmen bleiben und die Regierung feſthalten wollte, ſchien er zuletzt den Ueberdruß ergriffen und ſprach nur von der Abreiſe. Der Herzog von Braunſchweig widerriet auch die Abreiſe, da ſie leicht dem Kaiſer ſchimpfliche Mißhandlungen vom Volke zuziehen könnte. Als derſelbe aber nichtsdeſtoweniger an ihr feſthielt, frug ihn der Herzog, ob er die Krönung ſeines Bruders geſtatten würde, wenn er auch weiterhin die Regierung in Böhmen führen dürfte und ob er unter dieſer Bedingung ſeinen Bruder zur Nachfolge im Reiche den Kurfürſten empfehlen würde; die letztern könnten ja doch thun, was ſie wollten. Die Antwort des Kaiſers auf die-

*) Dieſe Scene erzählen die Kſächſ. Geſandten ganz in obiger Weiſe in einem Schreiben vom $\frac{\text{28. Apr.}}{\text{8. Mai.}}$ 1611 an den Kurfürſten von Sachſen im ſächſiſchen Staatsarchiv.

Google Digitized from HARVARD UNIVE

sen Vorschlag ist charakteristisch: „Es würde ihm," erwiederte er, „schwer ankommen, wenn man im Reiche diese Händel ungestraft lassen kann, das würde ihm ein nagender Wurm am Herzen sein." Mit dem Worten „Ich will den Dingen weiter nachdenken" entließ er die Versammelten, nachdem er ungefähr anderthalb Stunden mit ihnen verhandelt.*) — Man sieht, des Kaisers Ueberdruß an der Regierung von Böhmen war nun ein vorgeschützter, seine Seele war nur von einem Wunsche und zwar dem nach Herrschaft erfüllt. Alles, was er im Widerspruche damit behauptet, war entweder Folge einer momentanen Aufregung oder Verstellung.

Den Tag nach dieser Berathung, die eigentlich keinen Beschluß zur Folge hatte, suchten die Böhmen eine Audienz zu erhalten, um dem Kaiser ihr Antwort auf die Bedingungen seiner Resignation zu überreichen. Der Wortlaut derselben ist uns nicht bekannt, sie wird jedoch dem Inhalt nach so ziemlich mit jener übereinstimmen, welche von den Böhmen schon am 18. April verfaßt worden und die wir eingehend skizirt haben. Hinzugefügt war diesmal noch die Bitte, der Kaiser möge die Böhmen, Schlesier und Lausitzer ihres Eides entbinden. Der Betrag der jährlichen Pension wurde in dieser Eingabe auf die Summe von 100.000 Thaler festgesetzt.**) Der Kaiser empfing die ständische Deputation erst am 9. Mai und versprach ihr eine baldige Antwort. Er berief deshalb die ihm übriggebliebenen Geheimräthe und die Gesandten zu einer abermaligen Berathung: 11 Mai 1611 der Herzog von Braunschweig fehlte wegen Unwohlseins bei derselben. Diesmal ergriffen die sächsischen Gesandten das Wort, sie widerriethen dem Kaiser in die Wünsche der Böhmen einzugehen und empfahlen ihm einen Aufschub zu begehren. Sie stellten ihm vor, die Forderungen der Böhmen seien derart, daß er, ohne eine „schwere Verantwortung gegenüber den Ständen des heiligen römischen Reiches" auf sich zu laden, derselben nicht ohne weiteres eingehen, sondern sich Rathes bei mehreren Fürsten namentlich bei dem Könige von Spanien erholen müsse. Hätten die Böhmen bei vier Wochen Zeit gebraucht, bevor sie dem Kaiser auf seine Bedingungen eine Antwort gegeben, so dürfe er hinwiederum auch von ihnen eine Frist von „etwa 6 Monaten" begehren, um mittlerweile den Rath seiner Freunde und des kurfürstlichen Collegiums zu vernehmen. Aus denselben Gründen rieten sie auch dem Kaiser ab, seine Unterthanen ihres

*) Sächs. Staatsarchiv. Die Sächs. Gesandten an Christian II dto. $\frac{17}{7}\frac{\text{Jan.}}{\text{Mai}}$ 1611. — Münchner Staatsarchiv. 562/20. 25. Protokoll der Mainzer Gesandten über die Prager Transaktionen.

**) Wir schließen auf diese Summe, weil später Verhandlungen stattfanden, um die Pension des Kaisers von 100.000 Thalern auf 120.000 zu erhöhen. Es müssen also jetzt 100.000 angeboten worden sein.

Google

Eides zu entbinden. Die Geheimräthe stimmten der Meinung der sächsischen Gesandten bei und schlugen nur vor, den Böhmen eine vorläufige ausweichende Antwort zu geben.*)

Bevor noch die Abfassung dieser dilatorischen Antwort zu Stande kam, bedrohten die Böhmen, ungeduldig seit zwei Tagen keinen Bescheid erhalten zu haben, dem Kaiser, daß, wofern er sie nicht des Eides entbinden werde, sie auch ohne dies die Krönung vornehmen würden. Eine aufschiebende Antwort hatte demnach keine Aussicht auf Erfolg. Im Auftrage des Kaisers fand abermals eine Berathung der Geheimräthe und Gesandten statt, an der diesmal wieder der Herzog von Braunschweig sich betheiligte. Rudolf, der nicht zugegen war, ließ an die Versammelten die Frage richten, ob es nicht zweckmäßiger sei, die Verhandlungen mit Mathias aufzunehmen, um so bessere Bedingungen zu erlangen. Mathias habe vor seiner Ankunft in Böhmen ausdrücklich erklärt, er komme nicht in feindseliger Absicht, er sei an diese Zusage zu erinnern und zu fragen, wie er sich ihr gemäß benehmen wolle. Die Versammlung beschloß auf diese Mittheilung, noch am selben Tag eine Deputation aus ihrer Mitte[12 Ma.] an Mathias abzuordnen und ihn zu fragen, wie er sein Versprechen einzuhalten gedenke.**) Der Herzog von Braunschweig und die sächsischen Gesandten, die um ihren Anschluß an diese Deputation ersucht wurden, lehnten die Theilnahme ab und so ward bestimmt, daß sich nur die Räthe des Kaisers zu Mathias verfügen sollten. Hiebei sollten sie ihm eine Schrift überreichen, in der neben der obigen Frage auch der Wunsch ausgedrückt war, daß die Krönung auf sechs Monate verschoben werden möge.***)

Von der Uebergabe dieser Schrift und der Absendung der Deputation kam es indessen plötzlich ab, und zwar in Folge eines Druckes, den die böhmischen Stände auf die Geheimräthe ausübten. Die Stände bemerkten mit steigender Erbitterung, daß der Kaiser die bereits zugestandene Resignation in Frage stellen wolle. Indem sie in seinen Rathgebern die Ursache dieser veränderten Gesinnung suchten, beschlossen sie auch auf diese zunächst einzuwirken. So wie sie früher den Herzog von Braunschweig durch eine Deputation bedroht hatten, so fanden sich auch jetzt bei den Geheimräthen einige Personen aus ihrer Mitte ein, welche denselben zu verstehen gaben, daß es sich um ihre Sicherheit handle, wenn der Kaiser noch län-

*) Sächs. Staatsarchiv. Der sächs. Gesandte an Christian II ddo. $\frac{29. \text{ Apr.}}{9. \text{ Mai.}}$ 1611 und 1/11 Mai.

**) Sächs. Staatsarchiv. Hasenauer Extract 2, 560. Der sächs. Gesandte an Kursachsen ddo. 2/12. Mai 1611.

***) Sächs. Staatsarchiv. Die sächs. Gesandten an Kursachsen ddo. 3/13. Mai 1611

Google

ger widerſtrebe.*) Solche Argumente verfehlten natürlich nicht ihre Wirkung und die Geheimräthe mögen das ihrige gethan haben, um wiederum den Kaiſer einzuſchüchtern. Ob ſich derſelbe dadurch beſtimmen ließ oder ob noch andere Einflüſſe bei ihm ſich geltend machten, iſt nicht bekannt, ...Gewiß iſt nur, daß Rudolf am andern Morgen den Herrn von Trautenberg und Mollard den Auftrag gab, ſich zu Mathias zu verfügen und ihm mitzutheilen, daß er die Krönung geſtatten wolle, wenn ihm ein Aufſchub bis zum Pfingſtmontag d. i. bis zum 23. Mai zugeſtanden werde. Die dazwiſchenliegenden Tage ſollten nur zur definitiven Feſtſetzung der ihm für ſeine Reſignation einzuräumenden Bedingungen benutzt werden. — Während Mathias dieſem Begehren nachgab, forderten die böhmiſchen Stände, daß der Kaiſer die ihrem Schluſſe entgegenlaufenden Verhandlungen mit den in Böhmen befindlichen Paſſauern dadurch unterſtütze, daß er jeden mit der Acht bedrohe, der ſich der Abdankung widerſetzen würde. Die Geheimräthe empfahlen dem Kaiſer die Erfüllung dieſer Bitte und dieſer geſellte ſich ihrer Anſicht bei. Als die Geſandten am Abend desſelben Tages erfuhren, welche wichtigen Beſchlüſſe inzwiſchen ohne ihre Zuziehung gefaßt worden, wunderten ſie ſich ebenſo ſehr über dieſelben, wie ſie ſie tadelten.**) Namentlich mißbilligten ſie die in Ausſicht geſtellte Achtserklärung gegen die Paſſauer mit der Bemerkung, der Kaiſer werde am Ende den Ständen noch nachgeben, wenn dieſelben die Achtserklärung eines Kurfürſten von ihm verlangen würden. Mit dieſem ſo entſchiedenen Tadel einer Maßregel, zu der ſich Rudolf längſt hätte entſchließen ſollen, ſetzten die Geſandten der Thorheit ihres Betragens vollends die Krone auf. Denn den König Mathias und die Böhmen mit dem Zorne des Reiches bedrohen, alles Ernſtes einen Aufſchub der Krönung auf ſechs Monate verlangen und zuletzt noch von freien Stücken — nicht auf den Befehl ihrer Herren — die Abdankung der Paſſauer tadeln, das zeugte fürwahr von Blödſinn.

Da der Kaiſer ſich zur Reſignation wieder entſchloſſen hatte, ſo nahmen die Verhandlungen wegen der ihm zu leiſtenden Entſchädigung, ſowie die wegen ſeiner künftigen Reſidenz einen lebhafteren Gang. Rudolf konnte ſich indeſſen bald überzeugen, daß für dieſe Unterhandlungen weder ſeine Geheimräthe als Partei, noch die Mainzer und ſächſiſchen Geſandten wegen ihrer bisherigen Oppoſition gegen des Mathias Erhe-

*) Münchner Staatsarchiv. 512/20. 20. Protokoll der Prager Transaktion.

**) Münchner Staatsarchiv. 512/20. 20. Protokoll über die Prager Transaktion. — Sächſ. Staatsarchiv. Die ſächſ. Geſandten an ihren Herrn dda. 5/15. Mai.

Google

bung paſſende Werkzeuge ſeien und er erinnerte ſich wieder der Anweſenheit Zuñiga's, der für dieſe Art der Unterhandlungen wie geſchaffen war. Er berief ihn deshalb zu ſich und forderte ihn auf, bei dem Könige ſeinen Intereſſen zu vertreten. Er ſollte dem letztern vorſtellen, wie es ſeine Pflicht ſei, den Kaiſer als den ältern Bruder zu achten, nachdem er ihm eine Krone nach der andern entriſſen habe. „Ja eine Krone nach der andern entriſſen", ſo wiederholte Rudolf ſelbſt ſeine letzten Worte. Zuñiga entgegnete, daß er gern bereit ſei, ihm aufrichtig zu dienen und berief ſich dabei auf ſeine Haltung in der Paſſauer Angelegenheit, in der er wie jene Maßregeln empfohlen habe, die zuletzt des Kaiſers Ruin herbeigeführt. Er verlangte jedoch als Bedingung für ſeine Theilnahme an den Verhandlungen, daß der letztere nicht mittlerweile ſeine Entſchluſſe ändere und durch andere Maßregeln durchkreuze. Rudolf erwiderte, daß er ſich bereits der Geſandten von Mainz und Sachſen bedient habe und daß er nicht umhin könne, ſich auch ferner ihrer Dienſte zu bedienen. Zuñiga erklärte darauf deutlicher, daß er nichts gegen die weitere Benützung der genannten Geſandten einzuwenden habe, wohl aber dagegen, daß Perſonen von niederer Beſchäftigung und geringem Stande auf die Verhandlungen einen Einfluß nehmen dürften. Damit berührte Zuñiga ein Verhältniß, das in dieſer Zeit zu ſehr in den Vordergrund trat, als daß ein Vertreter Philipps III daſſelbe mit Stillſchweigen übergehen konnte. Mehr als je geſtattete der Kaiſer gewiſſen Perſonen ſeiner nächſten Umgebung, nämlich Aerzten, Chemikern, Malern, Aſtrologen und Kammerdienern einen immer weiter gehenden Einfluß, weihte ſie in alle Staatsangelegenheiten ein und handelte nach ihrem Rath. Schon früher iſt berichtet worden, daß die Behauptung der Aſtrologen, der Kaiſer werde im Kriege ſiegen und Mathias gefangen nehmen, auf den Einfall der Paſſauer in Oeſterreich maßgebend einwirkte, und daß bei Gelegenheit der Konventsverhandlungen (im Jahre 1610) Dr. Armanſtetter erfolgreich gegen den raſchen Abſchluß eines Vergleichs zwiſchen Rudolf und Mathias agitirt habe. Aus den gegen den Dr. Hauſer erhobenen Anklagen, als habe er Mathias im Auftrage Rudolfs verzaubern ſollen, geht ſo viel hervor, daß der letztere ſich mit Hauſer öfters über Staatsangelegenheiten beſprochen haben muß. Des Malers Hans von Aachen Einfluß auf Rudolf beſtand auch noch jetzt, ward aber bereits durch den des kaiſerlichen Kammerdieners, eines gewiſſen Ericus, überboten. Dieſer Mann hatte ſich durch ſeine Kenntniſſe in der Mathematik und Aſtronomie bei ſeinem Herrn eingeſchmeichelt und benützte deſſen Vertrauen, um ſich in Staatsgeſchäfte einzumiſchen. Gegen das aus Armanſtetter, Ericius und Hans von Aachen beſtehende Triſolium war alſo

Google

zunächſt die Bemerkung Zuñiga's gerichtet, wiewohl er keinen von ihnen nannte. *)

Nachdem der Geſandte ſich bis zu dieſer Verwahrung verſtiegen und dem Kaiſer den Rath ertheilt hatte, derartigen Perſonen keinen Einfluß zu geſtatten, ſondern ſie zu fliehen, mahnte er ihn, alle Hintergedanken aufzugeben und „offen und freundſchaftlich" mit ſeinem Bruder zu unterhandeln, ſich gegen ihn „wie ein Vater" zu benehmen und ihm gleich einem Sohne jeden Zuwachs an Macht zu gönnen. So könne die Unterhandlung ein raſches Ende nehmen und ſchlimmeres verhütet werden. Für dieſe väterlichen Geſinnungen, die ihm Zuñiga einreden wollte, fühlte ſich jedoch der Kaiſer nicht im mindeſten begeiſtert und er wiederholte ſeine frühern Worte: es ſei doch eine arge Sache, wenn man nach einander zweier Kronen beraubt werde. Als Zuñiga entgegnete, daß dieſer Verluſt nicht mehr ungeſchehen gemacht werden könne, nachdem der Kaiſer ſelbſt ſeine Abdankung angeboten habe, erwiederte dieſer, daß er gerade hiebei überrumpelt und getäuſcht worden ſei. Er erſuchte ſchließlich Zuñiga, ſeine Intereſſen bei Mathias zu vertreten und ſich die Inſtruktion bei den Geheimräthen zu holen.

In der Inſtruktion wurde Zuñiga angewieſen, bei dem Könige die Gewährung von 12 Forderungen zu betreiben. Die wichtigſten von ihnen waren: die erſte, vermöge welcher der Kaiſer nicht bloß den Titel eines Königs von Böhmen für ſich forderte, ſondern auch verlangte, daß ſein Bruder nicht im eigenen Namen, ſondern als ſein (des Kaiſers) Statthalter, ſelbſt nach der Krönung, die Regierung von Böhmen führe; die zweite, welche eine Erhöhung der von den böhmiſchen Ständen zugeſagten Jahrespenſion von 100.000 Thalern verlangte und die dritte, vermöge der dem Kaiſer geſtattet ſein ſollte, überall in Böhmen alſo auch auf dem Prager Schloſſe zu wohnen. Die anderen ſtimmten ſo ziemlich mit jenen überein, welche der Kaiſer bereits am 16. April aufgeſtellt hatte.

Aus der erſten Forderung erſieht man, daß der Kaiſer die ſonderbarſten Kombinationen ausfindig machte, um irgendwie die ſeiner Hand entſchlüpfende Herrſchaft feſtzuhalten. Abgeſehen von der Lächerlichkeit dieſer Auskunfte war der abermalige Wechſel in ſeinen Entſchlüſſen für alle Betheiligten nicht bloß im höchſten Grade ärgerlich, ſondern geradezu langweilig und widrig. Kaum vier Tage waren verfloſſen, daß Leuchtenberg und Mollard dem König die definitive Reſignation des Kaiſers angeboten

*) Wiener Reichsarchiv. Brämſer an Kurmainz dto. 15. Juli 1611.

Google

hatten und nun war sie wieder in Frage gestellt. Zuñiga, der nach dem gehabten Zwiegespräch etwas ähnliches wie diesen Auftrag erwarten konnte, begab sich mit demselben zu Mathias und ersuchte ihn im allgemeinen die Wünsche des Kaisers zu erfüllen. Mathias wies diesen Gegenstand an seine Räthe, die darauf den böhmischen Ständen die Vorschläge des Kaisers mittheilten und deren Gutachten verlangten. Die Stände lehnten, wie nicht anders zu erwarten stand, absolut die erste Forderung ab, bezüglich der andern waren sie jedoch nachgiebiger. So waren sie für eine bedeutende Erhöhung der dem Kaiser zu verabreichenden Pension, damit sein Gesammteinkommen sich bis auf 300.000 Thaler jährlich belaufen könnte. Bezüglich der Residenzfrage enthielten sie sich des Votums und überließen dieselbe der Entscheidung des Königs, so daß es in des letzteren freiem Ermessen stand, ob er dem Kaiser die Prager Burg einräumen wollte oder nicht. In ähnlicher Weise überließen sie auch seiner Entscheidung die Gewehrung anderer Forderungen. Als des Mathias Räthe von den Ständen diese Antwort erlangt hatten, theilten sie dieselbe dem spanischen Gesandten mit und fügten bei, daß ihr Herr erbötig sei, dem Kaiser die Burg zur fernern Bewohnung zu überlassen, wenn auch ihm eine Wohnung dann eingeräumt werden würde. Bezüglich der Pension stellten sie eine Erhöhung in Aussicht.*)

Mit diesem Bescheide verfügte sich Zuñiga zu den Geheimräthen, die sich mit demselben wenig zufrieden zeigten. Als er darauf zum Kaiser vorgelassen wurde und ihm die einzelnen Punkte auseinandersetzen wollte, hörte ihn dieser kaum an; er befand sich in einem derartigen Zustand von Aufregung, daß er dem Gesandten wie rasend vorkam. „Die Krönung muß verschoben werden," das waren endlich seine ersten Worte auf des letztern

*) Die vorangehende und nachfolgende Theilnahme Zuñiga's an den Verhandlungen erzählen wir genau nach einem Schreiben desselben ddo. 25. Mai 1611 an Philipp III (Archiv von Simancas 2497/60). In diesem Schreiben sagt Zuñiga: Diezonme los consejeros los puntos, que avia de tratar con el Rey, entre los quales los principales eran: Que no solo le quedasse al Emperador el titulo de Rey de Boheme juntamente con su hermano, pero que el huviese de governar en su nombre y con poder suyo. Unter dem el ist Mathias zu verstehen, wie wir klar aus den böhm. Landtagsverhandlungen ersehen. (Darum über die Prager Verhandlungen MS. im Wiener Staatsarchiv 491.) Der Vorschlag, den einer Zeit der Herzog von Braunschweig gemacht hatte und der dahin lautete, daß Rudolf auch nach Mathias' Krönung die Regierung weiter führen sollte, wurde definitiv fallen gelassen und durch einen andern ersetzt, nach welchem, wie oben erzählt, Mathias nur des Kaisers Statthalter in Böhmen sein sollte.

Google

Auseinandersetzungen. Als Zuñiga entgegnete, daß dies nicht mehr möglich sei, da die Vorbereitungen zu weit vorgerückt seien, erwiederte Rudolf, man müsse den König dennoch um Aufschub ersuchen und er wolle in diesem Versuche lieber zu Grunde gehen als nachgeben. Diese Worte wiederholte er zwei bis fünfmal und sah dabei Zuñiga in einer solchen Weise an, daß dieser von Angst erfaßt sich entfernte und sich nochmals zu Mathias begab, um über diese Audienz und das Ersuchen des Kaisers zu berichten. Rudolf's Antwort blieb dieselbe wie früher, er bat den Gesandten zu seinem Vater zurückkehren, den Aufschub der Krönung als unmöglich zu schildern und diese abschlägige Antwort nach Möglichkeit zu versüßen. Der Erfolg war diesmal der gewünschte: der Kaiser entschloß sich die Erlaubniß zur Krönung zu geben und seine Unterthanen vom Eide der Treue zu entbinden. Mit dieser Botschaft kehrte Zuñiga zu Mathias zurück, der nicht wenig über den endlichen Sieg erfreut war; es war auch die höchste Zeit geworden, da die Krönung auf den folgenden Tag angesagt war.*) Doch war noch nicht jede Schwierigkeit überwunden. Denn als nämlich darauf die böhmischen Stände dem Kaiser eine Formel zuschickten, nach der er unbedingt auf die Krone verzichten und sie von dem Eide der Treue entbinden sollte, weigerte er sich, dieselbe mit seiner Unterschrift zu versehen, und verlangte, daß sie sich mit einer von ihm empfohlenen Formel begnügen sollten. In dieser letzteren war die Resignation nur bedingungsweise ausgesprochen und ihre Giltigkeit davon abhängig gemacht, daß der Kaiser bezüglich seiner Forderungen befriedigt werde. Da kein Zeit mehr übrig war, um neue Verhandlungen anzuknüpfen und von dem Kaiser keine weitere Nachgiebigkeit zu erwarten stand, außer wenn ihm gar neue Gewalt angethan worden wäre, so begnügten sich die Böhmen mit dieser bedingten Resignation.**)

Noch waren die Schlesier und Lausitzer ihres Eides nicht entlassen; wären die Böhmen skrupulös gewesen, so würde dieser Mangel die Krönung dennoch verhindert haben. Allein dieselben ließen sich darauf nicht weiter stören, um so weniger, da sie an ihrem Rechte festhielten, allein zur Entscheidung über den rechtmäßigen Besitzer der Krone berufen zu sein. Es blieb also bei der Bestimmung, daß die Krönung am 23. Mai vorgenommen werden solle. Der Kaiser selbst kam mit seiner Nachgiebigkeit zwei Tage später nachgehinkt. Am 24. Mai entließ er auch die Schlesier und Lausitzer ihres Eides, gab jedoch dieser Urkunde das Datum vom

*) Die Nachrichten über diese Vorgänge schöpfen wir aus den bereits vielfach benützten Quellen.

**) Diarium der Prager Ereignisse, MS. 61 des Wiener Staatsarchives.

Google

22. Mai. Diese Entlassung war von einer Protestation begleitet, in welcher Rudolf erklärte, daß sie keine freiwillige, sondern nur eine erzwungene sei. *)

IV

So weit es auf die Zustimmung des Kaisers und auf die Ausschmückung der Domkirche ankam, stand der Krönung des Königs Mathias 23. Mai 1611 am Pfingstmontag nichts entgegen, wenig fehlte jedoch, so würden die bis dahin in voller Uebereinstimmung handelnden Parteien eine Zögerung selbst verursacht haben. Die böhmischen Stände, welche alles zum Sturze des Kaisers gethan hatten, wollten nun auch ihrerseits ihren Lohn haben und waren nicht geneigt, Mathias früher die Krone aufzusetzen, bevor er ihren Wünschen, die sie ihm bereits seit mehreren Tagen mitgetheilt, nicht genüge gethan hätte. Diese Wünsche erstreckten sich nicht bloß auf die Bestätigung ihrer bisherigen Privilegien und Gerechtsame, sondern auch auf die Ertheilung neuer und höchst wichtiger. Sie beanspruchten 1. die Freiheit beliebig Kreisversammlungen berufen zu dürfen; 2. die Vollmacht zur Anstellung von Truppenwerbungen ohne vorhergehende Erlaubniß des Königs; 3. die Bestätigung des im Jahre 1609 mit den Schlesiern zu wechselseitiger Hilfe abgeschlossenen Bündnisses, welche Rudolf damals beharrlich verweigert hatte **) und 4. die verläufige Zustimmung zu dem Bündnisse, welches sie mit den Ungarn und Oesterreichern abzuschließen geneigt waren.

Mathias, der bisher von einem Erfolge zum andern geeilt war und von Wien bis Prag einen förmlichen Triumphzug gefeiert hatte, kam jetzt auf einen bitteren Nachgeschmack. Bei den hergebrachten Gerechtsamen der Stände von Böhmen hatten die Könige nur über einen beschränkten Einfluß geboten. In diesen war durch den Majestätsbrief des Jahres 1609, der das ganze protestantische Kirchen- und Schulwesen in die Hände der Stände gab, eine gewaltige Bresche geschossen worden, in die sich Mathias ohne Widerrede fügte. Ueber dies hinaus stellten die Stände aber neue Forderungen an ihn, bei denen erfahrungsmäßig jedes monarchische Staatswesen den gefährlichsten Schwankungen preisgegeben ist. Nach der bisherigen Verfassung war das Recht Land- und Kreistage zu berufen

*) Hammer Khlesl II S. 288. — Hurter Bd. VI. 517. Nach Hurter scheint es, als ob der Kaiser den Schlesiern und Lausitzern erst am 28. Mai die Entlassung gegeben hätte.

**) Das Nähere hierüber S. 15 dieses zweiten Bandes.

Google Original HARVARD

eine Prärogative der Krone.*) Indem die Stände das Recht in Anspruch nahmen, beliebig Reichstage berufen zu dürfen, griffen sie zwar diese Prärogative nicht in ihrem ganzen Umfange an, somälerten aber entschieden ihre Bedeutung. Eben so war es bisher gesetzlich bestimmt, daß der König Truppen im Lande ohne Zustimmung der Stände weder unterhalten noch werben durfte, aber auch die letzteren konnten solches nicht ohne seine Erlaubniß thun. Jetzt sollte dies Verhältniß ein Ende nehmen und die Stände zu Truppenwerbungen berechtigt sein. Ferner sollte das Bündniß, welches die Böhmen und Schlesier im J. 1609 zu wechselseitiger Hilfeleistung geschlossen hatten, im Falle sie in dem Genusse ihrer religiösen Freiheiten sich verkürzt sehen würden, vom Könige sanktionirt werden. Was konnte nicht alles als Religionsverkürzung von ihnen angesehen werden, die in ihrer eigenen Sache Richter waren! Ein einfacher sächsischer Beschluß sollte fortan genügen, um eine Exekution gegen angebliche oder wirkliche Verletzer der protestantischen Glaubensfreiheiten ins Werk zu setzen und hiegegen dem Könige weder ein Veto noch irgend welche Hilfsmittel zu Gebote stehen, da er ohne Zustimmung der Stände nicht rüsten durfte. Und nicht genug an allen diesen Forderungen, es sollte Mathias schon jetzt seine Zustimmung zu einem Bündnisse der Lehen mit den Ungarn und Oesterreichern geben, dessen einzelne Artikel noch nicht einmal festgesetzt waren und das er also mit verbundenen Augen und Händen annehmen sollte.

Die ständischen Bestrebungen in der gesammten österreichischen Monarchie traten bei dieser Gelegenheit ganz unverhüllt hervor. Die Forderungen der Böhmen fanden die vollständige Billigung aller ständischen Ausschüsse, die um diese Zeit in Prag weilten, sie stimmten vollkommen mit den Errungenschaften und Wünschen der Ungarn überein und deuteten zugleich die Kluft aus, welche die abwehrende Haltung der Böhmen im Jahre 1608 zwischen diesem Lande und den übrigen Besitzungen des deutschen Habsburgers gebildet hatte. Diese Bestrebungen lassen sich in folgendem Satze zusammenfassen. Die Stände sämmtlicher österreichischen Länder wollten die Exekutive in ihre Hand bekommen und zum wechselseitigen Schutz ein auf bewaffneter Hilfe basirtes Bündniß abschließen. Den Bestrebungen nach Erlangung der Exekutive gaben die Böhmen jetzt den prägnantesten Ausdruck, indem sie auch die Militärmacht im

*) Die Stände Böhmens arrogirten sich das Recht Land- und Kurtage zu berufen bis zu dem Jahre 1545. Seit diesem Jahre mußten sie auf Andringen Ferdinand I. dies Recht aufgeben, ein Beschluß der im Jahre 1547 abermals sanktionirt und dann in die Landesordnung eingetragen wurde.

Google

abhängig machen wollten. Das Bündniß zwischen den Ständen sämmtlicher österreichischen Länder sollte zwar vorerst nur zum Schutze der erworbenen religiösen und der ererbten politischen Freiheiten bestimmt sein, daß sich aber ohne Schwierigkeit auf alle Fälle ausdehnen, auf welche die Theilnehmer es ausdehnen beliebten. Die Bewegung, die dadurch in die alten ständischen Verfassungen kam, hatte nicht unbedingt jenen unheilvollen Ausgang nehmen müssen, der für so lange Zeit das geistige Leben in Oesterreich zerstörte. Obwohl sie einen entschieden aristokratischen Charakter hatte und gegen das Königthum namentlich wegen des katholischen Glaubensbekenntnisses seiner Träger gerichtet war, so zeigte sich doch wenigstens bei dem hervorragendsten Leiter derselben, bei Zerotin, ein offener Sinn für das Morsche und Verkommene mancher alten Zustände. Wäre Mathias der Mann gewesen, um mit einem genialen Blick die Sachlage zu umfassen, hätte er es namentlich verstanden, die tüchtigen Adelselemente zu gewinnen und den Städten jene Bedeutung zu geben, die ihnen zukam und in der sie durch den Adel die mannigfachsten Verkürzungen erlitten hatten, so würde er an ihnen eine sichere Stütze gegen die oligarchischen Bestrebungen der Adelshäupter und für eine starke Regierung gefunden haben, mit einem Worte, er hätte sich selbst an die Spitze einer Bewegungspartei stellen und in ihren Bestrebungen die Mittel zur Erhöhung seiner Macht finden können. Gerade das, was sich am gefährlichsten anließ, konnte für ihn und seine Macht am nutzbringendsten werden. Das Feldgeschrei des Tages war „Konföderation aller österreichischen Länder". Zerotin träumte damals von einer Konföderation, der ein weiterer Inhalt zu geben sei, als der einer bloßen Vertheidigung gegen Glaubens- und Privilegiums-Angriffe; die bloß negative Wirksamkeit der von dem Adel beabsichtigten Konföderation hätte vielleicht Mathias durch eine positive vervollständigen können, welche, statt zu trennen, verbunden und die Macht der Habsburger auf eine solide Basis erhoben hatte. Für diese Erfolge, so scheint es, wäre es jedoch unerläßliche Bedingung gewesen, daß Mathias nicht nur über eine hohe politische Begabung verfügt, sondern sich auch dem Glauben seiner Unterthanen beigesellt hätte. Nur in diesem Falle konnte er der ständischen Bewegung, die auf eine aristokratische Republik hinsteuerte, eine Richtung geben, die dieses Ziel verfehlte und ihm selbst dienen mußte. Man kann kaum annehmen, daß nicht auch Mathias selbst — entweder in Folge eigenen Nachdenkens oder durch die Bemerkungen Anderer — ähnliche Betrachtungen angestellt haben sollte. Die Anhänglichkeit an die katholische Kirche wurzelte aber so tief in seinem Hause, daß ihm der Gedanke fernblieb, den Glauben zum Gegenstande einer staatsmännischen Spekulation zu machen.

Google

Von den Staatsmännern, welche Mathias begleiteten, sahen wohl alle die Tragweite der böhmischen Forderungen ein, keiner derselben war aber seinem Herrn derselben auszuwerfen, Khlesl allein ausgenommen. Dieser flößte dem Könige den nöthigen Muth ein, um trotz aller Gefahr seiner Macht nicht selbst den Todesstoß zu versetzen. Mathias erwiederte demnach
1611 den Ständen, daß er einen Revers von dem Inhalte, wie sie ihn wünschten, nicht unterzeichnen könne. Er sei wohl erbötig das Versprechen zu geben, daß er nach vollzogener Krönung alle Privilegien und Rechte Böhmens bestätigen wolle, aber zu den neuen Forderungen vermöge er seine Zustimmung nicht zu ertheilen. Im Landtage erhob sich darauf ein Geschrei „gegen Khlesl und andere Pfaffen", welche den König gegen die Stände einnehmen suchten, Deputation auf Deputation bestürmte den letztern und verlangte eine vollständige Annahme des vorgelegten Revers-
27 Novemberentwurfes. Nach vielen Verhandlungen und nach einem langen Disput
1611 mit den Grafen Thurn und Schlick, die sich bei Mathias im Namen der Stände einfanden, gab der letztere, offenbar unter dem Drucke der bereits für den folgenden Tag anberaumten also unmittelbar bevorstehenden Krönung, so weit nach, daß er sich zur Unterzeichnung eines Revers entschloß *). In diesem verpflichtete er sich, nach vollzogener Krönung alle Rechte und Privilegien, wovon mehrere der wichtigsten insbesondere angeführt wurden, zu bestätigen, überdies aber dem Bündnisse zwischen den Böhmen und Schlesiern vom J. 1609 seine Sanction zu ertheilen. Von den drei anderen Forderungen der Böhmen bestätigte er keine in dem Revers, er ver|sprach aber, über dieselben bei dem nächsten Landtage verhandeln zu lassen. **) Zuletzt erzählt, Mathias habe bei dieser Gelegenheit heimlich das Versprechen gegeben, wenigstens der Kaufmannschaft sämmtlicher Stände der ihm unterthanen Länder, wie solche bei einer allgemeinen Zusammenkunft derselben beschlossen werden würde, seine Zustimmung zu ertheilen. Ob das Versprechen so positiv war, wie der spanische Gesandte behauptet, wissen wir nicht anzugeben, wir zweifeln jedoch an der Versicherung eines so wohl unterrichteten Berichterstatters wie Zuñiga nicht daran, denn schon die einfache Zusage des Königs, daß er die Wünsche der Böhmen dem nächsten Landtage zur Verhandlung vorlegen wolle, schließt in sich eine Art Versprechen ein, ihnen zu genügen. ***) Es war

*) Darüber über die Prager Ereignisse.

**) Der Revers findet sich im böhmischen Statthaltereiarchive. Es scheint, daß Mathias auch den Schlesiern und Lausitzern Revers ausstellte, wenigstens fand sich das Konzept des Reverses für die Oberlausitzer im böhmischen Statthaltereiarchive.

***) In der That wurde am Prager Generallandtage vom 1615, nachdem der Kaiser

am Pfingſtſonntag 10 Uhr Abends geworden, als dieſe Verhandlungen zu Ende gelangt waren und Mathias dem Reverſe ſeine Unterſchrift beifügte *)

Am Pfingſtmontag, den 23. Mai, verſammelten ſich die böhmiſchen 1611
Stände im Landtagsſaal und hier frug ſie der Oberſtburggraf, ob ſie Mathias zu ihrem Könige annehmen wollten oder nicht. Als dieſe Frage allgemein bejaht wurde, proklamirte derſelbe „im Namen der heiligen Dreifaltigkeit Mathias als König von Böhmen". Wenige Augenblicke darauf verfügten ſich die Stände zu ihrem neuen Könige, um ihm von dieſem Beſchluſſe Nachricht zu geben und ihn zu der Krönung, die alsbald vorgenommen werden ſollte, zu geleiten. Es war zwei Uhr Nachmittags, als Mathias angethan in demſelben ungariſchen Koſtüm, in welchem ihm die Stephanskrone auf das Haupt geſetzt worden war, bei ſeiner mittlerweile auf dem Hradſchin genommenen Wohnung ein Roß beſtieg und geleitet von ſeinem Gefolge und den böhmiſchen Ständen, die ſämmtlich zu Fuß gingen, in die einige Hundert Schritt entfernte Domkirche ſich verfügte. Zuerſt betrat er die Wenzelskapelle, wo die Krone aufbewahrt wurde und von da begab er ſich unter großem geiſtlichen Geleite zum Hochalter. Die Krönung ſelbſt wurde mit Beobachtung des alten feierlichen Zeremoniels vorgenommen. Nachdem der Kardinal Dietrichſtein **) die vorgeſchriebenen Gebete und Salbungen verrichtet hatte — wobei, wie ein proteſtantiſcher Augenzeuge hämiſch berichtet, Khlesl unter den Geiſtlichen wie ein Hofmeiſter geweſen und ſich viel zu ſchaffen gemacht habe***) — trat der Oberſtburggraf vor und frug dreimal die hinter dem Könige knieenden Stände, ob ſie Mathias zu ihrem Könige haben und erwählen wollten. Als dieſe die dreifache Frage mit einem dreifachen „Ja" beantworteten, ergriff der Oberſtburggraf die Krone, überreichte ſie dem Kardinal, der ſie dem Könige aufs Haupt ſetzte, wobei während der Benediktion der Oberſtburggraf und die anweſenden Biſchöfe von Neutra und Wien (Khlesl) dieſelbe mit ihren Fingern berührt hielten. Darauf ſchwuren auf Geheiß des Oberſtburggrafen die böhmiſchen Stände dem neuen König den Eid der Treue und

---

faſt durch 4 Jahre die Erfüllung ſeiner Zuſage verzögert hatte, über die Forderungen der Böhmen verhandelt. Es kam, wie zu erwarten ſtand, zu keiner Einigung und dies beſtärkte den Grafen Thurn und ſeine Parteigenoſſen in ihrem Entſchluſſe mit dem Hauſe Habsburg zu brechen und einen Aufſtand herbeizuführen. Wir verweiſen in derlinem auf die Geſchichte des böhmiſchen Aufſtandes von 1618, die wir nach dieſem Werk zu ſchreiben gedenken.

*) Münchner Reichsarchiv XV/1, 148 Bodenius an Max von Baiern ddo. 23. Mai 1611.

**) Eigentlich ſtand die Krönung dem Erzbiſchof von Prag, dem Grafen Lamberg, zu, derſelbe war aber um die Zeit krank, er litt entweder an Irrſinn oder Blödſinn.

***) Diarium der Prager Ereigniſſe.

Google Original from HARVARD UNIVE

versammelten sich einzeln vor ihm, wobei jeder den ihnen die Krone mit den Fingern berührte, während dieser selbst jedesmal wie zum Gruße das Haupt neigte. Altem Herkommen gemäß schlug darauf Mathias zwei junge böhmische Edelleute zu „Wenzelsrittern", eine Würde, die ein böhmischer König nur am Tage seiner Krönung ertheilen kann. Schüsse aus Kanonen, die auf mehreren Punkten der Stadt aufgestellt waren, verkündigten der Bevölkerung das feierliche Ereigniß. Welchen Wiederhall mag wohl jeder dieser Schüsse bei dem in seinen Gemächern brütenden Kaiser gefunden haben? Eigens hatte er sich in den am meisten abseits gelegenen Theil des Schlosses zurückgezogen, damit kein Laut, welcher an die Vorgänge des Tages mahnte, an sein Ohr gelange.*) Bei der Rückkehr des festlichen Zuges aus der Kirche warfen altem Brauche gemäß Geldmünzen unter das Volk geworfen; auf der Vorderseite derselben sah man das Bild des neuen Königs, auf der Rückseite dagegen das Bild eines schlangenfressenden Storches mit der Umschrift: „Auf unsers Feindes Heil."

Nach der Krönung fand ein Bankett statt, an dem sich auch Mathias betheiligte. Er saß an einem eigenen Tisch, ihm zur Seite Erzherzog Karl, Bischof von Breslau, der zu dieser Feier nach Prag gekommen war, der Kardinal Dietrichstein, der päpstliche Nuncius, Zuniga, der florentinische Gesandte und der Herzog von Brieg. Außer dieser Haupttafel waren noch mehrere Nebentafeln hergerichtet, und zwar so viele als es böhmische Kronbeamte gab. Jeder von ihnen machte die Honneurs bei einer derselben und bewirthete seine Gäste, die entweder den böhmischen Ständen und den Abgeordneten der übrigen des Mathias Herrschaft unterthanen Länder angehörten.**) — Die Gesandten von Sachsen und Mainz hatten keinen Antheil an den Krönungsfeierlichkeiten genommen, es war ihnen dies nicht bloß von ihren Herrn verboten worden, auch der Kaiser selbst hatte ihre Abwesenheit gewünscht.***) Von Mathias, der sich einer abschlägigen Antwort von ihrer Seite zu versehen wußte, war übrigens keine Einladung an sie ergangen. Daß auch der Herzog von Braunschweig sich fernhalten würde, wie auch der Fall war, stand zu erwarten. Ebensowenig fand sich einer von den Geheimräthen des Kaisers bei der Krönung ein, der Präsident des geheimen Rathes, der Graf von Leuchtenberg, erlustigte sich in seinen Gemächern an dem Primerasspiel. Am andern Tage schickte Mathias zu Rudolf seinen

*) Böhmers Bericht.

**) Diarium über die Prager Ereignisse.

***) Böhmers Diarium im Wiener Archive N. 117. — Sächs. Staatsarchiv. Der Kurfürst von Sachsen an die in Prag weilenden Gesandten ddo. 11/21. Mai 1611. — Ebendaselbst. Die sächsischen Gesandten an Kursachsen ddo. 13/23. Mai 1611.

Google

oberſten Kämmerer Herrn von Meggau, um demſelben für die Abtretung des Königreichs ſeinen Dank zu erſtatten. Anfangs wollte der Kaiſer nichts von der Vorlaſſung des Boten wiſſen, erſt auf Zureden ſeines Kammerdieners, mehrſchenalich des Ercius, ließ er ihn auf einige Augenblicke vor und ſprach die Hoffnung aus, der Bruder werde für das liebevoll Gewährte nicht undankbar ſein.

Die Art und Weiſe, wie Rudolf zuletzt nur bedingungsweiſe die Böhmen ihres Eides entlaſſen hatte, und wie er darauf den Schleſiern unverholen erklärte, daß er die Eidesentlaſſung nur als eine erzwungene anſehe, ließen nach vollzogener Krönung endlos ſich hinziehende Verhandlungen erwarten, ſelbſt wenn eine derartige Verſchleppung nicht ohnedies im Charakter des Kaiſers gelegen wäre. Die „liebevolle“ Gewährung konnte unbeſtimmt lange ohne praktiſchen Kommentar bleiben. Die Verſchleppung war um ſo gewiſſer, als es dem Kaiſer mit ſeiner Drohung, die Abdankung nur als eine erzwungene anſehen zu wollen, völlig Ernſt war; nahm er dieſelbe aber zurück, ſo bedurfte es für ihn keines Vergleiches. In der That ging ſeine Abſicht dahin, kein Mittel unverſucht zu laſſen, um die bereits entſchwundene Herrſchaft wieder an ſich zu bringen.

Von dieſer ſeiner Abſicht, die Reſignation zurückzunehmen, benachrich- 30. Mai 1611
tigte Rudolf zuerſt den Kurfürſten von Sachſen. Er theilte demſelben mit, daß er nicht länger in Prag bleiben, ſondern von da abreiſen und in einer Reichsſtadt ſeine Reſidenz aufſchlagen wolle; der Kurfürſt ſolle als „Marſchall des heiligen römiſchen Reiches“ ihm hiebei das Geleite geben. Mittlerweile hatte der Kurfürſt von Mainz einen Kurfürſtentag nach Mühlhauſen ausgeſchrieben, wie dies bereits im Jahre 1610 beſtimmt worden. Dahin wollte Rudolf Geſandte ſchicken, um in aller Form gegen die letzten Ereigniſſe in Böhmen zu proteſtiren. In der Inſtruktion, welche der Geſandte erhalten ſollte, hieß es, daß der Kaiſer nur gezwungen in ſeine Reſignation eingewilligt habe und daß dieſelbe ebenſo „ſchimpflich wie dem Hauſe Oeſterreich präjudicirlich und der kaiſerlichen Dignität, der Hoheit des römiſchen Reiches und des kurfürſtlichen Kollegiums nachtheilig ſei.“ An dieſe verurtheilende Schilderung knüpfte der Kaiſer die Bitte, die Kurfürſten möchten ihm mit Rath und That helfen, er ſelbſt wolle ſich an nichts gebunden halten, „was der kaiſerlichen Hoheit und dem kurfürſtlichen Kollegium zum Nachtheil, Präjudiz und Gefahr“ gereichen könnte. *) Dieſe Erklärungen und das ſonſtige Betragen des Kaiſers, der

*) Sächſ. Staatsarchiv. Nürnberger Kurfürſtentag 73b/1.:20. Rudolf an Kurſachſen dto. 30. Mai 1611.

Google

ſich über die Abreiſe aus Böhmen nach Regensburg als eine unmittelbar bevorſtehende Thatſache ausſprach, erzeugten nachgerade in Prag allgemein den Glauben, daß es damit Ernſt ſei.*) Mathias getrat in nicht geringe Sorge, daß Rudolf ſeinen Vorſatz ausführen und ſich gegen ihn feindlich werde. Wiewohl er von Seite der Böhmen, die ihn mit aller Entſchiedenheit gegen ſeinen Bruder auf den Thron erhoben hatten, nur jede Anhänglichkeit bei einem etwaigen Kampfe erwarten konnte, bängſtigte ihn dennoch die Art und Weiſe, wie er zum Beſitz des Landes gelangen war, und er fürchtete wieder zu verlieren, was er gewonnen.

Faßt man jedoch den Charakter Rudolfs ins Auge, ſo war die Beſorgniß des Königs vor entſcheidenden Schritten, die derſelbe etwa unternehmen könnte, überflüſſig. Thatſache war allerdings, daß Rudolf, wie ſeine eben angeführten Inſtruktionen und Schreiben beweiſen, daß Regensburg gegen Mathias in Bewegung geſetzt hatte. Allein ſobald er hierin mehr thun mußte, als eine paſſive Haltung annehmen und höchſtens noch einem Schriftſtücke ſeinen Namenszug beifügen, ſo war mit Sicherheit auf ſeine Unthätigkeit zu bauen. Die Abreiſe, mit welcher der Kaiſer drohte, war nicht zu fürchten: ſeit mehreren Jahren hatte er ſich in augenſcheinlichſtem Nachtheile zugezogen, weil er es nicht über ſich gewinnen konnte, in wichtigen Angelegenheiten ſeinen Willen kund zu thun oder ſeine Zuſtimmung zu unvermeidlichen Schritten zu geben, und wie ſollte er ſich zu einer ſolchen Rieſenthat entſchließen, wie es eine Reiſe von Prag bis Regensburg war, ſollte dahin einen Reichstag berufen und in demſelben Lage wider den Bruder führen, Tag für Tag Audienzen ertheilen und all' den Lärm und die Bewegung mit in den Kauf nehmen, die mit einem Reichstage unzertrennlich war? Wenn Rudolf hätte thun wollen, ſo hätte er dies früher ſein und dadurch den Verluſt ſeiner Krone vermeiden können. Er beſaß jetzt nicht mehr die Kraft, um ſeinem Willen eine größere Energie zu verleihen und alle Drohungen mit entſcheidenden Schritten, wobei er plötzlich ein bewegteres Leben hätte führen müſſen, waren nichts wie eitle Worte.

Waren alſo des Kaiſers Drohungen, ſoweit ſie eine Anſtrengung ſeinerſeits erheiſchten, nicht weiter zu fürchten, ſo beſaß er in ſeiner ſicherlich zu erwartenden Paſſivität gegenwärtig eine Macht, die dem König Mathias große Verlegenheiten bereiten konnte. Dem letztern lag, ſchon um eines geordneten Regierungsweſens willen, ſehr viel daran, die Reſignation ſeines Bruders zu einer unangreifbaren Thatſache zu machen.

*) Sammlung 349/54. Zuruga an Philipp III dto. 4. Juni 1611.

Google

hiezu war es aber vor allem nöthig, daß der Ausgleich zu Stande komme, auf Grund dessen Rudolf definitiv allen seinen Rechten entsagen sollte. War dies der Fall, so durfte Mathias auch vom Kaiser die Belehnung mit der Krone Böhmen verlangen, er trat dann in die Reihe der deutschen Kurfürsten und konnte auch auf die Erlangung der Kaiserkrone hoffen. Unglücklicherweise sprachen alle Gründe, welche dem Mathias den Abschluß des Ausgleiches wünschenswerth machten, bei Rudolf dagegen. Wollte der erstere einen unwiderruflichen Titel auf den Besitz von Böhmen erlangen, so befand er sich im direktesten Gegensatz zu den Wünschen des letztern, wollte ersterer die Aussicht auf die Kaiserkrone erlangen, so war dies gerade das, was letzterer zu verhindern suchte. Waren Rudolfs Hoffnungen auf einen erfolgreichen Widerstand gegen Mathias auch nur eitle, was verschlug es ihm, wenn er sich ihnen hingab und deshalb von einer Wiederaufnahme der Verhandlungen nichts wissen wollte. Er hatte gar nichts zu verlieren, nicht einmal mit der Entziehung seines Einkommens konnte man ihn schrecken, denn trotz alles Jammerns und Klagens war Rudolf im Besitze bedeutender Geldsummen, wie sich bei seinem wenige Monate später erfolgten Tode herausstellte. Vor der Aushungerung war er jedenfalls geschützt.

Zum erstenmale hatte also Rudolf in seiner Passivität eine wirksame Waffe, die seinem Bruder einen größern Schrecken einjagte, als er zu gestehen wagte. Während sich vor vollzogener Krönung weder Mathias noch die Böhmen so eifrig, als der Gegenstand es verdiente, des Kaisers Befriedigung angelegen sein ließen, vergalt letzterer ihnen jetzt damit, daß er nach vollzogener Krönung sich durchaus nicht um die Wiederaufnahme der Verhandlungen kümmerte. Als nun eine geraume Zeit beinahe drei Wochen — vergangen waren, ohne daß dieselben irgendwie einen Schritt vorwärts gekommen wären, berief Mathias einen Rath zusammen, 16 Jun 1611
dem er die Frage vorlegte, was weiter zu thun sei. An demselben nahmen außer Khlesl und andern Oesterreichern von Seite der Böhmen: der Oberstburggraf, der Kanzler, Graf Thurn, Colonna von Fels, Wenzel Kinsky und der Landeshauptmann von Mähren, Karl von Zerotin, Theil. Es wurde beschlossen an den Kaiser eine Deputation, bestehend aus den Vertretern der verschiedenen Länder abzuschicken und durch diese ihn um rasche Wiederaufnahme der Verhandlungen sowie um die Belehnung des Königs Mathias mit der Krone Böhmen zu ersuchen. Sollte dieser Schritt keinen Erfolg haben, so sei drei Tage später eine abermalige Audienz vom Kaiser zu begehren und an ihn dasselbe Verlangen zu stellen; außerdem seien alle bisherigen Lieferungen der königlichen Herrschaften an Viktualien einzustellen. Man sieht hieraus, daß die Mittel, durch welche Rudolf einem

Google

Ausgleiche günstig gestimmt werden sollte, zunächst auf Einschüchterung berechnet waren. Denn dahin muß man nicht bloß die Drohung mit der Sperrung der Einkünfte, sondern auch die mit Kabinettsorden rechnen.

Diese doppelte Drohung erzielte, wo nicht anders zu erwarten war, kein rasches Resultat, blieb aber doch nicht ganz ohne dasselbe. Nachdem an 14 Tage verstrichen waren, sandte der Kaiser seinem Bruder den Entwurf zu, auf dessen Grundlage der Vergleich versucht werden sollte. Verriethen schon die andauernden Zögerungen die Absicht Rudolfs die Verhandlungen in die Länge zu ziehen, so trat dies noch deutlicher in dem Entwurfe hervor. Er bestand aus vier Punkten, von denen jeder einzelne gleich unannehmbar für Mathias war. Im ersten Punkte verlangte Rudolf, daß ihm allein der Gebrauch des Schlosses und die Ernennung zum Schloßhauptmann freistehen solle. Im zweiten begehrte er, daß alle Personen, welche im engern und weitern Sinne zum kaiserlichen Hofe gehörten, der ausschließenden Jurisdiktion des Hofmarschalls unterstehen und daß er in der Ausübung derselben durch Niemanden, namentlich nicht durch die Bürgermeister von Prag gehindert werden, vielmehr die letzteren ihm in der Ausübung seiner Funktionen behilflich und unterthan sein sollten. Nach dem dritten Punkte sollte es zwar bei der Abtretung der Länder an Mathias verbleiben, letzterer aber alle Regierungsakte in des Kaisers Namen erlassen und zwar mit der Eingangsformel: Wir Mathias der Andere zu Hungarn und Böheim König im Namen unseres gnädigsten und freundlichsten Herrn Bruders befehlen u. s. w. Auch sollte die Ernennung der obersten Landesbeamten und der Räthe der Bestätigung des Kaisers bedürfen. Im vierten verlangte Rudolf nicht nur den weitern Nutzgenuß seiner in Böhmen gelegenen Herrschaften, sondern auch deren volles Eigenthum behufs freier Disposition, außerdem aber eine Jahrespension von 400,000 Thaler, 6000 Eimer Wein, 2000 Lehen und Holz nach Bedürfniß. Zugleich ernannte der Kaiser mehrere Kommissäre, welche mit Mathias oder dessen Bevollmächtigten über alle Ausgleichspunkte verhandeln sollten, derselben waren der spanische Gesandte Zuñiga, Mollard, Abraham von Dohna und Dr. Wacher.*) Die Verhandlungen begannen am 1. Juli und dauerten bis zum 6.; die kaiserlichen Kommissäre vertraten Punkt für Punkt die oben angeführten Forderungen Rudolfs. Die Vertreter des Königs (Khlesl, Magni, Khuen und Krenberg) bestanden diesen gegenüber darauf, daß dem letztern, wenn er sich in Prag aufhalten sollte, ein Theil des Schlosses als

*) Kaiserliches Ernennungsdekret für diese vier Kommissäre. Hammer II S. 234.

Google

Reſidenz eingeräumt werde. Was die Jurisdiktion des Hofmarſchalls betraf, ſo waren ſie erböig, dieſelbe bis zu einem gewiſſen Umfange anzuerkennen, wollten aber keineswegs zugeben, daß der Hofmarſchall direkt den Bürgermeiſtern und Hauptleuten von Prag irgend welche Befehle ertheilen könnte. Bezüglich des Antheiles, den der Kaiſer an der Regierung, wenn auch nur nominell, haben wollte, entgegneten die königlichen Kommiſſäre, daß, wofern hiefür die Zuſtimmung der böhmiſchen Stände erlangt werden könne, Mathias damit zufrieden ſein würde, es ſei jedoch von Seite der letztern keinerlei Nachgiebigkeit zu erwarten. Bezüglich des Deputats an Wein und Ochſen wollte ſich Mathias zu keiner beſtimmten Leiſtung verpflichten, ſeine Vertreter verſprachen nur, daß es derſelbe an nichts ermangeln laſſen werde. Gleiches verſprachen ſie auch bezüglich des Holzes. Was die Ueberlaſſung der in Böhmen gelegenen Güter betraf, ſo wollte Mathias ſeinem Bruder nur den Nutzgenuß des allerdings ſehr umfangreichen Gutes Pardubitz einraumen und außerdem noch zur Zahlung einer jährlichen Penſion von 300000 Gulden ſich verpflichten. Dies war das Reſultat einer ſechstägigen Verhandlung. Wurde auch keine der Forderungen des Kaiſers in ihrem urſprünglichen Umfange acceptirt, ſo ergibt ſich doch aus den Erwiederungen der königlichen Kommiſſäre, daß Mathias — mürbe gemacht durch die vielen Zögerungen — gegen des Kaiſers Wünſche nachgiebiger war, als vor der Krönung, und namentlich bezüglich der Penſion in Geld und Naturallieferungen ſich zu weit größern Opfern entſchloß.

Auf die ihm zu Theil gewordene Antwort ließ Rudolf abermals eine geraume Zeit verſtreichen, ohne ſich über die Annehmbarkeit der Vorſchläge ſeines Bruders zu äußern. Seine Abſicht, es zu keinem Abſchluſſe kommen zu laſſen, blieb dieſelbe wie früher, er benachrichtigte hievon wiederholt den Kurfürſten von Sachſen mit dem Beiſatze, daß er den Zuſammentritt des Mühlhauſner Kurfürſtentages erwarte, um demſelben die Entſcheidung des Streites mit Mathias zu überlaſſen. Der Kurfürſt der dieſen Ausweg billigte, ſuchte den Kaiſer dadurch zu unterſtützen, daß er in einem Schreiben, ſei es direkt an Mathias oder einen ſeiner Räthe, verlangte, man ſolle aufhören, den Kaiſer unaufhörlich zu beunruhigen. Dieſes Schreiben hatte, wenn überhaupt einen, ſo gerade den entgegengeſetzten Erfolg, denn da Mathias erkannte, daß Rudolf um jeden Preis den Ausgleich verſchleppen wolle, beſchloß er ihn um jeden Preis dazu zu zwingen. Er ließ deshalb dem Kaiſer und ſeinen Räthen indirekt die Nachricht zukommen, daß, wofern ſie ſich nicht mit dem Abſchluß der Verhandlungen beeilen würden, er ſeinerſeits zu entſchiedenen Schritten ſich veranlaßt ſehen würde. Worin dieſe beſtehen ſollten, wurde

Google Original from HARVARD UN

deutlich gesagt. Alle Güter des Kaisers würden eingezogen und verkauft und demselben einzig und allein eine Pension von 1200 Gulden wöchentlich gezahlt werden. Zugleich sollte die frühere enge Bewachung, von der mittlerweile abgelassen worden war, nicht nur wiederhergestellt, sondern noch verschärft und derselben alle Räthe des Kaisers unterworfen werden, so daß keinem gestattet sein sollte, die Schloßräume zu verlassen.*) Diese Drohung hatte ihre Wirkung und die Verhandlungen wurden wieder aufgenommen. Den wichtigsten Stein des Anstoßes bildete vorerst die Geldfrage. Der Kaiser bestand mit Hartnäckigkeit darauf daß ihm nicht nur der Nutzgenuß, sondern auch das freie Verfügungsrecht über eine bedeutendere Anzahl von Gütern eingeräumt werde. Diese Forderungen waren so maßlos, daß Mathias nicht in dieselben einwilligen konnte, wofern er sich nicht großen finanziellen Verlegenheiten preisgeben wollte.
21 Juli 1611 Zu Herrn von Mollard äußerte er sich deshalb: „Ich habe, was mir möglich gewesen und mehr als ich weiß, wie ich es leisten werde, versprochen . . . was aber Ihre Kaiserliche Majestät jetzt begehren, ist ein Ding, daß . . . dieselben diese Traktaten zerschlagen wollen. Man hat mich bisher persuadirt, ich solle ein übriges thun, da alles nur ad dies vitae sei. Das habe ich gethan . . ., aber erblich zugeben, das kann ich nicht, denn ich will nur nach Ihrer Majestät (Tod) keine Feinde ziehen." Da noch erweiterte Mathias sein bisheriges Anerbieten, indem er dem Kaiser nur große Güter darunter auch Portenau zum Nutzgenuß überlassen und sie auf letzterem Gute haftenden und sehr bedeutenden Schulden (über 300,000 Gulden) übernehmen wollte. Als der Kaiser ununterbrochen auf den vollen Besitz drang, gab Mathias noch weiter nach, indem er gestattete, daß sein Bruder über einen Werth von 200,000 Gulden frei verfügen könne. Mit diesen Anerbietungen waren nachgerade die Geheimräthe des Kaisers vollständig zufrieden und sie rieten ihrem Herrn auch zur Annahme, dennoch verweigerte sie der letztere, indem er bald diesen bald jenen Punkt noch besonders betonte und von Mathias weitere Konzessionen verlangte. So wurden die Erwartungen jener, welche „stündlich" den Abschluß des Vertrages entgegensahen, ununterbrochen getäuscht. Das vorzüglichste Hinderniß lag nicht in dem Kaiser, von dem eine momentane Nachgiebigkeit leichter erlangt werden konnte, wenn er sie auch später zurücknahm, es lag in dem kaiserlichen Kammerdiener Greiner. Der mannigfachen Nachrichten über diesen Mann lassen uns nicht daran zweifeln, daß ihn das Interesse seines protestantischen Glaubensbekenntnisses und Ver-

*) Geheimes Staatsarchiv. — Der Herzog von Braunschweig an den Kurfürsten von Sachsen ddo. 20. Juli 1611.

Google

bindungen mit Kurpfalz zu einer ſolchen Haltung veranlaßt haben. Da es nicht verborgen blieb, daß Ericius das einzige Hindernis eines zwar nicht dauernden aber doch momentanen Ausgleichs ſei, beſchloß Khleſl, ein Feind aller Zögerungen, gegen dieſen ſelbſt aufzutreten. Er ließ ihm ſagen, daß, wofern er ſich noch länger dem Ausgleiche widerſetzen würde, Mathias ihn von des Kaiſers Seite wegnehmen und an dem Fenſter ſeiner Wohnung aufhängen laſſen werde.*) Dies wirkte, Ericius, der nicht zweifelte, daß es mit dieſer Drohung nicht zum Scherze gemeint ſei, verfiel hierüber in eine tödtliche Krankheit, an der er binnen wenigen Tagen ſtarb.**) Noch vom Krankenlager aus hatte er den Kaiſer beherrſcht und dem Ausgleiche ferngehalten,***) faſt im ſelben Augenblicke, in dem er dem Todeskampfe ſich näherte und der Zuſammenhang zwiſchen ihm und Rudolf ein Ende nahm, ließ letzterer mit ſeiner Oppoſition gegen die Anerbietungen des Bruders nach und zeigte ſich erbötig, den Vertrag zu unterzeichnen. Er that dies am 11. Auguſt und hiemit hatte der lange Streit der 1611
beiden Brüder inſofern ſein Ende gefunden, als Rudolf nichts mehr zu geben, Mathias nichts mehr zu nehmen hatte. Vermöge des Vertrages vom 11. Auguſt wurde feſtgeſetzt, daß Prager Schloß iſt des Kaiſers Reſidenz, doch bleibt dem Könige darin die Benutzung der ſogenannten erzherzoglichen Zimmer freigeſtellt. Der Schloßhauptmann und die gewöhnliche Thorwache ſoll für den Kaiſer und den König in Eid und Pflicht genommen werden. Die Jurisdiktion des Hofmarſchalls über alle zum kaiſerlichen Hofe gehörenden Perſonen, zu denen auch die Geſandten fremder Mächte ſammt ihrem Gefolge gehörten, ſolle keine Schmälerung erfahren und die Prager Gemeinde ſoll dem Hofmarſchall hilfreiche Hand leiſten. Die Regierung von Böhmen ſolle Mathias in eigenem Namen führen, doch vom künftigen Landtage fordern, daß die Regierungsakte in des Kaiſers Namen erlaſſen würden. Für den Lebensunterhalt des Kaiſers verpflichtete ſich Mathias jährlich die Summe von 300.000 Gulden zu zahlen, demſelben zugleich den vollen Nutzgenuß von vier Gütern, darunter Pardubitz, einzuräumen und das Teſtirungsrecht über 200.000 Gulden zuzugeſtehen. Hiefür verſprach Rudolf ſeinen Bruder mit der Krone Böhmen zu belehnen, ſobald er darum anſuchen würde und ihn übrigens den Kurfürſten bei dem bevorſtehenden Kurfürſtentag zu empfehlen. Wozu dieſe Empfehlung dienen ſollte, ſagte der Vertrag nicht, es verſtand ſich jedoch aus den vorangegangenen Verhandlungen, daß dies nur zur Erhebung auf den deutſchen Thron ſein ſollte.

---

*) Münchner Reichsarchiv XV/1, 196.
**) Brüſſler Archiv. Bücher an Erzherzog Albrecht ddo. 13. Auguſt 1611.
***) Simancas 253/20. Zuñiga an Philipp ddo. 6. Aug. 1611.

Google

Noch vor Abschluß dieser Verhandlungen wurden die in Folge des Passauer Einfalls verhafteten Räthe des Kaisers namentlich Hegenmüller und Hannewaldt auf freien Fuß gesetzt.*) Wann Tennagel seine Haft entlassen wurde, ist uns nicht genau bekannt, doch ward auch er bald entlassen. Es war natürlich, daß Mathias nicht Personen für den Passauer Einfall strafen konnte, die doch eigentlich nur Werkzeuge und Diener Rudolfs und Leopolds waren.

Während der Verhandlungen mit dem Kaiser sah sich Mathias genöthigt, seine ersten Regierungsakte als König von Böhmen vorzunehmen. Der wichtigste hierunter war der, welcher die Besetzung der obersten Aemter und Rathsstellen betraf. Bei den Umständen, unter welchen er zu Krone gelangt war, war die Erwartung über seine Wahlen eine äußerst gespannte. Die Protestanten, welche ihm zur Herrschaft verholfen hatten, erwarteten um so mehr ihren Lohn, als Mathias persönlich weniger Ursache hatte, die Katholiken zu schonen, da sich diese allesammt mehr oder weniger mit dem Passauer Einfall kompromittirt hatten.

Die Lage des Königs war um so schwieriger, da es sich nicht um die Besetzung einer oder einiger vakanter Posten handelte, sondern sämmtliche Aemter neu zu besetzen waren. Es wurde nämlich von den Freunden eines durchgreifenden Personenwechsels, also von den Protestanten, die Behauptung aufgestellt, daß bei jedem Thronwechsel die obersten Beamten und die Räthe der Gerichte auf ihre Stellen resigniren müßten, damit der neue König in ihrer Besetzung völlig freie Hand habe. Man bezog sich hierbei auf einen ähnlichen Vorgang bei dem Regierungsantritte Ferdinands I. Thatsächlich hatten damals alle obersten Beamten auf ihre Stellen resignirt, die Katholiken behaupteten aber, es sei dies nichts anderes als eine Form gewesen, um den damaligen Oberstburggrafen Hrn von Rosmital auf rechtmäßige Weise zu bringen, in der Landesordnung finde sich kein Gesetz, welches die Resignation zur Pflicht mache. Die Protestanten vertheidigten natürlich ihre Behauptung und auch Mathias war mehr auf Seite der letzteren, weil es jedenfalls eine Vermehrung der königlichen Prärogative war, wenn ein neuer König an die sonst unabsetzbaren Räthe und Beamten seines Vorgängers nicht gebunden war.

Die obersten Beamten, von denen die Mehrzahl katholisch war, begriffen alsbald, daß es sich darum handle, unter einem scheinbaren Vorwande einige unter ihnen von ihren Aemtern zu entfernen und wollten sich

*) Briefliche Archiv. Bodenius gibt in einem Schreiben den 18. Juni 1611 als den Tag, an dem sie aus der Haft entlassen wurden, an.

Google

halb, als man an sie das Ansinnen zu resigniren stellte, nichts davon wissen. Namentlich Slawata, als Burggraf von Karlstein, und Martinitz, als Hofmarschall und Beisitzer des Landrechtes, die am meisten bedroht waren, erklärten, freiwillig nicht abtreten sondern nur einem Befehle des Königs weichen zu wollen; in ähnlicher Weise sprachen sich auch der Kanzler Lobkowitz, der Oberstlandschreiber Herr von Janowitz und der Landesunterkämmerer Burghard Tocnik aus. Die Bedeutung dieser katholischen Opposition erhielt aber dadurch einen starken Stoß, daß sich der Oberstburggraf Adam von Sternberg und der Oberstlandrichter Adam d. j. von Waldstein, die hiezu von den Protestanten überredet worden waren, zur Resignation bereit erklärten. Ihnen schlossen sich darauf sämmtliche Beisitzer des Lehn- und Kammergerichts und später die Beisitzer des Landrechts und alle übrigen Kronbeamten an, so daß nur die oben genannten fünf Personen Lobkowitz, Janowitz, Slawata, Martinitz und Tocnik auf der Verweigerung ihrer Resignation verharrten, doch waren auch diese erbötig, einem bestimmten Befehl des Königs Folge zu leisten. In einer Audienz, welche sämmtliche obersten Beamten, Räthe und Beisitzer der Gerichte bei Mathias hatten, verzichtete Adam von Sternberg in seinem und derjenigen Katholiken Namen, die sich ihm angeschlossen hatten, auf die bisher inne gehabten Stellungen, ein gleiches that Stephan von Sternberg als Wortführer der protestantischen Beamten und Räthe. Lobkowitz erklärte, er habe bereits dem Könige seine Absicht kundgethan und finde sich nicht bewogen, etwas hinzuzufügen; auch seine vier Gesinnungsgenossen verwahrten sich vor dem Könige gegen die ihnen zugemuthete Resignation, erklärten sich jedoch bereit einem Befehle zu folgen. Mathias entließ sie mit dem Versprechen, daß er ihnen seinen Willen bald möglichst kund geben wolle.

Die geheimen Räthe des Königs erwogen ernstlich, was nun zu thun. Die Mehrzahl derselben erklärte in einem Gutachten, daß Mathias in Betracht der Art und Weise, wie er zur böhmischen Krone gelangt sei, auf die Protestanten Rücksicht nehmen und namentlich Thurn belohnen, Slawata und Martinitz aber ihrer Aemter entsetzen müsse. Auch bezüglich des Wenzel Ruzky war es nicht zweifelhaft, daß ihm ein Lohn zu Theil werden müsse, da sich aber letzterer frühzeitig etwas solideres, nämlich eine Schenkung in Gütern, ausgebeten und von Mathias die gewünschte Zusicherung erhalten hatte, so hatte man auf ihn bei der Vertheilung der Aemter keine Rücksicht zu nehmen. Die Minorität des Geheimraths war mit der Entfernung der beiden Katholiken nicht einverstanden, sie hob hervor, daß dieselben getreue Unterthanen des Königs sein wurden, was bezüglich der Protestanten zweifelhaft sei. Zu dieser Minorität scheint Khlesl gehört zu haben, wenigstens ver-

4. Juli 1611

Google

ſicherte er den Herrn von Slawata, daß er „Gewiſſens halber“ zu einer Abſetzung widerrathen habe. Auch Zuñiga und der Nuncius hatten in dieſem entſcheidenden Augenblicke nicht müßig, ſondern beſtürmten den König, er möchte den Katholiken keinen ſolchen Schlag beibringen, wie der Verluſt zweier ihrer bewährten Häupter *). In der Kapuzinerkirche wurden neun Tage von Priſt auf Bitten des Kanzlers Gebete angeſtellt, auf daß ſie drohende Gefahr die Herren Slawata und Martinitz verſchone. Erſteren kam in einer Privataudienz, die er ſich bei Mathias erbeten hatte, vorerſt ſeine Sache, um ſeinen Sturz, den er wie den ärgſten Schimpf hierher, hintanzuhalten. Gleichwohl konnten alle dieſe Bitten und Verſtellungen wenigſtens ſo weit ſie Slawata betrafen, kein Reſultat haben, denn Kaiſer hatte bereits über ſein Amt verfügt. Als Kinsky nach Znaim gereiſt war, um den König zur Beſchleunigung der Reiſe nach Prag aufzufordern, erbat er daſelbſt nicht bloß ſeine Intereſſen, ſondern er erbat auch für Thun eine Belohnung. Mathias verſprach damals, denſelben das Burggrafenamt von Karlſtein, welches Slawata reſignirte, zu ertheilen.**) — Dieſes Amt war unter den böhmiſchen Krondämtern dasjenige, welches die mindeſte Anſtrengung erheiſchte und trotzdem reicher dotirt war als mehrere andere im Range höher ſtehende; es trug jährlich an 8000 Thaler ein.

Nach mehrtägigen Verhandlungen entſchloß ſich Mathias zur Ernennung der Aemter vorzunehmen, Slawata ſollte abgeſetzt, Martinitz aber in ſeiner Stellung belaſſen werden. Gegen die bedenkliche und durch die Reſtaurirung ſanktionirte Uebung, welche dem Könige zur Pflicht machte, hiebei den Rath der oberſten Beamten und Beiſitzer des Landrechts zu hören, hatte Mathias nicht nur deren Gutachten, ſondern auch das einer Kammer- und Lehenrichterſtäbe ja ſogar einiger hervorragenden Mitglieder des Landtags verlangt, offenbar in der Abſicht, den Böhmen recht zu ſchmeicheln. Er berief darauf die Herren Adam von Sternberg, Wilhelm von Wallenſtein, Zdenek von Lobkowitz und Johann von Jaworzy zu ſich und theilte ihnen die Liſte derjenigen mit, welche er zu den erledigten Aemtern befördern wollte. Adam von Sternberg ſollte Oberſtburggraf, Wilhelm (er war früher Oberſtlandrichter) Oberſthofmeiſter (dieſe Stelle war zur Zeit vakant), Georg von Schwamberg Oberſtkämmerer, Johann Georg Oberſtlandkammerer, Lobkowitz Kanzler, Georg von Talmberg Oberſtlandrichter, Graf Thurn Burggraf von Karlſtein und dem Herrnſtande, Johann

*) Aus entnehmen die Geſchichte der Kaiſerwahl griſenthum aus Zuñiga Memoiren, einer mühſeligen Handſchrift, deren Ausgabe pag. Archiv in den Monumentis historiae bohemicae beſorgt.

**) Slawata 497/100. Zuñiga an Philipp III dto. 26. Juli 1611.

Google

von Janowitz Oberſtlandſchreiber, Burghard Tečnik Landesunterkämmerer, Wratislaw von Mitrowic Burggraf von Karlſtein aus dem Ritterſtande, und Hran von Harasow Burggraf des Königgrätzer Kreiſes werden. Die vier zum Könige beſchiedenen Herren hatten den Auftrag, die genannten Perſonen in die Kanzlei zu berufen und ihnen ihre Ernennungen mitzutheilen. Als Sternberg und Lobkowitz die Liſte durchgeſehen hatten und Slawata's Namen darin vermißten, beſchloſſen ſie zu ſeinen Gunſten einen letzten Verſuch zu machen. Von den Ernannten war Herr von Schwamberg nicht nur altersſchwach, ſondern auch krank; ſie hofften, er würde auf ihr Zureden auf das ihm übertragene Amt verzichten, und ſo für Slawata eine Stelle vakant werden. Indem ſie die Anzeige von den königlichen Ernennungen verſchoben, verfügten ſie ſich zu Herrn von Schwamberg und theilten ihm ihr Anliegen mit. Letzterer war jedoch nicht damit zufrieden, daß man ihn ohne ſein Befragen für invalid anſah, wollte von einer Reſignation nichts wiſſen und erklärte, noch ein Jahr lang ſeinem Amte vorſtehen zu wollen. Während er ſich in dieſer abſchlägigen Weiſe äußerte, trat ſeine Frau in's Zimmer, flüſterte ihrem Gatten etwas in's Ohr und entfernte ſich wieder. Schwamberg war nun plötzlich andern Sinnes geworden und bevollmächtigte die beiden Herren, dem Könige ſeine Reſignation mitzutheilen. Die Urſache dieſer raſchen Sinnesänderung lag darin, daß Frau von Schwamberg, eine Schweſter Colonna's von Fels, hoffte, ihr Bruder könnte durch die Reſignation ihres Gemahls in den Beſitz eines Landesamtes gelangen, eine Hoffnung, welche außer ihr auch andere Perſonen theilten. Die Sache nahm jedoch einen andern als den von dieſen erwarteten Verlauf. Kaum war der König benachrichtigt worden, daß ein Amt vakant ſei, ſo nahm er unter den Ernannten einige Beförderungen vor und ertheilte dem Slawata die Stelle eines Oberſtlehnrichters. Dadurch ward zwar letzterer von einem einträglichen Amte zu einer höchſt magern Pfründe verſetzt, allein dieſe Verſetzung hatte wenigſtens das mildernde, daß der Poſten eines Oberſtlehnrichters im Range dem eines Burggrafen vorging. Martinitz blieb im Beſitze ſeines frühern Amtes, er hatte es einer näheren Bekanntſchaft mit Khleſl zu danken, daß die Gefahr an ihm vorübergegangen war. Nach des Mathias Ankunft in Prag ward nämlich der päpſtliche Nuncius im Hauſe des Herrn von Martinitz einquartirt worden, wodurch letzterer Gelegenheit zu einem vertraulichen Verkehr nicht nur mit dem Nuncius, ſondern auch mit dem dieſen faſt täglich beſuchenden Khleſl erhielt.

So war von Mathias die Regierung von Böhmen beſtellt worden. Der Unterſchied zwiſchen ihr und der unter Rudolf beſtehenden war, was

Google Original from HARVARD UN

die Persönlichkeiten betrifft, thatsächlich nicht nennenswerth, denn von den Häuptern der ständischen Bewegungspartei erhielt der einzige Thurn ein Landesamt und dies ein solches, bei dem als einer Einöde von einem einflußreichen Wirkungskreise keine Rede sein konnte. Andere hervorragende Persönlichkeiten unter den Protestanten suchten sich mit einem einfachen Posten als Beisitzer und Räthe der Gerichte und Landesämter begnügen. Die Sachlage war also die, daß die Protestanten auf dem Felde der Gesetzgebung, d. i. im Landtage zum Siege gelangt waren und auf jenem Gebiete der exekutiven Gewalt, das sie an sich gerissen hatten, nämlich in der Ordnung ihrer kirchlichen und Unterrichtsangelegenheiten sich selbstständig bewegten, daß sie aber von der eigentlichen Regierung des Landes größtentheils ausgeschlossen blieben. Hier zeigte sich zwar, daß die Regierung des Königs Mathias doch nur eine Fortsetzung jener Rudolfs sei, mit alleiniger Ausnahme der unerträglichen Unordnungen, die eine Folge von des Kaisers geistiger Beschaffenheit waren. Indem Mathias die katholische Regierungsweise seines Bruders fortsetzte, ohne daran zu denken, eine große Partei im Lande an sein Interesse zu knüpfen, wie er dies bereits oben gesagt, mußte es nicht allzu ferner Zeit zwischen ihm und seinen neuen Unterthanen abermals ein Kampf entbrennen, denn es war nicht zu erwarten, daß die Protestanten im Gefühle ihrer Macht und Zahl nicht die volle Herrschaft für sich beanspruchen würden.

Daß dies nicht anders sein konnte, dafür zeugt eine Entscheidung des Königs, welche dieser drei Tage vor seiner schließlichen Abreise von Prag fällte. Gegen die protestantischen Braunauer, welche mit ihrem berühmten Kirchenbau begonnen hatten, war der Abt von Braunau klagbar aufgetreten und verlangte die Sistirung des Baues. Mit Aufrechterhaltung der im Jahre 1609 getroffenen Bestimmung, daß auf geistlichen weil eigentlich dem Könige gehörenden Gütern — nach der staatsrechtlich in Böhmen gültigen Auffassung — die Unterthanen das Recht des Kirchenbaues besitzen sollen, entschied Mathias gegen die Braunauer und befahl ihnen den weiteren Bau einzustellen. Hiemit hatte er den Kampf selbst begonnen und ihm den Schein eines religiösen gegeben. — Am 28. August reiste er von Prag nach der Lausitz ab, in Bautzen empfing er am 5. September die Huldigung der Oberlausitzer, in Sorau am 12. die der Niederlausitzer, am 15. September langte er in Breslau an, um die Huldigung der Schlesier entgegenzunehmen. Jetzt machte sich der Groll und die Eifersucht der Schlesier Luft gegen die Böhmen und sie erklärten ausdrücklich, daß sie dem Könige nicht huldigen würden, wofern er ihnen nicht eine eigene Kanzlei zusage. Nach vorläufigem Zögern willigte Mathias in die Errich-

1611

nung eines Vicekanzlers für Schleſien in der Perſon des Herrn von Schönaich, der ſein Amtslokale in Breslau aufſchlug und nach dem Wunſche der Schleſier faktiſch jede Verbindung mit der böhmiſchen Kanzlei aufhob. Der Kanzler von Böhmen Zdeněk von Lobkowitz, der ſich im Gefolge des Königs in Breslau befand, ſäumte nicht, im Namen Böhmens gegen die Trennung Schleſiens zu proteſtiren, allein ſein Proteſt wurde nicht weiter von den Schleſiern beachtet. *) Am 9. Oktober huldigten ſie darauf ihrem neuen Herzoge.

*) Ueber die weitere Entwicklung der Kanzleiangelegenheit findet man das nähere im Anhange.

Google

Fünftes Kapitel.

I. Neue Richtung der Rudolfinischen Politik. Des Kaisers Absicht sich mit der Union zu verbinden. Diess Gesandtschaft. Berufung des Markgrafen von Anspach nach Prag. Der Nürnberger Kurfürstentag. Feindliche Stimmung desselben gegen Rudolf und Mathias. Rudolfs Bestreben, die Wahl eines römischen Königs zu vereiteln. — II. Des Kaisers letzte Krankheit. Sein Tod. Versammlung seiner Diener, namentlich des Kammerdieners Rach. Betrachtungen über den Streit zwischen Rudolf und Mathias. — III. Rudolfs natürliche Nachkommenschaft. Der Marchese Incourt. Blick auf die Religionsverhältnisse in Böhmen.

I

Durch den Vertrag vom 11. August hatte Rudolf nicht bloß der Krone Böhmens entsagt, sondern sich auch verpflichtet, seinen Bruder den Kurfürsten zur Wahl auf den deutschen Thron zu empfehlen. War schon die Entsagung eine erzwungene, wie dies der Kaiser nicht müde wurde, bei verschiedenen Gelegenheiten zu betonen, so war es mit der versprochenen Empfehlung nicht anders. Während er bezüglich der ersteren keineswegs die Hoffnung aufgab, sie rückgängig machen zu können, beeilte er sich auch nicht mit der letztern, denn er hatte nicht die geringste Neigung, sich auf dem deutschen Throne in der Person seines Bruders einen Nachfolger zu geben. Obwohl er also keineswegs das dem Bruder ertheilte Versprechen einhielt, so drohte dennoch die Frage wegen der Succession im Reiche trotz und gegen den Kaiser in den Vordergrund zu treten. Wie bereits erzählt worden, hatte der Kurfürst von Mainz seine Kollegen zu einer gemeinsamen Versammlung ursprünglich nach Mühlhausen, später aber nach Nürnberg eingeladen. Diese Versammlung stand jetzt unmittelbar vor

Google

und einer der erſten Punkte, die auf derſelben erörtert werden ſollten, war eben die Nachfolge im Reiche. Der Kurfürſt von Mainz war es, der mit allem Ernſte dieſe Zuſammenkunft betrieb und am meiſten die Nothwendigkeit, für die Beſtimmung der Nachfolge Sorge zu tragen, betonte. Rudolf konnte vorausſehen daß er ſchon in den nächſten Tagen ſelbſt um jene Krone zu kämpfen haben würde, die für ihn thatſächlich nichts als eitler Flitter war.

Um den Kampf glücklich zu beſtehen, mußte der Kaiſer trachten, einen doppelten Erfolg auf dem Kürfürſtentage zu erringen. Erſtens mußte er Mathias bei den Kurfürſten zu diskreditiren ſuchen und zweitens, dieſelben von dem etwaigen Vorſatz, für die Nachfolge im Reiche Vorkehrungen zu treffen, abwendig machen. Gelang ihm beides, ſo hatte er damit vorerſt nur negative Erfolge errungen, denn was er vor allem wünſchte und wozu er in mehreren Schreiben die Kurfürſten geradezu aufgefordert hatte, die Beſtrafung ſeines Bruders, das mußte dann erſt beſonders angeſtrebt werden. Freilich konnte nur Leidenſchaft oder ein getrübter Verſtand letzteres für möglich halten, aber für Rudolf gab es nie allzu kühne Hoffnungen. Es entſtand nur für ihn die Frage, auf welchem Wege dies doppelte Ziel angeſtrebt werden ſollte. Seine bisherigen diplomatiſchen Stützen hatten ſich in allen ſeinen kritiſchen Lagen als unbrauchbar erwieſen: von den geiſtlichen Kurfürſten und von Kurſachſen hatte er weder im Jahre 1608, noch bei dem Pruger Konvente, noch nach dem Paſſauer Einfalle jene Hilfe erlangt, auf die er gehofft, und nun waren ſie es gerade, die mit dem größten Eifer die Beſtimmung der Nachfolge betrieben. In dem Grade, als die Niederlage, die er von ſeinem Bruder erlitten hatte, eine vollſtändigere ward, in dem Grade ſah er ſich von ſeinen frühern Bundesgenoſſen verlaſſen. Eine neue Politik mit neuen Bundesgenoſſen, das und nichts weniger war es, was der hinſiechende Kaiſer in ſeiner größten Bedrängniß, als ihm ſelbſt nach der deutſchen Krone gegriffen ward, verſuchen zu müſſen glaubte.

Worin ſollte nun die neue Politik beſtehen? In nichts geringerem als in einem engen Anſchluß an die kalviniſche Partei in Deutſchland und an deren Träger. Rudolf urtheilte ganz richtig, daß er in dieſer Partei, welche ſeit Jahren nach einer gewaltſamen Umänderung der deutſchen Verhältniſſe trachtete, in der die waghalſigſten Politiker in Deutſchland zu finden waren, das meiſte Entgegenkommen finden würde, wenn er ihr ein Bündniß anböte. Er konnte dieſer Partei als Preis für ihre Unterſtützung die geſammte kaiſerliche Macht — ein werthvoller Beſitz in den Händen von Männern wie Anhalt — zur Dispoſition ſtellen, um als Gegenleiſtung Hilfe gegen ſeinen Bruder oder wenigſtens Vereitelung einer römiſchen

Google

Königswahl zu verlangen. Mit einer solchen Politik löste sich Rudolf vollständig von allen seinen bisherigen Beziehungen los, von den Katholiken Deutschlands, vom Papste, von dem Könige von Spanien und von allen Prinzen seines Hauses und begründete ein politisches System, dessen einzige Stütze die berechnende Schaulust seiner früheren Gegner, der Unionsfürsten, und sein Kaisertitel war. So viel war gewiß, daß, wenn Rudolf entschlossen auf dem Wege dieser Allianz vorwärts ging und alle Konsequenzen derselben annahm, er eine grenzenlose Verwirrung in Deutschland herbeiführen konnte. Trotzdem und vielleicht eben deshalb war die Verbindung mit der Union sein Hoffnungsanker, an den der Kaiser sich anklammerte und den er bis an sein Lebensende festhielt. Wenn es hierbei nicht zu mehr als zu vorbereitenden Handlungen, zu Gesprächen, Gesandtschaften und schriftlichen Erklärungen kam, so darf nicht übersehen werden, daß Rudolf überhaupt nicht rasch in der
1611 Durchführung seiner Entschlüsse war und daß er seit dem Monate September, in dem seine Allianzpläne klar hervortraten, nur mühsam den Faden der Unterhandlungen weiter führen konnte; seine körperlichen Kräfte waren erschöpft und er wankte dem Tode zu, der ihn im Januar 1612 endete.

Schon im Jahre 1610, als die Konversionsverhandlungen eine für den Kaiser ungünstige Richtung nahmen, verfiel der Kaiser auf den Gedanken einer Verbindung mit der Union und es ist erzählt worden, daß er damals den Herrn Gotthard von Starhemberg mit einer Mission an den Kurfürsten von der Pfalz Friedrich IV betraute. Da letzterer aber gerade zu dieser Zeit starb, so ließ Rudolf den Plan dieser Verbindung fallen und setzte seine Hoffnung allein auf den bald darauf in Szene gesetzten Passauer Einfall. Jetzt richtete er seine Aufmerksamkeit neuerdings auf die Union und schon vor dem Abschlusse des Vertrages vom 11. August deutete er seiner Umgebung den Weg an, den seine Politik einschlagen dürfte. Er drückte sich hierbei so aus, daß er nicht bloß ein Bündnis mit der Union in Aussicht stellte, sondern daß er sogar den Uebertritt zum Protestantismus selbst erwarten ließ.*) Seine Stimmung erfuhr nach abgeschlossenem Vertrage keine Besserung, sondern eilte ihr zu entschiedeneren Schritten an. In diesen seinen Bestrebungen fand er natürlich keine Unterstützung bei Männern wie Zacchinus, aber selbst jene, die noch bei dem Passauer Einfall ihm mitgerathen und mitgeholfen hatten,

*) Geheimes Archiv. Brief an Erzherzog Albrecht vom 20. Juli 1611: „Der Herr weiß bei mir jeden Tag angelegt, er habe allerhand wichtige Sachen mit mir zu reden, wolle derwegen einen sonderbaren Tag und Ort, auch allein mit mir zusammenkommen und erscheinen, meinet (quod jam aliquoties mihi dixit) se Caesar ad apostasiam declinet.

Google

wie Hannewald und Hegenmüller, hielten ſich vom Kaiſer fern, indem ſie ihre Entlaſſung dazu benutzten, um jede Verbindung mit demſelben abzubrechen. Es verſteht ſich von ſelbſt, daß nur verkommene Perſönlichkeiten oder beutelüſtige Ausländer ſich dazu hergeben konnten, Rudolf bei einer Politik behülflich zu ſein, deren Reſultat unter allen Umſtänden nur Verwirrung und Krieg ſein konnte, ohne dem Urheber derſelben zu helfen; eine einfache Aufzählung jener Perſonen, die dem Kaiſer ihre hilfreiche Hand boten, beſtätigt dies mehr als zur Genüge. Obenan ſtand der Oberſt Gunderode, der bereits mehrmals im Laufe der Erzählung genannt wurde; er lebte als Geſandte Jakobs II oder beſſer geſagt als deſſen diplomatiſcher Agent in Prag, ſtand in regem Zuſammenhang mit dem Fürſten von Anhalt und war von Rudolf ſchon im Anfang des Jahres 1609 zu Miſſionen benützt worden, als letzterer ſich der Hoffnung hingab, Oeſterreich wieder gewinnen zu können. Man kann glauben, daß Gunderode nur im Einklange mit ſeiner proteſtantiſchen Ueberzeugung thätig war, wenn er Rudolf die verlangten Dienſte leiſtete. Allein die Akten liefern den Beweis, daß es ſich für denſelben zugleich um einen Gelderwerb handelte und daß er die Leidenſchaft des Kaiſers zu bedeutenden Erpreſſungen benützte. Er war derart an dem Intriguenſpiel desſelben betheiligt, daß er ſogar in den Paſſauer Einfall verwickelt erſcheint, da er vor Mathias durch die Flucht nach Sachſen Schutz ſuchen zu müſſen glaubte. Seine Dienſtleiſtungen in dieſen letzten Monaten brachten ihm die Summe von 10.000 Dukaten ein, mit der er ſich glücklich nach des Kaiſers Tode vor den Nachſtellungen des Mathias rettete. Neben Gunderode wird uns der kaiſerliche Sekretär Härtel genannt, der im Sinne einer pfälziſchen Einigung vorzugsweiſe thätig war. An ihn ſchloſſen ſich Perſonen von ganz untergeordneter Stellung an, die Kammerdiener Rauch und Haſtal, der Antiquar Fröſchel, ein holländiſcher Abenteurer und Verfertiger eines Perpetuum mobile, Cornelius Drebbel, und eine und die andere kaum dem Namen nach bekannte Perſönlichkeit. Dies waren die Männer, die jetzt vorzugsweiſe des Kaiſers Vertrauen beſaßen, ſeine Politik beſtimmten, die Depeſchen verfaßten und korrigirten, mit einem Worte die leitende Hand im Kabinete des deutſchen Kaiſers waren. Neben ihnen werden wohl noch Dr. Wacher und Ernſt von Windwig benützt, doch kam ihr Anſehen nicht dem der vorgenannten Perſonen gleich. Der Herzog von Braunſchweig, der gegenwärtig den Sitzungen des geheimen Rathes präſidirte, ſtand den abenteuerlichen Entſchlüſſen des Kaiſers fern; theils ward er durch ſeinen Rang von einem allzu vertrauten Verkehr mit Kammerdienern und Alchimiſten abgehalten, theils gehörte er für ſeine Perſon zu der durch Kurſachſen repräſentirten polniſchen Partei und ſtand alſo den Wünſchen und Abſichten der Union entgegen.

Google

Der Entſchluß des Kaiſers, eine Verbindung mit der Union einzugehen, war nicht das einzige auffallende Ereigniß dieſer Tage, es gesellten ſich zu demſelben neue Heiratsprojekte, die am Hofe mit Eifer betrieben wurden. Anfangs hieß es, der Kaiſer wolle der verwittweten Königin von Frankreich Marie von Medici die Hand reichen, dann wurde die verwittwete Kurfürſtin von der Pfalz als kaiſerliche Braut genannt, zuletzt kam die Sprache auf eine Tochter des Herzogs von Braunſchweig und dieſes Projekt ſchien am meiſten an Konſiſtenz gewinnen zu wollen, wenigſtens wurde einige Tage vor dem Tode des Kaiſers die Hochzeitsfeierlichkeit als ſehr nahe bevorſtehend betrachtet. So beſchäftigte ſich alſo Rudolf, kurz möchte man ſagen, noch in der Todesſtunde mit dem Gedanken, auf dem von der Natur ihm geſetzten Wechſelgut einen Poſſen ſpielen zu können. Neben den Hochzeitsplänen wurde die Frage wegen der Abreiſe immer wieder beſprochen und ſchien durch die bevorſtehende Allianz Rudolfs mit der Union ihrer Löſung entgegenzugehen. Ein eigener Wagen wurde angeordnet, in deſſen Mitte auf Rädern eine Sänfte für den Kaiſer befeſtigt war, um die Beſchwerlichkeit des Transportes zu verringern. In mancher Woche mußten die Equipagen Tage lang bereit ſtehen, um auf den erſten Wink des Kaiſers den Weg in's Reich einzuſchlagen.*)

Die Verbindung mit der Union knüpfte Rudolf durch Gunderam an.
1611 Im Monate Auguſt wurde derſelbe nach Deutſchland mit dem Auftrage abgeſchickt, den pfalziſchen Hof und andere mit dieſem befreundete Höfe zu beſuchen. So weit wir aus der nur theilweiſe erhaltenen Korreſpondenz urtheilen können, hatte der Oberſt vorerſt den Auftrag die Stimmung der einzelnen Fürſten zu erforſchen, in wie weit ſie zu einer Allianz mit dem Kaiſer geneigt wären.**) Nur an den Markgrafen von Ansbach und an den Grafen von Hanau hatte er beſtimmtere Aufträge. Erſtaunlich des letztern berichtete Zuñiga dem König von Spanien, daß der Kaiſer von ihm ein Anlehen erlangen wolle, bezüglich des erſtern teilte er bald heraus, daß ihn Rudolf mit Uebergehung aller ſeiner Geheimräthe und aller Prinzen ſeines Hauſes zum Kommiſſär bei dem Kurfürſtentage zu Nürnberg ernennen wolle. Der Markgraf wurde wegen Entgegennahme der Inſtruktion zur Reiſe nach Prag eingeladen. In der That kann man ſich keine entſchiedenere Demonſtration denken, als wenn der Kaiſer bei einer ſo wichtigen Gelegenheit einen Unionsfürſten in dieſer Weiſe mit ſeinem Vertrauen beehrte. Daß man im Lager der Fürſten um ſo mehr mit Zufriedenheit dieſe Schwenkung Rudolfs begrüßte, kann nicht

*) Simancas MS. Zuñiga an Philipp III dto. 11. Sept. 1611.

**) Die Akten im böhmiſchen Statthaltereiarchive.

Google

bezweifelt werden, doch sind wir nicht zur Kenntniß irgend eines Planes, den ersterer auf dieselbe begründete, gekommen. Die Instruktion, welche die pfälzischen Gesandten zu dem Kurfürstentage nach Nürnberg erhielten *), zeigt von keinem vollständigen Eingehen in die Wünsche des Kaisers, denn die Gesandten erhielten den Auftrag, auf die Vernahme einer römischen Königswahl zu dringen, was bekanntlich am allerwenigsten dem Kaiser angenehm war. Später als der Markgraf von Anspach bereits direkte Verhandlungen mit dem letztern angeknüpft hatte, hieß es, die Union sei erbötig, dem Kaiser zu seinem Unterhalt eine bedeutende Geldsumme zu bewilligen, natürlich unter der Bedingung, daß er ihre Interessen zu den seinigen mache. Wir glauben mit Grund vermuthen zu dürfen, daß das Entgegenkommen Anhalts und der Unionsfürsten, das durch Sunderode's Sendung provozirt werden sollte, nicht den weitgehenden Wünschen des Kaisers entsprach. Unzweifelhaft mag man in diesem Lager über den Gesundheitszustand des Kaisers hinreichend unterrichtet gewesen sein, um aus einer Verbindung mit ihm große Hoffnungen zu schöpfen und sich voreilig zu kompromittiren. Dagegen hegten Mollard und Barvitius, die, wiewohl im kaiserlichen Dienste stehend, sich völlig bei Seite gesetzt sahen, große Befürchtungen vor den Folgen dieser Verbindung; beide behaupteten, daß der Kaiser die früher unbeachteten Wünsche der Union jetzt erfüllen werde **) Barvitius war stets der Meinung, daß Rudolf jeden Weg betreten werde, um an seinem Bruder Rache zu nehmen.

In Folge der Einladung des Kaisers langte der Markgraf von Anspach am 15. Oktober in Prag an, um dessen Mittheilungen und Wünsche 1611
entgegenzunehmen. Sein rascher Empfang — schon den zweiten Tag nach seiner Ankunft — zeigte, welch' hohen Werth der Kaiser auf die Verbindung mit jener Partei legte, welche der Markgraf repräsentirte; der Empfang war aber nicht nur rasch, er war in jeglicher Beziehung ausgezeichnet. Am 17. Oktober empfing der Kaiser den Markgrafen mit seinem ganzen Gefolge und unterhielt sich darauf mit ihm eine Viertelstunde lang allein; vier Tage später ertheilte er ihm abermals eine Audienz, die etwa eine Stunde währte und zuletzt ließ er ihn sogar in sein Kunstkabinet kommen und besprach sich da zwei Stunden lang mit ihm. Er ernannte den Markgrafen darauf zu seinem Bevollmächtigten bei dem Nürnberger Kurfürstentage und unterordnete ihm die mittlerweile dahin abgeschickten Gesandten. Da er ihn bei seiner Abreise mit kostbaren Gegenständen beschenkte

*) Münchner Staatsarchiv 547/14. 206. Pfälzische Instruktion für die Gesandten zum Kurfürstentag in Nürnberg.

**) Brüsseler Archiv. Richer an Erzherzog Albrecht ddo. 15. Okt. 1611

Google Original HARVARD

und wie die Rede ging, sogar an Sohnesstatt annehm, so stand der Empfang des Markgrafen wohl einzig in der Geschichte Rudolfs da.

Es versteht sich, daß über den Inhalt der Unterredungen zwischen dem Kaiser und seinem neuen Adoptivsohne viel nachgeforscht wurde. Aus den Berichten von Personen, die ihre Nachrichten aus dem Munde des einen oder des andern der beiden Fürsten schöpften, geht so viel hervor,*) daß sich der Kaiser zuerst bitter über den Papst und Spanien so wie über seine ganze Familie ausgelassen habe, „er möge nicht einmal den Namen seines Hauses aussprechen hören" und darauf erklärte, daß er sich an den Vertrag vom 11. August nicht für gebunden halte, sondern dessen Vernichtung und seine eigene Restitution anstrebe. Der Markgraf von Anspach suchte dem Kaiser Muth einzuflößen, forderte ihn auf, seinen schon mehrmals ausgesprochenen Entschluß auszuführen und seine Residenz nach Deutschland zu verlegen. Sobald er den Beschwerden der Protestanten abhelfe, könne er gewiß sein, daß sie ihm einen Jahresgehalt anbieten würden. Gunderode rühmte sich wenige Tage später,**) daß die Protestanten sich bereits zu einer Summe von 130.000 Gulden jährlich verstanden hätten. Am Schlusse der Unterhandlungen, die der Markgraf nicht nur mit dem Kaiser sondern auch mit einigen seiner Vertrauenspersonen zu führen hatte, erhielt er den Auftrag, bei dem Nürnberger Kurfürstentage dahin zu wirken, daß die Bestimmung der Nachfolge bis zur Berufung eines Reichstages vertagt, Mathias mit seinen etwaigen Forderungen abgewiesen und gegen die Böhmen wegen ihres Vergehens ein Tadel ausgesprochen werde.***)

Der Kurfürstentag in Nürnberg, der endlich das Verhältniß zwischen dem Kaiser und Deutschland in's Klare bringen mußte, versammelte sich in der zweiten Hälfte des Monats Oktober. Von den Kurfürsten waren daselbst anwesend die drei Erzbischöfe und der neue Herzog von Sachsen Johann Georg, des vor kurzem verstorbenen Christian II († 3. Juli 1611) Bruder und Nachfolger. Kurpfalz war wegen der Minderjährigkeit des Kurfürsten Friedrich V, bekannt unter dem Namen des Winterkönigs, durch den Herzog von Zweibrücken, Administrator der Kur, Brandenburg durch Gesandte vertreten. Die Kur Böhmen nahmen des Mathias Gesandte, an deren Spitze sich Khlesl befand, in Anspruch.

---

*) Wir schöpfen unsere Nachrichten aus einem Briefe Bischers an Erzh. Albrecht ddo. 22. Okt. 1611 im Brüssler Archiv und aus zwei Schreiben des sächs. Gesandten aus Prag an Kursachsen im sächs. Staatsarchiv.

**) Bischer an Erzherz. Albrecht ddo. 29. Okt. im Brüssler Archiv.

***) Sächs. Staatsarchiv. Zeidler an Kursachsen ddo. $\frac{21.}{31.}$ Okt. 1611. — Hammer: Khlesl II Urkundensammlung N. XXI.

Google

Sämmtliche Kurfürsten und ihre Vertreter waren vom ersten Augenblick ihrer Zusammenkunft in Nürnberg entschlossen, sich über die Vornahme einer römischen Königswahl zu einigen, dem Kaiser hievon die Anzeige zu machen, und dann die Wahl mit oder ohne seine Zustimmung vorzunehmen. Selbst der Administrator der Kurpfalz machte hievon keine Ausnahme, wiewohl des Markgrafen von Anspach Botschaft und ein eigenhändiger Brief des Kaisers, der ihm deren Berücksichtigung empfahl, darnach angethan sein konnten, seinen Entschluß zu erschüttern. *) So wenig aber ein Zweifel darüber obwaltete, ob eine Königswahl vorzunehmen sei oder nicht, so wenig Einigkeit herrschte über die Person des zu Wählenden. Zwar traten nicht mehrere Bewerber auf, nur der einzige König Mathias kandidirte offen für den Thron, allein gerade gegen ihn waltten die wichtigsten Bedenken bei der Mehrzahl der Wähler ob. Die geistlichen Kurfürsten, treu ihrem frühern Systeme, wollten nichts von seiner Erhebung wissen, der Kurfürst von Sachsen schien ihnen folgen zu wollen, denn obwohl er sich nicht zu Gunsten Albrechts äußerte, gab er auch nicht zu erkennen, daß er für Mathias eintreten wolle, und auf Brandenburg und Kurpfalz war kein sicherer Verlaß für Mathias, wiewohl sie seit dem Passauer Einfall sich sichtlich dem Könige genähert hatten. Khlesl, der mit einer Rührigkeit ohne Gleichen die Interessen seines Herrn vertrat, begegnete überall einer mehr oder weniger unfreundlichen Stimmung; der Kurfürst von Mainz verweigerte ihm sogar durch längere Zeit eine Audienz. Zuñiga, der nach Nürnberg gekommen war, trat im Einklange mit seinen frühern Bestrebungen mit solchem Eifer für Mathias auf, daß selbst Khlesl denselben nicht hoch genug anschlagen konnte und seinem Herrn schrieb, „die spanische Botschaft arbeite Tag und Nacht" im Interesse des Königs. Die geistlichen Kurfürsten, welche die Resultate ihrer beschränkten Politik im Passauer Einfalle sehen konnten, zogen es vor, statt offen die Verkommenheit des kaiserlichen Regiments zuzugeben, gegen Mathias die Erzürnten und Beleidigten zu spielen. Eine Aenderung in ihrer Haltung war am Ende nur bei zweien, bei Köln und Trier, durch Zuñiga's Zuthun herbeigeführt, der als Augenzeuge der Verhältnisse am Prager Hofe und Vertreter Philipps III nicht als Parteimann angesehen und verworfen werden konnte. Nur Schweikhart von Mainz erwies sich unnahbar gegen alle Freunde des Königs Mathias; dem spanischen Gesandten erklärte er geradezu, daß er die Empfehlung des Mathias nicht für eine ernst gemeinte ansehe und nicht glauben könne, der König von Spanien würde je

*) Münchner Staatsarchiv 54/15. 124. Rudolf II an den Administrator der Kurpfalz dto. 28. Okt. 1611.

Google

vergessen, welche Rolle Mathias in den Niederlanden gespielt hatte *). Da der Kurfürst von Mainz auf die Entscheidung seiner geistlichen Kollegen einen anerkannten Einfluß besaß, so war zu fürchten, daß Mathias noch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben würde. Die Regierung Schweikhards ging entschieden auf den Erzherzog Albrecht und Zuñiga war der Ansicht, daß derselbe schließlich die meisten Aussichten auf die Kaiserkrone besitze. Als der spanische Staatsrath von Zuñiga über den Stand der Angelegenheit und zugleich über dessen energisches Eintreten für Mathias benachrichtigt wurde, war er nicht völlig damit zufrieden; wiederum suchten nämlich die rebellischen Kaiserphantasien im spanischen Kabinet auf. Man gönnte daselbst Mathias die Erhebung, aber Zuñiga bekam doch die Weisung, die Möglichkeit einer Wahl Philippe III im Auge zu behalten und die Stimmen der Kurfürsten auf denselben zu lenken, wenn Mathias oder einer seiner Brüder ihnen nicht genehm wäre. **)

Was Kursachsen betrifft, so wurde Mathias von da auf dem wenig zu hoffen gehabt haben wie von Mainz, wenn Christian II noch am Leben gewesen wäre. Aber Johann Georg, wiewohl zur katholischen Partei gehörig, hatte doch keinen Groll gegen Mathias, ja er war von geneigt denselben seine Stimme zu geben, wenngleich er damit noch vorsichtig hinter dem Berge hielt. Denn bevor die Konferenzen in Nürnberg begannen, berief er sich mit seinen Geheimräthen, wem er seine Kurstimme geben solle. Es wurde die Meinung aufgestellt, daß ernstlich nur von zwei Bewerbern, von Mathias und Albrecht, die Rede sein könne und nach langer Erwägung zugestanden, daß eigentlich nur der erstere wählbar sei, mochten noch so viel Einwürfe gegen ihn vorgebracht werden. Johann Georg schließt sich dieser Meinung mit der Beschränkung an, daß er zu Gunsten des Mathias vorläufig keine Verpflichtung eingehen wolle. ***)

Nach mancherlei Verhandlungen blieb der Nürnberger Kurfürstentag bei dem anfänglichen Entschlusse stehen, die Wahl eines römischen Königs vorzunehmen und dem Kaiser hievon die Anzeige zu machen. Gäbe der letztere hiezu seine Einwilligung, so nahm man sie dankbar an, wenn nicht, so wollte man sich auch ohne dieselbe behelfen. Die Wahl sollte am Montag nach Cantate (21. Mai 1612) in Frankfurt stattfinden und zu der

*) Simancas 2497/171. Zuñiga an Philipp III ddo. 29. Okt. 1611. — Schon vorher hatte eine Partei in den Niederlanden den Erzherzog an die Spitze der Regierung stellen wollen und Mathias hatte den Ruf angenommen, ohne Philipp II zu fragen.

**) Staatsrathsbericht vom 15. und 22. Sep. 1611. Simancas 2498/161 und 162.

***) Sächs. Staatsarchiv. Berathung des Kurfürsten mit seinen Räthen ddo. $\frac{11}{21}$ Okt. 1611.

Google

ſelben auch Mathias als König von Böhmen eingeladen werden. *) Ueber die Perſon des zu Wählenden war keine vorläufige Einigung erfolgt. Schwikhart von Mainz hatte ebenſo energiſch ſich gegen Mathias verwahrt, wie er für Albrecht eintrat; er war nach Nürnberg gekommen, entſchloſſen ſeine Kollegen zu einem ſchriftlichen Verſprechen zu vermögen, daß ſie letzterem ihre Stimme geben und ſonach die Wahl, wenn auch nur vorläufig, vollziehen würden. Er würde vielleicht geſiegt haben, wenn nicht Zuñiga ſeinen ganzen Einfluß in des Mathias Wagſchale gelegt hätte. Johann Georg ward in ſeiner günſtigen Stimmung für Mathias beſtärkt, Trier und Köln in ihrer Abneigung gegen denſelben ſchwankend gemacht. Brandenburg, welches ſeit dem Paſſauer Einfall in einen freundlichen Verkehr mit Mathias getreten war, trat in Nürnberg ziemlich offen für denſelben auf und auch der Vertreter der Kurpfalz mußte, wenn die Wahl nur zwiſchen Mathias und Albrecht ſchwankte, zweifelhaft ſein, ob er den erſtern verwerfen dürfe, trotzdem daß eine Allianz mit Rudolf und der Union im Werke war, denn es lag jetzt wie früher nicht im Intereſſe der pfälziſchen Politik, die Kaiſermacht am Niederrhein zu begründen. Die Dinge ſtanden ſo, daß wenn ein dritter annehmbarer Bewerber auftrat, er die beiden andern Kandidaten aus dem Felde ſchlug. Es war damit für Maximilian von Baiern der Augenblick gekommen, wo es von ihm abhing, ob er den deutſchen Thron beſteigen wollte oder nicht. Daß er ſich nicht um denſelben bewarb, war der ſchlagendſte Beweis, den er dem Hauſe Habsburg lieferte, daß er es nicht auf deſſen Verkürzung abgeſehen habe. — Der Tadel gegen die Böhmen, welchen der Kaiſer bei dem Kurfürſtenkollegium vermied, wurde von demſelben nicht ausgeſprochen. Khleſl widerſetzte ſich dagegen energiſch und bewies, daß ein Tadel gegen die Böhmen zugleich einen ſolchen gegen Mathias einſchließe.

Es darf hier nicht unerwähnt bleiben, daß es nicht ganz und gar an einem dritten Kandidaten für den deutſchen Thron gebrach, derſelbe war kein anderer als der Erzherzog Leopold. Da durch ſeine Ausflüchte die Ausſöhnung mit Mathias, wie erzählt worden, um dieſe Zeit noch nicht erfolgt war, bemühte ſich der Erzherzog mit Rudolf in eine neue Verbindung zum Nachtheil ſeines Vetters zu treten. Von Zeit zu Zeit langte von ihm in Prag ein Brief ein, in dem der Kaiſer beſchworen wurde, Böhmen zu verlaſſen und ſeinen Sitz in einer Reichsſtadt aufzuſchlagen. Als der Kurfürſtentag in Nürnberg herannahte und es gewiß war, daß die

*) Münchner Staatsarchiv 847/15. 386. Beſchluß des Nürnberger Kurfürſtentages unterſchrieben von den anweſenden vier Kurfürſten und den Vertretern von Pfalz und Brandenburg.

Google Original from HARVARD UN

Nachfolge im Reiche daſelbſt zur Entſcheidung kommen würde, ſuchte Erzherzog Leopold der Kaiſerlichen Autorität des Kaiſers abermals auf ſich zu lenken und ſandte in dem alten Herzog Wilhelm von Baiern einen ebenſo rückſichtsloſen als unerbetenen Fürſprecher, der ſich in einem Schreiben an Rudolf für ihn verwendete. Da des Erzherzogs früherer Anhang am Prager Hofe ſeit dem Rückzuge der Paſſauer zerſprengt war, ſo war es ſchwer eine Perſon ausfindig zu machen, welche Wilhelms Brief an die Adreſſe befördert hätte; zuletzt gab ſich ein Ofenheizer in der Burg dazu her und von dieſem erhielt der Kaiſer des Herzogs Brief. Er blieb jedoch ohne Wirkung, da Rudolf es vermied in Nürnberg einen Nachfolger zu ernennen und überhaupt ſeine Hoffnungen nicht mehr auf ſeinem Bruder beruhten.*)

Bevor noch die Geſandten des Nürnberger Kurfürſtentages in Prag eintrafen, um dem Kaiſer von den dort gefaßten Beſchlüſſen Nachricht zu geben, ſchickte der Markgraf von Anſpach über dieſelben einen Bericht ein. Er erſuchte Rudolf, ſich nicht durch den Beſchluß wegen Vernehmung der Königswahl allzuſehr betrüben zu laſſen, derſelbe ſei nicht zu vermeiden geweſen. Der Kaiſer möge ſich mit demſelben einverſtanden erklären, mittlerweile aber ſich einen „ſtarken Rücken machen," d. h. mit der Union eine innige Verſtändigung eingehen, um die Wahl zu ſeinen Gunſten zu lenken oder wenigſtens keinen Nachtheil von ihr zu erfahren.**) Dem Boote auf dem Fuße folgten die Geſandten des Kurfürſtentages, an deren Spitze ſich der Vicedom von Mainz Brömſer befand; als Vertreter von Kurpfalz fungirte der rührige Camerarius. Wiewohl auf die Botſchaft vorbereitet, war der Kaiſer ſeiner Bewegung doch nicht mächtig, als ſich die Geſandten in der ihnen ertheilten Audienz ihres Auftrages entledigten. Während Brömſer die unvermeidliche Lüge vorſchlug, daß die Kurfürſten bei der beabſichtigten Wahl eines Nachfolgers nur das Intereſſe des Kaiſers im Auge hätten und fünf- bis ſechsmal die ununterbrochene Berückſichtigung dieſes Intereſſes betonte, wurde der Kaiſer zuſehends bleicher und gab deutlich zu erkennen, daß er davon nicht ſonderlich erbaut ſei. Er beantwortete die Anſprache einfach damit, daß er verſprach, über das Mitgetheilte nachdenken zu wollen. Als er ſich darauf in ſeine Gemächer zurückzog, ſagte er zu ſeinem Kämmerer Proskowsky: Diejenigen, die mir in meinem Ungemach nicht mit einem Roß zu Hilfe gekommen ſind, haben

*) Brüſſler Archiv. Becker an Erzh. Albrecht ddo. 24. Sept. 1611. — Gumpenb. Zuniga an Philipp III ddo. 30. Sept. 1611.

**) Bayr. Staatsarchiv. Dr. Gerſtenberger an Kurſachſen ddo. $\frac{6}{16}$ Nov. 1611. Dr. Gerſtenberger hatte durch ſeine Verbindungen den Rath des Markgrafen erhalten dürfen und berichtet in obiger Weiſe an ſeinen Herrn darüber.

mir gleich einem Todten eine Leichenpredigt gehalten, gleichsam als ob sie mit dem Herrn zu Rathe säßen und wüßten, daß ich in diesem Jahre sterben werde." *)

Es versteht sich von selbst, daß der Kaiser nicht geneigt war, auf den Vorschlag des Kurfürstentags einzugehen. Da er es jedoch nicht wagen konnte, demselben geradezu eine abschlägige Antwort zu geben, suchte er nach einem Ausweg, um unter dem Scheine, als gewähre er die Bitte der Kurfürsten, dieselbe dennoch zu vereiteln. Von dem Wunsche beseelt, die Gesandten von Prag so schnell als möglich zu entfernen, antwortete er ihnen deshalb auf ihre Botschaft schon am 23. November: er wolle im Prinzip 1611
die Wahl eines Nachfolgers zugeben, knüpfe aber daran die Bedingung, daß der Nachfolger sich nicht in die Regierung mische, so lange er (Rudolf) lebe, und den Wunsch, daß die Wahl vorläufig auf einen weiteren Zeitpunkt (also später noch als am 21. Mai 1612) verschoben und ein Reichstag früher einberufen werde. **) Der Kaiser drückte sich bei dieser Gelegenheit nicht deutlich genug aus, ob er den Reichstag vor der Wahl versammelt haben wolle oder nach derselben. Er ließ jedoch hierüber keinen Zweifel aufkommen, denn schon am 26. November trug er dem Kurfürsten von Mainz auf, so bald als möglich einen Reichstag nach Regensburg auszuschreiben oder den von 1608, der zu keinem eigentlichen Schlusse gekommen war, zu „reassumiren." ***) Von jetzt an konzentrirte sich seine ganze Wirksamkeit darauf, einen Reichstag noch vor der Wahl zu Stande zu bringen. Gelang ihm dies, so hoffte er in demselben eine Stütze gegen seinen Bruder zu finden und es war in der That zweifelhaft, ob zwischen den Kurfürsten nicht ein tiefer Riß entstand, wenn sich der Kaiser am Reichstage auf die Seite der Protestanten warf, wie das mit Wahrscheinlichkeit in Aussicht stand.

Mit der erlangten Antwort reiste die Mehrzahl der Gesandten von Prag weg, nur Camerarius blieb daselbst zurück. Es geschah dies, um die zwischen dem Kaiser und der Unionspartei schwebenden Verhandlungen zu fördern und es scheint, daß Camerarius vom Kaiser in geheimer Audienz empfangen worden sei. Die Anzeichen, daß letzterer immer mehr sein Heil in dem extremen Schritte eines Anschlusses an die Union suche, mehrten sich derart, daß die Ernennung des Fürsten von Anhalt zum Mitgliede des ge-

*) Münchner Reichsarchiv XV/1. 201. Bodenius an Max von Baiern ddo. 19. Nov. 1611. — Münchner Staatsarchiv 54/15. 266. Camerarius an den Administrator der Kurpfalz ddo. $\frac{11.}{21.}$ Nov. 1611.

**) Sächs. Staatsarchiv. Kaiserliche Antwort ertheilt den Gesandten ddo. 23. Nov. 1611

***) Münchner Staatsarchiv. Rudolf II an Kurmainz ddo. 26. Nov. 1611.

Google

heimen Rathes als eine ſicher bevorſtehende Thatſache erzählt wurde.*) Gewiß iſt, daß keine Woche verging, ohne daß ein kaiſerliches „Handbriefel“ an eines der Häupter der Union abging. In dieſe Zeit fällt es auch, daß von der Heirat des Kaiſers mit der verwitweten Kurfürſtin von der Pfalz geſprochen wurde, ein Gerücht, das ohne Zuthun des Kaiſers nicht entſtanden wäre. Härtel, Wacker und die oben genannten Kammerdiener und Antiquare hatten vollauf zu thun, um den Faden der Verbindung mit Anhalt und ſeinen Freunden feſter zu drehen. Trotzdem läßt ſich nicht verkennen, daß dieſe die angebotene Hand des Kaiſers nicht mit gewohnter Raſchheit ergriffen, denn ſchon der Umſtand, daß Anhalt nicht nach Prag kam, zeigt, daß er keine beſondere Hoffnung von der Verbindung mit letzterem hegte

Zu gleicher Zeit, in welcher Rudolf ſeine Stütze in der Unionspartei ſuchte, wollte er auch die andern proteſtantiſchen Kurfürſten feſter an
20/30 Nov. 1611 ſein Intereſſe knüpfen. Anfangs ließ er dem von Sachſen entbieten, er wolle ihn beſuchen oder ihm wenigſtens bis an die Grenze entgegenreiſen, um ſich mit ihm zu beſprechen.**) Zur Durchführung eines ſolchen Entſchluſſes kam es nicht, aber Rudolf ſchickte ſeinen Hofrath Ernſtfried von Minkwitz nach Dresden, um von dem Kurfürſten zu verlangen, daß er den Zuſammentritt eines Reichstages vor der Wahl befördern helfe. Ueber das Reſultat des Nürnberger Kurfürſtentages äußerte er ſich in der zur Mittheilung an den Kurfürſten beſtimmten Inſtruktion im höchſten Grade unzufrieden, „er habe von demſelben gehofft, daß er ihm in ſeinen Nöthen beiſpringen werde,“ ſtatt deſſen habe man daſelbſt nichts anderes als die Beſtimmung der Nachfolge im Auge gehabt und ihn genöthigt nach den Wünſchen der Kurfürſten eine Wahl zu geſtatten, was nur allzu ſehr „dem Vorgange gleichkommt, den der König von Ungern mit Uns beobachtet, der Uns auch zu allem gezwungen, wie der ganzen Welt bekannt iſt.“ Indem er den Kurfürſten dringend bat, die Wahl bis nach dem Reichstage verlegen zu helfen, theilte er ihm noch „im Vertrauen mit, daß die Mehrzahl der Böhmen und Schleſier“ zu ſeiner Wiedererhebung geneigt wären, wenn ſie ſich nur durch das Reich geſtützt wüßten.***) Alſo nichts mehr und nichts weniger glaubte der Kaiſer hören

*) Brüſſler Archiv. Bobemus an den Sekretär des Erzh. Albrecht ddo. 26. Nov. 1611. — Münchner Staatsarchiv 547/15. 314. Camerarius an den Churfürſten der Kurpfalz ddo. $\frac{17.}{27}$ Nov. 1611. — Brüſſler Archiv. Bobemus an Präpert ddo. 3. Dez. 1611. Zuñiga an Philipp III ddo. 28. Dez. 1611. Cumenos 147/91

**) Gerſtenberger an Johann Georg von Sachſen ddo. $\frac{18.}{28}$ Nov. 1611.

***) Sächſ. Staatsarchiv. Inſtruktion Rudolfs II für Ernſtfried von Minkwitz ddo. 15. Dez. 1611.

Google

zu Wunsch, als einem Wiedergewinn der zuletzt verlorenen Länder. Wir können nur hinzufügen, daß die Angabe, als ob die Mehrzahl oder auch nur ein Theil des Adels von Böhmen oder Schlesien derartige Eröffnungen, wie eben angedeutet, an den Kaiser hätte gelangen lassen, auf bloßer Erdichtung beruhte. Der Kurfürst von Sachsen ging nicht auf das Begehren des Kaisers ein, sondern erwiederte, daß die Wahl nicht zu seinem Nachtheile, sondern vielmehr zu seinem Vortheile bezweckt werde.*)

Gleichzeitig mit Minkwitz wurde Gnadenrode abermals nach Deutschland geschickt und ihm neue Verhandlungen mit der pfälzischen Partei aufgetragen. Als ob Rudolf schon die Gewißheit hätte, daß es ihm gelingen werde, den Reichstag vor der Wahl zusammenzubringen, sprach er durch einige Tage von nichts anderem als von seiner bevorstehenden Abreise. Dreimal befahl er die nöthigen Reisevorbereitungen zu treffen, Pferde vor die Reisewägen anzuspannen, so er selbst kleidete sich für die Reise an, so daß man schon den Peitschenknall zu hören glaubte, der seinen Wagen in Bewegung setzen werde,**) um ihn das Neujahrsfest in Regensburg feiern zu lassen. Diese Anstrengungen, seiner Lage eine gewünschte Wendung zu geben, waren aber die letzten. Seinem Leben war bereits ein nahes Ziel gesetzt.

Bevor wir die näheren Umstände erwähnen, die das Verscheiden Rudolfs begleiteten, müssen wir noch einer Versammlung gedenken, welche die deutsche Linie des Hauses Habsburg in diesen Tagen in Wien abhielt. Als Mathias die Huldigung der Lausitzer und Schlesier entgegen genommen hatte, kehrte er nach Wien zurück und hier kam im Monat Dezember eine 1611
Art Familienversammlung zu Stande. Anwesend waren in Wien außer Mathias die Erzherzoge Maximilian, Ferdinand und Karl,***) im Namen des Erzherzogs Albrecht der Graf von Croy und im Namen Philipps III Zuñiga. Die Ereignisse der letzten Zeit, welche nicht bloß zu einer dauernden Feindseligkeit zwischen Rudolf und Mathias geführt, sondern überhaupt die Einigkeit unter den Prinzen des Hauses Habsburg zerstört hatten, machten das Bedürfniß fühlbar, ein für allemal allen Zwistigkeiten ein Ende zu machen, und die Eintracht wieder herzustellen, damit das Haus Habsburg wie ein geschlossener Phalanx allen seinen Feinden entgegentrete und seine bisherige Größe behaupte. Zu dem Ende wurde am 27. Dezember nach mancherlei Verhandlungen ein Familienpakt, der für die Zukunft das Betragen der einzelnen Erzherzoge regeln sollte, abgeschlossen. Er bestand aus acht Artikeln, der 1. bestätigte alle bishe-

*) Wiener Staatsarchiv. Johann Georg an den Kaiser ddo. $\frac{21. \text{ Dez } 1611.}{1. \text{ Jan } 1612.}$

**) Simancas. Zuñiga an Philipp III ddo. 28. Dez. 1611.

***) Karl war ein Bruder Ferdinands und Bischof von Breslau.

Google Original from HARVARD UN

rigen Hausordnungen und Testamentsverfügungen; der 2. übergab dauernder Vergessenheit alle vorangegangenen Zwistigkeiten und bestimmte den König von Spanien und Mathias zu Schiedsrichtern bei neu sich erhebenden Streitigkeiten; der 3. setzte fest, daß kein Erzherzog nach einem Besitz und einer Würde streben dürfe, wodurch einem Mitgliede seines Hauses ein Nachtheil zugefügt werden könnte; im 4 verpflichteten sich die Erzherzoge alles zu thun, damit die kaiserliche Würde nicht für das Haus Habsburg verloren gehe und zugleich keine Anstrengung zu scheuen, daß Mathias dieselbe erlange, „weder Gewalt noch Ueberredung" sollte einen der Erzherzoge in diesem Beschlusse wankend machen; im 5. ward bestimmt, daß kein Erzherzog ohne Mitwissen und Zustimmung der übrigen einen Krieg beginne, jeder solle dem andern in diesem Falle helfen; im 6. ward festgesetzt, daß am Hofe des Mathias ein Vertreter der ältesten Erzherzoge (Maximilian, Albrecht und Ferdinand) residiren und im Geheimrathe des Königs in allen Familiensachen Sitz und Stimme haben solle; im 7 wurde die Anlegung eines Familienschatzes beschlossen; im 8. bezüglich der Successionen in den erblichen Landern der Habsburger sowie der Führung der Vormundschaft über minderjährige Prinzen die Aufrechthaltung des bisherigen Herkommens festgesetzt.

Der Vertrag wurde von Mathias und den oben genannten Erzherzogen unterzeichnet; Ferdinand verpflichtete sich die Unterschrift seiner nicht anwesenden Brüder, des Maximilian Ernst und Leopolds beischaffen zu wollen. Für Albrecht unterzeichnete der Graf von Croy, nur Zuniga weigerte sich seine Unterschrift beizufügen, weil er zum Abschluß dieses Vertrages nicht bevollmächtigt sei, fügte aber bei, daß er nach Hause berichten und sich dem Könige die Vollmacht erbitten wolle. Dieselbe wurde ihm jedoch nicht gegeben und überhaupt trat Spanien trotz wiederholten Drängens dem Vertrage nie bei.*) Die Ursachen der Weigerung liegen in mehr als einem Punkte. Zunächst ist es klar, daß Spanien das Recht Krieg zu führen nicht von der Zustimmung der deutschen Linie abhängig machen konnte. Hätte jedoch die spanische Linie bloß an diesem einen Punkte Anstoß genommen, so wäre ein Ausgleich rasch erfolgt, denn zu Gunsten derselben würden die deutschen Habsburger ohne Zögern eine Ausnahme stipulirt haben. Der Stein des Anstoßes lag aber in den vorher nur achten Punkte. Der vierte Punkt verpflichtete alle Erzherzoge dafür zu sorgen, daß Mathias die deutsche Kaiserkrone erlange und sich dagegen weder durch Gewalt noch Ueberredung nehmen zu lassen. Nun konnte sich Philipp noch immer nicht der Hoffnung entschlagen, daß er für den

*) Simancas K124/114. Der Staatsrath an den König Philipp III dto. 21 Juli 1612.

Google

Kaiserthron bestimmt sei und Zuñiga hatte, wie oben erzählt worden, erst in der jüngsten Zeit die Weisung erhalten, diese Erbfolge nicht aus den Augen zu verlieren. Noch wichtiger aber als der vierte Punkt war für Spanien der achte. San Clemente hatte vor seinem Verscheiden den spanischen Hof darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn die männliche Linie Maximilians II erlöschen würde, das Erbrecht auf die Throne von Ungarn und Böhmen nicht der Grazer männlichen Seitenlinie sondern den spanischen von einer Tochter Maximilians II (Anna, Mutter Philipps III) abstammenden Habsburgern zukommen würde. Diese Aussicht hatte für den spanischen Ehrgeiz zu viel verlockendes und deshalb wollte Philipp III nicht ohne weiters den achten Punkt, der die Succession in dem erblichen Besitz der Habsburger „nach dem Herkommen“ regelte, bestätigen. Die deutschen Habsburger faßten mit Recht „das Herkommen“ so auf, daß die Erben nach der Linie Maximilians II nur in den steirischen Prinzen zu suchen seien, Philipp III hätte also seine Interpretation des Herkommens hier auseinandersetzen müssen, dies wollte er noch nicht und deshalb unterließ er die Unterzeichnung des Familienpakts.

So vorsichtig Zuñiga auftrat, so blieb es in Wien nicht verborgen, was der eigentliche Grund sei, weshalb er den Vertrag nicht unterzeichne und weshalb ihn sein König auch nicht unterzeichnen würde. Ferdinand von Gratz, der im Falle die neugeschlossene Ehe des alternden Mathias ohne Erben blieb, was ziemlich wahrscheinlich war, den Gesammtbesitz der deutschen Habsburger wieder vereinen zu können gehofft hatte, sah sich mit einemmale einem gefährlichen Rivalen gegenübergestellt, was ihn auf das tiefste verstimmte. Nicht insofern war Philipp gefährlich, daß er etwa einer günstigeren Stimmung bei den Böhmen und Ungarn begegnet wäre als Ferdinand, sondern nur insofern, weil Ferdinands Untergang gewiß war, wenn er an Philipp III statt eines Freundes einen Gegner fand, denn das sah der Erzherzog schon jetzt ein, daß die Behauptung der Nachfolge für ihn schwer ja unmöglich sein werde, wenn Philipp ihn nicht ausreichend mit Geld unterstützen würde. So deckte der Familienvertrag, statt die Wunden, welche frühere Streitigkeiten geschlagen, zu heilen, den Samen neuen Zwistes auf und bedrohte das Haus Habsburg mit einem noch gefährlicheren Zerwürfnisse. Ferdinand dankte es zuletzt seiner ausdauernden Festigkeit und der für die Habsburger sich stets bedrohlicher gestaltenden Lage der Dinge in Böhmen und Ungarn, daß Philipp III im Jahre 1617 von seinen Prätensionen zurücktrat, allerdings nicht ohne hiefür große Gegenleistungen zu verlangen.*)

*) Die Auseinandersetzung dieser Verhältnisse und der darauf begründeten Verhandlungen gehört nicht diesem Werke an, sondern einer Geschichte des böhmischen Aufstandes von 1618.

Google Digitized by HARVARD UN

II

Schon seit mehreren Jahren hatten die in Prag wohnenden Gesandten wiederholt nach Hause berichtet, daß das Leben des Kaisers rasch seinem Ende entgegengehe, ihre Prophezeiungen hatten sich jedoch nicht bewahrheitet. Jetzt stand aber in der That Rudolfs Ende in kürzester Frist bevor. Das demüthigende Resultat des Passauer Einfalls, seine darauf folgende Absperrung, einer Haft nicht unähnlich, der Verlust der böhmischen Krone, der bevorstehende Verlust der deutschen, traurige Gemüthsbewegungen aller Art, vereint mit der unnatürlichen Lebensweise des Kaisers, der jede körperliche Bewegung in freier Luft mied, erschöpften vollends seine Lebenskraft. Seit Neujahr 1612 mußte er das Bett hüten, seine Füße schwollen an und nach dem Urtheile der Aerzte war die Wassersucht in vollem Anzuge. Er verachtete es den Rathschlägen derselben, der ihm eine sichere Besserung in Aussicht stellten, nachzukommen, so daß bald darauf die Geschwulst seiner Füße zu eitern anfing und dieselben fast nur eine Wunde bildeten. Auch in diesem Zustande wies er die nöthige Pflege von sich, der Verband mußte stets mit solcher Eile angelegt werden, daß von einer Reinhaltung der Wunden keine Rede war und bald die ersten Anzeichen des kalten Brandes hervortraten. Rudolf selbst soll seinen Tod für unvermeidlich angesehen haben, weil sein Lieblingslöwe vor kurzem verendet hatte. Tycho Brahe hatte einst behauptet, der Kaiser und der Löwe stünden unter demselben Einflusse und da der Tod des letztern gerade in diese Tage fiel, so hielt der erstere, der sein Leben lang an Sterne und Zauberei geglaubt hatte, auch sein Ende für bevorstehend. Diese Melan-
1612 cholie beherrschte ihn in den letzten Tagen seines Daseins.*) Am 18. Januar unterzeichnete er zum letztenmale einige Schriftstücke, Tags darauf war sein Zustand derart, daß seine baldige Auflösung mit Sicherheit erwartet werden konnte. Der oberste Kämmerer Proskowsky und Barvitius, der in diesen Stunden Zutritt zum Kaiser fand, baten denselben, er möchte in Anbetracht seines Zustandes einen Geistlichen kommen lassen, um sein Gewissen zu erleichtern. Ihren Bitten gab Rudolf nach und um 8 Uhr Morgens am 20. Januar ward der Domprediger Georg an das Lager des Kaisers beschieden. Er blieb bei demselben etwa 25 Minuten, was aber innerhalb dieser Zeit vor sich ging, läßt sich nicht mit Sicherheit berichten. Bodenius, der Agent des Herzogs von Bayern in Prag, der selbst den Domprediger gefragt hatte, ob der Kaiser gebeichtet habe,

*) Archiv von Simancas. Avisos de Praga.

Google

erhielt von demſelben eine abweiſende Antwort, „er (Georg) dürfe nichts ſagen, denn es ſei ihm sub sigillo confessionis verboten.“ Bodenius und Biſcher, welcher letztere über dieſen Vorgang an Erzherzog Albrecht berichtete, faßten dieſe Antwort als eine negative auf und ſprachen die Befürchtung aus, daß der Kaiſer ohne Empfang der Sakramente verſchieden ſei.*) Dieſem entgegen ſteht jedoch das Schweigen des ſpaniſchen Geſandten Zuñiga. Für den ſpaniſchen Hof konnte es gewiß keine wichtigere Nachricht geben, als die, ob Rudolf vor ſeinem Tode die Sakramente der Kirche empfangen habe oder nicht. Nun berichtet Zuñiga, der den Tag nach dem Tode des Kaiſers nach Prag kam, nichts von dem, was Biſcher an ſeinen Herrn ſchrieb. Das Schweigen Zuñiga's iſt uns jedenfalls ein ſtarker Beweis, daß des Kaiſers Tod nicht von einem ſo außerordentlichen Umſtande, wie der Nichtempfang der Sakramente war, begleitet geweſen, daß Rudolf alſo gebeichtet und P. Georg mittlerweile ſein Schweigen gebrochen habe. Weniger Gewicht legen wir auf den Umſtand, daß, als in Prag das Gerücht, der Kaiſer ſei ohne Empfang des Abendmahles geſtorben, verbreitet wurde, P. Georg demſelben ſelbſt in einer Predigt entgegentrat. Wenn er gegen Bodenius, einen Mann, der zu dem vertrauten Katholikenkreis des Kapuzinerkloſters gehörte, nicht mit der Sprache herausrücken wollte, ſo kann ſeine öffentliche, für das Volk beſtimmte Kundgebung nicht tief in die Wagſchale fallen. Jedenfalls entſcheidend für dieſe Frage würde der an den Papſt gerichtete Bericht des Nuncius ſein, der uns nicht bekannt iſt und der ſich ohne Zweifel im päpſtlichen Archive erhalten hat.

Nach der Entfernung des Domprediger ließ ſich der Kaiſer noch ankleiden, ſchrie aber bei dem Schmerz, den ihm die Berührung verurſachte, jammernd auf. Um 6 Uhr nahm er noch eine Medizin, beſtehend aus Bezoar und Ambra, ein. Unter denen, die ſein Bett umſtanden, befand ſich auch der Kammerdiener Rucky, derſelbe, der in der letzten Zeit den Zuſammenhang mit der Union und mit Gundersdorf am meiſten vermittelt hatte. Dieſem befahl der Kaiſer plötzlich, er ſolle ſich zu letzterem verfügen und ihn auffordern, das zu thun, was er ihm aufgetragen habe. Nachdem Rucky ſich entfernt hatte, konnte Rudolf nur mit Mühe dann und wann einige verſtändliche Worte herausſtoßen. Die Anweſenden, die ſeinen Tod als unmittelbar bevorſtehend betrachteten, fragten ihn, ob er jenen verzeihen wolle, die ihn beleidigt hätten. Biſcher erzählt, „die Nachrichten hierüber ſeien verſchieden, von den einen habe er gehört, der Kai-

*) Brüſſler Archiv. Bodenius an den Sekretär des Erzh. Albrecht ddo. 21. Jan. 1611. — Ebendaſelbſt. Biſcher an Erzh. Albrecht ddo. 21. Jan. 1611.

Google

ſer habe es gethan und namentlich Mathias dabei genannt, von Berwitius aber habe er eine gegentheilige Verſicherung erhalten. *) Nach 7 Uhr Morgens am 20. Januar verſchied Rudolf II im Alter von 59 Jahren. Gegenwärtig waren Proskowsky, Barwitius und einige Kammerdiener. **)

Die Geheimräthe, welche von dem Todesfalle alsbald benachrichtigt worden, beſchloſſen davon durch drei Tage nichts verlauten zu laſſen, um Mathias, der bereits Tags vorher von dem bevorſtehenden Verſcheiden ſeines Bruders benachrichtigt worden, Zeit zu laſſen, nach Prag zu kommen. Trotzdem verbreitete ſich raſch das Gerücht, daß der Kaiſer nicht mehr am Leben ſei, und im Schloſſe fand ſich eine zahlreiche Menſchenmenge ein, begierig die Gewißheit zu erfahren; unter ihnen auch Wenzel Kinsky und der Oberſt Trautmansdorf, welche vermutheten, man wolle zum Schaden des Mathias den Tod des Kaiſers verheimlichen. Während ſie mit andern in einem Saale, der an des Kaiſers Gemächer ſtieß, die umlaufenden Gerüchte beſprachen, kam Proskowsky mit einem Glaſe in der Hand, als wolle er dem Kaiſer einen Trank präſentiren. Kinsky und Trautmansdorf ließen ſich dadurch nicht täuſchen, ſondern eilten in das anſtoßende Zimmer, ſchlugen den Vorhang zurück, der des Kaiſers Bett verhüllte, und fanden in dem darin liegenden Leichnam die Beſtätigung ihrer Vermuthung. Die Nachricht von dem Tode Rudolfs verbreitete ſich jetzt in der ganzen Stadt und ſetzte ſchnell alle Zungen in Bewegung, um über Rudolfs Regierung ein Endurtheil zu fällen. Daſſelbe war im allgemeinen nicht ungünſtig, man wußte in dem Kaiſer den Regenten und Privatmann zu unterſcheiden und der letztere mit ſeinen eigenthümlichen und intereſſanten Liebhabereien, mit ſeiner wohlwollenden Freigebigkeit, über die man den Paſſauer Einfall vergaß, trat in den Vordergrund und beſtimmte das Urtheil der Menge. Auch der Umſtand, daß Mathias nicht der Mann war, um ſich die Neigung des Volkes raſch zu erwerben, wirkte entſcheidend auf des letzteren Urtheil ein. Namentlich war von Verwünſchungen gegen Rudolf, wie ſie nach den Paſſauer Leiden wohl erwartet werden konnten, nichts zu hören, ſo ſchnell hatte man die überſtandenen Drangſale vergeſſen und gedachte nur des Friedens, der 32 Jahre lang (von 1576—1608) in Böhmen geherrſcht.

Die Ankunft des Königs Mathias in Prag verzögerte ſich wegen
1612 der ſchlechten Jahreszeit bis zum 30. Januar, er kam in Begleitung ſeiner Gemahlin, mit der er ſich erſt vor kurzem vermählt hatte. Zur Beerdigung Rudolfs wurden mittlerweile glänzende Vorbereitungen getroffen,

*) Brüſſler Archiv. Bericht an Erzherzog Albrecht vom 21. Januar.
**) Wiener Staatsarchiv. Schreiben aus Prag vom 21. Jan. 1612.

Google

er ſollte an der Seite ſeines Vaters und ſeines Großvaters, die mit der Königin Anna (Ferdinands I Gemahlin) in der Domkirche in einem gemeinſchaftlichen Grabe ruhten, beſtattet werden. Durch mehrere Tage war ſein Leichnam auf einem Paradebette ausgeſtellt. Des Mathias Gemahlin ſtellte ſich bei demſelben ein, um ihre Andacht zu verrichten, nicht aber Mathias, der ſich, wie man allgemein bemerkte, fernhielt. Nachdem die zur öffentlichen Ausſtellung beſtimmten Tage vorüber waren, ward Rudolf an der Seite ſeiner Vorfahren beſtattet, der letzte Herrſcher aus dem Hauſe Habsburg, deſſen Gebeine in der alten Königsſtadt Prag ruhen.

Für Rudolfs begünſtigte Diener brach mit ſeiner Sterbeſtunde eine traurige Zeit an. Diejenigen Mitglieder des Geheimrathes, welche den Verhandlungen mit der Union fern geſtanden waren, aber doch wußten, daß ſie gegen Mathias gerichtet ſeien, hatten, wahrſcheinlich um der Gunſt des neuen Herrn deſto ſicherer zu ſein, nichts eifrigeres zu thun, als die Verhaftung jener Perſonen anzuordnen, die zuletzt an den politiſchen Plänen des Kaiſers theilgenommen hatten. Die böhmiſchen Landesbeamten leiſteten ihnen hiebei hilfreiche Hand. Zunächſt wurde Ruch, als er von ſeiner bei Gunderode verrichteten Botſchaft zurückkehrte, feſtgenommen, Borvitius ſelbſt veranlaßte die Verhaftung. Darauf wurden die Antiquare Fritſchel und Heyden, der Bibliothekar oder Kammerdiener Haſtal, der angebliche Erfinder eines Perpetuum mobile Cornelius Drebbel, der Kammerdiener Märker und der Künſtler (Maler?) Kurbach, ein getaufter Jude, verhaftet. Als Mathias, in deſſen Gefolge ſich auch Khleſl befand, in Prag angekommen war, wurde die Unterſuchung gegen die Gefangenen mit aller Strenge vorgenommen und namentlich auf zwei Punkte ausgedehnt: auf die Verhandlungen, welche der Kaiſer in der letzten Zeit mit der Union begonnen und auf die Größe des kaiſerlichen Schatzes. Ruch erſchien nach beiden Seiten hin am meiſten belaſtet; er war es, der an den Verhandlungen mit Gunderode den größten Antheil gehabt und ihm legte man auch die Unterſchlagung bedeutender Geldſummen und werthvoller Edelſteine zur Laſt. Daß Khleſl beſonderes Gewicht auf die genaue Kenntniß der diplomatiſchen Verhandlungen legte, war zu erwarten; in ſeiner Ungeduld miſchte er ſich ſelbſt in die Unterſuchung ein, da ſie ihm nicht ſchnell genug die gewünſchten Reſultate zu Tage brachte. Wie er einſt den Kammerdiener Ericius bedroht hatte, ſo daß dieſer vor Schrecken ſtarb, ſo that er ein gleiches bei Ruch. Er beſuchte ihn im Gefängniſſe, drohte ihm mit der Folter, wenn ſeine Geſtändniſſe nicht umfaſſender ſein würden und ſoll ihn auch gegenüber ſeiner Lage verhöhnt haben. Ruch, der ſich keines Erbarmens mehr verſah, nahm ſich die Drohung ſo zu Herzen, daß er ſich am ſelben Tage an der Schnur,

Google

an welcher er den Kammerſchlüſſel zu tragen pflegte, erhängte. Die Behandlung des Leichnams iſt charakteriſtiſch für die Kriminalprozedur jener Zeit. Als der Tod Rucky's bekannt wurde, ward der Henker geholt und von dieſem der Leichnam durch das Fenſter auf die Gaſſe heruntergeworfen. Dann wurde derſelbe auf einen Wagen geladen und nach dem Richtplatz auf dem weißen Berge bei Prag geführt. Hier wurde der Körper förmlich in Stücke gehackt, die Hände und Füße wurden abgehauen, das Herz herausgeſchnitten und um den Mund des Todten geſchlagen und andere gräuliche Dinge verübt, die ſich kaum erzählen laſſen, endlich die Stücke in eine Grube geworfen. Schon am andern Tage verbreitete ſich das Gerücht, Rucky gehe im Schloſſe als Geiſterſeh herum, reitend auf einem Bocke und umgeben von ſechs Katzen. Dieſe letztern entſprachen der Zahl ſeiner Mitangeſchuldigten. Das Gerücht hatte zur Folge, daß der Henker den Auftrag erhielt, Rucky's Leichnam auszugraben und zu verbrennen. Die öffentliche Meinung in Prag, wiewohl ſie Rucky nicht gerade freiſprach, ſondern vielfacher Erpreſſungen anklagte — er ſoll im Beſitz eines Vermögens von 80—100 Tauſend Dukaten geweſen ſein — war ungehalten über Khleſl und legte ihm die Selbſtentleibung des Kammerdieners zur Laſt.

Ueber das Schickſal der andern Gefangenen iſt uns nichts bekannt, wahrſcheinlich ſind ſie nach längerer Unterſuchung wieder freigelaſſen worden. Man kann immerhin zugeben, daß ſich nicht leicht ein tüchtiger Mann dazu hergegeben hätte, um an Rudolfs Verhandlungen mit der Union theilzunehmen, aber gewiß iſt es auch, daß der Befehl des Kaiſers als eine vollſtändige Rechtfertigung für Leute von ſo untergeordneter Stellung und beſchränktem Geſichtskreis wie die Verhafteten anerkannt werden muß. Und ſind die Verhandlungen mit der Union etwas verwerflicheres geweſen als der Paſſauer Einfall? Man hat es billig gefunden, daß die Geheimräthe Hannewaldt und Hegenmüller, die um denſelben gewußt, aller Verantwortung für das ledig ſein ſollten, was ſie als Diener des Kaiſers geſprochen und gethan. Zu ihrem Schutz ſetzten ſich angeſehene Kavaliere und Grandis fremder Mächte in Bewegung, für die niedriger geſtellten Diener Rudolfs, die das Unglück hatten, ihrem Herrn zuletzt zu dienen, machte ſich von keiner Seite eine Fürſprache geltend.

Wir erzählten oben, daß der Kaiſer etwa eine Stunde vor dem Verſcheiden ſeinen Kammerdiener Rucky zu Gundersdorf geſchickt habe. Die Verhandlungen mit der Union ſchienen gerade in dieſer Zeit am lebhafteſten betrieben worden und einem Abſchluſſe nahe geweſen zu ſein. Denn neben Gundersdorf hielt ſich in Prag auch der Markgraf von Anſpach und der Fürſt Johann von Anhalt auf, beide zum Zwecke einer raſchen Förderung der Verhandlungen. Als Rudolf ſtarb, wurde der Herzog von Braun-

Google

ſchweig von dem Todesfalle alsbald benachrichtigt und dieſer eilte zu dem Markgrafen, um ihn davon in Kenntniß zu ſetzen; offenbar geſchah dieſe Mittheilung, um denſelben vor allfälligen Unannehmlichkeiten zu bewahren. Wollte der Herzog den Markgrafen zur Abreiſe veranlaſſen, ſo erreichte er nicht ſeinen Zweck, denn dieſer blieb ruhig im Vertrauen auf ſeine Eigenſchaft als Reichsfürſt mit Anhalt in Prag. Auch Gunterode machte Miene zu bleiben und ſeiner diplomatiſchen Stellung zu vertrauen, verließ aber zu ſeiner Sicherheit die Wohnung, die er innehatte und quartirte ſich bei dem Markgrafen von Anſpach ein. Bald jedoch gewahrt, daß ſeine Verhaftung trotzdem im Werke ſei, entfloh er in der Nacht auf den 24. Januar zu Roß von Prag.*) Der Markgraf von Anſpach hatte nicht Unrecht auf ſeine Stellung zu pochen, er erfuhr nicht die geringſte Unbill und wurde von Mathias nach ſeiner Ankunft in Prag ehrenvoll empfangen.

Wir können nicht umhin, am Ende unſerer Erzählung über den langwierigen Kampf zwiſchen Rudolf und Mathias auf den Gang der Ereigniſſe hinzuweiſen; dieſer Hinweis mag unſerer Beurtheilung zur ſchließlichen Rechtfertigung dienen.

Betrachten wir die Reihenfolge der Begebenheiten. Mit dem Jahre 1609 tritt nach den übereinſtimmenden Zeugniſſen der maßgebendſten Perſonen eine ſolche Wendung in der Geſundheit des Kaiſers ein, daß er zum Regieren weniger tauglich ſchien. Bei den ſchwierigen Verhältniſſen in Oeſterreich und Deutſchland war zu befürchten, daß eine längere Krankheit Rudolfs eine große Zerrüttung zur Folge haben werde, wenn ihm nicht ein Coadjutor mit dem Rechte der Nachfolge zur Seite geſtellt würde, namentlich war dies bezüglich Deutſchlands wünſchenswerth, das im Begriffe war der traditionellen Wahl eines Habsburgers auf den Kaiſerthron ein Ende zu machen. Wollten die Prinzen dieſes Hauſes nicht eine für ſie gefährliche Einbuße erleiden, ſo mußten ſie dafür ſtimmen, daß der Kaiſer ſeinen ganzen Einfluß verwende, um vor ſeinem Tode die Nachfolge ihnen zuzuwenden, gerade ſo wie dies in wohlbegründeter Beſorgniß Ferdinand I und Maximilian II gethan hatten. Trotzdem daß ſich die Anzeichen von Rudolfs Krankheit derart mehrten, daß man ihn zeitweile für wahnſinnig halten mußte, wollte er doch ſelbſt nichts davon wiſſen, für die Sicherheit ſeines Hauſes durch Beſtimmung der Nachfolge Sorge zu tragen. Er fürchtete für ſeine Herrſchaft und ward von Haß gegen alle jene erfüllt, die ſie anzugreifen ſchienen. Statt als Kranker mit Dank

*) Münchner Archiv. Bücher an Erzh. Albrecht ddo. 22. Jan. 1612. — Münchner Archivarchiv. Gebrauch an Max von Bayern ddo. 24. Jan. 1612. — Münchner Staatsarchiv. Anhalt an den Kayſer Orig ddo. $\frac{22.\ \text{Feb.}}{3.\ \text{März}}$ 1612.

Google

anderer Hilfe anzunehmen klammerte er sich krampfhaft an das Phantom einer Herrschaft, die er faktisch nicht ausübte.

Mathias wagte es zuerst selbst, Rudolfs Widerwillen gegen die Bestimmung der Nachfolge zu brechen. Als er in dem Versuche scheiterte, suchte er durch Freunde und Diener dem päpstlichen und spanischen Hof die Ueberzeugung beizubringen, daß Rudolfs Widerstand Gefahr für die katholische Religion und das Haus Habsburg im Gefolge habe. Seine Befürchtungen wurden als begründet erkannt und Clemens VIII und Philipp III bemühten sich den Kaiser umzustimmen aber mit gleich schlechtem Erfolge. Diejenigen, welche die Verhältnisse am Prager Hofe kannten, sprachen die Ueberzeugung aus, daß der Kaiser nie nachgeben werde.

Zur Zeit dieser ersten so schlecht gelungenen Versuche machten Mathias und seine Freunde die Möglichkeit großer Gefahren geltend, wenn Rudolf ohne Feststellung der Nachfolge sterben oder zur Regierung völlig untauglich sein würde. Es sollte nicht lange bei der bloßen Möglichkeit der Gefahren bleiben, sie sollten bald genug hereinbrechen. In Folge des von Rudolf publizirten Zusatzartikels zu den Preßburger Reichstagsbeschlüssen, in welchem gegen die Protestanten in Ungarn die alten gegen Ketzer bestehenden Strafgesetze wieder erneuert wurden, brach im Jahre 1604 ein Aufstand daselbst aus, der binnen Jahresfrist nicht nur in Ungarn und Siebenbürgen — mit Ausnahme einiger fester Orte — die kaiserliche Herrschaft zertrümmerte, sondern selbst Mähren und Oesterreich schutzlos den Einfällen der Bocskayschen Schaaren preisgab. In dieser Lage der Dinge gab es nur zwei Wege für den Kaiser, entweder den Aufstand mit Macht niederzuwerfen oder mit den Rebellen Unterhandlungen anzuknüpfen. Keines von beiden that Rudolf, er sah mit einer geradezu empörenden Unthätigkeit dem Kampfe zu und war unwillig über die Klagen, welche aus den benachbarten Ländern über die durch die Ungarn verübten Verwüstungen zu ihm herüberdrangen.

Diese unthätige Haltung, welche durch die Ereignisse selbst und durch tausend Zeugnisse erhärtet ist, war eine solche Versündigung des Kaisers an seiner Herrscherpflicht und an dem von ihm zu vertretenden Interesse seines Hauses, wie sie nicht größer gedacht werden kann. In der That wird man, um sie zu erklären, zu einer von zwei Annahmen gedrängt: entweder war der Kaiser wahnsinnig oder seine Willenskraft erstorben jeder Energie. Für beides sprechen vielfache Anzeichen. Die Meinung Rudolfs, daß er verzaubert sei und die mannigfachen Auftritte im Prager Schlosse, die wir erzählt, reichen hin, um die Vermuthung zu begründen, daß es mit seinem Verstande nicht richtig gewesen sei. Da jedoch diese Vorgänge nur zeitweise eintraten und langen Perioden Platz machten,

Google

in denen an ſeiner geiſtigen Geſundheit nicht gezweifelt werden konnte, ſo erſcheint diejenige Annahme als die richtigere, welche dem Kaiſer jede Kraft zum Handeln abſpricht, ein Zuſtand, der in ſeiner übergroßen Neigung zum Genuſſe geiſtiger Getränke und zum weiblichen Geſchlechte ſeine ſattſame Erklärung findet, der aber ebenfalls als eine Störung des Gleichgewichts zwiſchen Geiſt und Körper angeſehen werden muß. Mag man alſo die Handlungsweiſe Rudolfs aus dieſem oder jenem Grunde erklären, immer wieder kehrt man zu dem Schluſſe zurück, daß er geiſtig unfähig zur Regierung geweſen ſei.

Wenn man den Kaiſer gewähren ließ, ſo ging nicht nur Ungarn verloren, ſondern es war auch fraglich, ob die andern Länder ſeiner Monarchie eine Herrſchaft dulden würden, die den Zuſtand der Anarchie in Permanenz einführen wollte. Für die Prinzen ſeines Hauſes entſtand die Frage, ob ſie nicht retten ſollten, *was der Kaiſer ſelbſt aufgegeben habe*. Dieſe Frage konnte nur eine bejahende Antwort erhalten und dies war das *berechtigte* Motiv für die folgende Handlungsweiſe des Erzherzogs Mathias. Wenn die Ungarn trotz ihres ſiegreichen Aufſtandes unter die Herrſchaft des Kaiſers noch zurückkehren wollten, ſo war dies das Reſultat geſchickter Unterhandlungen, die Mathias mit ihnen begonnen und die er weiter führte, ohne ſich um den ſichtlichen Widerwillen ſeines Bruders gegen dieſelben zu kümmern. Die übrigen Erzherzoge billigten vollſtändig die Handlungsweiſe des Mathias und der Ausdruck dieſer Billigung iſt der berühmte Vertrag von 1606, deſſen Sinn der iſt, daß, da der Kaiſer zur Regierung nicht fähig ſei, die Wahrung der Intereſſen des Hauſes Habsburg dem Mathias übertragen werde. Nun eilte der letztere zum Abſchluſſe des Wiener Vertrags, durch den der Aufſtand in Ungarn ein Ende nahm, worauf der Friede von Szitva-Torok gleicherweiſe von ihm beſchleunigt wurde, um die Gefahr eines Zuſammenſtoßes mit den Türken zu vermeiden.

Alle dieſe Verhandlungen ſah der Kaiſer mit ſcheelen Augen an, er erreichte zwar durch dieſelben, was er durch eigene Kraft nie erreicht haben würde, dennoch wollte er nichts von ihnen wiſſen, denn ihre Anerkennung wäre einem Geſtändniſſe gleichgekommen, daß nicht er, ſondern Mathias die Herrſchaft des Hauſes gerettet. Er haßte jetzt ſeinen Bruder aus einem doppelten Grunde, einmal weil die Natur ihn zu ſeinem Nachfolger gemacht, das anderemal, weil derſelbe ſich mit Erfolg der Zügel der Regierung bemächtigt, die er ſelbſt gleichſam in den Koth geworfen hatte. Hatte er ſich zu beſcheiden gewußt, ſo würde auch jetzt ſeine Herrſchaft weiter beſtanden haben, aber er war entſchloſſen gegen alle jene aufzutre-

Google

ter, die dieſelbe beeinträchtigten. Der Wiener Friede und mit ihm die Stellung, die ſich ſeitdem Mathias erworben, ſollte ein Ende nehmen und durch Waffengewalt in Ungarn die königliche Macht auf eine bisher nicht dagewesene Höhe erhoben werden.

Dieſe Beſtrebungen waren geradezu kindiſch zu nennen und ſind ein Beweis einer ſolchen Verkennung der Sachlage, wie ſie nur bei einem krankhaft gereizten Gemüthe und einem verdunkelten Verſtande möglich iſt. Ohne Geld, ohne Anſehen und ohne Freunde wollte Rudolf im Jahre 1608 einen Kampf unternehmen, dem er im Jahre 1605 unter beſſeren Verhältniſſen nicht gewachſen war, und dies nicht etwa, weil er angegriffen wurde, ſondern weil er es nicht dulden mochte, daß die ungariſchen Wirren ohne ſein Zuthun beigelegt worden waren. Wenn er noch einen Augenblick Landes in Ungarn beſaß, ſo dankte er es ſeinem Bruder; dieſes Gefühl mochte er nicht weiter empfinden, mochte daraus erfolgen, was da wolle. Unter dieſen Umſtänden blieb für Mathias nichts anderes übrig, als der böswilligen Unruhe ſeines Bruders zuvorzukommen. Was er bis dahin nicht hatte thun wollen, das mußte er jetzt thun, er mußte ſich zum Herrn des habsburgiſchen Länderbeſitzes machen, wenn der Friede dauernden Beſtand haben ſollte. Er ſchloß ſich den Ständen von Ungarn an, die der Kaiſers kriegeriſche Gelüſte mit Sorge und Unwillen erfüllten, vergrößerte dieſen Bund durch das Herbeiziehen der Oeſterreicher und Mähren und wandte ſich gegen den Kaiſer, entſchloſſen ſeiner Herrſchaft ein Ende zu machen. Er erwartete, daß ſich ihm auch die Böhmen und Schleſier anſchließen würden, als dies aber nicht der Fall war, beſchränkte er ſich darauf, vom Kaiſer die Abtretung nur jener Länder zu verlangen, die ſich ihm angeſchloſſen hatten. So entſtand der Lieben Vertrag von 1608, der Ungarn, Mähren und Oeſterreich in die Hände des Mathias lieferte, ein Verluſt, den ſich der Kaiſer vollſtändig erſpart hätte, wenn er den Linzer Frieden anerkannt und nicht mit einem Kriege gedroht hätte, den er niemals zu führen im Stande war.

Unſere Erzählung hat gezeigt, daß Mathias ſich mit dem Erworbenen begnügte und daß er weder mit den Böhmen noch mit den Schleſiern in Verhandlungen eingegangen war, um hinterliſtig den Bruder zu ſtürzen. Er wollte in loyaler Weiſe abwarten, bis der Gang der Natur ihn in den Beſitz der dem Kaiſer noch unterworfenen Länder bringen würde. Nicht ſo der letztere. Unabläſſig brütete er über Mittel und Wege, das Verlorene zu gewinnen, Verhandlungen mit Anhalt, Tſchernembl, Starhemberg, Liechtenſtein und anderen ſollten ihm dazu verhelfen; alles dies waren Verſuche, denen kein Vernünftiger einen guten Ausgang prophezeien konnte. Auch vom Prager Fürſtenkonvent hoffte Rudolf die Demüthigung der

Google Original HARVARD

Bruders. Als dies alles nichts half, beschloß er zur Gewalt Zuflucht zu nehmen und der Passauer Einfall ward in Szene gesetzt, ein Unternehmen, das so sehr aller Aussicht auf Erfolg ermangelte, wie es in der Anlage und Durchführung verwerflich war. Gerufen von den Böhmen konnte Mathias ihren Ruf nicht überhören, wenn er dieses Land nicht verlorn geben wollte; er kam und machte der Herrschaft des Kaisers ein Ende. Die darauffolgenden Verhandlungen des letztern mit der Union, seine stets wieder auftauchenden Hoffnungen auf den Wiedergewinn eines Theiles des Verlorenen sind unverkennbare Zeichen von Wahnwitz. In seinem Abscheu gegen die, seine Herrschaft untergrabenden Elemente, würde der Kaiser persönlich einen Kampf mit Legionen provozirt haben, ohne zu bedenken, daß im wirklichen Ringen seine Kräfte kaum einem Knaben gegenüber ausreichten. Himmel und Erde wollte er in Bewegung setzen, statt sich in das Loos der Nothwendigkeit zu fügen.

Anderseits muß man die Persönlichkeit des Mathias näher in's Auge fassen und seine Thätigkeit als Regent erwägen, um ihn von allem Verdachte eines ehrgeizigen Rebellen freizusprechen. Bei seinen Unternehmungen von Rebellion zu sprechen, ist gerade so unvernünftig, als von Diebstahl zu reden, wenn ein Familienrath einem seines Verstandes beraubten Mann die Verwaltung des Vermögens, das für Frau und Kind bestimmt ist, abnehmen würde. Die Haltung Spaniens und Roms, die gewiß fern waren eine Rebellion zu begünstigen, und die stets eine dem Mathias günstige war, ist die niederschmetterndste Verurtheilung des Kaisers. Wenn durch Mathias in seinem Kampfe gegen den Bruder revolutionäre Elemente wachgerufen wurden, so trägt die Schuld daran nur letzterer. Hätte Mathias seinen Bruder bei einem Gerichte klagen können, wie man gegen einen Verschwender und Wahnsinnigen eine Anzeige machen und eine Entscheidung herbeirufen kann, so wäre ohne jeden Kampf Rudolf von dem Throne entfernt worden. Aber gegen Monarchen gibt es kein Klagrecht, keinen Instanzenzug und keinen richterlichen Spruch.

Ist jedoch in Rudolf allein die Schuld der mehrjährigen Wirren in Oesterreich zu suchen, so liegt zugleich in seinem geistigen Zustand eine billige Entschuldigung für ihn. Die geistige Krankhaftigkeit seiner Urgroßmutter Juana von Spanien wiederholte sich bei ihm schon frühzeitig in tiefer Melancholie und dauernder Menschenscheu und brach bei seinem natürlichen Sohne Don Julius in einen ganz schrecklichen Wahnsinn aus. So lange Rudolf sich der geistigen und körperlichen Mannesfrische erfreute, war er zwar auch kein eifriger Regent, aber seine Unthätigkeit wich doch der Nothwendigkeit und er wußte dann seinem Hang zu antiquarischen, alchymistischen und astrologischen Grübeleien einen Zaum anzulegen. Nie

Google Original from HARVARD UN

wurde an der Güte ſeines Herzens gezweifelt, es zog ihm bis den ehrenden Beinamen eines „guten Herrn“ zu, der ſelbſt dann noch wiederholt wurde, als er auf denſelben nicht mehr die gleichen Anſprüche erheben konnte. Das böhmiſche Volk, unter dem er 36 Jahre ſeines Lebens zugebracht hatte, verzieh ihm raſch alle ſpäteren Schwächen und hat ihm ein günſtiges Andenken bewahrt. Es würde dies wohl nicht der Fall ſein, wenn die ſtaatliche, literariſche und kirchliche Entwicklung, wie ſie ſich unter Rudolf geſtaltet hatte, nicht faſt unmittelbar nach ſeinem Tode einen totalen Umſturz erlitten hätte. Der Unterſchied, der, ſowohl in Sprache, Literatur und Verfaſſung betraf, ſchmerzlich empfunden wurde, ließ allmälig Rudolfs Regierung in einem Nimbus erſcheinen, der ſie ſonſt nie umgeben hätte.*)

---

*) Selbſt ein Mann wie Anton Cornova läßt ſich unter dem Eindrucke der böſen Erfahrungen in der Auffaſſung von Rudolfs Regierung beſtimmen. In ſeiner historia persecutionum ecclesiae Bohemicae ſchildert er den Kaiſer als einen Freund der Gewiſſensfreiheit, an dem ſich die Unterthanen durch ſeine Abſetzung ſchwer verſündigt hätten. Dem Paſſauer Einfall gibt er eine Erklärung, die das gerade Gegentheil der Wahrheit enthält. Um ſeine Angaben zu bekräftigen, beruft ſich Cornova auf die Mittheilungen eines gewiſſen Hecherus von Schmidt, der ein Vertrauensmann des Kaiſers geweſen ſei. Im Jahre 1610 habe Kaiſer beiden Schmidt und einem gewiſſen Herrn von Thurn zu ſich berufen und ihnen in tiefſtem Vertrauen mitgetheilt, daß er den Erzherzog Leopold zu ſeinem Nachfolger beſtimmt habe, weil von deſſen ohne belegte Behandlung der Religionsangelegenheiten zu erwarten ſei. Er ſelbſt (Rudolf) wolle einen neuen Fundamentalvertrag zum Schutze der Gewiſſensfreiheit gründen, in den Proteſtanten und Katholiken aufgenommen werden ſollen. Dann habe er beide (Schmidt und Thurn) nach Paſſau zu Leopold geſchickt, um ihn zu fragen, ob er ſich ſeinen Freundesabſichten anſchließen wolle und wenn dies der Fall ſei, ihm aufzutragen, ein Heer zu werben. Die Durchführung der Gewiſſensfreiheit ſei alſo der Zweck der Paſſauer Werbungen geweſen. Schmidt ſei darauf in Böhmen und Mähren herumgereiſt um den Adel für dieſe Idee zu gewinnen; als ſeine Anſtrengungen aber vergeblich geweſen ſeien und er dem Kaiſer hierüber berichtet habe, ſei derſelbe von ſeinem Sitze aufgeſprungen, habe das Fenſter ſeines Gemaches aufgeriſſen und über Prag und Böhmen einen Fluch ausgeſprochen. So ſei der Paſſauer Einfall, deſſen Zweck vortrefflich geweſen, verunglückt. — Dieſe ganze Erzählung iſt von Anfang bis zu Ende ein lächerlicher Unſinn und wir beſchäftigen uns hier nur deshalb, weil ſie in vielen Geſchichtswerken als eine intereſſante Epiſode berichtet wird. Geſchenkt iſt die Erzählung umſonſt, wiewohl ſie den Paſſauer Einfall als die Folge der kaiſerlichen Beſtrebungen zur Herſtellung der Gewiſſensfreiheit darſtellt, geſchenkt iſt ſie lächerlich, wenn ſie den Erzherzog Leopold als einen Mitkämpfer für Gewiſſensfreiheit ſchildert. Uebrigens leidet die Erzählung an zwei Unmöglichkeiten. Die erſte iſt, daß Schmidt und Thurn mit Leopold nicht in Paſſau zuſammentreffen und folglich auch nicht zur Annahme eines ſolchen Auftrages kommen. Leopold war im Juli 1609 nach Jülich gereiſt, war in der-

III

Es erübrigt uns noch die Mittheilung einiger Nachrichten über die Familie Rudolfs. Was hierüber zu erzählen ist, ist zum Theil ebenso traurig, wie die Geſchichte der letzten Lebensjahre des Kaiſers ſelbſt. Aus ſeiner Verbindung mit der Tochter ſeines Antiquars Straba hatte er ſechs Kinder, drei Söhne und drei Töchter.*) Die eine dieſer Töchter und zwar die älteſte, Karoline mit Namen, war mit einem Grafen von Lamberg verheiratet, die zwei andern Töchter, Dorothea und Eliſabeth, die bei Rudolfs Tode noch ſehr jung waren, wurden ſpäter in Klöſtern, die eine in Wien, die andere in Madrid untergebracht und endeten da ein unbrachtetes Daſein. Die drei Söhne hießen Julius, Mathias und Karl. Die beiden jüngern, Mathias und Karl, ließ nach Rudolfs Tode Ferdinand in Graz im Jeſuitenkollegium erziehen. Als ſie herangewachſen waren, ſuchten ſie in Spanien ein Unterkommen, doch gelang es ihnen damit nicht nach Wunſche. Philipp IV wollte dem Don Mathias, wie er genannt wurde, durch eine reiche Heirat zu einer ſelbſtſtändigen Stellung

---

nahe ein Jahr geblieben und konnte ſich alſo im Januar 1610, in welchem Monate die Rüſtungen in Paſſau ihren Anfang nahmen, mit den Anſtiftern Rudolfs in die Stadt nicht beſprechen. Zweitens iſt die Angabe über das nahe Verhältniß der Herrn von Schmidt und Rhain zu Rudolf eine erdichtete. Beide hier genannten Perſonen ſind uns einzig und allein aus des Comenius Erzählung bekannt; würden ſie in des Kaiſers Vertrauen eine ſo hervorragende Stellung eingenommen haben, ſo müßten ſie auch ſonſt genannt werden. Andere Hiſtoriker, wie Hammer und Hurter, die über dieſe Zeit ſchrieben, wiſſen eben ſo wenig etwas näheres über ſie anzugeben, als wir. Hat ein gewiſſer Herr von Schmidt im Jahre 1626 dem Comenius obiges berichtet, ſo hat er entweder gelogen oder ſeiner Erzählung liegt ein eben ſo ſchwer zu entziffernder geringer Kern von Wirklichkeit zu Grunde wie einem griechiſchen Mythus. Wir zweifeln nicht an der Wahrheit deſſen, was Comenius und halten ihn nur für ein Opfer ſeiner übrigens mehrfach bewährten Leichtgläubigkeit. Mehr als einmal hat er ſich dazu hergegeben, die angeblichen Prophezeiungen theils kranker theils betrügeriſcher Perſonen der Welt als göttliche Inſpirationen bekannt zu geben, bis er ſich hintendrein als Opfer ſeiner Leichtgläubigkeit erkannte. Geradezu lächerlich wurde er um des Vertrauens willen, das er einem gewiſſen Trunkenbold Drbal zu dieſer Beziehung ſchenkte. Comenius iſt ein großer Pädagog und ſo weit man aus ſeinen Schriften über ihn urtheilen kann, ein Mann von edlem Charakter, aber das Unglück ſeines Volkes hat ihn zu einem Myſtiker gemacht und dazu auch leichtgläubig für derartige Erzählungen wie die Schmidts oder für Prophezeiungen, nach denen der Proteſtantismus wieder zur Herrſchaft in Böhmen gelangen ſollte.

*) Dieſe genaue Angabe entnehmen wir dem Berichte des franzöſiſchen Geſandten in Prag, der mit andern Nachrichten übereinſtimmt.

Google

verheißen, es ſcheint jedoch der Plan ſich zerſchlagen zu haben.*) Wie lange Mathias und Karl gelebt und was ihre Lebensſchickſale ferner geweſen, iſt uns nicht bekannt, ſie verſchwinden förmlich im Dunkel — Der belgiſche Geſandte berichtet noch, daß dem Kaiſer einen Tag vor ſeinem Tode eine Tochter geboren wurde. Wer die Mutter geweſen und was aus dem Kinde geworden, wiſſen wir nicht anzugeben.**)

Ein helleres Licht iſt über den „Marcheſe Julio" verbreitet, es geſtaltet aber einen ſehr traurigen Anblick. Die erſten Nachrichten, die uns über dieſen jungen Mann aufzufinden möglich war, reichen in das Jahr 1600, in welchem Julius das Alter von ungefähr 20 Jahren erreicht haben mag. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß er ſich ſchon um dieſe Zeit einem ungewöhnlich liederlichen Lebenswandel hingegeben und daß dies die Veranlaſſung geweſen, weshalb ihm vom Kaiſer Krumau zum Aufenthaltsorte angewieſen wurde. Man durfte hoffen, daß der junge Mann in dieſem Orte, der ſich einer der herrlichſten Lagen in Böhmen erfreut, fern von großſtädtiſchen Einflüſſen der geordneten Lebensweiſe eines Landjunkers ſich hingeben werde. Dieſe Hoffnung erwies ſich jedoch von vornherein als eitel, denn gleich nach ſeiner Ankunft in Krumau verurſachte Julius durch ſein Benehmen nicht bloß allgemeines Aergerniß, ſondern er reizte ſogar die Wuth der Bürger gegen ſich auf. Kein Mädchen war ſicher vor ſeinen Angriffen, er fiel über jene, die ihm gefielen, nicht bloß auf den Straßen her, ſondern drang ſelbſt in das Innere der Häuſer ein. Am 17. Dez. 1605 machte der Bürgermeiſter und Stadtrath dem kaiſerlichen Hauptmann der Herrſchaft Krumau die erſte Anzeige von dieſen Vorgängen und wiederholte ſie ſpäter mit dem Bemerken, daß, wenn das empörte Volksgefühl ſich an der Perſon des jungen Wüſtlings vergreifen würde, man dies der Stadt nicht zur Laſt legen möge. Das, was der Stadtrath mit dieſer Klage erreichen wollte, nämlich die Entfernung des Don Julius, erreichte er aber nicht, der letztere ſetzte unangefochten ſeine frühere Lebensweiſe fort. Da das von ſeinem Vater ausgeſetzte Einkommen ihm nicht zu allen ſeinen Gelüſten genügte, nach denen er begehrte, ſo häufte er Schulden an, zu deren Deckung er ſeine Umgebung mit Gewalt nöthigte. Die Aufſeherin ſeines Haushaltes war eines der Opfer ſeiner Brutalitäten, ſie mußte, vielfach bedroht von ihm, alles herbeiſchaffen, was er für nöthig hielt. Es zeugt von der eigenthümlichen Beſchaffenheit der Finanzgebahrung jener Zeit, daß dieſelbe ſich mehrfach an die böhmiſche Kammer um den Erſatz der gemachten Auslagen wenden mußte und erſt nach vielen Bitten zu

*) Alle dieſe Nachrichten entnehmen wir den Archiven von Simancas.

**) Brüſſler Archiv. Bericht an Erzherzog Albrecht dto. 21. Jan. 1612.

Google

ihrem Ziele gelangte. Durch dieſe Vorgänge belehrt bat ſie ſchon nach einem halben Jahr um Enthebung von ihrer Stelle.

In dieſe Verhältniſſe kam im Februar 1609 eine Aenderung. Ein Jahr zuvor hatte Julius die Tochter eines Barbiers und Wundarztes in Kronau mit Zuſtimmung der Mutter, die des ganzen Werkes Urheberin war, zu ſich genommen. Nachdem er längere Zeit mit dem Mädchen gelebt, ward er einmal, ohne daß ſie ihm durch ihr Betragen eine Veranlaſſung geboten hätte, derart wüthend gegen ſie geworden, daß er ſie wund ſchlug, ihr ſogar Stichwunden beibrachte und ſie endlich in den Schloßteich hineinwarf. Es gelang ihr trotzdem, ſich in das Haus des Vaters zu retten, bei dem ſie nach ſorgfältiger Pflege wieder genas. Kaum hatte der junge Wütherich dies erfahren, ſo verlangte er von dem Vater die Auslieferung der Tochter, was dieſer natürlich verweigerte. Von Julius ließ ihn dafür ins Gefängniß werfen und verlangte von der Stadt, ſie ſolle über denſelben das Todesurtheil ausſprechen! Nachdem der Barbier fünf Wochen lang im Kerker geſchmachtet hatte und keine Erlöſung für ihn zu hoffen war, entſchloß ſich ſeine Frau der Gewalt nachzugeben. Sie fand ſich alſo mit ihrer Tochter im Schloſſe ein, ließ ſich von Julius einen Eid ſchwören, daß er derſelben nichts mehr zu Leide thun werde und übergab ihm dieſelbe. Dies geſchah am Faſchingſonntag, am folgenden Tage wurde der Barbier aus ſeinem Gefängniſſe entlaſſen. Als darauf am Abend ein Diener in des Julius Zimmer Kerzen brachte, empfing ihn dieſer ganz wüthend, verwundete ihn zweimal mit einem Dolche in die Hand und das drittemal in die Bruſt, ſo daß der Diener nur mit Mühe durch raſche Flucht ſein Leben rettete. Hierauf befahl Julius der Barbierstochter einen Schlafpelz anzuziehen, ſich aufs Bett zu legen und nun ſtach er ganz toll und raſend auf ihr herum, bis ſie todt war. Nach dem Befunde, den man mit dem Leichnam aufgenommen, hatte er ihr die Ohren abgeſchnitten, ein Auge ausgeſchält, die Zähne zerſchlagen, die Hirnſchale zertrümmert, ſo daß das Gehirn heraushing und Stücke Fleiſch abgeſchnitten, die im Zimmer herumlagen. Drei Stunden lang hatte dieſes Mordgeſchäft gedauert, weder das anfängliche Geſchrei des Opfers, noch die Mißhandlung des Dieners hatten Leute herbeigelockt, um dem Treiben des Raſenden Einhalt zu thun und wenn ſie herbeigekommen waren, ſo hatten ſie nicht den Muth in das Gemach zu dringen! Nachdem Julius von ſeinem Wüthen ermüdet war, rief er einen Diener herbei, um den Leichnam wegtragen zu laſſen, bevor dies aber geſchah, bohrte er denſelben nochmals durch. Am Morgen des folgenden Tages ſah er ſich die Leiche an, legte ſeine Finger in jede einzelne Wunde und ſchien Reue über ſeine That zu empfinden. Darauf ließ er den Leichnam in einen Sarg

Google

legen und berief die Geiſtlichkeit des Orts, um der Todten das Geleite zu der Grabſtätte zu geben. Sie kam ſeinem Wunſche nach und im feierlichen Zuge, welchen Diener mit Windlichtern umgaben, wurde die Ermordete zu Grabe geleitet.

Dieſe Erzählung zeigt in Don Julius einen durch Schwelgerei mancherlei Art herabgekommenen und unzurechnungsfähigen Menſchen. Die über dieſen Vorgang nach Prag von dem Hauptmann der Herrſchaft Krumau und von dem Stadtrath abgeſchickten Berichte ſchreiben jedoch nicht ſeinem verwirrten Verſtande die Veranlaſſung zu dieſem Ereigniſſe zu, ſondern laſſen die Urſache nur in dem böſen Willen des jungen Mannes vermuthen, was unſerer Anſicht nach nicht richtig iſt. Es läßt ſich bei ihm von Verdorbenheit des Charakters und von ungewöhnlicher Zügellosigkeit der Sitten bis zu dem Momente dieſer That reden, allein der mörderiſche Anfall des Dieners und die darauffolgende Ermordung des Mädchens ſind Thaten eines Todten und Raſenden. Beſtätigt wird unſere Anſicht durch des Julius fernered Benehmen.

Es verſteht ſich, daß dieſer Vorgang Entſetzen in Krumau hervorrief, dennoch wagte Niemand Hand an Julius zu legen und ihn in Gewahrſam zu bringen. Die Diener näherten ſich dem jungen Manne nur, um ihm die Nahrungsmittel zu reichen, er ſelbſt empfand von jetzt an kein Verlangen nach Geſellſchaft und verließ das Schloß nicht einen Augenblick. Das Unbegreifliche an dem Vorgange iſt aber die Haltung des Raurer. Am Faſchingsmontag (17. Februar 1606) war der Mord geſchehen, die Nachricht nach Prag längſtens den Tag darauf abgegangen und dem Kaiſer alsbald hinterbracht worden. Statt wie es ſeine Pflicht war, den Befehl zur Verwahrung ſeines Sohnes abzuſchicken, mochte dieſer nun ein Verbrecher ſein oder am Wahnſinn leiden, kümmerte er ſich darum gar nicht und die Landesbeamten eben ſo wenig. Am 10. März bat der Krumauer Hauptmann, der vergeblich von Prag einen Auftrag erwartet hatte, auf das dringlichſte um eine Inſtruktion für ſein Verhalten. Er erzählte dabei, daß Don Julius ſeit dem Tode der Barbierstochter das Schloß nicht mehr verlaſſe, die Kleider nicht wechſle, das Geſchirr zerſchlage, die Kleider zerſchneide und Ähnliches mehr. Die Dienerſchaft halte ſich, beſorgt um ihr Leben, fern von ihm und nähere ſich ihm nur, wenn ſie ihm die Speiſen zu bringen habe; zugleich herrſche die Beſorgniß, derſelbe könne in einer Wuth das Schloß anzünden. Erſt auf dieſen Bericht, ſcheint es, faßte man in Prag den Beſchluß, ſich der Perſon des Don Julius zu verſichern, wenigſtens wurden ihm ſeit dem 18. März mehrere Wärter beigegeben und es war ihm von da an verwehrt, das Zimmer zu verlaſſen.

Google

Zugleich wurde das Fenster desselben vergittert, damit er nicht herausspringen könne.

Während seiner Bewachung zeigte sich täglich mehr bei Julius die Verdunklung des Verstandes. Als die Jahreszeit wärmer wurde, lehnte er alle Kleidung ab, lief nackt in seinem Zimmer herum oder setzte sich an's Fenster, indem er sich um den Leib eine Art Barbierschürze, die er sich aus seinem Hemde zugeschnitten hatte, band. So zeigte er sich den Blicken der Leute. In einem Berichte vom 10. September 1608, der über sein Befinden nach Prag abgeschickt wurde, werden diese Vorgänge erzählt und zugleich bemerkt, er mache manchmal so tolle Figuren in seinem Zimmer und stelle sich so an, als wäre er närrisch, zeitweise spreche er aber ganz vernünftig. Gegen den Winter zu bequemte er sich wieder zur Annahme von Kleidern. Diese Berichte scheinen in Prag endlich in Erinnerung gebracht zu haben, daß es kaum zweckmäßig sei, die Wartung des Wahnsinnigen einfachen Wärtern, die nur darur sorgten, daß sich der Gefangene nicht am Leben schade, zu überlassen, und daß sonach ein Versuch zu seiner Heilung unternommen werden müsse. Man wandte sich deshalb an den früheren Hofmeister des Don Julius, Zagel, und ersuchte ihn mit einem Arzte, Namens Mingonius, nach Krumau zu reisen und zu versuchen, was zur Heilung des Kranken ersprießlich wäre. Zagel langte im November 1608 in Krumau an, reiste aber bald wieder fort und kam erst im Monate Januar 1609 zurück, um durch längere Zeit seine Heilversuche anzustellen. Er sollte die geistige Pflege, Mingonius die körperliche übernehmen. Wie er seiner Aufgabe nachkam, entnehmen wir einem Berichte des Krumauer Hauptmanns, der die Oberaufsicht führte. Zagel machte im Januar sechs Besuche bei Don Julius, ermahnte ihn jedesmal seine Unarten aufzugeben und durch die Beichte seine Seele zu entlasten. Es scheint darnach nicht, als ob der Hofmeister die rechte Heilmethode innegehabt hätte, denn er behandelte den jungen Mann wie einen vernünftigen Menschen, was er doch sicherlich nicht mehr war. Diese Ermahnungen erwiderte Julius gewöhnlich mit zornigen und beschimpfenden Reden. Zagel gab darauf seine Heilversuche auf und nun sollte Dr. Mingonius das seine thun. Dieser ordnete Kräuterbäder an, zu deren Gebrauch der Kranke eben so wenig vermocht werden konnte, wie zu einem Aderlaß, den die Gewohnheit jener Zeit bei allen Krankheiten in Anwendung brachte. Alles, was er gestattete, war, daß er sich von der Schmutzkruste, die seinen Körper seit mehr als Jahresfrist bedeckte, durch Waschen befreien ließ. Eine Geschwulst, die sich über einzelne seiner Gliedmassen um diese Zeit verbreitete, verschwand von selbst, nachdem sie in Eiterung übergangen war und Don Julius erfreute sich nach wie vor eines ungestörten körperlichen

Google

Wohlseins. In der zweiten Hälfte des Monats Juni (1609) bildete sich jedoch wieder ein Geschwür in seinem Halse, das ihm das Athmen erschwerte. Trotzdem wies er jede ärztliche Pflege jetzt wie früher zurück und duldete selbst Niemanden in der Nähe seiner Zimmerthür. Die Athmungsbeschwerden erreichten allmälig eine bedeutende Höhe und nahmen selbst nicht ab, als das Geschwür endlich aufbrach. Statt Heilung zu bringen, hatte dies Tags darauf den Tod zur Folge. (25. Juni 1609.)

Der Tod des Wahnsinnigen fiel gerade in die Tage, während welcher sich Rudolf mit den böhmischen Ständen wegen des Majestätsbriefes in heißem Kampfe befand. In keiner Epoche seines Lebens war er derart aufgeregt, niedergeschlagen und muthentbrannt, wie gerade in dieser, seine Umgebung fürchtete sich deshalb, ihm die Nachricht von dem Tode seines Sohnes mitzutheilen, so daß längere Zeit verging, bevor er von dem Verscheiden desselben Kunde erhielt.*) Der Leichnam war mittlerweile in der Klosterkirche von Krumau bestattet und eingemauert worden. Rudolf gab keinen Gegenbefehl und so blieb es dabei; was des Julius Verlassenschaft betraf, so war die böhmische Kammer dem etwaigen Wunsche des Kaisers nach ihrem Besitze zuvorgekommen und hatte den Auftrag gegeben, daß sämmtliche Gegenstände sorgfältig verpackt nach dem Prager Schloß gebracht werden sollten.

Diese Nachricht über des Julius natürliches Ende, die wir, so wie die sonstigen Angaben, authentischen Dokumenten — der Korrespondenz des mit der Ueberwachung des Wahnsinnigen betrauten Krumauer Hauptmanns — entnehmen, widerlegen somit die sonst geläufigen und ganz entgegengesetzten Berichte. Hammer, der Autorität Khevenhüllers folgend, erzählt, daß auf Befehl des Kaisers „dem Marchese Julius als einem Tyrannen und Mörder die Schlagadern im Bade geöffnet worden seien". Auch in Böhmen verbreitete sich gleichzeitig das Gerücht von einem gewaltsamen Ende des Unglücklichen, und in der That konnte sein rascher Tod leicht den stets regen Argwohn der Menge wachrufen.

Die Geschichte des Marchese Julius ist nicht bloß wegen ihrer Beziehungen zu Rudolf von Interesse, sondern macht auch in anderer Weise unsere Aufmerksamkeit rege. Wohl mögen unsere Leser erstaunt gewesen sein, als wir erzählten, welcher Bedrückung der Barbier ausgesetzt war, weil er seine Tochter vertheidigte, und wie nichts geschah, um der Hand eines Wütherichs oder Wahnwitzigen von dem Werke zurückzuhalten. Die willkürliche Mißhandlung eines Vaters, der seine Rechte wahrt und die ruhige Gewährenlassen eines Mordes, der gleichsam unter den Augen einer

*) Brüssler Archiv. Bericht an Erzh. Albrecht ddo. 4. Juli 1609.

Google

ganzen Stadt verübt wird, ſcheinen auf einen furchtbaren Druck, den die höhern Klaſſen der Geſellſchaft auf das Volk ausübten, hinzudeuten. Man mag ſolches in Böhmen und zwar zur Zeit der ungeſchmälerten Gültigkeit der ſtändiſchen Verfaſſung nicht erwartet haben. Gleichwohl paßt dieſe Thatſache zu den Verhältniſſen des Landes und ſteht keineswegs einzig da. Der äußere Rahmen der böhmiſchen Verfaſſung iſt im ganzen genommen unter Rudolf II derſelbe geweſen, wie unter Georg von Poděbrad. Dennoch war in dieſer Verfaſſung ſeit der Herrſchaft der Jagellonen eine große Umwandlung und zwar im ariſtokratiſchen Sinne erfolgt. Der Adel ſtellte als Grundſatz auf, daß ſeine Rechtsſphäre keiner Beſchränkung unterworfen ſei d. h. daß er nach Bedürfniß neue Rechte und Freiheiten ſich beilegen dürfe, während das Volk nur ſo viel Recht beſitzen ſollte, als es durch beſondere Privilegien erlangt hatte, ohne eine Erweiterung derſelben anders als eine Gnade anſuchen zu dürfen. Unter der Herrſchaft einer ſolchen Rechtsanſchauung ward der Bauer in Böhmen leibeigen gemacht und waren die königlichen Städte allgemach tief unter ihre frühere Bedeutung herabgeſunken. Sie waren ebenſo wenig als Stand den höheren Ständen ebenbürtig, als wie ein Bürger es wagen konnte, ſich einem Mitgliede des Herren- oder Ritterſtandes gleichzuhalten. *)

Dieſe ariſtokratiſche Entwicklung der Verfaſſungsverhältniſſe Böhmens mußte ſich zunächſt in der Adminiſtration der Juſtiz geltend machen. Wir könnten zum Beweiſe, daß die Handhabung derſelben eine parteiiſche war und entſchieden zum Nachtheile des Volkes geübt wurde, noch mehrere Fälle aus derſelben Zeit anführen, und damit den Beweis liefern, daß die Vorgänge in Krumau keine iſolirte Erſcheinung waren, begnügen uns aber mit einem einzigen, der wo möglich noch greller iſt, als der mit Julius. Einige Jahre nach dieſem Vorfall (1616) hatte Herr Jenik von Waldſtein ein Werk über die geſchichtlichen Ereigniſſe der letzten Zeit verfaßt und zum Theil durch den Druck veröffentlicht. Der Inhalt dieſes Werkes, das leider verloren gegangen iſt, war derart, daß Mathias ſich angegriffen wähnte und den Verfaſſer vor das Gericht zur Verantwortung vorladen ließ. Als Zeuge ſollte dabei der Setzer des Werkes fungiren. Um die Vernehmung des Zeugen unmöglich zu machen, bemächtigte ſich Herr von Waldſtein ſeiner Perſon und ließ ihn — hinrichten! Der königliche Zorn entlud ſich nun mit voller Strenge gegen den Ausüber einer ſolchen Gewalt

*) Ueber die Umwandlung der böhmiſchen Verfaſſung im ariſtokratiſchen Sinne, wie ſie unter den Jagellonen vor ſich ging, gibt die Wladiſlawiſche Landesordnung insbeſondere aber Palacky in ſeinem neueſten Bande der böhmiſchen Geſchichte die frappanteſten Aufſchlüſſe.

Google

that, aber die Strenge war nach der Art jener Zeit; Herr von Waldstein büßte mit der Erlegung einer allerdings bedeutenden Geldsumme. Slawata, der lange genug gelebt hatte, um den Unterschied zwischen den Zuständen unter ständischer Herrschaft und jenen unter der fast absoluten Ferdinands II beurtheilen zu können, erzählt in seinen Memoiren, daß von einer Bestrafung des Adels bei Missethaten, wie Mord und Gewalt, unter Rudolf und Mathias nicht die Rede war, daß es aber hierin seit Ferdinand II anders geworden sei. Die größere Herrschermacht, deren sich die Könige von Böhmen seit Ferdinand II erfreuten, führte allerdings zunächst zu einer gleichmäßigen Behandlung der Unterthanen, zwischen denen sich die Verhältnisse zu nivelliren begannen.

Google

Anhang.

Ueber den Streit der Böhmen mit den Schlesiern wegen der Kanzlei

Es ist von uns im vierten Kapitel dieses zweiten Bandes erzählt worden, zu welchen Verhandlungen es am Prager Generallandtage von 1611 zwischen den Böhmen und Schlesiern wegen der Kanzlei gekommen war; eine Einigung war damals nicht erfolgt, weil die Böhmen theils von ihren Rechten nicht ablassen wollten, theils merkten, daß den Forderungen der Schlesier die Absicht zu Grunde liege volle Selbstständigkeit zu erringen. So reisten also die schlesischen Deputirten unverrichteter Dinge von Prag ab, aber die Stände Schlesiens waren nicht geneigt ihre Sache aufzugeben, sondern das, was sie bei den Ständen Böhmens vergeblich gesucht, nunmehr von Mathias zu verlangen. Gegen Ende August 1611 war der letztere von Prag abgereist, um sich zuerst in den Lausitzen huldigen zu lassen, am 18. September langte er in Breslau an, um auch daselbst die Huldigung in Empfang zu nehmen. Diesen Augenblick hielten die Fürsten und Stände für günstig, um die Befriedigung ihrer Wünsche zu erlangen; schon den Tag darauf überreichten sie dem Könige eine Denkschrift, in welcher sie ihre Forderungen wegen der Kanzlei erörterten. Sie verlangten, daß die schlesischen und lausitzer Angelegenheiten von einem eigenen Vicekanzler, mehreren Räthen und einem Sekretär besorgt werden sollten, die „ihren Respekt auf das Land haben," d. h. den Schlesiern und Lausitzern (und nicht den Böhmen) verpflichtet und unterthan sein sollten. Ihre Anstellung sollte derart erfolgen, daß von den Schlesiern und Lausitzern dem Könige gewisse Personen vorgeschlagen und von letzterem im Amte bestätigt wer-

Digitized by Google
Original from HARVARD UNIVERSITY

den ſollten. Während in Prag die Schleſier noch nicht davon geſprochen hatten, ſich eine eigene Kanzlei zu errichten, ſondern ihre Reden die Auslegung zuließen, daß die von ihnen präſentirten Vicekanzler, Räthe und Sekretäre in der böhmiſchen Kanzlei ihren Sitz haben und dem Kanzler unterthan ſein ſollten, traten ſie jetzt unverhüllt mit der Forderung nach einer eigenen Kanzlei auf. Als Mathias dieſen weitgehenden Wunſch nicht gewähren wollte, wurde ihm von den Schleſiern bedeutet, daß ſie nicht früher zur Huldigung ſchreiten werden. So wurden nun zwiſchen den Ständen und dem König mehrfach Schriften gewechſelt, in denen die erſtern von ihrem Standpunkte nicht um ein Haar abwichen, ſondern mit immer größerer Beſtimmtheit ihre Forderungen vertraten. Mathias ward dadurch in eine nicht geringe Verlegenheit gebracht; gab er nach, ſo ſetzte er ſich den heftigſten Vorwürfen der Böhmen aus, gab er nicht nach, ſo verzögerte ſich die Huldigung in unabſehbare Ferne. Er beſchloß zuletzt dem nächſten Uebel auszuweichen, die Huldigung um den geforderten Preis zu erlangen, ſelbſt auf die Gefahr hin, daß er mit den Böhmen in einen argen Conflict gerathen ſollte. Zu dieſem Ende bot er den Schleſiern folgende Bedingungen an: Sie ſollten ihm zur Stelle eines Vicekanzlers, zweier Räthe und eines Sekretärs ſo wie zweier Räthe bei dem böhmiſchen Appellationsgericht im Vereine mit den Kanzlern gewiſſe Perſonen präſentiren. Der Vicekanzler, zwei Räthe und der Sekretär ſollten das Perſonale einer neuen Kanzlei bilden, die von der böhmiſchen unabhängig und allein die ſchleſiſchen und lauſitzer Angelegenheiten beſorgen ſollte, dieſe Einrichtung aber nur eine proviſoriſche ſein, weil die Böhmen behaupteten, daß der Vicekanzler von ihrem Kanzler abhängen müſſe und der König geſchworen habe, die Rechte der Böhmen zu wahren. Auf einem künftigen Landtage ſolle dieſe Angelegenheit definitiv entſchieden werden.

Mit dieſem Anbote begnügten ſich die Schleſier; ſie hatten erreicht, was ſie wollten, nämlich eine eigene Kanzlei, zwar nur „ad interim“, aber dies kümmerte ſie wenig, denn ſie waren entſchloſſen dieſen neuen Beſitz gegen die Böhmen auf das äußerſte zu vertheidigen und ihrem Lande die volle Unabhängigkeit von den letztern zu ſichern. Wenn man nach dem eigentlichen Grund dieſer mit beharrlicher Conſequenz angeſtrebten Trennung von Böhmen forſcht, ſo tritt er aus den Akten nicht klar hervor, es ſcheint uns aber bei dem hervorragenden Antheile der ſchleſiſchen Fürſten an dieſen Beſtrebungen darin zu liegen, daß letztere auf dieſem Wege zur unabhängigen Stellung deutſcher Reichsfürſten gelangen wollten. Deshalb betonten ſie ſpäter wiederholt, daß der König von Böhmen nur als Herzog von Schleſien ihr Herr ſei, daß ſie ein deutſches Lehen ſeien und ähnliches mehr. Sie lauerten auf die Gelegenheit, um

Google

ſich der Herrſchaft des Hauſes Habsburg zu entwinden und dann Deutſchland zuzufallen, d. h. volle Unabhängigkeit zu erringen, was wiederum nur möglich war, wenn ſie zuerſt ihrer Abhängigkeit von Böhmen ein Ende machten. Deshalb dieſe energiſchen Anſtrengungen, während ihr Mund vorläufig von Betheuerungen ihrer Treue gegen Mathias und ſein Haus überfloß.

Die Entſcheidung des Königs brachte einen tiefen Riß in das böhmiſche Staatsweſen; die Schleſier machten von der erlangten Erlaubniß augenblicklich Gebrauch und im Gegenſatz zur böhmiſchen Kanzlei erhob ſich die ſchleſiſche. Die böhmiſche Krone hatte jetzt zwei Kanzleien oder um uns anders auszudrücken, zwei Miniſterien des Innern. Der Kanzler Zdeněk von Lobkowitz, der den Mathias ſeit ſeiner Abreiſe von Prag begleitet und den Verhandlungen in Breslau beigewohnt hatte, verſuchte den König von der Nachgiebigkeit gegen die Schleſier zurückzuhalten, als dies erfolglos war, proteſtirte er gegen die Errichtung der ſchleſiſchen Kanzlei. Sein Proteſt wurde allgemein in Böhmen gebilligt, der Landtag konnte zwar nicht zu demſelben ſeine Zuſtimmung geben, da er nicht verſammelt war, aber unter den oberſten Beamten und den Beiſitzern des Landrechts, des Kammergerichtes und des Hofiehngerichtes, die ſämmtlich Mitglieder des Landtags waren und etwa ein Viertheil ſeiner Mitglieder ausmachten, erhob ſich keine Stimme dagegen, im Gegentheil alle waren entſchloſſen die Rechte des Landes zu vertheidigen.*) Als das Jahr 1612 vorüberging und noch immer kein Landtag berufen wurde, an dem dieſe Angelegenheit beſprochen werden konnte, beſchloſſen die oberſten Beamten und Räthe nicht länger zu ſäumen, ſondern direkt von Mathias, der mittlerweile den deutſchen Kaiſerthron beſtiegen hatte, die Herſtellung des frühern Zuſtandes und die Auflöſung der ſchleſiſchen Kanzlei zu verlangen. Die Mährer, welche ſie von ihrem Entſchluſſe benachrichtigten, mißbilligten denſelben nicht,**) denn ſie hatten ſich in dem Vertrag vom 27 Mai 1611 mit den Böhmen ausgeglichen und ſeitdem an der Einheit der Kanzlei

*) Es geſchah öfters in wichtigen Fällen, wenn der Landtag nicht verſammelt war, daß die oberſten Beamten und Räthe zu gemeinſchaftlicher Berathung zuſammentraten. Ihre Beſchlüſſe, wenngleich ſie natürlich nicht die Kraftkraft von Landtagsbeſchlüſſen hatten, und nur proviſoriſcher Natur ſein konnten, kamen ihnen an moraliſcher Bedeutung nahe. Denn die oberſten Beamten und Räthe waren ſämmtlich Mitglieder des Landtags und bildeten einen anſehnlichen Theil desſelben. Ihre mit Majorität gefaßten Beſchlüſſe hatten ſo ziemlich alle Ausſicht auch vom Landtage adoptirt zu werden.

**) Zuſchrift der oberſten Beamten und Räthe von Mähren an die Böhmen dto. 6. Juli 1613.

Google

festgehalten. Das Auftreten der Schlesier, welche einen Riß in diese Einheit bringen und überhaupt die böhmische Krone zerreißen wollten, konnte demnach die Zustimmung der Mährer nicht erlangen. Im Auftrage der obersten Beamten und Räthe von Böhmen begaben sich im Frühjahr 1613 der Oberhofmeister Adam v. j. von Waldstein und der Kanzler Zdenko von Lobkowitz zu Mathias nach Wien und verlangten die Auflösung der schlesischen Kanzlei. Mathias, der inzwischen selbst zur besseren Kenntniß über die besonderen Absichten der schlesischen Fürsten und über die staatsrechtliche Tragweite einer doppelten Kanzlei gekommen sein mag, wies die böhmischen Deputirten mit ihrer Forderung nicht ab, erklärte aber den Streit nicht anders entscheiden zu können, als durch eine Art von Schiedsgericht. Er wollte Vertreter sämmtlicher Länder der böhmischen Krone vor sich rufen, in deren Versammlung den Böhmen und Schlesiern zur Vertheidigung ihrer Rechte und Forderungen Gelegenheit bieten und dann auf Grund anerkannter Rechte und Gewohnheiten den Schiedsspruch thun. *)

Mit diesem Bescheide mußten sich die Böhmen vorläufig begnügen und die Berufung eines Landtages abwarten. Als Mathias einen solchen nach Budweis auf den 27. Januar 1614 ausschrieb, erinnerte er sich seines Versprechens und forderte die Schlesier auf, Deputirte zu diesem Landtage abzuschicken, um die im Jahre 1611 in Breslau nur provisorisch erledigte Kanzleiangelegenheit definitiv zu entscheiden. Jetzt war für die Schlesier ein entscheidender Moment gekommen, gingen sie nach Budweis und war dort der Streit wegen der Kanzlei auf Grund des gesetzlichen Herkommens revidirt, so mußten sie die Karzern ziehen; sie entschlossen sich deshalb die Einladung abzulehnen und den Böhmen alles Recht abzusprechen, sich in ihre Angelegenheiten zu mischen. In der Antwort an den Kaiser, in der sie ihm ihren Entschluß, nach Budweis nicht zu kommen, mittheilten, erklärten sie, der „anmaßlichen Beschwerde der Böhmen" wegen der Kanzlei keine Beachtung schenken zu können. Da sie klug genug waren einzusehen, daß, wenn sie zuletzt Sieger über die Böhmen bleiben wollten, sie den Kaiser auf ihrer Seite haben müßten, so wurden sie nicht müde, denselben zu versichern, daß die Errichtung der Kanzlei sein Regale, sein Summum jus sei, auf welches die Böhmen keinerlei Ansprüche hätten, und daß, wenn er ihnen (den Schlesiern) die Errichtung einer eigenen Kanzlei gestattet habe, er sich streng innerhalb seiner Machtsphäre gehalten habe. **)

Das Ausbleiben der Schlesier von Budweis ließ die Kanzleifrage noch ferner unentschieden und sicherte vorläufig den unabhängigen Besitz

*) Antwort des Mathias der böhmischen Deputirten gegeben, ddo. 30. Mai 1613.
**) Antwort der Schlesier an den Kaiser ddo. 30. Januar 1614.

Google

der ſchleſiſchen Hofkanzlei, — eine Bezeichnung, deren ſich die Schleſier vorzugsweiſe gern ſtatt des einfachen: „Kanzlei" bedienten. In Böhmen trug man dieſe dauernde Schmälerung früherer Gerechtſame ſchwer; nachdem der Budweiſer Landtag ohne Frucht vorübergegangen war, drangen die Stände am Prager Generallandtage von 1615 mit aller Entſchiedenheit in den Kaiſer, daß er den im J. 1611 gemachten Fehler endlich gutmache, die böhmiſche Kanzlei in ihrem alten Umfange wiederherſtelle und die Schleſier nöthige, eine Deputation zu den betreffenden Verhandlungen abzuſenden. Dieſem Drängen gab der Kaiſer nach, indem er im folgenden Jahre (1616) die Böhmen und Schleſier aufforderte, Deputirte zu wählen, die in Gegenwart einer von ihm zu ernennenden Kommiſſion ihre gegenſeitigen Anſprüche wegen der Kanzlei erörtern und wo möglich unter einander einen Ausgleich treffen ſollten. Da zu gleicher Zeit auch die Lauſitzer und Mährer als mitbetheiligte Parteien zur Abſendung von Deputirten zu den Ausgleichsverhandlungen eingeladen wurden und dieſelben bereit waren dem Rufe zu folgen, ſo durften die Schleſier die Verhandlungen nicht ablehnen, wie ſie ſonſt gern gewollt hätten.

Sämmtliche Deputationen trafen im Monate Juni 1616 in Prag ein, wo auch Mathias eben weilte. Von Seite der Böhmen wurden zu den Verhandlungen folgende Perſonen deputirt: der Oberſthofmeiſter Adam von Waldſtein, der Oberſtlandkämmerer Johann Sezima von Duſin, der Oberſtlandrichter Georg von Talmberg, der Kanzler Zdeněk von Lobkowitz, der Oberſthofrichter Wilhelm Slawata, der Burggraf von Karlſtein Graf Thurn, Friedrich von Dohna, Jaroslaw von Martinitz, Kaſpar Kaplíř von Sulewitz, Prokop Dworetzky, Diwiš Černin von Chudenitz, Johann Wulner, Sekretär Michna, Dr. Eiſen, Dr. Bornitius, Sekretär Philipp (Fabricius ?), Adam Leonhard, Martin Fruewein, Sekretär Plateis. — Von Seite der Mährer war der Landeshauptmann Ladislaus von Lobkowitz, dann die Herren: Karl von Zierotin, Jetřich von Kunowitz, Johann Ceſka, Friedrich Janowsky und Heinrich Zahradecky zugegen. — Aus Schleſien waren gekommen: Karl Hannibal von Dohna, Burkhard von Promnitz, Dr. Geißler, Albrecht von Rohr, Dr. Heuſcher und Georg Roſner von der Schweidnitz. — Aus der Oberlauſitz erſchienen: Hans Fabian von Prinkau, Fabian von Schönaich, Abraham von Metzrodt, Dr. Ambroſius Hadammer Syndicus von Bautzen, Gottfried Glich Syndicus von Görlitz und Sigmund Kindler Syndicus von Zittau. Endlich aus der Niederlauſitz kamen: Heinrich Otto von Gerſtorf und Martin Steigius. Zu königlichen Kommiſſaren, vor denen die Parteien ihren Streit führen ſollten und die dann an den Kaiſer über die Argumente und Forderungen derſelben zu berichten hatten, waren von Mathias ernannt worden:

Google Original HARVARD

der Kardinal und Bischof von Olmütz Franz von Dietrichstein, und der Oberstburggraf von Böhmen Adam von Sternberg; ob noch ein dritter, ist uns nicht bekannt.

Die ständischen Deputirten schieden sich in zwei Theile, auf der Seite der Schlesier befanden sich die Lausitzer, auf der Seite der Böhmen die Mährer. Letztere, obwohl an dem Streite nicht unmittelbar betheiligt, aber die Tragweite der schlesischen Forderungen einsehend und entschlossen an dem Bestande der durch die Verträge von 1611 reformirten staatsrechtlichen Verhältnisse der böhmischen Krone nicht zu rütteln, mahnten für die Böhmen Partei und traten sonach für eine ungetrennte Kanzlei auf; es gruppirten sich also die Deputirten so, daß der mehr deutsche Theil der Krone Böhmen dem slavischen gegenüberstand. — Da die gegenseitige Erbitterung der Parteien, namentlich der Böhmen und Schlesier, hoch gestiegen war, so fand man es nicht rathsam, sie unmittelbar mit einander verhandeln zu lassen, sondern erachtete es für zweckmäßig, sie nur mit den Kommissären verkehren zu lassen. Darnach sollten die Böhmen in Begleitung der Mährer ihre Forderungen den Kommissären mittheilen und dann sich entfernen. Darauf sollten die Schlesier mit ihren Assistenten vor die Kommissäre gerufen, ihnen das Begehren der Böhmen eröffnet und ihre Antwort wieder den Böhmen mitgetheilt werden und so fort.

Beim Beginne der Verhandlungen erhielten die Böhmen zuerst das Wort. Sie erklärten im Namen der Mährer vor den Kommissären, daß sie die vollständige Restitution des Wirkungskreises der böhmischen Kanzlei und sonach die Auflösung der schlesischen verlangten. Als den Schlesiern dies Begehren mitgetheilt wurde, antworteten sie in ablehnender Weise, sie betonten mehr als je zuvor, daß die Errichtung der Kanzlei „ein rein königliches Recht“ (jus mere regium), ein dem Könige „allein eigenthümliches Regale sei“. Als der König die Errichtung der schlesisch-lausitzer Kanzlei gestattete, habe er nur innerhalb seiner Rechte gehandelt und die Böhmen hatten keine Befugniß zu einer Einsprache oder einem Proteste. Sie erinnerten daran, daß, als die Verhandlungen im Jahre 1611 in Prag zwischen ihnen und den Böhmen in der Kanzleifrage zu keiner Einigung geführt hatten, ihnen von den letztern freigestellt worden sei, die Befriedigung ihrer Wünsche bei dem Könige zu betreiben; das sie nicht mehr hätten thun und so sei die schlesische Kanzlei errichtet worden.

Die Böhmen antworteten hierauf, indem sie zuerst bestritten, daß die Einrichtung der Kanzlei ein rein königliches Recht sei. Zur Errichtung der schlesischen Kanzlei habe Mathias nicht als Herzog von Schlesien, sondern nur als König von Böhmen gestatten können, wie dies die Schlesier selbst zugäben; als König von Böhmen sei er aber durch seinen Eid in der

Google

Kanzleifrage gebunden und die böhmische Landesordnung schreibe klärlich vor, wie es mit der Kanzlei beschaffen sein müsse. Als im Jahre 1611 die Schlesier von den Böhmen an den König gewiesen worden seien, so sei es nicht geschehen, weil man ihnen die etwaige Errichtung einer neuen Kanzlei habe gestatten wollen, sondern nur um sie auf die in der Kanzlei anzustellenden Personen einen Einfluß nehmen zu lassen.

Dem entgegen erwiederten die Schlesier, sie seien bereit zu gestehen, daß sie im Jahre 1611 in Prag nichts von der Errichtung einer eigenen Kanzlei gesprochen hatten, „dies aber könnten sie wohl mit Gewissen reden, daß es (die Errichtung einer selbstständigen Kanzlei) ihre Intention gewesen und zwar zu dem Ende, daß sie sich von den Herrn Behemben ferner nicht regieren lassen noch unter derselben Gubernament sein wollen." Daß die böhmische Landesordnung bezüglich der Kanzlei solche Bestimmungen enthalte, wie sie von den Böhmen citirt werden, wollten sie nicht bestreiten, es gehe sie aber die böhmische Landesordnung nichts an, sie hätten eine eigene, die schlesische Landesordnung, und diese sei für sie Gesetz und Maß. Endlich sei Schlesien kein böhmisches, sondern ein Reichslehen.

Der Streit war durch diese Antworten und Gegenantworten auf ein Gebiet getreten, auf dem keine Einigung zu erwarten war; den Forderungen der Böhmen, welche die alten Rechte ihrer Krone und die Einheit des böhmischen Staatswesens vertheidigten, standen schroff die Ansprüche der Schlesier entgegen, welche dieser Einheit ein Ende machen wollten. Die Kommissäre berichteten über die gefährliche Wendung des Streites an den Kaiser und bekamen von ihm den Auftrag, die Deputirten um die Vorzeigung ihrer Vollmachten zu ersuchen. Ohne Zweifel wollte Mathias wissen, in wie weit die Schlesier zu einem Ausgleiche autorisirt seien. Die Böhmen und Mährer wiesen sich mit einer illuminirten Vollmacht aus, auch die Schlesier und Lausitzer besaßen eine solche, aber sie war von einer Instruktion begleitet, in der sie beauftragt wurden, zu keiner wichtigen Entscheidung eher ihre Zustimmung zu geben, bevor sie nicht die Erlaubniß hiezu von ihren Kommittenten angeholt hätten. Damit zeigte sich, daß die schlesischen und lausitzer Deputirten eigentlich ohne Vollmacht waren, denn alles, was zur Verhandlung kommen konnte, war so wichtig, daß zu jedem einzelnen Punkte des etwaigen Vergleichs die Zustimmung aus Schlesien und der Lausitz abgewartet werden mußte. Die Verhandlungen erlitten auf dies eine längere Unterbrechung und zwar durch 20 Tage, entweder war Mathias mit sich im unklaren, welche Stellung er in dem Streite schließlich einnehmen solle oder er versuchte durch separate Verhandlungen die einzelnen schlesischen Fürsten zur Annahme eines minder schroffen Standpunktes zu bewegen. Endlich am 18. Juli berief der Kai- 1619

Google

dinal Dietrichstein als Obmann der Kommission die Parteien wieder vor sich und zeigte ihnen an, daß der Kaiser mittlerweile eine Vermehrung der Kommissäre durch die Ernennung von drei neuen Mitgliedern vorgenommen habe, es waren dies der Kardinal Khlesl und die Geheimräthe Reggan und Harrach.

Nach dieser Anzeige theilte der Kardinal Dietrichstein den Deputirten mit, der Kaiser habe mit Mißfallen vernommen, daß der Streit der Parteien sich auf einem unzehörigen Gebiete bewege, das mit der Kanzleifrage nicht im Zusammenhang stehe. Der Kardinal verstand unter diesem ungehörigen Gebiete die staatsrechtlichen Erörterungen zwischen den Böhmen und Schlesiern. Er hatte gewiß Unrecht, wenn er diese Erörterungen als nicht im Zusammenhange mit der Kanzleifrage stehend betrachtete, denn die Entscheidung der letztern schnitt ja auf das tiefste in die staatsrechtlichen Verhältnisse der böhmischen Krone ein; offenbar ward diese Erklärung nur abgegeben, weil Mathias und seine Rathgeber sich vor der Erörterung so heikelicher Fragen fürchteten und sie aus der Diskussion zu verbannen suchten. Es war dies aber ein ganz vergebliches Bemühen, denn die Berathungen über die Einrichtung der Kanzlei mußten immer und immer zu der Frage führen: in welchem Verhältnisse stehen Böhmen und Schlesien zu einander? Der weitere Verlauf der Debatte bewies dies zum Ueberflusse.

An die vorläufige Mahnung, ungehöriges vom Streite auszuschließen, fügte der Kardinal Dietrichstein die Bitte, die Parteien sollten die Beilegung des Kanzleistreites so rasch als möglich anstreben. Um ihnen einen Fingerzeig zu geben, innerhalb welcher Grenzen sich die Forderungen der einen und die Nachgiebigkeit der andern bewegen müßte, sprach er „seine Vermuthung" über die etwaigen Absichten des Kaisers aus. So weit er über die letztern urtheilen könne, so dürfe man nicht erwarten, daß Mathias die Breslauer Bewilligung zurücknehmen würde, wohl aber dürfte er anordnen, daß die böhmische und schlesische Kanzlei wieder zu einem einheitlichen Körper verbunden, der Vicekanzler dem Kanzler zum Respekt verpflichtet d. i. untergeordnet und kein Dokument aus der Kanzlei ohne die Unterschrift des Kanzlers expedirt werde. Wiewohl der Kardinal erklärte, daß er nicht im Auftrage des Kaisers so spreche, sondern nur vermuthe, daß dies die Intentionen desselben seien, so war nicht zu zweifeln, daß seiner Erklärung eine höhere Autorisation zu Grunde lag. Sieht man dieselbe näher an, so zeigt sich, daß sie den Wünschen der Böhmen nachkam. Denn wiewohl Dietrichstein im Vordersatze erklärte, Mathias werde die Breslauer Bewilligung aufrecht erhalten, so enthält doch der Nachsatz das gerade Gegentheil. Nicht darin bestand die Bedeutung der Bre-

Google

lauer Bewilligung, daß in der böhmischen Kanzlei ein Vicekanzler für Schlesien und die Lausitz sei, sondern darin, daß Schlesien und die Lausitz eine eigene Kanzlei hatten. Die Böhmen faßten den Sinn der Erklärung gleich richtig auf, und der Obersthofmeister Adam von Waldstein, der regelmäßig den Sprecher für sie abgab, erwiederte in ihrem Namen, daß, wofern des Kaisers Intention der Vermuthung des Kardinals entspreche, die Einheit der Kanzlei hergestellt, der Vicekanzler für Schlesien und die Lausitz dem Kanzler „zum Respekt“ verpflichtet und jedes Dokument aus der Kanzlei mit der Unterschrift des Kanzlers expedirt werden würde, Böhmen mit der Entscheidung des Kaisers zufrieden sein werde.

Kardinal Dietrichstein erklärte darauf, daß man nunmehr einen bestimmten Vertrag formuliren müsse, auf Grund dessen die Einheit der Kanzlei hergestellt und zugleich den Ansprüchen der Schlesier Rechnung getragen würde. Er schlug zu dem Ende vor, daß in der zu vereinbarenden Formel weder von einer Superiorität der Böhmen, noch von einer Subjektion der Schlesier die Rede sein solle, weil letztere dann unter keiner Bedingung zu einem Vertrage zu bewegen sein würden. Die Wiederherstellung der einheitlichen Kanzlei solle jedoch kein Präjudiz gegen die etwaigen Rechte, welche jedem Lande zukommen, schaffen, und alle sich von nun an so friedlich gegen einander benehmen, wie es für „inkorporirte Länder“ gebühre. Die Wiedervereinigung der böhmischen und schlesischen Kanzlei sollte namentlich mit folgenden Worten festgesetzt werden: „Soviel die königliche Hofkanzlei, sowohl die böhmische als die deutsche anlangt, so wollen Ihre Majestät, daß dieselbe in ein Corpus unter den Respekt des obersten böhmischen Hofkanzlers gebracht und die schlesischen und lausitzer Sachen unter beider Parteien Subscription altem Brauche nach ausgefertigt werden soll.“

Als die Böhmen diese Erklärung vernahmen, erhoben sie dagegen mehrere gewichtige Einwände. Sie waren erbötig, den Streit wegen der „Superiorität und Subjektion“ auf sich beruhen zu lassen, d. h. die Frage nicht weiter zu erörtern, wie weit die Ueberordnung Böhmens über die inkorporirten Länder reiche. Das Resultat der gegenwärtigen Verhandlungen über die Kanzleifrage sollte also kein Präjudiz bilden, wie das Verhältniß zwischen Böhmen und Schlesien aufzufassen sei. Dagegen wollten sie nichts davon wissen, daß in der Ausgleichsformel Friede zwischen ihnen und den Schlesiern gewünscht werde, wie es sich für „inkorporirte Länder gebühre.“ Sie erklärten, Böhmen dürfe man kein inkorporirtes Land nennen, Böhmen sei das Stammland, in welches die übrigen Länder inkorporirt seien. Die Mähren, welche diesen Auseinandersetzungen beiwohnten, stimmten der Ansicht der Böhmen bei, überhaupt stellten sie sich völ-

Google

lig auf ihre Seite und ſahen den Kampf mit Schleſien wie ihren eigenen an. Weiter tadelten die Böhmen, daß in der Ausgleichsformel von einer „königlichen Hofkanzlei“ und von einem „Hofkanzler“ die Rede ſei, ſie wüßten nur von einer „böhmiſchen Kanzlei“ und der Kanzler ſei kein Hofkanzler, ſondern „oberſter Kanzler des Königreichs Böhmen.“ Um die wiederherzuſtellende Einheit der Kanzlei in der prägnanteſten Weiſe hervortreten zu laſſen, verlangten ſie, daß der in dieſelbe einzuführende Vicekanzler für Schleſien und die Mähren dem Kanzler den Eid der Treue ſchwöre. Aus den Verhandlungen iſt erſichtlich, daß ſämmtliche Beamte der Kanzlei, ſelbſt der ſeit dem Jahre 1611 angeſtellte Vicekanzler für Mähren dem Kanzler und nicht dem Könige den Eid leiſteten. Die Forderung wegen des „deutſchen“ Vicekanzlers (ſo ward der ſchleſiſche häufig genannt) war alſo nur konſequent.

Als den Schleſiern die Ausgleichsformel und die Bemerkungen der Böhmen vorgelegt wurden, war es der erſte Punkt, der ihre ganze Aufmerkſamkeit in Anſpruch nahm und ihre Oppoſition rege machte. Die Böhmen waren, wie erzählt worden, erbötig, bei Gelegenheit der Kanzleifrage nicht mehr über die Superiorität und Subjektion ſich zu ſtreiten, ſondern über dieſen Gegenſtand vorläufig zu ſchweigen. Nach ihrem Vorſchlage ſollte es in der Ausgleichsformel heißen: „Und durch dieſe Traktation (in der Kanzleifrage) ſoll keinem Lande eine Superiorität oder Subjektion wider die vorige Inkorporation erzwungen werden, ſondern es gänzlich dabei (d. i. bei den Ordnungen dieſer Inkorporation) verbleiben.“ Dieſer Satz ſeines diplomatiſchen Gewandes entkleidet lautet folgendermaßen: Wir Böhmen wollen bei dieſer Verhandlung wegen der Kanzlei die Frage wegen der Superiorität oder Subjektion bei Seite laſſen, bezüglich derſelben ſoll einzig und allein das bisherige Inkorporationsverhältniß maßgebend ſein. Zwar vermöge deſſelben unſere Stellung eine ſuperiore, und das behaupten wir, ſo kann dieſe durch die Einrichtung der Kanzlei, mag dieſe wie immer ſich geſtalten, nicht beſchränkt werden. — Die Schleſier, welche den Sinn der vorgeſchlagenen Formel recht gut begriffen, richteten zu allererſt ihre Oppoſition gegen den Wortlaut derſelben und ſchlugen folgende Faſſung vor: „Es ſoll keinem Lande eine Superiorität oder Subjektion aufgezwungen werden, ſondern bei der alten Inkorporation verbleiben.“ Ihrer Erklärung nach hatte dieſe Formel den Sinn, daß es zwiſchen den Ländern der böhmiſchen Krone kein Verhältniß von Superiorität und Subjektion gebe, ſondern daß es bei den Beſtimmungen der Inkorporation verbleiben ſolle, die (nach der Behauptung der Schleſier) ein gleichberechtigtes Verhältniß geſchaffen habe. Als den Böhmen dieſe Formel vorgelegt wurde, ſchlugen ſie deren Annahme rundweg ab, ein

Google

Bemerk, daß die Schlesier den Sinn der böhmischen Formel ganz richtig interpretirt hatten. Die Kommissäre bemühten sich nun einen Vermittlungsvorschlag die Annahme zu verschaffen und einigten sich zuletzt mit den Böhmen über die Formel: „Und dieses alles (d. i. die Verhandlungen wegen der Kanzlei) soll keinem Land zu einer Superiorität oder Subjektion, auch an seinen Privilegien, Recht und Gerechtigkeiten und Inkorporationibus zu keinem Nachtheil gereichen.“ Diese Formel sollte nach der Meinung der Kommissäre kein Präjudiz schaffen, sie wahrte den Standpunkt der Böhmen, daß ihnen an ihren Rechten und an den Inkorporationsbedingungen nichts genommen werden solle, sie sperrte aber nicht diese Rechte und Bedingungen und ließ es den Schlesiern frei, über dieselben ihre eigenen Behauptungen aufzustellen. Nichtsdestoweniger würden letztere selbst diese Formel nicht angenommen haben, weil sie sich nicht gegen die Ansprüche der Böhmen erklärte, wenn nicht die Kommissäre auf sie einen Druck ausgeübt hätten. Gedrängt jedoch entschlossen sich die Schlesier endlich zur Annahme einer Formel, die für ihre Wünsche nichts zusagendes enthielt, aber dieselben nicht direkt verletzte.

Neun Tage hatte dieser Streit gedauert und endete mit der Aufstellung einer Formel, die einer zweideutigen Interpretation fähig war. Es sollten nun die Verhandlungen über die Vereinigung der schlesischen Juli
mit der böhmischen Kanzlei beginnen. Die Kommissare, welche früher in 1616
kurzer Weise die Vereinigung „der böhmischen und deutschen Hofkanzlei“ unter des „Hofkanzlers Respekt“ vorgeschlagen hatten, wobei sie, wie wir berichtet haben, der Opposition der Böhmen bezüglich der Titulaturen begegneten, empfahlen jetzt folgende Bedingungen der Vereinigung: die im Jahre 1611 von den Schlesiern und Lausitzern ernannten Mitglieder ihrer Kanzlei der Vicekanzler, zwei Räthe und ein Sekretär, sollen einfach in die böhmische Kanzlei eintreten, diese so erweiterte Kanzlei „böhmischer und deutscher Expedition“ in einen einzigen Körper „unter den Respekt des obersten Kanzlers in Böhmen“ gebracht und die „schlesischen und lausitzer Sachen unter desselben und des deutschen Vicekanzlers Subskription expedirt werden.“ Die Frage wegen der Eidleistung des Vicekanzlers sollte vorläufig nicht zur Erörterung kommen, sondern der Eid, welchen derselbe (Herr von Schönaich) im Jahre 1611 dem Mathias geleistet, für diesmal genügen. Erst bei einer Wiederbesetzung des Amtes sollte entschieden werden, ob der Vicekanzler dem König oder dem Kanzler den Eid zu leisten habe.

Die Böhmen, zuerst zur Abgabe ihrer Meinung aufgefordert, stimmten einigen Vorschlägen bei, bei andern dagegen schlugen sie Aenderungen von durchgreifender Wichtigkeit vor. So wollten sie das im Jahre 1611

Google Original f HARVARD UN

ernannte Personal der schlesischen Kanzlei in die böhmische aufnehmen und von dem Vicekanzler Schönaich keinen neuen Eid fordern. Aber sie verlangten, daß derselbe sich wenigstens durch einen Handschlag dem Kanzler verpflichte und daß schon jetzt festgesetzt werde, ein künftig zu ernennender Vicekanzler habe dem Kanzler einen Eid zu leisten. Ferner wollten die Böhmen zugestehen, daß die Schlesier und Lausitzer dem Könige für die Besetzung der Stellen eines Vicekanzlers, zweier Räthe und eines Sekretärs, die vorzugsweise für die deutsche Expedition verwendet werden sollten, bei einer Vakanz geeignete Personen zur Anstellung empfehlen dürften, sie verlangten aber auch für sich das Recht, für dieselben Stellen eine doppelte Anzahl von Personen dem Könige präsentiren zu dürfen und letzterer sollte seine Wahl aus der böhmischen und schlesisch-lausitzer Liste treffen dürfen. Diese Forderung, welche voraussichtlich die Schlesier erbittern mußte, war ebenfalls eine Konsequenz der Stellung der Mährer zur Kanzlei. Die Mährer hatten auf die Anstellung ihres Vicekanzlers nicht einmal jenen Einfluß, welchen die Böhmen jetzt den Schlesiern einräumen wollten. Die Böhmen durften die Schlesier vor den Mährern nicht begünstigen.

Wie zu erwarten stand, waren die Schlesier auf das höchste durch die Forderungen der Böhmen aufgebracht, denn nicht leicht konnten die letztern mit mehr Schärfe ihre Ansprüche auf eine höhere Berechtigung im böhmischen Staatswesen hingeben, als dies in den dargelegten Forderungen geschehen war. Die Schlesier, von dem Grundsatz einer gleichberechtigten Stellung mit den Böhmen ausgehend, erwiederten, daß sie eben so wenig eine Einmischung derselben auf die Wahl ihrer Repräsentanten in der einheitlichen Kanzlei zugeben würden, als sie selbst sich eine Einmischung in die Anstellung des Kanzlers und der böhmischen Räthe erlauben. Ebensowenig wollten sie zugeben, daß ihr Vicekanzler jetzt zu einem Handschlag und bei einem Wechsel der Person zu einem dem Kanzler zu leistenden Eide verpflichtet werde; sie verlangten, daß der Vicekanzler mit dem Könige schwöre. Die Böhmen verwarfen alle diese Einwände und namentlich den, daß, weil die Schlesier auf die Anstellung des Kanzlers keinen Einfluß üben, sie auch freie Hand in der Ernennung des Vicekanzlers haben wollten: die Bestellung der Kanzlei sei ein altes Recht Böhmens und könne durch die Opposition der Schlesier nicht verkürzt werden. Diesmal waren jedoch die königlichen Kommissäre nicht, wie es sonst der Fall zu sein pflegte, auf Seite der Böhmen. Sie meinten, daß die Frage wegen der Präsentation des schlesischen Kanzleipersonals durch Mathias im Jahre 1611 ein für allemal zu Gunsten der Schlesier entschieden sei, ebensowenig billigten sie die Forderung der Böhmen bezüglich des Handschlags. Da letztere nicht nachgeben wollten, schlugen die Kommissäre

Google

einen Mittelweg vor. Die Frage, ob die Böhmen auf die Präſentation des ſchleſiſch-lauſitzer Kanzlerperſonals einen Einfluß haben und ob der Vicekanzler dem Kanzler oder dem Könige einen Eid ſchwören ſolle, ſollte erſt bei einer Vakanz entſchieden werden, „für dieſe Zeit“ aber einfach die Vereinigung der ſchleſiſchen Kanzlei mit der böhmiſchen ſtattfinden. Da eine Veränderung im Perſonalſtatus in nicht langer Zeit zu erwarten war, wahrſcheinlich im Laufe von 3—4 Jahren, ſo wollten die Böhmen zugeben, daß die prinzipielle Entſcheidung der zwei wichtigen Fragen verſchoben werde, wenn ausdrücklich zugeſtanden würde, daß die Art, wie die Ernennung des ſchleſiſchen Perſonals diesmal vor ſich gegangen war, nur „ad interim“ gelten ſolle und wenn der Vicekanzler den verlangten Handſchlag leiſte. Nach langen Debatten gaben ſie endlich zu, daß die Worte „ad interim“ durch die Worte „für dieſe Zeit“ erſetzt werden könnten und daß es von dem Handſchlag ſein Abkommen finden dürfe, wenn Mathias perſönlich den Vicekanzler Schönaich in Gegenwart des Kanzlers zum Gehorſam gegen den letztern verpflichte. Unter dieſen zwei Bedingungen ſollte die Frage wegen der Eidleiſtung und wegen der Art der Beſetzung der ſchleſiſchen Stellen bis zur künftigen Erledigung einer Stelle aufgeſchoben werden, auf jeden Fall aber verlangten die Böhmen die ausdrückliche Zurücknahme der Breslauer Bewilligung vom Jahre 1611. Bei dieſen Debatten ſtand namentlich Karl von Zerotin auf Seite der Böhmen, er wollte ausdrücklich jede Bewilligung an die Schleſier vor der prinzipiellen Entſcheidung der wichtigen Fragen nur pro interim gelten laſſen. Da die Kommiſſäre ihren Zweifel darüber äußerten, ob der Kaiſer die Breslauer Bewilligung vollſtändig zurücknehmen würde, entſchloſſen ſich die Böhmen, müde der langen Verhandlungen, zu einem äußerſten Schritt. In einer Audienz, um die ſie Mathias baten und die ihnen am 4. Auguſt erteilt wurde, 1616
erſuchten ſie ihn um die völlige Wiederherſtellung der alten böhmiſchen Kanzlei und folglich um einfache Abweiſung aller ſchleſiſchen Anſprüche. Der Kaiſer erwiderte, das Begehren betreffe „eine ſchwere Sache“ und er wolle hierüber erſt mit ſich zu Rathe gehen.

Man konnte ſich keinem Zweifel mehr darüber hingeben, daß ein gütlicher Vergleich zwiſchen den Böhmen und Schleſiern zu den Unmöglichkeiten gehöre, da die ſtaatsrechtlichen Anſprüche beider Parteien einander zu ſchroff gegenüber ſtanden. Auch Mathias ſah dies ein und er beſchloß deshalb von den gütlichen Vergleichsverhandlungen abzuſehen und den Streit durch ein Gericht entſcheiden zu laſſen. Schon am 7. Auguſt antwortete er den Böhmen, daß er den Streit zwiſchen ihnen und den Schleſiern einem Gerichte übergeben werde. Hiemit hatte jedoch ſeine Verlegenheit kein Ende erreicht, denn es entſtand die Frage, wie das Gericht

Google

zuſammenzuſetzen ſei und worüber daſſelbe urtheilen ſolle. Um ſich aus dieſem Labyrinth zu helfen, ſtellte Mathias an das Appellationsgericht die Frage, wie er das Gericht zuſammenſtellen und wer dabei als Kläger auftreten ſolle. Die Böhmen verlangten völlige Reſtitution der alten Kanzleiverfaſſung, während die Schleſier behaupteten, ſie hätten die Rechte der Böhmen nicht verletzt, da die Errichtung der Kanzlei ein königliches Regale ſei. Mathias war deshalb im Zweifel, ob er bei einem Prozeſſe ſtatt der Schleſier nicht ſelbſt den Böhmen als Partei entgegenzutreten habe. Schließlich ſtellte er an das Appellationsgericht noch die Frage, ob, wenn die Beendigung des anzuſtellenden Prozeſſes ſich in weite Ferne zurückziehen ſollte, er „pendente processu“ nicht eine „Interimsentſcheidung“ wegen der Kanzlei treffen könne.

Als die Böhmen die Nachricht erhielten, daß der Kaiſer ſich zur richterlichen Entſcheidung des Streites entſchloſſen habe, waren ſie damit zufrieden; vom erſten Anfange deſſelben, der in das Jahr 1608 zurückging, hatten ſie nichts anderes verlangt, denn ſie durften ſicher ſein, ſiegreich aus dem Kampfe hervorzugehen. Bei einer richterlichen Entſcheidung konnten die Parteien als Rechtsgründe nur Privilegien, Verträge und die bisherige Gewohnheit vorbringen, in allen dieſen Beweismitteln waren die Böhmen den Schleſiern überlegen. Was die Beſetzung des von Mathias vorgeſchlagenen Gerichtes betrifft, ſo verlangten die Böhmen, daß Vertreter ſämmtlicher Kronländer zu demſelben berufen würden; in welchem Verhältniß dieſe Berufung ſtattfinden ſollte, darüber ſprachen ſie ſich vorläufig nicht aus.

Es kam jedoch ſo wenig zu einer richterlichen Entſcheidung, wie es zu einem gütlichen Ausgleiche gekommen war. Mathias gelangte bald zu der Ueberzeugung, daß die Zuſammenſtellung des Gerichtes den größten Schwierigkeiten und unausbleiblichen Proteſten von der einen oder der andern Seite unterliegen würde und daß der Streit, weit gefehlt, raſch beigelegt zu werden, ſich erſt recht in die Länge ziehen werde. In dieſer Ueberzeugung mußte ihn eine Zuſchrift der Schleſier (vom 11. Aug.), die gerade jetzt in Prag einlangte, nur noch mehr beſtärken. Die in Prag weilenden ſchleſiſchen Deputirten hatten nämlich ihren Kommittenten die Nachricht gegeben, daß, ob nun ein Ausgleich zu Stande kommen werde, oder nicht, die Aufhebung der ſchleſiſchen Kanzlei von Mathias ſelbſt beabſichtigt werde. Sie hatten zugleich nach Hauſe berichtet, welche Anſprache von den Böhmen bezüglich der künftigen Aperturen im ſchleſiſchen Departement der böhmiſchen Kanzlei ſo wie bezüglich der Beeidigung des Vicekanzlers erhoben würden. Dieſe Nachrichten verurſachten in Schleſien die höchſte Aufregung, auf einer Verſammlung von Fürſten und Ständen in

Google

Breslau wurde die Abfassung eines energischen Protestes gegen die Richtung, welche die Verhandlungen in Prag genommen, beschlossen und derselbe an Mathias abgeschickt. In diesem Schreiben verwahrten sich die Schlesier in den stärksten Ausdrücken gegen die Wiederherstellung einer einheitlichen Kanzlei und erklärten, um keinen Preis von der im Jahre 1611 ihnen bewilligten unabhängigen Kanzlei ablassen zu wollen. Indem sie das Begehren der Böhmen als „Anmaßung“ bezeichnen und von den Mähren, deren Haltung sie nicht wenig erbitterte, bemerken, daß sie sich ohne Noth in Dinge „einmischen“, die außerhalb „ihrer Befugniß“ liegen, fügten sie hinzu, daß Mathias im Jahre 1611 ihnen eine eigene Kanzlei bewilligt habe, weil dies in seiner absoluta regia potestas als Herzogs von Schlesien gelegen habe. Wenn er nun auf Andringen der Böhmen die schlesische Kanzlei aufhebe, so gestehe er ein, daß nicht er in Schlesien das Summus jus territorii habe, sondern daß er dasselbe mit den Ständen Böhmens theile und mit ihnen nur eine konkurrirende Gerichtsbarkeit (concurrentem jurisdictionem) besitze. Er bestätige damit die Ansprüche der Böhmen auf Superiorität, mache sie zu Unterthanen der Böhmen, was sie (die Schlesier) nie und nimmer zugeben würden, denn sie hätten keinen andern Herrn über sich, als den Herzog von Schlesien und seien mit Böhmen nur unirt. Auf das nachdrücklichste verwarfen sie selbst eine nur provisorische Vereinigung der Kanzlei und erklärten zum Schlusse, daß sie hiemit ihre Deputirten von Prag abriefen, da sie nicht die Absicht hätten, in der Kanzleifrage ihren Rechten etwas zu vergeben

Diese Sprache konnte den Kaiser sattsam überzeugen, daß zwischen Schlesien und Böhmen auch der Rechtsweg, den er im Sinne hatte, zu keinem Resultate führen werde, denn es war mit Gewißheit zu erwarten, daß die Schlesier es verweigern würden, denselben zu betreten, und wenn sie ihn betraten, daß sie jede Entscheidung, die den Böhmen zum Vortheil gereichen konnte, mit den Worten ablehnen würden: Schlesien habe mit Böhmen nichts zu schaffen. Andererseits wußte er eben so gut, daß die Böhmen um keinen Preis von den hergebrachten Rechten ihres Landes etwas ablassen, daß sie nicht freiwillig von dem Range herabsteigen würden, den sie unter den Ländern der böhmischen Krone einnahmen. Es war dadurch für Mathias ein überaus wichtiger Moment eingetreten; sollte er einen königlichen Machtspruch thun und sich für die Böhmen entscheiden oder sollte er den Schlesiern nachgeben? That er das erstere, so bekräftigte er die althergebrachten Ansprüche der Böhmen auf die Leitung des gesammten Staatswesens durch eine neue und jedenfalls gewichtige Entscheidung, that er das letztere, so lockerte er nicht bloß, sondern löste geradezu die Bande, welche die deutsche Hälfte der böhmischen Monarchie an

Google Original from HARVARD UNIVERSITY

die ſlaviſche kletten. Die Entſcheidung für Böhmen konnte als eine konſervative, die für Schleſien als eine Neuerung angeſehen werden. Mathias und ſein vertrauteſter Rathgeber Khleſl waren, wie aus den Verhandlungen hervorgeht, weder für die eine noch für die andere der ſtreitenden Parteien eingenommen, ſondern beſtrebt auf dem Grunde des herkömmlichen Rechtes einen Ausweg zu finden. Bei dieſem Standpunkte mußten ſie naturgemäß auf Seite der Böhmen ſtehen und dies um ſo mehr, als durch das Auftreten der Schleſier ihr Wirkungskreis gestört wurde. Schon Ferdinand I hatte die Erfahrung gemacht, daß die Stellung der ſchleſiſchen Fürſten im böhmiſchen Staatsverbande eine ſolche ſei, welche nicht gut zu einem monarchiſchen Staate paſſe, das ununterbrochene Hinüberſchielen derſelben nach dem deutſchen Reiche zeigte, daß ſie ihren Schwerpunkt und ihre Zukunft nicht im böhmiſchen Staatsverbande ſondern in dem ſich auflöſenden Reichsorganismus ſuchten. Wenn für Khleſl, den ſcharfblickenden Staatsmann, an und für ſich das hiſtoriſche Recht keine überzeugende Kraft gehabt hätte, ſo beugte er ſich gewiß vor demſelben, wenn damit die Macht und der Vortheil ſeines Herrn in Verbindung ſtand. Mathias war Träger der Krone Böhmen; der Schwerpunkt, die Macht und der Reichthum derſelben waren vor dem Jahre 1620 unbeſtritten in Böhmen. Der Schwerpunkt eines Staates, wie er ſich in Folge von Jahrhunderten entwickelt, läßt ſich aber nicht willkürlich verlegen ohne eine Zerrüttung und Zertrümmerung des letztern zur Folge zu haben.

Dieſe und ähnliche Betrachtungen mag die Zuſchrift der ſchleſiſchen Fürſten und Stände vom 11. Auguſt am kaiſerlichen Hofe hervorgerufen haben. Der ſtolze, um nicht zu ſagen anmaßende Ton derſelben berührte äußerſt unangenehm, die wiederholte Behauptung der Schleſier, daß die Einrichtung der Kanzlei zur absoluta regia potestas gehöre, konnte um ſo weniger bei Mathias und Khleſl verfangen, als ihr unverhüllt genug die Drohung angehängt war, daß, wenn Schleſiens Forderungen nicht erfüllt würden, ſie ſich thatſächlich (ipso facto) Recht ſchaffen könnten. Der Entſchluß des Kaiſers, der ſchleſiſchen Kanzlei ein Ende zu machen, wurde dadurch nur beſtärkt und beſchleunigt, die Durchführung des Entſchluſſes forderte jedoch große Vorſicht. Deshalb beſchloß Mathias keine der hier erörterten prinzipiellen Fragen zu entſcheiden, ſondern vorläufig die Einheit der Kanzlei herzuſtellen, ſpäter, wenn die Gelegenheit günſtiger war, ſollte die Frage wegen der Beeidigung des Vicekanzlers und wegen der Beſetzung der ſchleſiſchen Kanzleiabtheilung verhandelt werden. Khleſl war es namentlich, der dieſe intermiſtiſche Entſcheidung betrieb.

Google

Von derſelben wurden am 27. Auguſt zuerſt die Böhmen in Leutmeritz 1616
geſetzt, die, da ſie vorläufig ihre Wünſche befriedigte, damit zufrieden waren. Die Schleſier benachrichtigte Mathias von der interimiſtiſchen Trennung der böhmiſchen Kanzlei in einem eigenen Schreiben, in dem er auf das ſchärfſte den Ton ihrer Zuſchrift vom 11. Auguſt tadelte. Der Kaiſer, hieß es darin, habe den Werth der Behauptung der Schleſier, daß die Einrichtung der Kanzlei in ſeiner absoluta regia potestas liege, aus ihrem gegenwärtigen Betragen würdigen können, denn ſie bemühten ſich, das, was früher mera regium geweſen, nämlich die Einrichtung einer ſchleſiſchen Kanzlei, jetzt ihm zur unbedingten Pflicht (obligatorium et necessarium) zu machen. Er verbat ſich zugleich die Unterſuchung ſeines Rechtstitels auf Schleſien, ob er daſelbſt als König von Böhmen oder als Herzog von Schleſien herrſche, ob letzteres Land ein deutſches Lehen oder mit Böhmen unirt oder demſelben inkorporirt ſei, und verwies mit Strenge zum Gehorſam gegen die trennirte böhmiſche Kanzlei. Uebrigens verſprach er beiden Parteien, den Böhmen und Schleſiern, daß er die Entſcheidung der noch ſtreitigen Fragen bei nächſter Gelegenheit vornehmen werde. Anfangs wollte er ſich verbindlich machen, dies binnen Jahresfriſt zu thun, ſpäter beſann er ſich eines beſſern und ließ die Zeitbeſtimmung weg. Weder er noch die Stände der böhmiſchen Kronländer haben wohl im entfernteſten geahnt, daß es zu dieſer Entſcheidung nie kommen werde. In Folge des böhmiſchen Aufſtandes von 1618 wurde die Kanzlei in der That zu einer „res mera regia", der Beiname „böhmiſch" blieb ihr wohl, allein ſie war eben ſo wenig böhmiſch als ſchleſiſch, ſondern der gehorſame Vollſtrecker der königlichen Dekrete.

Am 22. September wurden der Kanzler Lobkowitz und der Vicekanzler 1616
Schönaich zum Kaiſer erfordert und ihnen mitgetheilt, daß von nun an die ſchleſiſche und böhmiſche Kanzlei in einen einzigen Körper zuſammenzutreten haben. Für die Behandlung der Geſchäfte wurde ihnen eine eigene Inſtruktion übermittelt, welche feſtſetzte, daß alle ſchleſiſchen und lauſitzer Angelegenheiten vom Kanzler mit dem ſchleſiſchen Vicekanzler und Räthen berathen und von den beiden erſtern alle erfloſſenen Entſcheidungen unterzeichnet werden müßten. Für den Fall, daß der Kanzler an der Theilnahme bei den Berathungen verhindert ſein ſollte, dürfte der Vicekanzler in minder wichtigen Angelegenheiten ſeine Stelle ſuppliren, in wichtigeren Fällen ſollten aber die böhmiſchen Landesbeamten zu den Berathungen gezogen werden und natürlich des Kanzlers erſte Stelle einnehmen. Die Beſchlüſſe der böhmiſchen Kanzlei in den ſchleſiſch-lauſitzer Angelegenheiten ſollten unter dem Titel Decretum in consilio Regio Bohemiae expeditum Sale-

Google

siacae et Lusatiae expedirt werden. — Als die Nachricht von der Reintegrirung der böhmiſchen Kanzlei nach der Lauſitz gelangte, erklärten die Sechsſtädte der Oberlauſitz freudig ihre Beiſtimmung zu derſelben, gleiches war von jenen Fürſtenthümern in Schleſien zu erwarten, die unmittelbar unter der Krone ſtanden, nur die Fürſten trugen bitter die Niederlage und waren voll des tiefſten Grolls gegen die Böhmen.*)

*) Der Streit der Böhmen mit den Schleſiern über die Kanzlei, wiewohl in ſeinem ſpäteren Verlauf nicht in die Regierung Rudolfs II gehörig, mußte doch hier auseinandergeſetzt werden, um unſere Behauptung über die Tragweite dieſes Streites — daß von ſeinem Verlaufe nämlich die Bedeutung der böhmiſchen Krone abhing — zu rechtfertigen und zugleich Licht über den verwickelten Gegenſtand zu verbreiten. Wir bemerken nur noch, daß unſere Darſtellung des ganzen Streites den Originalakten, wie ſie im böhmiſchen Statthaltereiarchiv erliegen, entnommen iſt.

Im Texte haben wir auch berichtet, daß die böhmiſchen Nebenländer nichts von der Exiſtenz der Generallandtage wiſſen wollten. Schon im Jahre 1611 kämpften gegen denſelben die Schleſier, im Jahre 1615 die Schleſier und Mähren an. Wir können uns hierüber nicht des weiteren auslaſſen. Dieſer Gegenſtand gehört in eine detaillirte Geſchichte der Ereigniſſe von 1615—1620 und da wir dieſelbe zu ſchreiben gedenken, ſo bietet ſich dabei hinreichend Gelegenheit zur Erörterung der Generallandtagsverhältniſſe.

Google

Inhalt.

Seite.

Vorrede III

Kapitel I.

I. Der Unionstag in Schwäbisch-Hall. Anhalts Reise nach Prag. Die Verhältnisse in Böhmen. Wiederbeginn der Landtagsverhandlungen. Klagen der Protestanten gegen den Kanzler. Das schlesische Bündniß. Separatistische Wünsche der Schlesier. Verhandlungen der Protestanten wegen Ordnung ihrer kirchlichen Verhältnisse. Die Defensoren. Anhalts Verhandlungen mit dem Kaiser. 1

II. Leopolds enge Verbindung mit Rudolf. Plan Leopolds zur Begründung einer Monarchie. Besetzung von Jülich. Die Jülicher Succession. Tennagel in Paris. Maximilian von Baiern. Sein Charakter. Gründung der Liga. Lorenzo von Brindisi in Spanien. Tennagel in Spanien. Die Gesandten der Liga in Italien 31

III. Heinrichs IV Verhalten in der Jülicher Angelegenheit. Die Verhandlungen zu Schwäbisch-Hall. Heinrich's IV Verhandlungen mit nicht-deutschen Fürsten, namentlich mit Jakob von England. Sein Plan beim Beginn des Feldzuges. 72

Kapitel II.

I. Des Kaisers Hoffnungen auf den Wiedergewinn der verlorenen Länder. Seine Verhandlungen mit Starhemberg und Lichtenstein. Mathias' Stellung zu seinen Unterthanen. Seine finanziellen Verlegenheiten. Kurfürst Ernst von Köln in Prag. Verhandlungen wegen Berufung des Fürstenkonventes. Vielfache Zögerungen des Kaisers. Schließliche Berufung des Konvents auf den 21. April. Mathias' Stellung zur Zeit dieser Berufung. 91

II. Zusammentritt des Prager Konventes. Kaiserliche Proposition. Uebergang der Berathungen auf Jülich. Klägliche Bedeutungslosigkeit derselben. Belehnung Sachsens. Frankreichs Haltung. Die Unionsgesandten in Paris. Jülich's Fall. Vertrag zwischen Union und Liga. 110

III. Verhalten des Konvents gegenüber den Wünschen des Kaisers auf völlige Restitution. Mathias' Gesandte in Prag. Gesandtschaft des Konvents an Mathias. Verhandlungen in Wien. Mannigfache Ausgleichsentwürfe pro-

Google

Seite
penirt von Mathias und Rudolf. Vertragsentwurf vom 10. September. Allgemeine Annahme desselben 127
IV. Verordnungen des Konvents über die Reformation Oesterreichs, der Gerichtsbarkeit des Reichshofraths und die Reform des kaiserlichen Regiments. Verhandlungen über die Successionsfrage. Spanische Pläne. Leopolds Aussichten auf den deutschen Thron. Haltung der geistlichen Kurfürsten, Kursachsens und des Kaisers in dieser Angelegenheit 130

Kapitel III.

I. Beginn der Passauer Rüstungen. Rudolf und Leopold hatten an derselben Theil. Leopolds Verhandlungen in Spanien und Baiern. Rudolfs Absicht die Passauer nach Krumau zu verlegen. Bestürzung der Böhmen. Des Herzogs von Braunschweig Bemühungen, die Absendung des Kriegsvolks hintanzuhalten. Seine Reise nach Passau. Räuberlosigkeit derselben 161
II. Einbruch der Passauer in Oberösterreich. Leopolds Verhandlungen mit Sachsen und Baiern. Mathias und der böhmischen Stände. Leopolds Unterredung mit Zuniga. Einfall der Passauer in Böhmen. Budweis und Tabor fallen in ihre Hände 182
III. Leopold und der Kaiser vor dem Passauer Einfall. Leopold in Bernau. Die Passauer am 13. Februar vor Prag. Einnahme der Kleinseite durch dieselben am 15. Morgens. Gräuelthaten auf der Alt- und Neustadt 195
IV. Leopolds Maßregeln zur Bezwingung von ganz Prag. Rüstungen derselben. Lage der Dinge auf der Alt- und Neustadt. Wenzel von Kinsky. Vergebliche Verhandlungen der Stände mit dem Kaiser zur Herstellung des Friedens . . 206
V. Abzug der Passauer aus Prag. Endliche Absendung derselben. Leopolds trotzige Haltung. Versuche denselben mit Mathias zu versöhnen 229

Kapitel IV.

I. Belagerung der Burg von den Böhmen und Mährern. Mathias' Zug nach Böhmen. Zusammenstoß von Grisubern in Iglau. Zuniga. Mathias' Ankunft in Prag. Berufung eines Generallandtags. Haltung der Kronbeamten. Lennagel, Hegenmüller und Hammerschmidt. Verhaftung zweier Zauberer. Des Kaisers letzte Anhänger 243
II. Propositionen des Kaisers am Generallandtag. Bedingungsweise Resignation des Kaisers. Haltung der Schlesier und Lausitzer. Streit derselben mit den Böhmen über das Recht zur Königswahl. Beschwerden der Mährer, Schlesier und Lausitzer über ihr bisheriges Verhältniß zu Böhmen. Versuch einer Ausgleichung dieser Streitigkeiten durch Verträge. Schlesiens besondere Tendenzen 259
III. Rudolfs vergebliches Bestreben sich auf dem böhmischen Throne zu erhalten. Zuniga's Verhandlung mit Rudolf und Mathias. Schließliche Nachgiebigkeit des Kaisers 279
IV. Forderung der Böhmen nach erweiterten Freiheiten. Bedeutung dieser Forderungen. Die Krönung. Versuche des Kaisers einen Vertrag mit Mathias anzuknüpfen. Langwierige Verhandlungen über den Vertrag. Abschluß desselben. Ernennung der obersten Landesbeamten 291

Google

Seite

Kapitel V.

I. Neue Richtung der Rudolfinischen Politik. Des Kaisers Absicht sich mit der Union zu verbinden. Oberst Gunderode. Berufung des Markgrafen von Anspach nach Prag. Der Nürnberger Kurfürstentag. Feindliche Stimmung desselben gegen Rudolf und Mathias. Rudolfs Bestreben, die Wahl eines römischen Königs zu vereiteln. 310

II. Des Kaisers letzte Krankheit. Sein Tod. Behandlung seiner Diener, namentlich des Kammerdieners Ruckh. Betrachtungen über den Streit zwischen Rudolf und Mathias. 326

III. Rudolfs natürliche Nachkommenschaft. Der Marchese Julius. Blick auf die Rechtsverhältnisse in Böhmen. 337

Anhang.

Ueber den Streit der Böhmen mit den Schlesiern wegen der Kanzlei . . 345

Google Original f HARVARD UN

Digitized by Google

Original from
HARVARD UNIVERSITY

Digitized by Google

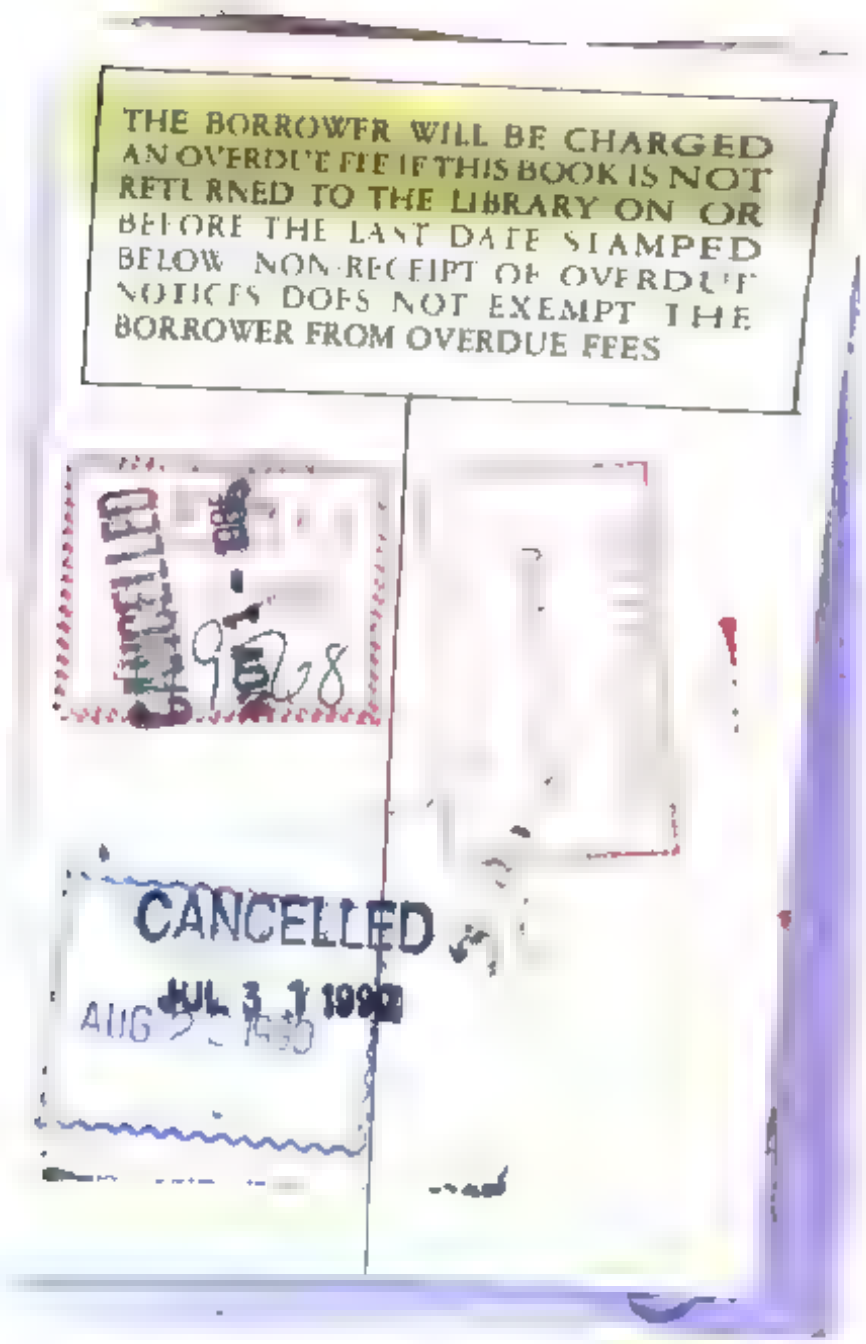
Original from
HARVARD UNIVERSITY

Digitized by Google

Original from
HARVARD UNIVERSITY

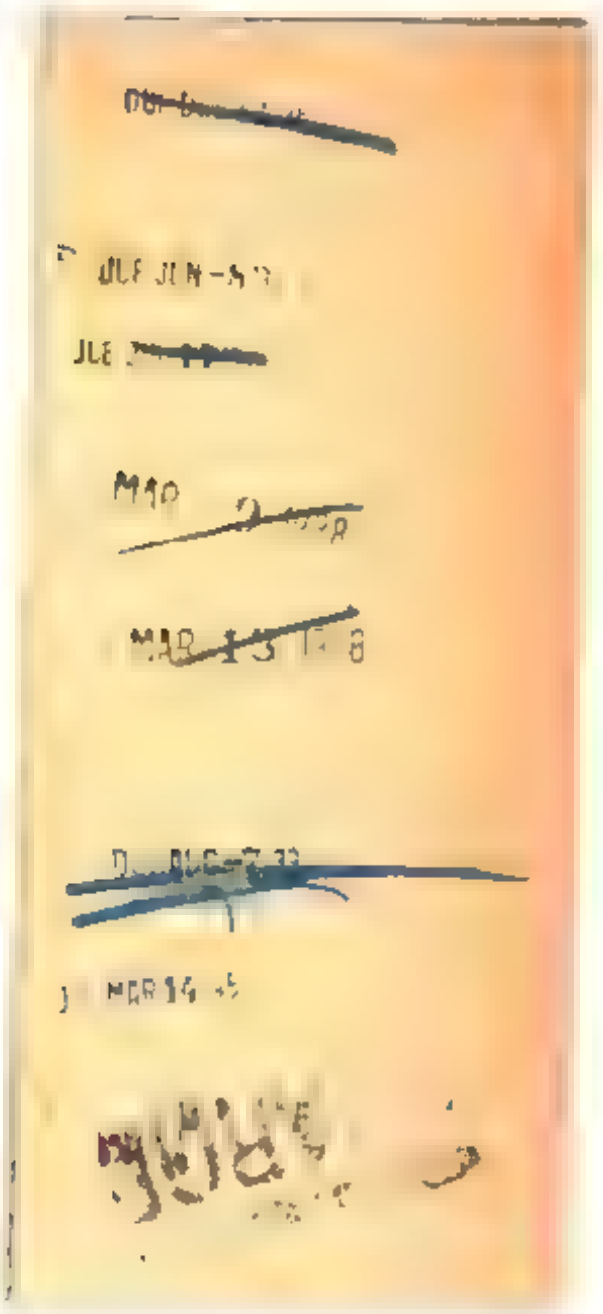
Digitized by Google

Original from
HARVARD UNIVERSITY



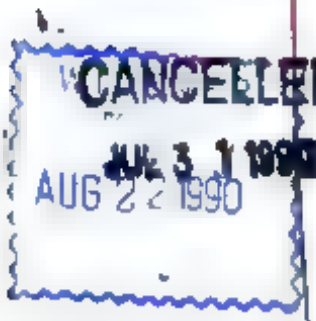
Digitized by Google
Original from HARVARD UNIVERSITY

3 2044 010 638 930



Google

THE BORROWER WILL BE CHARGED AN OVERDUE FEE IF THIS BOOK IS NOT RETURNED TO THE LIBRARY ON OR BEFORE THE LAST DATE STAMPED BELOW. NON-RECEIPT OF OVERDUE NOTICES DOES NOT EXEMPT THE BORROWER FROM OVERDUE FEES.



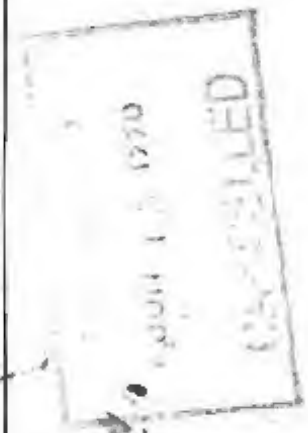
gitized by Google

3 2044 010 638 930

DUE JUN -8 '37
MAR 2 1938
MAR 15 1938
DUE AUG 27 '38
DUE MAR 14 '45

Digitized by Google
Original from HARVARD UNIVERSITY

THE BORROWER WILL BE CHARGED A NOVERDUE FEE IF THIS BOOK IS NOT RETURNED TO THE LIBRARY ON OR BEFORE THE LAST DATE STAMPED BELOW. NON-RECEIPT OF OVERDUE NOTICES DOES NOT EXEMPT THE BORROWER FROM OVERDUE FEES.



Digitized by Google
Original from HARVARD UNIVERSITY

3 2044 010 638 930

DUE JUN-8'37

MAR 2 1938

MAR 13 1938

DUE AUG-7'38

JUL MAR 14 '45

Digitized by Google

Original from HARVARD UNIVERSITY

Bequeathed C. W. Fr

Digitized by Google
Original from
HARVARD UNIVERSITY